This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

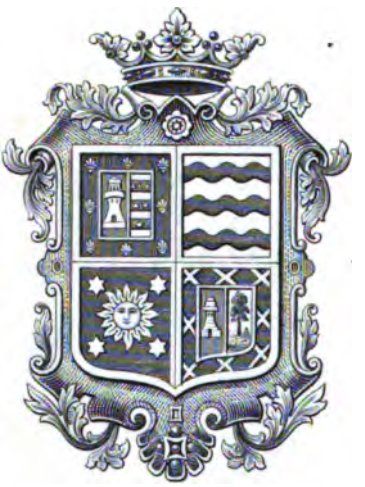
+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

3 2044 103 157 251

49
15



Diplomatisches Handbuch.

SAMMLUNG

DER WICHTIGSTEN EUROPAEISCHEN FRIEDENS-SCHLUESSE, CONGRESSACTEN UND SONSTIGEN STAATSURKUNDEN

vom

WESTPHAELISCHEN FRIEDEN BIS AUF DIE NEUESTE ZEIT.

Mit

KURZEN GESCHICHTLICHEN EINLEITUNGEN

herausgegeben

von

DR. F. W. GHILLANY,

K. Würtembergischem Hofrath, Ritter des K. Niederländischen Eichenkronordens, Professor und Stadtbibliothekar in Nürnberg.

II. THEIL.

NOERDLINGEN,

DRUCK UND VERLAG DER C. H. BECK'SCHEN BUCHHANDLUNG.

1855.

III.

ACTENSTUECKE

ueber

die inneren Verhaeltnisse Deutschlands seit Aufloesung des deutschen Reiches.

Rheinische Bundesacte.

(12. Juli 1806.)

Die alte Politik Frankreich's, den Zusammenhang der deutschen Reichsglieder möglichst zu lockern, um die Kraft des Reiches und ganz besonders des östreichischen Kaiserhauses gegen Außen zu schwächen, auf diese Weise die Rheingrenze zu gewinnen und Frankreich das Uebergewicht in Europa zu verschaffen, erfreute sich in den Kriegen der Revolutionsperiode besonderer Erfolge. Preußen hatte sich schon zu Basel (5. Apr. 1795) von der Sache des Reiches losgesagt und seinen Separatfrieden mit Frankreich geschlossen. Bayern, Würtemberg und Baden, den Angriffen der französischen Heere immer zunächst ausgesetzt, hielten es für rathsamer, als Napoleon im August 1805 mit 300,000 Mann gegen das südliche Deutschland anrückte, sich den Franzosen anzuschließen, und hatten nach der Schlacht bei Austerlitz im Presburger Frieden (26. Dez. 1805) vollständige Souveränetät, die Kurfürsten von Bayern und Würtemberg auch die königliche Würde erlangt. Napoleon wünschte nun, die ihm anhängigen süddeutschen Staaten näher unter sich und mit Frankreich zu verbinden. Am 21. April 1806 erließ er an den Minister Talleyrand eine Ordre, ihm einen Plan zur Bildung eines rheinischen Bundes vorzulegen. Den ursprünglichen Entwurf zur Bundesacte lieferte der Kurerzkanzler des deutschen Reiches; Talleyrand ließ davon aber nur so viel übrig, als er im französischen Interesse fand. Den Gesandten der einzelnen Staaten, die beitreten sollten, wurden von der Urkunde nur diejenigen Punkte, welche ihren Fürsten betrafen, vorgelegt; am 12. Juli mußte der Graf von Beust, Gesandter des Kurerzkanzlers (welcher Präsident des Bundes werden sollte), die Acte bei Talleyrand unterschreiben, ohne daß ihm Zeit gelassen wurde, sie durchzulesen; ebenso die übrigen Gesandten; Napoleon unterzeichnete die Urkunde am 19. Juli 1806 zu St. Cloud. So war also unter französischem Einfluß ein Bund von sechzehn deutschen Fürsten zu Stande gekommen, der sogenannte Rheinbund, welcher sich förmlich und für immer vom deutschen Reichsverband lossagte und unter dem Protectorat des französischen Kaisers stand. Die sechzehn Fürsten, welche gleich anfangs zum Rheinbund gezogen wurden,

sind folgende: Die Könige von Bayern und Würtemberg, der Reichserzkanzler und Kurfürst von Mainz (welcher am 28. Mai 1806 den Cardinal Fesch, Napoleon's Oheim, eigenmächtig zu seinem Coadjutor und Nachfolger ernannt hatte), der Kurfürst von Baden, der neue Herzog von Cleve und Berg (Joachim Murat, Napoleon's Schwager), der Landgraf von Hessen-Darmstadt, die Fürsten von Nassau-Usingen und von Nassau-Weilburg, die Fürsten von Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen, die Fürsten von Salm-Salm und Salm-Kyrburg, der Herzog von Ahremberg, der Fürst von Liechtenstein, der ohne sein Wissen von Napoleon, welcher dem Fürsten dadurch einen Beweis seiner Achtung geben wollte, in den Bund aufgenommen wurde, und der Graf von der Leyen. In der Bundesacte werden allen diesen Fürsten, mit Ausnahme der Fürsten von Hohenzollern-Hechingen, Liechtenstein und des Grafen von der Leyen, neue Territorial-Acquisitionen zugeschrieben. Höhere Titel nahmen an: Baden, Berg und Darmstadt den von Großherzogen, Nassau den eines Herzogs, der Graf von der Leyen, ein Verwandter des Kurerzkanzlers, den eines Fürsten (Art. 5. der Bundesacte). Der neue Bund wurde von allen Staaten anerkannt, mit Ausnahme Englands, Rußland's und Schweden's. Vermöge ihrer Souveränetät mediatisirten die Rheinbundesfürsten, nach den Bestimmungen der Bundesacte, die Reichsstädte, Reichsgrafen und Reichsritter, deren Besitzungen ihr Gebiet umschloß. Auf diese Weise kam die Reichsstadt Nürnberg an Bayern, die Reichsstadt Frankfurt an den Kurfürsten von Mainz, der als Vorsitzender der Rheinbundesversammlung den Titel Fürst Primas führte, das Johanniter-Fürstenthum Heitersheim an Baden. Mediatisirt wurden unter Anderen die Fürsten von Hohenlohe, Löwenstein, Oettingen, Leiningen, Solms, Schwarzenberg, Thurn und Taxis ꝛc. Da der Kaiser Napoleon und mit ihm der rheinische Bund ausdrücklich erklärten, daß sie keinen deutschen Kaiser und kein deutsches Reich mehr anerkennen, so legte Kaiser Franz II. am 6. August 1806 die deutsche Kaiserkrone nieder. Am 3. Oktober 1806 trat der Großherzog von Würzburg dem Bunde bei, am 11. Dezember 1806 der Kurfürst von Sachsen, der jetzt den Titel eines Königs annahm, am 15. Dezember 1806 die Herzoge von Weimar, Gotha, Koburg, Meiningen und Hildburghausen, am 13. April 1807 die drei Fürsten von Anhalt, welche von da an den Titel Herzoge führten, die zwei Fürsten von Reuß, der Fürst von Waldeck, die Fürsten von Lippe-Detmold und Lippe-Schaumburg. Das neue Königreich Westphalen schloß sich vermöge seiner Verfassung vom 15. Nov. 1807 dem Bunde an; im Jahre 1808 folgten die Herzoge von Mecklenburg-Strelitz, Mecklenburg-Schwerin und Oldenburg. Der Bund erhielt sich bis in das Jahr 1813, wo sich zuerst die mecklenburger Herzoge von ihm lossagten und an Preußen anschloßen. Mit der Schlacht von Leipzig hatte er ein Ende.

Die wichtigsten Bestimmungen der Bundesacte selbst sind folgende. Art. 1. Die dem Bunde angehörigen Staaten trennen sich für immer vom deutschen Reiche. Art. 2. Jedes Gesetz des deutschen Reichs ist für die Fürsten und die ihnen angehörenden Staaten fortan ungültig. Art. 3. Die Fürsten verzichten auf jeden Titel, der eine Beziehung zum Reiche hat. Art. 6. Die Bundesversammlung (die aber niemals tagte) hat ihren Sitz in Frankfurt und besteht blos aus einem Collegium der Könige und einem Collegium der Fürsten. Art. 8. Wenn ein Fürst des Bundes seine Souveränetät abtreten will, kann dies nur an einen Fürsten des Bundes geschehen. Art. 9. Streitigkeiten unter den Mitgliedern des Bundes werden auf der Versammlung in Frankfurt entschieden. Art. 10. Dem Collegium der Könige präsidirt der Fürst Primas, dem der Fürsten der Herzog von Nassau. Art 12. Der Kaiser der Franzosen ist der Protector des Bundes und ernennt den Nachfolger des Fürsten Primas. Die Artikel 13 bis 25. enthalten die Bestimmungen über Abtretungen und Gebietsvergrößerungen, welche den Mitgliedern des Bundes zu Theil werden sollen. Art. 35. Die Bundesglieder bilden eine Alliance, vermöge deren jeder Continentalkrieg, in welchen eine Bundesmacht verwickelt würde, allgemeine Sache des ganzen Bundes wird. Art. 37. Augsburg und Lindau sollen Waffenplätze des Bundes werden und der König von Bayern verspricht, diese beiden Plätze zu befestigen. Art. 38. setzt die Contingente fest, welche die einzelnen Staaten zu stellen haben.

Wir geben folgende Urkunden. a) Die Rheinbundesacte. Sie findet sich im Moniteur Nr. 225, Jahrg. 1806, bei Posselt, europ. Annalen Jahrg. 1806, neuntes Stück, und öfter abgedruckt. b) Die Note des französischen Geschäftsträgers Bacher an den Reichstag zu Regensburg vom 1. Aug. 1806, worin er die Errichtung des Rheinbundes anzeigt. Man findet sie in derselben Nummer des Moniteur und in demselben Stück der Posselt'schen Annalen. c) Die Lossagungsurkunde der Mitglieder des rheinischen Bundes von Kaiser und Reich, datirt vom 1. August 1806, abgedruckt im 9. Stück der europ. Annalen von Posselt, Jahrg. 1806. Ueber den Rheinbund selbst hat geschrieben der nassauische Minister Ernst von Gagern in dem Buche: Mein Antheil an der Politik. Stuttg. 1823. Der Marquis Lucchesini: Sulle cause e gli effetti della confederazione renana 1819, deutsch von Halem, Lpzg. 1821. Ferner gehören hieher: P. A. Winkopp: der rheinische Bund, eine Zeitschrift hist. polit. stat. geogr. Inhalts. Frankf. u. Aschaffenb. 1807—13, 23 Bände. Oesterreicher: Archiv der rheinischen Bundes, Bamberg 1806—16, und desselben Kriegsarchiv des rheinischen Bundes, Bamberg 1807. G. H. v. Berg: Abhandlungen zur Erläuterung der rhein. Bundesacte, Hannover 1808.

Traité de confédération

des

états du Rhin,

signé à Paris le 12. Juillet 1806.

S. M. l'Empereur des *François*, Roi d' Italie, d'une part, et d'autre part L. L. M. M. les Rois de *Bavière* et de *Würtemberg*, L. L. A. A. S. S. les Electeurs *Archichancelier* et de *Bade*, le Duc de *Berg* et *Clève*, le Landgrave de *Hesse-Darmstadt*, le Princes de *Nassau-Usingen* et *Nassau-Weilburg*, les Princes de *Hohenzollern-Hechingen* et *Sigmaringen*, les Princes de *Salm-Salm* et *Salm-Kyrburg*, le Prince d' *Isenburg-Birstein*, le Duc *d'Aremberg*, le Prince de *Lichtenstein*, le Comte de la *Leyen*, voulant par des stipulations convenables assurer la paix intérieure et extérieure du midi de l'Allemagne, pour laquelle l'expérience a prononcé depuis longtems et tout récemment encore que la constitution germanique ne pouvoit plus offrir aucune sorte de garantie, ont nommés pour leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur des François, Roi d'Italie, Mr. Ch. M. Talleyrand etc. S. M. le Roi de Bavière, Mr. Antoine de Cetto etc. S. M. le Roi de Würtemberg, Mr. Levin comte de Winzingerode etc. S. A. S. l'Electeur Archichancelier de l'Empire germanique, Mr. Charles Comte de Beust etc. S. A. S. l'Electeur de Bade, Mr. Sigismond Charles Jean Baron de Reizenstein etc. S. A. I. Msgr. le Prince Joachim, Duc de Clève et Berg, Mr. le Baron Maximilian de Schell. S. A. S. le Landgrave de Hesse-Darmstadt, Mr. August Baron de Pappenheim etc. L. L. A. A. S. S. les Princes de Nassau-Usingen et Weilburg, Mr. Jean Erneste Baron de Gagern etc. L. L. A. A. S. S. les Princes de Hohenzollern-Hechingen et Hoh.-Sigmaringen, Mr. François Xavier de Fischler etc. L. L. A. A. S. S. les Princes de Salm-Salm et de Salm-Kyrburg, Mr. François Xavier de Fischler. S. A. le Prince d'Isenburg-Birstein, Mr. de Greuhm, Résident. S. A. S. le Duc d'Aremberg, Mr. Durant-Saint André. S. E. le comte de la Leyen, Mr. Durant St. André etc.;

lesquels après s'être communiqué leurs plein-pouvoirs respectifs sont convenus des articles suivans:

Art. I. Les états; de L. L. M. M. les Rois de Bavière et de Würtemberg, de L. L. A. A. S. S. les Electeurs Archichancelier et de Bade, le Duc de Berg et Clève, le Landgrave de Hesse-Darmstadt, les Princes de Nassau-Usingen et de Nassau-Weilburg, de Hohenzollern-Hechingen et de Hohenzollern-Sigmaringen, les Princes de Salm-Salm et de Salm-Kyrburg, le Prince d'Isenburg-Birstein, le Duc d'Aremberg et le Prince de Lichtenstein, et le comte de la Leyen, seront séparés, à perpétuité, de l'Empire Germanique, et unis entre eux par une confédération particulière, sous le nom d'états confédérés du Rhin.

Art. II. Toute loi de l'Empire germanique, qui a pu jusqu'à présent concerner et obliger L. L. M. M. et L. L. A. A. S. S. les Rois et Princes et le Comte dénommés en l'article précédent, leurs sujets et leurs états, ou partie d'iceux, sera à l'avenir, relativement à leurs dites M. M. et Alt. Alt. et au dit Comte, à leurs états et sujets respectifs, nulle et de nul effet; sauf néanmoins les droits acquis à des créanciers et pensionnaires par le recès de 1803, et les dispositions du §. 39 du dit recès, relatives à l'octroi de navigation du Rhin, lesquelles continueront d'être exécutées suivant leurs formes et teneur.

Art. III. Chacun des Rois et Princes confédérés renoncera à ceux de ses titres qui expriment des rapports quelconques avec l'Empire Germanique; et le 1. Août prochain, il fera notifier à la diète sa séparation d'avec l'Empire.

Art. IV. S. A. S. l'Electeur Archichancelier prendra le titre de Prince-Primat et d'Altesse Eminentissime.

Le titre de Prince-Primat n'emporte avec lui aucune prérogative contraire à la plénitude de la souveraineté, dont chacun des confédérés doit jouir.

Art. V. L. L. A. A. S. S. l'Electeur de Bade, le Duc de Berg et Clève, et le Landgrave de Hesse-Darmstadt, prendront le titre de Grand-duc; ils jouiront des droits, honneurs et prérogatives attachées à la dignité royale.

Le rang et la prééminence entr' eux sont et demeureront fixés conformément à l'ordre dans lequel ils sont nommés au présent article. Le chef de la maison de Nassau prendra le titre de Duc, et le Comte de la Leyen le titre de Prince.

Art. VI. Les intérêts communs des états confédérés seront traités dans une diète, dont le siège sera à Francfort, et qui sera divisée en deux colléges; savoir, le collége des Rois et le collége des Princes.

Art. VII. Les Princes devront nécessairement être indépendant de toute puissance étrangère à la confédération, et ne pourront conséquemment prendre du service d'aucun genre que dans les états confédérés ou alliés à la confédération. Ceux qui, étant déjà en service d'autres puissances, voudront y rester, seront tenus de faire passer leurs principautés sur la tête d'un de leurs enfans.

Art. VIII. S'il arrivoit qu'un des dits princes voulût aliéner, en tout ou en partie, sa souveraineté, il ne pourra le faire qu'en faveur de l'un des états confédérés.

Art. IX. Toutes les contestations qui s'élèveront entre les états confédérés, seront décidées par la diète de Francfort.

Art. X. La diète sera présidée par S. A. E. le Prince-Primat, et lorsqu'un des deux colléges seulement aura à délibérer sur quelque affaire, S. A. Emin. présidera le collége des Rois, et le Duc de Nassau le collége des Princes.

Art. XI. Les époques où, soit la diète, soit un des colléges séparément, devra s'assembler, le mode de leur convocation, les objets qui devront être soumis à leurs délibérations, la manière de former les résolutions et de les faire exécuter, seront déterminées par un statut fondamental, que S. A. E. le Prince-Primat proposera dans un délai d'un mois après la notification faite à Ratisbonne, et qui devra être approuvé par les états confédérés. Le même statut fondamental fixera définitivement le rang entre les membres du collége des Princes.

Art. XII. S. M. l'Empereur des François sera proclamé protecteur de la confédération, et en cette qualité, au décès de chaque Prince-Primat, il en nommera le successeur.

Art. XIII. S. M. le Roi de Bavière cède à S. M. le Roi de Würtemberg la seigneurie de Wiesensteig, et renonce aux droits qu'à raison de la préfecture de Burgau il pourroit avoir ou prétendre sur l'abbaye de Wiblingen.

Art. XIV. S. M. le Roi de Würtemberg cède à S. A. S. le Grand-duc de Bade le comté de Bondorff, les villes de Breunlingen et de Villingen, avec la partie du territoire de cette dernière, située à la droite de la Brigach et la ville de Tuttlingen, avec les dépendances du baillage de ce nom, situées à la droite du Danube.

Art. XV. S. A. S. le Grand-duc de Bade cède à S. M. le Roi de Würtemberg la ville et le territoire de Biberach avec ses dépendances.

Art. XVI. S. A. S. le Duc de Nassau cède à S. A. I. le Grand-duc de Berg la ville de Deutz ou Duytz avec son territoire, la ville et le baillage de Königswinter, et le baillage de Willich.

Art. XVII. S. M. le Roi de Bavière réunira à ses états et possèdera, en toute propriété et souveraineté, la ville et le territoire de Nuremberg, et les commanderies de Rohr et de Waldstetten de l'ordre teutonique.

Art. XVIII. S. M. le Roi de Würtemberg réunira à ses états, en toute souveraineté et propriété, la seigneurie de Wiesensteig et la ville, territoire et dépendances de Biberach, en conséquence des cessions à lui faites par S. M. le Roi de Bavière et S. A. S. le Grand-duc de Bade, la ville de Waldsee, le comté de Schelckingen, la commanderie de Kapfenburg ou Lauchheim, la commanderie d'Alschhausen, distraction faite des seigneuries d'Achberg et Hohenfels et de l'abbaye de Wiblingen.

Art. XIX. S. A. S. le Grand-duc de Bade réunira à ses états et possèdera, en toute souveraineté, le comté de Bondorf, les villes de Breunlingen, Villingen et Tuttlingen, les parties de leurs territoires et leurs dépendances, spécifiées en l'art. XIV., et tels qu'ils lui ont été cédées par S. M. le Roi de Würtemberg.

Il possèdera, en toute propriété, la principauté de Heitersheim, et toutes celles de ses dépendances situées dans la possession de S. A. S. telles qu'elles seront en conséquence du présent traité.

Il possèdera, également en toute propriété, les commanderies de Beuggen et de Fribourg.

Art. XX. S. A. I. le Grand-duc de Berg possèdera, en toute propriété et souveraineté, la ville de Deutz ou Duytz avec son territoire, la ville et le baillage de Königswinter, le baillage de Willich, en conséquence de la cession à lui faite par S. A. le Duc de Nassau.

Art. XXI. S. A. S. le Grand-duc de Hesse-Darmstadt réunira à ses états le bourggraviat de Friedberg, pour le posséder en souveraineté seulement pendant la vie du Bourggrave actuel, et en toute propriété après le décès du dit Bourggrave.

Art. XXII. S. A. E. le Prince-Primat réunira à ses états et possèdera, en toute propriété et souveraineté, la ville et le territoire de Francfort.

Art. XXIII. S. A. S. le Prince de Hohenzollern-Sigmaringen possèdera, en toute propriété et souveraineté, les seigneuries d'Achberg et de Hohenfels, dépendantes de la commanderie d'Alschhausen, et les couvents de Klosterwald et de Habstall.

S. A. S. possèdera, en souveraineté, les terres équestres situées entre ses possessions actuelles et les territoires au nord du Danube, sur lesquelles sa souveraineté doit s'étendre, en conséquence du présent traité, nommément la seigneurie de Gammertingen et de Hettingen.

Art. XXIV. L. L. M. M. les Rois de Bavière et de Würtemberg, L. L. A. A. S. S. les Grand-ducs de Bade, de Berg et de Hesse-Darmstadt, S. A. Eminentissime le Prince-Primat, L. L. A. A. S. S. les Duc et Princes de Nassau, les Princes de Hohenzollern-Sigmaringen, de Salm-Kyrburg, d'Isenburg-Birstein et le Duc d'Ahremberg, exerceront tous les droits de souveraineté; savoir:

S. M. le Roi de Bavière sur la principauté de Schwarzenberg, le comté de Castell, les seigneuries de Speckfeld et de Wiesentheid, la principauté de Hohenlohe, enclavée dans le marquisat d'Ansbach et dans le territoire de Rotenburg, nommément les grands baillages de Schillingsfürst et de Kirchberg, le comté de Sternstein, les principautés d'Oettingen, les possessions du Prince de la Tour et Taxis au nord de la principauté de Neuburg, le comté d'Edelstetten, les possessions des princes et comtes de Fugger, le bourggraviat de Winterrieden, enfin les seigneuries de Buxheim et de Thannhausen, et sur la totalité de la grande route allant de Memmingen à Lindau.

S. M. le Roi de Würtemberg sur les possessions des Princes et Comtes de Truchsess-Waldburg, les comtés de Baindt, d'Egloff, de Huttenzell, de Heggbach, d'Isny, de Königsegg, d'Aulendorf, d'Ochsenhausen, de Roth, de Schussenried et Weisenau, les seigneuries de Mietingen et de Sulmingen, Neuravensburg, Tannheim, Warthausen et Weingarten, distraction faite de la seigneurie de Hagnau; les possessions du Prince de la Tour et Taxis, à l'exception de celles qui sont situées au nord de la principauté de Neuburg, la seigneurie de Strasberg et du baillage d'Ostrach; les seigneuries de Gundelfingen et de Neufra, les parties du comté de Limpurg-Gaildorf non possédées par sa dite Majesté, toutes les possessions des princes de Hohenlohe, sauf l'exception faite au paragraphe précédent; et enfin la partie du baillage cidevant mayençois de Krautheim, située à la rive gauche de la Jaxt.

S. A. S. le Grand-duc de Bade sur la principauté de Fürstenberg (étant exceptés les seigneuries de Gundelfingen, Neufra, Trochtelfingen, Jungnau et la partie du baillage de Möskirch, située à la gauche du Danube) la seigneurie de Hagnau, le comté de Thengen, le landgraviat de Klettgau, le baillage de Neidenau et de Billigheim, la principauté de Linange, les possessions des princes et comtes de Löwenstein-Wertheim, situées à la gauche du Mein (étant exceptés le comté de Löwenstein, la partie de Limpurg-Gaildorf appartenant aux comtes de Löwenstein, et les seigneuries de Heubach, de Breuberg et de Habitzheim); et enfin les possessions du Prince de Salm-Reiferscheid-Krautheim, au Nord de la Jaxt.

S. A. I. le Grand-duc de Berg sur les seigneuries de Lymburg-Styrum, de Bruck, de Hardenberg, de Gimborn et Neustadt, de Wildenburg, le comté de Homburg, de Bentheim, de Steinfurt, de Horstmar, les possessions du Duc de Looz, les comtés de Siegen et de Dillenburg (les baillages de Wertheim et de Bierbach exceptés) et de Hadamar, les seigneuries de Westerburg, de Schadeck et de Beilstein, la partie de la seigneurie de Runckel, proprement dite, située à la droite de la Lahn, et pour les communications entre le duché de Clève et les possessions susdites au nord du Duché, S. A. I. aura l'usage d'une route à travers les états du prince de Salm.

S. A. S. le Grand-duc de Darmstadt sur les seigneuries de Breuberg et Heubach, sur la seigneurie de Habizheim, le comté d'Erbach, la seigneurie d'Ilmenstadt, la partie du comté de Königstein, possédée par le Prince de Stollberg-Gedern, les possessions des barons de Riedesel, enclavées dans les états de sa dite A. S., ou qui leurs sont contigues, nommément les jurisdictions de Lauterbach, de Stockhausen, Moos et Freyenstein, les possessions des princes et comtes de Solms en Wetteravie (à l'exception des baillages de Hohen-Solms, Braunfels et Greifenstein) et enfin sur les comtés de Witgenstein et Berleburg, et les baillages de Hesse-Homburg, possédés par la branche de ce nom appanagée de Hesse-Darmstadt.

S. A. Em. le Prince-Primat, sur les possessions des Princes et comtes de Löwenstein-Wertheim, situées à la rive droite du Mein, et sur le comté de Rieneck.

L. L. A. A. S. S. le Duc de Nassau-Usingen, et le prince de Nassau-Weilburg sur les baillages de Dierdorf, Altwied, Neuenburg et la partie du comté du bas Isenburg, appartenant au prince de Wied-Runckel, les comtés de Wied, Neuwied et Holzapfel, la seigneurie de Schaumburg, le comté de Diez et ses dépendances, la partie du baillage de Münzfelden, appartenant au prince de Nassau-Fulda, les baillages de Weckheim et de Burbach, la partie de la seigneurie de Runckel, située à la gauche de la Lahn, la terre équestre de Graunsberg et enfin le baillage de Hohen-Solms, Braunfels et Greifenstein.

S. A. S. le Prince de Hohenzollern-Sigmaringen sur les seigneuries de Trochtelfingen, de Jungnau, de Strasberg, sur le baillage d'Ostrach, et la partie de la seigneurie de Möskirch située à la gauche du Danube.

S. A. S. le Prince de Salm-Kyrburg, sur la seigneurie de Gehmen.

S. A. S. le Prince d'Isenburg-Birstein, sur les possessions des comtes d'Isenburg-Büdingen, Wächtersbach et Meerholz, sans que les comtes appanagés de sa branche puissent se prévaloir de cette stipulation pour former aucune prétention à sa charge.

Et S. A. S. le Duc d'Aremberg, sur le comté de Dülmen.

Art. XXV. Chacun des Rois et Princes confédérés possèdera, en toute souveraineté, les terres équestres enclavées dans ses possessions. Quant aux terres équestres interposées entre deux états confédérés, elles seront partagées, quant à la souveraineté, entre les deux états, aussi également que faire se pourra, mais de manière qu'il n'en résulte ni morcellement ni mélange de territoires.

Art. XXVI. Les droits de souveraineté sont ceux de législation, de juridiction suprême, de haute-police, de conscription militaire ou de recrutement et d'impôt.

Art. XXVII. Les princes et comtes actuellement régnans conserveront chacun, comme propriété patrimoniale et privée, tous les domaines, sans exception, qu'ils possèdent maintenant, ainsi que tous les droits seigneuriaux et féodaux non essentiellement inhérens à la souveraineté, et notamment les droits de basse et moyenne juridiction, en matière civile et criminelle, de juridiction et de police forestière, de chasse, de pêche, de mines, d'usines, de dimes et de prestations féodales, de patronage et autres semblables, et les revenus provenant des dits domaines et droits.

Leurs domaines et biens sont assimilés, quant à l'impôt, aux domaines des princes de la maison sous la souveraineté de laquelle ils doivent passer, en vertu du présent traité, ou si aucun des princes de la dite maison ne possédoit d'immeubles, aux domaines et biens de la classe la plus privilégiée. — Ne pourront les dits domaines et droits être vendus à un souverain étranger à la confédération, ni autrement aliénés sans avoir été préalablement offert au prince sous la souveraineté duquel ils se trouvent placés.

Art. XXVIII. En matière criminelle, les princes et comtes actuellement régnans et leurs héritiers jouiront du droit d'Austrègues, cest à dire d'être jugés par leurs pairs, et dans aucun cas la confiscation de leurs biens ne pourra

être prononcée ni avoir lieu; mais les revenus pourront être séquestrés pendant la vie du condamné.

Art. XXIX. Les états confédérés contribueront au payement des dettes actuelles des cercles, non-seulement pour leurs anciennes possessions, mais aussi pour les territoires qui doivent être respectivement soumis à leur souveraineté.

La dette du cercle de Souabe sera à la charge de L. L. M. M. les Rois de Bavière et de Würtemberg, et de L. L. A. A. S. S. le Grand-duc de Bade, les Princes de Hohenzollern-Hechingen et Sigmaringen, de Lichtenstein et de la Leyen, et divisée entre eux, dans la proportion de ce que chacun des dits Rois et Princes possèdera dans la Souabe.

Art. XXX. Les dettes propres de chaque principauté, comté, ou seigneurie passant sous la souveraineté de l'un des états confédérés, seront divisées entre les dits états et les princes ou comtes actuellement régnans, dans la proportion des revenus que le dit état doit acquérir, et de ceux que les princes et comtes doivent conserver d'après les stipulations ci-dessus.

Art. XXXI. Il sera libre aux princes et comtes actuellement régnans et à leurs héritiers, de fixer leur résidence par-tout où ils le voudront, pourvû que ce soit dans l'un des états, membres ou alliés de la confédération du Rhin, ou dans les possessions qu'ils conserveront en souveraineté hors du territoire de la dite confédération, et de retirer leurs revenus ou leurs capitaux sans pouvoir être assujettis pour cette cause à aucun droit ou impôt quelconque.

Art. XXXII. Les individus employés dans l'administration publique des principautés, comtés ou seigneuries, qui doivent, en vertu du présent traité, passer sous la souveraineté de l'un des états confédérés, et que le souverain ne jugeroit pas à propos de conserver dans leurs emplois, jouiront d'une pension de retraite, égale à celle que les lois ou réglemens de l'état accordent aux officiers du même grade.

Art. XXXIII. Les membres des ordres militaires ou religieux, qui pourront être, en conséquence du présent traité, dépossédés ou sécularisés, recevront une pension annuelle et viagère, proportionnée aux revenus dont ils jouissoient, à leur dignité et à leur âge, et hypothéquée sur les biens dont ils étoient usu-fruitiers.

Art. XXXIV. Les Rois, Grand-ducs, Ducs et Princes confédérés renoncent, chacun d'eux pour soi, ses héritiers et successeurs, à tout droit actuel, qu'ils pourroient avoir ou prétendre sur les possessions des autres membres de la confédération, telles qu'elles sont et telles qu'elles doivent être en conséquence du présent traité. Les droits éventuels de succession demeurant seuls réservés, et pour le cas seulement où viendroit à s'éteindre la maison ou la branche qui possède maintenant ou qui doit, en vertu du présent traité, posséder en souveraineté les territoires, domaines et biens sur lesquels les susdits droits peuvent s'étendre.

Art. XXXV. Il y aura entre l'Empire françois et les états confédérés du Rhin, collectivement et séparément, une alliance, en vertu de laquelle toute guerre continentale, que l'une des parties contractantes auroit à soutenir, deviendra immédiatement commune à toutes les autres.

Art. XXXVI. Dans le cas où une puissance étrangère à l'alliance et voisine armeroit, les hautes parties contractantes, pour ne pas être prises au dépourvu, armeront pareillement d'après la demande qui en seroit faite par le ministre de l'une d'elles à Francfort.

Le contingent que chacun des alliés fournira, étant divisé en quatre quarts, la diète déterminera combien de quarts devront être rendus mobiles; mais l'armement ne sera effectué qu'en conséquence d'une invitation adressée par S. M. l'Empereur et Roi à chacune des puissances alliées.

Art. XXXVII. S. M. le Roi de Bavière s'engage à fortifier les villes d'Augsburg et de Lindau, à former et entretenir en tout temps dans la première de ces deux places des établissemens d'artillerie, et à tenir dans la seconde une quantité de fusils et de munitions suffisante pour une réserve, de même qu'à avoir à Augsburg des boulangeries, pour qu'on puisse confectionner une quantité de biscuits telle, qu'en cas de guerre la marche des armées n'éprouve pas de retard.

Art. XXXVIII. Le contingent à fournir par chacun des alliés pour le cas de guerre, est fixé ainsi qu'il suit:

La France fournira 200,000 hommes de toute arme, le royaume de Bavière 30,000 hommes de toute arme; le royaume de Würtemberg 12,000 hommes; le Grand-duc de Bade 8,000; le Grand-duc de Berg 5,000; le Grand-duc de Hesse-Darmstadt 4,000, L. L. A. A. S. S. les Duc et Prince de Nassau fourniront, avec les autres princes confédérés, un contingent de 4,000 hommes.

Art. XXXIX. Les hautes parties contractantes se réservent d'admettre par la suite dans la nouvelle confédération d'autres princes et états d'Allemagne qu'il sera trouvé de l'intérêt commun d'y admettre.

Art. XL. Les ratifications du présent traité seront échangées à Munich le 21. Juillet de la présente année.

Fait à Paris le 12. Juillet 1806.

Signés: Ch. Maur. ***Talleyrand***, prince de Bénévent, grand-chambellan de S. M. l'Empereur des François et Roi d'Italie, ministre des relations extérieures.

Antoine de ***Cetto***, pour le roi de Bavière.

Levin comte de ***Winzingerode***, pour le roi de Würtemberg.

Charles comte de ***Beust***, pour l'électeur archi-chancelier.

Ch. J. Sigismond, baron de ***Reitzenstein***, pour l'électeur de Bade.

Maximilien, baron de *Schell*, pour le duc de Clève et de Berg.

Auguste-Guillaume de *Pappenheim*, pour le landgrave de Hesse-Darmstadt.

Jean-Ernest, baron de *Gagern*, pour les princes de Nassau.

François-Xavier de *Fischler*, pour les maisons de Hohenzollern et pour celle de Salm.

Louis de *Greuhm*, pour le prince d'Isenburg-Birstein.

Durant-Saint-André, pour S. A. S. le duc d'Aremberg, et pour le comte de la Leyen.

Note,

remise à la diète de Ratisbonne par M. Bacher, chargé d'affaires de France,

le 1. Août 1806.

Le soussigné Chargé d'affaires de Sa Majesté l'Empereur des François, Roi d'Italie, près la Diète générale de l'Empire Germanique, a reçu de Sa Majesté l'ordre de faire à la Diète les déclarations suivantes.

Leurs Majestés les Rois de Bavière et de Würtemberg, les Princes souverains de Ratisbonne, de Bade, de Berg, de Hesse-Darmstadt, de Nassau et les autres principaux Princes du midi et de l'ouest de l'Allemagne, ont pris la résolution de former entr'eux une confédération qui les mette à l'abri de toutes les incertitudes de l'avenir, et ils ont cessé d'être états de l'Empire.

La situation dans laquelle le traité de Presbourg a placé directement les cours alliées de la France, et indirectement les Princes qu'elles entourent et qui les avoisinent, étant incompatible avec la condition d'un état d'Empire, c'étoit pour elles et pour ces Princes une nécessité d'ordonner sur un nouveau plan le système de leurs rapports et d'en faire disparoître une contradiction qui auroit été une source permanente d'agitation, d'inquiétude et de danger.

De son côté la France, si essentiellement intéressée au maintien de la paix dans le midi de l'Allemagne, et qui ne pouvoit pas douter que, du moment où elle aurait fait repasser le Rhin à ses troupes, la discorde, conséquence inévitable de relations contradictoires ou incertaines, mal définies et mal connues, auroit compromis de nouveau le repos des peuples, et rallumé peut-être la guerre sur le continent, obligée d'ailleurs de concourir au bien-être de ses alliés et de les faire jouir de tous les avantages que le traité de Presbourg leur assure et qu'elle leur a garantis, la France n'a pu voir, dans la confédération qu'ils ont formée, qu'une suite naturelle et le complément nécessaire de ce traité.

Depuis long-temps des altérations successives qui de siècle en siècle n'ont été qu'en augmentant, avaient réduit la constitution germanique à n'être plus qu'une ombre d'elle-même. Le temps avoit changé tous les rapports de

grandeur et de force qui existaient primitivement entre les divers membres de la confédération, entre chacun d'eux et le tout dont ils faisaient partie. La diète avait cessé d'avoir une volonté qui lui fut propre. Les sentences des tribunaux suprêmes ne pouvaient être mises à exécution. Tout attestoit un affoiblissement si grand que le lien fédératif n'offroit plus de garantie à personne, et n'étoit entre les puissances qu'un moyen de dissention et de discorde. Les évènemens des trois coalitions ont porté cet affoiblissement à son dernier terme. Un Electorat a été supprimé par la réunion du Hanovre à la Prusse: Un Roi du nord a incorporé à ses autres états une des Provinces de l'Empire: le traité de Presbourg a attribué à Leurs Majestés les Rois de Bavière et de Wurtemberg, et à Son Altesse Sérénissime l'Electeur de Bade, la plénitude de la souveraineté, prérogative que les autres Electeurs réclameroient sans doute et seroient fondés à réclamer, mais qui ne peut s'accorder, ni avec la lettre, ni avec l'esprit de la constitution de l'Empire.

Sa Majesté l'Empereur et Roi est donc obligé de déclarer qu'il ne reconnoit plus l'existence de la constitution Germanique, en reconnoissant néanmoins la souveraineté entière et absolue de chacun des Princes dont les états composent aujourd'hui l'Allemagne, et en conservant avec eux les mêmes relations qu'avec les autres puissances indépendantes de l'Europe.

Sa Majesté l'Empereur et Roi a accepté le titre de protecteur de la confédération du Rhin. Il ne l'a fait que dans des vues de paix, et pour que sa médiation constamment interposée entre les plus foibles et les plus forts, prévienne toute espèce de dissentions et de troubles.

Ayant ainsi satisfait aux plus chers intérêts de son peuple et de ses voisins, ayant pourvu, autant qu'il étoit en lui, à la tranquillité future de l'Europe, et en particulier à la tranquillité de l'Allemagne qui a été constamment le théâtre de la guerre, en faisant cesser la contradiction qui plaçoit les peuples et les princes sous la protection apparente d'un système réellement contraire à leurs intérêts politiques et à leurs traités, Sa Majesté l'Empereur et Roi espère qu'enfin les Nations de l'Europe fermeront l'oreille aux insinuations de ceux qui voudroient entretenir sur le continent une guerre éternelle, que les armées françaises qui ont passé le Rhin, l'auront passé pour la dernière fois, et que les peuples d'Allemagne ne verront plus que dans l'histoire du passé l'horrible tableau des désordres de tout genre, des dévastations et des massacres que la guerre entraine toujours avec elle.

Sa Majesté a déclaré qu'elle ne porteroit jamais les limites de la France au-delà du Rhin. Elle a été fidèle à sa promesse. Maintenant son unique désir est de pouvoir employer les moyens que la providence lui a confiées pour affranchir les mers, rendre au commerce sa liberté, et assurer ainsi le repos et le bonheur du monde.

Ratisbonne le 1. Août 1806.

Bacher.

Renunciationsurkunde
der Mitglieder des Rheinbundes,
datirt und dictirt, Regensburg am 1. Aug. 1806.

Hochwürdige, Hoch- und Hochwohl-, auch Wohlgeborne,
insonders hoch- und vielgeehrteste Herren!

Die zur allgemeinen deutschen Reichsversammlung bevollmächtigten unterzeichneten Botschafter und Gesandte haben den Befehl erhalten, Namens Ihrer höchst- und hohen Committenten Euren Excellenzien, Hochwürden, Hoch-, Hochwohl- und Wohlgeboren nachstehende Erklärung mitzutheilen:

Die Begebenheiten der drei letzten Kriege, welche Deutschland beinahe ununterbrochen beunruhigt haben, und die politischen Veränderungen, welche daraus entsprungen sind, haben die traurige Wahrheit in das hellste Licht gesetzt, dass das Band, welches bisher die verschiedenen Glieder des deutschen Staatskörpers miteinander vereinigen sollte, für diesen Zweck nicht mehr hinreiche, oder vielmehr, dass es in der That schon aufgelöst sei; das Gefühl dieser Wahrheit ist schon seit langer Zeit in dem Herzen jedes Deutschen; und so drückend auch die Erfahrung der letzten Jahre war, so hat sie doch im Grunde nur die Hinfälligkeit einer in ihrem Ursprunge ehrwürdigen, aber durch den, allen menschlichen Anordnungen anklebenden Unbestand fehlerhaft gewordenen Verfassung bestätiget. Nur diesem Umstande muss man ohne Zweifel die im Jahre 1795 im Reiche selbst sich hervorgethane Trennung zuschreiben, die eine Absonderung des Interesse des nördlichen und südlichen Deutschlands zur Folge hatte. Von diesem Augenblicke an mussten nothwendig alle Begriffe von einem gemeinschaftlichen Vaterlande und Interesse verschwinden; die Ausdrücke: Reichskrieg und Reichsfrieden wurden Worte ohne Sinn; vergeblich suchte man Deutschland mitten im deutschen Reichskörper. Die Frankreich zunächst gelegenen, von allem Schutz entblössten und allen Drangsalen eines Kriegs, dessen Beendigung in den verfassungsmässigen Mitteln zu suchen nicht in ihrer Gewalt stand, ausgesetzten Fürsten sahen sich gezwungen, sich durch Separatfrieden von dem allgemeinen Verbande in der That zu trennen.

Der Friede von Lüneville, und mehr noch der Reichsschluss von 1803 hätten allerdings hinlänglich scheinen sollen, um der deutschen Reichsverfassung neues Leben zu geben, indem sie die schwachen Theile des Systems hinwegräumten und die Hauptgrundpfeiler desselben befestigten. Allein die in den letztverflossenen 10 Monaten unter den Augen des ganzen Reichs sich zugetragenen Ereignisse haben auch diese letzte Hoffnung vernichtet, und die gänzliche Unzulänglichkeit der bisherigen Verfassung aufs neue ausser allem Zweifel gesetzt.

Bei dem Drange dieser wichtigen Betrachtung haben die Souverains und Fürsten des mittäglichen und westlichen Deutschlands sich bewogen gefunden, einen neuen und den Zeitumständen angemessenen Bund zu schliessen. Indem sie sich durch gegenwärtige Erklärung von ihrer bisherigen Verbindung

mit dem deutschen Reichskörper lossagen, befolgen sie blos das durch frühere Vorgänge, und selbst durch Erklärungen der mächtigern Reichsstände aufgestellte System. Sie hätten zwar den leeren Schein einer erloschenen Verfassung beibehalten können, allein sie haben im Gegentheil ihrer Würde und der Reinheit ihrer Zwecke angemessener geglaubt, eine offene und freie Erklärung ihres Entschlusses und der Beweggründe, durch welche sie geleitet worden sind, abzugeben.

Vergeblich aber würden sie sich geschmeichelt haben, den gewünschten Endzweck zu erreichen, wenn sie sich nicht zugleich eines mächtigen Schutzes versichert hätten, wozu sich nunmehr der nämliche Monarch, dessen Absichten sich stets mit dem wahren Interesse Deutschlands übereinstimmend gezeigt haben, verbindet. Eine so mächtige Garantie ist in doppelter Hinsicht beruhigend. Sie gewährt die Versicherung, dass Se. Maj. der Kaiser von Frankreich Allerhöchstdero Ruhms halber eben so sehr, als wegen des eigenen Interesses des französischen Kaiser-Staates, die Aufrechthaltung der neuen Ordnung der Dinge in Deutschland und die Befestigung der inneren und äusseren Ruhe sich angelegen sein lassen werden. Dass diese kostbare Ruhe der Hauptzweck des rheinischen Bundes ist, davon finden die bisherigen Reichs-Mitstände der Souverains, in deren Namen die gegenwärtige Erklärung geschieht, den deutlichen Beweis darin, dass jedem unter ihnen, dessen Lage ihm eine Theilnahme daran erwünschlich machen kann, der Beitritt zu demselben offen gelassen ist.

Indem wir uns nun dieses höchsten und hohen Auftrags hierdurch schuldigst entledigen, so haben wir zugleich die Ehre, die Versicherung der hochachtungsvollsten Ergebenheit hinzuzufügen, womit wir sind

Regensburg den 1. Aug. 1806.

Euer Excellenzien, Hochwürden, Hoch-, Hochwohl- und Wohlgeboren

gehorsamst ergebenste

Freiherr von Rechberg, Sr. kgl. Majestät v. Bayern Geh.-Rath und bisheriger Comitialgesandter.

Freiherr von Sekendorf, Sr. kgl. Majestät von Würtemberg Staatsminister und bisheriger K. K. G.

Kurfürstl. Reichserzkanzler, Staatsminister und Directorialgesandter, *Freiherr von Albini.*

Der kurfürstl. Badensche Gesandte, *Albrecht Freih. v. Sekendorf.*

Landgräflich Hessischer Gesandter, *Freiherr v. Türkheim.*

Edmund Freiherr v. Schmitz-Grollenburg, Sr. hochfürstl. Durchlaucht zu Hohenzollern-Hechingen und des hochfürstl. Gesammthauses Hohenzollern Gesandter.

Weihbischoff und Domdechant *v. Wolf*, als hochfürstl. Salm-Kyrburgischer Comitial-Gesandter.

v. Mollenbec, von wegen Sr. hochfürstl. Durchl. zu Isenburg.

Abdicationsurkunde des deutschen Kaisers.

(6. August 1806.)

Die Fürsten des Rheinbundes hatten in ihrem Schreiben an den Reichstag zu Regensburg, worin sie ihren Austritt aus dem deutschen Reichsverband erklärten, nicht mit Unrecht gesagt, daß das Band, welches sie hier *förmlich* lösen, *in der That* schon seit lange gelöst sei, daß die Worte *Reichskrieg* und *Reichsfrieden* Ausdrücke ohne Sinn geworden seien, und daß man vergeblich ein Deutschland mitten im deutschen Staatskörper suche. Seit dem Jahr 1795 war es bei der Bedrängniß von Seiten der französischen Armeen unter den deutschen Fürsten gewöhnlich geworden, den schleppenden Gang und die widersprechenden Interessen des Reichstages zu umgehen und in Separatfriedensschlüssen mit Frankreich Rettung zu suchen. Preußen war im Frieden von Basel mit diesem Beispiele vorangegangen und das Reichsoberhaupt selbst ahmte dasselbe nach. Bei dem Separatinteresse, welches die östreichische und preußische Politik verfolgten, bei der geringen Uebereinstimmung und dem Mißtrauen zwischen diesen beiden deutschen Großmächten, waren die kleineren deutschen Staaten in der That in einer sehr schwierigen Lage. Namentlich die südlichen und westlichen hatten das Kriegsunheil immer zuerst zu tragen und mußten gleichwohl in beständiger Besorgniß schweben, bei dem nächsten Friedensschluß als eine von Frankreich dargebotene Entschädigung dem Gebiete eines mächtigeren deutschen Staates zugewiesen zu werden. Wenn nun die Rheinbundes-Fürsten in einem besonderen Bündnisse unter dem Protectorat Napoleon's eine Gewähr für ihre Existenz und für den Frieden suchten; so konnte allerdings der *deutsche Kaiser* um so weniger gemeint sein, die völlig undankbar gewordene Würde eines Oberhauptes des deutschen Reiches länger fortzuführen, als es eben gerade die südlichen und westlichen Staaten waren, von denen er ein festeres Anschließen an Oestreich erwarten durfte, während sich im Norden schon der preußische Einfluß mehr Geltung verschafft hatte. Der Kaiser Franz II. legte also schon wenige Tage, nachdem der Rheinbund sich vom Reiche losgesagt hatte, in einer aus Wien, 6. August 1806

datirten Erklärung, welche hier folgt, die deutſche Kaiſerkrone nieder und nahm den Titel eines Kaiſers von Oeſtreich an. Das tauſendjährige deutſche Reich war ſomit aufgehoben, und zwar geſchah dieſer wichtige Act ohne irgend beſondere Förmlichkeiten, an denen der deutſche Reichstag es doch ſonſt niemals fehlen ließ. Die Urkunde wurde nicht einmal durch die öffentliche Reichsdictatur dem Reichstage in einer feierlichen Sitzung mitgetheilt, ſondern einfach durch den erzherzoglich öſtreichiſchen Geſandten am 12. Auguſt 1806 den einzelnen Reichstagsgeſandten zugeſchickt. Abgedruckt findet ſie ſich u. a. in Poſſelt's europ. Annalen Jahrg. 1806. 9. Stück. Der König von England, als Kurfürſt von Hannover, erklärte auf die geſchehene Notification der Abdankung des Kaiſers, daß er dieſen Schritt, als einen erzwungenen, nicht anerkenne, vielmehr das Reich und deſſen Haupt als dem Rechte nach fortbeſtehend anſehen werde.

...tionsurkunde

...esers Franz II.

vom 6. August 1806.

...erte, von Gottes Gnaden erwählter römischer ...er des Reichs, Erbkaiser von Oestreich etc., ...garn, Böheim, Croatien, Dalmatien, Slavonien, ... Jerusalem, Erzherzog zu Oestreich etc. Nach dem ... Friedens war Unsere ganze Aufmerksamkeit und ... Verpflichtungen, die Wir dadurch eingegangen ... und Gewissenhaftigkeit das vollkommenste Ge... Bestimmungen des Friedens Unsern Völkern zu erhalten, ... hergestellten friedlichen Verhältnisse allenthalben zu ...ern, ob die durch diesen Frieden herbeigeführten ...nisse im deutschen Reiche es Uns ferner möglich machen ... kaiserlichen Wahlcapitulation Uns als Reichsoberhaupt ... Pflichten genug zu thun. Die Folgerungen, welche ... Pressburger Friedens gleich nach dessen Bekannt... geworden, und die allgemein bekannten Ereig... im deutschen Reiche Statt hatten, haben Uns aber die ...t, dass es unter den eingetretenen Umständen unmög... durch den Wahlvertrag eingegangenen Verpflichtungen ... und wenn noch der Fall übrig blieb, dass sich nach ... eingetretener politischer Verwickelungen ein ver... werden dürfte, so hat gleichwohl die am 12. Juli zu Paris ... seitdem von den betreffenden Theilen genehmigte Ueber... wesentlichen Stände zu ihrer gänzlichen Trennung von dem ... Vereinigung zu einer besondern Conföderation die gehegte ... vernichtet. Bei der hierdurch vollendeten Ueberzeugung ... Unmöglichkeit, die Pflichten Unsers kaiserl. Amtes länger ... und War es Unsern Grundsätzen und Unserer Würde schuldig, auf ... zu verzichten, welche nur so lange Werth in Unsern Augen haben

konnte, als Wir dem, von Kurfürsten, Fürsten und Ständen und übrigen Angehörigen des deutschen Reichs Uns bezeigten Zutrauen zu entsprechen, und den übernommenen Obliegenheiten ein Genüge zu leisten im Stande waren. Wir erklären demnach durch Gegenwärtiges, dass Wir das Band, welches Uns bis jetzt an den Staatskörper des deutschen Reichs gebunden hat, als gelöst ansehen, dass Wir das reichsoberhauptliche Amt und Würde durch die Vereinigung der conföderirten rheinischen Stände als erloschen und Uns dadurch von allen übernommenen Pflichten gegen das deutsche Reich losgezählt betrachten, und die von wegen desselben bis jetzt getragene Kaiserkrone und geführte kaiserl. Regierung, wie hiermit geschieht, niederlegen. Wir entbinden zugleich Kurfürsten, Fürsten und Stände und alle Reichsangehörigen, insonderheit auch die Mitglieder der höchsten Reichsgerichte und die übrige Reichsdienerschaft von ihren Pflichten, womit sie an Uns, als das gesetzliche Oberhaupt des Reichs, durch die Constitution gebunden waren. Unsere sämmtlichen deutschen Provinzen und Reichsländer zählen Wir dagegen wechselseitig von allen Verpflichtungen, die sie bis jetzt unter was immer für einem Titel gegen das deutsche Reich getragen haben, los, und Wir werden selbige in ihrer Vereinigung mit dem ganzen östreichischen Staatskörper, als Kaiser von Oestreich, unter den wieder hergestellten und bestehenden friedlichen Verhältnissen mit allen Mächten und benachbarten Staaten zu jener Stufe des Glücks und Wohlstandes zu bringen beflissen sein, welche das Ziel aller Unserer Wünsche, der Zweck Unserer angelegensten Sorgfalt stets sein wird.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt Wien, den 6. August im eintausend achthundert sechsten, Unserer Reiche, des Römischen und der Erblichen im fünfzehnten Jahre.

(L. S.) *Franz.*

Johann Philipp Graf v. Stadion,
Ad Mandatum Sacrae Caesareae ac caes. regiae apost. Maj. proprium.
Hofrath v. Hudelist.

Abdicationsurkunde

des Kaisers Franz II.

vom 6. August 1806.

Wir Franz, der Zweite, von Gottes Gnaden erwählter römischer Kaiser, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, Erbkaiser von Oestreich etc., König in Germanien, zu Hungarn, Böheim, Croatien, Dalmatien, Slavonien, Galizien, Lodomerien und Jerusalem, Erzherzog zu Oestreich etc. Nach dem Abschlusse des Pressburger Friedens war Unsere ganze Aufmerksamkeit und Sorgfalt dahin gerichtet, allen Verpflichtungen, die Wir dadurch eingegangen hatten, mit gewohnter Treue und Gewissenhaftigkeit das vollkommenste Genüge zu leisten und die Segnungen des Friedens Unsern Völkern zu erhalten, die glücklich wieder hergestellten friedlichen Verhältnisse allenthalben zu befestigen, und zu erwarten, ob die durch diesen Frieden herbeigeführten wesentlichen Veränderungen im deutschen Reiche es Uns ferner möglich machen würden, den nach der kaiserlichen Wahlcapitulation Uns als Reichsoberhaupt obliegenden schweren Pflichten genug zu thun. Die Folgerungen, welche mehreren Artikeln des Pressburger Friedens gleich nach dessen Bekanntmachung und bis jetzt gegeben worden, und die allgemein bekannten Ereignisse, welche darauf im deutschen Reiche Statt hatten, haben Uns aber die Ueberzeugung gewährt, dass es unter den eingetretenen Umständen unmöglich sein werde, die durch den Wahlvertrag eingegangenen Verpflichtungen ferner zu erfüllen: und wenn noch der Fall übrig blieb, dass sich nach fördersamer Beseitigung eingetretener politischer Verwickelungen ein veränderter Stand ergeben dürfte, so hat gleichwohl die am 12. Juli zu Paris unterzeichnete und seitdem von den betreffenden Theilen genehmigte Uebereinkunft mehrerer vorzüglichen Stände zu ihrer gänzlichen Trennung von dem Reiche und ihrer Vereinigung zu einer besondern Conföderation die gehegte Erwartung vollends vernichtet. Bei der hierdurch vollendeten Ueberzeugung von der gänzlichen Unmöglichkeit, die Pflichten Unsers kaiserl. Amtes länger zu erfüllen, sind Wir es Unsern Grundsätzen und Unserer Würde schuldig, auf eine Krone zu verzichten, welche nur so lange Werth in Unsern Augen haben

konnte, als Wir dem, von Kurfürsten, Fürsten und Ständen und übrigen Angehörigen des deutschen Reichs Uns bezeigten Zutrauen zu entsprechen, und den übernommenen Obliegenheiten ein Genüge zu leisten im Stande waren. Wir erklären demnach durch Gegenwärtiges, dass Wir das Band, welches Uns bis jetzt an den Staatskörper des deutschen Reichs gebunden hat, als gelöst ansehen, dass Wir das reichsoberhauptliche Amt und Würde durch die Vereinigung der conföderirten rheinischen Stände als erloschen und Uns dadurch von allen übernommenen Pflichten gegen das deutsche Reich losgezählt betrachten, und die von wegen desselben bis jetzt getragene Kaiserkrone und geführte kaiserl. Regierung, wie hiermit geschieht, niederlegen. Wir entbinden zugleich Kurfürsten, Fürsten und Stände und alle Reichsangehörigen, insonderheit auch die Mitglieder der höchsten Reichsgerichte und die übrige Reichsdienerschaft von ihren Pflichten, womit sie an Uns, als das gesetzliche Oberhaupt des Reichs, durch die Constitution gebunden waren. Unsere sämmtlichen deutschen Provinzen und Reichsländer zählen Wir dagegen wechselseitig von allen Verpflichtungen, die sie bis jetzt unter was immer für einem Titel gegen das deutsche Reich getragen haben, los, und Wir werden selbige in ihrer Vereinigung mit dem ganzen östreichischen Staatskörper, als Kaiser von Oestreich, unter den wieder hergestellten und bestehenden friedlichen Verhältnissen mit allen Mächten und benachbarten Staaten zu jener Stufe des Glücks und Wohlstandes zu bringen beflissen sein, welche das Ziel aller Unserer Wünsche, der Zweck Unserer angelegensten Sorgfalt stets sein wird.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt Wien, den 6. August im eintausend achthundert sechsten, Unserer Reiche, des Römischen und der Erblichen im fünfzehnten Jahre.

(L. S.) *Franz.*

Johann Philipp Graf v. Stadion,
Ad Mandatum Sacrae Caesareae ac caes. regiae apost. Maj. proprium.
Hofrath v. Hudelist.

Abdicationsurkunde des deutschen Kaisers.

(6. August 1806.)

Die Fürsten des Rheinbundes hatten in ihrem Schreiben an den Reichstag zu Regensburg, worin sie ihren Austritt aus dem deutschen Reichsverband erklärten, nicht mit Unrecht gesagt, daß das Band, welches sie hier *förmlich* lösen, *in der That* schon seit lange gelöst sei, daß die Worte *Reichskrieg* und *Reichsfrieden* Ausdrücke ohne Sinn geworden seien, und daß man vergeblich ein Deutschland mitten im deutschen Staatskörper suche. Seit dem Jahr 1795 war es bei der Bedrängniß von Seiten der französischen Armeen unter den deutschen Fürsten gewöhnlich geworden, den schleppenden Gang und die widersprechenden Interessen des Reichstages zu umgehen und in Separatfriedensschlüssen mit Frankreich Rettung zu suchen. Preußen war im Frieden von Basel mit diesem Beispiele vorangegangen und das Reichsoberhaupt selbst ahmte dasselbe nach. Bei dem Separatinteresse, welches die östreichische und preußische Politik verfolgten, bei der geringen Uebereinstimmung und dem Mißtrauen zwischen diesen beiden deutschen Großmächten, waren die kleineren deutschen Staaten in der That in einer sehr schwierigen Lage. Namentlich die südlichen und westlichen hatten das Kriegsunheil immer zuerst zu tragen und mußten gleichwohl in beständiger Besorgniß schweben, bei dem nächsten Friedensschluß als eine von Frankreich dargebotene Entschädigung dem Gebiete eines mächtigeren deutschen Staates zugewiesen zu werden. Wenn nun die Rheinbundes-Fürsten in einem besonderen Bündnisse unter dem Protectorat Napoleon's eine Gewähr für ihre Existenz und für den Frieden suchten; so konnte allerdings der *deutsche Kaiser* um so weniger gemeint sein, die völlig undankbar gewordene Würde eines Oberhauptes des deutschen Reiches länger fortzuführen, als es eben gerade die südlichen und westlichen Staaten waren, von denen er ein festeres Anschließen an Oestreich erwarten durfte, während sich im Norden schon der preußische Einfluß mehr Geltung verschafft hatte. Der Kaiser Franz II. legte also schon wenige Tage, nachdem der Rheinbund sich vom Reiche losgesagt hatte, in einer aus Wien, 6. August 1806

datirten Erklärung, welche hier folgt, die deutſche Kaiſerkrone nieder und nahm den Titel eines Kaiſers von Oeſtreich an. Das tauſendjährige deutſche Reich war ſomit aufgehoben, und zwar geſchah dieſer wichtige Act ohne irgend beſondere Förmlichkeiten, an denen der deutſche Reichstag es doch ſonſt niemals fehlen ließ. Die Urkunde wurde nicht einmal durch die öffentliche Reichsdictatur dem Reichstage in einer feierlichen Sitzung mitgetheilt, ſondern einfach durch den erzherzoglich öſtreichiſchen Geſandten am 12. Auguſt 1806 den einzelnen Reichstagsgeſandten zugeſchickt. Abgedruckt findet ſie ſich u. a. in Poſſelt's europ. Annalen Jahrg. 1806. 9. Stück. Der König von England, als Kurfürſt von Hannover, erklärte auf die geſchehene Notification der Abdankung des Kaiſers, daß er dieſen Schritt, als einen erzwungenen, nicht anerkenne, vielmehr das Reich und deſſen Haupt als dem Rechte nach fortbeſtehend anſehen werde.

Traité préliminaire d'alliance

entre l'Autriche et la Bavière,

signé

à

RIED,

le 8. Octobre 1813.

Au Nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

S. M. l'Empereur d'Autriche etc. et S. M. le Roi de Bavière animées d'un égal désir de rétablir des rapports que des circonstances malheureuses avaient rompus et assurées que leur union la plus intime devra essentiellement contribuer au bien-être de leurs Etats et S. M. le Roi de Bavière ayant acquis la conviction, que les efforts faits par les puissances alliées pour faire cesser les malheurs de la guerre ont été infructueux; s'étant décidé en conséquence à s'unir d'intentions avec les puissances engagées dans la présente guerre contre la France, et à concourir avec Elles par tous les moyens en son pouvoir au but du rétablissement d'un équilibre entre les puissances, propre à assurer à l'Europe un état de paix véritable, ont nommé pour arrêter les préliminaires d'une alliance, savoir:

S. M. l'Empereur d'Autriche etc. S. A. le Prince Henri XV de Reuss Plauen etc. et S. M. le Roi de Bavière, S. E. Charles Philippe comte de Wrede etc. lesquels, après avoir échangé leurs pleinpouvoirs sont convenus des articles suivans:

Art. I. A partir du jour de la signature du présent acte, il y aura paix et amitié entre L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche etc. et le Roi de Bavière etc. leurs héritiers et successeurs, leurs Etats et sujets à toute perpétuité, et les rapports de commerce et autres entre les deux Etats seront rétablis tels qu'ils existaient avant la guerre.

Art. II. L'alliance entre les deux hautes parties contractantes aura pour but la coopération la plus active des deux puissances pour le rétablissement d'un ordre de choses en Europe, qui assure à toutes l'indépendance et leur tranquillité future. La Bavière en conséquence se dégage des liens

de la confédération du Rhin, et elle joindra immédiatement ses armées à celles des puissances alliées.

Art. III. Par suite de l'article précédent, les Hautes Parties contractantes sont convenues de s'aider avec tous les moyens que la providence a mis à leur disposition et à ne pas poser les armes que d'un commun accord.

Art. IV. S. M. l'Empereur d'Autriche garantit tant en son nom, qu'au nom de Ses Alliés à S. M. le Roi de Bavière, la jouissance libre et paisible, ainsi que la Souveraineté pleine et entière de tous les Etats, villes, domaines et forteresses dont elle se trouvait en possession avant le commencement des hostilités.

Art. V. L'armée Bavaroise fera partie de la grande armée Autrichienne; elle sera sous le commandement du général en chef de cette armée, et sous les ordres immédiats d'un général Bavarois; elle ne pourra être séparée ni disséminée mais restera constamment unie en corps, agissant sous ses propres officiers et soumise pour la discipline et l'économie à ses règlemens particuliers. Si la défense de la propre Patrie rendait son secours nécessaire, elle pourra y entrer sans difficulté.

Art. VI. L'armée Bavaroise et l'armée Autrichienne commenceront à coopérer à dater de la ratification du présent traité.

Art. VII. Les trophées, butin et prisonniers faits sur l'ennemi appartiendront aux troupes qui l'ont pris.

Art. VIII. Les Hautes Parties contractantes procéderont immédiatement à la négociation d'un traité formel d'alliance.

Art. IX. Elles se réservent également la faculté de conclure une convention de cartel à la suite du présent traité.

Art. X. Les deux Hautes Parties contractantes s'engagent formellement à n'entrer dans aucun arrangement ou négociation pour la paix que d'un commun accord et elles se prommettent de la manière la plus solennelle de n'écouter aucune insinuation ou proposition qui leur serait addressée directement ou indirectement par le cabinet Français sans se la communiquer réciproquement.

Art. XI. Le présent traité sera ratifié par S. M. I. R. et Apostolique et S. M. le Roi de Bavière et les ratifications en seront échangées dans l'espace de 8 jours à compter du jour de la signature ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi nous soussignés en vertu de nos pleinpouvoirs, avons signé le présent traité, et y avons apposé le cachet de nos armes.

Fait à Ried, le 8. Octobre 1813.

(L. S.) *Heinrich XV, Prinz Reuss.* (L. S.) *Graf v. Wrede.*

Articles séparés et secrets.

Le but des puissances en guerre contre la France ne pouvant être atteint et les heureux résultats de leurs efforts ne pouvant être assurés que

par une juste répartition des forces respectives des puissances, et par l'établissement de leurs limites sur des bases naturelles et réciproquement convenables, L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche et le Roi de Bavière voulant écarter d'avance toutes les difficultés qui dans l'application de ce principe à l'époque de la paix pourraient se présenter entre elles sont convenues des arrangemens suivans, savoir:

Art. I. Les deux Hautes Parties contractantes regardent comme un des objets principaux de leurs efforts dans la guerre actuelle, la dissolution de la confédération du Rhin et l'indépendance entière et absolue de la Bavière, de sorte que dégagée et placée hors de toute influence étrangère, Elle jouisse de la plénitude de Sa souveraineté.

Art. II. S. M. le Roi de Bavière se prêtera à toutes les cessions qui seraient jugées nécessaires, pour assurer aux deux états une ligne militaire convenable.

Art. III. S. M. l'Empereur d'Autriche s'engage à son tour pour Elle-même et de concert avec Ses Alliés, à employer son intervention la plus efficace, et s'il en est besoin, toutes ses forces à l'effet de procurer à S. M. le Roi de Bavière l'indemnité la plus complète et calculée sur les proportions géographiques, statistiques et financières des provinces cédées. La dite indemnité devra être à la convenance du royaume de Bavière et de manière à former avec lui un contigu complet et non interrompu.

Art. IV. La situation géographique des deux Etats exigeant une nouvelle démarcation entre eux, S. M. I. R. et Apostolique promet, de concert et sous la garantie des Puissances Alliées, à S. M. Bavaroise une indemnité pleine et entière pour les cessions qu'en vertu de ce principe la Bavière serait dans le cas de faire à l'Autriche.

Tout changement dans l'état de possession actuel de la Bavière est toutefois expressément réservé à l'époque de la pacification future, et ne pourra avoir lieu que par un arrangement de gré à gré entre les deux Puissances.

Art. V. Quoique S. M. l'Empereur d'Autriche et S. M. le Roi de Bavière aient consacré au soutien de la cause qu'elles défendent, la totalité de leurs forces, ils prendront encore l'engagement formel de maintenir leurs armées au plus grand complet pendant toute la durée de la guerre actuelle; cependant pour préciser davantage leurs engagemens à cet égard, elles promettent de tenir chacun constamment en campagne, savoir S. M. l'Empereur d'Autriche pour le moins 150,000 hommes et S. M. le Roi de Bavière pour le moins 36,000 hommes; les garnisons des places de l'intérieur non comprises, et d'augmenter le nombre en autant que leurs moyens le permettront.

Art. VI. Les Hautes Parties contractantes se réservent de convenir le plutôt que faire se pourra, des arrangemens militaires détaillés que pourrait exiger la coopération de l'armée Bavaroise avec l'armée Autrichienne.

Art. VII. Les opérations militaires exigeant que le Tyrol soit ouvert aux troupes Autrichiennes, S. M. le Roi de Bavière n'y mettra aucun obstacle

et promet d'y traiter les dites troupes comme les siennes propres, et de leur prêter tout secours nécessaire pour atteindre le but devenu désormais commun entre les Hautes Parties contractantes. Si par la suite des circonstances inattendues, l'armée passait de l'offensive à la défensive S. M. le Roi de Bavière dans le cas que ses troupes ne fussent pas en état de défendre le Tyrol Bavarois, ne mettra aucun obstacle à ce que celles de S. M. l'Empereur d'Autriche se portent partout où les intérêts de la Bavière l'exigent, en observant les stipulations particulières dont on est convenu à cet égard.

Art. VIII. En conséquence de l'union intime de Principe et d'Intentions qui règne entre les puissances alliées, S. M. l'Empereur d'Autriche prend sur Elle, de promettre en leur nom, que du moment que le présent traité aura reçu sa sanction, les hostilités cesseront entre les troupes alliées et celles de S. M. le Roi de Bavière. S. M. I. et R. Apostolique est également prête à interposer ses bons offices auprès de L. L. M. M. l'Empereur de Russie et le Roi de Prusse, pour faciliter la restitution réciproque des prisonniers faits sur l'armée Bavaroise par les puissances alliées.

Art. IX. Dans le cas que S. M. le Roi de Bavière désirât l'entremise des bons offices de l'Autriche, pour faciliter un arrangement avec l'Angleterre, l'Autriche est prête à les faire valoir auprès de cette puissance.

Art. X. S. M. l'Empereur d'Autriche prend également l'engagement de faire accéder L. L. M. M. l'Empereur de Russie et le Roi de Prusse par un acte formel d'adhésion et de garantie aux articles tant patents que secrets du présent traité.

Art. XI. Les articles secrets ci-dessus auront la même force et valeur que s'ils étaient insérés dans le traité patent.

En foi de quoi Nous soussignés en vertu de nos pleinpouvoirs, les avons signés et munis du Cachet de nos armes.

Fait à Ried le 8. Octobre 1813*).

Signé: Heinrich XV, Prinz von Reuss. *Graf v. Wrede.*

Traité préliminaire d'alliance

entre S. M. l'Empereur d'Autriche Roi de Hongrie et de Bohème et S. M. le Roi de Wurtemberg,

signé à

FULDE

le 21. Novembre 1813.

Au Nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

S. M. l'Empereur d'Autriche Roi de Hongrie et de Bohème et S. M. le Roi de Wurtemberg animées d'un égal désir de rétablir des rapports que

*) La Russie et la Prusse ont accédé à ce traité.

des circonstances malheureuses ont rompus, et assurées que leur union la plus intime devra essentiellement contribuer au bien-être de leurs Etats, et S. M. le Roi s'étant décidé en conséquence de s'unir d'intention avec les puissances engagées dans la présente guerre contre la France, et concourir avec Elles par tous les moyens en son pouvoir au but du rétablissement d'un équilibre entre les Puissances, propre à assurer à l'Europe un état de paix véritable, ont nommé pour arrêter les préliminaires d'une alliance, savoir:

S. M. l'Empereur d'Autriche Roi de Hongrie et de Bohème le Sr. Clément Wenceslas Lothaire Prince de Metternich Winnebourg Ochsenhausen etc. et S. M. le Roi de Wurtemberg le Sieur Ferdinand Comte de Zeppelin etc. lesquels après avoir échangé leurs pleinpouvoirs sont convenus des articles suivans:

Art. I. A partir du jour de la signature du présent traité il y aura paix et amitié entre L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche Roi de Hongrie et de Bohème et le Roi de Wurtemberg, leurs héritiers et successeurs, leurs Etats et sujets à toute perpétuité, et les rapports de commerce et autres entre les deux Etats seront rétablis tels qu'ils existaient avant la guerre.

Art. II. L'alliance entre les deux hautes parties contractantes aura pour but la coopération la plus active des deux Puissances pour le rétablissement d'un ordre de choses en Europe qui assure à toutes l'indépendance et leur tranquillité future. Le Roi de Wurtemberg en conséquence se dégage des liens de la confédération du Rhin et joindra immédiatement ses armées à celles des puissances alliées.

Art. III. Par suite de l'article précédent, les hautes parties contractantes sont convenues de s'aider avec tous les moyens que la providence a mis à leur disposition, et à ne pas poser les armes que d'un commun accord.

Art. IV. S. M. l'Empereur d'Autriche garantit tant en son nom qu'au nom de Ses Alliées à S. M. le Roi de Wurtemberg la souveraineté et la jouissance libre et paisible de Ses Etats.

Art. V. L'armée Wurtembergeoise fera partie de la grande armée Autrichienne et alliée. Elle sera sous le commandement du général en chef de cette armée, et sous les ordres immédiats d'un général Wurtembergeois, elle restera constamment unie en corps, agissant sous ses propres officiers, et soumise pour la discipline et l'économie à ses règlements particuliers.

Art. VI. Les trophées, butin et prisonniers faits sur l'ennemi appartiendront aux troupes qui les auront pris.

Art. VII. Les hautes parties contractantes procéderont immédiatement à la négociation d'un traité formel d'alliance.

Art. VIII. Elles se réservent également la faculté de conclure une convention de cartel à la suite du présent traité.

Art. IX. Les deux hautes parties contractantes s'engagent formellement à n'entrer dans aucun arrangement ou négociation pour la paix que d'un commun accord, et Elles se promettent de la manière la plus solennelle de

n'écouter aucune insinuation ou proposition qui leur serait addressée directement ou indirectement par le cabinet Français sans se la communiquer réciproquement.

Art. X. Le présent traité sera ratifié par S. M. I. et R. A. et par S. M. le Roi de Wurtemberg, et les ratifications en seront échangées dans l'espace de huit jours à compter du jour de la signature ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi nous soussignés en vertu de nos pleinpouvoirs avons signé le présent traité préliminaire d'alliance et y avons fait apposer le cachet de nos armes.

Fait à Fulde, le 2. Novembre l'an de grâce 1813.

(L. S.) *Le Comte de Metternich.*

(L. S.) *Le Comte de Zeppelin.*

Articles séparés et secrets.

Le but des Puissances en guerre contre la France ne pouvant être atteint et les heureux résultats de leurs efforts ne pouvant être assurés que par une juste répartition des forces respectives des Puissances et par l'établissement de leurs limites sur des bases naturelles et réciproquement convenables, L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche et le Roi de Wurtemberg voulant écarter d'avance toutes les difficultés qui dans l'application de ce principe à l'époque de la paix pourraient se présenter entre Elles, sont convenues des arrangemens suivans, savoir:

Art. I. Les deux hautes parties contractantes regardent comme un des objets principaux de leurs efforts dans la guerre actuelle la dissolution de la Confédération du Rhin, S. M. le Roi de Wurtemberg dégagé de tout lien constitutionnel étranger, jouira en conséquence de toute Sa Souveraineté sous la garantie des rapports politiques qui devront être la suite des arrangemens à prendre à l'époque de la paix future dans le sens de rétablir et assurer l'indépendance et la liberté de l'Allemagne.

Art. II. S. M. le Roi de Wurtemberg se prêtera à toutes les cessions qui seront jugées nécessaires pour atteindre le but énoncé dans l'article précédent et fixer des rapports géographiques, militaires, politiques des Etats de l'Allemagne d'une manière conforme à ce but. S. M. l'Empereur d'Autriche donne néanmoins à S. M. le Roi de Wurtemberg la garantie formelle que ces cessions ou revirement ne sauraient point être étendus à d'anciennes possessions Wurtembergeoises.

Art. III. S. M. l'Empereur d'Autriche s'engage en retour pour Elle-même et de concert avec ses alliés à procurer à S. M. le Roi de Wurtemberg en échange des cessions qu'Elle pourrait être dans le cas de faire une indemnité aussi complète que le permettra la masse des objets disponibles à la paix et la plus rapprochée des dimensions présentes du Royaume — cette

indemnité sera fixée autant que possible à la convenance du Royaume de Wurtemberg et de manière à former avec lui un contigu complet et non interrompu.

Art. IV. Quoique S. M. l'Empereur d'Autriche et S. M. le Roi de Wurtemberg aient consacré au soutien de la cause qu'ils défendent la totalité de leurs forces, Ils prennent encore l'engagement formel de maintenir leurs armées au plus grand complet pendant la durée de la guerre actuelle; cependant pour préciser davantage leurs engagemens à cet égard, Ils promettent de tenir chacun constamment en campagne, savoir S. M. l'Empereur d'Autriche pour le moins 150,000 hommes et S. M. le Roi de Wurtemberg pour le moins 12,000 hommes, les garnisons des places dans l'intérieur non comprises; et d'augmenter le nombre en autant que leurs moyens le permettront.

Art. V. En conséquence de l'union intime de principes et d'intentions qui règne entre les puissances alliées S. M. l'Empereur d'Autriche prend sur elle de promettre en leur nom que du moment que le présent traité aura reçu sa sanction, les hostilités cesseront entre les troupes alliées et celles de S. M. le Roi de Wurtemberg, S. M. I. et R. A. est également prête à interposer ses bons offices auprès de L. L. M. M. l'Empereur de Russie et le Roi de Prusse pour faciliter la restitution des prisonniers faits sur les troupes Wurtembergeoises par les puissances. —

Art. VI. Dans le cas que S. M. le Roi de Wurtemberg désirât l'entremise des bons offices de l'Autriche pour faciliter un arrangement avec l'Angleterre, l'Autriche est prête à les faire valoir auprès de cette Puissance.

Art. VII. S. M. l'Empereur d'Autriche prend également l'engagement de faire accéder L. L. M. M. l'Empereur de Russie et le Roi de Prusse aux articles tant patents que secrets du présent traité.

Art. VIII. Les articles secrets ci-dessus auront la même force et valeur que s'ils étaient insérés au traité patent de ce jour.

En foi de quoi nous soussignés, en vertu de nos pleinpouvoirs avons signé les présents articles séparés et secrets et y avons fait apposer le cachet de nos armes.

Fait à Fulde, le 2. Novembre l'an de grâce 1813.

(L. S.) *Prince de Metternich.* (L. S.) *Le Comte de Zeppelin.*

Acte d'Accession
de Sa Majesté le Roi de Prusse.

Nous Frédéric Guillaume etc.

Savoir faisons par les présentes qu'ayant été invité par S. M. l'Empereur d'Autriche Roi de Hongrie et de Bohème d'accéder au traité préliminaire d'alliance conclu le 2. Nov. de la présente année entre Sa dite Majesté et S. M. le Roi de Wurtemberg ratifié le 14. Nov. et dont la teneur suit de mot à mot.

Nous avons par une suite de l'accord parfait de la confiance et de l'union intime qui subsistent entre S. M. l'Empereur d'Autriche et nous, autant que par une suite de nos sentimens personnels envers S. M. le Roi de Wurtemberg, accédé comme partie contractante et adhéré à tous les articles, clauses et conditions ci-dessus énoncées promettant sur notre parole royale pour nous et nos successeurs d'observer inviolablement tout ce qui a été stipulé et de ne rien entreprendre qui y soit contraire.

En foi de quoi etc. etc.

Fait à Francfort sur le Mein, le 21. Nov. an de grâce 1813 et de notre règne le dix-septième.

(L. S.) *Signé: Frédéric Guilla ume.*
Contresigné: Hardenberg.

Nous Frédéric Guillaume etc.

Savoir faisons par les présentes qu'ayant accédé en qualité de Partie contractante par un acte formel au traité préliminaire d'alliance conclu entre S. M. l'Empereur d'Autriche et S. M. le Roi de Wurtemberg le 2. Novembre a. c. et ratifié le 14. Novembre. Nous accédons de même et nous adhérons aux articles séparés et secrets du dit traité et dont la teneur suit de mot à mot.

Les envisageant comme parties inséparables du traité patent, en déclarant spécialement que les hautes parties alliées ayant garanti à la Prusse l'Etat de possession de l'année 1801, il s'ensuit que toutes les stipulations relatives aux rétrocessions futures entre l'Autriche et le Wurtemberg seront également applicables à la Prusse et au Wurtemberg, de manière que la Prusse aura à cet égard vis-à-vis du Wurtemberg les mêmes droits, et par contre les mêmes obligations, et promettant enfin sur notre parole Royale pour nous et nos successeurs d'en observer invariablement toutes les chances et stipulations et de ne rien entreprendre qui y soit contraire.

En foi de quoi nous avons signé le présent acte d'accession aux articles secrets ci-dessus, et y avons fait apposer notre sceau Royal.

Fait à Francfort sur le Mein, le 21. Novembre l'an de grâce 1813 et de notre règne le dix-septième.

(L. S.) *Signé: Frédéric-Guillaume.*
Contresigné: Hardenberg.

Traité

entre S. M. le Roi de Prusse et S. A. Royale le Grand-Duc de Bade

signé à

FRANCFORT,

le 20. Novembre 1813.*)

S. M. le Roi de Prusse animé ainsi que tous Ses Augustes alliés du désir de rallier les souverains de l'Allemagne à la cause commune et de les faire participer aux bienfaits de l'Indépendance de leur patrie, admet pour sa part à la grande alliance S. A. R. le Grand-Duc de Bade.

Pour déterminer les conditions de cette admission S. M. le Roi de Prusse a nommé et donné Ses pleinpouvoirs au Sr. Charles Guillaume Baron de Humboldt, Son Ministre d'Etat, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près S. M. I. et R. A. Chevalier des ordres de Prusse de l'aigle rouge, de la croix de fer et de Ste. Anne de Russie, et S. A. R. le Grand-Duc de Bade ayant nommé de son côté et muni de ses pleinpouvoirs le Sr. Sigismond Charles Jean Baron de Reitzenstein, Son Ministre d'Etat et du cabinet, grand-croix de l'ordre de la fidélité, les plénipotentiaires respectifs sont convenus et ont arrêté les articles suivans.

Art. I. S. A. R. le Grand-Duc de Bade renonce pour Lui et ses successeurs à la confédération du Rhin et à tous les liens, devoirs et obligations qui en résultent pour eux.

Art. II. S. A. R. s'engage au contraire à soutenir la cause de l'Indépendance de l'Allemagne par tous les moyens en son pouvoir.

Art. III. Les secours que S. A. R. sera tenue de fournir à la cause commune sont specifiés dans un instrument séparé qui doit être envisagé comme partie intégrante du présent traité.

Art. IV. S. M. le Roi de Prusse garantit à S. A. R. le Grand-Duc de Bade sa souveraineté et ses possessions.

Par contre S. A. R. s'engage à se conformer à cet égard et en général aux engagemens qu'exigera l'ordre des choses qui sera définitivement établi pour le maintien de l'indépendance de l'Allemagne.

Art. V. Le présent traité d'alliance sera ratifié et les ratifications en seront échangées dans le plus court délai possible.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Francfort sur le Mein, le 20. Novembre l'an de grâce 1813.

(L. S.)	(L. S.)
Charles Guillaume	*Sigismond Charles Jean*
Baron de Humboldt.	*Baron de Reitzenstein.*

*) Les conventions conclues avec l'Autriche et la Russie sont conformes à celle-ci.

Articles séparés et secrets.

Art. I. S. A. R. le Grand-Duc de Bade se prêtera à toutes les cessions qu'exigeront les arrangemens futurs en Allemagne, calculés pour le maintien de la force et de l'indépendance de ce pays.

Art. II. S. M. le Roi de Prusse s'engage par contre à s'employer à procurer à S. A. R. en retour de ces cessions si elles devenaient nécessaires, une indemnité compatible avec la masse des objets qui seront disponibles à l'époque de la pacification et avec le but énoncé ci-dessus et les plus rapprochées des dimensions actuelles des Etats de S. A. R.

Les présens articles séparés et secrets auront la même force et valeur comme s'ils étaient insérés de mot à mot au traité principal de ce jour.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé ces articles séparés et secrets et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Francfort sur le Mein, le 20. Novembre l'an de grâce 1813.

(L. S.)
Charles Guillaume
Baron de Humboldt.

(L. S.)
Sigismund Charles Jean
Baron de Reitzenstein.

Wiener Vertrag

über die Abtretungen Sachsen's an Preussen.

(18. Mai 1815.)

Preußen, das für die Befreiung Europa's von der Herrschaft Napoleon's Außerordentliches geleistet hatte, konnte billig darauf Anspruch machen, daß ihm vom wiener Congreß ein Gebiet zugestanden wurde, das dem preußischen von 1805 an Umfang nicht nachstünde; dies hatten ihm auch die Verträge von Reichenbach und Töplitz gewährleistet. Da auf der preußischen Ostgrenze Rußland seine Zwecke auf Polen verfolgte, so richteten Rußland und Preußen ihre Blicke auf Sachsen, das nach seinem ganzen Umfang der preußischen Monarchie einverleibt werden sollte. Nachdem der wiener Congreß am 1. Nov. 1814 eröffnet war, protestirte Talleyrand schon am 2. Nov. in einer mit Metternich und Castlereagh verabredeten Note gegen die Besitznahme Sachsen's von Seiten Preußen's. Der sächsische König Friedrich August übergab dem Congreß am 4. Nov. 1814 eine Rechtfertigungsschrift seines Verhaltens und protestirte gleichfalls entschieden gegen das beabsichtigte Verfahren; auch der Herzog von Koburg erklärte sich im Namen der sächsischen Nebenlinien gegen den englischen Minister im Sinne des Königs und rief das Billigkeitsgefühl der englischen Nation an. Dagegen übergab der russische General Repnin, der seit der Uebergabe von Dresden Sachsen besetzt hielt, das Königreich am 10. Nov. an Preußen, mit dem es provisorisch vereinigt wurde. Oestreich, Bayern, England und Frankreich nahmen jetzt um so entschiedener die Partei des Königs von Sachsen. Als Rußland am 31. Dez. 1814 abermals eine Note übergeben hatte, worin es darauf bestand, daß Preußen ganz Sachsen erhalte, der König von Sachsen aber durch einen auf dem linken Rheinufer zu errichtenden Staat von 700,000 Seelen entschädigt werde, verbanden sich (3. Jan. 1815) Oestreich, England und Frankreich im Geheimen förmlich gegen eine etwa beabsichtigte gewaltsame Durchführung dieses Planes. (Die wesentlichsten Bestimmungen dieses Vertrages siehe bei Schlosser, Gesch. des neunzehnten Jahrh., Band 7, Seite 1202.)

Endlich vereinigte man sich auf Metternich's und Talleyrand's Vorschlag im Februar 1815 dahin, daß der König von Sachsen ungefähr die Hälfte seines Landes (800,000 têtes) an Preußen abtreten sollte. Preußen zeigte sich geneigt, auf diesen Vorschlag einzugehen, und verzichtete endlich auch auf seine Ansprüche auf Leipzig. Dagegen wollte der König von Sachsen, der auf Einladung des Congresses am 4. März vom Schlosse Friedrichsfeld nach Preßburg gekommen war, durchaus in keine Theilung willigen. Als der Congreß am 6. März die Nachricht von Napoleon's Flucht von Elba erhalten hatte, erschien es dringend, die sächsische Angelegenheit sogleich definitiv zu ordnen, und zwar noch ehe diese Flucht selbst bekannt werden könnte. Die Minister Metternich, Wellington und Talleyrand verfügten sich also am 8. März 1815 nach Preßburg, um dem König den Beschluß des Congresses anzukündigen und ihm zu erklären, daß kein anderer Ausweg sei, wenn er nicht sein ganzes Land verlieren wollte; der König sollte in die ihm gelassenen Gebietstheile erst dann wieder eingesetzt werden, wenn er die Beschlüsse des Congresses unterzeichnet habe. Als sich Friedrich August auch jetzt noch entschieden weigerte, erklärte der Congreß am 12. März, Preußen könne sich mit Uebereinstimmung aller europäischen Mächte durch Gewalt in den Besitz der zugesprochenen Landestheile setzen. Ein Vertrag mit dem sächsischen König kam erst am 18. Mai 1815 zu Stande. Abgetreten wurden nach diesem Vertrag an Preußen: der ganze Kreis Thüringen, die ganze Niederlausitz und ein Theil der Oberlausitz, das Fürstenthum Querfurt, das sächsische Mansfeld, ein großer Theil der Stifter Merseburg und Naumburg, Theile der Kreise von Meißen und Leipzig (die Stadt Leipzig selbst, deren Besitz Preußen aus strategischen Gründen lange angesprochen hatte, blieb bei Sachsen), der wittenbergische Kreis, der kgl. sächsische Antheil an Henneberg, die voigtländischen Enclaven, der neustädter Kreis, im Ganzen 373¾ □M. mit 845,218 Einwohnern. Sämmtliche an Preußen abgetretene Provinzen sollten von nun an „Herzogthum Sachsen" heißen und der König von Preußen nahm den Titel eines Herzogs von Sachsen an (wiener Congreßacte Art. 16.); Oestreich, Rußland, England und Frankreich garantiren dem König von Preußen den Besitz der neuerworbenen sächsischen Gebietstheile (wiener Congr. Art. 17.) für alle seine Nachfolger. Der Abtretungsvertrag wurde sächsischer Seits von Schulenburg und Globig, preußischer Seits von Hardenberg und Humboldt unterzeichnet und in gleicher Weise mit den Kabineten von Wien und Petersburg abgeschlossen. Er findet sich abgedruckt bei Klüber, Acten des wiener Congresses, Heft 18; in der Gesetzsammlung für die preuß. Staaten Jahrg. 1815, Nr. 8. u. a.

Traité

entre la Prusse et la Saxe,

signé à

VIENNE

le 18. Mai 1815.*)

Au Nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi de Prusse d'une part, et Sa Majesté le Roi de Saxe d'autre part, animés du désir de renouer les liens d'amitié et de bonne harmonie qui ont si heureusement subsisté entre Leurs états respectifs, et ayant à coeur de contribuer au rétablissement de l'ordre et de la tranquillité en Europe par l'exécution des arrangemens territoriaux stipulés au Congrès de Vienne, Leurs dites Majestés ont nommé des Plénipotentiaires pour discuter, arrêter et signer un Traité de paix et d'amitié, savoir:

Sa Majesté le Roi de Prusse, le Prince de Hardenberg, Son Chancelier d'état etc. et le Sieur Charles-Guillaume Baron de Humboldt, Son Ministre d'état etc.

Et Sa Majesté le Roi de Saxe, le Sieur Frédéric Albert Comte de Schulenbourg, Son Chambellan, Chevalier de l'Ordre de St. Jean de Jérusalem; et le Sieur Hanns Auguste Fürchtegott de Globig, Son Chambellan, Conseiller de la Cour et de Justice et Référendaire intime;

Lesquels, après avoir échangé leurs plein-pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans:

Art. I. Il y aura, à compter de ce jour, paix et amitié entre S. M. le Roi de Prusse d'une part, et S. M. le Roi de Saxe de l'autre part, Leurs héritiers et successeurs, Leurs états et sujets respectifs à perpétuité.

Art. II. S. M. le Roi de Saxe renonce à perpétuité pour Lui et tous Ses descendans et successeurs en faveur de S. M. le Roi de Prusse à tous

*) Le même jour le même traité a été signé entre la Saxe et l'Autriche, la Saxe et la Russie.

Ses droits et titres sur les provinces, districts et territoires ou parties de territoires du Royaume de Saxe désignés ci-après, et S. M. le Roi de Prusse possèdera ces pays en toute souveraineté et propriété, et les réunira à Sa Monarchie. Les districts et territoires ainsi cédés seront séparés du reste du Royaume de Saxe par une ligne qui fera désormais la frontière entre les deux territoires Prussien et Saxon, de manière que tout ce qui est compris dans la délimitation formée par cette ligne, sera restitué à S. M. le Roi de Saxe; mais que S. M. renonce à tous les districts et territoires qui seraient situés au-delà de cette ligne, et qui lui auraient appartenu avant la guerre.

Cette ligne partira des confins de la Bohème près de Wiese dans les environs de Seidenberg en suivant le cours du ruisseau Wittich jusqu'à son confluent avec la Neisse.

De la Neisse elle passera au cercle d'Eigen entre Tauchritz venant à la Prusse, et Bertschoff restant à la Saxe; puis elle suivra la frontière septentrionale du cercle d'Eigen jusqu'à l'angle entre Paulsdorf et Ober-Sohland; de là elle sera continuée jusqu'aux limites qui séparent le cercle de Görlitz de celui de Bautzen, de façon que Ober-, Mittel- et Nieder-Sohland, Olisch et Radewitz restent à la Saxe.

La grande route de poste entre Görlitz et Bautzen sera à la Prusse jusqu'aux limites des deux cercles susdits. Puis la ligne suivra la frontière du cercle jusqu'à Dubrauke; ensuite elle s'étendra sur les hauteurs à la droite du Löbauer-Wasser, de manière que ce ruisseau avec ses deux rives et les endroits riverains jusqu'à Neudorf restent avec ce village à la Saxe.

Cette ligne retombera ensuite sur la Sprée et le Schwarz-Wasser; Liska, Hermsdorf, Ketten et Solchdorf passent à la Prusse.

Depuis la Schwarze-Elster près de Solchdorf on tirera une ligne droite jusqu'à la frontière de la Seigneurie de Königsbrück près de Grossgräbchen. Cette Seigneurie reste à la Saxe, et la ligne suivra la frontière septentrionale de cette Seigneurie jusqu'à celle du baillage de Grossenhayn dans les environs d'Ortrand. Ortrand et la route depuis cet endroit par Merzdorf, Stolzenhayn, Gröbeln à Mühlberg avec les villages que cette route traverse, et de manière qu'aucune partie de la dite route ne reste hors du territoire Prussien, passent sous la domination de la Prusse. La frontière depuis Gröbeln sera tracée jusqu'à l'Elbe près de Fichtenberg, et suivra celle du baillage de Mühlberg; Fichtenberg vient à la Prusse.

Depuis l'Elbe jusqu'à la frontière du pays de Mersebourg elle sera réglée de manière que les baillages de Torgau, Eilenbourg et Delitsch passent à la Prusse, et ceux d'Oschatz, Wurzen et Leipsic restent à la Saxe. La ligne suivra les frontières de ces baillages en coupant quelques enclaves et demi-enclaves. La route de Mühlberg à Eilenbourg sera en entier sur le territoire Prussien.

De Podelwitz, appartenant au baillage de Leipsic et restant à la Saxe, jusqu'à Eytra qui lui reste également, la ligne coupera le pays de Mersebourg, de manière que Breitenfeld, Hänichen, Gross- et Klein-Dolzig, Mark-Ranstädt

et Knaut-Nauendorf restent à la Saxe; Modelwitz, Skeuditz, Klein-Liebenau, Alt-Ranstädt, Schköhlen et Zietschen passent à la Prusse.

Depuis là la ligne coupera le baillage de Pegau, entre le Flossgraben et la Weisse-Elster. Le premier, du point où il se sépare au-dessous de la ville de Crossen (qui fait partie du baillage de Haynsbourg) de la Weisse-Elster jusqu'au point où, au-dessous de la ville de Mersebourg, il se joint à la Saale, appartiendra dans tout son cours entre ces deux villes avec ses deux rives au territoire Prussien.

De là où la frontière aboutit à celle du pays de Zeitz, elle suivra celle-ci jusqu'à celle du pays d'Altenbourg près de Lukau.

Les frontières du cercle de Neustadt, qui passe en entier sous la domination de la Prusse, restent intactes.

Les enclaves du Voigtland dans le pays de Reuss, savoir: Geſäll, Blintendorf, Sparenberg et Blankenberg, se trouvent comprises dans le lot de la Prusse.

Art. III. Pour éviter toute lésion de propriétés particulières et mettre à couvert, d'après les principes les plus libéraux, les biens d'individus domiciliés sur les frontières, il sera nommé, tant par S. M. le Roi de Prusse que par S. M. le Roi de Saxe des Commissaires, pour procéder conjointement à la délimitation des pays qui par les dispositions du présent Traité changent de Souverain.

Aussitôt que le travail des Commissaires sera terminé et approuvé par les deux Souverains, il sera dressé des cartes signées par les Commissaires respectifs, et placé des poteaux qui constateront les limites réciproques.

Art. IV. Les provinces et districts du Royaume de Saxe qui passent sous la domination de S. M. le Roi de Prusse, seront désignés sous le nom de Duché de Saxe, et S. M. ajoutera à Ses titres ceux de Duc de Saxe, Landgrave de Thüringe, Margrave des deux Lusaces et Comte de Henneberg. S. M. le Roi de Saxe continuera à porter le titre de Margrave de la haute Lusace. S. M. continuera de même, relativement et en vertu de Ses droits de succession éventuelle sur les possessions de la branche Ernestine, à porter ceux de Landgrave de Thüringe et de Comte de Henneberg.

Art. V. S. M. le Roi de Prusse s'engage à faire évacuer par Ses troupes les provinces, districts et territoires du Royaume de Saxe qui ne passent point sous sa domination, et à en faire remettre l'administration aux autorités de S. M. le Roi de Saxe dans le terme de quinze jours, à dater de l'échange des ratifications du présent Traité.

Art. VI. On s'occupera immédiatement de tous les arrangemens qui sont une suite nécessaire et indispensable de la cession des provinces et districts désignés dans l'article II à la Prusse, tels que ceux relatifs aux archives, dettes, *Cassenbillets* ou autres charges, tant de ces provinces que du Royaume en général, aux caisses publiques, arrérages, nommément à ceux des impôts ordinaires et revenus domaniaux échus pendant le temps de l'administration Prussienne, aux biens des établissemens publics, religieux, civils

ou militaires, à l'armée, à l'artillerie, aux provisions et munitions de guerre, aux rapports de féodalité, et autres objets de la même nature.

Quant aux rapports de féodalité, S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi de Saxe désirant d'écarter soigneusement tout objet de contestation ou de discussion future, renoncent, chacun de Son côté et réciproquement en faveur l'un de l'autre, à tout droit ou prétention de ce genre qu'ils exerceraient ou qu'ils auraient exercés au-delà des frontières fixées par le présent Traité.

L'exécution du présent article se fera d'un commun accord et par des Commissaires nommés par les deux gouvernemens.

Art. VII. La séparation des archives se fera de la manière suivante. Les titres domaniaux, documens et papiers se rapportant exclusivement aux provinces, territoires ou endroits cédés en entier par S. M. le Roi de Saxe à S. M. Prussienne, seront remis dans le terme de trois mois, à dater du jour de l'échange des ratifications, aux Commissaires Prussiens. La remise des plans et cartes des forteresses, villes et pays se fera de la même manière et dans le même terme. Là où une province ou territoire ne passe pas en entier sous la domination Prussienne, les documens qui en regardent la totalité seront remis en original aux Commissaires Prussiens, ou resteront ainsi à la Saxe, selon que la plus grande ou la plus petite partie de la dite province ou territoire aura été cédée. Celle des deux parties à qui passent ou restent les originaux, s'engage à en fournir à l'autre des copies légalisées. Quant aux actes et papiers qui, sans se trouver dans l'un ou l'autre des deux cas mentionnés ici, sont d'un commun intérêt pour les deux parties, le Gouvernement Saxon en conservera les originaux; mais il s'engage à en faire délivrer à la Prusse des copies légalisées. Les Commissaires Prussiens seront mis en état de pouvoir juger lesquels de ces derniers actes, documens et papiers pourraient avoir de l'intérêt pour leur Gouvernement.

Art. VIII. Relativement à l'armée il est posé en principe, que les soldats, bas-officiers et tous les autres militaires qui n'ont pas rang d'Officiers, suivront l'un ou l'autre des deux Gouvernemens, Prussien ou Saxon, selon que l'endroit de leur naissance passera ou restera sous l'une ou l'autre domination. Les Officiers de tout grade (ainsi que les Chirurgiens et Aumôniers) auront la liberté de choisir dans lequel des deux services ils préfèreront de rester, et cette même liberté s'étendra aussi aux soldats et autres militaires, n'ayant pas rang d'Officiers, qui ne sont natifs ni du Royaume de Saxe ni de la Monarchie Prussienne.

Art. IX. Les dettes spécialement hypothéquées sur les provinces qui passent ou restent en entier sous la même domination, seront entièrement à la charge du Gouvernement auquel ces provinces appartiendront. Quant à celles affectées aux provinces dont une partie reste à S. M. le Roi de Saxe, ainsi qu'à celles qui appartiennent au Royaume en général, S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi de Saxe établissent le principe suivant:

On distinguera les dettes, à l'acquittement desquelles, soit pour le capital, soit pour les intérêts, certains revenus ont été spécialement assignés (*fundirte Schulden*), de celles où ce cas n'existe point. Les premières suivront ces revenus, de façon que la proportion dans laquelle ceux-ci tombent sous l'une ou l'autre domination, soit aussi celle dans laquelle elles seront partagées entre les deux Gouvernemens. Pour ce qui est des dettes, à l'acquittement desquelles de certains revenus n'ont point été assignés (*unfundirte Schulden*), le motif qui les a fait contracter doit faire connaître aussi le fonds sur lequel elles auraient dû être assignées, c'est-à-dire, les branches de revenus qui auraient dû être affectées au payement des intérêts et au remboursement des capitaux. La Prusse et la Saxe y contribueront dans la proportion dans laquelle elles percevront ces revenus. Si, contre toute attente, il se trouvait des cas où il fût impossible de désigner exactement le fonds spécial auquel une dette aurait dû être affectée, on supposera que la totalité des revenus de la province, de l'établissement, de l'institution ou de la caisse, pour l'avantage desquels cette dette aura été contractée, en est grevée, et la dette sera à la charge des deux Gouvernemens dans la proportion de la part de ces revenus que chacun d'eux percevra. Les gages qu'on retirera moyennant le remboursement du capital pour lequel ils avaient servi de nantissement, retomberont à la province, à l'établissement, à l'institution ou à la personne auxquels la propriété de ces gages appartient. Ceux qui sont la propriété d'une province partagée entre les deux Puissances, seront partagés dans la proportion dans laquelle les deux parties de cette province auront contribué à l'acquittement du capital.

Les principes ci-dessus établis pour les dettes seront également appliqués aux créances.

Art. X. S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi de Saxe, en reconnaissant la nécessité de remplir exactement les obligations contractées pour les besoins et le service du Royaume de Saxe par la Commission, dite *Central-Steuer-Commission*, sont convenues, que celles-ci seront garanties mutuellement et acquittées par les deux Gouvernemens. Il sera nommé en conséquence sans délai, de part et d'autre, un nombre égal de Commissaires pour liquider ces dettes, pour en faire le partage d'après le principe adopté pour les dettes publiques non fondées par l'article IX, et pour arrêter les termes et modalités de leur acquittement. Chacun des deux Gouvernemens s'engage à fournir les moyens de cet acquittement; ils se réservent néanmoins réciproquement d'effectuer ces payemens, soit par les arrérages de l'impôt et les coupes de bois extraordinaires sur lesquels ils avaient été assignés, soit par d'autres mesures offrant une sûreté égale, de manière que, pour les époques de payement, les obligations pour lesquelles l'impôt et les coupes de bois ont été ordonnés, soient exactement remplies. En autant toutefois que le produit de cet impôt et de ces coupes ne suffirait pas pour acquitter les engagemens contractés, il est convenu, que leur produit dans la partie Prussienne soit employé d'abord aux payemens dont la banque et

la société maritime Prussiennes se sont chargées; si pour les remplir il fallait encore que la partie Saxonne contribuât, et que contre toute attente le produit de l'impôt et des coupes dans la partie Saxonne ne suffit pas pour fournir à ces deux établissemens le supplément nécessaire dans les termes échus, on accorde de la part de la Prusse un délai jusqu'à la foire de Leipsic de St. Michel de cette année. Pour ce qui regarde les autres payemens auxquels le produit de l'impôt et des coupes de bois doit être employé, S. M. Prussienne et S. M. Saxonne se réservent, dans le cas de l'insuffisance de ce produit, de s'arranger, soit en s'entendant amiablement avec les créanciers soit d'une autre manière sur une prolongation des termes et sur des facilités quant au mode de payement.

Art. XI. S. M. le Roi de Prusse reconnaît expressément, que le papier connu sous le nom de *Cassenbillets* appartient aux dettes du pays qui doivent être partagées selon les principes établis par l'article IX. S. M. Prussienne promet en conséquence de se charger de la part qui lui reviendra, et tant Elle que S. M. le Roi de Saxe désirant de pourvoir, autant que possible, au bien-être de Leurs sujets respectifs, s'engagent à prendre d'un commun accord, relativement à ce papier, des mesures propres à maintenir son crédit dans les deux territoires. Pour cet effet les deux Gouvernemens sont convenus d'établir une administration commune de *Cassenbillets*, qui sera continuée au moins jusqu'au premier Septembre de cette année, et à laquelle on fournira de commun accord les fonds nécessaires pour maintenir le crédit de ces billets.

Ils sont convenus également, que les réglemens qui subsistent à l'égard des *Cassenbillets*, relativement à leur acceptation dans les caisses publiques et dans d'autres payemens, seront maintenus pendant cette époque, tant dans la partie du Royaume de Saxe cédée à la Prusse que dans celle qui reste à S. M. le Roi de Saxe, et ne pourront être changés sans un commun accord.

Art. XII. S. M. le Roi de Saxe formant des réclamations, soit sur les revenus échus du cercle de Cottbus, soit pour des avances faites à ce cercle, la Commission établie par l'article XIV s'occupera spécialement de la discussion de cet objet, et y appliquera les principes convenus dans le présent Traité pour des objets analogues.

Art. XIII. S. M. le Roi de Prusse promet de faire régler tout ce qui peut regarder la propriété et les intérêts des sujets respectifs sur les principes les plus libéraux. Le présent article sera particulièrement appliqué aux rapports des individus qui conservent des biens sous les deux dominations Prussienne et Saxonne, au commerce de Leipsic et à tous les autres objets de la même nature, et pour que la liberté individuelle des habitans, tant des provinces cédées que des autres, ne soit point gênée, il leur sera libre d'émigrer d'un territoire dans l'autre, sauf l'obligation du service militaire, et en remplissant les formalités réquises par les lois. Ils pourront également

exporter leurs biens, sans être sujets à aucun droit d'issue ou de détraction (*Abzugs-Geld*).

Art. XIV. S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi de Saxe nommeront incessamment des Commissaires pour régler d'une manière précise et détaillée les objets mentionnés dans les articles VI à XIII et XVI à XX. Cette Commission se réunira à Dresde, et son travail devra être terminé au plus tard dans le terme de trois mois, à dater de l'échange des ratifications du présent Traité.

Art. XV. S. M. l'Empereur d'Autriche ayant offert Sa médiation pour tous les arrangemens entre les cours de Prusse et de Saxe, dévenus nécessaires à la suite des cessions territoriales stipulées dans l'article II, S. M. le Roi de Saxe et S. M. le Roi de Prusse acceptent cette médiation, tant en général que spécialement pour les arrangemens dont les Commissions mentionnées dans les articles III et XIV seront chargées.

S. M. Impériale et Royale Apostolique s'engage en conséquence à nommer sans délai un Commissaire chargé de Ses plein-pouvoirs pour intervenir aux travaux des dites Commissions.

Art. XVI. Les communautés, corporations et établissemens religieux et d'instruction publique qui existent dans les provinces et districts cédés par S. M. le Roi de Saxe à la Prusse, ou dans les provinces et districts qui restent à S. M. Saxonne, conserveront, quel que soit le changement que leur destination puisse subir, leurs propriétés ainsi que les redevances qui leur appartiennent d'après l'acte de leur fondation, ou qui ont été acquises depuis par eux, par un titre valable devant les lois, sous les deux dominations Prussienne et Saxonne, sans que l'administration et les revenus à percevoir puissent être molestés ni d'une part ni de l'autre, en se conformant toutefois aux lois, et en supportant les charges auxquelles toutes les propriétés ou redevances de la même nature sont sujettes dans le territoire dans lequel elles se trouvent.

Art. XVII. Les principes généraux qui ont été adoptés au Congrès de Vienne pour la libre navigation sur les fleuves, serviront de norme à la Commission établie en vertu de l'article XIV pour régler sans délai tout ce qui est relatif à la navigation, et sont particulièrement appliqués à celle sur l'Elbe et par rapport aux trains de bois et au bois de flottage, aussi aux eaux désignées sous les noms du Elster-Werdaer-Floss-Graben, de la Schwarze-Elster et de la Weisse-Elster, ainsi que du Floss-Graben qui dérive de cette dernière rivière.

Art. XVIII. S. M. le Roi de Prusse s'engage à remplir les contracts passés entre le Gouvernement Saxon et les fermiers des domaines ou revenus domaniaux, dans les provinces et territoires cédés en vertu de l'article II, et dont les termes ne sont point encore expirés.

Art. XIX. S. M. le Roi de Prusse promet de faire fournir annuellement au Gouvernement Saxon, et celui-ci s'engage à recevoir cent cinquante

mille quintaux de sel (le quintal à cent dix livres poinds marchand de Berlin) contre un prix qui, sans augmenter le prix de vente actuel pour les sujets Saxons, assure à S. M. le Roi de Saxe la jouissance d'une gabelle aussi rapprochée que possible de celle qu'il percevait immédiatement avant la dernière guerre sur chaque quintal de sel vendu.

La Commission qui sera établie en vertu de l'art. XIV règlera d'après ce principe le prix du quintal, ainsi que le nombre d'années pendant lesquelles il ne pourra être changé, et à l'expiration desquelles une nouvelle fixation sera faite de commun accord, tant de la quantité de sel que de son prix.

La quantité de cent cinquante mille quintaux par an pourra être portée sur la demande du Gouvernement Saxon (laquelle demande devra être articulée, si l'excédent est de cinquante mille quintaux ou de moins, six mois, s'il dépasse cette quantité, une année d'avance) jusqu'à deux cents cinquante mille quintaux que le Gouvernement Prussien s'engage à fournir aux mêmes conditions que le minimum ci-dessus énoncé. Il est entendu que le terme convenu expiré, le minimum des cent cinquante mille quintaux ne pourra dans aucun cas être diminué à la volonté de l'une des deux parties, et que le principe adopté pour le prix dans le présent article fera encore la base de la nouvelle fixation.

Les sels que le Gouvernement Saxon recevra d'après le présent article, seront fournis des salines de Dürrenberg et de Kösen, et dans le cas qu'on n'en produisit point une aussi grande quantité sur ces deux salines, des salines Prussiennes les plus rapprochées des frontières de la Saxe.

Les sels que le Gouvernement Prussien fournira en vertu de cet article à la Saxe, ne pourront être grevés d'aucun droit d'exportation, et il n'en sera payé sur leur transport des salines jusqu'à la frontière d'autres droits quelconques que ceux de barrière, ponts, canaux ou écluses que les sujets Prussiens auraient également à payer en se servant de la même route et des mêmes moyens de transport.

Art. XX. L'exemption des droits d'exportation, énoncée à la fin de l'article précédent pour les sels, est étendue sous les mêmes modifications de la part des deux Gouvernemens, Prussien et Saxon, à l'exportation et l'importation respective d'un territoire dans l'autre, des blés, des combustibles de toute espèce, du bois de charpente, de la chaux, de l'ardoise, des meules, briques et pierres de tout genre, que ces objets soient acquis par les sujets des deux Gouvernemens ou par les Gouvernemens eux-mêmes.

S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi de Saxe s'engagent en même temps mutuellement à ne jamais prohiber ni gêner l'exportation des objets ci-dessus mentionnés.

Art. XXI. Aucun individu domicilié dans les provinces qui se trouvent sous la domination de S. M. le Roi de Saxe ne pourra, non plus

qu'aucun individu domicilié dans celles qui passent par le présent Traité sous la domination de S. M. le Roi de Prusse, être frappé dans sa personne, dans ses biens, rentes, pensions et revenus de tout genre, dans son rang et ses dignités, ni poursuivi, ni recherché en aucune façon quelconque pour aucune part qu'il ait pu politiquement ou militairement prendre aux évènemens qui ont eu lieu depuis le commencement de la guerre terminée par la paix conclue à Paris le 30. Mai 1814. Cet article s'étend également à ceux qui, sans être domiciliés dans l'une ou l'autre partie de la Saxe, y auraient des biens, fonds, rentes, pensions ou revenus, de quelque nature qu'ils soient.

Art. XXII. S. M. le Roi de Saxe tant pour Lui, Ses héritiers et successeurs, que pour les Princes de Sa Maison, Leurs héritiers et successeurs, renonce à perpétuité à tout titre quelconque, domanial ou autre, qui pourrait dériver de la possession du Duché de Varsovie.

Sa Majesté reconnaît les droits de souveraineté sur ce pays tels qu'ils ont été stipulés par le Traité de Vienne du $\frac{21. \text{ Avril}}{3. \text{ Mai}}$ de cette année, pour les provinces qui passent sous le sceptre de S. M. l'Empereur de toutes les Russies avec le titre de Roi de Pologne, pour les parties qui sur la rive droite de la Vistule retournent à S. M. l'Empereur d'Autriche, ainsi que pour les provinces qui seront possédées par S. M. le Roi de Prusse sous le titre de Grand-Duché de Posen.

Art. XXIII. S. M. le Roi de Saxe s'engage à faire restituer fidèlement les archives, cartes, plans et autres documens quelconques appartenans au Duché de Varsovie. Cette restitution aura lieu dans un délai qui ne pourra point passer l'espace de six mois, à dater du jour de l'échange des ratifications du présent Traité.

Art. XXIV. S. M. le Roi de Saxe est dégagé de toute responsabilité et charges quelconques à l'égard de toutes les dettes contractées pour le Duché de Varsovie avec le concours du Ministère des finances ou autres employés publics de ce pays, nommément de toute obligation à l'égard de la Convention de Bayonne qui est annullée, et de l'emprunt ouvert sur les salines de Wieliczka.

Quant aux 2,550,193 florins réclamés pour avoir été versés par les caisses Saxonnes dans celles du Duché de Varsovie, comme par le Traité signé le $\frac{21. \text{ Avril}}{3. \text{ Mai}}$ entre la Prusse, l'Autriche et la Russie il est stipulé, qu'il serait établi incessamment à Varsovie une Commission de liquidation composée de Commissaires Russes, Autrichiens et Prussiens, et que les trois Cours ont investi cette Commission des pouvoirs nécessaires pour connaître de la dette extérieure et intérieure, et même de leurs prétentions ou charges réciproques entre Elles, cette réclamation suivra le même mode; elle sera déférée à la dite Commission, et il sera libre à S. M. le Roi de Saxe d'y accréditer de Sa part un Commissaire qui assistera à ses déliberations.

Art. XXV. Le présent Traité sera ratifié et les actes de ratification échangés dans le terme de trois jours, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et muni du cachet de leurs armes.

Fait à Vienne le dix-huit Mai de l'an de grâce Mil huit cent-quinze.

Le Prince de Hardenberg.
(L. S.)

Le Comte de Schulenbourg.
(L. S.)

Le Baron de Humboldt.
(L. S.)

De Globig.
(L. S.)

Deutsche Bundesacte. Wiener Schlußacte.

(Wien, 8. Juni 1815. 15. Mai 1820.)

Nachdem das deutsche Reich aufgelöst war und der Rheinbund mit Napoleon's Sturze gleichfalls sein Ende erreicht hatte, erwarteten die deutschen Fürsten und Völker von dem wiener Congreß ein neues Band für die Vereinigung der deutschen Nation. Die Mächte erkannten auch an, daß die neue Gestaltung Deutschland's eine der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben für den Congreß bilde; daher wurden von den vorbereitenden Conferenzen, welche die Grundlinien für die Arbeiten des Congresses entwarfen, die sämmtlichen Berathungsgegenstände in zwei große Abtheilungen gebracht, in eine europäische und eine deutsche. Die Leitung der deutschen Abtheilung wurde einem Ausschusse übergeben, der aus den Bevollmächtigten von Oestreich, Preußen, Bayern, Würtemberg und Hannover bestand. Für Oestreich waren zu diesem Ausschusse Metternich und Wessenberg, für Preußen Hardenberg und Humboldt, für Bayern Wrede, für Hannover Münster und Harbenberg, für Würtemberg Linden und Winzingerode bestimmt. Den Vorsitz in der Versammlung führte der östreichische Bevollmächtigte Baron Wessenberg; Metternich hatte bereits den Vorsitz in der europäischen Abtheilung. Der erste pariser Friede (30. Mai 1814) hatte (Art. 6.) über die deutschen Verhältnisse keine weitere Bestimmung getroffen, als daß die deutschen Staaten unabhängig bleiben und durch ein föderatives Band vereinigt werden sollten. (Les états de l'Allemagne seront indépendans et unis par un lien fédératif.) Die Hauptfrage war nun die, in welcher Weise dieses Band herzustellen sei? Die deutsche Nation im Allgemeinen war für die Erneuerung der Kaiserwürde. Neunundzwanzig deutsche souveräne Fürsten und Städte übergaben am 16. Nov. 1814 den östreichischen und preußischen Staatskanzlern (Metternich und Hardenberg) eine Note, worin sie erklärten, daß die neue deutsche Verfassung nur dann eines festen Bestandes sich erfreuen werde, wenn wieder ein gemeinsames Oberhaupt, das lange Jahrhunderte der deutschen Nation den ersten Rang unter den Völkern Europa's angewiesen, an die Spitze Deutschland's gestellt würde. In gleichem Sinne

ſprach ſich die Fürſtin Eliſabeth von Fürſtenberg im Namen der mediatiſirten Fürſten- und Standesherren in ihrer Anrede an den Kaiſer Franz aus. Allein ſo ſehr ſich auch namentlich Hannover für die Herſtellung des Kaiſerthums bemühte, ſo ſcheiterten dieſe Wünſche gleichwohl an den beiden deutſchen Großmächten ſelbſt. Der Kaiſer von Oeſtreich, durch bittere Erfahrungen bedenklich gemacht, wollte nicht länger zu Gunſten einer Würde die undankbare Mühe der Reichsverwaltung übernehmen, ſondern hielt es ſeinem und ſeiner Unterthanen Intereſſe weit angemeſſener, fortan ſeine Kraft nach Innen, auf ſeine eigenen Beſitzungen zu concentriren. Er ſah aber auch nicht gerne, daß die deutſche Kaiſerkrone, welche das Haus Habsburg ſo lange beſeſſen, auf das Haus Hohenzollern überginge. Preußen andererſeits war gleichfalls wenig geneigt, die Würde eines deutſchen Kaiſers zu übernehmen, wenn ſie blos ein ohnmächtiger Name, wie in den letzten Zeiten des Reiches, bleiben ſollte. Ein anderer Plan ging dahin, Deutſchland in eine nördliche und ſüdliche Hälfte abzutheilen und die erſtere unter das Protectorat von Preußen, die andere unter das von Oeſtreich zu ſtellen; Dem aber widerſetzten ſich die deutſchen Mittelſtaaten, namentlich Hannover und Bayern, auf das Entſchiedenſte. Ebenſo ſcheiterte der Plan eines Bundes der fünf Staaten Oeſtreich, Preußen, Bayern, Hannover und Würtemberg an dem Widerſtand der kleineren deutſchen Staaten. Endlich glaubte man, am Föderativſyſtem feſthalten zu müſſen, und Hardenberg übergab einen Entwurf, nach welchem die Bundesſtaaten in ſieben Kreiſe getheilt werden ſollten, nämlich a) Vorderöſtreich, b) Bayern und Franken, c) Schwaben, d) Oberrhein, e) Niederrhein und Weſtphalen, f) Niederſachſen, g) Oberſachſen und Thüringen. Jeder Kreis ſollte ein oder zwei Kreisobriſten haben, nämlich a) den Kaiſer von Oeſtreich, b) den König von Bayern, c) den König von Würtemberg, d) den Kaiſer von Oeſtreich und Großherzog von Baden, e) den König von Preußen, f) den König von Hannover, g) den König von Preußen und Kurfürſten von Heſſen. Auch die Niederlande wollte man noch als achten Kreis unter ihrem König, als Kreisobriſten, herbeiziehen. Die Uebrigen, ſie möchten mediatiſirt ſein oder nicht, ſollten, inſofern ihr Gebiet eine Bevölkerung von 50,000 Seelen enthielte, den Rath der Fürſten und Stände bilden, welcher ſich nur mit den inneren deutſchen Angelegenheiten beſchäftigend, mit dem Rathe der Kreisobriſten die geſetzgebende Gewalt des Bundes ausmachen ſollte. Das Directorium führten der Kaiſer von Oeſtreich und der König von Preußen gemeinſchaftlich, beide hatten als Directoren im Rathe der Kreisobriſten je drei, die übrigen nur eine Stimme. Mit den auswärtigen Verhältniſſen beſchäftigte ſich der Rath der Kreisobriſten allein, hatte auch allein über Krieg und Frieden ꝛc. zu entſcheiden. Dieſer Plan wurde verworfen; das Directorium Oeſtreich's und Preußen's mit je drei Stimmen mißfiel den Mittelſtaaten. Nun legten Oeſtreich, Preußen

und Hannover einen anderen Plan vor, welcher das Directorium wegließ und die Zahl der Kreisobristen auf fünf beschränkte, nämlich auf Oestreich und Preußen mit vier, und Bayern, Hannover und Würtemberg mit je drei Stimmen. Der Rath der Fürsten würde beibehalten; er sollte sich jährlich nur einmal unter dem Vorsitz Oestreich's für innere Angelegenheiten versammeln; fürstliche Häuser mit einer Bevölkerung von 200,000 Seelen sollten in ihm Virilstimmen, die übrigen Curiatstimmen haben. Allein auch dieser Plan, auf dessen weitere Ausführung wir hier ebensowenig eingehen können, als auf jene des preußischen, fand aus verschiedenen Gründen keine Anerkennung. Die kleinen Staaten wollten sich nicht völlig zurückdrängen lassen; den größern wieder mißfielen manche Bestimmungen zu Gunsten der Bevölkerung, so namentlich das Recht der Unterthanen eines Staates, sich beschwerend an den Bundesrath zu wenden; Bayern seinerseits wünschte mit Oestreich und Preußen im Rathe der Kreisobristen gleiche Stimmen zu erhalten. Die Verhandlungen hatten noch kein Resultat erreicht, als die Schreckensnachricht in Wien einlief, daß Napoleon von Elba nach Frankreich zurückgekehrt sei. Die kleineren deutschen Staaten, die man bisher zur Theilnahme an den Berathungen nicht zugelassen hatte, bildeten, tief verletzt durch diese Behandlung, eine Art Nebencongreß, worauf sie ihre Angelegenheiten verhandelten. Man wandte sich an diesen Congreß wegen der Truppenstellung gegen Napoleon. Er erklärte (22. März 1815), daß er bereit sei, sich dem allgemeinen Bündniß gegen Napoleon anzuschließen, daß er aber die schleunige Abschließung eines deutschen Bundes verlange, und zwar unter Mitwirkung aller deutschen Staaten. Der Drang der Verhältnisse machte die Vertreter der deutschen Königreiche nachgiebiger, man lud die Bevollmächtigten der kleineren Staaten ein, an den Berathungen Theil zu nehmen, ein neuer Entwurf, von der Basis einer Bundesversammlung ohne Suprematie und eines Bundes aller deutschen Staaten mit gleichen Rechten ausgehend, wurde vorgelegt und nach einer kurzen Berathung vom 23. Mai bis 10. Juni 1815 angenommen. Nach dieser Acte vereinigten sich alle diejenigen deutschen Staaten, welche zur Zeit der Auflösung des Rheinbundes die Souveränetät ausgeübt, oder (wie Braunschweig, Hessen-Cassel ꝛc.) sich wieder in den Besitz derselben gesetzt hatten, (mehrere frühere Glieder des Rheinbundes, wie der Großherzog von Frankfurt, die Fürsten von Isenburg und von der Leyen, der Herzog von Aremberg, die Fürsten von Salm wurden in die früheren Hoheitsrechte nicht mehr eingesetzt und nicht zugelassen) — zu einem beständigen Bunde, dessen Zweck ist „Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschland's und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten." Was die weiteren Bestimmungen der Bundesacte betrifft, so brauchen wir sie nicht aufzuzählen, sondern verweisen auf die Acte selbst; sie findet sich in den wiener Congreßacten und öfter abgedruckt, z. B. Deutsche Bundesacte, Frankfurt 1815, in Quart.

Eine Vervollständigung der deutschen Bundesacte bildet die **wiener Schlußacte** vom 15. Mai 1820. Die demagogischen Umtriebe auf deutschen Universitäten hatten im August 1819 eine Versammlung von Gesandten sämmtlicher deutscher Staaten in Karlsbad hervorgerufen, von welcher am 20. Sept. 1819 die Karlsbader Beschlüsse bekannt gemacht wurden. Diesen Beschlüssen gemäß wurden auf die Universitäten besondere Regierungscommissäre zur Beaufsichtigung gesetzt, für alle Schriften unter 21 Bogen wurde eine verschärfte Censur eingeführt, und in Mainz eine Centraluntersuchungs-Commission zur Verfolgung der demagogischen Umtriebe angeordnet. Es kam bei dieser Gelegenheit auch zur Sprache, daß die deutsche Bundesacte in einigen Beziehungen Zusätze und Erläuterungen bedürfe. Um dieselben festzusetzen und die Bundesacte auf diese Weise zu vervollständigen, versammelte sich am 25. Novbr. 1819 zu Wien ein Congreß von Abgesandten aller Bundesregierungen. Diese weitere Ausführung der Bundesacte in 65 Artikeln heißt die wiener Schlußacte. Sie ist, wie bemerkt, vom 15. Mai 1820 datirt, erklärt die Unauflöslichkeit des Bundes, verbietet den Austritt aus demselben und enthält noch verschiedene andere Bestimmungen über die Wirksamkeit und die Zwecke des Bundes, namentlich in Bezug auf revolutionäre Umtriebe. Der 17. Artikel autorisirt allein die Bundesversammlung zur entscheidenden Auslegung der Bundesacte. Nach 31 Sitzungen wurde die Verhandlung geschlossen und die Acte am 16. Mai von sämmtlichen Gesandten, deren Namen sich der Urkunde vorgesetzt finden, unterzeichnet. Abgedruckt ist die wiener Schlußacte u. a. bei Martens nouveau recueil tom. V. und in den Gesetzsammlungen mehrerer deutscher Staaten.

Deutsche Bundesacte.

Im Namen der allerheiligsten und untheilbaren Dreieinigkeit.

Die souveränen Fürsten und freien Städte Deutschlands, den gemeinsamen Wunsch hegend, den VI. Artikel des Pariser Friedens vom 30. Mai 1814 in Erfüllung zu setzen, und von den Vortheilen überzeugt, welche aus ihrer festen und dauerhaften Verbindung für die Sicherheit und Unabhängigkeit Deutschlands und die Ruhe und das Gleichgewicht Europa's hervorgehen würden, sind übereingekommen, sich zu einem beständigen Bunde zu vereinigen, und haben zu diesem Behuf ihre Gesandten und Abgeordneten am Congress in Wien mit Vollmachten versehen, nämlich:

Seine Kaiserlich-Königliche Apostolische Majestät den Herrn Clemens Wenzeslaus Fürsten von Metternich-Winneburg-Ochsenhausen etc., wirklichen geheimen Rath Seiner Majestät des Kaisers von Oesterreich, Königs von Ungarn und Böhmen, Allerhöchstdessen Staats- und Conferenzminister, auch Minister der auswärtigen Angelegenheiten und ersten Plenipotentiarius am Congress, und

den Herrn Johann Philipp Baron von Wessenberg etc., wirklichen geheimen Rath Seiner K. K. Apostolischen Majestät, Höchstdesselben zweiten Plenipotentiarius am Congress;

Seine Königliche Majestät von Preussen den Herrn Fürsten von Hardenberg, Ihren Staatskanzler etc., und

den Herrn Carl Wilhelm Freiherrn von Humboldt, Ihren Staatsminister etc.;

Seine Königliche Majestät von Dänemark den Herrn Christian Grafen von Bernstorf, Ihren geheimen Conferenzrath etc., und

den Herrn Joachim Friedrich Grafen von Bernstorf, Ihren geheimen Conferenzrath etc.;

Seine Königliche Majestät von Bayern den Herrn Aloys Franz Xavier Grafen von Rechberg und Rothen-Löwen, Kämmerer und wirklichen geheimen Rath etc.;

Seine Majestät der König von Sachsen den Herrn Hans August Fürchtegott von Globig, Ihren geheimen Rath, Kammerherrn, Hof- und Justizrath und geheimen Referendar;

Seine Majestät der König der Niederlande den Herrn Franz Christoph Freiherrn von Gagern, Plenipotentiarius Sr. Majestät des Königs der Niederlande und Ihrer Durchlauchten des Herzogs und des Fürsten von Nassau etc.;

Seine Majestät der König von Grossbrittanien und Hannover den Herrn Ernst Friedrich Herbert Grafen von Münster, Erblandmarschall des Königreichs Hannover, Sr. Königl. Majestät von Grossbrittanien und Hannover Staats- und Cabinetsminister etc., und

den Herrn Christian August Grafen von Hardenberg, Sr. Königl. Majestät von Grossbrittannien und Hannover Staats- und Cabinetsminister etc.;

Seine Königliche Hoheit der Kurfürst von Hessen den Herrn Dorotheus Ludwig Grafen von Keller, Höchstihren Staatsminister etc., und

den Herrn Georg Ferdinand Freiherrn von Lepel, Ihro Kammerherrn und geheimen Regierungsrath;

Seine Königliche Hoheit der Grossherzog von Hessen den Herrn Johann Freiherrn von Türkheim von Altdorf, Ihren geheimen Rath, Staatsminister etc.;

Seine Königliche Hoheit der Grossherzog von Sachsen-Weimar den Herrn Ernst August Freiherrn von Gerstorf, Ihren wirklichen geheimen Rath, (jetzt an dessen Stelle den Herrn Friedrich August Freiherrn von Minkwitz);

Seine Durchlaucht der Herzog von Sachsen-Gotha den Herrn Friedrich August Freiherrn von Minkwitz, Ihren geheimen Rath;

Ihro Durchlaucht die Herzogin von Sachsen-Coburg-Meinungen, als Regentin und Vormünderin Ihres Sohnes, eben denselben Freiherrn von Minkwitz;

Seine Durchlaucht der Herzog von Sachsen-Hildburghausen den Herrn Carl Ludwig Friedrich Freiherrn von Baumbach, Ihren geheimen Rath und Regierungspräsidenten;

Seine Durchlaucht der Herzog von Sachsen-Coburg-Saalfeld den Herrn Franz Xavier Freiherrn von Fischler von Treuberg, Ihren Obersten etc.;

Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel, an die Stelle des Herrn Wilhelm Justus Eberhart von Schmidt-Phiseldeck, Ihres geheimen Raths, *ex substitutione* den Herrn Dorotheus Ludwig Grafen von Keller, Churfürstlich-Hessischen Staatsminister etc.;

Seine Durchlaucht der Herzog von Holstein-Oldenburg den Herrn Albert Freiherrn von Maltzahn, Präsidenten der Regierung des Fürstenthums Lübeck etc.;

Seine Durchlaucht der Herzog von Mecklenburg-Schwerin den Herrn Leopold Freiherrn von Plessen, Ihren Staatsminister etc.;

Seine Durchlaucht der Herzog von Mecklenburg-Strelitz den Herrn August Otto Ernst Freiherrn von Oertzen, Ihren Staatsminister etc.;

Seine Durchlaucht der Herzog von Anhalt-Dessau, für sich und als Vormund des minorennen Herzogs von Anhalt-Cöthen, und Se. Durchlaucht der Herzog von Anhalt-Bernburg gemeinschaftlich den Herrn Wolf Carl August von Wolframsdorf, Präsidenten der Regierung zu Dessau;

Seine Durchlaucht der Fürst von Hohenzollern-Hechingen den Herrn Franz Anton Freiherrn von Frank, Ihren wirklichen geheimen Rath;

Seine Durchlaucht der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen den Herrn Franz Ludwig von Kirchbauer, Ihren geheimen Legationsrath;

Seine Durchlaucht der Herzog und Seine Durchlaucht der Fürst von Nassau den Herrn Franz Christoph Freiherrn von Gagern und Herrn Ernst Franz Ludwig Freiherrn von Marschall von Biberstein, Plenipotentiarius Sr. Majestät des Königs der Niederlande für seine deutschen Staaten und Ihrer Durchlauchten des Herzogs und des Fürsten von Nassau;

Seine Durchlaucht der Fürst von Liechtenstein den Herrn Georg Walther Vincenz von Wiese, Vicekanzler der Regierung des Fürsten von Reuss zu Gera;

Seine Durchlaucht der Fürst von Schwarzburg-Sondershausen den Herrn Adolph von Weise, Ihren geheimen Rath und Kanzler;

Seine Durchlaucht der Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt den Herrn Friedrich Wilhelm Freiherrn von Ketelhodt, Ihren Kanzler und Präsidenten etc.;

Seine Durchlaucht der Fürst von Waldeck und Pyrmont den Herrn Günther Heinrich von Berg, Doctor der Rechte und Regierungspräsidenten des Fürsten von Schaumburg-Lippe;

Ihre Durchlauchten die Fürsten von Reuss, älterer und jüngerer Linie, den Herrn Georg Walther Vincenz von Wiese, Vicekanzler der Regierung zu Gera;

Seine Durchlaucht der Fürst von Schaumburg-Lippe den Herrn Günther Heinrich von Berg;

Ihre Durchlaucht die Fürstin von der Lippe, als Regentin Vormünderin des Fürsten, Ihres Sohnes, den Herrn Friedrich Wilhelm Hellwing, Ihren Regierungsrath;

die freie Stadt Lübeck den Herrn Johann Friedrich Hach, Doctor der Rechte und Senator dieser Stadt;

die freie Stadt Frankfurt den Herrn Johann Ernst Friedrich Danz, Doctor der Rechte, Syndicus dieser Stadt;

die freie Stadt Bremen den Herrn Johann Smidt, Senator dieser Stadt;

die freie Stadt Hamburg den Herrn Johann Michael Gries, Syndicus dieser Stadt.

In Gemässheit dieser Beschlüsse haben die bevorstehenden Bevollmächtigten, nach geschehener Auswechslung ihrer richtig befundenen Vollmachten, folgende Artikel verabredet.

I. Allgemeine Bestimmungen.

Art. I. Die souverainen Fürsten und freien Städte Deutschlands, mit Einschluss Ihrer Majestäten des Kaisers von Oestreich und der Könige von Preussen, von Dänemark und der Niederlande, und zwar:

der Kaiser von Oestreich

und

der König von Preussen,

beide für ihre gesammten, vormals zum deutschen Reich gehörigen Besitzungen,

der König von Dänemark

für Holstein,

der König der Niederlande

für das Grossherzogthum Luxemburg,

vereinigen sich zu einem beständigen Bunde, welcher der *Deutsche Bund* heissen soll.

Art. II. Der Zweck desselben ist Erhaltung der äusseren und inneren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen Deutschen Staaten.

Art. III. Alle Bundesglieder haben, als solche, gleiche Rechte. Sie verpflichten sich alle gleichmässig, die Bundesacte unverbrüchlich zu halten.

Art. IV. Die Angelegenheiten des Bundes werden durch eine Bundesversammlung besorgt, in welcher alle Glieder desselben durch ihre Bevollmächtigten theils einzelne, theils Gesammtstimmen folgender Massen, jedoch unbeschadet ihres Ranges, führen.

1.	Oestreich	1 Stimme.
2.	Preussen	1 „
3.	Bayern	1 „
4.	Sachsen	1 „
5.	Hannover	1 „
6.	Würtemberg	1 „
7.	Baden	1 „
8.	Churhessen	1 „
9.	Grossherzogthum Hessen	1 „
10.	Dänemark, wegen Holstein	1 „
11.	Niederlande, wegen des Grossherzogthums Luxemburg	1 „
12.	Die Grossherzoglich- und Herzoglich-Sächsischen Häuser	1 „
13.	Braunschweig und Nassau	1 „
14.	Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz	1 „
15.	Holstein-Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg	1 „
16.	Hohenzollern, Liechtenstein, Reuss, Schaumburg-Lippe, Lippe und Waldeck	1 „
17.	Die freien Städte Lübeck, Frankfurt, Bremen und Hamburg	1 „
	Zusammen	17 Stimmen.

Art. V. Oestreich hat bei der Bundesversammlung den Vorsitz. Jedes Bundesglied ist befugt, Vorschläge zu machen und in Vortrag zu bringen, und der Vorsitzende ist verpflichtet, solche in einer zu bestimmenden Zeitfrist der Berathung zu übergeben.

Art. VI. Wo es auf Abfassung und Abänderung von Grundgesetzen des Bundes, auf Beschlüsse, welche die Bundesacte selbst betreffen, auf organische Bundeseinrichtungen und auf gemeinnützige Anordnungen sonstiger

Art ankommt, bildet sich die Versammlung zu einem *Plenum*, wobei jedoch mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Grösse der einzelnen Bundesstaaten, folgende Berechnung und Vertheilung der Stimmen verabredet ist:

1.	Oestreich erhält	4	Stimmen.
2.	Preussen	4	„
3.	Sachsen	4	„
4.	Bayern	4	„
5.	Hannover	4	„
6.	Würtemberg	4	„
7.	Baden	3	„
8.	Churhessen	3	„
9.	Grossherzogthum Hessen	3	„
10.	Holstein	3	„
11.	Luxemburg	3	„
12.	Braunschweig	2	„
13.	Mecklenburg-Schwerin	2	„
14.	Nassau	2	„
15.	Sachsen-Weimar	1	Stimme.
16.	„ Gotha	1	„
17.	„ Coburg	1	„
18.	„ Meiningen	1	„
19.	„ Hildburghausen	1	„
20.	Mecklenburg-Strelitz	1	„
21.	Holstein-Oldenburg	1	„
22.	Anhalt-Dessau	1	„
23.	„ Bernburg	1	„
24.	„ Köthen	1	„
25.	Schwarzburg-Sondershausen	1	„
26.	„ „ Rudolstadt	1	„
27.	Hohenzollern-Hechingen	1	„
28.	Liechtenstein	1	„
29.	Hohenzollern-Sigmaringen	1	„
30.	Waldeck	1	„
31.	Reuss, ältere Linie	1	„
32.	„ jüngere Linie	1	„
33.	Schaumburg-Lippe	1	„
34.	Lippe	1	„
35.	Die freie Stadt Lübeck	1	„
36.	„ „ „ Frankfurt	1	„
37.	„ „ „ Bremen	1	„
38.	„ „ „ Hamburg	1	„
	Zusammen	69	Stimmen.

Ob den mediatisirten vormaligen Reichsständen auch einige Curiat-

stimmen *in pleno* zugestanden werden sollen, wird die Bundesversammlung bei der Berathung der organischen Bundesgesetze in Erwägung nehmen.

Art. VII. In wie fern ein Gegenstand nach obiger Bestimmung für das *Plenum* geeignet sei, wird in der engeren Versammlung durch Stimmenmehrheit entschieden.

Die der Entscheidung des *Plenі* zu unterziehenden Beschlussentwürfe werden in der engeren Versammlung vorbereitet und bis zur Annahme oder Verwerfung zur Reife gebracht. Sowohl in der engeren Versammlung als *in pleno* werden die Beschlüsse nach der Mehrheit der Stimmen gefasst, jedoch in der Art, dass in der ersten die absolute, in letzterer aber nur eine auf zwei Drittheilen der Abstimmung beruhende Mehrheit entscheidet; bei Stimmengleichheit in der engeren Versammlung steht dem Vorsitzenden die Entscheidung zu.

Wo es aber auf Annahme oder Abänderung der Grundgesetze, auf organische Bundeseinrichtungen, auf *jura singulorum* oder Religionsangelegenheiten ankömmt, kann weder in der engeren Versammlung, noch *in pleno* ein Beschluss durch Stimmenmehrheit gefasst werden.

Die Bundesversammlung ist beständig, hat aber die Befugniss, wenn die ihrer Berathung unterzogenen Gegenstände erledigt sind, auf eine bestimmte Zeit, jedoch nicht länger als vier Monate, sich zu vertagen.

Alle näheren, die Vertagung und die Besorgung der etwa während derselben vorkommenden dringenden Geschäfte betreffenden Bestimmungen werden der Bundesversammlung bei Abfassung der organischen Gesetze vorbehalten.

Art. VIII. Die Abstimmungsordnung der Bundesglieder betreffend, wird festgesetzt, dass, so lange die Bundesversammlung mit Abfassung der organischen Gesetze beschäftigt ist, hierüber keinerlei Bestimmung gelte, und die zufällig sich fügende Ordnung keinem der Mitglieder zum Nachtheil gereichen, noch eine Regel begründen soll.

Nach Abfassung der organischen Gesetze wird die Bundesversammlung die künftige, als beständige Folge einzuführende Stimmenordnung in Berathung nehmen und sich darin so wenig als möglich von der ehemals auf dem Reichstag und namentlich in Gemässheit des Reichsdeputations-Hauptschlusses von 1803 beobachteten Ordnung entfernen. Auch diese Ordnung kann aber auf den Rang der Bundesglieder überhaupt und ihren Vortritt ausser den Verhältnissen der Bundesversammlung keinen Einfluss ausüben.

Art. IX. Die Bundesversammlung hat ihren Sitz zu Frankfurt am Main. Die Eröffnung derselben ist auf den 1. Septbr. 1815 festgesetzt.

Art. X. Das erste Geschäft der Bundesversammlung nach ihrer Eröffnung wird die Abfassung der Grundgesetze des Bundes und dessen organische Einrichtung in Rücksicht auf seine auswärtigen, militärischen und inneren Verhältnisse sein.

Art. XI. Alle Mitglieder des Bundes versprechen, sowohl ganz Deutschland, als jeden einzelnen Bundesstaat gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen,

und garantiren sich gegenseitig ihre sämmtlichen unter dem Bunde begriffenen Besitzungen. Bei einmal erklärtem Bundeskrieg darf kein Mitglied einseitige Unterhandlungen mit dem Feinde eingehen, noch einseitig Waffenstillstand oder Frieden schliessen.

Die Bundesglieder behalten zwar das Recht der Bündnisse aller Art, verpflichten sich jedoch, in keine Verbindung einzugehen, welche gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelner Bundesstaaten gerichtet wäre.

Die Bundesglieder machen sich ebenfalls verbindlich, einander unter keinerlei Vorwand zu bekriegen, noch ihre Streitigkeiten mit Gewalt zu verfolgen, sondern sie bei der Bundesversammlung anzubringen. Dieser liegt alsdann ob, die Vermittlung durch einen Ausschuss zu versuchen, und falls dieser Versuch fehlschlagen sollte, und demnach eine richterliche Entscheidung nothwendig würde, solche durch eine wohlgeordnete Austrägalinstanz zu bewirken, deren Ausspruche die streitenden Theile sich sofort zu unterwerfen haben.

II. Besondere Bestimmungen.

Ausser den in den vorhergehenden Artikeln bestimmten, auf die Feststellung des Bundes gerichteten Puncten sind die verbündeten Mitglieder übereingekommen, hiermit über folgende Gegenstände die in den nachstehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen zu treffen, welche mit jenen Artikeln gleiche Kraft haben sollen.

Art. XII. Diejenigen Bundesglieder, deren Besitzungen nicht eine Volkszahl von 300,000 Seelen erreichen, werden sich mit den ihnen verwandten Häusern oder anderen Bundesgliedern, mit welchen sie wenigstens eine solche Volkszahl ausmachen, zur Bildung eines gemeinschaftlichen obersten Gerichts vereinigen.

In den Staaten von solcher Volksmenge, wo schon jetzt dergleichen Gerichte dritter Instanz vorhanden sind, werden jedoch diese in ihrer bisherigen Eigenschaft erhalten, wofern nur die Volkszahl, über welche sie sich erstrecken, nicht unter 150,000 Seelen ist.

Den vier freien Städten steht das Recht zu, sich unter einander über die Errichtung eines gemeinsamen obersten Gerichts zu vereinigen.

Bei den solchergestalt errichteten gemeinschaftlichen obersten Gerichten soll jeder der Parteien gestattet sein, auf die Verschickung der Acten auf eine Deutsche Facultät oder an einen Schöppenstuhl zur Abfassung des Endurtheils anzutragen.

Art. XIII. In allen Bundesstaaten wird eine landesständische Verfassung Statt finden.

Art XIV. Um den im Jahre 1806 und seitdem mittelbar gewordenen ehemaligen Reichsständen und Reichsangehörigen, in Gemässheit der gegenwärtigen Verhältnisse, in allen Bundesstaaten einen gleichförmig bleibenden Rechtszustand zu verschaffen, so vereinigen die Bundesstaaten sich dahin:

a) Dass diese fürstlichen und gräflichen Häuser fortan nichts desto weniger zu dem hohen Adel in Deutschland gerechnet werden und ihnen das Recht der Ebenbürtigkeit in dem bisher damit verbundenen Begriff verbleibt.

b) Sind die Häupter dieser Häuser die ersten Standesherrn in dem Staate, zu dem sie gehören. Sie und ihre Familien bilden die privilegirteste Classe in demselben, insbesondere in Ansehung der Besteuerung.

c) Es sollen ihnen überhaupt in Rücksicht ihrer Personen, Familien und Besitzungen alle diejenigen Rechte und Vorzüge zugesichert werden oder bleiben, welche aus ihrem Eigenthum und dessen ungestörtem Genuss herrühren und nicht zu der Staatsgewalt und den höheren Regierungsrechten gehören.

Unter vorerwähnten Rechten sind insbesondere und namentlich begriffen:

1) Die unbeschränkte Freiheit, ihren Aufenthalt in jedem zu dem Bunde gehörenden oder mit demselben im Frieden lebenden Staate zu nehmen.

2) Werden nach den Grundsätzen der früheren Deutschen Verfassung die noch bestehenden Familienverträge aufrecht erhalten, und ihnen die Befugniss zugesichert, über ihre Güter und Familienverhältnisse verbindliche Verfügung zu treffen, welche jedoch dem Souverain vorgelegt und bei den höchsten Landesstellen zur allgemeinen Kenntniss und Nachachtung gebracht werden müssen.

Alle bisher dagegen erlassenen Verordnungen sollen für künftige Fälle nicht weiter anwendbar sein.

3) Privilegirter Gerichtsstand und Befreiung von aller Militärpflichtigkeit für sich und ihre Familien.

4) Die Ausübung der bürgerlichen und peinlichen Gerechtigkeitspflege in erster und, wo die Besitzung gross genug ist, in zweiter Instanz, der Forstgerichtsbarkeit, Ortspolizei und Aufsicht in Kirchen- und Schulsachen, auch über milde Stiftungen, jedoch nach Vorschrift der Landesgesetze, welchen sie, sowie der Militärverfassung und der Oberaufsicht der Regierungen über jene Zuständigkeiten unterworfen bleiben.

Bei der näheren Bestimmung der angeführten Befugnisse sowohl, wie überhaupt und in allen übrigen Puncten wird zur weiteren Begründung und Feststellung eines, in allen Deutschen Bundesstaaten übereinstimmenden, Rechtszustandes der mittelbar gewordenen Fürsten, Grafen und Herren die in dem Betreff erlassene Königl. Bayerische Verordnung vom Jahr 1807 als Basis und Norm unterlegt werden.

Dem ehemaligen Reichsadel werden die sub Nr. 1 und 2 angeführten Rechte, Antheil der Begüterten an Landstandschaft, Patrimonial- und Forstgerichtsbarkeit, Ortspolizei, Kirchenpatronat und der privilegirte Gerichtsstand zugesichert. Diese Rechte werden jedoch nur nach Vorschrift der Landesgesetze ausgeübt.

In den durch den Frieden von Lüneville vom 9. Februar 1801 von Deutschland abgetretenen und jetzt wieder damit vereinigten Provinzen werden bei Anwendung der obigen Grundsätze auf den ehemaligen unmittelbaren Reichsadel diejenigen Beschränkungen Statt finden, welche die dort bestehenden besondern Verhältnisse nothwendig machen.

Art. XV. Die Fortdauer der auf die Rheinschifffahrts-Octroi angewiesenen directen und subsidiarischen Renten, die durch den Reichsdeputationsschluss vom 25. Februar 1803 getroffenen Verfügungen in Betreff des Schuldenwesens und festgesetzter Pensionen an geistliche und weltliche Individuen werden von dem Bunde garantirt.

Die Mitglieder der ehemaligen Dom- und freien Reichsstifter haben die Befugniss, ihre durch den erwähnten Reichsdeputationsschluss festgesetzten Pensionen ohne Abzug in jedem mit dem Deutschen Bunde in Frieden stehenden Staate verzehren zu dürfen. Die Mitglieder des Deutschen Ordens werden ebenfalls nach den in dem Reichsdeputations-Hauptschluss von 1803 für die Domstifter festgesetzten Grundsätzen Pensionen erhalten, in so fern sie ihnen noch nicht hinreichend bewilliget worden, und diejenigen Fürsten, welche eingezogene Besitzungen des Deutschen Ordens erhalten haben, werden diese Pensionen nach Verhältniss ihres Antheils an den ehemaligen Besitzungen bezahlen.

Die Berathung über die Regulirung der Sustentations-Casse und der Pensionen für die überrheinischen Bischöfe und Geistlichen, welche Pensionen auf die Besitzer des linken Rheinufers übertragen werden, ist der Bundesversammlung vorbehalten. Diese Regulirung ist binnen Jahresfrist zu beendigen; bis dahin wird die Bezahlung der erwähnten Pensionen auf die bisherige Art fortgesetzt.

Art. XVI. Die Verschiedenheit der christlichen Religionsparteien kann in den Ländern und Gebieten des Deutschen Bundes keinen Unterschied in dem Genuss der bürgerlichen und politischen Rechte begründen.

Die Bundesversammlung wird in Berathung ziehen, wie auf eine möglichst übereinstimmende Weise die bürgerliche Verbesserung der Bekenner jüdischen Glaubens in Deutschland zu bewirken sei, und wie insonderheit denselben der Genuss der bürgerlichen Rechte gegen die Uebernahme aller Bürgerpflichten in den Bundesstaaten verschafft und gesichert werden könne. Jedoch werden den Bekennern dieses Glaubens bis dahin die von den einzelnen Bundesstaaten bereits eingeräumten Rechte erhalten.

Art. XVII. Das fürstliche Haus Thurn und Taxis bleibt in dem durch den Reichsdeputationsschluss vom 25. Februar 1803 oder späteren Verträgen bestätigten Besitz und Genuss der Posten in den verschiedenen Bundesstaaten so lange, als nicht etwa durch freie Uebereinkunft anderweitige Verträge abgeschlossen werden sollten. In jedem Fall werden demselben, in Folge des Artikels XIII. des erwähnten Reichsdeputations-Hauptschlusses, seine auf Belassung der Posten oder auf eine angemessene Entschädigung gegründeten Rechte und Ansprüche versichert.

Dieses soll auch da Statt finden, wo die Aufhebung der Posten seit 1803 gegen den Inhalt des Reichsdeputations-Hauptschlusses bereits geschehen wäre, in so fern diese Entschädigung durch Verträge nicht schon definitiv festgesetzt ist.

Art. XVIII. Die verbündeten Fürsten und freien Städte kommen überein, den Unterthanen der Deutschen Bundesstaaten folgende Rechte zuzusichern:

a) Grundeigenthum ausserhalb des Staats, den sie bewohnen, zu erwerben und zu besitzen, ohne desshalb in dem fremden Staate mehreren Abgaben und Lasten unterworfen zu sein, als dessen eigene Unterthanen.

b) Die Befugniss:

1) des freien Wegziehens aus einem Deutschen Bundesstaate in den andern, der erweislich sie zu Unterthanen annehmen will; auch

2) in Civil- und Militärdienste desselben zu treten.

Beides jedoch nur, in so fern keine Verbindlichkeit zu Militärdiensten gegen das bisherige Vaterland im Wege stehe; und damit wegen der dermal vorwaltenden Verschiedenheit der gesetzlichen Vorschriften über Militärpflichtigkeit hierunter nicht ein ungleichartiges, für einzelne Bundesstaaten nachtheiliges Verhältniss entstehen möge, so wird bei der Bundesversammlung die Einführung möglichst gleichförmiger Grundsätze über diesen Gegenstand in Berathung genommen werden.

c) Die Freiheit von aller Nachsteuer (*jus detractus, gabella emigrationis*), in so fern das Vermögen in einen andern Deutschen Bundesstaat übergeht und mit diesem nicht besondere Verhältnisse durch Freizügigkeitsverträge bestehen.

d) Die Bundesversammlung wird sich bei ihrer ersten Zusammenkunft mit Abfassung gleichförmiger Verfügungen über die Pressfreiheit und Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck beschäftigen.

Art. XIX. Die Bundesglieder behalten sich vor, bei der ersten Zusammenkunft der Bundesversammlung in Frankfurt wegen des Handels und Verkehrs zwischen den verschiedenen Bundesstaaten, so wie wegen der Schifffahrt nach Anleitung der auf dem Congress zu Wien angenommenen Grundsätze in Berathung zu treten.

Art. XX. Der gegenwärtige Vertrag wird von allen contrahirenden Theilen ratificirt werden, und die Ratificationen sollen binnen der Zeit von sechs Wochen oder wo möglich noch früher nach Wien an die Kaiserlich-Oesterreichische Hof- und Staatskanzlei eingesandt und bei Eröffnung des Bundes in das Archiv desselben niedergelegt werden.

Zur Urkunde dessen haben sämmtliche Bevollmächtigte den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Wappen besiegelt. So ge-

schehen, Wien den achten Junius im Jahr eintausend achthundert und funfzehn.

(L. S.) *Fürst v. Metternich.*
(L. S.) *Freiherr v. Wessenberg.*
(L. S.) *Carl Fürst v. Hardenberg.*
(L. S.) *Wilh. Freihr. v. Humboldt.*
(L. S.) *Christian Graf v. Bernstorff.*
(L. S.) *Joach. Graf v. Bernstorff.*
(L. S.) *Aloys Graf v. Reckberg und Rothen-Löwen.*
(L. S.) *H. A. Fürchtegott v. Globig.*
(L. S.) *F. C. Freiherr v. Gagern.*
(L. S.) *E. Graf v. Münster.*
(L. S.) *C. Graf v. Hardenberg.*
(L. S.) *Graf v. Keller, zugleich für Braunschweig.*
(L. S.) *Georg Ferd. Frhr. v. Lepel.*
(L. S.) *Joh. Freihr. v. Türkheim.*
(L. S.) *Freiherr v. Minkwitz, substituirt für Herrn v. Gerstorf, Grossherzogl. Sachsen-Weimarischer Bevollmächtigter u. Herzogl. Sachsen-Gothaischer und Sachsen-Meiningischer Bevollmächtigter.*
(L. S.) *C. L. F. Frhr. v. Baumbach.*
(L. S.) *Freihr. Fischler v. Treuberg.*
(L. S.) *Freiherr v. Maltzahn.*
(L. S.) *Leop. Freiherr v. Plessen.*
(L. S.) *Freiherr v. Oertzen.*
(L. S.) *v. Wolframsdorf.*
(L. S.) *Freiherr v. Frank.*
(L. S.) *F. L. Edler v. Kirchbauer.*
(L. S.) *F. Marschall v. Bieberstein.*
(L. S.) *Georg v. Wiese, fürstlich Liechtenstein- und Reussischer Bevollmächtigter.*
(L. S.) *v. Weise.*
(L. S.) *Freiherr v. Ketelhodt.*
(L. S.) *v. Berg, fürstlich Waldeck- und Schaumburg-Lippescher Bevollmächtigter.*
(L. S.) *Helwing.*
(L. S.) *J. F. Hach.*
(L. S.) *Danz.*
(L. S.) *Smidt.*
(L. S.) *Gries.*

Rechtsverwahrung

vormaliger reichsständischer Landesherrn, welche jetzigen deutschen Souverainen untergeordnet sind, wider den sie betreffenden Inhalt der deutschen Bundesacte, mit Beziehung auf ihren Rechts- und Besitzstand von 1805,

datirt Wien den 12. Juni 1815.

Die unterzeichneten unterdruckten Reichsstände sind in ihrer gerechten Erwartung, durch die deutsche Bundesacte ihren Rechtszustand von 1805, mit Hinsicht auf die zu Beförderung des deutschen Gemeinwohls freiwillig dargebotenen Opfer, nach getroffener Uebereinkunft mit ihnen wiederhergestellt zu sehen, schmerzlich getäuscht.

Die Verhältnisse nöthigen sie zwar, in Ansehung der in der neuen Constitutionsacte für ihren künftigen Zustand dictirten Normen, sich für jetzt der Gewalt der Umstände zu fügen. Sie sehen sich jedoch verpflichtet, für sich, ihre Nachkommen und ihre angestammten Unterthanen vor dem hohen Congress und vor der ganzen Welt die Verwahrung einzulegen, dass sie sich

den Umfang ihrer Rechte und Befugnisse, wie ihn der Besitzstand von 1805 bezeichnet, für ewige Zeiten vorbehalten und nur in diejenigen Opfer willigen können und werden, welche, als Resultat freiwilliger Uebereinkunft mit ihnen, einzig und allein eine rechtliche Aenderung ihres altehrwürdigen garantirten Rechtszustandes zu begründen vermögen.

Sie behalten sich daher vor, den Umfang dieses Rechtszustandes bei der künftigen Bundesversammlung und bei jeder rechtlichen Veranlassung geltend zu machen.

Wien den 13. Juni 1815.

F. G. Fürst von Metternich,
in eigenem und im Namen des Grafen Stadion Thannhausen.

Für ihre Durchlaucht die verwittibte Frau Fürstin zu Leiningen, geborne Herzogin zu Sachsen-Coburg,
Schmitz, Geheimer und Cabinets-Rath.

Für das fürstliche Haus Hohenlohe,
Gössel, Geheimer Rath.

Carl, Erbprinz zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg,
für Löwenstein-Wertheim-Freudenberg.

Für Se. Durchlaucht den Fürsten von Löwenstein-Wertheim-Rochefort,
Reg. Rath v. Jagemann.

Im Namen der hochfürstlichen und hochgräflichen Häuser:
Schwarzenberg, Windischgrätz, Sinzendorf, Wied-Neuwied, Wied-Runkel, Salm Reiferscheid-Krautheim, Bentheim-Tecklenburg-Rheda, Witgenstein-Witgenstein, Witgenstein-Berleburg, Isenburg-Büdingen, Isenburg-Meerholz, Isenburg-Wächtersbach und Philippseich, Erbach-Fürstenau, Erbach-Wartenberg-Roth, Rechtern und Limburg, Castell, Schönborn-Wiesentheid, Ortenburg-Tambach, Oettingen-Wallerstein, Fugger, Waldburg-Zeil-Trauchburg, Waldburg-Wolfegg, Königegg-Aulendorf und Schaesberg,

F. v. Gärtner,
Geheimer Rath und Bevollmächtigter.

Für S. E. Grafen August v. Törring-Guttenzell,
Hofrath v. Götz.

Schlussacte

der

über Ausbildung und Befestigung des deutschen Bundes zu Wien gehaltenen Ministerialconferenzen,

unterzeichnet zu Wien am 15. Mai 1820.

Die souveränen Fürsten und freien Städte Deutschlands, eingedenk ihrer bei Stiftung des deutschen Bundes übernommenen Verpflichtung, den Bestimmungen der Bundesacte durch ergänzende und erläuternde Grundgesetze eine zweckmässige Entwickelung und hiermit dem Bundesvereine selbst die erforderliche Vollendung zu sichern, überzeugt, dass sie, um das Band, welches das gesammte Deutschland in Friede und Eintracht verbindet, unauflöslich zu befestigen, nicht länger anstehen durften, jener Verpflichtung und einem allgemein gefühlten Bedürfnisse durch gemeinschaftliche Berathungen Genüge zu leisten, haben zu diesem Ende nachstehende Bevollmächtigte ernannt, nämlich:

(Folgen die Namen und Titel der am Schluss genannten Bevollmächtigten),

welche zu Wien nach geschehener Auswechselung ihrer richtig befundenen Vollmachten in Cabinets-Conferenzen zusammengetreten und nach sorgfältiger Erwägung und Ausgleichung der wechselseitigen Ansichten, Wünsche und Vorschläge ihrer Regierungen zu einer definitiven Vereinbarung über folgende Artikel gelangt sind:

Art. I. Der deutsche Bund ist ein völkerrechtlicher Verein der deutschen souveränen Fürsten und freien Städte zur Bewahrung der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit ihrer im Bunde begriffenen Staaten und zur Erhaltung der innern und äussern Sicherheit Deutschlands.

Art. II. Dieser Verein besteht in seinem Innern als eine Gemeinschaft selbstständiger, unter sich unabhängiger Staaten, mit wechselseitigen gleichen Vertragsrechten und Vertragsobliegenheiten, in seinen äussern Verhältnissen aber als eine in politischer Einheit verbundene Gesammtmacht.

Art. III. Der Umfang und die Schranken, welche der Bund seiner Wirksamkeit vorgezeichnet hat, sind in der Bundesacte bestimmt, die der Grundvertrag und das erste Grundgesetz dieses Vereins ist. Indem dieselbe die Zwecke des Bundes ausspricht, bedingt und begränzt sie zugleich dessen Befugnisse und Verpflichtungen.

Art. IV. Der Gesammtheit der Bundesglieder steht die Befugniss der Entwickelung und Ausbildung der Bundesacte zu, insofern die Erfüllung der darin aufgestellten Zwecke solche nothwendig macht. Die desshalb zu fassenden Beschlüsse dürfen aber mit dem Geiste der Bundesacte nicht im Widerspruche stehen, noch von dem Grundcharacter des Bundes abweichen.

Art. V. Der Bund ist als ein unauflöslicher Verein gegründet, und es kann daher der Austritt aus diesem Vereine keinem Mitgliede desselben freistehen.

Art. VI. Der Bund ist, nach seiner ursprünglichen Bestimmung, auf die gegenwärtig daran theilnehmenden Staaten beschränkt. Die Aufnahme eines neuen Mitgliedes kann nur Statt haben, wenn die Gesammtheit der Bundesglieder solche mit den bestehenden Verhältnissen vereinbar und dem Vortheile des ganzen angemessen findet. Veränderungen in dem gegenwärtigen Besitzstande der Bundesglieder können keine Veränderungen in den Rechten und Verpflichtungen derselben, in Bezug auf den Bund, ohne ausdrückliche Zustimmung der Gesammtheit bewirken. Eine freiwillige Abtretung auf einem Bundesgebiete haftender Souveränetätsrechte kann ohne solche Zustimmung nur zu Gunsten eines Mitverbündeten geschehen.

Art. VII. Die Bundesversammlung, aus den Bevollmächtigten sämmtlicher Bundesglieder gebildet, stellt den Bund in seiner Gesammtheit vor und ist das beständige, verfassungsmässige Organ seines Willens und Handelns.

Art. VIII. Die einzelnen Bevollmächtigten am Bundestage sind von ihren Committenten unbedingt abhängig und diesen allein wegen getreuer Befolgung der ihnen ertheilten Instructionen, so wie wegen ihrer Geschäftsführung überhaupt verantwortlich.

Art. IX. Die Bundesversammlung übt ihre Rechte und Obliegenheiten nur innerhalb der ihr vorgezeichneten Schranken aus. Ihre Wirksamkeit ist zunächst durch die Vorschriften der Bundesacte und durch die in Gemässheit derselben beschlossenen oder ferner zu beschliessenden Grundgesetze, wo aber diese nicht zureichen, durch die im Grundvertrage bezeichneten Bundeszwecke bestimmt.

Art. X. Der Gesammtwille des Bundes wird durch verfassungsmässige Beschlüsse der Bundesversammlung ausgesprochen; verfassungsmässig aber sind diejenigen Beschlüsse, die innerhalb der Gränzen der Competenz der Bundesversammlung, nach vorgängiger Berathung, durch freie Abstimmung entweder im engern Rathe oder im Plenum gefasst werden, je nachdem das Eine oder das Andere durch die grundgesetzlichen Bestimmungen vorgeschrieben ist.

Art. XI. In der Regel fasst die Bundesversammlung die zur Besorgung der gemeinsamen Angelegenheiten des Bundes erforderlichen Beschlüsse im engern Rathe nach absoluter Stimmenmehrheit. Diese Form der Schlussfassung findet in allen Fällen Statt, wo bereits feststehende allgemeine Grundsätze in Anwendung, oder beschlossene Gesetze und Einrichtungen zur Ausführung zu bringen sind, überhaupt aber bei allen Berathungsgegenständen, welche die Bundesacte oder spätere Beschlüsse nicht bestimmt davon ausgenommen haben.

Art. XII. Nur in den in der Bundesacte ausdrücklich bezeichneten Fällen und wo es auf eine Kriegserklärung oder Friedensschlussbestätigung von Seiten des Bundes ankommt, wie auch, wenn über die Aufnahme eines neuen Mitgliedes in den Bund entschieden werden soll, bildet sich die Versammlung zu einem Plenum. Ist in einzelnen Fällen die Frage, ob ein Gegenstand vor das Plenum gehört, zweifelhaft, so steht die Entscheidung derselben dem engern Rathe zu. Im Plenum findet keine Erörterung noch Berathung Statt,

sondern es wird nur darüber abgestimmt, ob ein im engern Rathe vorbereiteter Beschluss angenommen oder verworfen werden soll. Ein gültiger Beschluss im Plenum setzt eine Mehrheit von zwei Drittheilen der Stimmen voraus.

Art. XIII. Ueber folgende Gegenstände:

1) Annahme neuer Grundgesetze, oder Abänderung der bestehenden,
2) organische Einrichtungen, das heisst bleibende Anstalten, als Mittel zur Erfüllung der ausgesprochenen Bundeszwecke,
3) Aufnahme neuer Mitglieder in den Bund,
4) Religionsangelegenheiten,

findet kein Beschluss durch Stimmenmehrheit Statt; jedoch kann eine definitive Abstimmung über Gegenstände dieser Art nur nach genauer Prüfung und Erörterung der den Widerspruch einzelner Bundesglieder bestimmenden Gründe, deren Darlegung in keinem Fall verweigert werden darf, erfolgen.

Art. XIV. Was insbesondere die organischen Einrichtungen betrifft, so muss nicht nur über die Vorfrage, ob solche unter den obwaltenden Umständen nothwendig sind, sondern auch über Entwurf und Anlage derselben in ihren allgemeinen Umrissen und wesentlichen Bestimmungen im Plenum und durch Stimmeneinhelligkeit entschieden werden. Wenn die Entscheidung zu Gunsten der vorgeschlagenen Einrichtung ausgefallen ist, so bleiben die sämmtlichen weiteren Verhandlungen über die Ausführung im Einzelnen der engern Versammlung überlassen, welche alle dabei noch vorkommenden Fragen durch Stimmenmehrheit entscheidet, auch nach Befinden der Umstände eine Commission aus ihrer Mitte anordnet, um die verschiedenen Meinungen und Anträge mit möglichster Schonung und Berücksichtigung der Verhältnisse und Wünsche der Einzelnen auszugleichen.

Art. XV. In Fällen, wo die Bundesglieder nicht in ihrer vertragsmässigen Einheit, sondern als einzelne, selbstständige und unabhängige Staaten erscheinen, folglich jura singulorum obwalten, oder einzelnen Bundesgliedern eine besondere, nicht in den gemeinsamen Verpflichtungen Aller begriffene Leistung oder Verwilligung für den Bund zugemuthet werden sollte, kann ohne freie Zustimmung sämmtlicher Betheiligten kein dieselben verbindender Beschluss gefasst werden.

Art. XVI. Wenn die Besitzungen eines souveränen deutschen Hauses durch Erbfolge auf ein anderes übergehen, so hängt es von der Gesammtheit des Bundes ab, ob und in wie fern die auf jenen Besitzungen haftenden Stimmen im Plenum, da im engern Rathe kein Bundesglied mehr als eine Stimme führen kann, dem neuen Besitzer beigelegt werden sollen.

Art. XVII. Die Bundesversammlung ist berufen, zur Aufrechthaltung des wahren Sinnes der Bundesacte die darin enthaltenen Bestimmungen, wenn über deren Auslegung Zweifel entstehen sollten, dem Bundeszwecke gemäss zu erklären und in allen vorkommenden Fällen den Vorschriften dieser Urkunde ihre richtige Anwendung zu sichern.

Art. XVIII. Da Eintracht und Friede unter den Bundesgliedern ungestört aufrecht erhalten werden soll, so hat die Bundesversammlung, wenn die

innere Ruhe und Sicherheit des Bundes auf irgend eine Weise bedroht oder gestört ist, über Erhaltung oder Wiederherstellung derselben Rath zu pflegen und die dazu geeigneten Beschlüsse nach Anleitung der in den folgenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen zu fassen.

Art. XIX. Wenn zwischen Bundesgliedern Thätlichkeiten zu besorgen oder wirklich ausgeübt worden sind, so ist die Bundesversammlung berufen, vorläufige Massregeln zu ergreifen, wodurch jeder Selbsthilfe vorgebeugt und der bereits unternommenen Einhalt gethan werde. Zu dem Ende hat sie vor allem für Aufrechthaltung des Besitzstandes Sorge zu tragen.

Art. XX. Wenn die Bundesversammlung von einem Bundesgliede zum Schutze des Besitzstandes angerufen wird und der jüngste Besitzstand streitig ist, so soll sie für diesen besondern Fall befugt sein, ein bei der Sache nicht betheiligtes Bundesglied in der Nähe des zu schützenden Gebietes aufzufordern, die Thatsache des jüngsten Besitzes und die angezeigte Störung desselben ohne Zeitverlust durch seinen obersten Gerichtshof summarisch untersuchen und darüber einen rechtlichen Bescheid abfassen zu lassen, dessen Vollziehung die Bundesversammlung, wenn der Bundesstaat, gegen welchen er gerichtet ist, sich nicht auf vorgängige Aufforderung freiwillig dazu versteht, durch die ihr zu diesem Ende angewiesenen Mittel zu bewirken hat.

Art. XXI. Die Bundesversammlung hat in allen, nach Vorschrift der Bundesacte bei ihr anzubringenden Streitigkeiten der Bundesglieder die Vermittelung durch einen Ausschuss zu versuchen. Können die entstandenen Streitigkeiten auf diesem Wege nicht beigelegt werden, so hat sie die Entscheidung derselben durch eine Austrägal-Instanz zu veranlassen und dabei, so lange nicht wegen der Austrägal-Gerichte überhaupt eine anderweitige Uebereinkunft zwischen den Bundesgliedern Statt gefunden hat, die in dem Bundestagsbeschlusse vom sechszehnten Junius achtzehnhundert und siebenzehn enthaltenen Vorschriften, sowie den, in Folge gleichzeitig an die Bundestagsgesandten ergehender Instructionen, zu fassenden besondern Beschluss zu beobachten.

Art. XXII. Wenn nach Anleitung des obgedachten Bundestagsbeschlusses der oberste Gerichtshof eines Bundesstaates zur Austrägal-Instanz gewählt ist, so steht demselben die Leitung des Prozesses und die Entscheidung des Streites in allen seinen Haupt- und Nebenpuncten uneingeschränkt und ohne alle weitere Einwirkung der Bundesversammlung oder der Landesregierung zu. Letztere wird jedoch, auf Antrag der Bundesversammlung oder der streitenden Theile, im Fall einer Zögerung von Seiten des Gerichts die zur Beförderung der Entscheidung nöthigen Verfügungen erlassen.

Art. XXIII. Wo keine besondern Entscheidungsnormen vorhanden sind, hat das Austrägal-Gericht nach den in Rechtsstreitigkeiten derselben Art vormals von den Reichsgerichten subsidiarisch befolgten Rechtsquellen, in so fern solche auf die jetzigen Verhältnisse der Bundesglieder noch anwendbar sind, zu erkennen.

Art. XXIV. Es steht übrigens den Bundesgliedern frei, sowohl bei einzelnen vorkommenden Streitigkeiten als für alle künftigen Fälle, wegen besonderer Austräge oder Compromisse überein zu kommen, wie denn auch frühere Familien- und Vertragsausträge durch Errichtung der Bundes-Austrägal-Instanz nicht aufgehoben noch abgeändert werden.

Art. XXV. Die Aufrechthaltung der inneren Ruhe und Ordnung in den Bundesstaaten steht den Regierungen allein zu. Als Ausnahme kann jedoch in Rücksicht auf die Sicherheit des gesammten Bundes und in Folge der Verpflichtung der Bundesglieder zu gegenseitiger Hilfeleistung die Mitwirkung der Gesammtheit zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Ruhe, im Falle einer Widersetzlichkeit der Unterthanen gegen die Regierung, eines offenen Aufruhrs oder gefährlicher Bewegungen in mehreren Bundesstaaten, Statt finden.

Art. XXVI. Wenn in einem Bundesstaate durch Widersetzlichkeit der Unterthanen gegen die Obrigkeit die innere Ruhe unmittelbar gefährdet und eine Verbreitung aufrührerischer Bewegungen zu fürchten oder ein wirklicher Aufruhr zum Ausbruche gekommen ist, und die Regierung selbst, nach Erschöpfung der verfassungsmässigen und gesetzlichen Mittel, den Beistand des Bundes anruft, so liegt der Bundesversammlung ob, die schleunigste Hilfe zur Wiederherstellung der Ordnung zu veranlassen. Sollte im letztgedachten Falle die Regierung notorisch ausser Stande sein, den Aufruhr durch eigene Kräfte zu unterdrücken, zugleich aber durch die Umstände gehindert werden, die Hilfe des Bundes zu begehren, so ist die Bundesversammlung nichts desto weniger verpflichtet, auch unaufgerufen zur Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit einzuschreiten. In jedem Fall aber dürfen die verfügten Massregeln von keiner längern Dauer sein, als die Regierung, welcher die bundesmässige Hilfe geleistet wird, es nothwendig erachtet.

Art. XXVII. Die Regierung, welcher eine solche Hilfe zu Theil geworden, ist gehalten, die Bundesversammlung von der Veranlassung der eingetretenen Unruhen in Kenntniss zu setzen und von den zur Befestigung der wiederhergestellten gesetzlichen Ordnung getroffenen Massregeln eine beruhigende Anzeige an dieselbe gelangen zu lassen.

Art. XXVIII. Wenn die öffentliche Ruhe und gesetzliche Ordnung in mehreren Bundesstaaten durch gefährliche Verbindungen und Anschläge bedroht sind und dagegen nur durch Zusammenwirken der Gesammtheit zureichende Maasregeln ergriffen werden können, so ist die Bundesversammlung befugt und berufen, nach vorgängiger Rücksprache mit den zunächst bedrohten Regierungen solche Massregeln zu berathen und zu beschliessen.

Art. XXIX. Wenn in einem Bundesstaate der Fall einer Justiz-Verweigerung eintritt und auf gesetzlichen Wegen ausreichende Hilfe nicht erlangt werden kann, so liegt der Bundesversammlung ob, erwiesene, nach der Verfassung und den bestehenden Gesetzen jedes Landes zu beurtheilende Beschwerden über verweigerte oder gehemmte Rechtspflege anzunehmen und

darauf die gerichtliche Hilfe bei der Bundesregierung, die zu der Beschwerde Anlass gegeben hat, zu bewirken.

Art. XXX. Wenn Forderungen von Privatpersonen deshalb nicht befriedigt werden können, weil die Verpflichtung, denselben Genüge zu leisten, zwischen mehreren Bundesgliedern zweifelhaft oder bestritten ist, so hat die Bundesversammlung auf Anrufen der Betheiligten zuvörderst eine Ausgleichung auf gütlichem Wege zu versuchen; im Falle aber, dass dieser Versuch ohne Erfolg bliebe und die in Anspruch genommenen Bundesglieder sich nicht in einer zu bestimmenden Frist über ein Compromiss vereinigten, die rechtliche Entscheidung der streitigen Vorfrage durch eine Austrägal-Instanz zu veranlassen.

Art. XXXI. Die Bundesversammlung hat das Recht und die Verbindlichkeit, für die Vollziehung der Bundesacte und übrigen Grundgesetze des Bundes, der in Gemässheit ihrer Competenz von ihr gefassten Beschlüsse, der durch Austräge gefällten schiedsrichterlichen Erkenntnisse, der unter die Gewährleistung des Bundes gestellten compromissarischen Entscheidungen und der am Bundestage vermittelten Vergleiche, sowie für die Aufrechthaltung der von dem Bunde übernommenen besondern Garantien zu sorgen, auch zu diesem Ende, nach Erschöpfung aller andern bundesverfassungsmässigen Mittel, die erforderlichen Executionsmassregeln mit genauer Beobachtung der in einer besondern Executionsordnung dieserhalb festgesetzten Bestimmungen und Normen in Anwendung zu bringen.

Art. XXXII. Da jede Bundesregierung die Obliegenheit hat, auf Vollziehung der Bundesbeschlüsse zu halten, der Bundesversammlung aber eine unmittelbare Einwirkung auf die innere Verwaltung der Bundesstaaten nicht zusteht, so kann in der Regel nur gegen die Regierung selbst ein Executionsverfahren Statt finden. Ausnahmen von dieser Regel treten jedoch ein, wenn eine Bundesregierung in Ermangelung eigener zureichender Mittel selbst die Hilfe des Bundes in Anspruch nimmt, oder wenn die Bundesversammlung unter den im sechs und zwanzigsten Artikel bezeichneten Umständen zur Wiederherstellung der allgemeinen Ordnung und Sicherheit unaufgerufen einzuschreiten verpflichtet ist. — Im ersten Falle muss jedoch immer in Uebereinstimmung mit den Anträgen der Regierung, welcher die bundesmässige Hilfe geleistet wird, verfahren, und im zweiten Falle ein Gleiches, sobald die Regierung wieder in Thätigkeit gesetzt ist, beobachtet werden.

Art. XXXIII. Die Executionsmassregeln werden im Namen der Gesammtheit des Bundes beschlossen und ausgeführt. Die Bundesversammlung ertheilt zu dem Ende, mit Berücksichtigung aller Localumstände und sonstigen Verhältnisse, einer oder mehreren bei der Sache nicht betheiligten Regierungen den Auftrag zur Vollziehung der beschlossenen Massregeln und bestimmt zugleich sowohl die Stärke der dazu zu verwendenden Mannschaft, als die nach dem jedesmaligen Zwecke des Executionsverfahrens zu bemessende Dauer desselben.

Art. XXXIV. Die Regierung, an welche der Auftrag gerichtet ist und welche solchen als eine Bundespflicht zu übernehmen hat, ernennt zu diesem Behufe einen Civilcommissär, der in Gemässheit einer, nach den Bestimmungen der Bundesversammlung von der beauftragten Regierung zu ertheilenden besondern Instruction das Executionsverfahren unmittelbar leitet. Wenn der Auftrag an mehrere Regierungen ergangen ist, so bestimmt die Bundesversammlung, welche derselben den Civilcommissär zu ernennen hat. Die beauftragte Regierung wird während der Dauer des Executionsverfahrens die Bundesversammlung von dem Erfolge desselben in Kenntniss erhalten und sie, sobald der Zweck vollständig erfüllt ist, von der Beendigung des Geschäfts unterrichten.

Art. XXXV. Der Bund hat als Gesammtmacht das Recht, Krieg, Frieden, Bündnisse und andere Verträge zu beschliessen. Nach dem im zweiten Artikel der Bundesacte ausgesprochenen Zwecke des Bundes übt derselbe diese Rechte nur zu seiner Selbstvertheidigung, zur Erhaltung der Selbstständigkeit und äussern Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen Bundesstaaten aus.

Art. XXXVI. Da in dem eilften Artikel der Bundesacte alle Mitglieder des Bundes sich verbindlich gemacht haben, sowohl ganz Deutschland als jeden einzelnen Bundesstaat gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen und sich gegenseitig ihre sämmtlichen unter dem Bunde begriffenen Besitzungen zu garantiren, so kann kein einzelner Bundesstaat von Auswärtigen verletzt werden, ohne dass die Verletzung zugleich und in demselben Masse die Gesammtheit des Bundes treffe.

Dagegen sind die einzelnen Bundesstaaten verpflichtet, von ihrer Seite weder Anlass zu dergleichen Verletzungen zu geben, noch auswärtigen Staaten solche zuzufügen. — Sollte von Seiten eines fremden Staates über eine von einem Mitgliede des Bundes ihm widerfahrene Verletzung bei der Bundesversammlung Beschwerde geführt und diese gegründet befunden werden, so liegt der Bundesversammlung ob, das Bundesglied, welches die Beschwerde veranlasst hat, zur schleunigen und genügenden Abhilfe aufzufordern und mit dieser Aufforderung nach Befinden der Umstände Massregeln, wodurch weitern friedestörenden Folgen zu rechter Zeit vorgebeugt werde, zu verbinden.

Art. XXXVII. Wenn ein Bundesstaat bei einer zwischen ihm und einer auswärtigen Macht enstandenen Irrung die Dazwischenkunft des Bundes anruft, so hat die Bundesversammlung den Ursprung solcher Irrung und das wahre Sachverhältniss sorgfältig zu prüfen. — Ergiebt sich aus dieser Prüfung, dass dem Bundesstaate das Recht nicht zur Seite steht, so hat die Bundesversammlung denselben von Fortsetzung des Streites ernstlich abzumahnen und die begehrte Dazwischenkunft zu verweigern, auch erforderlichen Falls zur Erhaltung des Friedensstandes geeignete Mittel anzuwenden. Ergiebt sich das Gegentheil, so ist die Bundesversammlung verpflichtet, dem verletzten Bundesstaate ihre wirksamste Verwendung und Vertretung ange-

deiben zu lassen und solche soweit auszudehnen, als es nöthig ist, damit demselben volle Sicherheit und angemessene Genugthuung zu Theil werde.

Art. XXXVIII. Wenn aus der Anzeige eines Bundesstaates oder aus andern zuverlässigen Angaben Grund zu der Besorgniss geschöpft wird, dass ein einzelner Bundesstaat oder die Gesammtheit des Bundes von einem feindlichen Angriffe bedroht sei, so muss die Bundesversammlung sofort die Frage, ob die Gefahr eines solchen Angriffes wirklich vorhanden ist, in Berathung nehmen und darüber in der kurzmöglichsten Zeit einen Ausspruch thun. — Wird die Gefahr anerkannt, so muss gleichzeitig mit diesem Ausspruche wegen der in solchem Falle unverzüglich in Wirksamkeit zu setzenden Vertheidigungsmassregeln ein Beschluss gefasst werden. Beides, jener Ausspruch und dieser Beschluss, ergeht von der engern Versammlung, die dabei nach der in ihr geltenden absoluten Stimmenmehrheit verfährt.

Art. XXXIX. Wenn das Bundesgebiet von einer auswärtigen Macht feindlich überfallen wird, so tritt sofort der Stand des Krieges ein und es muss in diesem Falle, was auch ferner von der Bundesversammlung beschlossen werden mag, ohne weiteren Verzug zu den erforderlichen Vertheidigungsmassregeln geschritten werden.

Art. XL. Sieht sich der Bund zu einer förmlichen Kriegserklärung genöthigt, so kann solche nur in der vollen Versammlung nach der für dieselbe vorgeschriebenen Stimmenmehrheit von zwei Drittheilen beschlossen werden.

Art. XLI. Der in der engern Versammlung gefasste Beschluss über die Wirklichkeit der Gefahr eines feindlichen Angriffs verbindet sämmtliche Bundesstaaten zur Theilnahme an den vom Bundestage nothwendig erachteten Vertheidigungsmassregeln. Gleicherweise verbindet die in der vollen Versammlung ausgesprochene Kriegserklärung sämmtliche Bundesstaaten zur unmittelbaren Theilnahme an dem gemeinschaftlichen Kriege.

Art. XLII. Wenn die Vorfrage, ob Gefahr vorhanden ist, durch die Stimmenmehrheit verneinend entschieden wäre, so bleibt nichts desto weniger denjenigen Bundesstaaten, welche von der Wirklichkeit der Gefahr überzeugt sind, unbenommen, gemeinschaftliche Vertheidigungsmassregeln unter einander zu verabreden.

Art. XLIII. Wenn in einem Falle, wo es die Gefahr und Beschützung einzelner Bundesstaaten gilt, einer der streitenden Theile auf die förmliche Vermittlung des Bundes anträgt, so wird derselbe, in so fern er es der Lage der Sachen und seiner Stellung angemessen findet, unter vorausgesetzter Einwilligung des andern Theils diese Vermittlung übernehmen; jedoch darf dadurch der Beschluss wegen der zur Sicherheit des Bundesgebietes zu ergreifenden Vertheidigungsmassregeln nicht aufgehalten werden, noch in der Ausführung der bereits beschlossenen ein Stillstand oder eine Verzögerung eintreten.

Art. XLIV. Bei ausgebrochenem Kriege steht jedem Bundesstaate frei, zur gemeinsamen Vertheidigung eine grössere Macht zu stellen, als sein

Bundescontingent beträgt; es kann jedoch in dieser Hinsicht keine Forderung an den Bund Statt finden.

Art. XLV. Wenn in einem Kriege zwischen auswärtigen Mächten oder in andern Fällen Verhältnisse eintreten, welche die Besorgnisse einer Verletzung der Neutralität des Bundesgebietes veranlassen, so hat die Bundesversammlung ohne Verzug im engern Rathe die zur Behauptung dieser Neutralität erforderlichen Massregeln zu beschliessen.

Art. XLVI. Beginnt ein Bundesstaat, der zugleich ausserhalb des Bundes Besitzungen hat, in seiner Eigenschaft als europäische Macht einen Krieg, so bleibt ein solcher, die Verhältnisse und Verpflichtungen des Bundes nicht berührender Krieg, dem Bunde ganz fremd.

Art. XLVII. In den Fällen, wo ein solcher Bundesstaat in seinen ausser dem Bunde belegenen Besitzungen bedroht oder angegriffen wird, tritt für den Bund die Verpflichtung zu gemeinschaftlichen Vertheidigungsmassregeln oder zur Theilnahme und Hilfeleistung nur in so fern ein, als derselbe, nach vorgängiger Berathung durch Stimmenmehrheit in der engern Versammlung, Gefahr für das Bundesgebiet erkennt. — Im letztern Falle finden die Vorschriften der vorhergehenden Artikel ihre gleichmässige Anwendung.

Art. XLVIII. Die Bestimmung der Bundesacte, vermöge welcher nach einmal erklärtem Bundeskriege kein Mitglied des Bundes einseitige Unterhandlungen mit dem Feinde eingehen, noch einseitig Waffenstillstand oder Frieden schliessen darf, ist für sämmtliche Bundesstaaten, sie mögen ausserhalb des Bundes Besitzungen haben oder nicht, gleich verbindlich.

Art. XLIX. Wenn von Seiten des Bundes Unterhandlungen über Abschluss des Friedens oder eines Waffenstillstandes Statt finden, so hat die Bundesversammlung zu specieller Leitung derselben einen Ausschuss zu bestellen, zu dem Unterhandlungsgeschäft selbst aber eigene Bevollmächtigte zu ernennen und mit gehörigen Instructionen zu versehen. Die Annahme und Bestätigung eines Friedensvertrags kann nur in der vollen Versammlung geschehen.

Art. L. In Bezug auf die auswärtigen Verhältnisse überhaupt liegt der Bundesversammlung ob:

1) als Organ der Gesammtheit des Bundes für die Aufrechthaltung friedlicher und freundschaftlicher Verhältnisse mit den auswärtigen Staaten Sorge zu tragen;
2) die von fremden Mächten bei dem Bunde beglaubigten Gesandten anzunehmen und, wenn es nöthig befunden werden sollte, im Namen des Bundes Gesandte an fremde Mächte abzuordnen;
3) in eintretenden Fällen Unterhandlungen für die Gesammtheit des Bundes zu führen und Verträge für denselben abzuschliessen;
4) auf Verlangen einzelner Bundesregierungen für dieselben die Verwendung des Bundes bei fremden Regierungen und in gleicher Art auf Verlangen fremder Staaten die Dazwischenkunft des Bundes bei einzelnen Bundesgliedern eintreten zu lassen.

Art. LI. Die Bundesversammlung ist ferner verpflichtet, die auf das Militärwesen des Bundes Bezug habenden organischen Einrichtungen und die zur Sicherstellung seines Gebiets erforderlichen Vertheidigungsanstalten zu beschliessen.

Art. LII. Da zu Erreichung der Zwecke und Besorgung der Angelegenheiten des Bundes von der Gesammtheit der Mitglieder Geldbeiträge zu leisten sind, so hat die Bundesversammlung:

1) den Betrag der gewöhnlichen verfassungsmässigen Ausgaben, so weit solches im Allgemeinen geschehen kann, festzusetzen;
2) in vorkommenden Fällen die zur Ausführung besonderer, in Hinsicht auf anerkannte Bundeszwecke gefassten Beschlüsse erforderlichen ausserordentlichen Ausgaben und die zur Bestreitung derselben zu leistenden Beiträge zu bestimmen;
3) das matrikelmässige Verhältniss, nach welchem von den Mitgliedern des Bundes beizutragen ist, festzusetzen;
4) die Erhebung, Verwendung und Berechnung der Beiträge anzuordnen und darüber die Aufsicht zu führen.

Art. LIII. Die durch die Bundesacte den einzelnen Bundesstaaten garantirte Unabhängigkeit schliesst zwar im Allgemeinen jede Einwirkung des Bundes in die innere Staatseinrichtung und Staatsverwaltung aus; da aber die Bundesglieder sich in dem zweiten Abschnitte der Bundesacte über einige besondere Bestimmungen vereinigt haben, welche sich theils auf Gewährleistung zugesicherter Rechte, theils auf bestimmte Verhältnisse der Unterthanen beziehen, so liegt der Bundesversammlung ob, die Erfüllung der durch diese Bestimmung übernommenen Verbindlichkeiten, wenn sich aus hinreichend begründeten Anzeigen der Betheiligten ergiebt, dass solche nicht Statt gefunden habe, zu bewirken. Die Anwendung der in Gemässheit dieser Verbindlichkeiten getroffenen allgemeinen Anordnungen auf die einzelnen Fälle bleibt jedoch den Regierungen allein überlassen.

Art. LIV. Da nach dem Sinne des dreizehnten Artikels der Bundesacte und den darüber erfolgten spätern Erklärungen in allen Bundesstaaten landständische Verfassungen Statt finden sollen, so hat die Bundesversammlung darüber zu wachen, dass diese Bestimmung in keinem Bundesstaat unerfüllt bleibe.

Art. LV. Den souveränen Fürsten der Bundesstaaten bleibt überlassen, diese innere Landesangelegenheit mit Berücksichtigung sowohl der früherhin gesetzlich bestandenen ständischen Rechte, als der gegenwärtig obwaltenden Verhältnisse zu ordnen.

Art. LVI. Die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen können nur auf verfassungsmässigem Wege wieder abgeändert werden.

Art. LVII. Da der deutsche Bund, mit Ausnahme der freien Städte, aus souveränen Fürsten besteht, so muss, dem hierdurch gegebenen Grundbegriffe zufolge, die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staats

vereinigt bleiben, und der Souverän kann durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden.

Art. LVIII. Die im Bunde vereinten souveränen Fürsten dürfen durch keine landständische Verfassung in der Erfüllung ihrer bundesmässigen Verpflichtungen gehindert oder beschränkt werden.

Art. LIX. Wo die Oeffentlichkeit landständischer Verhandlungen durch die Verfassung gestattet ist, muss durch die Geschäftsordnung dafür gesorgt werden, dass die gesetzlichen Gränzen der freien Aeusserung weder bei den Verhandlungen selbst noch bei deren Bekanntmachung durch den Druck auf eine die Ruhe eines einzelnen Bundesstaates oder des gesammten Deutschlands gefährdende Weise überschritten werden.

Art. LX. Wenn von einem Bundesgliede die Garantie des Bundes für die in seinem Lande eingeführte landständische Verfassung nachgesucht wird, so ist die Bundesversammlung berechtigt, solche zu übernehmen. Sie erhält dadurch die Befugniss, nach Anrufung der Betheiligten die Verfassung aufrecht zu erhalten und die über Auslegung oder Anwendung derselben entstandenen Irrungen, sofern dafür nicht anderweitige Mittel und Wege gesetzlich vorgeschrieben sind, durch gültige Vermittelung oder compromissarische Entscheidung beizulegen.

Art. LXI. Ausser dem Fall der übernommenen besondern Garantie einer landständischen Verfassung und der Aufrechthaltung der über den dreizehnten Artikel der Bundesacte hier festgesetzten Bestimmungen ist die Bundesversammlung nicht berechtigt, in landständische Angelegenheiten oder in Streitigkeiten zwischen den Landesherren und ihren Ständen einzuwirken, so lange solche nicht den im sechs und zwanzigsten Artikel bezeichneten Character annehmen, in welchem Falle die Bestimmungen dieses, sowie des sieben und zwanzigsten Artikels auch hierbei ihre Anwendung finden. — Der sechs und vierzigste Artikel der wiener Congressacte vom Jahre achtzehn hundert und fünfzehn, in Betreff der Verfassung der freien Stadt Frankfurt, erhält jedoch hierdurch keine Abänderung.

Art. LXII. Die vorstehenden Bestimmungen in Bezug auf den dreizehnten Artikel der Bundesacte sind auf die freien Städte in so weit anwendbar, als die besondern Verfassungen und Verhältnisse derselben es zulassen.

Art. LXIII. Es liegt der Bundesversammlung ob, auf die genaue und vollständige Erfüllung derjenigen Bestimmungen zu achten, welche der vierzehnte Artikel der Bundesacte in Betreff der mittelbar gewordenen ehemaligen Reichsstände und des ehemaligen unmittelbaren Reichsadels enthält. Diejenigen Bundesglieder, deren Ländern die Besitzungen derselben einverleibt worden, bleiben gegen den Bund zur unverrückten Aufrechthaltung der durch jene Bestimmungen begründeten staatsrechtlichen Verhältnisse verpflichtet. Und wenn gleich die über die Anwendung der in Gemässheit des vierzehnten Artikels der Bundesacte erlassenen Verordnungen oder abgeschlossenen Verträge entstehenden Streitigkeiten in einzelnen Fällen an die competenten Behörden

des Bundesstaats, in welchem die Besitzungen der mittelbar gewordenen Fürsten, Grafen und Herren gelegen sind, zur Entscheidung gebracht werden müssen, so bleibt denselben doch, im Falle der verweigerten gesetzlichen und verfassungsmässigen Rechtshilfe oder einer einseitigen, zu ihrem Nachtheile erfolgten legislativen Erklärung der durch die Bundesacte ihnen zugesicherten Rechte, der Recurs an die Bundesversammlung vorbehalten, und diese ist in einem solchen Falle verpflichtet, wenn sie die Beschwerde gegründet findet, eine genügende Abhilfe zu bewirken.

Art. LXIV. Wenn Vorschläge zu gemeinnützigen Anordnungen, deren Zweck nur durch die zusammenwirkende Theilnahme aller Bundesstaaten vollständig erreicht werden kann, von einzelnen Bundesgliedern an die Bundesversammlung gebracht werden, und diese sich von der Zweckmässigkeit und Ausführbarkeit solcher Vorschläge im Allgemeinen überzeugt, so liegt ihr ob, die Mittel zur Vollführung derselben in sorgfältige Erwägung zu ziehen und ihr anhaltendes Bestreben dahin zu richten, die zu dem Ende erforderliche freiwillige Vereinbarung unter den sämmtlichen Bundesgliedern zu bewirken.

Art. LXV. Die in den besondern Bestimmungen der Bundesartikel 16, 18, 19 zur Berathung der Bundesversammlung gestellten Gegenstände bleiben derselben, um durch gemeinschaftliche Uebereinkunft zu möglichst gleichförmigen Verfügungen darüber zu gelangen, zur fernern Bearbeitung vorbehalten.

Die vorstehende Acte wird als das Resultat einer unabänderlichen Vereinbarung zwischen den Bundesgliedern mittelst Präsidialvortrags an den Bundestag gebracht und dort in Folge gleichlautender Erklärungen der Bundesregierungen durch förmlichen Bundesbeschluss zu einem Grundgesetze erhoben werden, welches die nämliche Kraft und Gültigkeit, wie die Bundesacte selbst, haben und der Bundesversammlung zur unabweichlichen Richtschnur dienen soll.

Zur Urkunde dessen haben sämmtliche hier versammelte Bevollmächtigte die gegenwärtige Acte unterzeichnet und mit ihren Wappen untersiegelt.

So geschehen zu Wien, den fünfzehnten des Monats Mai, im Jahre eintausend achthundert und zwanzig.

Fürst v. Metternich; — Graf v. Bernstorff, Krusemark, J. E. v. Küster; — Frhr. v. Zentner, Frhr. v. Steinlein; — Graf von der Schulenburg, von Globig; — Ernst Graf v. Hardenberg; — Graf v. Mandelslohe; — Frhr. v. Berstett, Frhr. v. Tettenborn; — Münchhausen; — du Bos du Thil; — J. Bernstorff, A. R. Falk; — Carl Wilhelm Frhr. v. Fritsch; — E. F. L. Marschall v. Bieberstein; — L. H. Frhr. v. Plessen; — von Berg; — J. F. Hach.

Schleswig-Holstein.

Schleswig wurde in den früheſten Zeiten von Deutſchen bewohnt, die ihre eigenen Fürſten hatten. Bei dem Vordringen der Dänen von Norden her kamen dieſe Fürſten unter die Oberherrlichkeit der däniſchen Könige. Als der deutſche Kaiſer Heinrich I. den Dänenkönig Gorm, den Alten, 931 beſiegt hatte, machte er aus Schleswig eine deutſche Markgrafſchaft. Die Dänen erſchlugen den Markgrafen, Kaiſer Otto, der Große, ſtellte 948 die Markgrafſchaft wieder her; nach verſchiedenen Kämpfen aber wurde 1027 die Eider als Grenze zwiſchen Deutſchland und Dänemark beſtimmt und den Dänen Schleswig überlaſſen. Das Land wurde jetzt von däniſchen Statthaltern regiert; ſeit dem 12. Jahrhundert erſcheinen beſondere Herzoge von Schleswig, Prinzen aus der däniſchen Regentenfamilie, die unter blutigen Streitigkeiten der Familienglieder öfters gewaltſam wechſeln. Schleswig galt damals für einen Theil von Jütland und hieß entweder Jütland, Jucia, ſchlechthin, oder Süderjütland, Sunder-Jucia. Holſtein wurde gleichfalls ſchon in den älteſten Zeiten von Deutſchen (Sachſen) bewohnt und iſt, den Dänen gegenüber, auch im Beſitz der Deutſchen geblieben. Das Land hieß damals Noralbingia oder Saxonia transalbiana; der Name Holtzacia, ſpäter Holsatia, der ſo viel als Holzland bedeuten ſoll, findet ſich urkundlich erſt 1141. Als Karl, der Große, die holſtein'ſchen Sachſen beſiegt hatte, verglich er ſich mit dem Dänenkönig Hemming (811) dahin, daß die Eider die Grenze zwiſchen ſeinem Reiche und Dänemark bilden ſollte, und ſetzte in Holſtein Markgrafen ein, die ſpäter den Herzogen von Sachſen, ſeit etwa 1422 dem Biſchof von Lübeck, ſeit 1548 dem deutſchen Kaiſer unmittelbar lehnbar wurden. Seit 1113 ſind dieſe Markgrafen aus der Familie Schaumburg, die ſeitdem den Namen „Grafen von Holſtein und Stormarn" führten. Im Jahr 1239 theilte Markgraf Adolph IV. ſein Land unter ſeine Söhne Johann I. (Linie Holſtein-Kiel) und Gerhard I. (Linie Holſtein-Rendsburg); die Kieler Linie erloſch gegen das Ende des 14. Jahrhunderts. Zu einem Herzogthum erhob Holſtein der deutſche Kaiſer Friedrich III. 1477.

Die Verbindung Schleswig's mit Holstein nimmt ihren Anfang im Jahr 1326. In diesem Jahre belehnt der dänische König Waldemar III. seinen Oheim, den Grafen Gerhard von Holstein und dessen Nachkommen für ewige Zeiten mit dem Herzogthum Schleswig (Urkunde I.) und spricht in dieser öfter genannten Waldemar'schen Constitution zugleich aus, daß Schleswig niemals mit Dänemark unter einem Scepter vereinigt werden sollte (regno et coronae Daniae non unietur nec annectetur ita, quod unius sit dominus utriusque). Doch hatten Schleswig und Holstein noch ihre getrennten Fürsten, bis die Linie dieses Grafen Gerhard im Jahr 1375 ausstarb. Der König von Dänemark wollte zwar jetzt das Lehen an sich ziehen, aber Graf Gerhard IV. von Holstein erzwang sich im Vertrag zu Nyburg 1386 die Belehnung durch Waffengewalt. Der Lehenbrief selbst ist verloren gegangen; einen Auszug über die Verhandlungen aus Detmar's Chronik findet man bei Falck, Urkunden ꝛc. p. 7; „de holsten heren", heißt es, „scholden besitten dat hertochdom to sleswick kinderkint to ervende." Auf diese Weise waren nun das Herzogthum Schleswig und die Grafschaft Holstein unter den Grafen von Holstein zu einem Lande verbunden und blieben es bis zum Jahre 1459, wo mit dem Grafen Adolph VIII., der über Schleswig als Herzog, über Holstein als Graf regiert hatte, der Mannsstamm der schaumburg'schen Herzoge von Schleswig-Holstein erlosch. Genannter Graf Adolph hatte dänischer König werden sollen, aber die Krone ausgeschlagen und seinen Schwestersohn, den Grafen Christian von Oldenburg dafür empfohlen, der auch 1448 vom dänischen Reichsrath zum König gewählt wurde. Nach Adolph's Tode wußte der oldenburg'sche Graf Christian auch die Stände von Schleswig-Holstein zu bestimmen, daß sie nicht, wie es in der natürlichen Erbfolge gewesen wäre, den Grafen Johann aus der Linie Holstein-Rendsburg, sondern in gemeinsamer Versammlung zu Ripen 1460 gleichfalls ihn zum Herzog von Schleswig-Holstein erwählten. Seitdem also regieren über die Herzogthümer Herzoge aus dem gräflich **oldenburg'schen** Stamme und sind bis heute in dem Besitz geblieben. Christian mußte ihnen aber vor seiner Wahl 1448 einen Revers ausstellen (Urkunde II.), worin er sich zur Aufrechthaltung der Waldemar'schen Constitution verpflichtete. „Item" heißt es in diesem Revers, „ducatus Sunder-Jucie regno et corone Danie non unietur nec annectetur ita quod unius sit dominus." Als dänischer König (Christian I.) bestätigte er den Schleswig-Holsteinern 1460 in einer besondern Urkunde ihre Privilegien (Urkunde III.), worin er ihnen namentlich zusichert, daß die beiden Länder immer beisammen bleiben sollten, „bliven ewich tosamende vngedelt." Auch gab er den Schleswig-Holsteinern, die bisher das Wahlrecht nicht gehabt hatten, das Recht, ihren Fürsten zu wählen. „Nachdem wir", heißt es in der Urkunde, „aus Gunst, die die Einwohner zu unserer Person haben, von den vorbenannten Einwohnern gewählt sind, so mögen sie und ihre Nachkommen, so oft als diese Lande offen werden, ihre Wahl behalten (vergl. Jensen

und Hegewisch, Privilegien der schleswig-holstein'schen Ritterschaft, Kiel 1779, p. 42 und 45). Die Wahl sollte zwischen den königlichen Prinzen Statt finden, und, wenn keine solchen vorhanden waren, auf einen nahen Verwandten fallen. „Als wir nun aus freiem Willen", sagt der König, „zu diesen Landen von den Einwohnern gewählt sind, so mögen sie und ihre Nachkommen, so oft als diese Lande offen werden, ihre Wahl behalten, dann eins von unseren Kindern zu einem Herrn zu wählen, oder wenn keins wäre, einen von unseren rechten Erben zu wählen." Bei dem deutschen Kaiser Friedrich III. erwirkte Christian I. 1477, daß die Grafschaften Holstein-Stormarn zu einem Herzogthum erhoben wurden, so daß nun auch in dieser Beziehung Holstein mit Schleswig gleich stand. Durch diese Erhebung zu einem Herzogthum wurde Holstein, das anfangs den Herzogen von Sachsen und seit etwa 1422 dem Bischof von Lübeck lehnbar war, unmittelbares deutsches Reichslehen, da die Herzogswürde und Herzogthümer nur unmittelbare Reichslehen sein konnten; zuerst wurde der Herzog Christian II. 1521 vom Kaiser Karl V. unmittelbar mit Holstein belehnt. Dieses Lehensverhältniß ist geblieben bis zum Untergang des deutschen Reichs. König Christian I., der 1481 starb, hatte die Herzogthümer Schleswig-Holstein seinem zweiten Sohne Friedrich bestimmt; dies gab jedoch sein erster Sohn Johannes I., jetzt König von Dänemark, nicht zu, sondern zwang seinen Bruder zum gottorp'schen Vergleich, worin dem Herzog Friedrich nur ein Theil von Holstein und Gottorp blieb. Nachdem aber Johann I. 1515 gestorben und sein Sohn, König Christian II., von den dänischen Ständen 1523 abgesetzt worden war, wurde dieser holstein'sche Herzog Friedrich zum König von Dänemark gewählt. Als solcher bestätigte er den Herzogthümern ihre alten Privilegien, namentlich auch den Punct, der seit Christian I. Tod nicht gehalten worden war, daß die Herzogthümer ewig ungetheilt beisammen bleiben sollten (Urkunde IV.). Wiewohl König Friedrich's († 1533) Sohn und Nachfolger, König Christian III., die Privilegien ebenso, wie sein Vater anerkannte, hielt er doch den Punct des ungetheilten Beisammenbleibens nicht, sondern theilte mit seinen beiden Brüdern Johann und Adolph die Herzogthümer in einen sonderburgischen, hadersleben'schen und gottorpischen Antheil (1544), wovon er selbst den sonderburgischen, der zweite Bruder Johann den hadersleben'schen, der dritte Adolph den gottorpischen erhielt. Ausgenommen von der Theilung waren die Mannschaft, die Klöster, die Städte, die Zölle zu Gottorp und Rendsburg, ferner die Stadt Hamburg, welche gemeinschaftlich bleiben sollten. König Christian III., welcher den sonderburgischen Antheil besaß, starb 1559 und hinterließ drei Söhne, Friedrich II. (welcher König von Dänemark wurde), Johann und Magnus. Friedrich mußte nach den Erbbestimmungen wieder ein Drittheil seines sonderburgischen Antheils, mit Sonderburg selbst, an seinen Bruder Johann (1564) erblich abtreten. Als der Besitzer des hadersleben'schen Theils, Johann, der Aeltere, 1581 kinderlos gestorben war, theilte König

Friedrich II. dieſen Antheil wiederum mit ſeinem Onkel, dem Herzog Adolph. Das Verhältniß der regierenden Linien geſtaltet ſich von 1581 an bis zum Ende des ſiebenzehnten Jahrhunderts folgendermaſſen. Es beſtehen drei verſchiedene Linien, die königliche oder glückſtadtiſche (Stammvater König Friedrich II. von Dänemark), die gottorpiſche (Stammvater Herzog Adolph) und die ſonderburgiſche (Stammvater Johann der Jüngere). Jede dieſer Linien beſitzt einen beſonderen Theil der Herzogthümer als erbliches Eigenthum, worin eine jede gewiſſe Regierungsrechte für ſich ausübt, während andere Rechte gemeinſam geübt werden; die glückſtadtiſche und gottorpiſche Linie hatte in Folge dieſer Theilung Sitz und Stimme auf dem deutſchen Reichstag. Die ſonderburgiſche beſaß nicht vollſtändig dieſelben Rechte, wie die beiden anderen Linien, und war von der gemeinſchaftlichen Regierung ausgeſchloſſen. Herzog Johann, der Jüngere, hatte in ſeinem Verzichtbrief von 1564 (findet ſich bei Falck, Urkunden ꝛc. p. 62) ſich mit Sonderburg, Norburg, Schloß und Stadt Plön und Kloſter Arnßböcke völlig abgefunden erklärt; damit wolle er von ſeinem „angeerbten Fürſtenthum gänzlich begnügt und abgefunden ſein.“ Neben dieſen drei Landestheilen mit getrennter Regierung blieben ſeit der Reformation noch vier Klöſter, welche zur Erhaltung von Töchtern des Adels beſtimmt waren, den Linien Glückſtatt und Gottorp gemeinſam, die übrigen Klöſter waren 1544 getheilt worden; ferner blieb ihnen gemeinſam die Landeshoheit über die Biſchöfe von Schleswig und Lübeck (Lübeck entzog ſich derſelben am Anfang des 17. Jahrh.) und über die Prälaten der Domkapitel von Schleswig, Lübeck und Eutin, ſowie über die Räthe aus der Ritterſchaft, (die aber im 16. Jahrh. ihre Bedeutung durch Entſtehung von Kanzleien verloren), und über die Ritterſchaft mit ihren Gütern überhaupt; die landtagsfähigen Städte waren nur in Bezug auf ihre Landſtandſchaft gemeinſam; Biſchöfe, Prälaten, Ritterſchaft und Städte tagten ungetheilt, die Städte wurden jedoch 1675 zum letzten Mal zum Landtage berufen. Auch die Steuern wurden gemeinſchaftlich erhoben, die Geſetzgebung war meiſt gemeinſchaftlich, da der durch die Herzogthümer zerſtreute gemeinſame Adel ſchon dazu aufforderte, ebenſo die Gerichtsbarkeit in dieſer Beziehung, die Landes-Vertheidigungsanſtalten, die Gerechtſame über die Stadt Hamburg und der Zoll zu Rendsburg und Gottorp (vgl. hierüber Zimmermann, das Rechtsverhältniß der Herzogth. Schleswig-Holſtein p. 24 ff.). Wiewohl nun allerdings ſeit 1581 nur zwei regierende Linien beſtanden, die glückſtadtiſche und gottorpiſche, ſo zerſplitterte ſich doch das Land durch Theilungen immer mehr. Die ſonderburgiſche Linie hatte ihren Antheil 1621 in ſieben Theile getheilt; auch in der gottorpiſchen Linie fand 1606 wieder eine Theilung Statt (vergl. hierüber Heiberg, das ſouveräne Herzogthum Schleswig p. 17). Um einer völligen Zerſplitterung vorzubeugen, führten die drei Linien am Anfang des 17. Jahrhunderts die Primogenitur und die Linienerbfolge ein, trotz des Widerſpruches der Stände, deren Wahlrecht dadurch auf-

gehoben wurde. Dies geschah von der gottorpischen Linie 1608, von der sonderburgischen 1633, von der königlichen oder glückstadter Linie 1650. Das Herzogthum Schleswig erlangte in dieser Zeit seine völlige Unabhängigkeit von Dänemark. Der gottorpische Herzog, Friedrich III. nämlich, dessen Tochter Hedwig Eleonore sich 1654 mit dem König Karl Gustav von Schweden vermählt hatte, erhielt in Folge des rothschilder Friedens 1658 durch den copenhager Vergleich die Befreiung Schleswig's aus dem dänischen Lehensverband und die völlige Souveränetät des Herzogthums (Urkunde V.). Frankreich, England und die vereinigten Niederlande, welche die Garantie des rothschilder Friedens übernommen hatten, garantirten dadurch zugleich auch die Befreiung Schleswig's aus dem dänischen Lehensverband; noch außerdem schloß der Sohn des Herzogs Friedrich, da der dänische König Friedrich III. ihm die Zumuthung gemacht, auf die erworbene Souveränetät Schleswig's zu verzichten, mit Schweden am 24. Mai 1661 zu Gottorp einen Vertrag, in welchem Schweden sich von Neuem zur Aufrechthaltung der Souveränetät Schleswig's verpflichtete. Als jedoch genannter Herzog (Christian Albrecht) wegen der Streitigkeiten mit Holstein-Plön 1675 nach Rendsburg gekommen war, schloß man ihn daselbst ein und zwang ihn zur Unterzeichnung des rendsburger Vergleichs (10. Juli 1675), in dessen achtem Artikel er, „um das gute Vernehmen auf einen beständig festen Fuß zu setzen, für sich und seine Nachfolger die durch die rothschildischen und copenhagen'schen Friedenstractate erlangte Souveränetät über das Herzogthum Schleswig, dessen Pertinentien und Land Fehmern in totum zu ewigen Zeiten, nicht anders als wäre ihm dieselbe niemals eingeräumt worden, sich begeben" sollte. Der Herzog Christian Albrecht protestirte gegen diese abgenöthigte Verzichtleistung, so wie er wieder auf freiem Fuß war, von Hamburg aus; da der dänische König aber auf diese Protestation nicht achtete, so brachte er seine Sache bei den Gesandten der Mächte an, welche über den Frieden zu Nymwegen verhandelten, was auch den Erfolg hatte, daß dem Friedensschlusse von Fontainebleau vom 2. Sept. 1679 ein Passus beigefügt wurde, nach welchem der „König von Dänemark, zur Bezeugung seiner Friedensbegierde, auf Ansuchen des Allerchristlichsten Königs und in desselben Respect verwilliget, wie er dann hocherwähnten Herzogs Restitution in seine Länder, Provinzen und Städte, in dem Zustand, darin sie sich anjetzt befinden, zusammt der Souveränetät, die ihm kraft der rothschilder und copenhagener Tractaten zukommt, nochmals hiermit verwilligt" u. s. w. Damit war jedoch der Streit nicht beendigt; der König von Dänemark behauptete, mit diesen Zugeständnissen sei noch nicht der ganze rendsburger Vergleich aufgehoben, und fuhr fort, Steuern in Schleswig zu erheben, wozu er als Haupt der Familie ein Recht habe. Der Herzog wandte sich jetzt an den kaiserlichen Reichshofrath; der Kaiser setzte eine Commission zur Untersuchung der Streitigkeiten nieder, gegen welche der König von Dänemark protestirte, da Schleswig nicht zum deutschen Reich gehöre; auch die holsteinischen

Streitigkeiten, erklärte der König, gehörten nicht vor das kaiserliche Forum, da Holstein mit Schleswig eng verbunden sei. Kaiser Leopold antwortete unter dem 23. Jan. 1683, wenn er auch nicht befugt sei, wegen der schleswigischen Streitigkeiten Commissarien niederzusetzen, so sei es doch seine Sorge und seine Pflicht, den Herzog von Gottorp weder in Schleswig noch in Holstein auf eine ungerechte Art unterdrücken zu lassen; seien auch Schleswig und Holstein vermöge der Verträge mit einander verbunden, so folge doch daraus nicht, daß alle holsteinischen Streitigkeiten zum Herzogthum Schleswig gerechnet und der Cognition und Entscheidung des Kaisers und des Reichshofrathes entzogen werden könnten; es könne sich auch kein Stück des Reiches durch Verträge oder Bündnisse der Autorität des Kaisers über seine Reichslande entziehen. Der König von Dänemark kümmerte sich um derartige Erklärungen des Kaisers, denen keine Waffengewalt Nachdruck gab, so wenig, daß er unter dem 30. Mai 1684 ein Patent erließ, worin er erklärte, daß er „den Antheil des Herzogthums Schleswig, welchen der Herzog von Holstein-Gottorp bisher besessen, einzuziehen und mit dem seinigen wiederum zu vereinigen sich genöthigt befunden habe." Der Herzog von Holstein-Gottorp protestirte durch ein Patent vom 7. Juni 1684; der Kaiser brachte den Gegenstand im August vor die Reichsversammlung; das fürstliche Collegium zu Regensburg war für Anwendung von Gewalt (1686), das kurfürstliche aber fürchtete die Folgen eines Krieges und wünschte die Sache durch Verhandlungen beizulegen. Endlich kam unter Vermittlung des Kaisers, Kursachsen's, Kurbrandenburg's, England's und Holland's am 20. Juni 1689 der altonaer Vergleich (Urkunde VI.) zu Stande; nach dessen zweitem Artikel „restituirt der König den Herzog in alle seine Lande, Inseln und Güter, insbesondere das Gut Gottesgabe, seine Souveränetät, Regalien, jura collectarum, foederum, Festungen zu bauen und zu besetzen und sonst überhaupt in alle Gerechtsame, Hoheiten und Gerechtigkeiten, wie er dieselben vor und nach dem westphälischen und nordischen Frieden bis zum Jahre 1675 gehabt und besessen" u. s. w. Bald aber wurde der Sohn Christian Albrecht's, der Herzog Friedrich IV. in neue Streitigkeiten mit dem König von Dänemark verwickelt, die in den Verträgen zu Oldesloe (18. Juli 1700) und zu Travendahl (18. Aug. 1700) dahin geschlichtet wurden, daß alle bis 1675 errichteten Verträge abermals die Bestätigung des dänischen Königs erhielten. Als nun aber nach der Schlacht bei Pultawa 1709 der König von Dänemark an Schweden den Krieg erklärt und Christian August als Administrator der schleswig-holsteinischen Lande für den unmündigen gottorpischen Herzog Carl Friedrich dem schwedischen General Steenbock 1712 die Erlaubniß gegeben hatte, sich mit seinem Heere auf gottorpisches Gebiet zurückzuziehen, ihm auch die gottorpische Festung Tönningen (Febr. 1713) öffnete; so erklärte König Friedrich IV. diese Begünstigung der ihm feindlichen schwedischen Waffen für eine Verletzung der Neutralität, was sie auch war, occupirte den gottorpischen Antheil von Schleswig-Holstein,

behielt das gottorpische Schleswig zur „Satisfaction und Indemnisation für den Schaden, den sein schleswig-holsteinischer Antheil durch den Einmarsch der Schweden erlitten habe, Herzog Carl Friedrich mußte 1720 im Frieden zu Friedrichsburg seinen Antheil an Schleswig an den dänischen König abtreten, das gottorpische Holstein aber gab der König dem jungen Herzog 1720 zurück. König Friedrich der IV. suchte sich hierauf durch Garantien anderer Mächte in diesem neuen Besitz zu befestigen, jedoch nicht als König von Dänemark, sondern als Besitzer des königlichen oder glückstadt'schen Antheils von Schleswig. Solche Garantien schloß der König mit Hannover (England), mit Preußen und Frankreich ab; wir geben einen Auszug aus diesen Verträgen, auf die man sich neuerdings öfter bezogen hat, unter den Urkunden Ziff. VII. Es ist bei diesen Garantien zu bemerken, daß sie zwar dem dänischen König als Herzog von Schleswig (glückstadter Linie) den Besitz des gottorp'schen Schleswig garantiren, aber Nichts davon sagen, daß das souveräne Herzogthum Schleswig seine Souveränetät verlieren, daß es ein Theil Dänemark's werden, daß die Union mit Holstein und die agnatischen Erbrechte des schleswig-holsteinischen Fürstenhauses aufgehoben sein sollten. Auch in dem von König Friedrich IV. am 22. Aug. 1721 an die Prälaten und die Ritterschaft erlassenen Einberufungspatent zur Huldigung spricht er nicht von einer Einverleibung des gottorpischen Antheils in das Königreich Dänemark, sondern von einer Einverleibung desselben in seinen, den glückstadt'schen Antheil. Die Worte heißen: „Wir haben uns solchemnach entschlossen, selbigen Antheil mit dem unsrigen zu vereinigen und zu incorporiren", wobei er freilich auf das alte Lehensverhältniß Schleswig's hinweist, wenn er sagt, „daß wir dahero bewogen worden, des Herzogen Karl Friedrichs zu Holstein gehabten Antheil im Herzogthum Schleswig als ein in beschwerlichen Zeiten unrechtmäßiger Weise von der Krone Dänemark abgerissenen Pertinens wieder in Possession zu nehmen" (vgl. die Urkunde). Es kann um so weniger behauptet werden, daß sich die Garantien genannter Mächte auf eine Einverleibung Schleswig's in Dänemark bezögen, als ja auch die herzogliche Linie auf den königlichen Antheil eventuelle Ansprüche hatte; die Garantie bezog sich nicht auf die königlichen Erbsuccessoren im dänischen Reiche, sondern auf die königlichen Erbsuccessoren in Schleswig, wie ja überhaupt in den Staatsacten zwischen den Nachfolgern in der dänischen Regierung und denen in der Regierung der Herzogthümer genau unterschieden wird. Der eigentliche Sinn des Actes der Vereinigung und der dahin bezüglichen Urkunden ist kein anderer, als daß, wie bisher der königlich schleswig'sche Antheil, so jetzt auch der herzoglich gottorpische wieder unter demselben Regenten in eine Vereinigung mit Dänemark tritt, und der Act selbst vollführte nichts Anderes, als daß der königliche und gottorpische Antheil von Schleswig jetzt einen gemeinsamen Regenten erhielten, der zugleich König von Dänemark war, nämlich den König-Herzog Friedrich IV. und seine Erben. Es wurden ja auch durch diesen Act

weder die von Dänemark getrennte Verfassung und Administration Schleswig's, noch seine Verbindung mit Holstein, noch sein Name, überhaupt seine Selbständigkeit aufgehoben, sondern Alles blieb nach wie vor, und es sollte nichts weiter bezweckt werden, als der Ausschluß der gottorpischen Linie aus dem unter Christian III. ihr erblich zugefallenen, 1658 souverän gewordenen Antheil am Herzogthum Schleswig, und der Uebergang dieses Antheils an die königliche Linie. Deßhalb mußten zwar die Einwohner des gottorpischen Antheils jetzt an König Friedrich IV. einen Eid der Treue leisten, nicht aber diejenigen des königlichen Antheils, welches Letztere doch auch hätte geschehen müssen, wenn das staatsrechtliche Verhältniß des Herzogthums überhaupt zu Dänemark hätte eine Veränderung erleiden, d. i. Schleswig dem Reiche Dänemark hätte incorporirt werden sollen; denn die Eingesessenen des königlichen Antheils hatten 1699 an Friedrich den IV. keinen anderen Eid geleistet, als den alten, gewöhnlichen und wörtlich denselben, wie sie ihn schon 1670 unter Christian V. geleistet hatten.

Seit diesem Act von 1721 ist in dem Verhältniß Schleswig's zu Dänemark keine Veränderung mehr vorgekommen; die kleinen Reste, welche die sonderburgische Linie noch in Schleswig besaß, erwarben die Könige von Dänemark nach und nach durch Kauf. In Holstein, das seit 1548 unmittelbares deutsches Reichslehen war, regierte die gottorpische Linie fort. Als der oben genannte Herzog Karl Friedrich, der 1720 im friedrichsburger Frieden seinen Antheil an Schleswig an den König von Dänemark hatte abtreten müssen, sich 1725 mit Anna Petrowna, der Tochter Peter's, des Großen, vermählt hatte, arbeitete er zwar daran, durch russischen Einfluß seinen Antheil an Schleswig wieder zu erhalten, allein seine Gemahlin starb schon 1728, damit hörte seine Vertretung von Seiten Rußland's auf und der König von Dänemark erhielt 1732 auch von Rußland und Oestreich Garantien für den Besitz des vormals gottorpischen Antheils in Schleswig. Karl Friedrich starb 1739. Sein Sohn Peter von der russischen Prinzessin Anna Petrowna wurde als Neffe der russischen Kaiserin Elisabeth 1740 als russischer Thronfolger nach Rußland gerufen und bestieg nach dem Tode der Kaiserin 1762 den russischen Thron. Auf diese Weise kam also die holstein-gottorpische Linie in den Besitz der russischen Krone. Auch die Krone Schweden's erhielt in dieser Zeit (1751) durch Peter III. Einfluß ein holstein-gottorpischer Prinz, Adolph Friedrich, Anfangs Fürstbischof in Lübeck, dessen Enkel Gustav IV. den schwedischen Thron jedoch 1808 wieder verlor. Kaiser Peter III. machte sich sogleich bereit, Dänemark anzugreifen, um die alten Unbilden der königlichen Linie gegen die gottorpische zu rächen; allein er wurde von seiner Gemahlin Katharina II. gestürzt, dieselbe stellte sogleich die Feindseligkeiten gegen Dänemark ein und schloß 1767 mit dem König Christian VII. von Dänemark einen Vertrag ab, in welchem sie für ihren aus der Ehe mit Peter III. entsprossenen russischen Thronerben Paul I., der zugleich seinem Vater in Holstein-

Gottorp als regierender Herzog folgte, provisorisch auf die gottorpischen Ansprüche auf Schleswig verzichtete und den gottorpischen Antheil des russischen Thronerben an dem Herzogthum Holstein an den König Christian VII. von Dänemark gegen die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst austauschte. Diesen provisorischen Vertrag hat Paul I., als er 1773 großjährig wurde, anerkannt (vgl. die Urkunden Ziff. VIII.); er wurde jetzt realisirt, das eingetauschte Herzogthum Oldenburg und Delmenhorst aber trat Kaiser Paul an die jüngere Linie des gottorpischen Hauses ab, die jetzt den Namen Holstein-Oldenburg annahm und deren Regenten (1773) vom deutschen Kaiser, der in demselben Jahre die Tauschverträge confirmirte, zu Herzogen von Oldenburg erklärt wurden. Der Herzog Paul Friedrich August (seit 1829) nahm den Titel eines Großherzogs von Oldenburg an.

Nachdem also der königliche Antheil von Holstein schon seit 1581 unter dem dänischen König, als Abkömmling des holsteinischen Fürstenhauses, gestanden war, wurde 1767 auch das holstein-gottorp'sche Gebiet mit dem königlichen vereint und seitdem ist das gesammte Schleswig-Holstein unter der Regierung der dänischen Könige geblieben, aber nicht in der Eigenschaft als Könige von Dänemark, sondern als geborener Herzoge von Holstein. Bei der Aufhebung des deutschen Reiches im Jahr 1806 erklärte ein Patent des Königs Christian VII. (vgl. Urkunde IX.), „Unser Herzogthum Holstein, Unsere Herrschaft Pinneberg, Unsere Grafschaft Ranzau und Unsere Stadt Altona sollen fortan unter der gemeinsamen Benennung des Herzogthums Holstein mit dem gesammten Staatskörper der unserem königlichen Scepter untergebenen Monarchie als ein in jeder Beziehung völlig ungetrennter Theil derselben verbunden und solchem nach von nun an Unserer alleinigen unumschränkten Botmäßigkeit unterworfen sein." Im Jahr 1815 trat der König von Dänemark mit Holstein dem deutschen Bunde bei, (auch mit Lauenburg, das Dänemark im wiener Congreß 1815 von Preußen abgetreten erhielt). Mit diesem Schritte kam Holstein wieder in Verbindung mit Deutschland und der deutsche Bund überkam die Verpflichtung, sich der Rechte Holstein's auch in Betreff seiner Beziehungen zu Schleswig anzunehmen. Als nun der König von Dänemark, um dem Artikel 13. der deutschen Bundesacte nachzukommen, sich im Jahr 1815 anschickte, dem Herzogthum Holstein eine landständische Verfassung zu geben, erklärte die holsteinische Ritterschaft, daß die alte ständische Verfassung und die daraus fließenden Gerechtsame noch ihre Gültigkeit hätten, daß demnach die neue Verfassung nicht ohne Beirath der alten Stände geschaffen werden könne und auch das Herzogthum Schleswig, das nach alten Rechten auf das Engste mit Holstein verbunden sei, in diese Verfassung mit eingeschlossen werden müsse. Die in dieser Beziehung von den holsteinischen Prälaten und Rittern an den deutschen Bundestag gerichtete Reclamation wurde jedoch von diesem unter dem 27. Novbr. 1823 abgewiesen, da „die alte Verfassung in Holstein in anerkannter Wirksamkeit nicht bestehe;" doch solle,

nach der wiederholten Erklärung der dänischen Bundesgesandtschaft, „die neue Verfassung die älteren Rechte möglichst berücksichtigen und den gegenwärtigen Zeitverhältnissen angepaßt werden.“ König Friedrich VI. erklärte nun unter dem 28. Mai 1831 (vgl. Urkunde X.), daß er auch im Herzogthum Schleswig eine Verfassung, und zwar die gleiche, wie in Holstein einführen wolle, daß zwar die Provinzialstände beider Herzogthümer besonders tagen, daß aber „durch die abgesonderte Versammlung der Stände so wenig in dem Social-Nexus der schleswig-holsteinischen Ritterschaft, als in sonstigen Verhältnissen, welche die Herzogthümer Schleswig-Holstein verbinden, Etwas verändert werden solle.“ Diese Verfassung nach Art der preußischen Provinzialstände kam auch 1833 und 1834 zu Stande. Während nun aber die Schleswig-Holsteiner auf gemeinsame Landtage drangen und sich in den Herzogthümern die deutsche Nationalität gegen die dänische geltend zu machen suchte, strebte das erwachte dänische Nationalgefühl auch seinerseits nach Befestigung und Vergrößerung der dänischen Macht und nach einer Verschmelzung sämmtlicher unter dänischem Scepter befindlichen Landestheile zu einem dänischen Gesammtstaat. Die Wahrscheinlichkeit, daß der Kronprinz (seit 1848 König) Friedrich VII. (geb. 1808) keinen männlichen Erben erhalte, und daß demnach, da nach dem Erbfolgegesetz der Herzogthümer die Regierung nur im Mannsstamme, hingegen nach dem dänischen Königsgesetz*) auch in weiblicher Linie forterben kann, in nicht ferner Zukunft eine Trennung der Herzogthümer von Dänemark Statt finden werde, machte es den Dänen nur um so wünschenswerther, eine förmliche Verschmelzung, wenn

*) Das dänische Königsgesetz (Konge-Lov, lex regia) ist datirt vom 14. Nov. 1663 und publicirt von König Friedrich III. 1670 (Ausgaben Kopenhagen 1722 und 1756, deutsch von Olshausen, Eutin 1838). König Friedrich VII. hat weder von seiner ersten Gemahlin (geschieden 1841), noch von seiner zweiten (geschieden 1846) Kinder. Auch sein Oheim Ferdinand (Bruder Königs Christian VIII.) ist kinderlos. Die dänische Krone wäre auf Charlotte, Gemahlin des Landgrafen Wilhelm von Hessen-Kassel, und deren Sohn, Prinz Friedrich von Hessen (geb. 1820) übergegangen, dem zugleich die Erbfolge in Kurhessen zufallen dürfte; er hätte aber nach dem dänischen Königsgesetz in Dänemark residiren müssen. Schleswig-Holstein wäre an das Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg und zwar zunächst an die Linie Augustenburg gefallen, wenn dieser Linie nicht von den anderen wegen unebenbürtiger Heirathen vielleicht Einwendungen gemacht worden wären. Dieses Erbfolgeverhältniß wurde von König Friedrich VII. durch das neue Erbfolgegesetz vom 31. Juli 1853 beseitigt, nach welchem auch in Dänemark die Krone für die Zukunft nur im Mannsstamm forterben und des Königs Nachfolger in Dänemark und den Herzogthümern der Prinz Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg sein soll. Darüber am Schlusse unserer Abhandlung ein Weiteres.

nicht Holstein's, doch wenigstens Schleswig's mit Dänemark in Bälde zur Ausführung gebracht zu sehen. Nachdem der Gegenstand bereits vielfältig in der Presse behandelt und die Erbfolgefrage auch schon auf den Landtagen zur Sprache gekommen war, stellte 1844 der Bürgermeister Uffing in der dänischen Ständeversammlung den Antrag: der König möge erklären, daß Dänemark, Schleswig, Holstein und Lauenburg ein einiger, untheilbarer Staat seien, in welchem das dänische Erbfolgegesetz gelte, und jeder als Hochverräther behandelt werden solle, der gegen diese Bestimmung schreibe. Dieser Antrag rief in den Herzogthümern große Aufregung hervor, man unterzeichnete zahlreiche Addressen dagegen, und unter dem 21. Dez. 1844 erließ die holstein'sche Landesversammlung auf den Antrag des Grafen Reventlow-Prentz einstimmig eine Addresse an den König, worin sie die Rechte der Herzogthümer auseinandersetzte und sie auf folgende Fundamentalsätze zurückführte: die Herzogthümer sind selbständige Staaten; es gilt in ihnen nur die männliche Erbfolge; Schleswig und Holstein sind fest miteinander verbunden. Auch die Landschaft des Herzogthums Lauenburg protestirte gegen den Uffing'schen Antrag. Da die Aufregung in den deutschen Provinzen wuchs und im übrigen Deutschland sich Sympathien für Schleswig-Holstein zu äußern anfingen, so erließ der König Christian VIII. am 16. Juli 1846 den offenen Brief, worin er erklärte, daß er die Erbfolgefrage genau habe untersuchen lassen, daß nach dem Resultat dieser Untersuchung über die Gültigkeit des dänischen Erbfolgegesetzes in Schleswig und Lauenburg kein Zweifel obwalte, daß dies aber allerdings bei Theilen von Holstein nicht der Fall sei, daß der König jedoch die Anstände in letzterer Beziehung zu beseitigen suchen und sich bemühen werde, die vollständige Anerkennung der Integrität des dänischen Gesammtstaates zu Wege zu bringen. Uebrigens solle durch diesen offenen Brief der Selbständigkeit des Herzogthums Schleswig und den Verhältnissen, welche dasselbe gegenwärtig mit Holstein verbinden, in keiner Weise zu nahe getreten werden (vergl. Urkunde XI.). Dieser sogenannte „offene Brief" steigerte die Aufregung in den Herzogthümern; Volksversammlungen wurden gehalten und Petitionen an den holstein'schen Landtag unterzeichnet, der sich wenige Tage nach Erlaß des offenen Briefes, am 15. Juli, versammelt hatte. Den Abgeordneten wurde gleich anfangs erklärt, daß keine Rechtsverwahrungen, Protestationen u. dgl. angenommen würden; gleichwohl entwarfen sie am 24. Juli 1846 eine Addresse an den König, und als der königliche Commissär die Annahme derselben verweigerte, brachten sie die Sache (3. August) an den deutschen Bund. Da viele Abgeordnete den Landtag verließen, so wurde derselbe aufgehoben; viele angesehene Männer, darunter der Statthalter Prinz von Augustenburg und der Kanzleipräsident Graf Reventlow-Criminil forderten ihre Entlassung aus dem Staatsdienst. Der deutsche Bund erklärte am 17. Sept. 1846 (Urkunde XIII.), daß er sich nach der Aeußerung des Königs an den Bund, es sei ihm niemals in den Sinn gekommen, die Selbständigkeit des Herzogthums Holstein,

dessen Verfaßung und sonstige auf Gesetz und Herkommen beruhende Beziehungen zu beeinträchtigen, in der Erwartung bestärkt sehe, Se. Majestät werde bei endlicher Feststellung der im offenen Briefe vom 16. Juli besprochenen Verhältnisse die Rechte Aller und Jeder, insbesondere aber die des deutschen Bundes, erbberechtigter Agnaten und der gesetzmäßigen Landesvertretung Holsteins beachten; die Bundesversammlung behalte sich die Geltendmachung ihrer verfassungsmäßigen Competenz in vorkommenden Fällen vor. Ein zweiter offener Brief des Königs Christian VIII. vom 18. Sept. 1846, der in versöhnlichem Tone gehalten war und die Versicherung gab, daß Schleswig von Holstein nicht getrennt werden solle (Urkunde XII.), verfehlte seine Wirkung, da das Vorgehen der dänischen Regierung gegen die Herzogthümer seinem Inhalt nicht entsprach. Am 21. October 1846 wurde die schleswig'sche Ständeversammlung eröffnet; sie nahm unter dem Präsidium des Obergerichtsadvocaten Beseler so ziemlich denselben Verlauf, wie die holstein'sche. Die Stände trugen auf Entlassung der Minister, Zurücknahme des offenen Briefes, Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund an, und die Versammlung löste sich am 4. Dezbr. 1848 auf, nachdem auch hier der königliche Commissär die Annahme einer Addresse an den König verweigert hatte. Am 15. Octbr. 1846 wurde die Auflösung der kinderlosen Ehe des Kronprinzen Friedrich mit der Kronprinzessin, einer geborenen Prinzessin von Mecklenburg-Strelitz, bekannt gemacht. Das Jahr 1847 ging bei den Vorbereitungen zu einer Gesammtstaats-Verfassung ruhig vorüber. Am 20. Jan. 1848 starb König Christian VIII. und der Kronprinz Friedrich bestieg als König Friedrich VII. den Thron.

Zur Berathung der Gesammtstaats-Verfassung sollte auch Schleswig-Holstein Abgeordnete senden. Bei einer Versammlung in Kiel am 17. Febr. 1848 vereinigte man sich dahin, daß man die Wahl von Abgeordneten zwar vornehmen wolle, diese aber sollten für eine gemeinsame schleswig-holstein'sche Verfassung arbeiten und gegen die Gesammtverfassung protestiren. Die Dänen ihrerseits gingen auch in ihren Danisirungsbestrebungen weiter und schafften z. B. in Hadersleben und anderen Orten die deutsche Sprache als Kirchen- und Schulsprache ab. Die pariser Februarereignisse vermehrten die Aufregung auf beiden Theilen. Am 18. März 1848 hielten die schleswig-holstein'schen Ständemitglieder eine Versammlung in Rendsburg unter Beseler's Vorsitz, welche eine Deputation nach Kopenhagen abordnete, die von dem König eine gemeinsame Verfassung für Schleswig-Holstein, Einverleibung Schleswig's in den deutschen Bund, freie Presse, freies Versammlungsrecht und Volksbewaffnung verlangen sollte. Für Holstein wurde Alles bewilligt und dem Herzogthum seine Selbständigkeit zugesichert, Schleswig aber sollte unter einer freien Verfassung des Gesammtstaates dem Königreich Dänemark einverleibt werden. Somit handelte es sich jetzt eigentlich nur noch um Schleswig. Beide Parteien erkannten, daß durch Verhandlungen nichts mehr zu erreichen sei; die Dänen rüsteten und für Schleswig-Holstein wurde (zu Kiel,

23. März 1848) eine provisorische Regierung gebildet, die zwar den König Friedrich VII. anerkannte, aber erklärte, daß der König nicht frei, sondern von dem Willen der Eiderdänenpartei geleitet sei. Die provisorische Regierung bestand aus dem Advokaten Beseler, dem Prinzen Friedrich von Augustenburg, dem Grafen von Reventlow, dem Kaufmann Schmid und dem Advocaten Bremer; am 29. März wurde auch Olshausen unter die Regierungsmitglieder aufgenommen. Prinz Friedrich von Augustenburg übernahm das Commando der Truppen in den Herzogthümern, die innerhalb weniger Tage sämmtlich zur provisorischen Regierung übergegangen waren. Eine auf den 3. April nach Rendsburg einberufene gemeinsame Ständeversammlung der Herzogthümer bestätigte die provisorische Regierung und ihre bisherigen Anordnungen. Die Dänen waren 14,000 Mann stark im nördlichen Schleswig eingerückt, schlugen die schleswig-holstein'sche Armee, die nur 7000 Mann zählte, am 9. April 1848 bei Bau und besetzten Schleswig. Der deutsche Bund schritt jetzt entschiedener ein; am 4. April 1848 beauftragte er Preußen mit der Vermittlung; am 12. April faßte er den Beschluß, daß die Räumung Schleswig's von dänischen Truppen nöthigenfalls durch Gewalt zu bewerkstelligen, der Eintritt Schleswig's in den deutschen Bund zu erzielen, die provisorische Regierung anzuerkennen und von Preußen zu schützen sei; und am 15. April: daß Preußen einen Oberbefehlshaber über die schleswig-holstein'schen Truppen zu stellen und das 10. Armeecorps sich in Bereitschaft zu halten habe. Schon anfangs April waren zwei preußische Garderegimenter unter General Bonin in Holstein eingerückt; auf den Bundesbeschluß vom 15. April überschritt auch das 10. deutsche Armeecorps unter dem hannöverischen General Halkett (Hannoveraner, Braunschweiger, Oldenburger und Mecklenburger) die holstein'sche Grenze, und der preußische General Wrangel übernahm am 22. April den Oberbefehl. Die deutschen Truppen nahmen in wenigen Tagen das von den Dänen besetzte nördliche Schleswig, und Wrangel überschritt am 1. Mai 1848 die Grenze von Jütland. Rußland und England verlangten die Räumung Jütland's von deutschen Truppen, Schweden verband sich mit Dänemark, die Dänen blokirten deutsche Häfen und nahmen preußische Schiffe, worauf Wrangel Fridericia besetzte und in Jütland eine Contribution von 2 Millionen ausschrieb. Als Grundbedingung des Friedens verlangte der deutsche Bund: Einheit der Herzogthümer Schleswig und Holstein und Einverleibung Schleswig's in den deutschen Bund. Da aber Rußland eine Flotte zur Unterstützung Dänemark's ausrüstete und Schweden sich bereit machte, ein Heer auf die dänischen Inseln zu senden, so gab man bei den Unterhandlungen, die in London geführt wurden, von deutscher Seite vorläufig in so weit nach daß die dänischen und deutschen Truppen die Herzogthümer räumen sollten, das nördliche vom südlichen Schleswig getrennt und eine neue provisorische Regierung eingesetzt werde. Die Preußen räumten also Jütland und Schleswig und verzichteten damit auch auf eine weitere Eintreibung

der Contribution; ein Ueberfall der Dänen von der Insel Alsen aus auf deutsche Truppen bei den düppeler Höhen zwanz letztere zum Rückzug. Die Dänen besetzten jetzt das nördliche Schleswig, die Schweden hatten bei Malmö an der schwedischen Grenze, Copenhagen gegenüber, 15,000 Mann zusammengezogen und 4500 Mann auf die Insel Fünen übergesetzt, der Großfürst Constantin war mit einer russischen Flotte in Copenhagen angekommen. Dieses thätige Einschreiten der Russen machte England bedenklich. Es erklärte die Berührung des schleswig-holstein'schen Gebietes durch die Russen für einen casus belli und veranlaßte am 28. Juni 1848 die deutsche Armee wieder zum Vorrücken. Nach einem Gefecht bei Hadersleben zogen sich die Dänen hinter die jütische Grenze zurück. Preußen wandte sich jetzt wegen einer Vermittlung des Friedens auf die früheren Bedingungen an Schweden. Diese Macht erklärte sich zur Vermittlung bereit; man schloß am 2. Juli 1848 zu Malmö einen vorläufigen Waffenstillstand; Wrangel verhandelte mit dem dänischen Abgeordneten Reedz in Bellevue bei Kolding. Das Einmischen der deutschen Centralgewalt, die bei den Großmächten noch keine Anerkennung erlangt hatte, erschwerte jedoch die Verhandlungen; Preußen ließ sich daher unter dem 7. August vom Reichsverweser die Vollmacht zum alleinigen Abschluß des Friedens ertheilen. Der Reichsverweser knüpfte diese Vollmacht an die Bedingung, daß die bisher von der provisorischen Regierung gegebenen Gesetze in Kraft bleiben sollten, die in den Herzogthümern zurückbleibenden Truppen einen deutschen Commandanten behielten, und daß die Personen, welchen die neue provisorische Regierung übertragen werden sollte, schon vor Abschluß des Waffenstillstandes genannt würden. Preußen brachte nun wirklich am 26. Aug. 1848 einen definitiven Waffenstillstand zu Malmö auf sieben Monate zu Stande, konnte aber dabei freilich die von der Reichsgewalt bezeichneten Puncte nicht einhalten. Es schloß denselben auf folgende Bedingungen ab. Die Herzogthümer erhalten eine neue Regierung, zu welcher Preußen und Dänemark je zwei Mitglieder, den Präsidenten aber gemeinsam ernennen; auch schicken sowohl Preußen als Dänemark einen Commissär in die Herzogthümer. Alle seit dem 17. März in den Herzogthümern erlassenen Gesetze und Verordnungen sind aufgehoben. Die Dänen räumen die Herzogthümer mit Ausnahme der Insel Alsen; dagegen bleiben 2000 deutsche Bundestruppen daselbst; das schleswigische Heer wird von dem holsteinischen getrennt; Preußen gibt die in Jütland eingetriebenen Contributionen und Dänemark die aufgebrachten deutschen Schiffe zurück. England übernimmt die Grantie des Waffenstillstandes. Die Schleswig-Holsteiner hofften, daß man in Frankfurt diesen Waffenstillstand verwerfen werde; allein die Nationalversammlung erkannte ihn nach heftigen Debatten am 16. Sept. an. Am 23. Okt. 1848 wurde die neue gemeinsame Regierung eingesetzt; ihre Mitglieder waren Reventlow-Jersbeck, Boysen, Baron Heintze, Preußer und Graf Adam Moltke. Am 23. Febr. 1849 kündigten die Dänen den Waffenstillstand; die Bemühungen Preußen's und England's, den Frieden

zu erhalten, waren fruchtlos; Dänemark, von Rußland angeregt, stellte immer höhere Forderungen und verstand sich nur noch zur Verlängerung der Waffenruhe auf einmonatliche Kündigung. Am 26. März trat an die Stelle der gemeinsamen Regierung auf Veranstaltung des Reichscommissärs Souchay und unter Genehmigung der Landesversammlung eine Statthalterschaft, die aus dem Grafen Reventlow-Preetz und Beseler bestand, beide gesellten sich später den Regierungsrath v. Harbou bei.

Am 1. April 1849 wurde der Waffenstillstand von den Dänen definitiv gekündet. Sie hatten ihr Heer auf 36,000 Mann gebracht und überschritten sogleich die jütische Grenze. Auch die deutsche Centralgewalt hatte ansehnliche Streitkräfte mobil gemacht; das deutsche Heer unter dem preußischen General v. Prittwitz als Oberbefehlshaber (Preußen, Bayern, Würtemberger, Hannoveraner, Badener, Thüringer) belief sich auf 45,000 Mann mit 156 Geschützen; die Schleswig-Holsteiner commandirte Bonin. Um den Hafen von Eckernförde zu nehmen, waren die Dänen am 5. April 1849 mit dem Linienschiff Christian VIII., der Fregatte Gefion, 1 Corvette und 2 Dampfschiffen daselbst erschienen; das Linienschiff und die Fregatte mußten sich der deutschen Besatzung der beiden bei Eckernförde errichteten Batterien ergeben; ersteres flog nach dem Abzug seiner Bemannung in die Luft. Da Rußland und Frankreich ein Ueberschreiten der jütischen Grenze von Seiten der deutschen Truppen nicht zugaben, so beschränkte sich die Thätigkeit derselben auf die Besetzung Schleswig's und die Erstürmung der düppeler Schanzen (13. April 1849 durch Bayern, Hannoveraner und Sachsen). Die Schleswig-Holsteiner unter Bonin eroberten am 20. April die Stadt Kolding; am 23. April griffen die Dänen mit 20,000 Mann die schleswig-holstein'sche Armee, die um die Hälfte schwächer war, wieder an (Schlacht bei Kolding), mußten aber nach heftigem Kampfe weichen. Die Reichsgewalt wünschte zwar, daß die deutsche Armee in Jütland eindringe, aber General v. Prittwitz wollte sich nicht dazu verstehen; denn seit dem Vorgehen Preußen's in Deutschland war auch England mehr auf dänische Seite getreten und verlangte jetzt gleichfalls die Einverleibung Schleswig's in Dänemark. Bayern und Hessen hatten allerdings die jütische Grenze überschritten und die Schleswig-Holsteiner belagerten Friedericia, aber die Kriegführung wurde sehr lau betrieben, da Friedensunterhandlungen im Gange waren. Nachdem die Schleswig-Holsteiner seit dem 7. Mai 1849 ziemlich unthätig vor Friedericia gelegen waren und die Dänen sich unterdessen in der Festung sehr verstärkt hatten, brachen in der Nacht vom 5. auf den 6. Juli 25,000 Dänen unerwartet aus der Festung gegen die schleswig-holsteinische Belagerungsarmee hervor, die fast um ein Drittheil schwächer war, und es kam zu einem hartnäckigen Kampfe, in welchem die Dänen 1300 Mann an Todten und Verwundeten (unter ersteren der commandirende General Rye), und die Schleswig-Holsteiner 300 Mann an Todten und Verwundeten, 1500 an Gefangenen und 28 Geschütze verloren; letztere sahen sich genöthigt, auf das benachbarte Veile zurückzugehen.

Am 10. Juli 1849 schloß Preußen unter folgenden Bedingungen mit Dänemark Waffenstillstand. Schleswig wird von Holstein getrennt und erhält später eine besondere Verfassung. Vor der Hand wird das nördliche Schleswig von schwedisch-norwegischen, das südliche von preußischen Truppen besetzt und die Administration von einem dänischen, preußischen und englischen Commissär geführt. Die schleswig-holsteinischen und preußischen Truppen räumen Schleswig binnen 25 Tagen. Dagegen erkannte die schleswig-holstein'sche Landesversammlung diesen Waffenstillstand nicht an, erklärte vielmehr, daß derselbe, sowie die Friedenspräliminarien, nach welchen Schleswig von Holstein getrennt werden sollte, für sie nicht verbindlich seien, und genehmigte $4^1/_2$ Millionen zur Verstärkung der Wehrkraft der Herzogthümer; auch die Statthalterschaft gab am 18. Juli dieselbe Erklärung. Als nun aber von preußischer Seite entgegnet wurde, daß Preußen den General Bonin und die preußischen Officiere aus dem schleswig-holstein'schen Heere abrufen müsse, wenn die Herzogthümer den Krieg fortsetzten, als selbst die deutsche Centralgewalt die deutschen Regierungen aufforderte, die Feindseligkeiten einzustellen; so unterließ die Statthalterschaft jede Verstärkung des schleswig-holstein'schen Heeres und zog dasselbe hinter die Eider zurück. Die neue Landesverwaltung für Schleswig (v. Tillisch als dänischer, Graf Eulenburg als preußischer, Oberst Hodges als englischer Commissär) wurde durch die Bevollmächtigten Dänemark's und Preußen's (v. Pechlin und v. Bonin) am 25. Aug. 1849 in Flensburg eingesetzt. Die schleswig-holsteinsche Statthalterschaft verlegte ihren Sitz von Schleswig nach Kiel und erklärte sich in einer Proclamation vom 25. August 1849 für die allein berechtigte Regierung in den Herzogthümern. Dagegen verfuhr die neue schleswig'sche Regierung gegen renitente Beamte mit Gewaltmaßregeln; bis zur Mitte des Jahres 1850 zählte man 150 vertriebene schleswigische Beamte, darunter 35 Geistliche; am 17. Sept. 1849 erklärte sie das Staatsgrundgesetz und 14 Gesetze der Statthalterschaft für aufgehoben. Preußen hatte in Berlin am 17. Jan. 1850 directe Friedensverhandlungen mit Dänemark eröffnet, letzteres aber beharrte auf seinen früheren Forderungen. Die Großmächte erklärten sich gleichwohl gegen jedes feindliche Vorgehen Preußen's. Durch ein Protocoll der londoner Conferenz vom 2. Aug. 1850 erklärten Oestreich, Frankreich, England, Preußen, Rußland und Schweden, „daß der Besitzstand der jetzt unter Sr. Majestät des Königs von Dänemark Herrschaft vereinigten Lande in seiner Integrität aufrecht erhalten werden solle." Preußen rief den General v. Bonin ab; am 9. April 1850 übernahm der aus preußischen Diensten getretene General v. Willisen das Obercommando. Am 2. Juli 1850 schloß Preußen für sich und den deutschen Bund mit Dänemark Frieden, worin jede Macht wieder in die Rechte trat, die sie vor dem Kriege besessen, dem König von Dänemark Schleswig überlassen, bezüglich Holstein's ihm das Recht eingeräumt wurde, die Intervention des Bundes anzurufen und für den

Fall, daß diese ohne Wirkung bleiben sollte, militärisch in Holstein einzuschreiten. Von Deutschland aufgegeben versuchten die Schleswig-Holsteiner noch einmal die eigene Kraft. Sie brachten eine Armee von 30,000 Mann mit 72 Geschützen (unter General v. Willisen) zusammen, welcher die Dänen 38,000 Mann mit 90 Geschützen unter General v. Krogh gegenüberstellten. Am 24. und 25. Juli 1850 kam es bei Idstedt zum Kampfe, wobei die Dänen 3800, die Schleswig-Holsteiner 2800 Mann verloren, letztere aber wichen. Wiewohl sie von den Dänen nicht verfolgt werden konnten und stark genug waren, eine zweite Schlacht zu liefern, wollte doch Willisen keine solche mehr wagen, sondern befahl, die Positionen zu verlassen und bis Rendsburg zurückzugehen. Nachdem noch einige Gefechte vorgefallen waren (ein Sturm auf die Festung Friedrichsstadt 4. Oct. mißlang), wurden die Schleswig-Holsteiner durch die olmützer Punctation (20. Nov. 1850) zur Einstellung der Feindseligkeiten gezwungen. In dieser Punctation waren Preußen und Oestreich übereingekommen, Commissäre nach Holstein zu schicken, die Rückführung der schleswig-holstein'schen Armee hinter die Eider, Reduction derselben auf ein Drittheil des dermaligen Bestandes, und von Dänemark Rückziehung der Truppen aus Schleswig zu verlangen, so weit die dänischen Truppen nicht zur Aufrechthaltung der Ruhe in Schleswig nöthig wären. Nachdem die Landesversammlung Kenntniß von der olmützer Punctation erhalten hatte, verlangte sie von Willisen einen sofortigen kräftigen Angriff auf die Dänen, dieser aber nahm am 7. Dez. 1850 seinen Abschied, worauf General v. d. Horst sein Commando übernahm, aber wegen beständigen Regens keinen Angriff ausführen konnte. Die indessen in Kiel eingetroffenen östreichisch-preußischen Commissäre drangen dagegen auf Rückziehung der schleswig-holstein'schen Armee hinter die Eider, Reducirung derselben auf ein Drittheil, Einstellung aller Feindseligkeiten und Auflösung der Landesversammlung; im Weigerungsfall wurde mit dem Einrücken einer östreichisch-preußischen Executionsarmee von 50,000 Mann gedroht. Bis zum 11. Jan. 1851 sollte sich die Statthalterschaft über die Annahme dieser Puncte entscheiden, die Statthalter trugen diese Sachlage der Landesversammlung zur Entscheidung vor; letztere erklärte nach heftigen Debatten mit 47 gegen 28 Stimmen ihre Unterwerfung. Die beiden Statthalter (Graf Reventlow und Beseler) sowie der Commandant von der Horst legten jetzt ihre Aemter nieder. Am 7. Febr. 1851 überschritten die östreichischen Truppen unter v. Legeditsch die holstein'sche Grenze. In Holstein wurde das Grundgesetz vom 15. Sept. 1848 aufgehoben und eine neue Regierung im Namen des Königs von Dänemark und des deutschen Bundes eingesetzt, bei welcher Baron Blome den Vorsitz führte. Schleswig blieb unter dem Regierungscommissär Tillisch den Dänen überlassen, die Zollgrenze wurde an die Eider verlegt, das schleswig-holstein'sche Heer aufgelöst und eine neue Armee von 3500 Mann gebildet, deren Commando General v. Bardenfleth erhielt. Am 10. Mai 1851 erschien

das Amnestiedecret des Königs für das Herzogthum Schleswig; ausgenommen von der Amnestie waren die Herzoge von Augustenburg mit ihren Familien, der Statthalter Beseler, die Mitglieder der aufgelösten schleswig-holstein'schen Regierung sowie des Obergerichts, und eine große Zahl anderer Beamten. Dagegen protestirte der Herzog Christian August von Schleswig-Holstein-Augustenburg energisch beim Bundestage gegen die Beschuldigung, daß die Bewegung in den Herzogthümern, an welcher er theilgenommen, ein Aufruhr gewesen sei (Urkunde XIV.). Das Jahr 1851 ging zu Ende, ohne daß es zu einer förmlichen Lösung des Streites kam; in Dänemark kämpften im Ministerium und Reichstag noch immer die Eiderdänen mit der Gesammtstaatspartei; deutscher Seits dagegen hielt man entschieden an einer getrennten Stellung Schleswig's von Dänemark fest. Anfangs Januar 1852 kam nach einem längeren Depeschenwechsel zwischen Dänemark einerseits und Oestreich und Preußen anderseits die definitive Schlichtung zu Stande (die wichtigsten dieser Depeschen siehe Urkunde XV., den Vertrag Urkunde XVII.); am 3. Juni 1852 gab der Bundestag der von Preußen und Oestreich mit Dänemark geschlossenen Uebereinkunft seine Bestätigung; nur Koburg-Gotha hatte seine Zustimmung beharrlich verweigert. Die beiderseitig angenommenen Bedingungen waren: die dänische Gesammtmonarchie in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung soll als Ganzes unter einem Scepter bestehen bleiben; Schleswig darf in Dänemark nicht incorporirt werden; in beiden Herzogthümern werden die früheren Provinzialstände beibehalten und einberufen; doch steht der Einführung einer Gesammtstaatsverfassung neben diesen Provinzialverfassungen Nichts im Wege; beide Herzogthümer erhalten besondere, vom Reichstag unabhängige Ministerien und behalten die Gemeinsamkeit einzelner provinzieller Institutionen; die Hemmnisse im Verkehr beider Herzogthümer werden beseitigt. (Man vergl. hierüber den Erlaß des dänischen Königs an die dänischen Stände vom 28. Jan. 1852. Urkunde XVI. Die Institutionen, welche nach diesem Erlaß gemeinsam bleiben sollen, sind die Universität Kiel, die Ritterschaft, der schleswig-holstein'sche Kanal, das Brandversicherungswesen, die Strafanstalten, das Taubstummeninstitut und die Irrenanstalt; im übrigen wurde die gemeinsame Verwaltung und auch das gemeinsame Appellationsgericht getrennt.) Zum Minister für Schleswig wurde Graf Karl Moltke, für Holstein Graf Reventlow-Criminil ernannt. Die preußischen und östreichischen Truppen zogen im Februar ab. Die von Dänemark gegebene erweiterte Amnestie schloß noch immer 15 Schleswiger und 6 Holsteiner (darunter auch die Herzoge von Augustenburg) aus. Nachdem der deutsche Bund am 3. Juni 1852 seine Zustimmung zu der Uebereinkunft gegeben hatte, schritt Dänemark mit strafenden Maßregeln gegen die Herzogthümer vor. Den während der Erhebung gemachten Staatsschulden der Herzogthümer (8 Millionen Thaler) wurde die Anerkennung versagt; die Beamten wurden purificirt, acht Professoren der Universität Kiel entlassen, das holsteinische Bundescontingent erhielt

dänische Uniformirung und dänisches Commando, dänische Soldaten wurden nach Schleswig und Holstein, solche aus den Herzogthümern nach Dänemark in Garnison gelegt, schleswig-holstein'sche Archive und Arsenale geräumt und nach Dänemark gebracht, die Festungswerke von Rendsburg geschleift (die Grenzregulirungscommissäre hatten beantragt, Rendsburg zur deutschen Bundesfestung zu machen), die schleswig-holsteinsche Flotille (drei Dampfschiffe, ein Schoner und zwölf Kanonenböte; die Herzogthümer hatten 700,000 Thaler für ihre Seerüstung aufgebracht) wurde nach Copenhagen geführt, die Sternwarte von Altona nach Copenhagen gebracht, in der Danisirung Schleswig's fortgefahren, das ganze nördliche Herzogthum, eine Meile nördlich von der Stadt Schleswig an, hat dänische Prediger erhalten.

Die Thronfolge wurde in der Weise geordnet, daß der König Friedrich VII. in Uebereinstimmung mit den Mächten Oestreich, Frankreich, England, Preußen, Rußland und Schweden unter dem 31. Juli 1853 ein neues Thronfolgegesetz für die dänische Monarchie erließ, nach welchem für die Zukunft auch in Dänemark die Krone nur auf den Mannsstamm forterben und auf den Prinzen Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg (vermählt mit einer Prinzessin von Hessen) und dessen Descendenz übergehen soll (vergl. Urkunde XVIII.). Wäre dieses neue Thronfolgegesetz nicht erlassen worden (Erbansprüche hatte der neuernannte Kronprinz in Dänemark keine, in den Herzogthümern erst in entfernter Linie) so hätte, da, wie bemerkt, nach dem älteren dänischen Königsgesetz die Krone in Dänemark auch in weiblicher Linie forterbt, in den Herzogthümern aber nur die Erbfolge auf dem Mannsstamm gilt, nach dem Tode des jetzigen kinderlosen Königs eine Trennung der Herzogthümer von Dänemark stattfinden müssen. In Dänemark würde die Krone auf die Prinzessin Juliane, verwittwete Prinzessin von Hessen-Barchfeld, und da auch diese keine Kinder hat, auf Charlotte, Gemahlin des Landgrafen Wilhelm von Hessen-Kassel, und nach ihr auf ihren Sohn, den Prinzen Friedrich von Hessen-Kassel (geb. 1820) übergegangen sein. Die Prinzessin Charlotte und ihr Sohn Friedrich haben jedoch Verzicht geleistet, da Prinz Friedrich ohnehin der wahrscheinliche Thronerbe im Kurfürstenthum Hessen ist und beide Kronen, da das alte dänische Königsgesetz die Residenz in Dänemark zur Bedingung macht, sich nicht wohl vereinigen ließen. In den Herzogthümern hätte die nächsten Erbansprüche der Herzog Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg gehabt. Dieser ist an eine Gräfin von Danneskiold-Samsöe verheirathet und hat zwei Söhne. Auch er hat verzichtet, theils weil man die Erbfähigkeit seiner Söhne, als aus nicht völlig ebenbürtiger Ehe entsprossen, bestritt, theils wegen seiner Mißhelligkeiten mit der dänischen Regierung, die ihn wegen seiner Haltung bei der schleswig-holstein'schen Erhebung mit kriegsgerichtlicher Behandlung und Güterconfiscation bedrohte. Er hat seine Güter in Schleswig an die Krone für 3,350,000 Thaler verkauft. Nach dem Herzog Christian

hätte in den Herzogthümern dessen Vaters-Bruder, Prinz Emil von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg-Beck die nächsten Erbansprüche gehabt, der drei Söhne hat. Unseres Wissens hat bisher nur der Herzog Christian auf die Erbfolge verzichtet, nicht aber die übrigen Agnaten.

Schriften. Ein Verzeichniß sämmtlicher seit 1846 über die schleswig-holstein'sche Frage erschienener Schriften gibt: Schleswig-holstein'sche Litteratur, Verzeichniß der seit 1846 bis 1852 erschienenen, die Herzogthümer und ihren jüngst geführten Krieg betreffenden Bücher, Karten ꝛc. Leipzig bei Avenarius und Mendelsohn. 1853. — Bezüglich der Urkunden ist das Hauptwerk: Falck: Sammlung der wichtigsten Urkunden, welche auf das Staatsrecht der Herzogthümer Schleswig und Holstein Bezug haben. Kiel 1847. — Ferner nennen wir: Dr. v. Bunsen (preuß. Gesandter in London), Denkschrift über die verfassungsmäßigen Rechte der Herzogthümer Schleswig und Holstein. Berlin 1848. — Heiberg, das souveräne Herzogthum Schleswig in seiner staatsrechtlichen Verbindung mit Holstein und seine völkerrechtlichen Garantieen. Lübeck 1846. — v. Gagern, Protest gegen die Theorie des dänischen Gesammtstaates. Mannheim 1852. — Schleswig-Holstein's Gegenwart im März 1854. Jena 1854. — Vom dänischen Standpunkt schrieb neuerdings Zimmermann, Prof. in Kiel: das wahre Rechtsverhältniß der Herzogthümer Schleswig und Holstein zu einander, zu Deutschland und zu Dänemark. Hannover 1854.

I. Constitutio Waldemariana.

1326.

(Brief, wodurch der dänische König Waldemar III. seinen Oheim, den Grafen Gerhard von Holstein, mit Schleswig belehnt, und Consenssete der Reichsräthe.)

I. Omnibus presens scriptum cernentibus Woldemarus dei gracia Danorum Sclavorumque Rex, quondam Dux Jucie, Salutem in Domino sempeternam et hujus rei subscripte cognoscere veritatem. De jure naturali et divino requiritur ut fideles in sue fidelitatis obsequio, aliquo retribucionis premio respiciantur. Hinc est, quod propter innumera beneficia nobis, regno et regni personis impensa, labores, sumptus et expensas, quas comes Gerardus noster avunculus dilectus diversis temporibus pro commodo, necessitate et honore dicti regni nostri fecit et pertulit et hodie facere non recusat, bona et matura deliberacione, motu proprio, non circumventi nec seducti, cum consilio et consensu venerabilium patrum Karoli sanctae Lundensis ecclesie Archiepiscopi, Nicolai Burglanensis, Petri Otoniensis, Johannis Sleswicensis, Johannis Ripensis, Johannis Roskildensis, Tukonis Wypergensis ac Swenonis electi Arusiensis Ecclesiarum Episcoporum, nec non Laurencii dapiferi, Ludowici Marscalci, Canuti Porse, Johannis Offesson, ac omnium aliorum consiliariorum nostrorum dimisimus, dedimus et nihilominus jure pheodali contulimus nobili Domino avunculo nostro carissimo Gerardo Holtzacie, Stormarie Comiti suisque veris et legitimis heredibus totum Ducatum Jucie cum omnibus suis metis, terminis, distinctionibus, terris, insulis, castris, civitatibus, municionibus, vasallis, mari, aquis, portubus, judiciis, jurisdiccionibus, juribus omnibus, regalibus ac aliis cum Dominio utili et directo ac aliis honoribus, dignitatibus, aliisque proventibus quibuscunque censeantur nominibus, pacifice et quiete perpetuis temporibus possidendum, de quo quidem Ducatu Juciae ipsum Comitem Gerardum inpheudavimus more principum cum vexillis, dictis vanenlen et presentibus inpheudamus volentes et debentes liberos et heredes dicti Ducis, nostri avunculi dilecti, de ipso Ducatu et omnibus suis pertinenciis inpheudare, quando per ipsos requisiti fuerimus dilacionibus frivolis et

contradiccionibus non quesitis. Damus eciam eidem Comiti Gerardo suisque veris heredibus omnes vasallos residentes in diocesi Sleswicensi volentes, ut ipsi vasalli nulli obediant et serviant nisi predicto Comiti et suis veris heredibus, prout nobis obedire consueverunt et tenebantur, mittimus et ducimus ipsum, liberos et heredes suos in corporalem possessionem ducatus predicti et omnium ad ipsum pertinentium, volentes ipsum et ipsos ab omnibus violenciis et injuriis, tanquam nostrum nobilem vasallum inductum et inductos defendere fideliter et tueri, transferentes in ipsum Ducem Gerardum avunculum nostrum perdilectum et suos veros et legitimos heredes eundem Ducatum Jucie cum omnibus et singulis suis pertinenciis, abdicando a nobis, heredibus et successoribus nostris quidquid juris habuimus vel habere potuimus in premissis omnibus vel in quolibet premissorum, jure superioris dominii seu inpheudacionis nobis et nostris duntaxat reservato, renunciavimus quoque et renunciamus in his scriptis pro nobis et successoribus nostris commodo privilegiorum, instrumentorum ac aliarum literarum omnium sub quocunque tenore et forma datarum predecessorum nostrorum, quibus forsan hujusmodi nostra inpheudacio, donacio seu collacio de sepedicto Ducatu sic libere facta possit infringi vel aliqualiter impediri. Renunciamus eciam omnibus excepcionibus doli mali, accioni in factum, beneficio restitucionis in integrum aliisque omnibus et singulis exceptionibus, auxiliis et beneficiis utriusque juris canonici et civilis, quibus presens instrumentum vel aliquid contentum in ipso posset viciari in parte vel in toto, juri dicenti hujusmodi renunciacionem generalem non valere. Ut igitur hec nostra licita et voluntaria inpheudacio dudum dicti Ducatus perpetuis temporibus firma permaneat et illesa, presens scriptum inde confectum sigilli nostri munimine duximus roborandum. Testes sunt venerabiles patres suprascripti, illustris princeps Albertus Dux Saxonie, Angarie Westualie, Johannes et Adolphus Holtzacie, Stormarie Schowenborg Comites, Hinricus et Nicolaus Comites de Zwerin, Walterus Comes de Wernyngerode et Borchardus Comes de Swanenberghe, nec non Laurencius dapifer, Ludowicus Marscalcus, Canutus de Porse, Janus Offesson, Petrus et Andreas Stigkki fratres et alii quam plures tam clerici quam Laici fide digni.

Datum et actum Nyborch in generali parlamento Anno Domini M. trecentesimo vicesimo sexto in die assumpcionis beate Marie virginis.

II. Omnibus presens scriptum cernentibus Karolus Lundensis ecclesie Archiepiscopus, Nicolaus Burglaniensis, Petrus Otoniensis, Johannes Sleswicensis, Johannes Ripensis, Johannes Roskildensis, Tuko Wypergensis et Sweno Electus Arusiensis ecclesiarum Episcopi, nec non Laurentius dapifer, Ludovicus Marscalcus, Kanutus Porse et Jons Offesson milites cum devotis oracionibus salutem in Domino sempiternam. Tenore presentium recognoscimus astando protestantes quod cum, Cristoferus Danorum quondam Rex, proprie sue salutis immemor, contra juramentum suum pro legibus et juribus regni Dacie conservandis prestitum veniens in profundum malum, descendens adeo, ut non regni nobiles solum verum eciam personas humiles et miserabiles

utriusqui sexus exaccionibus, angariis, perangariis ceterisque variis innumeris castigacionibus affligeret, et quod magis horrendum est, ecclesias et ecclesiasticas personas suis redditibus spoliaret, de quibus omnibus ob inductum Dominorum Laurencii dapiferi et Ludovici Marschalci per Dominum Gerardum Comitem Holtzacie suis et suorum magnis laboribus, sumptibus, gravibus et expensis et cura vigili ab hiis intolerabilibus et importunis malis et pressuris fuimus liberati. Nos vero ad hec et ad alia nobis, regno et regni personis per dictum Comitem beneficia impensa respectum habuimus, consilium et assensum prestitimus et in hiis scriptis prestamus: Quod Magnificus Princeps Dominus noster Waldemarus Danorum Slavorumque Rex, quondam Dux Jucie, ut premissum est, cum consilio et assensu nostrorum ac omnium aliorum, quorum interest et interesse poterat, rite et racionabiliter dimisit, dedit et contulit jure pheodali predicto Domino Gerardo avunculo suo, Comite Holtzacie et Stormarie, suisque veris et legitimis heredibus totum Ducatum Jucie, cum omnibus suis attinenciis et condicionibus, sicud in literis patentibus predicti nostri Magnifici Regis Woldemari de verbo ad verbum aperte continetur, de quo Ducatu dudum dictus Rex Woldemarus memoratum Comitem Gerardum cum vexillis dictis vanenlen, omnibus nobis Nyuborch in communi parlamento consentientibus, inpheudavit, ipsumque Ducem fecit et transtulit eundem Ducatum Jucie cum omnibus suis condicionibus in ipsum Comitem Gerardum, ut in sui regni Principem et vasallum fidelem et condignum. Debet eciam et tenetur dictus Magnificus Rex Waldemarus dominus noster veris et legitimis heredibus predicti Comitis Gerardi Ducis Jucie conferre pheodali jure predictum Ducatum Jucie quandocunque ab ipsis fuerit requisitus. In horum testimonium nostra sigilla duximus appendenda. Testes sunt illustris Princeps Albertus Dux Saxonie, Angarie et Westualie, Johannes et Adolphus Comites Holtzacie, Stormarie et Schowenborgh, Hinricus et Nicolaus Comites Zwerinenses, Walterus Comes de Werningerode et Borchardus Comes de Swanenberghe.

Datum Nyuborch in generali parlamento Anno Domini M. tricentesimo vicesimo sexto in crastino assumpcionis beate Marie virginis.

II. En breff,

dat dat hertichdom Sleswigh, nimmer schall wedderfallen In de Handt des Koniges van Dennemarckenn.

1448.

(Revers des Grafen Christian von Oldenburg (1448) vor seiner Wahl zum Herzog von Schleswig-Holstein, über Aufrechthaltung der constitutio Waldemariana.)

Wii Kersten van godesgnaden Greue to Oldenborch vnnd Delmenhorst. Don witlick alle den Jennen de dessen vnsen breff seen ifte horen lesen Alss nu na dode des Erluchtigesten fursten vand Hochgebornen Heren Herrn

Cristoffers to Dennemarken Sweden vnnd Norweghen etc Koninges seligher dechnisse. ein ghemene ruchte is, wo de Raetgheuer dęs Riikes to Dennemarken gheistlick vnnd werlick arbeiden vmme vns tokesende nor eren Heren vnnd Koningk Vnd alss denn demm Hochgeboren fursten vnd Heren Herrn Alue Hertoghen to Schlesswick Greuen to Holsten Stormaren vnnd Schouwemborch. de ein forste vnd Raed des Riikes to dennemarken is. vnd wij sin Sustersonne sind. des kores enes Heren vnd Koninges uorscreven erst vnnd lest mede tokumpt. vnnd he personliken darumme nu mede arbeidet vpp dat gode almechtich loff vnnd dem Riike. landen. vnnd. luden. vrede. vnd eendracht. moghe schicket werden. Na dem van uorleninge wegen des Hertochdomes to Schlesswick inuoretiiden grot iamerlick vnd norderflick moerd. Roeff. brand to water vnnd to lande scheen is in opembaren krighen, So sin vns Dallinge uorebracht vnd opembared besegelde breue. ok olde scrifte vnd handuestinge van Koningk Wolmar;· vnnd des Riikes Raede tho Dennemarken. gheuen vnnd bescreuen. Alss men screff na godesbort Dusent drehundert in dem sossevndetwintigesten iare etc. de manckt anderen worden innehebben enen Artikel in latine den wii vns bedudet laten hebben, vnnd ludet van Worden to worden alss nascreuen is Item Ducatus Sunder-Jucie regno et corone Dacie non vnietur nec annectetur ita quod vnus sit Dominus utriusque etc. Aldus bekennen wij Greue Kersten erben Ift got alweldig uorseen hebbe dat wij to enem Heren vnnd Koninge to Dennemarken. koren mechtighed vnnd kroned werden. So scholen vnnd willen wij vnnd vnnse kindeseruen dessen uorbenn Artikel in siner Macht vnuorbroken holden. vpp dat io twisschen demm Rike to dennemarken· vnd dem Hertochdomme to Slesswick vnne der Greuesschup to Holsten etc ewich frede vnd bestantlicheit moghe bliuen Alss dat de Herrn Koninge vnnd Redere des Rikes to dennemarken in uoretiiden begrepen hebben. Vnnd wij hebben des to groterer tuchnisse vnse Ingeseghel. mid gudem willen vnd wolbedachtem mod hengen laten . to dessem breue, De gheuen is Na godesbort vertein hundert iar dar na in dem achtevndeuertigesten iare in sunte peter vnnd pawels der hilghen Apostel auende tc.

(L. S.)

III. Der Lande Priuileige Van Olde Koning Kersten vorsegelt.

1460.

(Des Königs Christian I. Confirmation der Privilegien der Herzogthümer.)

Wy Cristiern van gades gnaden to Dennemarken Sweden Norwegen der Wenden vnnd Gotten koningh Greue to Oldenborch vnn Delmenhorst Bekennen vnnd betugen Openbare mid desseme Jegenwardigen vnseme breue vor alle den Jennen dede ene sehn horen offte lesen Dat de Erwerdigen prelaten Strenge Ridderschop Ersamen Stede vnnd Inwohner des Hertog-

domes to Sleswik der lande vnnd Greueschop Holtsten vnn Stormeren vns hebben gekoren to enem Hertogen to Sleswigk Greuen to Holsten vnnd to Stormeren, vorbenn. Hebben ok vns annamet, vnnd huldiget vor eren Heren nicht alse eneme koninge to Dennemarken men alse ereme Heren desser vorgeschreuen lande mid vnderschede aller article vnnd stucke hir na vtgedrucket" To deme ersten vmme bestentlicheid dersuluen lande an vrede to holdende, willen wy vnnd scholen de cristenen louen godesdenst vnnd den rechtuerdicheid holden, holden laten bescherme vnnd nicht krenken men meren na vnseme vormoge Enen islike Inwoner der erbenn. lande gestlik vnnd werlik, Riderschop Stede alse Sleswik Flensborch Hadersleue Hamborch Kijl ytzeho rendesborch vnnd alle anden Stede clene vnnd grot der vorgen. lande ere Inwoner den kopman vnnd wanderende minschen bi ereme rechte vnnd vrijheid to latende vnnd se dar ane beschermen vnnd alle ere priuilegia vriheid recht vnnd alle erlike sede vnnd wonheit ouer alle desse vorgen. lande willen vnnd scholen de besegelen vorbreuen vnnd besteden samptliken vnd eneme isliken besundergen de dat eschet De wy ok alle in craft desses breues nü vulborden tolaten vnnd besteden ewich to bliuende Ok arge sede de Jegen god vnde recht sind aftokerende na vnseme vormogen De lubeschen scholen bruken aller vrijheid de se vnnd ere kopman mid rechte an dessen landen had hebben bi tiden vnses seligen Ohmes Hertogen Alffues Hebben se ok Priuilegia der en vnse vorgen. Ohm plichtich was to holdende de loue wy en ok to holdende Vurder bekenne wy vnnd stan to na deme dat wy mid sampt vnsen leuen broderen Hern Mauriciusse vnde Gerde Greuen to Oldenborch vnnd Delmenhorst van bord wegenn de negeste erue na dode vnses seligen Ohmes hern Alffues vorgen. to densuluen landen sin Dat wy to densuluen landen gekoren sind to eneme Hern alse vorgeschr. is nicht alse eyn koningh to Dennemarken men vmme gunst de de Inwoner desser lande to vnser Personen hebben nicht to eruende desse land Jenigem van vnsen kindenn edder frunden men na vnseme leuende Alse wy nu van vrijhen willen gekoren sind to dessen landen van den Inwonern erben. So mogen se vnnd ere nakomelinge also dicke alse desse land los worden beholden eren kore to kesende den to eneme hern enen van vnsen kindern, efft der nen were dat god affkere tokesende enen van vnsen rechten eruen De denne koren werd alse vorgescr. steid de schal sine lehne eschen vnnd entfan van sinen lenheren dar se aff to lehne gan vnnd don alse sik van rechte bort Vpp dat sodane woldat vnnd gunst der Inwoner desser vorgen. land en vnnd eren nakomelingen sy vnschedelik men to ewigen tiden fromelik vnnd nutte, scholen se offt Jenich van en he sy gestlik edder werlik nicht Plichtih wesen vns touolgende denen edder hulpe don buten dessen landen Ok schole wy nemande vth dessen landen vorgen. in saken de lijff edder gud andrepen vor nns laden to rechte men eyn islik schal in sodanen saken sin recht soken binnen landes alse sik gebort Offt wy krich anslogen vmme vrede vnnd nutticheid desser land na rade vnnd vulborde vnnd willen der menen reden desser lande Edder wolde we buten edder binnen landes desse vorgeschreuen edder nageschreuen article krenken

so scholen vnnd willen wy dar Jegen wesen vnnd ey islik schal plichtich wesen truwelken dar to tohelpende dessen breff vnnd endracht an allen eren stucken tobeschermende Wy vnse eruen vnnd nakomelinge scholen vnnd willen ok nene schattinge edder bede don ouer de Inwoner desser land samptliken edder besundergen vtgescheden vnse egene bunden vnnd Lansten de vnuorsettet vnnd vnuorpandet sunder frundlike Willen vnnd tolaten endrachtliken vulbord aller Reden vnnd manschopp desser lande gestlik vnde werlik Willen ok vnnd scholen betalen alle schulde vnnd plichte vnses seligen Ohmes Alffues wandages Hertogen to Sleswik ergen. vnde wanner wy willen inlosen vorkoffte güden vppe wedderkop vorsettede edder vorpande guden desser lande dat willen wy vnde scholen don mid vnseme eghenen gelde lauen ok willen vnnd scholen alle breue vnses vorgen. seligen Ohmes holden de sik boren toholdende mid rechte, wy vnnd vnse nakomelinge scholen vnsen Husfrowen nene guden voregenen edder vorplichten an dessen landen ane na rade vnnd vulbord alle vnser Reden der land, Wy lauen na rade willen vnnd vulbord vnser Reden, an deme Hertogdome Sleswigk stede hebben enen landbornen man vt desse landen to eneme drosten ouer dat Hertogdom de alle sake schal vorscheden de eme na vtwisinge des rechtes hoert toschedede Desgelik tohebbende ouer dat Land to Holsten vnnd Stormeren enen marschalk de ok sin abacht do so sik bort Densuluen Drosten vnnd marschalk scholen wy vorsehn dar se eren staet afholden vnnd der de se to sik eschen an den rad na deme wy des mid en ouer eenkomen Vnse droste vnnd marschalk scholen ok des Jaars vaken dingk holden vnnd recht an den Jegenen des landes da id mest behoff deit, Wy willen vnnd scholen ok alle alle Jar suluen eens landrecht holden in islikeme lande wanner wy sunder hinder sind vnnd horen denne alle merklike clage vnnd de vorscheden na rade vnser Reden „ Unse droste vnnd marschalk scholen bauen alle dingk an deme rechte gode vor ogen hebben vnnd waren sik souerne se ere, eere rüchte vnde gud leff hebben dat se nene gunst edder gaue neme vor recht Weret dat se des vorwunnen worden wy wolden dat richten vppe dat Hogeste, Darvmme scholen alle drosten vnnd marschalke vns sweren in de hilgen dat se willen richten so se rechtest weten vnde beuragen konen nene gunst edder gaue dar vortonemenden „ Hirumme beden wy alle vnsen Redenn vogeden vnnd vndersaten nü vnnd an tokomenden tiden offte we wolde vorweldigen vnsen drosten edder marschalk dat se en bistendich sin vnnd helpen ere recht beschermen wor vnde wanne se dat eschede werden Desse vorbnn. land lauen wy na alle vnseme vormoge holden an güdeme vrede vnnd dat se bliuen ewich tosamende vngedelt. Darumme schal nemand veyden den andene men eyn islik schal sik nogen laten an recht vppe dat sodan vrede des tobet holden werde scholen wy vnnd willen vnse Amptmanne Alse drosten marschalk schenken kokemester vogede vnnd dergelik hebben an dessen landen Inwanern desser land vnnd en vnse Slote borge vnnd lehne darsuluest don vnnd anders nemande, Wanne wy willen an desse land tehn so scholen vnse droste Marschalk Amptmanne vnnd vogede desser land vns bestellen nogaftige denen de vns annamen vnnd bi vns bliuen dewile

wy In densuluen lande wesen willen Willen ok mid velheid volkes, gesterie, vnser, vnser Husfrowen edder vnser kindern de land nenerleyewys beswaren men scholen alle vnse teringe vnnd stad holden van vnsen renten Den plochman edder Husman schal nemand berouen edder bernen all worde sin her geueydet bi broke des landuredes Nach deme de Inwoner desser vorg. land vns sodane gunst willen vnde vruntschop bewiset hebben so laue wy en vnnd eren nakomelinge se alle toholdende schadelos van aller mannige ansprake veyde vnd anuechtinge de schen mochten offte etlike sik seden recht tohebbende to dessen vorg. landen samptliken edder besundergen van ansprake wegene vnser leven brodern vnnd der hern van schowenborch Ok offt Jemand sik mende towesende eyn lenher der lande Holsten vnnd Stormeren samptliken edder bezundergen Offte ok nü we sik vorleninge mende tohebbende vppe etlike desser land van macht des keysers edder wor id aff wer gestlik edder werlik offte Reden desser land mid deme drosten vnnd marschalke to nutticheit der land edder etliken Jegen wes boden setteden schickeden edder vrede makeden mit naberen desser land Schole wy vnde willen alle stede vnnd vast holden wente to vnser tokumpst vnnd sedder vns holden in den saken na rade vnser Reden darsuluest na gelegenheit der sake Wy laten ok dat nü to vnnd vulborden in crafft desses breues Also dat de droste vnnd marschalk effte vnse Reden mogen voruolgen vnnd rechten de Jennen de dar Jegen don Ok wille wy vnnd scholen na vnseme vormoge schicken dat men holde in deme Hertogdome dat lowbok wor id nicht en is Jegen article desses breues De slote der land schal men holden van den renten vnnd offt dar redlik broke vallet De scholen vnse vogede winnen na landrechte edder mid vruntschup vnnd nicht mid wald Hefft we in den landen Holsten vnnd Stormeren Hollesch edder ander recht de dat will affsette so wy dar to eschet werden willen wy sulkes afflegen vnnd gunen en Holsten recht Wes eyn Inwaner desser land gestlik edder ridderschupp hebben wil to siner egen behoff vnnd nicht to kopenschop dar dorff he nergen vore tolnen in dessen landen Vnse vogede in dessen landen schole de Slote vnnd stede holden to vnser truwen Hand Na vnseme affgande to truwer Hard vnser erbnn. Reden de se vord scholen holden to truwer Hand des de denne her werd to den landen na vorgeschreuen wise Offt etlik van binnen edder van buten mid wald desse land vorg. beschedigen wollte edder Jegen landrecht dede so mogen vnse droste Marschalk vnnd Rede vnse vndersaten vorsammelen an vnseme affwesende vnnd keren sodane wald vnnd arch aff dar schal eyn islik tohelpen an vnseme affwesende monge vnse droste vnnd marschalk beden wes en dunket nütte sin vor de land wente to vnser tokumpst. Alle desse vorg. article sweren wy in den hilgen in guden truwen na vnseme besten vormoge stede vnnd vast toholdende, Vnde lauen vord vor vns vnse eruen vnnd nakomelinge alle desse suluen article vnnd stucke vorg. vnnd enen isliken bi sik Den Erwerdigen vnn werdigen heren prelaten Ridderschupp manschupp vnnd gemenen Inwonern des Hertogdomes to Sleswik vnnd der lande Holsten vnde Stormeren vnnd to truwer Hand den Reden der suluen lande vorbnn. stede vnde vast toholdende vnnuor-

broken sunder arch Vnde hebben des vnse koninglike Secret nedden an dessen breff heten hangen Vnde to merer witlicheid hebben wy Johannes to Aarhusen kanutus to Wiborch Jacobus to Borlem Hinricus to Ripen van densuluen gnaden Bischoppe Otte nielsson Erik ottensss Hoffmester Clawes rennow marschalk Eggerd frille Niels eriksson Peter Howenschild knüd Hinrikesson Johan biornsss Strange nielsss Johann oxe lodwich nielsss Johan rantzow vnnd Johann frille Ridden, Reden vnses allergnedigesten Hern vorg. vnse Insegele hengen laten nedden an dessen breff De gegeuen is to Ripen Des negesten midwekens na deme sondage alse men singet in der hilgen kerken Inuocauit Na vnses Hern bord Verteinhundert In dem Sestigesten Jare.

(L. S. R.) (L. S.)

IV. Confirmation der Priuilegien Kunig Friderichs 1524.

(Des Königs Friedrich I. Confirmation der Privilegien der Herzogthümer.)

Wy Frederik van gots gnaden, Erwelter Konyngk to Dennemarcken, Rechte Erue tho Norwegen, Hertogh tho Slessewigk Holsten Stormaren Vnd der Dythmersschen Graue tho Oldenborch vnde Delmenhorst Bekennen vnd betugen apenbar, vor vns, vnsse eruen vnd nakamelinge Dat wy den Hochwerdigen Werdigen Gestrengen Erentuesthen Erssamen, Hern Bisschuppen, Prelaten, Ridderschupp Mansschupp Steden Innwannern, vnde gemenheyden, sampt allen Inssathen, der Furstendome, Slesswigk Holsten vnd Stormaren vmb erer getruwen vnderdanigen vnde gehorsamen denste willen, dede sse vns Jegenwardigen, In desssen vnssen swaren, Krygesslufften, bewyset hebben, Ock In vnssen noden vnd schulden guthwillich yrboden, vnde yrtoget hebben, vnde noch namals, gudtwilligh vnd getruwelick bewissen, vnd irtogende werden, hebben ere Priuilegia Frigheit vnde begnadinge, Wor de denn van olt her' van Fursten tho Fursthen, Konynchgen Hertogen vnd Grauen, vorgeschreuen, vorsegelt vnd enen begnadet vnd gegeuen syn', vornyget confirmeret ratificeret vorbetert vnde voranderth, Szo Wy ock Jegenwardigen', In Crafft vnd macht dessses vnsses vorsegelden breues vornygen Ratificeren Confirmeren Vorbeteren vnd stadtuesthen, In articulen wo nafolgen, Alsso offte sse alle van Worden to Worden, hir Inne bestemmeth vnd begrepen weren, Tho dem ersthen, vmme bestendicheit der suluen lande In vrede tho holdende, Wyllen wy vnd scholen, Denn Cristenne louen, Godes denste vnd de rechtuerticheit holden, holden lathen, Beschermen vnde nicht krencken, Men mehr na vnsseme vormoge eynem Islicken Inwonner der erbenomenden, lande, geistlik vnd wertlik Ridderschupp Stede, alsso Slesswigk Flensburgk Hadersleue Hamborch Kyll Itzeho Rendesburgh vnd alle andere Stede, cleyne vnd groeth der vorgenomheden lande, ore Inwaner, den kopmann vnde wandern mynschen by erem

recte vnd frygheit tho latende vnd sse dar anne bescharmen, Vnde alle ere Priuilegia Frygheit Recht und alle erlike ssede vnd wanheit auer alle dessse vorschreuen lande Szegel vnd breue, vor vns vnsse Eruen, vnde nakomelinge samptlik vnd eyn Islick besundergen, stede vastholden, De bunden vnd lansten In deme hartichrike schollen neyn' gerichte effte gewalt auer de prelathen, vnd Eddele lude hebben, de ock nicht vordhelen, ahn erem egen liue vnd gude, edder In Jeniger mathe, mit dennschen lanthrechte vorfolgen, Dat Szant vnde grunt egher scholen nicht scheden ane des Prelathen, effte eddelmans oreme Sormarcket, vnd ornum dat sse yn besittinge vnd In brukinge hebben, edder mit erem lachhouende beholden hebben offte beholden willen, De prelathen vnd Ridderschup In den vorgeschreuen Furstendome Slesswigk vnde Holsten scholen hebben Hals vnd Handtt, vnd dat hogeste gerichte, auer ore vnderssathen, vnd deners sunder allen myddell, vnde der Fursten bewer offte vorhinderinge dorch sse effte ere Amptlude edder beuelhebbere, vth vorbeholden furstliger ouericheit vnd gemeyner landtuolginge vnd ock furstliker prerogation Dat prelathen, vnd Adell In den vorbenomeden Furstendome scholen bauen recht vnd rechts irbedinge vppe de gemeynen Mansschupp Prelathen, Redemän vnd Stede dorch de Fursten, edder ere beuelhebbere nicht vorweldiget auerfallen edder vor vnrechtet werden, Vnde wowol dat Furstendoem Slesswigk, van dem Ryke tho Dennemarcke tho lene geyth, scholen doch de Inwoner buthen landes nicht appelleren mogen sunder vor vns vnssen prelathen, reden vnd Ridderschupp der Furstendome Slesswigk vnd Holsten, sick In rechte entscheden lathen, Men schall ock In den vorbenomeden vnssen Furstendomen, neyne Acksisse Tollen edder besweringe effte Jenige vnplicht, den prelaten Riddersschupp Mansschupp offte Steden, vnde allen Ingesetenen vpleggen, bauen fulbordt der gemeynen, Manschupp,. Eyn Islick Prelate effte eddelmann schal van den Jennen, dat he to syner koken bederueth, vnd van syner varne haue vnd buwhaue ock andern synen Kornen Renthen, nicht tollen, De Inwoner vnde Ingesethen, der vorschreuen Furstendome Slesswigk vnd Holsten, he sy geistlick edder wertlick, scholen nicht plichtich syn buthen den gesechten Furstendomen tho denende edder tho volgende offte hulpe tho donde, men vormogen sse denne dar tho mit ssolde, Nemande scholen Wy vth desssen vorgeschreuen landen, yn ssaken dede lyff ere vnd gudt belangen, vor vns buthen den Furstendomen tho Rechte laden, Men eyn Islick schal syn recht, bynnen landes ssoken, vor vns vnde dessser lande prelathen, Rede vnd män Schall ock dorgh neyne denssche edder vth heymessch gerichtet werden, Desssen landen vorbenometh lauen Wy na alleme vnseme vormoge holden an guden frede, vnde dat se bliuen, ewich thosamende vngedelet dar vmme schall neymant feyden, den andern, Men eyn Islick schal sick nogen lathen in rechte, vppe dat ssodan vrede, des tho beth geholden werde, Scholen wy vnd willen vnse Amptmahnne alsse Drosthen Marschalcke Schencken Kokenmeister Vogede, vnd der geliken, hebben ahn desssen landen, Inwoner dessser lanth vnde ouer vnsse Slothe Borge vnde lene darsuluest doen vnd anders nemande wertliken luden, dede van

dem addell bynnen landes gebaren synt, Men schall ock twye des Jahres gemeyne landtdage vorschriuen, Achtedage na Passchen Jn dem Furstendome Slesswigk bynnen Flensborch, vnd Achtedage na Michaelis In deme Furstendome tho Holsten, bynnen dem Kyle, vnd allssdar alle vnd Islike ssake vorhoren vnd mit rechte scheiden, Wes de lanthdroste vnd landessmarschalck mit anderen vnssen Reden, dede sse dar tho gebruken, desssen vorgeschreuen Furstendomen tho besthen, vnd tho bestande nuttest bedencken konen, myt thohopessate eynicheit vnd vrede vptorichtende lantfrede to bedende, myt naberen to vorwetende, wes sse der haluen beden schicken, effte setten, wo dat vns nicht tho schaden vnd nadell sy: stede vast holden, Wy lathen ock to vnde befulborden, In Crafft dessses breues dat de landtdroste, offte Marschalck, vnd vnsse rede, mogen vorfolgen vnde Rechten de Jennen dede hir ent Jegene dön, Weret ssake dat Jenich toch vyenthdichliker wisse bynnen edder buthene landes, vorhanden worde, dar Jemant gefangen edder gegrepen worde denn schole wy vnsse eruen vnd nakomelinge vorplichtet syn van vengkenisse vnd veltschaden tho quitene, vnde to lossende, Wy scholen vnd willen ock In den Furstendomen Slesswigk Holsten Stormaren, nene andere munthe ansetten, Men alsse tho lubecke vnd hamborch genge vnd geue ys Alle desse vorgeschreuen, articule lauen vnd Szweren Wy Frederick vpgenant, lyfliken In den hilligen by vnssenn koningliken eren truwen vnd gelouen stede vast vnd vnuerbroken, ewichliken tho holdende, vnd vor vns vnsse eruen vnde nakomelinge alle dessse vorschreuen Articule stucke vnd puncte sampt vnde eyn Islick besundergen, den Hochwerdigen vnd Werdigen Gestrengen Erenthuesthen vnd Erssamen Hern, Prelathen, Riddersschupp Mansschupp vnd gemeynen Inwoneren der Furstendome Slesswigk Holsten vnd Stormarn eren nakomelingen, vnde eren eruen, vnd to truwer handt Reden dersuluen Furstendome stede vnd vast ewigen vnuorbroken tho holdende, sunder arg vnde ane geuerde, Vnde hebben des vnsse Furstelike Secrete nedden ahn desssen breff mit frygen Willen Wethene vnd vulborde tho Staduestinge vnde Orkunde der Wahrheit hangen lathen, Dede gegeuen is In vnser Stadt Kyle Im Jare nha Christi vnses heren gebort dusent viffhundert vnde veer vnde twintich ahm fridage nha vnsses Heren hemmelfahrt.

(L. S. electi regis.)

V. Kopenhager Vergleich
1658.

(Das Herzogthum Schleswig wird aus dem Lehensverband mit Dänemark losgesprochen und für souverän erklärt.)

Zu wissen, Als vermittelst Göttlicher Väterlichen Versehung, auch embsiger ganz sorgfältig- und unverdrossenen Bemühung, der von beeden Höchstpreislichen respectivè Crohn Franckreich und Respublicq von Engeland,

Schottland und Irrland, hierzu Gevolmächtigten Ambassadeurn Excell. Excell. zwischen beeden auch Hoch Löbl. Nordischen Crohnen, den 26 Februarii dieses Jahres, in Röeschild, ein unverbrechlicher Friede auffgerichtet, und von allen hohen Interessenten beständigst vollenzogen, auch selbigem Artic. 22 aussdrücklich und woll wissentlich inseriret, dass S. F. D. zu Schlesswig, Holstein Gottorff, zumahln wegen enge der Zeit, dero Commissarien in loco tractatuum so zeitlich nicht erscheinen mögen, dero habende gravamina et postulata, so der bei angeregten Frieden-Schlusse von beiden Königl. pacisci-renden Theilen gemachten beliebniss nach, ad executionem pacis mit gezogen, und für abführung der Königl. Schwedischen Armée ihr Richtigkeit erlangen solten, bestehende:

1. In erlassung des üblichen Vassallagii über das Hertzogthum Schlesswig, und dessen zugehörigen Insulen und Landen, und hingegen einwilligung der unbeschränckten Souverainetaet über gedachtes Herzogthumb Schlesswig, oder sonst Süder Jüttland genant, mit allen zugehörigen Insulen und pertinentien.

2. Abtretung des Schlesswigschen Capituli, mit allen Juribus, wie auch einräumung des Ambts Schwabstedt mit seinen pertinentiis, wie solches tempore primae occupationis in seinen entscheiden und zubehörungen gewesen.

3. In abolitione Communionis, über Prälaten, Noblesse und dahin gehörigen, in den Fürstenthumben belegenen gesambten Ständen.

4. In erstattung des occasione hujus belli verursachten, auch Schrifft- und mündlich versprochenen Schadens.

5. Leistung gnugsahmer Sicherheit, dass man die Fürstenthümbe, sonderlich S. Fürstl. Durchl. Antheil, derogestalt nicht mehr de facto überziehen, noch bequartiren wolle.

6. In entlicher abhelffung einer Geld-foderung die praequation genant.

7. In abführung von Anno 1635 restirenden Jährlichen verschriebenen 5000 Rthlr.

8. In abstellung der einseitig angemassten Superioritaet über das Closter Uetersen.

9. In verschiedenen andern gravaminibus, als auffhebung der über etzliche unter die gemeine Regierung gehörige Kircheu sich einseitig angemasseten visitation, Cassirung des zu Ueltzeburg, in Schmälerung des Kiehlischen de facto angelegten newen Zolles, wegen des im Amte Tundern bey Sildt und Föhrde disputirlich gemachten Oesterfangs, wegen der von den Königl. Holsteinischen Städten vorgenommenen separation des vier Städte-Gerichts, und Wahl deren Syndici, bey dem Closter Itzehoe, durch einseitige Vorlahdungen, der gemeinen Regierung zum praejuditz angemasseten Hoheit, so dann wegen der Wasserlösungen bey Rutenbül und Vahretofft, und was etwa dergleichen mehr sein möchten, dasselbe intra annum et diem vel amicabiliter vel via juris beizulegen, zwischen dato des getroffenenen Vergleichs, und 2 May selbigen Jahrs, gleich andern in dessen Frieden-Schluss begriffenen puncten, solten der billigkeit nach erörtert und abgethan werden. Und dan S. Fürstl. Durchl. durch dero Gevolmächtigte Gasandten diesem allen nach-

zuleben, in Zeiten gen Copenhagen abgefertiget, die auch dero Instruction zu folge, nach abgelegten curialien und ceremonien, das Hauptwerk angetreten, und mit der Königl. Dennemarkischen Herrn Herrn Commissarien Exc. Exc. vorschiedene so Schrift- als Mündliche communication und conference gepflogen, dass demnach endlich nach vielfältig gehabter Bemühung hochged. Herrn Herrn Mediatorn Exc. Exc. durch der Königl. Schwedischen allhier anwesenden Herrn Herrn Ambassadeurn Exc. Excell. cooperation und wohlmeintlichen Adsistence obigbesagte Sachen nachfolgender gestalt Güt- und Friedlich beigeleget und vereinbahret.

1. Anfänglich erlassen Ihre Königl. Majest. zu Dennemarck, Norwegen, nebst dero hochansehnlichen Herrn Reichss-Rähten, ans gutem wohlbedachtem Gemüthe, freyen willens, S. Fürstl. Durchl. dero Eheliche Mann Leibs-Erben, und dero Eheliche Descendenten, Männlicher linie, die Lehenss-empfangnüss über das Hertzogthumb Schlesswig der Insul Fehmarn, und allen deren pertinentien, Cediren und überlassen, in gegentheil höchstged. Fürstl. Durchl. nebst obgedachten dero Hohen angehörigen Ehemännlichen Descendenten, so lange deren ein einiger im Leben seyn wird, die Souverainität und das supremum Dominium una cum directo et utili über das Hertzogthumb Schlesswig, oder sonst Süder Jüttland genant, mit allen von höchstged. Crohn hieher gehörigen und dependirenden Insulen und pertinentien, immassen dass hierüber auffgerichtetes Diploma solches mit mehren besaget.

2. Tretten Ihr Königl. Majestät zu Dennemarck, Hertzog Friederichen zu Schlesswig, Holstein und dero Fürstl. Männlichen Erben, Männlicher Linien abe, den Halbschiedt des Thumb-Capittels zu Schlesswig, nebst seinen Juribus und Gerechtigkeiten, wie auch aller Jurisdiction über die Cathedral-Kirche, der Prediger und Kirchen-Diener, so wohl der Schulen, und darzu behörigen Bedienten, dessgleichen in Schlesswig und Lulfuss belegenen, vor diesem unter das Capitulum gehörige Unterthanen gesambte Häuser und sonst habende Gerechtigkeiten, wie nicht weniger das Ampt Schwabstäde, mit seinen Pertinentiis, wie solches von weiland Könige Christian dem vierten, und jetztregierender Königl. Majestät zu Dennemarck, Norwegen, bis auf diese Zeit besessen und possediret worden, ausgenommen die 18 Hufen, so Ihr Königl. Majestät an S. Fürstliche Gnaden Hertzog Ernst Günthern zu Schlesswig Holstein verkauffet, und begeben sich daneben die Herrn Reichs-Räthe für sich, und an statt des Reichs Dennemarck aller darauff gemachten praetentionen und absonderlichen anspruchs, gestalt auch das hierüber ertheiltes Uhrkund mit mehren besaget.

3. Wegen abolition der bisshero geführten gemeinen Regierung über Prälaten, Ritterschafft und Städte, haben Ihr Königl. Majestät und Fürstl. Durchleuchtigkeit, alss beyde regierende Herren, zumahlen hieselbst wegen enge der Zeit, solchen Punct man nicht Hauptsächlich abthun können, sich verglichen, dass Sie bey erster ihrer Ankunfft in die Fürstenthümber, hierüber nähere freund-vätterliche Communication pflegen, und sich einer schliesslichen Meinung vereinbahren wollen.

4. Der Passus Satisfactionis des erlitteten Schadens halber bey vergewesener Kriegs-Unruhe, ist in ansehung des remittirten Vasallagii über Schlesswig, auch bester beybehaltung unverrückten respectivè Freünd-vätterl. und Brüderlichen, wie auch Nachbahrlichen wohlwollens, zwischen Ihr Königl. Majestät und Fürstl. Durchl., wie auch dieser löblichsten Crohn Dennemarck, und Fürstenthümber, auch aller Eingesessenen und Angehörigen, von der HHn. Mediatoren Excell. Excell. dahin vermittelt, dass S. Fürstl. Durchl. denselben aus Lieb und Freundschaft wollen schwinden und fallen lassen.

5. Die gesuchte cautio, de Imposterum neq; nocendo neq; offendendo, wird von Se. Fürstl. Durchl., als die sich von Ihrer Königl. Majest. und diesen löblichsten Crohnen, nach nunmehr beigelegten Irrungen, alles Liebes und Gutes, auch aller Nachbahrlichen wohlwollenden Correspondence, dero Königl. und Nachbarlichen Versprechen zufolge, versichert halten, auch selbe mit aller geflissenheit und wohlanständigen affection beyzubehalten, und auff die Liebe posterität zu verpflantzen, von Hertzen geneigt, allerdings remittiret und nachgelassen.

6. Alss auch bey diesem sechsten Punct, abseiten Ihr Königl. Majest. angeführet, dass weilen dieser Punct auff Rechnung und gegen Rechnung bestünde, selbe aber wegen abwesenheit, theils deren, so sie geführet, alss auch andern Ursachen, nicht wol in so geschwinder eil abzuthun, die übrige specificirte Puncte auch viele Zeit, selbe gründlich hinzulegen, erfordern würden. So haben Ihr Fürstl. Durchl. auch hierin ihre Wilfährigkeit gar gerne contestiren, und dem Zufolge hiemit einwilligen wollen, dass non obstante, der in Instrumento Pacis praecise vorgesetzter terminus des 2. May verfliessen thäte, sie dennoch diese Ausstellung geschehen lassen könnten, Nurten, dass man in den ersten 6 Monaten sich über angeregte und ander Beschwerden, entweder freund-vätterlich vergliche, oder in denen darauf folgenden andern 6 Monaten in eventum zu vergleichen, einen Gerichtlichen Spruch, deme man sich zu beyden Theilen, ohne weitere Exception unterwürffe, veranlasse und erwarte. Und weilen allerhöchstged. I. Kön. Maj. auch hierbey die Erledigung ihrer habenden gravaminum, so sie künfftig specificiren werden, gesuchet, und hochged. Fürstl. Durchl. über diese so benambte als unbenambte Puncten reciprocè ein gleichmässiges zu observiren begehret, haben S. Fürstl. Durchl. auch nicht ungerne sich mit dazu verstanden; Alss seynd damit in Gottes Nahmen die nahmhafft gemachte gravamina et postulata mit allerseits guten Vergnügen, theils Hauptsächlich, theils provisionaliter abgethan, annebst bei Königl. und Fürstl. Worten, dann auch wahren Worten und Glauben beständigst versprochen, hierüber zu halten, davon unter keinen praetext, wie die auch Nahmen haben möchte, oder von Menschen Sinnen erdacht werden könte, abzuweichen, auch diese nicht weniger als in dem Friedens-Schluss aussgedrückte Puncte, unverbrüchlich und lediglich zu beobachten, und dahin zu gedencken, wie diese abereinsten auffgerichtete gute Verständnüsse bey kräfften erhalten, und auf allerseitige liebe Posteritet, getreulich transmittiret, und weiter gepflantzet werden möchte.

Schliesslichen ist auch von J. K. M. und Fürsl. Durchl. beliebet, dass fürtersahmhst, vermittelst dazu hinc inde erwehlenden Commissarien, die Manck-Güter, sonderlich im Ambte Hadersleben und Schwabstedt nach der billigkeit und wehrt, so viel thun und müglich, sollen permutiret und aus einander gesetzet werden.

In Uhrkund dessen und zu unwidersprechlicher Haltung obiges alles haben die Wohlgebohrne Herren, Herr Hugo Terlo, Ritter von St. Johann in Jerusalem, Rath des Christl. K. in Franckr. und Ordinar-Ambassadeur am K. Schwedischen Hofe, und Hr. Phil. Meadowe, Commissarius und Ambassadeur am K. Dennem. Hofe, als Hn. Hn. Mediatorn Excell. Excell. wie auch die K. Schwed. Ambassadeurs Excell. Excell. die wohlgeb. Herren, Hr. Steno Bilcke, Freyherr zu Corpo, Hr. zu Geddeholm, Grossöen, und Tünga, J. K. M. und dero Reiche Schweden Rath, Admiral und Admiralitäts-Rath und Herr Peter Julius Cojet, auf Bentzboda Erbgesessen, Ritter Ihr Kön. Maj. zu Schweden Hof-Rath, Secretarius status, und Assessor im General-Commercien-Collegio, als beederseits Königl. Assistenten, So dann der Wohlgeb. Herr Heinrich Rantzaw, zu Schöneweyde Erbgesessen, Ritter, Königl. Dennemärckischer Reichs-Rath und Amtmann auff Ackier, und der Hoch-Edelgebohrne Friederich von Ahlefeld, Königl. Dennemärckischer Landrath in den Fürstenthümen Schlesswig, Holstein, und General Kriegs-Commissarius, der regierenden Fürstl. Durchl. zu Schlesswig, Holstein, hierzu gevollmächtigte Gesandte, der Wohlwürdig, Wohl-Edler, Gestrenger Johann Adolph Kielmann, Höchstged. I. Durchl. geheimter- und Cammer-Rath, Hof-Cantzler, Amtmann auf Mohr-Kirchen. Thum-Probst in Hamburg und Erbgesessenen auf Satrupholm, und der Wol-Edelgeborner, Gestrenger Levin Clauss Moltke mehr höchstged. J. F. Durchl. geheimter- und Cammer-Rath, Erbgesessen auf Knop, dieses unterschrieben und seynd hierüber zwey Instrumenta eines Inhalts, davon I. Kön. Maj. das eine, und I. Fürstl. Durchl. das andere zu sich genommen, verfertiget worden,

So geschehen in Copenhagen, den 12. May, Anno 1658.

Souverainitaetsdiplom.

Wir Friderich der III. von Gottes Gnaden zu Dennemarck, Norwegen, der Wenden und Gothen König, Hertzog zu Schlesswig, Holstein, Stormarn und der Dithmarschen, Graff zu Oldenburg und Delmenhorst, thun Kund und bekennen hiemit für Uns, alle nachkommende Könige in Dennemarck, gegen Jedermänniglichen, alss für Jahren, und zwar in Anno 1326. König Woldemar, mit Consens und Einwilligung dieser löblichsten Crohn Reichs-Räthen, wegen diesem Reiche vielfach erwiesenen getrewen Diensten, Graff Gerharden von Holstein und seine mit beschriebenen, mit dem Hertzogthumb Schlesswig belehnet, sothane Belehung auch nachgehends weiter auf die Löbl. Oldenburgische Linie verstammet, und bis auff gegenwertige Stunde unverrucket dabey geblieben, gleichwohl wahrgenommen, dass zu Zeiten, so wohl wegen gedachten Lehens-Eigenschafft und qualität, als andern Umbständen, Zwiespalt und Nach-

theil erwachsen wollen, inmassen dann selbigem Zeitlich vorzukommen, in Anno 1679 den 25. Martii in Odensee, ein nahmhaffter Vergleich darüber auffgerichtet und verabredet worden. Wiewohl man auch obigbedeuteten Mängelen dadurch vollenkömlich abgeholffen, und remediiret zu haben, in guter Hoffnung gestanden, So haben jedoch die nachfolgende Jahre zu Tage geleget, wie einige ungleiche deutung und veranlassung zu newen Zweyungen anlass geben könnte, gestald, der Hochgebohrne Fürst, unser Freundlich lieber Vetter, Bruder und Gevatter Herr Friederich, Erbe zu Norwegen, Hertzog zu Schlesswig, Holstein, etc. sich durch dero Abgesandten bey den jüngsten Rothschildischen Friedenss-Tractaten höchlich beschweren lassen, dass in den überstandenen Kriegen die Fürstenthümber Schlesswig und Hollstein, öffter mit der Cron Völcker über deroselben ersuchen beleget, auch in dem newlichsten Schwedischen Kriege von beyderseits kriegenden Partheyen allerhand disordres verübet, worüber nicht allein das Land guten theils ruiniret, sondern auch vor hochged. unsers Freundlichen lieben Vettern, Brudern und Gevattern Ld. viele beschwerliche Ungelegenheiten zugewuchsen, immassen S. Ld. solches nicht allein bey denen zu Rothschild geschlossenen Friedens-Tractaten, sondern auch hieselbst mit mehrern Schrifft- und Mündlich anführen, und dero behueff gehörige und auff ein Grosses sicher streckende reparation und Satisfaction suchen lassen. Auch erhalten, dass solches dem Rothschildischen Instrumento pacis in 22 Art. mit inseriert und der bey angeregten Frieden-Schluss von beeden Königlichen paciscirenden Theilen gemachten beliebnüss nach, zur execution des Frieden-Schlusses derogestald gezogen worden, dass für Abführung der Königl. Schwedischen Armee aus diesem unserm Reiche und Fürstenthümben, und also für den 2. Maij solches seine Richtigkeit haben solte. So selbsten haben wir, in ansehung I. Königl. Maj. der König in Schweden durch dero ansähentliche legaten auch zugleich urgiren lassen, dess S. Ld. dero erlittenen schadens, und damit Ihro des halb Vergnügung geschehe, nicht weniger, damit hinführo besser vertrauen, und nachbarliches bestendiges Wohlwollen wieder gestifftet, und alle Missverstände auf einmahl und auss dem Grunde gehoben und abgethan werden möchten, mit zuziehung unserer geliebten Herrn Reichs-Räthe allesahmentlich nach reiflich überlegten Sachen wohl wissent- und bedächtl. S. Ld. und dero ehelichen Mann Leibes Erben und Descendenten Mänlicher Linie, von mehrbesagter Lehens Empfangnüs des Hertzogthumbs Schlesswig, wie auch der Insull Fehmarn, hiemit ohne einige reservation und Vorbehalt liberiren, befreyen und Lossprechen wollen.

Liberiren, befreyen und lossprechen, auch mit diesem Hochged. S. Ld. und dero obgenandte Ehe-Mänliche Descendenten, von jetz gedachter, uns und hiesigem Reich, nach einhalt des angezogenen Odensehischen Vergleichs, vorhin geleisteten Lehens-Pflicht und vasallagio allerdings und volgentzlich. Aboliren dasselbe mittelst diesem also und dergestald, dass hinführo noch wir, noch keiner von uns und unsern Nachkommen am Reich, noch diese Cron, unter wass pretext auch solches geschehen könnte, ferner, so lange vor Hochged. Hertzog Friederichen Linie, Ehe-Männlichen Geschlechts

wehret, einige praetension, oder Anspruch auff angeregtes Hertzogthumb Schlesswig, so viel Ihr Ld. davon jetzo oder künfftig besitzen, es sey bey Fried, oder Krieges-Zeiten, machen oder fürnehmen wollen.

Cediren demnach und überlassen hochged. S. Ld. und mit deroselben den gesambten Hertzoglichen männlichen descendenten, das Hertzogthumb Schlesswig, mit allen seinen Entscheiden, Gräntzen, Limiten, in dem Stande, wie sich jetzo dasselbe befindet, von I. Ld. biss auff diese Zeit ruhig besessen, mit allen Pertinentien, Schlössern, Praelaten, Adel und Lehen-Leuten, geist- und weltlichen Ständen, Städten, Bürgern und Bauren, Vestungen, cum mari et Portubus, Seen, Wassern, Fähren, Strömen, Hoheiten, Herrlichkeiten und Gerechtigkeiten, Gerichten und Rechten, und allen Fürstlichen Regalien, Jurisdictionen, Lehnen, Lehn-Waaren, Gülten, Zinsen, Einkommen, Nützungen, Früchten, und allen andern wie es genannt werden, oder Nahmen haben möchte, nichts überall aussgenommen, gleich selbiges alles für Jahren von I. Ld. und dero löbl. Vorfahren an der Regierung solches vormahls, und bis auff diese Zeit jure infeudationis, welches jetzo erloschen, freyest besessen, beherschet und regieret worden. Cum dominio directo et utili, wie auch sonderlich sublimi Superioritatis plenissimo jure, die Souverainitet genannt, mit allen ihren Würden und Vorsitzen, auch allen andern Einkommen, wie die Nahmen haben mögen, auch jetzo genossen, und künfftig genossen werden können, doch dass dem Adel, Städten, Bürgern und gesampten Unterthanen ihre Güter, Possessiones, wohlersessene libertät, Gerechtigkeiten, Privilegien in Ecclesiasticis und politicis, ohne hindernüs ungekrencket verbleiben, und mit diesem ausdrücklichen reservat, dass gleich den Aemptern oder Lehen, Ripen, Meeltundern und Colding, sampt den zu dem Rieper Capittel gehörigen Gütern, durch dieser Hoheits-Cession, kein Verfang oder praejuditz zugefüget, also auch den Fürstl. Aemptern, sonderlich Tundern, Lugum-Closter und Apenrade, hierdurch an ihren hergebrachten Juribus und Gerechtigkeiten, so sie etwa wegen ihrer im Königlichen Bezierck belegenen Ampts-Unterthanen, oder sonsten haben, kein Nachtheil soll zugezogen werden, sondern alles und jedes, bis man sich einiger permutation halber verglichen, in vorigen Stand verbleiben, die Reichs-Grentzen in ihren uralten limitibus und Scheiden, auff allen seiten unverändert, und das Reich in seinem Bezirck, bey der geist- und weltlichen Jurisdiction, zu Lande und Wasser unperturbiret, nach wie vor gelassen werden. Massen wir dann auch hiebey ausdrücklich bedingen, dass dieses Hertzogthumb Schlesswig grossen Theils gantz, uns der Cron und den Successorn zum Nachtheil nicht zuveralieniren, sondern in jetzigem souverainen Stande und seiner Consistence so lange hocherwehntes Hertzog Friederichen Ld. Ehemännliche linie im Leben sein wird, zu lassen sey. Wir führen demnach S. Ld. nebst dero hohen mit beschriebenen, gebohrnen und ungebohrnen, obspecificirter massen in die würckliche possession und geruhigen Besitz gedachten Hertzogthumbs Schlesswig, wie auch der Insul Fehmern, nebst den angehörigen und zustehenden Hoch- und Gerechtigkeiten, nichts überall aussgenommen, begeben uns für uns und unsere

Nachfolger am Reich Könige zu Dennemarck, wie auch unsern gesampten Ständen, und aller Eingehörigen dieser Crohn Dennemarck, biss dahin auff angeregtes Hertzogthumb Fürstl. Gottorffischen Antheils, dissfalls gehabt, oder jemahlen zugestandene an- und zusprüche, bevorab des juris infeudationis et sublimis Dominii, wie auch aller zur Lehen-Gerechtigkeit gehörigen Sachen, gestaldt wir dann mit diesem solche Lehen-Muhtungen, wie die von alters, auch nach dem Odenseischen Vertrage gebräuchlich und hergebracht gewesen, oder sonst beliebet und verabredet worden, gäntzlich aboliren, abthun und vernichten, auch so lang Hertzog Friederichen Ld. linie Männlichen geschlechts seyn wird, noch durch uns und unsere Nachfolgere an der Regierung im Reich, es sey heimblich oder öffentlich dawieder handeln, oder handeln lassen wollen. Es sollen auch alle Brieffe, die dieser unser wohl wissentlich auffgerichteten Transaction zuwiedern seyn, hiemit abgethan, anuulliret, vernichtet und getödtet sein, auch zu keiner Zeit quoad hunc passum, wieder Seiner Ld. oder dero hierin mit beschriebene allegiret werden, jedoch allen andern Verträgen, in specie der ewig wehrend beliebten union, im übrigen unpraejudicirlich und unschädlich, die dann in allen Puncten und Clausulen, ausser was wegen Auffhebung der investitur im obigen beliebet, in ihrem vigor und Stande verbleiben, und dass die bey den Land-Tage von den Ständen geklagte gravamina abgethan werden. Verzeihen und begeben uns demnach aller auss geist- und weltlichen Rechten, bereits erdachten, oder künfftig ersinnenden exceptionen und beneficien, wie die auch Nahmen haben mögen, ohne Gefehrde. Zu Urkund haben wir König Friederich diesen Brieff mit unserm Königlichen Secret Insiegel und Eigenhändiger Unterschrifft bekräfftiget, wie den auch die Herrn Mediatores, und unsere getreue liebe Reichs-Räthe zu mehrer Bekräfftigung diesen Vergleich nebst uns zugleich mit unterschrieben und versiegelt.

So geschehen auff unser Königl. Residentz, Copenhagen den 2 May Anno 1658.

Friederich.

Le Chevalier de Terlon, *Ambassadeur de France.*

Phil. Meadowe, *Ambassadeur d'Angleterre.*

Und wird nach beschriebene der Reiche Dennemarck, Norwegen Räthe respectivè Reichs-Hoffmeister, Reichs-Admiral, Reichs-Cantzler, Landsdömer in Seeland, Stadthalter in Norwegen und Obrister Rentmeister, auch Ambtleute etc. haben zu mehrer und fester haltung alles dessen so obstehet, für uns und im Nahmen des gantzen Reichs und unsern Nachkommen, dieses wohl wissentlich und wohl bedächtlich mit unsern eigenen Händen unterschrieben, und angebohrnen Adelichen Pitschafften befestiget, wie dann auch mehr gedachte Herren Mediatores, so diesem Tractat mit bey gewohnet, solches mit ihrer Unterschrift und Insiegeln corroboriren wollen. Anno et die ut supra.

VI. Altonaer Vergleich

1689.

(König Christian V. von Dänemark stattet dem Herzog Christian Albrecht von Schleswig-Holstein die occupirten Lande und die Souveränetät über Schleswig zurück.)

Kund und zu wissen sey hiermit jedermänniglichen, was massen die zwischen Ihr. Königl. Majestät zu Dennemarck Norwegen, und dess Herrn Hertzogs zu Schlesswig-Holstein Fürstl. Durchl. eine Zeitlang sich enthaltene schwere Differentien durch sorgfältige Vermittelung Ihr. Kays. Maj. auch dess Hrn. Churfürsten zu Sachsen und dess Hrn. Churfürsten zu Brandenburg Durchl. Durchl. auf folgende Art beständig verglichen und beygeleget worden.

1. Soll eine General-Amnestie und ewige Vergessenheit alles desjenigen sein und bleiben, so bishero an beeden Theilen, auch deren Ministris, Unterthanen und Angehörigen vorgenommen oder geschehen seyn mag, und dahero niemand derselben beyderseits mit einiger Verantwortung, Entgelt oder Schaden desshalben beladen werden; Dahingegen eine ewige, unzertrennliche Freündschafft und Vereinigung zwischen Ihr. Kön. Majestät zu Dennemarck-Norwegen, dero Erb- und Successoren in der Regierung und Ihr. Fürstl. Durchl. zu Schlesswig-Holstein und dero Nachfolger, hiemit wiederum erneuert und fest gestellet seyn.

2. Restituiren Ihr. Königl. Majestät zu Dennemarck-Norwegen dess Herrn Hertzogen Durchl. in dero Lande, Insulen und Güter, in specie das Gut Gottes Gabe, ihre Souverainität, Regalien, Jura Collectarum, Foederum, Vestungen zu bauen und zu besitzen, und sonsten in Summa, in alle die Jura, Hochheiten, Rechte und Gerechtigkeiten, wie sie dieselbe vor und nach dem Westphälischen und Nordischen Frieden, bis zu Anno 1675 gehabt und besessen, auch was Ihr. Fürstl. Durchl. nach dem Fontainebleauischen Frieden zukommen kan, welche Friedens-Schlüsse dann hiemit nochmahlen confirmiret werden, ingleichen dero Bediente und Angehörige in ihre Güter und Capitalia.

3. Als auch Ihro Fürstl. Durchl. in dero Postulatis unter andern mit desideriret, dass Ihro Königl. Majest. die Insul Fehmern samt denen Aembtern Steinhorst, Trembs-Büttel und Trittau, von der darauff hafftenden Hypothec und Schuldforderung liberiren, und Ihr. Fürstl. Durchl. absque ullo onere restituiren möchten: So wollen Ihr. Königl. Maj. zu mehrer Bezeügung Dero auffrichtigen Freündschafft, schwägerlichen Affection und Gewogenheit gegen dess Herrn Hertzogen Durchl. sich der Hypothec und Anspruchs, so sie auf das Ambt Trittau haben, begeben, und solches Ihro Fürstl. Durchl. zugleich mit Dero andern Landen wieder einraümen; was aber die respectivè Insul und Aembter Fehmern, Trembs-Büttel und Steinhorst anbelanget, weiln selbige nicht in Ihro Königlichen Majestät, sondern Dero Herrn Bruders Printz Georg zu Dennemarck Königlichen Hoheit Händen seynd, hat die höchst und hohe Mediation zu desto besserer Veststellung und Beybehaltung des Ruhe-Standes in Norden, und diesem Nieder-Sächsischen Creyse, woran dem publico so viel gelegen, auf sich genommen, die Mittel zu verschaffen, und beyzubringen,

Seine Königl. Hoheit wegen der darauff habenden Pfand-Summa ohne Ihro Königlichen Majestät zuthun und Nachtheil zu contentiren und zu befriedigen, auch höchstbesagter Ihr. Königlichen Hoheit Consens zu verschaffen, damit gemeldte Insul und Aembter sothaner Gestalt an Seine Fürstl. Durchl. ebenfals frei und ohne Entgelt, auch Schuld- und Pfandfrey restituiret werden mögen.

4. Da hingegen renuncliren Ihr. Fürstl. Durchl. allen An- und Zusprüchen, so sie nicht allein an Ihr. Königl. Majestät um willen dieselbe eine Zeitlang dero Lande inne gehabt, besessen und genossen, machen könnten oder möchten, sondern lassen auch desswegen diejenige Processe wieder das Fürstliche Haus Plön, so sie am Kayserl. Reichs-Hoff-Rath erhoben, schwinden und fallen.

5. So viel die Unionen, Pacta Familiae, und andere bis zu Anno 1675 auffgerichtete Verträge, wie auch die Communionem angehet, bleibet es bei dem bis dahin üblichen Herkommen, und dem buchstäblichen Einhalt des Westphälischen, Nordischen und Fontainebleauischen Friedens, auch bleiben alle rückständige Kammer-Intraden und Contributionen Königlicher Seiten allerdings unexigiret.

6. Die übrige Gravamina werden ad amicabilem Compositionem, in Entstehung deren ad viam juris verwiesen, und soll kein Theil wieder obiges alles via facti ichtwas unternehmen.

7. Die Ratificationes über diesen Vergleich sollen innerhalb 14 Tagen à dato der Unterschrifft allhier in Altona ausgewechselt, und alsobald darauff, und längstens innerhalb 8 Tage darnach ohnfehlbar würcklich bewerckstelliget werden.

Zu wahrer Urkund seynd zwey gleichlautende Exemplaria ausgefertiget, unterschrieben und besiegelt, auch beyden Theilen behändigt worden.

Geschehen zu Altona den 20 (30) Junii 1689.

VII. Garantietractate über das Herzogthum Schleswig 1715. 1720.

(Im Auszug.)

Auszug aus dem mit dem Könige von Grossbrittannien geschlossenen Tractate,

d. d. Gottorf 11. Juni 1715.

Wir Friederich IV. etc. etc. Uhrkunden und bekennen hiemit; Demnach des Königs von Schweden Maystt. bisher alle von Wohlgesinnten Puissancen Ihro angetragene Neutralitets- und Friedens Propositionen mit Verachtung, Indignation und Bedrohung von sich gewiesen, dadurch der Nordische Krieg . . . . . veranlasst, zwischen Uns und des Königs von Gross-Brittannien

Maystt. nachfolgendes Foedus, welches respectu der bei dem gegenwärtigen von der Crohn Schweden veranlasseten Kriege vorzunehmenden operationen, offensivum et defensivum, sonst aber und in anderen künftigen Fällen defensivum sein soll, hiemit geschlossen worden.

Art. 11.

Weil Wir das Fürstl. Hauss Holstein-Gottorf der Satisfactions- und indemnisations praetension desswegen, dass die Schwedische Armée unter dem Feldmarschall Graffen Steinbock mit Veranlass- und Bewilligung sothanen Fürstl. Hausses in die Herzogthümer Schlesswig und Holstein eingedrungen, auch endlich dem Graffen von Steinbock von selbigem Fürstl. Hausse gar durch einen förmblichen mit Ihm gemachten Tractat die Festung Tönningen eingeräumet, dadurch aber Unseren Landen ein überauss grosser Schade zugefüget worden, nicht erlassen wollen, sondern darauf absolute bestehen, dass Wir dafür den Fürstl. Antheil des Herzogthumbs Schlesswig behalten wollen, so versprechen Se. Königl. Maystt. in Gross-Brittanien hiemit und obligiren Sich für Dero Erben und Nachkommen, dass Sie Uns, Unsre Erben und Nachkommen bei dem Besitz, Genuss und Eigenthum sothanen Fürstl. Antheils vom Herzogthum Schlesswig contra quoscunque kräftigst mainteniren und garantiren helfen und zu dem Ende jedesmahl, wann es die Noth erfordern und von Unser Seiten an Se. Königl. Maystt. in Gross-Brittannien oder Dero obmitbeschriebene begehret werden wird innerhalb *sechs* Wochen a die requisitionis die in nechstvorhergehendem 10ten Articul determinirte Hülfsleistung unfehlbar leisten wollen und sollen, auch übrigens nach Erforderung der Umbstände mit aller Macht und auss allen Kräften beystehen.

Art. 12.

Was aber dem Fürstl. Hausse Holstein-Gottorff an statt seines bisherigen Antheils vom Herzogthum Schlesswig etwa anderweit zuzuwenden, das soll auf den itzigen Convent zu Braunschweig verwiesen werden.

Art. 16.

Wenn Jemand aus dem Fürstl. Hausse Holstein-Gottorf zu der Crohn Schweden, es sei über Kurtz oder lang Kommen sollte, so soll dessen Antheil an denen Holsteinischen Landen auf den nechsten Agnaten fallen und nie verstattet werden, dass ein König von Schweden etwas in Holstein besitze, welches zu verhindern, casu eveniente, wann es nöthig, Wir mit der Gross-Brittannischen Crohne alle Unsre Kräffte zusammensetzen wollen, und wie man mit des Königs in Preussen Maystt. ein gleiches pactiren wird, also will man Sich auch bey dem jetzigen Congress zu Braunschweig gemeinschaftlich bemühen, mit anderen Puissancen deshalben sich bündig zu vereinigen und die Nothdurfft zu concertiren.

Art. 23.

Enthält: Kein Theil soll Frieden schliessen, ehe beide Theile sich im Besitz der gegenseitig garantirten resp. Schwedischen (Bremen und Verden)

und Schlesswigschen Lande befinden werden, und sollen die Garantien dieser Lande auch nach dem Frieden mit Schweden in perpetuum fortdauern.

Königl. Grossbrittannische Declaration über den 12. Articul des verstehenden Tractats.

Nachdemmahlen der Zwischen Ihr Königl. Maystt. in Dennemarck, Norwegen und Sr. Königl. Maystt. in Gross-Brittannien errichtete Tractat zu Beyderseitigen Ausswechselung gediehen, der darinnen enthaltene zwölffte Articul aber noch eine Erläuterung von nöhten gehabt; so ist hiemit stipuliret und festgetzet worden, dass, wann allenfalls und wider alles Vermuhten dem Fürstl. Hausse Gottorff für sein Antheil des Herzogthums Schlesswig einige Satisfaction oder etwas davor solte zuerckanndt werden, der König von Engelland und der König in Dennemarck darinnen zu gleichen Theilen gehen wollen, und zwar dergestalt und also, dass auf obenerwehnten Fall, die Satisfaction des Hausses Gottorff betreffend, Keinem Theil mehr als dem andern aufgebürdet werden solle. Damit auch allen darüber entstehenden Irrungen vorgekommen werde, so versprechen und obligiren sich des Königs von Engelland Maystt. hiemit, dass gleichwie dieselbe dem König in Dennemarck das Herzogthum Schlesswig, Fürstl. Antheils aufs bündigste garantiren, Sie auch demjenigen, was wegen der zwar nimmer zu vermuhtenden Satisfaction des Hausses Gotorff, hoc passu verabredet worden, zu allen Zeiten nachkommen wolten, auch den König in Dennemarck dabey Kräfftigst garantiren und mainteniren.

Art. VI. des mit Schweden abgeschlossenen Friedensburger Friedens,

d. d. Stockholm 3. Juni 1720.

Pareillement comme son Altesse Sérénissime le Duc de Schleswic-Holstein a été enveloppé dans la Guerre du Nord, et que l'étroite liaison du sang qui est entre sa dite Altesse et la Couronne de Suede pourroit être considerée comme un obstacle à la décision de ce qui regarde le Duché de Schleswic, Sa Majesté Suedoise pour elle, et la Couronne de Suede, déclare et promet par ces présentes de ne s'opposer directement, ni indirectement à ce qui sera stipulé en faveur du Roi de Dannemarc, concernant le dit Duché de Schleswic, par les deux Puissances Médiatrices, qui ont concouru au présent Traité, et de ne donner aucune assistance de fait au dit Duc contre le Roi de Dannemarc pour l'inquiéter au préjudice des susdites stipulations.

Garantie-Acte Frankreichs

d. d. Paris 18. August 1720.

Louis par la grâce de Dieu, Roi de France et de Navarre: A tous ceux qui cette présente Lettre verront, Salut. Comme notre cher et bien-aimé

le Sr. de Campredon, notre Résident et notre Plénipotentiaire auprès du Roi de Suede, auroit en vertu du pleinpouvoir que Nous lui en avions donné, signé à Stockholm le 3. Juin dernier l'Acte de Grantie du Duché de Schleswic, dont la teneur s'ensuit.

La tranquillité ayant été heureusement rétablie dans la basse Allemagne par les bons Offices et par la Médiation de Sa Majesté Très-Chrétienne, Elle les a continués de concert avec Sa Majesté de la Grande-Bretagne, dans le désir sincère de contribuer à rendre la paix générale dans le Nord et spécialement entre les Couronnes de Dannemarc et de Suede; Elle a vu avec un extrême plaisir les bonnes dispositions, où ces deux Puissances se sont trouvées pour l'accomplissement d'un ouvrage si salutaire; mais ayant été informé en même temps des difficultés insurmontables qui se rencontroient pour la restitution à la Couronne de Suede, de l'Isle et Principauté de Rugen, et la Forteresse de Straisund, et du reste de la Pomeranie jusques à la Rivière de Pehne occupées par la Couronne de Dannemarc, si elle n'étoit assurée de la possession de Schleswic, laquelle S. M. Britannique lui a déjà garantie; le Roi Très-Chrétien à bien voulu pour toutes ces considérations, et sur les instances des Rois de la Grande-Bretagne et Dannemarc, accorder à cette dernière Couronne, comme il lui donne par ces Présentes, la Garantie du Duché de Schleswic, promettant en considération des susdites restitutions stipulées dans le Traité signé aujourd'hui à Stockholm par Mrs. les Plénipotentiaires de Suede, de maintenir le Roi de Dannemarc dans la possession paisible de la partie Ducale du dit Duché, bien entendu, que cette Garantie ne pourra avoir aucun lieu ni effet, qu'après que le susdit Traité de Stockholm aura été approuvé et signé de la part du Roi de Dannemarc. A ces Causes, je soussigné Résident de Sa Majesté Très-Chrétienne, et son Plénipotentiaire à la Cour de Suede, muni de son plein-pouvoir et de ses ordres exprès à cet effet, ai remis le présent Acte de Garantie entre les mains de Milord Carteret, Ambassadeur Extraordinaire de Sa Majesté le Roi de la Grande-Bretagne, et son Plénipotentiaire en la même Cour de Suede, pour en faire l'usage ci-dessus expliqué.

En foi de quoi j'ai signé ces Présentes, et à icelles apposé Cachet des mes Armes, promettant d'en fournir la Ratification six semaines après la signature par le Roi de Dannemarc du dit Traité de Stockholm de ce jour $^{9}/_{14}$. Juin de l'année 1710.

Fait à Stockholm les susdits jour et an.

(Signé.)

(L. S.) *De Campredon.*

Nous étant agréable le susdit Acte de Garantie en tout ce qui y est contenu, avons de l'avis de notre très-cher et très-aimé Oncle le Duc d'Orleans Régent, icelui tant pour nous que pour nos Héritiers et Successeurs, Royaumes, Pays, Terres, Seigneuries et Sujets, aprouvé, ratifié et confirmé, et par ces présentes signées de notre main, acceptons, aprouvons, ratifions et con-

firmons, et le tout promettons en foi et parole de Roi de garder et observer inviolablement, sans jamais aller ni venir au contraire, directement ou indirectement, en quelque sorte et manière que ce soit. En témoin de quoi nous avons fait mettre notre Scel à ces présentes.

Donné à Paris le 18. Août 1720 et de notre Regne le 5.

Par le Roi, (Signé.)
Le Duc d'Orleans Regent present,
Du Bois. *Louis.*

Garantie-Acte Grossbrittanien
d. d. Herrnhausen 26. Juli 1720.

Nous George par la grâce de Dieu, Roi de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Défenseur de la Foi, Duc de Brunswig et Lunebourg, Archi-Trésorier et Electeur du St. Empire Romain etc. à tous et chacun qui ces présentes verront, salut. D'autant qu' entre Nous et Notre cher Frère le Roi de Dannemarc par une Convention faite le 30. Octobre de l'année passée, il a été stipulé, qu'après l'Armistice et la Paix faite entre Sa dite Majesté et le Roi et la Couronne de Suede, la promesse et la Garantie, que Nous avons faites à l'égard de la possession et jouissance paisible du Duché de Sleswig au Roi de Dannemarc, sera continuée et comme par l'aide de Dieu la Paix effectivement s'en est suivie, Notre Ministre auprès du dit Roi, a signé un Acte ou Instrument de la dite promesse de Garantie, de la manière qu'il suit ci-après de mot à mot.

Après que Sa Majesté le Roi de la Grande-Bretagne eût conclu une Convention avec le Roi de Dannemarc signée le 30. Octobre de l'année passée, dans la vue de rétablir le repos dans le Nord, dans laquelle elle avoit promis la Garantie du Duché de Sleswig, tant que la suspension d'armes entre les deux Couronnes de Danemarc et de Suede dureroit, avec la condition expresse, qu'en cas que sous la bénédiction Divine la Paix entre les dites Couronnes, encore avant l'expiration de l'Armistice, put être conclue, la Garantie demeureroit ferme pour toujours. Mais à présent que cette Négociation importante, à l'égard des grandes difficultés, qui s'y étoient trouvées, même celle du terme stipulé pour la suspension d'armes, laquelle finissoit le 28. Avril de l'année présente, a été prorogée; sur cela donc les deux Majestés de Dannemarc et de Suede sont convenues d'un Armistice aux mêmes conditions que le premier: Et qu'avant l'expiration de cette suspension d'armes, la Paix si nécessaire pour le repos de l'Europe, aussi bien que pour la sûreté de la Religion Protestante, sous la Médiation de Leurs Majestés de la Grande-Bretagne et Très-Chrétienne, aiant été portée à une fin heureuse (en vertu de cette Paix la Garantie du Duché de Sleswig, selon le contenu de la Convention et la promesse faite par Sa Majesté Britannique du 30. Octobre de l'année passée sera et restera continuée) et Sa Majesté de Dannemarc, pour rendre cette Convention plus parfaite, demande encore une plus ample élucidation: Ainsi Sa Majesté Britannique promet et s'oblige, pour soi, ses héri-

tiers et successeurs, de lui garantir et conserver dans une possession continuelle et paisible la partie du Duché de Sleswig, laquelle Sa Majesté Danoise a entre les mains, et de la défendre le mieux possible contre tous et chacun, qui tâcheroit de la troubler, soit directement ou indirectement, le tout en vertu du Traité conclu en 1715 avec Sa Majesté Britannique, comme Electeur de Brunswic et Lunebourg, aussi bien que de la dite Convention faite le 30. Octobre de l'année passée, dans un Acte separé pour la continuation.

En foi de quoi je soussigné Ministre Plénipotentiaire ai signé ce présent Acte et apposé mon Cachet, et promis de procurer la Ratification de tout ceci dans le tems de quatre semaines, ou plutôt, s'il est possible.

Fait à Friederichsbourg le 23. Juillet 1720.

(Signé.)

(L. S.) *Polwarth.*

Nous ayant vu et mûrement pesé le susdit Acte de Garantie, l'avons approuvé et agréé en tous ses Points, l'approuvons, agréons et confirmons par les présentes pour Nous, nos héritiers et successeurs, promettant en parole de Roi d'accomplir et d'observer, inviolablement tout ce qui y est contenu. En temoin de quoi nous avons signé les présentes de notre main et y fait apposer notre grand Sceau du Royaume de la Grande-Bretagne.

Donné à notre Château de Herrnhausen le 26. Juillet 1720, de notre Regne l'année sixième.

Georgius Rex.

Einberufungspatent Friedrichs IV.

an Praelaten und Ritterschaft zur Huldigung

22. August 1721.

Wir Friderich der Vierte, von Gottes Gnaden, König zu Dännemarck, Norwegen, der Wenden und Gothen König, Hertzog zu Schlesswig, Holstein, Stormarn und der Dithmarschen, Graff zu Oldenburg und Delmenhorst etc. etc. Entbieten denen Wohlwürdigen, Ehrwürdigen, Wohl Edlen, Edlen und Ehrsahmen, Prälaten, sämbtlichen von der Ritterschaft und anderen, so einige adeliche Güter im Hertzogthum Schlesswig besitzen, Unsere Gnade und ist Ihnen aus denen im Druck emanirten Schrifften zur Gnüge bekandt, welchergestalt der Hertzog von Holstein, aller so wohl schrifft- als mündlichen, auch, durch dessen Ministros, wiederhohleten Versicherungen und Sincerations schnur strax zuwieder, sich notorie zu Uns gedrungen und durch dessen collusion mit Unserm damahligen Feinde und erfolgte wirkliche Einräumung der Festung Tönningen sich treuloserweise gegen Uns declariret und öffentlich als Aggressor auffgeführet, ja so gar, wegen vermeintlicher Theilung Unserer Länder, mit dem Feinde sich eingelassen, und Tractaten darüber errichtet, auch gedachter Hertzog bei dessen erfolgter majorennitet, sothane Dero Oncle des Administratoris geführte Conduite in allem approbiret und guth geheissen, dass Wir

dahero bewogen worden, des Hertzogen Carl Friedrich's zu Holstein gehabten Antheil im Hertzogthum Schlesswig, als ein in beschwehrlichen Zeiten unrechtmässigerweise von der Crohne Dänemarck abgerissenes Pertinens, wieder in Possession zu nehmen. Wann nun durch den, mittelst göttlicher Verleihung, zwischen Uns und dem Könige und der Crohne Schweden im Julio Ao. 1720 geschlossenen und unterzeichneten auch darauff würcklich ratificirten Frieden, so dann durch die darüber von den beeden Königen, als gewesenen Mediatoren erfolgte formelle und solemne Garantien, für Uns und Unsere Königliche Erb-Successores an der Regierung, die Ewige und ruhige Besitz- und Beherrschung des gantzen Hertzogthums Schlesswig und folglich auch des hiebevor gewesenen Fürstlichen Antheils in jetzt besagtem Hertzogthum darin festgesetzet und versichert worden, und Wir dann solchemnach entschlossen, selbigen Antheil mit dem Unserigen zu vereinigen und zu incorporiren und Dero Behueff von den gesambten Eingesessenen Ständen Unsers Hertzogthums Schlesswig, als Prätaten, der Ritterschafft, Städten, Ambts- und Landschaffts-Einwohnern und Unterthanen die alleinige Erb-Huldigung, durch gewisse dazu Verordnete und authorisirte Commissarien einnehmen, die gesambte Eingesessene des gewesenen Fürstlichen Antheils, Geist- und Weltliche, wes Standes und Condition Sie auch seyn, Ihrer hiebevorigen Eydes-Pflicht, womit Sie dem Fürstlichen Hause verwandt gewesen, entschlagen und selbige, Krafft obermelten Frieden-Schlusses und der darüber erhaltenen Garantien unter Unserer Königlichen Souverainen und alleinigen Erb- und Landesregierung bringen und den Eid der Treue ablegen zu lassen; Als gebiethen und befehlen Wir Prälaten und denen von der Ritterschafft wie auch denen jenigen, so adeliche Güther in mehr gedachtem Hertzogthum Schlesswig innehaben und besitzen, Krafft dieses Unseres offenen Patents, allergnädigst und Ernstlich, dass Sie Sich den 4 des instehenden Monats Septembris, als am Donnerstage nach dem 14ten Sonntage Trinitatis, Sambt und Sonders auf Unserm Schlosse Gottorff, als woselbst Wir Uns jetzo Persöhnlich aufhalten, zu dem Ende einfinden, umb Unsere allergnädigste Intention des falls weiter zu vernehmen und darauff Uns, als Ihren nunmehro alleinigen Souverainen Landes-Herrn, besagtermassen den schuldigen Eyd der Treue zu leisten und abzustatten, wie Wir dann auch allergnädigst wollen, dass von denen Geistlichen alhier, die Pröbste alleine erscheinen sollen; denen übrigen Geist- und Weltlichen Bedienten, Magistraten in den Städten und übrigen gesambten Eingesessenen Unterthanen der gewesenen Fürstlichen Städten, Aembter und Landschaften aber, mandiren und befehlen Wir hiemit allergnädigst und Ernstlich, dass sie sich auf Art und Weise, wie ihnen solches von Unseren dazu verordneten und authorisirten Commissarien nach und nach, in Unserm Nahmen, wird intimiret und injungiret werden, zu Abstattung des Eydes der Treue an Uns, als ihren alleinigen Souverainen Landesherrn an denen bestimmten Ohrten Persöhnlich sistiren und Unsern allergnädigsten Willen weiter vernehmen sollen; Wohingegen sie alle Königliche Gnade, Schutz und Gerechtigkeit zu gewarten haben; Diejenige aber, so ohne erhebliche Ehehafften, welche sie

glaubwürdig zu bescheinigen schuldig seyn sollen, auss bleiben werden, gebührend zu Rede gestellet und nach befinden angesehen werden sollen. Wornach jedermänniglich sich allerunterthänigst zu achten. Uhrkundlich unter Unserm Königlichen Handzeichen und fürgedrucktem Insiegel.

Geben auff Unserm Schloss Gottorff, den 22sten Augusti 1721.

Friedrich R.

(L. S. R.)

C. Sehestedt.

VIII. Tractat

zwischen Ihro Königl. Majestät zu Daenemark, Norwegen etc. etc. Christian VII.

und

Sr. Kaiserl. Hoheit, dem Kronprinzen, Thronfolger und Grossfürsten aller Reussen, Herrn Paul, als regierenden Herzog zu Holstein,

geschlossen zu

ZARSKO-SELO

den $\frac{\text{21. Mai}}{\text{1. Juni}}$ 1773.

Im Namen der Heiligen und Hochgelobten Dreieinigkeit.

Kund und zu wissen sey hiemit allen denenjenigen so daran gelegen: Demnach Se. Königl. Majestät der Allerdurchlauchtigste, Grossmächtigste Fürst und Herr, Herr Christian der Siebente, König zu Dänemark, Norwegen etc. etc. und Se. Kayserl. Hoheit, der Allerdurchlauchtigste Fürst und Herr, Herr Paul, Kronprinz, Thronfolger und Grossfürst aller Reussen etc. etc. in reifliche Erwägung gezogen, dass nunmehro die Zeit herannahe, um dasjenige Arrangement provisionel, welches Ihro Kayserliche Majestät, die Allerdurchlauchtigste, Grossmächtigste Fürstin und Grosse Frau, Frau Catharina die Zweite, Kayserin und Selbsthalterin aller Reussen etc. etc. bereits in anno 1767 mit Höchstgedachter Sr. Königl. Majestät zur Beförderung der Glückseligkeit der Ihnen von Gott anvertraueten Reiche und Länder, nicht weniger um ein beständiges gutes Einverständniss unter sich zu erhalten, und überhaupt den Ruhestand in Norden zu befestigen, zugleich auch um alles dasjenige zu entfernen, was zu einigen Irrungen oder Misshelligkeiten zwischen den beyderseitigen Beherrschern des Russischen Reichs und des Königreichs Dännemark Gelegenheit geben könnte, unter sich verabredet, geschlossen und errichtet, nunmehro zu beendigen und durch einen Definitif-Tractat dergestalt gänzlich zu applaniren, dass alle vormaligen Differenzien, es mögen solche das Herzogthum Schleswig oder das Herzogthum Holstein angehen, gänzlich aus dem Wege geräumet werden, zumal zugleich Ihro Kayserliche Majestät Dero Höchste Vermittelung und expromittirte bona officia bey Höchst Dero vielgeliebten

Herrn Sohns und Thronfolgers Kayserl. Hoheit zu verwenden, den gnädigsten Bedacht genommen haben.

Als sind demzufolge von Sr. Königl. Majestät zu Dänemark und Norwegen etc. etc. der bey Ihro Kayserl. Majestät und bey Sr. Kayserl. Hoheit dem Grossfürsten aller Reussen etc. etc. accreditirte Envoyé extraordinaire und Ministre plénipotentiaire, der Kammerherr Christian Friederich von Numsen, und von Sr. Kayserl. Hoheit der bey Höchstdenenselben angestellte Ober-Hofmeister, würkliche Geheime Senateur, würkliche Kammerherr und Ritter derer Orden des heil. Andreas, des heil. Alexander-Nefsky und der heil. Anna, Graf Nikita Panin, und der würkliche Geheime Rath und Ritter derer Orden des Elephanten, des weissen Adlers und der heil. Anna, Caspar von Saldern, ernannt und bevollmächtiget, um nach Maassgebung des in Anno 1767 errichteten Arrangement provisionel, nunmehro an ein Arrangement definitif die letzte Hand zu legen, einen förmlichen Tractat deshalb zu errichten und zu schliessen, und dergestalt dieses ganze Geschäfte zum erwünschten Ende zu bringen; welche Minister denn nach vorhergeschehener Auswechselung ihrer am Ende dieses Tractats beygefügten schriftlichen Vollmachten zusammen getreten, den provisorischen Tractat definitive regulirt, über alle dahin gehörige Puncte die Final-Resolutiones verfasset, und sich bis zur erfolgten Ratification beyderseits Hoher Contrahenten über die nächsthin folgenden Articulos gänzlich vereiniget haben; zumahl beyderseits Aller- und Höchsten Contrahenten nichts eifriger am Herzen lieget, als zu aller und jeder Zeit die Ruhe in Norden auf einen dauerhaften Fuss zu etabliren und zu unterhalten. Zu welchem Ende besonders Se. Kayserl. Hoheit, als Kronprinz und Thronfolger des Russischen Kaiser-Thrones, um einen frühzeitigen Beweis der auf so festgesetzte Grundsätze etablirten unzertrennlichen Vereinigung der Reiche Russland und Dännemark öffentlich an den Tag zu legen, Sich aus Höchsteigener Ueberzeugung die Endschaft dieser Sache angelegen seyn lassen, um nach dem grossen Beispiele Ihro Russisch-Kayserl. Maj., Seiner Gnädigsten Höchstgeliebtesten Frau Mutter, aus allen Kräften den Ruhestand der gesammten Nordischen Reiche, unter gänzlicher Entfernung und Tilgung aller dagegen verdeckt anzuspinnenden oder offenbar wirkenden fremden influences zu befestigen und zu befördern.

Zu Erreichung dieses heilsamen Endzwecks haben Se. Kayserl. Hoheit sogleich jetzo die dem provisorischen Tractat sub Lit. L. angelegte Agnitions-Acte in Hinsicht desselben ratihabiret, eigenhändig unterschrieben und mit Dero Grossfürstlichen Insiegel bedrücken lassen, welche Acte nunmehro sub Nro. I. abschriftlich hiebey anlieget, und diesem nächst mit allen übrigen Urkunden in Originali zur Zeit der Tradition von dem in fine dieses Tractats zu ernennenden und hiezu specialiter bevollmächtigten Grossfürstl. Commissario an den gleichfalls zu ernennenden und specialiter zu committirenden Königl. Dänischen Commissarium extradiret und übergeben werden soll.

Um nun alle Articulos des provisorischen Tractats, welcher Basis et Fundamentum dieses Definitif-Tractats ist und bleibet, genau zu prüfen, und

auseinander zu setzen: so sind selbige nachfolgender Gestalt definitive regulirt, genau bestimmet und festgesetzet worden.

Art. I. Se. Kayserl. Hoheit genehmigen und versprechen gnädigst, diejenige Renunciations-Acte, welche sub Lit. A. dem provisorischen Tractat angelegt worden, zu unterschreiben und zu solemnisiren; so wie solche sub Nro. II. hieselbst angeleget, und diesemnächst zu seiner Zeit mit den übrigen Original-Urkunden extradiret werden soll. Gleichwie denn Höchstdieselben dafür sorgen werden, dass alle übrige Expromissa in Ansehung der jüngern Holstein-Gottorpischen männlichen Linie, und der von derselben zu beschaffenden Renunciation, nach dem übrigen Inhalt dieses Tractats beschaffet werden.

Art. II. Se. Königl. Maj. zu Dänemark und Norwegen wiederholen hiedurch alle diejenigen Verbindlichkeiten, welche Allerhöchst-Dieselben nach Maassgabe des II. Articuls des provisorischen Tractats übernommen, und versprechen nochmals, nach Maassgabe des abgelassenen Proclamatis, alle sich daselbst angegebene Schulden zu tilgen und zu bezahlen, um so mehr, da alles übrige, was in den Articulis III. IV. et V. eben desselben Tractats bereits durch eine gemeinschaftliche Commission, gröstentheils völlig reguliret und abgehandelt worden, seine völlige Kraft und Gültigkeit behält, dergestalt, dass Se. Königl. Maj. sich hiedurch verbindlich machen und verpflichten, die von den gemeinschaftlichen Commissariis en faveur Sr. Königl. Maj. auf die so mässige Summe von 200000 Rthlr. abgehandelte Schulden nunmehro, anstatt in 20 Jahren, anjetzo vom 1ten Januar 1774 an gerechnet, in einer Zeit von 10 Jahren abzutragen und zu tilgen, auch alle Urkunden und Verschreibungen nach dem buchstäblichen Inhalt des provisorischen Tractats zu extradiren. Jedoch bleibt Sr. Königl. Maj. nach dem Art. V. desselben unbenommen und reserviret, zur Tilgung dieser Schulden annoch alle übrige gerechte Mittel anzuwenden, und nur mit einer blossen Anzeige die Verschreibungen der Hochfürstlichen Vorfahren originaliter zu extradiren.

Art. III. Was die Forderungen der jüngern Linie des Herzoglichen Holstein-Gottorpischen Hauses anbelanget, welche in dem Art. VI. und Art. XXXI. des provisorischen Tractats umständlich angeführt sind; so versprechen Se. Königl. Maj. solche in allen Puncten und Clausuln genau zu erfüllen, dergestalt, dass die Summa von 300000 Rthlr. in Gr. Cour. in 5. nach einander folgenden Jahren, alljährlich mit 60000 Rthlr. im Kieler Umschlag eines jeden Jahres, oder in Hamburg, an des Herrn Bischofs Durchlaucht für sich und in Vollmacht der jüngern Prinzen, baar und in klingender Münze ausgezahlet werden soll, als womit zum erstenmal in dem ersten darauf folgenden Umschlag nach erfolgter Tradition des Herzogthums Holstein der Anfang gemacht, und damit bis zum völligen Abtrag continuiret werden soll. Jedoch verstehet es sich von selbsten, dass keiner der Prinzen dieser jüngern Linie von dieser abgehandelten Summe nach dem buchstäblichen Inhalt des provisorischen Tractats percipiren kann und soll, welcher nicht vorgängig die gehörigen Renunciations-Acten ausgestellet haben wird. Was übrigens den Art. VII. des provisorischen Tractats anbelanget, so fällt derselbe gänzlich

weg, nachdem Se. Durchlaucht der Bischof als erster Repräsentant der jüngern Linie, für sich und im Namen der minderjährigen Prinzen, diese eben gedachte Abhandlung der Forderung des jüngern Hauses völlig genehmiget, auch bereits nach Maassgabe des sub Lit. K. dem provisorischen Tractat angelegten Entwurfs einer förmlichen Acte der Renunciation auf die feierlichste Art für sich und im Namen ihres Herrn Sohnes beschaffet, welche auch bereits Sr. Königl. Maj. eingeliefert worden, mithin dass kein weiterer Zweifel obwalten wird noch kann, dass Dero Herr Sohn, der Prinz *Peter Friedrich Wilhelm*, zugleich die ihm nunmehro nach erlangten Mündigkeits-Jahren auszustellen beikommende Renunciations-Acte gleichfalls förmlich ausstellen werden. Wie denn Se. Kayserl. Hoheit über sich nehmen, solche nach geschehener Ratification dieses Definitif-Tractats zu beschaffen.

Art. IV. Se. Königl. Maj. verpflichten und verbinden sich, alles dasjenige, was in dem Art. VIII. des provisorischen Tractats in Ansehung der zu beschaffenden Coadjutorie des Bischofthums *Lübeck* en faveur des Bischöflichen Prinzen *Peter Friederich Wilhelm* festgesetzet und beschlossen worden, in allen Puncten und Clausuln zu erfüllen. Damit aber die Resignation Sr. Königl. Hoheit des Prinzen *Friederich* zu der zu erlangenden Coadjutorie des obbemeldeten Bischofthums keinen weitern Zweifel unterworfen seyn möge: so versprechen Se. Königl. Maj. die Renunciation hochbesagten Prinzens sogleich und ungesäumt bewerkstelligen zu lassen, auch Hochdenselben dahin zu vermögen, zum Besten des Bischöflichen Prinzen, und zur Beförderung dessen Election diese Coadjutorie in Manus Capituli zu resigniren, auch ungesäumt alle mögliche Mittel anzuwenden, den Ausfall der neuen Wahl auf oberwähnten Prinzen *Peter Friederich Wilhelm* zu bewirken. Wobey es jedoch sich von selbst verstehet, dass des gegenwärtigen Herrn Bischofs Durchlaucht alle in Händen habende Mittel gleichfalls zu diesem Endzweck zu verwenden verpflichtet sein sollen. Gestalt denn diese neue Coadjutor-Wahl, noch ante traditionem des Herzogthums Holstein völlig bewirket und zu Stande gebracht werden solle. Uebrigens versprechen Se. Königl. Maj. für Sich und Allerhöchstderoselben Nachfolger an der Krone auf das allerheiligste, jetzt und dermaleinst alle gerechte Mittel anzuwenden, um den Besitz des Bischofthums Lübeck der jüngern Linie des Holstein-Gottorpischen Hauses auf die Zukunft beständig zu versichern; Gleich denn solches alles in dem Art. IX. des provisorischen Tractats zugesaget und versprochen worden.

Art. V. Se. Kayserl. Hoheit verpflichten und verbinden sich alles was in den Articulis X. et XI. des provisorischen Tractats, in Ansehung der so glücklich obwaltenden Verbindung und Einigkeit zwischen den Beherrschern von *Russland* und *Dännemark*, wegen Aufhebung aller fernern Holsteinischen Differenzien, so viel nach aller menschlichen Vorsicht möglich, in dem Allerdurchlauchtigsten Oldenburgischen Hause festgesetzet worden, zu erfüllen, und in den Austausch des Grossfürstl. Antheils an das Herzogthum Holstein gegen die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst, als das einzige wahre Mittel zur

beständigen Erhaltung dieses guten Vernehmens zu consentiren und zu willigen, und setzen solchemnach hiedurch veste, dass dieser Austausch noch in dem Lauf dieses 1773sten Jahres, und wofern es nur thunlich sein mag, vier Monate nach der hieselbst erfolgten Ratification durch einen hiezu specialiter bevollmächtigten Commissarium vorgenommen, und der Grossfürstliche einseitige, so wie der gemeinschaftliche Antheil an das Herzogthum Holstein gegen Tradirung der beiden Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst würklich ausgetauschet und übertragen werden solle. Jedoch wird hiedurch ausdrücklich von beiden Seiten stipuliret, dass die Revenuen dieses Jahres, sowohl in dem Herzogthum Holstein, als auch in beiden Grafschaften, nach der regulirten Verfassung eines jeden Staates, auf das gegenwärtige Jahr durch die dazu bestimmte Personen verwendet und emploiret werden sollen.

Uebrigens machen Se. Kayserl. Hoheit sich anheischig, den dem provisorischen Tractat sub Lit. E. beygelegten Entwurf einer solennen Cessions-Acte auszustellen, und nebst den übrigen bereits erwähnten Original-Urkunden, nach Maassgabe der copeylichen Anlage sub Nro. III. zur Zeit der Tradition aushändigen zu lassen. Gleichwie denn auch Se. Königl. Maj. nach dem buchstäblichen Inhalt des Entwurfs sub Lit. F. des provisionellen Tractats ebenfalls eine solenne Cessions-Acte in Ansehung der beiden Grafschaften auszustellen verpflichtet seyn sollen. Gestalt denn diese beyde Original-Documenta, sowie die sub Lit. G. et H. des provisionellen Tractats erwähnte Geheiss-Briefe durch die Königl. und Grossfürstl. Commissarien zur Zeit der Tradition mit einander ausgewechselt werden sollen.

Art. VI. Se. Königl. Maj. versprechen und geloben, nach Maassgabe der Art. XII. XIII. XIV. et XV. des provisorischen Tractats, alle auf das Herzogthum Holstein nunmehro noch übrige liquide sowohl als illiquide Schulden, welche auf dieses Fürstenthum zur Zeit der Tradition laut Landesfürstlicher Verschreibungen, Abhandlungs-Acten und sonstige autorisirte Documente, annoch haften werden, in der in dem provisorischen Tractat festgesetzten Zeit, entweder mit Königl. Allerhöchsten Verschreibungen umzutauschen, oder auch die Bezahlung innerhalb 10 Jahren zu beschaffen, gleich denn solches alles in dem provisorischen Tractat buchstäblich bestimmet worden, Se. Königl. Maj. mit desto mehrerer Zufriedenheit übernehmen, da Höchstdenenselben nicht unbekannt geblieben, dass sowohl Ihro Kayserl. Majestät, während Allerhöchst Dero so rühmlich geführten Vormundschaft, als auch Se. Kayserl. Hoheit, seit Antritt Höchstdero eigenen Landes-Regierung, das auf einen ordentlichen Fuss eingerichtete und regulirte Holsteinische Finanzwesen nicht nur merklich verbessert, sondern auch eine ansehnliche Menge Schulden, nach Ausweisung des dem Königl. Dänischen Ministerio communicirten Protocolli Professionis, tilgen und bezahlen lassen; Gleich denn auch solches in dem Art. XXI. des provisorischen Tractats von Ihro Kayserl. Maj. zugesaget und versprochen worden.

Art. VII. Se. Königl. Maj. zu Dännemark und Norwegen versprechen nochmahlen auf das heiligste, gleich als wenn solches alles wörtlichen Inhalts

hieselbst wiederholt worden wäre, dass alles was in den Art. XVI. XVII. et XVIII. des provisorischen Tractats in Ansehung der aufrecht zu haltenden Privilegien, Vorzügen und Freyheiten des Herzogthums Holstein und besonders in Betracht der errichteten Wittwen- und Waisen-Casse, Armen-Stiftungen, item derer den sämmtlichen Grossfürstlichen Bedienten auf ihre Lebens-Zeit zu bewilligenden Besoldungen oder Pensionen, bereits festgesetzet und zugesagt worden, nach dem Inhalt des zugleich communicirten Holsteinischen Etats unverbrüchlich beobachtet, und getreulich erfüllet werden solle. Gleich dann auch Se. Kayserl. Hoheit alles dasjenige, was in den Art. XXIII. XXIV. et XXV. en faveur der Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst, deren Privilegien und Bedienten stipuliret und von Königl. Majestät determiniret und festgesetzet worden, gleichfalls selbst zu erfüllen, oder erfüllen zu lassen, sich hiedurch anheischig machen, gleich als wären diese Verbindlichkeiten in diesem Definitif-Tractat buchstäblich wiederholet worden.

Art. VIII. Nach Maassgabe des Art. XIX. des provisorischen Tractats höret das bis hiezu von Sr. Königl. Maj. zu Dännemark und Norwegen denen gesammten Prinzen der jüngern Linie bewilligte jährliche Appanagium von 12000 Rthlr. alsdann auf, sobald die Permutation des Herzogthums Holstein gegen die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst beschaffet seyn wird, gleichwie solches in obbemeldetem Artikel bereits bestimmet worden.

Art. IX. Se. Königl. Maj. versprechen, nicht nur das zum Vortheil der jüngern Linie des Herzoglich-Holstein-Gottorpischen Hauses vor langen Jahren errichtete alte Fidei-Commiss, welches aus den Gütern Heudorf, Leusahn und Mönchen Neversdorf cum Pertinentiis bestehet, ohne einige Abgaben der jährlichen Landes-Contributionen, aufrecht zu erhalten und anzuerkennen, sondern Allerhöchstdieselben wollen auch, dass das neue zum Besten eben dieser jüngern Gottorpischen Linie errichtete Fidei-Commiss, wovon der Art. separatus et secretus IV. des provisorischen Tractats die vorgängige Erwähnung gethan, indessen während der Zwischenzeit würklich festgesetzet, und durch Tradirung der Güter Coselau, Lubberstorf, Kuhhof, Sebent, Kremstorf, Bollbrugge und Sievershagen bestimmet worden, ohne alle Landes-Contributionen, Abgaben und Beschwerden in seiner völligen Kraft und Gültigkeit, zu ewigen Tagen erhalten werden solle.

Art. X. Wann auch Se. Königl. Majestät in dem Art. XXII. des oft-erwähnten provisorischen Tractats ausdrücklich versprochen und angelobet haben, dass die beyden Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst von Allerhöchst Denenselben, ohne die mindeste darauf haftende Schuldenlast, und von allen anderweitigen Praetensionen quitt und frei Sr. Kayserl. Hoheit dem Grossfürsten aller Reussen übertragen werden sollen; als verpflichten Sich Se. Königl. Maj., sogleich jetzo und ohne allen Zeitverlust, ein zu Recht beständiges, im Römischen Reiche gewöhnliches Proclama über benannte beyde Grafschaften nunmehro abzulassen, und dafür zu sorgen, dass alle etwa sich darauf anzugebende Schulden, Praetensiones oder Forderungen innerhalb vier Monaten, oder noch ehender, und ante Traditionem der Grafschaften Olden-

burg und Delmenhorst berichtiget und getilget werden; Gestalt ebenmässig der Art. XXVI. in Hinsicht der etwa verkauften oder versetzten Güter, oder andern liegenden Gründe von beyden Aller- und Höchsten Contrahenten so angesehen werden soll, als wäre derselbe in diesem Definitif-Tractat wörtlich wiederholet worden.

Art. XI. Gleichwie Se. Königl. Majestät sich verbinden, den ausdrücklichen Consens Allerhöchst Dero Herrn Bruders, des Prinzen Friederich Königl. Hoheit, sowohl in Ansehung seiner ganzen Negociation, als insbesondere in den verabredeten Austausch der beyden Grafschaften zu verschaffen; so versprechen auch Se. Kayserl. Hoheit ebenergestalt die Renunciations-, Cessions- und Consens-Acten der drey jüngern Prinzen des Holstein-Gottorpischen Hauses, zur Zeit der Ratification und längstens innerhalb drey Monaten ebenmässig zu bewirken und zu verschaffen.

Art. XII. Wann auch in dem Art. XXVIII. des provisorischen Tractats declariret und bestimmet worden, dass nach vollzogenem Austauch des Herzogthums Holstein gegen die mehrbenannten beyden Grafschaften, eben diejenige Successions-Ordnung der Lehens-Erben stattfinden soll, welche bishero in Ansehung des Herzogthums Holstein in der Gottorpischen Linie den Lehns-Rechten und Pactis Familiae gemäss, beobachtet worden; so wiederholen beiderseits Höchste Contrahenten abermals hiedurch diese wahre und deutliche Absicht, dass nämlich die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst durch die festgesetzte Permutation gänzlich in die Stelle des Grossfürstlichen Antheils an das Herzogthum Holstein treten sollen.

Und so wie gleichergestalt in dem Art. XXVII. mehrerwähnten Tractats Se. Königl. Majestät für Sich und Allerhöchst Dero Successores an der Regierung sich anheischig gemacht, nicht nur zu jeder Zeit und Stunde darin zu consentiren, wenn Se. Kayserl. Hoheit die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst entweder sogleich ipso momento Traditionis, oder auch nach Höchst Dero Gutbefinden in der Folge an Ihren nächsten Agnaten zu cediren und zu übertragen gesonnen seyn möchten, sondern auch eine solche Cession durch alle gerechte Mittel zugleich mit und nebst Ihro Kayserl. Majestät aller Reussen, und Sr. Kayserl. Hoheit dem Grossfürsten, aus allen möglichen Kräften zu unterstützen, zu souteniren und aufrecht zu erhalten; als declariren nunmehro Se. Kayserl. Hoheit dass Höchstdieselben gesonnen sind und bleiben, die mehrbenannte beyde Grafschaften zum Etablissement der jüngern Holstein-Gottorpischen Linie in der Folge zu bestimmen, und diesemnächst derselben übertragen zu lassen.

Art. XIII. Gleichwie nun Se. Kayserl. Hoheit dieser Uebertragung und Cedirung wegen noch fernerweit mit Sr. Königl. Majestät vertrauliche Communication pflegen werden; als geloben und versprechen beyde Hohe Contrahenten, sowie den gesammten Austausch, also auch insbesondere diese Tradition der beyden Grafschaften an die jüngere Linie, auf das solemneste zu aller Zeit zu garantiren. Gestalt dann beyde Hohe Contrahenten Sich dahin

vereinigen, Ihro Kayserl. Majestät aller Reussen dahin zu vermögen, eine gleichmässige Garantie dieses Umtausches und dieser Tradition zu übernehmen.

Art. XIV. Zu Beförderung dieser auf das wahre allgemeine Wohl, und besonders auf den Flor des Holstein-Gottorpischen Hauses abzielende Absicht, wollen Se. Kayserl. Hoheit als perpetuirlicher Chef desselben, jetzt und in Zukunft mit Sr. Königl. Majestät über alle dahin abzielende Maassregeln Sich mit gemeinsamer und getreulicher Harmonie einverstehen: Gleich dann Se. Königl. Majestät immerhin Höchstdieselben in solcher Qualité betrachten, und allezeit in dieser Hinsicht geneigt seyn werden der jüngern Gottorpischen Linie, und besonders denen Besitzern der Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst Dero Königl. Protection und Unterstützung zu aller Zeit angedeihen zu lassen. Zu Beförderung des vorerwähnten Endzwecks verbinden sich Se. Königl. Majestät und Se. Kayserl. Hoheit hierdurch ausdrücklich, den Ober-Lehnsherrlichen Consens wegen Austausch des Herzogthums Holstein gegen die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst, bey Ihro Römisch-Kayserl. Majestät auf die gebührende Weise gemeinschaftlich zu suchen, und die Bestätigung dieses Austausches zu bewirken. Gleichergestalt verbinden sich beyde Hohe Contrahenten, bey dem Römisch-Kayserl. Hofe die Tradirung und Cedirung der Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst an diese jüngere Holstein-Gottorpische Linie durch gemeinschaftliche Bemühungen zu unterstützen und zu souteniren.

Ebenmässig wollen beyde Contrahenten bey dem Chur- und Hochfürstl. Hause Braunschweig und Lüneburg wegen des Stadt- und Butjadinger-Landes, welches bekanntlich einen Theil der Grafschaften ausmachet, den erforderlichen Lehns-Consens gemeinschaftlich suchen, auch überhaupt nach Maassgebung des Art. XXIX. des provisorischen Tractats, die heilsamsten Maassregeln ergreifen, um zu dem vorgesetzten Endzweck in alle Wege zu gelangen.

Art. XV. Zu eben diesem Ende verbinden sich Se. Königl. Majestät und Se. Kayserl. Hoheit nunmehro hiedurch auf das Allerfeierlichste, alle nur erdenkliche Bemühungen, wie solches in dem Art. XXX. des provisorischen Tractats erwähnt worden, sowohl bey dem Römisch-Kayserlichen Hofe, als auch bey der Reichs-Versammlung zu Regensburg, und überhaupt aller Orten, wo es erforderlich ist, anzuwenden, dass die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst in ein Herzogthum erhoben, und denenselben ein Fürstliches Votum auf dem Reichs-Tage beigelegt werde. Im Fall aber die Beylegung eines separaten Fürstlichen Voti allzu vielen Schwierigkeiten und Weitläufigkeiten unterworfen sein sollte; so wollen und consentiren Se. Königl. Majestät ausdrücklich darin, dass das bisherige Holstein-Gottorpische Votum bei dem Reichs-Tage sogleich auf die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst und deren Besitzere transportiret und denenselben beygelegt werde.

Art. XVI. In Hinsicht dieser in beyden vorhergehenden Articulis stipulirten Verbindlichkeiten, setzen beyde Contrahenten hiedurch veste, dass sogleich nach erfolgter Ratification dieses Definitif-Tractats die erforderliche Negociationes bey dem Römisch-Kayserlichen und allen übrigen Chur- und Fürstlichen Höfen mit Eifer und Ernst angefangen und fortgesetzet werden,

um die Erhebung der Grafschaften in ein Herzogthum, sowie die Transportirung und Beilegung eines Fürstlichen Voti durchzusetzen und zu Stande zu bringen.

Art. XVII. Was übrigens in dem Art. XXXII. des provisorichen Tractats in Hinsicht eines den Eutinischen Predigern, Schulbedienten und Armen expromittirten Capitals von 10000 Rthlr. festgesetzet, und in dieser Zwischenzeit bereits völlig reguliret worden, wird nur hiedurch nude wiederholet, und nochmals zu ewigen Tagen gegründet und bestätiget.

Art. XVIII. Beyderseits Hohe Contrahenten verbinden sich, die Archiven und Urkunden, welche resp. das Herzogthum Holstein und die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst, und überhaupt die Landesherrliche Hoheit, die Administration der Justice, das Finanz-Wesen, Cameralia und alle übrige Landes-Angelegenheiten anbetreffen, getreulich und bona fide bei Tradition des Herzogthums und der Grafschaften zu extradiren, auch zu solchem Ende die dahin abzielende Verfügungen an die Behörden ergehen zu lassen. Jedoch verstehet es sich von selbst, dass alles was persönliche Correspondences, vormalige Negociationes, und mithin geheime Nachrichten, welche personam Principis angehen, davon ausgenommen werden sollen und müssen.

Art. XIX. So bald nun dieser Definitif-Tractat von beiden Hohen paciscirenden Theilen ratificiret, und die Ratificationes in Zeit von 2 Monaten, oder wenn es thunlich noch ehender zu St. Petersburg ausgewechselt worden sind; so wollen Se. Kayserl. Hoheit sogleich und ungesäumt den wirklichen Geheimen Rath von Saldern, als ihren Commissarium, mit hinlänglicher Vollmacht versehen, um alle Articulos dieses Tractats, und insbesondere die Permutation und Tradition des Herzogthums Holstein, ingleichen die Entgegennehmung der Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst, sammt was dem allem anhängig, respective in Holstein und in den Grafschaften zu beschaffen, und in die Wirklichkeit zu setzen. Gleich dann auch Se. Königl. Majestät Dero Ober-Cammer-Herrn und Geheimen Conferenzrath Grafen von Reventlow, zu Ihrem Commissario mit hinlänglicher Vollmacht versehen, ernennen werden, im Namen Höchstbesagter Sr. Majestät gleichfalls die gesammte Articulos dieses Definitif-Tractats, und insbesondere die Permutation und Tradition der Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst, imgleichen die Entgegennehmung des Herzogthums Holstein, sammt was dem anhängig, respective in Holstein und in den Grafschaften zu beschaffen und in die Wirklichkeit zu bringen.

Art. XX. Zu Urkund alles dessen, sind von diesem Definitif-Tractat zwei gleichlautende Exemplaria verfertiget, und ein jedes derselben von beiderseits Hoher Paciscirenden dazu bevollmächtigten Ministris besonders unterschrieben besiegelt und gegen einander ausgewechselt worden.

So geschehen Zarsko-Selo den $\frac{\text{21. Mai}}{\text{1. Juni}}$ 1773.

C. F. Numsen.	*Graf N. Panin.*	*C. v. Saldern.*
(L. S.)	(L. S.)	(L. S.)

Acte der grossfürstlichen Renunciation auf Schleswig $^{20}/_{31}$ Mai 1773.

Von Gottes Gnaden, Wir Paul Kaiserlicher Cron-Prinz, Thron-Folger etc. Thun kund hiemit, wasgestalt in dem Articulo I. des zwischen Ihro der Russischen Kaiserin Katharina der Zwoten, Unserer Höchstgeehrtesten Frau Mutter Majestät und Gnaden, und Sr. Königl. Majestät zu Dännemarck und Norwegen getroffenen, sub dato Moscau den $\frac{29.\ \text{Sept.}}{10.\ \text{Oct.}}$ 1767 und sub dato Copenhagen den $^{19}/_{30}$ Nov. ejusdem anni ratificirten provisorischen Tractat von Ihro Kaiserl. Majett. von allen Reussen, gegen verschiedene von Sr. Königl. Dänischen Majestät übernommene Praestanda versprochen worden, alle Ihre bona officia bey Uns, sobald Wir Unsere Mündigkeit erlanget, anzuwenden, dass Wir in eigener Person, auf den von der Crone Dänemarck occupirten, vormals Hochfürstlichen Antheil des Herzogthums Schleswig für Uns, Unsere Erben und Descendenten aufs bündigste renunciiren und darüber eine solenne Renunciations-Acte ausstellen mögten. Wann Wir nun nach reiflicher Ueberlegung unterm heutigen dato besagten provisorischen Tractat in allen Puncten förmlich agnosciret und ratihabiret, mithin auch selbigem in diesem Stücke Gnüge zu leisten fest entschlossen sind.

Als renunciiren und entsagen Wir hiemit und in Kraft dieses wolwissentlich und wolbedächtlich für Uns, Unsere Erben und Descendenten allen an das Herzogthum Schleswig und in specie auf den vormaligen Fürstlichen Antheil desselben, die Insul Fehmarn, auch alle zu dem Schleswigschen gehörige, davon abhangende oder dazu gerechnete Lande, bisher gehabten oder daran zu formirenden Eigenthums und andere Rechten, Forderungen, An- und Zusprüchen, sie mögen Namen haben, wie sie wollen, auf die feierlichste und kräftigste Art und Weise, und wollen solchemnach nicht nur, dass Ihro Königl. Maitt. zu Dännemarck, Norwegen und Dero Königl. Cron-Erben vorgedachtes Herzogthum Schleswig ganz mit allen oberwehnten dessen Zubehörungen und Pertinentien, richtig und ungestört, ohne von jemanden, am wenigsten aber von Uns oder Unsern Erben und Descendenten deshalben zu machenden Forderung, Einrede, Ansprache und Hinderniss, ferner und zu ewigen Zeiten eigenthümlich besitzen, inne haben, geniessen und nuzzen mögen, sondern Wir verbinden uns auch zu gleichem Endzweck für Uns, Unsere Erben und Descendenten auf das festeste hiedurch, weder Selbst in einige Weise oder Wege dieser Unseren wolbedächtlichen Renunciation entgegen zu thun und zu handeln; noch geschehen zu lassen, dass durch andere derselben zuwider gehandelt und gethan werde. In welcher Absicht Wir denn ferner alle vorhergegangene Testamente, Dispositiones, Pacta, Verträge, Friedens-Schlüsse und Garantion, so entweder von Unsere Fürstlichen Vorfaren, Selbst oder in deren favour von andere gemacht, stipuliret oder eingegangen worden, es mögen solche Namen haben, wie sie wollen, in so ferne selbige dieser Unserer Renunciation und dem wörtlichen Inhalt und Vorstande derselben entgegen seyn mögten, hiemit in Ansehung Unserer, Unserer Erben

und Descendenten expresse für aufgehoben und kraftlos erklären und von jederman angesehen wissen wollen, dergestalt dass solche, und besonders auch Unsers Ahn-Herrn, weiland Herzogs Johann Adolphs zu Schleswig-Holstein Christmildesten Gedächtnisses, wegen der künftigen Succession und sonst unterm 9. Januar 1608 gemachte Disposition und Verordnung, zur Entkräftung oder Alterirung gegenwärtiger Renunciation niemals sollen können angezogen noch zu einigen Behelf genommen werden.

Wir begeben Uns anbey für Uns, Unsere Erben und Descendenten aller Uns und Ihnen gegen diese Unsere Renunciation und Absagung etwa das Wort redenden Einreden, Einwendungen und Ausflüchten, wie sie immer heissen, sie mögen schon erdacht seyn oder noch ersonnen werden, als welche weder Uns noch Ihnen jemals zu Statten kommen sollen. Alles bei wahren Grossfürstlichen Worten und Treue.

Zur Urkund und dessen allen mehrere Bekräftigung haben Wir dieses Renunciations-Instrument eigenhändig unterschrieben etc.

So geschehen Zarsko-Selo den $^{20}/_{31}$ May 1773.

Acte über die Cession des grossfürstlichen Antheils von Holstein

$^{20}/_{31}$ Mai 1773.

Von Gottes Gnaden Wir Paul, Kaiserl. Cron-Prinz etc. Urkunden und bekennen hiedurch für Uns, Unsere Descendenten, Erben und sämmtliche Nachkommen: Demnach Ihro der Russischen Kaiserin Catharina der Zwoten, Unserer Höchstgeehrten Frau Mutter Maitt. und Gnaden, während der von Allerhöchst-Ihro für Uns bei Unserer Minderjährigkeit so ruhmvoll geführten Vormundschaft, mit dem Durchlauchtigsten, Grosmächtigsten Fürsten, Herrn Christian dem Siebenden, König zu Dännemarck, Norwegen, der Wenden und Gothen, Unserm Hochgeehrtesten Herrn Vetter, zur Beförderung Ihres auf die Glückseeligkeit des ganzen Nordens gerichteten gemeinschaftlichen grossen Endzwecks, einen ausführlichen provisorischen Tractat, welcher von beiden höchsten contrahirenden Theilen resp. sub dato Moscau $\frac{\text{29. Sept.}}{\text{10. Oct.}}$ 1767 und sub dato Copenhagen den $^{19}/_{30}$ Nov. ejusd. anni ratificiret worden, eingegangen und geschlossen, besonders aber in dessen Articulo X zur Entfernung alles desjenigen, was itzt und in Zukunft zu Irrungen und Mishelligkeiten in dem hohen Oldenburgischen Hause Gelegenheit geben mögte, der Austausch Unsers Antheils an das Herzogthum Holstein gegen die beiden Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst unter denen in dem Tractat selbst ihrem völligen Umfange nach enthaltenen Bedingungen festgesetzet und verabredet worden.

Und dann Wir nach nunmehro erlangter Majorennité unterm heutigen dato wie überhaupt gedachten ganzen provisorischen Tractat in allen seinen Puncten, Clausuln und Inhaltungen agnosciret und ratihabiret, also auch zu-

gleich in sotane verabredete Permutation allerdings gewilliget haben, mithin selbige gegenwärtig als von Uns Selbst zugestanden anzusehen, und solchemnach, da Ihro Königl. Majestät zu Dännemarck und Norwegen Uns sogleich itzo die beiden Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst, welche Wir nebst denen von Sr. Königl. Majestät sonst bey diesem Tausch übernommenen Verbindlichkeiten als ein Aequivalent gegen Unsern Antheil des Herzogthums Holstein betrachten und entgegen nehmen, cediren und einräumen lassen werden, Uns oblieget, auch von Unserer Seite solchen Austausch zur Wirklichkeit zu bringen und folglich Unsern Antheil an Hollstein Sr. Königl. Majestät förmlich zu cediren und zu übertragen.

Als cediren und übertragen Wir für Uns, Unsere Descendenten, Erben und sämmtliche Nachkommen hiemit und in Kraft dieses an Ihro Königl. Maitt. zu Dännemark und Norwegen, und Dero männliche Descendenten, wie auch eventualiter an Dero Herrn Bruders, des Prinzen Friedrich Königl. Hoheit und Liebden und Ihro männliche Posterité, Unsern bisherigen ganzen einseitigen und gemeinschaftlichen Anteil an das Herzogthum Holstein und alle zu dem Hollsteinischen gehörige, davon abhangende oder dazu gerechnete Lande mit der Landes-Hoheit und allen Uns daran bisher zugestandenen Eigenthums- und Landesherrlichen Rechten, Gerechtsamen und Befugnissen, setzen auch Allerhöchstdieselben in die wahre und geruhige Possession desselben cum omnibus Pertinentiis, dergestalt und also, dass Ihro Königl. Majestät zu Dännemark und Norwegen und dero männliche Descendenten, wie auch eventualiter dero Herrn Bruders, des Prinzen Friedrich Königl. Hoheit und Liebden und Ihro männliche Posterité sotanen Unsern bisherigen Anteil an das Herzogthum Hollstein cum omnibus juribus et pertinentiis von nun an als dero wahres und beständiges Eigenthum ansehen, damit, wie es mit andern Teutschen Reichs-Lehen üblich (jedoch denen in dem provisorischen Tractat in Hinsicht der Untertanen, Stiftungen, Privilegiirten, Bedienten und sonsten übernommenen Verbindlichkeiten unbeschadet) nach Gefallen schalten und walten, alle mit der Landeshoheit verknüpfte, wie nicht weniger alle übrige Rechte, so Wir und Unsere Fürstliche Vorfaren ausgeübet oder auszuüben befugt gewesen, worunter Wir in specie die einem regierenden Herzoge von Holstein Unsers bisherigen Anteils zustehende Collationes von Praebenden und Beneficiis in denen Capituln zu Lübeck und Hamburg oder wo es auch seyn mag, namentlich mitverstehen, ausüben, auch insoweit Wir selbst dazu berechtiget gewesen, alle von dem Herzogthum Holstein versetzte oder sub pacto reluitionis verkaufte Güter oder andere liegende Gründe wieder einlösen und an Sich bringen, nach eigenem Belieben sollen, können und mögen. Und gleichwie Unsere lebende Agnaten und eventuale Lehns-Folgern bereits in diesem Austausch und Uebertragung Unsers bisherigen Anteils an das Herzogthum Hollstein ausdrücklich consentiret haben, also werden Wir auch dahin angewandt seyn und versprechen anbey aufs feierlichste, zugleich mit Sr. Königl. Majestät den Allerhöchsten Consens Ihro Römisch Kaiserl. Maitt. als Ober-Lehns Herrn, zu dieser geschehenen Permutation und Cession schuldigst

zu suchen und zu bewirken und zu dem Ende unverzüglich die nöthigen Maasregeln zu nehmen.

Wir begeben uns demnächst, entsagen und renunciiren allen und jeden Uns, Unsern Descendenten, Erben und sämmtlichen Nachkommen hiergegen etwan zu Statten kommenden Wohlthaten, geist oder weltlichen Rechtens, wie auch allen nur zu erdenkenden Einwendungen, Ausflüchten und Behelfen, besonders des Irrthums, Ueberredung, nicht genugsam gehabten Unterrichts von den Umständen der Sache, der Verletzung über die Hälfte, Wiedereinsetzung in vorigen Stand und wie sie sonst Namen haben, bereits erdacht sind oder noch ersonnen werden mögen, als deren weder Wir noch Sie Uns jemals zu bedienen befugt seyn wollen noch sollen.

Zur Urkund und Bekräftigung dessen haben Wir diese Cessions-Acte eigenhändig unterschrieben und mit Unserm Grossfürstlichen Insiegel bedrucken lassen.

So geschehen Zarsko-Selo den $\frac{31}{7}$ May 1773.

IX. Patent

des Königs Christian VII.
vom 9. Sept. 1806.

Wir Christian der Siebente, von Gottes Gnaden König zu Dänemark, Norwegen, der Wenden und Gothen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stormarn und der Dithmarschen, wie auch zu Oldenburg etc. etc.

Nachdem durch die auf der allgemeinen deutschen Reichsversammlung am 1sten des vorigen Monats von Seiten eines Theils der angesehensten Stände erklärte Trennung von dem Reichsverbande und durch die darauf erfolgte, von Sr. Römisch Kaiserl. Majestät unterm 6ten desselben Monats kund gethane Niederlegung der Reichsoberhauptlichen Würde, der deutsche Reichsverband und die Reichsconstitution gänzlich aufgelöset und erloschen sind, und dem zufolge auch diejenigen gesetzlichen und verfassungsmässigen Bande, welche die Unserer Regierung unterworfenen Reichslande bisher mit Kaiser und Reich verbanden, so wie alle darauf sich gründenden Verhältnisse, Beziehungen und Verpflichtungen, gelöset und aufgehoben sind: so finden Wir Uns in Betreff der künftigen Verhältnisse und Verfassung dieser Unserer bisherigen deutschen Reichslande folgendes zu erklären, festzusetzen und zu befehlen bewogen:

Unser Herzogthum Holstein, Unsere Herrschaft Pinneberg, Unsere Grafschaft Ranzau und Unsere Stadt Altona, sollen fortan unter der gemeinsamen Benennung des Herzogthums Holstein, mit dem gesammten Staatskörper der Unserm Königl. Scepter untergebenen Monarchie, als ein in jeder Beziehung völlig ungetrennter Theil derselben verbunden, und solchemnach von nun an Unserer alleinigen unumschränkten Botmässigkeit unterworfen seyn.

In Betracht der aufgelöseten Verhältnisse dieser Unserer vorgenannten Lande zu den bisherigen deutschen Reichsgerichten, verordnen und bestellen wir Unser bereits bestehendes Oberdicasterium zu Glückstadt, unter der Benennung Unseres Königlichen Holsteinischen Obergerichts, zur höchsten, Uns allein untergeordneten Justizbehörde in diesem Unserm Herzogthume Holstein, neben welcher jedoch das adeliche Landgericht, unter Unserer alleinigen allerhöchsten Autorität, auf die bisherige Weise bis zu anderweitiger Verfügung ferner bestehen soll.

Wenn auch nunmehr, durch die Aufhebung der deutschen Reichsconstitution, und durch die Auflösung der Verbindung Unserer gedachten Lande mit dem deutschen Reiche, die deutschen Reichsgesetze in selbigen ausser Kraft gesetzt worden: so wollen Wir dennoch und gebieten hiemit, dass, bis zur Einführung eines allgemeinen Gesetzes, wesfalls die nöthigen Befehle von Uns erlassen sind, alle Rechtssachen in Unserm Herzogthume Holstein, nach den an jedem Orte bisher befolgten Gesetzen und Gewohnheitsrechten, mit Inbegriff der in den Reichsgesetzen enthaltenen Vorschriften, in so weit solche das bürgerliche und peinliche Recht angehen, entschieden werden sollen.

Wornach sich männiglich allerunterthänigst zu achten.

Gegeben auf Unserm Schlosse Friedrichsberg am 9. Sept. des Jahres 1806 nach Christi Geburt, Unserer Regierung im 41. Jahre.

(L. S.) *Christian R.*

Mösting.

Rantzau. *Janssen.* *Jensen.*

X. Allgemeines Gesetz

wegen Anordnung von Provinzialständen in den Herzogthümern

vom 28. Mai 1831.

Wir Frederik der Sechste etc. thun kund hiemit: Wie Wir mit Rücksicht auf Unseren für das Herzogthum Holstein erfolgten Beitritt zum Deutschen Bunde bereits früher beschlossen haben, für dieses Herzogthum eine den Zeitumständen und Verhältnissen angemessene ständische Verfassung einzuführen, so wollen Wir auch dem Herzogthum Schleswig eine gleiche Verfassung zu Theil werden lassen, und dadurch Unseren sämmtlichen getreuen Unterthanen in beiden Herzogthümern einen neuen dauernden Beweis Unseres unerschütterlichen Vertrauens und Unserer ungetheilten Huld und Liebe geben.

Die zu einer möglichst zweckmässigen Vollziehung dieser Verfassung erforderlichen, für das Herzogthum Holstein getroffenen Einleitungen und Vorbereitungen, auf welche Wir landesväterlich bedacht gewesen sind, sollen daher auf das Herzogthum Schleswig erstreckt, besonders die Trennung der

Administration von der Justiz in beiden Herzogthümern zur Ausführung gebracht, und zu dem Ende ein gemeinschaftliches Oberappellationsgericht, welches gleichfalls für das Herzogthum Lauenburg die höchste Instanz bildet, errichtet werden.

Gleichzeitig mit diesen neuen Einrichtungen sollen die Stände in Wirksamkeit treten, um, durch eine angemessene Theilnahme an der Verwaltung, in Unseren getreuen Unterthanen den Sinn und Eifer für das gemeinsame Wohl noch mehr zu beleben, Uns von den Mitteln zur Beförderung dieses Wohls die zuverlässigste Kunde zu verschaffen, und dadurch das Band, welches Unser Königliches Haus mit Unserem Volke vereinigt, noch fester zu knüpfen.

Zur Begründung des Verhältnisses der Stände wollen Wir Folgendes allergnädigst angeordnet haben:

§. 1. Es sollen zuvörderst für Unsere Herzogthümer Schleswig und Holstein Provinzialstände eingeführt werden, welche sich als berathende Stände in jedem Herzogthum für sich versammeln, jedoch mit völlig gleichen Befugnissen und Pflichten.

Durch die abgesonderte Versammlung der Stände wird so wenig in dem Social-Nexus Unserer Schleswig-Holsteinischen Ritterschaft, für welchen es bei den bisherigen Vorschriften, und namentlich bei dem Inhalt der Resolution vom 27. Juni 1732 sein Bewenden behält, als in den sonstigen Verhältnissen, die Unsere Herzogthümer Schleswig und Holstein verbinden, etwas verändert.

§. 2. Die Provinzialstände bestehen aus gewählten, sowie aus solchen Abgeordneten, denen Wir eine besondere Stimme beilegen werden, und bilden das gesetzmässige Organ der verschiedenen Stände Unserer getreuen Unterthanen in jedem Herzogthum.

§. 3. Die allgemeine Bedingung der Wahlberechtigung wie der Wählbarkeit ist das Land- und das städtische Eigenthum.

Zur Wahlberechtigung wie zur Wählbarkeit eines städtischen Abgeordneten ist zwar das städtische Bürgerrecht nicht erforderlich; jedoch bedarf die Wahl eines jeden Abgeordneten, welcher mit einer Bestallung, oder zum Behuf amtlicher Verrichtungen mit einem Confirmationspatente versehen ist, Unserer allerhöchsten Genehmigung.

Auch sollen der ständischen Versammlung in jedem Herzogthum Abgeordnete für die Geistlichen und für Unsere Kielische Universität beiwohnen, die Wir allergnädigst ernennen werden.

§. 4. Mit Rücksicht auf die im §. 2. enthaltenen Bestimmungen werden Wir die Entwürfe solcher allgemeiner Gesetze, welche Veränderungen in Personen- und Eigenthumsrechten und in den Steuern und öffentlichen Lasten zum Gegenstande haben, soweit sie Ein Herzogthum allein angehen, der ständischen Versammlung dieses Herzogthums, soweit sie aber beide Herzogthümer betreffen, beiden ständischen Versammlungen der Herzogthümer zur Berathung vorlegen lassen.

§. 5. Die ständische Versammlung für jedes Herzogthum kann nicht nur in Ansehung der zu ihrer Wirksamkeit gehörigen Gegenstände Vorschläge

und Anträge, sondern auch Bitten und Beschwerden, welche auf das specielle Wohl und Interesse des ganzen Herzogthums oder eines Theils desselben Beziehung haben, anbringen, und Wir werden über solche, wie über diejenigen Puncte, die Wir ihnen zur Berathung vorlegen lassen, Unsere Beschlüsse ertheilen.

§. 6. Die Communalangelegenheiten in jedem Herzogthum wollen Wir unter Vorbehalt Unserer Aufsicht und Genehmigung den Beschlüssen der ständischen Versammlung überlassen, wie derselben denn auch die Befugniss beigelegt sein soll, die Repartition der in jedem Herzogthum zu entrichtenden, nicht bereits gesetzlich regulirten Anlagen über die contribuirenden Districte selbst zu beschaffen, und die Art der Vertheilung zu bestimmen; Beides jedoch unter Vorbehalt Unserer zu bewirkenden Genehmigung.

§. 7. Die ständische Versammlung für jedes Herzogthum tritt zusammen, wenn Wir selbige einberufen.

Dieses wird regelmässig jedes zweite Jahr geschehen, ausserordentlich aber, so oft Wir es für nöthig finden.

Die Dauer der ständischen Versammlung für jedes Herzogthum wollen Wir immer den Umständen nach bestimmen, und darnach der Versammlung die Aufhebung derselben ankündigen lassen.

§. 8. Zur näheren Regulierung der ständischen Verhältnisse in jedem Herzogthum und über das Verfahren bei den Wahlen und in den ständischen Versammlungen, wollen Wir für jedes Herzogthum besondere Vorschriften erlassen. In denselben werden Wir auch Unsere allerhöchste Entschliessung über die Zahl der verschiedenen Abgeordneten für jedes Herzogthum eröffnen.

Ehe Wir aber in Ansehung des sonstigen Inhalts der Uns zu solchen Vorschriften vorzulegenden Entwürfe Unsere endliche allerhöchste Resolution ertheilen, sollen darüber erfahrene Männer aus beiden Herzogthümern vernommen und zur Berathung gezogen werden.

Auch werden Wir, wenn Wir künftig in diesen besonderen Gesetzen Abänderungen als wohlthätig und nützlich erachten würden, diese nur nach vorgängiger Berathung mit den Ständen jedes Herzogthums treffen.

Urkundlich etc. Gegeben etc. Kopenhagen den 28. Mai 1831.

XI. Offener Brief

des Königs Christian VIII.

vom 16. Juli 1846.

Wir Christian der Achte, von Gottes Gnaden König zu Dänemark, der Wenden und Gothen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stormarn, der Dithmarschen und zu Lauenburg, wie auch zu Oldenburg etc. etc. Thun kund hiermit:

Durch vielfache Thatsachen ist es zu Unserer Kenntniss gelangt, dass bei Manchen Unserer Unterthanen unklare und irrige Vorstellungen über die

Successions-Verhältnisse in der Monarchie herrschen, und dass diese Vorstellungen dazu benutzt werden, um Unruhe und Bekümmerniss über die Zukunft des gemeinsamen Vaterlandes für den Fall hervorzurufen, dass einst nach dem Rathschluss der Vorsehung Unseres Königlichen Hauses Mannsstamm erlöschen sollte, wodurch zugleich eine bittre Stimmung unter den Bewohnern in den verschiedenen Landestheilen erzeugt und genährt wird. Wir haben es daher für Unsre landesväterliche Pflicht erkannt, durch eine zu dem Ende von Uns allerhöchst ernannte Commission alle diese Erbverhältnisse betreffenden Acten und Documente, so weit dieselben haben zu Wege gebracht werden können, prüfen und zugleich eine genaue und gründliche Untersuchung aller darauf bezüglichen Verhältnisse vornehmen zu lassen.

Nachdem das Ergebniss dieser Untersuchung Uns in Unserm Geheimen-Staatsrath allerunterthänigst vorgetragen und von Uns erwogen worden ist, haben Wir darin die volle Bekräftigung gefunden, dass gleicherweise, wie über die Erbfolge in Unserm der Krone Dänemark durch Verträge erworbenen Herzogthum Lauenburg kein Zweifel obwaltet, so auch die gleiche Erbfolge des Königs-Gesetzes im Herzogthum Schleswig in Gemässheit des Patents vom 22. August 1721 und der darauf geleisteten Erbhuldigung, so wie endlich in Folge der von England und Frankreich ausgestellten Garantie-Acte vom 14. Junius und 23. Julius 1721 und der mit Russland geschlossenen Verträge vom 22. April 1767 und vom 1. Junius 1773 in voller Kraft und Gültigkeit besteht.

In der festen Ueberzeugung, dass dies auf Recht und Wahrheit begründet ist, und in der Ueberzeugung ferner, dass Wir es nicht länger hinaussetzen dürfen, den schädlichen Folgen entgegen zu wirken, welche die fortwährend, selbst innerhalb der Grenzen der Monarchie, verbreiteten irrigen und falschen Ansichten über diese Verhältnisse hervorbringen, haben Wir Uns allerhöchst bewogen gefunden, durch diesen Unsern offenen Brief Unsern sämmtlichen getreuen Unterthanen gegenüber die Ueberzeugung von dem allen Unsern Königlichen Erbsuccessoren zuständigen Erbfolge-Recht in das Herzogthum Schleswig auszusprechen, ein Recht, welches Wir und Unsere Nachfolger auf dem Dänischen Thron aufrecht zu erhalten für Unsere Pflicht und Unseren Beruf erachten werden.

Dagegen hat die angestellte Untersuchung ergeben, dass mit Rücksicht auf einzelne Theile des Herzogthums Holstein Verhältnisse obwalten, welche Uns verhindern, Uns mit gleicher Bestimmtheit über das Erbrecht Unsrer sämmtlichen Königlichen Erbsuccessoren an diesem Herzogthum auszusprechen. Während Wir indessen allen Unsern getreuen Unterthanen, und namentlich denen im Herzogthum Holstein, die allergnädigste Versicherung ertheilen, dass Unsre unablässigen Bestrebungen auch fernerhin darauf gerichtet sein werden, die zur Zeit vorhandenen Hindernisse zu beseitigen und die vollständige Anerkennung der Integrität des Dänischen Gesammt-Staats zu Wege zu bringen, so dass die unter Unserm Zepter vereinigten Landestheile niemals von einander getrennt werden, vielmehr für immer in ihren gegenwärtigen

Verhältnissen und mit den einem jeden von ihnen zuständigen Rechten zusammen bleiben, so wollen Wir namentlich Unsern getreuen Unterthanen im Herzogthum Schleswig hiedurch eröffnet haben, dass es nicht von Uns beabsichtigt wird, durch diesen Unsern offnen Brief der Selbständigkeit dieses Herzogthums, wie dieselbe bisher von Uns anerkannt worden ist, in irgend einer Weise zu nahe zu treten, oder irgend eine Veränderung in den sonstigen Verhältnissen vorzunehmen, welche gegenwärtig dasselbe mit dem Herzogthum Holstein verbinden; und wollen Wir vielmehr Unsre Zusage hiemit ausdrücklich wiederholen, dass Wir Unser Herzogthum Schleswig, wie bisher, so auch ferner im Besitz der ihm als einem zwar mit Unsrer Monarchie unzertrennlich verbundenen, aber zugleich selbständigen Landestheile zuständigen Rechte schützen werden.

Urkundlich unter Unserm Königlichen Handzeichen und vorgedruckten Insiegel.

Gegeben in Unserm Geheimen Staatsrathe auf Unserm Schlosse Sorgenfrei den 8. Julius 1846.

(L. S.) *Christian R.*

Frederik K. P. Frederik Ferdinand. Stemann. A. W. Moltke. Örsted. Reventlow-Criminil.

XII. Zweiter offener Brief

des Königs Christian VIII.
vom 18. Sept. 1846.

Wir Christian der Achte, von Gottes Gnaden König zu Dänemark, der Wenden und Gothen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stormarn, der Dithmarschen und zu Lauenburg, wie auch zu Oldenburg etc. etc. Entbieten allen Unseren lieben und getreuen Unterthanen Unsere Königliche Huld und Gnade.

Wir haben Uns gefreut, nach Verlauf mehrerer Jahre diesen Unsern Geburtstag in Unseren Herzogthümern im Kreise treuer Unterthanen zuzubringen. Wir haben den Allerhöchsten angefleht, dass es ein Tag des Friedens und des Segens werde. Zu diesem Zwecke wollen Wir als Landesvater vor allen Unseren lieben und getreuen Unterthanen, die man nur zu sehr über den wahren Sinn Unseres offenen Briefes vom 8. Juli d. J. irre zu leiten gestrebt hat, hiermit erklären, dass es keineswegs die Absicht hat sein können, durch denselben die Rechte Unserer Herzogthümer oder eines derselben zu kränken; im Gegentheil haben Wir dem Herzogthum Schleswig zugesagt, dass es in der bisherigen Verbindung mit dem Herzogthum Holstein bleiben solle, woraus folgt, dass das Herzogthum Holstein auch nicht von dem Herzogthum Schleswig getrennt werden soll. Eben so wenig haben Wir durch vorgedachten Unsern offenen Brief irgend eine Veränderung in den unzweifelhaften und deshalb in demselben gänzlich unerwähnt gelassenen

Verhältnissen beabsichtigen können, in welchen Unsere Herzogthümer Holstein und Lauenburg, als Deutsche Bundesstaaten, zum Deutschen Bunde stehen, und die in dem offenen Briefe enthaltenen Aeusserungen in Betreff des Herzogthums Holstein sind mithin nur dahin zu verstehen, dass Wir das feste Vertrauen hegen, dass durch die Anerkennung der Unzertrennlichkeit der Dänischen Monarchie auch Unserm selbstständigen Herzogthum Holstein die beständige Verbindung mit den übrigen Unserer Krone untergebenen Landestheilen und seine dadurch bedingte Untheilbarkeit werde gesichert werden.

Mit Gottes hülfreichem Beistande wird dieses geschehen und Wir bauen darauf, dass Unsere lieben und getreuen Unterthanen Unsere lediglich auf ihr Wohl gerichteten landesväterlichen Absichten nicht verkennen werden. Nur Vertrauen zum Landesherrn kann dem Lande Ruhe und Frieden sichern und Gott wird das Band der Eintracht segnen, welches beide umschlingt.

Gegeben auf Unserem Schlosse zu Plön, den 18. Sept. 1846.

Christian R.

Moltke.

XIII. Beschluss

der deutschen Bundesversammlung vom 17. Sept. 1846.

1) Nachdem Se. Maj. der König von Dänemark, Herzog von Holstein und Lauenburg, in Allerhöchstihrer Erklärung vom 7. Sept. d. J. auf die Eingabe der Provincialständeversammlung des Herzogthums Holstein vom 3. Aug. l. J. geäussert haben, dass es Ihnen niemals in den Sinn gekommen ist, die Selbstständigkeit des Herzogthums Holstein, dessen Verfassung und sonstige auf Gesetz und Herkommen beruhende Beziehungen zu beeinträchtigen oder willkürlichen Veränderungen zu unterwerfen, und die Versicherung hinzugefügt haben, dass Allerhöchstdieselben bei Ihren Bestrebungen, die Successionsverhältnisse des gedachten Herzogthums zu ordnen, nicht willens sind, wohlbegründeten Rechten der Agnaten zu nahe zu treten, ebenso auch die Absicht an den Tag gelegt haben, das verfassungsmässige Petitionsrecht der Stände ungeschmälert aufrecht zu erhalten, so findet die Bundesversammlung sich in ihrer vertrauensvollen Erwartung bestärkt, dass Se. Maj. bei endlicher Feststellung der in dem offenen Briefe vom 8. Juli d. J. besprochenen Verhältnisse die Rechte Aller und Jeder, insbesondere aber die des deutschen Bundes, erbberechtigter Agnaten und der gesetzmässigen Landesvertretung Holsteins beachten werden. Indem die Bundesversammlung als Organ des deutschen Bundes sich die Geltendmachung ihrer verfassungsmässigen Competenz in vorkommenden Fällen vorbehält, spricht sie sich dahin aus, dass sie in den Ständen des Herzogthums Holstein dem Bunde gegenüber nicht die gesetzlichen Vertreter dieses Bundesstaats, sondern nur die Vertreter ihrer verfassungsmässigen Rechte erkennt, und ebensowenig eine Beschwerde der

Ständeversammlung über verfassungswidrige Abänderung der landständischen Verfassung Holsteins für begründet erachtet; dagegen aber den an den königlichen Commissär bei der Ständeversammlung erlassenen Befehl Sr. Maj. des Königs von Dänemark vom 8. Juli 1846, wornach keine weitern Petitionen oder Vorstellungen in der Erbfolgesache entgegengenommen werden sollen, in dieser Allgemeinheit mit dem Wortlaute des Gesetzes vom 28. Mai 1831 nicht im Einklang findet.

2) Die Bundesversammlung zollt den patriotischen Gesinnungen, die sich bei diesem Anlass in den deutschen Bundesstaaten kundgegeben, bereitwillig ihre Anerkennung, beklagt aber die gehässigen Anschuldigungen und Aufreizungen, die dabei stattgefunden, und hegt die zuversichtliche Erwartung, dass die höchsten und hohen Bundesregierungen bedacht sein werden, solchen Ausbrüchen der Leidenschaft gehörige Schranken zu setzen. Auch zweifelt sie nicht, dass Se. Maj. der König von Dänemark gern geneigt sein werden, in dieser Beziehung die vollste Reciprocität eintreten zu lassen.

3) Der k. dänische herzogl. holstein-lauenburgische Hr. Bundestagsgesandte wird ersucht, diesen Beschluss zur Kenntniss seines allerhöchsten Hofs zu bringen. Präsidium gab anheim, den vorstehenden Beschluss durch die Frankfurter Zeitungen zu veröffentlichen, womit sich die Bundesversammlung einverstanden erklärte.

XIV. Protest

des Herzogs von Augustenburg vom 22. Juni 1851.

Seine Majestät der König von Dänemark haben in einem allerhöchsten Patent d. d. Christiansburg, 10. Mai 1851 gegen mich die Beschuldigung ausgesprochen, dass ich an einem Aufruhr Theil genommen habe, oder wirksam gewesen sei denselben zu fördern. Diese Beschuldigung, die, jeder Begründung entbehrend, durch die einfache Behauptung den Schein thatsächlicher Richtigkeit in Anspruch nimmt, nöthigt mich zu einem feierlichen Widerspruch. Es ist Thatsache, dass Se. Maj. der König von Dänemark am 21. März 1848 durch eine Volksbewegung veranlasst wurde, unter Entlassung allerhöchst seines Ministeriums die Aufhebung des dänischen Grundgesetzes, die Einführung einer constitutionellen Verfassung, die Aufhebung der althergebrachten berechtigten Verhältnisse des Herzogthums Schleswig zu dem Herzogthum Holstein und unter Verletzung der legitimen Erbfolge dessen unzertrennliche Verbindung mit dem Königreiche Dänemark auszusprechen. Zugleich wurde Se. Maj. veranlasst, die Führer jener Volksbewegung in Sein Ministerium zu berufen. Se. Maj. der König von Dänemark handelten hierbei ohne Zweifel wider Seinen Wunsch und Seinen eigenen freien und guten Willen. Denn es ist Thatsache, dass Se Maj. noch am 28. Januar 1848 in einem feierlichen Erlass

die Verheissung ausgesprochen hatte, dass in der bestehenden Verbindung der Herzogthümer Schleswig und Holstein nichts geändert werden solle. Es ist Thatsache, dass Sr. Maj. allerhöchster Regierungsvorweser und Vater, König Christian VIII., unterm 7. Sept. 1846 der hohen Bundesversammlung gegenüber hat erklären lassen: Dass Er nicht daran gedacht habe, irgend eine Veränderung in den Verhältnissen herbeizuführen, welche das Herzogthum Holstein mit dem Herzogthum Schleswig verbinden, und dass der Bundestag diese „gegebene feierliche Versicherung" acceptirte und auf dieselbe unter Vorbehalt seiner Competenz den Bundesbeschluss vom 17. Sept. 1846 zur Erhaltung des legitimen Erb- und Staatsrechtes der Herzogthümer gründete. Es ist ferner Thatsache, dass nach dem Artikel 26. des dänischen Königsgesetzes, wenn von dem König von Dänemark irgend etwas ausgewirkt wird, was der absoluten und souverainen Alleinherrschaftsgewalt auf eine oder andere Weise zum Abbruch oder Eintrag gereichen könnte, dies, wie es auch immer zugesagt und erlangt sei, für ungesagt oder ungeschehen gehalten werden solle, und dass diejenigen, die solches erworben oder erschlichen haben, als Beleidiger der Majestät und Hochverräther angesehen werden sollen. Wenn demnach Se. Maj. der König von Dänemark die jetzt in Dänemark factisch eingeführten Verfassungszustände unmöglich freiwillig begründen, von Seinem noch so eben, wie früher von Seinem allerhöchsten Vater gegebenen feierlichen Versprechen unmöglich freiwillig abgehen konnte; wenn Er hierzu durch eine Volksbewegung veranlasst wurde, und diese einen strafbaren Aufruhr enthält, so kann das, was von den Herzogthümern unter Zustimmung sämmtlicher deutschen Regierungen und unter dem Schutze des deutschen Bundes gegen die gewaltsamen Umwälzungen in Kopenhagen geschah, unmöglich selbst Aufruhr sein. Und es schliesst noch in Sonderheit das Verhalten des durchlauchtigen deutschen Bundes und der hohen deutschen Souveraine zu diesen Vorgängen die Möglichkeit aus, auf dieselben die Beschuldigung des Aufruhrs zu werfen. Der durchl. deutsche Bund hat die Regierung, „welche sich mit Vorbehalt der Rechte ihres Herzogs und Namens desselben zur nothgedrungenen Vertheidigung der Landesrechte constituirte", sofort nach der Anzeige ihrer Constituirung als solche anerkannt und in seinen Schutz zu nehmen erklärt; weder in den Waffenstillstandsverträgen vom 26. August 1848 und vom 10. Juli 1849, noch in dem Frieden vom 2. Juli 1850 und dem denselben erläuternden Protocoll und Denkschrift findet sich irgend eine Aeusserung oder Wendung, welche der Krone Dänemark das Recht zugestände, das in den Herzogthümern seit dem März 1848 Geschehene als Aufruhr zu bezeichnen. Wenn dessen ungeachtet Se. Maj. der König in dem allerhöchsten Patent vom 10. Mai d. J. von Aufruhr redet, und mich in demselben als Theilnehmer des Aufruhrs bezeichnet, so kann ich darin nur den noch ungeschwächt fortdauernden Einfluss derjenigen Personen auf Se. Maj. den König erkennen, welche denselben im März 1848 dazu bestimmten, das seit 200 Jahren in ungeschwächter Geltung bestandene dänische Grundgesetz zu vernichten, den altbegründeten Rechtsbestand der Herzogthümer aufzuheben

die dem durchl. deutschen Bunde gegenüber „gegebene feierliche Versicherung“ für Nichts zu achten. Demnach lege ich gegen die in dem allerhöchsten Patent vom 10. Mai ausgesprochene Beschuldigung und deren Consequenzen feierlichst Protest ein, wie ich der Ueberzeugung lebe, dass eine Zeit kommen wird, wo Se. Majestät von Dänemark selbst mir die gebührende Genugthuung nicht versagen wird. Urkundlich unter meinem fürstlichen Handzeichen und beigedrucktem Insiegel.

Nienstädten, den 22. Juni 1851.

Christian August,
Herzog zu Schleswig-Holstein.

XV. Depeschen,

welche zwischen Dänemark, Oestreich und Preussen in Bezug auf die definitive Schlichtung der schleswig-holstein'schen Differenzen am Ende des Jahres 1851 gewechselt wurden.

Königlich dänische Depesche an die dänischen Gesandten in Wien und Berlin,

d. d. 6. Dec. 1851.

Aus meinen frühern Erlassen, durch welche Ew. Hochgeboren von dem Inhalt der Depeschen des k. k. Ministerpräsidenten vom 9. Sept. d. J. — von dem Inhalt der Depeschen des k. preussischen Ministerpräsidenten vom 14. Sept. d. J. — vollständig in Kenntniss gesetzt worden, werden Sie des nähern ersehen, dass und aus welchen Gründen die Regierungen von Oestreich und Preussen — Preussen und Oestreich — Bedenken getragen haben, die diesseitige Erklärung vom 26. Aug. d. J. der Bundesversammlung vorzulegen, und auf Grund derselben das Aufhören ihres zeitweiligen Mandats in Holstein und die Rückgabe der vollen landesherrlichen Gewalt in die Hände Sr. Maj. des Königs zu beantragen.

Die königl. Regierung hat dies um so mehr bedauern müssen, als nach ihrer in dem beigehenden Exposé ausführlicher dargelegten Ansicht die bereits ertheilten Zusicherungen eine so ausreichende Bürgschaft für die Wahrung aller dem Bunde und dem betreffenden Bundeslande verfassungsmässig zustehenden Rechte enthielten, dass dem Könige, unserm allergnädigsten Herrn, von Seiten des Bundes ein mehreres füglich nicht angesonnen werden könne, ohne zugleich Allerhöchstdessen souverainen Rechten zu nahe zu treten. Es gehören diese Rechte zu den nie bestrittenen, und eine fernere Suspension der Ausübung derselben im Herzogthum Holstein dürfte unter den gegenwärtigen Umständen, nachdem die Ruhe und Ordnung dort thatsächlich wiederhergestellt worden, um so weniger zulässig erscheinen, als eine Verlängerung dieses Ausnahmezustandes wider den Wunsch und Willen Sr. Majestät nicht

nur dem Sinn und Wortlaut der für die Bundes-Intervention maassgebenden bundesgesetzlichen Vorschriften zuwiderlaufen, sondern auch dem im Friedensvertrage, Art. 3., enthaltenen gleichmässigen und gleichbedeutenden Vorbehalte beiderseitiger Rechte, auf eine, unseres Erachtens, nicht zu rechtfertigende Weise Eintrag thun würde. Eine friedliche Ausgleichung entgegenstehender Ansichten — und dieses muss doch unstreitig der wahre Zweck jenes gegenseitigen Vorbehaltes sein — setzt aber die Freiheit des Willens und Handelns ebenso auf der einen als auf der andern Seite mit Nothwendigkeit voraus, und es wäre daher zu wünschen, dass diese Anschauung, sowie sie die einzig practisch gültige ist, auch recht bald in ihren Consequenzen durchgeführt und zur practischen Geltung gebracht werden möge.

Diese Bemerkungen, so wie die in der Anlage I. enthaltenen Ausführungen haben und können nur den Zweck haben, die Bedenken wo möglich zu beseitigen, welche jenseits gegen unsere Erklärung vom 26. August als vermeintlich unzureichend erhoben worden. Wir sind fortwährend der Ansicht, dass weder der Bund noch dessen Mandatare, als solche, auf weitergehende Zusagen Anspruch machen können, ohne in ein Gebiet zu greifen, wo ihnen die Competenz abgeht, und die so mühsam beschwichtigten Conflicte von neuem beginnen würden.

Rechtliche Grantien für ein Mehreres können also jenseits nicht verlangt, dürfen von uns nicht gegeben werden.

Wohl aber wird es uns, wenn man, durch die Rückgabe der vollen landesherrlichen Gewalt in Holstein in die Hände des Königs, dem gerechten Verlangen Sr. Majestät entspricht, in einer hoffentlich nahen Zukunft möglich werden, die moralischen Garantien zu verstärken, welche dem innern und äussern Frieden zur Grundlage dienen. Solche Garantien können aber, ihrem Wesen und Natur nach, nur aus freien Stücken gegeben werden.

Die königliche Regierung hat das Recht Vertrauen zu erwarten — aber selbst wenn man damit zurückhält, die dringendste Aufforderung sich darum zu bemühen. Ohne ein solches Vertrauen der Cabinette von Wien und Berlin — Berlin und Wien — wird es ihr fast unmöglich sein, ihre schwierige Aufgabe zu lösen, und den Weg inne zu halten, den sie schon vor längerer Zeit im Einvernehmen mit den Grossmächten betreten hat, um die Integrität der Monarchie unverletzt zu erhalten, und wo möglich durch neue Bürgschaften zu befestigen. Die Fortsetzung dieses Weges knüpft sich so eng an die herangerückte definitive Lösung der Erbfolgefrage, dass es schon aus diesem Grunde dem König, unserem allergnädigsten Herrn, vor allem daran gelegen sein muss, fernerhin ohne Einhalt fortzuschreiten, damit die in der diesseitigen Erklärung vom 26. August ertheilte Zusage, sobald es die Umstände gestatten, durch Regierungshandlungen unterstützt werde, welche, ob sie auch gleich den Text jener Erklärung in nichts ändern, jedoch geeignet seien, jeden Zweifel über die diesseits zu befolgende Politik auszuschliessen.

Nur in solchen Handlungen können die von dem k. k. Cabinet — dem k. preussischen Cabinet — gewünschten Garantien gesucht und gefunden

werden, daher es zunächst von Wichtigkeit sein wird, im Voraus die Gewissheit zu erlangen, dass die Entschliessung, welche Se. Majestät unter Umständen zu fassen geneigt sind, nicht nur sich des Beifalls der alliirten Mächte, und namentlich der Höfe von Wien und Berlin — Berlin und Wien — zu erfreuen haben, sondern auch von keiner Seite her an ihrer demnächstigen Ausführung auf irgend Hindernisse stossen werden.

Zu diesem Zweck sind Ew. Hochgeboren ermächtigt, nach Maassgabe des in der beigehenden Anlage II. näher Entwickelten, den k. k. Ministerpräsidenten — den k. preussischen Ministerpräsidenten — von den allerhöchsten Absichten Sr. Maj. vertraulich und mit dem Beifügen in Kenntniss zu setzen, dass der König, unser allergnädigster Herr, deren Ausführung eventuell nicht beanstanden werden.

Sowie Se. Maj. aber dabei selbstverständlich von der Voraussetzung ausgehen, dass die Räumung Rendsburgs, die Zurückziehung sämmtlicher Bundestruppen aus dem Herzogthum Holstein und die Rückgabe der vollen landesherrlichen Gewalt in Allerhöchstdero Hände gleichzeitig ohne weitern Anstand erfolgen werden, so können Se. Maj. Allerhöchst ihre endlichen Beschlüsse auch nicht eher fassen, als Sie durch die unzweideutigsten Versicherungen darüber vergewissert sind, dass deren Ausführung im Allgemeinen wie in den Einzelheiten kein Hinderniss von aussen entgegentreten wird, und dass die Grossmächte die angedeutete vorläufige Ordnung der Verhältnisse für genügend erachten, um demnach unmittelbar zur definitiven Regelung der Erbfolge und zur Vollziehung der im Londoner Protocoll in Aussicht gestellten Garantie die ferner erforderlichen Schritte vorzunehmen.

Bei Gelegenheit dieser vertraulichen Eröffnungen dürfen Ew. Hochgeboren übrigens nicht die Bedenken unerwähnt lassen, die sich, wie Sie leicht ermessen werden, bei den dessfälligen Vorberathungen gegen eine, sei es auch nur zeitweilige und transitorische, Wiederbelebung schleswig'scher Provincialstände geltend gemacht haben. Es ergeben sich diese Bedenken ganz einfach aus der Wirksamkeit jener Stände, sowohl in dem einen als in dem andern Herzogthum, während der letzten zehn Jahre, denn, wie sie schon vor dem Jahre 1848 für die Entwickelung Schleswigs und Holsteins zu einer vom Königreich gesonderten Staatseinheit eifrigst bemüht waren, auch auf die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund hinarbeiteten, so haben sie im Jahr 1848 und später, erst durch den ungesetzlichen Zusammentritt beider Versammlungen, dann durch deren Aufhebung und Bildung einer sogenannten Landesversammlung, nachher endlich auch durch die Theilnahme fast aller Deputirten an dem Aufruhr und durch die Veranstaltung von schleswigschen Wahlen zu der sogenannten Nationalversammlung in Frankfurt dermassen gegen Pflicht und Treue gehandelt, dass die persönliche Abgeneigtheit des Königs, sich dieser Institutionen ferner zu bedienen, füglich nicht Wunder nehmen kann, namentlich weil der Versuch, durch ein solches Organ zu einer erspriesslichen gemeinschaftlichen Verfassung für die ganze Monarchie

zu gelangen, wenigstens von vornherein einen gedeihlichen Erfolg nicht zu verbürgen scheint.

Wenn der König dessenungeachtet unter den oben erwähnten Voraussetzungen und Bedingungen den Wunsch und Rath seiner hohen Alliirten eventuell durch eine zeitweilige Einberufung schleswigscher Provincialstände zu befolgen nicht anstehen werden, so geschieht dies, wie in der Anlage II. gleich Eingangs ausgesprochen worden, lediglich aus allerhöchster Machtvollkommenheit und hauptsächlich zur Erreichung eines genau bezeichneten Endzweckes.

Ich brauche kaum hinzuzufügen, wie dem eventuell zu fassenden Beschlusse des Königs ferner die nie aufgegebene Hoffnung zum Grunde liegt, dass seine unter dem Druck einer gewaltsamen Erschütterung irregeleiteten Unterthanen in überwiegender Zahl nicht nur äusserlich, sondern im wiedererwachten Gefühl ihrer früheren Loyalität zu ihrer Pflicht zurückgekehrt sind, und dass die theuer erkauften Erfahrungen der verflossenen Jahre einer vorurtheilsfreien und besonnenen Auffassung der Verhältnisse Platz gegeben haben. Hierauf vertrauend werden Se. Majestät auch gestatten, dass die Berufung der Provincialstände für das Herzogthum Schleswig eventuell in Gemässheit der Anordnungen von 1831 und 1834 vor sich gehe, jedoch dass neue Wahlen zu verfügen seien, selbst wenn die Berufung vor Ablauf des Sexenniums angeordnet werden möchte, für welches zuletzt gewählt worden. Es wird im gleichen als eine Selbstfolge betrachtet, dass die Virilstimme für die Herzoglich Augustenburgischen Fideicommissgüter wegfällt, und dass in der schleswigschen Ständeversammlung die facultative Benutzung der dänischen und deutschen Sprache völlig gleichberechtigt sein soll, so wie es endlich auch Sr. Majestät Wille ist, dass keine der seit dem Friedensschlusse entweder allerhöchstunmittelbar oder durch das Organ des ausserordentlichen Regierungscommissärs erlassenen Anordnungen irgend einer Berathung der Provincialstände unterzogen werde, es sei denn, dass Se. Majestät rücksichtlich der einen oder der andern dieser Anordnungen speciell und ausdrücklich anders zu befehlen geruhen möchten.

Ew. Hochgeboren ersuche ich dem k. k. Ministerpräsidenten — dem königlich preussischen Ministerpräsidenten — von dem Inhalte dieses Erlasses vollständig Kenntniss zu geben, auch Sr. Durchlaucht — Sr. Excellenz — wenn Sie es wünschen, eine Abschrift desselben zur Verfügung zu stellen.

Genehmigen Ew. Hochgeboren etc. etc.

Anlagen zu vorstehender Depesche.

I.

Wenn in dem mit Nr. I. bezeichneten Erlasse des k. k. Ministerpräsidenten zuvörderst geäussert wird, dass über den Rechtstitel der in Holstein zur Zeit stattfindenden bewaffneten Bundes-Intervention zwischen den Betheiligten keine Meinungsverschiedenheit obwalte, so scheint diese Voraus-

setzung allerdings in der Natur der Verhältnisse dermassen begründet, dass eine solche Meinungsverschiedenheit füglich nicht denkbar sein dürfte. So wie nämlich im Art. 4. des Friedensvertrags zur Begründung der Berechtigung Sr. Majestät des Königs zur Anrufung der Intervention des deutschen Bundes ausdrücklich auf die Bundesgesetzgebung hingewiesen wird, so ist auch auf den Grund dieser Gesetzgebung und mit ausdrücklicher Bezugnahme auf die betreffenden Bestimmungen der Wiener Schlussacte — nachdem der Bestimmung des Friedensvertrags über vorgängige Mittheilung der diesseitigen Pacificationsabsichten durch die Vorlegung der königlichen Manifeste vom 14. Juli v. J. Genüge geleistet war — die Dazwischenkunft des Bundes, sowohl in Wien, mittelst einer Note des Frhrn. v. Pechlin vom 12. September 1850, als in Frankfurt durch den königlichen Bundesgesandten beansprucht worden, und der Bundestagsbeschluss, wodurch die Regelung dieser Angelegenheit der kaiserl. östreichischen Regierung übertragen wurde, enthält ebenfalls eine ausdrückliche Hinweisung auf die Bundesgesetze. Durch den Bundesbeschluss vom 11. Juni d. J. ist die fernere Leitung dieser Angelegenheit, respective durch Vollmachterneuerung und Mitübertragung, den Regierungen von Oestreich und Preussen vorläufig auf 6 Wochen anvertraut worden, welches Commissorium mit stillschweigendem Consens des Bundestags annoch fortdauert.

Den Rechtstitel der bewaffneten Intervention bilden also lediglich der Art. 4. des Friedensvertrags, die betreffenden Bundesgesetze und die in Uebereinstimmung mit den letzteren gefassten Bundesbeschlüsse. Dass das k. k. Cabinet hiemit einverstanden sei, würde man aber, wenn es nicht ausdrücklich gesagt wäre, nach dem fernern Inhalt der Depesche — in welcher der Beendigung der bewaffneten Intervention und die Rückgabe Holsteins an die alleinige Botmässigkeit Sr. Maj. des Königs fast unübersteigliche Hindernisse in den Weg gelegt werden, leider nicht annehmen dürfen.

Nach dem 26. und 32. Art. der wiener Schlussacte vom Jahr 1820, und nach dem 6. Art. der Bundes-Executions-Ordnung vom 3. Aug. 1820 dürfen die in Fällen der vorliegenden Art von der Bundesversammlung verfügten Maassregeln keinenfalls von längerer Dauer sein, als die Regierung, welcher die bundesmässige Hülfe geleistet wird, und in Uebereinstimmung mit deren Anträgen immer verfahren werden muss — es nothwendig erachtet. Es ist also klar, dass die Entscheidung über die Frage wegen der längeren Fortdauer der jetzigen vom Bund angeordneten Intervention und der damit in Verbindung stehenden Maassregeln nach dem unzweideutigen Wortlaut jener Bestimmungen keineswegs dem Bundestag oder den von selbigem bevollmächtigten Regierungen, sondern lediglich der Regierung Sr. Majestät des Königs zusteht. Sobald die letztere der Bundesversammlung erklärt hat, dass sie die Fortdauer der fraglichen Maassregeln nicht mehr für nothwendig erachte, und auf die Zurückberufung der Bundescommissaire und die Räumung Holsteins von Bundestruppen anträgt, muss diesen Anträgen nach dem Bundesrecht Folge gegeben werden.

Die königl. Regierung hat übrigens durch die gleich nach dem Beginnen der Intervention erfolgte Mittheilung des den später in Flensburg versammelt gewesenen achtbaren Männern vorgelegten Organisationsplans und durch die Erklärung in Holstein, die Provincialstände einberufen zu wollen, ein Mehreres gethan, als wozu sie verpflichtet war; denn sowie diese Eröffnungen einestheils weit über den Inhalt und Umfang der im Art. 4. des Friedensvertrages gegebenen allgemeinen Zusage hinausgehen, so würde anderen-

theils die im Art. 27. der wiener Schlussacte der Regierung, welcher die Bundeshülfe zu Theil geworden, zur Pflicht gemachte Anzeige von den zur Befestigung der wiederhergestellten gesetzlichen Ordnung getroffenen Maassregeln selbstverständlich im vorliegenden Fall noch nicht verlangt werden können.

Wenn im ferneren Verlauf des fraglichen Erlasses entschieden dagegen Verwahrung eingelegt wird, als könnten in der Wirksamkeit der Bundescommissaire die wahren Hindernisse des Uebergangs zu regelmässigen Zuständen gefunden werden, so dürfte es genügen, darauf aufmerksam zu machen, wie in der diesseitigen Depesche vom 26. Aug. der gute Wille der beiden Commissaire keineswegs in Abrede gestellt, vielmehr aber nur einer Thatsache Erwähnung gethan wird, deren Vorhandensein auch jenseits erkannt worden. Für die Auffassung der ihnen gestellten Aufgabe sind die Commissaire selbstverständlich nur ihren hohen Regierungen verantwortlich, und an letztere hätte sich die diesseitige Regierung zu wenden, wenn in concreten Fällen die Wirksamkeit der Vertreter Oestreichs und Preussens in Holstein dem dort zu erreichenden Zweck weniger förderlich oder gar hinderlich erscheinen möchte.

Es wird ferner die diesseitige Erklärung: dass Veränderungen in der Verfassung Holsteins nur im Wege der Berathung mit den Provincialständen dieses Herzogthums eingeführt, und das Land nach den rechtlich bestehenden Gesetzen regiert werden solle, als eine sehr entscheidende Wendung zum Bessern bezeichnet, als ob die königliche Regierung jemals die Absicht ausgesprochen oder angedeutet hätte, in einem anderen Sinne in Holstein verfahren zu wollen. An jenes belobende Zeugniss wird aber sofort die dasselbe gewissermassen vernichtende Frage geknüpft: welches die in Holstein rechtlich bestehenden Gesetze seien? — eine Frage, die nur durch eine Mittheilung der betreffenden voluminösen Gesetzsammlungen würde beantwortet werden können.

Man bleibt jenseits übrigens bei dieser allgemeinen Frage nicht stehen, sondern fügt specielle Fragen hinsichtlich einzelner Gesetze hinzu. Wenn aber sodann geäussert wird, dass nach dem allgemeinen Gesetz vom 28. Mai 1831 keine Veränderungen in den Verhältnissen vorgenommen werden sollten, welche damals das Herzogthum Holstein mit dem Herzogthum Schleswig verbanden, so dürfte diese irrige Auffassung nur dadurch veranlasst sein, dass dem k. k. Ministerpräsidenten die betreffende Gesetzesstelle unrichtig vorgetragen worden; es lautet der §. 1 des allgemeinen Gesetzes vom 28. Mai 1831 dahin, dass durch die abgesonderte Versammlung der Provincialstände in jenen Verhältnissen nichts verändert werden solle. Dadurch ist aber eine sonstige Veränderung derselben, wenn sie nur auf verfassungsmässigem Wege geschieht, um so weniger ausgeschlossen, da sogar die Veränderung der Institution der berathenden Provincialstände selbst im §. 3 des angeführten Gesetzes und am Schluss der Verordnungen vom 15. Mai 1834 vorhergesehen und der bei einer solchen Veränderung innezuhaltende Weg vorgeschrieben ist. Dass ferner die jenseits ohne nähere Bezeichnung im allgemeinen erwähnten verschiedenen Verordnungen, durch welche gemeinsame Einrichtungen für beide Herzogthümer hergestellt wurden, nach der diesseitigen Erklärung hinsichtlich Holsteins ohne die vorgängige Vernehmung der holsteinischen Provincialstände, insoweit die betreffenden Verordnungen und Einrichtungen zu dem hinsichtlich der Theilnahme an der Gesetzgebung auf die Steuern und Abgaben, auf das Personen- und Eigenthumsrecht, sowie auf die Com-

munalangelegenheiten beschränkten Wirkungskreis jener Stände gehören, nicht verändert werden können, ist eben so gewiss, als dass die Theilnahme der Provincialstände in Betreff der beiden erstgenannten Zweige der Gesetzgebung lediglich nur eine berathende ist. Was sodann die besonders hervorgehobene Zollverordnung vom Jahr 1838 und das durch dieselbe nicht für die Herzogthümer Schleswig und Holstein allein, sondern für die ganze Monarchie, mit Ausnahme Lauenburgs, begründete gemeinschaftliche Zollsystem anlangt, so ist dieses System hinsichtlich des Herzogthums Holstein, durch die von den insurrectionellen Regierungen und der im Herzogthum zur Zeit regierenden obersten Civilbehörde erlassenen Gesetze und getroffenen Verfügungen für die diesseitige Regierung einstweilen unausführbar geworden; wohingegen ihre Absicht, das früher gemeinschaftliche Zollsystem herzustellen, wiederholt erklärt worden, und nach ihrem jüngsten Ausspruch füglich kein Zweifel darüber obwalten kann, dass dieses in Holstein nur auf verfassungsmässigem Wege geschehen werde. Es ist also die Zollverordnung vom Jahr 1838 nur insoweit definitiv beseitigt, als sie bis zum Ausbruch des Aufstands im Wege verfassungsmässiger Gesetzgebung, namentlich der in der Verordnung selbst vorgeschriebenen periodischen Revision des Tarifs, Abänderungen erlitten hat.

In so fern im weitern Verlauf des Erlasses von einem vor dem Krieg von beiden Seiten anerkannten rechtlichen Zustand die Rede ist, und demnächst diese an und für sich nicht recht verständliche Aeusserung durch Hinweisung auf den Bundesbeschluss vom 17. September 1846 näher erläutert wird, dürfte es nicht überflüssig sein, diesen Beschluss und dessen Entstehung hier näher zu beleuchten.

Nachdem die Provincialstände-Versammlung des Herzogthums Holstein die ihrer eigenmächtigen Auflösung im August 1846 vorhergegangenen königlichen Erlasse in einer mit einem Antrag nicht versehenen Eingabe zur Kenntniss der Bundesversammlung gebracht hatte, und diese Eingabe der Reclamations-Commission zugestellt war, trug der diesseitige Bundestagsgesandte eine Erklärung vor, in welcher er die in dem königlichen offenen Brief vom 8. Juli 1846 gebrauchte Bezeichnung der dänischen Monarchie als eines Gesammtstaats, und die der Zeit zwischen den Herzogthümern Holstein und Schleswig bestehende Verbindung kurz erläuterte, mit dem Hinzufügen, dass eine Veränderung dieser Verbindung durch den gedachten offenen Brief dem König niemals in den Sinn gekommen sei, mit ausdrücklicher Ausschliessung jeglicher Competenz der Bundesversammlung hinsichtlich des Herzogthums Schleswig, und ohne Ertheilung irgend einer Zusicherung, wodurch eine Aufhebung oder Beschränkung der derzeitigen Verbindung der gedachten Herzogthümer von der Zustimmung der Bundesversammlung abhängig gemacht worden wäre.

Der Referent der Reclamations-Commission bezeichnete in seinem Vortrag die Eingabe der holsteinischen Provincialstände zunächst als eine Beschwerde über vermeintliche Verfassungsverletzung, wies den Ungrund der Beschwerde nach, bemerkte sodann, dass die Reclamanten bei der Einreichung ihrer Eingabe zugleich die Erhaltung der Verbindung gedachter Herzogthümer und die angeblich gemeinschaftliche Erbfolge unter den Schutz des Bundes zu stellen beabsichtigt hätten; erklärte auch in dieser Hinsicht die Erklärung des königl. Gesandten für genügend, und gelangte endlich, ohne sich irgendwie in eine nähere Erklärung über den Umfang der derzeitigen oder eventuellen Competenz des Bundes in der fraglichen Hinsicht einzulassen, zu seinem

demnächst zum Beschluss der Bundesversammlung erhobenen Antrage, in welchem das Vorhandensein einer Verfassungsverletzung nicht für begründet erachtet, im vorliegenden Falle zugleich aber die Uebereinstimmung des königl. Verbots der Entgegennahme von Petitionen über die Erbfolge mit dem Wortlaut des Gesetzes vom 28. Mai 1831, in dem Umfange, in welchem das Verbot gefasst worden, in Abrede gestellt, und die Competenz des Bundes für künftige Fälle vorbehalten wird, ohne dass in diesem zum Beschluss erhobenen Antrag oder in irgend einer der auf denselben erfolgten Abstimmungen der einzelnen Mitglieder der Bundesversammlung auch nur in einem einzigen Worte des Herzogthums Schleswig, oder Holsteins Verbindung mit demselben erwähnt worden wäre. Es liegt mithin am Tage, dass von der Begründung der beiderseitigen Anerkennung eines rechtlichen Zustandes durch den fraglichen Beschluss der deutschen Bundesversammlung und durch die demselben vorangegangene Erklärung des diesseitigen Gesandten eben so wenig die Rede sein kann, als von einer durch jenen Beschluss vorbehaltenen oder durch diese Erklärung anerkannten Competenz des deutschen Bundes hinsichtlich des Herzogthums Schleswig.

Die Geltendmachung einer solchen Competenz würde ohnehin mit dem im Jahr 1823 auf die Reclamation der holsteinischen Prälaten und Ritterschaft erfolgten Bundesbeschlusse, und namentlich mit der letzterm vorangegangenen, alle denkbare Einwirkung der Bundesversammlung auf das Herzogthum Schleswig ausschliessenden Abstimmung Preussens in diametralem Widerspruch stehen. Die Frage über die erwähnte Competenz der Bundesversammlung kann also nicht nach dem in dieser wie in jeder anderen Beziehung unverfänglichen Beschluss vom 17. Septbr. 1846, sondern sie muss nach den Grundsätzen des Völkerrechts und den Bundesgesetzen beantwortet werden. Nach völkerrechtlichen Grundsätzen ist durch die vor dem Krieg bestandene Verbindung Holsteins mit Schleswig irgend eine Competenz des Bundes in Schleswig eben so wenig begründet als durch die Verbindung Oestreichs mit Ungarn die Competenz des Bundes in Ungarn begründet sein würde; wohl aber würde die Competenz des Bundes nach dem Art. 56. der wiener Schlussacte begründet sein, wenn Se. Maj. der König die Verfassung des Herzogthums Holsteins anders als auf verfassungsmässigem Wege abändern wollten; dass Allerhöchstdieselben dieses nicht wollen, ist diesseits ausdrücklich erklärt worden und ein mehreres zu verlangen, ist die Bundesversammlung nicht berechtigt.

Im fraglichen Erlass ist ferner der in Flensburg stattgefundenen sogenannten Notablenversammlung Erwähnung gethan, sowie der östreichischerseits bei der Mittheilung des dieser Versammlung vorgelegten Projects gestellten allgemeinen und besondern Vorbehalte.

Abgesehen von der Frage über die rechtliche Wirkung und Bedeutung solcher Vorbehalte in einer keineswegs zu einer auswärtigen Entscheidung gehörenden oder verstellten innern Angelegenheit der dänischen Monarchie, hätte die diesseitige Regierung, wenn Oestreich mit dem fraglichen Projecte nicht einverstanden war, um so mehr eine bestimmte Meinungsäusserung in dieser Hinsicht erwarten können, da die Bestimmungen des Projects rücksichtlich Holsteins und dessen künftiger Verbindung mit Schleswig völlig mit einem bei den Friedensunterhandlungen in Berlin am 17. März 1850 diesseits vorgelegten Projecte übereinstimmen, welches sich derzeit eines entschieden ausgesprochenen Beifalls des k. k. Ministerpräsidenten zu erfreuen hatte.

Insofern die Wahl der Notablen für Schleswig unter dem Bemerken wiederum zur Sprache gebracht wird, dass bei derselben die Bedingung nicht für erfüllt gelten könne, welche Oestreich unter seine Vorbehalte aufgenommen hatte, kann sich zu einer weiteren Erörterung über diesen öfters und namentlich in einer diesseitigen Depesche vom 6. Mai d. J. erwähnten Punct um so weniger Anlass finden, als die Wahl der schleswigschen Notabeln sowohl, als die der holsteinischen durch die erfolgte allerhöchste Genehmigung hat aufhören müssen ein Gegenstand der Kritik zu sein. Abgesehen hievon wird Jeder, dem die betreffenden Persönlichkeiten aus unparteiischen Schilderungen bekannt sind, sich selber gestehen, dass bei der Wahl der schleswigschen und der holsteinischen Notabeln nach eben denselben Grundsätzen verfahren ist; man hat Männer, welche sich bei den Begebenheiten der letzten Jahre in der einen oder andern Richtung betheiligt hatten, nicht ausgeschlossen, zugleich aber achtbare Männer gewählt, welche sich des Vertrauens ihrer Mitbürger erfreuen, so dass bei sämmtlichen Wahlen die Worte des königlichen Manifestes vom 14. Juli 1850 pflichtmässig zur Richtschnur gedient haben.

Endlich kann man auf Veranlassung der im erwähnten Erlass gestellten Frage: „ob nicht die holsteinischen Stände durch den nexus socialis der Ritterschaften mit den Ständen Schleswigs verbunden seien", sich diesseits nicht der Nothwendigkeit überheben, die wahre Bedeutung des gedachten nexus socialis durch nachstehenden wortgetreuen Auszug aus der von dem vormaligen Kanzleideputirten, Hrn. v. Moltke (einem der vor kurzem in Flensburg versammelt gewesenen holsteinischen Notablen), concipirten Vorstellung vom 29. März 1847 näher zu erläutern.

Es heisst darin:

„Die in den Jahren 1722 und 1723 an König Friedrich IV. gerichteten Bitten um eine Declarirung wegen Anerkennung ihrer Privilegien blieben ohne Erwiederung. Erst König Christian VI. ertheilte, nachdem ein communi nomine von Prälaten und Ritterschaft eingereichtes Gesuch zurückgewiesen worden war, den Privilegien auf dessfälliges besonderes Ansuchen der schleswigschen und holsteinischen Noblesse unterm 12. März 1731 auf's Neue seine Bestätigung, jedoch nunmehr in gesonderten Urkunden, wobei der Confirmation über die schleswigschen Prälaten undRitterschaft die Clausel hinzugefügt war:

„„so weit solche (Privilegien) Unserer souverainen und alleinigen Regierung über mehrbesagtes Herzogthum nicht entgegen seien.""

„Es war natürlich, dass diese Vorgänge die Furcht vor einer beabsichtigten Auflösung der uralten innern Verbindung der Ritterschaft beider Herzogthümer hervorrufen konnten. Prälaten und Ritterschaft des Herzogthums Schleswig kamen daher unterm 7. Juli 1731 mit einer allerunterthänigsten Eingabe ein, in welcher sie, ausser mehreren auf die Haltung der Landesgerichte, auf ihr Patronatrecht, auf die Klöster und auf sonstige ganz specielle Puncte gerichten Bitten, unter andern wörtlich folgenden Antrag stellten:

„„Wir nehmen uns die Freiheit, Ew. königl. Maj. mit Wenigem zu Gemüthe zu führen, wie wir mit der Ritterschaft des Herzogthums Holstein von fast undenklichen Zeiten her, sowohl quoad emolumenta als onera in einer ganz genauen Verbindung gesetzt, auch in dem daraus erwachsenen corpore und nexu sociali von jedesmaliger Landesherrschaft beständig gelassen worden, gestaltsam denn an Ew. königl. Maj. unsere

allerunterthänigste Bitte dahin geht, dass uns Dero allerhöchste Declaration in Gnaden dahin ertheilt werden möge, dass der unter uns und der holsteinischen Ritterschaft obhandene nexus socialis immerhin bei völligen Kräften und Beibehalten bleiben solle.“ “

„Nachdem die Kanzlei in ihrem hierüber erstatteten Bedenken bestätigt hatte, dass selbiger hauptsächlich in Ansehung der adeligen Klöster, wovon nur eins, und zwar das schlechteste im Herzogthum Schleswig belegen, sowie auch sonst des Credits und der Umschlage wegen, nicht ohne grosse Benachtheiligung der schleswigschen Ritterschaft aufgehoben werden könne, erfolgte unterm 27. Juni 1732 die allerhöchste Resolution:

„ „bewilligen allergnädigst, dass sothaner nexus socialis, soweit selbiger Uns, als ihrem souverainen und alleinigen Landesherrn, an Unseren hohen juribus und Gerechtsamen nicht präjudicirlich sein kann, fernerhin beibehalten werden möge.“ “

„Insofern nun dieser Resolution und überhaupt der Aufrechthaltung des sogenannten nexus socialis, auch in dem allgemeinen Gesetze vom 28. Mai 1831 in neuerer Zeit eine hohe politische Bedeutung beigelegt, und dieselbe vielfach dazu benützt worden ist, daraus eine indirecte landesherrliche Anerkennung der früheren landesständischen Verfassung herzuleiten, dürfte sich der Ungrund solcher Behauptungen aus den obigen Verhandlungen von selbst ergeben, indem unzweideutig vorliegt, dass es sich dabei in Wirklichkeit einzig und allein um die Fortdauer der bisherigen Gemeinschaftlichkeit der rein privativen Gerechtsamen der Ritterschaft gehandelt hat.“

Dass aber durch einen solchergestalt bestehenden nexus socialis der Ritterschaften die holsteinischen Provincialstände (und andere Stände giebt es in Holstein nicht) mit den schleswigschen nicht verbunden sein können, scheint eines weiteren Beweises nicht zu bedürfen.

II.

1. Wenn Se. Maj., aus Rücksichten auf den Rath und Wunsch seiner hohen Alliirten, beschliessen, nicht nur das Herzogthum Holstein, sondern auch das Herzogthum Schleswig bis weiter als absoluter König unter Mitwirkung berathender Provincialstände zu regieren, so geschieht dies, was das Herzogthum Schleswig betrifft, übrigens lediglich aus freier Machtvollkommenheit, auch keineswegs in der Absicht, auf die Wiedereinführung der Provincialstände-Institution im Königreich Dänemark, mit Beseitigung des für letzteres angenommenen und in Wirksamkeit bestehenden Grundgesetzes hinzuarbeiten, sondern mit dem Ziel vor Augen: auf gesetz- und verfassungsmässigem Weg, d. h. durch die berathenden Provincialstände jedes der gedachten Herzogthümer für sich und, was das Königreich betrifft, durch Beschlüsse des Reichstags, sowie in Betreff Lauenburgs unter Mitwirkung von Ritter- und Landschaft eine organische und gleichartige verfassungsmässige Verbindung sämmtlicher Landestheile zu einer gesammten Monarchie herbeizuführen.

2. Sowie der König einestheils bereits zugesagt hat, auch ferner erklärt, dass weder eine Incorporation des Herzogthums Schleswig in's Königreich stattfinden, noch irgend dieselbe bezweckende Schritte vorgenommen werden sollen, so können Se. Maj. anderntheils nichts genehmigen, wodurch eine Zusammenschmelzung Holsteins und Schleswigs, oder überhaupt irgend eine andere oder nähere Verbindung dieser Herzogthümer unter einander als

zwischen einem jeden derselben und dem Königreich Dänemark gleich eintreten oder in Zukunft herbeigeführt werden würde. Die namentlich seit dem Jahre 1834 stattgefundene Gemeinschaft beider Herzogthümer rücksichtlich der Administration und der Rechtspflege in oberster Instanz soll daher, sowie sie durch die Sr. Maj. dem König nicht zur Last zu legenden Begebenheiten der letzten Jahre bereits thatsächlich aufgehoben ist, auch fernerhin und für immer aufgehoben sein.

3. Dieser Grundsatz, wodurch der sogenannte „Schleswig-Holsteinismus" vom König definitiv verworfen wird, tritt keineswegs dem Fortbestehen solcher Bande hinderlich entgegen, welche sich zwischen Grenzländern auf Grund ähnlicher Territorialbeschaffenheit und analoger Nahrungsverhältnisse der Bewohner ganz einfach aus der Natur der Sache ergeben, weil sie die Bedingung des socialen und commerciellen Verkehrs in sich tragen. Diese werden S. Maj. der König selbstverständlich durch eine gleichartige Gesetzgebung für die gedachten Herzogthümer wie für die übrigen Theile der Monarchie nach Möglichkeit zu fördern und zu beleben suchen. Ebensowenig kann jener Grundsatz dem Fortbestehen solcher Bande hinderlich sein, die entweder in den für beide Theile gemeinsam gewordenen Instituten nicht staatsrechtlicher Natur begründet sind (der Eidercanal, das Taubstummeninstitut, die Irrenanstalt in Schleswig, die Strafanstalten in Glückstadt, die Benutzung und Erhaltung der Kieler Universität) oder auf privatrechtlich gemeinsamen Verhältnissen gewisser Classen beruhen (ein nichtpolitischer nexus socialis der schleswigschen und holsteinischen Ritterschaft).

4. Gleichwie der König einestheils erkennen muss, dass zur Zeit, so lange er die Regierungsgewalt über sämmtliche Bestandtheile der Monarchie noch nicht ausschliesslich in die Hand genommen hat, und so lange die durch die unglücklichen Begebenheiten der letzten Jahre hervorgerufene leidenschaftliche Bewegung nicht beschwichtigt worden, nicht mit Hoffnung auf einen gedeihlichen Erfolg auf eine gemeinsame Verfassung für sämmtliche Landestheile hingearbeitet werden kann, so können Se. Maj. sich auch nicht verhehlen, dass die Möglichkeit einer solchen gemeinschaftlichen Verfassung und überhaupt der Verwaltung allerhöchst ihrer Staaten als einer gesammten Monarchie nur dadurch gegeben sein wird, dass den Verpflichtungen, welche der König als Mitglied des deutschen Bundes übernommen hat, keine weitere Ausdehnung gegeben, auch allerhöchst dessen Souverainetät über seine beiden deutschen Herzogthümer nicht mehr begrenzt oder beschränkt werde, als die jetzt bestehende von dem König von Dänemark angenommene Bundesgesetzgebung es erheischt, und dass endlich der Bundestag von jedweder Competenzbegründung in oder rücksichtlich des dänischen Kronlandes Schleswig absehe, mithin nichts aus dem Bundesbeschluss vom 17. September 1846 in dieser Beziehung herleite, welches über den Wortlaut desselben hinausgehen würde.

5. Was nun die practische Leitung der Staatsgeschäfte für die Dauer des oben bezeichneten Uebergangszustandes anlangt, so liegt der Gedanke am nächsten, die Verhältnisse einstweilen nach Möglichkeit auf den status quo ante zurückzuführen.

Sub Nr. 1 und 2 ist bereits näher entwickelt, in welchen Beziehungen dies unmöglich sein und wider den Willen des Königs streiten würde. Es ist imgleichen unthunlich, die früheren collegialen Institutionen wieder ins Leben zu rufen, wohingegen es möglich sein wird, die jederzeit der ganzen

Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten auch fernerhin als solche, also jetzt in ministerieller Form, zu behandeln.

Während sonach die früher unter die königlich schleswig-holstein-lauenburgische Kanzlei gehörenden Sachen, auch ein Theil der zum Ressort der Rentekammer und des Generalzollkammer- und Commerzcollegiums gehörigen Geschäfte nunmehr, was Schleswig und Holstein anlangt, einem besondern Minister resp. für Schleswig und für Holstein, welche Minister also, jeder für sich, als Minister des Innern in dem betreffenden Herzogthum zu betrachten wären, zu überweisen seien, so würden dahingegen alle früher von dem Departement des Auswärtigen, von dem Generaladjutanten des Landmilitairetats und dem Generalcommissariats-Collegium, der Finanzdeputation und der Direction der Staatsschuld und des sinkenden Fonds, von den Zollabtheilungen des Generalzollkammer- und Commerzcollegiums, von der Generalpostdirection u. s. w. behandelten Angelegenheiten künftighin auch, was Schleswig und Holstein angeht, von den königlichen Ministern des Auswärtigen, des Kriegs, der Marine und der Finanzen zu leiten sein, jedoch mit dem Unterschied, dass diese Minister, je nachdem ihre Verfügungen und Räthe das Königreich oder die Herzogthümer betreffen, im erstern Fall dem König und dem Reichstag, im letztern bis weiter dem König allein verantwortlich sein.

Dabei wird indessen vorbehalten, dem besondern Minister für jedes Herzogthum einzeln die gedachten gemeinsamen Angelegenheiten vorläufig nach Maassgabe der Umstände zu übertragen, insofern deren sofortige Leitung durch den betreffenden gemeinschaftlichen Minister auf practische Schwierigkeiten stossen möchte.

Der Staatsrath des Königs würde aus sämmtlichen Ministern bestehen, alle mit gleicher Stimme in Sachen, welche die Monarchie als Ganzes betreffen. Die Art und Weise, in welcher andere, für die einzelnen Landestheile besondere Angelegenheiten im Staatsrath zu behandeln und zu erledigen sein möchten, so dass dem (den Ministern) des betreffenden Landestheils in dieser Rücksicht der ihm (ihnen) gebührende Einfluss gesichert werde, dürfte der nähern Entschliessung des Königs vorbehalten sein.

Wenn nun auch gleich vorauszusehen ist, dass die Verwaltung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten während der Dauer des Uebergangszustandes aus verschiedenen Gründen schwierig sein wird, und dass in mehrfacher Beziehung practische Schwierigkeiten entstehen werden, so scheinen diese Schwierigkeiten jedoch nicht unüberwindlich zu sein. Namentlich so, was das gemeinsame Heerwesen anlangt. Principmässig gilt vom letzteren gerade, was von den übrigen gemeinsamen Angelegenheiten gilt. Die Contingentpflichten des Königs gegen den deutschen Bund sind nicht der Art, dass sie die Einheit der Armee ausschliessen oder derselben entgegenstehen, was denn auch die Erfahrung hinsichtlich aller derjenigen Staaten, deren Lande theils ausserhalb des Bundes liegen, hinlänglich bestätigt. Wäre auch anzunehmen (was übrigens mit Fug nicht behauptet werden kann), dass die Bundespflicht rücksichtlich des Heerwesens eine besondere, ausschliesslich aus Eingebornen der Herzogthümer Holstein und Lauenburg gebildete Truppenabtheilung erheische, so lässt sich doch nicht einsehen, warum nicht die Leitung der jene Heeresabtheilung betreffenden Angelegenheiten vom König als Kriegsherrn dem gemeinschaftlichen Kriegsminister unter Wahrnehmung desfalls gesetzlich erlassener Vorschriften sollte übertragen werden können.

Dahingegen liegt es klar am Tage, dass die mit dem Uebergangszustande unvermeidlich verknüpften Unzuträglichkeiten die dringendste Aufforderung enthalten, nichts unversucht zu lassen, um denselben durch Erreichung des Endzwecks, einer organischen und verfassungsmässigen Verbindung sämmtlicher Staatstheile, so bald irgend thunlich, ein Ziel zu setzen.

Depesche des k. k. östreichischen Ministerpräsidenten an den k. k. östreichischen Gesandten in Kopenhagen,
d. d. 26. Dec. 1851.

Hochwohlgeborner Freiherr! Graf Plessen hat mir die Depesche seiner Regierung vom 6. d. M. abschriftlich mitgetheilt, von welcher sowie von deren beiden Anlagen Ew. etc. durch die Gefälligkeit des königl. Herrn Ministers des Auswärtigen bereits unmittelbar Kenntniss erhalten haben.

In dieser Mittheilung spricht die dänische Regierung ihr Bedauern darüber aus, dass die Erklärungen, welche sie am 26. August d. J. an die Höfe von Wien und Berlin richtete, von diesen nicht als genügend betrachtet worden seien. Sie giebt es als ihre fortwährende Ueberzeugung zu erkennen, dass Sr. Maj. dem Könige ein Mehreres, als bereits in jenen Erklärungen enthalten, von Seiten des deutschen Bundes nicht angesonnen werden könne, ohne seinen souverainen Rechten zu nahe zu treten, und dass daher der König die volle Wiederherstellung dieser niemals bestrittenen souverainen Rechte begehren könne, ohne dass für ein Mehreres rechtliche Garantien von den Mächten, welche im Namen des Bundes handeln, verlangt, von dem König gegeben werden dürfen. Sie hält es für die einzig practisch gültige Anschauung des Standes der Dinge, dass der König vorher erst im vollen Besitze seiner rechtmässigen Gewalt sein müsse, ehe er zu jener friedlichen Ausgleichung entgegenstehender Ansichten schreiten könne, welche doch unstreitig der wahre Zweck des gegenseitigen Vorbehalts der Rechte im Friedensvertrage sein müsse.

Die Anlage I der Depesche ist bestimmt, diese Ansichten in Bezug auf den Inhalt des mit Nr. 1 bezeichneten Erlasses des kaiserl. Cabinettes vom 9. September d. J. ausführlicher darzulegen.

Dies vorausgeschickt, sagt uns aber die königliche Regierung weiter, es werde ihr, wenn durch Rückgabe der landesherrlichen Rechte in Holstein in die Hände Sr. Maj. des Königs ihren gerechten Vorlagen entsprochen werde, hoffentlich in naher Zukunft möglich sein, die ihrer Natur nach nur aus freien Stücken zu gewährenden moralischen Garantien zu verstärken, welche dem innern und äussern Frieden der Monarchie zur Grundlage dienen. Sie nimmt das Vertrauen der Regierungen von Oestreich und Preussen in Anspruch, und sie fügt hinzu, dass sie die dringendste Aufforderung habe, sich um dieses Vertrauen zu bewerben, da es ihr ohne dasselbe kaum gelingen werde, den von ihr zur Erhaltung und Befestigung der Integrität der Monarchie im Einvernehmen mit den Grossmächten betretenen Weg zu verfolgen, einen Weg, mit dessen Einhaltung die herangerückte definitive

Lösung der Erbfolgefrage in so engem Zusammenhange stehe. Schon aus diesem Grunde müsse Sr. Maj. dem König vor allem daran gelegen sein, sobald es die Umstände gestatten, die in der Erklärung vom 26. August enthaltenen Zusagen durch Regierungshandlungen zu unterstützen, welche, ob sie auch gleich den Text jener Erklärung in nichts ändern, geeignet seien, jeden Zweifel über die von Sr. Majestät zu befolgende Politik auszuschliessen.

Um nun im voraus die Gewissheit zu erlangen, dass die Entschliessungen, welche der König unter Umständen zu fassen geneigt sei, nicht nur des Beifalls der Regierungen von Oestreich und Preussen sich zu erfreuen haben, sondern auch von seiner Seite her bei ihrer demnächstigen Ausführung auf irgendwelche Hindernisse nicht stossen werden, bringt uns das kopenhagener Cabinet, mittelst der Anlage II seiner Depesche, die Absichten des Königs vertraulich mit dem Bemerken zur Kenntniss, dass Se. Majestät deren Ausführung eventuell nicht beanstanden werde.

Vorausgesetzt wird aber dabei, dass die Räumung Rendsburgs, die Zurückziehung sämmtlicher Bundestruppen aus Holstein, und die Rückgabe der vollen landesherrlichen Gewalt in die Hände des Königs gleichzeitig ohne weitern Anstand vor sich gehen werde, und es sollen ferner die endlichen Beschlüsse Sr. Majestät nicht eher erfolgen, bis die unzweideutigsten Versicherungen darüber gegeben sein werden, dass der Ausführung derselben im Allgemeinen wie im Einzelnen kein Hinderniss von aussen entgegentrete, so wie dass die Grossmächte die beabsichtigte vorläufige Ordnung der Dinge für genügend erachten werden, um darnach unmittelbar zur definitiven Anerkennung der Erbfolge und zur Vollziehung der im Londoner Protocoll in Aussicht gestellten Garantien zu schreiten.

Aus unseren früheren Mittheilungen sind Ew. etc. vollständig mit den Gesichtspuncten bekannt, aus welchen wir diese Eröffnungen des dänischen Hofs im Allgemeinen betrachten. Höchstdieselben werden daher darauf vorbereitet sein, dass wir, um den Ausgang dieser Angelegenheit zu beschleunigen, bereitwillig über die uns nunmehr kundgegebenen Absichten Sr. Majestät des Königs uns aussprechen werden, dass wir dies aber unsererseits nur in der Unterstellung thun können, eine von ihrem Urheber als verpflichtend betrachtete, daher in der Ausführung gesicherte Erklärung vor Augen zu haben.

Ueberzeugt, dass die Lösung der noch vorhandenen Schwierigkeiten nicht länger ausbleiben könnte, sobald nur über die hiezu geeigneten Schritte der dänischen Regierung materielle Uebereinstimmung zwischen dieser und den deutschen Mächten bestände, vermöchten wir in der That kaum zu besorgen, dass auch in einem so günstigen Falle die dänische Regierung zögern sollte, die wirkliche Ausführung dieser Schritte durch eine bestimmte Zusage zu verbürgen.

Welche irgend erhebliche Rücksicht könnte einen solchen Entschluss ihr widerrathen? Ihren Aeusserungen zufolge gründen sich ihre Bedenken

darauf, dass sie weitere Zusicherungen, als bereits in ihrer Erklärung vom 26. August enthalten sind, den Regierungen von Oestreich und Preussen aus dem Grunde nicht ertheilen zu dürfen glaubt, weil dadurch den souverainen Rechten des Königs Eintrag geschehen würde. Sollte aber ihre Ueberzeugung wirklich hierin unerschüttert feststehen?

Wäre dies der Fall, so könnten wir darüber nur unser lebhaftes Bedauern äussern, da wir nach den Anstrengungen, welche seit der Erklärung vom 26. August gemacht wurden, um den Standpunct des dänischen Cabinets jenem der ihm befreundeten Mächte zu nähern — und woran dem Herrn Minister Blume ein so wichtiger Antheil zugefallen ist — einen offenbaren Rückschritt der Verhandlungen darin erblicken müssten, wenn dieselben wieder auf die Frage zurückgeführt würden, ob jene Erklärung vom 26. August d. J. mit Recht von den im Namen des Bundes handelnden Mächten beanstandet werden könnte. Wir möchten diese Frage um so lieber als nicht mehr practisch bei Seite lassen dürfen, als wir auf die Erörterung derselben in der Anlage I der Depesche vom 6. d. M., in welcher — wie wir nicht verhehlen können — einzelne Auslassungen unser äusserstes Befremden erregt haben, nicht unnöthigerweise näher einzugehen wünschen.

Die Souverainetätsrechte Sr. Majestät des Königs — wir beschränken uns darauf, dies zu wiederholen — sind uns heilig, sie leiden aber, wie wir innig überzeugt sind, nicht im entferntesten irgend einen Abbruch, wenn auch Se. Majestät sich in der Lage befinden, Ihren Genossen im deutschen Bunde Erläuterungen zu schulden, die durch eine einfache Berufung auf Ihre landesherrlichen Rechte, auf die Bundesgesetze und auf das Vertrauen, welches Ihre Regierung verdient, unter den obwaltenden Verhältnissen unmöglich ersetzt werden können.

Die Erklärung der dänischen Regierung vom 7. September 1846 war eine freiwillige, sie wurde gegeben, um Besorgnisse zu beschwichtigen, die durch den offenen Brief des Königs Christian VIII. entstanden waren, und in der gleichen Absicht wurde sie durch den darauf gegründeten Beschluss der Bundesversammlung angenommen. Weder die Höfe von Oestreich und Preussen, noch auch die Bundesversammlung haben für diesen Vorgang den Character eines gegenseitig verpflichtenden Vertragsverhältnisses in Anspruch genommen, den er in der That nicht hatte; sie haben es ebensowenig abgelehnt, den inzwischen veränderten Verhältnissen jede erforderliche Beachtung zu zollen. Auf dänischer Seite wird dagegen gewiss nicht behauptet werden, dass unmittelbar nach jener Erklärung der König vermöge seiner Souverainetät auch im entgegenstehenden Sinne habe handeln können, ohne dem Bunde darüber eine andere Erläuterung zu geben, als dass sein landesherrliches Recht nicht weiter beschränkt sei, als die verfassungsmässige Competenz des Bundes reiche. Konnte solches aber zu jener Zeit nicht ohne Verletzung des Bundes geschehen, so gilt gewiss dieselbe Rücksicht noch unter den gegenwärtigen Umständen, nachdem nicht nur beide Theile im Friedensvertrage alle Rechte, die sie vor dem Kriege hatten, sich vorbehalten haben, sondern

überdies der Bund auch in Folge seiner von Dänemark angerufenen Intervention das Recht hat, eine beruhigende Anzeige von den zur Befestigung der wiederhergestellten gesetzlichen Ordnung getroffenen Maassregeln zu erwarten.

Ist einmal erst diese unerlässliche Verständigung bewirkt, dann wird allerdings jede etwa künftig möglicherweise entstehende weitere Irrung zwischen Dänemark und dem Bund wieder ausschliesslich innerhalb der Frage der grundgesetzlichen Competenz des Bundes sich bewegen. Wir gestehen, dass wir gerade in dieser Anschauung der gegenseitigen Verhältnisse die zunächst practisch gültige erkennen. Nach derselben musste sich daher auch, soweit unsere Handlungen als Bundesregierung in Frage stehen, unser Urtheil über die jetzt beabsichtigten Entschliessungen des Königs bestimmen.

Wir freuen uns, nachdem wir somit unsern Standpunct in der ganzen Frage auf's neue bezeichnet haben, nunmehr aussprechen zu können, dass wir in dem Inhalt dieser Entschliessungen eine der veränderten Lage der Dinge angemessene Ausgleichung der entgegenstehenden Ansichten allerdings anerkennen.

Die beifolgende Aufzeichnung, welche Punct für Punct der Anlage II. der dänischen Depesche folgt, erläutert die Beweggründe unserer Zustimmung, so wie die Erwartungen, welche wir von einer entsprechenden Ausführung hegen.

Das dänische Cabinet wolle daraus insbesondere sich überzeugen, dass wir weit entfernt sind, für alle Zukunft die unveränderte Beibehaltung der provincialständischen Verfassung der Herzogthümer ausbedingen zu wollen. Wir anerkennen vielmehr die volle Geltung des Bestrebens, die bestehenden politischen Einrichtungen aller Theile der Monarchie durch entsprechende Aenderungen oder Ergänzungen in den künftigen nach conservativen Grundsätzen herzustellenden Organismus des Gesammtstaats einzufügen. So wie wir aber bereits wiederholt veranlasst waren, uns gegen die früher von vornherein erklärte Absicht der dänischen Regierung auszusprechen, die Provincialstände nur zum Zweck ihrer definitiven Beseitigung wieder einzuberufen und die Verfassung der Monarchie ausschliesslich dem im Königreich Dänemark geltenden Grundgesetze anzupassen, so muss uns auch jetzt daran gelegen sein, der möglichen Deutung entschieden vorzubeugen, als liege eben diese Absicht auch in dem Sinne des uns gegenwärtig mitgetheilten Programms.

Die Erhaltung selbstständiger Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen in den verschiedenen Landestheilen, unbeschadet der im Mittelpunct vereinigten Leitung ihrer gemeinsamen Angelegenheiten, erachten wir für eine unerlässliche Bedingung der Befestigung der innern Ruhe der Monarchie.

Wenn die dänische Regierung an die Bedenken erinnert, welche sich gegen eine, sei es auch nur vorübergehende, Wiederbelebung schleswigscher Provincialstände, aus den Erfahrungen der letzten zehn Jahre für sie ergeben, und wenn sie Zweifel äussert, ob von dem Versuch, durch ein solches Organ

zu einer gemeinschaftlichen Verfassung für die Monarchie zu gelangen, ein bedeutender Erfolg erwartet werden könne, so wollen wir zwar das unverkennbare Gewicht ihrer diessfälligen Bemerkungen nicht bestreiten, aber auch nicht unerwähnt lassen, dass es hauptsächlich die Unsicherheit der Erbfolge war, durch welche die mit der Integrität der Monarchie unvereinbare Richtung der ständischen Thätigkeit hervorgerufen und genährt wurde. Unter den jetzigen Umständen, nachdem der Grundsatz der gemeinsamen Erbfolge gegen jeden Versuch der Anfechtung bereits hinlänglich gesichert erscheint, dürfte die Hoffnung nicht unbegründet sein, es werde künftig ein erspriessliches Zusammenwirken der Regierung mit den Provincialständen nicht vergeblich angestrebt werden, wenn von beiden Seiten die gegebenen Grundlagen, einestheils des bleibenden Verbandes der Monarchie, anderntheils der gleichen Berechtigung aller Bestandtheile derselben, aufrichtig angenommen und in ihren nothwendigen Folgen anerkannt werden.

Wenigstens glauben wir, dass die Schwierigkeiten, mit welchen ein mit Repräsentativständen und vielfach getheilter ministerieller Verantwortlichkeit überhäufter Organisationsplan, wie der uns früher durch den Grafen Sponneck vorgelegte, die Regierung des dänischen Gesammtstaats unvermeidlich umgeben müsste, nicht von geringerer Art, ja vielleicht weit schwerer zu überwinden sein würden, als diejenigen, welche von der Wiederherstellung der provincialständischen Institutionen der Herzogthümer besorgt werden könnten.

Dass die Berufung der Provincialstände, auch wenn sie noch während der laufenden sechsjährigen Wahlperiode erfolgt, nur unter Anordnung neuer Wahlen nach den Bestimmungen von 1831 und 1834 vor sich gehe, dass die Virilstimme für die Herzogl. Augustenburgischen Fideicommissgüter wegfalle, sowie dass in der schleswigschen Ständeversammlung die Benutzung der deutschen und dänischen Sprache gleichmässig gestattet sein solle, wird von der kaiserl. Regierung nicht beanstandet, und ebensowenig glauben wir den Absichten Sr. Maj. des Königs, die gewiss zugleich auf Behauptung des königl. Ansehens und auf Beruhigung der aufgeregten Gemüther gerichtet sind, in der Frage vorgreifen zu sollen, ob und inwiefern die seit dem Friedensschluss erlassenen Anordnungen etwa einer Berathung durch die Provincialstände noch zu unterziehen wären.

Würde nun die dänische Regierung sich bewogen finden, diejenige Auffassung ihres Programms, die wir in dem gegenwärtigen Erlass und in der Anlage desselben niedergelegt haben, auch als die ihrige anzuerkennen, würde sie uns zugleich der wirklichen Ausführung der Absichten, die sie uns bis jetzt officiell nur als eine mögliche Eventualität zur Kenntniss gebracht hat, in der bindenden Form einer auf Befehl Sr. Maj. des Königs abgegebenen Erklärung versichern und darnach auch ihre Handlungen einrichten, soweit dazu schon jetzt Veranlassung gegeben ist, so könnten wir auf einen baldigen versöhnenden Ausgang der seitherigen Irrungen zwischen den verschiedenen Theilen der dänischen Monarchie, wie zwischen dieser und dem deutschen

Bund zuversichtlich vertrauen; wir würden das Mandat, kraft dessen wir in Gemeinschaft mit Preussen den deutschen Bund in dieser Angelegenheit vertreten, unter gleichzeitiger Räumung Holsteins und Wiederherstellung der vollen landesherrlichen Gewalt in diesem Herzogthum zurücklegen, in der Bundesversammlung für die getroffene Vereinbarung einstehen, und zugleich die neue innere Begründung des Verbandes der unter Einem Herrscher vereinigten Lande für weit genug vorgeschritten erachten, um uns an der völkerrechtlichen Verbürgung der Integrität der Monarchie mittelst Anerkennung der gemeinsamen Erbfolge zu betheiligen.

Das Programm selbst bezeichnet den nächsten und nothwendigen Schritt zur Erfüllung der darin enthaltenen Zusagen, indem es im fünften Punct für die einstweilige Führung der Staatsgeschäfte bis zur definitiven Erledigung der Verfassungsfrage Fürsorge trifft. Nur in der Bildung des Staatsrathes für die gesammte Monarchie aus Mitgliedern, die den verschiedenen Bestandtheilen desselben angehören, liegt die von der dänischen Regierung dargebotene Bürgschaft für die vorläufige Wahrung der Interessen und der gleichberechtigten Stellung aller Landestheile. Die Ernennung dieses Gesammtministeriums erscheint uns daher als unaufschieblich, und wir hoffen auch, dass es dem erleuchteten Urtheile des Königs und seines Cabinets nicht entgehen werde, wie sehr der Werth dieser Bürgschaft in den Augen sowohl der auswärtigen Mächte, als der Angehörigen der betreffenden Landestheile von einer dem Zwecke vollkommen entsprechenden Wahl der Persönlichkeiten abhängt.

Dem Berliner Hofe machen wir von dem gegenwärtigen Erlasse Mittheilung; für den Fall, dass dessen Ansichten, wie wir zu glauben bereits Veranlassung haben, mit den unsrigen übereinstimmen, erhalten Ew. etc. hiermit den Auftrag, dem Kopenhagener Cabinet zu erklären, dass Se. Maj. der Kaiser, überzeugt, allen gerechten Anforderungen an allerhöchst Ihre Intervention in der holsteinischen Angelegenheit entsprochen zu haben, nur die entschiedene Bestätigung des Einverständnisses der Regierung Sr. Majestät mit den gegenwärtigen Eröffnungen erwarten, um sofort die nöthigen Befehle wegen Rückgabe der vollen landesherrlichen Gewalt in Holstein in die Hände des Königs, sowie wegen Zurückziehung der k. k. Truppen aus Holstein, einschliesslich der Festung Rendsburg, zu erlassen.

Se. Majestät betrachten es dabei als von selbst verstanden, dass der seither von östreichischen und preussischen Truppen besetzte Theil Rendsburgs von Truppen des neugebildeten holstein-lauenburgischen Bundescontingents besetzt werden wird, und dass die Entscheidung der bestrittenen Grenzfrage vorbehalten bleibt.

(Gez.) *Schwarzenberg.*

Anlage.

1) Der kaiserliche östreichische Hof vernimmt mit Befriedigung den Entschluss Sr. Majestät des Königs von Dänemark, nicht nur im Herzogthum Holstein, sondern auch im Herzogthum Schleswig die zu Recht bestehenden

provincialständischen Institutionen wieder in Wirksamkeit treten zu lassen, und wenn Se. Majestät zugleich die Absicht kundgeben, auf gesetz- und verfassungsmässigem Wege, also nach Berathung mit den Provincialständen der gedachten Herzogthümer, und was das Königreich Dänemark angeht, durch Verhandlungen mit dem Reichstage, sowie in Betreff Lauenburgs unter Mitwirkung der Ritter- und Landschaft eine organische und gleichartige verfassungsmässige Verbindung sämmtlicher Landestheile zu einer gesammten Monarchie herbeizuführen, so vermag der kaiserl. Hof diese Willensmeinung des Königs nur als auf die Erfüllung einer unabweislichen Aufgabe gerichtet anzuerkennen.

Die gegenwärtige Provincialverfassung Holsteins, auf welche der Art. 56. der wiener Schlussacte Anwendung findet, wird der Verwirklichung dieser königl. Absicht um so weniger hindernd im Wege stehen können, als schon in den Gesetzen, welche die provialständischen Institutionen in Holstein begründet haben, der Fall der Abänderung derselben, nach vorgängiger Berathung mit den Ständen, vorgesehen ist.

So aufrichtig aber Se. Maj. der Kaiser die Ruhe und Wohlfahrt des dänischen Reichs durch eine seinen Bedürfnissen angemessene definitive Organisation baldmöglichst befestigt zu sehen wünschen, ebenso zuversichtlich überlassen Allerhöchstdieselben sich der Hoffnung, dass die dänische Regierung bei ihren auf diesen wichtigen Zweck gerichteten Bestrebungen nicht etwa den Institutionen, welche dem eigentlichen Königreiche Dänemark während der letzten Jahre verliehen wurden, eine ausschliessliche Bevorzugung zuwenden, sondern dass sie dabei die bleibenden Verhältnisse der gesammten Monarchie und den Zweck der innern Kräftigung ihres Verbandes zu einem Ganzen als die einzig sichere Richtschnur vor Augen haben werde. Einmal hierüber beruhigt, werden Se. Majestät nicht säumen, an der Sicherung jenes Verbandes durch völkerrechtliche Verbürgung einer gemeinsamen Erbfolge in alle Theile der Monarchie mit anderen befreundeten Mächten sich zu bethätigen.

2) In der Erklärung Sr. Maj. des Königs von Dänemark, dass weder eine Incorporation des Herzogthums Schleswig in das Königreich stattfinden, noch irgend dieselbe bezweckende Schritte vorgenommen werden sollen, erblickt der kaiserliche Hof mit Genugthuung eine neue Bestätigung jener Zusage, welche bereits von dem hochseligen König Christian VIII. seinen Unterthanen gegeben, dann von des jetzt regierenden Königs Majestät alsbald nach dem Friedensvertrag vom 2. Juli 1850 in dem Manifest vom 11. d. M. erneuert, auch in Gemässheit des vierten Artikels des erwähnten Friedensvertrags dem deutschen Bund als eine zur Pacification des Landes gefasste Entschliessung des Königs zur Kenntniss gebracht wurde. Wenn dagegen Se. Majestät von Dänemark diejenigen anderweitigen Erklärungen, welche von der Regierung Ihres Vorfahrs auf dem Thron am 7. September 1846 in der Bundesversammlung freiwillig gegeben und von der letzteren laut des Beschlusses vom 17. desselben Monats als befriedigend anerkannt worden, und wonach es nicht in dem Willen Königs Christian VIII. gelegen war, irgend eine Veränderung in den Verhältnissen herbeizuführen, welche das Herzogthum Holstein mit dem Herzogthum Schleswig damals verbanden — der gegenwärtigen Lage der Dinge nicht mehr in allen Stücken angemessen finden, insbesondere sich überzeugt halten, dass die namentlich seit dem Jahre 1834 stattgefundene, in Folge der letzten Begebenheiten aber bereits thatsächlich aufgehobene Gemeinschaft beider Herzogthümer rücksichtlich der Administration und der Rechtspflege in oberster Instanz auch für die Zukunft aufgehoben bleiben müsse, so wird

von Seiten des kaiserlichen Hofs anerkannt, dass die erwähnten Erklärungen vom 7. September 1846 die damaligen Verhältnisse der dänischen Monarchie zur Voraussetzung hatten, und nicht mit der rechtlichen Wirkung verbunden waren, die vom König hinsichtlich jener Verbindung unter veränderten Umständen vermöge seiner Souverainetätsrechte zu fassenden, die gesetzliche Competenz des deutschen Bundes nicht berührenden Entschliessungen von der Zustimmung des Bundes abhängig zu machen. Die kaiserliche Regierung wird daher die Aufhebung der gedachten Gemeinschaft ihrerseits nicht beanstanden, auch ihren Einfluss anwenden, damit diese Maassnahme von der Bundesversammlung nicht beanstandet werde.

3) Mit dem Punct 3 der dänischen Anlage erklärt die kaiserliche Regierung sich einverstanden.

4) Da Se. Maj. der Kaiser niemals zugeben werden, dass innerhalb des deutschen Bundes die Souverainetätsrechte eines seiner Mitglieder andern Beschränkungen unterworfen, oder dass an ein Mitglied des Bundes weitergehende Anforderungen gestellt werden, als dieses gegenüber sämmtlichen Genossen des Bundes vermöge der grundgesetzlichen Gleichheit der wechselseitigen Vertragsrechte und Vertragsobliegenheiten geschieht; da es ferner für die kaiserliche Regierung ausser allem Zweifel steht, dass die Geltung der Bundesgesetze, mithin auch die nur aus denselben hervorgehende Competenz des Bundes sich niemals auf ein zum Bund nicht gehöriges Land erstrecken kann, da auch überdiess die kaiserliche Regierung bereits früher ausgesprochen hat und durch die gegenwärtige Erklärung nochmals ausspricht, dass sie aus dem Bundesbeschluss vom 17. September 1846 für den Bund keine Rechte herleitet, welche über den Wortlaut des Beschlusses herausgehen würden, so erachten Se. Majestät, soweit Allerhöchstdieselben zur Mitwirkung berufen sind, die Bedingungen für vollständig gegeben, unter welchen es der Weisheit und dem Gerechtigkeitssinn des Königs gewiss gelingen wird, die bundesgemässen Verhältnisse seiner deutschen Herzogthümer Holstein und Lauenburg mit den Erfordernissen einer gemeinschaftlichen Verfassung und Verwaltung seiner Staaten als einer gesammten Monarchie in befriedigender Weise zu vereinigen und in Einklang zu erhalten.

5) Bekanntlich hat die kaiserl. Regierung sich wiederholt darauf berufen, dass durch den Friedensvertrag vom 2. Juli 1850, indem derselbe beiden Theilen alle Rechte vorbehält, die ihnen vor dem Krieg zustanden, zunächst auf die Wiederherstellung des status quo ante in den streitigen Verhältnissen hingewiesen werde. Ihre Billigung ist daher der königlich dänischen Regierung gesichert, wenn diese ihrerseits erklärt, dass sie bis zur definitiven Organisation der Monarchie die practische Leitung der Staatsgeschäfte, unter den von ihr bezeichneten Einschränkungen, auf welche die obige Erklärung unter 1 und 2 Bezug hat — auf den status quo ante nach Möglichkeit zurückzuführen gedenke; Se. Maj. der Kaiser sprechen in dieser Hinsicht die vertrauensvolle Erwartung aus, dass der König, gleichwie in der Frage der künftigen Organisation der Monarchie, so auch in der einstweiligen Leitung der Staatsgeschäfte, die den verschiedenen Landestheilen gebührende Stellung als Gliedern eines Ganzen, in welchem kein Theil dem andern untergeordnet ist, durch entsprechende Einrichtungen mit gleichmässiger Sorgfalt zu wahren wissen werde.

Wenn diesem Zweck, in dem Betracht, dass es nicht thunlich ist, die frühere collegialische Form der obersten Leitung der Staatsgeschäfte wieder in das Leben zu rufen, in so fern vollkommen entsprochen sein wird, als

die besondern Angelegenheiten der Herzogthümer Schleswig und Holstein, welche vormals zu dem Geschäftskreise der schleswig-holstein-lauenburgischen Kanzlei, zum Theil auch zu jenem der Rentekammer und des Generalzollkammer- und Commerzcollegiums gehörten, nunmehr für jedes der genannten Herzogthümer einem besondern Minister des Innern übertragen sein werden, so ist es anderntheils den gerechten Erwägungen der kaiserl. Regierung nicht entgangen, dass jene gleichgeordnete Stellung aller Staatstheile eine wesentliche Beeinträchtigung zum Nachtheil der Herzogthümer erleiden würde, wenn die auf die gesammte Monarchie sich erstreckenden Angelegenheiten ausschliesslich von Ministern geleitet werden sollten, welche rücksichtlich der Herzogthümer nur dem König, was aber das Königreich Dänemark angeht, auch zugleich dem dänischen Reichstag verantwortlich wären. Die königliche Regierung hat daher auch bereits in solcher Rücksicht gleichzeitig erklärt, dass sie sich vorbehalte, einen den Umständen angemessenen Antheil an den gedachten gemeinsamen Angelegenheiten den besondern Ministern für die Herzogthümer einzeln zu übertragen, und es bleibt dem kaiserlichen Hof nur übrig, seinerseits eine unparteiische Ausführung dieses Vorbehalts als das geeignete Mittel anzuerkennen, um die erwähnte Ungleichheit zu beseitigen, und den Uebergang zu der neu zu gründenden organischen Verbindung des Reichs unter Verhältnissen zu ermitteln, in welchen sämmtliche Unterthanen des Königs eine beruhigende Gewähr für die gegenwärtige und künftige Wahrung ihrer Interessen im Gesammtstaat zu erblicken vermögen.

Depesche des königlich preuss. Ministerpräsidenten an den königl. preuss. Gesandten in Kopenhagen,

d. d. 30. Dec. 1851.

Die uns von Ew. Hochwohlgeboren in Aussicht gestellten Mittheilungen des königl. dänischen Ministeriums sind nunmehr in Form eines an den Grafen Bille-Brahe gerichteten, mit zwei Beilagen versehenen Erlasses des Herrn Ministers Bluhme vom 6. d. M. an uns gelangt. Ich füge eine vollständige Abschrift dieser Schriftstücke hier bei. Dieselben sind, wie ich Ew. Hochwohlgeboren kaum zu versichern brauche, Gegenstand eingehender, von dem aufrichtigsten Wunsch der Verständigung getragener Erwägung und Prüfung gewesen. Sie haben namentlich Veranlassung gegeben, sich diejenigen Puncte zu vergegenwärtigen und dieselben zusammenzustellen, über welche allseitiges Einverständniss als bereits vorhanden anzusehen ist. Auch diese Zusammenstellung finden Ew. Hochwohlgeb. in der Anlage. Die darin aufgenommenen Puncte bilden natürlich unter sich und mit dem Inhalt dieses Erlasses ein zusammengehöriges Ganzes, dessen einzelne Theile sich als Bedingungen voraussetzen und ergänzen. Indem ich Ew. Hochwohlgeb. ersuche, die Anlage zur Kenntniss des Herrn Ministers Bluhme zu bringen, bleibt mir nur noch übrig, mit wenigen Worten derjenigen Puncte Erwähnung zu thun, hinsichtlich welcher eine Einigung bisher noch nicht förmlich stattgefunden hat, welche aber auch theils weniger erheblich, theils mehr transitorischer Natur sind, und nicht sowohl organische Einrichtungen selbst, als vielmehr die Art und den Zeitpunct ihrer Ausführung betreffen.

Hierher gehört zuvörderst die Absicht der k. dänischen Regierung, die durch die Regierungsvorgänger Sr. Maj. des Königs von Dänemark eingeführte Gemeinschaft der Verwaltungsbehörde und des Oberappellationsgerichts für die Herzogthümer Holstein und Schleswig nicht wieder herzustellen. Es kann wohl nicht bezweifelt werden, dass, je lebhafter die Unterthanen Sr. dänischen Maj. in Schleswig und Holstein die Vorzüge dieser ihnen von ihrem Landesherrn gewährten gemeinsamen Einrichtungen empfunden hatten, sie um so schmerzlicher durch deren Entziehung berührt werden. Wir geben uns daher der Hoffnung hin, dass das k. dänische Gouvernement bei der erfolgten Aufhebung jener gemeinschaftlichen Oberbehörden, in wohlwollender Fürsorge für die Beruhigung der Gemüther, der Rechtspflege und der Verwaltung eine mit den allgemeinen Wünschen möglichst übereinstimmende Organisation geben werde.

Mit voller Zuversicht glauben wir voraussetzen zu dürfen, dass es die Absicht der k. dänischen Regierung ist, den noch fortdauernden Ausnahmezustand im Herzogthum Schleswig aufzuheben, bevor die Wahlen zu den dortigen Provincialständen stattfinden. Wenn diese Wahlen dann unter der Leitung eines Ministers erfolgen, der das Vertrauen des Landes geniesst, so wird letzteres sich frei und zuversichtlich an denselben betheiligen, und seine erwählten Vertreter als wahrhaft berechtigte Organe der Landesinteressen begrüssen. Es ist von hohem Werth und erfreulichster Vorbedeutung, dass es nicht an ausgezeichneten Persönlichkeiten fehlt, welche in jeder Beziehung die gewünschten Bürgschaften darbieten würden, und welche, zuverlässigen Nachrichten zufolge, auch bereit sind, dem Rufe Sr. Maj. des Königs von Dänemark zu dieser schwierigen aber eine überaus segensreiche Wirksamkeit versprechenden Stellung zu folgen.

Ist die Leitung der schleswigischen Angelegenheiten solchen Händen anvertraut, und steht auch für Holstein ein Staatsmann von gleich ausgezeichneten Eigenschaften an der Spitze der Verwaltung, so wird in der Stellung dieser Minister, als Mitglieder des den ausgesprochenen Interessen Sr. dänischen Majestät gemäss zu bildenden Gesammtministeriums, für die baldige Ausführung der landesväterlichen Absichten Sr. Maj. des Königs-Herzogs eine hohe Garantie liegen, deren Gewicht auch von den deutschen Mächten im vollen Maasse gewürdigt werden muss. Die Ausschreibung der Wahlen zu den Provincialständen und deren Zusammentretung in einer möglichst nahen Zukunft würde dann die jetzt den deutschen Bund vertretenden Regierungen veranlassen, der Bundesversammlung diejenigen Maassregeln zur Genehmigung vorzulegen, die als zur Wiederherstellung der vollen landesherrlichen Gewalt im Herzogthum Holstein erforderlich angesehen werden müssten. Wir bedauern aufrichtig, dass die Arbeiten der in Rendsburg zusammengetreten gewesenen Grenz-Regulirungs-Commission nicht ein Resultat geliefert haben, das geeignet erscheine, eine baldige Feststellung der Territorialgrenze zwischen beiden Herzogthümern daran zu knüpfen. Bei den divergirenden Aufstellungen der beiderseitigen Commissarien, und bei dem allseitig empfundenen Bedürfniss,

diese Frage zum Austrag zu bringen, scheint sich der Ausweg einer schiedsrichterlichen Entscheidung durch eine dritte europäische Regierung darzubieten. Vorausgesetzt, dass ihn sowohl der deutsche Bund als Dänemark annähme, würde die Entscheidung freilich erst nach Verlauf eines nicht genau vorherzubestimmenden Zeitraums in Aussicht stehen. Um indessen die Räumung Holsteins durch die Bundestruppen nicht so lange auszusetzen, würde dieselbe auch schon dann erfolgen können, wenn, wie dies seitens der deutschen Mächte bestimmt und als sich von selbst verstehend vorausgesetzt werden kann, an die Stelle der jetzt in Rendsburg befindlichen Bundestruppen nur Bestandtheile des holsteinischen Bundescontingents daselbst verwendet, und, wie nicht minder als den Verhältnissen entsprechend von der königl. dänischen Regierung anerkannt werden wird, in dem zeitigen fortificatorischen Zustand der Festung vor der definitiven Erledigung der Grenzfrage keine Veränderungen vorgenommen würden.

Ew. Hochwohlgeb. wollen sich im Sinne der vorstehenden Bemerkungen gegen den Hrn. Minister Bluhme äussern, demselben auch, wenn er es wünscht, Abschrift dieses Erlasses mittheilen.

(Gez.) *Manteuffel.*

Anlage.

Wenn es in dem Erlasse des k. dänischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an den Grafen von Bille-Brahe vom 6. d. M. heisst, dass die dänische Regierung die dringendste Aufforderung fühle, sich um das Vertrauen der Cabinette von Berlin und Wien zu bemühen, und wenn demzufolge in der Anlage II. diejenigen Regierungsmaassnahmen näher bezeichnet werden, welche in der Absicht Sr. Maj. des Königs von Dänemark liegen, und durch welche die bereits unter dem 26. August ertheilte dänische Erklärung, das Herzogthum Holstein nach den bestehenden Gesetzen zu regieren und etwanige Veränderungen derselben nur auf verfassungsmässigem Wege einzuführen, näher begründet wurde, so kann k. preussischerseits in dieser eingehenden Eröffnung ein fernerer Schritt zu einer baldigen definitiven Verständigung nur mit Freuden begrüsst werden. Wenn man das Gebiet der einzelnen Fragen überblickt, deren Gesammtlösung die Aufgabe der Verhandlungen zwischen den deutschen Mächten und Dänemark bildet, so wird man sich der Ueberzeugung nicht entziehen können, dass hinsichtlich der meisten und überwiegend wichtigen Puncte ein Einverständniss als bereits erreicht anzusehen ist.

I. In erster Linie erscheint hier die allseitige Anerkennung des Princips, „dass im europäischen Interesse die dänische Gesammtmonarchie in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung als Ganzes unter einem Scepter zusammen bestehen bleiben soll."

II. In Voraussetzung dieses anerkannten Princips ist ferner allseitig, namentlich auch von Preussen, die Zustimmung zu den Festsetzungen ausgesprochen worden, welche über die Thronfolge in der dänischen Gesammtmonarchie zu Gunsten des Prinzen Christian von Glücksburg und seiner männlichen Descendenz aus seiner Ehe mit seiner Gemahlin, der gebornen Prinzessin von Hessen, getroffen worden sind.

Auch über die Art und Weise, wie diese Festsetzungen, soweit sie sich auf Holstein beziehen, durch Beseitigung eines an sich zwar zweifelhaften, doch unter den obwaltenden Umständen nicht zu übersehenden Anspruchs (des Herzogs von Augustenburg), noch eine formellere Begründung erhalten können, ist allseitiges Einverständniss vorhanden. Das preussische Cabinet darf sich der Hoffnung hingeben, dass gerade in dieser Beziehung seine Bemühungen k. dänischerseits gewürdigt und anerkannt werden.

III. In Betreff Holsteins steht fest, dass die Provincialstände des Herzogthums als dessen gesetzmässig bestehendes Landesorgan zusammenberufen werden sollen, und dass diesen Ständen die Vertretung der eigenthümlichen Rechte des Landes zusteht.

IV. Die bewaffnete Macht des Herzogthums Holstein als deutschen Bundeslandes ist im Einverständniss zwischen den den Bund vertretenden Mächten und der Krone Dänemark organisirt, und indem ihre Bestimmung als Bundescontingent vorbehalten worden, der Oberbefehl darüber dem König von Dänemark als dem Kriegsherrn der Gesammtmonarchie überlassen.

V. Die Verhältnisse des Herzogthums Schleswig, als eines ausserdeutschen Landes, sind an sich nicht Gegenstand der Erörterung und Verhandlung des deutschen Bundes. Nur insoweit das deutsche Herzogthum Holstein aus gemeinsamen Rechtsverhältnissen beider Herzogthümer Ansprüche auf die Aufrechthaltung solcher Verhältnisse hat, sind dieselben Gegenstand der Verständigung zwischen den den deutschen Bund vertretenden Mächten und der Krone Dänemark.

Während Seitens Preussens und Oestreichs anerkannt wird, dass ein weitergehender Anspruch des Herzogthums Holstein auf Gemeinschaft und Einheit der Verhältnisse in beiden Herzogthümern nicht stattfinde, erkennt das königl. dänische Gouvernement seinerseits an, dass die holsteinischen Stände als berechtigtes Landesorgan des Herzogthums Holstein, hinsichtlich der auf bestimmten Rechtstiteln beruhenden Gemeinschaft von Verhältnissen beider Herzogthümer, in den ihnen nach den Verordnungen von 1831 und 1834 zustehenden Attributionen verbleiben.

Insonderheit wird allseitig anerkannt, dass der nexus socialis zwischen den Ritterschaften von Schleswig und Holstein in demselben Umfange und mit denselben rechtlichen Folgen in Zukunft aufrecht erhalten bleibe, wie derselbe seit den Jahren 1731 und 1732 bestanden hat.

VI. Die k. dänische Regierung ist mit den deutschen Mächten darüber einverstanden, dass das Herzogthum Schleswig als ein abgesondertes, weder in Verfassung noch Verwaltung dem Königreich Dänemark zu incorporirender Theil der dänischen Gesammtmonarchie bestehen soll. Ebenso wird dänischer Seits anerkannt, dass die schleswigsche Ritterschaft fernerweit als Corporation unter den aus dem nexus socialis mit der holsteinischen Ritterschaft sich ergebenden Attributionen erhalten bleibt. Nicht minder hat Se. Maj. der König von Dänemark seine Absicht erklärt, die schleswigschen Provincialstände, wie sie durch die Verordnungen von 1831 und 1834 eingesetzt sind, durch neue Wahlen einberufen zu lassen.

Preussen spricht seine auf die obigen vereinbarten Puncte gegründete Erwartung aus, dass in Schleswig eine den Bedürfnissen und der vor 1848 bestandenen Verfassung des Landes entsprechende ständische Vertretung stattfinden werde. Die Form und die Zusammensetzung dieser Vertretung wird mit den jetzt wieder zusammen zu berufenden Provincialständen zu berathen sein.

VII. Die deutschen Mächte erkennen an, dass in Gefolge des anerkannten Integritätsprincips der dänischen Gesammtmonarchie eine Vertretung aller Theile dieser Monarchie in einer für die Erörterung und Beschlussfassung über die Gesammtinteressen bestimmten legislativen Versammlung mit den Sonderrechten der deutschen Herzogthümer Holstein und Lauenburg nicht unverträglich sei. Andrerseits ist das k. dänische Gouvernement der Absicht, in den zum deutschen Bunde gehörenden Herzogthümern Holstein und Lauenburg, oder in dem Herzogthum Schleswig die zur Zeit im Königreich Dänemark bestehende Verfassung oder das dort geltende Wahlgesetz nicht einzuführen, vielmehr bei der zu entwerfenden Gesammtverfassung der Monarchie die ständischen Verhältnisse der deutschen Herzogthümer und die besonderen Beziehungen des Herzogthums Schleswig zu berücksichtigen. Namentlich wird das in Dänemark geltende Wahlgesetz in Schleswig und in den deutschen Herzogthümern nicht eingeführt werden.

VIII. Die bisherige Gemeinschaft der Kieler Universität für Holstein und für Schleswig, sowie die Gemeinschaft der andern für die Herzogthümer bestimmten Institute bleibt in demselben Umfange bestehen, wie dies bis zu Ende des Jahres 1847 der Fall gewesen ist.

XVI. Erlass

des Königs Friedrich VII. an den dänischen Reichstag vom 28. Jan. 1852.

Wir Frederik der Siebente, von Gottes Gnaden König zu Dänemark, der Wenden und Gothen, Herzog zu Schleswig, Holstein u. s. w., thun kund allen Unsern lieben und getreuen Unterthanen:

Es ist Uns allerunterthänigst vorgetragen, dass die Verhandlungen der in Folge Unseres allerhöchsten Manifestes vom 14. Juli 1850 in Flensburg zusammenberufenen angesehenen Männer nicht zu der von Uns beabsichtigten Uebereinstimmung geführt haben in Betreff der wichtigsten Angelegenheiten Unserer Monarchie und namentlich in Betreff der Stellung Unseres Herzogthums Schleswig in derselben.

Wir haben daher auf die Resultate dieser Verhandlungen nicht weiter bauen wollen, dahingegen den allerhöchsten Beschluss gefasst, dass durch die Ordnung der Angelegenheiten Unserer Monarchie, unter Beibehalt und weiterer Entwicklung derjenigen Einrichtungen, welche entweder alle Theile derselben umfassen, oder die für einzelne von diesen constituirt sind, vorgeschritten werden soll in dem Geist, die rechtlich bestehenden Verhältnisse aufrecht zu erhalten oder zu verbessern.

Gleichwie daher die unveränderte Aufrechthaltung Unsrer Monarchie in deren gesammtem territorialen Umfang durch den Beistand der europäischen Grossmächte für die Zukunft gesichert bleiben wird, so soll auch die Verbindung zwischen den verschiedenen Theilen der Monarchie zu einem wohlgeordneten Ganzen aufrecht erhalten und fortgeführt werden, vorläufig durch die Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten durch gemeinschaftliche

Behörden und demnächst durch eine für die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten gemeinschaftliche Verfassung, zu deren Einführung Wir baldmöglichst die erforderlichen Schritte vornehmen werden.

Für die Zukunft sollen daher diejenigen Angelegenheiten aller Theile der Monarchie, die früher erledigt oder allerunterthänigst Uns vorgetragen wurden vom Departement für das Auswärtige, vom Generalquartiermeister, von dem Generaladjutanten für den Land- und Seeetat, vom General-Commissariats-Collegium, vom Admiralitäts- und Commissariats-Collegium, von der Finanzdeputation, von der Direction für die Staatsschuld und den sinkenden Fond und von der General-Postdirection, so wie auch die früheren unter die erste und zweite Section der Rentekammer gehörenden Sachen, soweit dieselben das Steuer- und Abgaben- oder das Hebungs- und Rechenschaftswesen angehen, und die früheren unter das General-Zollkammer- und Commerz-Collegium gehörenden eigentlichen Zoll- und Colonialsachen — welche sämmtliche Abtheilungen, soweit sie das Königreich Dänemark betreffen, bereits an die bestehenden Ministerien übergegangen sind — vom Ministerium des Auswärtigen, vom Kriegsministerium, vom Marineministerium und vom Finanzministerium nach den bestehenden Vorschriften und dergestalt behandelt werden, dass der Wirkungskreis dieser Ministerien, gleichwie früher dies mit den vorgenannten unmittelbar unter uns stehenden Behörden der Fall war, auf alle Theile unserer Monarchie sich erstreckt.

Der Wirkungskreis der Ministerien für das Königreich Dänemark: des Justizministeriums, des Ministeriums des Innern und des Ministeriums für das Kirchen- und Unterrichtswesen, bleibt unverändert.

Die früheren unter die schleswig-holstein-lauenburgische Canzlei gehörenden Sachen, die von den Herzogthümern Schleswig, Holstein und Lauenburg vorkommenden Sachen, die früher unter die Rentekammer oder unter die 3. Section des General-Zollkammer- und Commerz-Collegiums gehörten — mit Ausnahme der an's Marineministerium übergehenden Feuersachen und der an's Ministerium des Auswärtigen übergehenden Consulatsachen —, sowie die früheren unter die schleswig-holsteinische Regierung gehörenden Geschäfte sollen, nach den bestehenden Vorschriften, für die Zukunft wahrgenommen werden vom Ministerium für das Herzogthum Schleswig, in so weit sie dieses Herzogthum angehen, und vom Ministerium für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg, in so weit sie diese beiden Herzogthümer betreffen, und sollen dabei diejenigen Sachen, welche die für die Herzogthümer Schleswig und Holstein gemeinschaftlichen nichtpolitischen Einrichtungen und Anstalten betreffen, namentlich die Universität in Kiel, die Ritterschaft, der schleswig-holsteinische Canal, das Brandversicherungswesen, die Strafanstalten, das Taubstummeninstitut und die Irrenanstalt, von dem Minister für das Herzogthum Schleswig und dem Minister für das Herzogthum Holstein und Lauenburg collegial behandelt werden.

Unsere sämmtlichen Ministerien sollen ihren beständigen und ausschliesslichen Sitz in Unserer Königlichen Haupt- und Residenzstadt Kopenhagen haben.

Unsere sämmtlichen Minister bilden Unsern Geheimen Staatsrath, in dem Wir auch für die Zukunft den Vorsitz führen werden und an dessen Sitzungen Unser Hochgeliebter Oheim S. K. H. der Erbprinz gleichwie früherhin Theil nehmen wird. Mit Rücksicht auf die Befugnisse und die Geschäftsordnung Unseres Geheimen Staatsraths soll es bis auf Weiteres bei den früheren Regeln sein Bewenden haben. Das Protocoll soll vom Staatssecretair geführt werden.

Der Minister für das Herzogthum Schleswig und der Minister für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg sind Uns allein verantwortlich für ihre Amtsführung. Der übrigen Minister Verantwortlichkeit gegen den dänischen Reichstag ist eingeschränkt auf den Theil ihrer Amtsthätigkeit, der das Königreich Dänemark angeht, in Uebereinstimmung mit §. 18. des dänischen Grundgesetzes.

In Gemässheit des §. 21. des Grundgesetzes haben Wir Unsern Minister des Auswärtigen bis auf Weiteres zum Premierminister für das Königreich Dänemark ernannt.

Gleichwie kein Zweifel sein kann an Unserm festen Willen, unverbrüchlich die Bestimmungen des dänischen Grundgesetzes zu halten, so wollen Wir auch auf verfassungsmässigem Wege den Provincialständen für Unser Herzogthum Schleswig, so wie den Provincialständen für Unser Herzogthum Holstein eine solche Entwickelung zu Theil werden lassen, dass jedes dieser Herzogthümer mit Rücksicht auf die seither unter den Wirkungskreis der berathenden Provincialstände gehörenden Angelegenheiten eine ständische Repräsentation mit beschliessender Stimme erhält.

Zur Erreichung dieses Zieles werden Wir demgemäss Gesetzentwürfe für jedes der beiden genannten Herzogthümer besonders ausarbeiten und den Provincialständen dieselben zur Begutachtung vorlegen lassen, in Uebereinstimmung mit dem §. 8. des allgemeinen Gesetzes vom 28. Mai 1831 und mit der Schlussbestimmung der Verordnungen vom 15. Mai 1834.

Der Gesetzentwurf, der zu gedachtem Zwecke für das Herzogthum Schleswig ausgearbeitet werden wird, soll insbesondere diejenigen Bestimmungen enthalten, welche nothwendig sind, um der dänischen und deutschen Nationalität in diesem Herzogthum vollkommen gleiche Berechtigung und kräftigen Schutz zu gewähren und zu sichern.

Die Suspension der Wirksamkeit des schleswig-holstein-lauenburgischen Oberappellations-Gerichts mit Rücksicht auf das Herzogthum Schleswig dauert fort. Zu dem Zwecke, definitiv die Competenz dieser höchsten richterlichen Behörde auf die Herzogthümer Holstein und Lauenburg einzuschränken, wird den zuerst zusammentretenden Provincialstände-Versammlungen ein Gesetzentwurf zur Begutachtung vorgelegt werden.

Die Provincialstände für das Herzogthum Schleswig und die Provincialstände für das Herzogthum Holstein sind baldmöglichst, nach Ablauf der gegenwärtigen mit diesem Jahr aufhörenden Wahlperiode zusammenzuberufen, nachdem zunächst neue Wahlen von Abgeordneten vorgenommen sind. Diese

Wahlen sollen in denjenigen Districten des Herzogthums Schleswig, die im Belagerungszustand sind, erst nach der Aufhebung desselben Statt finden. Die Sr. Durchl. dem Herzog von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg zugelegte erbliche Virilstimme in der schleswigschen Provincialstände-Versammlung fällt weg. Freier und unbedingter Gebrauch in der dänischen und deutschen Sprache in der Provincialstände-Versammlung des Herzogthums Schleswig wird bereits in der jüngst zusammentretenden Versammlung zugestanden, und werden die desfalls nöthigen Veranstaltungen von Uns getroffen werden.

Sobald Unsere landesherrliche Gewalt vollständig wieder hergestellt ist in Unserem Herzogthum Holstein, soll dieses Herzogthum verwaltet werden nach den rechtlich bestehenden Gesetzen, die nur auf dem verfassungsmässigen Wege abgeändert werden sollen; zu dem Zweck, ein gemeinsames Zollsystem für die ganze Monarchie herzustellen, sollen ungesäumt zur Aufhebung der Zolllinie an der Eider die nöthigen Einleitungen getroffen werden; der in einigen Districten des Herzogthums Schleswig bestehende Belagerungszustand soll aufgehoben werden, und das für dieses Herzogthum unterm 10. Mai 1851 ausgefertigte Amnestie-Patent soll einer umfassenden Revision unterworfen werden. Denjenigen, welche hiernach von der Amnestie ausgeschlossen bleiben, soll es auch nicht verstattet sein, in den übrigen Theilen Unserer Monarchie sich aufzuhalten, während Diejenigen, welche von der Amnestie nicht ausgeschlossen werden, frei und ungehindert in's Herzogthum Schleswig sollen zurückkehren können.

Mit Rücksicht auf die Verfassung Unseres Herzogthums Lauenburg werden Wir, nach voraufgegangener verfassungsmässiger Verhandlung mit Unserer getreuen Ritter- und Landschaft, Unsere Allerhöchsten Beschlüsse zur öffentlichen Kunde bringen.

Unser Verhältniss als Mitglied des deutschen Bundes für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg verbleibt unverändert.

Wir erwarten vertrauensvoll, dass Unsere lieben und getreuen Unterthanen in allen Theilen Unserer Monarchie in Vorstehendem einen neuen Beweis Unsrer väterlichen Fürsorge, die mit gleicher Liebe sie Alle umfasst, erblicken werden, und hoffen, dass es mit des Allmächtigen Beistand Uns gelingen werde, den unter Unserem Scepter vereinigten Landen eine glückliche Zukunft zu sichern.

Gegeben auf Unserem Schlosse Christiansborg, den 28. Januar 1852.

Unter Unserem Königlichen Handzeichen und Insiegel.

Frederik R.

(L. S.)

Reventlow-Criminil. C. Moltke. C. F. Hansen. C. A. Bluhme. W. C. E. Sponneck. Steen Bille. P. G. Bang. A. W. Scheel.

Für die Richtigkeit der Abschrift:

Bluhme.

XVII. Traité de Londre

en date du 8. Mai 1852.

Au nom de la très sainte et indivisible Trinité.

S. Maj. la Reine du royaume-uni de la Grand-Bretagne et de l'Irlande, S. Maj. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême, le Prince-Président de la République française, S. Maj. le Roi de Prusse, S. Maj. l'Empereur de toutes les Russies, et S. Maj. le Roi de Suède et Norwège, prenant en considération que le maintien de l'intégrité de la monarchie danoise, comme se rattachant aux intérêts généraux de l'équilibre des puissances en Europe, est d'une haute importance pour la conservation de la paix, et qu'un arrangement par lequel la succession, pour tous les domaines aujourd'hui réunis sous le sceptre de S. Maj. le roi de Danemark, serait dévolue à la ligne principale, à l'exclusion des femmes, serait le meilleur moyen de garantir l'intégrité de cette monarchie, ont résolu, sur la demande de S. Maj. danoise, de conclure un traité pour donner aux arrangements ayant trait à cet ordre de succession un nouveau gage de stabilité par un acte de reconnaissance européenne.

En conséquence, les hautes parties contractantes ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir etc. etc.

Après s'être communiqué leurs plein-pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, tous les susnommés ont adopté les articles ci-après:

Art. 1. Après avoir pris en sérieuse considération les intérêts de sa monarchie, S. Maj. le roi de Danemark, avec l'assentiment de S. A. R. le prince héréditaire et son plus proche parent, appelé à la succession en vertu de la loi royale de Danemark, aussi bien que de concert avec S. Maj. l'empereur de toutes les Russies, chef de la branche ainée de la maison de Holstein-Gottorp, ayant déclaré son désir de régler l'ordre de succession à ses Etats, de telle manière qu'à défaut de descendance masculine en ligne directe du roi Frédéric III. de Danemark, sa couronne soit transmise à S. A. le prince Christian de Schleswig-Holstein-Sonderbourg-Glucksbourg, et aux descendans issus du mariage de ce prince avec S. A. R. la princesse Louise de Schleswig-Holstein-Sonderbourg-Glucksbourg, née princesse de Hesse, dans l'ordre de primogéniture, de mâle en mâle; les hautes parties contractantes, appréciant la sagesse des vues qui ont déterminé l'adoption de cette combinaison, s'engagent d'un commun accord, dans le cas où peut se produire l'éventualité qui est en vue, à reconnaitre en S. A. le prince Christian de Schleswig-Holstein-Sonderbourg-Glucksbourg et ses descendans mâles issus en ligne directe de son mariage avec la dite princesse le droit de succéder à la totalité des Etats actuellement unis sous le sceptre de S. Maj. le roi de Danemark.

Art. 2. Les hautes parties contractantes, reconnaissant le principe de l'intégrité de la monarchie danoise comme permanent, s'engagent à prendre en considération telles ouvertures ultérieures que S. Maj. jugera à propos de

leur faire, si (ce qu'à Dieu ne plaise) l'extinction des héritiers mâles, en ligne directe, de S. A. le prince Christian de Schleswig-Holstein-Sonderbourg, par son mariage avec la princesse Louise, devenait imminente.

Art. 3. Il est expressément entendu que les droits et les obligations réciproques de S. Maj. le roi de Danemark et de la confédération germanique, concernant les duchés de Holstein et de Lauenbourg, droits et obligations établis par l'acte fédéral de 1815 et par la loi fédérale actuelle, ne seront point altérés par le présent traité.

Art. 4. Les hautes parties contractantes se réservent le droit de porter le présent traité à la connaissance des autres puissances, en les invitant à y accéder.

Art. 5. Le présent traité sera ratifié et les ratifications seront échangées à Londres, dans le délai de six semaines, ou plus tôt s'il est possible.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé ce traité et y ont apposé leurs sceaux.

Fait à Londres, le 8. mai, en l'an de grâce 1852.

Le comte de Malmesbury. *L. C. baron de Kuebeck.*
A. C. comte de Walewski. *De Brunnow.*
Le chevalier de Bunsen. *Le baron de Rehausen.*
De Bille.

XVIII. Dänisches Erbfolgegesetz

vom 31. Juli 1853.

Wir Frederik der Siebente, von Gottes Gnaden König zu Dänemark, der Wenden und Gothen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stormarn, der Dithmarschen und zu Lauenburg, wie auch zu Oldenburg. Thun kund hiemit: Von Unsern Königlichen Vorfahren ist es als ein Haupt-Grundsatz ihrer Regierung festgehalten worden, dass die unter dem Scepter der dänischen Könige vereinigten Länder nicht getheilt und von einander getrennt werden dürfen. In Uebereinstimmung hiemit hat Unser vielgeliebter theurer Vater, Seine Majestät König Christian der Achte, glorreichen Andenkens, in dem von Uns als derzeitigen Kronprinzen mitunterzeichneten, die Erbfolge in der dänischen Monarchie betreffenden offnen Briefe vom 8. Juli 1846 allen Seinen treuen Unterthanen die Zusicherung ertheilt, dass Seine unablässigen Bestrebungen, wie bisher, so auch in Zukunft darauf gerichtet sein sollten, die vollständige Anerkennung der Integrität der dänischen Monarchie zu Wege zu bringen, so dass die unter Seinem Scepter vereinigten Länder niemals von einander getrennt würden. Unter den Erschütterungen, welche, bald nachdem die Göttliche Vorsehung Uns auf den Thron Unsrer Väter berufen, in mehreren Europäischen Staaten die bürgerliche Gesellschaft in ihren Grundlagen mit dem Untergang bedrohten und welche, auch über die Grenzen Unsrer Monarchie

sich verbreitend, deren Integrität den grössten Gefahren aussetzten, haben Wir dieselbe, deren Erreichung und Bewahrung Uns von Unsern Königlichen Vorfahren als ein Hauptzweck ihrer Regierung überliefert worden, mit unerschütterlicher Festigkeit zu erhalten Uns bemühet.

Indessen ist der dauernde Bestand der Monarchie durch eine allen ihren Theilen gemeinsame Erbfolge bedingt; Unsres vielgeliebten höchstseligen Herrn Vaters, sowie Unsre eignen Bestrebungen, der in Unserm Königreich Dänemark, in Unserm mit der dänischen Krone unzertrennlich verbundenen Herzogthum Schleswig und unzweifelhaft auch in mehreren anderen Theilen der Monarchie geltenden, im Königs-Gesetz für den Fall des, nach Gottes unerforschlichem Rathschluss, eintretenden Erlöschens des gegenwärtig in der ganzen dänischen Monarchie herrschenden Mannsstammes Königs Friederich des Dritten, festgesetzten weiblichen Erbfolge für die gesammte Monarchie anerkannte Gültigkeit zu verschaffen, führten nicht zur Erreichung des vorgesetzten Zieles; Wir mussten daher zu der Ueberzeugung gelangen, dass der künftigen Zersplitterung der Monarchie am sichersten werde vorgebeugt werden, wenn für den Fall des Erlöschens des jetzt regierenden Mannsstammes Königs Friederich des Dritten ein neues, für die Monarchie in ihrem ganzen Umfange gültiges Thronfolge-Gesetz, unter Aufhebung der Erbfolge-Bestimmungen des Königs-Gesetzes, erlassen und demselben die völkerrechtliche Anerkennung gesichert werde.

Der Weg hiezu ward angebahnt, theils durch das freundschaftliche Entgegenkommen Seiner Majestät des Kaisers von Russland, Allerhöchstwelcher, in Seiner Eigenschaft als Chef der ältesten Linie des Holstein-Gottorpischen Hauses, zu Gunsten Seiner Hoheit des Prinzen Christian zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und Seiner männlichen Nachkommenschaft den Erbansprüchen entsagte, welche Seine Majestät in dem vorausgesetzten Falle für Sich und Seine Linie auf einen Theil Unsrer Erblande begründet erachtet, theils durch die grossmüthige Bereitwilligkeit, mit der Unsre dem Throne am nächsten stehenden Verwandten, im Interesse der Integrität der dänischen Monarchie, auf ihre Erbrechte Verzicht leisteten; und fassten Wir demzufolge mit der vollen Zustimmung Unsres vielgeliebten Oheims, Seiner Königlichen Hoheit des Erbprinzen Frederik Ferdinand, den Beschluss, Unsern vielgeliebten Vetter, Seine Hoheit den Prinzen Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und Seine aus der Ehe mit Unsrer vielgeliebten Cousine, Ihrer Hoheit der Princessin Louise Wilhelmine Frederike Caroline Auguste Julie von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, gebornen Princessin von Hessen, entsprossenen männlichen Nachkommen zur Nachfolge in allen unter Unserm Scepter vereinigten Ländern, unter Aufhebung allen und jeden Erbrechts nach dem Königs-Gesetze, und mit Ausschliessung der weiblichen Erbfolge, für den Fall zu berufen, dass die von König Friederich dem Dritten im Mannsstamme abstammende männliche Nachkommenschaft erlöschen sollte.

Durch den mit Seiner Majestät dem Kaiser von Oestreich, König von

Ungarn und Böhmen, dem damaligen Präsidenten der französischen Republik (gegenwärtig Kaiser der Franzosen), Ihro Majestät der Königin der vereinigten Königreiche Grossbritannien und Irland, Seiner Majestät dem König von Preussen, Seiner Majestät dem Kaiser von Russland und Seiner Majestät dem König von Schweden und Norwegen, unter dem 8. Mai 1852 zu London abgeschlossenen, später ratificirten Tractat, welchem demnächst die Mehrzahl der europäischen Mächte, in Folge der nach Massgabe des Artikels 4 des Tractats an sie ergangenen Einladung beigetreten sind, ist es Uns gelungen, sowohl die Anerkennung der Untheilbarkeit der dänischen Monarchie als eines Grundsatzes des europäischen Völkerrechts von immerwährender Gültigkeit, als auch die Anerkennung der von Uns beschlossenen Ordnung der Thronfolge zu erlangen; und da endlich auch der vereinigte dänische Reichstag, in Gemässheit des §. 4 des Grundgesetzes für das Königreich Dänemark vom 5. Juni 1849, durch Beschluss vom 24. Juni 1853 an seinem Theil, dem an denselben gerichteten Vorschlage in Betreff der solchergestalt von Uns beabsichtigten Ordnung der Thronfolge zugestimmt hat, so sind Wir gegenwärtig in den Stand gesetzt, durch Erlassung eines, Unsre ganze Monarchie umfassenden, für alle ihre Theile gültigen Thronfolge-Gesetzes das Werk zu vollenden, welches während so langer Zeit der Gegenstand Unsrer landesväterlichen Bestrebungen gewesen ist.

Wir gebieten und befehlen demnach wie folgt:

Art. I. Wenn die vom Könige Friederich dem Dritten im Mannsstamme abstammende männliche Nachkommenschaft, welcher zufolge des, von demselben Könige unter dem 14. November 1665 gegebenen, Königsgesetzes das Erbrecht auf den dänischen Thron zusteht, nach Gottes unerforschlichem Rathschluss erlöschen sollte, so soll alles und jedes Erbrecht nach den Artikeln 27 — 40 des gedachten Königs-Gesetzes aufgehoben sein und soll nur Mann von Mann, mit Ausschluss der Weiber, zur Erbfolge in allen unter Unserm Scepter vereinigten Ländern berechtigt sein. Die Thronfolge soll in diesem Falle, in der Gesammtheit dieser Länder auf Unsern vielgeliebten Vetter, Seine Hoheit Prinz Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, welchem Wir von jetzt an den Namen eines Prinzen zu Dänemark beigelegt haben wollen, und auf Seine aus der Ehe mit Unsrer vielgeliebten Cousine, Ihro Hoheit der Prinzessin Louise Wilhelmine Frederike Caroline Auguste Julie von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, jetzt Prinzessin zu Dänemark, gebornen Prinzessin von Hessen, entsprossene männliche Nachkommenschaft übergehen.

Art. II. Auf die Nachkommenschaft, Mann von Mann, in rechtmässiger Ehe erzeugt, soll die Krone nach dem Recht der Erstgeburt und der agnatischen Linienerbfolge vererben.

Art. III. Würde, was Gott in Gnaden verhüten wolle, in der Zeitenfolge die gegründete Besorgniss eintreten, dass der solchergestalt zur Thronfolge berufene fürstliche Mannsstamm erlöschen werde, so soll Unser zu der Zeit regierende Nachfolger auf dem dänischen Throne verpflichtet sein, dafür

Sorge zu tragen, dass die weitere Ordnung der Thronfolge in der die Erhaltung der Selbstständigkeit und der Integrität der dänischen Monarchie, sowie der Rechte der Krone am meisten sichernden Weise festgesetzt, und dass in Uebereinstimmung mit dem zweiten Artikel des unter dem 8. Mai 1852 zu London abgeschlossenen Tractats die europäische Anerkennung der neuen Thronfolge-Ordnung zu Wege gebracht werde.

Dieses Thronfolge-Gesetz für die gesammte dänische Monarchie, welches Wir in der dänischen und in der deutschen Sprache haben ausfertigen und von Unserm vielgeliebten Oheim, Seiner Königlichen Hoheit dem Erbprinzen Frederik Ferdinand, und von allen übrigen Mitgliedern Unsres Geheimen Staatsrathes paraphiren lassen, haben wir solchergestalt hiemit gegeben und vollzogen, und ist es Unser Wille, dass dasselbe im Original in Unser Geheimes Archiv niedergelegt und dort aufbewahrt werde. Wonach Alle und Jede sich allerunterthänigst zu achten.

Gegeben auf Unserem Schlosse Eremitage, den 31. Juli 1853.

Unter Unserm Königlichen Handzeichen und Insiegel.

(L. S.) *Frederik R.*

Frederik Ferdinand. Örsted. Reventlow-Criminil. C. Moltke. C. F. Hansen. C. A. Blukme. W. C. E. Sponneck. Steen Bille. A. W. Scheel.

IV.

TÜRKEI.

Türkei.

Die Gründung des türkiſchen Reiches fällt in das Ende des dreizehnten Jahrhunderts und nimmt ihren Anfang unter Osman. Dieſer Osman regierte zuerſt als Lehensfürſt des Seldſchukenſultans Ala-Eddin über ein kleines Gebiet am phrygiſchen Berg Olympus (in Kleinaſien). Als nach Ala-Eddin's Tod das Seldſchukenreich zerfiel, machte ſich Osman unabhängig, ſuchte ſein Gebiet durch griechiſche Beſitzungen in Kleinaſien zu vergrößern, ſchlug die Griechen bei Kaſan-Hiſſar (1301), nahm ihnen viele feſte Plätze nach dem Bosporus und dem ſchwarzen Meere hin ab und eroberte durch ſeinen Sohn Orkhan (1326) auch Bruſa in Bithynien, das letzterer nach des Vaters Tode zur Reſidenz wählte. Orkhan ſetzte die Eroberungen ſeines Vaters mit Glück fort, ſchlug den griechiſchen Kaiſer Andronikus III. 1330 bei Philokrene, eroberte Nicäa und die ganze benachbarte Küſte des ſchwarzen Meeres, griff aber auch Türkenſtämme in Kleinaſien an und machte ſie ſich unterthänig. Die beſtändigen Streitigkeiten um den griechiſchen Thron gaben den eroberungsſüchtigen türkiſchen Herrſchern eine erwünſchte Gelegenheit, immer weiter nach dem Herzen des griechiſchen Reiches vorzudringen. Es wurde ihnen dies um ſo leichter, da ſie von den griechiſchen Regenten zu wiederholten Malen ſelbſt herbeigeholt wurden. Als der griechiſche Kaiſer Johannes VI. Kantakuzenos für den dreijährigen Prinzen Johannes V. die Regierung führte, rief er, um ſich gegen ſeine Gegner zu behaupten, den Sultan Orkhan zu Hülfe. Dieſer ſandte ſeinen Sohn Solyman mit 10,000 Reitern, welche über die Meerenge ſetzten, in der Stadt Kallipolis (Gallipoli), deren Mauern kurz vorher ein Erdbeben eingeſtürzt hatte, ſich befeſtigten und die Stadt nicht mehr herausgaben. Mit dieſer Beſetzung Gallipoli's (1357) faßten die Türken zuerſt feſten Fuß in Europa. Orkhan's Sohn, Murad I. ſetzte die Eroberungen fort, nahm Adrianopel, wohin er 1365 ſeine Reſidenz verlegte, auch Philippopel, den größten Theil von Macedonien und Thracien, und bildete aus den gefangenen Chriſtenkindern die Janitſcharen (Jen-Itſchiery, neue Heerſchar). Sein Nachfolger Bajazet I. Ilderim (der

Blitz) leistete anfangs (1390) dem byzantinischen Prinzen Andronikus bei der Entthronung seines Vaters, des Kaisers Johann, Hülfe, dann trat er auf Seite Johann's, wofür ihm dieser Tribut zahlen und jährlich 12,000 Mann Soldaten stellen mußte. Mit diesen Truppen eroberte Bajazet Philadelphia, die letzte Stadt der Griechen in Kleinasien. Nach Johann's Tod, dem er die Befestigung Constantinopel's untersagt hatte, belagerte er Constantinopel von 1391 an sieben Jahre hindurch, bis ihn Timur's Angriff abrief. Ein großes europäisches Heer (Ungarn, Deutsche, Böhmen, Burgunder, Franzosen, Engländer) zog unter Anführung des ungarischen Königs Siegmund von Ofen aus gegen den Feind, wurde aber bei Nikopolis (1396) geschlagen. Bis nach Steyermark streiften die Türken und verbreiteten Schrecken über das Abendland. Bajazet's Feldherr eroberte das eigentliche Griechenland, auch Athen (1397), verkaufte die Einwohner als Sklaven nach Kleinasien und verpflanzte Türken und Bulgaren nach Griechenland. Da riefen der bedrängte griechische Kaiser und die Fürsten Kleinasien's den mongolischen Eroberer Timur herbei. Die Heere (400,000 Türken und 800,000 Mongolen) trafen bei Ancyra in Galatien aufeinander (1402), die Türken wurden geschlagen, Bajazet gefangen und in einen eisernen Käfig gesperrt, an dessen Stäben er sich das Haupt zerschellt haben soll. Nach Anderen wäre er von Timur gut behandelt, in einer Rohrsänfte dem Heere nachgetragen worden und 1403 eines natürlichen Todes gestorben. Mit Timur's Tod (1405) zerfiel das mongolische Reich. Aus der blutigen Verwirrung kämpfte sich ein Sohn Bajazet's, Muhamed I., im Osmanenreich zur Alleinherrschaft empor. Muhamed I. bedrängte zwar den griechischen Kaiser nicht, unterwarf sich aber die Walachei und fiel in Steyermark ein, wurde jedoch von den Deutschen im Jahr 1419 zwei Mal geschlagen. Sein Sohn, Murad II., eroberte alles Land um Constantinopel, die Stadt selbst wurde nur gegen das Versprechen eines Tributs verschont. Vergebens reiste der griechische Kaiser zur päbstlichen Synode nach Ferrara und Florenz (1438 und 1439) und unterzeichnete eine Vereinigungsurkunde mit der lateinischen Kirche; die Hülfe des Abendlandes fiel gleichwohl nur spärlich aus. Pabst Eugen IV. konnte nur die Rhodiser-Ritter, einige italische Staaten und den König Ladislaus III. von Ungarn und Polen zum Krieg bewegen. Die Ungarn wurden bei Varna (1441) entscheidend geschlagen; Hunnyades führte nur Trümmer des ungarischen Heeres zurück. Dagegen focht der Fürst Georg Castriota von Epirus, von den Türken Iskander Beg (Fürst Alexander) genannt, mit großer Tapferkeit gegen die Türken. Auch der eben genannte Woywode von Siebenbürgen, Johann Hunnyades, der von seinem Geburtsdorfe auch den Namen Corvinus führt, setzte den Krieg mit Muth, Klugheit und großer Ausdauer fort. Er schlug die Türken zuerst in einer großen Schlacht bei Hermannstadt (1442), sodann 1443 mit Unterstützung deutscher Kreuzfahrer noch fünf Mal, worauf Murad II. im Jahr 1444 mit Ungarn und seinen Bundes-

genossen zu Szegedin auf zehn Jahre Frieden schloß. Der Friede wurde von dem König Ladislaus von Ungarn gebrochen, sein Heer unter Hunnyades aber bei Varna 1444 von Murad II. geschlagen, Ladislaus selbst getödtet; nicht besser ging es einem zweiten ungarischen Heere unter Hunnyades bei Kossowa 1448. Murad II. starb 1451. Sein Sohn Muhamed II. begann alsbald (April 1453) die Belagerung Constantinopel's, wo seit 1448 Kaiser Constantin XI. Paläologus regierte; das Gebiet des griechischen Kaisers erstreckte sich nur noch auf die Stadt und deren nächste Umgebung. Das türkische Belagerungsheer zählte mehr Krieger, als die Stadt Constantinopel Einwohner hatte. Die männliche Bevölkerung der Stadt war verweichlicht und feig; Constantin konnte kaum 10,000 Streiter aufbringen, unter denen 2000 Genueser, überhaupt die Hälfte Ausländer waren. Nachdem die Belagerung 53 Tage gedauert hatte, ordnete Muhamed am 29. Mai 1453 einen allgemeinen Sturm an. Die Griechen vertheidigten sich mit großer Tapferkeit, der Kaiser fiel auf den Wällen, aber sie erlagen der Uebermacht, die Stadt wurde erobert, geplündert, die Besatzung niedergemacht, die Einwohner erlitten die scheußlichsten Mißhandlungen und wurden in die Sklaverei geführt. Am dritten Tage zog Muhamed selbst in Constantinopel ein und verlegte seine Residenz dahin. Seitdem ist Constantinopel die Residenz der türkischen Sultane; die Sophienkirche wurde eine Moschee. Muhamed, dessen Hauptplan auf Italien ging, wandte sich nun zunächst nach Norden, fiel in Serbien und Ungarn ein, belagerte mit 150,000 Mann (1456) Belgrad, wurde aber von Hunnyades bis nach Sophia zurückgeschlagen. Auch Skanderbeg gewann in seinen albanischen Bergen einige Schlachten gegen weit stärkere türkische Heere, mußte aber zuletzt auf venetianisches Gebiet fliehen, wo er 1467 starb. Nachdem Muhamed dem schwachen Kaiserthum Trapezunt in Kleinasien, dessen Regenten David er hinrichten ließ, ein Ende gemacht, bekriegte er die Venetianer, fiel 1467 in Slavonien, Krain und Steyermark ein, 1475 in der Moldau, die 1476 aus der polnischen in die türkische Lehensherrschaft überging, 1479 in Siebenbürgen, wo sein Heer aber gänzlich geschlagen wurde, belagerte 1480 die rhodiser Ritter auf Rhodus, mußte jedoch nach drei Monaten abziehen, und starb 1481, ohne seine Pläne auf Italien zur Ausführung gebracht zu haben. Sein Sohn Bajazet II. war den Europäern weniger gefährlich, er führte die Kriege mit wenig Energie fort und wurde von den Janitscharen 1512 gezwungen, die Regierung an seinen Sohn Selim I. abzutreten. Dieser eroberte Mesopotamien, Syrien, Palästina (1516), Aegypten (1517) und starb 1519. Sein Sohn Solyman II. nahm die Kriege gegen Ungarn wieder auf, eroberte Belgrad (1521), die Insel Rhodus von den rhodiser Rittern (1522)) nach der tapfersten Gegenwehr, schlug die Ungarn entscheidend 1526 bei Mohacz, der König Ludwig von Ungarn selbst blieb auf der Wahlstatt, doch konnte er den Sieg nicht benützen, da ihn eine Empörung der Turkomanen nach Asien rief. Im Jahr 1529 verlangte

Johann Zapolya, Fürst von Siebenbürgen, den Beistand des Sultan's gegen den nachmaligen deutschen Kaiser Ferdinand I. Den Verträgen gemäß sollte nämlich die ungarische Krone nach dem Tode des kinderlosen Königs Ludwig an Ferdinand I. fallen, der mit Ludwig's Schwester vermählt war; ein Theil der Ungarn aber hatte den Fürsten Zapolya zum König gewählt. Solyman II. sagte seinen Beistand zu, wenn Zapolya Ungarn von der Pforte zu Lehen nähme, eroberte Ofen und setzte den Zapolya als Lehenkönig ein, zog von da nach Wien, das er vom 27. Sept. bis 15. Okt. 1529 belagerte, aber nicht erobern konnte. Nachdem sein Heer von 120,000 Mann vor Wien auf die Hälfte zusammengeschmolzen und der Hauptsturm am 14. Okt. abgeschlagen war, zog er verwüstend zurück, begann aber 1532 den Krieg gegen Ferdinand von Neuem, verwüstete Steyermark und schloß 1533 Frieden, in welchem König Ferdinand und Zapolya sich in das Königreich Ungarn theilten. Im Jahr 1538 schlug Solyman's Admiral Hairedbin Pascha, genannt Barbarossa, die vereinigte Flotte Venedig's, des Pabstes und Spanien's entscheidend bei Prevesa. (Die Brüder Horuc und Hairedbin, Töpfers-söhne aus Lesbos, hatten Algier erobert, sich dort als Herrscher aufgeworfen und das Land unter türkische Oberhoheit gestellt. Nach Horuc's Tod bestieg Hairedbin den Thron von Algier und wurde von Solyman zum türkischen Großadmiral ernannt; Kaiser Karl V. unternahm einen glücklichen Seezug gegen ihn 1535). Der Friede mit Venedig kam 1539 zu Stande; die Republik trat die Inseln des Archipelagus und einen Strich an der dalmatischen Küste ab. Nach Zapolya's Tod (1540) besetzte König Ferdinand I. dessen Antheil an Ungarn, dagegen ergriff Solyman für Zapolya's Sohn Johannn Sigismund die Waffen. Im Frieden (1547) behielt der Sultan den von ihm eroberten Theil von Ungarn, für den anderen, welchen König Ferdinand noch im Besitz hatte, mußte letzterer an den Sultan einen jährlichen Tribut von 30,000 Ducaten bezahlen. Ueber den Besitz Siebenbürgen's kam es 1551 wieder zum Krieg zwischen Oestreich und der Pforte; der 1562 geschlossene Friede, nach welchem Oestreich auf Siebenbürgen entsagen und den Tribut von 30,000 Ducaten fortbezahlen sollte, wurde nicht gehalten, Solyman zog 1566 in seinem 67. Jahre noch einmal persönlich gegen Ungarn, belagerte Szigeth, das von Zriny tapfer vertheidigt und zuletzt in die Luft gesprengt wurde, starb aber während der Belagerung (6. Sept. 1566), drei Tage vor Szigeth's Fall. Sein Sohn und Nachfolger Selim II. schloß 1567 mit Oestreich Friede, nach welchem jeder Theil das behielt, was er erobert hatte. Selim II. war ein schwacher, sinnlichen Genüssen ergebener Regent. Seine Flotte wurde von den vereinigten Flotten der Venetianer, Johanniter, des Pabstes, Savoyen's und Spanien's unter Don Juan d'Austria bei Lepanto 1571 fast bis zur Vernichtung geschlagen; Uneinigkeit der Verbündeten vereitelte aber eine Benützung des Sieges; im folgenden Jahr hatten die Türken schon wieder eine ansehnliche Flotte in See; im Frieden (1573) erhielt Venedig sein von

den Türken in Dalmatien erobertes Gebiet zurück. Selim II. starb 1574. Sein Sohn Murad III., ein schwacher Regent, kriegte anfangs in Persien, 1593 erklärte er, um sich die unruhigen Janitscharen vom Halse zu schaffen, den Krieg an Oestreich, man focht auf beiden Seiten mit wechselndem Glück, die Fürsten von Siebenbürgen, der Moldau und Walachei verbündeten sich mit Oestreich, Murad III. starb 1595, sein Nachfolger Muhamed III. setzte den Krieg fort, die Deutschen und Ungarn wurden bei Keresztes 1596 geschlagen, die Türken dagegen 1597 bei Waizen. Die schlechte Serailregierung verursachte inzwischen im türkischen Reiche verschiedene Empörungen, welche, wie der Krieg gegen Persien, die Kraft der Türken gegen Oestreich schwächten. Muhamed starb 1603. Sein Sohn und Nachfolger Achmed I. nahm mehre feste Plätze in Ungarn, eroberte die Walachei, machte den Fürsten Boschkai von Siebenbürgen zum König von Ungarn, schloß aber, da die Kriege mit Persien größere Kräfte verlangten, mit Oestreich den 11. Nov. 1606 zu Zsitva-Torok Frieden. Boschkai war vom türkischen Hofe beauftragt worden, sich bei dem Kaiser zum Frieden geneigt zu erklären, ohne dabei merken zu lassen, daß es eigentlich der Türkei um den Frieden zu thun sei. Der Friede von Zsitva-Torok ist der erste der Türkei, dessen Bedingnisse nicht von den Türken als Gnadengeschenk betrachtet wurden, sondern durch die Unterhandlungen auf gleichem Fuße stehender Diplomaten zu Stande kamen. Er bezeichnet den Beginn des Verfalls der türkischen Macht. Die Türken verzichteten in diesem Frieden auf den jährlichen Tribut, den die Könige von Ungarn bisher unter dem Namen eines Ehrengeschenks an die Pforte hatten entrichten müssen und begnügten sich mit 200,000 Thalern, die ein für alle Mal bezahlt wurden. Sie gestanden dem östreichischen Kaiser gleiches Rangverhältniß mit dem türkischen Sultan zu, nannten ihn fortan Kaiser und nicht mehr König von Wien; der türkische Gesandte in Wien, der bisher ein niederer Beamte war, sollte in Zukunft wenigstens ein Sandschak-Beg sein. In Persien kämpften die Heere Achmed's ohne Glück; im Frieden mit dieser Macht (1612) mußte der Sultan auf ansehnliche Eroberungen seiner Vorgänger verzichten. Achmed I. starb 1617. Sein kriegerischer Sohn Osman II. kam wegen der Absetzung eines Fürsten in der Moldau in Krieg mit Polen; die Polen erlitten mehre Niederlagen, doch konnte Osman das polnische verschanzte Lager bei Choczim nicht erstürmen, schloß daher 1621 Frieden, wurde aber von den darüber erzürnten Janitscharen vom Throne gestoßen (1622) und ermordet. Sein Oheim Mustapha, den die Janitscharen auf den Thron setzten, wurde schon 1623 wieder abgesetzt. Ihm folgte Achmed's Bruder, Murad IV. Ghasi. Dieser hatte mit dem persischen Kriege vollauf zu thun und konnte daher gegen Ungarn nichts Ernstliches unternehmen. Der Fürst von Siebenbürgen Bethlen Gabor veranlaßte zwar einige Einfälle in Ungarn, doch wurde am 13. Sept. 1627 zu Szöny der Friede auf 25 Jahre erneuert. Murad IV. starb 1640,

nachdem er mehr als 100,000 Hinrichtungen hatte vollziehen lassen. Sein Bruder Ibrahim, der ihm folgte, begann zu Gunsten des siebenbürgischen Racoczy, welcher sich einen Theil von Ungarn unterwerfen wollte, Krieg mit Oestreich, schloß aber 1645 Frieden auf Grund der Vereinbarungen zu Szöny. Candia konnte er, trotz großer Anstrengungen, den Venetianern nicht entreißen. Er wurde 1648 in Folge eines Aufstandes der Janitscharen ermordet. Für seinen Bruder Muhamed IV., der jetzt, erst sieben Jahre alt, auf den Thron kam, führten anfangs seine Mutter und Großmutter die Regierung, was zu Parteiungen und vielen Aufständen Veranlassung gab. Die Venetianer schlugen die türkische Flotte 1651, die Türken die venetianische 1654, die Venetianer wiederum die Türken 1656, 1657, 1662. Ein Kosaken-Hetmann, der sich gegen Polen empörte und sich dem Sultan unterwarf, führte einen unbedeutenden Krieg mit Polen herbei, den der Friede von Kaminiec (1653) endigte. Das türkische Reich hatte in dieser Zeit zwei tüchtige Großwesire, den Muhamed Kiuperli (Sohn eines französischen Renegaten), dem nach seinem Tode 1661 sein Sohn Achmed Kiuperli folgte. Ueber Siebenbürgen kam es 1663 wieder zum Kriege. Nachdem einige kleinere Schlachten mit wechselndem Glücke geschlagen worden waren, erfocht die kaiserliche Armee in Verbindung mit deutschen Reichs- und selbst französischen Hülfstruppen den ersten großen Landsieg der Christen über die Türken unter Anführung Montecuculi's bei dem Cistercienser-Kloster Sct. Gotthard an der Raab (an der Grenze von Ungarn und Steyermark, 1. August 1664). Der geschlagene Großwesir zog sich nach Vasvar zurück, wo zehn Tage nach der Schlacht ein für die Türken auffallend günstiger Friede oder eigentlich Waffenstillstand auf 20 Jahre zu Stande kam. Für Oestreich wurde in diesem Frieden Nichts gewonnen, als daß die Türken Siebenbürgen nicht in ein türkisches Paschalik verwandeln durften; die Türken blieben im Besitz von Neuhäusel und Großwardein, der türkische Schützling Abaffi blieb Fürst in Siebenbürgen, jedoch jetzt als Schützling beider Mächte. Der Kaiser hatte sich beeilt, den von den Türken angebotenen Frieden anzunehmen, weil er den ungarischen Truppen und französischen Hülfsvölkern nicht traute. Der Großwesir Achmed Kiuperli wandte sich jetzt gegen Candia, das er von den Venetianern aber erst nach dreijährigen Anstrengungen 1669 eroberte. Gegen Polen, das die ukrainischen Kosaken wieder unter polnische Hoheit zwingen wollte, begann er 1672 den Krieg, focht anfangs mit Glück, wurde aber bei Chokzim 1673 von Sobieski auf's Haupt geschlagen. Die polnischen Wahlunruhen nach dem Tode des polnischen Königs Michael erlaubten den türkischen Heeren, ohne besonderen Widerstand in die polnischen Provinzen einzufallen, der unterdessen zum König gewählte Sobieski trat ihnen zwar tapfer entgegen, wurde aber vom Reichstag nicht hinreichend unterstützt, und mußte, in seinem verschanzten Lager bei Zupawna von den Türken eingeschlossen, einen nachtheiligen Vertrag eingehen. Auch mit Rußland kamen die

Türken wegen des Abfalls eines ukrainischen Kosaken-Hetmanns, der sich unter russische Lehenshoheit begeben hatte, in Krieg, wurden aber von den Russen geschlagen und mußten im Frieden zu Rodzin (1681) Assow an die Russen abtreten.

Hiemit hätten wir den Faden der Geschichte bis zu den Ereignissen geführt, welche den carlowitzer Frieden veranlaßten. Diese Ereignisse, sowie der Friede selbst, verlangen eine gesonderte Behandlung. Wir schicken den Einleitungen zu den einzelnen neueren Friedensschlüssen eine Uebersicht der Donauländer und ihrer geschichtlichen Verhältnisse voraus.

Die Donauländer
Bosnien, Serbien, Walachei, Moldau.

Bosnien oder **Bosna**, so genannt von dem Flusse Bosna, der die Mitte des Landes durchströmt, das nordwestlichste dieser Länder, besteht aus dem eigentlichen Bosnien, aus türkisch Kroatien und der Herzogewina (so genannt, weil Kaiser Friedrich III. 1440 dem Fürsten dieses Landestheils den Titel eines Herzogs verlieh), hat circa 750 □Meilen und 850,000 Einwohner. Ungefähr ein Drittheil der Einwohner sind Türken, die den Grundbesitz größtentheils in Händen haben, zwei Drittheile Slaven, die sich zur griech.-kathol. Confession bekennen; auch gibt es Juden und Zigeuner. Gegen Norden bildet die der Donau zuströmende Sau die Grenze gegen Oestreich (Ungarn), auch im Westen wird es von Oestreich (Dalmatien) begrenzt, im Osten von Serbien, nach Süden verengt es sich und grenzt an Montenegro und türkische Landestheile (Albanien). Hauptstadt Bosna-Serai oder Serajevo, 65,000 Einwohner, 100 Moscheen, befestigtes Schloß. Bosnien wurde von den Römern zu Mösien oder auch zu Dalmatien gerechnet, fiel bei der Theilung des römischen Reiches dem weströmischen Theile zu, kam sodann in den Besitz der Gothen, weiter in den der Slavonier, gehörte bald zu Serbien, bald zu Kroatien, erscheint unter einer besonderen Bezeichnung (Bosna) seit dem Ende des 9. Jahrhunderts, wird 1138 mit Ungarn vereinigt und im 12. und 13. Jahrhundert von ungarischen Prinzen unter dem Titel von Herzogen Bosnien's, seit dem Anfang des 14. Jahrhunderts aber von selbständigen Fürsten regiert, von denen der Ban Twartko 1370 den Königstitel annahm. Diese Fürsten schlagen sich tapfer gegen die andrängenden Türken, werden aber doch (1401) der Pforte tributpflichtig. Endlich (1465) unterwirft Mahmud Pascha das Land und macht es zur türkischen Provinz vollständig, der letzte König Stephan wird getödtet, doch bleibt die Pforte bei den Kämpfen mit Oestreich nicht in ungestörtem Besitz, bis der Friede von Carlowitz (1699) ihr denselben zuspricht. Seitdem ist Bosnien der Türkei einver-

leibt und wird von türkischen Statthaltern regiert. Gegenwärtig bildet es eines der vier europäischen Ejalet's oder Fürstenthümer, die unter Pascha's von drei Roßschweifen (Muschir's) stehen. Unter den vielen Aufständen, die sowohl von Seite der türkischen, als der christlichen Einwohner Bosnien's gegen die Regierung der Pforte statt hatten, erwähnen wir hier nur den letzten vom Jahr 1850. Die Aushebung und hohe Steuern gaben die Veranlassung, daß sich in diesem Jahre ganz Bosnien gegen die Pforte erhob. Omer Pascha schlug die Bosnier am 30. Okt. bei Zepse, der Insurgentenchef Kavas Baschi floh im Februar 1851 auf östreichisches Gebiet; der Aufstand schien unterdrückt, brach aber im März von Neuem aus, Omer Pascha schlug die Insurgenten abermals bei Jayka, wo ihr Anführer Ladia Kapik um's Leben kam, und begann nun im Jahre 1852 die strengsten Maßregeln zu ergreifen, um das Regiment der Pforte im Lande wieder zu befestigen. Unter dem Vorgeben, man sei einer weit verzweigten panslavistischen Verschwörung auf der Spur, wurden alle Christen (Radschahs) entwaffnet und in verschiedener Weise auf das Härteste bedrückt, was viele zur Auswanderung nach Oestreich veranlaßte und zum Theil jene Spannung zwischen Oestreich und der Pforte hervorrief, in Folge deren im Januar 1853 Graf Leiningen als außerordentlicher östreichischer Botschafter in Constantinopel erschien.

Serbien, so genannt von dem slavischen Volksstamm der Serben, ist circa 800 □Meilen groß und hat 900,000 Einwohner, die außer etwa 15,000 Muhamedanern und wenigen Zigeunern und Juden durchgängig der griechisch-katholischen Confession angehören; Türken dürfen nach den neueren Verträgen nur noch in Belgrad wohnen und sich nirgends weiter im Lande niederlassen, wohl aber können die Serben nach der Türkei übersiedeln. Serbien grenzt gegen Norden an Ungarn, gegen Westen an Bosnien, gegen Süden und Osten an türkische Provinzen, nordöstlich auch in mäßiger Ausdehnung an die Walachei. Hauptstadt Belgrad, wo der Pascha von Belgrad residirt, der mit türkischen Truppen die Stadt und andere feste Plätze des Landes (Palanken) besetzt hält, am Einfluß der Sau in die Donau, Festung mit 30,000 Einwohnern. Auf die Verwaltung des Landes hat dieser Pascha keinen Einfluß; sie wird von einem eingeborenen, erblichen Fürsten geführt, welcher in Kragujewatz residirt, unmittelbar mit der Pforte verhandelt, ihr einen jährlichen Tribut von 2,300,000 türk. Piastern zahlt und auf Verlangen ein Contingent von 12,000 Mann stellt. Das Land hat eine Volksvertretung und völlige Religionsfreiheit. Serbien hieß bei den Römern Mösien, und wurde, nachdem verschiedene Stürme der Völkerwanderung darüber hingegangen waren, 623 von den Serbiern, einem slavischen Volksstamm, erobert, der sodann unter einem eigenen Fürsten die Oberhoheit der griechischen Kaiser anerkannte und 640 zum Christenthum bekehrt wurde. Im 10. Jahrhundert geriethen die Serbier unter die Herrschaft der Bulgaren, dann wieder unter die Oberhoheit der Griechen,

und so wechselte das Verhältniß ihrer eingeborenen Fürsten zwischen Selbstständigkeit und Tributpflichtigkeit an die griech. Kaiser oder an Ungarn, bis die Türken auf dem Schauplatz erschienen. Der türkische Sultan Murad I. schlug die Serbier 1389 auf dem Amselfelde, ließ ihren gefangenen König Lazar hinrichten und machte die Einwohner tributpflichtig, ein Verhältniß, in welchem die Serbier trotz aller Gegenanstrengungen blieben, bis Sultan Muhamed II. 1459 das Land dem türkischen Reiche völlig einverleibte. Unter dem türkischen Regiment (ein Pascha in Belgrad war Statthalter) hatten die Serbier ein sehr hartes Loos; ein Theil des Landes kam zwar im Frieden von Passarowitz (1718) an Oestreich, mußte aber schon im Frieden von Belgrad (1739) wieder abgetreten werden. Dazu kam noch, daß das Land bei den Kriegen der Pforte gegen Oestreich fast beständig einen Theil des Kriegsschauplatzes abgeben mußte. Am Anfang unseres Jahrhunderts wurde der Druck der türkischen Beamten und der Uebermuth der Janitscharen, die jeden Serbier zu ermorden drohten, der Bevölkerung unerträglich. Unter Georg Petrowitsch, gewöhnlich Georg Czerny genannt, erhoben sich die Serbier gegen die Janitscharen, brachten sie auch zur Ordnung, was die Pforte selbst billigte, wollten aber jetzt die Waffen nicht niederlegen, sondern verlangten von der Pforte, daß die Türken Serbien ganz verließen und die Serbier gegen einen jährlichen Tribut unter einem Fürsten aus ihrem Volke ihre Regierung selbst führen dürften. Auf diese Forderungen ging die Pforte nicht ein. Die Serbier führten daher den Krieg fort und schlossen sich an Rußland an, das um diese Zeit mit den Türken im Kriege war. Als die Russen 1812 zu Bukaresht mit den Türken Frieden schlossen, wurde dabei zwar auch der Serbier mit ziemlich günstigen Bedingungen gedacht, nachdem aber die Russen abgezogen waren, wollten die Türken einige dieser Bedingungen nicht erfüllen, während die Serbier wieder mehr, als das Stipulirte verlangten. Der russische General versprach ihnen nur unter der Bedingung russischen Beistand, wenn sie die serbischen festen Plätze an die Russen aushändigen und ihre Armee der russischen einverleiben würden. Darauf gingen die Serbier nicht ein und setzten den Krieg 1813 allein fort. Sie waren aber der Macht der Pforte, welche jetzt die Hände gegen Rußland frei hatte, nicht gewachsen, die Türken setzten sich nach viermonatlichem Kampfe in den Besitz des Landes, Czerny und die meisten Anführer flohen nach Oestreich. Nur einer derselben, Milosch Obrenowitsch (der Sohn eines Landmanns, geb. 1780, er trieb vor dem Ausbruch des Aufstandes einen kleinen Handel, ein in jeder Beziehung tüchtiger Mann) gab noch nicht Alles verloren, warf sich mit etwa 10,000 Mann in die Gebirge und focht hier einen Kampf der Verzweiflung, so daß die Türken endlich selbst anfingen zu unterhandeln, seinen Leuten völlige Amnestie zusicherten und ihn selbst zum Oberknees von Rudnik ernannten mit dem Auftrag, die Ruhe im Lande wieder herzustellen. Diesem Auftrag suchte er auch nachzukommen; als aber die Türken in ihren Bedrückungen fortfuhren,

rief er im Frühjahr 1815 die Serbier wieder unter die Waffen, focht glücklich und zwang die Türken (1816) zu einem Uebereinkommen, nach welchem sie den Serbiern die Verwaltung ihrer inneren Angelegenheiten zugestanden, während sie selbst nur die Festungen besetzt hielten. Die Pforte genehmigte zwar diesen Vertrag nicht, aber der Pascha von Belgrad mußte ihn anerkennen. Milosch wurde von den Serbiern 1817 zum Oberhaupt erwählt und 1827 auf einer Nationalversammlung zu Kragujewaz zum erblichen Fürsten des Landes ernannt, in welcher Würde ihn die Pforte 1834 bestätigte und zugleich anerkannte, daß die Serbier gegen einen Tribut von 2,300,000 türk. Piastern ihre inneren Angelegenheiten unter einem einheimischen Fürsten selbst verwalten dürften und die Türken nur noch in Belgrad seßhaft bleiben, daselbst aber gleiche Rechte mit den Serbiern haben sollten. An dem Zuge der Russen, der mit dem Frieden von Adrianopel (1829) endigte, in welchem Serbien die sechs losgerissenen Distrikte wieder erhielt, nahm Milosch nicht Theil. Die Verfassungsurkunde, welche er 1835 ausarbeiten ließ, kam wegen der Einwendungen Rußland's, Oestreich's und der Pforte nicht zur Geltung, dagegen erhielt eine andere, welche unter russischem Einfluß 1838 zu Stande kam, die Genehmigung der Pforte. Parteiumtriebe zwangen den Fürsten Milosch 1839 zur Abdankung zu Gunsten seines Sohnes Milan Obrenowitsch, der aber bald nach seiner Erhebung starb, worauf sein jüngster Sohn Michael Obrenowitsch zum Fürsten erhoben wurde. Auch dieser mußte 1843 dem Alexander Georgewitsch weichen (geb. 1806, Sohn des obgenannten Georg Czerny, welchen letzteren der Pascha von Belgrad nach einem mißlungenen Einfall in Serbien 1817 hatte hinrichten lassen). Alexander Georgewitsch wurde, trotz der Protestation des Fürsten Milosch und seines Sohnes, von der Pforte bestätigt. Die des Thrones für verlustig erklärte Familie des Fürsten Milosch zog sich nach Wien zurück. Alexander Georgewitsch hat bisher gut regiert. An dem Racenkampfe im Jahr 1848 nahmen die Serbier zu Gunsten der Slaven gegen die Magyaren nur mäßigen Antheil. Bei der neuesten orientalischen Verwicklung (1854) kommen bis jetzt zwar hie und da panslavistische Bestrebungen zu Gunsten Rußland's zur Erscheinung, der Fürst Alexander Georgewitsch aber, der ebensowohl, wie Molisch, einsehen mag, daß seine Herrschaft zu Ende ist, wenn Rußland vollständig Herr jener Gegenden wird, scheint sich Oestreich nähern zu wollen.

Walachei. Der Name Wlachen oder Walachen soll von den alten deutschen Ansiedlern an der Donau herrühren und so viel als Ausländer bedeuten. Die Deutschen bezeichneten damit die alten Einwohner jener Gegenden; der Name scheint am Anfang des 10. Jahrhunderts für die Bevölkerung jener Länder aufgekommen zu sein. Die Walachen selbst nennen sich Rumuny oder Romanen, Römer, was auf ihre Abstammung von römischen Colonisten zurückweist; von den Türken werden sie Eflaks, das Land selbst Eflak genannt; auch die Bewohner

der Moldau und anderer südlicher Donaugegenden sind Walachen; es gibt deren im Ganzen ungefähr 5 Millionen. Ihre Sprache ist ein Gemisch von lateinischen und slavischen Wörtern, auch viele griechische, türkische und deutsche finden sich darunter, das lateinische Element jedoch ist vorherrschend. Die Angaben über die Größe des heutigen Fürstenthums der Walachei (sie wurde früher in die große und kleine Walachei getheilt) schwanken zwischen 1120 und 1350 □Meilen, Einwohner $2^1/_2$ Millionen, größtentheils Walachen, welche der griechisch-katholischen Confession angehören, doch auch Griechen, Armenier, Juden und Zigeuner. Die Walachei grenzt gegen Norden an Oestreich (Siebenbürgen) und die Moldau, gegen Westen an Serbien, gegen Süden und Osten an türkische Landestheile. Die ganze Grenzlinie gegen Serbien und die Türkei wird durch die Donau gebildet. Hauptstadt Bukarescht, 80,000 Einwohner, Residenz des Hospodar's. Das Land verwaltet seine inneren Angelegenheiten unabhängig von der Pforte, welcher ein jährlicher Tribut von 3 Millionen türkischer Piaster gezahlt wird, durch einen von Landesdeputirten aus den Großbojaren (hohem Adel) gewählten Hospodaren oder Fürsten, dem ein hoher Rath oder Divan zur Seite gesetzt ist. Die Pforte und Rußland müssen die Wahl des Hospodars genehmigen. Gegenwärtig bekleidet diese Würde Fürst Barbo Dimitri Stirbei. — Das Land gehörte bei den Alten zu Dacien. Es wurde im Jahr 104 nach Chr. römische Provinz, die Römer setzten viele Colonisten dahin, bauten Städte, Straßen und eine große Brücke über die Donau. Zur Zeit der Völkerwanderung wurden nach einander die Gothen, Hunnen und Alanen Herren des Landes, im vierten Jahrhundert verbreitete sich auch das Christenthum unter den Einwohnern; dann folgten die Avaren, seit 803 die Bulgaren, deren König Bogoris 866 das Christenthum annahm und in seinen Besitzungen an der Donau verbreitete, weiter am Ende des zehnten Jahrhunderts die Petschenegen, sodann die Kumanen und Ungarn. Am Anfang des zwölften Jahrhunderts (1106) entstand ein bulgarisch-walachisches Königreich, das zeitweise unabhängig war, dann wieder unter griechischer oder ungarischer Lehenshoheit stand. Im Jahr 1233 fielen die Tartaren in das Land und verwüsteten es zehn Jahre hindurch; König Bela von Ungarn suchte es mit Ungarn und Deutschen wieder zu bevölkern, nach und nach schlossen sich diesen auch die in die Wälder geflüchteten Walachen an. Da aber die römisch-katholischen Ungarn die Walachen, welche den griechischen Ritus nicht aufgeben wollten, sehr bedrückten, so suchten sich letztere unter dem Woiwoden Negrovot 1310 von Ungarn unabhängig zu machen, was ihnen jedoch, trotz ihrer beständigen Kriege gegen Ungarn, nicht völlig gelang; sie blieben immer tributpflichtig. Unter türkischen Einfluß gerieth die Walachei zuerst 1389, wo der Woiwode Mirra, der von Ungarn abgefallen war, sich freiwillig unter türkische Oberhoheit stellte. Von jetzt an nehmen die Walachen an den beständigen Kriegen der Pforte gegen die christlichen Mächte Theil, kämpfen tapfer bald auf der einen,

bald auf der anderen Seite, sind aber gleichwohl entweder den Ungarn oder den Türken tributpflichtig und ihr sonst so gesegnetes Land unterliegt Jahrhunderte hindurch einer immer wiederkehrenden Verwüstung, theilweise freilich auch in Folge eigener Parteikämpfe bei streitigen Woiwodenwahlen, wozu für die unglücklichen Einwohner noch der Druck kam, den die eingebornen Bojaren selbst über das rechtlose Volk ausübten. Tribut bezahlte die Walachei an die Pforte, mit den Unterbrechungen, welche christliche Siege veranlaßten, seit dem Jahr 1417 (Muhamed I.). Als die Bojaren 1493 über eine Woiwodenwahl uneinig waren, forderten sie den Sultan auf, den Woiwoden selbst zu ernennen, und die Pforte gab nun die Vorschrift, daß für die Zukunft jeder neue Woiwode entweder vom Sultan ernannt oder wenigstens bestätigt werden müßte. Rußland mischte sich zum ersten Mal in die Verhältnisse der Walachei unter Peter dem Großen. Durch das Versprechen, die Fürsten der Moldau und Walachei von der Pforte unabhängig zu machen, brachte Peter dieselben auf seine Seite. Als nun Rußland 1710 der Pforte den Krieg erklärt hatte, der Woiwode der Walachei aber von dem Bündnisse wieder absprang, besetzten die Russen 1711 die Walachei, mußten sich jedoch, nachdem das russische Heer am Pruth eingeschlossen war, vermöge des Friedens bei Falrin 1711 wieder zurückziehen. Der Woiwode der Moldau, Kantemir, war zu Peter geflohen, jener der Walachei aber, Constantin II., wurde von der Pforte abgesetzt und nebst seinen vier Söhnen zu Constantinopel 1714 enthauptet. Sein Nachfolger Stephan II. Kantakuzenos wurde des Einverständnisses mit Oestreich beschuldigt und 1716 in Constantinopel erdrosselt. Der Sultan setzte jetzt (1716), ohne eine Wahl zuzulassen, den Pfortendragoman Nikolaus Maurokordatos zum Woiwoden ein. Es ist dies der erste Grieche, der diese Würde bekleidete; seit dieser Zeit wurde der Titel Hospodar gewöhnlich. Von nun an nahm die Pforte die Hospodare meist aus den vornehmen griechischen Familien (Fanarioten) zu Constantinopel. Zuweilen erkauften die Bojaren mit Geld bei der Pforte die Genehmigung einer eigenen Wahl; der Sultan setzte aber die Hospodare nach Belieben ein und ab; öfters wurden dieselben, mit Recht oder Unrecht, einer Verbindung mit Oestreich oder Rußland angeklagt und hingerichtet. Da sie schon beim Antritt ihres Amtes an die Pforte eine halbe Million Löwenthaler zahlen mußten, so saugten sie das Land, in welchem sie völlig nach Willkühr schalten konnten, auf das Aeußerste aus. Im passarowitzer Frieden 1718 wurde das Banat (circa 540 □Meilen, früher zu Ungarn gehörig und als Grenzprovinz Banat genannt) von der Walachei abgetrennt und der östreichischen Monarchie einverleibt, bei welcher es geblieben. Im Jahr 1770 rückten die Russen in die Walachei ein; das Land huldigte der Kaiserin Katharina II., kehrte aber 1774 im Frieden von Kutschuk-Kainardschi wieder unter türkische Botmäßigkeit zurück. Die Bedingungen dieses Friedens zu Gunsten der Walachen, namentlich daß sie sich ihren Hospodar sollten selbst wählen dürfen, wurden von der Pforte nicht gehalten; sogleich

der nach dem Frieden erwählte Bojar Braschkowan wurde von der Pforte nicht anerkannt, sie übertrug die Hospodarenwürde dem Alexander Ypsilanti, den sie gleichwohl schon 1782 wieder absetzte. Im Jahr 1789 besetzten die Russen gemeinschaftlich mit den Oestreichern die Walachei von Neuem; im Frieden von Jassy 1792 wurde das Land jedoch der türkischen Oberhoheit wieder überlassen; 1807 rückten die Russen abermals ein, verlangten Abtretung des Landes, räumten es aber wieder im Frieden von Bukarescht 1812. Nach dem Tode des Hospodars Suzzo begann der Bojar Wladimiresko, früher russischer Officier, 1821 die Erhebung, aus welcher der griechische Befreiungskampf hervorging; er selbst hatte nur den Zweck, dem Druck der Hospodare und der Pforte auf die walachische Bevölkerung ein Ende zu machen. Der russische Generalmajor Ypsilanti, ein Nachkomme früherer Hospodare, stellte sich in Jassy an die Spitze der Griechen und setzte die Bewegung fort. Die Walachen unterlagen völlig, ihr Land wurde fortan von den Türken besetzt gehalten, die in alle Städte und größeren Dörfer Ulema's als Lehrer setzten; der neue Hospodar Fürst Grigori Ghika, völlig bevormundet von der Pforte, erlaubte sich die größten Erpressungen, um den Geldforderungen der Pforte zu dem griechischen Krieg zu genügen. Rußland nahm sich im Vertrag von Akjerman 1826 der Walachen an. Die Hospodare sollten fortan nicht mehr aus den Fanarioten genommen, sondern von einem Divan der Bojaren auf sieben Jahre gewählt, von der Pforte zwar bestätigt, aber nur unter Zustimmung Rußland's verworfen oder abgesetzt werden können. Die Steuern sollten unter Zustimmung der Pforte und Rußland's von dem walachischen Divan festgesetzt werden. Auch diesen Vertrag erfüllte die Pforte nicht. Die Russen besetzten daher 1828 die Walachei abermals, Graf Pahlen wurde Generalgouverneur; die Lage der Einwohner aber gestaltete sich unter der Herrschaft der Russen keineswegs besser, vielmehr vermehrte sich der Druck durch Lieferungen u. s. f. in einer Weise, daß viele ihr Besitzthum ganz verließen und in die Wälder flohen. Im Frieden von Adrianopel 1829 wurde festgesetzt, daß die Convention von Akjerman gehalten werden müsse, die Hospodare aber fortan auf Lebenszeit gewählt werden sollten. Alle Türken mußten die Walachei, deren Grenze gegen die türkischen Provinzen die Donau bilden sollte, räumen. Bis zur Abzahlung der im Frieden von Adrianopel der Türkei auferlegten Entschädigungssumme, d. i. bis 1834, blieb die Walachei unter russischer Verwaltung und von den Russen besetzt; Commandirender war General Kisselef. In dieser Zeit wurde von den Bojaren unter Vorsitz des russischen Generalconsul's Minciaky eine Landesverfassung für die Fürstenthümer der Moldau und Walachei ausgearbeitet, welche in Petersburg einer Revision unterzogen, sodann von den beiden Schutzmächten Rußland und der Türkei genehmigt und 1832 in den beiden Fürstenthümern als Landesgesetz eingeführt wurde. Auch wurde zwischen Rußland und der Pforte festgesetzt, daß der Tribut des Hospodar's an die Pforte jährlich 3 Millionen

türkiſche Piaſter betragen ſolle. Zum Hospodaren erwählten die Bojaren 1834 den Alexander Ghika, den Rußland und die Pforte zwar beſtätigte; er dankte jedoch ſchon 1842 auf Andringen der Bojaren wieder ab. Wenn es jetzt auch der ruſſiſchen Politik nicht gelang, einen Ruſſen (der General Kiſſelef und der ruſſiſche Generalconſul waren unter den Candidaten) zur Hospodarenwürde zu erheben, ſo wußte ſie doch die Wahl von Georg Bibesko, einem ruſſiſch geſinnten Bojaren durchzuſetzen. Das immer ſichtlicher hervortretende Streben Rußland's, ſich in der Walachei feſtzuſetzen, rief jedoch unter der Bevölkerung, namentlich in den Ständeverſammlungen, einen wachſenden Widerſtand gegen den ruſſiſchen Einfluß und gegen Bibesko ſelbſt hervor, wiewohl letzterer durch Anlage von Straſſen, Erleichterung der Laſten der Bauern ꝛc. ſich um die innere Verwaltung anerkennungswerthe Verdienſte erworben hatte. Im Jahr 1848 brach auch in der Walachei ein Aufſtand aus, der zunächſt von den Bauern ausging, ſich aber bald über das ganze Land verbreitete. Die Forderungen, ausgehend von dem Satze, daß alle Einwohner gleiche Rechte haben müßten, waren ähnliche, wie ſie damals in den meiſten Ländern Europa's geſtellt wurden; ganz beſonders aber verlangte man Unabhängigkeit von Rußland. Der Fürſt mußte eine in der Eile in dieſem Sinn zuſammengeſchriebene Verfaſſung unterzeichnen und beſchwören, legte aber am 25. Juni 1848, wo der ruſſiſche Conſul v. Kotzebue gegen dieſe Verfaſſung proteſtirte, ſeine Regierung nieder. Auf Andringen der ruſſiſchen Regierung rückte ein türkiſches Heer von 23,000 Mann unter Omer Paſcha in der Walachei ein. Als die Walachen ſich der Anforderung, die Zuſtände wieder auf den alten Fuß zu ſetzen, nicht fügten, wurde am 26. Sept. Bukareſcht von den Türken erſtürmt, am 27. Sept. rückte auch eine ruſſiſche Armee unter General Lüders in das Land, der Aufſtand wurde jetzt völlig unterdrückt und Alles wieder auf den alten Fuß gebracht. Ueber die Art und Weiſe, wie die Verhältniſſe der Donaufürſtenthümer (Walachei und Moldau) für die Zukunft geordnet werden ſollten, fanden zwiſchen der Pforte und dem petersburger Cabinet lange Verhandlungen ſtatt, die endlich in der Acte von Balka-Liman (1. Mai 1849) ihren Ausgangspunct fanden. In dieſer Acte, die vorläufig auf ſieben Jahre Gültigkeit haben ſollte, nach welcher Zeit die beiden Höfe, wenn erforderlich, neue Beſtimmungen treffen wollten, wurde feſtgeſetzt, daß das Staatsgrundgeſetz von 1831 wieder zur Gültigkeit komme, an die Stelle der Verſammlungen der Bojaren aber ein aus einer Anzahl hoher Geiſtlicher und Bojaren zuſammengeſetzter Divan trete. Das Reglement organique ſollte von zwei Commiſſionen revidirt, die von denſelben proponirten Aenderungen aber der Genehmigung der Höfe von Conſtantinopel und Petersburg unterworfen werden. Bis die Ruhe in den Fürſtenthümern vollſtändig hergeſtellt ſei, ſollten zwei Commiſſäre der Höfe und eine ruſſiſch-türkiſche Armee von 35,000 Mann in den Fürſtenthümern bleiben, die Zahl der Occupationstruppen jedoch nach und nach vermindert werden. An die Stelle Bibesko's wurde

1849 der Großbojar Barbo Stirbei als Hospodar eingesetzt. Die russischen Truppen zogen erst im Jahr 1851 ab. In Folge der neuesten russisch-türkischen Differenzen rückte unter den Generalen Danneberg und Lüders am 2. Juli 1853 wieder eine russische Armee in die Walachei ein, die unter dem Oberbefehl des Fürsten Gortschakoff bald zu einer Stärke von 75,000 Mann anwuchs und das Fürstenthum wie eine russische Provinz behandelte. Dem Hospodar Stirbei wurden drei russische Commissäre an die Seite gesetzt, ohne deren Einwilligung er Nichts unternehmen durfte. Stirbei zog es unter solchen Verhältnissen vor, nachdem er einen Verwaltungsdivan eingesetzt, im Okt. 1853 nach Wien abzugehen. Fürst Gortschakoff dagegen setzte statt dieses Divan's ein Gouvernement ein, erklärte Ende Oktober 1853 das Fürstenthum in Belagerungszustand und bedrohte jede Verbindung mit der Pforte mit standrechtlicher Behandlung. Das zu Wien am 9. Apr. 1854 von England, Frankreich, Oestreich und Preußen unterzeichnete Protokoll, welches auf die Räumung der Fürstenthümer drang, konnte diese Räumung nicht bezwecken. Erst als Oestreich wiederholte sogenannte Sommationen (3. Juni und 9. Juli 1854) an Rußland erlassen, auch die russische Armee gegen die Türken Nichts ausgerichtet, vielmehr sich veranlaßt gesehen, am 30. Juni 1854 die Belagerung von Silistria wieder aufzuheben, Oestreich dagegen unter demselben Datum eine Convention mit der Pforte bezüglich der Besetzung der Fürstenthümer durch östreichische Truppen geschlossen hatte, fanden sich die Russen veranlaßt, die Fürstenthümer zu verlassen (14. Aug. 1854), wogegen sogleich die Oestreicher einrückten. Seitdem ist die Walachei von östreichischen Truppen besetzt. Möge ein günstiges Geschick den bedrängten Einwohnern dieser fruchtbaren Landstriche, die seit Jahrhunderten unter beständigen Kriegsverheerungen der Nachbarländer seufzen, endlich eine bessere und gesicherte Zukunft bereiten!

Die **Moldau**, so genannt von dem Flusse Moldowa, heißt bei den Türken Bogdan, hat circa 773 □Meilen und 1,254,000 Einwohner, die dem walachischen Volksstamme und der griechisch-katholischen Confession angehören; doch gibt es auch Armenier, Juden und Zigeuner. Hauptstädt Jasch oder Jassy, 27,000 Einw. Die Moldau grenzt gegen Osten, wo der Pruth die Grenze macht, an Rußland (Bessarabien), gegen Norden und Westen an Oestreich (an die Bukowina und Siebenbürgen), gegen Süden an die Walachei. Bei den Alten gehörte die heutige Moldau zu Dacien. Zur Zeit der Völkerwanderung kam das Land in den Besitz der Westgothen, dann in den der Hunnen, später an die Magyaren, Petschenegen, Kumanen ꝛc. Das Christenthum fand um 1050 Eingang. Am Anfang des vierzehnten Jahrhunderts setzten sich die Walachen unter Bogdan I. in den Besitz des Landes, das in dieser Zeit seinen besonderen Namen von dem Fluß Moldowa erhielt. Sie blieben fortan in Besitz und wurden von eigenen Fürsten regiert, die den Titel Woywode oder Mirza führten, bald an Ungarn, bald an Polen, bald an beide Kronen zugleich lehnspflichtig waren, seit 1529

aber, unter dem Woywoden Bogdan III., den Türken, die schon seit 1310 Einfälle in das Land gemacht hatten, tributpflichtig wurden. Mit dem Sultan Solyman, der gegen Wien vorrückte, traf der Woywode Peter VI. das Abkommen, daß er gegen einen Tribut von 4000 Goldgulden nebst einer Anzahl von Pferden und Falken völlige Gewalt im Lande behielte und kein Türke seinen bleibenden Wohnsitz in der Moldau nehmen durfte. Im Jahr 1538 trennte der Sultan Bessarabien von der Moldau ab und vereinigte diesen Landestheil mit dem türkischen Reiche; er mußte jedoch, als die Tataren dort einfielen, an den Tatarenkhan abgetreten werden. Auch in der Moldau setzten die Sultane, wie in der Walachei, die von den Bojaren gewählten Woywoden nach Belieben ein und ab, oder ließen sie hinrichten, ebenso besetzten sie die Stelle häufig mit Griechen. Mit Rußland kam die Moldau zuerst unter Peter, dem Großen, in Verbindung (1711); der Woywode Demetrius Kantemir floh nach der mißlungenen Unternehmung Peter's am Pruth in das russische Reich und wurde vom Czaren reich beschenkt. Im Jahr 1770 ergriffen die Russen Besitz von der Moldau, traten sie zwar im Frieden von Kudschuk-Kainardschi (1774) den Türken wieder ab, behielten sich aber eine Art Schutzrecht vor. Die Kaiserin Maria Thereſia erklärte Jahr 1774 die zur Moldau gehörende Bukowina (178 M. mit 70,000 E.) für einen Theil Galiziens und verlangte die Abtretung an Oestreich, in welche die Pforte 1777 auch willigte. In den Kriegen der Pforte mit Oestreich und Rußland (1787 ff.) war die Moldau, wie die Walachei, der Kriegsschauplatz; die Einwohner, welche schon durch ihre Hospodare, gewöhnlich Griechen (Fanarioten), welche diese Würde als Meistbietende von der Pforte erkauften, auf das Aeußerste ausgesaugt wurden, litten auch unter diesen Kriegen außerordentlich. Der Friede von Bukareſcht 1812 machte den Pruth zur Grenze zwischen der Moldau und Rußland und trennte also ganz Bessarabien ab, das dem russischen Reiche einverleibt wurde. (Seinen Namen trägt dieses Land, circa 780 □M. groß mit 700,000 E., Hauptstadt Kischineff 42,000 E., von der moldauischen Regentenfamilie Bessarab). Der Aufstand der Griechen gegen die Pforte im Jahr 1821 ging hauptsächlich von der Moldau aus; von Jassy erließ der Fürst Ypsilanti den Aufruf zum Aufstand, der Hospodar Michael Suzzo begünstigte die Bewegung, das kleine Heer der Aufständischen wurde aber von den einrückenden Türken geschlagen, die Moldau verheert und von den Türken besetzt gehalten, an die Stelle Suzzo's wurde kein Grieche mehr, sondern der moldauische Bojar Stourdza gesetzt. Erst in den Jahren 1825 und 1826 räumten die Türken auf wiederholtes Andringen Rußland's die Fürstenthümer wieder. Von jetzt an betreffen alle Friedensschlüsse und Verträge die Moldau mit der Walachei gemeinschaftlich; wir können uns daher hier in Bezug auf die neueren Ereignisse kürzer fassen, als bei der Walachei, und verweisen auf unsere dieses Land behandelnde Skizze. Der Vertrag von Akjerman (1826) gab der Moldau und

Walachei dieselben Vorschriften bezüglich der Hospodarenwahl. Nach dem Frieden von Adrianopel (1829) mußte auch die Moldau von den dort ansäßigen Türken vollständig geräumt werden, und das Land blieb bis 1834, wo der Bojar Michael Stourdza zum Hospodar gewählt wurde, von den Russen besetzt. In demselben Jahre erkannte die Pforte im Vertrag von Petersburg (28. Jan. 1834) das von einer Commission von Bojaren 1829 für beide Fürstenthümer entworfene organische Statut an. Die Bestrebungen für politische Verbindung getrennter Nationalitäten, welche in den vierziger Jahren in einem großen Theil Europa's sich Geltung zu verschaffen suchten, griffen auch in den Fürstenthümern Platz; es entstand eine geheime Verbindung, welche aus der Moldau, Walachei und sämmtlichen Walachen oder Romanen der angrenzenden Länder ein Königreich Dacien gründen wollte; mit dem Hospodar Stourdza aber, der vornehmlich für die Vermehrung seines Privatvermögens sorgte und sich völlig von russischen Einflüssen leiten ließ, wurde man immer unzufriedener. Als nun 1848 die Februarrevolution ausgebrochen war, erhoben sich auch die Moldauer; eine Versammlung in Jassy (8. Apr.) brachte eine Petition an den Hospodar, worin auf Einhaltung der Landesgesetze, Erleichterung des gedrückten Bauernstandes, Errichtung von Schulen, auf Preßfreiheit ꝛc. gedrungen wurde. Allein der Hospodar ging auf diese Petition nicht ein, ließ am anderen Tage vielmehr eine Versammlung von Bojaren durch Soldaten gefangen nehmen, wobei das Volk völlig theilnahmlos blieb. Noch im Monat April erschienen der russische Generalconsul v. Kotzebue und der kaiserliche Flügeladjutant General v. Duhamel in Jassy und erklärten, daß der Kaiser durchaus keine Neuerung dulde; Ende Juli wurde die Moldau von russischen Truppen besetzt, die erst im April 1851 wieder abzogen. Unterdessen hatten die Pforte und Rußland am 1. Mai 1849 zur Regelung der Verhältnisse der Fürstenthümer die Acte von Balta-Liman unterzeichnet, deren Bestimmungen wir bereits unter dem Artikel Walachei angegeben haben. Nach dem Erlaß dieser Akte dankte Fürst Stourdza ab; an seine Stelle kam als Hospodar (14. Juli 1849) der beim Volke beliebte Bojar Gregor Ghika. In Folge des neuesten Vorgehens Rußlands gegen die Pforte rückten die Russen anfangs Juli 1853 abermals in die Moldau ein und verließen dieselbe erst Mitte August 1854. Sogleich nach ihrem Abzug besetzten, gemäß einer Uebereinkunft zwischen Oestreich und der Pforte, östreichische Truppen das Fürstenthum.

I. Türkisch-östreichische Friedensschlüsse.

1. Friede zu Carlowitz.

(26. Jan. 1699.)

Der Waffenstillstand, welcher 1664 zu Vasvar zwischen Oestreich und der Pforte auf 20 Jahre geschlossen worden war, wurde nicht bis zu dem Ablauf der bestimmten Zeit gehalten. Die Ungarn waren mit demselben unzufrieden, weil er ohne Theilnahme ihrer Stände geschlossen worden war und ihre Grenzen bloß gab. Eine Verschwörung der Ungarn unter Wesseling, die vor dem Ausbruch entdeckt wurde, hatte von Seiten der östreichischen Regierung sehr harte Maßregeln gegen das Volk überhaupt, namentlich einen gewaltsamen Versuch, den Protestantismus im Lande auszurotten, zur Folge; daraus entstand eine Empörung der Ungarn unter dem Grafen Tökely. Die Türken, von dem französischen König Ludwig XIV. angeregt, erklärten den Tökely für ihren Schützling und erkannten ihn als Lehenskönig von Ungarn an. Der Großwesir Kara Mustapha erschien (1683) mit einem Heere in Ungarn, schlug das kaiserliche Heer nach Oestreich zurück und erschien am 14. Juli 1683 mit 200,000 Mann und 200 Geschützen vor Wien. Kaiser Leopold I. floh nach Passau. König Ludwig XIV. hatte bereits ein französisches Heer an der Reichsgrenze zusammengezogen, um beim Fall von Wien und der Zertrümmerung der östreichischen Macht seinen Sohn zum römischen König zu machen. Aber Graf Rüdiger von Stahremberg vertheidigte, unterstützt von den Bürgern und Studirenden Wien's, mit nur 12,000 Mann regulärer Truppen die Stadt auf das Tapferste gegen die türkische, in der Belagerungskunst nur wenig erfahrene Uebermacht. Ein mächtiges Heer von 80,000 Deutschen und 20,000 Polen unter dem Oberbefehl des polnischen Königs Sobiesky (unter ihm befehligten der Herzog Carl von Lothringen und der Fürst von Waldek) erschien am 12. Sept. 1683 vor der bedrängten Stadt, schlug das Türkenheer entscheidend und verfolgte dasselbe nach Ungarn. Im folgenden Jahr (1684)

verband sich auch Venedig mit dem Kaiser und dem König von Polen gegen die Türken; das erste Mal, daß Venedig gegen die Pforte der angreifende Theil war. Die Venetianer kämpften zu Lande und zur See; sie eroberten Theile von Dalmatien und von Morea, durch ihren General v. Königsmark auch Athen. Indessen hielten sich die Türken und Tökely noch immer hartnäckig in Ungarn; bei Mohacz wurden sie jedoch 1687 entscheidend geschlagen, Ungarn wurde für ein habsburgisches Erbreich erklärt und die Ungarn mußten dieses Erbrecht auf dem Reichstag zu Preßburg (1687) anerkennen. So viel Unglück der türkischen Waffen rief in Constantinopel eine Empörung hervor. Sultan Muhamed IV. wurde in's Gefängnis geworfen und sein Bruder Solyman III. statt seiner auf den Thron gesetzt. Die Türken verstärkten zwar jetzt ihr Heer in Ungarn, aber Kurfürst Max Emanuel von Bayern erstürmte gleichwohl (6. Sept. 1688) die Festung Belgrad. Ein neuer Großwesir Mustapha Kiuperli (dessen Vater und Bruder schon mit Auszeichnung diese Würde bekleidet) erließ einen Aufruf an alle Muselmänner und focht in Siebenbürgen wieder mit Glück. Solyman III. starb 1691, Kiuperli setzte den Bruder des Sultan's, Achmed II. auf den Thron, um in seinem Namen zu regieren, zog mit einem großen Heere nach Ungarn, wurde aber bei Salankemen (19. Aug. 1691) von den Oestreichern nnter dem Markgrafen Ludwig von Baden entscheidend geschlagen und tödtlich verwundet. Wohl wären die Türken jetzt zum Frieden geneigt gewesen, aber Ludwig XIV. wußte sie im Felde zu erhalten. Auf Achmed II., der 1694 starb, folgte der kräftige Sultan Mustapha II.; er stellte sich 1695 wieder selbst an die Spitze der Armee, welche gegen die Oestreicher focht. Peter, der Große, von Rußland war seit 1690 gleichfalls als Feind der Pforte aufgetreten und eroberte 1696 Assow. Mustapha II. kämpfte mit Glück; der Kurfürst August der Starke von Sachsen, welcher das kaiserliche Heer commandirte, war beständig im Nachtheil. Als aber Prinz Eugen das Commando der östreichischen Armee erhalten hatte, schlug dieser am 11. Sept. 1697 das türkische Heer entscheidend bei Zenta an der Theiß, worauf der neu ernannte Großwesir Kiuperli Hussein, ein alter Mann, sowie der Sultan selbst, das Anerbieten des englischen Gesandten Paget, den Frieden zu vermitteln, nach einigem Widerstreben annahmen.

Die Türkei war müde, Oestreich wünschte den Frieden wegen seiner Absichten auf Spanien, weniger geneigt für denselben waren Polen und Rußland; Venedig hatte in der letzten Zeit den Krieg nur noch lässig geführt. Der kaiserliche Hof schlug Wien oder Debreczin zum Orte der Friedensverhandlungen vor, die Türken bestanden aber auf einem Platz am rechten Donauufer, und so wurde endlich Carlowitz (an der Donau im heutigen peterwardeiner Regimentsbezirk der slavonischen Militärgrenze) gewählt. Der englische Gesandte Lord Paget und der holländische Colliere machten die Vermittler. Um die Streitigkeiten wegen des Vortrittes zu umgehen, baute man für die Sitzungen ein

eigenes Haus mit vier Thüren, zu denen auf ein gegebenes Zeichen die verschiedenen Gesandten zu gleicher Zeit eintraten. Zuerst verhandelten Oestreich und die Pforte; die Bevollmächtigten Oestreich's waren der Graf Wolfgang von Oettingen und der Graf Leopold von Schlick, die der Pforte der Reis-Effendi Rami und Alexander Maurocordato. Anfangs (7. Nov. 1698) verlangten die Türken, daß Siebenbürgen einen eigenen Fürsten unter türkischer Oberhoheit behalte; sie verzichteten aber bald auf diese Forderung, auch Ungarn erhielt der Kaiser, mit Ausschluß des Banats, die Maros sollte die Grenze bis zu ihrer Einmündung in die Theiß machen. Oestreich wollte die Verhandlungen nicht beginnen, bis die Auslieferung Tökely's zugesagt sei; allein die Türken gingen auf diesen Punkt nicht ein, sie erklärten, Tökely sei zwar ein Hund, der sich auf Befehl des Sultan's legen oder bellen müsse, aber er sei des Sultan's Hund, der auf seinen Befehl auch beißen könne. Tökely wurde nach Kleinasien gewiesen, wo er starb. Die Dauer des Friedens wurde auf 25 Jahre festgesetzt. Nachdem Oestreich seine Verhandlungen beendigt, trat es für die übrigen Mächte vermittelnd auf. Die Polen erhielten Kaminietz zurück, die Türken verzichteten auf ihre Ansprüche auf die Ukraine und Podolien, dagegen gab Polen an die Türkei einige Plätze in der Moldau zurück. Gegen Venedig zeigte sich die Pforte minder nachgiebig. Nach längeren Verhandlungen kam man überein, daß Venedig die Halbinsel Morea, St. Maura und Engina behalte, aber Lepanto, Preveſa und Romania herausgebe. Rußland lehnte jede Vermittlung ab und schloß zu Carlowitz nur einen Waffenstillstand auf zwei Jahre, nach welchem es das eroberte Assow behielt (dieser Waffenstillstand wurde am 13. Juli 1700 in einen dreißigjährigen Frieden umgewandelt). Nachdem sämmtliche Verhandlungen 72 Tage gedauert hatten, wurde der Friede am 26. Jan. 1699 allseitig unterzeichnet. — Der Friede von Carlowitz findet sich abgedruckt bei Lünig, teutsches Reichsarchiv Band V. (d. i. pars specialis continuatio 1—4, pag. 172), bei Dümont T. VII. P. II. p. 448, bei Christ, Ruhe des jetzt lebenden Europa Band II. p. 1127, bei: Neue ottom. Pforte, Augsb. 1700, Band II. p. 819. — Wir geben hier nur das Friedensinstrument zwischen Oestreich und der Pforte.

2. Friede zu Passarowitz.

(21. Juli 1718.)

Die im carlowitzer Frieden bestimmten 25 Friedensjahre waren noch nicht abgelaufen, als der Sultan Achmed III., um Morea wieder in seinen Besitz zu bekommen, mit den Venetianern einen neuen Krieg begann (1715) und in kurzer Zeit auch Morea und Candia eroberte. Venedig suchte Hülfe bei Oestreich, das den carlowitzer Frieden garantirt hatte. Prinz Eugen von Savoyen zog mit einem starken östreichischen

Heere gegen die Türken und schlug sie in zwei großen Schlachten, bei Peterwardein (5. Aug. 1716) und bei Belgrad (16. Aug. 1717). Nach diesen großen Verlusten erklärten sie sich im September 1717 zum Abschluß eines Friedens geneigt. Prinz Eugen erhielt Vollmacht, auf Grund des gegenwärtigen Besitzstandes die Verhandlungen zu beginnen; dieselben hatten aber anfangs keinen Fortgang, da der französische Gesandte den Sultan zur Fortsetzung des Krieges zu bestimmen suchte. Endlich drang der Mufti mit den Ulema's, welche den Frieden wünschten und von dem englischen Gesandten unterstützt wurden, durch; man beschloß, die Verhandlungen ernstlich zur Hand zu nehmen. Zum Congreßort wurde Passarowitz, ein serbisches Städtchen am Einfluß der Morawa in die Donau, bestimmt. Oestreich hatte im Laufe des Krieges Temeswar und fast ganz Serbien erobert; wenn es daher als Basis des Friedens den gegenwärtigen Besitzstand aufstellte, so war es allerdings im Vortheil. Anders verhielt es sich mit den Venetianern; sie hatten Morea verloren, die Türken ihrerseits nahmen die vorgeschlagene Basis an, da sie ihnen Morea überließ, wenn sie sich auch im Norden des Reiches zu bedeutenden Abtretungen an die Oestreicher verstehen mußten. Die beiden venetianischen Gesandten verhandelten lange mit dem Prinzen Eugen über diese für sie so unbillige Basis, die ja gerade Das den Türken übergab, um dessen Rettung sie den östreichischen Beistand angerufen hatten. Vergebens! Die kaiserlichen Bevollmächtigten erklärten ihnen, daß Venedig auch noch das von den Türken belagerte Corfu verloren haben würde, wenn die Oestreicher nicht die Schlacht bei Peterwardein gewonnen hätten; das erhaltene Corfu müsse für das verlorene Morea entschädigen. Die Venetianer verloren also in diesem, unter englischer und holländischer Vermittlung am 21. Juli 1718 zu Passarowitz abgeschlossenen Frieden die Halbinsel Morea und behielten blos einige eroberte Plätze in Dalmatien und Albanien; für Oestreich dagegen war dieser Frieden der glänzendste, den es jemals mit der Türkei geschlossen. Es behielt fünf Districte der kleinen Walachei, den ganzen Banat, einen Theil von Serbien mit Belgrad, bis an die Morava und Drina; auf dem rechten Ufer der Unna Jassenovitz, Dubicza, Alt- und Neu-Novi; ja es würde noch mehr erreicht haben, wenn der ausgebrochene spanische Krieg nicht zum Frieden gedrängt und die Türken ermuthigt hätte. Zu gleicher Zeit brachte der ehemalige kaiserliche Resident am türkischen Hofe, Fleischmann, zu Passarowitz mit der Pforte einen Handelstractat zu Stande. Nach demselben genießen die östreichischen Unterthanen in der Türkei Freiheit des Handels; die östreichische Regierung hat das Recht, im türkischen Reiche Consuln und Agenten anzustellen, die persischen Kaufleute können, gegen eine Abgabe von 5 Procent, durch die türkischen Staaten nach den östreichischen Handel treiben; türkische Juden dürfen sich nicht ohne Aufforderung in die Handelsgeschäfte der Oestreicher als Sensale eindrängen u. s. f. — Der Frieden von Passarowitz findet sich abgedruckt bei Lünig, teutsches

Reichsarchiv, partis generalis continuatio II, bei Chrift, Ruhe des jetzt lebenden Europa II. Band, bei Dumont T. VIII. P. 1., im großen Universallexicon von Zedler, Lpzg. und Halle 1732, unter Paſſarowitz, und anderwärts.

3. Friede zu Belgrad.

(18. Sept. 1739.)

Die Ruſſen waren ohne Kriegserklärung in das türkiſche Gebiet eingefallen und hatten Aſſow genommen. Vergeblich ſuchte die Pforte durch die Vermittlung England's und Holland's zu ihrem Rechte zu gelangen; Rußland antwortete auf den Verſuch dieſer Mächte, die Sache friedlich beizulegen, durch eine förmliche Erklärung des Krieges (26. Juli 1736). Dem öſtreichiſchen Internuntius übergab der Großweſir ein Schreiben an den Hofkriegsrathspräſidenten Grafen Königsegg, worin er auseinander ſetzte, daß Rußland ohne alle Urſache den Krieg begonnen habe. In der Antwort auf dieſes Schreiben (Januar 1737) trug Oeſtreich der Pforte die Beſchwerde Rußland's vor, erklärte ſich als Verbündeten dieſer Macht und erbot ſich zur Vermittlung. Die Pforte nahm dieſe Vermittlung an, beſtand aber auf der Räumung Aſſow's. Oeſtreich jedoch ging auf dieſe Räumung nicht ein, erklärte vielmehr, daß es für ſeinen Verbündeten die Waffen ergreifen müſſe, wenn man ihm Aſſow nicht überlaſſe, ſetzte den letzten Termin auf den 1. Mai 1737 und begann ſodann den Krieg, in der Hoffnung, ſeine Grenzen anſehnlich zu erweitern und ſo einen Erſatz für ſeinen Verluſt von Neapel und Sicilien zu erhalten. Allein dieſe Hoffnung ſchlug fehl; Oeſtreich war ſehr unvollſtändig gerüſtet, es mangelte an Allem. Seckendorf (früher öſtreichiſcher Geſandter am preußiſchen Hofe, der ſich bereits auf einem ſeiner Güter in Sachſen zur Ruhe geſetzt hatte) wollte das angebotene Commando gar nicht übernehmen, als er ſich von den äußerſt mangelhaften Vorbereitungen überzeugt hatte. Der Feldzug nahm allerdings einen äußerſt vortheilhaften Anfang (12. Juli 1737), aber der Verlauf ſchlug völlig zum Nachtheil der Oeſtreicher aus. Man ſchrieb das Unglück der öſtreichiſchen Waffen in Wien einem „üblen Willen" Seckendorf's zu (der General wurde verhaftet und ſtarb als Gefangener), ſetzte den Grafen Königsegg an ſeine Stelle; aber auch dieſer, der jetzt einen zweiten Feldzug begann, war gegen die Türken überall im Nachtheil. Königsegg wurde abgerufen; auch der Herzog Franz von Lothringen (Gemahl der Maria Thereſia) verließ jetzt die Armee, und Graf Wallis erhielt für den dritten Feldzug (1739) den Oberbefehl. Er wurde bei Krotzka an der Donau von den Türken entſcheidend geſchlagen (23. Juli 1739). Nun ſuchten die Oeſtreicher einen billigen Frieden zu erhalten; die Grafen Wallis und Neipperg begannen die Verhandlungen, der franzöſiſche Geſandte Villeneuve vermittelte. Die Türken beſtanden

auf der Ueberlieferung Belgrad's, ohne daß die Festungswerke vorher geschleift werden dürften, wozu man sich endlich verstand. Am 18. Sept. 1739 wurde der Friede auf 27 Jahre förmlich abgeschlossen. Die Oestreicher traten Belgrad und ganz Serbien, die östreichische Walachei, einen Theil von Bosnien und Orsowa an die Pforte ab. Die Donau und Sau sollten die Grenze beider Reiche bilden. Das Banat von Temeswar blieb den Oestreichern. Die Grafen Wallis und Neipperg wurden beschuldigt, daß sie diesen Frieden eigenmächtig und gegen die kaiserliche Instruction geschlossen hätten, in Untersuchung gezogen und bestraft. Dies konnte jedoch die Verhältnisse nicht ändern. Rußland, welches glücklicher gegen die Türken gefochten hatte, als Oestreich, war jetzt auf seine alleinige Kraft angewiesen und daher gleichfalls zum Frieden geneigt, der unter der Vermittlung des französischen Gesandten zur nämlichen Zeit zu Belgrad zu Stande kam. Rußland gab seine Eroberungen, mit Ausnahme Asow's, das geschleift wurde, an die Pforte zurück; dagegen erkannte die Pforte den russischen Kaisertitel an. — Der Friede von Belgrad findet sich abgedruckt bei: Joh. Jac. Moser, der Belgradische Friedensschluß, mit Beilagen und Anmerkungen, Jena 1740, bei Wenck, codex juris gentium, I. Band, und anderwärts.

4. Friede zu Sistowa.

(4. Aug. 1791.)

Hoffnung auf Vergrößerung seines Gebietes, namentlich die Absicht, die im Belgrader Frieden verlorenen Gebietstheile wieder zu gewinnen, welche einst der Frieden von Passarowitz an Oestreich gebracht hatte, bestimmten den Kaiser Joseph, an dem Kriege der russischen Kaiserin Katharina gegen die Türkei theilzunehmen. Die Feldzüge der Russen von 1787 und 1788 waren ohne bedeutende Erfolge; der Kapudan Pascha schlug die russische Flotte bei Sebastopol; der russische General Potemkin eroberte im Sturme das stark befestigte Oczakow. Am 9. Febr. 1788 hatte auch Oestreich der Türkei den Krieg erklärt, angeblich, weil die Pforte die östreichische Vermittlung in dem Kriege mit Rußland nicht annehmen wollte, nachdem eine östreichische Heerabtheilung schon vorher den Versuch gemacht hatte, Belgrad zu überrumpeln. Kaiser Joseph führte das Hauptheer persönlich; allein Anstrengungen und Seuchen rafften einen großen Theil der östreichischen Truppen dahin; der Kaiser kehrte krank nach Wien zurück (wo er am 20. Febr. 1790 starb). Jetzt übernahm der berühmte Laudon das Commando, eroberte Belgrad (8. Okt. 1789), einen großen Theil Serbien's, der Prinz von Coburg drang in der Walachei vor. Auch die Russen machten unter Suwarow bedeutende Eroberungen. Diese Erfolge beunruhigten England, Holland, Preußen und Schweden; Schweden schloß (9. Juli 1789)

einen Subsidien-, Preußen (16. Jan. 1790) einen Allianztractat mit der Pforte, und preußische Heere rückten an die östreichische und russische Grenze. Der König Friedrich Wilhelm von Preußen wollte zwar dem Kaiser Leopold II. die Grenzen des passarowitzer Friedens zugestehen, aber nur, wenn Preußen, zur Herstellung des Gleichgewichts, von Polen die Städte Danzig und Thorn erhielte (Schreiben des preuß. Königs an den Kaiser Leopold vom 15. Apr. 1790). Wiewohl nun auch Oestreich Truppen gegen die preußische Grenze marschiren ließ, so war es doch beiden Mächten mit dem Kriege nicht Ernst; die in Frankreich immer bedenklicher um sich greifende Revolution stimmte zum Frieden. Auf einem Congreß zu Reichenbach, wozu Oestreich die Abgeordneten Reuß und Spielmann, Preußen den Minister Herzberg sandte (27. Juni 1790), wollte man eine Ausgleichung versuchen. Oestreich versprach auf diesem Congresse mit der Pforte Friedensverhandlungen auf Grund des Besitzstandes, wie er vor dem Kriege gewesen sei, einzuleiten; Preußen übernahm die Vermittlung und bedingte sich eine Entschädigung, wenn die Pforte freiwillig einiges Gebiet an Oestreich abtreten würde. Vorläufig schloß Oestreich mit der Pforte einen Waffenstillstand zu Giorgewo. Die Friedensunterhandlungen wurden unter preußischer, englischer und holländischer Vermittlung am 30. Dez. 1790 zu Sistowa eröffnet, zogen sich aber sehr in die Länge. Endlich kam der Friede am 4. Aug. 1791 zu Stande. Oestreich erhielt, im Vergleich zu dem Glücke seiner Waffen, nur geringe Vortheile. Der für Oestreich so ungünstige belgrader Frieden wurde aufrecht erhalten und der Status quo, wie vor dem Kriege, hergestellt. Nur Orsowa, die Unnagrenze und Dreßnig bis Czettin wurden von den Türken an Oestreich abgetreten. — Der Friede findet sich abgedruckt bei Martens recueil de traités, Band V.

Instrumentum Pacis,

inter Romano-Caesaream Majestatem et Ottomanicam portam

subscriptum

CARLOWIZII

die 26. Jan. 1699.

In nomine Sanctissimae et Individuae Trinitatis.

Ad perpetuam rei memoriam. Notum sit omnibus et singulis, quorum interest: Posteaquam per sedecim hucusque annos saevum, exitiale et multa humani sanguinis effusione cruentum adeo bellum cum plurimarum provinciarum desolatione gestum esset inter Serenissimum et Potentissimum Principem et Dominum Leopoldum, electum Romanorum Imperatorem semper Augustum, Germaniae, Hungariae, Bohemiae, Dalmatiae, Croatiae, Slavoniae Regem, Archiducem Austriae, Ducem Burgundiae, Brabantiae, Styriae, Carinthiae, Carniolae, Marchionem Moraviae, Ducem Luxemburgiae, Superioris et Inferioris Silesiae, Wirtembergae et Teckae, Principem Sueviae, Comitem Habspurgi, Tyrolis, Kyburgi et Goritiae, Marchionem Sacri Romani Imperii, Burgoviae, ac Superioris et Inferioris Lusatiae, Dominum Marchiae Slavonicae, Portus Naonis et Salinarum etc. ab una: et Serenissimum atque Potentissimum Principem et Dominum Sultanum Mustaffa Han, Ottomannorum Imperatorem, ac Asiae et Graeciae, ejusque gloriosos praedecessores ab altera parte; misertique tandem afflictae subditorum sortis summe dicti ambo Potentissimi Imperatores, finem tantis in perniciem generis humani in dies augescentibus malis ponere, serio in animum induxissent, factum Divina bonitate esse, ut annitentibus et conciliantibus Serenissimo et Potentissimo Principe et Domino Guilielmo Tertio, Magnae Britanniae, Franciae et Hiberniae Rege, uti et Celsis ac Praepotentibus Dominis Ordinibus Generalibus Unitarum Belgii Provinciarum, solennes ea de causa tractatus Carlovizii in Sirmio, prope confinia utriusque imperii, instituti atque ad finem perducti fuerint. Comparentes quippe dicto loco utrinque

legitime constituti plenipotentiarii, nomine quidem Sacrae Caesareae et Romanorum Imperatoriae Majestatis illustrissimi et excellentissimi domini, dominus Wolfgangus Sacri Romani Imperii comes ab Oettingen, Sacrae Caesareae Majestatis cubicularius, consiliarius intimus et consilii imperialis aulici praeses, et dominus Leopoldus Slik, Sacri Romani Imperii comes in Passaun et Weisskirchen, ejusdem Sacrae Caesareae Majestatis cubicularius, generalis vigiliarum praefectus et legionis desultoriorum equitum tribunus, ambo ad tractatus hosce pacis cum Porta Ottomannica deputati legati extraordinarii et plenipotentiarii: nomine vero Imperialis Ottomannicae Majestatis illustrissimi et excellentissimi domini, dominus Mehemet Effendi, supremus Imperii Ottomannici cancellarius, et dominus Alexander Mauro Cordato, ex nobili stirpe de Scarlati, intimus jam dicti Imperii consiliarius et secretarius; interventu et opera illustrissimorum et excellentissimorum dominorum, domini Guilielmi Baget, baronis de Beaudefert, serenissimi Magnae Brittanniae Regis: et domini Jacobi Colyer, celsorum et praepotentium Generalium Foederati Belgii Ordinum, amborum apud excelsam Portam Ottomannicam oratorum et ad restabiliendam pacem universalem legatorum plenipotentiariorum, qui munere mediatoris integre, sedulo et prudenter perfuncti sunt: post invocatam aeterni Numinis opem et commutatas rite mandatorum tabulas ad Divini Numinis gloriam et utriusque imperii salutem in sequentes viginti mutuas pacis et concordiae leges convenerunt.

Art. I. Regio Transylvaniae, quemadmodum de praesenti est in possessione et potestate Caesareae Majestatis, ita maneat in ejusdem dominio, et a Podoliae confinio usque ad extremum Vallachiae confinium suis montibus, qui antiqui fuerunt limites ante praesens bellum inter Transylvaniam ex una parte, et Moldaviam atque Vallachiam ex alia parte, atque a confinio Vallachiae usque ad flumen Marusium pariter suis montibus, qui antiqui fuerunt limites, circumscribatur, et sic utrinque observatis antiquis limitibus nec ultra nec citra ab utroque Imperio fieri possit extensio.

Art. II. Provincia subjecta Arci Temeswarinensi cum omnibus suis districtibus et interfluentibus fluviis maneat in possessione et potestate excelsi Imperii Ottomannici, atque a parte Transylvaniae fines ejus sint ab extremo confinio Vallachiae usque ad fluvium Marusium in superiori articulo constituti Transylvaniae antiqui limites, tum a parte Marusii usque ad fluvium Tibiscum citerioribus ripis ejusdem Marusii, et a parte Tibisci usque ad Danubium citerioribus ripis fluvii Tibisci fines ejus limitentur. Quae vero intra praedictos limites sita sunt loca, nempe Caransebes, Lugos, Lippa, Csanad, Kiscanisia, Betsche, Betskereck et Sablia citerius, et intra praeconstitutos ante praesens bellum limites antiquos Transylvaniae ac secundum praedeclaratam rationem intra ripas fluminum Marusii et Tibisci in Temeswarinensibus territoriis qualiscunque alius similis locus reperiatur, ea conditione destruantur per Caesareos, ut vi pactorum amplius reaedificari non possint. Et praedicta regio Temeswarinensis omnino libera relinquatur, et imposterum neque in dictis hisce locis, neque prope ripas fluviorum Marusii

atque Tibisci alia, vel majora vel minora loca, quae possint speciem fortificationis exhibere, extruantur.

Fluviorum Marusii ac Tibisci inter provinciam Temeswarinensem et provincias Caesareae potestati et possessioni subjectas usus sit communis subditis utriusque imperii, tum ad potum pecorum omnis generis, tum ad piscationem, et alias commoditates subditis perquam necessarias.

Cum vero onerariae naves a partibus superioribus subjectis Caesareo dominio, tum per Marusium fluvium in Tibiscum, tum per Tibiscum in Danubium, sive ascendendo sive descendendo ultro citroque meantes nullo obice praepediri debeant, navigatio navium Germanicarum, aut aliorum subditorum Caesareorum, nullo modo possit in cursu suo ultro citroque incommodari, sed libere atque commodissime fiat ubique in praedictis duobus fluviis, et siquidem reciprocae amicitiae et mutuae benevolentiae convenientia id etiam requirat, ut subditi Imperiali Ottomannicae potestati subjecti possint usus praedictorum fluviorum esse participes, sine impedimento navibus piscatoriis etiam ac cymbis utantur.

Molendinariae autem naves in locis tantum, quibus negotiationi alterius, nempe Caesarei dominii, nullatenus impedimento esse possint, communicatione gubernatorum utriusque dominii et consensu ponantur. Quinimo ne diversione aquarum in Marusio cursus Caesarearum navium incommodum aliquod patiatur, nullatenus permittetur, ut sive molendinorum, sive alia occasione ex Marusio aquae alio deriventur seu diducantur.

Insulae, quaecunque in praedictis fluviis cum actu sint, in potestate Caesarea maneant, uti possidentur, et subditi utriusque dominii omnino pacifice atque tranquille vivant severissimisque edictis ab insolentiis et contraventione pactorum contineantur.

Art. III. Cum regio inter fluvios Tibiscum et Danubium, vulgo dicta Batska, sit in sola possessione et potestate Caesareae Majestatis, sic maneat deinceps etiam in praefata potestate et dominio Caesereo neque Titelium magis, quam in praesenti est, fortificetur.

Art. IV. Ab extrema ripa citeriore Tibisci, opposita Titelianae ripae, et angulo terrae ibidem per conjunctionem Tibisci et Danubii terminato deducatur linea recta usque in ripam Danubii. Item a regione citerioris ripae Tibiscanae sita et ulterius protrahatur pariter récta ad Moravizii ripam citeriorem amnis Bossut, et inde ad locum usque, ubi praedictus amnis Bossut principali alveo in Savum elabitur. Et Moravizio sine ulla fortificatione relicto extructisque tantum in opposita utrinque ripa apertis pagis, separentur per praedictam lineam, firmatam atque distinctam sive fossis, sive lapidibus, sive alia ratione, imperia sequenti modo: regio versus Belgradinum intra modo dictos limites permaneat sub sola potestate potentissimi Ottomannorum Imperatoris, regio vero extra praedictam lineam sita maneat sub sola potestate et possessione potentissimi Romanorum Imperatoris, et secundum praedictos limites pariter possideantur fluvii, qui sunt territoriis permanentibus in possessione utriusque partis.

Art. V. Ab ostio amnis Bossut in Savum effluentis, usque item in Savum elabentis Unnae fluvii ostium, Savi altera quidem pars pertinens ad ditionem Caesaream possideatur ab ejus Majestate, altera vero pars possideatur ab Imperatore Ottomannorum.

Interfluens fluvius Savus et insulae in hoc communi tractu sitae sint communes, et usus tum ad navigationem ultro citroque tum ad alias commoditates utriusque partis subditis pariter communis sit, utrisque religiose observantibus pacificum et imperturbatum ultro citroque commercium.

Usque ad Unnam fluvium regio pertinens ad dominium Imperialis Ottomannicae Majestatis, qua Bosniam spectat, citerioribus ripis Unnae fluvii definiatur atque terminetur, evacuatis Novi, Dubizza, Jessenovizza, Doboy et Brod ex parte Bosnensi, et qualicunque alio simili loco in hoc tractu existente, et deductis inde praesidiis Caesareis ista pars omni modo libera relinquatur. Castanoviz autem et insulae infra terram Novi versus Savum cum ulterioribus ripis ejusdem Unnae, cum sint et maneant in potestate Romanorum Imperatoris, praedictis limitibus hinc distinguantur.

Loca demum ultra Unnam longe a Savo sita et ab utraque parte praesidiis conservata atque possessa cum terris ante praesens bellum ad eadem spectantibus maneant iterum in potestate utriusque possidentis partis, ea conditione, ut commissarii utrinque mox deputandi districtus atque territoria singulatim deductis particularibus lineis separantes per fossas, lapides, palos, aut alia quacunque ratione ad evitandam confusionem posita signa, segregent atque disjungant in partibus Croatiae usque ad ultimum confinium et terminum locorum in utriusque dominii possessione permansurorum.

Et ex utraque parte, si quis ausus fuerit alterare, mutare, evellere, tollere, aut quovis modo violare aliquod ex praedictis signis, ille per omnimodam inquisitionem deprehensus ad exemplum aliorum severissime puniatur.

Commissariis vero ad distinctionem et positionem limitum in isto confinio, quoad fieri poterit, quam celerrime deputandis regiis edictis demandetur, ut ad tranquillitatem et securitatem subditorum utriusque dominii sedulo animum adhibentes sine controversia et sine quacunque particulari complacentia terras optime separent atque manifeste distinguant.

Cum siti in altera Savi parte, qua dominium Imperiale Ottomannicum recipit, munimenti Brod fortificationes utpote recenter a militiis Caesareis factae, tempore educendi praesidii Caesarei, everti debeant, locus autem ille sit commodissimus ad mercaturam, poterit ibidem erigi cum honesto et commodo recinctu civitas, ita tamen ut in arcis aut munimenti formam non redigatur.

Art. VI. Definiti tandem per hosce tractatus et subsecuta, ubi opus fuerit, locali deputatorum commissariorum separatione stabiliti, sive deinceps idoneo tempore per operam commissariorum utrinque stabiliendi confiniorum limites sancte utrinque et religiose observentur, ita ut sub nulla ratione aut praetextu extendi, transferri, aut mutari possint, neque liceat alicui paciscentium parti in alterius partis territorium ultra statutos semel terminos aut

lineas quidquam juris aut potestatis praetendere aut exercere, aut alterius partis subditos sive ad deditionem, sive ad pendendum tributum qualecumque, sive praeteritum, sive futurum, sive ad quamvis aliam humano ingenio excogitabilem exactionis aut vexationis speciem adigere aut molestare, sed omnis altercatio juste amoveatur.

Art. VII. Licitum et liberum esto utrique partium pro confiniorum suorum securitate, quocunque meliori visum fuerit modo, arces, munimenta et loca, per praesentes tractatus pacifice possessa, quaecunque de facto extant, reparare, munire et fortificare, exceptis illis, de quibus utrinque nominatim cautum est. Ad incolarum vero commodas habitationes in extremis confiniis apertos pagos aedificare ubique sine impedimento et sine exceptione utrique parti liceat, dummodo sub hoc praetextu fortalitia non erigantur.

Art. VIII. Incursiones hostiles et occupationes omnesque insultus clam aut ex improvisa facti, devastationes et depopulationes territorii utriusque dominii omnino et severissimis mandatis prohibitae sint ac illicitae. Transgressores vero articuli hujus ubicunque deprehensi statim incarcerentur et per jurisdictionem loci, ubi captivati fuerint, pro merito puniantur, absque ulla remissione, et rapta quaecunque sint, diligentissime perquisita et adinventa, cum omni aequitate dominis suis restituantur. Capitanei quoque ipsimet, commendantes et praefecti utriusque partis ad justitiam nulla admissa injuria integerrime administrandam sub amissione officii non solum, sed etiam vitae et honoris adstricti sint atque obligati.

Art. IX. Maneat porro etiam illicitum futuris quoque temporibus receptaculum vel fomentum dare malis hominibus, rebellibus subditis aut male contentis, sed ejusmodi homines et omnes praedones, raptores, etiam si alterius partis subditi sint, quos in ditione sua deprehenderint, merito supplicio afficere utraque pars adstricta sit; qui si deprehendi nequeant, capitaneis aut praefectis eorum, sicubi eos latitare compertum fuerit, indicentur, iique illos puniendi mandatum habeant. Quod si nec hi officio suo in punitione talium sceleratorum satisfecerint, indignationem Imperatoris sui incurrant, aut officiis exuantur, aut ipsimet poenas pro reis luant. Quoque magis nefariorum hujusmodi petulantiis cautum sit, neutri partium liceat intertenere et alere Haydones, quos liberos nuncupant, Plagiarios Pribeck dictos, atque id genus facinorosorum hominum, qui non sunt alterutrius principis stipendio conducti, sed rapto vivunt, tamque ii, quam qui eos aluerint, pro demerito puniantur, talesque nefarii, etiam si consuetae vitae emendationem prae se ferant, nullam fidem mereantur, nec prope confinia tolerentur, sed ad alia remotiora loca transferantur.

Art. X. Cum tempore praesentis hujus belli plures ex Hungaris et Transylvanis a subjectione suae Caesareae Majestatis secedentes ad confinia excelsi Imperii sese receperint, atque hac in parte etiam conclusae per inducias inter utrumque imperium almae huic paci debitis modis in futuram securitatem providendum sit, de praedictis ita pactum est, ut in ditionibus ante nominati excelsi Imperii ad lubitum possint locari et accommodari;

ne tamen aliquo modo confiniorum tranquillitas et subditorum quies perturbari queat, loca, ubi praedicti collocabuntur, remota sint ab omnibus limitaneis et confiniariis partibus, et uxoribus illorum dabitur facultas sequendi maritos suos iisque in imperatorio, assignato ad hoc, districtu cohabitandi. Cumque imposterum in reliquos subditos potentissimi Ottomannorum Imperatoris annumerandi veniant, non liceat illis a subjectione ejusdem amplius recedere: et si qui recesserint atque ad patriam iterum reverti voluerint, in numero et conditione malevolorum recenseantur, neque illis a Caesareis fomentum aut receptaculum praebeatur; quinimo deprehensi Ottomannis confiniorum gubernatoribus extradantur, quo magis utrinque securitati pacis prospiciatur.

Art. XI. Ad tollendas penitus quascunque in confiniis super aliquorum armistitii hujus aut quavis de re imposterum enascentes controversias, differentias aut discordias, ubi prompto et maturo remedio opus sit, ordinentur utrinque in confiniis primo quoque tempore electi pari numero commissarii, viri neutiquam avidi, sed graves, probi, prudentes, experti, atque pacifici; hique loco opportuno convenientes, sine exercitu, cum aequali pacificarum personarum comitiva, omnes et singulas hujusmodi controversias emergentes audiant, cognoscant, decidant et amicabiliter componant; talem denique ordinem et modum constituant, quo utraque pars suos homines et subditos citra omnem tergiversationem vel praetextum gravissimis poenis ad sinceram ac firmam pacis observantiam compellat; quod si vero negotia tanti momenti occurrerent, quae per commissarios utriusque partis componi et expediri non possent, tunc ad ambos potentissimos Imperatores remittantur, ut ipsi complanandis iisdem, sedandis et extinguendis modum et rationem invenire et adhibere valeant, ita ut tales controversiae, quam fieri poterit, intra brevissimum temporis spatium componantur, nec earum resolutio ulla ratione negligatur aut protrahatur.

Cumque praeterea in antecedentibus sacris capitulationibus duella et mutuae ad certamen provocationes fuerint vetitae, imposterum etiam sint illicitae, et si qui ad singulare certamen venire ausi fuerint, in illos ut transgressores gravissime animadvertatur.

Art. XII. Captivi, tempore praesentis belli ex utraque parte in captivitatem abacti et in publicis carceribus adhuc superstites, cum occasione istius almae pacis eliberationem tandem aliquando merito sperent nec possint sine laesione Majestatis Imperatoriae et laudatae consuetudinis in eadem captivitatis miseria et calamitate relinqui, usitatis ab antiquo vel honestioribus adhuc rationibus per commutationem in libertatem asserantur, et si plures aut melioris conditionis in una quam in altera parte invenientur, pro reliquorum etiam eliberatione, quando solennes legati instantias afferent, gratiosa et huic almae paci conveniens utriusque Imperatoris pietas nequaquam denegetur; caeteris vero, qui in privatorum potestate sunt, vel apud ipsos Tartaros, licitum sit eliberationem suam honesto et, quam fieri poterit, mediocri lytro procurare. Quod si cum captivi domino honesta accommodatio fieri non poterit, judices locorum litem omnem per compositionem dirimant, sin autem praedictis

vitis id etiam confici haud posset, captivi pretiis eorum, sive per testimonia sive per juramenta probatis atque solutis, eliberentur. Nec possint domini aviditate majoris lucri sese redemptioni eorundem opponere, et quandoquidem ex parte excelsi Imperii Ottomannici homines non emitterentur, qui taliter eliberandis captivis operam adhibeant, spectabit ad probitatem Caesareorum praefectorum, ut ad dimittendum Ottomannos captivos, quo empti sunt pretio, sincere liquidato, dominos illorum adstringant, atque ita sanctum hoc opus pari utrinque pietate promoveatur; quousque demum captivi utrinque praedicta ratione eliberentur, legati plenipotentiarii ex utraque parte officia sua adhibebunt, ut interea miseri captivi benigne tractentur.

Art. XIII. Pro religiosis ac religionis Christianae exercitio juxta ritum Romano-Catholicae Ecclesiae, quaecunque praecedentes gloriosissimi Ottomannorum Imperatores in regnis suis sive per edicta et mandata specialia favorabiliter concesserunt, ea omnia serenissimus et potentissimus Ottomannorum Imperator imposterum etiam observanda confirmabit, ita ut ecclesias suas praefati religiosi reparare atque resarcire possint, functiones suas ab antiquo consuetas exerceant et nemini permissum sit, contra sacras capitulationes et contra leges Divinas aliquo genere molestiae aut pecuniariae petitionis eosdem religiosos cujuscunque ordinis et conditionis afficere, sed consueta imperatoria pietate gaudeant et fruantur. Praeterea serenissimi et potentissimi Romanorum Imperatoris solenni ad fulgidam Portam legato licitum sit, commissa sibi circa religionem et loca Christianae visitationis in sancta civitate Jerusalem existentia exponere atque instantias suas ad Imperiale solium afferre.

Art. XIV. Commercia juxta antecedentes etiam sacras capitulationes libera sint utriusque partis subditis in omnibus imperiorum regnis et ditionibus; ut autem utrique parti utili ratione et sine fraude et dolo peragantur, inter deputatos commissarios rem mercatoriam bene intelligentes tempore solennium utrinque legationum contractabitur, et sicuti cum aliis excelsi Imperii amicis nationibus observatum est, ita etiam subditi cujuscunque nationis Caesareae Majestatis securitate et utilitate commerciorum in regnis excelsi Imperii idoneis modis et usitatis privilegiis gaudebunt et perfruentur.

Art. XV. Quaecunque conditiones in antiquis sacris capitulationibus expressae sunt, nec praedictis punctis hoc tractatu stipulatis aut liberimo cujusque possidentium dominio et usui ejusdem adversantur aut praejudicant, posthac etiam colantur sancte et observentur, cassatis et annullatis iis, quae supradictis quocunque modo repugnant.

Art. XVI. Ut quoque tanto magis armistitium hoc bonaque inter ambos potentissimos Imperatores amicitia firmetur ac coalescat, mittentur solennes utrinque legati ex aequo usitatis ceremonialibus ab introitu in confinia usque ad reditum in locum secundae permutationis excipiendi, honorandi, tractandi atque prosequendi, qui in signum amicitiae spontaneum munus, conveniens tamen et utriusque Imperatoris dignitati consentaneum asserent; et prima aestate in mense Junio iter, praevia mutua correspondentia, uno eodemque tempore

suscipientes in Sirmiensi confinio, more jam pridem inter utrumque imperium observato, permutabuntur. Solennibus porro legatis in imperatoriis aulis quidquid libuerit, petere liceat ac permittatur.

Art. XVII. Regula et norma curialium in recipiendis receptisque pariter honorandis et tractandis ministris ultro citroque commeantibus et commorantibus juxta usitatam prioribus etiam temporibus modalitatem, deinceps ab utrinque cum aequali decore et secundum distinctam characteris missorum praerogativam observetur.

Legatis Caesareis et residentibus et quibusvis eorundem hominibus pro suo arbitrio, quibuscunque placuerit, vestibus uti licitum sit, neve quisquam impedimento esse possit. Ministri porro Caesarei, sive oratoris, sive legati, sive residentis, sive agentis munere fungantur, quibus reliquorum principum fulgidae Portae amicorum legati et agentes immunitatibus et privilegiis perfruuntur, eadem libertate, imo ad distinguendam Caesareae dignitatis praerogativam usitatis melioribus modis fruantur habeantque liberam potestatem conducendi interpretes. Cursores etiam et alii eorum homines Vienna ad fulgidam Portam atque iterum redeuntes et ultro citroque venientes salvo passu tuto et secure permeeńt atque, ut commode iter suum perficiant, omni favore coadjuventur.

Art. XVIII. Pax ista, quamvis secundum propositas conditiones conclusa, tum demum integrum ex omni parte robur obligationis et debitae observantiae vinculum accipiet et inducet, cum omnia et singula, quae de confiniis supra recensito modo ultro citroque promissa et acceptata sunt, tam de distinctionibus limitum, quam de evacuationibus et demolitionibus plenarie in effectum et executionem deducta fuerint, ita, ut absoluta designatione limitum in unoquoque confinio statim subsequatur demolitio aut evacuatio; quod ut quam celerrime succedat, designentur ad limites et terminos confiniorum ponendos et distinguendos ex utraque parte commissarii, qui die aequinoctii, scilicet 22. mensis Martii, aut 12. secundum veterem stylum, anni millesimi sexcentesimi nonagesimi noni, in locis inter commissarios consensu gubernatorum utriusque confinii determinandis, mediocri et pacifico comitatu conveniant atque intra spatium duorum mensium, si possibile sit, aut etiam citius, ubi fieri poterit, confinia limitibus et terminis manifestis per superiores articulos constitutis distinguant, separent, determinent et statuta inter legatos plenipotentiarios utriusque imperii accuratissime et citissime exequantur.

Art. XIX. Has vero conditiones et articulos ad formam hic mutuo placitam a Majestatibus utriusque Imperatoris ratihabitum iri, atque ut solennia ratificationis diplomata intra spatium triginta dierum a die subscriptionis vel citius in confiniis per illustrissimos et excellentissimos legatos plenipotentiarios mediatores reciproce recteque commutentur, legati plenipotentiarii utriusque imperii sese infallibiliter obligant atque praestituros compromittunt.

Art. XX. Duret armistitium hocce et extendatur, favente Deo, ad viginti quinque annos continue sequentes, a die, qua ejusdem subscriptio facta fuerit; quo annorum numero elapso, vel etiam medio tempore, priusquam

elabatur, liberum esto utrique partium, si ita placuerit, pacem hanc ad plures adhuc annos prorogare.

Itaque mutuo et libero consensu quaecunque stabilita sunt pacta inter Majestatem serenissimi et potentissimi Romanorum Imperatoris et Majestatem serenissimi et potentissimi Ottomannorum Imperatoris et haeredes eorundem, imperia quoque et regna ipsorum, terra item marique sitas regiones, civitates, urbes, subditos et clientes, observentur sancte, religiose ac inviolabiliter, et demandetur serio omnibus utriusque partis gubernatoribus, praefectis, ducibus exercituum atque militiis et quibusvis in eorundem clientela, obdientia et subjectione existentibus, ut illi quoque, praedeclaratis conditionibus, clausulis, pactis et articulis sese adaequate conformantes, omnibus modis caveant, ne contra pacem et amicitiam hanc sub quocunque nomine aut praetextu se invicem offendant aut damnificent, se quolibet prorsus inimicitiae genere abstinendo bonam colant vicinitatem, certo scientes, quod si eatenus admoniti morem non gesserint, severissimis in se poenis animadvertendum fore.

Ipse quoque Crimensis Chanus et omnes Tartarorum gentes, quovis nomine vocitatae, ad pacis hujus et bonae vicinitatis et reconciliationis jura rite observanda adstricti sint, nec iisdem contraveniendo hostilitates qualescunque exerceant erga quasvis Caesareas provincias earumque subditos aut clientes. Porro sive ex aliis exercituum generibus, sive ex nationibus Tartarorum, si quis contra sacras imperatorias hasce capitulationes et contra pacta et articulos earum quidpiam ausus fuerit, is poenis rigorosissimis coërceatur.

Incipiat vero modo dicta pax, quies et securitas subditorum utriusque imperii a suprafata die subscriptionis, et cessent exinde atque sustollantur omnes utrinque inimicitiae, et subditi utriusque partis securitate et tranquillitate fruantur. Eoque fine et quo magis per summam curam ac sedulitatem hostilitates inhiberi possint, transmittantur quam celerrime mandata et edicta publicandae pacis ad omnes confiniorum praefectos; cumque spatium aliquod temporis requiratur, intra quod officiales in remotioribus praesertim confiniis istam conclusae pacis notitiam obtinere valeant, statuuntur viginti dies pro termino, post quem si quis hostile quidpiam alterutra ex parte admittere praesumpserit, poenis superius declaratis irremissibiliter subjaceat.

Ut demum pacis conditiones, viginti hisce articulis conclusae, utrinque acceptatae et debito summoque cum respectu inviolatae observentur, siquidem domini plenipotentiarii Ottomannici vi concessae iisdem facultatis imperatoriae instrumentum Turcico sermone exaratum et subscriptum legitimum et validum nobis exhibuerint, nos quoque vi mandati et plenipotentiae nostrae propriis manibus et propriis sigillis subscriptas et signatas hasce pactorum litteras in latino idiomate tanquam legitimum et validum vicissim instrumentum extradidimus.

Instrumentum Pacis,

inter Romano-Caesaream Majestatem et Ottomanicam Portam

compositum

PASSAROVICII

die 21. Julii 1718.

In Nomine Sacro-Sanctae et Individuae Trinitatis.

Postquam duobus abhinc annis infauste acciderit, ut inter augustissimum et potentissimum Romanorum Imperatorem Carolum VI. (plen. tit.) et serenissimum ac potentissimum Magnum Sultanum Ahmed Hanum, Ottomanorum ac Asiae et Graeciae Imperatorem, pax et tranquillitas illa, quae per gloriosissimos amborum magnorum Principum ac Imperatorum praedecessores Carlovizii in Sirmio conclusa et stabilita fuerat, summum in eorundem subditorum detrimentum, perturbationem et negotiorum jacturam per nova quaedam dissidia ante elapsum terminum interrumpebatur exindeque cruentum et exitiale bellum exortum sit, quod magnas provinciis et regnis devastationes et populorum desolationes attulit, divina tamen opitulante clementia tam salutaria ambo imperia susceperunt consilia, ut de reconciliandis exacerbatis animis, parcenda humani sanguinis effusione et prospicienda subditorum salute et bono recogitaretur. Ideo interpositis serenissimi ac potentissimi Magnae Brittanniae Regis ac alte potentium dominorum Ordinum Generalium unitarum Belgii provinciarum officiis eo res perductae sunt, ut ad tractandam et concludendam pacem ac renovandam pristinam amicitiam legati plenipotentiis sat amplis instructi in aliquem locum mitterentur, ubi de certis conditionibus convenirent. Itaque ex parte serenissimi, potentissimi ac invictissimi Romanorum Imperatoris illustrissimus et excellentissimus dominus Hugo Damianus de Virmont, intimus et imperialis aulico bellicus consiliarius, rei pedestris supremus praefectus et constitutus tribunus, ac excellentissimus dominus Michael a Tallmann, imperialis aulico bellicus consiliarius, ex parte vero serenissimi ac potentissimi Magni Sultani Ahmed Hani Ottomannici imperii illustrissimus et excellentissimus dominus Ibrahim Aga, aerarii Ottomannici secundae divisionis praeses, et excellentissimus dominus Achmed Aga, ejusdem aerarii tertiae divisionis praeses, nec non nomine serenissimi ac potentissimi Magnae Britanniae Regis excellentissimus dominus Robertus de Sutton, eques auratus, et alte potentium Ordinum Generalium unitarum Belgii provinciarum excellentissimus dominus comes de Colliers statim circa principium praeteriti mensis Maji hic Passarovicii comparuere, qui solemni congressu et habitis quibusdam sub tentorio usitato more colloquiis exhibitisque mutuo plenipotentiis ita felici successu hujus pacis opus perfecere, ut in sequentes viginti mutuos articulos convenerint.

Art. I. Provinciarum Moldaviae et Valachiae partim Poloniae et partim Transylvaniae limitibus conterminae interjacentibus, ut ab antiquo, montibus

distinguantur et separentur, ita ut ab omni parte antiquorum confiniorum termini observentur nullaque in his nec ultro nec citro fiat mutatio, et cum partes Valachiae cis Alutam fluvium sitae cum locis et munimento Temesvarini in potestate et possessione S. C. Rom. Imp. Majestatis sint, juxta acceptatum fundamentum pacis, *uti possidetis*, in ejusdem dominio et potestate maneant, ita, ut praedicti fluvii ripa orientalis ad Ottomannicum imperium, ripa vero occidentalis ad Romanum pertineat. E Transylvania elabens fluvius Aluta usque ad locum, ubi in Danubium exoneratur, inde vero juxta ripas Danubii fluvii versus Orsovam usque ad locum, e cujus regione Timock fluvius in Danubium influit, constituantur confinia atque, ut ante haec circa fluvium Marusinum observatum fuerat, Aluta quoad potationem pecorum et piscationis aliasque ejusmodi perquam necessarias utilitates utriusque partis subditis communis sit. Germanorum eorundem subditorum navibus onerariis ex Transylvania in Danubium ultro citroque commeare liceat aliarumque cymbarum absque impedimento usus permittitur, naves tamen molendinariae in locis convenientibus, ubi navigationi mercatorum obesse non possunt, communi gubernatorum in confiniis existentium consensu collocentur. Et cum nonnulli Boyari aliique minoris conditionis ex Valachia Ottomannica tempore belli ad partes Romano-Caesareas se receperint, ii vigore hujus pacis ad pristinos lares revertere et ibi commorando ad instar aliorum habitationibus, bonis et terris suis pacifice frui poterunt.

Art. II. A loco, ubi Timock in Danubium influit, circiter decem horas sursum utriusque imperii confinium constituatur, Isperleckbanea cum suis antiquis territoriis Ottomannico, Ressova vero Romano Imperio permanentibus et inde inter montes versus Parakin pergatur, ita, ut Parakin Romano-Caesareae et Risna Ottomannicae ditioni relictis inter utriusque medium percongruum situm progrediatur in Istolaz, et ibi transeundo parvam Moravam juxta citeriorem ripam ad Schaback et inter Schaback et Bilanam per terram ad Bedka procedatur, inde flectendo circa territorium Zozolense eatur Bellinam ad ripam Drinae fluvii sitam, Belgrado seu Alba Graeca, Parakin, Istalaz, Schabaz, Bedka et Bellina cum antiquis suis territoriis augustissimo Rom. Imperatori, cum a sua Majestate possessa sint, Zekol vero et Rasna cum suis etiam antiquis territoriis Ottomannico Imperio permanentibus, Timok fluvio cum suis emolumentis utriusque subditi communiter gaudeant.

Art. III. Cum a Drina fluvio usque ad Unnam intraque ripam fluvii Savi apertae sitae sive occlusae arces et palanka Romanorum Imperatoris milite insessae sint, cum antiquis suis territoriis juxta fundamentum pacis in ejusdem S. Caes. Majestatis potestate permanento, quare etiam integer fluvius Savus cum suis ripis ad eandem pertinet.

Art. IV. A loco, ubi fluvius Unna in Savum influit, usque ad territorium antiqui Novi, quod Porta Ottomannica possidet, in ripa orientali dicti fluvii situm Jassenoviz et Dobiza nec non aliquot turres et insulae cum praesidio Romano-Caesareo insessae sint, juxta fundamentum pacis cum antiquis suis territoriis Sacrae Caes. Majestati permanento.

Art. V. Quemadmodum novi Novi territoria in occidentali Unnae ripa ex parte Croatiae sita (quae tum augustissimo Rom. Imperatori appertinebant) post tractatum Carloviziensem propter aliqua, quae tempore separationis limitum exorta sunt, dissidia et controversias, destructa hoc nomine nuncupata palanka, imperio Ottomannico tradita fuere, ita iterum ad reconciliationem et satisfactionem S. Caes. Majestati restituantur et in ejusdem potestatem cum omnibus inter antiquos suos limites existentibus locis et terris revertant.

Art. VI. Loca demum, quae in partibus Croatiae sita a Savo fluvio distantia ab utraque parte possessa et praesidiis custodita, juxta Carlovizii tractatum cum suis territoriis in utriusque potestate maneant atque, si quaedam adhuc occupata fuerint, viginti quatuor annos lunares continuo sequentes a die, qua ejusdem subscriptio facta fuerit, utriusque imperii ad determinandos limites deputati commissarii de controversiis decidant et usque ad extremitatem Croatiae eorum locorum territoria, quae in unius aut alterius imperii possessione mansura sunt, distinctis limitibus ac signis separent et determinent; sicuti per Carloviciensem ita etiam per praesentem tractatum liberum ac licitum esto, ab utraque parte possessa munimenta et arces, quaecunque de facto exstant, pro securitate utriusque partis reparare, munire et fortificare, ad incolarum vero commodas habitationes in extremis confiniis apertos pagos aedificare ubique sine impedimento et exceptione utrique parti fas esto, dummodo sub hoc praetextu nova fortalitia non erigantur.

Art. VII. Pax ista quamvis secundum praedictas conditiones bona concordia conclusa sit, attamen ut omnia, quae de confiniis promissa et acceptata sunt, ex omni parte robur accipiant, constituantur quamprimum ab utraque parte experti, fidi et pacifici commissarii hique loco opportuno, ubi illis visum fuerit, convenientes cum quieto commitatu et famulitio intra spatium duorum mensium et citius, si fieri poterit, confinia metis et terminis manifestis per superiores articulos designata distinguant et determinent et statuta ab utrinque accuratissime et citissime executioni mandentur.

Art. VIII. Definiti tandem per hosce tractatus et subsecuta, ubi opus fuerit, locali deputatorum commissariorum operatione stabiliti sive deinceps idoneo tempore per operam commissariorum utrinque stabiliendi confiniorum limites sancte utrinque et religiose observentur, ita ut sub nulla ratione aut praetextu extendi, transferri aut mutari possint, neque liceat alicui paciscentium parti in alterius partis territorium ultra statutos semel terminos aut lineas quidquam juris aut potestatis praetendere aut exercere aut alterius partis subditos sive ad deditionem sive ad pendendum tributum qualecunque sive praeteritum sive futurum sive ad quamvis aliam humano ingenio excogitabilem exactionis aut vexationis speciem adigere aut molestare, sed omnis alteratio juste amoveatur.

Art. IX. Ad tollendas penitus quascunque in confiniis super aliquo articulorum armistitii hujus aut quavis de re imposterum enascentes controversias, differentias aut discordias, ubi promto et maturo remedio opus sit, ordinentur utrinque in confiniis primo quoque tempore electi pari numero

commissarii, viri neutiquam avidi, sed graves, probi, prudentes, experti atque pacifici, hique loco opportuno convenientes sine exercitu cum aequali pacificarum personarum comitiva omnes et singulas hujusmodi controversias emergentes audiant, cognoscant, decidant et amicabiliter componant, talem denique ordinem et modum constituant, quo utraque pars suos homines et subditos citra omnem tergiversationem vel praetextum gravissimis poenis ad sinceram ac firmam pacis observantiam compellat; quod si vero negotia tanti momenti occurrerent, quae per commissarios utriusque partis componi et expediri non possent, tunc ad ambos potentissimos Imperatores remittantur, ut ipsi complanandis iisdem, sedandis et extinguendis modum et rationem invenire et adhibere valeant, ita ut tales controversiae, quam fieri poterit, intra brevissimum temporis spatium componantur nec earum resolutio ulla ratione negligatur aut protrahatur. Cumque praeterea in antecedentibus sacris capitulationibus duella et mutuae ad certamen provocationes fuerint vetitae, imposterum etiam sint illicitae, et si qui ad singulare certamen venire ausi fuerint, in illos ut transgressores gravissime animadvertatur.

Art. X. Incursiones hostiles et occupationes omnesque insultus clam aut ex improviso facti, devastationes et depopulationes teritorii utriusque dominii omnino et severissimis mandatis prohibitae sint ac illicitae. Transgressores articuli hujus, ubicunque deprehensi, statim incarcerentur et per jurisdictionem loci, ubi captivati fuerint, pro merito puniantur absque ulla remissione, et rapta quaecunque sunt, diligentissime perquisita et adinventa cum omni aequitate dominis suis restituantur. Capitanei quoque ipsimet, commendantes et praefecti utriuspue partis ad justitiam nulla admissa incuria integerrime administrandam sub amissione officii non solum sed etiam vitae et honoris adstricti sint atque obligati.

Art. XI. Pro religiosis et religionis Christianae exercitio juxta ritum Romano-Catholicae ecclesiae quaecunque praecedentes gloriosissimi Ottomannorum Imperatores in regnis suis sive per antecedentes sacras capitulationes sive per alia signa imperialia sive per edicta et mandata specialia favorabiliter concesserunt, ea omnia serenissimus et potentissimus Ottomannorum Imperator imposterum etiam observanda confirmabit, ita ut ecclesias suas ab antiquo consuetas exercere et nemini permissum sit, contra priores capitulationes et leges aliquo genere molestiae aut pecuniariae petitionis ejusdem religiosos, cujuscunque ordinis et conditionis sint, adficere, sed consueta imperatoria pietate gaudeant et fruantur. Praeterea augustissimi et potentissimi Romanorum Imperatoris solemni ad Portam Ottomannicam legato licitum sit commissa circa religionem et loca Christianae visitationis in sancta civitate Jerusalem aliisque in locis, ubi ecclesias huerint, exponere atque instantias suas facere.

Art. XII. Publici captivi antecedentis et praesentis belli, ex utraque parte in captivitatem abacti et in publicis carceribus adhuc detenti, consideratione istius almae pacis eliberationem sperent nec possint diutius sine laesione Majestatis Imperatoriae clementiae et laudatae consuetudinis ac generositatis in eadem captivitatis miseria et calamitate relinqui, sed modo ab

antique consueto omnes captivi a dato hujus pacis tractatus ab utraque parte intra dies 61 libertatem adsequantur, peculiariter cum in partibus Transylvaniae captivitate detineantur, Nicolaus Scarlati voivoda ac filii ejus denique domestici contra liberos barones Stein et Petrasch, cum penes eos Christianopoli in 7 turribus existentibus hominibus permutati sint, quare et ii a dato hujusce pacis tractatus intra dies 31 in confiniis Valachie invicem permutentur et eliberentur. Caeteris vero, qui in privatorum potestate sunt vel apud ipsos Tartaros, licitum sit eliberationem suam honesto et, quam fieri poterit, medicori lytrò procurare; quodsi cum captivi domino honesta accommodatio fieri non poterit, judices locorum litem omnem per compositionem dirimant; sin autem praedictis viis id etiam confici haud posset, captivi pretiis eorum sive per testimonia sive per juramenta probatis atque solutis eliberentur nec possint domini aviditate majoris lucri sese redemtioni eorundem opponere; et quandoquidem a parte imperatoris Ottomannici homines non emitterentur, qui taliter eliberandis captivis operam adhibeant, spectabit ad probitatem Caesareorum praefectorum, ut ad dimittendum Ottomannos captivos, quo emti sunt, pretio sincere liquidato dominos illorum adstringant atque ita sanctum hoc opus pari utrinque pietate promoveatur.

Art. XIII. Utriusque partis mercatores juxta antecedentes capitulationes pacis in ditionibus utriusque imperii rem mercatoriam libere, secure et pacifice exerceant. Romanorum Imperatori jam modo subjectarum atque imposterum per suam Majestatem a Christianae religionis statibus acquirendarum provinciarum mercatoribus et subditis, cujuscunque sint nationis, terra marique, prout ad hanc rem destinati commissarii convenerint, sub signis et litteris patentibus Romano-Caesareis in regnis ac provinciis Ottomannicis pacificus aditus et reditus pateat, emtio et venditio libera sit et solutis necessario pendendis vectigalibus neutiquam molestentur, quin immo protegantur, consules et interpretes, qui mercatorum curabunt negotia (ubi praedicti commissarii convenerint) in ditionibus Ottomannicis constituantur et reliquis Christianis a tributo liberis nationibus concessus favor etiam Romano-Caesareis mercatoribus confirmetur et concedatur eademque ipsi utilitate et securitate gaudeant et perfruantur. Algerinis, Tunetanis et Tripolitanis aliisque, quibus inhiberi necesse est, serio demandatur, ut imposterum pacis capitulationibus neutiquam contravenientes nullam prorsus paci adversantem actionem perpetrent. Coerceantur quoque in ripa maris sitae Dulcinensis arcis incolae, ne deinceps piraticam exerceant, neve naves mercatorum infestent et damnificent, eorum fregatis et reliquis manibus piraticis sublatis alias exstruere prohibeantur, ita quidem, ut in tales praedones, qui contra imperiales pacis capitulationes mercatorum navibus damna invehere et aggredi ausi fuerint, restitutis omnibus depraedatis rebus et bonis resartisque damnis et jacturis ac in libertatem adsertis captivis, quos ceperant, juxta leges, ut justitia exiget, ad aliorum exemptum animadvertantur et puniantur. Ut autem commercii res omnis fraudis expers sit, quidquid ab utraque parte constituti et de illis tractantes commissarii concluserint ac determinaverint, rati habeatur, in capitulationibus inseratur ac adjungatur.

Art. XIV. Porro etiam maneat illicitum futuris quoque temporibus receptaculum dare malis hominibus, rebellibus, subditis aut male contentis, sed ejusmodi homines et omnes praedones, raptores, etiamsi alterius partis subditi sint, quos in ditione sua deprehenderint, merito supplico adficere, utraque pars adstricta sit; qui si deprehendi nequeant, capitaneis et praefectis eorum, sic ubi eos latitare compertum fuerit, indicentur iique illos puniendi mandatum habeant; quodsi nec hi officio suo in punitione talium sceleratorum satisfecerint, indignationem Imperatoris sui incurrant, aut officiis exuantur aut ipsimet poenas pro reis luant. Quoque magis nefariorum hujusmodi petulantiis cautum sit, neutri partium liceat intertenere aut alere Haydones, quos liberos nuncupant, plagiarios Pribeck dictos atque id genus facinorosorum hominum, qui non sunt alterutrius principis stipendio conducti, sed raptu vivunt, tamque ii, quam qui eos aluerint, pro demerito puniantur, talesque nefarii, etiamsi consuetae vitae emendationem prae se ferant, nullam fidem mereantur nec prope confinia tolerentur, sed ad alia remotiora loca transferantur.

Art. XV. Ne tamen aliquo modo tranquillitas et subditorum quies perturbari queat, loca, ubi Ragozius, Berezenius, Antonius Esterhasi, Forgatsch, Adamus Vay et Michael Zacky aliique Hungari, qui tempore belli ab obedientia augustissimi Rom. Imperatoris desciverunt et in Ottomannicis ditionibus refugium quaesiverunt, in Ottomannico imperio ad lubitum collocabuntur et accommodabuntur, remota sint a limitaneis et confiniariis partibus, et uxores illorum non impediantur maritos suos sequi et cum iis in adsignato districtu commorari.

Art. XVI. Proponentibus plenipotentiariis S. Caes. Rom. Imperialis Majestatis, ut rex Poloniae ejusque respublica in hocce tractatu simul comprehendantur, responsum est, inter regem Poloniae ejusdemque dictam rempublicam pacem perpetuam et firmam et nullas cum Ottomannico imperio controversias versari. Si autem Poloni ratione Choczin aut ob alia negotia ad proferendum aliquid haberent, per legatos aut per litteras apud Ottomannicam Portam notificare et exponere poterunt, quae aequitate et justitia determinabuntur.

Art. XVII. Ut quoque tanto magis armistitium hoc bonaque inter ambos potentissimos Imperatores amicitia firmetur ac valescat, mittentur solennes utrinque legati ex aequo usitatis ceremonialibus ab introitu in confinia usque ad reditum in loco secundae pernoctationis excipiendi, honoradi, tractandi atque prosequendi, qui in signum amicitiae spontaneum munus conveniens, tamen et utriusque Imperatoris dignitati consentaneum, adferent et in aequinoctio mense Martio iter praevia mutua correspondentia uno eodemque tempore suscipientes in confiniis more jam pridem inter utrumque imperium observato permutabuntur, solenniter porro legatis in imperatoriis aulis, quidquid libuerit, petere liceat atque permittatur.

Art. XVIII. Regula et norma curialium in recipiendis recessisque pariter honorandis et tractandis ministris ultro citroque commeantibus et commorantibus juxta usitatam prioribus etiam temporibus modalitatem deinceps ab utrinque cum aequali decore et secundum distinctam characteris missorum

praerogativam observetur. Legatis Caesareis et residentibus et quibusvis eorundem hominibus pro suo arbitrio, quibusque placuerit vestibus, uti licitum sit neve quispiam impedimento esse possit. Ministri porro Caesarei, sive oratoris sive ablegati sive residentis sive agentis munere fungantur, quibus reliquorum principum Ottomannicae portae amicorum legati et agentes immunitatibus et privilegiis perfruantur, eadem libertate, immo ad distinguendam Caesareae dignitatis praerogativam usitatis melioribus modis fruantur habeantque liberam potestatem conducendi interpretes; cursores etiam et alii eorum homines Vienna ad Ottomanicam Portam atque iterum redeuntes et ultro citroque venientes salvo passu tuto et secure permeent atque, ut commode iter suum perficiant, omni favore coadjuventur.

Art. XIX. Has vero conditiones et articulos ad formam hic mutuo placitam a Majestatibus utriusque Imperatoris rati habitum iri atque ut solennia ratificationis diplomata intra spatium triginta dierum a die subscriptionis vel citius in confiniis per excellentissimos legatos plenipotentiarios et mediatores reciproce recte commutentur, legati plenipotentiarii utriusque imperii sese infallibiliter praestituros obligant et compromittunt.

Art. XX. Duret armistitium hocce et extendatur favente Deo ad viginti quatuor annos, quo annorum numero elapso vel etiam medio tempore, priusquam elabatur, liberum esto utrique partium, si ita placuerit, pacem hanc ad plures annos adhuc prorogare.

Itaque mutuo et libero consensu quaecunque stabilita sunt pacta inter Majestatem serenissimi et potentissimi Romanorum Imperatoris et Majestatem serenissimi et potentissimi Ottomannorum Imperatoris et haeredes eorundem, imperia quoque et regna ipsorum, terra item marique sitas regiones, civitates, urbes, subditos et clientes, observentur sancte, religiose et inviolabiliter. Et demandetur serio omnibus utriusque partis gubernatoribus, praefectis, ducibus exercituum atque militiis et quibusvis in eorundem clientela, obedientia et subjectione existentibus, ut illi quoque praedeclaratis conditionibus, clausulis, pactis et articulis sese adaequate conformantes omnibus modis caveant, ne contra pacem et amicitiam hanc sub quocunque nomine aut praetextu se invicem offendant aut damnificent, sed quolibet prorsus inimicitiae genere abstinendo bonam colant vicinitatem, certo scientes, quodsi eatenus admoniti morem non gesserint, severissimis in se poenis animadvertendum fore. Ipse quoque Crimensis Chanus et omnes Tartarae gentes quovis nomine vocitatae ad pacis hujus et bonae vicinitatis et reconciliationis jura rite observanda adstricti sint nec iisdem contraveniendo hostilitates qualescunque exerceant erga quasvis Romano-Caesareas provincias earumque subditos et clientes; porro sive ex aliis exercituum generibus sive ex nationibus Tartarorum, si quis contra sacras imperatorias hasce capitulationes et contra pacta et articulos earum quidpiam ausus fuerit, is poenis rigorosissimis coërceatur.

Incipiat vero dicta modo pax, quies et securitas subditorum utriusque imperii a supra fata die subscriptionis et cessent exinde atque sustollantur omnes utrinque inimicitiae, et subditi utriusque partis securitate et tranquillitate

fruantur. Eoque fine et quo magis per summam curam et sedulitatem hostilitates inhiberi possint, transmittantur quam celerrime mandata et edicta publicandae pacis ad omnes confiniorum praefectos, cumque spatium aliquod temporis requiratur, intra quod officiales in remotioribus praesertim confiniis istam conclusae pacis notitiam obtinere valeant, statuuntur viginti dies pro termino, post quem, si quis hostile quidpiam alterutra ex parte admittere praesumserit, poenis superius declaratis irremissibiliter subjaceat. Ut demum conditiones pacis, viginti hisce articulis conclusae, utrinque acceptatae et debito summoque cum respectu inviolatae observentur, siquidem domini plenipotentiarii Ottomannici vi concessa iisdem facultatis imperatoriae instrumentum Turcico sermone exaratum et subscriptum legitimum et validum nobis exhibuerint, nos quoque vi mandati et plenipotentiae nostrae propriis manibus et propriis sigillis subscriptas hasce pactorum litteras in latino idiomate tanquam legitimum et validum instrumentum extradidimus.

Acta haec sunt in congressu, ad Passarovicium in Servia sub tentoriis celebrato, die vigesimo primo Junii anno domini millesimo septingentesimo decimo octavo.

D. H. Comes de Virmont. (L. S.)

Michael a Dalmann. (L. S.)

Nos Robertus Sutton, eques auratus ex parte serenissimi et potentissimi domini Georgii, Magnae Britanniae Regis, et Jacobus comes Colyer ex parte alte potentium dominorum foederati Belgii Ordinum Generalium legati mediatores haec praemissa coram nobis et sub directione mediationis nostrae ita acta, conclusa et firmata esse vigore publici muneris nostri pariter subscriptione et sigillorum nostrorum appositione attestamur et firmamus.

Rob. Sutton. (L. S.)

J. C. Colyer. (L. S.)

Tractatus commercii

initus

PASSAROVICII

die 27. Julii 1718.

In Nomine Sanctissimae et Individuae Trinitatis.

Ad perpetuam rei memoriam notum sit omnibus et singulis, quorum interest aut quodammodo interesse poterit. Posteaquam divina favente gratia inter augustissimum, serenissimum et potentissimum principem ac dominum, dominum Carolum, electum Romanorum Imperatorem, semper Augustum, Ger-

maniae, Hispaniarum, Indiarum, nec non Hungariae, Bohemiae, Dalmatiae, Croatiae, Slavoniae, Serviae et utriusque Siciliae etc. etc. regem, archiducem Austriae, ducem Burgundiae, Brabantiae, Mediolani, Styriae, Carinthiae, Carniolae, Limburgiae, Luxemburgiae, Würtembergae, superioris et inferioris Silesiae et Sueviae, sacri Romani imperii marchionem Burgoviae, Moraviae, superioris et inferioris Lusatiae, comitem Habspurgi, Flandriae, Tyrolis, Goritiae, Ferretis, Kyburgi etc. etc. ex una, et serenissimum atque potentissimum principem et dominum, dominum Sultanum Achmed Han, Ottomannorum, Asiae Graeciaeque Imperatorem ab altera parte, alma pax restaurata et conclusa sit, ambae imperatoriae Majestates, quidquid eandem firmiorem reddere reciprocamque consensionem et fiduciam augere valet, contribuere satagentes, nihil opportunius eum in finem existimaverunt, quam si pro utriusque imperii subditis liberum commercium fluviis, terra marique stabiliretur eorumque particulares eatenus rationes per convenientes articulos dirigantur talique via omnibus difficultatibus et dissensionibus, quae bonam amicitiam labefactare possent, solide firmiterque praecaveatur. Itaque ex parte sacrae Romano-Caesareae Regiaeque Cathol. Maj. illustrissimus dominus Anselmus Franciscus a Fleischmann, imperialis aulico-bellicus consiliarius, ex parte vero Ottomannicae imperatoriae Majestatis illustrissimus dominus Seiffulah Effendi, actualis nischandschi, id est minister in sultanicis diplomatibus, mandatis et decretis tesseram imperialem formans, denominati et plenipotentia mandatisque instructi deputati prope Passarovicium congressi et juxta insertum in almae pacis instrumento XIII. articulum in sequentes viginti articulos convenerunt.

Art. I. Liberum et universale commercium inter utriusque Romani et Ottomannici imperii subditos fluviis, terra marique statutum est, volentes, ut nomine subditorum Sacrae Romano-Caesareae Regiaeque Catholicae Majestatis comprehendantur Germani, Hungari, Itali, Belgae, cujuscunque nationis et religionis, qui actualiter regimini imperiali regio subjacent vel quocunque tempore, modo et titulo subjacere debent; hi merces suas, exceptis armis et pulvere pyrio aliisque prohibitis rebus, in omnibus ditionibus Ottomannicis distrahere libereque mercaturam exercere valeant. Cunctae vexillis seu aplustribus et litteris patentibus Romano-Caesareo regiis instructae naves portus imperio turcico subjectos libere accedere, ultro citroque commeare, ibidem mercimonia sua exponere, damna iisdem navibus a maris procellis vel quocunque alio accidente illata resarcire, vina et quaecunque sufficientia cibaria aliaque necessaria persoluto pretio apparare et ex iisdem portibus exire incolumes possint.

Art. II. Utriusque imperii subditi et mercatores libere in Danubio mercaturam exerceant, mercatores autem suae Sacrae Romano-Caesareae Regiaeque Majestatis merces, quas per Danubium in imperium Turcicum invehunt, Widinii, Rudscik aliisque in locis e navibus extrahere, curribus pretio consueto conductis imponere et terra in quemcunque locum secure transportare mercaturamque exercere possint; etiam mercatoribus Romano-Caesareo-Regiis (prout conventum est, ne naves Danubiae in Pontum Euxinum intrent) Ibrailae,

Issakciae, Kiliae aliisque in emporiis, ubi tscaicae aliaeque in Pontum Euxinum commeantes naves reperiuntur, naulo consueto conducere, merces suas imponere easque Constantinopolim, in Crimeam et Trapezuntem, Synopolim aliaque in emporia maris Euxini (ubi merces distrahuntur) transportare, sine impedimento ultro citroque commeare mercaturamque exercere liberum esto.

Art. III. A mercatoribus utriusque imperii pro mercibus, quae fluviis, terra marique vehuntur, in uno telonii loco, scilicet semel quando importantur et secunda vice quando aliae exportantur, pro vectigali tribus per centum exsolutis, minimum quidquid supra haec memorata tria per centum quispiam exigere praesumat, mercatoresque in portu Ottomannico ob felicem navis adventum, prout etiam aliae Ottomannici imperii amicae nationes praestare solent, pro consuetudine, selamet dicta, trecentos asperos, id est tres florenos et quartam thaleri partem exsolvant. A mastarie, cassabie aliisque impositionibus et juribus autem omnimode immunes sint, modusque iste respectu mercatorum utriusque partis observetur. Imperiales mercatores possint de mercibus suis, terra, mari et fluviis allatis, casu, quo teloniarii aut inspectores easdem pluris, quam par est, judicarent, praefata tria per centum in natura, id est iisdem mercibus solvere, qua solutione teloniarii contenti esse debent; vectigal in quacunque vulgati commercii moneta praestetur, ultra quod nullus imperialium mercatorum molestandus sit. Naves imperiales, mercibus in ditionibus Ottomannicis emptis onustae, solutis semel in Ottomannico telonio vectigalibus acceptisque a teloniorum praefectis syngraphis, vulgo teskere dictis, in portibus aut in arcibus ad angustias Hellesponti sitis, vulgo Dardanella dictis, iterato non visitentur, sed juxta tenorem praefatarum syngrapharum procedatur. Si alicui imperiali navi non faveret occasio vendendi aut commutandi sua mercimonia et vellet de Ottomannico portu ad alium vela ventis dare, solutis semel tribus per centum in primo Turcico telonio et exhibita teloniariis syngrapha, teskere dicta, nullibi quidpiam amplius solvere tenebitur. Si quis utriusque imperii mercatorum circa telonium fraude uteretur, merces suas non soluto vectigali clam subtrahens, deprehensus in facto pro poena duplum portorium dare tenebitur. Ab utriusque partis mercatoribus subditisque de pecunia auri vel argenti, quam invehunt vel extrahunt, nec non de aliis mercimoniis, de quibus aliae amicae nationes telonium solvere non solent, vectigal nullatenus exigatur. Teloniarii Ottomannici mercatoribus Caesareo-Regiis soluto vectigali de mercibus navibus impositis syngraphas sine mora extradant, ne dilatione hujus discessus navis impediatur. Mercatores imperiales ex eo, quod merces suas e propriis navibus Turcicis imponant et in quaedam Ottomannici imperii emporia transportent, ultra vectigal in hac capitulatione stabilitum non molestentur.

Art. IV. Quaecunque mercimonia in ditionibus Turcicis Ottomannicae Portae amicorum regum negotiationibus coëmendi, commutandi et in suas devehendi provincias data fuerit facultas, etiam Caesareo-Regiis mercatoribus concessa sit, et si quidpiam e prohibitis rebus mercibusve a praedicta Porta Ottomannica aliis nationibus concedatur, id prae omnibus in Sacrae Romano-

Caesareae Regiaeque Majestatis considerationem suis negotiatoribus emere et evehere permittatur.

Art. V. Ad majorem mercatorum imperialium securitatem, quietem reique mercatoriae incrementum Sacra Romano-Caesarea Regiaque Catholica Majestas per suum ministrum pro tempore ad Portam Ottomannicam existentem in maris Mediterranei ditionumque Ottomannicarum emporiis, insulis, ac ubicunque ab aliis exteris nationibus consules et interpretes instituti sunt, pariter consules, vice-consules, agentes, factores, interpretes datis decretis creare et stabilire queat. Si autem in aliis locis, in quibus hucusque praedictorum nullus morabatur, hujusmodi consules, vice-consules, agentes etc. commercii necessitas requirat, per ministrum alte praefatae Caesareae Regiaeque Majestatis Ottomannicae Portae exponatur; si deinceps praedicto ministro permissio concedatur, congrua diplomata dabuntur, ut denominati consules, vice-consules, agentes, interpretes etc. ab imperii Ottomannici ministris assignatorumque locorum officialibus adjuventur et protegantur iisque in omnibus eventibus assistentia praebeatur. In quocunque Ottomannici imperii loco Caesareorum negotiatorum quispiam e vita discederet, bona illius nullo modo a fisco contrectentur, sed a ministris Caesareis eorumque deputatis integre recipiantur. Casu, quo suae Sacrae Romano-Caesareae Regiaeque Majestatis ad Portam Ottomannicam existenti ministro videretur congruum, loco consulum in praedictis locis solos interpretes constituere, hi interpretes non solum neutiquam molestentur, sed iisdem favoribus, privilegiis et protectionalibus, consulibus concessis gaudeant et perfruantur. Vigore hujus almae capitulationis Sacrae Caesareae Regiaeque Majestatis consules, vice-consulues, interpretes, mercatores omnesque eorum in actuali servitio existentes famuli ab omni tributo aliisque impositionibus liberi et immunes sint. Sacrae Romano-Caesareae Regiaeque Majestatis subditi, consules, interpretes, mercatores hominesque in eorum servitiis existentes ob cuncta sua commercii, emptionis, venditionis, fide jussionis aliarumque rerum negotia judicem accedant illaque peragenda judiciali protocollo inferant, ac ab eodem litteras judiciales, vulgo hugget dictas, aut validas syngraphas accipiant; orta deinceps controversia, dictae litterae judiciales aut syngraphae, uti etiam praefatum protocollum inspiciatur et juxta legem et justitiam procedatur. Gubernatores aliique provinciarum Ottomannicarum officiales cujuscunque dignitatis neminem praedictorum Caesareorum hominum accusationis aliove praetextu in carcerem detrudere, molestiis et injuriis afficere praesumant. Si vero eorum quispiam in Ottomannico judicio sistendus esset, is scitu consulum praesenteque interprete compareat et per praedictos consules et interpretes ad carcerem Caesareum ducatur. Si cuidam a mercatore Caesareo-Regio quidquam debeatur, creditor debitum suum opera consulum, vice-consulum, interpretum a suo debitore et nemine alio praetendat. Saepius dictis consulibus, vice-consulibus, interpretibus, mercatoribus illorumque domesticis et famulis in suis habitationibus liberum Romanae Catholicae religionis exercitium permittatur, exteraeque nationes ad hujusmodi religionis functiones accedentes nullo prorsus modo impediantur aut molestentur.

Lite vel controversia contra Caesareo-Regios consules, vice-consules, interpretes, mercatores etc. exorta, si ea summam trium millium asperorum, id est 25 thalerorum excesserit, in nullo provinciarum tribunali decidi possit, sed ad Portae Ottomannicae judicium remittatur. Si vero controversia inter Caesareo-Regios mercatores orta fuerit, juxta leges et solita eorum constituta a consulibus et interpretibus etc. examinetur et determinetur. Nulla praedictorum mercatorum ad discessum jamjam expedita navis ob litem enascentem detineatur, sed lis et controversia celeriter opera consulum, agentium et interpretum decidatur; et si quispiam Caesareorum aliqua de causa in judicio Ottomannico sistendus foret, is absente interprete ad praedictum judicium comparere non teneatur. Caesareo-Regii mercatores, in quemcunque Ottomannici imperii locum iverint, a provinciarum gubernatoribus, judicibus et cunctis officialibus ejusque regni praefectis petitione donativorum immunes sint et hanc ob causam nullo modo molestentur.

Art. VI. Portae Ottomannicae pro securitate et tranquillitate suorum subditorum et mercatorum ad tractanda necessaria eorundem negotia procuratores, vulgo sachbender dictos, in ditionibus Caesareo-Regiis constituere volenti liberum esto, ordinesque ab aula imperiali Sacrae Romano-Caesareae Regiaeque Majestatis officialibus cujuscunque conditionis dabuntur, ut praedicti Ottomanico diplomate muniti procuratores in illis locis, ubi commercii necessitas requirit, protegantur nullaque molestia afficiantur et, si Turcicorum mercatorum quispiam e vita discesserit, relicta ipsius bona saepius dictus Ottomannus procurator custodienda recipiat.

Art. VII. Nullus ministrorum et officialium Ottomannici imperii navibus, vexillis seu aplustribus litterisque patentibus Romano-Caesareo-Regiis instructis, in quodam Turcico portu appulsis jactisque anchoris, permanendi, discedendi, mercimonia imponendi aut extrahendi facultatem deneget.

Art. VIII. Navibus imperialibus maris fluctibus procellisque jactatis Ottomannici imperii naucleri aliique rei maritimae experti, qui in illa vicinitate reperiuntur, opem ferant et casu, quo quandam praedictarum navium naufragium subire contigerit, merces a fluctibus ad litus ejectae Caesareo-Regiis consulibus in proximis locis existentibus integre extradantur.

Art. IX. Ex eo, quod Melitenses et piratae passim in Mediterraneo circumvagantes Turcis aliisve Ottomannici imperii subditis damna intulerint, Caesareo-Regii mercatores eorumque naves hanc ob causam neutiquam molestentur.

Art. X. Ottomannicae Portae subditi mercatores, si naves Caesareo-Regias ascendere aut iisdem merces aliasve res imponere velint, hi jura, quae ab illis Angli, Galli et Batavi exigunt, solvere tenebuntur.

Art. XI. Mercatorum Caesareo-Regiorum naves neque ad copiarum Ottomannicarum neque aliarum ad publicum pertinentium rerum transportationem vi adigantur.

Art. XII. Dum utriusque imperii naves bellicae in mari sibi invicem obviae factae fuerint, iis, qualesnam essent, compertis, erectione et explicatione

vexillorum seu aplustrium ex utraque parte amicitiae demonstratio exhibeatur.

Art XIII. Liberum esto Caesareo-Regiis subditis, sive commercii, sive piae peregrinationis causa ad quemcunque ditionum Ottomannicarum locum contendere, ultro citroque absque impedimento commeare; iis autem, ne in quocunque loco et itinere a tributi exactoribus aliisve hominibus infestentur, a Porta Ottomannica rigorosae litterae patentes dabuntur.

Art. XiV. Hebraei se negotiis mercatorum imperialium immiscere et sive imperii Ottomannici diplomate aut quadam potenti intercessione proxonetam, vulgo sensal aut Unterhandler, agere minime praesumant, nisi a dictis mercatoribus Caesareo-Regiis spontanea et libera voluntate ad hoc servitium admittantur. Si vero Hebraei ex eo, quod ad praefatum proxonetae servitium non vocentur, perfide conspirare, mercatoribus Caesareo-Regiis damna inferre intendant, in aliorum exemplum severissime puniantur.

Art. XV. Mercatoribus Caesareo-Regiis ut dissidia et inconvenientiae, quae plerumque diversas inter nationes exoriri solent, evitentur, ad imponenda et conservanda sua mercimonia praestito consueto censu unus proprius et commodus locus, vulgo chan dictus, a Porta Ottomannica ad instantiam ministri Caesarei apud eandem existentis assignabitur.

Art. XVI. Si e Caesareo-Regiorum consulum, vice-consulum, agentium, interpretum etc. famulitio, aut mercatorum quispiam quorundam odio aut iniquo proposito Mahometanismum amplexus fuisse accusaretur, talis accusatio irrita et vana censeatur, donec hujusmodi homo in praesentia Caesoreo-Regii interpretis spontaneo et deliberato animo Mahometanismum profiteatur; nullatenus vero talis religionis mutatio illi suffragetur, casu, quo de aere alieno quid haberet, ad solvenda debita sua adstringatur et compellatur.

Art. XVII. Si mercatorum subditorumve Sacrae Caesareae Regiaeque Majestatis in nave piratica quispiam inventus fuerit, capta nave abductisque in servitutem piratis neutiquam captivetur, sed liber dimittatur.

Art. XVIII. Si haecce inter duos serenissimos et potentissimos Imperatores conclusa alma pax et amicitia in inimicitiam (quod Deus avertat) commutaretur, omnes utriusque imperii subditi in fluviis, terra et mari existentes tempestive certiores fiant, ut acceptis solutisve debitis cum suis bonis salvi et incolumes ad confinia exire valeant.

Art. XIX. Mercatores Persiani, qui ex imperio Caesareo-Regio per Danubium ad confinia Ottomannica pervenire intendunt, solutis semel et more consueto ultra impositionem, reffüe dictam, in telonio Ottomannico quinque per centum acceptaque a teloniariis soluti vectigalis syngrapha, ulterioris portorii solutioni nullibi subjaceant; similiter illi, qui ex Persia per Ottomannica confinia ad ditiones Caesareo-Regias commeare cupiunt, solutis in Ponto Euxino vel in Danubio semel quinque per centum iterata vectigalis solutione non molestantur.

Art. XX. Praesentis hujusce commercii tractatus articuli ab utriusque partis commissariis, plenipotentia et mandatis instructis, manibus sigillisque propriis

signati et corroborati imposterum sancte et religiose observentur, ac iisdem per nullum mandatum ab utroque imperio emanandum ullo modo praejudicetur, praedictumque tractatum a Majestatibus utriusque Imperatoris intra spatium triginta dierum a die subscriptionis ratihabitum iri sese infallibiliter obligant atque praestituros compromittunt praefati commissarii, ut demum commercii conditiones, viginti hisce articulis conclusae, utrinque acceptatae debito summoque cum respectu inviolatae observentur; siquidem dominus deputatus Ottomannicus vi concessae eidem facultatis imperatoriae instrumentum Turcico sermone exaratum et subscriptum legitimum et validum mihi exhibuit, ego quoque vi mandati et plenipotentiae meae manu sigilloque proprio subscriptum et signatum hunc commercii tractatum in latino idiomate tanquam legitimum et validum vicissim instrumentum extradidi.

Dabantur prope Passarovicium die vigesima septima Julii, anno milesimo septingentesimo decimo octavo.

(L. S.) *Anselmus Franciscus de Fleischmann.*

Cum igitur praedictus commerciorum et navigationis tractatus, prout hic verbotenus scriptus et insertus legitur, post colloquia, similiter prope Passarovicium eum in finem instituta, mandato nostro confectus sit, nos illum in omnibus et singulis punctis et articulis, praehabita matura et diligenti consideratione, ex certa nostra scientia pro nostra parte omni meliori modo et forma approbamus, ratificamus et confirmamus ratumque et firmum esse et fore virtute praesentium declaramus, simulque verbo imperiali regioque promittimus pro nobis ac haeredibus et successoribus nostris, quod illa omnia et singula firmiter, sincere et inviolabiliter servabimus, adimplebimus atque per supradictos haeredes et successores nostros eodem plane pacto observari et adimpleri debere volumus atque decrevimus, neque patiemur, ut vel ex nostra parte, vel per alios praememorato commerciorum et navigationis tractatui, quomodocunque id fieri possit, ulla ratione contraveniatur, omni dolo et fraude exclusis. In horum omnium testimonium et fidem sigillum nostrum Caesareum majus huic diplomati manu nostra subscripto appendi jussimus.

Datum in civitate nostra Viennae, die decima sexta mensis Augusti anno millesimo septingentesimo decimo octavo, regnorum nostrorum Romani septimo, Hispanici decimo quinto, Hungarici vero et Bohemici octavo.

Carolus.
Eugenius
a Sabaudia. (L. S. P.)

Ad mandatum S. Caes. Reg.
Cathol. Maj. proprium.
Antonius Josephus ab Oettl.

Instrumentum Pacis,

inter Romano-Caesaream Majestatem et Ottomanicam Portam

subscriptum

BELGRADI

die 18. Sept. 1739.

In Nomine Sanctissimae et Individuae Trinitatis.

Cum, quae pro sopiendis dissidiis bellique motibus, inter serenissimum et potentissimum principem, dominam Annam, Russorum autocratrice, ac praefulgidam Porta menatis, impensa antehac fuerat amica opera, incassum cesserit, atque exin infauste acciderit, ut, quae vigesima prima mensis Julii die anno 1718 Passarovicii inter utrumque imperium feliciter conclusa fuerat pax, non sine subjectorum populorum damno ac regionum strage, ante praefixum terminum interrupta ac proinde inter augustissimum ac potentissimum principem ac dominum Carolum VI., electum Romanorum Imperatorem, semper Augustum, Germaniae, Hispaniarum, Indiarum, nec non Hungariae, Bohemiae, Dalmatiae, Croatiae, Slavoniae et utriusque Siciliae etc. regem, archiducem Austriae, ducem Burgundiae, Brabantiae, Mediolani, Styriae, Carinthiae, Carniolae, Limburgiae, Luxemburgiae, Wirtembergae, superioris et inferioris Silesiae et Sueviae, S. R. I. marchionem Burgoviae, Moraviae, superioris et inferioris Lusatiae, comitem Habspurgi, Flandriae, Tyrolis, Goritiae, Ferretis, Chyburgi etc. ab una, et serenissimum ac potentissimum principem ac dominum Sultanum Mustaffa Han, Ottomanorum, Asiae et Graeciae Imperatorem, ab altera parte cruentum ac exitiale bellum exortum sit, non modo eodem, quo id evenit, tempore de conciliandis animis ac evitanda ulteriore humani sanguinis effusione saluberrima agitata fuerunt consilia, sed et rupto posthaec Nemirovensi congressu, divina favente clementia ac interveniente serenissimi et potentissimi principis Ludovici XV., Galliarum Regis Christianissimi, amica conciliatoria opera inchoatum prius pacis opus ad finem productum fuit: siquidem cum illustrissimus et excellentissimus dominus Ludovicus Salvator, marchio de Villeneuve, Regi Christianissimo a consiliis status nec non et illius ad Portam Ottomannicam orator extraordinarius et plenipotentiarius, non solum conciliatoris, sed et sacrae Caesareae Regiaeque Majestatis plenipotentiarii munere, in ipso negotii limine functus esset, tandem eo rei ventum esset, ut sacra Caesarea Regiaque Majestas citius instaurandae pacis desiderio mota illustrissimum et excellentissimum dominum comitem a Neiperg, sacrae Caesareae Regiaeque Catholicae Majestatis supremum rei tormentariae praefectum, colonellum regiminis pedestris camerariumque actualem nec non gubernatorem provisorie constitutum ducatus Luxemburgiae, comitatus Chigni ac bannatus Temesvariensis, sua plena potentia ad pacem cum imperio Ottomannico ineundam munierit: qua instructus supradictus illustrissimus et excel-

lentissimus comes a Neiperg cum se ad castra Ottomannica ad Belgradum et in Gallici oratoris ibi degentis lentoria contulisset, habitis nonnullis colloquiis, annuente supremo imperii Ottomannici Vezirio, excellentissimo domino Mehemed Pacha, cum honoratissimis dominis Ali Pacha, Bosniae gubernatore, olim supremo Vezirio, nunc Ottomannici exercitus Seraskierio, Ali Pacha, Romeliae gubernatore, praesentibus et colloquiis intervenientibus janissariorum praefecto Hassan Aga, tum equestris, tum pedestris Ottomannicae militiae ordinumque tribunis, una simul cum honorando Anatoliae supremo judice castrensi, Essad Effendi, honoratissimis Reis Effendi, Mustapha Effendi et Mehtupei Effendi, Naghib Mehemed Effendi et Tefterdar Atiff Mustapha Effendi nominati, caeterisque imperii Ottomannici praecipuis ministris vicissim supra nonnulla praeliminaria pacis, quae prima die mensis Septembris hujus inter illustrissimum et excellentissimum comitem a Neiperg ex una parte et supremum Ottomannici imperii Vezirium ex altera parte subscripta fuere, interveniente Regis Christianissimi tum conciliatoria opera, tum fidejussoria, vulgo guarantia dicta (ex utraque parte requisita), ex quibus articulis cum nonnulla jam sint, ut conventum erat, executioni mandata; supererat, ut et juxta ultimum articulum in decem dies de solenni et definitivo tractatu convenirent. Quem ob finem denuo institutis colloquiis cum supramemoratis dominis tandem eo res perducta est, ut inter praefatum illustrissimum et excellentissimum dominum comitem a Neiperg, sacrae Caesareae Regiaeque Majestatis plenipotentiarium, ex una parte et magnificentissimum dominum Mehemed Pacha, Ottomannici imperii supremum Vezirium, absoluta et plena, qua suo munere utitur, potestate pollentem, ex altera parte, interveniente, ut dictum est, illustrissimi et excellentissimi domini Marchionis de Villeneuve conciliatoria opera nec non et Regis Christianissimi fidejussione, sive guarantia, de subsequentibus pacis articulis, solemni isto et definitivo tractatu convenerint.

Art. I. Fortalitium Belgradi, seu Alba Graeca nuncupatum, anno 1717 Caesareis armis occupatum, evacuetur et una cum antiquo olim, quo circumdabatur, muro, etiam ut nunc est resarcito, nec non cum munimentis, vetusto muro inseparabiliter adhaerentibus, Ottomannico imperio restituatur. Insuper loca, in quibus pulvis tormentarius asservatur et classicae rei armamentaria, militum aedes et caetera, quae in dicta civitate extant, publica et privata aedificia ad Ottomannicum imperium pertinebunt. Reliqua vero recentia munimenta demoliantur, usque adeo, ut ipsi quoque ductus viae obtectae (vulgo chemin couvert) et, quae inde sequitur, proclivis planities (nuncupata glacis) destruantur, quemadmodum et exigua propugnacula e regione Belgradi in ripis Danubii et Savi existentia, ea lege et conditione, ut caveatur, ne, quod Ottomannicae Portae cessum est, ullum inde damnum patiatur.

Art. II. Similiter fortalitium Sabatz (Turcico idiomate Bujurdulen nuncupatum) imperio Ottomannico restituatur in eodem statu, quo olim erat, iisdemque conditionibus, quae supra de Belgradi fortalitio stipulata fuerant; arma, tormenta, res cibariae et omnis denique bellicus apparatus, quibus dicta fortalitia Belgradi et Sabatz sunt instructa, caeteraque omnia, quae vehi possunt,

nec non naves bellicae et reliquae omnes cymbae, quae in duobus fluminibus reperiuntur, ad augustissimum Romanorum Imperatorem pertinentes, in ipsius dominio et potestate permanebunt, et vice versa in dictis fortalitiis Belgradi et Sabatz ea demum Ottomannico imperio pertinebunt, quae supra in stipulationem venerunt.

Art. III. Sacra Caesarea Regiaque Majestas Serviae provinciam, in qua situm est Belgradi fortalitium, Portae Ottomannicae cedit. Limites et confinia utriusque imperii Danubii et Savi flumina constituant. Et fines verum provinciae Serviae iidem ex parte Bosniae sint, qui erant Carlovicensi tractatu.

Art. IV. Sacra Romano-Caesarea Majestas Ottomannicae Portae universam Valachiam Austriacam una cum ejus montibus cedit nec non concedit dictae Ottomannicae Portae propugnaculum in Valachia existens, Perichan nuncupatum, a Sacra Caesarea Regiaque Majestate constructum, hoc pacto tamen, ut munimenta illius demoliantur, nec imposterum ab Ottomannica Porta restitui possint.

Art. V. Insula et fortalitium Orsova et propugnaculum, sanctae Elisabethae dictum, in statu integro ad imperium Ottomannicum pertinebunt. Banatus Temesvarensis sub augustissimi Romanorum Imperatoris ditione in integrum ad Valachiae limites usque permanebit: excepta tamen parva ista planitie, quae ex opposita parte insulae Orsovae sita est et distinguitur et conterminatur ex una parte a rivo Zerna, a Meadea defluente, ex altera a Danubio, tum a rivo quodam, qui Valachiae Austriacae fines constituit, denique a primis montium collibus Banatus, qui insulae Orsovae objacent, juxta lineam, quae a rivo ad rivum ducetur, eadem ubique servata distantia, quae adest inter dictum flumen et colles e regione Orsovae objacentes, quae quidem planities in Ottomannica ditione permanebit, ea tamen lege, quodsi Turcae integrum cursum rivi Zernae ita deflectere possint, ut penes et juxta oppidum, vetus Orsova dictum, defluere possit, tunc vetus illud Orsova eidem planitiei tactum contiguum, excepto tamen illius territorio, ad Ottomannicam Portam pertinebit, eo pacto tamen, ut illud munire nequaquam liceat. Portae Ottomannicae verum unius anni conceditur spatium, per quod dicti rivi Zernae cursum deflectere possit, quo transacto omne jus amittet in dictum vetus Orsovam, quod in Sacrae Caesareae Regiaeque Majestatis ditione permanebit. Munimenta loci Meadeae, qui juxta jam stabilita confinia Sacrae Caesareae Regiaeque Majestatis est, ab Ottomannis sine mora destruantur, nec imposterum a Caesareis reaedificentur. Munimina quoque penes Danubium et Savum sita, quorum demolitio fuit statuta et in potestate Sacrae Caesareae Regiaeque Majestatis remanent, non restaurentur.

Art. VI. Jam incepta munimentorum domolitio, uti per antedictos articulos conventum est, nulla interposita mora continuanda, ut quam primum fieri poterit, terminetur. Interea, juxta speciatim concessam facultatem, honorandissimus Pacha, Romeliae Seraskierius, tantum cum quingentis hominibus in loco civitatis Belgradi designato se detineat et vigore in praeliminari expressi articuli praeter ipsum Pacham et ejus officiales, qui apud illum sunt,

nulli alteri limina circumposita mansionibus eorum praeterire et in reliquam civitatis partem ingredi minime licitum censebitur, nisi post integram civitatis munimentorum demolitionem. Eadem norma observabitur in fortalitio Belgradi demoliendo, quod Ottomannici milites non occupabunt, nisi post munimentorum, quae destruenda sunt, integram subversionem et evacuationem. Cumque vero vicissim statutum est, a die subscriptionis praeliminariorum utrinque penitus cesset omnis hostilitas et quaecunque alterius partis contributionum exactio oportet, serio demandetur, nisi jam demandatum sit, ut a die praedictae praeliminariorum subscriptionis, etiamsi inscie ab utraque parte in captivitatem abacta sint mancipia, absque ullo lytro reciproce restituantur. Ottomannicae copiae, quae hinc inde in Banatu Temesvarensi reperiuntur, praeter ad Meadeae demolitionem destinatas, incessanter abscedant, qui tamen peracto ipsis commisso opere etiam sine mora revertantur, et quidem usque eo, quod nullus eorum, qui in Banatu reperitur, subditos Caesareos minimo damno ac injuria afficiat.

Art. VII. Danubii et Savi ripis, una ex parte ad augustissimum Romanorum Imperatorem, altera vero ex parte ad Ottomannicum imperium spectantibus, promanans inde tam quoad piscationes cujuscunque naturae, potationem pecorum, quam alios necessarios usus emolumentum utriusque partis subditis commune sit, hoc pacto tamen, ne piscatum euntes utriusque partis subditi fluvii medietatem pertranseant. Naves quidem molendinariae in locis convenientibus, ubi navigationi mercatorum obesse non possunt, communi gubernatorum in confiniis existentium consensu, collocentur. Pro communi commoditate subditis utriusque partis licitum esto, sine molestia et dispendio naves et cymbas illorum contra aquae cursum per alteram ripam, cum per propriam hoc fieri nequit, remulcare et trahere. Si quae vero in Danubio et Savo enascantur aut jam enatae sint insulae, illi ex contrahentibus cedant, cujus ripae sint viciniores, quod ipsum per commissarios, juxta subsequentem articulum profigendis limitibus denominandos, intra terminum ibidem expressum erit dimetiendum. Ad incolarum vero commodas habitationes in extremis confiniis pagos aedificare, ubique sine impedimentis et exceptione utrique parti fas esto.

Art. VIII. Quicunque ex Boyaris aliisque minoris Valachis aut Moldavis, tum etiam aliis incolis ditionum Ottomannico imperio subjectarum, cujuscunque gradus aut dignitatis sint, ad partes augustissimi Romanorum Imperatoris belli tempore sese receperint, ii vigore hujus pacis et sancitae in eadem plenissimae praeteritorum oblivionis ad pristinas suas mansiones, si velint, revertere et ibi commorari atque ad instar aliorum habitationibus, bonis ac terris suis pacifice frui poterunt. Caeteris quoque subditis, qui ex utraque parte belli tempore ab obedientia illorum legitimi domini desciverint et ad alteram partem se contulerint, omnino utrinque parcatur et ad pristinos lares suos reverti licitum sit. Praesertim vero subditi Serviae et Banatus, qui tempore belli ad Caesaream sive ad Ottomannicam ditionem se dederint, tam quoad bona, quam quoad vitam omnino incolumes sint.

Art. IX. Pro religiosis et religionis Christianae exercitio juxta ritum Romano-Catholicae ecclesiae quaecunque praecedentes gloriosissimi Ottomannorum Imperatores in regnis suis sive per antecedentes sacras capitulationes sive per alia signa imperialia sive per edicta et mandata specialia tam ante Passarovicensem pacem, quam post eandem jamjam conclusam favorabiliter concesserunt, ea omnia ac speciatim quoque, quaecunque ad requisitionem augustissimi Romanorum Imperatoris patribus ordinis sanctissimae Trinitatis de redemtione captivorum fuerunt indulta, serenissimus Ottomannorum Imperator imposterum etiam observanda confirmabit, ita ut ecclesias suas praefati religiosi cum legis scitu reparare et resarcire nec non functiones suas ab antiquo consuetas exercere possint, et nemini permissum sit, contra priores capitulationes et leges aliquo genere molestiae aut pecuniariae petitionis eosdem religiosos et alios, cujuscunque ordinis et conditionis sint, afficere, sed consueta imperatoria pietate gaudeant et fruantur. Praeterea augustissimi Romanorum Imperatoris solemni ad Ottomannicam Portam legato licitum sit, commissa sibi circa religionem et loca Christianae visitationis in sancta civitate Jerusalem aliisque in locis, ubi dicti religiosi ecclesias habuerint, exponere atque instantias suas facere.

Art. X. Publici captivi, antecedentis et praesentis belli tempore ex utraque parte in captivitatem ducti et in publicis carceribus adhuc detenti, consideratione almae pacis eliberationem sperent, nec possint diutine sine laesione imperatoriae clementiae et laudatae consuetudinis ac generositatis in eadem captivitatis miseria et calamitate relinqui, sed modo ab antiquo consueto cuncti captivi a die hujus tractatus pacis ab utraque parte intra dies sexaginta unum in libertatem asserantur. Caeteris vero, qui in privatorum potestate vel apud ipsos Tartaros sunt, dummodo Christianam profiteantur religionem, eliberationem suam honeste et, quam fieri poterit, mediocri lytro procurare licitum sit. Quodsi cum captivi domino honesta conventio fieri non poterit, judices locorum litem omnem per compositionem dirimant; sin autem praedictis viis id etiam confici haud posset, captivi, pretiis eorum sive per testimonia, sive per juramenta probatis atque solutis, eliberentur, nec possunt domini aviditate majoris lucri sese redemptioni eorundem opponere.

Magnus Ottomannorum legatus, ad Sacrae Caesareae Regiaeque Majestatis ditiones iturus, quum in iisdem ad captivos Ottomannicos eliberandos operam dare voluerit, ministri et officiales Caesarei eorum libertati satagent, dum in Muhametanismo persistant. Et quandoquidem a parte imperii Ottomannici homines sive ante legationem, sive post eandem non emitterentur, qui taliter eliberandis captivis operam adhibebunt, spectabit ad probitatem Caesareorum praefectorum, ut ad dimittendum Ottomannos captivos, quo emti sunt, pretio sincere comprobato dominos illorum adstringant, inde ad confinia transmittant, hoc pacto tamen, ut pretium lytri ipsis mittatur atque ita sanctum hoc opus pari utrinque pietate promoveatur; donec demum captivi utrinque praedicta ratione liberentur, ex utraque parte officia adhibeantur, ut interea miseri captivi benigne tractentur.

Art. XI. Utriusque partis mercatores in ditionibus utriusque imperii rem mercatoriam libere, secure et pacifice exerceant subditisque ac mercatoribus provinciarum Romanorum Imperatori subjectarum, cujuscunque sint nationis, terra marique propriis navibus, more hucusque usitato, sub signis et litteris patentibus Romano-Caesareis, in regnis et provinciis Ottomannicis pacificus aditus et reditus pateat emtioque ac venditio libera sit et, solutis vectigalibus hucusque pondi solitis, neutiquam molestentur, quin immo protegantur, ita ut, quicunque in ditionibus Ottomannico imperio subditis reliquis Christianis a tributo liberis nationibus, etiam amicissimis, ac speciatim Gallis, Anglis, Batavisque concessus est favor, Romano-Caesareis mercatoribus pariter concessus et confirmatus censendus sit, eademque ipsi utilitate ac securitate gaudere et frui debeant. Vicissim Ottomannici imperii subditi et mercatores, cum confinia terrarum ac ditionum augustissimo Romanorum Imperatori subjectarum ingressi fuerint, non dissimili modo tractentur ibidemque mercaturam exercentes omnibus in negotiis protegantur et defendantur.

Algerinis, Tunetanis et Tripolitanis aliisque, quibus id mandare necesse est, serio injungatur, ut imposterum pacis conditionibus ac initis seorsim pactis conventis nulla in re contraveniant.

Coërceantur quoque in ripa maris sitae Dulcinensis arcis incolae aliique in illis partibus degentes Ottomannici imperii subditi, ne deinceps piraticam exerceant aut naves mercatorum infestent illisque damnum inferant atque, cymbis illorum seu fregattis et reliquis navibus piraticis sublatis, alias extruere prohibeantur; ita quidem, ut in tales praedones, quotiescunque pacis capitulationibus quocunque modo contravenire ausi fuerint, restitutis cunctis in praedam ablatis rebus, resarcitis damnis, in libertatem assertis captivis, juxta legum rigorem severe animadvertatur.

Art. XII. De Persico commercio sequentem in modum conventum est, quod subditis augustissimi Romanorum Imperatoris erga solutionem vectigalium praecedente articulo memoratorum per Danubium et Turcicum territorium in Persiam mercaturam exercere liceat; neque minus Persae mercatores, tum ex ditionibus Romano-Caesareis in Turcicam advenientes, tum ex Persia per Ottomannicam in ditiones Romano-Caesareas transeuntes, quamprimum tam vectigal ad normam quinque per centum, quam impositionem, quae vulgo reftie nuncupatur, solverunt, sub ullo praetextu, ulteriore onere aut exactione gravari debeant.

Art. XIII. Pax ista quamvis secundum praedictas conditiones bona concordia conclusa sit, attamen ut omnia, quae de confiniis promissa et acceptata sunt, ex omni parte effectum nanciscantur, constituantur inter spatium unius mensis ab utraque parte experti, fidi et pacifici commissarii iique loco opportuno, quam primum fieri poterit, et absque mora confinia metis et terminis manifestis per superiores articulos designata distinguant et determinent et statuta ab utrinque accuratissime et citissime executioni mandentur.

Art. XIV. Definiti tandem per hosce tractatus et subsecuta, ubi opus fuerit, locali deputatorum commissariorum separatione stabiliti sive deinceps

idoneo tempore per operam commissariorum mutuo stabiliendi confiniorum limites sancte utrinque et religiose observentur, ita, ut nulla ratione aut praetextu extendi, transferri aut mutari possint. Neque liceat alicui paciscentium parti in alterius partis territorium ultra statutos semel terminos aut limites quidquam juris aut potestatis praetendere aut exercere aut alterius partis subditos sive ad deditionem sive ad pendendum tributum qualecunque sive praeteritum sive futurum sive ad quamvis aliam humano ingenio excogitabilem exactionis aut vexationis speciem adigere aut molestare, sed omnis alteratio ex integro amoveatur.

Art. XV. Ad tollendas penitus quascunque in confiniis super aliquo articulorum armistitii hujus aut quavis de re imposterum enascentes controversias, differentias aut discordias, ubi promto et maturo remedio opus erit, ordinentur utrinque in confiniis primo quoque tempore electi pari numero commissarii, viri neutiquam avidi, sed graves, probi, prudentes, experti atque pacifici, hique loco opportuno convenientes sine exercitu cum aequali pacificarum personarum comitiva omnes et singulas hujusmodi controversias emergentes audiant, cognoscant, decidant et amicabiliter componant, talem denique ordinem et modum constituant, quo utraque pars suos homines et subditos citra omnem tergiversationem vel praetextum gravissimis poenis ad sinceram ac firmam pacis observationem compellat; quod si vero negotia tanti momenti occurrerent, quae per commissarios utriusque partis componi et expediri non possent, tunc ad ambos potentissimos Imperatores remittantur, ut ipsi complanandis iisdem, sedandis et extinguendis modum et rationem adhibere valeant, ita ut tales controversiae, quam fieri poterit, intra brevissimum temporis spatium componantur nec eorum determinatio ulla ratione negligatur aut protrahatur. Cumque praeterea in antecedentibus sacris capitulationibus duella et mutuae ad certamen provocationes fuerint vetitae, imposterum etiam sint illicitae, et si qui in singulare certamen venire ausi fuerint, in illos ut transgressores gravissime animadvertatur.

Art. XVI. Incursiones hostiles et occupationes omnesque insultus, clam aut ex improviso facti, devastationes et depopulationes territorii utriusque dominii omnino et severissimis mandatis prohibitae sint ac illicitae. Transgressores vero articuli hujus, ubicunque deprehensi, statim incarcerentur et per jurisdictionem loci, ubi captivi fuerint, pro merito puniantur absque ulla remissione, et rapta quaecunque sint, diligentissime perquisita et adinventa secundum omnem aequitatem dominis suis restituantur. Capitanei quoque ipsimet, commendantes et praefecti utriusque partis ad justitiam nulla admissa incuria integerrime administrandam sub amissione officii non solum sed etiam vitae et honoris adstricti sint atque obligati.

Art. XVII. Si haecce inter duos serenissimos et potentissimos Imperatores conclusa alma pax et amicitia in inimicitiam, quod Deus avertat, commutaretur, omnes utriusque imperii subditi in fluviis, terra et mari existentes tempestive certiores fiant, ut acceptis solutisque debitis cum suis bonis salvi et incolumes ad confinia exire valeant.

Art. XVIII. Maneat porro etiam illicitum, futuris quoque temporibus receptaculum vel fomentum dare malis hominibus, rebellibus subditis aut male contentis, sed ejusmodi homines et omnes praedones, raptores, etiamsi alterius partis subditi sint, quos in ditione sua deprehenderint, merito supplico afficere, utraque pars adstricta sit; qui si deprehendi nequeant, capitaneis aut praefectis eorum, sic ubi eos latitare compertum fuerit, indicentur iique illos puniendi mandatum habeant; quodsi nec hi officio suo in punitione talium sceleratorum satisfecerint, indignationem Imperatoris sui incurrant, aut officiis exuantur aut ipsimet poenas pro reis luant. Quoque magis nefariorum hujusmodi petulantiis cautum sit, neutri partium liceat intertenere aut alere Haydones, quos liberos nuncupant, plagiarios Pribeck dictos atque id genus facinorosorum hominum, qui non sunt alterutrius principis stipendio conducti, sed raptu vivunt, tamque ii, quam qui eos aluerint, pro demerito puniantur, talesque nefarii, etiamsi consuetae vitae emendationem prae se ferant, nullam fidem mereantur nec prope confinia tolerentur, sed ad alia remotiora loca transferantur.

Art. XIX. Ne tamen aliquo modo confiniorum tranquillitas et subditorum quies perturbetur, loca, ubi Michael Czacky aliique Hungari, qui ab obedientia augustissimi Romanorum Imperatoris desciverunt et in Ottomannicis ditionibus belli tempore refugium quaesiverunt, in praedictis ditionibus ad lubitum collocabuntur, remota sint a limitaneis et confiniariis partibus, uxores tamen illorum non impediantur maritos suos sequi et cum iis in adsignato districtu commorari.

Art. XX. Ut quoque tanto magis armistitium hoc bonaque inter ambos potentissimos Imperatores amicitia firmetur ac valescat, mittentur solennes utrinque legati ex aequo usitatis ceremonialibus ab introitu in confinia usque ad reditum in locum secundae permutationis excipiendi, honorandi, tractandi atque prosequendi, qui in signum amicitiae spontaneum munus conveniens, tamen et utriusque Imperatoris dignitati consentaneum, afferent et in mense Maji iter praevia mutua correspondentia uno eodemque tempore suscipientes in confiniis Belgradi more jam pridem inter utrumque imperium observato permutabuntur, solemnibus porro legatis in imperatoriis aulis, quidquid libuerit, petere liceat atque permittatur.

Art. XXI. Regula et norma curialium in recipiendis receptisque pariter honorandis et tractandis ministris ultro citroque commeantibus et commorantibus juxta usitatam prioribus etiam temporibus modalitatem deinceps ab utrinque cum aequali decore et secundum distinctam characteris missorum praerogativam observetur. Legatis Romano-Caesareis et residentibus et quibusvis eorundem hominibus pro suo arbitrio, quibusque placuerit, vestibus uti licitum sit neve quisquam impedimento esse possit. Ministri porro Caesarei, sive oratoris sive legati sive residentis sive agentis munere fungantur, quibus reliquorum principum Ottomannicae portae amicorum legati et agentes immunitatibus et privilegiis perfruantur, eadem libertate, immo ad distinguendam Caesareae dignitatis praerogativam usitatis melioribus modis fruantur habeantque liberam potestatem conducendi interpretes; cursores etiam et alii eorum homines ab aula Caesarea ad Ottomanicam Portam euntes atque iterum rede-

untes et ultro citroque venientes salvo passu tuto et secure permeent atque, ut commode iter suum perficiant, omni favore adjuventur.

Art. XXII. Has vero conditiones et articulos ad formam hic mutuo placitam a Majestatibus utriusque Imperatoris rati habitum iri atque ut solennia ratificationis diplomata intra spatium triginta dierum a die subscriptionis vel citius per excellentissimum Regis Christianissimi legatum ad Ottomannicam Portam et plenipotentiarium mediatorem nunc in campo Ottomannico degentem reciproce commutentur et promissis ex utraque parte firmiter stando nihil in contrarium fiat.

Art. XXIII. Duret armistitium hocce et extendatur favente Deo ad viginti septem annos et continuo sequentes a die, qua ejusdem subscriptio facta fuerit, quo annorum numero elapso vel etiam medio tempore, priusquam elabatur, liberum esto utrique partium, si ita placuerit, pacem hanc ad plures adhuc annos prorogare.

Itaque mutuo et libero consensu quaecunque stabilita sunt pacta inter Majestatem augustissimi et potentissimi Romanorum Imperatoris et Majestatem serenissimi et potentissimi Ottomannorum Imperatoris et haeredes eorundem, imperia quoque et regna ipsorum, terra item marique sitas regiones, civitates, urbes, subditos et clientes, observentur sancte, religiose et inviolabiliter.

Et demandetur serio omnibus utriusque partis gubernatoribus, praefectis, ducibus exercituum atque copiis et quibusvis in eorundem clientela, obedientia et subjectione existentibus, ut illi quoque praedeclaratis conditionibus, clausulis, pactis et articulis sese adaequate conformantes omnibus modis caveant, ne contra pacem et amicitiam hanc sub quocunque nomine aut praetextu se invicem offendant aut damnificent, sed quolibet prorsus inimicitiae genere abstinendo bonam colant vicinitatem, certo scientes, quodsi eatenus admoniti morem non gesserint, severissimis in se poenis animadvertendum fore.

Ipse quoque Crimensis Chanus et omnes Tartarorum gentes quovis nomine vocitatae ad pacis hujus et bonae vicinitatis et reconciliationis jura rite observanda adstricti sint nec iisdem contraveniendo hostilitates qualescunque exerceant erga quasvis Romano-Caesareas provincias, earum subditos aut clientes; porro sive ex aliis exercituum generibus, sive ex nationibus Tartarorum, si quis contra sacras imperatorias hasce capitulationes et contra pacta et articulos earum quidpiam ausus fuerit, is poenis rigorosissimis coërceatur.

Incipiat vero dicta modo pax, quies et securitas subditorum utriusque imperii a die subscriptionis hujus et praeliminariorum, cessent exinde atque sustollantur omnes utrinqueinim icitiae, et subditi utriusque partis securitate et tranquillitate fruantur. Eoque fine et quo magis per summam curam ac sedulitatem hostilitates inhiberi possint, transmittantur quam celerrime mandata et dicta publicandae pacis ad omnes confiniorum praefectos, cumque spatium aliquod temporis requiratur, intra quod officiales in remotioribus praesertim confiniis istam conclusae pacis notitiam obtinere valeant, statuuntur 30 dies pro termino, post quem, si quis hostile quidpiam alterutra ex parte admittere praesumserit, poenis superius declaratis irremissibiliter subjaceat.

Ut demum conditiones pacis, hisce articulis conclusae, utrinque et debito cum respectu inviolatae observentur, siquidem excellentissimus Mehemed Pacha, imperii Ottomannici supremus Vezirius, vi absolutae et plenae potestatis ipsi ex suo munere competentis instrumentum Turcico sermone exaratum et subscriptum legitimum atque validum exhibuerit, nos quoque vi mandati et plenipotentiae nostrae propriis manibus et propriis sigillis subscriptas hasce pactorum litteras in latino idiomate tanquam legitimum et validum instrumentum extradidimus.

Acta haec sunt in congressu, ad Belgradum in Servia sub tentoriis celebrato, die 18. Septembris 1739.

Traité de paix

entre Sa Majesté Impériale Royale Apostolique et la Sublime Porte-Ottomane,

faît à

SISTOW

le 4. Août 1791.

Nos Leopoldus II., divina favente clementia electus Romanorum Imperator, semper Augustus, Germaniae, Hungariae, Bohemiae, Dalmatiae, Croatiae, Slavoniae, Galiciae, Lodomeriae rex, archidux Austriae, dux Burgundiae, Lotharingiae, Styriae, Carinthiae et Carniolae, magnus dux Hetruriae, magnus princeps Transilvaniae, marchio Moraviae, dux Brabantiae, Limburgi, Luxemburgi et Geldriae, Würtembergae, superioris et inferioris Silesiae, Mediolani, Mantuae, Parmae, Placentiae, Guastallae, Osveciniae et Zatoriae, Calabriae, Barri, Montisferrati et Teschinae, princeps Sueviae et Carolopolis, comes Habsburgi, Flandriae, Tyrolis, Hannoniae, Kiburgi, Goritiae et Gradiscae, marchio Sacri Romani Imperii, Burgoviae, superioris et inferioris Lusatiae, Mussoponti et Nomenei, comes Namurci, provinciae Valdemontis, Albimontis, Zutphaniae, Sarwerdae, Salmae et Falkenstenii, dominus marchiae Slavonicae et Mechlianae.

Notum testatumque omnibus et singulis, quorum interest, pro Nobis, haeredibus et successoribus Nostris tenore praesentium facimus.

Posteaquam divino favente numine inter Nostros et fulgidae Portae Ottomannicae ministros, plena utraque ex parte agendi facultate instructos, interveniente serenissimorum ac potentissimorum principum ac dominorum, Angliae et Borussiae Regum, nec non celsorum ac potentium Ordinum Generalium foederati Belgii ministrorum, pari agendi facultate munitorum, conciliatoria opera de restauranda inter utrumque imperium pristina pace consilia collata sunt, actum et conventum atque ab iisdem solenne desuper pacis instrumentum in loco Sistow confectum ac signatum fuit, cujus tenor est sequens.

Au Nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

La cour Impériale et Royale et la Sublime Porte-Ottomane, animées d'un désir égal de rétablir les liaisons heureuses de paix, d'amitié et de bon voisinage, qui avoient subsisté pendant un demi siècle entre les deux empires et secondées dans ce dessein salutaire de la médiation efficace de leurs Majestés les Rois de la Grande-Bretagne et de Prusse, et de LL. HH. PP. les Etats-Généraux des Provinces-Unies, ont nommé et désigné pour leurs ministres plénipotentiaires au congrès de paix assemblé à Sistow, savoir: Sa Maj. Impériale et Apostolique, le Baron Pierre Philippe d'Herbert Rathkeal, son conseiller aulique actuel, et le Comte François Esterhazy de Galantha, son chambellan actuel, Seigneur de la Seigneurie de Tottis et Seigneur héréditaire du Comté de Forchtenstein, et la Sublime Porte-Ottomane, le Reis Effendi ou ministre des affaires étrangères, Birri Abdullah Effendi, l'Ordou. Kadisi, ou grand juge des armées ottomanes, Ismet Ibrahim Bey, et le Ruznamegi ou controleur-général des finances, Durri Mehmed Effendi, lesquels, à l'intervention, par le canal, et moyennant les bons offices des ministres plénipotentiaires des trois hautes puissances médiatrices dénommées savoir: du Chevalier Robert Murray Keith, membre du conseil privé de Sa Maj. Britannique, Chevalier du très-honorable ordre militaire du Bain, lieutenant-général de ses armées, son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à la cour de Sa Maj. l'Empereur, actuellement son ministre plénipotentiaire au congrés de paix; du Marquis de Jérome de Lucchesini, chambellan actuel de Sa Maj. le Roi de Prusse, son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près de Sa Maj. le Roi et la République de Pologne, Chevalier de l'ordre de l'aigle-blanc, actuellement son ministre plénipotentiaire au congrès de paix; et du Baron Rénier de Haeften, Seigneur d'Ophemert et Zennewynen, membre de l'ordre equestre de la province de Gueldres, député de cette province à l'assemblée de LL. HH. PP. les Etats-Généraux des Provinces-Unies, leur envoyé extraordinaire à la cour impériale et royale, actuellement leur ministre plénipotentiaire au congrès de paix; après s'être communiqué leurs plein-pouvoirs respectifs, et avoir tenu ensemble plusieurs conférences amicales, sont convenus des points et articles suivans, qui composent le présent traité définitif de paix.

Art. I. Il y aura désormais une paix perpétuelle et universelle, par terre, sur mer et sur les rivières, entre les deux empires, leurs sujets et vassaux, une amitié vraie et sincère, une union parfaite et étroite, une abolition et amnistie pleine et générale de toutes les hostilités, violences et injures, commises dans le cours de cette guerre, par les deux puissances, ou par les sujets et vassaux de l'une, qui ont suivi le parti de l'autre; et spécialement les habitans de toute condition du Montenègre, de la Bosnie, la Servie, la Valachie et la Moldavie, qui, en vertu de cette amnistie, pourront tous rentrer dans leurs anciennes demeures, possessions et droits quelconques et en jouir paisiblement, sans être jamais inquiétés, molestés, ni punis pour

s'être déclarés contre leur propre souverain, ou pour avoir prêté hommage à la cour Impériale et Royale.

Art. II. Les deux hautes parties contractantes reconnoissent et admettent, pour base commune de la présente pacification le status quo strict antérieur à la guerre déclarée le 9. Février 1788. En conséquence de quoi elles renouvellent et confirment tels quels, dans le sens le plus strict et dans toute leur étendue, sans jamais rien faire, ni souffrir qu'il soit rien fait au contraire, le traité de Belgrade du 18. Septembre 1739, la convention du 5. Novembre de la même année, celle du 2. Mars 1741 explicatoire du traité de Belgrade, l'acte du 25. Mai 1747 qui perpétue la paix de Belgrade, la convention du 7. Mai 1775 sur la cession de la Buccovine, celle enfin du 12. Mai 1776 sur la démarcation de cette province: tous lesquels traités, actes et conventions, sont et demeureront à perpétuité dans leur pleine et entière force et vigueur, comme si'ls étoient transcrits et insérés ici de mot à mot.

Art. III. Et en particulier, la Sublime Porte-Ottomane renouvelle et confirme tels quels, dans le sens le plus strict et dans toute leur étendue, sans jamais rien faire, ni souffrir qu'il soit rien fait au contraire, le séned ou acte obligatoire du 8. Août 1783, renfermant l'obligation, de la part de la Sublime Porte-Ottomane, de procurer aux bâtimens marchands allemands qui ressortissent des ports de la cour impériale, la sûreté contre les corsaires des cantons de Barbarie et d'autres sujets Ottomans, et la réparation de tout dommage qu'ils pourroient en éprouver, le séned ou acte obligatoire du 24. Février 1784, en faveur du libre commerce et navigation des sujets impériaux et royaux sur toutes les terres, mers et fleuves de la domination Ottomane, le Ferman du 4. Décembre 1786, concernant les passages, repassages et séjours des pâtres et troupeaux de Transylvanie dans les provinces de Valachie et de Moldavie, ainsi que tous autres fermans, actes et arrangemens ministériels mutuellement reconnus, et qui étoient en vigueur avant le 9. Février 1788, pour la tranquillité et le bon ordre des frontières, pour l'avantage, la sûreté et les intérêts des sujets, commerce et navigation de la domination autrichienne; tous lesquels séneds, fermans, actes et arrangemens reconnus sont et demeureront à perpétuité dans leur pleine et entière force et vigueur, comme s'ils étoient cités, transcrits, insérés et expliqués ici de mot à mot.

Art. IV. La cour impériale et royale de son côté, pour ramener aussi les choses à la base convenue du status quo strict de l'époque du 9. Février 1788, et pour correspondre pleinement aux procédés amicals et équitables de la Sublime Porte-Ottomane, s'engage d'évacuer, céder et rendre à la dite Porte-Ottomane, dans leur entier et sans aucun partage, toutes les possessions, territoires, villes, forteresses et palanques, sous quelque dénomination que ce puisse être, conquises par les troupes de Sa Maj. Impériale pendant le cours de cette guerre, y compris toute la principauté de la Valachie, et les districts de la Moldavie occupés par les troupes impériales et de rétablir, telles quelles, les mêmes anciennes limites qui séparoient, à la dite époque du 9.

Février.1788, les deux dominations. Quant aux forteresses, châteaux, palanques, conquises sur la Sublime Porte-Ottomane, la cour impériale et royale s'engage de les rendre dans l'état où elles étoient, et avec l'artillerie ottomane qui s'y trouvoit au moment de leur occupation.

Art. V. Et quant à la forteresse de Chotym et son district, vulgairement nommé la Raya, ils seront aussi évacués, cédés et rendus, sous les mêmes conditions dont on est convenu pour les autres forteresses; mais seulement après que la Sublime Porte-Ottomane aura conclu sa paix avec l'empire de toutes les Russies, et dans le terme précis qui sera stipulé pour l'évacuation des conquêtes de cette dernière puissance, jusqu'à laquelle époque la cour impériale et royale gardera en dépôt neutre la dite forteresse avec son district, sans se mêler plus de la guerre présente, ni prêter plus aucun secours, d'aucune manière directe ou indirecte, à la cour Impériale de Russie contre la Sublime Porte-Ottomane.

Art. VI. D'abord après l'échange des ratifications l'on procèdera, de part et d'autre, aux évacuations et respectivement à la reprise de toutes les conquêtes quelconques, ainsi qu'au rétablissement des anciennes limites des deux empires, dans les délais fixés ci-après. Des commissaires respectifs étant choisis et nommés, comme par l'art. XIII du traité de Belgrade, les uns conduiront les opérations de la Valachie et des cinq districts de la Moldavie, de façon à les terminer dans l'espace de trente jours, à compter de celui de l'échange des ratifications; les autres se porteront à la Haute-Unna, pour rétablir les limites de la Bosnie, de la Servie et du Vieux-Bourg d'Orsowa avec ses environs, le tout d'après le status quo strict des possessions respectives avant le 9. Février 1788: l'on donna à ces derniers l'espace plus long de deux mois, qui courront de la même époque, parce que ce temps est nécessaire pour démolir les ouvrages nouveaux des forteresses, et les remettre dans l'état où elles étoient à la conquête, ainsi que pour les transports de toute artillerie et des munitions de guerre et de bouche.

Art. VII. Tous les prisonniers et captifs ottomans, tant civils que militaires, faits pendant le cours de cette guerre, ayant été sans nulle exception remis en liberté de la part de la cour Impériale et Royale, et consignés aux commissaires ottomans à Rusgiuk, à Viddin et en Bosnie, tandisqu'on n'a rendu, en échange, que ceux des sujets et soldats impériaux et royaux qui se trouvoient dans les prisons publiques, ou sous la puissance de quelques seigneurs bosniaques, et qu'il en reste encore un grand nombre dans la captivité domestique en Turquie, la sublime Porte-Ottomane, pour se conformer à cet égard à la règle du status quo strict antérieur à la guerre, et pour détruire avec elle toutes les calamités qu'elle entraine, s'engage de rendre gratuitement, c'est à dire sans prix de rachat, ni rançon quelconque, à la cour Impériale et Royale, dans l'espace de deux mois après l'échange des ratifications, tous les prisonniers de guerre et esclaves, de tout age, tout sexe et toute condition, telle part qu'ils se trouvent, et à quelles personnes qu'ils appartiennent; de sorte que désormais aucun sujet des deux parties ne

puisse plus être esclave sous l'autre domination: excepté seulement ceux, qui d'après les règles observées en pareil cas, auront fait constater d'avoir volontairement embrassé la religion chrétienne d'un côté, ou la religion mahométane de l'autre.

Art. VIII. Les sujets cependant de l'une partie, qui avant cette guerre, ou pendant son cours, se sont retirés sur les terres de l'autre, se sont soumis à sa domination, et y demeurent de plein gré, ne pourront jamais être réclamés par leur souverain naturel, mais ils seront désormais considérés et traités comme les autres sujets de la puissance à laquelle ils se sont donnés. En révanche les individus qui possèdent en même temps des biens fonds sous les deux dominations, pourront établir leur domicile de l'un et de l'autre côté, d'après leurs convenances, et sans qu'on puisse y mettre opposition; mais ils doivent se choisir, à leur gré, une domination unique, en vendant les possessions qu'ils ont sous l'autre gouvernement.

Art. IX. Les hautes parties contractantes désirant de faire renaître le plutôt possible le commerce, qui est le fruit de la paix, et d'étendre à la classe utile des marchands le bénéfice du retour au status quo strict, fixé par les Articles II et III ci-dessus, statuent que l'intervalle de la guerre, comme tel, ne doit apporter aucun préjudice aux sujets respectifs, c'est à dire, ni aux sujets Impériaux et Royaux dans l'Empire Ottoman, ni aux sujets ottomans dans la Monarchie Autrichienne; mais qu'il est libre aux uns et aux autres de reprendre leurs affaires là où ils les avoient laissées à l'époque de la déclaration de la guerre, de faire valoir tous leurs droits et prétensions quelconques antérieures à la guerre, de respecter leurs créances et effets, d'interpeller leurs débiteurs, de demander des indemnités à titre de payemens refusés, ou de dommages soufferts lors de la déclaration de guerre, contre la teneur des Articles XVII de Belgrade et XVIII du traité de commerce de Passarowitz, de réclamer enfin dans tous ces cas l'assistance des tribunaux et des gouvernemens respectifs, lesquels de leur côté, feront rendre à cet égard prompte et impartiale justice, sans admettre jamais, comme une exception légitime, le laps de temps du chef de la durée de la guerre.

Art. X. Il sera d'abord donné aux commandans et gouverneurs limitrophes des deux empires, en les rendant même personnellement responsables de l'exécution, les ordres les plus précis et les plus stricts sur le prompt rétablissement de la police générale, de la tranquillité publique et du bon voisinage dans toute l'étendue des confins communs; l'inviolabilité des bornes replacées par les commissaires respectifs, le soin d'empêcher les empiètemens, les incursions et les dévastations; celui de procurer les réparations des injures et des dommages, celui enfin de punir les contrevenans et les coupables selon la gravité de leurs délits et crimes; en procédant à cet effet d'après les règles et principes fixés par les traités et les arrangemens précédens entre les deux hautes Cours, pour faire rentrer incessamment toutes choses dans leur état ancien régulier et paisible.

Art. XI. Il leur sera en même temps enjoint sérieusement et recommandé de protéger les sujets de l'autre partie que leur commerce ou affaires obligeront à passer les confins, à voyager dans l'intérieur des provinces, à descendre et à remonter librement les rivières, observant et faisant observer à leur égard non seulement les offices de l'hospitalité, mais aussi tous les articles et dispositions des traités, conventions et actes confirmés aux Articles II et III ci-dessus, sans en exiger, ni permettre qu'il en soit exigé, à tel titre que ce puisse être, d'autres retributions ou droits que ceux, qui y sont fixés pour les personnes et pour les marchandises de l'autre partie.

Art. XII. Et quant à l'exercice de la religion catholique chrétienne dans l'Empire Ottoman, ses prêtres, ses sectateurs, ses églises à entretenir, ou à réparer, la liberté du culte et des personnes, la fréquentation et la protection des lieux saints de Jérusalem et d'autres endroits, la Sublime Porte-Ottomane renouvelle et confirme, d'après la règle du status quo strict, non seulement les privilèges asssurrés par l'article IX du traité de Belgrade à cette religion, mais aussi ceux qui ont été postérieurement concédés par ses fermans et autres actes émanés de son autorité.

Art. XIII. On enverra, de part et d'autre, des ministres du second rang, tant à l'occasion de cette heûreuse paix, que pour annoncer, selon l'usage ancien, l'avènement des Augustes Souverains respectifs au trône de leurs ancêtres. Ces ministres seront reçus avec le cérémonial, honneurs et traitement usités entre les deux cours, et jouiront, en vertu du status quo strict, de toutes les prérogatives du droit des gens et autres immunités attachées à leurs caractères, d'après les articles des traités et l'observance établie. Il en sera de même des successeurs de l'internonce et ministre plénipotentiaire Impérial et Royal résidans auprès de la Sublime Porte-Ottomane, eû cependant égard à la différence du rang dont ils pourront être revêtus, ainsi que de leurs subalternes, suites, gens, domestiques, maisons; et comme plusieurs de leurs couriers, venant de la cour Impériale ou allant vers elle, ont été dépouillés avant la guerre, la Sublime Porte-Ottomane non seulement ne négligera aucun moyen qui puisse procurer le dédommagement des effets déprédés, mais elle prendra aussi les mesures les plus efficaces et les plus solides, afin que ces couriers puissent désormais aller et venir avec toute sûreté et protection.

Art. XIV. Deux instrumens originaux parfaitement conformes du présent traité, l'un en langue françoise dont on s'est servi pour la commodité, et l'autre en langue turque, seront signés, le premier, des deux ministres plénipotentiaires impériaux et royaux et le second, des trois ministres plénipotentiaires ottomans, échangés l'un contre l'autre par l'entremise des ministres plénipotentiaires médiateurs, et envoyés respectivement aux deux hautes cours contractantes. Après quoi et dans l'espace de quarante jours, à compter de celui de la signature, ou plutôt si faire se peut, les diplomes solennels des ratifications, signés par les deux Augustes Souverains, seront pareillement

échangés, par le ministère de la même médiation, entre les dits plénipotentiaires contractans, avec des copies légalisées de tous les traités, conventions et actes renouvellés, confirmés et perpétuellement obligatoires pour les deux empires.

En conséquence de quoi et en vertu des plein-pouvoirs de Sa Majesté Impériale et Apostolique, nous Pierre Philippe Baron d'Herbert Rathkeal et nous François Comte Esterhazy de Galantha, ses ministres plénipotentiaires au congrès de paix, avons signé le présent traité et instrument authentique de paix, et y avons fait apposer le cachet de nos armes.

Fait à Sistow, à la salle de conférences le 4. jour du mois d'Août, l'an de grâce 1791.

Le Baron d'Herbert Rathkeal. (L. S.)

Le Comte François Esterhazy Galantha. (L. S.)

Nous plénipotentiaires de Sa Majesté le Roi de la Grande-Brétagne, de Sa Majesté le Roi de Prusse, et de leurs Hautes Puissances les Etats-Généraux des Provinces-Unies, ayant servi de médiateurs à l'ouvrage de la pacification, déclarons que le traité de paix ci-dessus, entre la cour Impériale et Royale et la Sublime Porte-Ottomane, avec toutes les clauses, conditions et stipulations, qui y sont contenues, a été conclu par la médiation de leurs Majestés les Rois de la Grande-Brétagne et de Prusse et de leurs Hautes Puissances les Etats-Généraux des Provinces-Unies. En foi de quoi nous avons signé les présentes de notre main, et y avons fait apposer le cachet de nos armes.

Fait à Sistow, ce quatre Août, mil sept cent quatre vingt et onze.

Robert Murray Keith. (L. S.)

Jerome Marquis de Lucchesini. (L. S.)

R. de Haeften. (L. S.)

Nos, quibus pacis studium nullo non tempore curae cordique fuit, visis et perpensis omnibus et singulis instrumenti articulis, illos ex certa nostra scientia, animo deliberato, in omnibus et per omnia approbavimus ac gratihabuimus, prouti praesentium vigore approbamus, ratihabemus et corroboramus, verbo Nostro Caesareo-Regio, pro Nobis, haeredibus et successoribus Nostris spondentes ac adpromittentes, Nos ea omnia, quae in praememorato solenni pacis instrumento continentur ac sancita sunt, quemadmodum ex altera quoque contrahentium parte iisdem pacis conditionibus plene satisfactum iri confidimus, fideliter adimpleturos, nec, ut a Nostris his ullo modo contraveniatur,

unquam permissuros fore; in quorum fidem majusque robur hasce ratihabitionis Nostrae tabulas manu Nostra subscripsimus sigilloque Nostro Caesareo-Regio archiducali majori appenso firmari jussimus.

Dabantur Viennae die 13. Augusti 1791.

Leopoldus. (L. S.)

Kaunitz Rietberg.

Ad mandatum sacrae Caesareae ac Regiae Apostolicae Maj. proprium.

Antonius L. B. a Spielmann.

II. Türkisch-russische Friedensschlüsse.

1. Friede von Kutschuk-Kainardschi.

(10. Juli 1774.)

Die polnischen sogenannten Conföderirten waren von russischen Truppen auf das türkische Gebiet verfolgt worden; weßhalb die Pforte, (angeregt von Frankreich, wohl hauptsächlich, um dem russischen Uebergewicht in Polen ein Ziel zu setzen), an Rußland den Krieg erklärte (30. Okt. 1768). Die Russen stritten in diesem Kriege, der sechs Jahre währte, mit großem Glück. Die russischen Generale Romanzow und Panin eroberten fast die ganze Moldau und Walachei, die Türken wurden bis über die Donau zurückgetrieben. Die russische Flotte forderte die Griechen auf Morea und den Inseln zur Befreiung vom türkischen Joche auf; letztere erhoben sich wirklich, aber der russische Beistand war zu schwach; die russischen Truppen schifften sich schon nach drei Monaten wieder ein (1770), und die Griechen blieben der Rache der Türken überlassen. Bald darauf (Anfang Juli 1770) setzten die Russen die türkische Flotte im Hafen von Tschesme durch Brander in Feuer und vernichteten sie. Der Krieg wüthete fort, obwohl in beiden Heeren die Pest ausgebrochen war, die sich auch nach Constantinopel und dem südlichen Rußland (bis nach Moskau) verbreitete und eine große Zahl von Menschen dahinraffte (allein in Moskau und den benachbarten Dörfern 90,000). Panin's Nachfolger Dolgoruky eroberte die Krim (1771). Oestreich sah den günstigen Erfolg der russischen Waffen zwar ungern, wurde aber durch die Theilung Polen's abgehalten, gegen Rußland feindlich aufzutreten und sich mit der Pforte zu verbünden. Die Friedenscongresse zu Fokschani und Bukaresht (1772) gingen ohne Vereinbarung auseinander; doch wurde der Krieg fortan mit weniger Kraftaufwand geführt, da die Russen durch die Empörung der donischen Kosaken unter Pugatschew, die Türken durch einen Aufstand der Janitscharen in Anspruch genommen wurden. Nachdem die Russen bei

Schiumla das ganze türkische Heer umzingelt hatten, wurde am 10. Juli 1774 im Zelte des russischen Feldmarschalls Grafen Romanzow, in der Nähe des Dorfes Kutschuk-Kainardschi, d. i. Klein-Kainardschi bei Silistria auf dem rechten Donauufer, der für die Russen sehr vortheilhafte Friede zwischen Romanzow und dem Großwesir Mousson Zade Mehemed abgeschlossen, den die Pforte am 10. Jan. 1775 ratificirte. Nach diesem Frieden gab Rußland zwar, in Berücksichtigung, daß es durch die Theilung Polen's das Land bis an die Düna und den Dnjepr als Entschädigung erhalten hatte, Bessarabien, die beiden Fürstenthümer der Moldau und Walachei und andere Eroberungen an die Pforte zurück, doch stellte es die Bedingung, daß die Fürsten der Moldau und Walachei fortan einen eigenen Chargé d'affaires griechischer Confession bei der Pforte haben sollten, daß die in Constantinopel residirenden russischen Gesandten für diese Fürstenthümer bei der Pforte sprechen dürften, und die Pforte diese Verwendung mit der einer befreundeten Macht geziemenden Rücksicht beachte (Art. 16, Ziff. 9 und 10). Rußland selbst erhielt von der Pforte das Schloß Kinburn an der Mündung des Dnjepr, die Festungen Jenscale und Kertsch auf der Halbinsel Krim; die Stadt Azow mit ihrem im Jahr 1700 zwischen Tolstoi und Hassan festgesetzten Gebiet, die große und kleine Cabardey. Die Schifffahrt sollte für Kauffahrteischiffe beider Nationen auf allen Meeren, welche die beiderseitigen Gebiete bespülen, frei sein, russische Schiffe sollten namentlich das Recht der Durchfahrt vom schwarzen in das weiße Meer und umgekehrt haben. Ebenso sollte der Landhandel in der Türkei den russischen Unterthanen unter denselben Bedingungen gestattet sein, wie den von der Pforte am meisten begünstigten Nationen. — Von dem Frieden existirt ein besonderer zu Petersburg 1775 in Folio erschienener französischer officieller Abdruck.

2. Friede von Jassy.

(9. Jan. 1792.)

Oestreich hatte am 4. Aug. 1791 mit der Pforte zu Sistowa Frieden geschlossen; Rußland aber nahm den dargebotenen Frieden nicht an, sondern setzte den Krieg allein fort. Am 22. Dez. 1790 hatte Suwarow, auf Befehl Potemkin's, mit 40,000 Mann, unter dem hartnäckigsten Widerstande der Belagerten, nach einem furchtbaren Blutvergießen (33,000 Türken sollen nach Suwarow's Berichte innerhalb vier Tagen getödtet oder tödtlich verwundet worden sein) die Festung Ismail erobert und drei Tage lang der Plünderung und Zerstörung Preis gegeben. Im April 1791 gingen die Generale Kutusow und Gallitzin über die Donau, warfen die Türken aus Maczin, wurden aber wenige Tage darauf zum Rückzuge nach Galacz genöthigt. Repnin sammelte nun die russischen Heerabtheilungen, um einen Hauptschlag zu

führen, und griff mit 40,000 Mann, ohne Potemkin's Ankunft von Petersburg abzuwarten, der die Ehre des Sieges genießen wollte, den türkischen Großwesir Jussuf an, welcher mit 60,000 Mann bei Maczin stand, schlug ihn, eroberte das türkische Lager und zwang die Türken zum Rückzug nach dem Balkan. Repnin begann nun im August Friedensunterhandlungen in Galacz, die aber Potemkin auf jede Weise zu hindern suchte. Letzterer starb am 15. Okt. 1791 an einem bösartigen Fieber unter freiem Himmel, als er sich von einem Landhause bei Jassy nach Ausch am Pruth bringen lassen wollte; er hatte sich unterwegs auf einem Grasplatz ein Lager von Teppichen zurecht richten lassen, da er das Fahren nicht mehr aushalten konnte. Nach Potemkin's Tod kam der Friede zwischen Repnin und Jussuf um so schneller (zu Jassy 9. Jan. 1792, oder am 29. Dez. 1791 alten Styls) zu Stande, da Rußland sein ganzes Augenmerk auf Polen richtete und seine Angelegenheiten mit den Türken zu schlichten wünschte. Die Russen erhielten in dem Frieden die Festung Oczakow und alles Land bis an den Dnjester, welcher fortan die Grenze zwischen Rußland und der Türkei bilden sollte. Alle übrigen Eroberungen in der Moldau und Bessarabien, die Plätze Bender, Akjerman, Kilia und Ismail u. s. f., gab Rußland an die Türkei zurück, die Moldau jedoch nur unter gewissen Bedingungen, die im Art. VI, Ziffer 1—4 des Friedensinstruments aufgezählt sind. Der Friede findet sich abgedruckt in der Geschichte des östreichisch-russisch-türkischen Krieges 1787—1792, bei Martens, recueil tom. V. u. a.

3. Friede von Bukarescht.

(28. Mai 1812.)

Als im Jahr 1805 zwischen Frankreich und Rußland der Krieg ausgebrochen und die Pforte anfangs zweifelhaft war, auf welche Seite sie sich wenden sollte, entschied sie sich nach der Schlacht bei Austerlitz (2. Dez. 1805) für Napoleon, erkannte ihn als Kaiser an, versagte den russischen Schiffen die Durchfahrt durch den Bosporus, setzte die russisch gesinnten Hospodare der Moldau und Walachei, Ypsilanti und Moruzi, ab und erklärte, nachdem die russische Armee schon im November 1806 Jassy besetzt hatte, am 20. Dezember 1806 den Krieg an Rußland. Nach dem tilsiter Frieden wurde am 24. Aug. 1807 auf dem Schlosse Slobosia bei Giurgewo ein Waffenstillstand bis zum 8. Apr. 1808 geschlossen, nach welchem die Russen die Fürstenthümer binnen 36 Tagen räumen sollten. Wiewohl dies nicht geschah, dauerte die Waffenruhe doch auch nach dem Ablauf des Waffenstillstandes fort. Als sich nun aber Napoleon auf dem Congreß zu Erfurt gegen Kaiser Alexander bereit erklärt hatte, einer Einverleibung der Donaufürstenthümer in das russische Reich nicht entgegen zu treten, eröffneten die Russen im Febr. 1809 einen Friedenscongreß zu Jassy, auf welchem die russischen Bevollmächtigten

die Abtretung der Moldau und Walachei und die Entfernung des engliſchen Geſandten aus Conſtantinopel verlangten. Die Pforte ging auf dieſe Forderungen nicht ein, der Krieg begann im April 1809 von neuem, die Ruſſen, unterſtützt von den Serbiern*), eroberten mehre feſte Plätze an der Donau. Im Winter auf 1810 eröffnete man Friedensverhandlungen zu Bukareſcht; Kaiſer Alexander beharrte jedoch auf der Abtretung der Donaufürſtenthümer und verlangte die Einführung des Continentalſyſtem's in der Türkei, worauf die Pforte nicht einging. Die Ruſſen fochten im Jahr 1810 mit Glück, General Kameskoi II. ſchlug die Türken am 7. Sept. bei Cerwena; Ruſtſchuk, Giurgewo, Nicopolis mußten ſich ergeben. Im Winter von 1810 auf 1811 machte es die zunehmende Spannung zwiſchen Rußland und Frankreich nothwendig, einen Theil der ruſſiſchen Streitkräfte aus der Türkei nach Rußland zurückzuziehen; gleichwohl errangen die Ruſſen auch jetzt noch anſehnliche Vortheile über die Türken. Markoff eroberte am 12. Okt. 1811 das türkiſche Lager auf dem rechten Donauufer, worauf am 28. Okt. zu Giurgewo Friedensverhandlungen eröffnet wurden. Am 8. December ſtreckten 5000 Türken die Waffen; im Laufe deſſelben Monats verlegte der ruſſiſche Commandirende Kutuſow den Friedenscongreß nach Bukareſcht. Die Ruſſen beſtanden auch hier anfangs noch auf ihren alten Forderungen, Kutuſow kündete ſogar am 19. Jan. 1812 den Waffenſtillſtand und ſandte eine ruſſiſche Heerabtheilung über die Donau, die aber wegen des eintretenden Thauwetters Nichts ausrichten konnte. Die Pforte dagegen war zu bedeutenden Verzichtleiſtungen um ſo weniger geneigt, als Napoleon eben gegen Rußland ungeheuere Rüſtungen veranſtaltete und am 14. März 1812 ein Bündniß mit Oeſtreich geſchloſſen hatte, welches die Integrität des türkiſchen Reiches garantirte. Napoleon hätte die Pforte gern im Krieg mit Rußland erhalten; allein ſie traute ihm nicht, da er erſt ein paar Jahre vorher zu Gunſten Alexander's in die Einverleibung der Fürſtenthümer gewilligt und ſeine eigenen Eroberungspläne muthmaßlich auch das türkiſche Reich im Auge hatten. Das beginnende Frühjahr 1812 drängte Rußland, ſich mit mäßigeren Vortheilen zu begnügen, um bei dem bevorſtehenden großen Kriege gegen ſeine ſüdlichen Grenzen vom Feinde frei zu werden. Im Mai erſchien Admiral Tſchitſchakoff

*) Die Serbier, durch die Mißhandlung der türkiſchen Befehlshaber und der Janitſcharen zum Aeußerſten gebracht, waren ſeit 1801 im Aufſtand gegen die Pforte und wurden von Rußland unterſtützt. An der Spitze des Aufſtandes ſtand Georg Petrowitſch, genannt Czerny. Durch den am 8. Juli 1808 zu Slobodje geſchloſſenen Waffenſtillſtand erhielten ſie das Recht, ihre inneren Angelegenheiten ſelbſt zu verwalten und Czerny wurde als Fürſt des Landes eingeſetzt. Als 1809 der Krieg zwiſchen Rußland und der Pforte ausbrach, griffen die Serbier zur Unterſtützung Rußland's wieder zu den Waffen.

mit ausgedehnten Vollmachten in Bukarescht und am 28. Mai 1812 wurde endlich unter englischer und schwedischer Vermittlung der Friede abgeschlossen. Das Friedensinstrument ist russischer Seits von Andreas Halinsky, Joh. Sabanejew und Joseph Fronton unterzeichnet. Nach dem Art. 4 tritt die Türkei an Rußland ganz Bessarabien und ein Drittheil der Moldau, im Ganzen ungefähr 180 □M. ab. Der Pruth soll von da, wo er in die Moldau eintritt, bis zu seiner Mündung in die Donau die Grenze bilden, weiterhin bis zum schwarzen Meer soll das linke Donaufer die Grenze sein. Die russischen Kriegsschiffe sollen nur bis zur Einmündung des Pruth die Donau hinauffahren dürfen. Nach Art. 5 stellt Rußland das Gebiet der Moldau auf dem rechten Pruthufer an die Pforte zurück. Die Contracte, welche die Privilegien der Moldau betreffen, werden bestätigt. Art. 6 bestimmt, daß in Asien die Grenzen wie vor dem Kriege eingehalten werden sollen. Art. 8 sichert den zu Gunsten Rußland's gegen die Pforte im Aufstand begriffenen Serbiern volle Amnestie zu. Sie sollen ihre inneren Angelegenheiten selbst verwalten dürfen, die Pforte darf ihnen nur mäßige Steuern auferlegen, welche sie unmittelbar an die Pforte abliefern. Die Serbier begnügten sich jedoch mit diesen Bedingungen nicht, sondern setzten den Krieg allein fort. Rußland bot ihnen fernere Unterstützung an, wenn sie alle festen Plätze ihres Landes an die Russen übergäben und ihre waffenfähige Mannschaft in die russischen Regimenter einreihen ließen; dies hieß aber nicht viel weniger, als sich unter russische Botmäßigkeit stellen. Sie wiesen dieses Anerbieten zurück, unterlagen bald der türkischen Uebermacht, Czerny mußte ins Ausland fliehen, erhoben sich, nachdem ihr Land von den Türken auf das Schrecklichste verwüstet worden war, jedoch wieder unter Milosch Obrenowitsch und errangen in dem am 15. Dez. 1815 mit der Pforte abgeschlossenen Tractat eine gewisse Selbständigkeit, die sie mehr zu Schutzverwandten der Pforte machte. (Milosch wurde 1817 zum Oberhaupt und 1827 zum erblichen Fürsten der Serbier gewählt). — Das Friedensinstrument wurde in russischer und türkischer Sprache abgefaßt. Wir geben hier die deutsche Uebersetzung, welche sich bei „Voß Zeiten" T. 33. p. 41 und bei Martens nouveau recueil tom. III. p. 397 findet.

4. Convention von Akjerman.

(7. Okt. 1826.)

Da die Pforte der Ansicht war, die Griechen würden bei ihrem Aufstand heimlich von Rußland unterstützt, so besetzte sie die Moldau und Walachei und legte dem russischen Handel Hindernisse in den Weg, was dem Frieden von Bukarescht entgegen war und nach einem erfolglosen Notenwechsel die Abberufung des russischen Gesandten aus Constantinopel veranlaßte. Nach dem Tode des Kaisers Alexander vereinigte

sich England durch Vermittlung Wellington's, der nach Petersburg gesandt worden war, am 4. April 1826 mit Rußland für die Beendigung des griechisch-türkischen Kampfes. Es lag nahe, daß bei dieser Veranlassung auch die mehrjährigen Differenzen zwischen der Pforte und Rußland beigelegt würden; Rußland aber verbat sich jede fremde Einmischung und wollte blos diese Verhältnisse, welche ein Wiederanknüpfen seiner seit 1821 mit der Pforte abgebrochenen diplomatischen Verbindungen verlangten, benützen, um auch seine eigenen Angelegenheiten mit der Türkei zu ordnen. Der russische Geschäftsträger in Constantinopel übergab am 5. April 1826 ein Ultimatum, worin die Absendung von türkischen Bevollmächtigten an die russische Grenze zur Ausgleichung der Differenzen und die Vollziehung des Friedens von Bukarescht gefordert wurde. Die Pforte wollte sich nicht gern durch neue Stipulationen binden, und glaubte einer solchen Conferenz auszuweichen, wenn sie die in Haft gehaltenen serbischen Deputirten entließe und in der Walachei alles auf den Fuß von 1821 stellte. Allein Rußland drang demungeachtet auf gegenseitige Verhandlung, und so erschienen endlich am 5. August 1826 in Akjerman, einer Stadt in Bessarabien an der Mündung des Dnjester in das schwarze Meer, als türkische Bevollmächtigte Seid Mehemed, Hadi Effendi und Seid Ibrahim Iffet Effendi; die russischen Bevollmächtigten, der Staatsrath Fronton, Graf Woronzow, Gouverneur von Neurußland, und der Geheimerath v. Ribeaupierre, hatten sich schon früher in Akjerman eingefunden. Die Conferenzen begannen am 6. August, das Protokoll führte der Baron Brunow. Die Türken erhoben Schwierigkeiten und zogen die Verhandlungen in die Länge. Nur die Drohung, daß die am Pruth aufgestellte russische Armee bei längerem Zögern den Fluß überschreiten werde, erwirkte endlich am 7. Oktober 1826 die Unterzeichnung des Vertrages. Der Marquis von Ribeaupierre, welcher zum russischen Botschafter bei der Pforte bestimmt war, begab sich nach Abschließung desselben sogleich nach Constantinopel, um die Vollziehung der Convention zu betreiben.

Die Convention enthält 8 Artikel und zwei Separat-Artikel, wovon der erste die Moldau und Walachei, der zweite Serbien betrifft. Der erste Artikel bestätigt den bukareschter Frieden in allen seinen Stipulationen. Der zweite bezieht sich auf ein am 21. Aug. (2. Sept.) 1817 zu Constantinopel zwischen dem russischen Gesandten und den Ministern der Pforte abgefaßtes Protokoll, welches die Hauptmündung der Donau völlig in die Hände der Russen liefert, und das hier anerkannt wird, wie wenn es buchstäblich in die Convention eingerückt wäre. Im dritten Artikel verspricht die Pforte die genaueste Aufrechthaltung der Privilegien der Moldau und Walachei. Im vierten bequemt sie sich zu dem Verlangen Rußland's, die Grenzen in Asien nach dem dermaligen factischen Besitz zu regeln, wonach also die von Rußland besetzten türkischen Festungen in Asien im Besitz der Russen blieben. Im fünften Artikel verpflichtet sich die Pforte, die Bestimmungen des bukareschter

Friedens bezüglich Serbien's gewissenhaft zu erfüllen. Nach dem sechsten Artikel soll den beiderseitigen Unterthanen durch eine gemischte Commission zur Liquidirung ihrer Privatforderungen an Unterthanen des anderen Theiles verholfen, auch Entschädigung für die während des Krieges erlittenen Confiscationen und Beraubungen durch Piraten geleistet werden. Der siebente Artikel verspricht den russischen Schiffen Schutz vor den Piraten von Algier, Tunis und Tripolis und dem russischen Handel ungehinderte Freiheit im türkischen Reiche. Der erste Separat-Artikel behandelt die Verhältnisse der Moldau und Walachei und setzt namentlich fest, daß die Hospodare auf sieben Jahre von den Bojaren, unter Billigung der getroffenen Wahl von Seiten der Pforte und Rußland's gewählt werden sollen. Der zweite Separat-Artikel zählt die einzelnen Rechte der Serbier auf und macht die Pforte verbindlich, den Beschwerden derselben abzuhelfen. — Die Convention von Akjerman findet sich abgedruckt in Nr. 349 des Moniteur Jahrgang 1826, im Journal de Francfort vom 10. Dez. 1826, bei Martens nouveau recueil tom. VI b., p. 1053, bei Martens et Cussy recueil manuel t. IV, p. 221 u. a.

5. Friede von Adrianopel.

(14. Sept. 1829.)

Die Mächte England, Frankreich und Rußland hatten am 6. Juli 1827 zu London einen Vertrag geschlossen, durch welchen sie sich vereinigten, dem Krieg zwischen der Pforte und Griechenland ein Ende zu machen. Sie beantragten bei der Pforte zunächst einen Waffenstillstand, wurden aber vom Sultan Mahmud II. in beleidigender Weise abgewiesen. Der Angriff der verbündeten Flotten auf die türkische Flotte bei Navarin und die Zerstörung der letzteren (20. Okt. 1827) brachte den Sultan so sehr in Aufregung, daß er am 3. Nov. den Gesandten der drei Mächte sagen ließ, ihre Anwesenheit in Constantinopel sei ihm gleichgültig, und der Divan erklärte am 5. Nov. alle mit England, Frankreich und Rußland geschlossenen Verträge für aufgehoben. Die Gesandten reisten Anfangs Dezembers ab; die Pforte sperrte den Bosporus, vertrieb die Unterthanen der drei Mächte aus Constantinopel und rief alle Moslemim zu den Waffen. Rußland sammelte im Anfang des Jahres 1828 eine gegen die europäische Türkei bestimmte Armee von 178,000 Mann unter Witgenstein, eine andere von 70,000 Mann, welche gegen Kleinasien marschiren sollte, unter Paskewitsch, und erklärte am 26. Apr. 1828 an die Pforte den Krieg. Die Festungen Braila, Maczin, Tuldscha, Hirsowa, Kustendschi, Anapa, Varna fielen nach und nach, ohne besondere Anstrengung, in die Hände der Russen; in Asien eroberte Paskewitsch Kars, Akhalkalaki, Akhaltzik. Am 11. Juni 1829 schlug der

Feldmarschall Diebitsch, der im Winter vorher das Commando über die russische Armee in der europ. Türkei erhalten hatte, den Großwesir Reschid Pascha entscheidend bei Madara, am 30. Juni fiel Silistria, hierauf überschritt die russische Armee den Balkan, drang immer weiter vor, ohne besonderen Widerstand zu finden (das Aufgebot des türkischen Volkes in Masse hatte nur eine sehr geringe Wirkung) und erschien am 19. Aug. 1829 vor Adrianopel, das schon am folgenden Tag capitulirte. Die türkischen Truppen wurden entwaffnet und Diebitsch zog in Adrianopel ein. Auch in Asien waren die Russen im entschiedenen Vortheil und drangen rasch vorwärts. Am 4. Aug. war der preußische Generallieutenant v. Müffling in Constantinopel eingetroffen und versicherte dem Sultan im Namen des Königs von Preußen, daß Kaiser Nikolaus sich nicht auf Kosten des türkischen Reiches vergrößern, sondern billige Bedingungen stellen wolle und hauptsächlich auf die Erfüllung der Convention von Akjerman dringe. Hierauf nahmen am 1. Sept. 1829 die Friedensconferenzen im Hauptquartier des Feldmarschalls Diebitsch ihren Anfang. Russische Bevollmächtigte waren der Geheimerath Graf v. Pahlen und der General-Adjutant Graf v. Orlow; von Seiten der Pforte der Defterdar Mehemed Zadik Effendi und der Oberrichter Abul Kadir Bei; das Protokoll führte Baron Brunow. Es handelte sich hauptsächlich um Erfüllung des Friedens von Bukarescht und der Convention von Akjerman. Am 4. Sept. wurden die Präliminarien unterzeichnet. An der von den Russen verlangten Entschädigungssumme ($1\frac{1}{2}$ Millionen holl. Ducaten für die russischen Unterthanen und 10 Millionen holl. Ducaten an Rußland selbst für Kriegskosten, letzterer Punct ist im 9. Artikel des Friedensinstruments offen gelassen) schienen sich die Unterhandlungen zu zerschlagen; doch führte die Drohung des russischen Feldmarschalls, gegen Constantinopel vorzurücken, und die Vermittlung des preußischen Gesandten v. Royer, der am 11. Sept. bei den Conferenzen eintraf, endlich den Abschluß des Friedens herbei, der am 26. Sept. 1829 vom Sultan ratificirt wurde. Am 20. Nov. 1829 zogen die Russen aus Adrianopel ab. Die Pforte sandte im Frühjahr 1830 einen außerordentlichen Gesandten in der Person Halil-Pascha's nach Petersburg, um den Kaiser zu einer Verminderung der Entschädigungssumme zu bestimmen. In Folge dieser Sendung wurde durch Convention vom 5. Mai 1830 an der Entschädigungsforderung für Kriegskosten 3 Millionen Ducaten erlassen.

Das Friedensinstrument von Adrianopel besteht aus 16 Artikeln. Angeschlossen ist ein Separatvertrag zwischen Rußland und der Pforte, die Donaufürstenthümer betreffend.

Im zweiten Artikel stellt Rußland der Pforte die Moldau und Walachei nebst den übrigen in dem Kriege gemachten Eroberungen zurück. Nach dem dritten Artikel soll, wie bisher, der Pruth die Grenze beider Reiche bis an seinen Einfluß in die Donau bilden. Von dort an

soll die Grenze dem Lauf der Donau folgen bis an die Mündung des Armes von Sct. Georg und zwar so, daß alle durch die verschiedenen Donauarme gebildeten Inseln zu Rußland gehören. Das rechte Donauufer, welches den Türken bleibt, muß von dem Platz an, wo sich der Arm von Sct. Georg von dem Arme von Sulineh trennt, zwei Stunden landeinwärts unbewohnt bleiben und die Türken haben kein Recht, daselbst Befestigungen oder Etablissements irgend einer Art anzulegen. Auf dieses Recht verzichten auch die Russen bezüglich der Donauinseln. Im Weiteren werden Bestimmungen über die Donauschifffahrt gegeben. Der vierte Artikel behandelt die Grenzen in Asien; sie werden genau angegeben; Alles, was südlich und westlich von dieser Grenzlinie liegt, soll der Pforte, Alles, was nördlich und östlich, zu Rußland gehören. In Folge dieser Bestimmung gibt Rußland das Paschalik Akhaltzik, die Stadt und das Paschalik von Kars, die Stadt und das Paschalik von Bayazid, die Stadt und das Paschalik von Erzerum zurück, dagegen behält es die Festungen und Städte Akhaltzik, Anapa, Pott, Azchour und Akhalkalaki. Der fünfte Artikel stellt die Fürstenthümer Moldau und Walachei wieder unter die Oberhoheit der Pforte, sichert ihnen aber ihre Privilegien, und bestimmt, daß der in Bezug auf diese Fürstenthümer dem Friedensinstrument angeschlossene Separatvertrag dieselbe Gültigkeit habe, wie wenn er einen Artikel des Instrumentes selbst ausmachte. Der sechste Artikel bringt auf Erfüllung der Convention von Akjerman in Bezug auf Serbien, namentlich auf Rückstellung der sechs abgerissenen Districte. Der siebente Artikel sichert den russischen Unterthanen die vollste Handelsfreiheit im türkischen Reiche. Die Passage durch die Meerenge von Constantinopel und durch die Dardanellen soll sowohl den russischen Kauffahrteischiffen, als denen anderer Nationen, mit welchen die Pforte Frieden hat, unbehindert offen stehen. Der achte Artikel bestimmt, daß die Pforte zur Entschädigung an russische Unterthanen die Summe von $1^1/_2$ Millionen holl. Ducaten bezahle.. Der neunte Artikel erklärt, daß sich Rußland als Entschädigung für seine Kriegskosten nicht mit der unbedeutenden Gebietsvergrößerung in Asien begnügen könne, sondern daß die Türkei noch eine festzusetzende Summe in Baarem zu zahlen habe. Im zehnten Artikel bekennt sich die Pforte zu den Verträgen der Mächte vom 6. Juli 1827 und 22. März 1829 bezüglich Griechenland's. Sie verpflichtet sich, diese Bestimmungen sogleich nach der Unterzeichnung des Friedens in's Werk zu setzen. Im elften Artikel verpflichtet sich die Pforte, die Artikel des Friedens nach der Unterzeichnung auch sogleich auszuführen. Erst nachdem dies geschehen, wird die russische Armee das türkische Gebiet räumen. Nach dem zwölften Artikel sollen die Feindseligkeiten sogleich nach Unterzeichnung des Friedens aufhören. Im dreizehnten wird Amnestie bewilligt, im vierzehnten werden die Gefangenen gegenseitig frei gegeben, im fünfzehnten alle älteren Friedensschlüsse und Verträge, so weit sie durch gegenwärtigen keine Abänderung erleiden, bestätigt. Der sechzehnte Artikel verspricht die Ratification des Frie-

densinſtruments in längſtens ſechs Monaten. Der die Moldau und Walachei betreffende Separatvertrag beſtimmt zunächſt, daß, um den dortigen Verhältniſſen mehr Stetigkeit zu geben, die Hospodare nicht mehr, wie bisher, auf ſieben Jahre, ſondern auf Lebenszeit gewählt werden ſollen; die Hospodare haben ſich bloß mit ihren Divans zu berathen und dürfen in der Verwaltung der inneren Verhältniſſe von der Pforte nicht geſtört werden. Sodann folgen weitere Feſtſetzungen und Erklärungen zu Gunſten der Einwohner genannter Fürſtenthümer. — Das Friedensinſtrument von Adrianopel mit dem Separatvertrag, welcher die Moldau und Walachei betrifft, findet ſich abgedruckt im Journal de Francfort, Jahrg. 1829, Nr. 293 und 295, bei Martens nouveau recueil tom. VIII, p. 143, bei Martens et Cussy recueil manuel tom. IV, p. 221 u. a.

6. Vertrag von Unkiar-Iskeleſſi.

(8. Juli 1833.)

Der Vicekönig von Aegypten Mehemed-Ali hatte im Oktober 1831 Syrien beſetzt, was die Spannung, welche zwiſchen ihm und dem Sultan Mahmud II. ſchon ſeit der Capitulation von Morea obwaltete, in offenen Krieg ausbrechen ließ. Mehemed-Ali und ſein Sohn Ibrahim wurden in Conſtantinopel mit dem Bann belegt, und gegen letzteren zog im März 1832 unter Huſſein-Paſcha ein türkiſches Heer. Die Türken waren jedoch den Aegyptern nicht gewachſen; Huſſein-Paſcha wurde am 7. Juli bei Hems, der Großweſir Reſchid-Paſcha, der nach ihm das Commando übernommen hatte, am 21. Dez. 1832 bei Konieh total geſchlagen. Die ägyptiſche Armee bedrohte Conſtantinopel. Rußland war ſchon früher zur Unterſtützung des Sultans bereit geweſen, Mahmud aber hatte das Anerbieten eines Hülfsheeres abgelehnt und ſich an England gewandt. Da das engliſche Cabinet die nachgeſuchte Vermittlung von ſich wies, warf ſich der bedrängte Sultan jetzt in die Arme Rußlands und bat um eine Flotte mit 5000 Mann Landtruppen und ein Hülfsheer von 25,000 Mann (2. Febr. 1833). Die ruſſiſche Hülfe war bereit. Eine ruſſiſche Flotte brachte bei Unkiar-Iskeleſſi ein ruſſiſches Heer an die kleinaſiatiſche Küſte, das auf den dortigen Höhen am 5. April ein Lager bezog und bis zum 10. Juli 1833 daſelbſt verweilte. Unkiar-Iskeleſſi iſt eigentlich eine Verſtümmelung aus Chunkiar-Iskeleſſi, d. h. Landungsplatz des Kaiſers. Die Türken bezeichnen mit dieſem Namen ein ſchönes Thal am aſiatiſchen Ufer des Bosporus, Bujukdere gegenüber, wo ſchon Soliman der Große (geſt. 1566) einen Sommerpalaſt mit ſchönen Gärten anlegte, der aber jetzt in Ruinen liegt. An die Stelle des Palaſtes ließ Sultan Selim III. (geſt. 1808) eine prächtige Papiermühle bauen. Schon vor Abſendung des Heeres

hatte Kaiser Nikolaus in der Person des Generals Murawieff einen Gesandten an den König von Aegypten geschickt, um den Frieden zu vermitteln. Derselbe brachte am 6. Febr. 1833 die Nachricht nach Constantinopel, daß der Vicekönig die Feindseligkeiten einstellen wolle und seinem Sohne Ibrahim den Befehl gegeben habe, Halt zu machen. Zwar bemühte sich jetzt der französische Admiral Rousſin (19. Febr. 1833), die Pforte zur Ablehnung der russischen Vermittlung zu bewegen, und versprach, daß Frankreich das Vermittlungsgeschäft übernehmen wolle; allein da am 20. Febr. das russische Geschwader bei Bujukdere vor Anker ging, so wagte es die Pforte nicht, den bereits eingeschlagenen Weg wieder zu verlassen. Am 4. Mai 1833 kam der Friede zwischen der Pforte und dem Vicekönig zu Stande; letzterer wurde in den Paschaliks von Aegypten und Kreta bestätigt und erhielt noch in Syrien die Paschaliks von Damascus, Aleppo, Jerusalem ꝛc. Die Gesandten der Mächte hatten es sich angelegen sein lassen, den Sultan zur Nachgiebigkeit zu bewegen und durch den Abschluß des Friedens ein weiteres Vorgehen der Russen zu verhindern. Graf Orloff aber, der Befehlshaber des russischen Hülfscorps, brachte noch vor dem Abzuge der Russen (10. Jul.) am 8. Juli 1833 die öfter genannte Defensiv-Allianz zwischen Rußland und der Pforte zu Stande, welche der Vertrag von Unkiar-Iskelesſi genannt wird. Die Bevollmächtigten, welche diesen Vertrag abschlossen, waren russischer Seits Graf Orloff, außerordentlicher Gesandter, und Bouteneff, bevollmächtigter Minister bei der Pforte, und türkischer Seits der Seraskier Hoſſew-Mehemed-Pascha und der Muschir Ferzi-Achmet-Pascha. Im ersten Artikel dieses Vertrages sagen sich beide Souveraine ewigen Frieden, Freundschaft, Allianz und gegenseitigen Schutz in ihrem Länderbesitz zu. Der zweite Artikel bestätigt den Frieden von Adrianopel und einige andere neuere Vereinbarungen. Im dritten Artikel verspricht Rußland der Pforte, so oft sie es verlange, so viele russische Truppen und Schiffe zu stellen, als sie bedürfe. Der vierte Artikel bestimmt, daß von der anrufenden Macht für die gestellten Hülfstruppen von der anderen nur die Verpflegungskosten bezahlt werden müßten. Im fünften Artikel wird die Dauer dieses Vertrages auf acht Jahre festgesetzt. Der sechste verspricht die Ratification desselben innerhalb zweier Monate. Ein angeschlossener geheimer Zusatzartikel sagt, daß Rußland auf die von der Reciprocität geforderte materielle Hülfe von Seiten der Türken vorkommenden Falls verzichten wolle und nur verlange, daß die Pforte die Dardanellen schließe, d. h. keinem fremden Kriegsschiff unter irgend einem Vorwand das Einlaufen in dieselben gestatte. — Die übrigen Mächte waren mit diesem Vertrag, der Rußland einen so bedeutenden Einfluß auf die türkischen Zustände einräumte und die Pforte gewissermassen in ein Schutzverhältniß zu Rußland brachte, sehr unzufrieden. Anfragen in Petersburg und Constantinopel wurden gehalten, die jedoch ausweichend beantwortet wurden, bis die acht Jahre des Vertrages abgelaufen waren, wo sodann am 13. Juli

1841 die Pforte zu London mit den Mächten Oeſtreich, Preußen, England und Rußland eine Uebereinkunft ſchloß, nach welcher ſich der Sultan verpflichtete, die alte Regel aufrecht zu erhalten, kraft welcher gar kein fremdes Kriegsſchiff, während die Pforte Frieden hätte, in die Dardanellen und den Bosporus einlaufen durfte. Dieſes Aktenſtück wird unter unſerer Abtheilung: „Anderweitige Verträge die Türkei betreffend“ Ziffer 3 folgen. — Der Vertrag von Unkiar-Iskelessi findet ſich abgedruckt bei Martens nouveau recueil tom. XI. p. 655, bei Martens et Cussy recueil manuel tom. IV. p. 386 u. a.

Traité de paix perpétuelle et d'amitié,

entre

l'Empire de Russie et la Porte Ottomane,

conclu près du village de

KUTSCHOUC KAYNARDGI

le 10. Juillet 1774.

Au nom de Dieu Tout-Puissant.

Les Souverains des deux Empires belligérants, celui de toutes les Russies et la Porte Ottomane souhaitant et désirant mutuellement de mettre fin à la guerre qui a duré jusqu'à présent entre les deux Etats, et de parvenir au rétablissement de la paix par des personnes de confiance respectivement autorisées à cet effet, ont nommé et muni de leurs plein-pouvoirs effectifs pour négocier, arrêter, conclure et signer le traité de paix entre les deux hauts Empires, savoir S. M. l'Impératrice de toutes les Russies, le Comte Pierre de Roumanzow Général-Feld-Maréchal, Commandant de son armée; Gouverneur Général de la Petite Russie, Président du Collège de la Petite Russie et Chevalier des ordres de St. André, de St. George, de St. Alexandre Newski et de St. Anne et Sa Hautesse, le Grand-Vizir de la Sublime Porte Mousson Zadé Mechmet Bacha.

En conséquence, ces deux Commandans des armées, le Feld-Maréchal Comte Pierre Roumanzow et le Grand-Vizir Mousson Zadé Mechmet Bacha, pour se conformer aux vues de leurs Cours, ont donné toute leur attention à cette affaire, et les Plénipotentiaires, Nischandgi Resmi Achmet Effendi et Ibraim Munib Reis Effendi envoyés le 5. de Juillet 1774 par le Grand-Vizir de la part de la Sublime Porte, ont conjointement avec le Plénipotentiaire nommé par le dit Feld-Maréchal, le Prince Nicolas Repnin, Lieutenant-Général, Chevalier de l'ordre de St. George de la Grande croix, de St. Alexandre Newsky, de l'aigle blanc de Pologne et de Ste. Anne de Holstein, dressé, arrêté, conclu, signé et muni du cachet de leurs armes, en présence du

Général-Feld-Maréchal Comte de Roumanzow dans sa tente, les articles suivans de la paix perpétuelle entre l'Empire de toutes les Russies et la Porte Ottomane.

Art. I. Dès à présent et pour toujours cesseront toutes les hostilités et l'inimitié qui ont eu lieu jusqu'ici, et toutes les actions et entreprises ennemies faites de part et d'autre par les armes ou d'autre manière seront ensevelies dans un éternel oubli, sans qu'il en soit tiré vengeance par quelque moyen que ce puisse être; mais au contraire il y aura une paix perpétuelle, constante et inviolable tant par mer que par terre. Pareillement il sera cultivé entre les deux hautes Parties contractantes, S. M. l'Impératrice de toutes les Russies et Sa Hautesse, Leurs Successeurs et Héritiers, ainsi qu'entre les deux Empires, leurs Etats, terres, sujets et habitans une union sincère et amitié perpétuelle et inviolable avec un soigneux accomplissement et maintien de ces articles; de façon qu'aucune des deux Parties n'entreprendra à l'avenir à l'égard de l'autre aucune action ou dessein ennemi que ce soit, ni en secret ni ouvertement. Et en conséquence du renouvellement d'une amitié si sincère, les deux Parties contractantes accordent respectivement une amnistie et pardon général à tous ceux de leurs sujets sans distinction, qui se sont rendus coupables de quelque crime envers l'une ou l'autre des deux Parties; délivrant et mettant en liberté ceux qui se trouvent aux galères ou en prison; permettant à tous bannis, ou exilés de retourner chez eux avec promesse de leur rendre après la paix tous les honneurs et biens dont ils ont joui ci-devant, et de ne leur faire, ni souffrir que d'autres leur fassent impunément quelque insulte, dommage ou offense, sous quelque prétexte que ce soit; mais que chacun d'eux puisse vivre sous la garde et protection des loix et coutumes de son pays, ainsi que ses compatriotes.

Art. II. Si après la conclusion du Traité et l'échange des ratifications quelques sujets des deux Empires, ayant commis quelque crime capital, ou s'étant rendus coupables de désobéissance ou de trahison, vouloient se cacher ou chercher asyle chez l'une des deux Puissances, ils n'y devront être reçus ni gardés sous aucun prétexte, mais immédiatement livrés ou du moins chassés des Etats de la Puissance chez laquelle ils se seroient retirés; afin que pour de tels Malfaiteurs il ne s'élève aucun refroidissement ou contestation inutile entre les deux Empires, à l'exception cependant de ceux qui dans l'Empire de Russie auront embrassé la Religion Chrétienne et dans l'Empire Ottoman la Religion Mahométane. Pareillement au cas que quelques sujets des deux Empires, soit Chrétiens ou Mahométans, ayant commis quelque forfait ou délit ou pour quelque cause que ce soit, passent d'un Empire dans l'autre, ils seront immédiatement livrés dès que la réquisition en sera faite.

Art. III. Tous les Peuples Tartares, ceux de la Crimée, du Budgiac, du Kuban, les Edissans, Geambouiluks et Editschkuls, seront reconnus sans aucune exception par les deux Empires pour nations libres et entièrement indépendantes de toute Puissance étrangère, gouvernés par leur propre Souverain de la race de Chingis-Kan, élu et élevé sur le Trône par tous les

peuples Tartares; lequel les gouvernera d'après leurs anciennes loix et usages, n'en rendant aucun compte que ce soit à aucune Puissance étrangère; c'est pour quoi, ni la Cour de Russie, ni la Porte Ottomane ne devront se mêler sous quelque prétexte que ce soit, de l'élection du dit Chan non plus que de leurs affaires domestiques, politiques, civiles et intérieures; mais au contraire avouer et considérer la dite nation Tartare dans son état politique et civil sur le même pied que les autres Puissances qui se gouvernent par elles mêmes et ne dépendent que de Dieu seul; quant aux cérémonies de religion comme les Tartares professent le même culte que les Musulmans, ils se régleront à l'égard de Sa Hautesse comme Grand-Calife du Mahométisme, selon les préceptes que leur prescrit leur loi, sans aucun préjudice néanmoins de la confirmation de leur liberté politique et civile. La Russie laisse à cette nation Tartare à l'exception des forteresses de Kertsch et Jenicale avec leurs districts et ports, que la Russie garde pour elle, toutes les villes, forteresses, habitations, terres et ports qu'elle a conquis en Crimée et au Kuban; le terrein situé entre les rivières Berda, Konskie, Vodi et le Dnieper, ainsi que tout celui situé jusqu'à la frontière de Pologne entre le Boug et le Dnester à l'exception de la forteresse d'Oczakow avec son ancien territoire qui appartiendront comme ci-devant à la sublime Porte; et elle promet de faire sortir ses troupes de leurs possessions d'abord après la conclusion et l'échange du traité de paix. La sublime Porte Ottomane s'engage pareillement de son côté à se désister de tout droit quelconque qu'elle pourroit avoir sur les forteresses, villes, habitations etc. en Crimée, au Kuban et dans l'isle de Taman, de ne tenir dans ces endroits aucune garnison ni autres gens armés, cédant ces états aux Tartares de la même manière que la cour de Russie, c'est à dire en pleine propriété et souveraineté absolue et indépendante. Pareillement la sublime Porte s'engage de la manière la plus solennelle et promet de n'introduire ni entretenir à l'avenir aucune garnison ou gens armés quelconques dans les susdites villes, forteresses, terres et habitations ni dans l'intérieur de ces états aucun intendant ou Employé militaire de quelque dénomination que ce soit, mais de laisser tous les Tartares dans la même parfaite liberté et indépendance que les laisse l'Empire de Russie.

Art. IV. Il est conforme au droit naturel de chaque Puissance, de faire dans son propre pays telles dispositions qu'elle juge à propos; en conséquence il est respectivement réservé aux deux Empires, une liberté parfaite et illimitée de construire en neuf chacun dans ses Etats et en dedans de ses frontières, en tels endroits qu'il trouvera convenables, toute sorte de forteresses, villes, habitations, édifices et demeures, ainsi que de réparer et rebâtir les anciennes forteresses, villes, habitations etc.

Art. V. Après la conclusion de cette heureuse paix et le renouvellement de l'amitié sincère et du bon voisinage, la cour Impériale de Russie dorénavant aura toujours auprès de la sublime Porte un ministre du second rang, c'est à dire un Envoyé ou un Ministre Plénipotentiaire; la sublime Porte marquera à son caractère toute l'attention et les égards qui s'observent envers

les Ministres des Puissances les plus distinguées; et dans toutes les fonctions publiques le susdit Ministre devra suivre immédiatement celui de l'Empereur s'il a le même caractère que lui; mais s'il a un autre caractère, c'est à dire ou supérieur ou inférieur, alors le Ministre Russe suivra immédiatement l'Ambassadeur d'Hollande et en son absence, celui de Venise.

Art. VI. Si quelqu'un de ceux qui se trouvent au service actuel du ministre Russe pendant son séjour près de la Sublime Porte ayant fait quelque vol, ou commis quelque crime ou action punissable, vouloit pour se soustraire au châtiment, se faire Turc; quoiqu'il ne puisse pas être refusé, cependant après lui avoir fait subir la peine qu'il mérite, tous les effets volés devront être restitués en entier, conformément à la spécification du ministre. Mais ceux qui voudront prendre le Turban, étant ivres, ne devront être reçus qu'après que leur ivresse sera passée et leur raison revenue dans son état naturel; et même alors leur dernière déclaration ne se fera qu'en présence d'un interprète, envoyé par le Ministre et de quelque Musulman non-suspect de partialité.

Art. VII. La sublime Porte promet de protéger constamment la religion Chrétienne et ses églises; et aussi elle permet aux Ministres de la cour impériale de Russie de faire dans toutes les occasions des représentations, tant en faveur de la nouvelle église à Constantinople dont il sera mention à l'article XIV que pour ceux qui la desservent, promettant de les prendre en considération, comme faites par une personne de confiance d'une Puissance voisine et sincèrement amie.

Art. VIII. Il sera libre et permis aux sujets de l'Empire de Russie, tant séculiers qu'ecclésiastiques, de visiter la sainte ville de Jerusalem et autres lieux dignes d'attention. Il ne sera exigé de ces pélerins et voyageurs par qui que ce puisse être ni à Jerusalem, ni ailleurs, ni sur la route aucun Charatsch, contribution, droit ou autre imposition; mais ils seront munis de passeports et firmans, tels qu'on en donne aux sujets des autres Puissances amies. Pendant leur séjour dans l'Empire Ottoman, il ne leur sera fait le moindre tort ni offense, mais au contraire ils seront sous la protection la plus rigide des loix.

Art. IX. Les Interprètes auprès des Ministres Russes résidant à Constantinople, de quelque nation qu'ils soient, étant employés à des affaires d'état, et conséquemment servant les deux Empires, doivent être considérés et traités avec toute sorte de bienveillance; et ils n'auront rien à souffrir à raison des affaires dont leurs principaux les auroient chargés.

Art. X. Si entre la signature de ces Articles de paix et les ordres qui sur cela seront expédiés par les commandans des deux armées respectives, il survenoit quelque part quelque fait d'armes, aucune partie ne s'en tiendra offensée, comme aussi le succès en sera nul, toute acquisition restituée et aucun avantage n'en restera à l'une ni à l'autre partie.

Art. XI. Pour la commodité et l'avantage des deux Empires il y aura une navigation libre et sans obstacles pour les Vaisseaux Marchands, appartenans

aux deux Puissances contractantes, dans toutes les mers qui baignent leurs terres; la sublime Porte accorde aux Vaisseaux marchands Russes nommément tels que ceux qu'employent partout pour le commerce et dans les ports les autres puissances, un libre passage de la mer noire dans la mer blanche et réciproquement de la mer blanche dans la mer noire; comme aussi d'entrer dans tous les ports et havres existans ou sur les côtes de la mer ou dans les passages et canaux qui joignent ces mers. Pareillement la sublime Porte permet aux sujets Russes de commercer dans ses états par terre ainsi que par eau et sur le Danube par leurs Vaisseaux, conformément à ce qui a été spécifié plus haut dans cet article, et cela aux mêmes privilèges et avantages dont jouissent dans ses Etats les nations les plus amies et que la sublime Porte favorise le plus dans le commerce, tels que les François et les Anglois; et les capitulations de ces deux nations et autres, de même que si elles étoient insérées ici mot pour mot, devront servir de règle en tout et partout pour ce qui regarde tant le commerce que les commerçans Russes, lesquels en payant les mêmes douânes, peuvent importer et exporter toutes sortes de marchandises, et aborder à tous les ports et havres tant sur la mer noire que sur les autres mers, Constantinople y étant nommément compris.

En accordant de la manière ci-dessus aux sujets respectifs, la liberté du commerce et de la navigation sur toutes les eaux sans exception, les deux Empires permettent en même temps aux marchands de s'arrêter dans leurs Etats autant de temps, que leur intérêts l'exigeront, et leur promettent la même sûreté et liberté dont jouissent les sujets des autres Cours amies.

Et afin d'observer l'ordre en tout, la sublime Porte permet également qu'il réside des Consuls et Vice-Consuls dans tous les lieux où la Cour de Russie jugera à propos d'en établir; et ils seront traités et considérés en parfaite égalité avec les Consuls des autres puissances amies. Elle leur permet d'avoir des Interprêtes nommés Baratli ou à patentes, les munissant effectivement de patentes Impériales, et les faisant jouir des mêmes prérogatives que ceux au service des dites nations Françoises, Angloises et autres.

De même la Russie permet aux sujets de la sublime Porte de commercer dans ses Etats par mer et par terre avec les mêmes prérogatives et avantages dont jouissent les nations les plus amies et en payant les douânes accoutumées. En cas d'accident qui pourroit arriver aux vaisseaux, les deux Empires sont tenus respectivement de leur donner la même assistance qui se donne en pareil cas aux autres nations amies; et les choses nécessaires leur seront fournies aux prix ordinaires.

Art. XII. Lorsque la Cour Impériale de Russie sera intentionnée de faire quelque traité de commerce avec les régences d'Afrique, comme Tripoli, Tunis et Alger, la sublime Porte s'engage d'employer son pouvoir et son crédit pour effectuer les vues de la susdite Cour à cet égard, et de garantir par rapport aux dites Régences toutes les conditions qui auront été stipulées dans ces Traités.

Art. XIII. La sublime Porte promet d'employer le titre sacré de l'Impératrice de toutes les Russies dans tous les actes et lettres publiques, ainsi que dans tous les autres cas en langue Turque, c'est à dire Temamen Roussielerin Padischag.

Art. XIV. A l'exemple des autres Puissances on permet à la haute Cour de Russie, outre la Chapelle bâtie dans la maison du Ministre, de construire dans un quartier de Galata dans la rue nommée Bey Ogiu, une église publique du rit Grec, laquelle sera toujours sous la protection des ministres de cet Empire et à l'abri de toute gêne et de toute avanie.

Art. XV. Quoique, de la manière dont les limites des deux Puissances contractantes sont arrangées, on ait lieu d'espérer que les sujets respectifs ne trouveront plus d'occasion à des différends et des contestations essentielles entre eux; néanmoins à tout évènement et pour éviter tout ce qui pourroit occasionner du refroidissement, ou causer quelque mécontentement que ce soit, les deux Empires conviennent mutuellement que tous cas pareils seront examinés par les Gouverneurs et commandans des frontières, ou par des Commissaires nommés à cet effet, lesquels seront tenus, après recherches exactement faites, de rendre justice actuelle à qui il appartiendra sans la moindre perte de temps, avec condition expresse que des évènemens de cette nature ne pourront jamais servir de prétexte à la moindre altération de l'amitié et bonne union rétablies par le présent traité.

Art. XVI. L'Empire de Russie restitue à la sublime Porte toute la Bessarabie avec les villes d'Akkerman, Kilija, Ismail et avec les bourgs et villages et tout ce que contient cette province, comme aussi elle lui restitue la forteresse de Bender. Pareillement, l'Empire de Russie restitue à la sublime Porte les deux principautés de Valachie et de Moldavie avec toutes les forteresses, villes, bourgs, villages et tout ce qu'elles contiennent, et la sublime Porte les reçoit aux conditions suivantes, avec promesse solennelle de les observer saintement: 1) D'observer à l'égard de tous les habitans de ces Principautés de quelque dignité, rang, état, vocation et extraction qu'ils puissent être, sans la moindre exception, l'amnistie absolue et éternel oubli stipulés dans le premier Article de Traité en faveur de tous ceux qui effectivement auroient commis quelque crime, ou auroient été soupçonnés d'avoir eu intention de nuire aux intérêts de la sublime Porte, les rétablissant dans leurs premières dignités, rangs et possessions et leur rendant les biens dont ils ont joui avant la présente guerre. 2) De n'empêcher aucunement l'exercice libre de la religion Chrétienne et de ne mettre aucun obstacle à la construction de nouvelles églises et à la réparation des anciennes, ainsi que cela a été précédemment. 3) De restituer aux couvens et aux autres particuliers les terres et possessions ci-devant à eux appartenantes, qui leur ont été prises contre toute justice, situées aux environs de Brahilow, de Choczim, de Bender etc. appellées aujourd'hui Rai. 4) D'avoir pour les Ecclésiastiques l'estime particulière que leur état exige. 5) D'accorder aux familles qui désireront de quitter leur patrie pour s'établir ailleurs, une libre sortie avec tous leurs

biens; et pour que ces familles puissent arranger convenablement leurs affaires, on leur fixe le terme d'une année pour cette émigration libre de leur patrie à compter du jour où le présent traité sera échangé. 6) De ne demander ni exiger aucun payement pour de vieux comptes, de quelque nature qu'ils puissent être. 7) De n'exiger de ces peuples aucune contribution ni payement pour tout le temps de la durée de la guerre; et même à cause des dévastations auxquelles ils ont été exposés de les tenir quittes de tout impôt pour deux années à compter du jour de l'échange du présent Traité. 8) A l'échéance du terme marqué, la Porte promet d'en user avec toute humanité et générosité dans les impositions qu'elle mettra sur eux en argent, et de les recevoir, par la voie de Députés qui lui seront envoyés tous les deux ans; au terme du payement de ces impôts, les Bachas, ni les Gouverneurs, ni telle autre personne que ce puisse être ne devra les obérer, ni exiger d'eux d'autres payemens ou impositions sous quelque prétexte ou dénomination que ce soit, mais ils doivent jouir de tous les mêmes avantages dont ils ont joui pendant le règne du feu Sultan. 9) La Porte permet aux Princes de ces deux Etats d'avoir auprès d'Elle chacun un Chargé d'affaires, pris d'entre les Chrétiens de la communion Grecque, lesquels veilleront aux affaires concernant les dites Principautés, et seront traités avec bonté de la Porte et, non obstant leur peu d'importance, considérés comme personnes jouissant du droit des gens, c'est à dire à l'abri de toute violence. 10) La Porte consent aussi, que selon que les circonstances de ces deux Principautés pourront l'exiger, les Ministres de la Cour Impériale de Russie résidans auprès d'Elle puissent parler en leur faveur, et promet de les écouter avec les égards qui conviennent à des puissances amies et respectées.

Art. XVII. L'Empire de Russie restitue à la Sublime Porte toutes les isles de l'Archipel qui se trouvent sous sa dépendance, et la sublime Porte de son côté promet: 1) D'observer saintement à l'égard des habitans de ces isles les conditions stipulées dans le premier Article concernant l'amnistie générale et l'oubli éternel de tous crimes quelconques commis ou soupçonnés au préjudice des intérêts de la sublime Porte. 2) Que la religion Chrétienne ne sera point exposée à la moindre oppression, non plus que les églises, et qu'il ne sera mis aucun empêchement à leur construction ou réparation; pareillement que ceux qui les desservent ne seront ni opprimés ni outragés. 3) Qu'il ne sera exigé de ces isles aucun payement des impôts annuels auxquels Elles étoient assujetties, savoir, depuis le temps qu'Elles se sont trouvées sous la dépendance de l'Empire de Russie, et de plus en considération des grandes pertes qu'elles ont eu à souffrir pendant la guerre, pour deux ans encore à compter du temps de leur restitution à la sublime Porte. 4) De permettre aux familles qui voudront quitter leur Patrie et s'établir ailleurs, de sortir librement avec leurs biens, et afin que ces familles puissent commodément mettre ordre à leurs affaires, il leur est accordé le terme d'un an pour cette libre émigration, à compter du jour de l'échange du présent traité; et 5) au cas que la flotte Russe au moment de son départ,

lequel devra avoir lieu dans trois mois à compter du jour de l'échange du présent traité, ait besoin de quelque chose, la sublime Porte promet de la fournir de tout, autant qu'il sera possible.

Art. XVIII. Le château de Kinburn, situé à l'embouchure du Dnieper avec un district proportionné le long de la rive gauche du Dnieper, et le coin qui forme le désert, entre le Bug et le Dnieper, demeure sous la pleine, perpétuelle et incontestable domination de l'Empire de Russie.

Art. XIX. Les forteresses de Jenicale et Kertsch situées dans la presqu'isle de Crimée avec leurs ports et avec tout ce qu'elles renferment, de plus avec leurs districts à commencer de la mer noire, et en suivant l'ancienne frontière de Kertsch jusqu'à l'endroit Bugak et de Bugak en montant en droite ligne jusqu'à la mer d'Azow, demeurent sous la domination pleine, perpétuelle et incontestable de l'Empire de Russie.

Art. XX. La ville d'Azow avec son district et les limites marquées dans les instruments faits en 1700 c'est à dire en 1713 entre le Gouverneur Tolstoi et Hassan Bacha, Gouverneur d'Atschug, appartiendra à perpétuité à l'Empire de Russie.

Art. XXI. Les deux Cabardes, savoir la grande et la petite, à cause de leur voisinage avec les Tartares se trouvent en une plus grande connexion avec les Chans de Crimée; c'est pourquoi il doit être réservé au Chan de Crimée, à consentir avec son conseil et les anciens de la nation Tartare que ces pays appartiennent à la Cour Impériale de Russie.

Art. XXII. Les deux Empires sont convenus d'anéantir et de laisser dans un éternel oubli tous les traités et conventions précédemment faites entre les deux états, y compris la convention de Belgrade avec celles qui l'ont suivie; et de ne fonder jamais aucune prétention à raison des dites conventions, à l'exception cependant de celle, faite en 1700 entre le Gouverneur Tolstoi et Hassan Bacha Gouverneur d'Atschug au sujet des limites du district d'Azow et de la démarcation de la frontière du Kuban, laquelle demeurera invariablement telle qu'elle a été ci-devant.

Art. XXIII. Les forteresses qui se trouvent dans une partie de la Géorgie et de la Mingrélie, comme Bogdadgick, Kutatis et Scheherban conquises par les armes Russes, seront regardées par la Russie comme appartenantes à ceux dont elles ont dépendu anciennement, de sorte que, si anciennement ou depuis fort longtemps ces villes ont été effectivement sous la domination de la sublime Porte, elles seront reconnues lui appartenir, et d'aprés l'échange du présent traité les troupes Russes sortiront au temps convenu des susdites provinces de Géorgie et de Mingrélie: la sublime Porte de son côté s'engage conformément au contenu du prémier article, d'accorder une amnistie générale à tous ceux dans ces contrées qui dans le cours de la présente guerre l'auroient offensée de quelque manière que ce soit. Elle renonce solennellement et à perpétuité à exiger des tributs de garçons et de filles et toute autre espèce d'imposition; Elle s'engage de ne reconnoître de ces peuples pour ses sujets, que ceux qui lui auront appartenu de toute ancienneté; de

laisser et remettre tous les châteaux et lieux fortifiés qui ont été sous la domination des Géorgiens et des Mingréliens, à leur propre garde et leur propre gouvernement, comme aussi de ne gêner en aucune manière la Religion, les Monastères et les Eglises, de ne pas empêcher de réparer celles qui sont ruinées, ni d'en construire de neuves, et ces peuples ne seront point opprimés de la part du Gouverneur de Tschildirsk et autres Chefs et Officiers par des exactions qui les dépouillent de leurs biens. Mais comme les susdits peuples se trouvent sujets de la sublime Porte, la Russie ne devra à l'avenir se mêler en aucune façon de leurs affaires, ni les molester.

Art. XXIV. Aussitôt après la signature et la confirmation de ces Articles, toutes les troupes Russes qui se trouvent en Bulgarie à la rive droite du Danube se retireront, et dans un mois à compter du jour de la signature, elles passeront de l'autre côté du fleuve. Lorsque toutes les troupes passeront le Danube on remettra aux Turcs le château de Hirsow qu'on leur évacuera après que toutes les troupes Russes auront effectivement passé à la rive gauche de ce fleuve. Ensuite on procèdera à l'évacuation de la Valachie et de la Bessarabie dans le même temps, pour laquelle il est fixé le terme de deux mois. Après que toutes les troupes auront quitté ces deux provinces, on remettra aux Troupes Turques d'un côté les forteresses de Giurgewo et ensuite Brahilow et de l'autre la ville d'Ismail, et les forteresses de Kilia et ensuite d'Akkerman, des quelles places sortiront alors les garnisons Russes, pour suivre les autres troupes, de sorte que pour l'évacuation entière des dites provinces on prescrit le terme de trois mois.

Enfin les troupes Impériales de Russie sortiront deux mois après cela de la Moldavie et passeront à la rive gauche du Dnester; ainsi l'évacuation de tous les pays susdits se fera dans cinq mois, à compter de la susdite signature du Traité de paix perpétuelle entre les deux Empires contractans; lorsque toutes les troupes Russes seront passées à la rive gauche du Dnester, on abandonnera aux troupes Turques les forteresses de Chotzum et de Bender, à cette condition toutefois, que le château de Kiburn avec le district qui lui appartient et le désert situé entre le Dnieper et le Bug aient déjà été remis en pleine, perpétuelle et incontestable souveraineté à l'Empire de Russie, conformément à l'Article XVIII du traité de paix perpétuelle entre les deux Empires.

Quant aux isles de l'Archipel, elles seront laissées, comme ci-devant à la domination légitime de la Porte Ottomane, par la flotte et les troupes Impériales de Russie, aussitôt que les arrangemens et besoins particuliers de la flotte le permettront, sur quoi il n'est pas possible ici de fixer le temps précis. Et la sublime Porte pour accélérer d'autant plutôt le départ de la dite flotte, s'engage déjà comme Puissance amie à lui fournir, autant que cela lui sera possible, toutes les choses dont elle aura besoin.

Tant que les troupes Impériales de Russie séjourneront dans les provinces à restituer à la sublime Porte, le gouvernement et la police y resteront dans la même vigueur qu'actuellement et depuis la conquête, et la Porte ne

devra y prendre aucune part pour tout ce temps et jusqu'à l'entière sortie de toutes les troupes. Jusqu'au dernier jour de leur sortie de ces pays les troupes Russes seront fournies de toutes les choses nécessaires tant en vivres qu'autres choses, de la même manière que cela leur a été fourni jusqu'à présent.

Les troupes de la sublime Porte ne devront mettre le pied dans les forteresses qui lui seront restituées, et elle ne pourra commencer à exercer son autorité dans les pays qui lui seront remis, que lorsqu'à chaque place ou pays qui aura été évacué par les troupes Russes, le commandant de ces troupes en aura donné connoissance à l'officier commis à cet effet de la part de la Porte Ottomane.

Les troupes Russes pourront, selon leur bon plaisir, vider leurs magazins de munitions de guerre et de bouche qui sont dans les forteresses, villes et partout ailleurs où il s'en trouve, et ils ne laisseront dans les forteresses, rendues à la sublime Porte que la seule artillerie Turque autant qu'il s'y en trouve réellement. Les habitans dans tous les pays restitués à la sublime Porte, de quelque état et condition qu'ils soient, qui se trouvent au service Impérial de Russie ont la liberté, outre le terme donné d'une année, fixé dans les articles XVI et XVII du traité de paix, de partir et de se retirer avec leurs familles et leurs biens à la suite de troupes Russes; et conformément aux susdits articles la sublime Porte s'engage de ne s'opposer à leur sortie ni alors ni pendant le terme entier d'une année.

Art. XXV. Tous les prisonniers de guerre et esclaves, dans les deux Empires, hommes et femmes, de quelque rang ou dignité qu'ils soient, à l'exception de ceux qui dans l'Empire de Russie auront quitté volontairement le mahométisme pour embrasser la Religion Chrétienne, ou dans l'Empire Ottoman auront quitté volontairement le Christianisme pour embrasser la Religion Mahométane, seront immédiatement après l'échange des ratifications de ce traité et sans aucune excuse que ce puisse être, remis en liberté de part et d'autre, rendus et délivrés sans rachat ni rançon; pareillement tous les chrétiens tombés en servitude, comme Polonois, Moldaves, Valaques, Péloponésiens, habitans des isles et Géorgiens, tous sans la moindre exception, devront être mis en liberté sans rançon ni rachat. Pareillement tous les sujets Russes, qui, depuis la conclusion de cette heureuse paix, seroient tombés par quelque accident en servitude, et se trouvoient dans l'Empire Ottoman, devront être délivrés et rendus de la même manière; ce que l'Empire de Russie promet d'observer aussi de son côté envers la Porte Ottomane et ses sujets.

Art. XXVI. Après avoir reçu d'ici la nouvelle de la signature de ces articles, le commandant de l'armée Russe en Crimée et Gouverneur d'Oczakow doivent aussitôt se communiquer l'un à l'autre sur ce qui les regarde, et dans deux mois après la signature du traité envoyer respectivement des personnes accréditées pour effectuer d'une part la tradition et de l'autre la prise de possession du Château de Kinburn avec le désert, ainsi qu'il est stipulé dans

l'article XVIII ci-dessus; ce que les dits commissaires devront absolument effectuer dans deux mois du jour de leur assemblée, afin que dans quatre mois ou même plutôt, à compter depuis la signature de ce traité, toute cette affaire soit sûrement achevée, et immédiatement après la chose exécutée il en sera donnée connoissance à leurs Excellences le Feld-Maréchal et le Grand-Vizir.

Art. XXVII. Mais afin que la présente paix et sincère amitié entre les deux Empires soyent d'autant plus fortement et authentiquement scellées et confirmées, il sera envoyé de part et d'autre des ambassades solennelles et extraordinaires avec les ratifications Impériales fermées, confirmatives du traité de paix, au temps dont elles seront convenues entre Elles. On ira sur les frontières à la rencontre des ambassadeurs, de la même manière et ils seront reçus et traités avec les mêmes honneurs et cérémonies que cela s'observe dans les ambassades respectives entre la Porte Ottomane et les Puissances les plus respectables. Et pour marque d'amitié il sera réciproquement envoyé par les dits ambassadeurs des présens proportionnés à la dignité de leurs Majestés Impériales.

Art. XXVIII. Après que ces articles de la paix perpétuelle auront été signés par les susdits Plénipotentiaires, le Lieutenant Général Prince Repnin et de la sublime Porte le Nischandgi Resmi Achmet Effendi et Ibrahim Munib Effendi, les hostilités doivent cesser entre les armées principales ainsi qu'entre les corps séparés tant sur la terre que sur les eaux, d'abord qu'on en aura reçu l'ordre des Commandans des deux armées. A cet effet il devra être envoyé d'abord de la part du Feld-Maréchal et du Grand-Vizir des couriers dans l'Archipel, à la flotte qui se trouve sur la mer noire vis-à-vis de la Crimée, et dans tous les autres endroits où les hostilités se font de part ou d'autre, afin qu'en vertu de la paix conclue, toute inimitié et tous faits d'armes cessent: Et ces couriers seront munis d'ordres de la part du Feld-Maréchal et du Grand-Vizir, de telle sorte que le courier Russe, s'il arrive plutôt chez le Commandant auquel il est adressé, puisse par lui faire passer au Commandant Turc les ordres du Grand-Vizir; et pareillement si c'est le courier de celui-ci qui arrive le premier, lors le Commandant Turc fasse passer au Commandant Russe les ordres du Feld-Maréchal.

Et comme la négociation et confection de cette paix ont été confiées par les Souverains des Empires respectifs aux soins des Commandans en Chef de leurs armées, savoir le Feld-Maréchal Comte Pierre de Roumanzow et le Grand-Vizir de la sublime Porte Moussun Zadé Mechmet Pacha, les dits Feld-Maréchal et Grand-Vizir devront confirmer en vertu du pleinpouvoir donné à chacun d'eux par leurs Souverains, tous les susdits articles de la paix perpétuelle ainsi qu'ils sont ici exprimés, et avec la même force que s'ils avoient été faits en leur présence, les signer et munir du cachet de leurs armes, garder et accomplir fidèlement et inviolablement tout ce qui y a été stipulé et promis, ne faire ni ne souffrir qu'il soit rien fait par qui que ce soit en contravention du dit traité; et les exemplaires parfaitement con-

formes à celui-ci signés d'eux et munis de leurs cachets, de la part du Grand-Vizir en langue Turque et Italienne et de la part du Feld-Maréchal en Russe et Italien, de même que les plein-pouvoirs à eux donnés par leurs Souverains seront respectivement échangés par les mêmes personnes ci-dessus nommées, qui ont été envoyées du côté de la sublime Porte au Feld-Maréchal dans cinq jour immanquablement à compter du jour de la signature du présent traité, et plutôt s'il est possible; en statuant dès à présent qu'elles recevront les dits exemplaires du Feld-Maréchal d'abord qu'elles auront donné connoissance que ceux du Grand-Vizir leur sont arrivés.

Ce 10. Juillet 1774.

Prince Nicolas Repnin.

Traité définitif de paix

entre Sa Majesté l'Impératrice de Russie et la Porte-Ottomane.

Signé à

JASSY

le $\frac{\text{29. Dec. 1791.}}{\text{9. Janv. 1792.}}$

Im Namen des allgnädigen Gottes!

Da Ihro Majestät, die grossmächtige Kaiserin und Selbstherrscherin aller Reussen, und Se. Majestät, der erhabene grossmächtigste Ottomanische Kaiser, beiderseits aufrichtig geneigt sind, den Frieden, der durch einige Zufälle unterbrochen worden, wieder herzustellen, den Krieg zu beendigen, der bisher zwischen Ihren respectiven Reichen fortgedauert hat, und auf einer festen Grundlage von Neuem den Frieden, die Freundschaft und das gute Einverständniss zu gründen: so haben sie für dienlich erachtet, dies gute und heilsame Werk dem Eifer und der Leitung Ihrer hohen Bevollmächtigten anzuvertrauen, nämlich von Seiten Sr. Majestät, des Ottomanischen Kaisers, Sr. Erlaucht und Excellenz dem Herrn Jussuf Pascha, Grosvezier der erhabenen Ottomanischen Pforte, und von Seiten Ihro Kaiserlichen Majestät von Russland, Sr. Erlaucht und Excellenz dem Herrn Alexander Grafen von Besborodko, wirklichem geheimen Rathe und Ritter der Orden seiner Monarchin. Und damit diese Friedensunterhandlung durch Personen zu Stande gebracht werden könne, die respective gewählt, ernannt und mit den zur Einrichtung, Abschliessung und Unterzeichnung des gegenwärtigen Friedenstractates nöthigen Vollmachten versehen sind, so hat man erwählt, ernannt und mit den erwähnten Vollmachten versehen, nämlich von Seiten der Ottomanischen Pforte, die

vortrefflichen und hochgeehrten, den Reis Effendi Eiseid Abdallah Birri, den Ordu Cardissi, der mit dem Character eines Stambol Effendi versehen, Seid Ibrahim Ismet Bei, und den Rusnamadzii Ervel Mahomet Durri Effendi; und von Seiten des Russischen Reichs, die vortrefflichen und hochgeehrtesten Alexander von Samoiloff, Generallieutenant der Armeen Ihro Majestät, der Kaiserin, Ihren wirklichen Kammerherrn, Director der Kanzlei des dirigirenden Senats und Ritter verschiedener Orden, Joseph von Ribas, Generalmajor der Armeen, Befehlshaber der Flotte zu Racues, Ritter verschiedener Orden, und Sergius von Lascaroff, Etatsrath und Ritter, welche, zu Jassy versammlet, um einen dauerhaften Frieden zwischen den beiden Reichen zu Stande zu bringen, folgende Artikel gegenseitig angenommen und beschlossen haben.

Art. I. Zwischen Sr. Majestät, dem Grossherrn, und Ihro Majestät, der Kaiserin aller Reussen, und Ihren Erben und Thronfolgern, sowie zwischen Ihren Reichen und Unterthanen, soll von jetzt an und auf immer alle Feindseligkeit und Feindschaft aufhören, in eine ewige Vergessenheit begraben werden und künftig ein fester und fortdauernder Friede zu Wasser und zu Lande bestehen. Es soll eine beständige Freundschaft und dauerhafte Harmonie errichtet und unterhalten werden, indem man mit einer offenen und gewissenhaften Aufrichtigkeit die gegenwärtig beschlossenen Artikel des Friedenstractats beobachtet, so, dass keiner von beiden Theilen, weder heimlich noch öffentlich, einige Thätigkeit oder Expedition gegen den andern unternehmen oder versuchen soll. In Folge der Erneuerung einer so aufrichtigen Freundschaft bewilligen die beiden contrahirenden Theile eine gegenseitige Amnestie und allgemeine Vergebung allen denjenigen Ihrer Unterthanen, ohne die geringste Ausnahme, die sich gegen einen der beiden Theile mögen vergangen haben, setzen diejenigen, welche sich auf den Galeeren oder in Gefängnissen befinden, wieder in Freiheit; erlauben ferner allen, die ausgewandert oder des Landes verwiesen sind, in ihre Heimath zurückzukehren, mit dem Versprechen, dass man sie nach dem Frieden in dem völligen Genusse aller Ehren und Güter lassen wird, die sie vorher besassen, ohne ihnen die geringste Beschimpfung, Vervortheilung oder Beleidigung erfahren zu lassen, sondern dass vielmehr jeder von ihnen unter der Obhut und dem Schutze der Gesetze und Gebräuche seines Landes, gleich wie seine Mitbürger leben soll.

Art. II. Der Friedensschluss, der am 10. Julius 1774 oder im Jahr der Hegira 1188 den 14. des Monats Evel unterzeichnet worden, die erklärende Convention vom 20. Zemaziel Akir 1193, oder vom 10. März 1779, der Commerztractat vom 20. des Monats Ridzel 1197, das ist vom 10. Junius 1783, und die Acte wegen Einverleibung der Krimm und Taman mit dem Russischen Reiche, die den Fluss Kuban zur Gränze setzt, und am 15. Saffer 1198 oder den 28. December 1783 geschlossen worden, werden durch den gegenwärtigen neuen Friedensschluss in allen ihren Artikeln, blos diejenigen ausgenommen, welche durch den gegenwärtigen oder durch die vorher geschlossenen Tractate verändert worden, bestätigt, und die beiden contrahiren-

den Theile machen sich verbindlich, selbige heilig und unverbrüchlich zu halten und mit guter Treue und Genauigkeit in Erfüllung zu bringen.

Art. III. Zufolge des zweiten Artikels der Praeliminarien, worin bestimmt wird, *dass der Dniester beständig zur Grenzscheidung zwischen den beiden Reichen dienen soll, dass die Grenzen des Russischen Reichs sich künftig bis zu erwähntem Flusse erstrecken sollen*, sind die beiden hohen contrahirenden Theile gegenseitig übereingekommen und setzen durch gegenwärtiges fest, dass der Dniester auf immer die Grenzscheidung zwischen der hohen Pforte und dem Russischen Reiche ausmachen soll, dergestalt, dass alles Gebiet, was am rechten Ufer des Dniesters liegt, zurückgegeben und immer unter der völligen und unstreitigen Herrschaft der hohen Pforte bleiben, und dagegen alles Gebiet, was am linken Ufer desselben Flusses liegt, beständig unter der völligen und unstreitigen Herrschaft des Russischen Reichs bleiben soll.

Art. IV. Zufolge dieser bestimmten Einrichtung wegen der Grenzscheidung zwischen den beiden Reichen, und zufolge des vierten Artikels der Praeliminarien, worin festgesetzt worden, *dass alle übrige Grenzen so bleiben sollen, wie sie beim Anfange des gegenwärtigen Kriegs gewesen, und dass die Länder, welche während der Feindseligkeiten von den Truppen des Russischen Reichs in Besitz genommen worden, mit allen Befestigungen, die sich darin befinden, und in demselbigen Zustande, worin sie gegenwärtig sind, an die hohe Pforte zurückgegeben werden sollen*, geben Ihro Kaiserl. Majestät das von Ihren Armeen eingenommene Bessarabien nebst den Plätzen Bender, Akiermann, Kilia und Ismail, ingleichen die Flecken, Dörfer und alles an die hohe Pforte zurück, was diese Provinz enthält.

Ferner geben Ihro Kaiserliche Majestät die Provinz Moldau mit allen Städten, Dörfern und allem, was sie enthält, zurück, und die hohe Pforte empfängt sie unter folgenden Bedingungen, mit dem Versprechen, selbige vollkommen in Ausübung zu bringen:

1. Alles heilig zu beobachten und zu erfüllen, was zum Besten der beiden Provinzen, der Walachei und Moldau, in dem Friedenstractate, der im Jahre der Hegira 1188 den 14. des Monats Zemaziel Evel, das ist den 10. Julius 1774 geschlossen worden, ferner was in der erklärenden Convention, geschlossen den 20. Zemaziel Akir 1193, das ist den 10. März 1779, und in der Acte vom 15. des Monats Saffer 1198 oder den 28. December 1783, die der Grossvezier im Namen der hohen Pforte ausgestellt hat, stipulirt worden.
2. Von diesen Ländern keine Bezahlung rückständiger Schulden, von welcher Art sie auch seln möchten, zu fordern oder zu verlangen.
3. Von diesen Ländern für die ganze Zeit des Kriegs keine Contributionen oder Zahlungen zu fordern, sondern sie in Rücksicht des vielen Schadens und der Verwüstungen, die sie während des gegenwärtigen Krieges erlitten haben, auf zwei Jahre von allen Auflagen und Lasten zu befreien, von der Zeit der Auswechslung der Ratificationen des gegenwärtigen Tractats an gerechnet.

4. Den Familien, die ihr Vaterland verlassen und sich anderwärts hinzubegeben wünschen möchten, einen freien Abzug mit allen ihren Gütern zu verstatten. Und damit besagte Familien hinlänglich Zeit haben, ihren Anverwandten, Unterthanen des Ottomanischen Reichs, Nachricht geben, ihre beweglichen und unbeweglichen Güter nach den Landesgesetzen an Unterthanen desselben Reichs verkaufen und ihre Sachen einrichten zu können, so ist ihnen zu dieser Auswanderung aus ihrem Vaterlande ein Termin von vierzehn Monaten, vom Tage der Auswechslung der Ratificationen des gegenwärtigen Tractates an gerechnet, bewilligt worden.

Art. V. Zum Beweise der Aufrichtigkeit, womit die beiden hohen contrahirenden Theile nicht allein für jetzt suchen, den Frieden und die gute Harmonie unter sich herzustellen, sondern selbige auch für die Zukunft, mit Entfernung alles dessen, was einst den geringsten Vorwand zu Streitigkeiten oder Misshelligkeiten geben könnte, auf eine dauerhafte Weise zu befestigen, verspricht die hohe Pforte, mit Erneuerung des schon ehedem ausgefertigten Fermans, an den Befehlshaber der Grenzen, den Pascha von Ahaltzik oder Achiska Befehle zu senden und ihm aufs Strengste zu verbieten, von jetzt an, unter keinerlei Vorwande, weder heimlich noch öffentlich, die Länder und Einwohner zu beunruhigen oder zu belästigen, welche unter dem Czaar von Tiflis oder Cartalinien stehen, mit dem ausdrücklichen Befehl an ihn, nirgends das gute Vernehmen und die gute Nachbarschaft zu stören.

Art. VI. Da durch den zweiten Artikel des gegenwärtigen Tractats unter andern vorigen Verträgen die Acte vom 28. December 1783 wegen Einverleibung der Krimm und Taman mit dem Russischen Reiche und Festsetzung des Flusses Kuban zur Grenzscheidung zwischen den beiden contrahirenden Theilen in jenen Gegenden bestätigt worden, so verspricht und verbindet sich die erhabene Pforte feierlich, zum Beweise, wie aufrichtig sie geneigt ist, alles von jetzt an zu entfernen, was den Frieden, die Ruhe und die gute Harmonie zwischen den beiden Reichen stören könnte, all ihr Ansehen und alle dienlichen Mittel anzuwenden, die angrenzenden Völkerschaften am linken Ufer des Kubans in Ordnung und im Zaum zu halten, dass sie keine Einfälle in das Russische Reich unternehmen, noch den Russischen Unterthanen und deren Wohnungen, den Ländern und Einwohnern, weder heimlich noch öffentlich, es sei unter welchem Vorwande es wolle, einige Zerstörung, Beraubung oder Schaden zufügen. Und damit sie keine Leute aufheben, um sie in die Sclaverei zu führen, soll deshalb die hohe Pforte an die, welche es angeht, die nachdrücklichsten Befehle und unter Androhung der schärfsten Strafen das stärkste Verbot ergehen und selbiges nach der Auswechslung der Ratificationen des gegenwärtigen Tractats in den Oertern selbst öffentlich bekannt machen lassen. Daferne aber, nach den eingegangenen Bestimmungen in gegenwärtigem Tractate und nach dem ergangenen Verbot an jene Völkerschaften sich jemand von ihnen doch unterstehen sollte, Einfälle in das Gebiet des Russischen Reichs zu unternehmen, irgend einigen Schaden oder Nachtheil zu verursachen, Vieh oder etwas anders zu rauben,

oder Russische Unterthanen in Sclaverei zu führen, so soll in diesem Falle, nachdem die Klagen angebracht worden, ohne den geringsten Aufschub, Gerechtigkeit ertheilt und das Geplünderte und Geraubte wieder zurückgegeben werden. Besonders sollen wegen der Auslieferung und Aufsuchung der Russischen Unterthanen, die sie entführt haben möchten, keine Schwierigkeit gemacht, ingleichen die etwa verursachten Kosten ersetzt und die Unternehmer solcher Einfälle, in Gegenwart des Russischen Commissairs, der dazu von dem Grenzbefehlshaber ernannt worden, strenge bestraft werden. Sollte bei alle dem, gegen alle Erwartung, binnen 6 Monaten, vom Tage an, an welchem die Klage angebracht worden, gerechnet, eine solche Genugthuung nicht erfolgen, so macht sich die hohe Pforte verbindlich, binnen einem Monate nach der Reclamation durch den Russischen Minister alle die Unkosten zu bezahlen, welche durch die Unternehmer der Streifereien verursacht worden; wohl verstanden, dass demungeachtet die hier oben angeführten Strafen wegen Störung der Ruhe der guten Nachbarschaft ohne den geringsten Aufschub nachdem stattfinden sollen.

Art. VII. Da die Handlung das wahre und beständigste Band der gegenseitigen Harmonie ausmacht, so wird von der hohen Ottomanischen Pforte, bei der Erneuerung des Friedens und der Freundschaft mit dem Russischen Kaiserthume, zum Beweise der Aufrichtigkeit, womit sie wünscht, dass eine sichere und vortheilhafte Handlung zwischen den Unterthanen der beiden Reiche auf das Möglichste blühen möge, hiermit die Aufrechthaltung und Erfüllung des sechsten Artikels des Commerztractats mit dem Russischen Reiche, in Betreff der Kaper von Algier, Tunis und Tripolis, und namentlich stipulirt, dass, wenn ein russischer Unterthan den Kapers von Algier, Tunis und Tripolis begegnen und von ihnen gefangen werden, oder die Seeräuber sich eines Schiffes oder einer Waare, sie mag Namen haben, welchen sie will, die Russischen Kaufleuten gehören, bemächtigen sollten, die Pforte sich in diesem Falle verpflichtet, bei erwähnten Staaten ihr Ansehen zu verwenden, um die russischen Unterthanen, die auf solche Weise in Sclaverei gerathen, zu befreien, ihnen das Schiff, die Waaren und Güter, die ihnen geraubt worden, wieder zu verschaffen und den Benachtheilten allen daraus entsprungenen Schaden zu ersetzen. Und wenn man durch Berichte sicher erfährt, dass die Firmans durch besagte Staaten von Algier, Tunis und Tripolis nicht in Ausführung gebracht werden, so verbindet sich die hohe Pforte, auf Reclamation des Kaiserlich Russischen Ministers oder Chargé d'affaires, binnen zwei Monaten, oder wo möglich noch eher, vom Tage der Unterzeichnung der Reclamation an gerechnet, aus Ihrem Kaiserlichen Schatze den Schaden zu bezahlen und zu ersetzen.

Art. VIII. Alle Kriegsgefangene und andere Sclaven beider Geschlechter, wes Art und Standes sie sein mögen, die sich in den beiden Reichen befinden, diejenigen ausgenommen, welche im Ottomanischen Reiche vom Christenthum zur Muhamedanischen Religion übergegangen sein, sollen sogleich nach der Auswechslung des gegenwärtigen Tractats ohne irgend einigen

Widerspruch von beiden Seiten frei gelassen, zurückgegeben und ohne irgend einige Ranzion oder Lösegeld überliefert werden. Gleichfalls sollen alle andere Christen, die in Sclaverei gerathen sind, namentlich Polen, Moldauer, Walachen, Einwohner des Peloponnesus und der Inseln, Georgianer und alle andere ohne Ausnahme, ohne irgend eine Ranzion oder Lösegeld, wieder in Freiheit gesetzt werden. Eben dieselbe Auslieferung soll auch bei allen den Russischen Unterthanen stattfinden, die nach dem Abschlusse dieses heilsamen Friedens, es sei durch welchen Zufall es wolle, in Sclaverei gerathen sein und sich im Ottomanischen Reiche befinden möchten, und Russland verspricht dies mit einer vollkommenen Gleichheit und Reciprocität auch gegen die Ottomannische Pforte und deren Unterthanen zu thun.

Art. IX. Damit nach dem Waffenstillstande während der glücklichen, nunmehr geschlossenen Friedensunterhandlungen wegen feindlicher Operationen keine Irrungen entstehen können, so soll gleich nach Unterzeichnung des Friedenstractats der Grossvezier der Ottomanischen Pforte den Ottomanischen Armeen und Flotten, ingleichen der oberste Bevollmächtigte und wirkliche geheime Rath der Russischen Kaiserin den Oberbefehlshabern der Russisch-Kaiserlichen Armeen und Flotten kund und zu wissen thun, dass der Friede und die Freundschaft zwischen den beiden grossen Kaiserreichen völlig wieder hergestellt worden.

Art. X. Um den glücklichen Frieden und die aufrichtige Freundschaft zwischen den beiden Reichen desto dauerhafter zu befestigen, sollen von beiden Seiten feierlich ausserordentliche Ambassadeurs um die Zeit gesandt werden, welche die beiden Höfe mit gemeinschaftlicher Verabredung bestimmen werden. Die respectiven Ambassadeurs sollen auf den Grenzen mit gleicher Etiquette und mit denselben Ehrenbezeugungen und Ceremonien empfangen und aufgenommen werden, die bei den respectiven Ambassaden zwischen den von beiden Reichen aus Freundschaft geehrtesten Mächten bestehen. Durch besagte Ambassadeurs sollen von beiden Seiten der Würde der Reiche angemessene Geschenke übersandt werden.

Art. XI. Nach dem Abschlusse des Friedenstractats zwischen den beiden grossen Kaiserthümern und nach der Auswechslung der respectiven Ratificationen der Souverains sollen die Russisch-Kaiserlichen Truppen und die Flotte zu Racues zur Räumung des Ottomanischen Reichs schreiten. Da es aber bei den Hindernissen der Jahrszeit nothwendig ist, erwähnte Räumung der Truppen und Flotte zu Racues zu verlängern, so sind beide hohe contrahirende Theile übereingekommen, zum letzten Termin dazu den 15. Mai, alten Stils, des bevorstehenden Jahres 1792 anzusetzen, um welche Zeit alle Truppen Ihro Majestät längs dem linken Ufer des Dniesters abziehen und die ganze Flotte zu Racues den Ausfluss der Donau völlig verlassen soll. So lange sich die Russisch-Kaiserlichen Truppen in den eingenommenen Ländern und Festungen befinden, die zufolge des Friedenstractats an die Ottomannische Pforte zurückgegeben werden, soll die Verwaltung derselben und die Ordnung der Dinge so bleiben, wie sie unter der Herrschaft derselben ist, und die Otto-

mannische Pforte sich auf keinerlei Weise eher, als zur Zeit des gänzlichen Ausmarsches der Truppen, derselben annehmen. Die Russisch-Kaiserlichen Truppen sollen bis zum letzten Tage ihres Ausmarsches alle Bedürfnisse und Lebensmittel erhalten, die ihnen bis dahin geliefert worden.

Art. XII. Nach der Unterzeichnung des gegenwärtigen Friedenstractats durch die respectiven Bevollmächtigten zu Jassy sollen von Seiten der Pforte der Grossvezier, und von Seiten Ihro Kaiserl. Majestät, der Alleinherrscherin aller Reussen, der wirkliche geheime Rath und oberste Bevollmächtigte binnen vierzehn Tagen, oder noch eher, wenn es möglich ist, durch die Hände eben dieser Bevollmächtigten die gegenseitigen Acte auswechseln, durch welche der Abschluss dieses glücklichen und heilsamen Werkes seine völlige Kraft erhält.

Art. XIII. Gegenwärtiger glücklich geschlossener Tractat eines immerwährenden Friedens soll von Seiten Sr. Kaiserlichen Majestät, dem Grossherrn, und von Seiten Ihro Majestät, der Kaiserin aller Reussen, durch feierliche, eigenhändig von Ihnen unterschriebene Ratificationen bestätigt, und diese Ratificationen in Zeit von fünf Wochen, oder wo möglich noch eher, vom Tage der Abschliessung dieses Tractats an gerechnet, durch die respectiven Bevollmächtigten, die den Tractat geschlossen haben, ausgewechselt werden; welches alles die respectiven Bevollmächtigten unterzeichnet, mit ihren Siegeln bekräftiget und unter einander ausgewechselt haben.

Gegeben zu Jassy, den $\frac{\text{29. December 1791}}{\text{9. Jänner 1792}}$ oder 1206 den 15. des Monats Zemaziel Evel.

(L. S.) *Alexander de Samoiloff.*
(L. S.) *Joseph Ribas.*
(L. S.) *Serge Lascaroff.*

Traité de paix

entre Sa Majesté Impériale de toutes les Russies et la Porte

signé à

BUCHAREST

le 28. Mai 1812.

Im Namen des Allerhöchsten.

Se. Majestät der erhabene und grossmächtigste Kaiser aller Reussen, und Se. Hoheit, der Mächtige und Selbstherrscher der Ottomanen, von gleichem Verlangen beseelt, den zwischen Ihnen geraume Zeit hindurch bestandenen

Krieg zu beendigen und einen dauerhaften Frieden, Freundschaft und gute Harmonie herzustellen, haben geruht, dieses gute und heilsame Geschäft der Obsorge und den Gefühlen Ihrer Bevollmächtigten anzuvertrauen, und zwar von Seiten Sr. russischen Majestät, Sr. Excellenz dem Herrn Michael Grafen Golenitschef Kutusow, General der Infanterie, Oberbefehlshaber der Armee, Ritter aller russischen Orden, des kaiserlichen Maria-Theresien-Ordens Grosskreuz und jenes des heiligen Johannes von Jerusalem; von Seiten Sr. Hoheit des ottomannischen Kaisers hingegen, dem erlauchten Pascha, Grossvezier und Generalissimus der hohen ottomannischen Pforte, damit das heilsame Friedensgeschäft durch die, von beiden Bevollmächtigten gewählten Personen regulirt, der Tractat abgeschlossen und unterzeichnet werden möge. Diesem zufolge ist von Seiten des Kaiserl. russischen Hofs gewählt und mit Vollmachten versehen worden Herr Andreas Italinsky, geheimer Rath des russischen Hofes, Sr. Majestät Kämmerer und Ritter der Orden des heiligen Wladimir und der heiligen Anne zweiter Classe, dann Herr Sabanief, Generalmajor in der Armee Sr. Kaiserl. Majestät, Chef eines Regiments bei der grossen Armee an der Donau, Ritter des Ordens des heiligen Wladimir zweiter, der heiligen Anne erster, des heiligen Georgs zweiter Classe, und endlich Herr Joseph Fonton, Hofrath Sr. Kaiserl. Majestät und Ritter der Orden des heiligen Wladimir dritter und der heiligen Anna zweiter Classe; von Seiten der hohen ottomannischen Pforte aber Ihre Excellenzen der Sait Machmet Galip Effendi, Kichaja Bey der hohen ottomannischen Pforte, dann der Mastar Zade Ibraim Ali Effendi, Kazarkir und Oberrichter der ottomannischen Armee im Orient, und endlich der Abdul Halip Effendi, Kanzler der Janitscharen, welche nach erfolgter Zusammenkunft und Auswechslung ihrer Vollmachten über nachstehende Artikel übereingekommen sind:

Art. I. Die Feindseligkeiten und der Zwist, der bisher zwischen den beiden Monarchien obwaltete, hat, Kraft dieses Tractats, von jetzt an auf immer, sowohl zu Wasser als zu Lande, aufzuhören; es soll auf ewige Zeiten Friede, Freundschaft und gutes Einverständniss zwischen Sr. Kaiserl. Majestät, dem Selbstherrscher und Padischah aller Reussen, und Sr. Majestät, dem ottomannischen Kaiser und Padischah, zwischen Ihren Nachkommen und Thronfolgern und Ihren beiderseitigen Reichen bestehen. Beide hohe contrahirende Theile sind von dem aufrichtigen Verlangen beseelt, alles zu entfernen, was zu Uneinigkeiten zwischen Ihren beiderseitigen Unterthanen Anlass geben könnte, werden alles auf das Genaueste erfüllen, was in gegenwärtigem Vertrage festgesetzt ist, und auf das Eifrigste verhüten, dass in der Folge, weder von der einen noch von der andern Seite, weder öffentlich noch im Geheim, etwas diesem Vertrage Zuwiderlaufendes unternommen werde.

Art. II. Die sonach ausgesöhnten hohen Contrahirenden versichern, nach der Herstellung des Friedens und der Freundschaft, eine vollkommene Amnestie und allgemeine Verzeihung allen Ihren Unterthanen, welche im Verlaufe des Kriegs an militairischen Handlungen Theil genommen oder auf was immer für eine Art dem Interesse ihres Landesherrn oder ihres Landes

entgegen gehandelt haben. Es wird daher in Folge dieser Amnestie niemand zu irgend einer Verantwortung gezogen werden, sondern jeder, der in seine Heimath zurückgekehrt ist, die vormals gehabten Rechte, unter dem Schutze der Gesetze, gleich den übrigen geniessen.

Art. III. Alle Tractate und Uebereinkünfte, die bei mehrern vorigen Friedensnegociationen geschlossen und sowohl von dem Kaiserl. russischen Hofe, als der ottomannischen Pforte anerkannt worden sind, werden hiermit bestätigt und bleiben in ihrer Wirksamkeit, mit Ausnahme derjenigen Artikel, welche in der Folge der Zeit einige Abänderung erlitten haben. Es versprechen daher beide ausgesöhnten hohen contrahirenden Theile sowohl den gegenwärtigen als die vorbesagten Tractate wechselseitig aufs Heiligste und unverletzt zu halten.

Art. IV. Mittelst des ersten Artikels der Präliminarien ist festgesetzt worden, dass der Pruthfluss von da, wo er in die Moldau eintritt, bis zu seiner Einmündung in die Donau, von da aber das linke Ufer des letztgedachten Stroms bis Kilia und dessen Einmündung ins schwarze Meer die Grenze zwischen beiden Mächten bilden soll. Die Schifffahrt bleibt indessen beiden Theilen gemeinschaftlich. Die kleinen und vor dem Ausbruch des Kriegs unbewohnt gewesenen Donauinseln, die jenseits Ismail anfangen und bis Kilia anzutreffen sind, sollen zwar, insofern sie dem linken Ufer näher liegen, unter russische Botmässigkeit kommen, werden jedoch von keiner dieser Mächte beherrscht, auch darf auf selben von nun an keine Befestigung oder sonstiges festes Bollwerk aufgeführt werden, sondern sollen dieselben öde bleiben, doch ist es den beiderseitigen Unterthanen frei gelassen worden, daselbst zu fischen oder Holz zu fällen. Die ganz grossen, Ismail und Kilia gegenüberstehenden Inseln bleiben ebenfalls, eine Stunde Wegs vom nächsten linken Donauufer an gerechnet, öde, welches jedoch erst bezeichnet werden wird. Die Etablissements, die vor dem Ausbruch des Kriegs bestanden, so wie Alt-Kilia, sind in dieser Grenzlinie nicht eingeschlossen. Im Ueberreste eben dieses Artikels leistet die hohe ottomannische Pforte Verzicht und übergiebt dem Kaiserl. russischen Hofe das Land, welches am linken Pruthufer gelegen ist, mit allen Festungen, mit allen Städten und Wohnungen, die sich in diesem Theile befinden, nebst der Hälfte des Pruthflusses, der die Grenze zwischen den beiden Monarchien bildet. Beider Höfe Handelsschiffe können auf dem Arm bei Kilia ein- und auslaufen und den ganzen Donaustrom befahren. Was aber die russischen Kriegsschiffe betrifft, so können selbige nur bis zur Einmündung des Pruthflusses auf der Donau hinauffahren.

Art. V. Se. Majestät, der Kaiser aller Reussen, überlässt und stellt zurück an die hohe ottomannische Pforte denjenigen Theil der Moldau, welcher auf dem rechten Ufer des Pruthflusses liegt, sowie die grosse und kleine Walachei, nebst allen Festungen im gegenwärtigen Zustande, Städte, Marktflecken, Dörfer, sonstige Niederlassungen und alles, was sich immer in diesen Provinzen befindet, zugleich mit den Donauinseln, jedoch mit Ausnahme des oben im 4. Artikel des gegenwärtigen Tractats Aufgeführten.

Die Contracte und Conventionen, welche unter die Privilegien der Moldau gezählt worden sind, werden nach der Grundlage des fünften Artikels der Präliminarien bestätigt. Die besonderen Conventionen und jene, die in dem vierten Artikel des Jassyer Tractats stipulirt sind, bleiben ebenfalls in ihrer vollen Wirkung, welche festsetzen, dass keine Entschädigung für die entgangenen Revenüen verlangt, und keine Steuer für die Dauer der ganzen Kriegszeit begehrt werden soll, und dass die Einwohner beider dieser Provinzen in Zeit von zwei Jahren (von der Auswechslung des Tractats an gerechnet) von jeder Steuer frei bleiben und zu allenfallsiger Auswanderung in andre Staaten einen angemessenen Termin erhalten sollen, zu welch letzterem Endzwecke ihnen ein viermonatlicher Termin bewilligt, und die hohe Pforte gewähren wird, die Steuern der Moldau nach dem Maass ihrer gegenwärtigen Grösse anzulegen.

Art. VI. Ausser der Grenze des Flusses Pruth werden gegen Asien und andere Gegenden die nämlichen Grenzen verbleiben, wie sie vor Ausbruch des gegenwärtigen Krieges waren, und der Kaiserl. russische Hof gibt Kraft des dritten Artikels der Präliminarien an die hohe ottomanische Pforte zurück alle eroberten Festungen und Schlösser innerhalb dieser Grenzen in dem nämlichen Zustande, in dem sie sich dermalen befinden, mit allen Städten, Marktflecken, Dörfern und Häusern und alle dem, was diese Landstrecken in sich begreifen.

Art. VII. Diejenigen ottomannischen Unterthanen, die nach Beginnen des Kriegs in dem nun an Russland abgetretenen Theil geblieben oder während des Krieges dahin gekommen sind, können in die Länder der hohen Pforte sammt ihrer Familie und Habe ziehen und daselbst für immer verbleiben, ohne dass sie Jemand daran nur im Geringsten hindere. Es wird ihnen auch frei gelassen, ihr Vermögen an wen immer von den Ortseinwohnern zu veräussern und mit dem, was sie mitnehmen wollen, nach den ottomannischen Staaten auszuwandern. Diese Erlaubniss wird selbst auf die Eingeborenen des abgetretenen Striches Land, die daselbst einiges Vermögen besitzen, sich aber gegenwärtig in den Staaten der ottomannischen Pforte aufhalten, ausgedehnt, und sowohl diesen als den erstgedachten zur Regulirung ihrer Angelegenheiten ein achtzehn-monatlicher Termin, vom Tage der Auswechslung des gegenwärtigen Tractats gerechnet, bewilligt. Ingleichen können die Tartaren, die während dieses Krieges aus Bessarabien nach Russland gewandert, wenn sie wollen, nach den ottomannischen Staaten zurückkehren, jedoch unter der Bedingung, dass die hohe Pforte verpflichtet sei, die bei der Uebersiedlung und Etablirung dieser Tartaren gehabten Kosten dem russischen Hofe zu ersetzen. Nicht weniger können die Christen, die in dem an Russland abgetretenen Lande Vermögen besitzen, daselbst gebürtig sind, nun aber sich in andern Theilen der ottomannischen Staaten aufhalten, wenn sie wollen, nach dem abgetretenen Lande zurückkehren und sich daselbst sammt ihren Familien und ihrer Haabe, ohne dass dieselben daran verhindert werden sollen, niederlassen. Auch ist ihnen erlaubt, ihr was immer für

Namen habendes Vermögen, das sie in den Staaten der hohen ottomannischen Pforte besitzen, an die ottomannischen Unterthanen zu veräussern und das gelöste Geld nach den russischen Staaten mitzunehmen. Auch für diese wird, auf die nämliche Weise, der achtzehnmonatliche Termin, vom Tage der Friedensratification an gerechnet, gegeben.

Art. VIII. In Folge des vierten Artikels der Präliminarien, obschon nicht gezweifelt werden darf, dass die hohe Pforte nach ihren Grundsätzen gegen die Serbier, als ein ihr seit langer Zeit unterwürfiges und tributäres Volk, Milde und Grossmuth ausüben werde, hat man in Betracht des Antheils, welchen die Serbier an diesem Kriege hatten, für billig erachtet, in Ansehung ihrer Sicherheit feierlich Verabredung zu pflegen. In Folge derselben gewährt die hohe Pforte den Serbiern volle Amnestie, und daher kann, wegen der vergangenen Vorfälle, ihre Ruhe auf keine Weise gestört werden. Die Festungen, so dieselben aus Anlass des Krieges in ihrem Lande baueten, und die vorher nicht angelegt waren, werden, in so weit sie für die Zukunft nicht nöthig sind, geschleift, und die hohe Pforte wird, wie vorher, in den schon bestandenen Festungen, Schlössern und andern befestigten Ortschaften die Herrschaft übernehmen, sie mit Artillerie, Kriegsmunition und mit andern Kriegsvorräthen versehen, auch die Garnison nach ihrem Gutbefinden einlegen. Damit aber diese Garnisonen gegen die Serbier keine ungerechten Bedrückungen ausüben, so wird die hohe Pforte im Gefühle der Barmherzigkeit gegen die Serbier die zu ihrer Sicherheit erforderliche Mässigung ausüben. Ueberdiess wird die hohe Pforte den Serbiern auf ihre Bitte die nämlichen Vortheile zugestehen, welche ihre andern Unterthanen in den Inseln des Archipels und in andern Gegenden haben, und ihnen auch ein Merkmal ihrer Grossmuth dadurch geben, dass sie die Verwaltung der innern Angelegenheiten ihnen selbst überlässt, ihnen mässige Steuern auferlegt, diese nur unmittelbar von ihnen empfängt und die zu diesem Ende erforderliche Verfügung im Einverständnisse mit der serbischen Nation treffen wird.

Art. IX. Alle in beiden Reichen befindliche Gefangene, sowohl männlichen als weiblichen Geschlechts, von was immer für einer Nation oder Stande, sollen sogleich nach Auswechslung der Ratification des gegenwärtigen Tractats ohne das mindeste Lösegeld ausgewechselt werden, ausgenommen die Christen, welche aus eigenem Antriebe in den Ländern der hohen Pforte die mohamedanische Religion, oder die Mohamedaner, welche gleichfalls auf ihr freies Verlangen in den Ländern der russischen Monarchie die christliche Religion angenommen haben. Ein Gleiches hat in Ansehung aller jener russischen Unterthanen zu gelten, welche nach der Unterzeichnung dieses Friedenstractats, bei was immer für einer Gelegenheit in Gefangenschaft gerathen sind und sich in den Ländern der hohen Pforte befinden. Der russische Hof verbindet sich auch seiner Seits, auf gleiche Art gegen alle Unterthanen der hohen Pforte zu verfahren. Für die von beiden hohen contrahirenden Theilen zum Unterhalt der Gefangenen verwendeten Summen kann keinerlei Ersatz in Anspruch genommen werden. Ueberdiess werden von beiden Seiten

die Gefangenen mit allem Nöthigen bis zur Grenze versehen und dort durch beiderseitige Commissaire ausgewechselt werden.

Art. X. Alle Rechtshändel der beiderseitigen Unterthanen, die wegen der Kriegsumstände nicht haben beendigt werden können, sind nicht als aufgehoben anzusehen, sondern müssen erst nach erfolgtem Frieden im Wege Rechtens entschieden werden.

Alle Schulden, wenn solche von beiderseitigen Unterthanen gemacht wurden, so wie auch die Forderung des Schatzes, sollen unverweilt und gänzlich befriedigt werden.

Art. XI. In Folge dieses zwischen den beiden höchsten Monarchen geschlossenen Friedenstractats und dessen Auswechslung, nach der von beiden Monarchen vorhergehenden Ratification, müssen die Landarmeen und die Flotten des Kaiserl. russischen Hofes zur Räumung der ottomannischen Staaten und Gewässer schreiten; es kann aber dieses, wegen der grossen Hindernisse, nicht so leicht bewirkt werden. Daher haben beide ausgesöhnte hohe Theile sich einverstanden, zur gänzlichen Räumung der europäischen und asiatischen Provinzen einen dreimonatlichen Termin, vom Tage der Auswechslung des Tractats, festzusetzen, welcher Termin vom obbezeichneten Tage ausgeht, und während dessen die Kaiserl. russische Landarmee alle der hohen Pforte mittelst dieses Tractats zurückgegebenen europäischen und asiatischen Länder gänzlich räumen, die Flotten und sonstige Kriegsfahrzeuge aber die ottomannischen Gewässer verlassen werden. Diejenigen ottomannischen Oerter und Festungen, in denen die russische Armee bis zum Anfang dieses Termins verweilen wird, bleiben bis zur Räumung, wie bisher, unter der Administration des russischen Hofes, ohne dass sich die hohe ottomannische Pforte in dieselbe, bis Ausgangs des Termins und Räumung von allen Truppen, die sich mit allen Lebensmitteln und den übrigen Bedürfnissen bis zum Tage ihres Abmarsches daselbst zu versorgen haben, auch nur im Geringsten mische.

Art. XII. Im Falle der in Constantinopel residirende Minister oder Bevollmächtigte des Kaiserl. russischen Hofes schriftlich, in Folge des 7. Artikels des Tractats von Jassy, Entschädigung für das, Unterthanen und Kaufleuten des Kaiserl. russischen Hofes durch Korsaren der Reiche Algier, Tunis und Tripolis zugefügte Unrecht verlangen oder in Angelegenheiten, die auf den bestehenden Handelstractat Bezug haben, und woraus Streit und Klagen entstehen können, protestiren sollte, wird die hohe Pforte sich jedesmal angelegen sein lassen, dass alles, was die Tractate vorschreiben, erfüllt und die bemerkten Anstände gehoben und beseitigt werden, jedoch gänzlich unbeschadet der in dieser Hinsicht bestehenden Vorschriften und Anordnungen. Der Kaiserl. russische Hof wird in dieser Hinsicht, in Gemässheit der bestehenden Handelsgesetze, gegen die hohe Pforte das Nämliche beobachten.

Art. XIII. Nach Abschluss dieses Tractats willigt der Kaiserl. russische Hof ein, dass die hohe ottomanische Pforte, als mit den Persern eines Glaubens, ihre freundschaftlichen Dienste anbiete, damit zwischen dem Kaiserl. russischen

Hofe und dem persischen Reiche der Krieg beendigt, und zur Abschliessung eines Friedens ein wechselseitiges Einverständniss gepflogen werde.

Art. XIV. Nach Auswechslung der Ratification des gegenwärtigen Friedenstractats werden die Oberbefehlshaber der Armeen beider Reiche sogleich zur Einstellung der Feindseligkeiten, sowohl zu Wasser als zu Lande, an die Corpscommandanten Befehl erlassen; sollten aber solche Feindseligkeiten nach Unterzeichnung dieses Tractats vorfallen, so sind sie als nicht vorgefallen anzusehen und können zu irgend einer Abänderung in den Bestimmungen des gegenwärtigen Tractats keinen Anlass geben. Ferner soll alles, was während dieser Zeit von einem oder dem andern Theile der hohen Contrahirenden erobert worden wäre, sogleich wieder zurückgestellt werden.

Art. XV. Nach Unterzeichnung dieses Friedenstractats durch die beiderseitigen Bevollmächtigten werden der erste Bevollmächtigte Sr. Kaiserl. russischen Majestät und der Grossvezier der hohen ottomannischen Pforte ihn bestätigen und zehn Tage nach der Unterzeichnung, oder wo möglich noch früher, sollen die Instrumente durch eben diese Bevollmächtigte ausgewechselt werden.

Art. XVI. Gegenwärtiger Tractat eines ewigen Friedens soll von Seiten Sr. Majestät des Kaisers und Padischah aller Reussen und von Seiten des Grosssultans und Padischah der Ottomannen bestätigt, feierlich, durch eigenhändige Unterschrift beider Monarchen, ratificirt und von den beiderseitigen Bevollmächtigten in der Stadt, in welcher der Tractat abgeschlossen wurde, binnen vier Wochen, vom Tage des gegenwärtigen Tractats, und wo möglich noch früher, ausgewechselt werden.

Gegenwärtiges Friedensinstrument in sechzehn Artikeln, welches nach erfolgter Auswechslung gegenseitiger Ratification in Gültigkeit tritt, haben wir Kraft unserer Vollmachten unterzeichnet, mit unserm Insiegel bekräftigt und gegen ein anderes gleichlautendes, durch die oben erwähnten Bevollmächtigten der hohen ottomannischen Pforte unterzeichnetes, mit ihrem Siegel bekräftigtes Instrument ausgewechselt.

Geschehen zu Bucharest am 16. (28.) Mai 1812.

Unterzeichnet: *Andreas Halinsky. m. p.*
Johann Sabanejew. m. p.
Joseph Fonton m. p.

Convention
entre la Russie et la Porte
signé à
ACKERMAN
le 25. Septembre (7. Oct.) 1826.

I. Convention explicative du traité de Bucharest.

Au nom de Dieu tout-puissant.

La cour impériale de Russie et la Sublime Porte, animées du désir sincère de mettre un terme aux discussions qui se sont élevées entre elles depuis la conclusion du traité de Bucharest, et voulant consolider les rapports des deux empires en leur donnant pour base une parfaite harmonie et une entière confiance réciproque, sont convenues d'ouvrir par le moyen d'une réunion de plénipotentiaires respectifs, une négociation amicale, dans la pure intention d'écarter de leurs relations mutuelles tout sujet de différend ultérieur, et d'assurer pour l'avenir la pleine exécution du traité de Bucharest, ainsi que des traités et actes qu'il renouvelle ou confirme, et dont l'observation peut seule garantir le maintien de la paix si heureusement établie entre la cour impériale de Russie et la Sublime Porte Ottomane. En conséquence, S. M. l'Empereur et Padischah de toutes les Russies et S. M. l'Empereur et Padischah des Ottomans, ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir: S. M. l'Empereur et Padischah de toutes les Russies, les sieurs Comte Michel Woronzoff, aide-de-camp général, général d'infanterie, membre du conseil de l'empire, gouverneur-général de la Nouvelle-Russie et commissaire plénipotentiaire de la province de Bessarabie, chevalier de l'ordre de St. Alexandre-Newsky, chevalier grand' croix de celui de St. George de 2e classe, de St. Vladimir de 1ère classe, de St. Anne 1ère classe enrichi de diamans et chevalier de plusieurs ordres étrangers; et Alexandre de Ribeaupierre, conseiller privé et chambellan actuel, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près la Sublime Porte, et chevalier de l'ordre de St. Anne de 1ère classe enrichi de diamans, chevalier grand' croix de l'ordre de St. Vladimir de 2e classe, ainsi que de celui de Léopold d'Autriche de 1ère classe. — Et S. H., les sieurs Seïd-Mehmed-Hadi-Effendi, contrôleur-général d'Anatolie, 1er plénipotentiaire, et Seïd-Ibrahim-Iffet-Effendi, Cadi provisoire de Sophia, avec rang de Molla de Scutari, second plénipotentiaire; lesquels après avoir échangé les copies vidimées de leurs plein-pouvoirs trouvés en bonne et due forme, ont arrêté, conclu et signé les articles suivans:

Art. I. Toutes les clauses et stipulations du traité de paix conclu à Bucharest le 16. Mai 1812 (17. jour de la lune de Djemaziul ewel de l'an de l'Egire 1227), sont confirmées dans toute leur force et valeur par la présente convention, comme si le traité de Bucharest s'y trouvoit inséré mot

pour mot, les éclaircissemens qui font l'objet de la présente convention, ne devant servir qu'à déterminer le sens précis et à corroborer la teneur des articles du dit traité.

Art. II. L'art. 4 du traité de Bucharest ayant stipulé pour les deux grandes isles du Danube, situées vis-à-vis d'Ismaïl et Kilia, lesquelles, tout en demeurant propriété de la Porte Ottomane, doivent rester en partie désertes et inhabitées, un mode de délimitation dont l'exécution a été reconnue impossible, vu les inconvéniens qu'entrainent les fréquens débordemens du fleuve, et l'expérience ayant démontré en outre la nécessité d'établir une séparation fixe et suffisamment étendue entre les riverains respectifs, pour leur ôter tout point de contact et pour faire cesser par la même les différends et les troubles continuels qui en résultent, la Sublime Porte Ottomane voulant donner à la cour impériale de Russie une preuve non équivoque de son désir sincère de cimenter les relations d'amitié et de bon voisinage entre les deux états, s'engage à exécuter et à maintenir l'arrangement qui a été convenu à cet égard à Constantinople entre l'envoyé de Russie et les ministres de la Sublime Porte, dans la conférence tenue le 21. Août 1817, conformément aux dispositions consignées au protocole de cette conférence. En conséquence, les dispositions énoncées dans ce protocole et relatives à l'objet en question, seront considérées comme faisant partie intégrante de la présente convention.

Art. III. Les traités et actes relatifs aux privilèges dont jouissent la Moldavie et la Valachie, ayant été confirmés par une clause expresse de l'art. 5 du traité de Bucharest, la Sublime Porte s'engage solemnellement à observer les dits privilèges, traités et actes en toute occassion, avec la fidélité la plus scrupuleuse, et promet de renouveler, dans l'espace de six mois après la ratification de la présente convention, les Hatti-Chérifs de 1802, qui ont spécifié et garanti ces mêmes privilèges. En outre, vu les malheurs qu'ont essuyés ces provinces par suite des derniers évènemens, vu le choix fait de Bojars Valaques et Moldaves pour être Hospodars des deux principautés, et vu que la cour impériale de Russie a donné son assentiment à cette mesure, il a été reconnu, tant par la Sublime Porte que par la cour de Russie, que les Hatti-Chérifs ci-dessus mentionnés de l'année 1802 devoient indispensablement être complétés au moyen des clauses consignées dans l'acte séparé ci-joint, qui a été convenu entre les plénipotentiaires respectifs, et qui est et sera considéré comme faisant partie intégrante de la présente convention.

Art. IV. Il a été stipulé par l'art. 6 du traité de Bucharest, que, du côté de l'Asie, la frontière entre les deux empires seroit rétablie comme elle étoit anciennement avant la guerre, et que la cour impériale de Russie restitueroit à la Sublime Porte Ottomane les forteresses et châteaux situés dans l'intérieur de cette frontière et conquis par ses armes. En conséquence de cette stipulation, et vu que la cour impériale de Russie a évacué et restitué immédiatement après la paix, celles de ces forteresses qui avoient été prises seulement pendant la guerre sur les troupes de la Sublime Porte, il est convenu de part et d'autre, que désormais les frontières asiatiques entre les deux

empires demeureront telles qu'elles existent aujourd'hui, et qu'un terme de deux ans est fixé afin d'aviser réciproquement aux moyens les plus propres à maintenir la tranquillité et la sûreté des sujets respectifs.

Art. V. La Sublime Porte Ottomane, désirant donner à la cour impériale de Russie un témoignage éclatant de ses dispositions amicales et de sa scrupuleuse attention à remplir en entier les conditions du traité de Bucharest, mettra immédiatement à exécution toutes les clauses de l'art. 8 de ce traité relatives à la nation Servienne, laquelle étant *ab antiquo* sujette et tributaire de la Sublime Porte, devra éprouver en toute occassion les effets de sa clémence et de sa générosité. En conséquence, la Sublime Porte règlera avec les députés de la nation Servienne, les mesures qui seront jugées les plus convenables pour lui assurer les avantages stipulés en sa faveur, avantages dont la jouissance sera tout à-la-fois la juste récompense et le meilleur gage de la fidélité dont cette nation a donné des preuves à l'empire Ottoman. Comme un terme de dix-huit mois est jugé nécessaire pour procéder aux vérifications qu'exige cet objet, conformément à l'acte séparé ci-joint, convenu entre les plénipotentiaires respectifs, les dites mesures seront réglées et arrêtées de concert avec la députation servienne à Constantinople et consignées en détail dans un firman suprême revêtu du Hatti-Chérif, lequel sera mis en vigueur dans le plus court délai possible et au plus tard dans le susdit terme de dix-huit mois, et sera en outre communiqué à la cour impériale de Russie et considéré dès-lors comme faisant partie intégrante de la présente convention.

Art. VI. En vertu des stipulations expresses de l'art. 10 du traité de Bucharest, toutes les affaires et réclamations des sujets respectifs, lesquelles avoient été suspendues par l'évènement de la guerre, devant être reprises et terminées de même, les créances que les sujets respectifs pouvoient avoir les uns contre les autres, ainsi que sur le fisc, devant être examinées et réglées en toute justice, et promptement et entièrement liquidées, il est convenu que toutes les affaires et réclamations des sujets russes, à l'occasion des pertes qu'ils ont essuyées par les déprédations des pirates barbaresques, les confiscations faites au moment de la rupture entre les deux cours en 1806 et autres actes de même nature, y compris ceux qui ont eu lieu depuis l'année 1821, donneront lieu à une liquidation et à un dédommagement équitables. A cet effet, il sera nommé sans délai, de part et d'autre, des commissaires qui vérifieront les états des pertes et fixeront le montant d'un dédommagement. Tous les travaux de ces commissaires seront terminés, et la somme à laquelle s'élèvera le dédommagement ci-dessus mentionné, sera remise en bloc à la légation impériale de Russie à Constantinople, dans un terme de dix-huit mois, à dater de la ratification de la présente convention. Il sera aussi observé une égale réciprocité envers les sujets de la Sublime Porte.

Art. VII. La réparation des dommages causés aux sujets et négocians de la cour impériale de Russie par les corsaires des régences d'Alger, de

Tunis et de Tripoli, et la pleine et entière exécution des stipulations du traité de commerce et de l'art. 7 du traité de Jassy, étant d'une stricte obligation pour la Sublime Porte en vertu des clauses expresses de l'art. 12 du traité de Bucharest, lequel, conjointement avec l'art. 3, rappelle et confirme toutes les transactions antérieures, la Sublime Porte réitère solennellement la promesse de remplir désormais avec la plus scrupuleuse fidélité tous ses engagemens à cet égard. En conséquence: 1. La Sublime Porte mettra tous ses soins à empêcher que les corsaires des régences barbaresques ne puissent, sous quelque prétexte que ce soit, inquiéter le commerce ou la navigation russe, et en cas de déprédation de leur part, dès qu'elle en sera instruite, elle s'engage itérativement à faire restituer sans nul retard, toutes les prises faites par les dits corsaires, à faire dédommager les sujets russes des pertes qu'ils auroient essuyées, à adresser à cette fin un firman rigoureux aux régences barbaresques, de manière à ce qu'il ne soit plus nécessaire de le réiterer une seconde fois, et, dans le cas où ce firman n'auroit pas été exécuté, à payer le montant de l'indemnité, de son trésor impérial, dans le terme de deux mois, spécifiés en l'art. 7 du traité de Jassy, à dater du jour de la réclamation qui aura été présentée à cet égard par le ministre de Russie sur la vérification qu'il en aura faite. 2. La Sublime Porte promet d'observer rigoureusement toutes les conditions du dit traité de commerce, de lever toutes les prohibitions contraires à la teneur expresse de ses stipulations, de ne mettre aucune entrave à la libre navigation des navires marchands sous pavillon russe dans toutes les mers et eaux de l'empire Ottoman sans aucune exception, en un mot, de faire jouir les marchands, les capitaines et tous les sujets russes en général, des avantages et prérogatives, comme de l'entière liberté de commerce, qui sont formellement stipulés par les traités existans entre les deux empires. 3. Conformément à l'art. 1 du traité de commerce, qui stipule en faveur de tous les sujets russes en général, la liberté de navigation et de commerce dans tous les états de la Sublime Porte, tant sur terre que sur mer, et partout où la navigation et le commerce pourront convenir aux sujets russes; et en vertu des clauses des art. 31 et 35 du dit traité, qui assurent le libre passage par le canal de Constantinople des navires marchands russes, chargés de vivres ou autres marchandises et productions de la Russie ou d'autres états non soumis à l'empire Ottoman, ainsi que la libre disposition de ces vivres, marchandises et productions, la Sublime Porte promet de n'apporter aucun obstacle ni empêchement à ce que les bâtimens russes, chargés de blés et autres vivres, à leur arrivée dans le canal de Constantinople, le cas de besoin échéant, puissent transborder leur cargaison sur d'autres bâtimens, soit russes soit d'autre nation étrangère, pour être transportée hors des états de la Sublime Porte. 4. La Sublime Porte acceptera les bons offices de la cour impériale de Russie à l'effet d'accorder, d'après les exemples précédens, l'entrée de la mer noire aux bâtimens des puissances amies du gouvernement Ottoman, qui n'ont pas encore obtenu ce privilège, de manière à ce que le commerce d'importation en Russie par le moyen de

ces bâtimens, et l'exportation des produits russes à leur bord, ne puissent essuyer aucune entrave.

Art. VIII. La présente convention, servant d'éclaircissement et de complément au traité de Bucharest, sera ratifiée par S. M. l'Empereur et Padischah de toutes les Russies et S. M. l'Empereur et Padischah des Ottomans, au moyen de ratifications solennelles munies de leur propre signature suivant l'usage, qui seront échangées par les plénipotentiaires respectifs, dans le terme de quatre semaines ou plus tôt s'il est possible, à compter du jour de la conclusion de la présente convention.

Fait à Ackerman, le 25. Septembre (7. Octobre) 1826.

II. Acte séparé relatif aux principautés de Moldavie et de Valachie.

Au nom de Dieu tout-puissant.

Les Hospodars de Moldavie et de Valachie étant choisis parmi les Bojars indigènes, leur élection sera désormais faite dans chacune de ces provinces d'après le consentement et la volonté de la Sublime Porte, par l'assemblée générale du Divan, conformément à l'ancien usage du pays.

Les Bojars du Divan de chaque province, comme corps du pays, et avec l'accord général des habitans, feront choix pour la dignité de Hospodar, d'un des Bojars les plus anciens et les plus capables de la bien remplir, et ils présenteront à la Sublime Porte par une requête (Arz. Mahsar) le candidat élu, lequel, s'il est agréé par la Sublime Porte, sera nommé Hospodar et recevra son investiture. Si par des raisons graves la nomination du candidat élu ne se trouvoit point conforme au désir de la Sublime Porte, dans ce cas, après que ces raisons graves auront été avérées par les deux cours, il sera permis de recommander aux dits Bojars de procéder à l'élection d'une autre personne convenable.

La durée de l'administration des Hospodars restera toujours fixée, comme par le passé, à sept années complettes et entières, à dater du jour de leur nomination, et ils ne pourront être destitués avant ce terme. Si pendant la durée de leur administration, ils commettent quelque délit, la Sublime Porte en informeroit le ministre de Russie, et lorsqu' après vérification faite de part et d'autre, il sera constaté que le Hospodar s'est effectivement rendu coupable d'un délit, sa destitution sera permise dans ce cas seulement.

Les Hospodars qui auront achevé leur terme de sept années, sans avoir donné, soit aux deux cours, soit au pays, aucun sujet de plainte légitime et grave, seront nommés de nouveau pour sept autres années, si la demande en est faite à la Sublime Porte par les Divans des provinces et si le consentement général des habitans se manifeste à leur égard.

S'il arrive qu'un des Hospodars abdique avant l'accomplissement du terme de sept ans, pour cause de vieillesse, de maladie ou par toute raison,

la Sublime Porte en donnera connoissance à la cour de Russie, et l'abdication pourra avoir lieu d'après un accord préalable des deux cours.

Tout Hospodar qui auroit été destitué après avoir fini son terme, ou qui auroit abdiqué, encourra la déchéance de son titre et pourra rentrer dans la classe des Bojars, à condition de rester paisible et tranquille, mais sans pouvoir ni redevenir membre du Divan, ni remplir aucune fonction publique, et sans pouvoir être réélu Hospodar.

Les fils des Hospodars destitués ou abdicataires conserveront la qualité de Bojars, pourront occuper les charges du pays et être élus Hospodars.

En cas de destitution, d'abdication ou de mort d'un Hospodar, et jusqu'à ce qu'il lui soit donné un successeur, l'administration de la principauté sera confiée à des Caïmacans nommés par le Divan de la dite principauté.

Le Hatti-Chérif de 1802 ayant ordonné l'abolition des impôts, redevances et réquisitions introduites depuis l'année 1198 (1783), les Hospodars avec les Bojars des Divans respectifs détermineront et fixeront les impôts et les charges annuelles de la Moldavie et de la Valachie, en prenant pour base les réglemens qui ont été établis à la suite du Hatti-Chérif de 1802. Les Hospodars ne pourront dans aucun cas manquer au strict accomplissement de cette disposition. Ils auront égard aux représentations du ministre de S. M. I. et à celles que les consuls de Russie leur adresseront d'après ses ordres, tant sur cet objet, que sur le maintien des privilèges du pays, et spécialement sur l'observation des clauses et articles insérés dans le présent acte.

Les Hospodars, de concert avec les Divans respectifs, fixeront dans chaque province le nombre des Beschlis d'après celui qui existoit avant les troubles de 1821. Ce nombre une fois fixé ne pourra être augmenté sous aucun prétexte, à moins que l'urgente nécessité n'en soit reconnue de part et d'autre, et il est bien entendu que les Beschlis continueront à être formés et organisés comme ils l'étoient avant les troubles de 1821; que les Agas continueront d'être choisis et nommés d'après le mode suivi avant la dite époque, et qu'enfin les Beschlis et leurs Agas ne rempliront jamais que les fonctions pour lesquelles ils ont été originairement institués, sans pouvoir se mêler des affaires du pays, ni se permettre aucune autre action.

Les usurpations faites sur le territoire de la Valachie du côté d'Jbrail, Ghierghiova et de Coulé, et au-delà de l'Olta, seront restituées aux propriétaires, et il sera fixé pour la dite restitution un terme dans les firmans y relatifs lesquels seront adressés à qui il appartient.

Ceux des Bojars Moldaves, qui uniquement par suite des derniers troubles se sont vus forcés de quitter leur patrie, pourront y revenir librement, sans être inquiétés par qui que ce soit, et rentreront dans la pleine et entière jouissance de leurs droits, prérogatives, biens et propriétés comme par le passé.

La Sublime Porte, eu égard aux malheurs qui ont pesé sur les principautés de la Moldavie et de la Valachie, par suite des derniers troubles, leur accordera deux années d'exemption des tributs et redevances qu'elles sont tenues

de lui payer; à l'expiration du terme de l'exemption ci-dessus mentionnée, les dits tributs et redevances seront acquittés au taux fixé par les Hatti-Chérifs de 1802, et ne pourront être augmentés dans aucun cas. La Sublime Porte accordera également aux habitans des deux principautés la liberté de commerce pour toutes les productions de leur sol et de leur industrie, dont ils pourront disposer comme bon leur semblera, sauf les restrictions exigées d'un côté par les fournitures dues annuellement à la Sublime Porte, dont ces provinces sont comme les greniers, de l'autre par l'approvisionnement du pays. Toutes les dispositions du Hatti-Chérif de 1802, relatives à ces fournitures, à leur acquittement régulier aux prix courans, d'après lesquels elles doivent être soldées et dont la fixation appartiendra, en cas de litige, aux Divans respectifs, seront remises en vigueur et observées à l'avenir avec une scrupuleuse exactitude.

Les Bojars seront tenus d'exécuter les ordres des Hospodars et de rester envers eux dans les bornes d'une parfaite soumission. De leur côté, les Hospodars ne pourront sévir arbitrairement contre les Bojars, ni leur faire subir des punitions non méritées et sans qu'ils ayent commis quelque faute avérée, et les derniers ne subiront de peine qu'après avoir été jugés conformément aux lois et usages du pays.

Les troubles, survenus dans les dernières années en Moldavie et en Valachie, ayant porté la plus grave atteinte à l'ordre dans les diverses branches de l'administration intérieure, les Hospodars seront tenus de s'occuper sans le moindre délai, avec les Divans respectifs des mesures nécessaires pour améliorer la situation des principautés confiées à leurs soins, et ces mesures feront l'objet d'un réglement général pour chaque province, lequel sera mis immédiatement à exécution.

Tous les autres droits et privilèges des principautés de Moldavie et de Valachie, et tous les Hatti-Chérifs qui les concernent, seront maintenus et observés, en tant qu'ils ne seront pas modifiés par le présent acte.

C'est pourquoi, nous soussignés, plénipotentiaires de S. M. l'Empereur et Padischah de toutes les Russies, munis des plein-pouvoirs souverains, de concert avec les plénipotentiaires de la Sublime Porte Ottomane, avons arrêté et réglé à l'égard de la Moldavie et de la Valachie les points ci-dessus, lesquels sont la conséquence de l'art. 3 de la convention explicative et confirmative du traité de Bucharest, conclue en huit articles, dans les conférences à Ackerman, entre nous et les plénipotentiaires ottomans.

En conséquence, le présent acte séparé a été rédigé, muni de nos cachets et de nos signatures, et délivré entre les mains des plénipotentiaires de la Sublime Porte.

Fait à Ackerman, le 25. Sept. (7. Octobre) 1826.

Comte M. Woronzow.
Ribeaupierre.

III. Acte séparé relatif à la Servie.

Au nom de Dieu tout-puissant.

La Sublime Porte, dans l'unique intention de remplir fidèlement les stipulations de l'art. 8 du traité de Bucharest, ayant précédemment permis aux députés serviens à Constantinople de lui présenter les demandes de leur nation, sur les objets les plus convenables pour consolider la sûreté et le bien-être du pays, ces députés avoient précédemment exposé dans leur requête le voeu de la nation relativement à quelques-uns de ces objets, tels que la liberté du culte, le choix de ses chefs, l'indépendance de son administration intérieure, la réunion des districts détachés de la Servie, la réunion des différens impôts en un seul, l'abandon aux Serviens de la régie des biens appartenant à des Musulmans, à charge d'en payer le revenu ensemble avec le tribut, la liberté de commerce, la permission aux négocians serviens de voyager dans les états ottomans avec leurs propres passeports, l'établissement d'hôpitaux, écoles et imprimeries, et enfin la défense aux Musulmans, autres que ceux appartenant aux garnisons, de s'établir en Servie. Tandis que l'on s'occupoit à vérifier et à régler les articles ci-dessus spécifiés, certains empêchemens survenus en motivèrent l'ajournement. Mais la Sublime Porte persistant aujourd'hui encore dans la ferme résolution d'accorder à la nation Servienne les avantages stipulés dans l'art. 8 du traité de Bucharest, elle règlera de concert avec les députés serviens à Constantinople, les demandes ci-dessus mentionnées de cette nation fidèle et soumise, comme aussi toutes les autres qui lui seroient présentées par la députation servienne, et qui ne seroient point contraires à la qualité de sujets de l'empire Ottoman.

La Sublime Porte informera la cour impériale de Russie de l'exécution qu'aura reçue l'art. 8 du traité de Bucharest, et lui communiquera le firman revêtu du Hatti-Chérif par lequel les susdits avantages seront accordés.

C'est pourquoi, nous soussignés, plénipotentiaires de S. M. l'Empereur et Padischah de toutes les Russies, munis des plein-pouvoirs souverains, de concert avec les plénipotentiaires de la Sublime Porte Ottomane, avons arrêté et réglé à l'égard des Serviens les points ci-dessus, lesquels sont la conséquence de l'art. 5 de la convention explicative et confirmative du traité de Bucharest, conclue en huit articles dans les conférences d'Ackerman, entre nous et les plénipotentiaires ottomans.

En conséquence, le présent acte séparé a été rédigé, muni de nos cachets et de nos signatures, et délivré entre les mains des plénipotentiaires de la Sublime Porte.

Fait à Ackerman le 25. Sept. (7. Octobre) 1826.

Comte M. Woronzow.
Ribeaupierre.

Traité de paix
entre la Russie et la Porte Ottomane
signé à
ANDRINOPLE
le 2. (14.) Septembre 1829.

Au nom du tout-puissant.

Sa Majesté Impériale le très-haut et très-puissant Empereur et Autocrate de toutes les Russies et Sa Hautesse le très-haut et très-puissant Empereur des Ottomans, animés d'un égal désir de mettre un terme aux calamités de la guerre et de rétablir sur des bases solides et immuables la paix, l'amitié et la bonne harmonie entre leurs empires, ont résolu d'un commun accord de confier cette oeuvre salutaire aux soins et à la direction de leurs plénipotentiaires respectifs, c'est-à-dire S. M. I. de toutes les Russies au très-illustre et très-excellent comte Diebitsch etc. etc. lequel, en vertu des pleins-pouvoirs suprêmes, dont il est muni, a délégué et nommé comme plénipotentiaire de la part de la cour impériale de Russie, les très-excellens et très-honorables comte Alexis Orloff etc., et comte Frédéric Pahlen, et S. M. l'Empereur des Ottomans, les très-excellens et très-honorables Méhemmed Sadick-Effendi, actuel Grand-Defterdar de la S. Porte Ottomane, et Abdul Kadir-Bey, Cazi Asker d'Anatolie, lesquels s'étant assemblés en la ville d'Andrinople, après avoir échangé leurs plein-pouvoirs, sont convenus des articles suivans:

Art. I. Toute inimitié et tout différend, qui ont subsisté jusqu'à présent entre les deux empires cesseront à dater de ce jour, tant sur terre que sur mer, et il y aura à perpétuité paix, amitié et bonne intelligence entre S. M. l'Empereur et Padischah de toutes les Russies et S. H. l'Empereur et Padischah des Ottomans, leurs héritiers et successeurs au trône, ainsi qu'entre leurs empires. Les deux hautes parties contractantes apporteront une attention particulière à prévenir tout ce qui pourroit faire renaître la mésintelligence entre leurs sujets respectifs. Elles rempliront scrupuleusement toutes les conditions du présent traité de paix, et veilleront de même à ce qu'il n'y soit contrevenu d'aucune manière directe ou indirecte.

Art. II. S. M. l'Empereur et Padischah de toutes les Russies, voulant donner à S. H. l'Empereur et Padischah des Ottomans un témoignage de la sincérité de ses dispositions amicales, restitue à la S. P. la principauté de Moldavie avec les limites qu'elle avoit avant le commencement de la guerre à laquelle le présent traité vient de mettre un terme. S. M. I. restitue également la principauté de Valachie, le banat de Crajova sans exception quelconque, la Bulgarie et le pays de Dobridgé depuis le Danube jusqu'à la mer, avec Silistrie, Hirsova, Matchin, Isaktscha, Toultscha, Babadag, Bazardschick, Varna, Pravody et autres villes, bourgs et villages qu'il renferme, toute l'étendue du Balkan depuis Eminé-Bournou jusqu'à Kasar, et tout le pays

depuis les Balkans jusqu'à la mer Noire, avec Slimna, Tschamboly, Aida, Karnabat, Missemiria, Okhioly, Burgas, Sizépolis, Kirk-Klissi, la ville d'Andrinople, Lulé-Burgas et enfin toutes les villes, bourgs et villages, et en général tous les endroits que les troupes russes ont occupés en Romélie.

Art. III. Le Pruth continuera à former la limite de deux empires, du point où cette rivière touche le territoire de la Moldavie jusqu'à son confluent avec le Danube. De cet endroit la ligne des frontières suivra le cours du Danube jusqu'à l'embouchure de St. Georges, de sorte qu'en laissant toutes les isles formées par les différens bras de ce fleuve en possession de la Russie, la rive droite en restera comme par le passé à la Porte Ottomane. Il est convenu néanmoins que cette rive droite, à partir du point où le bras de St. Georges se sépare de celui de Souliné, demeurera inhabitée à la distance de deux heures de ce fleuve et qu'il n'y sera formé d'établissement d'aucune espèce, et que de même sur les isles qui resteront en possession de la cour de Russie, à l'exception des quarantaines qui y seront établies, il ne sera permis d'y faire aucun autre établissement, ni fortification. Les bâtimens marchands des deux puissances auront la faculté de naviguer sur le Danube, dans tout son cours, et ceux portant le pavillon Ottoman pourront entrer librement dans les embouchures de Vili et de Souliné, celle de Saint-Georges demeurera commune aux pavillons de guerre et marchands des deux puissances contractantes. Mais les vaisseaux de guerre russes ne pourront, en remontant le Danube, dépasser l'endroit de sa jonction avec le Pruth.

Art. IV. La Géorgie, l'Iméritie, la Mingrélie, le Gouriel et plusieurs autres provinces du Caucase se trouvant réunies depuis de longues années et à perpétuité à l'Empire de Russie, et cet Empire ayant en outre par le traité conclu avec la Perse à Touramantchai, le 10. Février 1828, acquis les Khanats d'Erivan et de Nakhitchévan, les deux hautes puissances contractantes ont reconnu la nécessité d'établir entre leurs états respectifs, sur toute cette ligne, une frontière bien déterminée et propre à prévenir toute discussion future. Elles ont pris également en considération les moyens propres à opposer des obstacles insurmontables aux incursions et aux brigandages qu'avoient exercés jusqu'ici les peuplades limitrophes, et qui ont si souvent compromis les rapports d'amitié et de bon voisinage entre les deux Empires. En conséquence il a été convenu de reconnoître désormais pour frontière entre les états de la cour impériale de Russie et ceux de la Sublime Porte Ottomane en Asie, la ligne qui, en suivant la limite actuelle du Gouriel, depuis la mer Noire, remonte jusqu'à la limite de l'Iméritie et de là dans la direction la plus droite jusqu'au point de réunion des frontières des pachaliks d'Akhaltzik et de Kars avec celles de la Géorgie, laissant de cette manière au Nord et en dedans de cette ligne, la ville d'Akhaltzik et le fort d'Akhalkalaki, à une distance qui ne seroit pas moindre de deux heures. Tous les pays situés au sud et à l'ouest de cette ligne de démarcation vers les pachaliks de Kars et de Trébisonde, avec la majeure partie du pachalik d'Akhaltzik, resteront

à perpétuité sous la domination de la Sublime Porte, tandis que ceux qui sont situés au Nord et à l'Est, de la dite ligne vers la Géorgie, l'Iméritie et le Gouriel, aussi bien que tout le littoral de la mer Noire, depuis l'embouchure du Kouban jusqu'au port de St.-Nicolas inclusivement, demeureront à perpétuité sous la domination de l'Empire de Russie. En conséquence la cour impériale de Russie rend et restitue à la Sublime Porte le restant du pachalik d'Akhaltzik, la ville et le pachalik de Kars, la ville et le pachalik de Bayazid, la ville et le pachalik d'Erzerum, ainsi que tous les endroits occupés par les troupes russes, et qui se trouvent hors de la ligne ci-dessus indiquée.

Art. V. Les principautés de Moldavie et de Valachie s'étant, par suite d'une capitulation, placées sous la suzeraineté de la Sublime Porte, et la Russie ayant garanti leur prospérité, il est entendu qu'elles conserveront tous les privilèges et immunités qui leur ont été accordés, soit par leurs capitulations, soit par les traités conclus entre les deux Empires, ou par les hatti-chérifs émanés en divers temps. En conséquence elles jouiront du libre exercice de leur culte, d'une sûreté parfaite, d'une administration nationale indépendante et d'une pleine liberté de commerce, les clauses additionnelles aux stipulations antécédentes, jugées nécessaires pour assurer à ces deux provinces la jouissance de leurs droits, sont consignées dans l'acte séparé ci-joint, qui est et sera considéré comme faisant partie intégrante du présent traité.

Art. VI. Les circonstances survenues depuis la conclusion de la convention d'Ackerman, n'ayant pas permis à la Sublime Porte de s'occuper immédiatement de la mise à exécution des clauses de l'acte séparé, relatif à la Servie et annexé à l'article V de la dite convention, elle s'engage de la manière la plus solennelle à les remplir sans le moindre délai et avec la plus scrupuleuse exactitude, et à procéder nommément à la restitution immédiate des six districts détachés de la Servie, de manière à assurer pour toujours la tranquillité et le bien-être de cette nation fidèle et soumise. Le Firman revêtu du hatti-cherif qui ordonnera l'exécution des susdites clauses, sera délivré et officiellement communiqué à la cour impériale de Russie, dans le terme d'un mois, à dater de la signature du présent traité de paix.

Art. VII. Les sujets russes jouiront dans toute l'étendue de l'empire ottoman, tant sur terre que sur mer, de la pleine et entière liberté de commerce que leur assurent les traités, conclus antérieurement entre les deux hautes puissances contractantes. Il ne sera porté aucune atteinte à cette liberté de commerce, et elle ne pourra être gênée dans aucun cas, ni sous aucun prétexte, par une prohibition ou restriction quelconque, ni par suite d'aucun règlement ou mesure soit d'administration soit de législation intérieure. Les sujets, bâtimens et marchandises russes seront à l'abri de toute violence et de toute chicane: les premiers demeureront sous la juridiction et police exclusive du ministre et des consuls de Russie, les bâtimens russes ne seront jamais soumis à aucune visite de bord quelconque de la part des autorités ottomanes, ni en pleine mer, ni dans aucun des ports ou rades soumis à la domination de la Sublime Porte, et toute marchandise ou denrée appartenant

à un sujet russe, après avoir acquitté les droits de douane réglés par les tarifs, pourra être librement vendue, déposée à terre dans les magasins du propriétaire ou consignataire, ou bien transportée sur un autre bâtiment, de quelque nation que ce puisse être, sans que le sujet russe ait besoin dans ce cas d'en donner avis aux autorités locales et encore moins de leur en demander la permission. Il est expressément convenu que les blés provenant de Russie jouiront de ces mêmes privilèges, et que leur libre transit ne souffrira jamais et sous aucun prétexte la moindre difficulté ou empêchement. La Sublime Porte s'engage en outre à veiller soigneusement à ce que le commerce et la navigation de la mer Noire en particulier, ne puissent éprouver aucune entrave de quelque nature que ce soit. A cet effet, elle reconnoit et déclare le passage du canal de Constantinople et du détroit des Dardanelles entièrement libre et ouvert aux bâtimens russes sous pavillon marchand, chargés ou sur lest, soit qu'ils viennent de la mer Noire pour entrer dans la Méditerranée, soit que venant de la Méditerranée ils veuillent entrer dans la mer Noire. Ces navires, pourvu qu'ils soient des bâtimens marchands, de quelque grandeur et de quelque portée qu'ils puissent être, ne seront exposés à aucun empêchement ou vexation quelconque ainsi qu'il a été réglé ci-dessus. Les deux cours s'entendront sur les moyens les plus propres à prévenir tout retard dans la délivrance des expéditions nécessaires. En vertu du même principe le passage du canal de Constantinople et du détroit des Dardanelles est déclaré libre et ouvert à tous les bâtimens marchands des puissances qui se trouvent en état de paix avec la Sublime Porte, soit qu'ils aillent dans les ports russes de la mer Noire, ou qu'ils en viennent chargés ou sur lest, aux mêmes conditions qui sont stipulées pour les navires sous pavillon russe.

Enfin la Sublime Porte reconnoissant à la cour impériale de Russie le droit de s'assurer des garanties de cette pleine liberté de commerce et de navigation dans la mer Noire, déclare solennellement qu'il n'y sera jamais, et sous aucun prétexte quelconque, apporté de sa part le moindre obstacle. Elle promet surtout de ne jamais se permettre dorénavant d'arrêter ou de retenir les bâtimens chargés ou sur lest, soit russes, soit appartenant à des nations avec lesquelles l'empire ottoman ne seroit pas en état de guerre déclarée, et passant par le canal de Constantinople et le détroit des Dardanelles pour se rendre de la mer Noire dans la Méditerranée, ou de la Méditerranée dans les ports russes de la mer Noire. Et si, ce qu'à Dieu ne plaise, quelqu'une des stipulations contenues dans le présent article venoit à être enfreinte, sans que les réclamations du ministre de Russie à ce sujet obtinssent une pleine et prompte satisfaction, la Sublime Porte reconnoit d'avance à la cour impériale de Russie, le droit de considérer une pareille infraction comme un acte d'hostilité et d'user immédiatement de représailles envers l'empire ottoman.

Art. VIII. Les arrangemens précédemment stipulés par l'art. VI de la convention d'Ackerman, à l'effet de régler et de liquider les réclamations des sujets et négocians respectifs, relativement à l'indemnité des pertes essuyées

à diverses époques de la guerre de 1806, n'ayant pas reçu leur accomplissement, et le commerce russe ayant, depuis la conclusion de la convention précitée d'Ackerman, éprouvé de nouveaux dommages considérables par suite des mesures adoptées touchant la navigation du Bosphore, il est convenu et arrêté que la Porte Ottomane, en réparation de ces dommages et pertes, payera à la cour impériale de Russie, dans le courant de dix-huit mois, à des termes qui seront réglés ultérieurement, la somme d'un million cinq-cent mille ducats d'Hollande, en sorte que l'acquittement de cette somme mettra fin à toute réclamation ou prétention réciproque des deux puissances contractantes du chef des circonstances mentionnées ci-dessus.

Art. IX. La prolongation de la guerre, à laquelle le présent traité de paix met heureusement fin, ayant occasionné à la cour impériale de Russie des dépenses considérables, la Sublime Porte reconnoit la nécessité de lui en offrir une indemnité convenable. C'est pourquoi, indépendamment de la cession d'une petite portion de territoire en Asie, stipulée dans l'art. IV, que la cour de Russie consent à recevoir à compte de la dite indemnité, la Sublime Porte s'engage à lui payer une somme d'argent dont la quotité sera réglée d'un commun accord.

Art. X. La Sublime Porte en déclarant son entière adhésion aux stipulations du traité conclu à Londres le 21. Juin (6. Juillet) 1827 entre la Russie, la Grande-Bretagne et la France, accède également à l'acte arrêté le 10. (22.) Mars 1829, d'un commun accord entre ces mêmes puissances, sur la base du dit traité et contenant les arrangemens des détails relatifs à son exécution définitive. Aussitôt après l'échange des ratifications du présent traité de paix, la Sublime Porte nommera des plénipotentiaires pour convenir avec ceux de la cour impériale de Russie et des cours d'Angleterre et de France, de la mise à exécution des dites stipulations et arrangemens.

Art. XI. Immédiatement après la signature du présent traité de paix entre les deux empires et l'échange des ratifications des deux souverains, la Sublime Porte prendra les mesures nécessaires pour la prompte et scrupuleuse exécution des stipulations qu'il renferme, et nommément des articles III et IV, relatifs aux limites qui doivent séparer les deux empires, tant en Europe qu'en Asie, des articles V et VI concernant les principautés de Moldavie et de Valachie, ainsi que la Servie, et du moment où ces différens articles pourront être considérés comme ayant été exécutés, la cour impériale de Russie procèdera à l'évacuation du territoire de l'empire ottoman, conformément aux bases établies par un acte séparé, qui fait partie intégrante du présent traité de paix. Jusqu'à l'entière évacuation des pays occupés, l'administration et l'ordre de choses qui y sont établies actuellement, sous l'influence de la cour impériale de Russie, seront maintenues et la Sublime Porte Ottomane ne pourra y intervenir d'aucune manière.

Art. XII. Aussitôt après la signature du présent traité de paix, il sera donné des ordres aux commandans des troupes respectives, tant sur terre que sur mer, pour faire cesser les hostilités. Celles qui auront été commises

après la signature du présent traité seront considérées comme non avenues, et n'apporteront aucun changement aux stipulations qu'il renferme. De même tout ce qui dans cet intervalle aura été conquis par les troupes de l'une ou de l'autre des hautes puissances contractantes, sera restitué sans le moindre délai.

Art. XIII. Les hautes puissances contractantes, en rétablissant entre elles les rapports d'une amitié sincère, accordent un pardon général et une amnistie pleine et entière à tous ceux de leurs sujets, de quelque condition qu'ils puissent être, qui pendant le cours de la guerre heureusement terminée aujourd'hui auroient pris part aux opérations militaires, ou manifesté soit par leur conduite, soit par leurs opinions, leur attachement à l'une ou l'autre des deux puissances contractantes.

En conséquence, aucun de ces individus ne sera inquiété ou poursuivi, ni pour sa personne, ni dans ses biens à cause de sa conduite passée, et chacune d'eux recouvrant les propriétés qu'il possédoit auparavant, en aura la paisible jouissance sous la protection des lois, ou bien sera libre de s'en défaire dans l'espace de 18 mois pour se transporter avec sa famille et ses biens meubles dans tels pays qu'il lui plaira de choisir, sans essuyer de vexations ni d'entraves quelconques.

Il sera en outre accordé aux sujets respectifs établis dans les pays restitués à la Sublime Porte ou cédés à la cour impériale de Russie, le même terme de dix-huit mois, à compter de l'échange des ratifications du présent traité de paix, pour disposer, s'ils le jugent convenable, de leurs propriétés acquises, soit avant, soit depuis la guerre, et se retirer avec leurs capitaux et leurs biens meubles des états de l'une des puissances contractantes dans ceux de l'autre et réciproquement.

Art. XIV. Tous les prisonniers de guerre, de quelque nation, condition et sexe qu'ils soient, qui se trouvent dans les deux empires, doivent aussitôt après l'échange des ratifications du présent traité de paix, être délivrés et rendus sans la moindre rançon ou paiement. Sont exceptés les chrétiens qui ont embrassé de leur plein gré la religion mahométane dans les états de la Sublime Porte et les mahométans, qui également de leur plein gré ont embrassé la religion chrétienne dans les états de l'empire de Russie.

On en agira de même à l'égard des sujets russes qui, après la signature du présent traité de paix, seroient d'une manière quelconque tombés en captivité et se trouveroient dans les états de la Sublime Porte. La cour impériale de Russie promet de son côté d'en user de la même manière, envers les sujets de la Sublime Porte.

Il ne sera point exigé de remboursement des sommes qui ont été employées par les deux hautes parties contractantes à l'entretien des prisonniers. Chacune d'elles les pourvoira de tout ce qui leur sera nécessaire pour leur voyage jusqu'à la frontière où ils seront échangés par des commissaires nommés de part et d'autre.

Art. XV. Tous les traités, conventions et stipulations arrêtés et conclus à différentes époques entre la cour impériale de Russie et la Sublime Porte Ottomane, sauf les articles auxquels il a été dérogé par le présent traité de paix, sont confirmés dans toute leur force et valeur, et les deux hautes parties contractantes s'engagent à les observer religieusement et inviolablement.

Art. XVI. Le présent traité de paix sera ratifié par les deux hautes cours contractantes, et l'échange des ratifications entre les plénipotentiaires respectifs aura lieu dans l'espace de six semaines ou plus tôt si faire se pourra.

Le présent instrument de paix, contenant seize articles et auquel il sera mis la dernière main par l'échange des ratifications respectives dans le terme stipulé, a été en vertu de nos pleins-pouvoirs, signé et scellé par nous et échangé contre un autre pareil, signé par les plénipotentiaires susmentionnés de la Sublime Porte Ottomane et muni de leurs sceaux.

Fait à Andrinople, le 2. Septembre 1829.

(Signés à l'original remis aux plénipotentiaires turcs.)

Le Comte Alexis Orloff.
Le Comte F. de Pahlen.

Traité séparé

entre la Russie et la Porte, relatif aux principautés de Moldavie et de Valachie,

signé à

ANDRINOPLE

le 2. (14.) Septembre 1829.

Au Nom de Dieu Tout-Puissant.

Les deux hautes puissances contractantes, en confirmant tout ce qui a été stipulé par l'acte séparé de la convention d'Ackerman, relativement au mode d'élection des Hospodars de Moldavie et de Valachie, ont reconnu la nécessité de donner à l'administration de ces provinces une base plus stable et plus conforme aux véritables intérêts des deux pays. A cet effet, il a été convenu et réglé définitivement que la durée du gouvernement des Hospodars ne seroit plus bornée à sept ans, comme par le passé, mais qu'ils seroient dorénavant investis de cette dignité *à vie*, sauf les cas d'abdication volontaire ou de destitution pour cause de délits, prévus par le dit acte séparé.

Les Hospodars règleront librement toutes les affaires intérieures de leurs provinces en consultant leurs Divans respectifs, sans pouvoir porter néanmoins aucune atteinte aux droits garantis aux deux pays par les hatti-chérifs, et ne seront troublés dans leur administration intérieure par aucun ordre contraire à ces droits.

La Sublime Porte promet et s'engage de veiller scrupuleusement à ce que les privilèges accordés à la Moldavie et à la Valachie ne soient d'aucune manière enfreints par ses commandans limitrophes, de ne souffrir aucune ingérence de leur part dans les affaires des deux provinces et d'empêcher toute incursion des riverains de la rive droite du Danube sur le territoire Valaque ou Moldave. Seront considérées comme faisant partie intégrante de ce territoire, toutes les isles attenantes à la rive gauche du Danube, et le chenal *(Thalweg)* de ce fleuve formera la limite des deux principautés, depuis son entrée dans les états ottomans jusqu'à son confluent avec le Pruth.

Pour mieux assurer l'inviolabilité du territoire Moldave et Valaque, la Sublime Porte s'engage à ne conserver aucun point fortifié, à ne tolérer aucun établissement quelconque de ses sujets Musulmans sur la rive gauche du Danube. En conséquence, il est invariablement arrêté, que sur toute cette rive dans la grande et petite Valachie comme aussi en Moldavie, aucun Mahométan ne pourra jamais avoir son domicile et que l'on y admettra les seuls marchands, munis de firmans, qui viendront acheter pour leur propre compte dans les principautés les denrées nécessaires pour la consommation de Constantinople, ou d'autres objets.

Les villes turques situées sur la rive gauche du Danube seront, ainsi que leurs territoires *(rajahs)*, restituées à la Valachie pour être désormais réunies à cette principauté et les fortifications existantes auparavant sur cette rive ne pourront jamais être rétablies. Les Musulmans qui possèdent des biens-fonds non usurpés sur des particuliers, soit dans ces mêmes villes, soit sur tout autre point de la rive gauche du Danube, seront tenus de les vendre aux indigènes dans l'espace de dix-huit mois.

Le gouvernement des deux principautés jouissant de tous les privilèges d'une administration intérieure indépendente, pourra librement établir des cordons sanitaires et des quarantaines le long du Danube et ailleurs dans le pays, où il en sera besoin, sans que les étrangers qui y arrivent, tant Musulmans que Chrétiens, puissent se dispenser de l'exacte observation des règlemens sanitaires. Pour le service des quarantaines, aussi bien que pour veiller à la sûreté des frontières, au maintien du bon ordre dans les villes et campagnes et à l'exécution des lois et règlemens, le gouvernement de chaque principauté pourra entretenir un nombre de gardes armés, strictement nécessaire pour ces diverses fonctions. Le nombre et l'entretien de cette milice seront réglés par les Hospodars de concert avec leurs Divans respectifs, en se basant sur les anciens exemples.

La Sublime Porte animée du désir sincère de procurer aux deux principautés tout le bien-être dont elles peuvent jouir, et informée des abus et des vexations qui s'y commettent à l'occassion des diverses fournitures exigées pour la consommation de Constantinople, l'approvisionnement des forteresses situées sur le Danube et les besoins de l'arsenal, leur fait un abandon plein et entier de son droit à cet égard. En conséquence, la Valachie et la Moldavie seront pour toujours dispensées de fournir les grains et autres denrées,

les moutons et les bois de construction qu'elles étoient tenues de livrer précédemment.

Il ne sera de même requis de ces provinces en aucun cas, des ouvriers pour les travaux des forteresses, ni aucune autre corvée de quelque nature que ce soit. Mais afin de dédommager le trésor impérial des pertes que cet abandon total de ses droits pourroit lui faire éprouver, indépendamment du tribut annuel que les deux principautés doivent payer à la Sublime Porte sous les dénominations de Karatsch, de Idiyé et de Bekiabyé (selon la teneur des hatti-chérifs de 1802), la Moldavie et la Valachie paieront chacune annuellement à la Sublime Porte, par forme de compensation une somme d'argent dont la quotité sera déterminée ultérieurement d'un commun accord. En outre à chaque renouvellement des Hospodars, par le décès, l'abdication ou la destitution légale des titulaires, la principauté où le cas viendroit à écheoir, sera tenue de payer à la Sublime Porte une somme équivalente au tribut annuel de la province établi par les hatti-chérifs. Ces sommes exceptées, il ne sera jamais exigé du pays ni des hospodars aucun autre tribut, redevance ou cadeau, sous quelque prétexte que ce puisse être.

En vertu de l'abolissement des fournitures ci-dessus spécifiées, les habitans des principautés jouiront de la pleine liberté de commerce pour toutes les productions de leur sol et de leur industrie (stipulées par l'acte séparé de la convention d'Ackerman) sans aucunes restrictions, hormis celles que les hospodars, de concert avec leurs divans respectifs, jugeront indispensable d'établir afin d'assurer l'approvisionnement du pays. Ils pourront naviguer librement sur le Danube avec leurs propres bâtimens, munis de passeports de leur gouvernement, et aller commercer dans les autres villes ou ports de la Sublime Porte, sans être molestés par les percepteurs du Karatsch, ni exposés à aucune autre vexation.

De plus la Sublime Porte, considérant toutes les calamités que la Moldavie et la Valachie ont eu à supporter, et mue par un sentiment d'humanité tout particulier, consent à exempter les habitans de ces provinces, pour l'espace de deux ans, à compter du jour où les principautés auront été entièrement évacuées par les troupes russes, du paiement des impôts annuels versés dans son trésor.

Enfin la Sublime Porte désirant assurer de toutes les manières le bien-être futur des deux principautés s'engage solennellement à confirmer les règlemens administratifs, qui, durant l'occupation de ces deux provinces par les armées de la cour impériale, ont été faits d'après le voeu exprimé par les assemblées des plus notables habitans du pays, et qui devront à l'avenir servir de bases pour régime intérieur des deux provinces, en tant bien entendu que les dits règlemens ne porteroient aucune atteinte aux droits de souveraineté de la Sublime Porte.

C'est pourquoi, nous soussignés plénipotentiaires de S. M. l'Empereur et Padischah de toutes les Russies, de concert avec les plénipotentiaires de la Sublime Porte ottomane, avons arrêté et réglé à l'égard de la Moldavie et

de la Valachie les points ci-dessus, lesquels sont la conséquence de l'art. V du traité de paix conclu à Andrinople entre nous et les plénipotentiaires ottomans. En conséquence, le présent acte séparé a été rédigé, muni de nos cachets et de nos signatures et délivré entre les mains des plénipotentiaires de la Sublime Porte.

Fait à Andrinople, le 2. (14.) Septembre 1829.

(Signés à l'original remis aux plénipotentiaires turcs.)

Le Comte Alexis Orloff.
Le Comte F. de Pahlen.

Traité d'Unkiar-Iskelessi
entre la Russie et la Porte-Ottomane,
signé à
CONSTANTINOPLE
le 8. Juillet 1833. *)

S. M. l. le très-haut et très-puissant Empereur et Autocrate de toutes les Russies et S. H. le très-haut et très-puissant Empereur des Ottomans,

*) Il est remarquable que les originaux russe et turc de ce fameux traité diffèrent matériellement sur un ou deux points essentiels. Le traité, tel qu'il se trouve dans les archives du Divan à Constantinople, traduit en turc et adopté par la Turquie comme si en propre, a été également retraduit par les dragomans en français, et si les expressions dont ceux-ci se sont servis sont exactes, elles décèlent clairement la répugnance et l'humiliante abnégation avec lesquelles, en ce qui regarde la Porte, cette transaction clandestine a été conclue. Voici les principales variantes des deux documens authentiques originaux: L'original russe ne spécifie que le passage des Dardanelles, tandis que le traité de 1809 entre l'Angleterre et la Porte, dans lequel est reconnu à la Porte l'ancien droit de tenir fermées les Dardanelles en temps de paix à tout navire étranger, spécifie aussi la navigation de la mer noire, c'est à dire du Bospore, comme le second point auquel la convention se rapporte également. De cette manière les Dardanelles pourraient devenir en temps de guerre l'avant-poste de l'Euxin. Quand la Russie voudra entrer en guerre, il faudra que la Turquie s'arme elle-même comme son alliée pour la défensive. L'original turc, au lieu du passage des Dardanelles, porte le passage de la mer blanche, c'est à dire la Méditerranée, et cette désignation comprend, dit on, les deux canaux, l'Hellespont et le Bospore, en traversant la mer de Marmara. C'est là un moyen évasif qui ne peut tromper personne. Il y a moyen sans doute d'arranger les choses de manière à flatter la fierté nationale turque, mais l'original russe ne parle que du passage des Dardanelles, qui, s'il était fermé en temps de guerre, selon les dispositions de l'article secret additionnel, mettrait la Russie en possession de Constantinople. Note de Morning-Chronicle (1835), Journal semi-officiel de Lord Palmerston, Ministre Secrétaire d'Etat des affaires étrangères de la Grande-Bretagne. (Martens, nouv. rec. XI, 655.)

également animés du sincère désir de maintenir le système de paix et de bonne harmonie heureusement établies entre les deux empires, ont résolu d'étendre et de fortifier la parfaite amitié et la confiance qui règnent entre eux, par la conclusion d'un traité d'alliance défensive.

En conséquence, LL. MM. ont choisi et nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur de toutes les Russies, les très-excellens et très-honorables le sieur Alexis comte Orloff, son ambassadeur extraordinaire près la Sublime Porte ottomane etc.; et le Sieur Appollinaire Bouteneff, son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire prés la Sublime Porte ottomane etc.

Et S. H. le Sultan des Ottomans, le très-illustre et très-excellent le plus ancien de ses visirs, Hossew-Mehemet-Pacha, seraskier commandant en chef des troupes de ligne régulières et gouverneur-général de Constantinople etc.; les très-excellens et très-honorables Ferzi-Achmet-Pacha, mouchir et commandant de la garde de S. H. etc., et Hadji-Mehemet-Akif, effendi, reis-effendi actuel etc.

Lesquels, après avoir échangé leurs plein-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme sont convenus des articles suivans:

Art. I. Il y aura à jamais paix, amitié et alliance entre S. M. l'Empereur de toutes les Russies et S. M. l'Empereur des Ottomans, leurs empires et leurs sujets, tant sur terre que sur mer. Cette alliance ayant uniquement pour objet la défense commune de leurs états contre tout empiétement, LL. MM. promettent de s'entendre, sans réserve, sur tous les objets qui concernent leur tranquillité et sûreté respectives et de se prêter mutuellement à cet effet des secours matériels et l'assistance la plus efficace.

Art. II. Le traité de paix conclu à Andrinople le 2. Septembre 1829, ainsi que les autres traités qui y sont compris, de même aussi que la convention signée à Saint-Petersbourg le 14. Avril 1830, et l'arrangement conclu à Constantinople le 9. (21.) Juillet 1832, relatif à la Grèce, sont confirmés, dans toute leur teneur, par le présent traité d'alliance défensive, comme si les dites transactions y avaient été insérées mot pour mot.

Art. III. En conséquence du principe de conservation et de défense mutuelle qui sert de base au présent traité d'alliance, et par suite du plus sincère désir d'assurer la durée, le maintien et l'entière indépendance de la Sublime Porte, S. M. l'Empereur de toutes les Russies, dans le cas où les circonstances qui pourraient déterminer de nouveau la Sublime Porte à réclamer l'assistance navale et militaire de la Russie viendraient à se présenter, quoique ce cas ne soit nullement à prévoir, s'il plaît à Dieu, promet de fournir, par terre et par mer, autant de troupes et de forces que les deux hautes parties contractantes le jugeraient nécessaire. D'après cela, il est convenu qu'en ce cas les forces de terre et de mer dont la Sublime Porte réclamerait le secours seront tenues à sa disposition.

Art. IV. Selon ce qui a été dit plus haut, dans le cas où l'une des deux puissances aura réclamé l'assistance de l'autre, les frais seuls d'approvisionnement pour les forces de terre et de mer qui seraient fournies tomberont à la charge de la puissance qui aura demandé le secours.

Art. V. Quoique les deux hautes parties contractantes soient sincèrement intentionées de maintenir cet engagement jusqu'au terme le plus éloigné, comme il se pourrait que dans la suite les circonstances exigeassent qu'il fût apporté quelques changemens à ce traité, on est convenu de fixer sa durée à huit ans, à dater du jour de l'échange des ratifications impériales. Les deux parties, avant l'expiration de ce terme, se concerteront suivant l'état où seront les choses à cette époque, sur le renouvellement du dit traité.

Art. VI. Le présent traité d'alliance défensive sera ratifié par les deux hautes parties contractantes, et les ratifications en seront échangées à Constantinople dans le terme de deux mois, ou plus tôt si faire se peut.

Le présent traité, contenant six articles et auquel il sera mis la dernière main par l'échange des ratifications respectives, ayant été arrêté entre nous, nous l'avons signé et scellé de nos sceaux, en vertu de nos plein-pouvoirs, et délivré en échange, contre un autre pareil, entre les mains des plénipotentiaires de la Sublime Porte ottomane.

Fait à Constantinople, le 26. Juin (8. Juillet) l'an 1833 (le 20. de la lune de Safer, l'an 1249 de l'Hegire.)

Signé:

Comte Alexis Orloff. (L. S.) *A. Bouteneff.* (L. S.)

Suivent les Signatures des trois Plénipotentiaires Ottomans.

Article secret additionnel.

En vertu d'une des clauses de l'art. 1er du traité patent d'alliance défensive conclu entre la Sublime Porte et la cour impériale de Russie, les deux hautes parties contractantes sont tenues de se prêter mutuellement des secours matériels et l'assistance la plus efficace pour la sûreté de leurs états respectifs. Néanmoins, comme S. M. l'Empereur de toutes les Russies, voulant épargner à la Sublime Porte la charge et les embarras qui résulteraient pour elle de la prestation d'un secours matériel, ne demandera pas ce secours si les circonstances mettaient la Sublime Porte dans l'obligation de le fournir, la Sublime Porte ottomane, à la place du secours qu'elle doit prêter au besoin, d'après le principe de réciprocité du traité patent, devra borner son action en faveur de la cour impériale de Russie à fermer le détroit des Dardanelles,

c'est-à-dire à ne permettre à aucun bâtiment de guerre étranger d'y entrer sous aucun prétexte quelconque.

Le présent article séparé et secret, aura la même force et valeur que s'il était inséré mot à mot dans le traité d'alliance défensive de ce jour.

Fait à Constantinople, le 26. Juin l'an 1833 (le 20. de la lune de Safer, l'an 1249 de l'Hegire).

Signé:

Comte Alexis Orloff. (L. S.) *A. Bouteneff.* (L. S.)

Signatures des Plénipotentiaires Ottomans.

III. Neuere Verträge, die Türkei betreffend.

1. Londoner Quadrupelvertrag

über die Pacification der Levante.

(15. Juli 1840.)

Die Pforte hatte gegen den emporſtrebenden Vicekönig von Aegypten, Mehemed-Ali, der immer entſchiedener ſeine Abſicht an den Tag legte, ſich unabhängig zu machen, im Jahr 1839 den Krieg abermals begonnen; in demſelben Jahre (1. Juli 1839) ſtarb aber Sultan Mahmud II. Sein erſt ſechzehnjähriger Sohn Abdul Medſchid ſchien den Streitkräften Mehemed-Ali's um ſo weniger gewachſen, als auch innere Unruhen, welche die Reformen des Sultan's Mahmud mit Gewalt aufzuheben beabſichtigten, die Kräfte der Pforte in Anſpruch nahmen. Die Gefahr wuchs, als der Kapudan Paſcha Achmed Feazi, darüber erzürnt, daß der junge Sultan den alten Khosrew, Feazi's Feind, zur wiederhergeſtellten Würde eines Großweſirs erhoben hatte, die türkiſche Flotte dem Vicekönig von Aegypten zuführte (14. Juli 1839). Bei dieſen für die Exiſtenz der Pforte höchſt bedrohlichen Verhältniſſen verbanden ſich die Mächte England, Rußland, Oeſtreich und Preußen, um den Vicekönig in ſeine Grenzen zurückzuweiſen, und eröffneten Conferenzen zu London. Frankreich dagegen begünſtigte den Paſcha von Aegypten und nahm an den Verhandlungen in London keinen Antheil. Am 15. Juli 1840 kam zu London zwiſchen den genannten Mächten und der Pforte der hier folgende Vertrag zu Stande. Die Mächte verpflichteten ſich darin, den Paſcha von Aegypten nöthigen Falls mit Gewalt zu zwingen, das Arrangement anzuerkennen, über welches man ſich in London verſtändigt hatte. Letzteres beſtand in folgenden Puncten. Art. 1. Dem Mehemed-Ali wird für ſeine Nachkommen die Erblichkeit im Paſchalik Aegypten zugeſtanden. Die Verwaltung des ſüdlichen Syrien's,

deſſen Grenzen näher angegeben werden, erhält der Paſcha jedoch nur auf Lebenszeit; auch wird er Commandant der Feſtung Jean d'Acre. Art. 2. Nimmt der Paſcha das Arrangement innerhalb zehn Tagen nicht an, ſo zieht der Sultan ſein Anerbieten bezüglich der lebenslänglichen Verwaltung des Paſchalik's d'Acre zurück. Gehen zwanzig Tage vorüber, ohne daß die Anerkennung erfolgt, ſo ſoll Mehemed-Ali auch Aegypten verlieren. Art. 3. Je nachdem Mehemed-Ali, gemäß dieſer Beſtimmung, mehr oder weniger Gebiet behält, wird auch der Tribut an die Pforte eine größere oder kleinere Summe betragen. Art. 4. Dabei verſteht es ſich von ſelbſt, daß Mehemed-Ali in beiden Fällen die türkiſche Flotte ohne Entſchädigung zurückſtellen muß u. ſ. f. Die ägyptiſche Land- und Seemacht bildet nach Art. 6 einen Theil der Streitkräfte der Pforte. Der Vicekönig verweigerte die Annahme dieſer Bedingungen; die Mächte dagegen wechſelten am 15. Sept. 1840 zu London die Ratificationen des Vertrages aus, und man fing ſogleich an, zu Gewaltmaßregeln zu ſchreiten. Mehemed-Ali wurde vom Divan ſeiner Würde entſetzt, mit dem Bann belegt und an ſeiner Statt Izzed-Muhamed zum Paſcha von Aegypten ernannt. Die engliſche Flotte bombardirte Beirut, ein türkiſches Corps erſtürmte im Verein mit Engländern und Oeſtreichern Seida (das alte Sidon), Ibrahim, der Sohn Mehemed-Ali's wurde bei Beirut geſchlagen (11. u. 12. Okt. 1840), Jean d'Acre fiel am 4. Nov., worauf das türkiſche Heer unter dem Engländer Napier vor Alexandrien rückte. Jetzt endlich gab der Vicekönig nach. Er ſchloß mit Napier am 27. Nov. 1840 einen Vertrag, nach welchem er, ſo wie ihm von den Mächten die Erblichkeit in dem Paſchalik Aegypten gewährleiſtet ſei, die türkiſche Flotte ausliefern und Syrien und Candia räumen wollte. Dieſen Vertrag verwarf der engliſche Admiral Stopford und verlangte unbedingte Unterwerfung. Mehemed-Ali jedoch, in der Hoffnung, daß ihn Frankreich nicht im Stiche laſſen werde, wollte nicht darein willigen, ſich auf Gnade und Ungnade zu ergeben. Es begannen neue diplomatiſche Verhandlungen, die ſich in das Frühjahr 1841 hinüberzogen. Endlich fügte ſich der Vicekönig doch, nachdem man ihm die Verſicherung gegeben, daß ihm die erbliche Verleihung des Paſchalik's Aegypten gewiß ſei, wenn er ſich nur zuvor unterworfen habe. Er lieferte die türkiſche Flotte aus, räumte Syrien und Arabien (in Candia war die chriſtliche Bevölkerung gegen die osmaniſche Herrſchaft aufgeſtanden), und wurde am 10. Juni 1841 von der Pforte mit dem Paſchalik Aegypten erblich belehnt. — Die hieher gehörigen Actenſtücke nebſt der diplomatiſchen Correſpondenz, welche ſich zwiſchen England und Frankreich (Palmerſton und Guizot) über den Vertrag vom 15. Juli 1840 entſponnen hat, findet ſich abgedruckt bei Murhard (continuation du grand recueil de feu M. de Martens) nouveau recueil général de traités, tom. I.

2. Staatsvertrag zwischen Oestreich und Rußland, die Donauschifffahrt betreffend.

(25. Juli 1840.)

Die Donau ist einer der wichtigsten Lebensnerven des östreichischen Kaiserstaates. Wo dieser Strom das östreichische Gebiet (Ungarn) verläßt, bildet er für eine kurze Strecke die Grenze zwischen Serbien und der Walachei, dann, in der ganzen Breite der Walachei, die Grenze zwischen diesem Lande und der eigentlichen Türkei; gegen das Ende seines Laufes, wo die Grenzen von der Moldau, Walachei, Türkei und Rußland (Bessarabien) zusammmenstoßen, macht er bis zu seiner Mündung in's schwarze Meer die Grenze zwischen Rußland (Bessarabien) und der eigentlichen Türkei (Bulgarien). Wenn in dem Interesse irgend einer Macht, so wäre es in dem von Oestreich gelegen, sich in den Donauländern ein gewisses Aufsichtsrecht über diesen östreichischen Strom zu wahren und die Donaufürstenthümer in jenes Schutzverhältniß zu versetzen, in welchem sie gegenwärtig zu Rußland stehen. Man hätte auch glauben sollen, daß ein solcher Einfluß von Wien aus leichter wäre zu gewinnen gewesen, als von Petersburg: allein nichts destoweniger ließ es Oestreich bisher ruhig geschehen, daß Rußland zuerst Bessarabien bis an den Pruth und mit diesem Lande die linke Seite der unteren Donau mit ihren Mündungen sich aneignete, dann aber in der Moldau und Walachei immer kühner vorging, um auch diese Länder nach und nach unter russische Herrschaft zu bringen. — Der Vertrag, dessen Text hier folgt, wurde 1840 auf zehn Jahre abgeschlossen und nach seinem Ablauf 1850 erneuert. Nach demselben (Art. 1.) soll die Schifffahrt auf dem ganzen Donaustrom völlig frei und Niemanden verwehrt sein; nur für die Freihaltung der Sulinamündung von Versandung und für den Leuchtthurm werden gewisse Gebühren bezahlt (Art. 7.). Oestreichische Schiffe unterliegen nach Art. 4. bei ihrer Ein- und Ausfahrt aus der Sulinamündung keiner Untersuchung. Im Art. 9. wird die Aufrechthaltung des Grundsatzes der freien Donauschifffahrt für permanent anerkannt. Der Vertrag findet sich in der Wiener Zeitung (Monat Oktober 1840) und bei Murhard nouveau recueil général tom. I.

3. Londoner Vertrag, die Einfahrt in die Dardanellen und den Bosporus betreffend.

(13. Juli 1841.)

In Folge der bereitwilligen Hülfe, welche Rußland der Pforte gegen den Pascha von Aegypten geleistet hatte, war es dem Grafen Orloff gelungen, mit der Pforte am 8. Juli 1833 im Vertrag von Unkiar-Iskelessi auf zehn Jahre eine Offensiv- und Defensiv-Allianz

zu ſchließen, nach welcher ſich der Sultan verpflichtete, auf Verlangen Rußland's die Dardanellen zu ſperren. Dieſer Vertrag ſchien den übrigen Mächten ſehr bedenklich; namentlich die Seemächte England und Frankreich waren bemüht, ihn rückgängig zu machen. Nach langen diplomatiſchen Verhandlungen kam zu London am 13. Juli 1841 zwiſchen der Pforte einerſeits und England, Frankreich, Preußen, Oeſtreich und Rußland andererſeits ein Uebereinkommen zu Stande, nach welchem, wie es alte Regel bei der Pforte war, die Dardanellen und der Bosporus auch fernerhin für alle fremden Kriegsſchiffe, alſo auch für die ruſſiſchen, geſchloſſen ſein ſollten, ſolange ſich die Pforte im Frieden befinde. Nur kleine Kriegsſchiffe für den Dienſt der Geſandtſchaften befreundeter Mächte ſollten mit einem Ferman verſehen werden, der ihnen die Einfahrt in die beiden Meerengen geſtattete.

Convention,

entre les cours de la Grande-Bretagne, d'Autriche, de Prusse et de Russie, d'une part, et de la Sublime Porte-Ottomane, de l'autre,

signée à

LONDRES

le 15. Juillet 1840.

Au nom de Dieu très miséricordieux.

Sa Hautesse le Sultan ayant eu recours à Leurs Majestés la Reine du royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême, le Roi de Prusse et l'Empereur de toutes les Russies, pour réclamer leur appui et leur assistance au milieu des difficultés dans lesquelles il se trouve placé par suite de la conduite hostile de Méhémet-Ali, Pacha d'Egypte, difficultés qui menacent de porter atteinte à l'intégrité de l'Empire ottoman et à l'indépendance du trône du Sultan, Leurs dites Majestés, réunies par le sentiment d'amitié qui subsiste entre elles et le Sultan, animées du désir de veiller au maintien de l'intégrité et de l'indépendance de l'Empire ottoman, dans l'intérêt de l'affermissement de la paix de l'Europe, fidèles à l'engagement qu'elles ont contracté par la note remise à la Porte par leurs représentans à Constantinople, le 27. Juillet 1839, et désirant de plus prévenir l'effusion du sang qu'occasionnerait la continuation des hostilités qui ont récemment éclaté en Syrie entre les autorités du Pacha et les sujets de Sa Hautesse;

Leurs dites Majestés et Sa Hautesse le Sultan ont résolu, dans le but susdit, de conclure entre elles une convention, et ont nommé à cet effet pour leurs plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté la Reine du royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le très honorable Henri-Jean vicomte Palmerston, baron Temple, pair d'Irlande, conseiller de Sa Majesté britannique en son conseil privé, chevalier grand'croix

du très honorable ordre du Bain, membre du parlement, et son principal secrétaire d'Etat ayant le département des affaires étrangères;

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême, le sieur Philippe, baron de Neuman, commandant de l'ordre de Léopold d'Autriche, décoré de la croix pour le mérite civil, commandeur des ordres de la Tour et de l'Epée de Portugal, de la croix du Sud de Brésil, chevalier grand'croix de l'ordre de Saint-Stanislas de seconde classe de Russie, son conseiller aulique et plénipotentiaire près Sa Majesté Britannique;

Sa Majesté le Roi de Prusse, le sieur Henri-Guillaume baron de Bulow, chevalier de l'Aigle-Rouge de première classe de Prusse, grand'croix de l'ordre de Léopold d'Autriche et de Guelph de Hanovre, chevalier grand'croix de l'ordre de Saint-Stanislas de seconde classe, et de Saint-Wladimir de quatrième classe de Russie, commandeur de l'ordre du Faucon de Saxe Weimar, son chambellan, conseiller intime, envoyé actuel extraordinaire et ministre plénipotentiaire près Sa Majesté Britannique.

Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, le sieur Philippe baron de Brunow, chevalier de l'ordre de Sainte-Anne de première classe, de Saint-Stanislas de première classe, de Saint-Wladimir de troisième classe, commandeur de l'ordre de Saint-Etienne de Hongrie, chevalier de l'Aigle-Rouge et de Saint-Jean de Jérusalem, son conseiller privé, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près Sa Majesté Britannique;

Et Sa Majesté le très majestueux, très puissant et très magnifique Sultan Abdul-Medjid, Empereur des Ottomans, Chekib effendi, décoré du Nichan-Iftechar de première classe, beylikdgi du divan impérial, conseiller honoraire du département des affaires étrangères, son ambassadeur extraordinaire près Sa Majesté Britannique;

Lesquels, s'étant réciproquement communiqué leurs plein-pouvoirs trouvés en bonne et due forme, ont arrêté et signé les articles suivans:

Art. I. Sa Hautesse le Sultan s'étant entendu avec Leurs Majestés la Reine du royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême, le Roi de Prusse et l'Empereur de toutes les Russies, sur les conditions de l'arrangement qu'il est de l'intention de Sa Hautesse d'accorder à Méhémet-Ali, lesquelles conditions se trouvent spécifiées dans l'acte séparé ci-annexé, Leurs Majestés s'engagent à agir dans un parfait accord et d'unir leurs efforts pour déterminer Méhémet-Ali à se conformer à cet arrangement, chacune des hautes parties contractantes se réservant de coopérer à ce but selon les moyens d'action dont chacune d'elles peut disposer.

Art. II. Si le Pacha d'Egypte refusait d'adhérer au susdit arrangement qui lui sera communiqué par le Sultan avec le concours de Leurs dites Majestés, celles-ci s'engagent à prendre, à la réquisition du Sultan, des mesures concertées et arrêtées entre elles, afin de mettre cet arrangement à exécution. Dans l'intervalle ayant invité ses alliés à se joindre à lui pour l'aider à interrompre la communication par mer entre l'Egypte et la Syrie, et empêcher l'expédition de troupes, chevaux, armes, munitions et approvisionnemens de

guerre de tout genre d'une de ces provinces à l'autre, Leurs Majestés la Reine du royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, et l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême, s'engagent à donner immédiatement à cet effet les ordres nécessaires aux commandans de leurs forces navales dans la Méditerranée; Leurs dites Majestés promettant en outre que les commandans de leurs escadres, selon les moyens dont ils disposent, donneront, au nom de l'alliance, tout l'appui et toute l'assistance en leur pouvoir à ceux des sujets du Sultan qui manifesteront leur fidélité et obéissance à leur souverain.

Art. III. Si Méhémet-Ali, après s'être refusé de se soumettre aux conditions de l'arrangement mentionné ci-dessus, dirigeait ses forces de terre ou de mer vers Constantinople, les hautes parties contractantes, sur la réquisition qui en serait faite par le Sultan à leurs représentans à Constantinople, sont convenues, le cas échéant, de se rendre à l'invitation de ce souverain, et de pourvoir à la défense de son trône au moyen d'une coopération concertée en commun, dans le but de mettre les deux détroits du Bosphore et des Dardanelles, ainsi que la capitale de l'empire ottoman, à l'abri de toute agression. Il est en outre convenu que les forces qui, en vertu d'une pareille atteinte, recevront la destination indiquée ci-dessus, y resteront employées aussi longtemps que leur présence sera requise par le Sultan; et lorsque Sa Hautesse jugera que leur présence aura cessé d'être nécessaire, les dites forces se retireront simultanément et rentreront respectivement dans la mer Noire et la Méditerrannée.

Art. IV. Il est toutefois expressément entendu que la coopération mentionnée dans l'article précédent, et destinée à placer temporairement les détroits des Dardanelles et du Bosphore et la capitale ottomane sous la sauve-garde des hautes parties contractantes contre toute agression de Méhémet-Ali, ne sera considérée que comme une mesure exceptionnelle adoptée à la demande expresse du Sultan, et uniquement pour sa défense dans le cas seul indiqué ci-dessus. Mais il est convenu que cette mesure ne dérogera en rien à l'ancienne règle de l'empire ottoman, en vertu de laquelle il a été de tout temps défendu aux bâtimens de guerre des puissances étrangères l'entrée dans les détroits des Dardanelles et du Bosphore; et le Sultan, d'une part, déclare par le présent acte, qu'à l'exception de l'éventualité ci-dessus mentionnée, il a la ferme résolution de maintenir à l'avenir ce principe invariablement établi comme ancienne règle de son empire, et, tant que la Porte se trouve en paix, de n'admettre aucun bâtiment de guerre étranger dans les détroits du Bosphore et des Dardanelles; d'autre part, LL. MM. la Reine du royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême, le Roi de Prusse et l'Empereur de toutes les Russies, s'engagent à respecter cette détermination du Sultan, et à se conformer au principe ci-dessus énoncé.

Art. V. La présente convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Londres dans l'espace de deux mois, ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé les sceaux de leurs armes.

Fait à Londres, le 15. Juillet, l'an de grâce 1840.

Palmerston. *(Chekib.)*
Neuman. *Bulow.* *Brunow.*

Acte séparé

à la convention conclue a Londres, le 15. Juillet, entre les cours de la Grande-Bretagne, d'Autriche, de Prusse et de Russie d'une part; et la Sublime Porte-Ottomane de l'autre.

Art. I. Sa Hautesse le Sultan a l'intention d'accorder et de faire notifier à Méhémet-Ali les conditions de l'arrangement ci-dessous:

Sa Hautesse promet d'accorder à Méhémet-Ali, pour lui et ses descendans en ligne directe, l'administration du Pachalik d'Egypte, et Sa Hautesse promet, en outre, d'accorder à Méhémet-Ali, sa vie durant, avec le titre de Pacha d'Acre et avec le commandement de la forteresse de Saint-Jean d'Acre, l'administration de la partie méridionale de la Syrie, dont les limites seront déterminées par la ligne de démarcation suivante:

Cette ligne, partant du Cap Ras-el-Nakhora sur les côtes de la Méditerranée, s'étendra de là directement jusqu'à l'embouchure de la rivière Seisaban, extrémité septentrionale de la Tiberias, longera la côte occidentale du dit lac, suivra la rive droite du fleuve Jourdain et la côte occidentale de la mer Morte, se prolongera de là en droiture jusqu'à la mer Rouge, en aboutissant à la pointe septentrionale du golfe d'Akaba, et suivra la côte occidentale du golfe d'Akaba, et la côte occidentale du golfe Suez jusqu'à Suez.

Toutefois le Sultan, en faisant ces offres, y attache la condition que Méhémet-Ali les accepte dans l'espace de dix jours après que la communication en aura été faite par un agent de Sa Hautesse, et qu'en même temps Méhémet-Ali dépose entre les mains de cet agent les instructions nécessaires aux commandans de ses forces de terre et de mer, de se retirer immédiatement de l'Arabie et de toutes les villes saintes qui s'y trouvent situées, de l'île de Candie, du district d'Adana et de toutes les autres parties de l'empire ottoman qui ne sont pas comprises dans les limites de l'Egypte, et dans celles du pachalik d'Acre tel qu'il a été désigné ci-dessus.

Art. II. Si, dans le délai de dix jours fixé ci-dessus, Méhémet-Ali n'accepte point le susdit arrangement, le Sultan retirera alors son offre de l'administration viagère du pachalik d'Acre, mais Sa Hautesse consentira encore à accorder à Méhémet-Ali, pour lui et ses descendans en ligne directe, l'administration du pachalik d'Egypte, pourvu que cette offre soit acceptée dans l'espace des dix jours suivans, c'est à dire dans un délai de vingt jours, à compter du jour où la communication lui aura été faite, et pourvu qu'il dépose également entre les mains de l'agent du Sultan les instructions néces-

saires pour ses commandans de terre et de mer de se retirer immédiatement en dedans des limites et dans les ports du pachalik d'Egypte.

Art. III. Le tribut annuel à payer au Sultan par Méhémet-Ali sera proportionné au plus ou moins de territoire dont ce dernier obtiendra l'administration, selon qu'il accepte le premier ou le second ultimatum.

Art. IV. Il est expressément entendu, de plus, dans la première comme dans la seconde alternative, que Méhémet-Ali (avant l'expiration du terme fixé de dix ou vingt jours) sera tenu de remettre la flotte turque, avec tous ses équipages et armemens, entre les mains du préposé turc qui sera chargé de la recevoir: les commandans des escadres alliées assisteront à cette remise.

Il est entendu que, dans aucun cas, Méhémet-Ali ne pourra porter en compte ni déduire du tribut à payer au Sultan les dépenses pour entretien de la flotte ottomane pendant tout le temps qu'elle sera restée dans les ports de l'Egypte.

Art. V. Tous les traités et toutes les lois de l'empire ottoman s'appliquent à l'Egypte et au pachalik d'Acre, ainsi qu'il a été désigné ci-dessus, comme à toute autre partie de l'empire ottoman; mais le sultan consent qu'à condition du paiement régulier du tribut susmentionné, Méhémet-Ali et ses descendans perçoivent, au nom du Sultan et comme délégué de Sa Hautesse, dans les provinces dont l'administration leur sera confiée; il est entendu en outre que, moyennant la perception des taxes et impôts susdits, Méhémet-Ali et ses descendans pourvoieront à toutes les dépenses d'administration civile et militaire des dites provinces.

Art. VI. Les forces de terre et de mer que pourra obtenir le pacha d'Egypte et d'Acre, faisant partie des forces de l'empire ottoman, seront toujours considerées comme entretenues pour le service de l'Etat.

Art. VII. Si à l'expiration du terme de vingt jours après la communication qui lui aura été faite (ainsi qu'il a été dit plus haut §. 2) Méhémet-Ali n'adhère point à l'arrangement proposé, et n'accepte pas l'hérédité du Pachalik d'Egypte, le Sultan se considérera comme libre de retirer cette offre et de suivre, en conséquence, telle marche ultérieure que ses propres intérêts et les conseils de ses Alliés pourront lui suggérer.

Art. VIII. Le présent acte séparé aura la même force et valeur que s'il était inséré mot à mot dans la convention de ce jour: il sera ratifié, et les ratifications en seront échangées à Londres en même temps que celles de la dite convention.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé les sceaux de leurs armes.

Fait à Londres, le 25. Juillet, l'an de grâce 1840.

(L. S.) *Palmerston.* (L. S.) *Chekib.*
(L. S.) *Neuman.* (L. S.) *Bulow.* (L. S.) *Brunow.*

Protocole.

Signé à Londres par les plénipotentiaires des quatre Puissances, le 15. Juillet 1840.

En appossant sa signature à la convention de ce jour, le plénipotentiaire de la Sublime Porte-Ottomane a déclaré:

Qu'en constatant, par l'article 4 de la dite convention, l'ancienne règle de l'empire ottoman, en vertu de laquelle il est défendu de tout temps aux bâtimens de guerre étrangers d'entrer dans les détroits des Dardanelles et du Bosphore, la Sublime Porte se réserve comme par le passé de livrer des firmans aux bâtimens légers sous pavillon de guerre, lesquels sont employés selon l'usage au service de la correspondance des puissances amies.

Les plénipotentiaires des cours de la Grande-Bretagne etc., ont pris note de la présente déclaration pour la porter à la connaissance de leurs cours.

Signé: (L. S.) *Palmerston.* (L. S.) *(Chekib.)*
(L. S.) *Neuman.* (L. S.) *Bulow.* (L. S.) *Brunow.*

Protocole réservé.

Signé à Londres, le 15. Juillet 1840, par les plénipotentiaires des quatre Puissances.

Les plénipotentiaires des cours de la Grande-Bretagne etc., ayant, en vertu de leurs pleins-pouvoirs, conclu et signé en ce jour une convention entre leurs souverains respectifs pour la pacification du Levant;

Considérant que, vu la distance qui sépare les capitales de leurs cours respectives, un certain espace de temps devra s'écouler nécessairement avant que l'échange des ratifications de la dite convention puisse s'effectuer et que des ordres fondés sur cet acte puissent être mis à exécution;

Et les dits plénipotentiaires étant profondément pénétrés de la conviction que, vu l'état actuel des choses en Syrie, les intérêts d'humanité aussi bien que les graves considérations de politique européenne qui constituent l'objet des sollicitudes communes des puissances signataires de la convention de ce jour, réclament impérieusement d'éviter autant que possible tout retard dans l'accomplissement de la pacification que la dite transaction est destinée à atteindre;

Les dits plénipotentiaires, en vertu de leurs pleins-pouvoirs, sont convenus entre eux que les mesures préliminaires mentionnées en l'article 2 de la dite convention, seront mises à exécution *tout de suite*, et sans attendre l'échange des ratifications, consentant formellement, par le présent acte et avec l'assentiment de leurs cours, à l'exécution immédiate de ces mesures.

Il est convenu en outre entre les dits plénipotentiaires, que Sa Hautesse le Sultan procèdera de suite à adresser à Méhémet-Ali la communication et les offres spécifiées dans l'acte séparé annexé à la convention de ce jour.

Il est convenu de plus que les agens consulaires de la Grande-Bretagne, d'Autriche, de Prusse et de Russie, se mettront en rapport avec l'agent que le Sultan y enverra pour adresser à Méhémet-Ali la communication et les offres susmentionnées; que les dits consuls porteront à cet agent toute l'assistance et tout l'appui en leur pouvoir, et qu'ils emploieront tous leurs moyens d'influence auprès de Méhémet-Ali, à l'effet de le déterminer d'accepter l'arrangement qui lui sera proposé par ordre de Sa Hautesse le Sultan.

Les amiraux des escadres respectives dans la Méditerranée recevront les instructions nécessaires pour se mettre en communication à ce sujet avec les dits consuls.

(L. S.) *Palmerston.* (L. S.) *Chekib.*
(L. S.) *Neuman.* (L. S.) *Bulow.* (L. S.) *Brunow.*

Staatsvertrag

zwischen Oestreich und Russland.

Abgeschlossen und unterzeichnet
zu
ST. PETERSBURG
den 25. (13.) Juli 1840.

Im Namen der allerheiligsten und untheilbaren Dreieinigkeit.

Se. Majestät der Kaiser von Oestreich, König von Ungarn und Böhmen, und Se. Majestät der Kaiser aller Reussen, König von Polen, von dem Wunsche beseelt, den Handels-Verkehr zwischen Ihren beiderseitigen Staaten dadurch zu erleichtern, zu erweitern und zu vermehren, dass der Donau-Schifffahrt eine grössere Entwickelung gegeben wird, und von der Ueberzeugung ausgehend, dass sie diesen Zweck nicht besser erreichen können, als wenn auf diesem Strom die nämlichen Grundsätze angewendet werden, welche der Wiener Congress für die freie Schifffahrt der Flüsse, welche verschiedene Länder scheiden oder durchströmen, aufgestellt hat, haben in gemeinsamer Uebereinstimmung beschlossen, alles, was sich auf diesen Gegenstand gegenseitigen Interesses bezieht, durch eine besondere Convention zu reguliren. Zu diesem Ende haben Ihre Majestäten Bevollmächtigte ernannt, und zwar Se. Majestät der Kaiser von Oestreich: den Grafen Karl Ludwig von Ficquelmont etc. etc., Ihren ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Sr. Majestät dem Kaiser aller Reussen, und Se. Majestät der Kaiser aller Reussen: den Grafen Karl Robert von Nesselrode, Ihren wirklichen geheimen Rath und Vice-Kanzler etc. etc., und Woronzoff, Ihren General der Infanterie

und General-Adjutanten, General-Gouverneur von Neu-Russland und Bessarabien etc. etc., welche, nachdem sie sich ihre in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten gegenseitig mitgetheilt, die nachstehenden Artikel festgesetzt und unterzeichnet haben:

Art. I. Die Schifffahrt auf dem ganzen Donau-Strome, sowohl von dem Puncte an, wo er das Russische Gebiet berührt, bis zu seinem Ausflusse ins schwarze Meer, als auf der ganzen Strecke, wo er die Staaten Sr. Kaiserl. Königl. Apost. Majestät bespült, soll, sowohl auf- als abwärts, gänzlich frei sein; sie soll in Bezug auf den Handel Niemand verwehrt, keiner Hemmung, noch irgend einem Zoll unterworfen werden können, und es sollen für diese Schifffahrt keine anderen Gebühren, als die weiter unten festgesetzten, entrichtet werden.

Art. II. Die Oesterreichischen Handelsfahrzeuge, so wie die einer jeden anderen Nation, die das Recht hat, im schwarzen Meer zu schiffen, und die mit Russland im Frieden ist, können frei in die schiffbaren Mündungen der Donau einlaufen, diesen Strom auf- und abwärts befahren, und aus demselben auslaufen, ohne deshalb irgend einer Zoll- oder Durchfahrts-Abgabe, ausser den unten erwähnten Gebühren, unterworfen zu sein. Auf gleiche Weise können die russischen Handelsfahrzeuge die Donau auf der ganzen Strecke, wo sie die Staaten Sr. Kaiserl. Apost. Majestät bespült, frei auf- und abwärts befahren, ohne desshalb irgend einer Gebühr zu unterliegen.

Art. III. Die östreichischen Schiffe und Fahrzeuge, die auf der Donau fahren, sollen das Recht haben, längs des Stromes und auf dem ganzen Umfange der Insel St. Georg, Leté und Tschatal sich stromaufwärts ziehen zu lassen, wenn sie den von der Kaiserl. russischen Regierung auf beiden Ufern angelegten Leinpfaden nach Erforderniss der, in Gemässheit der Quarantaine-Vorschriften, getroffenen Sanitäts-Vorsichtsmassregeln folgen; wobei übrigens die Aufsicht, welche diese Massregeln erheischen, der Schifffahrt kein Hemmniss in den Weg legen darf. Was insonderheit das Schiffziehen längs des Quais der Stadt Reni anlangt, so werden die beiden hohen contrahirenden Theile gemeinschaftlich auf die zu ergreifenden Mittel denken, um dieses Schiffziehen ausführbar zu machen, ohne die Aufrechthaltung der Sanitäts-Vorschriften und den Stand der freien Pratica der Stadt Reni zu gefährden.

Art. IV. Die östreichischen Fahrzeuge werden weder bei ihrer Einfahrt in die Mündung der Donau, noch bei ihrer Ausfahrt irgend einer Untersuchung unterliegen. Sie dürfen bei ihrer Einfahrt in die Mündung von Sulina nur so lange aufgehalten werden, als nöthig ist, damit sich der Officier des Wachtschiffes die Schiffspapiere vorzeigen lassen kann. Sobald sie diese Formalität erfüllt und den Sanitäts-Vorschriften Genüge geleistet haben, soll ihnen gestattet sein, ihre Fahrt fortzusetzen, ohne dass sie länger in diesem Orte aufgehalten werden können. Die nämlichen Erleichterungen

sollen den russischen Schiffen und Fahrzeugen gewährt sein, die auf demjenigen Theile der Donau fahren, welcher die Staaten Sr. Kaiserl. Königl. Apostol. Majestät bespült oder durchströmt.

Art. V. Die Kaiserl. russische Regierung verpflichtet sich ferner, so bald als möglich die erforderlichen Arbeiten beginnen zu lassen, um den Fortschritten der Versandung der Sulina-Mündung Einhalt zu thun, und diesen Pass dergestalt fahrbar zu machen, dass er der Schifffahrt kein Hinderniss mehr in den Weg legen kann. Diese Arbeiten sollen so oft, als es für nöthig erachtet wird und die Jahreszeit und das Wetter es erlauben, wieder aufgenommen und fortgesetzt werden, um eine neue Versandung in besagter Sulina-Mündung zu verhindern.

Art. VI. Die Kaiserl. russische Regierung verpflichtet sich ferner, in möglichst kurzer Frist einen Leuchtthurm auf der angemessensten Stelle an der Sulina-Mündung errichten, und auf selbem ein Leuchtfeuer nach den besten gegenwärtig befolgten Principien mit starken Reflectoren unterhalten zu lassen. Dieses Leuchtfeuer soll regelmässig jedes Jahr am 1. März neuen Styls angezündet werden und bis zum Monat December brennen.

Art. VII. Um zu den Kosten der im Art. 5 stipulirten Reinigungs- und Unterhalts-Arbeiten, sowie zu den Ausgaben, welche die Erbauung und der Unterhalt des Leuchtthurmes, der gleichfalls im gemeinsamen Interesse der Schifffahrt der beiden Reiche errichtet wird, erheischen, beizutragen, werden die mit Ladung oder Ballast durch die Sulina-Mündung fahrenden östreichischen Schiffe ein für alle Mal für die Ein- und Ausfahrt die nachstehend fest und unabänderlich stipulirten Gebühren entrichten, nämlich für Reinigungs-Kosten: die Schiffe mit zwei Masten zwei spanische Piaster oder Talaris; die Schiffe mit drei Masten drei spanische Piaster oder Talaris; die Dampfschiffe, ohne Unterschied, drei spanische Piaster oder Talaris. Als Leuchtthurms-Gebühr werden alle östreichischen Schiffe, ohne Unterschied der Grösse und des Tonnen-Gehalts, einen Talari oder spanischen Piaster bezahlen. Beide Gebühren werden blos beim Auslaufen der Schiffe aus der Donau-Mündung, und nicht bei ihrem Einlaufen erhoben, damit die Schiffe dort nicht aufgehalten werden und den günstigen Wind benutzen können, um ohne Zeitverlust den Strom aufwärts zu fahren. Die Erhebung der Gebühren für die Reinigung soll von dem Zeitpuncte an stattfinden, an welchem die diesfallsigen Arbeiten begonnen haben werden. Jedoch würde jedes östreichische Fahrzeug, das vom Jahre 1842 an sich in der Nothwendigkeit befinden dürfte, Leichtschiffe zur Einfahrt in die Donau oder zur Ausfahrt aus derselben zu gebrauchen, dadurch ipso facto von der Reinigungs-Gebühr befreit sein. Die Leuchtthurm-Gebühr soll von dem Augenblicke an, wo das Leuchtfeuer angezündet wird, entrichtet werden.

Art. VIII. Um den Handels-Verkehr zwischen den längs der Donau liegenden Ländern mit den russischen Häfen des schwarzen Meeres noch mehr zu erleichtern, willigt die Kaiserl. russische Regierung ein, die öst-

reichische Donau-Schifffahrt, in Bezug auf die Sanitäts-Vorsichtsmassregeln, auf gleichen Fuss mit der Dampfschifffahrt des schwarzen Meeres durch die Dardanellen zu stellen, indem sie gestattet, dass die von Wien oder aus Ungarn an Bord östreichischer Dampfschiffe auf der Donau versendeten Waaren zu Odessa oder in den anderen Häfen gleich denen, die aus Triest, aus Livorno oder aus anderen Häfen des mittelländischen Meeres kommen, behandelt werden, so oft diese Waaren und die Pakete oder Ballen, welche sie enthalten, mit dem Siegel der russischen Botschaft zu Wien oder dem Siegel des russischen Consulats zu Orsowa versehen sind.

Art. IX. Indem die beiden hohen contrahirenden Theile solchergestalt die Aufrechthaltung des Grundsatzes der freien Donau-Schifffahrt als permanent anerkennen, sind sie übereingekommen, dass die Stipulationen der gegenwärtigen Convention während des Zeitraumes von zehn Jahren, vom Tage der Auswechselung der Ratificationen an gerechnet, in Kraft bleiben und ihre volle und gänzliche Wirkung haben sollen.

Art. X. Gegenwärtige Convention soll ratificirt und die Ratificationen sollen binnen zwei Monaten oder früher, wenn es sein kann, in St. Petersburg ausgewechselt werden. Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Convention unterzeichnet und selber ihre Insiegel beigedruckt.

So geschehen zu St. Petersburg den 25. (13.) Juli im Jahre des Heils 1840.

(L. S.) *Der Graf von Ficquelmont.*
(L. S.) *Carl Graf von Nesselrode.*
(L. S.) *K. M. Woronzoff.*

Convention

entre l'Autriche, la Grande-Bretagne, la Prusse, la France et la Russie d'une part et la Porte Ottomane de l'autre part,

signée à

LONDRES

le 13. Juillet 1841.

Au nom de Dieu très-miséricordieux.

Leurs Majestés l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, le Roi des Français, la Reine du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le Roi de Prusse et l'Empereur de toutes les Russies, persuadées que

leur union et leur accord offrent à l'Europe le gage le plus certain de la conservation de la paix générale, objet constant de leur sollicitude, et leurs dites Majestés voulant attester cet accord en donnant à sa Hautesse le Sultan une preuve manifeste du respect qu'elles portent à l'inviolabilité de ses droits souverains, ainsi que de leur désir sincère de voir se consolider le repos de son Empire; leurs dites Majestés ont résolu de se rendre à l'invitation de sa Hautesse le Sultan, afin de constater en commun par un acte formel leur détermination unanime de se conformer à l'ancienne règle de l'Empire Ottoman, d'après laquelle le passage des détroits des Dardanelles et du Bosphore doit toujours être fermé aux bâtimens de guerre étrangers, tant que la Porte se trouve en paix.

Leurs dites Majestés, d'une part, et sa Hautesse le Sultan de l'autre, ayant résolu de conclure entre elles une convention à ce sujet, ont nommé à cet effet pour leurs Plénipotentiaires; savoir:

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, le Sieur Paul Prince *Esterhazy de Galantha* etc. et le Sieur Philippe Baron *de Neuman* etc.

Sa Majesté le Roi des Français, le Sieur François Adolphe Baron *de Bourqueney* etc.

Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le très-honorable Henry Jean, Vicomte *de Palmerston* etc.

Sa Majesté le Roi de Prusse, le Sieur Henry Guillaume Baron *de Bulow* etc.

Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, le Sieur Philippe Baron *de Brunow* etc.

et Sa Majesté le Très-Majestueux, Très-Puissant, Très-Magnifique Sultan Abdul Medjid, Empereur des Ottomans, *Chekib Effendi* etc.

Lesquels s'étant réciproquement communiqué leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, ont arrêté et signé les articles suivans:

Art. I. Sa Hautesse le Sultan, d'une part déclare qu'il a la ferme résolution de maintenir à l'avenir le principe invariablement établi comme ancienne règle de son Empire, et en vertu duquel il a été de tout temps défendu aux bâtimens de guerre des Puissances étrangères d'entrer dans les détroits des Dardanelles et du Bosphore, et que tant que la Porte se trouve en paix, sa Hautesse n'admettra aucun bâtiment de guerre étranger dans les dits détroits.

Et Leurs Majestés l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, le Roi des Français, la Reine du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le Roi de Prusse et l'Empereur de toutes les Russies, de l'autre part, s'engagent à respecter cette détermination du Sultan, et à se conformer au principe ci-dessus énoncé.

Art. II. Il est entendu qu'en constatant l'inviolabilité de l'ancienne règle de l'Empire Ottoman mentionnée dans l'article précédent, le Sultan se

réserve, comme par le passé, de délivrer des firmans de passage aux bâtimens légers sous pavillon de guerre, lesquels seront employés, comme il est usage, au service des législations des Puissances amies.

Art. III. Sa Hautesse le Sultan se réserve de porter la présente convention à la connaissance de toutes les Puissances avec lesquelles la Sublime Porte se trouve en relation d'amitié, en les invitant à y accéder.

Art. IV. La présente convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Londres à l'expiration de deux mois ou plutôt, si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé les sceaux de leurs armes.

Fait à Londres, le treize Juillet, l'an de grâce mil-huit-cent-quarante et un.

(L. S.) *Esterhazy.* (L. S.) *Palmerston.* (L. S.) *Chekib.*
(L. S.) *Neuman.* (L. S.) *Bulow.* (L. S.) *Bourqueney.*
(L. S.) *Brunow.*

IV. Verträge,
die neueſten orientaliſchen Verwickelungen betreffend.

Es gibt bekanntlich eine alte Prophezeihung, nach welcher das türkiſche Reich 400 Jahre beſtehen, im Jahr 1853 aber (Conſtantinopel wurde am 29. Mai 1453 von den Türken erobert) ſeinen Untergang finden ſoll — und in der That nahm dieſes Jahr 1853 für die Türken einen ſehr bedenklichen Anfang. Am 30. Jan. erſchien der Graf Leiningen als außerordentlicher öſtreichiſcher Geſandter in Conſtantinopel, forderte die Räumung Montenegro's, Internirung der öſtreichiſchen Flüchtlinge, beſſere Behandlung der Chriſten in Bosnien, Anerkennung der in Dalmatien liegenden kleinen türkiſchen Landſtriche Kleck und Sutorina als neutrales Gebiet, Aufhebung der in Bosnien eingeführten höheren Zölle auf Artikel, die von Oeſtreich kommen oder dahin gehen, ebenſo Aufhebung des Verbotes der Holzausfuhr nach Oeſtreich; der Beſteuerung des Tabakbaues, und Befriedigung der begründeten Forderungen vieler öſtreichiſcher Unterthanen an die Pforte. Die Pforte gab anfangs eine ablehnende Antwort, verſtand ſich aber, als das öſtreichiſche Heer an der Grenze nach und nach auf 50,000 Mann anwuchs, zur Bewilligung aller Forderungen (12. Febr. 1853). Graf Leiningen kehrte am 15. Febr. nach Wien zurück. Schon am folgenden Tage (16. Febr.) übergab nun aber auch der ruſſiſche Geſchäftsträger in Conſtantinopel dem türkiſchen Miniſter des Aeußeren eine Beſchwerde wegen des Angriffs auf Montenegro, da die Unabhängigkeit dieſes Ländchens von der Pforte außer Zweifel ſei. Am 28. Febr. erſchien der Fürſt Mentſchikoff als außerordentlicher Geſandter Rußlands in Conſtantinopel, begab ſich am 2. März im Paletot zum Großvezier, wo er ſich jedoch über den Zweck ſeiner Sendung nur in ſo weit ausſprach, daß ſie eine friedliche ſei, und hatte am 8. März Audienz beim Sultan, in welcher er erklärte, der Kaiſer von Rußland fordere die Entſcheidung der obſchwebenden Differenzen über das heilige Grab zu Gunſten der griechiſchen Kirche, Zurücknahme

des Frankreich begünstigenden Firmans in Betreff der heiligen Stätten und Bezahlung von 40 Millionen Piastern für die durch den Vertrag von Balta-Liman (1. Mai 1849) angeordnete gemeinschaftlich von den Türken und Russen vollzogene Besetzung der Walachei. Da Fürst Mentschikoff mit dem Minister des Auswärtigen Fuad Effendi gar nicht verkehrte, so verstand sich die Pforte dazu, diesen Minister zu entlassen und den russenfreundlicheren Rifaat Pascha an seine Stelle zu setzen; aber Mentschikoff beharrte gleichwohl mit derselben schroffen Kürze in den geheim gehaltenen Verhandlungen auf dem vollen Umfang seiner Forderungen, die nicht allein, wie öffentlich vorgegeben, das heilige Grab und die Freiheiten der griechischen Kirche betrafen, sondern für den Kaiser von Rußland das Protectorat über alle griechischen Christen im türkischen Reiche in Anspruch nahmen; den russischen Consuln in der Türkei sollte das Recht eingeräumt werden, die griechische Kirche in ihrer völligen Freiheit und in allen ihren Rechten zu schützen. Die Pforte war durchaus nicht geneigt, in diese für ihre Existenz so bedenklichen Forderungen zu willigen; schon am 13. Mai wurde Rifaat Pascha durch Reschid Pascha im Ministerium des Aeußern abgelöst, von dem es bekannt war, daß er Rußland abgeneigt sei; Mentschikoff, der jede Vermittlung fremder Gesandten zurückgewiesen hatte, reiste am 30. Mai 1853 von Constantinopel ab; wenige Tage darauf verließ auch der russische Geschäftsträger mit seiner Kanzlei die türkische Hauptstadt. Die Pforte wandte sich sofort an England und Frankreich um Beistand, und die Frage war damit in ein Stadium getreten, welches für die Erhaltung des Weltfriedens nur noch eine sehr geringe Hoffnung übrig ließ. Europa machte sich aus dem Ernst der Sachlage kein Geheimniß. Es handelte sich natürlich nicht um die zwar in den Vordergrund geschobene, aber doch ganz unwesentliche Frage der heiligen Stätten, welcher höchstens nur auf dem confessionellen Standpunkt der römischen und griechischen Kirche einige Wichtigkeit gegeben werden konnte: vielmehr sollte es sich jetzt entscheiden, ob es Rußland möglich sei, seinen Einfluß im türkischen Reiche über den der anderen Mächte in einer Weise zu erheben, daß ihm die Besitznahme zum mindesten des besten Theiles bei dem früheren oder späteren Zerfall des Reichs wesentlich erleichtet würde oder gewissermaßen schon gesichert wäre. Rußland, auf einen Fall der Art längst gerüstet, war zu den gegenwärtigen herausfordernden Schritten augenscheinlich durch den Einfluß bestimmt worden, den Oestreich so eben vermöge der Gewährung seiner sämmtlichen Forderungen in der Türkei zu gewinnen schien; und es sah die Krisis um so lieber im Jahr 1853 hereinbrechen, als ihm dabei die alte Prophezeihung vom Untergang des osmanischen Reiches und der erhöhte Enthusiasmus seiner Völker, der nur durch das religiöse Moment hervorgerufen und getragen werden konnte, zu Hülfe kam. Die Türken fingen eifrigst an zu rüsten; im ganzen Reiche zeigte sich große Begeisterung für den Krieg. Unter dem 2. Juni 1853 richtete die Pforte an die fremden Cabinete eine Rechtfertigung

ihrer Politik gegen Rußland. Rußland erließ am 9. Juni noch ein Ultimatum, und als auch dieses, nach gepflogener Berathung mit den europäischen Gesandten, von der Pforte ablehnend beschieden wurde, überschritten die Russen (2. Juli 1853) den Pruth und besetzten die Donaulinie. Eine russische Circulardepesche vom 2. Juli gab als Ursache dieser Besetzung das Erscheinen der englisch-französischen Flotte (31 Schiffe mit 1620 Kanonen) in der Besikabei, am Eingang der Dardanellen, an. Am 24. Juli wurden in Wien von den Gesandten Frankreich's, England's, Oestreich's und Preußen's die diplomatischen Conferenzen zur Beilegung des russisch-türkischen Streites eröffnet. Man kam überein, daß die Pforte erkläre, sie verpflichte sich, alle Rechte und Privilegien der griechischen Kirche aufrecht zu erhalten, ihren Bekennern ganz dieselben Rechte einzuräumen, welche sie künftig den übrigen Christen gewähren werde, den Bestimmungen der Verträge von Kutschuk-Kainardschi und Adrianopel genau nachzukommen und zu erlauben, daß zu Jerusalem eine griechische Kirche und ein griechisches Hospital für russische Pilger erbaut werde. Dies waren so ziemlich die Punkte, welche Rußland im Ultimatum vom 9. Juni verlangt hatte. Da nun aber die Pforte auf Abänderung aller derjenigen Ausdrücke in dieser Proposition der wiener Conferenz drang, welche Rußland ein Recht einzuräumen schienen, sich in die inneren Angelegenheiten der Türkei zu mischen, der Kaiser von Rußland dagegen die wörtliche Annahme verlangte; so beschloß die Pforte, bei der Gährung in Constantinopel, wo man, unter Androhung der Absetzung des Sultans, den Krieg verlangte, die letzte Entscheidung einem zu diesem Zwecke gebildeten Divan zu überlassen, der aus den Ministern und den höchsten geistlichen und weltlichen Beamten zusammengesetzt wurde. Dieser Divan erklärte am 26. Sept. 1853 die Forderungen Rußland's für unannehmbar und forderte den Sultan auf, alle Verhandlungen sofort abzubrechen und den Krieg zu beginnen. Ein türkisches Heer von 100,000 Mann mit 250 Kanonen hatte sich unter Omer Pascha unterdessen an der Donau gesammelt. Als der russische General Gortschakow der Aufforderung Omer Pascha's, die Fürstenthümer binnen 15 Tagen zu räumen, nicht entsprach, begannen am 23. Okt. 1853 die Feindseligkeiten. Die Türken schlugen sich mit großer Tapferkeit; die Russen waren nicht im Stande, ihr verschanztes Lager bei Kalafat an der Donau zu nehmen. Desto größeren Nachtheil erlitt die Pforte zur See. Eine Abtheilung der russischen Flotte des schwarzen Meeres (nach russischen Berichten 5 Linienschiffe, 4 Fregatten und 3 Dampfer) griff unter Vice-Admiral Nachimoff die türkische Flotte, welche unter Osman Pascha bei Sinope an der kleinasiatischen Küste völlig unvorbereitet vor Anker lag (sie bestand nach türkischen Berichten aus 4 Fregatten, 2 Corvetten und einigen kleineren Schiffen) am 30. Nov. 1853 unvermuthet an, schoß drei der Schiffe in den Grund, steckte die übrigen in Brand und vernichtete auf diese Weise diese ganze türkische Flottenabtheilung, welche ein Drittheil der türkischen Marine ausmachte;

nur ein Dampfschiff entkam*). Die wiener Conferenz, aus den Gesandten England's, Frankreich's, Oestreich's und Preußen's bestehend, war zwar unablässig thätig, den Frieden zu vermitteln, auch die Pforte sehr geneigt, auf die Vorschläge der Conferenz einzugehen; aber Rußland wollte dem Vorschlag eines gemeinschaftlichen Protectorats der Großmächte über die Christen der Türkei nicht beistimmen, erklärte vielmehr, daß es keiner anderen Macht ein Einmischen in die Angelegenheiten der griechischen Kirche gestatten könne (Ende Dezember 1853), und verfuhr in den Fürstenthümern wie in Provinzen, die bereits zum russischen Reiche gehörten; am 11. Dez. 1853 wurde das walachische Militär der russischen Armee völlig einverleibt. Jetzt schritten auch die Westmächte entschiedener vor. Der eigentliche Vertrag zwischen England und Frankreich zur Unterstützung der Türkei gegen Rußland wurde jedoch erst am 10. April 1854 zu London abgeschlossen und ratificirt am 15. April. Am 3. Januar 1854 lief die vereinigte englisch-französische Flotte, die schon seit der türkischen Kriegserklärung bei Constantinopel ihren Stand genommen hatte, in das schwarze Meer ein. Am 4. Febr. 1854 verließen die russischen Gesandten Paris und London, am 3. März der englische und französische Gesandte Petersburg. Am 12. März kam durch einen Vertrag (dessen Ratificationen jedoch erst am 8. Mai ausgewechselt wurden) zwischen Frankreich und England einerseits und der Pforte andererseits ein förmliches Bündniß zum Schutze der Integrität des türkischen Reiches gegen Rußland zu Stande. Im ersten Artikel dieses Vertrages verpflichten sich die Westmächte, außer der bereits in den türkischen Gewässern befindlichen Seemacht, die Pforte auch noch durch eine entsprechende Landmacht zu unterstützen. Dagegen macht sich die Pforte im zweiten Artikel verbindlich, alle Propositionen Rußland's bezüglich eines zu schließenden Waffenstillstandes oder Friedens sogleich den Westmächten mitzutheilen und keinen Waffenstillstand oder wirklichen Frieden, auch keine Friedenspräliminarien ohne Zustimmung der Westmächte abzuschließen. Der dritte Artikel sagt, daß nach erreichtem Frieden die französischen und englischen Streitkräfte sogleich aus dem türkischen Reiche zurückgezogen werden sollen; der vierte sichert den verbündeten Armeen freie Bewegung auf türkischem Gebiet; der fünfte und letzte handelt von den Ratificationen. Die Reformen bezüglich der im türkischen Reiche lebenden Christen (von solchen hatten die Westmächte ihren Beistand zum Theil abhängig gemacht) wurden in den Vertrag selbst nicht aufgenommen; man hat darüber ein besonderes Protocoll unterzeichnet. Darauf erfolgte nun am 28. März 1854 die förmliche Kriegserklärung von Seiten Frankreich's und

*) Nach dem Bericht im Journal des débats bestand die türkische Flotte aus 7 Fregatten, 3 Korvetten, 2 Dampfern, die russische Flotte aus 3 Dreideckern, 3 Zweideckern, 2 Segelfregatten, 3 Dampfern. Nach dem Verlust bei Sinope zählte die türkische Marine noch 25 Schiffe.

England's an Rußland. Das engliſche Document ſtellt die Veranlaſſung zum Kriege ungefähr wie folgt dar. Die ängſtlichen und langwierigen Bemühungen, Europa den Frieden zu erhalten, ſeien leider ohne Erfolg geblieben; der Kaiſer von Rußland habe Bedingungen, welche die Regenten von Oeſtreich, Frankreich, Preußen und England für gerecht und billig erkannt, verworfen. Allerdings ſei für den Kaiſer von Rußland einige Urſache zur Beſchwerde gegen den Sultan vorgelegen wegen der von der Pforte ſanctionirten Erledigung der widerſtreitenden Rechtsanſprüche, welche von der griechiſchen und lateiniſchen Kirche auf einen Theil der h. Stätten in Jeruſalem erhoben worden waren, und die Mächte hätten deßhalb in Conſtantinopel eine Ausgleichung angebahnt, an welcher der Kaiſer von Rußland Nichts auszuſetzen hatte. Aber während Rußland vorgegeben, die Sendung des Fürſten Mentſchikoff betreffe bloß die Angelegenheit der h. Stätten, habe der Fürſt die Pforte mit ganz anderen, vor den Mächten geheim gehaltenen Forderungen gedrängt, welche nicht die Vorrechte der griechiſchen Kirche in Jeruſalem, ſondern die Stellung vieler Millionen türkiſcher Unterthanen zu ihrem Oberherrn, dem Sultan, beträfen und die nichts Geringeres beabſichtigten, als an die Stelle der Autorität des Sultans über dieſe Unterthanen die Autorität des ruſſiſchen Kaiſers zu ſetzen. Als nun die Pforte dieſe Forderungen aus ſelbſteigener Entſchließung zurückgewieſen, Fürſt Mentſchikoff aber erklärt habe, die ruſſiſche Regierung ſehe ſich jetzt in die Nothwendigkeit verſetzt, ſich durch eigene Macht die verlangten Garantien zu verſchaffen, ſeien der Kaiſer von Frankreich und die Königin von England übereingekommen, vorläufig ihre Flotte in die Nähe der Dardanellen zu ſenden, hätten ſich jedoch noch jeder Gewaltdemonſtration enthalten, ſo lange die Verhandlungen einen friedlichen Charakter behielten. Als aber Rußland in einer Note des Grafen Neſſelrode an Reſchid Paſcha vom 19. (31.) Mai, wiederholt in einer Depeſche an Baron Brunow vom 20. Mai (1. Juni), erklärt hätte, die an der ruſſiſch türkiſchen Grenze angeſammelten Truppen in die Donaufürſtenthümer einrücken und die Fürſtenthümer beſetzen zu laſſen, wenn die Pforte den Forderungen des ruſſiſchen Cabinets binnen einer Woche nicht entſpreche; ſo hätten England und Frankreich zu entſchiedeneren Maßregeln greifen müſſen. Es ſei unwahr, wenn Rußland behaupte, ſeine Beſetzung der Fürſtenthümer ſei erſt durch das Erſcheinen der Flotte der Weſtmächte vor den Dardanellen hervorgerufen worden; denn der Befehl an den engliſchen Admiral, ſich in die Nähe der Dardanellen zu begeben, ſei erſt vom 2. Juni datirt geweſen. Hätte Rußland nichts weiter beabſichtigt, als Bürgſchaft zu erlangen, daß die chriſtlichen Unterthanen der Pforte im Genuß ihrer Privilegien und Freiheiten blieben, ſo hätte es dieſe Sicherheit in den von der Pforte gemachten Anerbietungen hinreichend gefunden. Aber da jene Sicherheit nicht in Geſtalt einer beſonderen Separatſtipulation mit Rußland angeboten worden ſei, ſo habe Rußland das von dem Sultan zwei Mal gemachte und eben ſo oft von den vier Mächten empfohlene Anerbieten auch beide Male verworfen und

dadurch gezeigt, daß es ihm nicht eigentlich um das Wohl der christlichen Gemeinden in der Türkei, sondern um das Recht zur Einmischung in die gewöhnlichen Beziehungen türkischer Unterthanen zu ihrem Oberherrn zu thun sei. Da der Rath und die Vorstellungen der vier Mächte völlig wirkungslos geblieben seien und Rußland eine Politik eingeschlagen habe, die, wenn nicht in ihrem Laufe gehemmt, zur Vernichtung des türkischen Reiches führen müsse; so greife England zu den Waffen aus Rücksicht für einen Alliirten, dessen Reiches Integrität und Unabhängigkeit als wesentliche Bedingung des europäischen Friedens anerkannt sei. Schon am 11. März 1854 war eine ansehnliche englische Flotte (44 Schiffe mit 2200 Geschützen und 22,000 Mann) unter Admiral Napier von Spithead aus nach der Ostsee unter Segel gegangen. Erwartungsvoll blickte Europa auf diese, durch den Anschluß einer französischen Flottenabtheilung nur noch imposantere Streitmacht, die keinen anderen Zweck haben konnte, als Rußland an einer empfindlicheren Stelle, als in dem fernen Süden, in der Nähe seiner Hauptstadt selbst anzugreifen; aber es zeigte sich das Unerwartete, daß die Admiralitäten zu London und Paris mit den Verhältnissen der Befestigung und des Fahrwassers von Kronstadt nicht bekannt waren, daß man erst an Ort und Stelle lernen mußte, Kronstadt sei mit Kriegsschiffen nicht anzugreifen; und so hatte diese großartige Expedition, als sie im Spätherbst wieder nach Hause kehrte, keinen anderen Erfolg gehabt, als daß die russischen Häfen blokirt, die kleine Festung Bomarsund (16. Aug. 1854) zerstört, wahrscheinlich doch aber auch russische Heerabtheilungen, womit der Kaiser vielleicht die Armee im Süden verstärkt hätte, im Norden zurückgehalten worden waren. Auch im schwarzen Meere richteten die vereinigten englisch-französischen Flotten wenig aus, da sich die russische Flotte im Hafen von Sebastopol, der durch einige versenkte Kriegsschiffe gesperrt war, geborgen hielt und den Wällen Sebastopol's von der Seeseite Wenig anzuhaben war; empfindlichen Schaden erlitten diese vereinigten Flotten und die zahlreichen Transportschiffe auf dem schwarzen Meere durch einen außerordentlichen Sturm am 14. Nov. 1854.

Am 9. Apr. 1854 wurde von der wiener Conferenz (England, Frankreich, Oestreich und Preußen) nochmal ein Protocoll unterzeichnet, worin sich die vier Mächte zur Aufrechthaltung des territorialen Umfanges der Türkei, Herbeiführung der Räumung der Fürstenthümer von den Russen und einer Verbesserung der politischen und religiösen Zustände der Christen in der Türkei verbindlich machten. Dieses öfter genannte Protocoll vom 9. April 1854 (es findet sich in der augsb. allg. Zeitung vom 4. Mai 1854) sagt: Auf Ansuchen der Bevollmächtigten von Frankreich und Großbritannien sei die Conferenz zusammengetreten, um die Documente zu vernehmen, welche constatiren, daß, nachdem die an das petersburger Cabinet ergangene Einladung, die Fürstenthümer der Moldau und Walachei binnen einer gewissen Zeit zu räumen, unbeantwortet geblieben sei, der schon früher zwischen der Pforte und Rußland erklärte Kriegszustand

nun auch zwischen Rußland einerseits und Großbritannien und Frankreich andererseits eintrete. Diese Veränderung in der Haltung zweier bei der wiener Conferenz vertretenen Mächte schließe, nach der Ansicht der Repräsentanten von Oestreich und Preußen, die Nothwendigkeit in sich, eine neue Erklärung über die Einigkeit der vier Mächte auf der Basis der in den Protokollen vom 5. Dez. 1853 und 13. Jan. 1854 aufgestellten Grundsätze, abzugeben. In Folge dessen erklärten die Unterzeichneten in diesem feierlichen Augenblicke, daß ihre Regierungen geeinigt bleiben in dem doppelten Zweck, die Territorialunabhängigkeit der Türkei aufrecht zu erhalten, als für welche die factische Räumung der Donaufürstenthümer eine der wesentlichsten Bedingungen sei und bleiben werde, und zweitens, zugleich dem Interesse und den Gesinnungen des Sultans gemäß, durch jedes mit seiner Unabhängigkeit und Souveränetät vereinbare Mittel die bürgerlichen und religiösen Rechte der christlichen Unterthanen der Pforte zu sichern. Die Territorialunabhängigkeit des osmanischen Reiches bleibe die sine qua non Bedingung jeder Verhandlung, welche die Wiederherstellung des Friedens unter den kriegführenden Theilen zum Ziele habe ꝛc. Unterzeichnet von Buol-Schauenstein, Bourqueney, Westmoreland, Arnim. — Am 20. April 1854 schloßen Oestreich und Preußen ein Schutz- und Trutzbündniß, dessen Bestimmungen sich in folgende drei Hauptpuncte zusammenfassen lassen. 1) Oestreich und Preußen garantiren sich gegenseitig ihren deutschen und außerdeutschen Länderbesitz; jede Verletzung des Gebietes des anderen Theiles wird einem Angriff auf eigenes Gebiet gleich geachtet. 2) Oestreich und Preußen verpflichten sich zu gegenseitiger, nöthigenfalls aggressiver Unterstützung, sobald der eine oder andere Theil deutsche Interessen gefährdet glaubt. Bestimmte Fälle, wo diese Unterstützung erfolgen muß, sind in einer besonderen Vereinbarung aufgezählt. Sämmtliche deutsche Bundesgenossen werden aufgefordert, diesem die deutschen Interessen wahrenden Vertrage beizutreten. Dem Vertrag war eine Militärconvention angeschlossen, nach welcher sich Oestreich, außer den bereits zusammengezogenen 150,000 Mann, zu einer weiteren Aufstellung von 100,000 Mann, so wie es nöthig werden sollte, verpflichtet, Preußen aber zu einer Aufstellung von 100,000 Mann binnen 36 Tagen, nachdem es verlangt worden ist, denen nöthigenfalls noch weitere 100,000 Mann beigefügt werden sollen. Der Zweck der Unterstützung, welche sich die beiden Mächte auf diese Weise gewähren, soll aber bloß die Zurückweisung eines Angriffes sein. Am 12. Juni 1854 hatte der König von Preußen eine Zusammenkunft mit dem Kaiser von Oestreich in Teschen; doch kam, trotz dieser anscheinenden Einigkeit des östreichischen und preußischen Cabinets, keine so feste Verbindung zwischen den beiden Regierungen zu Stande, daß Deutschland auf ein gemeinsames Vorgehen der beiden deutschen Großmächte hätte rechnen dürfen. Oestreich freilich war bei der Lösung der türkischen Frage weit näher betheiligt, als Preußen, ja wohl auch näher als Frankreich

und England; es war zur Einsicht gekommen, daß es einen großen Fehler gemacht hatte, indem es bisher, zwar mit innerer Unzufriedenheit, aber ohne energische Protestation, zugesehen, wie Rußland nicht blos bis an das schwarze Meer, sondern auch westwärts bis an die Donau vorrückte und zuletzt die Hauptmündung des Donaustroms, welcher einen der wesentlichsten Lebensnerven der östreichischen Monarchie bildet, völlig in Besitz nahm. Der Moment war da, welcher eine Gelegenheit bot, das Versäumte wieder gut zu machen; Oestreich begriff diese seine Aufgabe; sie war nur durch ein näheres Anschließen an die Westmächte zu erreichen. Preußen dagegen war vermöge seiner Lage an der Ostsee am wenigsten bei diesen orientalischen Verwickelungen interessirt; die Frage mochte sich so oder anders entscheiden, so konnte es wenig Vortheil daraus hoffen; auch war sein Königshaus durch Verwandtschaft mit dem russischen Hofe nahe verbunden: es zeigte daher wenig Neigung, sich an ernsteren Schritten gegen Rußland zu betheiligen. Eine Einigung der beiden Großmächte auf einem deutschen Standpunkt konnte, nach der alten Rivalität zwischen Preußen und Oestreich, kaum erwartet werden. Das deutsche Interesse aber hätte ein entschiedenes Vorgehen zur Gewinnung oder wenigstens völligen Befreiung der Donaumündungen verlangt, da die Donau der einzige deutsche Strom ist, der nach Süden mündet, und die Mission Deutschland's vor Allem nach dem Osten bestimmt scheint. Nach Westen hin hat England, nach Süden Frankreich seine Macht bereits zur Geltung gebracht; darum wird Deutschland, an der Grenze des Orients, mit gutem Rechte seine Augen auf die Levante richten, um dorthin seiner Industrie und seiner übergroßen Bevölkerung Wege zu eröffnen; Kleinasien mit seinem fruchtbaren, menschenleeren Boden würde für die deutsche Auswanderung ein sehr nutzbringendes Ziel sein. Oestreich schloß am 14. Juni 1854 einen Vertrag mit der Pforte, in welchem es sich verpflichtete, alle Mittel zur Räumung der Donaufürstenthümer von der russischen Armee, im Nothfall selbst Gewalt der Waffen anzuwenden (Art. 1.); die Leitung dieser Operation solle jedoch bloß dem östreichischen Generalissimus, unter Benachrichtigung des türkischen, zustehen (Art. 2.); die gesetzliche Ordnung in den Fürstenthümern unter Aufrechthaltung der Privilegien solle wiederhergestellt werden (Art. 3); der östreichische Hof verpflichtet sich, mit dem russischen keinerlei Vergleichungsplan einzugehen, der nicht die Integrität des türkischen Reiches zum Ausgangspunkt hätte (Art. 4.), und seine Truppen schleunigst zurückzuziehen, sowie der Zweck erreicht sei. Nun erließ Oestreich noch eine sogenannte Sommation an Rußland, die von Preußen unterstützt wurde. Dieser Sommation, welche als Hauptpunkt die sofortige und vollständige Räumung der Fürstenthümer verlangte, wurde vom wiener Cabinet das Protocoll der wiener Conferenz vom 9. April 1854 beigelegt. Am $\frac{1}{2}\frac{1}{9}$. Juni 1854 antwortete das russische Cabinet in einer Note des Grafen Nesselrode an den Fürsten Gortschakoff, russischen Gesandten in Wien. Rußland erklärt in dieser Note, Oestreich

bezeichne mit Unrecht die russische Besetzung der Donaufürstenthümer als Hauptursache des Krieges, möchte wohl auch nicht verbürgen können, daß der Krieg aufhören werde, wenn Rußland die Fürstenthümer räume. Die Benachtheiligung der östreichischen und deutschen Handelsinteressen, von welcher Oestreich spreche, werde durch die Seeoperationen der Westmächte in weit höherem Grade herbeigeführt, als durch das Verhalten Rußland's. Die östreichische Regierung möge sich daher vor Allem über die Sicherheitsbürgschaften erklären, die sie dem russischen Cabinet geben könne, dann wäre Rußland geneigt, um den Interessen Deutschland's entgegenzukommen, über eine Bestimmung des Zeitpunktes der Räumung in Unterhandlung zu treten. Der Kaiser von Rußland wolle noch immer den Frieden; er wolle sich weder bleibend in den Donaufürstenthümern befestigen, noch sie seinen Staaten einverleiben; am wenigsten denke er daran, das ottomanische Reich zu stürzen, unterschreibe vielmehr die im Protocoll vom 9. April 1854 niedergelegten drei Principien, nämlich die Integrität der Türkei, wenn sie von den Westmächten, die jetzt die türkischen Gewässer inne hätten, gleichfalls respectirt werde, Räumung der Fürstenthümer, wenn die nothwendigen Sicherheiten gegeben würden, Befestigung der Rechte der Christen in der Türkei, wobei jedoch die alten Vorrechte der griechischen Confession aufrecht erhalten werden müßten. Das russische Cabinet glaube, daß man jetzt, nachdem es diese Grundlagen eingegangen, zum Frieden gelangen oder doch wenigstens Waffenstillstand schließen und Friedensunterhandlungen anbahnen könne.

Diese Note wurde vom östreichischen (22. Juli 1854) und preußischen (24. Juli 1854) Cabinet den Regierungen von Frankreich und England mitgetheilt und zugleich die Anfrage gestellt, in wie weit die Westmächte diese Antwort für geeignet zu weiteren Verhandlungen hielten. Preußen knüpfte hieran noch den Wunsch, die westlichen Cabinete möchten sich über die Bedingungen äußern, von denen sie den Frieden abhängig machten. Die Antwort der Westmächte erfolgte in einer Note des französischen Ministers des Aeußern Drouyn de l'Huys an den Baron v. Bourqueney, französischen Gesandten in Wien, unterm 22. Juli 1854, und zwar schon bevor der Minister die Mittheilungen der Cabinete von Wien und Berlin erhalten hatte, in Folge einer telegraphischen Depesche des französischen Gesandten in Wien, worin der Inhalt obiger russischen Note mitgetheilt worden war. Der Minister sagt, er brauche die Mittheilung der angekündigten Noten für seine Antwort nicht zu erwarten; er habe schon seit mehreren Tagen das Dokument in Händen, das der General Issakoff auch allen Regierungen mitgetheilt habe, die sich bei der bamberger Conferenz betheiligt hätten. Im Eingang verwahrt er sich vor dem Vorwurf Rußland's, daß die Westmächte die Veranlassung zum Kriege gegeben hätten; Rußland allein habe die Krise hervorgerufen; Frankreich und England hätten vergeblich ein ganzes Jahr hindurch Warnungen in allen Formen an das petersburger Cabinet ergehen

lassen. Der in der russischen Note erklärte Beitritt zu den Bestimmungen des Protocolls vom 9. April sei nur scheinbar. Vom Uebergang der Russen über den Pruth stamme die störende Krise der Weltruhe, die Occupation der Fürstenthümer sei eine schneidende Verletzung des europäischen Rechts: in der Note werde aber über den Zeitpunct der Räumung der Fürstenthümer nichts Bestimmtes festgesetzt. Die Aufrechthaltung der Integrität des türkischen Reiches werde an die Bedingung eines Verlassens der türkischen Gewässer von Seiten der vereinigten Flotten geknüpft; die Westmächte aber seien nicht der angreifende Theil, wie Rußland, ihre Flotten vielmehr von der Pforte zum Schutze des türkischen Reiches herbeigerufen worden. Der Paragraph, welcher die Stellung der christlichen Unterthanen im türkischen Reiche betreffe, bedeute, wenn sich der Minister nicht sehr täusche, daß das petersburger Cabinet unter die alten Vorrechte, welche die Griechen des orientalischen Ritus behalten sollen, alle sowohl bürgerlichen als religiösen Consequenzen des Protectorats rechne, das der Kaiser von Rußland über die griechischen Christen in der Türkei in Anspruch genommen. Wenn nun gewünscht werde, daß sich die westlichen Cabinete über die Bedingungen aussprächen, an welche sie den Frieden knüpften, so hingen diese im Einzelnen von zu mancherlei Eventualitäten ab, als daß man sie so genau bestimmen könnte; im Allgemeinen aber möchten sich die wesentlichsten Forderungen in folgende **vier Puncte** zusammenfassen lassen. 1) Das von Rußland über die Donaufürstenthümer geführte Protectorat muß aufhören und die Vertretung der Rechte der dortigen Bevölkerung gegen die Pforte, nämlich die Aufrechthaltung der ertheilten Privilegien, unter die Collectivbürgschaft der Großmächte gestellt werden. 2) Die Donauschifffahrt muß bis an die Mündung von allen Hindernissen befreit und auf den Donaustrom sollen in Zukunft die nämlichen Bestimmungen angewandt werden, welche in der wiener Congreßacte bezüglich der Beschiffung der Ströme ausgesprochen sind. 3) Der Vertrag der Mächte mit der Pforte vom 13. Juli 1841, das Einlaufen fremder Kriegsschiffe in die Dardanellen betreffend, soll von den contrahirenddn Theilen im Interesse des europäischen Gleichgewichts und im Sinn einer Beschränkung der russischen Macht im schwarzen Meere revidirt werden. 4) Keine Macht soll das Recht haben, ein officielles Protectorat über die Unterthanen der Pforte auszuüben, zu welchem Bekenntniß sie auch gehören, vielmehr mögen sich die Großmächte gegenseitig Beistand leisten, um von der ottomannischen Regierung die Bestätigung und Beobachtung der religiösen Privilegien der verschiedenen christlichen Genossenschaften zu erlangen und im wechselseitigen Interesse ihrer Glaubensgenossen die von dem Sultan kundgegebenen hochherzigen Absichten nutzbringend zu machen, ohne daß für die Würde und Unabhängigkeit der Pforte irgend eine Beeinträchtigung daraus entstehe.

Der englische Minister des Aeußern, Lord Clarendon gab unter demselben Datum (22. Juli 1854) in einer Note eine mit Obigem völlig

übereinstimmende Erklärung der Forderungen der Westmächte. „Die Garantien, welche man fordere," sagte er, „seien durch die Gefahren hervorgerufen, denen man begegnen wolle. Rußland habe das durch Vertrag erworbene Recht, die Beziehungen der Moldau und Walachei zu der Pforte zu überwachen, dazu benützt, in diese Provinzen einzurücken, als wären sie ein Theil seines eigenen Ländergebietes. Durch seine bevorrechtigte Grenze am schwarzen Meer sei Rußland in den Stand gesetzt worden, in genanntem Meere eine Seemacht zu errichten, die, bei dem Mangel jeder das Gegengewicht haltenden Streitkraft, eine stehende Drohung gegen das osmanische Reich bilde. Der unbeschränkte Besitz der Hauptdonaumündung durch Rußland habe der Schifffahrt auf diesem großen Strome Schwierigkeiten geschaffen, welche den allgemeinen Handel Europa's ernstlich berühren. Endlich seien die Bestimmungen des Vertrags von Kudschuk-Kainardschi über den Schutz der christlichen Unterthanen durch eine ungerechte Auslegung die Hauptveranlassung des gegenwärtigen Kampfes geworden." Dagegen äußerte sich der russische Minister Graf Nesselrode in einer Depesche vom $\frac{14}{26}$. August an den russischen Gesandten Gortschakoff in Wien über die verlangten Garantien dahin, daß diese Bedingungen, wenn sie bleiben sollten, wie sie jetzt vorgelegt sind, Rußland als bereits geschwächt durch die Erschöpfung eines langen Krieges voraussetzen, was keineswegs der Fall sei, daß sie auch, sollte Rußland je durch die Gewalt vorübergehender Umstände gezwungen werden, sich ihnen zu unterwerfen, keinen dauerhaften Frieden sicherten, vielmehr nur einen Frieden, welcher endlosen Verwicklungen ausgesetzt sein würde. Der Kaiser sei zwar den im wiener Protocoll ausgesprochenen Grundsätzen beigetreten, nicht aber indem er ihnen einen Sinn beilegte, wie er hier beansprucht werde.

Die Russen hatten unterdessen gegen die Türken im Felde gar keine Vortheile erringen können. Am 6. Jan. 1854 nahmen die Türken die befestigte russische Stellung bei Cetate; die Russen dagegen bemühten sich mit 100,000 Mann vergeblich, die Festung Silistria zu erobern, und hoben die Belagerung am 16. Juni 1854 auf. Um keine sofortige Kriegserklärung Oestreich's zu veranlassen, hielt es Rußland für räthlich, die Fürstenthümer zu räumen. Der Rückzug der Russen unter General Gortschakoff begann Ende Juli 1854; am 1. Aug. verließen sie Bukarescht, am 7. Sept. Jassy und zogen sich hinter den Pruth zurück; am 16. Sept. 1854 war die Moldau von den Russen vollständig geräumt. Die Türken unter Omer Pascha besetzten Bukarescht am 8. August, überließen aber die Behauptung der Fürstenthümer schon nach wenigen Wochen der unter General Coronini eingerückten östreichischen Armee, welcher der Feldzeugmeister v. Heß als Obercommandant folgte. Am 20. Sept. begannen die Türken, im Ganzen 40 bis 50,000 Mann, ihren Rückmarsch aus den Fürstenthümern nach der Meeresküste, um die Russen jenseit des Pruth, in Bessarabien, anzugreifen; Jassy wurde am 2. Oct. von den Oestreichern besetzt. Die Alliirten hatten eine

ansehnliche Truppenmasse bei Varna gesammelt, die aber hier zwei Monate (Juli und August) völlig unthätig lag, und noch ehe sie in einen Kampf gekommen, von der Cholera und dem Typhus gelichtet wurde. Bis zum Abgang der Expedition nach der Krimm hatten diese Seuchen über 14,000 Franzosen hingerafft. Nach dem Journal de Constantinopel vom 4. Sept. 1854 bestanden die zur Expedition nach der Krimm bestimmten Truppen aus 35,000 Franzosen (unter St. Arnaud), 20,000 Engländern (unter Lord Raglan), 10,000 Türken. Etwas abweichend von dieser Angabe erklärt die dem Prinzen Napoleon zugeschriebene Broschüre, daß der Appell bei der Landung in Eupatoria am 15. Sept. 1854 im Ganzen 62,000 Mann ergeben habe, nämlich 28,000 Franzosen, 26,000 Engländer und 8000 Türken. Die gemeinschaftliche Flotte hatte eine Bemannung von 25,000 Mann mit 3000 Kanonen. Schon den ganzen Monat August 1854 wurde Vorbereitung zur Einschiffung getroffen; der Abgang der Haupttruppenmassen erfolgte vom 2. bis 4. Sept.; erst jetzt wurde der Armee eröffnet, daß ihre Bestimmung nach Sebastopol gehe. Nach einer glücklichen Fahrt landete die Expedition am 14. September 1854 an der Küste der Krimm bei Eupatoria. Der Landung wurde von russischer Seite kein Widerstand entgegengesetzt; die russischen Corps zogen sich überall zurück, nahmen aber eine sehr vortheilhafte Stellung jenseit des Flusses Alma beim Dorfe Alma ein, wo es am 20. Sept. 1854 zum ersten Zusammenstoß kam. Die Russen unter Mentschikoff, 35,000 Mann stark, hielten die steilen Höhen des fast ausgetrockneten Flusses besetzt, wo sie sich mit 64 Feldgeschützen stark verschanzt hatten. Nach vierstündigem Kampfe wurden die Schanzen genommen und die Russen zogen sich auf Sebastopol zurück; sie sollen 6000, die Alliirten 3000 Todte auf dem Platz gelassen haben. Die türkische Division betheiligte sich nicht bei diesem Kampfe; sie hatte Befehl, während der Action die Gärten und Gebüsche des Flußthales besetzt zu halten. Der französische Obercommandant St. Arnaud starb am 29. Sept. 1854, nachdem er am 28. Sept. den Oberbefehl über die französischen Truppen dem General Canrobert übergeben hatte, der für diesen Fall die kaiserliche Ernennung schon selbst in der Tasche mit sich trug. Die alliirten Truppen marschirten nun geraden Wegs gegen Sebastopol, befestigten die auf dem Wege dahin, 1¾ deutsche Meilen von Sebastopol, gelegene kleine Hafenstadt Balaklawa, nahmen am 26. und 27. Sept. Stellung auf der Südseite von Sebastopol, von Balaklawa bis zum Kap Chersones, die Nordseite aber blieb den Russen offen. Die Laufgräben wurden am 10. Okt. 1854 eröffnet, das Bombardement von der Land- und Seeseite begann am 17. Oktober. Es zeigte sich jetzt, daß man, wie die Expedition gegen Kronstadt, so auch diese gegen Sebastopol ohne alle Kenntniß der Schwierigkeiten der Aufgabe, welche man sich vorgesteckt, unternommen hatte. Die Alliirten glaubten, nur anrücken zu dürfen und die Festung alsobald zu nehmen; die ersten Berichte ihrer Generale sprachen diese Ueberzeugung mit großer Zuversicht

aus, und ganz Europa erwartete daher ſchon in den erſten Tagen der Belagerung Sebaſtopol's Fall; in Paris wurden ſchon die Kanonen für die Salven bereit gehalten, welche das wichtige Ereigniß der Stadt verkündigen ſollten. Allein nach und nach überzeugte man ſich immer mehr, daß man es mit einer wohl conſtruirten Feſtung erſten Ranges zu thun habe, und zog eine regelmäßige Belagerung dem zweifelhaften Erfolg eines Sturmes vor, der ſehr viel Blut gekoſtet hätte. Die Ruſſen ihrerſeits machten häufige Ausfälle, ſchlugen ſich tapfer, erhielten anſehnliche Verſtärkungen und errichteten fortwährend neue Befeſtigungen, deren Baue die Belagerer kein Hinderniß entgegen zu ſetzen wußten. Am 25. Okt. 1854 griff das Corps des ruſſiſchen Generals Liprandi, 20,000 Mann ſtark, die türkiſchen Redouten bei Balaklawa an, die Türken wichen, engliſche Truppen, ſpäter auch eine franzöſiſche Diviſion, kamen zu Hülfe und trieben die Ruſſen zurück, wobei jedoch eine Abtheilung der engliſchen Cavalerie durch eine mißverſtandene Weiſung zum Vorrücken unter dem Feuer der ruſſiſchen Artillerie außerordentlich litt. Schon am folgenden Tage (26. Okt. 1854) wiederholten die Ruſſen von Balaklawa und Sebaſtopol her den Angriff auf die Verſchanzungen der Alliirten, wurden aber mit einem Verluſt von ungefähr 1000 Todten zurückgeſchlagen. Nachdem ſie am 4. Nov. 30,000 Mann Verſtärkung erhalten hatten, griffen ſie bei den Ruinen von Inkerman am 5. Nov. 1854 unter Anführung des Generals Dannenberg und in Anweſenheit der Großfürſten Michael und Nikolaus die engliſchen Linien, von einem dichten Nebel begünſtigt, Morgens 5 Uhr mit 40,000 Mann an. Der engliſche General Cathcart konnte ihnen für den Augenblick nur 8000 Mann gegenüber ſtellen; nach zwei Stunden kamen ihm 3000 Franzoſen zu Hülfe; die engliſchen Schanzen wurden dreimal von den Ruſſen genommen und dreimal von den Alliirten wieder erobert. Als Nachmittags die franzöſiſche Brigade Monet eintraf, mußten die Ruſſen weichen. Sie hatten während des Kampfes, um die Franzoſen zu hindern, den Engländern zu Hülfe zu kommen, mit 8000 Mann der Garniſon von Sebaſtopol, aus dem Quarantänefort einen Angriff auf die franzöſiſchen Verſchanzungen gemacht, der aber bald zurückgeworfen war. Der Verluſt der Ruſſen in dieſer Schlacht bei Inkerman wird auf 8000, jener der Alliirten auf 3000 Mann an Todten und Verwundeten angegeben. Dies war im Jahr 1854 die letzte Waffenthat von Bedeutung. Den ganzen Winter über erfolgte nur hie und da einmal ein Ausfall kleiner ruſſiſcher Abtheilungen, meiſt bei Nacht, um die Alliirten zu beunruhigen. Die Flotte der Alliirten erlitt durch einen furchtbaren Sturm, der vom 13. auf den 14. November 1854 auf dem ſchwarzen Meere wüthete, große Verluſte. Unſäglich waren die Leiden, welche die Armeen den langen Winter über in Folge der Kälte, des Schnee's, der Näſſe und anſteckender Krankheiten, namentlich des Typhus, Skorbuts und der Cholera zu erdulden hatten. Vom ruſſiſchen Heere iſt in dieſer Beziehung Wenig bekannt geworden, obgleich die Leiden und Entbehrungen

derjenigen Truppen, welche außerhalb Sebastopol's campiren mußten, gewiß nicht geringer waren, als jene der Alliirten; öffentliche Blätter geben den Verlust, welchen die Russen im Lager und Spital bis Anfang Februar 1855 erlitten, auf 35,000 Mann an. Auch aus dem französischen Lager hat man Wenig vernommen; nur so Viel wurde durch englische Blätter bekannt, daß dort die Verpflegung und überhaupt die ganze Einrichtung weit besser war, als bei den Engländern. Bei Letzteren fehlte es auch an dem Nothdürftigsten; es zeigte sich eine gänzliche Unfähigkeit der höheren Officiere in der Verpflegung einer Armee. Der beständige, mit Schnee vermischte Regen hatte den Boden um die Festung in tiefen Koth aufgelöst, die Zelte boten kein hinreichendes Obdach mehr, an Nahrung war Mangel, an Holz gebrach es fast gänzlich, die Kleidung der Soldaten zerfiel in Lumpen, viele mußten baarfuß die Wachen beziehen. Der Soldat wurde bei Tag und Nacht nicht mehr trocken; in Folge dieser beständigen Nässe entstand eine ganz eigenthümliche Krankheit, Hände und Füße fingen an zu faulen, der Brand kam dazu und der Kranke starb ohne Rettung; auch Amputation des ergriffenen Gliedes schützte nicht vor dem Tode. Wiewohl Frankreich und England den Winter über zahlreiche Verstärkungen nachsandten, so hielt man es doch nicht für rathsam, einen Sturm auf die Festung zu unternehmen. Die neu angekommenen Truppen unterlagen den Krankheiten noch schneller, als die älteren. Im Monat Januar 1855 sind von den Engländern 6500 Mann dienstunfähig geworden. Am Anfang Februars bestand die Armee der Alliirten vor Sebastopol aus 110 bis 115,000 Mann, worunter 21,000 kampffähige Engländer waren. Die dem Prinzen Bonaparte zugeschriebene Denkschrift über die Expedition in der Krimm gibt den gemeinsamen Verlust, welchen die Alliirten durch das feindliche Feuer, durch Krankheiten und Kälte in der Krimm bis Anfang Februars 1855 erlitten, auf 45,000 Todte und 30,000 Kampfunfähige an. In England riefen die Leiden der Armee, die großentheils in der schlechten Verpflegung ihren Grund fanden, die größte Entrüstung hervor. Das englische Parlament stellte auf den Antrag Röbuck's am Ende Februars 1855 eine Commission auf, um eine Untersuchung über die schlechte Verpflegung der englischen Truppen in der Krimm einzuleiten; sie hielt am 26. Februar ihre erste Sitzung. Der Premierminister Lord Aberdeen trat am 8. Febr. 1855 von seinem Posten ab und Lord Palmerston an seine Stelle. Napier's Commando über die Ostseeflotte erhielt der Contre-Admiral Dundas. Das neue englische Ministerium verlangte für die Armee, die, ohne die indischen Truppen, auf 193,595 Mann gebracht werden sollte, für das laufende Jahr 1855 einen Credit von 24,437,496 Pf. Im Jahr 1854 auf 55 hatten die Engländer 27,153,931 Pfund für den Krieg ausgegeben; für das Jahr 1855 auf 56 waren die Ausgaben auf 37,427,003 Pfund veranschlagt. Die pecuniären Opfer, welche Frankreich dem Kriege bisher gebracht, sind nicht bekannt geworden; doch mag man auf ihre Höhe schließen, wenn man weiß, daß

den Capitänen der gemietheten Kauffahrteischiffe für den Transport eines Pferdes von Marseille nach Constantinopel 325, nach Kamiesch 375 Franken bezahlt werden mußten. Wie in England Werbungen, so fanden in Frankreich am Anfang des Jahres 1855 bedeutende Truppenaushebungen Statt; Frankreich und England errichteten Fremdenlegionen, aber die beschämenden Aeußerungen über fremde Soldtruppen, welche im englischen Parlament fielen, waren den Werbungen sehr hinderlich, in den nordamerikanischen Freistaaten wurden die englischen Werbungen so wenig wie in Deutschland geduldet. Am 26. Jan. 1855 schloß sich auch Sardinien dem Bündniß der Westmächte an und verpflichtete sich, sogleich 15,000 Mann in die Krimm zu schicken. Europa war über diesen Schritt des kleinen Landes erstaunt; denn Sardinien war bei dem Kriege nicht näher betheiligt, als irgend ein anderer neutraler Staat, und schien durchaus nicht Ursache zu haben, seine durch den letzten östreichischen Krieg ohnehin sehr vermehrte Schuldenlast ohne gebieterische Nothwendigkeit um ein Ansehnliches zu erhöhen. Im Allgemeinen sah man in diesem Schritte des turiner Cabinets die Absicht, dem italienischen Nationalgefühl zu schmeicheln; allein die Ursache liegt doch wohl tiefer. Wie es scheint, fürchtete die sardinische Regierung eine große Krise, eine Umgestaltung der Karte Europa's, und sie hielt es bei der Einigung der alten Gegner Frankreich und Oestreich, die das Land von zwei Seiten einschlossen, gerathener, sich bei Zeiten unter die befreundeten Theilnehmer zu stellen, damit man bei einem künftigen Frieden um so weniger seine Augen auf Savoyen richten könne, wenn es sich um eine Entschädigung Frankreichs handle. Die russische Regierung unterließ nicht, über diesen unprovocirten Anschluß Sardinien's an Rußland's Feinde, welchem nicht einmal eine Kriegserklärung vorausgegangen war, ihr Erstaunen kund zu geben, worauf sodann am 4. März 1855 ein Manifest des sardinischen Ministeriums mit der Kriegserklärung erfolgte. Als Grund der Theilnahme an dem Kriege wird in diesem Manifest die beständige Vergrößerung Rußlands im Orient und der von der russischen Politik seit Katharina beharrlich verfolgte Plan, in den Besitz der türkischen Hauptstadt zu gelangen, angegeben. Von Seiten Rußland's wurden am Anfang des Jahres 1855 großartige Anstalten gemacht, um den Kriegsereignissen im beginnenden Frühjahr gewachsen zu sein. Ein kaiserlicher Ukas vom 29. Jan. alten Styls (10. Febr.) befahl eine allgemeine Bewaffnung des russischen Volkes. Auch der deutsche Bund begann zu rüsten. Die deutsche Bundesversammlung beschloß am 8. Februar mit 14 Stimmen beschleunigte Kriegsbereitschaft der Bundescontingente.

Die Unterhandlungen der Westmächte mit Rußland waren durch die Vermittlung Oestreich's, auch während die Armeen sich bei Sebastopol gegenüberstanden, nicht ganz unterbrochen worden. Oestreich selbst schloß mit Frankreich und England am 2. Dez. 1854 einen Allianzvertrag, worin es sich jedoch vorläufig nur (Art. 2.) verbindlich macht,

ein Eintreten russischer Truppen in die Fürstenthümer mit Gewalt der Waffen zu verhindern, und weitere Schritte, d. h. die förmliche Kriegserklärung an Rußland in Aussicht stellt (Art. 5.). Preußen dagegen vermied jede weitere Entfernung von den russischen Interessen. Es sandte am Ende Dezembers 1854 v. Usedom als außerordentlichen Gesandten nach London, im Februar 1855 v. Wedell nach Paris; beide aber kehrten, ohne die gewünschten Erfolge zu erreichen, Ende März nach Hause. Am 28. Dez. 1854 übergaben die Bevollmächtigten von Oestreich, Frankreich und England in Wien dem dortigen russischen Gesandten, Fürsten Gortschakoff, eine Erläuterung, wie ihre Cabinete die oben angeführten **vier Puncte** verstünden. Der erste Artikel wurde näher dahin bestimmt, daß alle Puncte früherer russischer Friedensschlüsse und Verträge mit der Türkei, welche die Donaufürstenthümer betreffen und Rußland ein ausschließliches Protectorat über dieselben einräumten, außer Kraft gesetzt werden. Die im zweiten Artikel verlangte Freiheit der Donauschifffahrt wurde dahin erläutert, daß der untere Lauf der Donau von dem Puncte an, wo er den beiden Uferstaaten gemeinschaftlich wird, der kraft des dritten Artikels des Friedens von Adrianopel bestehenden Territorial-Hoheit entzogen und die Donauschifffahrt unter die Aufsicht einer Syndicalbehörde gestellt werde. Bezüglich des dritten Punctes, welcher die Einfahrt fremder Kriegsschiffe in die Dardanellen und die Revision des hierüber unter dem 13. Juli 1841 von den Mächten abgeschlossenen Vertrags betrifft, wurde bemerkt, daß die in dieser Hinsicht zu ergreifenden Anordnungen zu unmittelbar von den Kriegsereignissen abhingen, als daß man schon jetzt die Grundlagen derselben feststellen könnte. Der vierte Punct, das beanspruchte ausschließliche Protectorat Rußland's über die griechischen Christen in der Türkei betreffend, wurde dahin erläutert, daß Rußland, indem es diese Ansprüche aufgebe, auch zugleich darauf verzichte, irgend einen der Artikel seiner früheren Verträge, durch welchen ein solches Protectorat angestrebt wird, namentlich des Vertrages von Kutschuk-Kainardschi, dessen irrige Auslegung die Hauptursache des gegenwärtigen Krieges gewesen sei, wieder aufleben zu lassen. Am 7. Jan. 1855 erklärte der russische Gesandte in Wien, Fürst Gortschakoff, daß sein Kaiser die unter dem 28. Dez. 1854 gegebene Erläuterung der vier Puncte von Seiten der drei Mächte England, Frankreich und Oestreich unbedingt anerkenne und daher von russischer Seite der Eröffnung von Friedensconferenzen Nichts im Wege stehe. So bestimmt diese Erklärung auch lautete, so mochten die Westmächte doch mit Grund vermuthen, Rußland werde bei den Conferenzen eine Auslegung im Hinterhalt haben, die einem Zustandekommen des Friedens im Sinne der westlichen Cabinete hinderlich sei, und mit seinen vorläufigen Zugeständnissen nur beabsichtigen, Oestreich und Preußen ferner neutral zu erhalten. Sie thaten also vorläufig keine Schritte, um die beabsichtigten Conferenzen wirklich zu eröffnen, wahrscheinlich in der Hoffnung, die alliirte Armee werde vor Sebastopol gegen das Frühjahr hin so ent-

scheidende Vortheile erringen, daß Rußland zu einem ernstlichen Nachgeben bestimmt werden müßte.

Unterdessen trat ein Ereigniß ein, welches den sinkenden Friedenshoffnungen wieder einige Aussicht gab; Kaiser Nikolaus starb am 2. März 1855, im 59. Lebensjahre. Sein Sohn und Nachfolger Alexander (geb. 29. April 1818) schien dem Frieden leichter ein mäßiges Opfer bringen zu können, da er den Krieg nicht begonnen hatte. Die Circulardepesche, welche Graf Nesselrode nach dem Tode des Kaisers an die russischen Gesandtschaften im Ausland erließ, lautete auch in der That sehr friedlich; aber schon gegen das Ende des Monats März wurde die Welt durch den Aufruf der heiligen dirigirenden Synode in Petersburg an die orthodoxe Kirche, worin der heilige Krieg gepredigt, alle Rechtgläubigen unter die Waffen gerufen und zu den möglichsten Opfern aufgefordert werden, eines Anderen belehrt. Nach einer Bestimmung, die wahrscheinlich noch von Kaiser Nikolaus herrührte, mußte Fürst Mentschikoff unter dem 4. März, angeblich aus Krankheitsrücksichten, sein Commando in Sebastopol an den Fürsten Gortschakoff abtreten, der am 20. März in Sebastopol eintraf; Gortschakoff's Commando in Bessarabien wurde dem General Lüders übertragen.

Die Friedensconferenzen nahmen endlich am 15. März 1855 in Wien ihren Anfang. Theilnehmer waren von Seiten England's der zu diesem Zweck eigens nach Wien gesandte Lord John Russel und der englische Gesandte in Wien, Graf Westmoreland. Von Seiten Frankreich's der französische Gesandte in Wien Baron von Bourqueney. Am 9. April, in der neunten Sitzung, erschien der französische Minister des Auswärtigen Drouyn de l'Huys selbst, nachdem er zuvor (30. März) in London mit den englischen Ministern eine dreistündige Conferenz abgehalten hatte. Von Seiten Oestreich's der Minister des Auswärtigen Graf Buol-Schauenstein und der Bundespräsidialgesandte Baron von Prokesch-Osten. Von Seiten der Türkei der Gesandte in Wien Arif Effendi und der besondere Abgesandte Riza Bey. Von der neunten Sitzung an (9. April) nahm auch der türkische Minister des Auswärtigen Ali Pascha an den Verhandlungen Theil, der Tags zuvor in Wien eingetroffen war. Von Seiten Rußland's der russische Gesandte in Wien Fürst Gortschakoff, der Geheimerath Graf Potocki und der Geheimerath von Titoff, russischer Gesandter in Stuttgart. Anfangs hatten die Conferenzen den besten Fortgang; der erste und zweite der vier Puncte wurde (wie der englische Minister Lord Clarendon in der Sitzung des Oberhauses vom 24. Apr. erklärte) von Rußland vollständig im Sinne der Westmächte angenommen. Als man zum dritten Punkt gelangte, schlugen die Gesandten der Alliirten, um Rußland einen Beweis ihrer möglichsten Berücksichtigung zu geben, den russischen Bevollmächtigten vor, selbst die Mittel zu bezeichnen, wodurch sie den billigen Anforderungen der Westmächte in diesem Puncte entsprechen zu können glaubten. Die russischen

Bevollmächtigten erbaten sich eine Frist, um hierüber an ihre Regierung zu schreiben; das petersburger Cabinet antwortete, die russische Regierung habe keinen Vorschlag zu machen (zehnte Sitzung). Zwei Tage später (19. April, elfte Sitzung) gaben sodann die Alliirten ihre Vorschläge, welche dahin gingen, daß entweder gar keine Nation das Recht haben solle, auf dem schwarzen Meere Kriegsschiffe zu halten, oder die russische Flotte daselbst auf eine gewisse Zahl von Kriegsschiffen (höchstens 4 Linienschiffe und 4 Fregatten) beschränkt würde. Nach einer Bedenkzeit von 48 Stunden wiesen die russischen Bevollmächtigten in der zwölften Sitzung am 21. April beide Vorschläge zurück und schlugen ihrerseits vor, das schwarze Meer den Kriegsschiffen aller Nationen zu öffnen. Lord Russel reiste jetzt am 23. April von Wien ab. Nachdem sich die dreizehnte Sitzung mit der Formulirung der bisherigen Ergebnisse beschäftigt hatte, um die erzielten Vereinbarungen als Grundlagen für eine künftige Fortsetzung der Conferenzen benützen zu können, hielt man am 26. April auf den Antrag des Fürsten Gortschakoff eine neue (die vierzehnte) Sitzung, in welcher derselbe neue Ausgleichungsvorschläge in Betreff des dritten Punctes machte, welche sich auf eine Erweiterung des Vertrages vom 13. Juli 1841 bezogen; sie wurden jedoch nicht für annehmbar gefunden. Am 27. April 1855 verließ auch der französische Minister Drouyn de l'Huys Wien, und die Conferenzen blieben auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Nach französischen Blättern hätten Lord Russel und Drouyn de l'Huys die Conferenzen gerne jetzt als unfruchtbar völlig aufgehoben; allein Oestreich habe, um nicht sofort den Verträgen gemäß zu einer Kriegserklärung an Rußland genöthigt zu sein, das Sachverhältniß nur als eine vorläufige Unterbrechung der Verhandlungen aufgefaßt. Während nun die Times das rücksichtsvolle Verfahren der Westmächte hervorhebt, die von einer Schleifung Sebastopol's, einer Schmälerung des russischen Gebietes, einer Entschädigung für die Kriegskosten, gar keine Erwähnung gethan hätten, versichern wohlunterrichtete deutsche Blätter, die Annahme der beiden ersten Puncte von Seiten Rußland's sei vorläufig nur eine ganz allgemeine gewesen, und wenn diese Puncte ein zweites Mal zu einer specificirten Erörterung gekommen wären, würde auch die Verständigung in dieser Beziehung noch sehr in Frage gewesen sein. Demnach scheint es, als könne ohne vorhergegangene entscheidende Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz eine Schlichtung der Sache durch Conferenzverhandlungen nicht erwartet werden.

Mit dem beginnenden Frühjahr 1855 nahmen die Feindseligkeiten vor Sebastopol wieder einen ernsteren Character an. Die Stärke der russischen Armee in der Krimm am Anfang April wurde von officiellen französischen Blättern auf 115,000 Mann angegeben. Die Armee der Alliirten vor Sebastopol zählte zu derselben Zeit 120,000 Mann, nämlich 75,000 Franzosen, 20,000 Engländer und 25,000 Türken. Außerdem standen noch 30 bis 35,000 Türken in Eupatoria. Am 4. Apr. begann die Einschiffung der kaiserlichen Garde in Toulon

nach dem Kriegsschauplatz, am Ende Aprils die der sardinischen Hülfsarmee von Genua aus auf englischen Schiffen. Die englische Ostseeflotte ging am 5. Apr. von Spithead aus unter Segel. Sie bestand aus 50 Dampffahrzeugen mit 2044 Kanonen, außerdem noch aus 5 schwimmenden Batterien mit je 16 Kanonen, 8 Mörserschiffen mit 28 Kanonen und 20 Kanonenboten, welche zusammen 64 Kanonen führten. Mit Ausnahme von 5 Raddampfern waren sämmtliche Schiffe Schraubendampfer. Die Batterien der Alliirten vor Sebastopol eröffneten das Bombardement am 9. April mit 550 Feuerschlünden; dasselbe dauerte den ganzen Monat April hindurch, ohne, wie es scheint, den Belagerten besonderen Schaden zuzufügen; russische Blätter wenigstens versichern, daß bis jetzt kein Hauptwerk zerstört, und der Schaden, den die Kugeln verursachten, immer wieder ausgebessert worden sei. In den letzten Tagen des Aprils sollen die Belagerten einen neuen Zuzug von 50,000 Mann erhalten haben. Die Belagerung einer starken Festung, welche man nicht ganz einschließen kann, so daß ihr auf der einen Seite der Zuzug aller Hülfsquellen eines großen Reiches beständig offen bleibt, ist immer ein eigenthümliches Unternehmen; die Alliirten hätten wohl besser gethan, nachdem die russische Flotte versenkt war, den Steinhaufen vor der Hand liegen zu lassen und durch die Besetzung von Odessa und im freien Felde gegen die russische Armee Erfolge zu erringen. Nachdem aber Sebastopol für beide Theile ein Ehrenpunct geworden ist, wird Nichts übrig bleiben, als der Versuch der Erstürmung.

So standen die Verhältnisse, als der beginnende Druck dieses Bogens am 1. Mai 1855 es nothwendig machte, diese Einleitung zu schließen. Als Sammelwerk für die Actenstücke zu dieser neuesten orientalischen Frage nennen wir: Dr. v. Jasmund, Actenstücke zur orientalischen Frage. Berlin 1855. 8. Das Buch gibt die Actenstücke in deutscher Uebersetzung. Die wichtigeren enthält ein Anhang in französischer Sprache.

Wir geben folgende Actenstücke, wobei wir thunlichst die Zeitfolge einhalten. 1) Die Protocolle der wiener Conferenzen vom 5. Dez. 1853, 13. Jan. 1854, 2. Febr. 1854, 6. März 1854 (finden sich bei v. Jasmund, Actenstücke zur orient. Frage, der auch die meisten der folgenden Actenstücke hat, wo wir den Moniteur citiren). 2) Den Allianzvertrag zwischen England, Frankreich und der Türkei vom 12. März 1854, ratificirt am 8. Mai 1854 (findet sich im Moniteur vom 24. Mai 1854). 3) Die Convention zwischen England und Frankreich vom 10. Apr. 1854 (findet sich im Moniteur vom 23. Apr. 1854). 4) Die Protocolle der wiener Conferenz vom 9. Apr. und 23. Mai 1854 (finden sich bei Jasmund). 5) Das Schutz- und Trutzbündniß zwischen Preußen und Oestreich vom 20. Apr. 1854 mit der Militärconvention und den beiden Zusätzen (bei Jasmund). 6) Die Convention zwischen Oestreich und der Pforte vom 14. Juni 1854 (bei Jasmund). 7) Die

Antwort des ruſſiſchen Cabinets vom $\frac{11}{23}$. Juni 1854 auf die öſtreichiſche Sommation (findet ſich im Moniteur vom 11. Aug. 1854) und die Erklärung des franzöſ. Cabinets über die Forderungen der Weſtmächte als Antwort auf die vom $\frac{11}{23}$. Juni 1854 datirte ruſſiſche Note, Paris 24. Juli 1854 (findet ſich im Moniteur vom 11. Aug. 1854). 8) Eine Note des Grafen Weſtmoreland an den Miniſter Buol-Schauenſtein vom 8. Aug. 1854 und eine andere Buol's an Weſtmoreland von gleichem Datum (bei Jasmund). 9) Allianzvertrag zwiſchen Oeſtreich einerſeits und England und Frankreich andererſeits, datirt Wien 2. Dez. 1854 (findet ſich in der augsb. allg. Zeitung vom 18. Dez. 1854). 10) Beitritt Sardinien's zur engl.-franz. Convention vom 10. April 1854, datirt Turin 26. Jan. 1855 (findet ſich im Moniteur vom 13. März 1855). 11) Actenſtücke über das Verhältniß des deutſchen Bundes zur orientaliſchen Frage (finden ſich bei Jasmund).

I.

Protocole d'une conférence tenue au ministère des affaires étrangères à Vienne, le 5. Décembre 1853.

Présents: Les représentants d'Autriche, de France, d'Angleterre et de Prusse.

Les soussignés, représentants d'Autriche, de France, de Grande-Bretagne et de Prusse, conformément aux instructions de leurs cours, se sont réunis en conférence, à l'effet de rechercher les moyens d'aplanir le différend survenu entre la cour de Russie et la Sublime Porte.

Les Proportions que ce différend a prises, et la guerre qui a éclaté entre les deux empires malgré les offerts de leurs alliés, sont devenues, pour l'Europe entière, l'objet des plus sérieuses préoccupations. En conséquence, leurs Majestés l'Empereur d'Autriche, l'Empereur des Français, la Reine du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande et le Roi de Prusse, également pénétrées de la nécessité de mettre un terme à ces hostilités, qui ne pourraient se prolonger sans affecter les intérêts de leurs propres Etats, ont résolu d'offrir leurs bons offices aux deux hautes parties belligérantes, dans l'espoir qu'elles ne voudront pas elles-mêmes encourir la responsabilité d'une conflagration, alors que, par un échange de loyales explications, elles peuvent encore la prévenir en replaçant leurs rapports sur un pied de paix et de bonne entente.

Les assurances données, à différentes reprises, par Sa Majesté l'Empereur de Russie, excluent de la part de cet auguste souverain, l'idée de porter atteinte à l'intégrité de l'Empire Ottoman.

L'existence de la Turquie, dans les limites que les traités lui ont assignées, est en effet devenue une des conditions nécessaires de l'équilibre européen, et les plénipotentiaires soussignés constatent avec satisfaction que la guerre actuelle ne saurait, en aucun cas, entraîner dans les circonscriptions territoriales des deux Empires des modifications susceptibles d'altérer l'état

de possession que le temps a consacré en Orient, et qui est également nécessaire au repos de toutes les autres puissances.

Sa Majesté l'Empereur de Russie ne s'est, du reste, point bornée à ces assurances; elle a fait déclarer que son intention n'avait jamais été d'imposer à la Porte des obligations nouvelles, ou qui ne fussent pas exactement conformes aux traités de Koutschouk-Kaïnardji et d'Andrinople; stipulations d'après lesquelles la Sublime Porte a promis de protéger, dans toute l'étendue de ses Etats, le culte chrétien et ses églises. La cour de Russie a ajouté qu'en réclamant du Gouvernement ottoman un témoignage de sa fidélité à des engagements antérieurs, elle n'avait nullement entendu amoindrir l'autorité du Sultan sur ses sujets chrétiens, et que son but unique avait été de demander des éclaircissements de nature à prévenir toute équivoque et tout motif de mésintelligence avec une puissance amie et voisine.

Les sentiments manifestés par la Sublime Porte pendant les dernières négociations attestent, d'un autre côté, qu'elle était prête à reconnaître toutes ses obligations contractuelles et à tenir compte, dans la mesure de ses droits souverains, de l'intérêt de Sa Majesté l'Empereur de Russie pour un culte qui est le sien et celui de la majorité de ses peuples.

Dans cet état de choses, les soussignés sont convaincus que le moyen le plus prompt et le plus sûr d'atteindre le but désiré par leurs cours serait de faire en commun une communication à la Sublime Porte pour lui exposer le voeu des puissances de contribuer par leur intervention amicale au rétablissement de la paix, et la mettre en demeure de faire connaître les conditions auxquelles elle serait disposée à traiter.

Tel est le but de la note collective ci-jointe, adressée au ministère des affaires étrangères du Sultan, et des instructions identiques transmises en même temps par les cours d'Autriche, de France, de Grande-Bretagne et de Prusse à leurs représentants à Constantinople.

Signé: *Buol-Schauenstein*, *Bourqueney*, *Westmoreland*, *Arnim*.

Protocole d'une conférence tenue au ministère des affaires étrangères à Vienne le 13. Janv. 1854.

Présents: Les représentants d'Autriche, de France, de Grande-Bretagne et de Prusse.

Les représentants d'Autriche, de France, de Grande-Bretagne et de Prusse s'étant réunis en conférence, le représentant d'Autriche a donné lecture d'une note adressée par Reschid-Pacha à l'internonce, en réponse à celle qu'il lui avait remise sous la date du 12. Décembre dernier, et qui était identique à la communication faite en même temps à la Porte par les représentants des trois autres cours à Constantinople. La réponse de Reschid-Pacha étant le résultat d'une démarche faite par les quatre représentants avant que la note collective signée dans la conférence du 5. Décembre fût arrivée

à Constantinople, le représentant de l'Autriche a invité la conférence à examiner avec lui si le contenu de cette pièce était en accord avec les vues et les intentions énoncées dans le protocole de la même date.

Après mûre délibération, les soussignés ont été unanimement d'avis que:

Les conditions auxquelles la Sublime Porte se déclare prête à traiter du rétablissement de la paix avec la Russie sont conformes aux voeux des Gouvernements et de nature à être communiquées au cabinet de Saint-Pétersbourg.

De plus en plus pénétrés de la gravité de la situation et de l'urgence d'y mettre un terme, les soussignés expriment la confiance que la Russie acceptera la reprise des négociations sur les bases qui, dans leur opinion, en assurent le succès, et offrent aux deux parties belligérantes l'occasion de se rapprocher d'une manière digne et honorable sans que l'Europe soit plus long-temps attristée par le spectacle de la guerre.

Les représentants de la Grande-Bretagne, de la France et de la Prusse s'en remettent au représentant de l'Autriche du soin de faire connaître au cabinet de Saint-Pétersbourg l'opinion consignée dans le présent protocole, auquel est annexée copie de la note adressée dans une forme identique par Reschid-Pacha aux quatre représentants à Constantinople.

Signé: *Buol-Schauenstein*, *Bourqueney*, *Westmoreland*, *Arnim*.

Protocole d'une conférence tenue au ministère des affaires étrangères à Vienne le 2. Fevr. 1854.

Présents: Les représentants d'Autriche, de France, de Grande-Bretagne et de Prusse:

Les représentants d'Autriche, de France, de Grande-Bretagne et de Prusse se sont réunis en conférence pour entendre la communication que M. le plénipotentiaire Autrichien a bien voulu leur faire des propositions présentées par le cabinet de St. Pétersbourg en réponse à celles qu'il s'était chargé le 13. Janvier de faire parvenir au gouvernement Impérial, revêtues de l'approbation des puissances représentées dans la conférence de Vienne. La pièce qui les contient est annexée au présent protocole.

Les soussignés, après avoir soumis à l'examen le plus attentif les propositions susdites, ont constaté dans leur ensemble et dans leurs détails des différences tellement essentielles avec les bases de négociations arrêtées le 31. Décembre à Constantinople et approuvées le 13. Janvier à Vienne, qu'ils ne les ont pas jugées de nature à être transmises au Gouvernement de Sa Majesté Impérial le Sultan.

Il ne reste en conséquence aux soussignés qu'à faire parvenir le document ci-annexé à leurs cours respectives, et d'attendre qu'elles aient arrêté leurs résolutions ultérieures.

Signé: *Buol-Schauenstein*, *Bourqueney*, *Westmoreland*, *Arnim*.

Protocole d'une conférence tenue au ministère des affaires étrangères à Vienne le 6. Mars 1854.

Présents: Les représentants d'Autriche, de France, de Grande-Bretagne et de Prusse.

Les soussignés, représentants d'Autriche, de France, de Grande-Bretagne et de Prusse, s'étant de nouveau réunis en conférence à la demande du plénipotentiaire Autrichien, lecture leur a été donnée du document ci-joint communiqué au cabinet de Vienne par M. l'envoyé de Russie et contenant les préliminaires du traité à intervenir entre la Russie et la Sublime Porte, le cabinet de Vienne étant prié par le cabinet de St. Pétersbourg, de requérir l'appui des deux Puissances maritimes pour obtenir l'acceptation de ces préliminaires par la Sublime Porte.

Après mûre délibération les plénipotentiaires de France et de Grande-Bretagne, prenant pour base de leur examen les documents antérieurs revêtus de la sanction des quatre puissances, ont constaté entre ces documents et les préliminaires proposés des différences radicales:

I. En ce que l'évacuation des Principautés Danubiennes, fixée après la signature des préliminaires, est subordonnée à la sortie des flottes combinées, non-seulement de la Mer Noire, mais des Détroits du Bosphore et des Dardanelles, condition qui ne pouvait être acceptée par les puissances maritimes qu'après la conclusion du traité définitif.

II. En ce que le document en délibération tend à revêtir d'une forme strictement conventionelle, synallagmatique et exclusivement applicable aux relations de la Porte avec la Russie les assurances relatives aux privilèges religieux des Grecs; assurances que la Porte n'a offert de donner qu'aux cinq puissances simultanément, et sous la forme d'une simple déclaration identique. Les assurances, en effet, une fois insérées dans un traité préliminaire devraient dès lors être reproduites dans le traité définitif, et seraient accompagnées en outre d'une note officielle, confirmative des dits privilèges adressée à la cour de Russie exclusivement, note qui, à son tour, devrait, aux termes mêmes des préliminaires, être considérée comme annexe aux traité, c'est-à-dire, comme ayant même force et même valeur.

III. En ce que les préliminaires communiqués à Vienne sont implicitement soustraits à toute discussion de la conférence sur les modifications reconnues nécessaires pour les rapprocher du texte original des actes revêtus de son assentiment, et que la conclusion du traité définitif ne réserve pas d'avantage sa surveillance et son action.

IV. En ce que tandis que les propositions de la Porte réclament expressément la révision du traité de 1841 de manière à faire participer la Turquie aux garanties du droit public Européen, cette condition se trouve accueillie par voie d'omission.

Les plénipotentiaires d'Autriche et de Prusse appréciant la force des observations présentées par les plénipotentiaires de France et de Grande-

Bretagne, ont dû, de leur côté, reconnaître également les notables divergences signalées entre le projet de préliminaires Russe et les protocoles des 13. Janvier et 2 Février.

En conséquence la conférence s'est unanimement reconnue dans l'impossibilité de donner suite à ces propositions.

Signé: *Buol-Schauenstein*, *Bourqueney*, *Westmoreland*, *Arnim*.

II.

Traité d'alliance

entre la France, l'Angleterre et la Turquie

conclu à

CONSTANTINOPLE

le 12. Mars 1854, ratifié 8. Mai 1854.

Sa Majesté l'Empereur des Français et Sa Majesté la Reine du royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande ayant été invités par Sa Majesté Impériale le Sultan à l'aider à repousser l'agression dirigée par Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies contre les territoires de la Sublime Porte Ottomane, agression par laquelle l'intégrité de l'Empire ottoman et l'indépendance du trône de Sa Majesté Impériale le Sultan se trouvent menacées; et leursdites Majestés étant pleinement persuadées que l'existence de l'Empire ottoman, dans ses limites actuelles, est essentielle au maintien de la balance du pouvoir entre les Etats de l'Europe, et ayant, en conséquence, consenti à donner à Sa Majesté Impériale le Sultan l'assistance qu'il a demandée dans ce but, il a paru convenable à Leursdites Majestés et à Sa Majesté Impériale le Sultan de conclure un traité afin de constater leurs intentions, conformément à ce qui précède, et de régler la manière d'après laquelle Leursdites Majestés prêteront assistance à Sa Majesté Impériale le Sultan.

Dans ce but, Leursdites Majestés et Sa Majesté Impériale le Sultan ont nommé pour être leurs plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté l'Empereur des Français, M. le général de division comte Baraguey d'Hilliers, vice-président du Sénat, grand-croix de l'ordre impérial de la Légion d'honneur etc., etc., etc., son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près la Porte Ottomane;

Sa Majesté la Reine du royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le très-honorable Stratford, vicomte Stratford de Redcliffe, pair du royaume uni, conseiller de Sa Majesté Britannique en son conseil privé, chevalier grand-croix du très-honorable ordre du Bain, son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près la Porte Ottomane;

Et Sa Majesté Impériale le Sultan, Mustapha-Réchid-Pacha, son ministre des affaires étrangères;

Lesquels, après s'être réciproquement communiqué leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. I. Sa Majesté l'Empereur des Français et Sa Majesté la Reine du royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, ayant déjà, à la demande de Sa Majesté Impériale le Sultan, ordonné à de puissantes divisions de leurs forces navales de se rendre à Constantinople, et d'étendre au territoire et au pavillon ottomans la protection que permettraient les circonstances, Leursdites Majestés se chargent, par le présent traité, de coopérer encore davantage avec Sa Majesté Impériale le Sultan, pour la défense du territoire ottoman en Europe et en Asie, contre l'aggression russe, en employant à cette fin tel nombre de leurs troupes de terre qui peut paraître nécessaire pour atteindre ce but; lesquelles troupes de terre Leursdites Majestés expédieront aussitôt vers tels ou tels points du territoire ottoman qu'il sera jugé à propos; et Sa Majesté Impériale le Sultan convient que les troupes de terre françaises et anglaises, ainsi expédiées pour la défense du territoire ottoman, recevront le même accueil amical et seront traitées avec la même considération que les forces navales françaises et britanniques employées depuis quelque temps dans les eaux de la Turquie.

Art. II. Les hautes parties contractantes s'engagent, chacune de son côté, à se communiquer réciproquement, sans perte de temps, toute proposition que recevrait l'une d'elles de la part de l'empereur de Russie, soit directement, soit indirectement, en vue de la cessation des hostilités, d'un armistice ou de la paix; et Sa Majesté Impériale le Sultan s'engage, en outre, à ne conclure aucun armistice et à n'entamer aucune négociation pour la paix, ou à ne conclure aucun préliminaire de paix ni aucun traité de paix avec l'empereur de Russie, sans la connaissance et le consentement des hautes parties contractantes.

Art. III. Dès que le but du présent traité aura été atteint par la conclusion d'un traité de paix, Sa Majesté l'Empereur des Français et Sa Majesté la Reine du royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, prendront aussitôt des arrangements pour retirer immédiatement toutes leurs forces militaires et navales employées pour réaliser l'objet du présent traité, et toutes les forteresses ou positions dans le territoire ottoman qui auront été temporairement occupées par les forces militaires de la France et de l'Angleterre, seront remises aux autorités de la Sublime Porte Ottomane, dans l'espace de quarante jours, ou plus tôt, si faire se peut, à partir de l'échange des ratifications du traité par lequel la présente guerre sera terminée.

Art. IV. Il est entendu que les armées auxiliaires conserveront la faculté de prendre telle part qui leur paraîtrait convenable aux opérations dirigées contre l'ennemi commun, sans que les autorités ottomanes, soit civiles, soit militaires, aient la prétention d'exercer le moindre contrôle sur leurs mouvements; au contraire, toute aide et facilité leur seront prêtées

par ces autorités, spécialement pour leur débarquement, leur marche, leur logement ou campement, leur subsistance et celle de leurs chevaux, et leurs communications, soit qu'elles agissent ensemble, soit qu'elles agissent séparément.

Il est entendu, de l'autre côté, que les commandants desdites armées s'engagent à maintenir la plus stricte discipline dans leurs troupes respectives, et feront respecter par elles les lois et les usages du pays.

Il va sans dire que les propriétés seront partout respectées.

Il est, de plus, entendu de part et d'autre, que le plan général de campagne sera discuté et convenu entre les commandants en chef des trois armées, et que si une partie notable des troupes alliées se trouvait en ligne avec les troupes ottomanes, nulle opération ne pourrait être exécutée contre l'ennemi sans avoir été préalablement concertée avec les commandants des forces alliées.

Finalement, il sera fait droit à toute demande relative aux besoins du service, adressée par les commandants en chef des troupes auxiliaires, soit au gouvernement ottoman, par le canal de leurs ambassades respectives, soit d'urgence, aux autorités locales, à moins que des objections majeures, clairement énoncées, n'en empêchent la mise à exécution.

Art. V. Le présent traité sera ratifié, et les ratifications seront échangées à Constantinople dans l'espace de six semaines, ou plus tôt si faire se peut, à partir du jour de la signature.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait en triple, pour un seul et même effet, à Constantinople, le douze mars mil huit cent cinquante-quatre.

Signe: *Baraguey d'Hilliers.* (L. S.) *Stratford de Redcliffe.* (L. S.) *Réchid.* (L. S.)

III.

Convention d'alliance

entre la France et l'Angleterre

conclu à

LONDRES

le 10. Avril 1854.

Leurs Majestés l'Empereur des Français et la Reine du royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, décidées à prêter leur appui à Sa Majesté le Sultan Abdul-Medjid, empereur des Ottomans, dans la guerre qu'elle soutient contre les agressions de la Russie, et amenées, en outre, malgré leurs efforts

sincères et persévérants pour maintenir la paix, à devenir elles-mêmes parties belligérantes dans une guerre qui, sans leur intervention active, eût menacé l'existence de l'équilibre européen et les intérêts de leurs propres Etats, ont, en conséquence, résolu de conclure une convention destinée à déterminer l'objet de leur alliance, ainsi que les moyens à employer en commun pour le remplir, et nommé à cet effet pour leurs plénipotentiaires:

Sa Majesté l'Empereur des Français, le sieur Alexandre Colonna, comte Walewski, grand officier de l'ordre impérial de la Légion d'honneur, grand-croix de l'ordre de Saint-Janvier des Deux-Siciles, grand-croix de l'ordre du Danebrog du Danemark, grand-croix de l'ordre du Mérite de Saint-Joseph de Toscane etc., etc., etc., son ambassadeur près Sa Majesté Britannique;

Et Sa Majesté la Reine du royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le très-honorable George-Guillaume-Frédéric, comte de Clarendon, baron Hyde de Hindon, pair du royaume uni, conseiller de Sa Majesté Britannique en son conseil privé, chevalier du très-noble ordre de la Jarretière, chevalier grand-croix du très-honorable ordre du Bain, principal secrétaire d'Etat de Sa Majesté Britannique pour les affaires étrangères;

Lesquels, s'étant réciproquement communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, ont arrêté et signé les articles suivants:

Art. I. Les hautes parties contractantes s'engagent à faire ce qui dépendra d'elles pour opérer le rétablissement de la paix entre la Russie et la Sublime Porte sur des bases solides et durables, et pour garantir l'Europe contre le retour des regrettables complications qui viennent de troubler si malheureusement la paix générale.

Art. II. L'intégrité de l'empire ottoman se trouvant violée par l'occupation des provinces de Moldavie et de Valachie, et par d'autres mouvements des troupes russes, LL. MM. l'Empereur des Français et la Reine du royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande se sont concertées et se concerteront sur les moyens les plus propres à affranchir le territoire du Sultan de l'invasion étrangère, et à atteindre le but spécifié dans l'art. 1er. Elles s'engagent à cet effet, à entretenir, selon les nécessités de la guerre, appréciées d'un commun accord, des forces de terre et de mer suffisantes pour y faire face, et dont des arrangements subséquents détermineront, s'il y a lieu, la qualité, le nombre et la destination.

Art. III. Quelque événement qui se produise en conséquence de l'exécution de la présente convention, les hautes parties contractantes s'obligent à n'accueillir aucune ouverture ni aucune proposition tendant à la cessation des hostilités, et à n'entrer dans aucun arrangement avec la cour impériale de Russie sans en avoir préalablement délibéré en commun.

Art. IV. Animées du désir de maintenir l'équilibre européen, et ne poursuivant aucun but intéressé, les hautes parties contractantes renoncent d'avance à retirer aucun avantage particulier des événements qui pourront se produire.

Art. V. LL. MM. l'Empereur des Français et la Reine du royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande recevront avec empressement dans leur alliance, pour coopérer au but proposé, celles des autres puissances de l'Europe qui voudraient y entrer.

Art. VI. La présente convention sera ratifiée, et les ratifications seront échangées à Londres dans l'espace de huit jours.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Londres, le dix Avril, l'an de grâce mil huit cent cinquante-quatre.

Signé: *Walewski.* (L. S.) Signé: *Clarendon.* (L. S.)

IV.

Protocole d'une conférence tenue au ministère des affaires étrangères

à Vienne le 9. Avril 1854.

Présents: Les représentants d'Autriche, de France, de Grande-Bretagne et de Prusse.

Sur la demande des plénipotentiaires de France et de Grande-Bretagne la conférence s'est réunie pour entendre la lecture des pièces qui établissent que l'invitation adressée au cabinet de St. Pétersbourg d'évacuer les principautés Moldo-Valaques dans un délai fixe, étant restée sans réponse, l'état de guerre déjà déclarée entre la Russie et la Sublime Porte, existe également de fait entre la Russie, d'une part, et la France et la Grande-Bretagne, de l'autre.

Ce changement opéré dans l'attitude de deux des puissances représentées dans la conférence de Vienne en conséquence d'une démarche tentée directement par la France et l'Angleterre, et appuyée par l'Autriche et la Prusse comme fondée en droit, a été jugé par les plénipotentiaires d'Autriche et de Prusse comme impliquant la nécessité de constater de nouveau l'union des quatre gouvernements sur le terrain des principes posés dans les protocoles des 5. Décembre 1853 et 13. Janvier 1854.

En conséquence les soussignés ont à ce moment solennel déclaré que leurs gouvernements restent unis dans le double but de maintenir l'intégrité territoriale de l'Empire Ottoman dont le fait de l'évacuation des Principautés Danubiennes est et restera une des conditions essentielles, et de consolider dans un intérêt si conforme aux sentiments du Sultan, et par tous les moyens compatible avec son indépendance et sa souveraineté, les droits civils et religieux des Chrétiens sujets de la Porte.

L'intégrité territoriale de l'Empire Ottoman est et demeure la condition sine qua non de toute transaction destinée à retablir la paix entre les puis-

sances belligérantes, et les gouvernements représentés par les Soussignés s'engagent à rechercher en commun les garanties les plus propres à attacher l'existence de cet Empire à l'équilibre général de l'Europe, comme ils se déclarent prêts à délibérer et à s'entendre sur l'emploi des moyens les plus convenables pour attendre l'objet de leur concert.

Quelq' évènement qui se produise par suite de cet accord fondé uniquement sur les intérêts généraux de l'Europe, et dont le but ne peut-être atteint que par le retour d'une paix solide et durable, les gouvernements représentés par les Soussignés s'engagent réciproquement à n'entrer dans aucun arrangement définitif avec la cour impériale de Russie, ou avec toute autre Puissance, qui serait contraire aux principes énoncés ci-dessus sans en avoir préalablement délibéré en commun.

Signé: *Buol-Schauenstein*, *Bourqueney*, *Westmoreland*, *Arnim*.

Protocole d'une conférence tenue au ministère des affaires étrangères

à Vienne le 23. Mai 1854.

Présents: Les représentants d'Autriche, de France, de Grande-Bretagne et de Prusse.

Les plénipotentiaires soussignés ont jugé conforme aux dépositions contenues dans le protocole du 9. Avril de se réunir en conférence pour se communiquer réciproquement et déposer dans un acte commun les conventions conclues entre la France et l'Angleterre, d'une part, et entre l'Autriche et la Prusse de l'autre, les 10. et 20. Avril de la présente année.

Après mûr examen des dites conventions les Soussignés ont unanimement constaté:

Que la convention conclue entre la France et l'Angleterre, ainsi que celle qui a été signée le 20. Avril entre l'Autriche et la Prusse, tendent toutes deux, dans les situations relatives auxquelles elles s'appliquent, à assurer le maintien des principes consacrés par la série des protocoles de la conférence de Vienne.

Que l'intégrité de l'Empire Ottoman et l'évacuation de la portion de son territoire occupée par l'armée Russe, sont et resteront le but constant et invariable de l'accord des quatre puissances.

Que les actes conséquemment communiqués et annexés au présent protocole répondent à l'engagement que les puissances avaient pris entre elles le 9. Avril de délibérer et de s'entendre sur les moyens les plus propres à réaliser l'objet de leur concert, et donnent une nouvelle sanction à la ferme intention des quatre puissances représentées dans la conférence de Vienne de réunir tous leurs efforts et toutes les volontés pour réaliser le but qui forme la base de leur union.

Signé: *Buol-Schauenstein*, *Bourqueney*, *Westmoreland*, *Arnim*.

V.

Allianzvertrag

zwischen Oestreich und Preussen,

geschlossen zu

BERLIN

am 20. April 1854.

Se. Majestät der Kaiser von Oestreich und Se. Majestät der König von Preussen, indem sie auf's Tiefste bedauern, dass ihre seitherigen Anstrengungen, den Ausbruch eines Krieges zwischen Russland einerseits und der Türkei, Frankreich und England andrerseits zu hindern, fruchtlos geblieben sind; indem sie die moralischen Verpflichtungen erwägen, die ihnen durch die Unterzeichnung des letzten Wiener Protocolls auferlegt sind; indem sie die stete Zunahme immer ausgedehnterer, von den streitenden Parteien ergriffener militärischer Massregeln und die daraus für den europäischen Frieden hervorgehenden Gefahren in Betracht ziehen; in der Ueberzeugung, dass es dem mit ihren Staaten so eng verbundenen Deutschland obliegt, eine hohe Mission im Beginn dieses Krieges zu erfüllen, um einer Zukunft vorzubeugen, welche für das Wohlergehen Europa's nur verhängnissvoll sein könnte, haben beschlossen, sich für die ganze Dauer des zwischen Russland einerseits und der Türkei, Frankreich und England andererseits ausgebrochenen Krieges durch ein Schutz- und Trutzbündniss zu verbinden, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt, um dieses Bündniss abzuschliessen und die Bedingungen desselben zu regeln, Se. Majestät der Kaiser von Oestreich seinen wirklichen Geheimrath und General-Quartiermeister der Armee, General Heinrich Baron v. Hess, Commandeur u. s. w., und seinen wirklichen Geheimrath und Kammerherrn, Friedrich Graf v. Thun-Hohenstein, Grosskreuz u. s. w., seinen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei dem König von Preussen; und Se. Majestät der König von Preussen seinen Minister, Conseilspräsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Otto Theodor Baron von Manteuffel, Ritter u. s. w., welche nach gegenseitiger Mittheilung und Auswechselung ihrer Vollmachten über folgende Puncte übereingekommen sind:

Art. 1. Se. k. k. apostolische Majestät und Se. Majestät der König von Preussen garantiren sich gegenseitig den Besitz ihrer deutschen und nichtdeutschen Territorien, in der Weise, dass jeder gegen das Territorium eines von Beiden gerichtete Angriff, von welcher Seite er auch komme, als eine gegen das Territorium des Andern gerichtete feindliche Unternehmung angesehen werden wird.

Art. 2. Zu gleicher Zeit betrachten sich die hohen contrahirenden Theile als verpflichtet, die Rechte und Interessen Deutschlands gegen jede Art des Eingriffs zu schützen, und erachten sich zu einer gemeinschaftlichen Vertheidigung gegen jeden, auf irgend einen Theil ihres Territoriums ge-

machten Angriff verbunden, selbst in dem Fall, wo einer von beiden sich, zufolge einer Uebereinkunft mit dem andern, genöthigt fände, zum Schutz der deutschen Interessen handelnd voranzugehen. In dem oben specificirten Fall, und wenn sich die Veranlassung zur Leistung des versprochenen Beistandes bietet, werden die dessfallsigen näheren Bestimmungen mittelst einer Specialconvention getroffen werden, welche als integrirender Theil des gegenwärtigen Vertrags angesehen werden wird.

Art. 3. Um den Bedingungen des Schutz- und Trutzbündnisses jede nöthige Garantie und jede nöthige Kraft zu verleihen, verpflichten sich die beiden Grossmächte, nöthigenfalls zu einer näher zu bestimmenden Zeit und auf näher zu bestimmenden Puncten einen Theil ihrer Streitkräfte auf vollständigen Kriegsfuss zu setzen. Man wird sich über die Ausdehnung dieser Kräfte und über den Moment, wo sie in Thätigkeit gesetzt werden sollen, so wie über die Art und Weise ihrer Aufstellung an den bestimmten Puncten verständigen.

Art. 4. Die hohen contrahirenden Theile werden alle Bundesstaaten auffordern, dem gegenwärtigen Vertrage beizutreten, indem sie ihnen bemerklich machen, dass die von der Wiener Schlussacte vorgesehenen Bundespflichten sich für die Beitretenden auf die Stipulationen des gegenwärtigen Vertrags erstrecken werden.

Art. 5. Während der Dauer des gegenwärtigen Vertrags darf weder der eine noch der andere der beiden hohen contrahirenden Theile mit irgend einer Macht ein Bündniss abschliessen, das nicht in vollständiger Uebereinstimmung mit den in gegenwärtigem Vertrage aufgestellten Grundlagen wäre.

Art. 6. Der gegenwärtige Vertrag soll sobald wie möglich gegenseitig mitgetheilt werden, um die Ratification der beiden Souveraine zu erhalten.

Berlin, 20. April 1854.

v. Manteuffel. v. Hess. v. Thun.

Zusatzartikel vom 20. April 1854.

Nach der Bestimmung des Art. II. des am heutigen Tage zwischen Sr. Majestät dem Könige von Preussen und Sr. Majestät dem Kaiser von Oestreich abgeschlossenen Vertrages wegen Errichtung eines Schutz- und Trutzbündnisses soll die nähere Verständigung über den Eintritt des Falles, in welchem ein actives Vorgehen des Einen der hohen contrahirenden Theile für den Andern die Verpflichtung zu gemeinsamer Vertheidigung des beiderseitigen Gebiets begründen wird, den Gegenstand einer besonderen, als integrirender Theil des Hauptvertrages zu betrachtenden Vereinbarung bilden. Ihre Majestäten haben sich der Erwägung nicht entziehen können, dass die unbestimmte Fortdauer der Besetzung der unter der Hoheit der ottomanischen Pforte stehenden Länder an der untern Donau durch kaiserlich russische Truppen die politischen, moralischen und materiellen Interessen des gesammten

deutschen Bundes und also auch ihrer eigenen Staaten, und zwar in einem um so höhern Grade gefährden würde, je weiter Russland seine Kriegsoperationen auf türkischem Gebiete ausdehnt. Die Allerhöchsten Höfe von Preussen und Oestreich sind in dem Wunsche einig, jede Betheiligung an dem zwischen Russland einerseits, der Türkei, Frankreich und Grossbritannien andererseits ausgebrochenen Kriege wo möglich vermeiden und zugleich zur allgemeinen Wiederherstellung des Friedens beitragen zu können. Insbesondere betrachten Sie die neuerlich von dem Hofe von St. Petersburg in Berlin gegebenen Erklärungen, wonach Russland die ursprüngliche Ursache zur Besetzung der Fürstenthümer durch die nunmehr den christlichen Unterthanen der Pforte gemachten und in nahe Aussicht gestellten Zugeständnisse als beseitigt anzusehen scheint, als ein wichtiges Element der Pacification, welchem Sie einen weitern practischen Einfluss nur mit Bedauern versagt sehen könnten. Sie hoffen daher, dass die zu erwartenden Rückäusserungen des Petersburger Cabinets auf die unter dem 8. d. dorthin abgegangenen preussischen Vorschläge Ihnen die erforderliche Gewähr für ein baldiges Zurückziehen der russischen Truppen vom türkischen Gebiete darbieten werden. Für den Fall, dass diese Hoffnung getäuscht werden sollte, haben die ernannten Bevollmächtigten, nämlich von Seite Sr. Majestät des Königs von Preussen: Allerhöchst Ihr Ministerpräsident und Minister der auswärtigen Angel. Otto Theodor Freiherr v. Manteuffel etc. etc., von Seite Sr. Majestät des Kaisers von Oestreich: Allerhöchst Ihr wirklicher geheimer Rath, Feldzeugmeister und General-Quartiermeister der Armee etc. Heinrich Freiherr v. Hess etc. und Allerhöchst Ihr wirklicher geheimer Rath und Kämmerer, ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am königlich preussischen Hofe, Friedrich Graf v. Thun-Hohenstein etc. etc. etc., die folgende nähere Verabredung über den Eintritt des im vorerwähnten Art. II. des Allianzvertrages vom heutigen Tage bezeichneten Falles getroffen:

Einziger Artikel.

Die kaiserlich östreichische Regierung wird auch Ihrerseits an den kaiserlich russischen Hof eine Eröffnung zu dem Zwecke richten, um von Sr. Majestät dem Kaiser von Russland die nöthigen Befehle zu erwirken, damit sofort jedem weiteren Vorrücken Seiner Armee auf türkischem Gebiet Einhalt geschehe, so wie um vollgültige Zusicherungen wegen baldiger Räumung der Donaufürstenthümer von Sr. Majestät zu begehren, und die preussische Regierung wird diese Eröffnung mit Rücksicht auf ihre bereits nach St. Petersburg gegangenen Vorschläge wiederholt auf das Nachdrücklichste unterstützen. Ist die auf diese Schritte der Cabinette von Berlin und Wien erfolgende Antwort des kaiserlich russischen Hofes wider Verhoffen von der Art, dass sie Ihnen nicht volle Beruhigung über die erwähnten beiden Puncte gewährt, so werden die von einem der contrahirenden Theile zur Erreichung derselben zu ergreifenden Massregeln unter die Bestimmung des Artikel II. des am heutigen Tage abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisses mit der Massgabe

fallen, dass jeder feindliche Angriff auf das Gebiet einer der beiden hohen contrahirenden Mächte von der andern mit allen dieser zu Gebote stehenden militärischen Kräften abgewehrt wird. Ein offensives beiderseitiges Vorgehen aber würde erst durch die Incorporation der Fürstenthümer, so wie durch einen Angriff oder Uebergang des Balkans von Seiten Russlands bedingt. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll der Ratification der Allerhöchsten Souveraine gleichzeitig mit dem oben erwähnten Vertrage unterzogen werden.

Militärconvention vom 20. April 1854.

Art. 1. Oestreich verpflichtet sich, den 150,000 Mann, welche es in Ungarn, an der Donau und an der Save stehen hat, noch 100,000 Mann beizufügen, welche die zweite Armee bilden, und zwar soll dies geschehen, sobald sich die Nothwendigkeit davon fühlbar macht, und in gemeinschaftlich mit Preussen festgestellten Zeitpuncten. Die als Armeecorps oder als abgesonderte Corps in Galizien, Siebenbürgen und Mähren mobil gemachten und in Galizien zusammengezogenen Truppen werden in inniger Beziehung zu den preussischen Truppen bleiben.

Art. 2. Preussen seinerseits verpflichtet sich, unter Umständen 100,000 Mann in Zeit von 36 Tagen zu concentriren, nämlich ein Drittel in Ostpreussen und die beiden andern Drittel zu Posen oder zu Breslau. Es verpflichtet sich ferner, sein Heer, wenn die Umstände es erheischen, auf 200,000 zu bringen, und wird sich Behuf alles dessen mit Oestreich verständigen.

Art. 3. Die Militärconvention des deutschen Bundes behält in Bezug auf Oestreich und Preussen ihre volle Geltung.

Art. 4. Der preussische Kriegsminister und der Oberbefehlshaber des k. k. Heeres verpflichten sich gegenseitig, sich alle Mittheilungen zu machen, die nöthig sind, um die Aufrechthaltung der Armeen in der oben festgesetzten Zahl zu sichern und ihre Organisirung und Aufstellung zur verabredeten Zeit und am verabredeten Orte zu bewerkstelligen.

Art. 5. Oestreich und Preussen werden gegenseitig, sobald Preussen sein Heer auf den Kriegsfuss gesetzt hat, höhere Officiere bei einander accreditiren, um sich vollständig über die zu ergreifenden Maassregeln zu vereinbaren.

Art. 6. Die Richtung, welche den beiden Heeren gegeben werden soll, sobald sie beisammen sind, wird nach dem Grundsatze festgestellt werden, dass die Unterstützung, welche sich die beiden Mächte leihen, einfach den Zweck hat, einen Angriff zurückzuweisen.

Zusatzartikel vom 26. November 1854.

Die immer bedrohlicher werdende Lage der europäischen Angelegenheiten hat die Allerhöchsten Höfe von Berlin und Wien veranlasst, das Be-

dürfniss eines, die Bestimmungen des Vertrages vom 20. April d. J. ergänzenden Einverständnisses in nähere Erwägung zu ziehen. Die Allerhöchsten Souveräne sind sich in der Ueberzeugung begegnet, dass es für die Theilnehmer des durch den Bundesbeschluss vom 24. Juli erweiterten Bündnisses vor allem darauf ankommt, gemeinschaftlich auf die Annahme einer von ihnen für geeignet gehaltenen Grundlage für die künftigen Friedensunterhandlungen hinzuwirken. Sie erkennen eine solche in denjenigen vier Präliminarpuncten, für deren Annahme Oestreich und Preussen sich bereits bei dem kaiserlich russischen Hofe verwendet haben, und werden daher angelegentlich bemüht sein, dieser Grundlage Geltung zu verschaffen. Wenn sich hieran die Hoffnung auf Anbahnung einer friedlichen Verständigung knüpft, so erheischt doch der Ernst der gesammten Lage Europas und das Bedürfniss, das Ziel des angestrebten Friedens mit Nachdruck zu verfolgen, die Bürgschaft eines engverbündeten Auftretens des gesammten Deutschlands. Von diesem Gedanken geleitet und die Gefahren würdigend, die ein Angriff auf die östreichischen Truppen nicht nur bei Betretung des kaiserlichen Gebietes, sondern auch in den Donaufürstenthümern für Deutschland herbeiführen könnte, wollen Se. Majestät der König von Preussen gegen Allerhöchstihren erhabenen Verbündeten, Se. Majestät den Kaiser von Oestreich, hierdurch auch für den letzten Fall die Verpflichtung zu gemeinsamer Abwehr übernehmen, und rechnen mit Zuversicht darauf, eine gleiche Bereitwilligkeit auch seitens der übrigen deutschen Verbündeten durch Annahme des gegenwärtigen Zusatzartikels bekundet und eintretenden Falls bethätigt zu sehen.

VI.

Convention

entre Sa Majesté l'Empereur d'Autriche et la Porte Ottomane

signée à

BOYADJI-KEUY

le 14. Juin 1854.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, reconnaissant pleinement que l'existence de l'Empire Ottoman dans ses limites actuelles est nécessaire au maintien de l'équilibre entre les Etats de l'Europe, et que nommément l'évacuation des Principautés Danubiennes est une des conditions essentielles de l'intégrité de cet Empire; étant, de plus, prête à concourir, par les moyens à sa disposition, aux mesures propres à assurer le but du concert établi entre son cabinet et les hautes cours représentées à la conference de Vienne;

Sa Majesté Impériale le Sultan, de son côté, ayant accepté cette offre de concours faite amicalement par Sa Majesté l'Empereur d'Autriche;

Il a paru convenable de conclure une convention afin de régler la manière dont le concours en question sera effectué.

Dans ce but, Sa Majesté l'Empereur d'Autriche et Sa Majesté Impérial le Sultan ont nommé pour être leurs plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, le Baron Charles de Bruck, conseiller intime de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, son Internonce et ministre plénipotentiaire près la Sublime Porte Ottomane, grand-croix de l'ordre impérial de Léopold, chevalier de l'ordre impérial de la Couronne de Fer de première classe etc.

Et Sa Majesté le Sultan, Mustapha-Réchid-Pacha, ex-Grand-Vézir et actuellement son ministre des affaires étrangères, décoré de l'ordre impérial de Medjidie de première classe etc.

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et dûe forme, sont convenus des Articles suivants:

Art. I. Sa Majesté l'Empereur d'Autriche s'engage d'épuiser tous les moyens de négociation et autres pour obtenir l'évacuation des Principautés Danubiennes par l'armée étrangère qui les occupe, et d'employer même, en cas de besoin, le nombre de troupes nécessaire pour atteindre ce but.

Art. II. Il appartiendra, pour ce cas, exclusivement au commandant-en-chef impérial de diriger les opérations de son armée. Celui-ci aura toutefois soin d'informer en temps utile le commandant-en-chef de l'armée ottomane de ses opérations.

Art. III. Sa Majesté l'Empereur d'Autriche prend l'engagement de rétablir d'un commun accord avec le Gouvernement Ottoman, dans les Principautés, autant que possible, l'état des choses l'égal, tel qu'il résulte des privilèges assurés par la Sublime Porte relativement à l'administration de ces pays. Les autorités locales ainsi reconstituées ne pourront toutefois pas étendre leur action jusqu'a vouloir exercer un contrôle sur l'armée impériale.

Art. IV. La cour Impériale d'Autriche s'engage, en outre, à n'entrer vis-à-vis de la cour Impériale de Russie dans aucun plan d'accommodement qui n'aurait pas pour point de départ les droits souverains de Sa Majesté Impériale le Sultan, ainsi que l'intégrité de son empire.

Art. V. Dès que le but de la présente convention aura été atteint par la conclusion d'un traité de paix entre la Sublime Porte et la cour de Russie, Sa Majesté l'Empereur d'Autriche prendra aussitôt des arrangements pour retirer, dans le plus bref délai possible, ses forces du territoire des Principautés. Les détails concernant la retraite des troupes Autrichiennes formeront l'objet d'une entente spéciale avec la Sublime Porte.

Art. VI. Le Gouvernement d'Autriche s'attend à ce que les autorités des pays occupés temporairement par les troupes Impériales leur prêteront toute aide et facilité tant pour leur marche, leur logement ou campement, que pour leur subsistance et celle de leurs chevaux et pour leurs communications. Le Gouvernement Autrichien s'attend pareillement à ce que l'on fera droit à toute demande relative aux besoins du service, adressée par les commandants

Autrichiens soit au Gouvernement Ottoman par l'Internonciature Impériale à Constantinople, soit directement aux autorités locales, à moins que des raisons majeures n'en rendent la mise à exécution impossible.

Il est entendu que les commandants de l'armée Impériale veilleront au maintien de la plus stricte discipline pour leur troupes, et respecteront et feront respecter les propriétés, de même que les lois, le culte et les usages du pays.

Art. VII. La présente convention sera ratifiée et les ratifications seront échangées à Vienne dans l'espace de quatre semaines, ou plustôt si faire se peut, à partir du jour de la signature.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé leurs cachets.

Fait en double pour un seul et même effet à Boyadji-Keuy, le quatorze Juin mil huit cent cinquante-quatre.

(L. S.) *v. Bruck.* (L. S.) *Réchid.*

VII.

Réponse de la Russie

à la demande d'évacuation des Principautés.

Le $\frac{11}{29}$. Juin 1854.

M. le comte de Nesselrode au prince Gortschakoff envoyé de Russie à Vienne.

Mon prince,

Le comte Esterhazy m'a communiqué la dépêche par laquelle son cabinet nous engage à mettre un terme à la crise actuelle en évitant de pousser plus loin nos opérations transdanubiennes et en évacuant les Principautés dans temps aussi rapproché que possible.

En motivant ce désir sur les intérêts autrichiens et allemands que compromettrait la prolongation et l'extension de la lutte sur le Danube, M. le comte de Buol s'appuie sur ce que notre occupation des Principautés a été la cause principale de la guerre. Nous lui demanderons de faire à cet égard quelques réserves.

L'occupation des Principautés n'avait pas empêché les négociations de s'ouvrir et de se poursuivre. Ce n'est point elle qui a provoqué l'abandon de la note de Vienne, le rejet des propositions faites à Olmutz avec le concours et l'approbation de l'Autriche, non plus que le changement complet de toutes les bases antérieures de négociations; et si tous les essais de conciliation ont avorté depuis lors, le cabinet autrichien ne saurait méconnaître que cela à tenu à des incidents et à des motifs beaucoup plus complexes sur lesquels nous aimons mieux nous taire aujourd'hui, pour éviter des récriminations fâcheuses. Nous avons répondu par le silence à la sommation de la

France et de l'Angleterre parce qu'elle était d'une forme blessante, précédée de provocations ouvertes et dépourvue de toutes conditions de réciprocité; et si la guerre s'en est suivie, il serait juste d'en imputer la cause moins à la nature de notre réponse qu'au ton et aux termes qui l'ont provoquée.

Quoi qu'il en soit, si, dans l'opinion du gouvernement autrichien, l'occupation prolongée des Principautés a été le motif de la guerre, il devrait en résulter que cette occupation venant à cesser, la guerre cessera par le fait même, vu que les hostilités seront suspendues.

Le cabinet de Vienne est-il en mesure de nous en donner l'assurance?

Il ne saurait échapper à son attention que depuis le premier moment où la Porte nous a déclaré la guerre, depuis sourtout que le cercle de cette guerre, transporté hors de Turquie, dans nos mers et sur nos côtes, a été démesurément agrandi, l'occupation des Principautés, quel qu'ait pu être son caractère original, n'est plus devenue autre chose pour nous qu'une *position militaire*, dont le maintien ou l'abandon sont avant tout subordonnés à des considérations stratégiques. Il est simple, dès lors, qu'avant de nous dessaisir volontairement, par égard pour la situation de l'Autriche, du seul point où poussant l'offensive, il nous reste quelques chances de rétablir, en notre faveur, l'équilibre qui est partout ailleurs contre nous, nous sachions au moins quelles sécurités l'Autriche peut nous offrir; car, si les hostilités continuent, si les puissances dégagées de toute appréhension en Turquie, demeurent libres soit de nous poursuivre sur le territoire évacué, soit d'employer toutes leurs forces disponibles désormais, à envahir notre littoral asiatique ou européen afin de nous imposer des conditions inacceptables, il est évident que l'Autriche nous aurait demandé de nous affaiblir moralement et matériellement par un sacrifice en pure perte.

Exiger de la Russie qu'elle se mette entièrement à la merci de ses ennemis, quand ceux-ci ne dissimulent pas l'intention d'abattre ou de diminuer sa puissance, l'exposer à toutes les attaques qu'il leur conviendra de lui porter en la réduisant partout à la défensive, lui ôter enfin, au nom de la paix, tout moyen d'obtenir que cette paix ne soit pas pour elle ruineuse et déshonorante, serait un acte si contraire à toutes les lois de l'équité, à tous les principes d'honneur militaire, que, nous nous plaisons à le croire, pareille pensée n'a pu entrer un moment dans l'esprit de S. M. l'Empereur François-Joseph.

En nous communiquant le protocole du 9. Avril, la cour de Vienne appuie auprès de nous sur l'engagement positif qu'elle a pris envers les puissances occidentales, d'amener, par tous ses moyens, l'évacuation finale des Principautés; mais, en prenant cet engagement l'Autriche n'a pu s'interdire le choix du moyen qui lui paraîtrait le plus propre à remplir ses obligations, celui de mettre la Russie en état de procéder à l'évacuation avec honneur et sécurité pour elle. L'obligation même qu'elle a contractée lui donne, au contraire, le droit d'insister auprès des puissances, pour qu'elles n'entravent pas par leurs exigences le succès de ses efforts. Il en est de même des

intérêts de commerce autrichiens et allemands invoqués contre la prolongation ou l'extension de nos opérations militaires. Ils autorisent le cabinet de Vienne à user auprès des deux puissances des mêmes raisons qu'auprès de nous; car, si les intérêts de l'Autriche et de l'Allemagne entière peuvent souffrir momentanément de nos opérations sur le Danube, à plus forte raison souffrent-ils et bien plus gravement encore, comme ceux de tous les Etats neutres, de la situation amenée par les opérations maritimes de la France et de l'Angleterre dans l'Euxin, la mer du Nord et la mer Baltique.

Que le gouvernement autrichien veuille donc bien, en pesant mûrement ces considérations, s'expliquer vis-à-vis de nous au sujet des garanties de sûreté qu'il peut nous donner, et l'empereur, par déférence pour les voeux et les intérêts de l'Allemagne, serait disposé à entrer en négociation sur l'époque précise de l'évacuation. Le cabinet de Vienne peut d'avance être persuadé que Sa Majesté partage au même dégré que lui le désir de mettre plus tôt un terme à la crise qui pèse en ce moment sur toutes les situations européennes. Notre auguste maître veut encore, comme il a toujours voulu, la paix. Il ne veut, nous l'avons répété et le répétons encore une fois, ni prolonger indéfiniment l'occupation des Principautés, ni s'y établir d'une manière permanente, ni les incorporer à ses Etats, encore moins renverser l'empire ottoman. Sous ce rapport, il ne fait aucune difficulté de souscrire aux trois principes déposés dans le protocole du 9. Avril.

Intégrité de la Turquie: ce point n'a rien que de conforme à tout ce que nous avons énoncé jusqu'ici, et il ne sera point menacé par nous aussi longtemps qu'il sera respecté par les puissances qui occupent en ce moment les eaux et le territoire du Sultan.

Evacuation des Principautés; nous sommes prêts à y procéder moyennant les sécurités convenables.

Consolidation des droits des chrétiens en Turquie! partant de l'idée que les droits civils à obtenir pour tous les sujets chrétiens de la Porte sont inséparables des droits réligieux, comme le stipule le protocole, et deviendraient sans valeur pour nos coreligionnaires, si ceux-ci, en acquérant de nouveaux priviléges, ne conservaient pas les anciens, nous avons déjà déclaré que, s'il en était ainsi, les demandes que l'empereur a faites à la Porte seraient remplies, le motif du différend écarté et Sa Majesté prête à concourir à la garantie européenne de ces priviléges. Telles étant les dispositions de l'empereur sur les points capitaux indiqués dans le protocole, il nous semble, mon prince, que, pour peu qu'on veuille la paix sans arrière-pensée qui la rende impossible, il ne serait pas difficile d'y arriver sur cette triple base, ou du moins d'en préparer la négociation au moyen d'un armistice.

C'est l'espoir que Votre Excellence voudra bien exprimer au cabinet autrichien en lui donnant communication de cette dépêche.

Recevez, etc.

Signé: *Nesselrode.*

M. Drouyn de Lhuys à M. le baron de Bourqueney, ministre de l'Empereur à Vienne.

Paris, le 22. Juillet 1854.

Monsieur le baron,

J'ai reçu les dépêches que vous m'avez fait l'honneur de m'écrire jusqu'au n° 121, et votre dépêche télégraphique d'hier m'est également parvenue.

Quelque intérêt que doive nécessairement offrir au Gouvernement de Sa Majesté Impériale la double communication que vous m'annoncez, je n'ai pas besoin de l'attendre pour apprécier, en pleine connaissance de cause, la réponse du cabinet de Saint-Pétersbourg. Depuis plusieurs jours déjà, j'ai entre les mains ce document, qui a été, comme vous le savez, remis par M. le général Issakoff à tous les gouvernements qui s'étaient fait représenter dans les conférences de Bamberg, et l'Empereur, avant son départ pour Biarritz, a eu le temps de l'examiner et de me donner ses ordres.

Je n'objecterai que très-peu de mots au début de la dépêche de M. le comte de Nesselrode. La Russie persiste à rejeter sur les puissances occidentales la responsabilité d'une crise qu'elle a seule provoquée; elle s'en prend à la forme de leur sommation, et voit dans une démarche que ses actes avaient rendue nécessaire la cause déterminante de la guerre. C'est oublier un peu trop vite la série des longues et laborieuses négociations qui ont rempli l'année dernière; c'est ne pas tenir assez de compte des avertissements multipliés que la France et l'Angleterre avaient fait, sous toutes les formes, parvenir au cabinet de Saint-Pétersbourg; c'est, enfin, ne vouloir pas s'avouer que, du jour où les armées russes avaient envahi les Principautés du Danube, la paix était tellement compromise que les efforts les plus loyaux, les plus patients n'ont pu la sauver. Aussi, monsieur le baron, me bornerai-je à rappeler que la dépêche de M. le comte de Buol à M. le comte Esterhazy, celle même à laquelle répond M. le comte de Nesselrode, a rétabli, comme il le fallait, la vérité des rôles, et que la conférence de Vienne, dans le protocole du 9. Avril, a solennellement reconnu que la sommation adressée à la Russie par la France et l'Angleterre était fondée en droit. L'Europe a donc prononcé son jugement par les organes les plus accrédités, et cela nous suffit.

J'arrive maintenant à la partie politique de la communication russe. Ce qui me frappe tout d'abord, c'est qu'en n'attribuant à la démarche tentée par l'Autriche et soutenue par la Prusse qu'un caractère purement germanique, ces deux puissances ne sauraient se montrer satisfaites du résultat de leurs instances. La dépêche de M. le comte de Buol à M. le comte Esterhazy mettait en relief les deux points suivants:

1° La nécessité d'évacuer, dans un court délai, les Principautés du Danube;

2° L'impossibilité de subordonner cette évacuation, réclamée au nom des intérêts essentiels de l'Allemagne, à des conditions indépendantes de la volonté de l'Autriche.

Or, on ne fixe aucune limite à l'occupation de la Moldavie et de la Valachie, et l'on considère la proclamation d'un armistice comme la condition *sine qua non* de la retraite des armées envahissantes au delà du Pruth. Le préjudice que la Russie, selon le témoignage de l'Autriche et de la Prusse, porte à la Confédération germanique en ne rentrant point dans ses limites territoriales, subsiste, en conséquence, tout entier, et il s'aggrave non-seulement par sa durée, mais par la fin de non-recevoir dont les légitimes représentations qu'il avait soulevées viennent d'être l'objet.

Le cabinet de Saint-Pétersbourg, il est vrai, adhère, dit-il, aux principes posés dans le protocole du 9. Avril; mais la présence des troupes russes sur le sol ottoman enlève déjà à cette déclaration, que je veux examiner de près, la plus grande partie de sa valeur. L'évacuation des Principautés est, en effet, la condition première de l'intégrité de l'empire turc, et le fait de leur occupation constitue une violation flagrante du droit européen. La crise qui trouble le monde, je le répéterai d'autant plus que l'on cherche à le contester, dérive du passage du Pruth, et la Russie ne peut plus aujourd'hui subordonner aux exigences d'une position dans laquelle elle s'est mise de propos délibéré, la réparation préalable d'un acte que l'opinion générale a condamné. Je ne comprends pas, je l'avoue, ce que M. le comte de Nesselrode a voulu dire en annonçant que l'intégrité de l'empire ottoman *ne sera point menacée par la Russie tant qu'elle sera respectée par les puissances qui occupent en ce moment les eaux et le territoire du Sultan.* Quelle parité existe-t-il entre l'envahisseur et le protecteur? En quoi la présence des troupes alliées, réclamée par la Sublime Porte, autorisée par un acte diplomatique dont les effets doivent cesser d'un commun accord, a-t-elle une analogie quelconque avec l'entrée violente de l'armée russe sur le territoire ottoman?

Enfin, monsieur le baron, le paragraphe de la dépêche de M. le comte de Nesselrode qui concerne la situation des sujets chrétiens du Sultan signifie, ou je me trompe fort, que le cabinet de Saint-Pétersbourg place au nombre des anciens priviléges que les Grecs du rit oriental devraient conserver toutes les conséquences à la fois civiles et religieuses du protectorat qu'il revendiquait sur eux; et, en admettant que ce protectorat dût se fondre dans une garantie européenne, je cherche en vain comment l'indépendance et la souveraineté de la Sublime Porte pourraient coexister avec un semblable système. Le gouvernement de Sa Majesté impériale ne veut pas dire assurément que l'Europe puisse se montrer indifférente à l'amélioration du sort des rayas; il pense, au contraire, qu'elle doit couvrir ces populations de son active sollicitude et s'entendre pour encourager les bienveillantes dispositions du Sultan en leur faveur; mais il croit fermement que les réformes dont est susceptible le régime auquel sont soumises les diverses communautés de la Turquie ont besoin, pour être efficaces et salutaires, de procéder de l'initiative du gouvernement ottoman, et que, si leur accomplissement comporte une action étrangère, c'est une action amicale, se manifestant par un concours de bons

et sincères conseils, et non par une ingérence fondée sur des traités qu'aucun Etat ne saurait souscrire sans abdiquer son indépendance.

Cet examen de la réponse du cabinet de Saint-Pétersbourg, monsieur le baron, ne serait pas complet, si je ne remarquais que M. le comte de Nesselrode évite avec un soin extrême de faire la moindre allusion à celui de tous les passages du protocole du 9. Avril qui méritait le plus de fixer son attention, et le seul, à notre avis, qui ait une importance capitale, puisqu'il implique la nécessité d'une révision européenne des anciennes relations de la Russie avec la Turquie.

La France et l'Angleterre ne sauraient donc consentir à une suspension d'armes sur les vagues assurances données par M. le comte de Nesselrode, touchant les dispositions pacifiques du cabinet de Saint-Pétersbourg. Les sacrifices qu'ont faits les puissances alliées sont assez considérables, le but qu'elles poursuivent est assez grand pour qu'elles ne s'arrêtent pas en chemin, avant d'avoir la certitude de n'être pas obligées de recommencer la guerre. Les conditions particulières qu'elles mettront à la paix dépendent de trop d'éventualités pour qu'elles aient aujourd'hui à les indiquer, et, à cet égard, elles réservent leur opinion.

Toutefois, monsieur le baron, le gouvernement de Sa Majesté Impériale ne demande pas mieux que de faire connaître, dès à présent, quelques-unes des garanties qui lui paraissent indispensables pour rassurer l'Europe contre le retour d'une nouvelle et prochaine perturbation. Ces garanties résultent de la situation même qui a fait ressortir les dangers de leur absence.

Ainsi la Russie a profité du droit exclusif de surveillance que les traités lui conféraient sur les rapports de la Moldavie et de la Valachie avec la puissance suzeraine, pour entrer dans ces provinces comme s'il se fût agi de son propre territoire.

Sa position privilégiée sur l'Euxin lui a permis de fonder dans cette mer des établissements et d'y développer un appareil de forces navales qui, par le manque de tout contre-poids, sont une menace perpétuelle pour l'empire ottoman.

La possession sans contrôle de la principale embouchure du Danube par la Russie a créé à la navigation de ce grand fleuve des obstacles moraux et matériels qui affectent le commerce de toutes les nations.

Enfin les articles du traité de Kutchuk-Kainardji, relatifs à la protection religieuse, sont devenus, par suite d'une interprétation abusive, la cause originelle de la lutte que soutient aujourd'hui la Turquie.

Sur tous ces points, il y a de nouvelles règles à établir et d'importantes modifications à apporter au *statu quo ante bellum*. On peut dire, je crois, que l'intérêt commun de l'Europe exigerait:

1° Que le protectorat exercé jusqu'ici par la cour impériale de Russie sur les Principautés de Valachie, de Moldavie et de Servie, cessât à l'avenir, et que les priviléges accordés par les Sultans à ces provinces dépendantes

de leur empire fussent, en vertu d'un arrangement conclu avec la Sublime Porte, placées sous la garantie collective des puissances:

2° Que la navigation du Danube, à ses embouchures, fût délivrée de toute entrave et soumise à l'application des principes consacrés par les actes du congrès de Vienne;

3° Que le traité du 13. Juillet 1841 fût révisé de concert par les hautes parties contractantes, dans un intérêt d'équilibre européen et dans le sens d'une limitation de la puissance de la Russie dans la mer Noire;

4° Qu'aucune puissance ne revendiquât le droit d'exercer un protectorat officiel sur les sujets de la Sublime Porte, à quelque rit qu'ils appartiennent, mais que la France, l'Autriche, la Grande-Bretagne, la Prusse et la Russie se prêtassent leur mutuel concours pour obtenir de l'initiative du gouvernement ottoman la consécration et l'observance des priviléges religieux des diverses communautés chrétiennes, et mettre à profit, dans l'intérêt réciproque de leurs coreligionnaires, les généreuses intentions manifestées par S. M. le Sultan, sans qu'il en résultât aucune atteinte pour la dignité et l'indépendance de sa couronne.

La conférence, si elle se rassemble, reconnaîtra, je me plais à l'espérer, qu'aucune des idées que je viens d'exprimer ne s'écarte du protocole du 9. Avril, et qu'il était même difficile de renfermer dans des bornes plus modérées la recherche que la France, l'Autriche, la Grande-Bretagne et la Prusse se sont, à cette époque, engagées formellement à faire en commun au sujet des moyens les plus propres à consolider l'existence de la Turquie, en la rattachant à l'équilibre général de l'Europe. Les récentes communications de M. le baron de Hubner m'autorisent déjà à dire que l'opinion de M. le comte de Buol se rencontre avec la mienne, et qu'il envisage comme moi les garanties que l'Europe est en droit de demander à la Russie pour ne plus se trouver exposée au renouvellement des mêmes complications.

Telle est, monsieur le baron, la réponse que l'Empereur m'a ordonné de faire au contenu de la dépêche de M. le comte de Nesselrode. Vous voudrez bien remettre une copie de cette réponse à M. le comte de Buol et le prier, s'il y a lieu, de réunir la conférence pour en entendre aussi la lecture.

En résumé, le document émané du cabinet de Saint-Pétersbourg ne change absolument rien aux situations respectives, et, dans l'opinion du Gouvernement de Sa Majesté Impériale, il ne servira même qu'à les dessiner davantage. Puisque la Russie en est encore à faire connaître ses intentions d'une façon pratique et positive, la France et l'Angleterre persistent dans leur attitude de puissances belligérantes; et, puisque les Principautés n'ont point été évacuées, la Prusse et l'Autriche jugeront, sans doute, que les obligations résultant du traité du 20. Avril et fortifiées, en ce qui concerne le cabinet de Vienne, par son accord particulier avec la Sublime Porte, subsistent dans leur intégrité et sont arrivées à leur échéance.

Recevez, etc. Signé: *Drouyn de Lhuys.*

VIII.

Note

du Comte de Westmoreland (Baron de Bourqueney) au Comte Buol-Schauenstein.

Vienne le 8. Août 1854.

Le soussigné etc. a l'honneur d'annoncer au comte Buol etc., qu'il a reçu de son Gouvernement l'ordre de constater dans la présente note, qu'il résulte des pourparlers confidentiels échangés entre les cours de Vienne, de Paris et de Londres, conformément au passage du protocole du 9. Avril dernier par lequel l'Autriche, la France et la Grande-Bretagne, se sont en même temps que la Prusse, engagées à rechercher les moyens de rattacher l'existence de l'Empire Ottoman à l'équilibre général de l'Europe, que les trois Puissances pensent également que les rapports de la Sublime Porte avec la cour Impériale de Russie ne pourraient pas être retablies sur des bases solides et durables:

1. Si le protectorat exercé jusqu'à présent par la cour impériale de Russie sur les principautés de Valachie, de Moldavie et de Servie ne cesse pas a l'avenir, et si les privilèges accordés par les Sultans à ces provinces dépendantes de leur Empire ne sont pas placés sous la garantie collective des puissances, en vertu d'un arrangement à conclure avec la Sublime Porte et dont les dispositions règleraient en même temps toutes les questions de détail.

2. Si la navigation du Danube à ses embouchures n'est point délivrée de toute entrave, et soumise à l'application des principes consacrés par les actes du congrès de Vienne.

3. Si le traité du 13. Juillet 1841, n'est pas révisé de concert par toutes les hautes parties contractantes dans un intérêt d'équilibre Européen.

4. Si la Russie ne cesse de revendiquer le droit d'exercer un protectorat officiel sur les sujets de la Sublime Porte, à quelque rit qu'ils appartiennent, et si la France, l'Autriche, la Grande-Bretagne, la Prusse et la Russie, ne se prêtent leur mutuel concours pour obtenir de l'initiative du gouvernement Ottoman la consécration et l'observance des privilèges réligieux des diverses communautés chrétiennes et mettre à profit, dans l'intérêt commun de leurs coreligionnaires, les généreuses intentions manifestées par Sa Majesté le Sultan sans qu'il en résulte aucune atteinte pour sa dignité et l'indépendance de sa couronne.

Le soussigné en outre est autorisé à déclarer que le Gouvernement de Sa Majesté la Reine de Grande-Bretagne, tout en se réservant de faire connaitre en temps utile les conditions particulières qu'il pourrait mettre à la conclusion de la paix avec la Russie, et d'apporter à l'ensemble des garanties ci-dessus spécifiées telle modification que la continuation des hostilités rendrait nécessaire, est décidé à ne discuter et à ne prendre en considération aucune proposition du cabinet de St. Pétersbourg qui n'impliquerait point de sa part

une adhésion pleine et entière aux principes sur lesquels il est déjà tombé d'accord avec les Gouvernements de Sa Majesté l'Empereur d'Autriche et de Sa Majesté l'Empereur des Français.

Le soussigné etc.

Signé: *Westmoreland.*

Note

du Comte Buol-Schauenstein au Comte de Westmoreland (Baron de Bourqueney).

Vienne le 8. Août 1854.

Le soussigné, ministre des affaires étrangères etc. de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, s'empresse d'accuser réception à sa Seigneurie le comte de Westmoreland etc., de la note qu'elle lui a fait l'honneur de lui adresser en date du 8 de ce mois, et de constater à son tour qu'il résulte des pourparlers confidentiels échangés entre les cours de Vienne, de Paris et de Londres, conformément au passage du protocole de 9. Avril dernier par lequel l'Autriche, la France et la Grande-Bretagne se sont, en même temps que la Prusse, engagées à rechercher les moyens de rattacher l'existence de l'empire Ottoman à l'équilibre général de l'Europe, que les trois puissances pensent également que les rapports de la Sublime Porte avec la cour Impériale de Russie ne pourraient pas être rétablis sur des bases solides et durables:

I. Si le protectorat exercé jusqu'à présent par la cour Impériale de Russie sur les principautés de Valachie, de Moldavie et de Servie ne cesse pas à l'avenir, et si les privilèges accordés par les Sultans à ces provinces dépendantes de leur empire ne sont pas placés sous la garantie collective des puissances, en vertu d'un arrangement à conclure avec la Sublime Porte et dont les dispositions régleraient en même temps toutes les questions de détail.

II. Si la navigation du Danube à ses embouchures n'est point délivrée de toute entrave, et soumise à l'application des principes consacrés par les actes du congrès de Vienne.

III. Si le traité du 13. Juillet 1841, n'est pas révisé de concert par toutes les hautes parties contractantes dans un intérêt d'équilibre Européen.

IV. Si la Russie ne cesse de revendiquer le droit d'exercer un protectorat officiel sur les sujets de la Sublime Porte à quelque rit qu'ils appartiennent, et si l'Autriche, la Grande-Bretagne, la France, la Prusse et la Russie, ne se prêtent leur mutuel concours pour obtenir de l'initiative du gouvernement Ottoman la consécration et l'observance des privilèges religieux des diverses communautés chrétiennes, et mettre à profit, dans l'intérêt commun de leurs coreligionnaires, les généreuses intentions manifestées par Sa Majesté

le Sultan, sans qu'il en résulte aucune atteinte pour la dignité et l'indépendance de sa Couronne.

Le soussigné est en outre autorisé à déclarer que son gouvernement prend acte de la détermination de l'Angleterre et de la France de ne pas entrer avec la cour impériale de Russie dans aucun arrangement qui n'impliquerait point de la part de la dite cour une adhésion pleine et entière aux quatre principes ci-dessus énumérés, et qu'il accepte pour lui-même l'engagement de ne traiter que sur ces bases, en se réservant toutefois la libre appréciation des conditions qu'il mettrait au rétablissement de la paix s'il venait lui-même à être forcé de prendre part à la guerre.

Le soussigné etc.

Signé: *Buol.*

IX.

Traité d'alliance

entre l'Autriche, la France et l'Angleterre

conclu à

VIENNE

le 2. Décembre 1854.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Sa Majesté l'Empereur des Français et Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande, animées du désir de mettre fin le plus tôt possible à la guerre actuelle, par le rétablissement de la paix générale sur des bases solides, donnant à l'Europe entière toute garantie contre le retour des complications qui ont si malheureusement troublé son repos; convaincues que rien ne serait plus propre à assurer ce résultat que l'union complète de leurs efforts jusqu'à l'entière réalisation du but commun qu'Elles se sont proposé, et reconnaissant, en conséquence, la nécessité de s'entendre aujourd'hui sur leurs propositions respectives et les prévisions de l'avenir, ont résolu de conclure entr' Elles un Traité d'Alliance, et ont nommé à cet effet pour leurs plénipotentiaires: Sa Majesté l'Empereur d'Autriche: Le Sieur Charles Comte du Buol-Schauenstein etc.; Sa Majesté l'Empereur des Français: Le Sieur François Adolphe Baron de Bourqueney etc., et Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de Grand-Bretagne et d'Irlande: Le très-honorable Jean Fane, Comte de Westmoreland etc.

Lesquels s'étant communiqué leurs pleins-pouvoirs et les ayant trouvés en bonne et dûe forme, ont arrêté et signé les Articles suivans:

Art. I. Les hautes parties contractantes rappellent les déclarations contenues dans les protocoles du 9. Avril et du 23. Mai de l'année courante et

dans les notes échangées le 8. Août dernier, et comme Elles se sont réservé le droit de proposer, selon les circonstances, telles conditions qu'Elles pourraient juger nécessaires dans un intérêt européen, Elles s'obligent mutuellement et réciproquement à n'entrer dans aucun arrangement avec la Cour Impériale de Russie avant d'en avoir délibéré en commun.

Art. II. Sa Majesté l'Empereur d'Autriche ayant fait occuper par ses troupes, en vertu du traité conclu le 14. Juin dernier avec la Sublime Porte, les Principautés de Moldavie et de Valachie, il s'engage à défendre la frontière des dites Principautés contre tout retour des forces russes; les troupes Autrichiennes occuperont à cet effet les positions nécessaires pour garantir ces Principautés contre toute attaque. Sa Majesté l'Empereur des Français et Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande ayant également signé le 12. Mars avec la Sublime Porte un traité qui les autorise à diriger leurs forces sur tous les points de l'Empire Ottoman, l'occupation susmentionnée ne saurait porter préjudice au libre mouvement des troupes Anglo-françaises ou Ottomanes sur ces mêmes territoires contre les forces militaires ou le territoire de la Russie. Il sera formé à Vienne entre les Plénipotentiaires de l'Autriche, de la France et de la Grande-Bretagne une Commission, à laquelle la Turquie sera invitée à adjoindre aussi un plénipotentiaire et qui sera chargée d'examiner et de régler toutes les questions se rapportant soit à l'état exceptionnel et provisoire dans lequel se trouvent les dites Principautés, soit au libre passage des diverses armées sur leur territoire.

Art. III. Les hostilités venant à éclater entre l'Autriche et la Russie, Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Sa Majesté l'Empereur des Français et Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande se promettent mutuellement Leur Alliance offensive et défensive dans la guerre actuelle, et employeront à cet effet, selon les nécessités de la guerre, des forces de terre et de mer, dont le nombre, la qualité et la destination seront, s'il y a lieu, déterminés par des arrangemens subséquents.

Art. IV. Dans le cas prévu par l'article précédent les hautes parties contractantes se promettent réciproquement de n'accueillir de la part de la Cour Impériale de Russie, sans s'en être entendues entr' Elles, aucune ouverture, ni aucune proposition tendant à la cessation des hostilités.

Art. V. Dans le cas où le rétablissement de la paix générale sur les bases indiquées dans l'art. I, ne serait point assuré dans le cours de la présente année, Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Sa Majesté l'Empereur des Français et Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande délibéreront sans retard sur les moyens efficaces pour obtenir l'objet de Leur Alliance.

Art. VI. l'Autriche, la France et la Grande-Brétagne porteront ensemble le présent traité à la connaissance de la Cour de Prusse, et recevront avec empressement son adhésion, dans le cas où elle engagerait sa coopération à l'accomplissement de l'oeuvre commune.

Art. VII. Le présent traité sera ratifié, et les ratifications seront échangées à Vienne dans l'espace de quinze jours.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Vienne, le 2. Décembre l'an de grâce 1854.

Buol-Schauenstein.	*Bourqueney.*	*Westmoreland.*
(L. S.)	(L. S.)	(L. S.)

I.

Acte d'accession

du Roi de Sardaigne à la convention conclue à Londres le 10. Avril 1854.

Turin, le 26. Janvier 1855.

Sa Majesté le Roi de Sardaigne voulant donner à leurs Majestés l'Empereur des Français et la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande toutes les preuves de l'amitié et de confiance qui sont en son pouvoir, a autorisé le soussigné pour, en son nom, donner acte de cette accession. En conséquence le soussigné etc. ministre des affaires étrangères: „Declare que S. M. Sarde accède par le présent acte à la susdite convention en celles de ses clauses dont l'objet n'est pas encore rempli,

„et s'engage notamment à se concerter lorsque besoin sera, avec Sa „Majesté l'Empereur des Français et Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de „la Grande-Bretagne et d'Irlande, pour procéder conformément à l'article 2. „à la conclusion des arrangements de détail qui régleraient l'emploi de ses „forces de terre et de mer, et détermineraient les conditions et le mode de „leur coopération avec celles de la France et de la Grande-Bretagne."

Le présent acte d'accession sera ratifié aussitôt après la remise de l'acte d'acceptation et l'échange des ratifications aura lieu à Turin.

Signé: *C. Cavour.* *Guiche.* *James Hudson.*

Convention militaire

entre S. M. le Roi de Sardaigne, S. M. l'Empereur des Français et S. M. la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande.

Turin, le 26. Janvier 1855.

Sa Majesté le Roi de Sardaigne ayant accédé au traité d'alliance conclu et signé à Londres le 10. Avril 1854 entre leurs Majestés l'Empereur des Français et la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, et s'étant engagée à se concerter lorsque besoin sera avec leurs dites Majestés

pour procéder, conformément à l'article 2. du traité du 10. Avril, à la conclusion des arrangements de détail, qui régleraient l'emploi de ses forces de terre et de mer, et détermineraient les conditions et la mode de leur coopération avec celles de la Grande-Bretagne et de la France; Leurs Majestés le Roi de Sardaigne, la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, et l'Empereur des Français ont en conséquence résolu de conclure une convention militaire destinée à régler les conditions et le mode de la coopération des troupes Sardes avec celles de la France et de la Grande-Bretagne, et ont nommé à cet effet pour leurs plénipotentiaires respectifs, savoir:

Sa Majesté le Roi de Sardaigne le comte Camille de Cavour, chevalier grand'-croix, décoré du grand cordon de l'ordre des St. Maurice et Lazare, grand'-croix de l'ordre impérial de la Légion d'Honneur de France etc., président du conseil des ministres et son ministre des affaires étrangères;

Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande le sieur James Hudson, chevalier de l'ordre du Bain, son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi de Sardaigne;

Sa Majesté l'Empereur des Français le duc de Guiche, officier de l'ordre impérial de la Légion d'Honneur, grand'-croix de l'ordre royal de Frédéric de Wurtemberg etc. son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi de Sardaigne;

Lesquels s'étant réciproquement communiqué leurs pleins-pouvoirs trouvés en bonne et dûe forme, ont arrêté et signé les articles suivans:

Art. I. Sa Majesté le Roi de Sardaigne fournit pour les besoins de la guerre un corps d'armée de quinze mille hommes, organisé en cinq brigades, formant deux divisions et une brigade de réserve, sous le commandement d'un général Sarde.

Art. II. Aussitôt après l'échange des ratifications de la présente convention on procèdera immédiatement à la formation de ce corps et à l'organisation des services administratifs pourqu'il puisse être prêt à partir le plutôt possible.

Art. III. En exécution de l'article I. de la présente convention, le corps d'armée de Sa Majesté le Roi de Sardaigne sera composée d'infanterie, de cavallerie et d'artillerie proportionellement à sa force effective.

Art. IV. Sa Majesté le Roi de Sardaigne s'engage à maintenir le corps expéditionnaire au chiffre de quinze mille hommes par l'envoi successif et régulier des renforts nécessaires.

Art. V. Le gouvernement Sarde pourvoira à la solde et au subsistance de ses troupes. Les hautes parties contractantes se concerteront pour assurer et faciliter à l'armée Sarde l'approvisionnement de ses magasins.

Art. VI. Leurs Majestés l'Empereur des Français et la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande se garantissent l'intégrité des états de Sa Majesté le Roi de Sardaigne et s'engagent à les défendre contre toute attaque pendant la durée de la présente guerre.

La présente convention sera ratifiée et les ratifications seront échangées à Turin le plutôt que faire se pourra.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Turin, le 26. Janvier de l'an de grâce 1855.

Signé: *C. Cavour. Guiche. James Hudson.*

Convention supplémentaire

à la convention militaire entre S. M. le Roi de Sardaigne, S. M. l'Empereur des Français et S. M. la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande.

Turin, le 26. Janvier 1855.

Sa Majesté le Roi de Sardaigne et Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande désirant faciliter l'exécution de la convention militaire, signée aujourd'hui entre Sa Majesté Britannique, Sa Majesté l'Empereur des Français et Sa Majesté le Roi de Sardaigne, ont décidé de conclure une convention supplémentaire à la convention ci-dessus nommée et à cet effet elles ont nommée pour leurs plénipotentiaires, à savoir:

Sa Majesté le Roi de Sardaigne, le comte Camille Bonse de Cavour, président du conseil des ministres et son ministre des affaires étrangères, chevalier Grand'-Croix de l'ordre des St. Maurice et Lazare, chevalier Grand'-Croix de l'ordre impérial de la Légion d'Honneur etc.

Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le sieur James Hudson, chevalier du très-honorable Ordre du Bain, son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire auprès de Sa Majesté le Roi de Sardaigne etc., lesquels, après s'être réciproquement communiqué leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et dûe forme, ont arrêté et signé les articles suivans:

Art. I. Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande s'engage à recommander à son Parlement de la mettre à même d'avancer à Sa Majesté le Roi de Sardaigne, au moyen d'un emprunt, la somme d'un million de livres sterlings, dont cinq-cent-mille livres seront payées par Sa Majesté le plutôt possible, dès que son Parlement aura donné son consentement, et les autres cinq-cent-mille livres six mois après le paiement de la première somme.

Sa Majesté Britannique s'engage en outre à recommander à son Parlement, de la mettre à même, si la guerre ne sera pas finie à l'expiration de douze mois après le paiement du premier terme de l'emprunt sus-énoncé, d'avancer à Sa Majesté le Roi de Sardaigne dans les mêmes proportions, une somme égale d'un million de livres sterlings.

Art. II. L'intérêt à payer sur le dit emprunt ou emprunts par le Gouvernement Sarde sera en raison du 4 pCt. par ans dont 3 pCt. à titre d'intérêts et 1 pCt. pour fond d'amortissement. Les intérêts susdits seront comptés

à partir du jour où l'on en fera le paiement à compte de l'emprunt ou des emprunts, et seront payés par semestre: le premier paiement devra être fait quinze jours après l'expiration des six mois, à partir du paiement du premier terme de l'emprunt, et ainsi successivement.

Art. III. Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande se chargera du transport gratuit des troupes Sardes.

Art. IV. La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Turin le plutôt que faire se pourra. En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention, et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Turin le 26. du mois de Janvier de l'an de grâce mille-huit-cent-cinquante-cinq.

Signé: *C. Cavour.* *Hudson.*

XI.

Actenstücke

über das Verhältniss des deutschen Bundes zur orientalischen Frage.

Erklärung Preussens und Oestreichs am Bundestag

24. Mai 1854.

Als am 10. November v. J. die im Orient entstandenen Verwicklungen in dieser hohen Versammlung besprochen wurden, war der Krieg zwischen Russland und der Türkei zwar bereits ausgebrochen, allein die Cabinete von Wien und Berlin konnten sich noch der Hoffnung hingeben und dieselbe aussprechen, dass es den vereinten Bemühungen der europäischen Mächte gelingen würde, eine Verständigung zwischen den kriegführenden Theilen herbeizuführen und dem übrigen Europa die Segnungen des Friedens zu erhalten.

Diese Hoffnung ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Frankreich und Grossbritannien nehmen als Bundesgenossen der Türkei am Krieg gegen Russland Theil, und Oestreich, das damals seine friedlichen Hoffnungen sogar durch eine Verminderung seiner Heeresbereitschaft bekräftigte, hat es jetzt für nöthig geachtet, bedeutende Streitkräfte an den südöstlichen Grenzen des Reiches aufzustellen.

Die hohe Bundesversammlung wird eine erschöpfende Darlegung der Verhandlungen und Thatsachen nicht erwarten, welche der gegenwärtigen Sachlage vorausgegangen sind. Dieselben gehören theils der allgemeinen Oeffentlichkeit an, theils sind sie zur Kenntniss der einzelnen deutschen Regierungen gebracht worden. Wenige Bemerkungen werden genügen, um den Standpunct zu bezeichnen und zu rechtfertigen, von welchem aus Oestreich

und Preussen die gegenwärtige Eröffnung ihren hohen Verbündeten machen zu müssen glauben.

Beide Cabinete begegneten sich mit denen von Paris und London in der Ueberzeugung, dass der Streit zwischen Russland und der Türkei sich nicht verlängern könne, ohne die allgemeinen Interessen Europas und also auch die ihrer eigenen Staaten zu berühren. Sie erkannten gemeinschaftlich an, dass die Erhaltung der Integrität des türkischen Reichs und der Unabhängigkeit der Regierung des Sultans eine nothwendige Bedingung des politischen Gleichgewichts sei und in keinem Falle der Krieg eine Veränderung im Territorialbestand zur Folge haben könne. Die beiderseitigen Erklärungen und Versicherungen der kriegführenden Theile boten der vermittelnden Thätigkeit der vier in der Conferenz in Wien vertretenen Mächte Aussicht auf Erfolg dar. Die Einzelnheiten dieser Verhandlungen und die Gründe ihres Nichterfolgs gehen aus den fünf Protocollen dieser Conferenz hervor, welche der hohen Bundesversammlung hiemit übergeben werden. Das letzte derselben bezeugt, dass, wenn gleich Frankreich und Grossbritannien inzwischen in den Kriegszustand mit Russland eingetreten sind, die vier Cabinete unveränderlich an den früher von ihnen gemeinschaftlich ausgesprochenen Grundsätzen festhalten und sich über das Princip geeinigt haben, sich gemeinschaftlich über die geeigneten Mittel zur Erreichung der Zwecke ihres Einvernehmens zu berathen.

Die allerhöchsten Höfe von Wien und Berlin haben aber in diesen ernsten Verhältnissen eine erhöhte Aufforderung erkannt, die Beziehungen engsten Vertrauens und vielbewährter Freundschaft, welche dieselben mit einander verknüpfen, zur gewissenhaften Prüfung der Gefahren zu benutzen, die im Kreise ihrer Macht aus dem gegenwärtigen Zustand erwachsen und einer nachhaltigen Abhülfe bedürfen. Sie haben nicht verkennen können, dass die Fortdauer der militärischen Machtentfaltung Russlands an der unteren Donau nicht nur mit den wichtigsten nachbarlichen Interessen Oestreichs, sondern auch mit denen Deutschlands unvereinbar ist. Nicht nur würden dadurch die bestehenden politischen Machtverhältnisse in einer für Deutschland nachtheiligen Weise bedroht, sondern auch die natürliche Entwicklung seiner materiellen Wohlfahrt in empfindlichster Weise beeinträchtigt werden.

Von dieser Ueberzeugung geleitet, wenden die Höfe von Oestreich und Preussen sich vertrauensvoll an ihre deutschen Bundesgenossen. Sie haben bereits den einzelnen Regierungen ihre innige Ueberzeugung ausgesprochen — und halten es für Pflicht, dies auch im Kreise der Bundesversammlung zu thun, — dass die Interessen, für welche sie inmitten der obschwebenden Verwicklung einstehen, ihrer Wesenheit nach zugleich gemeinsame Interessen des gesammten Deutschlands sind. Es erscheint ihnen als eine Forderung der politischen Stellung Deutschlands, als ein Element seiner erhaltenden Politik und als eine Bedingung der natürlichen Entfaltung seines Nationalreichthums, dass in den Ländern der untern Donau geordnete und den Interessen des mittleren Europas entsprechende Zustände bestehen. Der

Industrie und dem Handel Deutschlands eröffnet sich im Orient ein weites und fruchtbares Feld des Wetteifers mit andern Nationen, ein Gebiet, das für die Verwerthung deutscher Intelligenz und Arbeitskraft um so grössere Wichtigkeit gewinnen muss, je rascher die Entwicklung der allgemeinen Culturzustände und Verkehrsverhältnisse fortschreitet. Die materiellen Interessen Deutschlands sind in der Richtung der grossen Wasserstrasse nach dem Osten des mächtigsten Aufschwungs fähig, und es ist daher ein allgemein deutsches Anliegen, die Freiheit des Donauhandels möglichst gesichert und die naturgemässe Belebung der Verkehrswege nach dem Orient nicht durch Beschränkungen zurückgedrängt zu sehen.

Vor Allem aber betrachten es die beiden Mächte nicht nur als das gemeinsame hohe Interesse, sondern auch als eine unverbrüchliche politische Pflicht der Regierungen des deutschen Bundes, mit vereinter Kraft darüber zu wachen, dass nicht in Folge des gegenwärtigen Krieges die bestehenden Machtverhältnisse der europäischen Grossstaaten zum Nachtheile Deutschlands verändert werden. Wenn der deutsche Bund gegründet wurde, damit das nationale Band der Deutschen erhalten werde und Deutschland in seinen äusseren Verhältnissen als eine in politischer Einheit verbundene Gesammtmacht bestehe, so wird sich die Kraft des Bundes zumeist in grossen europäischen Krisen zu bewähren haben, die in ihrer Tragweite über jede locale Gefahr hinausreichen und je nach ihrem Ausgang den Rang, den die Völker künftig unter sich einnehmen werden, bestimmen.

Die engverbündeten Höfe von Oestreich und Preussen glauben, indem sie ihren Standpunkt als europäische Mächte in der gegenwärtigen Weltlage wahrten, zugleich ihre Aufgabe als Mitglieder des deutschen Bundes getreu erfüllt zu haben. Sie dürfen daher das feste Vertrauen haben, dass ihre hohen Bundesgenossen insgesammt bereit sein werden, der von ihnen gemeinschaftlich eingenommenen Stellung sich anzuschliessen. Ihre Aufgabe ist in diesem Augenblick noch die der Vorbereitung für alle Eventualitäten und die beiden erhabenen Monarchen werden gewiss sich glücklich schätzen, wenn die kommenden Ereignisse die Nothwendigkeit eines activen Einschreitens nicht mit sich bringen werden. Die letzte Entscheidung gehört hierin der Zukunft noch an, und Oestreich und Preussen können nicht beabsichtigen, dem Urtheil ihrer Verbündeten darüber vorzugreifen, was schon in der jetzigen Lage der Dinge die im gemeinsamen Interesse Deutschlands gebotene Vorsicht erheischt. Ein doppelter Zweck liegt aber jedenfalls bereits ihrer heutigen Mittheilung zu Grunde. Sie hegen für sich selbst den lebhaften Wunsch, die beruhigende Gewissheit zu erlangen, dass die Haltung, welche sie bei der immer ernsteren Gestaltung der schwebenden Frage beobachtet haben, der Billigung ihrer deutschen Bundesgenossen sich erfreue. Es stellt sich ihnen sodann für Deutschland als das dringendste Bedürfniss dar: dass durch das verfassungsmässige Organ des Willens und Handelns des Bundes der Entschluss aller seiner Mitglieder sich kundgebe, kräftig und treu in den Prüfungen zusammen zu stehen, welche die nächste Zukunft dem gemeinsamen

Vaterlande bringen kann. Je mehr Deutschland in verbürgter Einigkeit und seiner ungetheilten Kraft sich zeigen wird, mit um so grösserem Nachdruck wird es die ihm angewiesene Stellung ehrenvoll behaupten und zur Förderung des Weltfriedens wirksam beitragen können.

Frankfurt, den 24. Mai 1854.

Bamberger Note

3. Juni 1854.

Der Unterzeichnete hat nicht verfehlt, die geehrte Note vom . . . und deren Beilagen, wodurch es dem k. k. (k. preussischen) Gesandten gefällig war, im Auftrage seines höchsten Hofes das unterm 20. April d. J. zwischen Oestreich und Preussen abgeschlossene Schutz- und Trutzbündniss der diesseitigen Regierung mitzutheilen, so wie die darauf bezüglichen ferneren Erklärungen des kaiserl. (königl.) Cabinets Sr. Majestät dem König seinem allergnädigsten Herrn (mutatis mutandis) zu unterbreiten. Seine Majestät haben von dieser Eröffnung mit aufrichtigem Dank und mit lebhafter Befriedigung Kenntniss genommen und den Unterzeichneten beauftragt, dieselbe in Nachstehendem zu erwidern. Mit Abschluss des Bündnisses vom 20. April sieht die königl. Regierung die Hoffnung erfüllt, welche inmitten der ernsten Verwicklungen des Augenblicks sämmtliche Regierungen Deutschlands beleben und aufrichten musste. Die innige Eintracht Oestreichs und Preussens ist dadurch auf's neue besiegelt, und mit freudiger Zuversicht theilt die königl. Regierung die Ueberzeugung, dass das abgeschlossene Bündniss auch in seiner weiteren Ausdehnung deutsche Einheit, Treue und Kraft zum Segen des gemeinsamen Vaterlandes in heilbringender Weise bethätigen werde. So wie der ausgesprochene Wille der hohen Contrahenten, die Rechte und Interessen Deutschlands gegen alle und jede Beeinträchtigung zu schützen, nicht verfehlen kann, sämmtliche Genossen des deutschen Bundes unter das gemeinsame Banner der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit Deutschlands zu schaaren, so begrüsst die königl. Regierung auch in dem geschlossenen Vertrag mit besonderer Genugthuung ein neues Unterpfand derjenigen Anschauung, welche das Gebiet deutscher Interessen und deutscher Verpflichtungen nicht auf den engen Kreis der rein deutschen Besitzungen der zwei mächtigsten Bundesgenossen beschränkt sehen will. Die königl. Regierung erkennt in der gemäss Art. IV. des Bündnisses an sie ergangenen Einladung zum Beitritt einen werthvollen Beweis bundesfreundlicher Gesinnung und glaubt daher, jene Aufforderung zunächst durch eine Erklärung dahin beantworten zu sollen, welches Votum sie in der Bundesversammlung abgeben werde, in deren Mitte die Vorlage des Bündnisses erwartet werden darf. Sie hält sich zu dieser Auffassung schon durch die im Art. IV. enthaltene Hinweisung auf Art. XLVII. der Wiener Schlussacte, welcher in Verbindung mit Art. XL. derselben Acte den einschlagenden Modus der Abstimmung in der Bundesversammlung vorschreibt, sowie durch die Betrachtung berechtigt, dass der Art. III. für die

beitretenden Staaten Verpflichtungen in Aussicht stellt, deren Uebernahme bundesverfassungsmässig an die Zustimmung des Bundes geknüpft sein würde. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, lag es der Regierung ob, die einschlägigen Bestimmungen der Bundesgrundgesetze im Zusammenhalte mit dem vorgelegten Bündniss zu prüfen. Hiebei konnte dieselbe nur zu der Ansicht gelangen, dass die im Art. II. des letzteren hervorgehobene und im Zusatzartikel näher ausgeführte Eventualität durch die Bundesgrundgesetze nicht vorgesehen sei, sondern dass nach den Bestimmungen des Art. XLVI. der Wiener Schlussacte der Bund durch die Ausführung des östreichisch-preussischen Bündnisses an sich nicht berührt werden würde, vielmehr, wie auch von den hohen proponirenden Höfen anerkannt worden, es sich um eine Erweiterung der bundesrechtlichen Verpflichtungen, um ein darüber hinausgehendes Eintreten des Bundes handelt. Die königliche Regierung, und gewiss die Gesammtheit der Bundesgenossen, kann darüber nicht im Zweifel sein, dass der von den hohen Contrahenten im Art. II. ausgesprochene Zweck des Bündnisses und durch die Zeitumstände verstärkte Wichtigkeit dieses Zweckes dem Bunde und dessen Mitgliedern die Pflicht auferlegen, ihre Aufgabe auf einem höhern Standpuncte als dem des Buchstabens der Grundgesetze zu suchen und überall da mit allen Kräften einzustehen, wo das Gesammtinteresse Deutschlands bedroht erscheint. Ob und wie weit dieses Interesse die Uebernahme ausgedehnterer Verpflichtungen erheische, wird der Bund zu prüfen haben. In dieser Beziehung kann sich die königl. Regierung des Zweifels darüber nicht entschlagen, ob die im ersten Absatze des einzigen Artikels im Zusatzartikel enthaltenen Bestimmungen, welche Oestreich und Preussen in ihrer Eigenschaft als europäische Grossmächte vereinbart haben, auch der Stellung und Aufgabe des deutschen Bundes in gleicher Weise entsprechend seien, sofern nicht die Aufforderung, welche den Rückzug der einen kriegführenden Macht bezweckt, durch die Voraussetzung gleichmässiger Einstellung der Feindseligkeiten zu Lande und Wasser und des entsprechenden Rückzugs der andern Mächte vervollständigt wird. Durch eine solche Ergänzung würde wohl ebenso die Herstellung des Friedens erleichtert werden, als der Wahrung der deutschen Interessen im Orient nach allen Seiten hin Genüge geschehen, und die unter obiger Voraussetzung dennoch erfolgende Ablehnung jener Aufforderung auch für Deutschland einen Anlass zur Dazwischenkunft begründen. Die königl. Regierung giebt sich daher gern der Hoffnung hin, dass die hohen contrahirenden Cabinete sich in der Lage befinden werden, in diesem Puncte der Bundesversammlung solche Eröffnungen zu machen, welche die diesseitige Regierung in den Stand setzen, dafür zu stimmen, dass der Bund sich auch diesen Theil des Bündnisses aneigne. Zu besonderer Beruhigung gereicht es der königl. Regierung, aus dem zweiten Absatze des einzigen Artikels zu ersehen, dass die daselbst in Aussicht genommene, das weitere Verfahren bedingende Antwort, Gegenstand der Erwägung von Seiten der beiden Cabinete sein wird, wodurch zugleich dem accedirenden Bunde eine entsprechende Betheiligung geboten wird. Die

königl. Regierung setzt hierbei als sich von selbst verstehend voraus, dass der deutsche Bund nach erfolgtem Beitritt zum Bündniss bei allen ferneren Verhandlungen in seiner Eigenschaft als Gesammtmacht durch eigene Bevollmächtigte vertreten sein wird, — wie denn eine solche Betheiligung in Bezug auf die späteren Friedensverhandlungen durch Art. XLIX. der Wiener Schlussacte ohnehin als gesichert betrachtet werden darf. — Die königl. Regierung hofft, dass diese Betheiligung des Bundes dazu beitragen wird, neben der Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes auch die übrigen deutschen Interessen zu wahren, welche theils die materielle Wohlfahrt des Gesammtvaterlandes, die Blüthe des deutschen Handels und Gewerbfleisses umfassen, theils auf religiösen und nationalen Sympathien ruhen. Zu jenen rechnet die königl. Regierung die vollständige Freiheit der Schifffahrt und des Handels auf den Gewässern, welche zum schwarzen Meere führen; zu diesen einen wirksamen allseitig verbürgten Schutz der unter der türkischen Herrschaft lebenden christlichen Bevölkerung und nicht minder die schon dem Grundsatz der Erhaltung der territorialen Verhältnisse des Orients entsprechende unverletzte Fortdauer des Königreiches Griechenland, dessen deutsche Dynastie gerechte Ansprüche auf eine warme Theilnahme Deutschlands hat. Indem die königl. Regierung nun der gefälligen Vorlage des Bündnisses vom 20. April d. J. an die Bundesversammlung nebst einer Erklärung über die hier entwickelten Grundlagen für den Beitritt des Bundes entgegensieht, hegt sie den aufrichtigen Wunsch, durch Beschleunigung dieses Beitritts die volle Uebereinstimmung und das innige Zusammenhalten des gesammten Deutschlands unter den Gefahren der Gegenwart bethätigt zu sehen. So bereitwillig die königl. Regierung jedes hiefür nöthige Opfer bringen wird, schliesst sie sich lebhaft dem von den hohen contrahirenden Höfen ausgesprochenen Wunsch an, dass es ihnen gelingen möge, jede Betheiligung an dem ausgebrochenen Kriege zu vermeiden, und zugleich zur Wiederherstellung des allgemeinen Friedens beizutragen. Sie hält fest an der Zuversicht, dass den hierauf gerichteten Bestrebungen Oestreichs und Preussens der gehoffte Erfolg nicht fehlen wird, wenn dieselben die vereinte Machtstellung ihrer Staaten und des deutschen Bundes in das Gewicht der Vermittlung legen und den kriegführenden Theilen, welche selbst sich zu friedlichen Absichten bekennen, eine nach beiden Seiten hin billige Ausgleichung darbieten. Der Unterzeichnete ersucht den Herrn Gesandten etc., vorstehende Erklärungen zur Kenntniss seiner höchsten Regierung bringen zu wollen, und benützt etc.

Den 3. Juni 1854.

Bundestagsbeschluss vom 24. Juli 1854 über den Beitritt zum Aprilbündniss.*)

Die deutsche Bundesversammlung, in Erwägung, dass Se. Majestät der Kaiser von Oestreich und Se. Majestät der König von Preussen das von

*) Mit 16 gegen 1 Stimme (Mecklenburg) gefasst.

Allerhöchstdenselben unter dem 20. April d. J. zu Berlin abgeschlossene Schutz- und Trutzbündniss dem durchlauchtigsten deutschen Bunde mit der Einladung zum Beitritte vorgelegt haben; in Erwägung und Anerkennung der Gründe, welche die beiden höchsten Regierungen von Oestreich und Preussen zu dem Abschlusse dieses Bündnisses und dessen Mittheilung an das verfassungsmässige Organ des Bundes bewogen haben; eingedenk des hohen Berufes, die Gesammtinteressen Deutschlands, auch über das Bundesgebiet hinaus, mit vereinter Macht gegen jede Beeinträchtigung zu schützen; geleitet von dem Wunsche, durch den Beitritt zu dem erwähnten Bündnisse deutsche Einheit, Treue und Kraft zum Heile des gemeinsamen Vaterlandes zu bethätigen, — beschliesst

I. auf Grund des Artikels II. der Bundesacte und Artikel I, XXXV und XLVII. der Wiener Schlussacte: dem zwischen Oestreich und Preussen für die Dauer des zwischen Russland einer- und der Türkei, England und Frankreich andererseits ausgebrochenen Krieges abgeschlossenen Vertrage wegen Errichtung eines Schutz- und Trutzbündnisses, welcher Vertrag wörtlich also lautet: (folgt der schon bekannte Vertrag), so wie der in einem Zusatzartikel enthaltenen Ergänzung zu Artikel II., deren Wortlaut folgender ist: (folgt der gleichfalls schon bekannte Zusatzartikel), Namens des durchlauchtigsten deutschen Bundes urkundlich der gegenwärtigen Erklärung unter der Verabredung beizutreten, dass Se. Majestät der Kaiser von Oestreich und Se. Majestät der König von Preussen die durch Artikel XI. der Bundesacte übernommenen Verpflichtungen durch ihre gesammte deutsche und ausserdeutsche Macht erfüllen werden.

II. Die zur Ausführung des vorstehenden Beschlusses erforderlichen Massregeln bleiben besonderer Beschlussfassung vorbehalten. Mit der Vorbereitung derselben wird der in der Sitzung vom 24. Mai d. J. gewählte besondere Ausschuss mit der Befugniss beauftragt, sich zu diesem Zwecke mit dem Militär-Ausschusse in Verbindung zu setzen.

Bundesbeschluss vom 9. December 1854.

Die hohe Versammlung, indem sie auf Grund des Artikel 2 der Bundesacte und der Artikel 1, 3, 5, 6 und 7 der Wiener Schlussacte dem zwischen den allerhöchsten Höfen von Wien und Berlin am 26. November d. J. zu dem durch Bundesbeschluss vom 24. Juli l. J. erweiterten Vertrag vom 20. April wegen Errichtung eines Schutz- und Trutzbündnisses vereinbarten Zusatzartikel Namens des durchlauchtigsten deutschen Bundes urkundlich der gegenwärtigen Erklärung beitritt, beschliesst: 1. dass der deutsche Bund, als europäische Macht, die durch Beilage 4, 8 etc. bekannten vier Präliminarpunkte ihrem wesentlichen Inhalt nach als eine geeignete Grundlage zur Anbahnung eines gesicherten Rechts- und Friedenestandes in Europa anerkenne, insbesondere aber den ersten und zweiten Punkt auch vom Standpunkte der deutschen Interessen sich aneigne und festhalte. 2. Dass demgemäss die

Friedensbestimmungen auf dieser Grundlage mit Nachdruck zu verfolgen seien. 3. Dass aber andererseits ein Angriff auf Oestreich, sei es auf das Gebiet des Kaiserstaates, sei es gegen seine Truppen in den Donaufürstenthümern, das gesammte Deutschland zur Unterstützung Oestreichs mit allen Mitteln verpflichte. 4. Dass demzufolge und mit Rücksicht auf die immer bedrohlicher werdende Lage der europäischen Angelegenheiten die Militärcommission mit den die rechtzeitige militärische Bereitschaft des Bundes sichernden Schritten zu beauftragen, und 5. auch die beiden vereinigten Ausschüsse für die orientalische und Militärangelegenheit zur Stellung der Anträge ermächtigt seien, welche zur Ausführung der dem Bedürfnisse entsprechenden militärischen Massregeln erforderlich sein werden.

Anträge der Bundesausschüsse, in der Sitzung des Bundestags vom 8. Februar 1855 angenommen.

I. Ein sehr verehrlicher Bundestagsausschuss möge bei hoher Bundesversammlung den Beschluss herbeiführen, dass die höchsten und hohen Regierungen ersucht werden, das durch die revidirte Bundeskriegsverfassung festgestellte Hauptcontingent in der Art bereit zu stellen, dass, wenn die Aufforderung von Seiten des hohen Bundes erfolgt, dasselbe binnen vierzehn Tagen in der nach §. 36 der revidirten Bundeskriegsverfassung angegebenen Weise marsch- und schlagfertig aufgestellt sei. Zur Erreichung dieses hebt die Militärcommission aus den erforderlichen Massnahmen folgende hervor: 1. die Cadres der bereit zu stellenden Truppen zu vervollständigen; 2. alle jene an der Kriegsstärke dieser Truppen noch fehlenden Pferde einzustellen, welche zum Dienstgebrauch einer vorherigen Abrichtung und Kräftigung bedürfen; 3. die noch fehlende Reservemunition und sonstigen Reserveanstalten anzuschaffen, deren sofortige Beistellung im Moment des Bedarfs nicht gesichert erscheint; 4. für die im Frieden nicht formirten Verwaltungs-, Sanitäts- und sonstigen Einrichtungen Vorbereitung zu treffen; 5. die Vereinbarungen über Befehlführung, gemeinsame und gegenseitige Leistungen in den gemischten Armeecorps zu treffen.

II. Die höchsten und hohen Regierungen zu ersuchen, über die zum Vollzug dieser Massregeln getroffenen Anordnungen in kürzester Frist, jedoch spätestens in 14 Tagen, Anzeige zu machen.

Erklärungen des östreichischen und preussischen Bundestagsgesandten in der Bundestagssitzung vom 22. Februar 1855.

Der königlich preussische Bundestagsgesandte:

Die so eben vernommene Erklärung des kaiserlich östreichischen Herrn Gesandten scheint von der Voraussetzung auszugehen, dass durch den Beschluss vom 8. c. den nach demselben bereit zu haltenden Contingenten vorzugsweise die Bestimmung angewiesen sei, zur Deckung derjenigen Gebiete

verwandt zu werden, welche durch die Verträge, denen der Bund vermöge der Beschlüsse vom 24. Juli und 9. December v. J. beitrat, unter den Schutz gemeinsamer Abwehr gestellt worden sind. Der Gesandte vermag die Voraussetzung in dem Inhalte des Beschlusses vom 8. Februar und der demselben vorausgegangenen Verhandlungen nicht begründet zu finden, sieht sich vielmehr veranlasst, darauf aufmerksam zu machen, dass, wenn eine weitere Deutung des Beschlusses vom 8. erforderlich und das Material für dieselbe zunächst aus den Motiven zu entnehmen sein würde, auf welche die zum Beschlusse erhobenen Ausschussanträge sich gründen, in diesen ausdrücklich hervorgehoben ist, dass die Nothwendigkeit, zur Erfüllung der durch den Beschluss vom 9. December v. J. übernommenen Defensiv-Verpflichtung zu schreiten, nicht nachgewiesen ist, dass aber die Sorge für die nach Art. II. der Bundesacte dem Bunde obliegende Erhaltung der äusseren und inneren Sicherheit Deutschlands, der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der Deutschen Staaten den Bund in den Fall setzt, Vorbereitungen zu treffen, um diesen Obliegenheiten genügen zu können, und dass endlich die für den Bund bereitzuhaltenden Streitkräfte nach jeder Richtung hin verwendbar gedacht werden.

Der kaiserl. östreichische Präsidialgesandte erwidert: Die kaiserliche Regierung betrachtet allerdings den Bundesbeschluss vom 8. Februar, welcher die von der Militärcommission in Vollzug des Bundesbeschlusses vom 9. December vorgelegten und von den für die orientalische Angelegenheit vereinigten Ausschüssen begutachteten und zur Annahme empfohlenen Anträge zum Beschlusse erhob, für die weitere Entwickelung der Bundesbeschlüsse vom 24. Juli und 9. December. — Da von Seiten meines verehrten Collegen, des königlich preussischen Herrn Gesandten, eine andere Ansicht ausgesprochen wird, so muss es der kaiserlichen Regierung um so dringlicher erscheinen, über ihre eigene Auffassung keine Zweideutigkeit schweben zu lassen. Es wird an dem Bunde liegen, zu erwägen, ob er einen Ausspruch über die Frage, welche von den beiden Auffassungen die richtige ist, für nöthig erachtet. Weiter kann der k. k. Präsidialgesandte nicht umhin, zu bemerken, dass nicht die Motive einer Ausschussvorlage, sondern die Anträge Gegenstand der Abstimmung sind, und die Zustimmung zu den Anträgen nicht die Zustimmung zu den Motiven selbstredend in sich schliesst. Oestreich insbesondere hat seiner Zustimmung die Erklärung beizufügen für zweckmässig erachtet, dass es die Motive des Gutachtens sich nicht aneigne. Uebrigens würde aus dem Umstande, dass, wie das Gutachten behauptet, die Nothwendigkeit zur Erfüllung der durch den Bundesbeschluss vom 9. December übernommenen Defensiv-Verpflichtung zu schreiten nicht nachgewiesen ist, nicht gefolgert werden können, dass sie überhaupt nicht besteht, und die Ausschüsse haben dies sicher nicht behaupten wollen, da sie selbst erklärten, noch nicht in der Lage sein, darüber ein Urtheil sich bilden zu können, ob sich an die dermalen schwebenden Verhandlungen günstige Hoffnungen für Wiederherstellung des allgemeinen Friedens knüpfen lassen oder nicht.

V.

GRIECHENLAND.

A. Das Königreich Griechenland.

Die Ereigniſſe, welche die Erklärungen und Verträge, die hier folgen, hervorriefen, ſind noch in lebhaftem Andenken. Im Gefühle der großen Verpflichtungen gegen das alte Griechenland hat ja ganz Europa an der Befreiung der Griechen von der türkiſchen Herrſchaft ein begeiſtertes Intereſſe genommen; und dieſer lebendigen Theilnahme des ganzen Abendlandes möchten es die Griechen denn auch vornehmlich verdanken, daß die Cabinete der Großmächte endlich Partei für ſie nahmen und auf die Lostrennung Griechenlands vom türkiſchen Reiche drangen. Der Aufſtand nahm bekanntlich ſeinen Anfang in der Walachei, wo ein kleiner Grundbeſitzer, Namens Theodor Wladimiresko, früher Hauptmann in ruſſiſchen Dienſten, gegen den neuen Hospodar Karl Kalimachi mit einem Haufen Panduren im Januar 1821 bewaffnet auftrat. Die Hetärie, ein griechiſcher Bund, geſtiftet 1814 vom Grafen Capo d'Iſtrias in Wien, der neben wiſſenſchaftlichen Zwecken die Wiedergeburt Griechenland's anſtrebte und nach wenigen Jahren faſt in jeder griechiſchen Gemeinde Anhänger zählte, glaubte dieſen Zeitpunkt, wo die Pforte auch mit der Empörung des Mehemed Ali in Aegypten und des Ali Paſcha von Janina beſchäftigt war, für ihre Zwecke benützen zu müſſen. Fürſt Alexander Ypſilanti, der an der Spitze der Hetärie ſtand, ruſſiſcher Generalmajor, ſpäter aus der ruſſiſchen Armeeliſte geſtrichen, erließ im März 1821 von Jaſſy aus einen Aufruf an die Griechen, ſich vom türkiſchen Joche zu befreien. Sein kleines Heer, das etwas über 5000 Mann zählte, konnte ſich jedoch nicht halten; Ypſilanti wollte über Trieſt nach Griechenland fliehen, wurde aber von den Oeſtreichern verhaftet und auf der Feſtung Munkatſch, ſpäter in Thereſienſtadt, gefangen gehalten. (Er ſtarb 1827 in Wien.) Auch in der Moldau war der Aufſtand ſchon Ende Auguſt 1821 völlig unterdrückt. Dagegen hatte die Bewegung im eigentlichen Griechenland beſſere Erfolge; namentlich trug der Umſtand, daß die Türken die griechiſchen Biſchöfe und eine Anzahl

angesehener Griechen nach Tripolizza zu einer Berathung gerufen, dort aber festgenommen hatten und gefangen hielten, viel zu einer allgemeineren bewaffneten Erhebung bei, wozu der Erzbischof Germanos die Griechen aufforderte. Jetzt rief aber auch der Sultan alle Muselmänner unter die Waffen; die griechischen Kirchen wurden an vielen Orten zerstört; der griechische Patriarch Gregorius an der Thüre der Kirche in Constantinopel, wo er eben Gottesdienst gehalten hatte, aufgehängt, selbst der russische Gesandte Stroganoff insultirt, worauf derselbe Ende Juli 1821 Constantinopel verließ. Der Peloponnes war schon im April 1821, mit Ausnahme der festen Plätze in der Gewalt der Griechen; im Herbst eroberten sie auch Napoli di Malvasia, Navarin und Tripolizza. Nachdem sie schon vorher zu Kalamata in Messenien, auf der Insel Hydra ꝛc. Versuche gemacht, eine Regierung zu constituiren, eröffneten sie im Januar 1822 unter dem Präsidenten Alexander Maurocordato die allgemeine Nationalversammlung zu Epidaurus, die aus 67 Abgeordneten sämmtlicher griechischer Provinzen bestand, in 107 Artikeln eine zwar sehr liberale, aber meist völlig unanwendbare Verfassung („das organische Gesetz von Epidaurus") gab und Griechenland am Schlusse durch ein öffentliches Manifest vom 15. (27.) Jan. als einen von der Türkei unabhängigen, selbstständigen Staat proclamirte (Urkunde 1). Der Kampf wurde auch im Jahre 1822 mit großer Erbitterung fortgeführt; die Griechen waren meist, namentlich zur See, im Vortheile und verbrannten zweimal das türkische Admiralschiff. Am 28. Aug. 1822 erließ das griechische Gouvernement zu Argos eine Erklärung an die auf dem Congreß von Verona versammelten Monarchen, worin die Griechen die Unterstützung der Großmächte oder wenigstens vollständige Neutralität derselben verlangen. (Urkunde 2.) Ihr Bevollmächtigter, Graf Metaras, wurde jedoch auf dem Congresse nicht zugelassen, vielmehr bedeutet, daß sich sein Volk der Pforte zu unterwefen habe. Die Griechen blieben auf die Privatunterstützung Europa's beschränkt und setzten auch so, obgleich unter ihren Führern fast beständig Zwiespalt herrschte, nicht ohne Glück den Kampf gegen die türkische Uebermacht fort, bis am 22. Febr. 1825 Ibrahim Pascha mit der ägyptischen Flotte und einem nach europäischer Weise geübten Heere im Peloponnes landete. In dieser bedrängten Lage suchten sie den Schutz England's, dem sie sich als Schutzstaat unterwerfen wollten; sie erließen am 2. Aug. 1825 eine Erklärung, nach welcher die griechische Nation „son independance nationale et son existence politique" freiwillig „sous la defense absolue de la Grande-Bretagne stellte. Wenn nun auch England auf diesen Antrag nicht einging, so suchte fortan doch der englische Gesandte in Constantinopel, Lord Stratford Canning, bei der Pforte ernstlich zu Gunsten Griechenland's zu vermitteln. Ein neuer allgemeiner hellenischer Congreß zu Epidaurus (Anfang 1826) zeigte sich bereit, gegen Bewilligung einer unabhängigen Regierung und selbstständigen Militärverwaltung der Pforte tributbar zu bleiben; allein letztere wies alle vermittelnden Vorschläge der

Gesandten der Großmächte hartnäckig zurück. In demselben Sinne hatte Wellington, der im Februar 1826 nach Petersburg gesandt worden war, um dem Kaiser Nikolaus zu seiner Thronbesteigung Glück zu wünschen, am 4. Apr. 1826 mit der russischen Regierung ein Uebereinkommen zu Stande gebracht, das die Grundlage aller späteren diplomatischen Verhandlungen über die Pacification Griechenlands wurde. Nach diesem Protocoll sollte Griechenland ein zur Türkei gehöriges Land (a dependency of that empire) bilden, der Pforte einen jährlichen für beständig zu fixirenden Tribut bezahlen, nur von Autoritäten regiert werden, die es sich selbst erwählte, auf deren Wahl aber die Pforte einen gewissen Einfluß haben sollte, und einer vollkommenen Gewissens- und Handelsfreiheit genießen. Um Türken und Griechen auf griechischem Gebiete vollständig zu scheiden, sollten letztere das türkische Grundeigenthum ankaufen. Der letzte Artikel der Convention bestimmte, daß die Höfe von Wien, Paris und Berlin eingeladen werden sollten, dieser Uebereinkunft beizutreten; Oestreich und Preußen lehnten jedoch jede directe Einmischung in die griechischen Angelegenheiten ab (Urkunde 3). Die Griechen selbst erhielten in dieser Zeit neben anderen Philhellenen besonders an Lord Cochrane und dem General Church tüchtige Anführer, und die Ernennung des vormaligen russischen Ministers, Grafen Capo d'Istrias, zum Präsidenten auf sieben Jahre schien geeignet, das Parteiwesen unter den griechischen Anführern endlich niederzuhalten, um so mehr, als Cochrane das Commando der Flotte, Church das der Landarmee übernahm. Am 6. Juli 1827 schlossen England, Frankreich und Rußland zu London einen förmlichen Vertrag über die Art und Weise, wie sie dem Blutvergießen in Griechenland ein Ende machen wollte (Urkunde 4). Sie boten beiden kriegführenden Parteien ihre Vermittlung an und verlangten einen beiderseitigen Waffenstillstand bis zum Ausgang der Unterhandlungen. Die Griechen sollten den Sultan als ihren Souverain anerkennen und ihm einen jährlichen Tribut bezahlen; dagegen sollten gegen Entschädigung der türkischen Einwohner ein Theil des griechischen Festlandes und gewisse Inseln den Griechen allein überlassen werden. In einem geheimen Artikel machten sich die Großmächte anheischig, gegen diejenige der beiden Parteien, welche innerhalb eines Monats den Waffenstillstand behufs anzuknüpfender Verhandlung nicht eingehen wollte, die entschiedensten Maßregeln zu gebrauchen und ihre Flotten sogleich in die griechischen Meere abgehen zu lassen. Die Gesandten der drei Mächte überreichten der Pforte am 16. Aug. 1827 ein Ultimatum, worauf letztere zwar keine Antwort ertheilte, aber doch anfing, gelindere Wege einzuschlagen, indem sie Bittschriften angesehener Griechen an den Patriarchen in Constantinopel veranlaßte, damit dieser sich beim Sultan für die Nation verwende. Nachdem der Patriarch seine Bittschrift am 18. Sept. 1827 übergeben, ließ der Sultan schon am 19. Sept. eine Amnestie für die Griechen verkündigen; den Krieg aber setzte er gleichwohl fort. Es erschien eine neue ägyptische

Flotte in den Häfen von Navarin und Modon, welche trotz der Warnung der Admirale der drei Mächte (Codrington, de Rigny, Heiden) Truppen ausschiffte und zur Verwüstung des Landes aussandte. Jetzt liefen auch die vereinigten Flotten der Großmächte in den Hafen von Navarin ein, und als zwei türkische Schiffe zu feuern anfingen, entspann sich die Seeschlacht von Navarin (20. Okt. 1827), welche mit Vernichtung der türkisch-ägyptischen Flotte endigte. Am 6. Aug. 1828 schloß der Admiral Codrington zu Alexandrien mit Mehemed Ali einen Vertrag ab, nach welchem Ibrahim Pascha die Halbinsel Morea, mit Ausnahme einiger festen Plätze, räumen und die in Aegypten als Sclaven verkauften Griechen frei gegeben werden sollten. Bereits war der General Maison mit französischen Landungstruppen im Anzuge, um den Pascha mit Gewalt aus der Halbinsel zu vertreiben. So wurde also Morea von den Türken gesäubert und jetzt von den Franzosen besetzt. Die londoner Conferenz (22. März 1829) kam noch einmal auf den Plan zurück, Griechenland als ein türkisches Lehen gegen einen jährlichen Tribut an die Pforte selbstständig zu machen; ein Fürst sollte dem Lande vorgesetzt, die Wahl dieses Fürsten vornehmlich von der Pforte bestimmt werden, und das Gebiet Griechenland's sich nicht viel über Morea und auf einige Inseln ausdehnen. England wollte die Türkei, Rußland gegenüber, nicht zu sehr schwächen; allein weder die Pforte, noch der Präsident Capo d'Istrias gingen auf diese Vorschläge ein, und als die Russen bis Adrianopel vorgedrungen waren, die Pforte auch im 10. Artikel des Friedens von Adrianopel (14. Sept. 1829) den Pacificationsverträgen vom 6. Juli 1827 und 22. März 1829 beigetreten war, so ging die londoner Conferenz einen Schritt weiter und erklärte durch Protocoll vom 3. Febr. 1830 Griechenland für einen völlig unabhängigen, tributfreien Staat, der einen besonderen König erhalten sollte. Die Nordgrenze des Reiches wurde in der Art festgesetzt, daß sie sich vom Ausflusse des Aspropotamo über Vrachori zum Golf von Zeitum ziehen sollte. An demselben Tage wurde dem Prinzen Leopold von Sachsen-Coburg die Souverainetät über das neue Königreich angetragen, die derselbe am 11. Febr. auch annahm. Die Pforte erklärte ihre Beistimmung am 24. Apr. 1830. Prinz Leopold jedoch, der die Uebernahme der Regierung an einige Bedingungen geknüpft hatte, namentlich an eine für die Griechen vortheilhaftere Grenzbestimmung, auch sich unterdessen von der Schwierigkeit seiner Stellung in Griechenland mehr und mehr überzeugte, lehnte die dargebotene Krone schon am 21. Mai 1830 wieder ab. Auf den Wunsch der Großmächte führte nun bis auf Weiteres der bisherige Präsident Capo d'Istrias die Regierung fort. Die damaligen Ereignisse im Westen Europa's (Expedition nach Algier, Julirevolution, Tod des Königs von England) versetzten die londoner Conferenz in Unthätigkeit und überließen Griechenland seinem Schicksale. Die Finanznoth wurde immer drückender, Capo d'Istrias mußte die Steuern erhöhen und machte sich dadurch unbeliebt; man be-

schuldigte ihn, daß er ehrgeizige Absichten verfolge, seine Verwandtschaft übermäßig begünstige, nur im russischen Interesse handle, sich unrechtmäßige Eingriffe in die Constitution, die Municipalverfassung und das Eigenthum der Bürger erlaube. Die Inseln, Hydra voran, und die Mainoten fielen von der Regierung ab; Miaulis, Maurokordatos, Konduriottis traten an die Spitze der Opposition, es kam zu blutigen Kämpfen; Miaulis bemächtigte sich der im Hafen von Paros abgetakelt liegenden griechischen Flotte und verbrannte sie (13. Aug. 1831); Capo d'Istrias wurde am 9. Okt. 1831 von Constantin und Georg Mauromichalis in Argos meuchlings erschossen. Die (sechste) Nationalversammlung zu Argos ernannte am 20. Dez. 1831 Augustin Capo d'Istrias zum provisorischen Präsidenten; die Hydrioten und Mainoten, denen sich jetzt auch die Rumelioten anschlossen, beharrten in ihrer Opposition; der neue Präsident verlegte die Nationalversammlung nach Nauplia; die Gegner bildeten eine eigene Nationalversammlung zu Perachore; man griff zu den Waffen; die Schutzmächte erklärten sich für den Präsidenten, aber gleichwohl legten seine Gegner die Waffen nicht nieder, bis das Conferenzprotocoll vom 8. März 1832 in Nauplia eintraf, welches die Ernennung des Prinzen Otto von Bayern zum König von Griechenland anzeigte und die Einsetzung einer neuen, gerechten Regierung verlangte. Augustin Capo d'Istrias legte jetzt seine Würde nieder; am 15. Apr. wurde eine neue Regierungscommission erwählt und am 30. Apr. die Nationalversammlung einberufen, welche am 8. Aug. 1832 einstimmig ihre Anerkennung des Prinzen Otto als König von Griechenland aussprach. Der Vertrag der Großmächte Frankreich, Großbritannien und Rußland mit der Krone Bayern über die Ernennung des Prinzen Otto zum König von Griechenland ist datirt vom 7. Mai 1832 (Urkunde 5). Der vierte Artikel sagt, daß Griechenland unter der Garantie der drei Mächte einen unabhängigen, monarchischen Staat bilde; nach Art. 8 soll die Krone, falls der König keinen Erben erhielte, an seinen nachgeborenen Bruder, und falls auch dieser ohne directe Nachkommen mit Tod abginge, an den folgenden Bruder und dessen Erben fallen. Die griechische und bayrische Krone können nie auf einem Haupte vereinigt werden. Nach Art. 11 soll der König Otto im ungeschmälerten Genuß seiner bayrischen Apanagen bleiben. Der Artikel 12 behandelt das Anlehen von 60 Millionen Franken und die Garantie desselben von Seiten der drei Großmächte. Am 30. April 1833 gaben die drei Großmächte in Uebereinstimmung mit der Krone Bayern dem Art. 8 des Vertrags vom 7. Mai 1832 eine nähere Erläuterung dahin, daß sich die Krone nur auf den Mannsstamm nach dem Rechte der Erstgeburt vererbe und auf Frauen erst dann übergehen könne, wenn von den drei Prinzen keine männliche Descendenz vorhanden sein sollte. Auch wurde in dieser Erläuterung festgesetzt, daß die griechische Krone niemals mit der eines anderen Reiches auf demselben Regentenhaupte vereinigt werden könne (Urkunde 6). Da

die Mächte in den Verträgen von 1832 über die Confession des griechischen Königs nichts bestimmt hatten, nach der vom König angenommenen griechischen Verfassung aber nur Prinzen der griechisch-katholischen Confession den Thron besteigen können; so haben, um bei einem Thronwechsel Conflicte zu vermeiden, die Mächte England, Frankreich, Rußland, Griechenland und Bayern am 20. Nov. 1852 zu London einen Tractat abgeschlossen, nach welchem sich der Thron nur auf einen Prinzen griechisch-katholischen Glaubens vererben kann, ein bayrischer Prinz also als Thronfolger die griechische Confession anzunehmen hätte.

Wir geben folgende Urkunden: 1) Die Unabhängigkeits-Erklärung der Griechen, gegeben zu Epidaurus am 15. (27.) Januar 1822. Sie findet sich im Moniteur universel Nr. 120 Jahrgang 1822. 2) Die Erklärung des griechischen Gouvernements an den Congreß von Verona vom 28. Aug. 1822, veröffentlicht von den griech. Deputirten, die auf dem Congreß nicht zugelassen wurden, am 2. Juli 1823 zu Ankona (bei Martens nouveau recueil de traités tom. VI.). 3) Die erste Uebereinkunft der beiden Mächte Großbritannien und Rußland bezüglich der griech. Verhältnisse, welche Lord Wellington in Petersburg am 4. Apr. 1826 zu Stande brachte. Sie bildet die Grundlage der folgenden Verhandlungen und findet sich englisch in den Times vom 4. Febr. 1828. Da der französische Text einem größeren Leserkreise zugänglich ist, so geben wir sie französisch nach der Nr. 37 des Moniteur von 1828. 4) Den Vertrag der Mächte England, Frankreich und Rußland bezüglich der Pacification Griechenland's, unterzeichnet zu London 6. Juli 1827. Dieser Vertrag, den der Moniteur Nr. 197 Jahrg. 1827 und Times 12. Juli 1827 etwas abweichend von der officiellen Abschrift geben, welche dem englischen Parlament vorgelegt wurde, folgt hier nach letzterer Copie bei Martens nouveau recueil tom. VII. p. 465. 5) Den Vertrag zwischen Frankreich, England und Rußland einerseits und Bayern anderseits über die endliche Entscheidung der griechischen Frage und die Wahl des Prinzen Otto von Bayern zum König von Griechenland, unterzeichnet zu London am 7. Mai 1832. Er findet sich in dem Regierungsblatt des Königreichs Bayern vom 6. Okt. 1832 französisch und deutsch. 6) Den Zusatzartikel zu diesem Vertrag der genannten Mächte, welcher die Erbfolge dahin erläutert, daß Frauen erst nach Aussterben der männlichen Linie der drei für den griechischen Thron bestimmten Prinzen zur Regierung kommen können. Derselbe ist datirt von London, 30. Apr. 1833 (bei Martens nouveau recueil tom. XIII.). Unter den Schriften, welche die Geschichte Griechenland's in diesem Zeitraum behandeln, machen wir hier folgende namhaft. Pouqueville: histoire de la régénération de la Grèce. Paris 1824 und später; deutsch von Hornthal. Alex. Souzo: Histoire de la revolution grecque. Paris 1829. James Emerson: the history of modern Greece. London

1830. Thomas Gordon: history of the greek revolution. Lond. 1832. Th. Kind: Geſchichte der griech. Revolution. Lpzg. 1833. v. Thierſch: De l'etat actuel de la Grèce et des moyens d'arriver à sa restauration. Lpzg. 1834. Klüber: pragmatiſche Geſchichte der nationalen und politiſchen Wiedergeburt Griechenlands. Frankf. 1835.

B. Die joniſchen Inſeln.

Die joniſche Republik hat im Ganzen 51 □Meilen mit ungefähr 224,000 Einwohnern und beſteht, neben einer Anzahl kleinerer, aus folgenden ſieben größeren Inſeln. 1) Korfu (das alte Corcyra), mit der Hauptſtadt Korfu, Sitz des Senates und des engliſchen Lordobercommiſſärs, 16,000 E. 2) Paxo, (das alte Paxos) mit der benachbarten Inſel Antipaxo. 3) Santa Maura (das alte Leucadia). 4) Theaki (das alte Ithaka). 5) Kephalonia (das alte Cephallenia). 6) Zante (das alte Zazynthus). 7) Cerigo (das alte Cythera). Dieſe Inſeln gehörten zum byzantiniſchen Reiche; 1129 ſetzten ſich die Venetianer dort feſt, Korfu jedoch nahm 1148 König Roger von Sicilien in Beſitz; 1386 kam auch dieſe Inſel in den Beſitz der Venetianer. Letztere ſetzten auf dieſe Inſel einen Proveditore, der unter dem Proveditore generale in Korfu ſtand, führten die venetianiſche Geſetzgebung ein, überließen aber die innere Verwaltung den Einwohnern ſelbſt. Unter verſchiedenen türkiſchen Angriffen behauptete Venedig dieſe Inſeln bis zum Untergange der Republik (1797), wo ſie ſodann gleichfalls von den Franzoſen beſetzt wurden. Doch behaupteten ſich die Franzoſen nur 20 Monate; 1799 wurden ſie durch eine vereinigte ruſſiſch-türkiſche Armee vertrieben, und der ruſſiſche Kaiſer Paul erhob die Inſeln durch eine Urkunde vom 21. März 1800 zu einem ſelbſtſtändigen Staate unter dem Namen „Republik der ſieben vereinigten Inſeln.“ Die Republik hatte zwar ihre eigne bewaffnete Macht und verwaltete ihre eigenen Angelegenheiten ſelbſt, ſtand aber unter türkiſcher Oberhoheit und ruſſiſchem Schutze, blieb auch von ruſſiſchen Truppen beſetzt, was ſchon wegen der inneren Parteiungen der Einwohner nöthig war. Durch eine Beſtimmung des tilſiter Friedens (1807) wurden die Inſeln wieder den Franzoſen abgetreten und ſofort dem franzöſiſchen Kaiſerthum einverleibt, auch von franzöſiſchen Truppen beſetzt, die ſich jedoch gegen die Engländer nur auf der Inſel Korfu behaupten konnten. Durch den zweiten pariſer Frieden, und zwar durch einen beſonderen, nicht im Friedensinſtrument ſelbſt enthaltenen Vertrag zwiſchen Rußland, Oeſtreich, Preußen und England vom 5. Nov. 1815 kamen ſie unter dem Namen „Vereinigter Staat der joniſchen Inſeln“ unter das Protectorat England's. Nach dem erſten Artikel dieſes Vertrages

sollen diese Inseln einen freien und unabhängigen Staat bilden, welcher, nach Art. 2 unter dem unmittelbaren und ausschließlichen Protectorat der englischen Krone steht. Nach Art. 3 soll dieser Inselstaat seine inneren Angelegenheiten zwar selbst ordnen; allein Se. britische Majestät wird der Gesetzgebung und Administration eine besondere Fürsorge widmen und einen Lord-Obercommissär dort halten. Im Uebrigen verweisen wir auf die Urkunde selbst. Sie findet sich abgedruckt in einer besonderen Ausgabe der kaiserlichen Hofdruckerei in Wien und bei Martens nouveau recueil tom II. Unser Abdruck folgt dem östreichischen Exemplar.

I. Königreich Griechenland.

1. Acte

de l'indépendance de la nation Grecque

publié à Epidaure

le $\frac{1}{2}\frac{8}{1}$ Janvier 1822.

La nation grecque prend le ciel et la terre à témoin, que malgré le joug affreux des Ottomans, qui la menaçait de son dépérissement, elle existe encore. Pressée par les mesures aussi iniques que destructives que ces tyrans féroces, après avoir violé leurs capitulations ainsi que tout esprit d'équité, rendaient de plus en plus oppressives, et qui ne tendaient à rien moins qu'à l'anéantissement entier du peuple soumis, elle s'est trouvée dans la nécessité absolue de courir aux armes pour mettre à l'abri sa propre conservation. Après avoir repoussé la violence par le seul courage de ses enfans, elle déclare aujourd'hui devant Dieu et devant les hommes, par l'organe de ses représentans légitimes, réunis dans ce congrès national convoqué par le peuple, son *indépendance politique*.

Descendans d'une nation distinguée par ses lumières et par la douce civilisation, vivant à une époque où cette même civilisation répand avec une profusion vivifiante ses bienfaits sur les autres peuples de l'Europe et ayant sans cesse sous les yeux le spectacle du bonheur dont ces peuples jouissent sous l'égide protectrice de la loi, les Grecs pouvaient-ils rester plus longtemps dans cet état aussi affreux qu'ignominieux, et voir avec apathie ce bonheur qu'ils sentaient, que la nature a réservé à tous les hommes également? Des motifs si puissans et si justes ne pouvaient sans doute que presser le moment du réveil où la nation, pleine de ses souvenirs et de son indignation devait réunir ses forces pour revendiquer ses droits et venger la patrie d'une tyrannie dont rien n'égalait l'horreur.

Telles sont les causes de la guerre, que nous avons été forcés d'entreprendre contre les Turcs. Loin d'être fondée sur les principes de démagogie

ou de rebellion, loin d'avoir pour motifs des intérêts particuliers de quelques individus, cette guerre est une guerre nationale et sacrée; elle n'a pour but que la restauration de la nation et sa réintégration dans les droits de propriété, d'honneur et de vie; droits qui sont le partage des peuples policés nos voisins, mais qui étaient arrachés aux Grecs par une puissance spoliatrice.

Des clameurs publiques, peu dignes d'hommes nés libres et élevés au sein de l'Europe chrétienne et civilisée, dirigées contre notre cause, sont parvenues jusqu'à nous. Mais quoi! les Grecs seuls de tous les Européens devaient-ils être exclus comme indignes de ces droits que Dieu a établis pour tous les hommes? ou bien étaient-ils condamnés par leur nature à un esclavage éternel qui perpétuât chez eux la spoliation, les violations et les massacres? Enfin la force brutale de quelques hordes barbares qui, sans être jamais provoquées, vinrent, précédées du carnage et suivies de l'esprit de destruction, s'établir au milieu de nous, pouvait-elle jamais être légalisée par le droit des gens de l'Europe? Les Grecs sans l'avoir jamais reconnue, n'ont pas cessé de la repousser par les armes chaque fois qu'une espérance ou des circonstances favorables se sont présentées.

Partant de ces principes et sûrs de nos droits, nous ne voulons, nous ne réclamons que notre rétablissement dans l'association européenne, où notre religion, nos moeurs et notre position nous appellent à nous réunir à la grande famille des chrétiens, et à reprendre parmi les nations le rang qu'une force usurpatrice nous a ravi injustement. C'est dans cette intention aussi pure que sincère que nous avons entrepris cette guerre, ou plutôt que nous avons concentré les guerres partielles que la tyrannie musulmane a fait éclater sur les diverses provinces et sur nos îles et nous marchons d'un commun accord à notre délivrance avec la ferme résolution de l'obtenir ou d'ensevelir enfin à jamais nos malheurs sous une grande ruine digne de notre origine qui, dans ces malheurs, ne fait que peser davantage sur nos coeurs.

Dix mois se sont déjà écoulés depuis que nous avons commencé la carrière de notre guerre nationale. Le Tout-Puissant ne nous a pas refusé sa faveur; quoique peu préparés à cette lutte inégale, nos armes ont été couronnées de succès. Cependant, sur plus d'un point, elles ont aussi rencontré une résistance sérieuse. Occupés sans relâche à aplanir les difficultés survenues, nous avons été forcés de différer l'accomplissement de notre organisation politique qui devait constater devant le monde l'indépendance de la nation. Certes, avant d'assurer notre existence physique, nous ne pouvions, nous ne devions pas même entreprendre celle de l'état politique. Telles furent les causes de ce retard involontaire qui nous ont empêchés de prévenir quelques desordres qui ont pu avoir lieu.

Enfin, ces difficultés étant levées en grande partie, nous nous sommes appliqués avec ardeur à compléter notre ouvrage politique. Pressés par les localités physiques et morales, à la force desquelles rien ne saurait résister, nous avons d'abord établi les gouvernemens locaux, tels que ceux d'Etolie, de Livadie, du Péloponnèse, des îles etc. Cependant comme les fonctions

de ces gouvernemens n'embrassaient que l'administration intérieure des lieux respectifs, les provinces et les îles ont député des représentans chargés de la formation d'un gouvernement provisoire, mais suprême, à la souveraineté duquel ces juntes locales devaient être soumises. Ces députés, réunis dans ce congrès national, après de longues et mûres déliberations, établissent aujourd'hui ce gouvernement; et le proclament, à la face de la nation, seul gouvernement légitime de la Grèce, tant parcequ'il est fondé sur la justice et les lois de Dieu et de la nature, que parcequ'il repose sur la volonté et le choix de la nation. Ce gouvernement est composé du conseil exécutif et du sénat législatif, le pouvoir judiciaire en est indépendant.

Les députés en finissant, déclarent au panellénion (toute la nation Grecque) que leur tâche est accomplie, le congrès se dissout aujourd'hui. Le devoir du peuple est desormais d'obéir aux lois et de respecter les exécuteurs de ces lois.

Grecs, vous avez voulu secouer le joug, qui pesait sur vous, et vos tyrans disparaissent tous les jours du milieu de vous. Mais il n'y a que la concorde et l'obéissance au gouvernement qui peuvent consolider votre indépendance. Daigne le Dieu des lumières éclairer de sagesse les gouvernans et les gouvernés, afin qu'ils connaissent leurs véritables intérêts, et qu'ils coopèrent, d'un commun accord, à la prospérité de la patrie!

Donné à Epidaure, le 15. (27.) Janvier l'an 1822 et le 1er de l'indépendance.

Signé: *Alexandre Maurocordato*,
Président du congrès.

---

2. Déclaration

adressée aux monarques réunis à Vérone

de la part du gouvernement des Grecs,

du 25. Août 1822.

Aux monarques chrétiens réunis au congrès de Vérone.

Dix-huit mois se sont écoulés dans la lutte terrible que soutient la Grèce contre l'ennemi du nom chrétien. Toutes les forces de l'islamisme ont été réunies contre elle, et les guerriers musulmans de l'Europe, de l'Asie et de l'Afrique se sont armés pour appuyer la main de fer qui depuis si longtemps opprime la nation grecque et qui voudrait aujourd'hui lui donner le coup de la mort. Deux fois depuis le commencement de cette guerre, la Grèce a élevé la voix pour demander par l'organe de ses légitimes représentans, quelques secours des puissances chrétiennes de l'Europe, ou pour obtenir au moins que ces puissances observassent une stricte neutralité. Maintenant,

qu'une réunion des principaux souverains a lieu dans la péninsule italienne; maintenant, qu'ils délibèrent sur les plus hauts intérêts de l'humanité, et que toutes les nations attendent d'eux le maintien de la paix, la garantie de leurs droits et une équitable administration de la justice; aujourd'hui le gouvernement provisoire de la Grèce croirait manquer à ses devoirs s'il n'exposait par lui aux regards des monarques le véritable état de la nation que ce gouvernement représente. Il croirait y manquer encore, s'il ne faisait valoir les droits et ne communiquait les voeux légitimes de cette nation, ainsi que la résolution inébranlable de tous les Grecs, d'obtenir enfin, ou la justice qui leur est due des puissances de la terre, comme ils ont déjà obtenu la protection de l'arbitre souverain des destinées de tous les empires, ou bien de périr jusqu'au dernier, mais en chrétiens et en hommes libres.

Des torrens de sang ont déjà été répandus; mais enfin la bannière de la croix flotte partout victorieuse, sur les remparts des villes du Péloponnèse, dans l'Attique, l'Eubée, la Béotie, l'Acarnanie, l'Etolie, dans la plus grande partie de la Thessalie et de l'Epire, dans l'île de Crète et dans les îles de la mer Egée. Tels ont été les progrès, tel est l'état actuel de la nation grecque. Quiconque connait la Turquie doit être convaincu que, dans la situation où se trouvent maintenant les Grecs, ils ne peuvent poser les armes avant qu'ils n'aient conquis une existence nationale et indépendante, et avant qu'ils n'aient obtenu une garantie suffisante pour le maintien de cette existence. Elle seule peut assurer le libre exercice de leur religion, la sécurité pour la vie, la fortune et l'honneur des citoyens.

Si l'Europe dans son désir de maintenir la paix, et lorsqu'elle traitera avec la Porte ottomanne, veut comprendre la nation grecque dans son système de paix générale, le gouvernement provisoire de la Grèce croit de son côté et sans perte de temps devoir déclarer, comme il déclare officiellement par le présent acte, qu'il n'acceptera aucun traité quelque avantageux même qu'il puisse paraître, avant que des députés n'aient été admis à défendre eux-mêmes la cause nationale, à exposer tous leurs griefs, à faire valoir leurs droits et leurs intérêts les plus chers. Les sentimens de piété, d'humanité et de justice, dont sans doute la réunion des souverains est animée, font espérer au gouvernement provisoire de la Grèce, que sa juste demande sera convenablement accueillie. Mais si, contre toute attente, l'offre de ce gouvernement venait à être rejetée, le présente déclaration équivaudra à une protestation formelle que la Grèce entière dépose en ce jour au pied du trône de la justice divine, protestation qu'un peuple chrétien adresse avec confiance a l'Europe entière, à la grande famille de la chrétienté. Faibles et abandonnés, les Grecs n'espèrent alors que dans le Dieu fort. Soutenus par sa toute-puissante main, ils ne fléchiront jamais devant la tyrannie. Chrétiens persécutés depuis plus de quatre cents ans, pour être restés fidèles à notre Dieu, nous défendrons jusqu'à la mort du dernier d'entre nous, son église, nos foyers et les tombeaux de nos pères. Heureux de joindre nos pères dans la tombe en hommes libres et en chrétiens, ou de vaincre comme nous

avons vaincu jusqu'ici, par la seule force de Notre Seigneur Jésus Christ et par sa divine puissance.

Argos, le 29. Août 1822.

En l'absence du président du pouvoir exécutif:
Signé: *Athanasios Kanakary.*

Le secrétaire-d'état ministre des affaires étrangères,
Negris.

Pour copie conforme, le délégué du gouvernement provisoire de la Grèce.

Ancône, 2. Janvier 1823.

A. Gr. Metaxa.

---

3. Protocole relatif aux affaires de la Grèce,

signé à St. Pétersbourg le 4. Avril 1826.

S. M. Britannique ayant été priée par les Grecs d'interposer ses bons offices, à l'effet d'obtenir leur reconciliation avec la Porte Ottomane, ayant en consequence offert sa médiation à cette puissance et desirant concerter les mesures de son gouvernement à ce sujet, avec S. M. l'Empereur de toutes les Russies, et d'autre part S. M. Impériale étant animée du désir de mettre fin au conflit dont la Grèce et l'Archipel sont le théâtre, par un arrangement compatible avec les principes de la religion, de justice et d'humanité, les soussignés sont convenus:

1. Que l'arrangement à proposer à la Porte, si ce gouvernement acceptait la médiation offerte, aurait pour objet de placer les Grecs, à l'égard de la Porte Ottomane, dans la relation, ci après mentionnée.

„La Grèce serait une dépendance de cet empire, et les Grecs payeraient à la Porte un tribut annuel dont le montant serait, de commun accord, fixé d'une manière permanente. Ils seraient exclusivement gouvernés par des autorités choisies et nommées par eux-mêmes, mais dans la nomination desquelles la Porte aurait une certaine influence."

„Dans cet état, les Grecs jouiraient d'une liberté publique complette de conscience et de commerce, et dirigeraient exclusivement leur gouvernement extérieur."

„Afin d'effectuer une séparation complette entre les individus des deux nations, et de prévenir les collisions qui seraient la conséquence d'une lutte aussi longue, les Grecs acheteraient les propriétés des Turcs situées sur le continent de la Grèce ou dans les îles.

2. Dans le cas où le principe d'une médiation entre les Turcs et les Grecs aurait été admis en conséquence des mesures prises dans cette vue

par l'ambassadeur de S. M. Britannique à Constantinople, S. M. Impériale emploierait dans tous les cas son influence pour atteindre l'objet de cette médiation. Le mode et le temps où S. M. Impériale prendrait part aux négociations ultérieures avec la Porte Ottomane, qui peuvent être la conséquence de cette médiation, serait ci-après déterminé du consentement commun du gouvernement de S. M. Britannique et de S. M. Impériale.

3. Si la médiation offerte par S. M. Britannique n'avait pas été acceptée par la Porte, et quelle que puisse être la nature des relations entre S. M. Impériale et le gouvernement Turc, S. M. Britannique et S. M. Impériale n'en considèreront par moins les termes de l'arrangement specifié dans le Nr. 1. du présent protocole, comme la base de toute réconciliation à effectuer par leur intervention, soit de concert, soit séparément, entre la Porte et les Grecs; et elles profiteront de toutes les occassions favorables pour employer leur influence auprès des deux parties, afin d'effectuer leur réconciliation sur la base ci-dessus mentionnée;

4. Que S. M. B. et S. M. I. se réserveront d'adopter par la suite les mesures nécessaires pour régler les détails de l'arrangement en question ainsi que les limites du territoire et les noms des îles de l'Archipel auxquelles il sera applicable, et qu'il sera proposé à la Porte de comprendre sous la dénomination de Grèce;

5. Qu'en outre, S. M. B. et S. M. I. ne chercheront dans cet arrangement aucun aggrandissement de territoire, aucune influence exclusive ni avantages commerciaux pour leurs sujets qui ne seraient pas également accessibles pour toutes les autres nations;

6. Que S. M. B. et S. M. I. désirant que leurs alliés deviennent parties aux arrangemens définitifs dont le présent protocole contient l'esquisse, communiqueront confidentiellement cet instrument aux cours de Vienne, de Paris et de Berlin, et leur proposeront de garantir, de concert avec l'empereur de Russie, le traité au moyen duquel la réconciliation des Turcs et des Grecs sera effectuée, S. M. B. ne pouvant garantir un tel traité.

Saint-Pétersbourg le 4. Avril (23. Mars) 1826.

Signés: *Wellington.*
Nesselrode.
Lieven.

4. Traité

conclu entre la Grande-Bretagne, la France et la Russie,

signé à

LONDRES

le 6. Juillet 1827.

Au Nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Sa Majesté le Roi de France et de Navarre, et Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, pénétrées de la nécessité de mettre un terme à la lutte sanglante, qui, en livrant les Provinces Grecques et les Iles de l'Archipel à tous les désordres de l'anarchie, apporte chaque jour de nouvelles entraves au commerce des Etats Européens, et donne lieu à des pirateries, qui non seulement exposent les sujets des hautes parties contractantes à des pertes considérables, mais exigent, en outre, des mesures onéreuses de surveillance et de répression; —

Sa Majesté le Roi du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, et Sa Majesté le Roi de France et de Navarre, ayant d'ailleurs reçu, de la part des Grecs, l'invitation pressante d'interposer leur médiation auprès de la Porte Ottomane, et étant, ainsi que Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, animées du désir d'arrêter l'effusion de sang, et de prévenir les maux de tout genre que peut entraîner la prolongation d'un tel état de choses:

Ont résolu de combiner leurs efforts, et d'en régler l'action, par un traité formel, dans le but de rétablir la paix entre les Parties Contendantes, au moyen d'un arrangement réclamé, autant par un sentiment d'humanité, que par l'intérêt du repos de l'Europe.

A ces fins, elles ont nommés leurs plénipotentiaires pour discuter, arrêter, et signer le dit traité, savoir: —

Sa Majesté le Roi du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le Sieur Jean Guillaume Vicomte *Dudley*, Son Principal Secrétaire d'Etat ayant le Département des affaires étrangères etc. etc. —

Sa Majesté le Roi de France et de Navarre, le Sieur Prince Jules, Comte de *Polignac*, Son Ambassadeur à Londres etc. etc. —

Et Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, le Sieur Christophe Prince de *Lieven*, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté Britannique etc. etc. —

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivans: —

Art. I. Les puissances contractantes offriront à la Porte Ottomane leur médiation, dans la vue d'amener une réconciliation entr'Elle et les Grecs.

Cette offre de médiation sera faite à cette Puissance immédiatement après la Ratification du Traité, au moyen d'une déclaration collective, signée

par les Plénipotentiaires des Cours Alliées à Constantinople; et il sera fait, en même temps, aux deux Parties Contendantes, la demande d'un armistice immédiat entr'Elles, comme condition préliminaire indispensable à l'ouverture de toute négociation.

Art. II. L'arrangement à proposer à la Porte Ottomane reposera sur les bases suivantes:

Les Grecs relèveront du Sultan comme d'un Seigneur Suzerain; et en conséquence de cette Suzeraineté, ils payeront à l'Empire Ottoman une redevance annuelle, dont le montant sera fixé, une fois pour toutes, d'un commun accord. — Ils seront gouvernés par des Autorités qu'ils choisiront et nommeront eux-mêmes, mais à la nomination desquelles la Porte aura une part déterminée.

Pour opérer une séparation entière entre les individus des deux nations, et pour prévenir des collisions, suite inévitable d'une lutte aussi longue, les Grecs entreront en possession des propriétés Turques situées ou sur le Continent, ou dans les îles de la Grèce, à la charge d'indemniser les anciens propriétaires, soit moyennant une somme annuelle à joindre à la redevance qu'ils payeront à la Porte, soit à l'aide de quelqu'autre transaction de la même nature.

Art. III. Les détails de cet arrangement, ainsi que les limites du territoire sur le continent, et la désignation des îles de l'Archipel auxquelles il sera applicable, seront déterminés dans une négociation à établir ultérieurement entre les Hautes Puissances et les deux Parties Contendantes.

Art. IV. Les Puissances Contractantes s'engagent à poursuivre l'oeuvre salutaire de la pacification de la Grèce, sur les bases posées dans les Articles précédens, et à munir, sans le moindre délai, leurs représentans à Constantinople de toutes les instructions que réclame l'exécution du Traité qu'Elles signent.

Art. V. Les Puissances Contractantes ne chercheront dans ces arrangements aucune augmentation de territoire, aucune influence exclusive, aucun avantage de commerce pour leurs sujets, que ceux de toute autre nation ne puissent également obtenir.

Art. VI. Les arrangemens de réconciliation et de paix qui seront définitivement convenus entre les Parties Contendantes, seront garantis par celles des Puissances signataires qui jugeront utile ou possible de contracter cette obligation. L'action et les effets de cette garantie deviendront l'objet de stipulations ultérieures entre les Hautes Puissances.

Art. VII. Le présent traité sera ratifié, et les ratifications en seront échangées dans le terme de deux mois, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé, et y ont apposé le cachet de leurs Armes.

Fait à Londres, le six Juillet, l'an de Grâce mil huit cent vingt-sept.

Dudley. Le Prince de Polignac. Lieven.

Article additionnel.

Dans le cas où la Porte Ottomane n'accepterait pas, dans le terme d'un mois, la médiation qui lui sera proposée, les hautes parties contractantes conviennent des mesures suivantes:

1. Il sera déclaré à la Porte, par leurs représentans à Constantinople, que les inconvéniens et les maux signalés dans le Traité patent comme inséparables de l'état de choses qui subsiste dans l'Orient depuis six ans, et dont la cessation, par les moyens à la disposition de la Sublime Porte Ottomane, paraît encore éloignée, imposent aux hautes parties contractantes la nécessité de prendre des mesures immédiates pour se rapprocher des Grecs.

Il est entendu que ce rapprochement s'opèrera en établissant avec les Grecs des relations commerciales, en leur envoyant, à cet effet, et recevant d'eux, des Agens Consulaires, en tant qu'il existera chez eux des Autorités capables de maintenir de telles relations.

2. Si, dans ce même terme d'un mois, la Porte n'acceptait pas l'armistice proposé dans l'Article I. du Traité patent, ou si les Grecs se refusaient à son exécution, les hautes puissances contractantes déclareront à celle des deux parties contendantes qui voudrait continuer les hostilités, ou à toutes deux, s'il devenait nécessaire, que les dites hautes puissances vont s'efforcer, par tous les moyens que les circonstances suggèreront à leur prudence, d'obtenir les effets immédiats de l'armistice dont elles désirent l'exécution, en prévenant, autant qu'il sera en leur pouvoir, toute collision entre les parties contendantes; et, en effet, aussitôt après la susdite déclaration, les hautes puissances employeront, conjointement, tous leurs moyens pour en accomplir l'objet, sans toutefois prendre part aux hostilités entre les deux parties contendantes.

En conséquence, les hautes puissances contractantes, immédiatement après la signature du présent Article additionnel, transmettront des instructions éventuelles, conformes aux dispositions énoncées ci-dessus, aux amiraux commandans leurs escadres respectives dans les mers du Levant.

3. Enfin, si, contre toute attente, ces mesures ne suffisent point encore pour faire adopter les propositions des hautes parties contractantes par la Porte Ottomane, ou si, de l'autre côté, les Grecs renoncent aux conditions stipulées en leur faveur dans le traité de ce jour, les hautes puissances contractantes n'en continueront pas moins à poursuivre l'oeuvre de la pacification, sur les bases dont elles sont convenues entr' elles; et, en conséquence, elles autorisent, dès à présent, leurs représentans à Londres, à discuter et arrêter les moyens ultérieurs dont l'emploi pourrait devenir nécessaire.

Le présent Article additionnel aura la même force et valeur que s'il était inséré, mot à mot, au Traité de ce jour. Il sera ratifié, et les ratifications en seront échangées en même temps que celles du dit Traité.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs l'ont signé, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Londres, le six Juillet, l'an de Grâce mil huit cent vingt-sept.

Dudley. *Le Prince de Polignac.* *Lieven.*

---

5. Convention

entre la France, la Grande-Bretagne et la Russie d'une part et la Bavière de l'autre part

conclue à

LONDRES

le 7. Mai 1832.

Les cours de France, de la Grande-Bretagne et de Russie, exerçant le pouvoir qui leur a été déféré par la nation grecque, de choisir un Souverain pour la Grèce, érigée en Etat indépendant, et voulant donner à ce pays une nouvelle preuve de leurs dispositions bienveillantes, pour l'élection d'un Prince issu d'une Maison Royale, dont l'alliance ne peut qu'être essentiellement utile à la Grèce, et qui déjà s'est acquis des titres à son affection et à sa gratitude, ont résolu d'offrir la couronne du nouvel Etat Grec au Prince *Frédéric Othon* de Bavière, fils puîné de Sa Majesté le Roi de Bavière.

De son côté, *Sa Majesté le Roi de Bavière*, agissant en qualité de Tuteur du dit Prince *Othon* pendant sa minorité, entrant dans les vues des trois Cours et appréciant les motifs qui les ont engagées à faire tomber leur choix sur un Prince de Sa Maison, s'est décidé à accepter la couronne grecque pour son fils puîné, le Prince *Frédéric Othon de Bavière.*

En conséquence et à l'effet de convenir des arrangemens que cette acceptation rend nécessaires, *Sa Majesté le Roi de Bavière*, d'une part, et *Leurs Majestés le Roi des Français, le Roi du Royaume uni de Grande-Bretagne et d'Irlande et l'Empereur de toutes les Russies*, de l'autre, ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté le Roi de Bavière, le Sieur Auguste Baron de *Cetto*, son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près Sa Majesté Britannique.

Sa Majesté le Roi des Français, le Sieur Charles Maurice de *Talleyrand-Périgord*, Prince Duc de Talleyrand, Pair de France etc. etc.

Sa Majesté le Roi du Royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le très-honorable Henry Jean Vicomte *Palmerston*, Baron Temple, Pair d'Irlande etc. etc.

Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies le Sieur Christophe Prince de *Lieven*, général d'Infanterie de Ses Armées, Son aide de camp général, ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près Sa Majesté Bri-

tannique etc. etc., et le Sieur Adam Comte *Matuszewic*, Conseiller privé de Sa dite Majesté etc. etc.

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs trouvés en bonne et due forme, ont arrêté et signé les articles qui suivent:

Art. I. Les cours de France, de la Grande-Bretagne et de Russie, duement autorisées à cet acte par la Nation grecque, offrent la Souveraineté héréditaire de la Grèce au Prince *Frédéric Othon de Bavière*, fils puiné de Sa Majesté le Roi de Bavière.

Art. II. *Sa Majesté le Roi de Bavière*, agissant au nom de Son dit fils, encore mineur, accepte pour lui la Souveraineté héréditaire de la Grèce, aux conditions déterminées ci-dessous.

Art. III. *Le Prince Othon de Bavière* portera le titre de *Roi de la Grèce.*

Art. IV. La Grèce, sous la Souveraineté du Prince *Othon de Bavière* et la garantie des trois cours formera un Etat monarchique indépendant, ainsi que porte le Protocole, signé entre les dites cours le 3. Février 1830, et accepté tant par la Grèce que par la Porte Ottomane.

Art. V. Les limites définitives du territoire grec seront telles qu'elles résulteront des négociations que les cours de France, de Grande-Bretagne et de Russie viennent d'ouvrir avec la Porte Ottomane, en exécution du Protocole du 26. Septembre 1831.

Art. VI. Les trois cours s'étant réservé de convertir en définitif le protocole du 3. Février 1830, dès que les négociations relatives aux limites de la Grèce seront terminées et de porter ce Traité à la connaissance de tous les Etats avec lesquels elles se trouvent en relations, il est convenu qu'elles rempliront cet engagement et que *Sa Majesté le Roi de la Grèce* deviendra Partie contractante au Traité dont il s'agit.

Art. VII. Les trois cours s'emploieront dès à présent, à faire reconnaître le Prince *Othon de Bavière* en qualité de Roi de la Grèce par tous les Souverains et Etats avec lesquels elles se trouvent en relations.

Art. VIII. La couronne et la dignité Royales, devant être héréditaires en Grèce, passeront aux descendans et héritiers directs et légitimes du Prince *Othon de Bavière* par ordre de primogéniture. Si le Prince *Othon de Bavière* venait à décéder sans postérité directe et légitime, la couronne grecque passera à son frère puiné et à ses descendans et héritiers directs et légitimes par ordre de primogéniture. Si ce dernier venait à décéder également sans postérité directe et légitime, la couronne grecque passera au frère puiné de celui-ci et à ses descendans et héritiers directs et légitimes, par ordre de primogéniture.

Dans aucun cas, la couronne Grecque et la couronne de Bavière ne pourront se trouver réunies sur la même tête.

Art. IX. La majorité du Prince *Othon de Bavière*, en sa qualité de Roi de la Grèce, est fixée à vingt ans révolus, c'est à dire au premier Juin 1835.

Art. X. Pendant la minorité du Prince *Othon de Bavière* Roi de la Grèce, ses droits de Souveraineté seront exercés en Grèce, dans toute leur plénitude, par une Régence, composée de trois Conseillers, qui lui seront adjoints par *Sa Majesté le Roi de Bavière.*

Art. XI. Le Prince *Othon de Bavière* conservera la pleine jouissance de ses apanages en Bavière. *Sa Majesté le Roi de Bavière* s'engage en outre, à faciliter, autant qu'il sera en son pouvoir la position du Prince *Othon* en Grèce, jusqu'à ce que la dotation de la Couronne y soit formée.

Art. XII. En exécution des stipulations du protocôle du 26. Février 1830, *Sa Majesté* l'Empereur de toutes les Russies s'engage à garantir, et *Leurs Majestés le Roi des Français et le Roi du Royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande*, s'engagent à recommander, l'un à son Parlament, l'autre à ses chambres, de les mettre à même de se charger de garantir, aux conditions suivantes, un emprunt qui pourra être contracté par le Prince *Othon de Bavière* en sa qualité de Roi de la Grèce.

1) Le principal de l'emprunt à contracter sous la garantie des trois cours pourra s'élever jusqu'à la concurrence de soixante millions de Francs.
2) Le dit emprunt sera réalisé par séries de vingt millions de francs chacune.
3) Pour le présent, la première série sera seule réalisée, et les trois cours répondront, chacune pour un tiers, de l'acquittement des intérêts et du fonds d'amortissement annuels de la dite série.
4) La seconde et la troisième séries du dit emprunt pourront être réalisées selon les besoins de l'Etat grec, à la suite d'un concert préalable entre les trois cours et *Sa Majesté le Roi de la Grèce.*
5) Dans le cas où, à la suite d'un tel concert, la seconde et la troisième séries de l'emprunt mentionné ci-dessus seraient réalisées, les trois cours répondront, chacune pour un tiers, de l'acquittement des intérêts et du fonds d'amortissement annuels de ces deux séries, ainsi que de la première.
6) *Le Souverain de la Grèce* et l'Etat grec seront tenus d'affecter au payement des intérêts et du fonds d'amortissement annuels de celles des séries de l'emprunt qui auraient été réalisées sous la garantie des trois cours les premiers revenus de l'Etat, de telle sorte que les recettes effectives du Trésor grec seront consacrées, *avant tout*, au payement des dits intérêts et du dit fonds d'amortissement, sans pouvoir être employées à aucun autre usage, tant que le service des séries réalisées de l'emprunt sous la garantie des trois cours n'aura pas été complettement assûré pour l'année courante.

Les représentans diplomatiques des trois cours en Grèce, seront spécialement chargés de veiller à l'accomplissement de cette dernière stipulation.

Art. XIII. Dans le cas où les négociations que les trois cours ont déjà entâmées à Constantinople pour le réglement définitif des limites de la Grèce, donneraient lieu à une compensation pécuniaire en faveur de la Porte

Ottomane, il est entendu que le montant de cette compensation sera prélevé sur les produits de l'emprunt, dont il a été question dans l'article précédent.

Art. XIV. *Sa Majesté le Roi de Bavière* facilitera au Prince *Othon* les moyens d'enrôler en Bavière, pour le prendre en service, en qualité de *Roi de la Grèce*, un corps de troupes qui pourra se monter à trois mille cinq cents hommes, qui sera armé, équipé et soldé par l'Etat grec et qui y sera envoyé le plutôt possible, afin de relever les troupes de l'Alliance laissées en Grèce jusqu'à présent. Ces dernières y resteront entièrement à la disposition du gouvernement de *Sa Majesté le Roi de la Grèce* jusqu'à l'arrivée du corps mentionné ci-dessus. Dès que ce corps se trouvera en Grèce, les troupes de l'Alliance, dont il vient d'être parlé se retireront et évacueront totalement le territoire grec.

Art. XV. *Sa Majesté le Roi de Bavière* facilitera également au Prince *Othon* les moyens d'assistance d'un certain nombre d'officiers Bavarois, lesquels organiseront en Grèce une force militaire nationale.

Art. XVI. Aussitôt que faire se pourra, après la signature de la présente convention, les trois conseillers, qui doivent être adjoints à *Son Altesse Royale le Prince Othon* par *Sa Majesté le Roi de Bavière*, pour composer *la Régence de la Grèce*, y entreront dans l'exercice du pouvoir de la dite Régence et y prépareront toutes les mesures dont sera accompagnée la réception du Souverain, lequel, de son côté, se rendra en Grèce dans le plus bref délai possible.

Art. XVII. Les trois Cours annonceront à la Nation grecque par une déclaration commune le choix qu'elles ont fait de *Son Altesse Royale, le Prince Othon de Bavière*, pour *Roi de la Grèce*, et prêteront à la Régence tout l'appui qui pourra dépendre d'elles.

Art. XVIII. La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Londres dans six semaines, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Londres le sept Mai, l'an de Grâce mil huit cent trente-deux.

(Signé:)

(L. S.) *A. de Cetto sub spe ratif.*
(L. S.) *Talleyrand.*
(L. S.) *Palmerston.*
(L. S.) *Lieven.*
(L. S.) *Matuszewic.*

Article explicatif et complémentaire.

Les cours de la Grande-Bretagne, de Bavière, de France et de Russie, reconnaissant l'utilité de mieux préciser le sens, et de compléter les disposi-

tions de l'Article VIII de la Convention signée entre les dites Cours à Londres le 7. Mai 1832, sont convenues de ce qui suit:

Article Unique. La Succession à la Couronne et à la Dignité Royales en Grèce dans la branche du Prince Othon de Bavière, Roi de la Grèce, comme dans les branches des ses Frères puînés, les Princes Luitpold et Adalbert de Bavière, lesquelles ont été éventuellement substituées à la branche du dit Prince Othon de Bavière, par l'Article VIII de la Convention de Londres du 7. Mai 1832, aura lieu de *mâle en mâle* par ordre de primogéniture.

Les femmes ne seront habiles à succéder à la Couronne Grecque que dans le cas de l'extinction totale des héritiers légitimes mâles dans toutes les trois branches de la Maison de Bavière, ci-dessus désignées: et il est entendu que, dans ce cas, la Couronne et la Dignité Royales en Grèce passeront à la Princesse, ou aux descendans légitimes de la Princesse, qui, dans l'ordre de la succession, se trouvera être la plus rapprochée du dernier Roi de la Grèce.

Si la Couronne Grecque vient à passer sur la tête d'une femme, les descendans légitimes mâles de celle-ci obtiendront, à leur tour, la préférence sur les femmes, et monteront sur le Trône de la Grèce par ordre de primogéniture. Dans aucun cas, la Couronne Grecque ne pourra être réunie sur la même tête avec la Couronne d'un Pays étranger.

Le présent Article explicatif et complémentaire aura la même force et valeur, que s'il se trouvait inséré mot pour mot dans la Convention du 7. Mai 1832. Il sera ratifié, et les ratifications en seront échangées le plutôt que faire se pourra.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Londres, le 30. Avril, l'an de grâce 1833.

(L. S.) *A. de Cetto.*
(L. S.) *Palmerston.*
(L. S.) *Talleyrand.*
(L. S.) *Lieven.*

II. Jonische Inseln.

Convention

entre les cours de Vienne, de St. Pétersbourg, de Londres et de Berlin,

signée à

PARIS

le 5. Novembre 1815.

Au Nom de la très-sainte et indivisible Trinité.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, Sa Majesté le Roi du Royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, et Sa Majesté le Roi de Prusse, animés du désir de donner suite aux négociations ajournées lors du Congrès de Vienne, afin de fixer le sort des sept îles Joniennes, et d'assurer l'indépendance, la liberté et le bonheur des habitans de ces îles, en les plaçant, eux et leur constitution, sous la protection immédiate d'une des grandes Puissances de l'Europe, sont convenus de régler définitivement tout ce qui a rapport à cet objet par un Acte spécial, lequel étant fondé sur les droits résultans du Traité de Paris du trente Mai mil huit cent quatorze, ainsi que sur les déclarations Britanniques à l'époque où les armes de l'Angleterre ont délivré Cerigo, Zante, Cephalonie, St. Maure, Ithaque et Paxo, sera envisagé comme faisant partie du Traité général signé à Vienne le neuf Juin mil huit cent quinze à la suite du Congrès; et pour arrêter et signer le dit Acte, les hautes Parties contractantes ont nommé Plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, le Sieur Clément Wenzeslas Lothaire Prince de *Metternich-Winnebourg-Ochsenhausen*, Son Ministre d'Etat, des conférences et des affaires étrangères etc. etc.; — et le Sieur Jean Philippe Baron de *Wessenberg*, Conseiller intime actuel de Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème etc. etc.

Et Sa Majesté le Roi du Royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le très-honorable Robert Stewart, Vicomte *Castlereagh*, Son principal Secrétaire d'Etat ayant le Département des affaires étrangères etc. etc.; — et le très-illustre et très-noble Seigneur Arthur, Duc, Marquis et Comte de *Wellington*, Marquis de Douro, Vicomte Wellington de Talavera et de Wellington et Baron Douro de Wellesley; Conseiller de Sa dite Majesté en Son Conseil privé, Feld-Maréchal de Ses Armées etc. etc.

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans:

Art. I. Les îles de Corfou, Cephalonie, Zante, Ste. Maure, Ithaque Cerigo et Paxo, avec leurs dépendances, telles qu'elles sont désignées dans

le Traité entre Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies et la Porte-Ottomane du 21. Mars 1800, formeront un seul état libre et indépendant, sous la dénomination des Etats-Unis des îles Joniennes.

Art. II. Cet état sera placé sous la protection immédiate et exclusive de Sa Majesté le Roi du Royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, et de ses héritiers et successeurs. En conséquence, les autres Puissances contractantes renoncent à tout droit ou prétention particulière qu'elles auraient pu former à cet égard, et garantissent formellement toutes les dispositions du présent Traité.

Art. III. Les Etats-Unis des îles Joniennes règleront, avec l'approbation de la Puissance protectrice, leur organisation intérieure: et pour donner à toutes les parties de cette organisation la consistance et l'action nécessaire, Sa Majesté Britannique vouera une sollicitude particulière à la Législation et à l'Administration générale de ces états. En conséquence Sa Majesté nommera pour y résider un Lord Commissaire supérieur qui sera investi de toute l'autorité nécessaire à cet effet.

Art. IV. Afin de mettre en exécution sans délai les stipulations consignées dans les articles précédens, et fonder la réorganisation politique des Etats-Unis Ioniens sur cette organisation qui est actuellement en vigueur, le Lord Commissaire supérieur de la Puissance protectrice règlera les formes de convocation d'une assemblée législative, dont il dirigera les opérations, à l'effet de rédiger pour cet état une nouvelle Charte constitutionnelle que Sa Majesté Britannique sera priée de ratifier. Jusqu'au moment où une pareille Charte constitutionnelle sera rédigée et duement ratifiée, les Constitutions existantes resteront en vigueur dans les différentes îles, et aucun changement ne pourra y être fait que par Sa Majesté Britannique dans Son Conseil.

Art. V. Pour assurer sans restriction aux habitans des Etats-Unis des îles Joniennes, les avantages résultans de la haute protection sous laquelle ils sont placés, ainsi que pour l'exercice des droits inhérens à cette protection, Sa Majesté Britannique aura celui d'occuper les forteresses et places de ces états, et d'y tenir garnison. La force militaire des dits Etats-Unis sera de même sous les ordres du Commandant des troupes de Sa Majesté Britannique.

Art. VI. Sa Majesté Britannique consent à ce qu'une Convention particulière avec le Gouvernement des dits Etats-Unis règle d'après les revenus de l'état, tous les objets relatifs au maintien des forteresses actuellement existantes, ainsi qu'à l'entretien et au paiement des garnisons Britanniques, et au nombre d'hommes qui les composeront en temps de paix. La même Convention fixera en outre les rapports qui devront avoir lieu entre cette force armée et le Gouvernement Jonien.

Art. VII. Le pavillon marchand des Etats-Unis des îles Joniennes sera reconnu par toutes les parties contractantes comme pavillon d'un état libre et indépendant. Il portera, avec les couleurs et au-dessus des armoiries qu'il a déployées avant 1807, celles que Sa Majesté Britannique pourra juger

à propos de lui accorder en signe de la protection sous laquelle les dits Etats-Unis Joniens sont placés; et pour donner plus de poids encore à cette protection, tous les ports des dits états sont déclarés être, quant aux droits honorifiques et militaires, sous la jurisdiction Britannique.

Le commerce entre les Etats-Unis Joniens et les états de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, jouira des mêmes avantages et facilités que celui de la Grande-Bretagne avec les dits Etats-Unis.

Il ne sera accrédité aux Etats-Unis des îles Joniennes que des Agens commerciaux, ou Consuls chargés uniquement de la gestion des relations commerciales, et assujettis aux règlemens, auxquels les Agens commerciaux ou Consuls sont soumis dans d'autres Etats indépendans.

Art. VIII. Toutes les Puissances qui ont signé le Traité de Paris du trente Mai mil huit cent quatorze et l'Acte du Congrès de Vienne du neuf Juin mil huit cent quinze, et en outre Sa Majesté le Roi des deux Siciles et la Porte-Ottomane seront invités à accéder à la présente Convention.

Art. IX. Le présent Acte sera ratifié, et les ratifications seront échangées dans deux mois, ou plus-tôt si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris le cinq Novembre mil huit cent quinze.

(L. S.) *Le Prince de Metternich.*
(L. S.) *Le Baron de Wessenberg.*
(L. S.) *Castlereagh.*
(L. S.) *Wellington.*

VI.

ITALIEN. SPANIEN. PORTUGAL.

VI.

ITALIEN. SPANIEN. PORTUGAL.

VI.

ITALIEN. SPANIEN. PORTUGAL.

VI.

ITALIEN. SPANIEN. PORTUGAL.

Art. XII. S. M. créera une compagnie Génoise de gardes du corps, laquelle formera une quatrième compagnie de ses gardes.

Art. XIII. S. M. établira à Gênes un corps de ville composé de quarante nobles, vingt bourgeois vivans de leurs revenus ou exerçant des arts liberaux et vingt des principaux négocians.

Les nominations seront faites la première fois par le Roi, et les remplacemens se feront à la nomination du corps de ville même, sous la réserve de l'approbation du Roi.

Ce corps aura ses règlemens particuliers donnés par le Roi, pour la résidence et pour la division du travail. Les présidens prendront le titre de syndics, et seront choisis parmi les membres. Le Roi se réserve, toutefois qu'il le jugera à propos, de faire présider le corps de ville par un personnage de grande distinction. Les attributions du corps de ville seront l'administration des revenus de la ville, la surintendance de la petite police de la ville, et la surveillance des établissemens publics de charité de la ville.

Les membres de ce corps auront un costume et les syndics le privilège de porter la sémarre ou toge, comme les présidens des tribunaux.

Art. XIV. L'université de Gênes sera maintenue et jouira des mêmes privilèges que celle de Turin. S. M. avisera aux moyens de pourvoir à ses besoins. Elle prendra cet établissement sous sa protection spéciale, de même que les autres instituts d'instruction, d'éducation, de belles lettres et de charité, qui seront aussi maintenus.

S. M. conservera en faveur de ses sujets Génois, les bourses qu'ils ont dans le collége du Lycée, à la charge du gouvernement, se réservant d'adopter sur ces objets les règlemens qu'elle jugera convenables.

Art. XV. Le Roi conservera à Gênes un tribunal et une chambre de commerce avec les attributions actuelles de ces deux établissemens.

Art. XVI. S. M. prendra particulièrement en considération la situation des employés actuels de l'état de Gênes.

Art. XVII. S. M. accueillera les plans et les propositions qui lui seront présentées sur les moyens de rétablir la banque de Saint George.

Signé: *Comte Alexis de Noailles.*
Clancarty.
Le Baron de Binder.

Extrait du protocole du congrès de Vienne,
du 10. Décembre 1814.

Pour ne laisser aucun doute sur l'ordre de succession à établir dans les états de Gênes les puissances signataires du traité de Paris sont convenus que l'article concernant Gênes soit rédigé dans les termes suivans:

Les états qui ont composé la ci-devant république de Gênes sont réunis à perpétuité aux états de S. M. Sarde, pour être comme eux possédés par elle en toute propriété et hérédité de mâle en mâle, par ordre de primogéniture dans les deux branches de la maison savoir, la branche royale et la branche Savoie-Carignan.

Extrait du protocole du congrès de Vienne,
du 10. Décembre 1814.

Les plénipotentiaires ont pris en considération le voeu des Génois qui demande que S. M. Sarde prenne le titre de Roi de Ligurie.

Les plénipotentiaires ont observé que le Roi de Sardaigne est investi du titre de duc souverain de Savoie comme du titre de prince souverain des états du Piémont. Ils ont pensé que les égards dus aux dits pays ne permettaient pas que l'état de Gênes fût érigé en royaume; ils proposent que le titre de duc de Gênes qui était proprement celui du doge de l'ancienne république de Gênes soit conféré à S. M. Sarde, pour être joint aux titres que S. M. prend ordinairement. Cette proposition des plénipotentiaires a été approuvée dans la conférence du 10 du courant.

3. Acte d'adhésion des plénipotentiaires de S. M. Sarde à la déclaration du congrès de Vienne,
du 17. Décembre 1814.

Les soussignés, plénipotentiaires de S. M. le Roi de Sardaigne au congrès de Vienne, en vertu des pleins-pouvoirs de leur souverain, qu'ils ont présentés d'après l'invitation portée par la déclaration qui a été publiée le 1. Novembre dernier par les puissances signataires du traité de Paris du 30. Mai année courante et le Marquis de Saint-Marsan en particulier, en vertu d'un pleinpouvoir spécial le plus ample de Sa dite Majesté le Roi de Sardaigne, pour négocier, convenir et accepter toutes les conditions relatives à la réunion des états de Gênes à ceux de S. M. qu'il présente en original, donnent, par le présent acte, adhésion formelle, entière et sans restriction aux conditions renfermées dans les trois annexes ci-jointes, qu'ils ont signées à cet objet, et qui sont entièrement conformes aux pièces annexées à l'extrait du protocole de la séance du 12. du courant que M. le prince de Metternich a adressé aux soussignés.

Ils adhèrent, au nom de leur souverain, avec ces conditions, à la réunion des départemens formés par l'ancienne république de Gênes aux autres états de S. M. (agrandissement dont l'objet est d'établir une juste répartition de forces en Italie qui en assure le repos) et témoignent à ces hautes puissances la reconnaissance de leur souverain, soit pour la réunion susdite, soit pour la marque de confiance qu'ils lui donnent en le faisant mettre tout de suite en possession de ses nouveaux états.

Ils consentent à la réserve apposée, et relativement aux fiefs impériaux faisant partie de la ci-devant république Ligurienne, et qui se trouvent maintenant sous l'administration du gouvernement de Gênes, dont les puissances ont déclaré vouloir se réserver la disposition et à ce qu'ils ne soient occupés et administrés que provisoirement par le gouvernement du Roi, qui sera établi à Gênes jusqu'au traité définitif, en déclarant toutefois qu'ils n'entendent préjudicier aucunement par là les droits que S. M. se réserve de faire valoir. En foi de quoi ils ont signé le présent acte, et chacune séparement des trois annexes et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Vienne, le 17. Décembre 1814.

Signé: *Le Marquis de Saint-Marsan.*
Le Comte Rossi.

Patent des Kaisers von Oestreich

bezüglich der Formation des lombardisch-venetianischen Königreichs und der Vereinigung desselben mit dem östreichischen Kaiserstaat.

Als nach dem Sturze Napoleon's und dem Einzug der Alliirten in Paris die verschiedenenen Staaten ihre Pläne auf Wiedererlangung des Verlorenen und Vergrößerung in's Werk zu setzen suchten, richteten sich die Bestrebungen Oestreich's neben den älteren deutschen Provinzen (Tyrol, Salzburg, Innviertel) vornehmlich auf den Gewinn von Oberitalien. Belgien, das 1713 im utrechter Frieden als spanisches Nebenland an Oestreich gefallen, 1794 aber von den Franzosen in eine Republik verwandelt und 1802 völlig französisch geworden war, sollte mit Holland vereinigt werden. Oestreich verzichtete, in Aussicht anderweitiger Entschädigung, nicht ungerne auf dieses Land, welches, begrenzt von Frankreich und vom Kaiserstaate getrennt, öftere Verwicklungen mit Frankreich und wenig Sicherheit des Besitzes bei etwa künftig eintretenden europäischen Krisen in Aussicht stellte. Eine Entschädigung durch die türkischen Donauländer Bosnien, Serbien, Walachei und Moldau, welche Oestreich in den völligen Besitz der Donau gesetzt hätte, wäre vielleicht für den Kaiserstaat vortheilhafter gewesen, als Oberitalien; auch wurde allerdings von einer Entschädigung in dieser Richtung gesprochen, allein man konnte der Pforte, die durchaus keine Ursache zur Bestrafung gegeben, diese Länder nicht geradezu entziehen. Die Mächte einigten sich also schon beim Abschluß des ersten pariser Friedens (30. Mai 1814), der freilich im Artikel VI. dieser Veränderungen nur erst kurz und im Allgemeinen erwähnt (l'Italie hors des limites des pays qui reviendront à l'Autriche sera composée d'états souverains) dahin, daß Oestreich den größten Theil Oberitalien's erhalten sollte. Noch vor dem Beginn des wiener Congresses kam man sodann näher dahin überein, daß der ganze Länderstrich zwischen dem Po, dem Ticino und dem Lago Maggiore dem Kaiser von Oestreich zugewiesen werde. Die Grenzen selbst wurden auf dem wiener Congreß definitiv festgesetzt (vergl. Art. 95 der wiener Congreßacte). Die Bestandtheile dieses Gebietes waren folgende. **Mailand.** (Das Herzogthum

Mailand, deutsches Reichslehen, gab nach dem Aussterben der Sforza 1535 Kaiser Karl V. seinem Sohne Philipp II. von Spanien, im utrechter Frieden 1714 kam es als spanisches Nebenland an Oestreich, 1796 bildeten die Franzosen die cisalpinische Republik daraus, 1805 wurde es zum Königreich Italien geschlagen). **Mantua.** (Das Herzogthum Mantua, deutsches Reichslehen, fiel an Oestreich, als der Kaiser 1705 den letzten Herzog aus dem Hause Gonzaga, weil er die Partei Ludwig XIV. ergriffen hatte, in die Reichsacht erklärte, wurde von Oestreich 1785 mit Mailand als „östreichische Lombardei" vereinigt, von den Franzosen 1797 zur cisalpinischen Republik, 1805 zum Königreich Italien geschlagen). **Venedig.** (Die Republik Venedig fand ihren Untergang 1797 durch die Franzosen, welche im Frieden von Campo Formio 1797 Oestreich mit der Stadt Venedig und einem Theil des venetianischen Gebietes für das an Frankreich abgetretene Belgien entschädigten, der übrige Theil des Gebietes wurde zur cisalpinischen Republik, 1805 aber sammt dem bisher östreichischen Theil zum Königreich Italien geschlagen). Das **Veltlin.** (Das Veltlin, nämlich die Landschaften Chiavenna, Val Tellina und Bormio, gehörte anfangs zu Mailand, wurde 1512 an Graubündten abgetreten, erklärte sich 1797 von Graubündten für unabhängig und wurde in demselben Jahre zur cisalpinischen Republik, 1804 zum Königreich Italien geschlagen). Außer den genannten Gebietstheilen erhielt Oestreich auch noch einen Theil des Parmigianischen und Ferraresischen. Aus diesen sämmtlichen Landschaften, zusammen ungefähr 852 □M. mit 4½ Millionen Einwohnern, wurde am 7. Apr. 1815 das lombardisch-venetianische Königreich gebildet. Dieses Königreich soll, wie die Gründungsurkunde §. 5 sagt, durch einen Vicekönig regiert werden und in zwei, durch den Fluß Mincio getrennte Gouvernements, ein mailändisches und venetianisches, zerfallen (§. 6), deren jedem ein Gouverneur vorgesetzt wird. Den königlichen Verwaltungsbehörden sollen, um die Wünsche und Bedürfnisse der Nation genau zu vernehmen, permanente Collegien aus Mitgliedern der verschiedenen Classen des Volkes an die Seite gesetzt werden (§. 12. 13). — Im Jahr 1816 wurde im lombardisch-venetianischen Königreich die östreichische Gesetzgebung eingeführt, 1818 Erzherzog Rainer zum Vicekönig ernannt. Die Gründungsurkunde des lombardisch-venetianischen Königreichs findet sich in der wiener Zeitung, Monat August 1815, deutsch und italienisch, und bei Martens nouveau recueil tom. V. deutsch.

Patent des Kaisers Franz I. von Oestreich

über die Bildung des lombardisch-venetianischen Königreichs.

Wien, den 7. April 1815.

Wir Franz der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oestreich, König von Ungarn, von Böhmen, von der Lombardey und von Venedig, von Gallizien und Lodomirien u. s. w., Erzherzog von Oestreich.

In Folge der mit den alliirten Mächten geschlossenen Tractate und weiter mit denselben gepflogenen freundschaftlichen Uebereinkunft sind nun die lombardischen und venetianischen Provinzen in ihrer ganzen Ausdehnung bis an den Lago Maggiore, den Fluss Ticino und den Po, nebst dem Theile des mantuanischen Gebietes auf dem rechten Ufer dieses letzteren Flusses, dann die Landschaft Veltlin, die Grafschaften Cleven und Bormio mit dem östreichischen Kaiserstaate vereinigt und demselben als integrirender Theil auf ewige Zeiten einverleibt.

Von dem lebhaftesten Wunsche beseelt, den Bewohnern dieser Provinzen und Districte einen unzweideutigen Beweis Unsers Kaiserlichen Wohlwollens und des ausgezeichneten Werthes zu geben, welchen wir auf diese Wiedervereinigung legen, zugleich auch eine Bürgschaft mehr für das enge Band aufzustellen, welches sie von nun an umschlingt, haben Wir erachtet den Zweck dadurch zu erreichen, dass Wir die obengenannten Provinzen und Districte zu einem Königreiche unter den Namen des lombardisch-venetianischen Königreichs, erheben, und in dieser Absicht gegenwärtiges Patent erlassen, um diesen unsern Kaiserlichen Beschluss, wie hiemit geschieht, zu Jedermanns Wissenschaft und Nachachtung feierlich kund zu machen.

Wir erklären zugleich:

§. 1. Dass das Wappen des neuen Königreichs und dessen Aufnahme in das Wappen des östreichischen Kaiserstaates, sowie auch die Einschaltung des Königlichen Titels in Unsere Kaiserliche Titulatur unverzüglich durch ein besonderes Publicandum bestimmt werden wird.

§. 2. Dass das Königreich seine eigenen Kronämter haben soll, zu welchen Wir Uns vorbehalten die dazu am meisten geeigneten Individuen nach Verdiensten zu ernennen.

§. 3. Dass die uralte eiserne Krone die Krone dieses Königreichs bleibt, mit welcher Unsere Nachfolger bei dem Antritt ihrer Regierung gekrönt werden sollen.

§. 4. Dass Wir den von Uns bereits im Allgemeinen bestätigten Orden der eisernen Krone in die Zahl Unserer übrigen Haus-Orden aufgenommen haben, und das neue Statut desselben von Uns bereits genehmigt ist.

§. 5. Dass Wir endlich beschlossen haben, Uns in Unserem neuen Königreiche durch einen Vice-König repräsentiren zu lassen.

§. 6. Das Königreich wird zum Behufe der Verwaltung in zwei Gouvernements-Territorien, welche durch den Fluss Mincio getrennt werden, getheilt. Das Gebiet am rechten Ufer des Mincio wird den Namen mailändisches Gouvernement, jenes am linken Ufer des Mincio den Namen venetianisches Gouvernement führen.

§. 7. Jedes Gouvernements-Gebiet wird in Provinzen, jede Provinz in Districte, jeder District in Gemeinden eingetheilt. Die Namen und Grenzen der Provinzen, und die Districte mit den ihnen zugetheilten Gemeinden werden nachträglich durch besondere Circulare bekannt gemacht werden.

§. 8. In jedem Gouvernements-Gebiet ist die administrative Geschäftsleitung unter der Abhängigkeit von Unsern Hofstellen einem Gouverneur und einem Gubernial-Collegium, das seinen Sitz in Mailand, und beziehungsweise in Venedig nehmen wird, anvertraut.

§. 9. In jeder Provinz wird die administrative Geschäftsführung, unter der Abhängigkeit von dem Gubernium, einer Königlichen Delegation übertragen.

§. 10. Jedem Districte wird in der Königlichen Delegation ein Cancelliere del Censo vorgesetzt, der die Oberleitung der in seinem Bezirke befindlichen Gemeinden der zweiten und dritten Classe, die Steuerangelegenheiten und die allgemeine Aufsicht über die Befolgung der politischen Gesetze zu besorgen hat.

§. 11. Die Eintheilung der Gemeinden nach drei Classen und ihre Municipal-Verwaltung wird vor der Hand und bis hierüber andere Bestimmungen werden festgesetzt werden, in der gegenwärtigen Art beibehalten. In dem venetianischen Territorium werden die Communal-Bezirke wieder so hergestellt, wie sie am 1. Januar 1813 bestanden, in so fern nämlich in der Zwischenzeit darin eine Veränderung vorgenommen wurde. Die Gemeinden der ersten Classe und jene Städte, welche Wir zu Königlichen Städten erhoben haben, dann jene, wo der Sitz einer Königlichen Delegation ist, unterstehen unmittelbar den Königlichen Delegationen, und sind von dem Einflusse der Cancellieri del Censo unabhängig.

§. 12. Um die Wünsche und Bedürfnisse der Einwohner Unseres lombardisch-venetianischen Königreichs im gesetzlichen Wege genau zu vernehmen, und die Einsichten und Rathschläge ihrer Repräsentanten für das

Wohl des Landes in der öffentlichen Verwaltung zu benutzen, haben Wir beschlossen, Unsern landesfürstlichen Verwaltungs-Behörden permanente Collegien aus Mitgliedern der verschiedenen Classen der Nation an die Seite zu setzen. In dieser Absicht wird:

§. 13. In dem mailändischen Gebiete eine Central-Congregation in Mailand und in dem venetianischen Gebiete eine Central-Congregation in Venedig, dann für jede Provinz eine Provinzial-Congregation in dem Orte, in welchem die Königliche Delegation ihren Sitz hat, eingesetzt. Die näheren Bestimmungen hierüber werden in einem eigenen Patente nachgewiesen.

§. 14. In jeder Gemeinde werden Consigli comunali in der bisherigen Art bis auf weitere Bestimmung aufrecht erhalten, und in dem venetianischen Gebiete, wo sie in der Zwischenzeit aufgehoben wurden, wieder hergestellt.

§. 15. Mit einer besondern Verordnung wird der Zeitpunkt bekannt gemacht werden, an welchem die Wirklichkeit der Reggenza in Mailand, des provisorischen Guberniums in Venedig, der Präfectur und Vice-Präfecturen aufhören wird, und von welchem Tage die Consigli generali der Departemente als aufgehoben zu betrachten sein werden.

Gegeben in Unserer Kaiserlichen Residenz zu Wien, den 7. April des Jahres 1815, und des vierundzwanzigsten Unserer Regierung.

Franz.

(L. S.)

Ludwig Graf v. Ugarte,
Oberster Kanzler.

Prokop. Graf v. Lazansky,
Kanzler.

Auf ausdrücklichen und allerhöchsten Befehl Sr. k. k. Majestät
Franz Graf Guiccardi.

Der Congreß zu Troppau und Laybach.

(Zu Troppau vom 20. Oct. bis 20. Nov. 1820. Zu Laybach vom 6. Jan. bis 12. Mai 1821.)

Wenn wir hier einige Actenstücke aus den Congreßverhandlungen zu Troppau und Laybach aufführen, so geschieht Dies nicht wegen der damaligen Verhältnisse Italien's; denn diese haben, nach Unterdrückung der revolutionären Bewegung in den Königreichen Neapel und Sardinien, keine weitere Veränderung erlitten; der Congreß hat vielmehr durch östreichische Militärgewalt Alles wieder auf den alten Fuß gesetzt. Wohl aber behauptet dieser Congreß in so ferne auch für unsere Zeit noch eine besondere Wichtigkeit, als von den drei nordischen Mächten hier als gemeinsamer Grundsatz aufgestellt wurde, keine Veränderung in der Verfassung eines Landes anzuerkennen, die nicht unter freiwilliger Beistimmung der bisher legitimen Regierungsgewalt zu Stande gekommen sei, vielmehr den durch Liberalismus bedrängten Fürsten zu Hülfe zu kommen, mittels bewaffneter Intervention Neuerungen wieder auf den alten Stand zurückzuführen und auf solche Weise das legitime, monarchische System in den Ländern Europa's aufrecht zu erhalten. Die Schreiben der Monarchen von Oestreich, Rußland und Preußen an den König von Neapel drücken die Absichten des Congresses folgendermassen aus „à garantir de toute atteinte l'indépendance politique et l'intégrité territoriale de tous les Etats, et à assurer le repos et la prospérité de chacun des pays dont elle se compose" (Worte aus dem Schreiben des Kaisers von Oestreich vom 20. Nov. 1820 an den König von Neapel). England widersprach diesen Grundsätzen entschieden, Frankreich gab wenigstens keine Beistimmung; keine dieser Mächte aber widersetzte sich ernstlich ihrer Durchführung von Seiten der nordischen Höfe. Die Veranlassung zum Congresse von Troppau und Laybach und zur Aufstellung des Prinzips der bewaffneten Intervention gab der Fürst Metternich. Es hatten sich am Anfang des Jahres 1820 in verschiedenen Ländern Be-

System höchst bedenklich
1. Jan. 1820 eine vom
er Bataillone unter Riego
proclamirten am Neujahrstage zu S. Juan die Verfassung von 1812. Die Bewegung machte so schnelle Fortschritte, daß sich der König Ferdinand VII. schon am 7. März 1820 veranlaßt sah, die Constitution von 1812 anzunehmen und zu beschwören. In Folge der Beschlüsse der nach den Bestimmungen von 1812 einberufenen Cortes wurden das Inquisitionstribunal und ein großer Theil der Klöster aufgehoben, sowie viele andere Neuerungen im constitutionellen Sinne durchgeführt. Das Beispiel wirkte auch auf Italien. Die Carbonari's hielten den Zeitpunkt für günstig, ihre länger vorbereiteten Pläne auf eine Revolutionirung Italien's zur Ausführung zu bringen. Der Aufstand begann im Königreich beider Sicilien, wo am 2. Juli 1820 in der Stadt Nola der Lieutenant Morelli und der Priester Minichini mit dem Rufe „für Gott, König und Constitution" durch die Straſſen zogen und mit ihren Leuten sogleich Anhang fanden. Auch im Königreich Neapel war es vornehmlich das Militär, welches sich der Bewegung anschloß. Wie in Spanien die Truppen unzufrieden waren, daß sie der König nach Amerika zur Unterwerfung der südamerikanischen Provinzen schicken wollte, so hatte auch in Neapel vornehmlich unter den Officieren der Umstand Erbitterung hervorgerufen, daß der König Ferdinand dem östreichischen General Rugent den Oberbefehl über die sicilianisch-neapolitanische Armee übertragen hatte. In der Hauptstadt Neapel stellte sich der General Pepe an die Spitze der Unzufriedenen. Das ganze Heer trat auf Seite der Aufständischen, nur ein einziges Regiment blieb dem König treu und auch dieses bat ihn, den Wünschen des Volkes zu entsprechen. So blieb dem König Ferdinand zuletzt Nichts übrig, als den Forderungen der Aufständischen nachzugeben und die spanische Constitution von 1812 im Königreich einzuführen. Sofort brach am 14. Juli 1820 auch in Sicilien eine Revolution aus; hier verlangte man aber Trennung von Neapel und ein eigenes sicilianisches Parlament. Auch die Portugiesen erhoben sich am 24. Aug. 1820, zunächst in Oporto, gegen die Staatsverwaltung des Lords Beresford und verlangten eine Constitution.

Diese günstigen Erfolge der Bestrebungen in Spanien, Portugal und Neapel für die Verwandlung der absolut-monarchischen Regierungsform in eine constitutionelle machten den Fürsten v. Metternich sehr bedenklich. Die pyrenäische Halbinsel lag zwar an der Westgrenze Europa's und konnte der östreichischen Regierung nicht nachtheilig werden; aber eine Revolution in Unteritalien, die ihre Verzweigung, wie allbekannt, über ganz Italien hatte, forderte zu schleunigem und ernstem Einschreiten auf. Der Fürst ließ also zunächst durch seinen Schwager, Baron von Lebzeltern, östreichischen Gesandten am petersburger Hofe, dem Kaiser Alexander die Nothwendigkeit eines Monarchencongresses

darthun, welcher sich ernstlich mit den Gefahren zu beschäftigen hätte, die aus den politischen Erschütterungen der pyrenäischen Halbinsel und Italien's für Europa hervorgehen könnten. Als der Kaiser von Rußland für die Abhaltung eines solchen Congresses gewonnen war, wandte sich Metternich mit um so sichererem Erfolge an Preußen. Im October 1820 versammelten sich also in Troppau (in östreichisch Schlesien) der Kaiser von Oestreich, der Kaiser von Rußland, der König von Preußen, der Erzherzog Rudolph, der Großfürst Nikolaus, der Kronprinz von Preußen, die östreichischen Diplomaten Fürst Metternich, Graf Zichy, die Hofräthe v. Genz und Mercy (beide als Protocollführer), die russischen Diplomaten Gkaf Nesselrode, Graf Capo d'Istrias, Fürst Wolchonsky, Graf Golowkin, Graf Alopäus, die preußischen Diplomaten Fürst Hardenberg und Graf Bernstorff. England war durch den englischen Gesandten am wiener Hofe, Lord Stewart, Frankreich durch den Grafen de la Ferronaye (französischen Gesandten in Petersburg) und Marquis Caraman (französischen Gesandten in Wien) vertreten. Auch der neapolitanische Gesandte in Wien, Fürst Ruffo, der die Veränderungen in Neapel nicht anerkannt hatte, nahm Theil. Kaiser Alexander war anfangs mehr einem gemäßigt liberalen, vermittelnden Systeme zugeneigt, welches, vornehmlich von dem Grafen Ferronaye und Capo d'Istria vertreten, keine völlige Rückführung der neapolitanischen Zustände auf den alten Fuß, sondern nur eine Abänderung der neuen Verfassung in einem mehr monarchischen Sinn für nöthig fand. Da aber gerade in dieser Zeit ein Aufstand unter dem petersburger Garderegiment Semenowski ausgebrochen war, von dem Metternich durch seinen Schwager, den östreichischen Gesandten in Petersburg, früher Nachricht erhalten hatte, als der Kaiser selbst, benützte der Fürst diese Veranlassung, den Kaiser zu bedeuten, wie nun der Geist der Meuterei auch seine eigene Armee ergreife, wies dabei auf den trotzigen Widerstand des Reichsrathes von Warschau, auf die Erfolge der Revolution in Portugal hin und erklärte, daß er kein anderes Mittel zur Unterdrückung des Schwindels kenne, der ganz Europa zu ergreifen drohe, als eine innige Erneuerung der heiligen Allianz und die offene Erklärung und Durchführung des Principes der bewaffneten Intervention in allen Fällen, wo eine Abweichung von den Verträgen von 1815, sei es nun in Bezug auf die Regierungsform oder auf das Gebiet eines Staates zum Vorschein komme. Als der Kaiser Alexander sich geneigt zeigte, auf diesen Vorschlag einzugehen, faßte Metternich sogleich selbst das Protocoll ab, und dasselbe wurde von den nordischen Monarchen unterzeichnet, noch ehe die Gesandten von Frankreich und England Etwas davon erfahren hatten. Letztere unterschrieben nun zwar dieses Protocoll nicht, England protestirte vielmehr durch eine Circulardepesche des engl. Ministers Castelereagh vom 19. Jan. 1821 an die englischen Gesandtschaften entschieden gegen das aufgestellte Princip der bewaffneten Intervention (Urkunde 6); aber man wußte wohl, daß sowohl der fran-

zösische König Ludwig XVIII., als der englische Minister Castlereagh persönlich mit Metternich übereinstimmten und daß ein öffentliches Bekenntniß zu den im Protocoll niedergelegten Ansichten und Bestimmungen nur aus Rücksicht auf die englische und französische Nation von ihren Vertretern beim Congreß unterlassen worden war. Den deutschen Höfen wurde unter dem 8. Dez. 1820 durch eine Circulardepesche eine Mittheilung über die ersten Resultate der troppauer Conferenzen gemacht (Urkunde 5).

War man nun aber auf Seite der nordischen Höfe einig, die constitutionelle Charte in Neapel nicht zu dulden; so bot doch das Einschreiten gegen die dortigen Neuerungen in so ferne Schwierigkeit, als der König von Neapel seine Einwilligung zu den Veränderungen gegeben hatte und somit aller Grund wegfiel, verletzten monarchischen Interessen in diesem Königreich zu Hülfe zu kommen. In der Proclamation vom 6. Juli 1820 hatte der König Ferdinand I. erklärt, daß er von ganzem Herzen in den Wunsch seines Volkes nach einem constitutionellen Gouvernement mit einstimme, freilich wohl auch an demselben Tage, Alter und Krankheit vorschützend, die Regierung seinem Sohne Franz, Herzog von Calabrien, übergeben, aber Tags darauf, 7. Juli, wiederum in einer Proclamation kund gethan, daß er die vom Volke gewünschte spanische Constitution von 1812 anerkenne und feierlich beschwören wolle, auch alle Handlungen sanctionire, welche sein Sohn vornehmen werde, um diese Constitution in Ausführung zu bringen. Der Prinz-Regent hat die neue Constitution sodann auch wirklich am 18. Dez. 1820 feierlich beschworen. Sehr wahrscheinlich würde der König, so lange er sich in seinem Königreich aufhielt, in allen officiellen Erklärungen eine Uebereinstimmung mit dem Volkswillen gegeben haben, die ihm allerdings nicht von Herzen gehen mochte, zu welcher ihn aber die bedenklichen Verhältnisse aufforderten; und es schien dem Congresse daher nöthig, vor Allem den König von Neapel in eine unabhängige Lage zu versetzen. Man kam in dieser Absicht überein, den Congreß in eine näher an Italien liegende Stadt, nach Laybach, der Hauptstadt von Krain, zu verlegen und den König von Neapel dorthin einzuladen. Am 20. Nov. 1820 gingen Schreiben der nordischen Monarchen, am 3. Dez. auch ein Brief des französischen Königs an Ferdinand ab, welche ihn aufforderten, nach Laybach zu kommen und an den dortigen Conferenzen Theil zu nehmen (Urkunden 2 und 3); Ferdinand antwortete am 11. Dez. in einem gerührten Schreiben (Urkunde 4). In den ersten Tagen des Januar 1821 trafen die Kaiser von Rußland und Oestreich, auch der König von Neapel in Laybach ein. Letzterer hatte mit Mühe die Genehmigung der neuen Stände zur Reise erhalten; er versprach die Differenzen mit den nordischen Mächten zu vermitteln, gab aber schon am 28. Jan. 1821 von Laybach aus eine Erklärung an seinen Sohn, den Prinz-Regenten, daß die Mächte die Neuerungen in Neapel nicht duldeten, und es außer seiner Macht liege, ihre Entschlüsse zu

ändern. Als Diplomaten von Seiten Oestreich's waren anwesend Fürst Metternich, General von Vincent und als Protocollführer der Ritter v. Genz; von Seiten Rußland's die Grafen Capo d'Istria, Nesselrode und Pozzo di Borgo (russischer Gesandter am französischen Hofe); der König von Preußen erschien diesmal nicht persönlich, seine Vertreter waren Fürst Hardenberg und Graf Bernstorff. Von Seiten Frankreich's waren erschienen der Graf de la Ferronaye, der Marquis Caraman und der Herzog v. Blacas, französischer Gesandter in Rom. England schickte keinen eigentlichen Bevollmächtigten, sondern in Lord Clanwilliam nur einen diplomatischen Agenten, dem sich aus Etiquette für die anwesenden Monarchen Sir Gordon und später, als die Besetzung Neapel's zur Sprache kam, Lord Steward anschlossen. Auch die italienischen Staaten waren vertreten, der Kirchenstaat durch den Cardinal Spina, Neapel, neben dem König, durch den Fürsten Ruffo, Sardinien durch den Marquis von St. Marsan und den Grafen d'Aglié, Toscana durch den Prinzen Nerini-Corsini. Schon nach den ersten Conferenzen waren Oestreich, Rußland und Preußen einverstanden, daß eine bewaffnete Intervention durch östreichische Truppen in Neapel in's Werk gesetzt werden sollte; Frankreich und die italienischen Gesandten bemühten sich vergeblich, vermittelnden Maßregeln Eingang zu verschaffen. Die französischen und englischen Diplomaten nahmen, nachdem dieser Beschluß gefaßt war, keinen Theil mehr an den Conferenzen. Der Congreß erließ eine Note an die Neapolitaner, worin er erklärte, die Mächte könnten eine auf verbrecherischem Wege dem Lande aufgedrungene Regierung in Neapel nicht dulden; diese Regierung habe abzutreten; nur dem zurückgekehrten König stehe das Recht zu, unter dem Beirath von tüchtigen Männern, Veränderungen im Regierungswesen vorzunehmen. Diese Beschlüsse des Congresses wurden von den Gesandten der nordischen Höfe in Neapel dem Prinz-Regenten in einer feierlichen Audienz verkündigt, unter dem Beifügen, daß sofort 80,000 Oestreicher, denen im Nothfall auch russische Truppen folgen sollten, das Königreich besetzen würden. Die Neapolitaner hielten Reden und rüsteten; der Prinz-Regent selbst versprach, sich an die Spitze der von General Pepe commandirten Armee zu stellen. Die Oestreicher überschritten am 27. Febr. 1821 die neapolitanische Grenze, der Prinz-Regent reiste am 1. März zur Armee ab; die neapolitanischen Truppen hielten jedoch nicht Stand; am 24. März zogen die Oestreicher unter dem Beifallsruf der Menge, welche den König und die absolute Monarchie hoch leben ließ, in Neapel ein; am 15. Mai hielt sodann König Ferdinand selbst unter dem Jubel der Bevölkerung seinen Einzug; am 26. Mai gab er eine Art Staatsgrundgesetz. Ende Juni 1821 war Alles wieder auf den alten Fuß gebracht, das Land blieb jedoch noch von den Oestreichern besetzt. Die Revolution in Sardinien, wo am 10. März 1821 auch die spanische Constitution von 1812 proclamirt worden war, fand durch das Einrücken

der Oestreicher gleichfalls ein schnelles Ende (schon im Monat April 1821). So hatte der laybacher Congreß seine Zwecke erreicht. Auch in Spanien sollte die Revolution durch bewaffnete Intervention unterdrückt werden; aber Frankreich ließ sich vorderhand noch nicht bestimmen, dort mit den Waffen einzuschreiten. Durch eine Circulardepesche (vom 10. Mai 1821) an die russischen Gesandten an fremden Höfen sprach sich Graf Nesselrode über die von Rußland verfolgten Absichten auf dem Congresse aus (Urkunde 7); und am 12. Mai erließen die drei nordischen Höfe eine gemeinsame öffentliche Declaration in gleichem Sinne (Urkunde 8). Hiermit schloß sich der Congreß von Laybach. Wegen der Verhältnisse in Spanien und Griechenland versprachen die Monarchen, sich binnen Jahresfrist in einer italienischen Stadt wiederum zur Berathung und Beschlußfassung zu versammeln (Congreß von Verona). — Ueber den Congreß zu Troppau und Laybach kann man vergleichen Capefigue (der unter Benützung der Acten des Ministerium des Aeußern gearbeitet hat): Histoire de la Restauration tom. VII. Actenstücke über den Congreß selbst finden sich im Annuaire historique universel pour 1820 et 1821; in Murhard's politischen Annalen 1821, IV, bei Martens nouveau recueil tom. V. Wir geben hier folgende:

1. Die Note des östreichischen Ministeriums vom 25. Juli 1820 an die deutschen Höfe, betreffend die Ereignisse in Neapel. 2. Das Schreiben des Kaisers von Oestreich an den König von Neapel vom 20. Nov. 1820, worin Letzterer eingeladen wird, nach Laybach zu kommen. 3. Das gleiche Schreiben des Königs von Frankreich vom 20. Nov. 1820. 4. Die Antwort des Königs von Neapel vom 3. Dez. 1820. 5. Die Circulardepesche der Höfe von Oestreich, Rußland und Preußen an ihre Gesandten an den deutschen Höfen über die Absichten des Congresses von Troppau (vom 8. Dez. 1820). 6. Die Protestation des Lords Castlereagh im Namen England's gegen das Princip der bewaffneten Intervention (19. Jan. 1821). 7. Die russische Circulardepesche am Schluß des laybacher Congresses an die russischen Gesandtschaften (28. Apr. oder 10. Mai neuen Styls 1821). 8. Oeffentliche Erklärung der Höfe von Oestreich, Rußland und Preußen am Schluß des laybacher Congresses (12. Mai 1821).

1. Note confidentielle

remise par les ministres d'Autriche aux différentes cours d'Allemagne au sujet des évènemens de Naples,

datée de Vienne le 25. Juillet 1820.

Les derniers évènemens qui se sont passés dans le Royaume de Naples ont prouvé, avec plus de force et d'évidence qu'aucun autre fait antérieur de ce genre, que même dans un état administré avec régularité et sagesse chez un peuple tranquille, tempérant et content de son gouvernement, le venin des sectes révolutionnaires peut produire les secousses les plus violentes, et amener une prompte catastrophe; car il est complètement prouvé, que ce sont les menées des carbonari qui, seuls, sans choc extérieur, sans prétexte même apparent, ont excité ces mouvemens séditieux qui ont déterminé dans un moment d'angoisse et de détresse S. M. le Roi de Naples à abdiquer le gouvernement, à dissoudre toutes les autorités existantes, et à proclamer une constitution étrangère à son pays qui n'a même pas encore été approuvée dans celui où elle a pris naissance, ou en d'autres termes d'ériger l'anarchie en loi. S. M. l'Empereur est convaincu que cet évènement inattendu aura fait la plus vive impression sur toutes les cours d'Allemagne. Il apprend par un exemple remarquable combien il est dangereux de voir d'un oeil indifférent l'activité des associations secrètes et les conspirations qu'elles ourdissent dans les tenèbres, et combien les princes d'Allemagne ont fait sagement d'employer la vigilance et la sévérité contre les premiers symptomes de ces coupables tentatives.

Les interêts de S. M. l'Empereur sont particulièrement compromis dans ces malheureux événemens, à raison de ses rapports politiques et personnels, de sa proche parenté avec plusieurs maisons princières d'Italie et de la situation géographique de ses propres pays. L'état des choses politiques établi en 1815 sous la garantie de toutes les puissances de l'Europe appelait S. M. l'Empereur à être le gardien naturel et le protecteur de la tranquillité publique en Italie. S. M. l'Empereur est fermement résolu à remplir cet important devoir,

à éloigner de ses frontières et de celles de ses voisins tous les mouvemens tendant à troubler l'ordre, à ne souffrir aucun empiètement sur les droits et les rapports assurés aux princes d'Italie par les traités; et si les mesures légales et administratives ne suffisent pas, à prendre les moyens les plus efficaces pour leur assurer une protection suffisante.

Heureusement la situation actuelle des puissances de l'Europe et l'esprit de paix, dont elles sont toutes animées, sont garans que ces mesures ne conduiront pas à des hostilités politiques ni à des guerres entre les Etats. Si la force, à laquelle S. M. d'après son équité et sa bonté généralement reconnues, n'aurait recours qu'à la dernière extrémité, devenait absolument nécessaire, jamais on ne l'emploierait contre une puissance légitime, mais seulement contre les rebelles armés.

Même dans ce cas, que S. M. l'Empereur ne suppose possible qu'avec beaucoup de peine, S. M. ne réclamerait pas le secours immédiat et l'accession de ses confédérés d'Allemagne. Des mesures nécessaires pour le maintien de la paix et de l'ordre en Italie sont entièrement hors des limites de la sphère déterminée pour la coopération de la confédération germanique et loin de vouloir s'écarter des principes posés en commun à cet égard, S. M. est prête au contraire à tous les efforts et à tous les sacrifices pour écarter le plus efficacement possible des frontières du territoire de la confédération le cas de cette coopération et tout danger qui pourrait y donner lieu. Mais en revanche il est très important et très désirable que l'Autriche en consacrant ses soins et ses forces à une entreprise aussi salutaire et d'une utilité si générale, puisse compter avec une entière certitude sur une tranquillité inaltérable dans l'intérieur de l'Allemagne.

Quelques soins que S. M. l'Empereur soit dans le cas de donner maintenant ou à l'avenir aux affaires d'Italie S. M. n'en continuera pas moins de s'occuper avec le même intérêt de celles d'Allemagne, et de remplir dans toute leur étendue ses devoirs en qualité de membre de la confédération. Mais c'est un grand sujet de satisfaction et de tranquillité pour S. M. que de pouvoir se dire qu'il n'y aura rien à craindre pour notre commune patrie, aussi longtemps que les cours d'Allemagne seront guidées par ce vif sentiment des devoirs que leur impose l'état critique où se trouve aujourd'hui le monde politique, cet esprit de concorde, de fermeté et de sagesse qui s'est manifesté si clairement dans les dernières négociations de Vienne, et qu'ont montré avec tant de dignité, même depuis leur conclusion, quelques uns des premiers gouvernemens allemands. Une grande gloire est réservée à l'Allemagne si elle trouve dans la prudence et résolution de ses souverains le maintien invariable de ses constitutions existantes, dans le bon esprit de ses peuples et dans la puissante garantie de sa confédération les moyens et les forces dont elle a besoin pour conserver au milieu des orages du temps actuel qui menace de tout détruire, sa tranquillité intérieure, ses institutions légales, son indépendance, sa dignité et son ancien caractère. S. M. est convaincu, qu'aucun de ses illustres confédérés ne sera insensible à cette gloire, et elle

s'estimera elle-même heureuse d'y avoir part un jour, pouvant se rendre le temoignage qu'elle n'aura épargné aucun effort, ni aucun sacrifice pour atteindre un but si grand et si honorable.

9. Lettre autographe
de l'Empereur d'Autriche au Roi des Deux-Siciles,
datée de Troppau le 20. Novembre 1820.

Monsieur mon frère et très-cher beau-père,
de tristes circonstances ne m'ont pas permis de recevoir les lettres que Votre Majesté m'a adressées depuis quatre mois; mais les évènemens auxquels ces lettres ont dû se rapporter n'ont cessé de faire le sujet de mes plus sérieuses méditations, et les puissances alliées se sont réunies à Troppau pour considérer ensemble les suites dont ces événemens menacent le reste de la péninsule italienne, et peut-être l'Europe toute entière. En vous décidant à cette délibération commune, nous n'avons fait que nous conformer aux transactions de 1814, 1815 et 1818, transactions dont V. M. ainsi que l'Europe, connaît le caractère et le but, et sur lequel repose cette alliance tutélaire, uniquement destinée à garantir de toute atteinte l'indépendance politique et l'intégrité territoriale de tous les Etats, et à assurer le repos et la prospérité de l'Europe par le repos et la prospérité de chacun des pays dont elle se compose. V. M. ne doutera donc pas, que l'intention des cabinets assemblés ici ne soit de concilier l'intérêt et le bien-être dont la sollicitude paternelle de V. M. doit désirer faire jouir ses peuples avec les devoirs que les monarques alliés ont à remplir envers leurs Etats et envers le monde. Mais nous nous féliciterions, mes alliés et moi, d'exécuter ces engagemens solennels avec la coopération de Votre Majesté; et fidèles aux principes que nous avons proclamés, nous demandons aujourd'hui cette coopération. C'est dans ce seul but que nous proposons à Votre Majesté de se réunir à nous dans la ville de Laybach. Votre présence, Sire, hâtera, nous en sommes sûrs, une conciliation aussi indispensable, et c'est au nom des intérêts les plus chers de notre royaume et avec cette bienveillante sollicitude, dont nous croyons avoir donné plus d'un témoignage à V. M. que nous l'invitons à venir recevoir de nouvelles preuves de la véritable amitié que nous lui portons, et de la franchise qui fait la base de notre politique.

Recevez l'assurance de la considération très-distinguée et de l'inaltérable attachement avec lequel je suis de V. M. etc.

Le bon frère, gendre et allié
(Signé:) *François.*

Troppau le 20. Novembre 1820.

3. Lettre autographe

de S. M. très-chrétienne au Roi des Deux-Siciles,

datée de Paris le 8. Décembre 1820.

Monsieur monfrère,

dans les graves circonstances où les événemens des cinq derniers mois ont placé les Etats que la Providence a confiés aux soins de V. M., elle n'a pu douter un moment de l'intérêt constant que je lui portais, et des voeux que je formais pour son bonheur personnel et pour celui de ses peuples.

Votre Majesté n'ignore point les puissans motifs qui m'ont empêché de lui exprimer plutôt les sentiments dont j'étais animé, et de lui faire parvenir, dans l'effusion de la plus sincère amitié, les conseils que peut-être j'étais à plus d'un titre, autorisé à lui offrir.

Mais aujourd'hui il ne m'est plus permis d'hésiter. Informé par mes alliés réunis à Troppau de l'invitation qu'ils font parvenir à V. M., je dois me joindre à eux, et comme membre d'une alliance dont le seul but est d'assurer la tranquillité et l'indépendance de tous les Etats, et comme Souverain d'un peuple ami de celui que V. M. gouverne; j'ajoute encore comme parent sincèrement affectionné. Je ne saurais trop fortement insister auprès d'elle, pour qu'elle vienne prendre part en personne à la nouvelle réunion qui va se former.

Avec mes alliés, Sire, je vous dirai que leur intention, dans cette réunion, est de concilier l'intérêt et le bien-être dont la sollicitude paternelle de V. M. doit désirer de faire jouir les peuples, avec les devoirs qu'eux-mêmes ont à remplir envers leurs Etats et envers le monde. La gloire la plus pure attend V. M. Elle concourra à raffermir en Europe les bases de l'ordre social; elle préservera ses peuples des malheurs qui les menacent; elle assurera, par l'accord si nécessaire du pouvoir et de la liberté, leur bonheur et leur prospérité pour une longue suite de générations.

Si mes infirmités l'eussent permis, j'aurais voulu accompagner V. M. à cette auguste réunion; mais lorsqu'elle verra que, pour lui écrire dans une pareille occasion, je suis forcé de me servir d'une main étrangère, elle jugera facilement de l'impossibilité où je me trouve de suivre, à cet égard, l'impulsion de mon coeur.

Elle peut toutefois compter que ceux de mes ministres qui y assisteront en mon nom ne négligeront rien pour suppléer à tout ce qu'elle aurait pu attendre de moi-même. V. M., en prenant une détermination conforme au désir que, mes alliés et moi, nous lui manifestons, donnera à ses peuples une marque de son affection d'autant plus grande, que cette détermination, j'en ai la conviction intime, sera pour V. M. le moyen le plus assuré de garantir les bienfaits de la paix et d'une sage liberté.

Je prie V. M. d'agréer l'expression des sentimens d'estime, d'amitié et de haute considération avec lesquels je suis

Monsieur mon frère, de Votre Majesté le bon frère
(Signé:) *Louis.*

Paris le 3. Décembre 1820.

4. Lettre du Roi de Naples,

en réponse à celle de l'Empereur d'Autriche,

datée de Naples le 11. Décembre 1820.

Monsieur mon frère et cher gendre.

Si dans les circonstances actuelles mon coeur a pu s'ouvrir encore aux impressions de la joie, c'était sans doute au moment où j'ai reçu la lettre de V. M. I., datée de Troppau, et celles des monarques alliés qui y sont réunis. J'ai été touché au-delà de toute expression de la grandeur d'âme qui dirige toutes vos démarches pour le bien des nations européennes et de l'intérêt particulier, sincère et dont j'ai déjà eu antérieurement de fréquentes preuves, que vous prenez pour ma personne et pour les peuples que la Providence a confiés à mes soins, et dont le bonheur, le repos et le bien-être sont le but de tous mes efforts. D'après cette expression franche de mes sentimens, V. M. pourra aisément imaginer avec quelle vive reconnaissance j'ai reçu l'invitation que vous m'avez adressée, ainsi que LL. MM. l'Empereur de Russie et le Roi de Prusse, de prendre part aux délibérations de Laybach, qui n'ont pour objet que d'affermir le but de la plus sainte des alliances. Je vois dans cette invitation un nouveau bienfait de la Providence qui m'ouvre une voie pour travailler, avec mes illustres alliés, à un ouvrage qui rendra leur nom cher à la postérité la plus reculée, et avoir ainsi quelque part à la gloire qui les attend. V. M. ne doutera pas de mon empressement à me rendre à une telle invitation, et mon départ sera aussi prompt que les circonstances pourront le permettre.

Ce sera une consolation particulière pour moi de revoir V. M. I., et de faire personnellement connaissance avec LL. MM. l'Empereur de Russie et le Roi de Prusse, de devoir à votre sagesse et à votre bienveillance la paix de mon pays, et ma plus agréable occupation sera d'imprimer à tous les membres de ma famille les sentimens de reconnaissance dont mon coeur est pénétré.

Agréez l'assurance de la considération distinguée et du dévouement invariable avec lequel je suis de V. M. le bon frère et beau-père

Ferdinand.

Naples le 11. Décembre 1820.

5. Dépêche circulaire

des Cours d'Autriche, de Russie et de Prusse à leurs Ministres et Chargés d'Affaires près les Cours d'Allemagne et de Nord,

datée de Troppau le 8. Décembre 1820.

Instruites des bruits faux et extravagans que des malintentionnés ont répandus sur le but et les résultats des Conférences de Troppau et que des hommes crédules ont propagés, les cours alliées croient nécessaire de faire parvenir à leurs légations près les cours étrangères des éclaircissemens authentiques, pour les mettre en état de réfuter les erreurs et les opinions fausses qu'ont fait naître ces bruits. Le court aperçu ci-joint leur en fournit les moyens. Il n'est pas destiné à faire l'objet d'une communication dans les formes; mais ils peuvent en donner connaissance par les voies confidentielles. Elles concerteront les démarches à faire à cet égard avec les ministres des deux autres puissances alliées.

Troppau le 8. Décembre 1820.

Court aperçu des premiers résultats des conférences de Troppau.

Les événemens qui ont eu lieu le 8. Mars en Espagne, le 2. Juillet à Naples, la catastrophe du Portugal, ont dû nécessairement faire naître un sentiment profond d'indignation et d'inquiétude et de chagrin dans ceux qui sont chargés de veiller à la tranquillité des états, mais en même temps leur faire sentir le besoin de se réunir pour délibérer en commun sur les moyens de prévenir tous les maux qui menaçaient de fondre sur l'Europe.

Il était naturel que ces sentimens fissent une vive impression sur les puissances qui avaient récemment étouffé la révolution et qui la voyait de nouveau relever la tête.

Il n'était pas moins naturel que ces Puissances, pour la combattre une troisième fois, eussent recours aux mêmes moyens dont elles avaient fait usage avec tant de succès dans cette lutte mémorable qui a délivré l'Europe d'un joug qu'elle a porté vingt ans.

Tout faisait espérer que cette alliance formée dans les circonstances les plus critiques, couronnée du plus brillant succès, et affermie par les conventions de 1814, 1815 et 1818, de même qu'elle avait préparé, fondé et affermi la paix du monde, et qu'elle avait délivré le continent européen de la tyrannie militaire du représentant de la révolution, serait aussi capable de mettre un frein à une domination nouvelle, non moins tyrannique, non moins affreuse, celle de la révolte et du crime.

Tels ont été les motifs et le but de la réunion de Troppau. Les premiers sont si évidents qu'ils n'ont pas besoin de développemens; le dernier est si honorable et si salutaire, que les voeux de tous les gens de bien

accompagneront sans doute les cours alliées dans la noble lice où elles vont entrer.

L'entreprise que leur imposent les plus saints engagemens, est grande et difficile. Mais un heureux pressentiment leur fait espérer qu'en maintenant invariablement l'esprit de ces traités auxquels l'Europe doit la paix et l'union entre tous ses Etats, elles parviendront à leur but.

Les puissances ont exercé un droit incontestable en s'occupant de prendre en commun des mesures de sûreté contre des états dans lesquels le renversement du gouvernement opéré par la révolte, ne dût il être considéré que comme un exemple dangereux, devait avoir pour suite une attitude hostile contre toutes les constitutions et les gouvernemens légitimes. L'exercice de ce droit devenait d'une nécéssité plus urgente encore, quand ceux qui s'étaient mis dans cette situation cherchaient à étendre sur leurs voisins le malheur qu'ils s'étaient attiré eux-mêmes et propager autour d'eux la révolte et la confusion.

Une telle position, une pareille conduite est une infraction évidente du pacte qui garantit à tous les gouvernemens européens, outre l'inviolabilité de leur territoire, la jouissance des rapports paisibles qui excluent tout empiètement réciproque sur leurs droits.

Ce fait incontestable est le point d'où sont parties les cours alliées. Les ministres, qui pouvaient être pourvus à Troppau même d'instructions positives de la part de leurs monarques, se concertèrent en conséquence sur les règles de conduite à suivre rélativement aux Etats dont le gouvernement avait été renversé par la violence, et sur les mesures pacifiques ou coërcitives qui pourraient ramener ces Etats dans le sein de l'alliance européenne, dans le cas où l'on pouvait attendre une influence importante et salutaire; ils communiquèrent les résultats de leurs déliberations aux cours de Paris et de Londres, afin que celles-ci pussent les prendre en considération.

La révolution de Naples s'enracinant tous les jours de plus en plus, aucune ne pouvant menacer d'une manière plus imminente la tranquillité des Etats voisins, et n'étant pas dans le cas d'être attaqués aussi promptement et aussi immédiatement, on s'est convaincu de la nécessité de procéder à l'égard du Royaume des Deux-Siciles d'après les principes ci-dessus énoncés.

Pour préparer à cette fin des mesures conciliatrices, les monarques réunis à Troppau, ont résolu d'inviter le Roi des Deux-Siciles à se réunir à eux à Laybach; démarche dont le but était uniquement de délivrer S. M. de toute espèce de contrainte extérieure, et de constituer ce monarque médiateur entre ses peuples égarés et les Etats dont ils menaçaient la tranquillité. Les monarques étant résolus de ne point reconnaître les gouvernemens formés par une révolte ouverte, ils ne pouvaient négocier qu'avec le Roi en personne. Leurs ministres et leurs agens à Naples ont reçu des instructions en conséquence.

La France et l'Angleterre ont été invitées à prendre part à cette démarche et l'on doit s'attendre qu'elles ne réfuseront pas d'y accéder, le principe

sur lequel se fonde cette invitation, étant parfaitement en harmonie avec les traités qu'elles ont accomplis, et offrant en outre une garantie des intentions les plus équitables et les plus pacifiques.

Ce système, suivi de concert par la Prusse, l'Autriche et la Russie, n'a rien de nouveau. Il est basé sur les mêmes maximes qui ont servi de fondement aux conventions qui ont cimenté l'alliance des Etats européens. L'union intime entre les cours qui se trouvent au centre de cette confédération, ne peut que gagner par là en force et en durée. L'alliance s'affermira par les mêmes voies qu'ont suivi pour les former les puissances auxquelles elle doit son origine, et qui l'on fait adopter peu à peu par toutes les autres, qui se sont convaincues de ses avantages plus que jamais incontestables.

Du reste, il n'est pas nécessaire de prouver qu'aucune idée de conquête, ni aucune prétention de porter atteinte à l'indépendance des autres gouvernemens dans leur administration intérieure, ni enfin le projet d'empêcher des améliorations sages, faites librement et compatibles avec le véritable intérêt des peuples, n'ont eu aucune part à la résolution des puissances. Elles ne désirent que de conserver et maintenir la paix, de délivrer l'Europe du fléau des révolutions et de détourner ou d'abréger les maux qui naissent de la violation de tous les principes de l'ordre et de la morale.

A de telles conditions, ces puissances croient pouvoir compter, en récompense de leurs soins et de leurs efforts, sur les suffrages unanimes du monde.

6. Dépêche circulaire

adressée aux ministres de S. M. Britannique près les cours étrangères,

datée de Londres le 19. Janvier 1821.

Monsieur, je n'aurais pas jugé nécessaire de vous faire aucune communication dans l'état actuel des discussions entamées à Troppau, et transférées à Laybach, sans une circulaire adressée par les cours d'Autriche, de Prusse et de Russie, à leurs légations respectives, et qui, si le gouvernement de S. M. ne s'expliquait à cet égard, pourrait donner lieu à des impressions très-erronés sur les sentimens précédens et actuels du gouvernement britannique. Il est donc devenu nécessaire de vous informer que le Roi a jugé devoir refuser de prendre part aux mesures en question.

Ces mesures embrassent deux objets distincts; 1. la fixation de certains principes généraux destinés à régler à l'avenir la conduite politique des alliés dans les cas qui y sont indiqués; 2. le mode proposé d'agir d'après ces principes relativement aux affaires actuelles de Naples.

Le système des mesures proposé sur le premier point serait, s'il était l'objet d'une réciprocité d'action, diamétralement opposé aux lois fondamentales de la Grande-Bretagne. Mais, lors même que cette objection décisive n'existerait pas, le gouvernement britannique n'en jugerait pas moins que les principes

qui servent de base à ces mesures, ne peuvent être admis avec quelque sûreté comme système des lois entre les nations. Le gouvernement du Roi pense que l'adoption de ces principes sanctionnerait inévitablement et pourrait amener par la suite de la part de souverains moins bienveillans une intervention dans les affaires intérieures des Etats, beaucoup plus fréquente et plus étendue que celle, dont il est persuadé que les augustes personnages ont l'intention d'user, ou qui puisse se concilier avec l'intérêt général, ou avec l'autorité réelle et la dignité des souverains indépendans. Le gouvernement de S. M. ne croit pas que d'après les traités existans, les alliés aient le droit d'assurer aucuns pouvoirs généraux de cette espèce, et il ne croit pas d'avantage qu'ils puissent s'arroger des pouvoirs aussi extraordinaires en vertu d'aucune nouvelle transaction diplomatique entre les cours alliées, sans s'attribuer une suprématie incompatible avec les droits d'autres Etats ou même, en acquérant ces pouvoirs du consentement spécial des dits Etats, sans introduire en Europe un système fédératif, oppresseur et qui non seulement serait inéfficace dans son objet, mais encore pourrait avoir les plus graves inconveniens.

Quant à l'affaire particulière de Naples, le gouvernement britannique n'a pas hésité dès le commencement à exprimer fortement son improbation de la manière dont cette révolution s'est effectuée, et des circonstances dont elle paraissait avoir été accompagnée; mais en même temps il déclare expressément aux différentes cours alliées qu'il ne croyait pas devoir ni même pouvoir conseiller une intervention de la part de la Grande-Bretagne. Il admit, toute fois que d'autres Etats européens et spécialement l'Autriche et les puissances italiennes pouvaient juger que les circonstances étaient différentes relativement à eux, et il déclare que son intention n'était pas de préjuger la question en ce qui pouvait les affecter, ni d'intervenir dans la marche que tels Etats pourraient juger convenables d'adopter pour leur propre sûreté, pourvû toutefois, qu'ils fussent disposés à donner toutes les assurances raisonnables que leurs vues n'étaient ni dirigées vers des objets d'aggrandissement, ni subversives du système territorial de l'Europe tel qu'il a été établi par les derniers traités.

C'est sur ces principes que la conduite du gouvernement de S. M. relativement à la question de Naples, a été invariablement réglée dès le premier moment; et des copies des instructions successives envoyées aux autorités britanniques à Naples, pour leur servir de guide, ont été transmises de temps en temps aux gouvernemens alliés.

Quant à l'attente exprimée dans la circulaire en question, de l'assentiment des cours de Londres et de Paris aux mesures générales dont l'adoption a été proposée comme étant fondée sur les traités existans, le gouvernement britannique, fidèle à ses principes, et à sa bonne foi, doit en refusant un tel assentiment, protester contre toute interprétation de cette espèce, donnée aux traités en question.

Le gouvernement de S. M. n'a jamais pensé que ces traités imposassent de semblables obligations, et il a constamment et d'une manière claire nié cette proposition, tant dans le parlement que dans ses relations avec les gouvernemens alliés. On verra qu'il s'est toujours conduit à cet égard de la manière la plus explicite, si l'on se refère aux déliberations de Paris en 1815, à celles qui ont précédé la conclusion du traité d'alliance à Aix-la-Chapelle en 1818, et subséquemment à certaines discussions qui ont eu lieu dans le cours de l'année dernière.

Après avoir écarté la fausse idée que le passage de la circulaire en question aurait pu accréditer s'il eût été passé sous silence, et avoir énoncé en termes généraux le dissentiment du gouvernement de S. M. du principe général sur lequel la circulaire en question est fondée, il doit être clairement entendu, qu'aucun gouvernement ne peut être plus disposé que le gouvernement britannique à maintenir le droit de tout Etat ou Etats, à intervenir, lorsque sa sûreté immédiate ou ses intérêts essentiels seront sérieusement compromis par les transactions domestiques d'un autre Etat; mais comme le gouvernement du Roi pense que l'usage d'un tel droit ne peut être justifié que par la nécessité la plus absolue, d'après laquelle il doit être réglé et limité, le dit gouvernement ne peut admettre que ce droit puisse recevoir une application générale et sans distinction à tous les mouvemens révolutionnaires, sans avoir égard à leur influence immédiate sur quelque Etat ou Etats particuliers, où l'on puisse en faire en perspective la base d'une alliance. Le gouvernement de S. M. considère ce droit comme une exception de la plus haute importance aux principes généraux, exception qui ne peut résulter que des circonstances du cas spécial; mais il considère que des exceptions de cette nature ne peuvent jamais sans le plus grand danger, être réduites en règle de manière à être incorporées dans la diplomatie ordinaire des Etats ou dans les instituts de la loi des nations.

Comme il parait que certains ministres des trois cours ont déjà communiqué cette circulaire aux cours auprès desquelles ils sont accrédités, je laisse à votre discrétion de faire une communication correspondante de la part de votre gouvernement en réglant votre langage sur les principes consignés dans la présente dépêche. Toutefois, en faisant une telle communication, vous aurez soin de rendre justice, au nom du gouvernement à la pureté d'intention qui a sans doute déterminé ces augustes cours à l'adoption de la marche et mesures qu'elles suivent. Vous pouvez déclarer que la différence de sentiment qui règne sur cet objet, entre elles et la cour de Londres ne peut en aucune manière altérer la cordialité et l'harmonie de l'alliance relativement à tout autre objet, ni diminuer son zèle pour l'exécution complète de tous les engagemens existans.

(Signé:)

Castlereagh.

7. Dépêche circulaire

adressée de Laybach aux légations de S. M. l'Empereur de toutes les Russies dans l'étranger,

le 28. Avril (10. Mai) 1821.

Monsieur, il y a précisément un an, que nous nous sommes vus forcés de faire connaître les principes que l'Empereur avait résolu de suivre à l'égard des Etats qui, au malheur de subir une révolution criminelle et violente, joindraient celui d'en sanctionner les fatales conséquences.

Depuis cette époque, et à dater de l'ouverture des conférences de Troppau et de Laybach, nos communications successives ont dû prouver à tous les ministres et agens de l'Empereur dans l'étranger, non seulement que les principes de S. M. I. ne varieraient pas, mais encore que notre maître serait toujours prêt à concourir de tous ses moyens au succès des mesures qu'il avait arrêtées avec ses alliées, dans l'intérêt général du repos de l'Europe.

Par notre circulaire du 27. Février (11. Mars) nous vous informions que, attendu les déterminations prises sous ce rapport par S. M. I. elle s'était décidée à prolonger son séjour auprès de S. M. I. et R.. Apostolique malgré la clôture du congrès de Laybach.

Nos dépêches du 8. (20. Mars) vous apprirent bientôt que la prévoyance de l'Empereur n'avait été que trop complètement justifiée et que, fidèle à ses promesses, la Russie, sur la demande de l'Autriche et du souverain légitime du Royaume de Sardaigne avait fait marcher une armée de 100,000 hommes, afin de prévenir les funestes et trop probables effets de la révolte militaire qui venait d'éclater dans le Piémont.

D'heureux évènemens ont succédé à ceux qu'avaient provoqués les artisans de troubles et de discorde. Tout nous autorise à espérer que l'ordre achèvera de se rétablir dans les Etats de S. M. sarde. Le gouvernement royal y a profité de la proximité du royaume lombardo-vénitien, et c'est l'assistance temporaire d'un corps d'occupation, composé de troupes autrichiennes, qu'il a reclamée, pour rendre au Piémont le bonheur d'une paix domestique profonde et stable.

Tous nos voeux appellent ce grand et salutaire résultat. Mais comme la mesure de sûreté qu'il exige, et que le gouvernement sarde a sollicitée lui-même, va faire l'objet d'un arrangement direct entre la Sardaigne et l'Autriche, sous la garantie des cours alliées; et comme la présence de nos troupes serait désormais inutile, l'ordre de rétrograder leur a déjà été transmis. D'une autre part, plus la résolution de les faire agir était energique, plus a été utile et vive l'impression produite par la seule nouvelle de leur mouvement et plus il est essentiel aux yeux de l'Empereur que tous les Cabinets de l'Europe connaissent et apprécient les graves considérations qui ont porté S. M. I. à recourir à la force des armes et les intentions nobles et pures qui en auraient toujours dirigé et modéré l'emploi.

L'expérience de tous les âges et de tous les pays avertit les peuples des calamités qui forment l'inévitable cortège du crime et de la rébellion. Mais l'année dernière ces hautes et éternelles leçons des siècles furent méconnues. Les catastrophes pressèrent avec une effrayante rapidité. Naples démontra jusqu'à l'évidence les dangers d'un pernicieux exemple. Devenu lui-même le foyer de la révolution et le centre de l'activité des sectes, cet état menaça l'Italie d'une conflagration générale; et l'Autriche, voyant une partie de ses provinces exposée à un imminent péril, réclama d'abord l'appui moral de ses alliés. Ami sincère de S. M. I. R. Apostolique et convaincu comme elle des maux qui auraient encore une fois accablé le monde, si l'oubli de tous les devoirs avait pu obtenir l'apologie d'un triomphe durable, l'Empereur embrassa avec franchise une cause que sa conscience lui disait être celle de l'Europe, des lois et des traités. Il fit plus. Comme une intime union a été établie par des actes solennels, entre toutes les puissances européennes, l'Empereur offrit à ses alliés le secours de ses armes, pour le cas où des bouleversemens nouveaux feraient craindre de nouveaux dangers. Nous avons déjà vu comment se vérifièrent les pressentimens de S. M. I. Des sectaires, agissant dans les ténèbres, dont ils ont besoin de couvrir leurs coupables projets, excitèrent en Piémont une insurrection qui pouvait, par ses suites, retarder les progrès du bien dans les Deux-Siciles, et, en compromettant l'armée qui s'avançait vers Naples, encourager la révolte dans tout le reste de la péninsule. Déjà même d'alarmans symptômes autorisaient des inquiétudes pour d'autres contrées, dès-lors les troupes Russes dûrent marcher. Elles marchaient en effet, elles marchaient, non pour étendre la Puissance de la Russie, ou porter la plus légère atteinte à l'état de possession territoriale, garanti à tous les gouvernemens de l'Europe par les traités conclus depuis l'année 1814, mais pour secourir les alliés de l'Empereur, et, ainsi que nous l'avons dit plus haut, sur la demande expresse de S. M. I. R. Apostolique, et de S. A. R. le Duc de Génois. Elles marchaient, non pour renverser les institutions émanées de l'autorité légitime, mais pour empêcher que l'insurrection n'usurpât un pouvoir qui serait un fléau universel. Elles marchaient enfin, non pour entraver le développement de la prospérité publique, dans quelque Etat que ce fût, mais pour favoriser le rétablissement de l'ordre dans les pays où des hommes de malheurs ont fini par rendre indispensable l'assistance d'une force étrangère.

Telle a été, telle sera toujours l'unique intention de l'Empereur si jamais il se trouvait encore dans la nécessité de mettre ses armées en mouvement. Aucune charge ne serait même résultée de leur passage, ni de leur présence momentanée. Elle aurait traversé paisiblement les immenses espaces qui les séparent de l'Italie; et dès que le but pour lequel deux princes les avaient appelées, eût été atteint, l'Empereur leur aurait donné l'ordre de rentrer dans ses états.

Il nous est donc permis de répéter et d'affirmer que jamais l'amour de la guerre, jamais l'ambitieuse idée d'exercer une influence exclusive dans

les conseils des autres Monarques, ni sur les destinées des peuples dont la Providence leur a confié le soin, n'ont été et ne seront les mobiles de la politique de S. M. I.

Des faits irréfragables attestent aujourd'hui la sincérité de ce langage.

La malveillance prêtait à la Russie des vues hostiles contre la Porte. Des troubles se sont manifestés en Valachie et en Moldavie, et notre conduite, ainsi que nos déclarations, sont venues démontrer que nous observions les règles du droit des gens, et la foi des traités dans nos relations avec le Gouvernement turc.

On s'est plu à répendre ensuite que nous avions abandonné nos projets contre la Turquie, pour envahir les contrées occidentales de l'Europe. Un éclatant démenti a confondu les auteurs de ces odieuses accusations; et celle de nos armées, qui marchaient, suivie et appuyée de toutes les forces de l'Empire, s'est arrêtée dès que nous avons eu la certitude que le Gouvernement légitime avait recouvré la plénitude de son autorité dans le Royaume de Sardaigne.

Ainsi, Monsieur, c'est avec la conscience d'avoir rempli les devoirs d'ami et d'allié, c'est avec le dessin de toujours les remplir; et la consolante persuasion d'avoir contribué à la tranquillité de l'Italie et de l'Europe que l'Empereur va quitter Laybach.

Il partira le $\frac{1}{13}$. Mai et se rendra par Varsovie à Pétersbourg, heureux de prêter son assistance à ses alliés, si elle leur devenait nécessaire; plus heureux encore de jouir long-temps du spectacle d'une paix dont la Russie goûte les douceurs et qu'elle est intéressée, autant qu'une autre puissance, à maintenir et à consolider.

Le système politique de notre auguste maître, ne devant éprouver aucun changement, tous ses ministres et agens continueront à suivre et à exécuter les instructions générales qu'ils ont reçues jusqu'à ce jour.

La présente Circulaire règlera leur langage sur les événemens dont elle parle, et l'Empereur vous autorise même, Monsieur à en donner lecture et copie au Gouvernement auprès duquel vous êtes accredité etc.

Laybach $\frac{\text{28. Avril}}{\text{10. Mai}}$ 1821.

Signé: *Nesselrode.*

8. Déclaration

publiée au nom des cours d'Autriche, de Prusse et de Russie, lors de la clôture du congrès à Laybach,

le 12. Mai 1821.

L'Europe connaît les motifs de la résolution prise par les Souverains alliés d'étouffer les complots et de faire cesser les troubles qui menaçaient

l'existence de cette paix générale, dont le rétablissement a coûté tant d'efforts et tant de sacrifices.

Au moment même où leur généreuse détermination s'accomplissait dans le Royaume de Naples, une rébellion d'un genre plus odieux encore s'il était possible, éclata dans le Piémont.

Ni les liens, qui depuis tant de siècles unissent la maison régnante de Savoie à son peuple, ni les bienfaits d'une administration éclairée sous un Prince sage et sous des lois paternelles, ni la triste perspective des maux auxquels la patrie allait être exposée n'ont pu contenir les desseins des pervers.

Le plan d'une subversion générale était tracé. Dans cette vaste combinaison contre le repos des nations, les conspirateurs du Piémont avaient leur rôle assigné. Ils se sont hâtés de le remplir.

Le trône et l'Etat ont été trahis, les sermens violés, l'honneur militaire méconnu, et l'oubli de tous les devoirs a bientôt amené le fléau de tous les désordres.

Partout le mal a présenté le même caractère, partout un même esprit dirigeait ces funestes révolutions.

Ne pouvant trouver de motif plausible pour les justifier, ni d'appui national pour les soutenir, c'est dans de fausses doctrines que les auteurs de ces bouleversemens cherchent une apologie, c'est sur de criminelles associations qu'ils fondent un plus criminel espoir. Pour eux l'empire salutaire des lois est un joug qu'il faut briser. Ils renoncent aux sentimens qu'inspire le véritable amour de la patrie, et mettant à la place des devoirs connus les prétextes arbitraires et indéfinis d'un changement universel dans les principes constitutifs de la Société, ils préparent au monde des calamités sans fin.

Les Souverains alliés avaient reconnu les dangers de cette conspiration dans toute leur étendue, mais ils avaient pénétré en même temps la faiblesse réelle des conspirateurs à travers le voile des apparences et des déclamations. L'expérience a confirmé les pressentimens. La résistance que l'autorité légitime a rencontrée a été nulle, et le crime a disparu devant le glaive de la justice.

Ce n'est point à des causes accidentelles, ce n'est pas même aux hommes qui se sont si mal montrés le jour du combat, qu'on doit attribuer la facilité d'un tel succès. Il tient à un principe plus consolant et plus digne de considération.

La Providence a frappé de terreur des consciences aussi coupables, et l'improbation des peuples, dont les artisans de troubles avaient compromis le sort, leur a fait tomber les armes des mains.

Uniquement destinées à combattre et à réprimer la rébellion, les forces alliées, loin de soutenir aucun intérêt exclusif, sont venues au secours des peuples subjugués, et les peuples en ont considéré l'emploi comme un appui en faveur de leur liberté et non comme une attaque contre leur indépendance. Dès-lors la guerre a cessé; dès-lors les Etats que la révolte avait atteints,

n'ont plus été que des Etats amis pour les Puissances qui n'avaient jamais désiré que leur tranquillité, et leur bien-être.

Au milieu de ces graves conjonctures, et dans une position aussi délicate, les Souverains alliés d'accord avec LL. MM. le Roi des deux Siciles et le Roi de Sardaigne ont jugé indispensable, de prendre les mesures temporaires de précaution indiquées par la prudence et prescrites par le salut commun. Les troupes alliées, dont la présence était nécessaire au rétablissement de l'ordre ont été placées sur les points convenables, dans l'unique vue de protéger le libre exercice de l'autorité légitime et de l'aider à préparer sous cette égide les bienfaits qui doivent effacer la trace de si grands malheurs.

La justice et le désintéressement qui ont présidé aux délibérations des Monarques alliés règleront toujours leur politique. A l'avenir, comme par le passé, elle aura toujours pour but, la conservation de l'indépendance et des droits de chaque Etat, tels qu'ils sont reconnus et définis par les traités existans. Le résultat même d'un aussi dangereux mouvement, sera encore sous les auspices de la Providence, le raffermissement de la paix, que les ennemis des peuples s'efforcent de détruire, et la consolidation d'un ordre de choses qui assurera aux nations leur repos et leur prospérité.

Pénétrés de ces sentimens, les Souverains alliés, en fixant un terme aux conférences de Laybach, ont voulu annoncer au monde les principes qui les ont guidés. Ils sont décidés à ne jamais s'en écarter, et tous les amis du bien verront et trouveront constamment dans leur union, une garantie assurée contre les tentatives des perturbateurs.

C'est dans ce but que LL. MM. II. et RR. ont ordonné à leurs plénipotentiaires de signer et de publier la présente déclaration.

Laybach le 12. Mai 1821.

Autriche.	*Metternich.* *Le Baron de Vincent.*
Prusse.	*Krusemarck.*
Russie.	*Nesselrode.* *Capodistrias.* *Pozzo di Borgo.*

Dépêche circulaire adressée avec la déclaration de Laybach aux ministres des trois puissances près les cours étrangères.

Laybach le 12. Mai 1821.

La réunion des monarques alliés et de leurs cabinets à Troppau, arrêtée à la suite des événemens qui avaient renversé le Gouvernement légitime à Naples, était destinée à fixer le point de vue dans lequel il convenait de se placer à l'égard de ces funestes événemens, à se concerter sur une marche commune, et à combiner dans un esprit de justice, de conservation et de

modération, des mesures propres à garantir l'Italie d'un bouleversement général et les états voisins des plus imminens dangers. Grâces à l'heureuse conformité de vues et de dispositions qui régnait entre les trois augustes souverains, cette première tâche fut bientôt remplie.

Des principes clairement énoncés et réciproquement embrassés avec toute la sincérité d'une conviction intime, conduisirent à des résolutions analogues et les bases établies dès les premières conférences ont été invariablement suivies pendant tout le cours d'une réunion signalée par les résultats les plus remarquables.

Transférée à Laybach, cette réunion prit un caractère plus prononcé par la présence et le concours du Roi des Deux-Siciles, et par l'assentiment unanime avec lequel les princes d'Italie accédèrent au système adopté par les cabinets alliés. Les monarques se convainquirent que les gouvernemens les plus immédiatement intéressés aux destinées de la Péninsule rendaient justice à la pureté de leurs intentions, et qu'un souverain placé dans la situation la plus pénible par des actes auxquels la perfidie et la violence avaient su associer son nom, s'en remettait en pleine confiance à des mesures, qui devaient à la fois mettre un terme à cet état de captivité morale et rendre à ses fidèles sujets le repos et le bien-être dont des factions criminelles les avaient privés.

L'effet de ces mesures n'a pas tardé à se manifester. L'édifice élevé par la révolte, aussi fragile dans la construction que vicieux dans ses bases, ne reposant que sur l'astuce des uns, et sur l'aveuglement momentané des autres, réprouvé par l'immense majorité de la nation, odieux même à l'armée formée pour le défendre s'est écroulé au premier contact avec la force régulière qui était destinée à le renverser et qui n'a servi qu'à en démontrer le néant. Le pouvoir légitime est rétabli; les factions sont dispersées, le peuple napolitain est délivré de la tyrannie de ses imposteurs audacieux qui, en le berçant des rêves d'une fausse liberté, exerçaient sur lui les vexations les plus cruelles, lui imposaient d'énormes sacrifices, au seul profit de leur ambition et de leur avidité, et marchaient à grand pas vers l'irréparable ruine d'un pays dont ils ne cessaient de se dire les régénérateurs.

Cette restauration importante est consommée autant qu'elle a pu et qu'elle a dû l'être par les conseils et les efforts des Puissances alliées. Aujourd'hui que le Roi des Deux-Siciles est investi de nouveau de la plénitude de ses droits, les monarques se bornent à seconder de leurs voeux les plus ardens les résolutions que ce Souverain va adopter pour reconstruire son Gouvernement sur des fondemens solides et pour assurer, par des lois et des institutions sages, les véritables intérêts de ses sujets et la prospérité constante de son Royaume.

Pendant le cours de ces grandes transactions on a vu éclater de plus d'un côté les effets de cette vaste conjuration tramée depuis long-temps contre tous les pouvoirs établis, et contre tous les droits consacrés par cet ordre social sous lequel l'Europe a joui de tant de siècles de bonheur et de gloire.

L'existence de cette conjuration n'était point inconnue aux monarques; mais au milieu des agitations que l'Italie éprouvait depuis les catastrophes de l'année 1820, et du mouvement désordonné qui, de là s'était communiqué à tous les esprits, elle s'est développée avec une rapidité croissante et son vrai caractère a paru au grand jour. Ce n'est pas, comme on a pu le croire à une époque moins avancée, ce n'est pas contre telle ou telle forme de Gouvernement, particulièrement en but à leurs déclamations, que sont dirigées les entreprises ténébreuses des auteurs de ces complots et les voeux insensés de leurs aveugles partisans. Les Etats qui ont admis des changemens dans leur régime politique, ne sont pas plus à l'abri de leurs attaques, que ceux dont les anciennes institutions ont traversé les orages du temps.

Monarchies pures, monarchies limitées, constitutions fédératives, républiques, tout est englobé dans les arrêts de proscription d'une secte, qui traite d'Oligarchie tout ce qui, dans quelque forme que ce soit, s'élève au-dessus du niveau d'une égalité chimérique. Les chefs de cette ligue impie, indifférens à ce qui résultera de la destruction générale qu'ils méditent, indifferens à toute espèce d'organisation stable et permanente, n'en veulent qu'aux bases fondamentales de la société. Renverser ce qui existe sauf à substituer ce que le hazard suggèrera à leur imagination déréglée, ou à leurs sinistres passions: Voilà l'essence de leur doctrine et le secret de toutes leurs machinations!

Les Souverains alliés n'ont pu méconnaître qu'il n'y avait qu'une barrière à apposer à ce torrent dévastateur. Conserver ce qui est légalement établi, tel a dû être le principe invariable de leur politique, le point de départ et l'objet final de toutes les résolutions. Ils n'ont pu être arrêtés par les vaines clameurs de l'ignorance ou de la malice, les accusant de condamner l'humanité à un état de stagnation et de torpeur incompatible avec la marche naturelle et progressive, et avec le perfectionnement des institutions sociales. Jamais ces monarques n'ont manifesté la moindre disposition de contrarier des améliorations réelles ou la réforme des abus qui se glissent dans les meilleurs gouvernemens. Des vues bien différentes les ont constamment animés; et si ce repos que les gouvernemens et les peuples avaient le droit de croire assuré par la pacification de l'Europe n'a point pu opérer tout le bien qui devait en résulter, c'est que les Gouvernemens ont dû concentrer toutes leurs pensées sur les moyens d'opposer des digues au progrès d'une faction qui, répandant autour d'elle l'erreur, le mécontentement, le fanatisme des innovations, eut bientôt mis en problème l'existence d'un ordre publique quelconque.

Les changemens utiles ou nécessaires dans la législation et dans l'administration des Etats ne doivent émaner que de la volonté libre, de l'impulsion réfléchie et éclairée de ceux que Dieu à rendus responsables du pouvoir. Tout ce qui sort de cette ligue conduit nécessairement au désordre, aux bouleversements, à des maux bien plus insupportables que ceux que l'on prétend guérir. Pénétrés de cette vérité éternelle, les Souverains n'ont pas hésité à la proclamer avec franchise et vigueur; ils ont déclaré qu'en

respectant les droits et l'indépendance de tout pouvoir légitime, ils regardaient comme légalement nulle et désavouée par les principes qui constituent le droit public de l'Europe, toute prétendue réforme opérée par la révolte et la force ouverte. Ils ont agi, en conséquence de cette déclaration, dans les évènemens de Naples, dans ceux du Piémont, dans ceux même qui, sous des circonstances très différentes, mais par des combinaisons également criminelles, viennent de livrer la partie orientale de l'Europe à des convulsions incalculables.

Les monarques sont d'autant plus décidés, à ne pas s'écarter de ce système, qu'ils regardent la fermeté, avec laquelle ils l'ont maintenu dans une époque si critique, comme la véritable cause du succès dont leurs efforts pour le rétablissement de l'ordre en Italie ont été accompagnés. Les Gouvernemens de la Péninsule ont reconnu qu'ils n'avaient rien à craindre, ni pour leur indépendance politique, ni pour l'intégrité de leurs territoires, ni pour la conservation de leurs droits, en réclamant des secours qui leur étaient fournis à la seule condition d'en profiter pour défendre leur propre existence. C'est la confiance réciproque qui a sauvé l'Italie; c'est elle qui a fait cesser dans l'espace de deux mois un incendie qui, sans l'intervention des puissances alliées, aurait ravagé et ruiné la totalité de ce beau pays et menacé pour long-temps le reste de l'Europe.

Rien n'a plus efficacement démontré la force de ce ressort moral qui liait le salut de l'Italie aux déterminations des monarques, que le dénouement prompt et heureux de la révolte qui avait éclaté dans le Piémont. Des conspirateurs, en partie étrangers, avait préparé ce nouveau forfait et mis en oeuvre, pour le faire réussir, le plus détestable de tous les moyens révolutionnaires, en soulevant contre l'autorité cette force armée, qui n'est créée que pour lui obéir et pour défendre l'ordre public. Victime d'une trahison, inexplicable si quelque chose pouvait l'être tant que les crimes politiques trouveront en Europe des voix qui osent les défendre, un souverain jouissant à juste titre du respect et de l'affection de ses sujets se vit forcé de descendre d'un trône qu'il avait orné par ses vertus; une partie considérable des troupes fut entrainée dans l'abime par l'exemple et les intrigues d'un petit nombre d'ambitieux; et le cri banal de la faction anti-sociale retentissait de la capitale aux provinces. Les monarques réunis à Laybach ne tardèrent pas à y répondre. Leur union était du nombre de celles qui se fortifient et grandissent avec le danger; leur voix fut entendue. Aussitôt les serviteurs fidèles du Roi, sentant qu'ils n'étaient point abandonnés, employèrent ce qu'il leur restait de ressources pour combattre les ennemis de la patrie et de la gloire nationale; le pouvoir légitime, quoique comprimé et paralysé dans son action, n'en sut pas moins soutenir sa dignité et ses droits; et les secours arrivant au moment décisif de la crise, le triomphe de la bonne cause fut bientôt complet. Le Piémont a été délivré en peu de jours; et il n'est resté de cette révolution, calculée sur la chute de plus d'un Gouvernement, que les souvenirs honteux emportés par ses coupables auteurs.

C'est ainsi qu'en suivant sans déviation les principes établis et la ligne de conduite tracée dès les premiers jours de leur réunion, les monarques alliés sont parvenus à pacifier l'Italie. Leur objet direct est atteint. Aucune des démarches qui y ont abouti n'a démenti les déclarations que la vérité et la bonne foi leur avaient inspirées. Ils y resteront fidèles, quelque nouvelle épreuve que la providence puisse leur avoir réservée. Plus que jamais appelés, ainsi que tous les autres souverains et pouvoirs légitimes, à veiller sur la paix de l'Europe, à la protéger non seulement contre les erreurs et les passions qui pourraient la compromettre dans les rapports de Puissance à Puissance, mais surtout contre ces funestes tentatives qui livraient le monde civilisé aux horreurs d'une anarchie universelle, ils croiraient profaner une vocation aussi auguste par les calculs étroits d'une politique vulgaire. Comme tout est simple, patent et franchement avoué dans le système qu'ils ont embrassé, ils le soumettent avec confiance au jugement de tous les Gouvernemens éclairés.

La réunion qui va finir, doit se renouveler dans le courant de l'année prochaine. On y prendra en considération le terme à fixer aux mesures qui, de l'aveu de toutes les cours d'Italie, et particulièrement de celles de Naples et de Turin, ont été jugées nécessaires pour raffermir la tranquillité de la Péninsule. Les monarques et leurs Cabinets apporteront à l'examen de cette question le même esprit qui les a dirigés jusqu'ici. Des motifs d'une gravité incontestables et pleinement justifiés par les résultats, avaient déterminé les souverains à intervenir dans les affaires de l'Italie; ils sont loin de vouloir prolonger cette intervention au-delà des limites d'une stricte nécessité désirant bien sincèrement que les circonstances qui leur ont imposé ce pénible devoir, ne se reproduissent jamais.

Nous avons cru utile au moment où les souverains vont se séparer, de rappeler par le précédent exposé les principes qui les ont dirigés dans les dernières transactions.

Vous êtes en conséquence chargé de faire communiquer cette dépêche, au ministre dirigeant les affaires étrangères de la cour près laquelle vous vous trouvez accredité.

Vous recevez en même temps une déclaration conçue dans le même esprit, que les Cabinets ont fait rédiger et imprimer pour porter à la connaissance du public de l'Europe les sentimens et les principes dont les augustes souverains sont animés, et qui serviront constamment de guides à leur politique.

Recevez etc.

Der Congreß zu Verona.

(20. October bis 14. December 1822.)

Es wurde am Schlusse unserer Einleitung zum Congreß von Troppau und Laybach bemerkt, daß die drei nordischen Monarchen dort übereinkamen, sich zum Ordnen der spanischen und griechischen Angelegenheiten binnen Jahresfrist wiederum, und zwar in einer italienischen Stadt, zu versammeln. Weniger die Verhältnisse Spanien's, als jene zwischen der Pforte und Rußland, bestimmten den Fürsten Metternich, Veranstaltung zu treffen, daß dieses Versprechen am Ende des Jahres 1822 durch einen Congreß zu Verona in Ausführung gebracht wurde. Rußland forderte nämlich von der Pforte die genaue Erfüllung älterer Tractate; der griechische Aufstand würde auch ein Einrücken der Russen in der Türkei sowohl bei den Russen selbst, als bei der übrigen civilisirten Welt in hohem Grade populär gemacht haben. Dagegen war dem östreichischen Cabinet daran gelegen, daß sich der Einfluß Rußland's auf die türkischen Verhältnisse nicht vermehre. Wenn nun auch der Kaiser Alexander, den auf dem laybacher Congreß anerkannten Grundsätzen getreu, die Empörung der Griechen gegen die Pforte allerdings mißbilligte und eine Einmischung durch die Waffen zu ihren Gunsten für unstatthaft erklärte; so fand er doch immer in den eigenen Beschwerden Rußland's gegen die Pforte einen gerechten Grund zum Kriege; und diesen Krieg eben wollte Metternich, namentlich unter den damaligen Verhältnissen, wo die ganze griechische Bevölkerung der Türken sogleich auf Seite der Russen getreten wäre, vermeiden, denn er hätte muthmaßlich zu Erfolgen geführt, bei denen Oestreich nicht hätte gleichgültig bleiben können. Nachdem der östreichische Staatskanzler die Cabinete von England und Frankreich für die Ansicht gewonnen hatte, daß ein Krieg zwischen Rußland und der Pforte vermieden werden müsse, sprach man anfangs davon, einen Congreß zur Schlichtung der orientalischen Streitigkeiten in Wien zu halten, änderte jedoch später diesen Plan dahin, daß der Kaiser von

Rußland in Wien nur einen kurzen Besuch machte, der Congreß selbst aber in Verona abgehalten würde. Dem französischen Hofe war es freilich weniger um den Orient und die Beschränkung des russischen Einflusses in der Türkei, als um die Herstellung der königlichen Gewalt in Spanien bei diesem Congresse zu thun; denn die Spanier waren bis jetzt durch die gütlichen Versuche der Großmächte nicht zu bestimmen gewesen, ihre Verfassung in einem mehr monarchischen Sinne abzuändern, und ihr Beispiel wirkte immer ansteckender auf die Franzosen. England dagegen, wo Canning an's Ruder gekommen war, wünschte vor Allem den dominirenden Einfluß, welchen Rußland seit einiger Zeit über die europäischen Verhältnisse ausübte, in engere Schranken zurückzuführen.

Es versammelten sich in Verona (October 1822) die Kaiser von Oestreich und Rußland, die Könige von Preußen, Neapel und Sardinien, die Diplomaten Fürst Metternich (welcher präsidirte), Graf Lützow (östreichischer Gesandter in Constantinopel) und v. Genz (der auch in Verona das Protocoll führte) für Oestreich; der Graf Nesselrode, Graf Pozzo di Borgo und Baron Stroganoff (russischer Gesandter in Constantinopel) für Rußland; Fürst Hardenberg, Graf Bernstorff und Fürst Hatzfeld für Preußen; der Herzog von Wellington für England (Lord Castelereagh, der für den Congreß bestimmt war, hatte sich kurz, bevor er abreisen sollte, entleibt); der französische Minister des Auswärtigen Vicomte Montmorency und Vicomte Chateaubriand (damals französischer Gesandter in London) für Frankreich.

Zunächst vereinigte man sich über eine Verminderung der östreichischen Occupationstruppen in Piemont und Neapel. Der Abzug der Oestreicher aus Piemont sollte am 31. Dec. 1822 beginnen und das Land mit der Uebergabe der Festung Alessandria am 30. Sept. 1823 völlig geräumt, die östreichische Besatzung im Königreich Neapel dagegen um 17,000 Mann vermindert werden. Mit diesem Theile der Verhandlungen war man schnell im Reinen. Schwieriger dagegen wurde die Einigung in Bezug auf Spanien, da sich nicht nur England einer bewaffneten Intervention widersetzte, sondern die französischen Gesandten selbst in diesem Punct nicht übereinstimmten; Montmorency nämlich war für die Intervention, Chateaubriand, der in England mit Canning und dessen Grundsätzen sich befreundet hatte, dagegen. Auch Metternich mußte, da er des englischen Beistandes in der orientalischen Frage bedurfte, in diesem Punkte gegen England einige Nachgiebigkeit zeigen. Man hätte sich wahrscheinlich dabei begnügt, wenn die Spanier sich bereit erklärt hätten, an der Constitution von 1812 einige Modificationen in einem mehr monarchischen Sinne vorzunehmen, da man bei dem Einrücken einer fremden Armee in Spanien auf einen weit bedeutenderen Widerstand gefaßt sein mußte, als in Neapel. Auch der französische Hof hätte gerne aus Rücksicht auf die Stimmung der Franzosen und seine eigenen finanziellen Verlegenheiten das Aeußerste

vermieden; er rief sogar den Vicomte Montmorency, der beständig auf eine bewaffnete Intervention drang, am 22. Nov. vom Congresse ab, Chateaubriand wurde an seiner Stelle Minister des Aeußern, und Montmorency mit dem Herzogstitel zufrieden gestellt. Da aber das spanische Ministerium auf die Notificationen des Congresses barsch antwortete, so riefen die nordischen Monarchen ihre Gesandten von Madrid ab und der Congreß überließ es dem französischen Hofe, so wie es nöthig werde, mit bewaffneter Macht einzuschreiten. Am 14. December reisten die beiden Kaiser von Verona ab, der König von Preußen hatte den Congreßort schon einige Wochen früher verlassen. Wellington nahm seinen Rückweg über Paris und übergab dem Minister Villele ein Memorandum Canning's, worin sich England nochmal gegen das Princip der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder aussprach. Das spanische Ministerium aber ließ durch seinen Gesandten (9. Jan. 1823) den nordischen Höfen erklären, der Kaiser von Rußland selbst habe 1812 die spanische Constitution anerkannt, der König von Spanien sei im freien Genuß der Rechte, welche ihm diese Constitution ertheile; die spanische Nation habe sich nie in die inneren Angelegenheiten anderer Völker gemischt und erkenne daher auch kein Recht der Mächte an, sich in die inneren Verhältnisse Spanien's zu mengen; die Heilung der Uebel, welche Spanien drücken möchten, sei zunächst Aufgabe der spanischen Nation und nicht des Auslandes. Unter demselben Datum (9. Jan.) verlangten die Gesandten von Oestreich, Rußland und Preußen in Madrid ihre Päße und erhielten sie am 11. Januar mit barschen Zuschriften des Ministers San-Miguel. Am 7. April 1823 überschritt ein französisches Heer von 92,000 Mann unter dem Herzog von Angouleme die spanische Grenze; Spanien selbst aber war unter sich in Parteien zerfallen, die sich bekämpften; die Geistlichkeit und ihre Anhänger traten sogleich auf die Seite der Franzosen, und unter diesen Verhältnissen wurde es der französischen Armee nicht schwer, der einzelnen spanischen Corps Meister zu werden. Am 28. September 1823 beschlossen die Cortes, den König wieder mit der absoluten Regentengewalt zu bekleiden, und baten ihn, daß er sich in das französische Lager begebe, um günstige Bedingungen für Spanien zu erwirken. Damit hatte diese spanische Revolution ihr Ende erreicht und die Zustände wurden wieder auf die alte absolut-monarchische Basis zurückgeführt.

Ueber den Aufstand der Griechen gegen die Pforte sprach der Congreß seine entschiedene Mißbilligung aus. Man fand in diesem Aufstand nur ein Fortschreiten desselben revolutionären Geistes, welcher Spanien und Italien in Bewegung gesetzt, bis an die Grenzen Asien's. Vergeben's bemühten sich die Griechen, dem Congreß auseinander zu setzen, daß ihre Verhältnisse ganz andere seien. Der Abgesandte Griechenland's, Graf Metaras, welcher den Schutz der Mächte in Verona anrufen oder wenigstens die Zusage völliger Neutralität auswirken sollte, wurde nicht zugelassen, dagegen erhielt der englische Gesandte am türkischen

Hofe, Lord Strangford, den Auftrag, der Pforte im Namen des Congreſſes ein Ultimatum vorzulegen, nach welchem ſie den Beſchwerden Rußland ſofort Genüge leiſten und die Bedingungen des Friedens von Bukareſcht (1812) auf das Genaueſte erfüllen ſollte. Ueber den Congreß von Verona kann man vergleichen Capefigue: Histoire de la Restauration T. VII et VIII. (Madame de Cayla): Memoires d'une femme de qualité IV.

Wir geben folgende Actenſtücke. 1) Die Depeſche des Grafen Neſſelrode, ruſſiſchen Miniſters des Auswärtigen, an den ruſſiſchen Geſandten in Madrid, datirt aus Verona vom 14. (26.) November 1822. 2) Die Depeſche des Fürſten Metternich an den öſtreichiſchen Geſandten in Madrid, datirt aus Verona vom 14. Dezember 1822. 3) Die Circulardepeſche der Miniſter von Oeſtreich, Rußland und Preußen an die Geſandten ihrer Monarchen bei den europäiſchen Höfen, datirt aus Verona vom 14. Dez. 1822, worin am Schluſſe der Verſammlung eine Erklärung über die Abſichten und Reſultate des Congreſſes gegeben wird. 4) Eine Depeſche des ſpaniſchen Miniſters San-Miguel an den ſpaniſchen Geſandten in Paris, datirt Madrid 9. Jan. 1823. 5) Eine Depeſche des engliſchen Miniſter Canning an den engliſchen Geſandten Stuart in Paris, datirt aus London vom 31. März 1823, worin das engliſche Cabinet ſeine Anſicht über das Sachverhältniß ausſpricht. — Die Urkunden finden ſich abgedruckt im Journal de Francfort 1823 und bei Martens nouveau recueil tom. VI. a.

Dépêche

de Mr. le Comte de Nesselrode, ministre des affaires étrangères de S. M. l'Empereur de toutes les Russies, adressée au chargé d'affaires de Russie à Madrid,

datée de Vérone du $\frac{14}{26}$. Novembre 1822.

Les souverains et les plénipotentiaires réunis à Vérone dans la ferme intention de consolider de plus en plus la paix dont jouit l'Europe et de prévenir tout ce qui pourrait compromettre cet état de tranquillité générale, devaient dès le moment où ils se sont assemblés, porter un regard inquiet et attentif sur une antique monarchie que des troubles intérieurs agitent depuis deux ans, et qui ne peut qu'exciter à un égal degré la sollicitude, l'intérêt et les appréhensions des autres puissances.

Lorsqu'au mois de Mars 1820 quelques soldats parjures tournèrent leurs armes contre le souverain et la patrie, pour imposer à l'Espagne des lois que la raison publique de l'Europe, éclairée par l'expérience de tous les siècles, frappait de la plus haute réprobation, les cabinets alliés et nommément celui de Pétersbourg, se hâtèrent de signaler les malheurs qu'entraîneraient après elles des institutions qui consacraient la révolte militaire par le mode de leur établissement.

Ces craintes ne furent que trop tôt complètement justifiées. Ce ne sont plus des théories ni des principes qu'il s'agit ici d'examiner et d'approuver. Les faits parlent, et quel sentiment leur témoignage ne doit-il pas faire éprouver à tout Espagnol qui conserve encore l'amour de son Roi et de son pays? Que de regrets s'attachent à la victoire des hommes qui ont opéré la révolution d'Espagne!

A l'époque où un déplorable succès couronne leur entreprise, l'intégrité de la monarchie espagnole formait l'objet des soins de son gouvernement. Toute la nation partageait les voeux de S. M. C.; toute l'Europe lui avait offert une intervention amicale pour rasseoir sur des bases solides

l'autorité de la métropole dans les contrées lointaines qui avaient jadis fait sa richesse et sa force. Encouragées par un funeste exemple à persévérer dans la révolte, les provinces où elle avait déjà éclaté, trouvèrent dans les évènemens du mois de Mars, la meilleure apologie de la désobéissance, et celles qui restaient encore fidèles, se séparèrent aussitôt de la mère-patrie, justement effrayées du despotisme, qui allait peser sur son infortuné souverain et sur un peuple que d'imprévoyantes innovations condamnaient à parcourir tout le cercle des calamités révolutionnaires.

Au déchirement de l'Amérique ne tardèrent pas à se joindre les maux inséparables d'un état de choses où tous les principes constitutifs de l'ordre social avaient été mis en oubli.

L'anarchie parut à la suite de la révolution, le désordre à la suite de l'anarchie. De longues années d'une possession tranquille cessèrent bientôt d'être un titre suffisant de propriété; bientôt les droits les plus solennels furent révoqués en doute; bientôt des emprunts ruineux et des contributions sans cesse renouvelées, attaquèrent à-la-fois la fortune publique et les fortunes particulières. Comme aux jours dont l'idée seule fait encore frissonner l'Europe, la religion fut dépouillée de son patrimoine; le trône du respect des peuples; la majesté royale outragée, l'autorité transportée dans des réunions où les passions aveugles de la multitude s'arrachaient les rênes de l'état. Enfin comme à ces mêmes jours de deuil si malheureusement reproduits en Espagne, on vit au 7. Juillet le sang couler dans la demeure des Rois, et une guerre civile embraser la Péninsule.

Depuis près de trois ans, les puissances alliées s'étaient toujours flattées que le caractère espagnol, ce caractère si constant et si généreux, dès qu'il s'agit du salut de la patrie, et naguère si héroïque quand il luttait contre un pouvoir enfanté par la révolution se réveillerait enfin jusque dans les hommes qui avaient eu le malheur d'être infidèles aux nobles souvenirs que l'Espagne peut citer avec orgueil à tous les peuples de l'Europe. Elles s'étaient flattées que le gouvernement de S. M. C. détrompé par les premières leçons d'une expérience fatale, prendrait des mesures, si non pour arrêter d'un commun accord tant de maux qui déjà se débordaient de toutes parts, au moins pour jeter les fondemens d'un système réparateur, et pour assurer graduellement au trône ses droits légitimes et ses prérogatives nécessaires; aux sujets une juste protection, aux propriétés d'indispensables garanties. Mais cet espoir a été complètement déçu. Le temps n'a fait qu'amener de nouvelles injustices; les violences se sont multipliées; le nombre des victimes a grossi dans une effrayante proportion, et l'Espagne a déjà vu plus d'un guerrier, plus d'un citoyen fidèle porter sa tête sur un échafaud.

C'est ainsi que la révolution du 9. Mars avançait de jour en jour la ruine de la monarchie espagnole, lorsque deux circonstances particulières vinrent appeler sur elle la plus sérieuse attention des gouvernemens étrangers.

Au milieu d'un peuple pour qui le dévouement à ses rois est un besoin et un sentiment héréditaire; qui pendant six années consécutives, a versé le

sang le plus pur pour reconquérir son monarque légitime; ce monarque et son auguste famille viennent d'être réduits à un état de captivité notoire et presqu' absolu. Ses frères, contraints de se justifier, sont menacés journellement du cachot ou du glaive, et d'impérieuses représentations lui ont interdit, avec son épouse mourante, la sortie de la capitale.

D'autre part, après les révolutions de Naples et du Piémont, que les conspirateurs espagnols ne cessent de représenter comme leur ouvrage, on les entend annoncer que leurs plans de bouleversemens n'ont pas de limites. Dans un pays voisin, ils s'efforcent avec une persévérance que rien ne décourage, à faire naître les troubles et la rébellion. Dans des états plus éloignés, ils travaillent à se créer des complices; l'activité de leur prosélytisme s'étend partout, et partout elle prépare les mêmes désastres.

Une telle conduite devait forcément exciter l'animadversion générale. Les cabinets qui désirent sincèrement le bien de l'Espagne, lui manifestent depuis deux ans leur pensée, par la nature des rapports qu'ils entretiennent avec son gouvernement. La France se voit obligée de confier à une armée la garde de ses frontières, et peut-être faudra-t-il qu'elle lui confie également le soin de faire cesser les provocations dont elle est l'objet. L'Espagne elle-même se soulève en partie contre un régime que repoussent ses moeurs, la loyauté connue de ses habitans et ses traditions toutes monarchiques.

Dans cet état des choses, l'Empereur, notre auguste maître, s'est décidé à faire une démarche qui ne pourra laisser à la nation espagnole aucun doute sur ses véritables intentions, ni sur la sincérité des voeux qu'il forme pour son bonheur.

Il est à craindre que les dangers, toujours plus réels du voisinage, ceux qui planent sur la famille royale, et les justes griefs d'une puissance limitrophe, ne finissent par amener entre elle et l'Espagne les plus graves complications.

C'est là l'extrémité facheuse que S. M. I. voudrait prévenir, s'il est possible; mais tant que le Roi sera hors d'état de témoigner librement sa volonté; tant qu'à la faveur d'un ordre de choses déplorable, des artisans de révolution, liés par un pacte commun à ceux des autres contrées de l'Europe, chercheront à troubler son repos, est-il au pouvoir de l'Empereur, est-il au pouvoir d'aucun monarque d'améliorer les relations du gouvernement espagnol avec les puissances étrangères?

D'un autre côté, combien ce but essentiel ne serait-il pas facile à atteindre, si le Roi recouvrait avec son entière liberté le moyen de mettre un terme à la guerre civile, de prévenir la guerre étrangère, et de s'entourer des plus éclairés et des plus fidèles de ses sujets pour donner à l'Espagne les institutions que demandent ses besoins et ses voeux légitimes.

Alors, affranchie et calmée, elle ne pourrait qu'inspirer à l'Europe la sécurité dont elle jouirait elle-même; et alors aussi les puissances qui réclament aujourd'hui contre la conduite de son gouvernement, s'empresseraient de rétablir avec elle des rapports d'amitié véritable et de mutuelle bienveillance.

Il y a long-temps que la Russie signale ces grandes vérités à l'attention des Espagnols. Jamais leur patriotisme n'eut de plus hautes destinées à remplir. Quelle gloire pour eux que de vaincre une seconde fois la révolution, et de prouver qu'elle ne saurait exercer d'empire durable sur cette terre où d'anciennes vertus, un fond indélébile d'attachement aux principes qui garantissent la durée des sociétés, et le respect d'une sainte religion, finiront toujours par triompher des doctrines subversives et des séductions mises en oeuvre pour étendre leur fatale influence. Déjà une partie de la nation s'est prononcée. Il ne tient qu'à l'autre de s'unir dès à présent à son Roi pour délivrer l'Espagne, pour la sauver, pour lui assigner dans la famille européenne une place d'autant plus honorable, qu'elle aurait été arrachée comme en 1814 au triomphe désastreux d'une usurpation militaire.

En vous chargeant, Mr. le Comte, de faire part aux ministres de S. M. C. des considérations développées dans cette dépêche, l'Empereur se plait à croire que ses intentions et celles de ses alliées ne seront point méconnues. En vain la malveillance essayerait-elle de les présenter sous les couleurs d'une ingérence étrangère, qui prétendrait dicter des lois à l'Espagne.

Exprimer le désir de voir cesser une longue tourmente, de soustraire au même joug un monarque malheureux, et un des premiers peuples de l'Europe; d'arrêter l'effusion du sang, de favoriser le rétablissement d'une administration tout-à-fait sage et nationale; certes, ce n'est point attenter à l'indépendance d'un pays, ni établir un droit d'intervention contre lequel une puissance quelconque ait raison de s'élever. Si S. M. I. nourrissait d'autres vues, il ne dépendrait que d'elle et de ses alliés de laisser la révolution d'Espagne achever son ouvrage. Bientôt tous les germes de prospérité, de richesse et de force, seraient détruits dans la péninsule; et si la nation espagnole pouvait aujourd'hui supposer ces destins hostiles, ce serait dans l'indifférence et dans l'immobilité seules qu'elle devrait en trouver la preuve.

La réponse qui sera faite à la présente déclaration va résoudre des questions de la plus haute importance. Vos instructions de ce jour vous indiquent la détermination que vous aurez à prendre si les dispositions de l'autorité publique à Madrid rejettent le moyen que vous leur offrirez d'assurer à l'Espagne un avenir tranquille et une gloire impérissable.

Dépêche supplémentaire adressée au chargé d'affaires Russe à Madrid,

datée de Vérone du $\frac{4}{16}$. Novembre 1822.

Dans l'instruction que vous recevez aujourd'hui, nous avons attaqué sans ménagement la constitution votée par les cortès en 1812, et nous n'avons pas balancé à attribuer au mode d'administration qu'elle consacre, presque tous les malheurs dont gémit l'Espagne.

Tant de faits démontrent cette vérité, que certainement personne en Europe n'osera la révoquer en doute. Une charte qui établit pour le peuple

un droit de souveraineté, dont l'exercice est heureusement impossible, mais dont la simple théorie, une fois admise, enfante encore des calamités; une charte qui n'appelle à la confection des lois que la seule classe intéressée à leur absence, qui ne laisse pas même au monarque la faculté de se choisir librement une épouse, et qui dissémine, pour ainsi dire, la puissance publique entre les mains d'autorités sans nombre, qu'instituent les cinq cents articles dont elle se compose, une telle charte ne saurait trouver pour défenseur aucun publiciste éclairé, aucun des hommes qui savent que l'ordre et la paix sont les premiers buts, comme les premiers élémens du bonheur des sociétés.

Mais plus le système de la charte espagnole est vicieux, plus les révolutionnaires s'efforceront de le maintenir, et par conséquent, plus ils chercheront d'argumens en faveur de leur ouvrage. Au nombre de ceux qu'ils essayeront de faire valoir, vous verrez probablement, Mr. le Comte, figurer en première ligne, la reconnaissance et la garantie de la constitution des cortès, stipulées en 1812, par le traité de Velyky-Louky. Il est donc indispensable que je vous fasse connaître à cet égard, la pensée de l'Empereur et l'explication cathégorique que vous aurez à donner.

Lors de la conclusion du traité de Velyky-Louky, Ferdinand VII était captif, et il n'existait en Espagne d'autre autorité espagnole que les cortès réunis à Cadix. A la même époque la Russie en s'armant contre l'ennemi commun, devait nécessairement s'allier à l'Espagne. Elle le devait dans son propre intérêt, elle le devait dans l'intérêt de l'Europe, elle le devait enfin, dans l'intérêt de l'Espagne elle-même qui ne pouvait recevoir ni trop d'encouragemens ni trop de secours. Mais dans l'état où les choses se trouvaient alors, toute négociation avec le Roi était impossible. Il fallait conséquemment négocier avec les cortès, et, en négociant avec eux, reconnaître et garantir le régime national qu'ils venaient de créer pour leur patrie. — D'autre part, cette reconnaissance et cette garantie devaient nécessairement avoir le caractère que portait ce régime lui-même. Promulgué durant l'absence et la captivité du Roi, il exigeait la sanction royale dès que S. M. C. serait rendue à la liberté. Il ne pouvait donc être et n'était réellement que provisoire et conditionnel, lors de la signature du traité de Velyky-Louky. Delà aussi la nature provisoire et conditionnelle de la garantie accordée dans le temps par le cabinet de St. Pétersbourg. Cette réserve n'avoit pas besoin d'être exprimée d'une manière spéciale, car elle résultait implicitement de l'essence des objets auxquels la garantie elle-même était applicable. Et comment en effet, stipuler une garantie perpétuelle, pour un acte qu'un tiers avait encore le droit de changer et de modifier à sa volonté? Ce changement ne tarda point à s'accomplir, et le Roi rentré dans ses états, abolit la constitution des cortès. Ni l'Espagne ni la Russie n'invoquèrent alors la garantie du traité de 1812; l'Espagne parcequ'elle voyait son monarque user d'un pouvoir dont la légitimité était incontestable; la Russie, parcequ'elle se serait attribué une autorité supérieure à celle du Roi, si elle avait voulu maintenir

contre son gré, la charte de Cadix. Depuis ce moment, l'Empereur a toujours regardé comme aussi nulles de droit que de fait, une reconnaissance et une garantie stipulée dans des conjonctures, où elles étaient nécessaires, sans jamais pouvoir être indéfiniment obligatoires.

D'ailleurs, supposé même que cette nullité n'existait pas, ou qu'elle fût moins évidente, la Russie est trop franche, trop sincèrement amie de la nation espagnole pour qu'un traité quelconque puisse lui faire désirer la prolongation d'un régime qui a attiré sur ce peuple si glorieux et si estimable tous les maux de l'anarchie, tous les excès d'une révolution sanglante, et toutes les pertes que traînent à leur suite le crime joint à l'imprévoyance.

Dans une pareille situation, S. M. ne peut reconnaître d'autre loi que celle du salut de l'Espagne, et c'est aussi la seule qu'elle soit décidée à suivre.

Tel est, Mr. le Comte, le language que vous voudrez bien tenir, si dans les explications que vous allez avoir avec le ministère espagnol, ce dernier essai de réclamer le bénéfice des stipulations du traité de Velyky-Louky, ou s'il prétend faire à la Russie le reproche de manquer à ses engagemens. Recevez etc. etc.

Dépêche

de Mr. le prince de Metternich, chancelier d'état de S. M. l'Empereur d'Autriche, adressée au chargé d'affaires d'Autriche à Madrid,

datée de Vérone du 14. Décembre 1822.

La situation dans laquelle se trouve la monarchie espagnole à la suite des évènemens qui s'y sont passés depuis deux ans, était un objet de trop haute importance, pour ne pas avoir sérieusement occupé les cabinets réunis à Vérone. L'Empereur, notre auguste maître, a voulu que vous fussiez informé de sa manière d'envisager cette grave question: et c'est pour cet effet que je vous adresse la présente dépêche.

La révolution d'Espagne a été jugée par nous dès son origine. Selon les décrets éternels de la providence, le bien ne peut pas plus naître pour les états que pour les individus, de l'oubli des premiers devoirs imposés à l'homme dans l'ordre social; ce n'est pas par de coupables illusions, pervertissant l'opinion, égarant la conscience des peuples, que doit commencer l'amélioration de leur sort; et la révolte militaire ne peut jamais former la base d'un gouvernement heureux et durable.

La révolution d'Espagne considérée sous le seul rapport de l'influence funeste, qu'elle a exercée sur le royaume qui l'a subie, serait un évènement digne de toute l'attention et de tout l'intérêt des souverains étrangers, car la prospérité ou la ruine d'un des pays les plus intéressans de l'Europe ne saurait être à leurs yeux une alternative indifférente; les ennemis seuls de ce pays, s'il pouvait en avoir, auraient le droit de regarder avec froideur

les convulsions qui le déchirent. Cependant une juste répugnance à toucher aux affaires intérieures d'un état indépendant, déterminerait peut-être ces souverains à ne pas se prononcer sur la situation de l'Espagne, si le mal opéré par sa révolution s'était concentré et pouvait se concentrer dans son intérieur. Mais tel n'est pas le cas: cette révolution avant même d'être parvenue à sa maturité, a provoqué déjà de grands désastres dans d'autres pays; c'est elle qui, par la contagion de ses principes et de ses exemples, et par les intrigues de ses principaux artisans, a créé les révolutions de Naples et de Piémont, c'est elle qui aurait embrasé l'Italie toute entière, menacé la France, compromis l'Allemagne, sans l'intervention des puissances qui ont préservé l'Europe de ce nouvel incendie. Partout, les funestes moyens employés en Espagne pour préparer et exécuter la révolution, ont servi de modèle à ceux qui se flattaient de lui ouvrir de nouvelles conquêtes. Partout la constitution espagnole est devenue le point de réunion et le cri de guerre d'une faction, conjurée contre la sûreté des trônes et contre le repos des peuples.

Le mouvement dangereux que la révolution d'Espagne avait imprimé à tout le midi de l'Europe, a mis l'Autriche dans la pénible nécessité de recourir à des mesures peu d'accord avec la marche pacifique qu'elle aurait voulu invariablement poursuivre. Elle a vu une partie de ses états entourée de séditions, cernée par des complots incendiaires, à la veille même d'être attaquée par des conspirateurs dont les premiers essais se dirigeaient contre ses frontières. Ce n'est que par de grands efforts et de grands sacrifices que l'Autriche a pu rétablir la tranquillité en Italie, et déjouer les projets dont le succès n'eût été rien moins qu'indifférent pour le sort de ses provinces voisines. S. M. I. ne peut d'ailleurs que soutenir dans les questions rélatives à la révolution d'Espagne les mêmes principes qu'elle a toujours hautement manifestés. Dans l'absence même de tout danger direct pour les peuples confiés à ses soins, l'Empereur n'hésitera jamais à désavouer et à réprouver ce qu'il croit faux, pernicieux et condamnable dans l'intérêt général des sociétés humaines. Fidèle au système de conservation et de paix pour le maintien duquel elle a contracté avec ses augustes alliés des engagemens inviolables, S. M. ne cessera de regarder le désordre et les bouleversemens, quelque partie de l'Europe qui puisse en être la victime, comme un objet de vives sollicitudes pour tous les gouvernemens, et chaque fois que l'Empereur pourra se faire entendre dans le tumulte de ces crises déplorables, il croira avoir rempli un devoir dont aucune considération ne saurait le dispenser. Il me serait difficile à croire, Mr. le Comte, que le jugement énoncé par S. M. I. sur les évènemens qui se passent en Espagne puisse être mal compris ou mal interprété dans ce pays. Aucun objet d'intérêt particulier, aucun choc de prétentions réciproques, aucun sentiment de méfiance ou de jalousie ne saurait inspirer à notre cabinet une pensée en opposition avec le bien-être de l'Espagne.

La maison d'Autriche n'a qu'à remonter à sa propre histoire pour y trouver les plus puissans motifs d'attachement, d'égard et de bienveillance,

pour une nation qui peut se rappeler avec un juste orgueil ces siècles de glorieuse mémoire où le soleil n'avait pas de couchant pour elle; pour une nation qui, forte de ses institutions respectables, de ses vertus héréditaires, de ses sentimens religieux, de son amour pour ses Rois, s'est illustrée dans tous les temps par un patriotisme toujours loyal, toujours généreux, et bien souvent héroique. A une époque peu éloignée de nous, cette nation a encore étonné le monde par le courage, le dévouement et la persévérance qu'elle a opposés à l'ambition usurpatrice, qui prétendait la priver de ses monarques et de ses lois et l'Autriche n'oubliera jamais combien la noble résistance du peuple espagnol lui a été utile dans un moment de grand danger pour elle-même.

Ce n'est donc pas sur l'Espagne comme nation ni comme puissance, que peut porter le langage sévère dicté à S. M. I. par sa conscience et par la force de la vérité: il ne s'applique qu'à ceux qui ont ruiné et défiguré l'Espagne, et qui persistent à prolonger ses souffrances.

En se réunissant à Vérone à ses augustes alliés, S. M. I. a eu le bonheur de retrouver dans leurs conseils les mêmes dispositions bienveillantes et désintéressés qui ont constamment guidé les siens. Les paroles qui partiront pour Madrid constateront ce fait, et ne laisseront aucun doute sur l'empressement sincère des puissances à servir la cause de l'Espagne, en lui démontrant la nécessité de changer de route. Il est certain que les embarras qui l'accablent se sont accrus depuis peu dans une progression effrayante. Les mesures les plus rigoureuses, les expéditions les plus hazardées ne peuvent plus faire marcher son administration. La guerre civile est allumée dans plusieurs de ses provinces, ses rapports avec la plus grande partie de l'Europe sont dérangés ou suspendus; ses relations même avec la France ont pris un caractère si problématique, qu'il est permis de se livrer à des inquiétudes sérieuses sur les complications qui peuvent en résulter.

Un pareil état des choses ne justifierait-il pas les plus sinistres pressentimens?

Tout Espagnol éclairé sur la véritable situation de sa patrie, doit sentir que pour briser les chaines qui pèsent aujourd'hui sur le monarque et sur le peuple, il faut que l'Espagne mette un terme à cet état de séparation du reste de l'Europe, dans lequel les derniers évènemens l'ont jetée. Il faut que des rapports de confiance et de franchise se rétablissent entre elle et les autres gouvernemens; rapports, qui en garantissant d'un côté sa ferme intention de s'associer à la cause commune des monarchies européennes, puissent lui fournir de l'autre côté les moyens de faire valoir sa volonté réelle et d'écarter tout ce qui peut la dénaturer ou la comprimer. Mais pour arriver à ce but, il faut que son roi soit libre, non seulement de cette liberté personnelle, que tout individu peut réclamer sous le règne des lois, mais de celle dont un souverain doit jouir pour remplir sa haute vocation. Le Roi d'Espagne sera libre, du moment qu'il aura le pouvoir de faire cesser les malheurs de son peuple, de ramener l'ordre et la paix dans son royaume; de s'entourer

d'hommes également dignes de sa confiance par leurs principes et par leurs lumières, de substituer enfin à un régime reconnu impraticable par ceux mêmes que l'égoïsme ou l'orgueil y tiennent encore attachés, un ordre des choses dans lequel les droits du monarque seraient heureusement combinés avec les vrais intérêts et les voeux légitimes de toutes les classes de la nation. Lorsque ce moment sera venu, l'Espagne fatiguée de sa longue tourmente, pourra se flatter de rentrer en pleine possession des avantages que le ciel lui a départis et que le noble caractère de ses habitans lui assure; elle verra renaître les liens qui l'unissaient à toutes les puissances européennes, et S. M. I. se félicitera de n'avoir plus à lui offrir que les voeux qu'elle forme pour sa prospérité et tous les bons services qu'elle sera en état de rendre à un ancien ami et allié.

Vous ferez de la présente dépêche, Mr. le Comte, l'usage le plus approprié aux circonstances dans lesquels vous vous trouverez en la recevant. Vous êtes autorisé à en faire lecture au ministre des affaires étrangères, ainsi qu'à lui en donner copie, s'il le demande.

Agréez etc.

Circulaire

adressée par les ministres des trois Monarques réunis à Vérone à leurs missions prés des cours de l'Europe, et signée par le prince de Metternich, le comte de Nesselrode et le comte de Bernsdorf,

du 14. Décembre 1822.

Monsieur,

vous avez été instruit par les pièces qui vous furent adressées au moment de la clôture des conférences de Laybach au mois de Mai 1821, que la réunion des monarques alliés et de leurs cabinets se renouvellerait dans le courant de l'année 1822, et que l'on y prendrait en considération le terme à fixer aux mesures qui, sur les propositions des cours de Naples et de Turin, et de l'aveu de toutes les cours d'Italie, avaient été jugées nécessaires pour raffermir la tranquillité de la Péninsule après les funestes évènemens des années 1820 et 1821.

Cette réunion vient d'avoir lieu et nous allons vous en faire connaître les principaux résultats.

D'après la convention, signée à Novare le 24. Juillet 1821, l'occupation d'une ligne militaire dans le Piémont par un corps de troupes auxiliaires, avait été eventuellement fixée à une année de durée, sauf à examiner lors de la réunion de 1822, si la situation du pays permettrait de la faire cesser ou rendrait nécessaire de la prolonger.

Les plénipotentiaires des cours signataires de la convention de Novare se sont livrés à cet examen conjointement avec les plénipotentiaires de S. M.

le Roi de Sardaigne, et il a été reconnu que l'assistance d'une force alliée n'était plus nécessaire pour le maintien de la tranquillité du Piémont. S. M. le Roi de Sardaigne ayant indiqué elle-même le terme qu'elle jugeait convenable de fixer pour la retraite successive des troupes auxiliaires, les souverains alliés ont accédé à ses propositions, et il a été arrêté par une nouvelle convention, que la sortie de ces troupes du Piémont commencerait dès le 31. Décembre de l'année présente, et serait définitivement terminée par la remise de la forteresse d'Alexandrie au 30. Septembre 1823.

D'un autre côté, S. M. le Roi des Deux-Siciles a fait déclarer aux trois cours qui avaient eu part à la convention signée à Naples le 18. Octobre que l'état actuel de son propre pays lui permettrait de proposer une diminution dans le nombre des troupes auxiliaires stationnées dans différentes parties du royaume. Les souverains alliés n'ont pas hésité à se prêter à cette proposition, et l'armée d'occupation du royaume des Deux-Siciles sera dans le plus court délai diminuée de 17000 hommes.

Ainsi s'est réalisée autant que les évènemens ont répondu aux voeux des monarques, la déclaration faite au moment de la clôture du congrès de Laybach: „Que loin de vouloir prolonger au-delà des limites d'une stricte nécessité leur intervention dans les affaires d'Italie, LL. MM. désiraient bien sincèrement, que l'état des choses qui leur avait imposé ce pénible devoir, vint à cesser le plutôt possible et ne se reproduisit jamais." — Ainsi s'évanouissent les fausses alarmes, les interprétations hostiles, les prédictions sinistres que l'ignorance et la mauvaise foi avaient fait retentir en Europe, pour égarer l'opinion des peuples sur les intentions franches et loyales des Monarques! Aucune vue secrète, aucun calcul d'ambition ni d'intérêt n'avait eu part aux résolutions qu'une nécessité impérieuse leur avait dictées en 1821; résister à la révolution; prévenir les désordres, les crimes, les calamités innombrables qu'elle appelait sur l'Italie toute entière; y établir l'ordre et la paix; fournir aux gouvernemens légitimes l'appui qu'ils étaient en droit de réclamer; tel a été l'unique objet des pensées et des efforts des monarques. A mesure que cet objet s'accomplit, ils retirent et retireront des secours qu'un besoin trop réél avait seul pu provoquer et justifier; heureux de pouvoir abandonner aux princes que la Providence en a chargés, le soin de veiller à la sûreté et à la tranquillité de leurs peuples, et d'enlever ainsi à la malveillance jusqu'au dernier prétexte dont elle ait pu se servir pour répandre de doutes sur l'indépendance des souverains de l'Italie.

Le but du congrès de Vérone, tel qu'un engagement positif l'avait désigné, aurait été rempli par les résolutions adoptées pour le soulagement de l'Italie. Mais les souverains et les cabinets réunis n'ont pu se dispenser de porter leurs regards sur deux graves complications, dont le développement les avait constamment occupés depuis la réunion de Laybach.

Un évènement d'une importance majeure avait éclaté vers la fin de cette dernière réunion. Ce que le génie révolutionnaire avait commencé dans la Péninsule-occidentale, ce qu'il avait tenté en Italie, il était parvenu à

l'exécuter aux extrêmités orientales de l'Europe. A l'époque même où les révoltes militaires de Naples et de Turin cédèrent à l'approche d'une force régulière, le brandon de l'insurrection fut lancé au milieu de l'empire ottoman. La coïncidence des évènemens ne pouvait laisser aucun doute sur l'identité de leur origine. Le même mal se reproduisant sur tant de points divers et toujours avec des formes et un language analogues, quoique sous des prétextes différens, trahissait trop évidemment le foyer commun d'où il était sorti. Les hommes qui avaient dirigé ce mouvement, s'étaient flattés d'en tirer parti, pour semer la division dans les conseils des puissances, et pour neutraliser les forces que de nouveaux dangers pouvaient appeler sur d'autres points de l'Europe. Cet espoir fut trompé. Les monarques décidés à repousser le principe de la révolte, en quelque lieu et sous quelque forme qu'il se montrait, se hatèrent de le frapper d'une égale et unanime réprobation. Invariablement occupés du grand objet de leurs sollicitudes communes, ils surent résister à toute considération qui aurait pu les détourner de leur route; mais écoutant en même temps la voix de leur conscience et d'un devoir sacré, ils plaidèrent la cause de l'humanité, en faveur des victimes d'une entreprise aussi irréfléchie que coupable.

Les nombreuses communications confidentielles qui ont eu lieu entre les cinq cours pendant cette époque, une des plus mémorables de leur alliance, ayant placé les questions de l'Orient sur une base d'unanimité et d'accord complètement satisfaisante, leur réunion à Vérone n'a eu qu'à consacrer et à confirmer ces résultats, et les puissances amies de la Russie peuvent se flatter, qu'elles feront disparaître par des démarches communes les obstacles qui ont pû retarder l'accomplissement définitif de leur voeux.

D'autres évènemens dignes de toute sollicitude des monarques ont fixé leurs vues sur la position déplorable de la péninsule Occidentale de l'Europe.

L'Espagne subit le sort réservé à tous les pays, qui ont eu le malheur de chercher le bien dans des voies qui n'y conduisent jamais. Elle parcourt aujourd'hui le cercle fatal de sa révolution; d'une révolution que des hommes égarés ou pervers ont prétendu représenter comme un bienfait, comme le triomphe même d'un siècle de lumières. Tous les gouvernemens ont été témoins des efforts que ces hommes ont faits pour persuader à leurs contemporains, que cette révolution était le fruit nécessaire et heureux des progrès de la civilisation, et le moyen par lequel elle a été opérée et soutenue, le plus bel élan d'un patriotisme généreux. Si la civilisation pouvait avoir pour but la destruction de la société, et s'il était permis d'admettre que la force militaire pût s'emparer impunément de la direction des empires dont elle n'est appelé qu'à maintenir la paix intérieure et extérieure, certes, la révolution espagnole aurait des titres à l'admiration des siècles, et la révolte militaire de l'isle de Léon pourrait servir de modèle aux réformateurs. Mais la vérité n'a pas tardé à reprendre ses droits, et l'Espagne a fourni, aux dépens de son bonheur et de sa gloire, un triste

exemple de plus des conséquences infaillibles de tout attentat contre les lois éternelles du monde moral.

Le pouvoir légitime enchaîné et servant lui-même d'instrument pour renverser tous les droits et toutes les libertés légales: toutes les classes de la société bouleversées par le mouvement révolutionnaire; l'arbitraire et l'oppression exercés sous les formes de la loi; un royaume livré à tous les genres de convulsion et de désordre; de riches colonies justifiant leur émancipation par les mêmes maximes sur lesquelles la mère-patrie a fondé son droit public, et qu'elle tenterait en vain de condamner dans un autre hémisphère; la guerre civile consumant les dernières ressources de l'état; tel est le tableau que nous présente la situation actuelle de l'Espagne; tels sont les malheurs qui affligent un peuple loyal et digne d'un meilleur sort; telle est enfin la cause directe des justes inquiétudes que tant d'élémens réunis de troubles et de confusion ont dû inspirer aux pays immédiatement en contact avec la Péninsule. Si jamais il s'est élevé au sein de la civilisation une puissance ennemie des principes conservateurs, ennemie surtout de ceux qui font la base de l'alliance européenne, c'est l'Espagne dans sa désorganisation présente.

Les monarques auraient-ils pu contempler avec indifférence tant de maux accumulés sur un pays et accompagnés de tant de dangers pour les autres? N'ayant à consulter dans cette grave question que leur propre jugement et leur propre conscience, ils ont dû se demander, si, dans un état de choses que chaque jour menace de rendre plus cruel et plus alarmant, il leur était permis de rester spectateurs tranquilles, de prêter même par la présence de leurs représentans la fausse couleur d'une approbation tacite aux actes d'une faction déterminée à tout entreprendre pour conserver son funeste pouvoir. Leur décision n'a pu être douteuse. Leurs missions ont reçu l'ordre de quitter la Péninsule.

Quelles que puissent être les suites de cette démarche, les monarques auront prouvé à l'Europe, que rien ne peut les engager à reculer devant une détermination sanctionnée par leur conviction intime. Plus ils vouent d'amitié à S. M. Catholique et d'intérêt au bien-être d'une nation, que tant de vertus et de grandeur ont distinguée dans plus d'une époque de son histoire, et plus ils ont senti la nécessité de prendre le parti auquel ils se sont arrêtés, et qu'ils sauront soutenir.

Vous vous convaincrez par le précédent exposé que les principes qui ont constamment guidé les monarques dans les grandes questions d'ordre et de stabilité, auxquelles les évènemens de nos jours ont donné une si haute importance, n'ont point été démentis dans leurs dernières transactions. Leur union essentiellement fondée sur ces principes, loin de s'affaiblir, acquiert d'époque à époque plus de cohésion et de force. Il serait superflu de venger encore la loyauté et la bienveillance de leurs intentions contre de méprisables calomnies que chaque jour l'évidence des faits réduit à leur juste valeur. L'Europe entière doit enfin reconnaître, que la marche suivie par les monarques est également en harmonie avec l'indépendance et la force des gouvernemens,

et avec les intérêts bien entendus des peuples. Ils ne regardent comme ennemis que ceux qui conspirent contre l'autorité légitime des uns et en imposent à la bonne foi des autres, pour les entraîner dans un abîme commun. Les voeux des monarques ne sont dirigés que vers la paix; mais cette paix, bien que solidement établie entre les puissances, ne peut répandre sur la société la plénitude de ses bienfaits, tant que la fermentation qui agite encore les esprits dans plus d'un pays, sera entretenue par les suggestions perfides et par les tentatives criminelles d'une faction, qui ne veut que révolutions et bouleversemens; tant que les chefs et les instruments de cette faction, soit qu'ils marchent à front découvert, attaquant les trônes et les institutions, soit qu'ils travaillent dans les ténèbres, organisant des projets sinistres, préparant des complots ou empoisonnant l'opinion publique, ne cesseront de tourmenter les peuples par le tableau sombre et mensonger du présent et par des alarmes chimériques sur l'avenir. Les mesures les plus sages des gouvernemens ne prospéreront, les améliorations les mieux combinées, ne seront couronnées de succès, la confiance enfin ne renaîtra parmi les hommes, que lorsque ces fauteurs de trâmes odieuses seront réduits à une impuissance complète; et les monarques ne croiront point avoir rempli leur noble tâche, avant de leur avoir arraché les armes qu'ils pourraient tourner contre la tranquillité du monde.

En faisant part au cabinet près duquel vous êtes accrédité, des notions et des déclarations que renferme la présente pièce, vous aurez soin de rappeler en même temps ce que les monarques regardent comme la condition indispensable de l'accomplissement de leurs vues bienveillantes. Pour assurer à l'Europe, avec la paix dont elle jouit sous l'égide des traités, cet état de calme et de stabilité, hors duquel il n'y a pas de vrai bonheur pour les nations, ils doivent compter sur l'appui sincère et constant de tous les gouvernemens. C'est au nom de leurs premiers intérêts, c'est au nom de la conservation de l'ordre social et au nom des générations futures, qu'ils le réclament. Qu'ils soient tous pénétrés de cette grande vérité, que le pouvoir remis entre leurs mains est un dépôt sacré, dont ils ont à rendre compte et à leurs peuples et à la postérité, et qu'ils encourent une responsabilité sévère, en se livrant à des erreurs, ou en écoutant des conseils, qui tôt ou tard les mettraient dans l'impossibilité de sauver leurs sujets des malheurs qu'ils leur auraient préparés eux-mêmes. Les monarques aiment à croire, que partout ils trouveront dans ceux qui sont appelés à exercer l'autorité suprême, sous quelque forme que ce soit, de véritables alliés, des alliés, ne respectant pas moins l'esprit et les principes, que la lettre et les stipulations positives des actes qui forment aujourd'hui la base du système européen; et ils se flattent que leurs paroles seront régardées comme un nouveau gage de leur résolution ferme et invariable de consacrer au salut de l'Europe tous les moyens que la providence a mis à leur disposition.

Recevez, Monsieur . . . . l'assurance de etc.

Dépêche

de Mr. Evariste de San-Miguel au Duc de St. Lorenzo, ministre plénipotentiaire d'Espagne à Paris,

datée de Madrid du 9. Janvier 1823.

Le gouvernement de S. M. C. vient de recevoir communication d'une note envoyée par S. M. T. C. à son ambassadeur près de cette cour et dont V. E. recevra une copie pour en prendre connaissance.

Le gouvernement de S. M. a peu d'observations à faire sur cette note, mais pour que V. E. ne soit pas embarassée sur la conduite qu'elle doit tenir dans cette circonstance, il a cru de son devoir de vous manifester avec franchise son sentiment et ses résolutions.

Le gouvernement espagnol n'a jamais ignoré que les institutions, adoptées spontanément par l'Espagne, exciteraient la jalousie de plusieurs des cabinets de l'Europe, et seraient l'objet des délibérations du congrès de Vérone. Mais ferme dans ses principes et résolu de défendre à tout prix son système politique actuel et son indépendance nationale, il a tranquillement attendu le résultat de ce congrès.

L'Espagne est gouvernée par une constitution promulguée, acceptée et jurée en 1812 et reconnue par toutes les puissances qui se réunirent au congrès de Vérone. Des conseillers perfides ont empêché S. M. C. Ferdinand VII de jurer à son retour en Espagne ce code fondamental, que toute la nation désirait et qui fut détruit par la force sans aucune réclamation des puissances qui l'avaient reconnu; mais une expérience de six années et la volonté générale, engagèrent en 1820 S. M. à se conformer aux voeux des Espagnols.

Ce ne fut pas une insurrection militaire qui établit ce nouvel ordre des choses au commencement de 1820. Les hommes courageux qui se prononcèrent dans l'isle de Léon, et successivement dans les autres provinces ne furent que les organes de l'opinion générale et des voeux de toute la nation.

Il était naturel qu'un changement de cette nature fit quelques mécontens; c'est une conséquence inévitable de toute réforme qui a pour objet la diminution des abus. Il y a toujours chez les nations des individus, qui ne peuvent jamais s'accoutumer au joug de la raison et de la justice.

L'armée d'observation que le gouvernement français entretient aux pieds des Pyrénées ne peut calmer les désordres qui affligent l'Espagne. L'expérience au contraire a prouvé que l'existence de ce cordon sanitaire, transformé depuis en armée d'observation, n'a fait qu'augmenter les espérances des fanatiques qui ont poussée dans nos provinces le cri de la rébellion, en nourrissant l'idée d'une invasion prochaine sur notre territoire.

Les principes, les vues ou les craintes qui ont influé sur la conduite des cabinets qui se sont réunis à Vérone, ne pouvant servir de règle au

gouvernement Espagnol, il s'abstient pour l'instant de répondre à cette partie des instructions de Mr. le comte de la Garde, qui a rapport avec ce congrès.

Les jours de calme et de tranquillité, que le gouvernement de S. M. T. C. désire à la nation espagnole, celle-ci ne les désire pas avec moins d'impatience pour elle-même et son gouvernement. Persuadés tous les deux que le remède à leurs maux ne peut être que l'ouvrage du temps et de la persévérance, ils s'efforcent, autant qu'ils le doivent, d'en accélerer les utiles et salutaires effets.

Le gouvernement espagnol apprécie les offres que lui fait S. M. T. C. de contribuer autant que possible à son bonheur; mais il est persuadé que les moyens et les précautions que prend S. M. ne sauraient produire que des résultats contraires.

Les secours que devrait donner en ce moment le gouvernement français à celui d'Espagne sont purement négatifs; il faudrait dissoudre son armée des Pyrénées; repousser les factieux ennemis de l'Espagne qui vont se réfugier en France; s'élever d'une manière énergique contre tous ceux qui se plaisent à dénigrer de la manière la plus affreuse le gouvernement de S. M. C., ainsi que les institutions de l'Espagne et des cortès. Voilà ce qu'exige le droit des peuples, droit respecté par ceux ou règne la civilisation.

Dire que la France veut le bien de l'Espagne et sa tranquillité, tandis que l'on tient continuellement allumés ces brandons de discorde qui alimentent les malheurs dont elle est affligée, c'est tomber dans un abîme de contradictions.

Quelles que soient les déterminations que le gouvernement de S. M. T. C. jugera convenable de prendre dans cette circonstance, celui de S. M. continuera tranquillement à marcher dans le sentier que lui montrent son devoir, la justice de sa cause, le caractère de fermeté et d'attachement aux principes constitutionnels qui distinguent éminemment la nation à la tête de laquelle il se trouve placé; et, sans entrer pour l'instant dans l'analyse des expressions hypothétiques et amphibologiques des instructions envoyées au comte de la Garde, il conclut que le repos et la prospérité de la nation, ainsi que tout ce qui peut multiplier les élémens de son bien-être, ne doit intéresser personne plus vivement qu'elle-même. Que sa devise et la règle de sa conduite présente et à venir, sont un attachement constant à la constitution de 1812, la paix avec les nations, et surtout de ne jamais reconnaître chez qui que ce soit le droit d'intervenir dans ses affaires.

V. E. est autorisée à lire cette note au ministre des affaires étrangères, et à lui en donner une copie s'il la demande. Votre jugement et votre prudence vous suggéreront la conduite ferme et digne de l'Espagne, que vous devez tenir en ce moment.

Telles sont les communications que S. M. m'ordonne de vous faire etc.

Evariste San-Miguel.

Dépêche

adressée par Mr. Canning à Sir Charles Stuart, ministre de S. M. Britannique à Paris,

datée de Londres du 31. Mars 1823.

Monsieur,

l'espoir d'un accommodement entre la France et l'Espagne, que S. M. a si long-temps conservé, en dépit de toutes les apparences défavorables, étant à présent malheureusement éteint, je suis chargé par S. M. d'adresser à V. Exc. afin d'être communiquée au ministère français, l'explication suivante des sentimens de notre gouvernement sur l'état actuel des affaires entre ces deux royaumes.

Le Roi a épuisé tous ses efforts pour conserver la paix de l'Europe.

La question d'une intervention dans les affaires intérieures de l'Espagne, à cause des troubles et des désordres qui ont, depuis quelque temps, prévalu dans ce royaume, n'était point une question sur laquelle S. M., quant à elle, pouvait hésiter un moment. Si le plénipotentiaire de S. M. à Vérone n'a pas voulu prendre part aux délibérations des cabinets alliés sur cette question, c'est parceque S. M. devait à ses alliés, sur cela comme sur tout autre sujet, une déclaration sincère de ses opinions, et parcequ'il espérait qu'une communication amicale et sans réserve pouvait tendre à conserver une paix générale.

La nature des appréhensions qui avaient engagé le Roi de France à lever une armée dans son propre territoire, sur les frontières de l'Espagne, avait été indiquée d'abord par le nom de cordon sanitaire. Le changement de ce nom en celui d'armée d'observation (qui eut lieu dans le mois de Septembre dernier), ne paraissait point à S. M. signifier autre chose, si ce n'est que le système défensif, opposé primitivement à la contagion du mal physique, serait continué contre les inconvéniens moraux ou politiques qui pourraient résulter pour la France d'une guerre civile élevée dans un pays séparé du territoire français par une simple ligne de démarcation conventionnelle. Les dangers du voisinage, les intrigues politiques et une violation accidentelle du territoire, suffiraient pour justifier les préparatifs d'une défense militaire.

Tel était l'état des choses entre la France et l'Espagne à l'ouverture du congrès de Vérone. Les propositions faites par le plénipotentiaire français, dans les conférences des cabinets alliés, étaient fondées sur cet état de choses. Ces propositions n'avaient rapport à aucun projet de faire une irruption dans le coeur de la monarchie espagnole, mais elles étaient de la nature de simples informations: 1. Quelle contenance la France pouvait-elle espérer? Que feraient les alliés si elle se trouvait elle-même dans la nécessité de rompre les relations diplomatiques avec la cour de Madrid? 2. Quel secours pouvait-elle en attendre dans les cas supposés d'outrages commis, ou de menaces de violence de la part de l'Espagne? Ces cas étaient tous accidentels et par

forme de précaution. Les réponses des trois puissances continentales furent dans le même esprit.

Le résultat des discussions de Vérone fut une détermination des alliés de S. M. les Empereurs d'Autriche et de Russie et le Roi de Prusse, 1. de faire connaître au cabinet de Madrid par l'intermédiaire de leurs ministres respectifs à cette cour, leurs sentimens sur la nécessité d'un changement dans le système présent du gouvernement espagnol; et dans le cas d'une réponse déclinatoire à cette communication de rompre toutes relations diplomatiques avec l'Espagne; 2. de faire cause commune avec la France contre l'Espagne, dans certains cas spécifiés, cas, comme on l'a déjà observé, tout à fait accidentels, et par forme de précaution.

Le plénipotentiaire de S. M. refusa de concourir à ces mesures, non seulement parcequ'il n'était pas autorisé à engager la foi de son gouvernement dans aucune obligation hypothétique, mais parceque son gouvernement avait, dès le mois d'Avril 1820, uniformément recommandé aux puissances de l'alliance de s'abstenir de toute intervention dans les affaires intérieures de l'Espagne, et parceque ayant été depuis cette même époque entièrement étranger à toutes transactions qui pouvaient avoir été faites entre la France et l'Espagne, son gouvernement ne pouvait juger sur quels fondemens le cabinet des Tuileries pensait à une rupture possible des relations diplomatiques avec la cour de Madrid, ou sur quels fondemens on craignait un évènement en apparence si improbable, tel qu'un commencement d'hostilités contre la France par l'Espagne.

Le plénipotentiaire de S. M. ne voyait pas des preuves de l'existence d'aucun dessein, de la part du gouvernement espagnol, d'envahir le territoire de la France; d'aucune tentative pour ébranler la fidélité de ses troupes, ou d'aucun projet de miner ses institutions politiques; et tant que les débats et les troubles de l'Espagne restaient confinés dans le cercle de son propre territoire, la France ne pouvait être admise par le gouvernement anglais à plaider en faveur de l'intervention étrangère. Si la fin du dernier siècle et le commencement de celui-ci vit toute l'Europe ligué contre la France ce n'était pas à cause des changemens intérieurs que la France croyait nécessaires pour sa propre réformation politique et civile; mais parcequ'elle tenta de propager d'abord ses principes, et ensuite sa domination par les armes.

Dans l'impossibilité où était S. M. de s'associer aux mesures concertées à Vérone relativement à l'Espagne, le plénipotentiaire de S. M. déclara que le gouvernement anglais pouvait seulement s'efforcer, par l'intermédiaire du ministre de S. M. à la cour du Roi Catholique, d'adoucir la fermentation que ces mesures pourraient occasionner à Madrid, et de faire tout le bien en son pouvoir.

Jusqu'à cette époque, aucune communication avait existé entre S. M. et la cour de Madrid, relativement aux discussions de Vérone. Mais, vers le temps de l'arrivée du plénipotentiaire de S. M. et à son retour de Vérone à Paris, l'Espagne exprima le désir de la médiation amicale de S. M. pour

détourner les calamités de la guerre. L'Espagne limita distinctement ce désir à l'emploi de bons offices de la part de la Grande-Bretagne, qui ne seraient point incompatibles avec le système de neutralité le plus strictement conçu: et, pendant tout le cours des relations du gouvernement anglais avec l'Espagne, le gouvernement espagnol n'a jamais, à aucune époque, été induit à croire, que le gouvernement anglais, que la politique de S. M., dans le cas de contestation entre la France et l'Espagne serait autre que neutre.

En conséquence de cette requête et de sa précédente déclaration à Vérone, le plénipotentiaire de S. M. reçut des instructions à Paris, pour faire au gouvernement français l'offre de la médiation de S. M. En faisant cette offre, le gouvernement anglais pria de s'abstenir envers l'Espagne, par des motifs de convenance aussi bien que par des considérations de justice, d'un language de reproche ou de hauteur; il représenta comme une matière qui n'était pas de peu d'importance, la première atteinte, par quelque puissance que ce soit, à cette paix générale établie si récemment, après avoir coûté tant de peines et de sacrifices à toutes les nations. Il ne déguisa point non plus au gouvernement français, l'inquiétude qu'il concevait, d'une nouvelle guerre en Europe, une fois qu'elle serait commencée.

Outre des suggestions de cette espèce, le gouvernement anglais s'efforça d'apprendre du cabinet des Tuileries quels étaient la nature et le nombre des griefs particuliers dont S. M. T. C. se plaignait, et quelles étaient les mesures particulières de réparation ou de conciliation de la part de l'Espagne, qui seraient capables d'arrêter les progrès des préparatifs de guerre de S. M. T. C.

Le gouvernement français refusa la médiation formelle de S. M. alléguant en substance que la nécessité de ses préparatifs de guerre n'était pas tant fondée sur aucune cause directe de plainte contre l'Espagne, susceptible d'une exacte spécification et d'un accommodement praticable, que sur la position générale dans laquelle ces deux royaumes se trouvaient eux-mêmes placés vis-à-vis l'un de l'autre, sur l'effet que tout ce qui se passait et qui s'était passé depuis quelque temps en Espagne produisait sur la paix et la tranquillité des domaines de S. M. T. C.; sur le fardeau de cet armement défensif que la France s'était crue obligée d'établir sur la frontière d'Espagne, et qu'il lui était également embarassant de maintenir, ou de retirer sans quelques nouvelles circonstances qui pourraient justifier un tel changement d'avis; enfin, sur l'état de choses plus aisé à comprendre qu'à définir, mais qui, à tout prendre, était si insupportable à la France, que des hostilités ouvertes seraient bien préférables. La guerre au moins amènerait une tendance à une conclusion quelconque; tandis que les relations telles qu'elles existaient entre la France et l'Espagne pouvaient continuer pendant un temps indéfini, accroissant chaque jour les difficultés de l'Espagne, et propageant l'inquiétude et l'alarme parmi l'armée et la nation française.

Mais quoique le gouvernement de S. M. T. C. refusât pour ces raisons une médiation formelle, il manifesta un vif désir de la paix, et accepta les bons offices de S. M. pour cet objet.

Considérant tous les maux que la guerre pouvait attirer sur la France, et de la France peut-être encore à la fin sur toute l'Europe, et ceux qu'elle doit plus immédiatement et plus inévitablement attirer sur l'Espagne, dont une invasion étrangère ne pourrait qu'exaspérer et prolonger les animosités et les agitations intérieures, le gouvernement anglais fut profondément convaincu de la nécessité de la paix pour les deux royaumes, et résolut en conséquence qu'il fût investi ou non du caractère formel de médiateur, de faire tous les efforts possibles, et de profiter de toutes les chances pour prévenir les hostilités. La question était devenue maintenant une question simple, et de l'Espagne à la France; et la seule chose faisable n'était pas tant d'examiner comment les relations de ces deux gouvernemens avaient été amenées maladroitement à ce point de complication que de rechercher comment il était possible de résoudre les difficultés sans le recours aux armes, et de procurer un accommodement amical par des explications et des concessions mutuelles.

L'amitié seule de S. M. aurait pu l'engager à proposer à la nation espagnole une révision de ses institutions politiques. Mais les Espagnols de tous les partis admettaient la nécessité indispensable de quelques modifications de la constitution de 1812; et si dans une crise telle que celle où se trouvait l'Espagne, en proie tout à la fois aux maux de la guerre civile et à la crainte d'une invasion étrangère, l'adoption de modifications que l'on croyait désirables en elles-mêmes pouvait donner l'espérance de voir apaiser ses dissensions intérieures, et en même temps fournir au gouvernement français un motif de se retirer de la position menaçante qu'il avait prise à l'égard de l'Espagne, le gouvernement anglais sentit qu'aucun scrupule de délicatesse ou aucune crainte de mauvaise interprétation ne devait l'empêcher de manifester le vif désir qu'il avait de voir les Espagnols obtenir sur eux d'aviser à de telles modifications, ou au moins de déclarer leur disposition à y aviser par la suite.

Il est maintenant inutile de discuter quel aurait pu être le résultat des efforts pressans de S. M. pour amener la France et l'Espagne à un accommodement, si rien n'était intervenu pour interrompre leurs progrès. Quelle qu'ait pu être la répugnance du gouvernement espagnol à faire les premiers pas vers un pareil accommodement, on ne peut déguiser que les principes avoués et les prétentions mises en avant par le gouvernement français, dans le discours du trône à l'ouverture des chambres à Paris, créèrent de nouveaux obstacles au succès d'une intervention amicale. La communication de ce discours au gouvernement anglais fut accompagnée à la vérité, de nouvelles assurances des dispositions pacifiques de la France, et les ministres français donnèrent au passage de ce discours le plus capable de faire une impression défavorable en Espagne, un sens qui lui ôtait une partie de son caractère hostile, et sujet à créer des difficultés. Mais toutes les tentatives du gouvernement anglais pour faire valoir à Madrid de telles assurances et de telles explications échouèrent; les espérances de succès s'affaiblirent graduellement, et maintenant elles sont entièrement évanouies.

Il ne reste plus qu'à faire connaître la conduite que S. M. désire et a l'intention d'observer dans une guerre entre les deux nations, à chacune desquelles S. M. est unie par les liens de l'amitié et de l'alliance.

Le désaveu répété par le gouvernement de S. M. T. C. de toutes vues d'ambition et d'agrandissement, défend le soupçon d'aucun dessein de la part de la France d'une occupation militaire permanente en Espagne, ou de forcer S. M. C. à prendre aucune mesure dérogatoire à l'indépendance de sa couronne ou à des relations existantes avec les autres puissances.

Les assurances répétées qu'a reçues S. M. de la détermination où était la France de respecter les domaines de S M. T. F., ne laissent pas à S. M. la crainte d'être appelée à remplir les obligations de cette liaison intime et défensive qui a si long-temps subsisté entre les deux couronnes de la Grande-Bretagne et du Portugal.

Quant aux provinces d'Amérique, qui ont rompu le lien qui les unissait à la couronne d'Espagne, le temps et les évènemens paraissent avoir décidé réellement leur séparation de la métropole, quoique la reconnaissance formelle de ces provinces comme états indépendans par S. M. puisse être hâtée ou retardée par diverses circonstances extérieures, aussi bien que par les progrès plus ou moins satisfaisans dans chaque état vers une forme de gouvernement stable et régulière. L'Espagne a été depuis long-temps instruite des opinions de S. M. à ce sujet. Désavouant de la manière la plus solennelle toute intention de s'approprier la plus petite portion des possessions espagnoles en Amérique, S. M. est persuadée que la France ne fera aucune tentative pour ranger sous sa domination aucune de ces possessions, soit par conquête, soit par cession de la part de l'Espagne.

V. Exc. présentera à M. de Châteaubriand cette franche explication, sur les points qui seuls sont de nature à faire appréhender peut-être la possibilité d'un choc de la France et de la Grande-Bretagne dans une guerre entre la France et l'Espagne, comme dictée par un vif désir de pouvoir conserver dans cette guerre une stricte et exacte neutralité, une neutralité non sujette à altération envers aucun parti, tant que l'honneur et les intérêts de la Grande-Bretagne seront également respectés des deux partis.

On m'ordonne, en dernier lieu, de charger V. Exc. de déclarer au ministère français que S. M. sera toujours prête à renouveler l'entremise de ses bons offices, dans le but de terminer ces hostilités, que S. M. s'est efforcée avec tant de sollicitude, quoique sans succès, de prévenir.

Je suis, etc.

G. Canning.

Thronfolge im Königreich Spanien.

Aufhebung des salischen Gesetzes in Spanien durch König Ferdinand VII.

(29. März 1830.)

Als die dritte Gemahlin des Königs Ferdinand VII., Amalie Josephe von Sachsen, am 17. Mai 1829, wie ihre Vorgängerinnen, kinderlos gestorben war, bemühten sich des Königs Bruder Don Carlos und die ihm zugethane Priesterpartei mit allen ihnen zu Gebote stehenden Waffen der Ueberredung, Drohung, der Erregung von Gewissensscrupeln, den König zu verhindern, eine neue Gemahlin zu wählen. Ferdinand VII. aber (geb. 14. Okt. 1784) ließ sich nicht abhalten zu einer vierten Ehe zu schreiten; seine Wahl fiel auf seine schöne Nichte, die 23jährige Prinzessin Marie Christine (geb. 27. April 1806), Tochter des Königs Franz I. von Neapel, jüngere Schwester der Gemahlin des Infanten Don Franzisco de Paula; schon am 11. Dez. 1829 wurde die Vermählung vollzogen. Als sich die Königin in gesegneten Umständen fühlte, faßte der König, von seiner nächsten Umgebung und namentlich seiner jungen Gemahlin bewogen, welcher er sehr zugethan war, den Entschluß, das in Spanien geltende Erbfolgegesetz, welches die Töchter von der Thronfolge ausschloß, durch seine sogenannte pragmatische Sanction vom 29. März 1830 aufzuheben, um dem zu erwartenden Kinde, es sei nun Sohn oder Tochter, die Krone zu sichern. Am 10. Oktober 1830 gebar die Königin eine Tochter Isabella, welche Ferdinand zur Prinzessin von Asturien und Thronfolgerin erklärte. Das Gesetz der salischen Franken, nach dessen 62. Artikel die Güter, welche die Franken in Gallien erobert hatten, nur auf die Söhne und nicht auf die Töchter forterben konnten, und das später auch auf die Krone angewandt wurde, galt in Frankreich seit der ersten Gründung der fränkischen Monarchie. In Spanien dagegen waren nach castilianischem Rechte auch die Töchter fähige Thronerben. Als im Jahr 1713 ein bourbonischer Prinz Philipp V., der Enkel Ludwig XIV., den spanischen Thron bestiegen hatte, wurde auch in Spanien, unter Zustimmung der Cortes,

das bourbonische Hausgesetz eingeführt, welches nach salischem Rechte die Töchter von der Thronerbfolge ausschloß. Schon König Karl IV., der Vater Ferdinand VII., hatte bei seinem Regierungsantritt 1789 auf den Vorschlag der Cortes die salische Erbfolge aufgehoben, und auf dieses Vorgehen stützte sich denn auch Ferdinand VII. besonders. Er erklärte, daß er nur zum alten spanischen Recht zurückkehre, indem er das französische Gesetz abschaffe; hielt es aber damals nicht für räthlich, die Cortes zu berufen, um seine Abänderung des Thronfolgerechtes von ihnen anerkennen zu lassen. Eine Protestation der Bourbons in Frankreich und Neapel gegen sein Vornehmen hatte in Folge der im Juli desselben Jahres 1830 eingetretenen Revolution und Regierungsveränderung in Frankreich keinen Einfluß; die in Frankreich jetzt auf den Thron gekommene Linie Bourbon-Orleans hielt es in ihren Verhältnissen nicht für angemessen, gegen die Abänderung des Thronfolgerechtes in Spanien Verwahrung einzulegen. Am 30. Jan. 1832 gebar Christine dem König eine zweite Tochter, Luise. Im September desselben Jahres wurde Ferdinand bedenklich krank; der Minister Calomarde, von der apostolischen Partei, benützte seine Schwäche, um ihn zur Unterschrift einer Urkunde zu bewegen, worin er die pragmatische Sanction zurücknahm. Als der König aber wieder genaß, widerrief er 31. Dez. 1832 die erschlichene Unterschrift und berief die Cortes auf den 20. Juni 1833, um seine pragmatische Sanction und die Infantin Isabella als Thronerbin vom spanischen Volke anerkennen zu lassen. Dies geschah auch in Madrid an genanntem Tage unter großen Feierlichkeiten. Don Carlos protestirte von Ramhalhao in Portugal aus am 29. April 1833; auch der König von Neapel legte, als ihm das Ausschreiben der Cortesversammlung bekannt geworden war, am 18. Mai 1833 nochmal förmlich Protest ein. König Ferdinand VII. starb am 29. Sept. 1833. In seinem Testament hatte er seiner Gemahlin Christine die Vormundschaft über die Königin Isabella und die Regentschaft über Spanien unter dem Beistande eines Regentschaftsrathes bis zum vollendeten 18. Jahre der Königin übertragen.

Wir geben 1) die pragmatische Sanction des Königs Ferdinand VII. vom 29. März 1830 und 2) die Protestation des Königs Ferdinand von Neapel gegen die Aufhebung des salischen Gesetzes in Spanien, vom 18. Mai 1833. Man findet diese Urkunden bei Martens nouveau recueil tom. XI et tom. XIII.

Decret,

wodurch der Infant Don Carlos und seine Descendenz von der spanischen Thronfolge ausgeschlossen werden.

(25. Okt. 1834.)

Der Infant Don Carlos, Bruder des Königs Ferdinand VII., geb. 29. März 1788, war der zweite Sohn desselben Königs Karl IV.,

der 1789 das salische Gesetz aufgehoben hatte, und verheirathet mit der portugiesischen Prinzessin Donna Maria Franzisca, einer Schwester der zweiten Gemahlin des Königs Ferdinand VII. Er galt für das Haupt der Absolutisten und Ultramontanen in Spanien. So unentschieden es auch auf juristischem Standpunkte sein mochte, ob Ferdinand VII. ein Recht gehabt habe, das salische Erbfolgegesetz ohne Zustimmung der Agnaten aufzuheben; so waren die Spanier selbst doch nicht im Zweifel, nach welcher Seite sie sich entscheiden sollten; die Priesterpartei, und mit ihr der größte Theil des Landvolkes, erklärten sich für Don Carlos, die liberale Partei, welcher die meisten Städte angehörten, für Isabella und Christina. Don Carlos erkannte seine Nichte Isabella nicht als Königin an, erklärte sich für den nach göttlichem und menschlichem Rechte allein gesetzmäßigen Thronerben, ließ sich von seiner Partei unter dem Namen Karl V. als König proclamiren und veranlaßte auf diese Weise einen sehr blutigen Bürgerkrieg in Spanien, der über sechs Jahre anhielt. Durch Decret vom 17. Okt. 1833 wurden seine Güter in Spanien mit Beschlag belegt; ein weiteres Decret vom 26. Nov. erklärte ihn seiner Titel und Würden für verlustig. Der Infant hielt sich meist bei Don Miguel in Portugal auf, der ganz ähnliche Zwecke verfolgte. Als nun aber im April 1834 ein spanisches Heer in Portugal eingerückt war und England, Frankreich, Spanien und Portugal am 22. April 1834 eine Quadrupelallianz zur Beruhigung der Halbinsel geschlossen hatten, kamen die beiden Prätendenten bald so in's Gedränge, daß sie sich in der Capitulation von Evora (24. Mai 1834) verpflichten mußten, die Halbinsel zu verlassen und dieselbe nicht mehr zu beunruhigen. Don Carlos ging nach England (17. Juni 1834), kam aber schon am 1. Juli verkleidet nach der französischen Küste und von da nach Spanien zurück, wo der Bürgerkrieg in Folge seiner Anwesenheit wieder in neue Flammen ausbrach. Jetzt wurde er (am 2. Sept. 1834), sowie seine Nachkommen von der Kammer der Proceres mit 171 gegen 1 Stimme für ewige Zeiten von der spanischen Thronfolge ausgeschlossen; dasselbe geschah von der Kammer der Procuradores einstimmig am 8. Okt. 1834. Die Königin Isabella, unter Vormundschaft ihrer Mutter Christine und eines Regentschaftsrathes, bestätigte den von den Kammern angenommenen Gesetzentwurf durch Decret vom 25. Okt. 1834. Wir lassen dieses Decret hier folgen. Es findet sich abgedruckt bei Martens nouveau recüeil tom. XII.

Der Infant Don Carlos (König Karl V.) tritt seine Ansprüche auf die spanische Krone seinem Sohne Carlos Luis ab.

(18. Mai 1845.)

Don Carlos, von den Waffen Espartero's gedrängt, hatte sich, nachdem zwischen Espartero und Maroto am 31. August 1839 der

Vertrag zu Vergera zu Stande gekommen war, am 15. Sept. 1839 mit seiner Familie über die spanische Grenze nach Frankreich zurückziehen müssen. Hier wurde ihm die Stadt Bourges zum Aufenthalt angewiesen. Der Infant hatte aus der Ehe mit Maria Francisca d'Assis, Tochter des Königs Johann VI. von Portugal, mit welcher er sich 1816 vermählt hatte, drei Söhne: Don Carlos Luis Maria, geb. 1818, Don Juan Carlos Maria, geb. 1822, Don Fernando Maria, geb. 1824. Seine Gemahlin starb am 4. Sept. 1834 in England. Am 2. Febr. 1838 vermählte er sich mit der Prinzessin von Beira, geb. 1793, einer Schwester seiner verstorbenen Frau, Wittwe des Infanten Peter von Spanien, die mit seinen drei Söhnen, als er selbst aus England nach Spanien entwich, seine Gemahlin aber in England zurückblieb, nach Laybach gegangen war. Am 18. Mai 1845 entschloß sich Don Carlos, seine Rechte auf die spanische Krone seinem Sohne Carlos Luis Maria abzutreten, der diese Abtretung auch annahm. An demselben Tage that er seinen Entschluß den Spaniern durch ein Abschiedsschreiben kund; sein Sohn erließ am 22. Mai in dieser Beziehung ein Manifest an die spanische Nation. Don Carlos nahm jetzt den Namen eines Grafen von Molina an, ging nach Genua und von da nach Triest, wo er am 10. März 1855 starb. Die Actenstücke finden sich abgedruckt bei Martens nouveau recueil général tom. VIII. Don Carlos Luis Maria ist am 31. Januar 1818 geboren, nennt sich Graf von Montomolin und vermählte sich am 10. Juli 1850 mit der neapolitanischen Prinzessin Karoline Ferdinande (geb. 29. Febr. 1820), Schwester des Königs Ferdinand II. von Neapel. — Die regierende spanische Königin Isabella II., Tochter Ferdinand's und Christinen's, geb. 10. Okt. 1830, folgte ihrem Vater auf dem Throne am 29. Sept. 1833, wurde am 2. Okt. 1833 als Königin proclamirt, in der Cortessitzung vom 8. Nov. 1843 für volljährig erklärt und vermählte sich am 10. Okt. 1846 mit Franz d'Assis Maria Ferdinand, geboren 13. Mai 1822, der bei der Vermählung den Titel König erhielt. Dieser König Franz ist ein Sohn des Infanten Franz de Paula (welcher letztere, ein Bruder des Königs Ferdinand VII. und des Thronprätendenten Don Carlos, 1794 geboren ist). Die Königin Wittwe Christine vermählte sich mit dem zum Herzog von Rianzares erhobenen Don Fernando Munoz am 28. Dez. 1833. Die zweite Tochter aus der Ehe Ferdinands VII. mit Christine, Marie Luise Ferdinande, geboren am 30. Jan. 1832, vermählte sich am 10. Okt. 1846 mit dem Herzog von Montpensier, Sohn Louis Philipp's, vormaligen Königs von Frankreich. Die regierende Königin von Spanien, Isabella, hat aus ihrer Ehe mit Franz ein einziges Kind am Leben, eine Tochter, Maria Isabella, geboren am 20. Dez. 1851.

Pragmatique sanction

ou *Décret royal qui fixe l'ordre de succession à la couronne d'Espagne*,

donné à Madrid le 29. Mars 1830.

Don Ferdinand VII, par la grâce de Dieu Roi de Castille, de Léon etc.

Aux enfans d'Espagne, prélats, ducs, marquis, comtes, *ricoshombres*, prieurs, commandeurs et souscommandeurs des ordres, gouverneurs des châteaux et maisons fortes, aux membres de mes conseils, aux présidens et aux membres de mes tribunaux, aux corrégidors, aux gouverneurs, aux alcades majors, et aux alcades ordinaires, et à tous autres juges, justices et personnes de toutes les cités, villes et villages de mes royaumes, à tous en général, et à chacun en particulier, savoir faisons:

„Que, dans les cortès qui se tinrent en 1789, en mon palais de Buen-Retiro, on s'occupa, sur la proposition du Roi, mon auguste père, qui est dans les cieux, de la nécessité et de la convenance de faire observer la méthode régulière établie par les lois du royaume et par la coutume immémoriale pour la succession à la couronne d'Espagne, en préférant l'aîné au cadet et le mâle à la femme dans les lignes respectives selon leur ordre; et ayant pris en considération les biens immenses que la monarchie avait retirés de son observation pendant l'espace de plus de 700 ans, ainsi que les motifs et circonstances éventuels qui contribuèrent à la réforme décrétée par acte du 10. Mai 1716, ils présentèrent à ses royales mains une pétition datée du 30. Septembre 1789, en rappelant le grand bien qui était résulté pour ce royaume, dès avant l'époque de l'union des couronnes de Castille et d'Aragon, de l'ordre de succession spécifié en la loi 2e, titre 15, 2e partie, et le suppliant de vouloir bien, sans égard pour l'innovation établie par l'acte ci-dessus cité, ordonner qu'on observât et qu'on gardât perpétuellement, dans la succession à la monarchie, la dite coutume immémoriale, comme elle avait toujours

été gardée et observée, et de faire publier une pragmatique sanction comme faite et formée en assemblée de cortès, qui établit cette résolution et dérogation à l'acte cité ci-dessus.

Ayant reçu cette pétition, mon auguste père prit le parti que demandait le bien du royaume, en répondant au rapport dont la junte des assistans de cour, gouverneur et ministres de ma royale Chambre de Castille, avaient accompagné la pétition des cortès: Qu'il avait pris une résolution conforme à la dite supplique. Mais il leur recommanda de garder pour le moment le plus grand secret, parce qu'il le jugeait utile à son service; et dans le décret dont il est question, „il ordonnait à son conseil d'expédier la pragmatique sanction d'usage en pareil cas." Ayant égard à cette circonstance, les cortès envoyèrent à la voie réservée copie certifiée de la susdite supplique et de tout ce qui s'y rapportait, et l'on publia le tout dans l'assemblée avec la réserve conditionnelle.

Les troubles qui agitèrent alors l'Europe, et ceux que la Péninsule éprouva depuis, ne permirent pas l'exécution de ces importans desseins, qui demandaient des jours plus sereins. Ayant, avec l'aide de la miséricorde divine, heureusement rétabli la paix et l'ordre dont mes peuples chéris avaient si grand besoin, après avoir examiné cette grave affaire et ouï l'avis des ministres zélés pour mon service et le bien de l'Etat, par mon royal décret du 26 de ce mois, j'ai ordonné que sur le vu de la pétition originale et de la résolution prise à ce sujet par mon bien-aimé père, et de la certification des premiers écrivains des cortès qui accompagnait ces documens, on publiât immédiatement la susdite loi et pragmatique sanction en la forme voulue.

L'ayant publiée dans mon conseil général avec l'assistance de mes deux fiscaux qui ont été entendus *in voce* le 27 du même mois, on y résolut de lui donner le complément en l'expédiant avec force de loi et pragmatique sanction comme faite et promulguée en assemblée de cortès. En conséquence, j'ordonne qu'on observe, garde et accomplisse à perpétuité le contenu littéral de la loi 2, titre 15, 2e partie, conformément à la pétition des cortès assemblés dans mon palais de Buen-Retiro en 1789, et dont le texte littéral suit:

„L'avantage de naître le premier est une très grande marque d'amour que Dieu donne aux fils des rois qui doivent avoir d'autres frères: celui à qui il veut faire cet honneur domine les autres, qui doivent lui obéir et le regarder comme leur père et seigneur. Que cela soit vrai, c'est ce que prouvent trois raisons: la première, selon la nature; la seconde, selon la loi; et la troisième, selon la coutume. 1o, Selon la nature, car le père et la mère désirent ardemment avoir lignage qui hérite de ce qui leur appartient, et celui qui naît le premier et qui arrive plus à propos pour remplir ce qu'ils désirent, est par conséquent plus aimé d'eux, et il doit l'être; 2o Selon la loi, car notre Seigneur Dieu dit à Abraham, lorsqu'il lui ordonna, comme pour l'éprouver, de prendre Isaac son unique fils, qu'il aimait beaucoup, et de l'immoler par amour pour lui; et il dit cela pour deux raisons: la première, parce que celui-là était le fils qu'il aimait comme lui-même, pour ce

que nous avons dit plus haut; et la seconde, parce que Dieu l'avait choisi pour saint, lorsqu'il voulut qu'il naquit le premier, et c'est pour cela qu'il lui en fit le sacrifice, car, d'après ce qu'il dit à Moïse dans la loi ancienne: Tout mâle qui naîtra le premier sera appelé chose sainte de Dieu; que les frères doivent le regarder comme leur père, se démontre parce qu'il est plus âgé qu'eux, et qu'il est venu le premier au monde, et qu'on doit lui obéir comme à son Seigneur: ce qui prouve, par les paroles qu'Isaac dit à Jacob son fils, lorsqu'il lui donna sa bénédiction, croyant qu'il était l'aîné. Tu seras seigneur de tes frères, et les enfans de ton père se tourneront vers toi, et celui que tu béniras sera béni, et celui que tu maudiras, la malédiction tombera sur lui. Ainsi donc, par toutes ces paroles, on donne à entendre que le fils aîné a le pouvoir sur ses autres frères, comme père et seigneur, et qu'ils doivent le regarder comme tel. De plus, d'après l'ancienne coutume, les pères, ayant communément pitié des autres enfans, ne voulurent pas que l'aîné eût tout, mais que chacun d'eux eût sa part; néanmoins, les hommes savans dans les affaires de succession, reconnaissant que la répartition ne pouvait pas avoir lieu en ce qui concerne les royaumes, à moins de vouloir les détruire, d'après ce que dit notre Seigneur Jésus-Christ, que tout royaume partagé serait ravagé, considérant comme de droit que la seigneurie, ou royaume doit échoir uniquement au fils aîné après la mort de son père. Et cela a été toujours mis en usage dans tous les pays du monde où l'on eut la seigneurie par lignage, et particulièrement en Espagne, c'est afin d'éviter plusieurs maux qui arrivèrent et qui pourraient encore arriver, qu'on fut d'avis que la seigneurie du royaume serait toujours l'héritage de ceux qui viendraient en ligne droite; et c'est pour cette raison qu'on établit que, s'il n'y avait pas d'enfans mâles, la fille aînée hériterait du royaume; et on ordonna encore que si le fils aîné venait à mourir avant d'hériter, s'il laissait de sa femme légitime un fils ou une fille, que le premier ou ensuite la seconde l'auraient, et non aucune autre personne; mais si tous ceux-là venaient à mourir, le royaume devait être l'héritage du parent le plus prochain, s'il était homme capable pour cela, et s'il n'avait rien fait pour perdre cet héritage. Ainsi donc par toutes ces choses, le peuple est obligé de regarder le fils aîné du Roi comme son souverain pour le bien véritable du royaume. C'est pourquoi, quiconque agirait en opposition avec ce qui vient d'être dit ci-dessus serait traître, et, comme tel, il recevrait la punition dont sont passibles, d'après l'usage, ceux qui méconnaissent le pouvoir du Roi."

En conséquence, je vous mande à tous, et à chacun en particulier, en vos districts et jurisdictions, de garder, accomplir et exécuter cette pragmatique sanction en tout et par tout ce qu'elle contient; ordonne et mande, en prenant à cette occasion toutes les mesures que le cas requiert, sans qu'il soit besoin d'autre déclaration que la présente, qui doit recevoir son exécution à partir du jour où elle sera publiée à Madrid et dans les villes, et tous autres lieux de mon obéissance, attendu que cela convient au bien de ma royale maison et de l'utilité publique de tous mes vassaux: que telle

est ma volonté, et je veux qu' on donne aux copies de cet ordre signées de D. Valentin de Pinilla, le plus ancien secrétaire de ma chambre et du gouvernement de mon conseil, la même foi et le même crédit qu'à l'original.

Donné au palais le 29. Mars 1830.

Moi, le Roi.

Moi, D. Miguel de Gordon, secrétaire du Roi notre seigneur, l'ai fait écrire par son ordre.

(Suivent les Signatures des conseillers et l'enregistrement contresigné par le vice-grand-chancelier.)

Publication.

En la ville de Madrid, le 31. Mars 1830, devant les portes du palais du Roi, et à la porte de Guadalaxara, où se trouvent l'assemblée publique et le commerce des négocians et officiers, avec l'assistance de D. Antonio Maria Segovia etc. etc., alcades de la royale maison et de la résidence de S. M., a été publiée la précédente royale pragmatique sanction, au son des trompettes et des cimbales, et par la voix du héraut public, étant présens différens alguasils de la dite royale maison, et autres personnes différentes, ce qui est attesté par moi D. Manuel Antonio Sanchez de Escriche, du conseil de S. M., son secrétaire écrivain de la chambre de ceux qui y siègent.

Ceci est la copie de la pragmatique sanction et de sa publication originale, ce que je certifie.

Signé: *D. Valentin de Pinilla.*

Protestation

du Roi des deux Siciles contre la reconnaissance de la Princesse Donna Marie Isabelle Louise comme Princesse héréditaire de la Couronne d'Espagne.

Datée Naples, le 18. Mai 1833.

Ferdinand II, par la Grâce de Dieu Roi de deux Siciles, de Jérusalem etc., Duc de Parme, Plaisance, Castro et. etc. Grand-Prince héréditaire de Toscane etc. etc. etc.

Nous avons appris, avec le plus profond regret, que Sa Majesté Catholique par son Décret du 4. Avril dernier avait convoqué les Cortès Espagnoles pour le 20. Juin prochain, pour leur faire prêter serment à Son Altesse l'Infante Donna Marie Isabelle Louise comme Princesse héréditaire de la couronne d'Espagne et pour leur faire sanctionner par cet Acte le nouvel ordre de Succession qu'elle se propose d'établir par sa pragmatique sanction du 29. Mars 1830, dérogeant à celle promulguée par Philippe V. dans la loi du 10. Mai 1713.

Dans ces circonstances, considérant que la dite loi de 1713 a été publiée par le Chef d'une nouvelle Dynastie, avec toutes les conditions indispensablement requises pour sa validité, et dans un temps où des circonstances tout-à-fait extraordinaires et critiques justifiaient la nécessité d'une nouvelle loi de succession; que c'est une loi consacrée par plus d'un siècle d'existence non interrompue; qu'elle a été la conséquence forcée des stipulations qui assurèrent le trône d'Espagne au Petit-fils de Louis XIV et à ses descendans mâles, et que les puissantes raisons qui la produisirent sont encore subsistantes;

Considérant qu'un ordre de succession ainsi établi, de l'agrément et sous la garantie des principales puissances de l'Europe, et reconnu dans divers traités successivement conclus avec ces mêmes puissances, est devenu obligatoire et inaltérable, et a transmis à tous les descendans de Philippe V, des droits qui, obtenus au prix du sacrifice d'autres droits, ne peuvent être délaissés sans préjudice pour eux, et sans les exposer à manquer au respect dû à l'illustre Chef et fondateur de leur Dynastie;

Nous sommes convaincus que, lorsqu'une loi fondamentale semblable a été adoptée, personne n'a le pouvoir, d'après les principes de législation universelle, d'y faire, tant que subsistera la dynastie du législateur, aucune innovation ou changement, sous quelque motif ou prétexte que ce soit. Ainsi, comme le droit acquis à la succession à la Couronne d'Espagne appartient aux Descendans mâles de Philippe V, et à chacun suivant le rang et la priorité de sa naissance, lors de la mort du dernier possesseur de la Couronne, la succession est dévolue de plein droit au fils aîné de la branche ainée, comme prince le plus proche du décédé, et le successeur ne tient son droit d'aucun acte de son prédécesseur, mais de Dieu seul, et de cette loi inviolable par laquelle a été établi l'ordre de succession. Il est évident aussi que si cette loi était détruite, tous les efforts des Monarques Européens, au commencement du siècle dernier, pour l'établissement d'un juste équilibre entre leurs divers Etats, auraient été vains, et il ne manquerait pas de justes motifs pour craindre le retour d'une guerre sanglante de succession.

En conséquence, conformément aux mesures adoptées par notre auguste Père pour la conservation de ses droits, sous la date du 22. Septembre 1830, nous croyons de notre devoir, de notre honneur, indispensable pour nos droits royaux, comme pour l'accomplissement des devoirs sacrés qu'impose le rang où il a plu à la Divine Providence de nous placer, de protester formellement comme de fait ici nous protestons, en face des souverains légitimes de toutes les nations, contre la pragmatique sanction du 29. Mars 1830; et contre tout acte qui pourrait altérer ou affecter ces principes, qui jusqu'ici ont fait la base du pouvoir et de la splendeur de la maison de Bourbon, et des éventuels et incontestables droits sacrés qui nous sont transmis par la loi fondamentale de succession jusqu'ici religieusement observée, et achetée au prix d'énormes sacrifices.

Notre présente protestation solennelle sera communiquée à toutes les Cours, et des Copies revêtues de notre Signature et du Sceau de nos Armes Royales, ainsi que de la Signature de notre ministre des affaires étrangères, seront déposées au département d'état de la Justice et de la Grâce, et au bureau du président du conseil des ministres.

Ferdinand.

Ant. Statella.

Décret royal

promulgué en Espagne concernant l'exclusion de Don Carlos et de tous ses descendans de la succession au trône.

Donné le 25. Octobre 1834.

Donna Isabelle II, par la grâce de Dieu Reine de Castille, de Léon, d'Aragon etc. etc. et en son nom royal Donna Maria-Christina de Bourbon, en ma qualité de Reine-gouvernante pendant la minorité de mon illustre fille, à tous ceux qui ces présentes verront et entendront, faisons savoir.

Qu'ayant jugé convenable au bien de ce Royaume de présenter aux Cortès générales un projet de loi relatif à l'exclusion de l'Infant Don Carlos-Maria-Isidoro de Bourbon et de toute sa lignée, de leurs droits éventuels à la succession au trône, et le dit projet de loi ayant été approuvé par les deux Chambres, ainsi qu'il est dit ci-dessous, j'ai jugé opportun, après avoir entendu l'avis du conseil du gouvernement et celui des ministres, d'y donner la sanction royale.

Les Cortès générales du Royaume, après avoir examiné avec la circonspection nécessaire, et en observant les formalités prescrites, la grave question relative à l'exclusion de l'Infant Don Carlos-Maria-Isidoro de Bourbon et de tous ses descendans de leurs droits à la couronne d'Espagne, soumise à leur examen et à leur délibération par un Décret de votre Majesté en date du 5. Août dernier, et conformément aux dispositions des art. 30 et 33 du Statut royal, présentent respectueusement à Votre Majesté le projet de loi suivant, afin qu'elle y donne sa royale sanction si elle le juge convenable.

Art. 1. L'Infant Don Carlos-Maria-Isidoro de Bourbon, et tous ses descendans, sont déclarés déchus de leurs droits à la couronne d'Espagne.

Art. 2. L'Infant Don Carlos-Maria-Isidoro de Bourbon, et ses descendans, sont également déclarés privés de la faculté de rentrer en Espagne.

Je sanctionne et ordonne l'exécution du présent Décret. Moi la Reine-gouvernante.

(Signé de la main royale.)

Donné au Prado, le 25. Octobre 1834.

Nicolas-Maria-Garelly.

Secrétaire-d'état et ministre de grâce et de justice d'Espagne et des Indes.

Au Secrétaire d'état, Ministre de grâce et de justice, Don Nicolas-Maria-Garelly.

Je mande et ordonne que la présente loi soit conservée, accomplie et exécutée comme loi du Royaume, et soit promulguée avec la solennité accoutumée, afin que personne ne puisse en ignorer, et qu'elle soit respectée de tous, et que chacun y obéisse.

Vous l'aurez pour entendu, et prendrez les mesures nécessaires à son exécution.

Moi la Reine-gouvernante.

(Signé de la main royale.)

Donné au Prado, le 27. Obtobre 1834.

Documens

concernant l'abdication du Charles V du trône d'Espagne.

1. Lettre du Roi Charles V au prince des Asturies.

Mon très cher fils,

Déterminé à me retirer des affaires politiques, j'ai pris la résolution de renoncer en ta faveur à mes droits à la couronne et de te les transmettre. En conséquence, je te remets l'acte de ma renonciation que tu pourras faire valoir quand tu le croiras opportun.

Je prie le Tout-Puissant de t'accorder le bonheur de rétablir la paix et l'union dans notre malheureuse patrie et d'assurer ainsi la félicité de tous les Espagnols.

A partir d'aujourd'hui, je prends le titre de comte de Molina que je compte porter désormais.

Bourges, le 18. Mai 1845.

Signé: *Charles.*

2. Acte d'abdication de S. M. Charles V.

Lorsqu'à la mort de mon bien-aimé frère et seigneur le Roi Ferdinand VII, la divine providence m'appela au trône d'Espagne, me confiant le salut de la monarchie et la félicité des Espagnols; j'y ai vu un devoir sacré et, pénétré de sentimens d'humanité chrétienne et de confiance en Dieu, j'ai consacré mon existence à cette pénible tâche, sur la terre étrangère comme dans les camps, dans l'exile comme à la tête de mes fidèles sujets et jusque dans la solitude de la captivité; la paix de la monarchie a été mon unique voeu, le but de mon activité et de ma persévérance. Partout le bien-être de l'Espagne m'a été cher; j'ai respecté les droits, je n'ai point ambitionné le pouvoir et partout ma conscience est restée tranquille.

La voix de cette conscience et le conseil de mes amis m'avertissent aujourd'hui après tant d'efforts, de tentatives et de souffrances supportées sans succès pour le bonheur de l'Espagne, que la divine Providence ne me réserve pas la tâche dont elle m'avait chargé et que le moment est venu de transmettre cette tâche à celui que les décrets du ciel y appellent comme ils m'y avaient appelé.

En renonçant aujourd'hui pour ma personne aux droits à la couronne que m'a donnés le décès de mon frère le Roi Ferdinand VII, en transmettant ces droits à mon fils aîné Charles-Louis, prince des Asturies, et en notifiant cette renonciation à la nation espagnole et à l'Europe dans les seules voies dont je puisse disposer, j'acquitte un devoir de conscience et je me retire pour passer le reste de mes jours éloigné de toute occupation politique, dans la tranquillité domestique et le calme d'une conscience pure, priant Dieu pour le bonheur et la gloire de ma chère patrie.

Bourges, 18. Mai 1845.

Signé: *Charles.*

3. Réponse de S. A. R. le prince des Asturies.

Mon bien-aimé père et seigneur,

J'ai lu avec le plus profond respect la lettre dont V. M. m'a honoré dans ce jour et l'acte qui y était annexé. Fils obéissant et soumis, mon devoir est de me conformer à la volonté souveraine de V. M. En conséquence, j'ai l'honneur de déposer à vos pieds l'acte de mon acceptation. Suivant le bon exemple que V. M. me donne, je prends à partir d'aujourd'hui, et pour tout le temps que je jugerai convenable, le nom de comte de Montemolin.

Fasse le ciel que mes voeux les plus ardens étant exaucés, il advienne à V. M. toutes les prospérités que demande et demandera toujours pour elle

Son très respectueux fils

Charles-Louis.

Bourges, 18. Mai 1845.

4. Acceptation de S. A. le prince des Asturies.

J'ai pris connaissance avec une résignation filiale de la détermination que le Roi, mon auguste père et seigneur, m'a fait signifier aujourd'hui, et en acceptant les droits et les devoirs que sa volonté me transmet, je me charge d'une tâche que je remplirai, Dieu aidant, avec les mêmes sentimens et le même dévouement pour le salut de la monarchie et le bonheur de l'Espagne.

Bourges, 18. Mai 1845.

Signé: *Charles-Louis.*

5. Adieux de Don Carlos aux Espagnols après son abdication:

Espagnols, mes fidèles défenseurs,

Appelé à la couronne d'Espagne, par des droits imprescriptibles, mon unique désir a constamment été le bonheur de ma chère patrie. Ce bonheur exige aujourd'hui ma renonciation aux droits de la couronne en faveur de mon très cher fils aîné Charles-Louis, prince des Asturies. Aucun sacrifice ne pouvait m'être coûteux, s'agissant du bien de ma patrie. J'ai fait de bon coeur celui de la renonciation en faveur de mon fils, que vous reconnaitrez comme mon successeur légitime, et que vous entourerez du même amour et de la même fidélité. Il saura, de son côté, récompenser, comme elles le méritent, votre loyauté et votre constance à soutenir les sains principes qui seuls peuvent sauver l'Espagne.

En quittant la vie publique, j'éprouve une grande satisfaction et une consolation à vous témoigner ma reconnaissance pour les faits héroïques avec lesquels vous avez étonné le monde, et qui resteront à jamais gravés dans mon coeur.

Adieu mes constans défenseurs et fidèles compagnons. Priez Dieu avec moi pour qu'il compatisse aux maux de notre patrie, et nous donne des jours plus tranquilles et plus heureux.

Bourges, le 18. Mai 1845.

Votre aimant et reconnaissant Roi,
Carlos.

6. Manifeste du prince des Asturies.

La nouvelle situation où me place la renonciation que mon auguste père a daigné faire en ma faveur à ses droits à la couronne, m'impose le devoir de vous adresser la parole. Ne croyez pas, Espagnols, que je me propose de jeter au milieu de vous un brandon de discorde: assez de sang, assez de larmes! mon coeur se serre au seul souvenir des catastrophes passées et frémit à la seule idée qu'elles pourraient se reproduire.

Les évènemens des dernières années auront peut-être laissé, dans quelques esprits, des préventions contre moi, et peut-être me suppose-t-on animé du désir de venger d'anciennes blessures. Il n'y a point de place dans mon coeur pour ce sentiment. Si, un jour, la divine Providence me rouvre les portes de ma patrie, il n'y aura pas pour moi de parti, il n'y aura que des Espagnols.

Pendant les diverses phases de la révolution, il s'est opéré de graves changemens dans l'organisation politique et sociale de l'Espagne. Il en est assurément que j'ai déploré, comme il convient à un prince chrétien et espagnol. Ils se trompent cependant, ceux qui me croient assez dépourvu de notions sur la véritable situation des choses, pour me supposer l'intention de vouloir l'impossible. Je sais que le meilleur moyen d'éviter le retour des

révolutions n'est pas de s'obstiner à détruire tout ce qu'elles ont édifié, et à relever tout ce qu'elles ont détruit. Justice sans violence, réparation sans réaction, transaction prudente et équitable entre tous les intérêts, en utilisant et en mettant à profit tant de bonnes choses que nous ont léguées nos pères, sans cependant contrarier l'esprit de l'époque dans ce que ses inspirations ont de salutaire. Voilà ma politique.

Il y a dans la famille royale une question qui, prenant naissance à la fin du règne de mon auguste oncle le seigneur Ferdinand VII, a suscité la guerre civile. Je ne puis oublier ce que je dois à ma dignité personnelle, ni sacrifier les intérêts de mon auguste famille. Mais je vous l'assure dès à présent, Espagnols, il ne dépendra pas de moi que cette division que je déplore ne s'éteigne pour jamais. Il n'est pas de sacrifice compatible avec mon honneur et ma conscience auquel je ne sois disposé pour mettre un terme aux discordes civiles et hâter la réconciliation de la famille royale.

Je vous parle, Espagnols, à coeur ouvert. Je désire me présenter parmi vous avec des paroles de paix et non avec un cri de guerre! Ce serait pour moi le sujet d'une grande douleur, si je me voyais jamais obligé de m'écarter de cette ligne de conduite. Dans tous les cas, je compte sur votre sens si droit, sur votre amour pour la famille royale et sur le secours de la divine Providence.

Si le ciel m'accorde le bonheur de fouler de nouveau le sol de ma patrie, je ne veux être entouré que de votre loyauté et de votre amour. Je ne veux avoir d'autre pensée au fond du coeur que celle de consacrer toute ma vie à effacer jusqu'au souvenir des discordes passées et de cimenter votre union, la prospérité générale, le bonheur de tous, ce qui ne me sera pas difficile, si, comme je l'espère, vous venez en aide à mes voeux ardens avec les qualités qui sont le cachet de votre caractère national, avec l'amour et le respect que vous portez à la sainte religion de nos pères, et cette magnanimité qui vous a toujours fait prodiguer votre sang quand il était impossible de la conserver sans tache.

Bourges, 22. Mai 1815.

Charles-Louis.

Portugal.

Verhältniſſe Portugals zu England.

Portugal befindet ſich ſeit der Mitte des ſiebenzehnten Jahrhunderts in einer beſtändigen, dem Lande bald mehr bald weniger empfindlichen, für die Engländer ſelbſt aber höchſt vortheilhaften Abhängigkeit von Großbritannien. Von 1580 bis 1640 war Portugal mit Spanien vereinigt; in letzterem Jahre kam vermöge einer Verſchwörung, die faſt ohne alles Blutvergießen ablief, der Herzog Johann aus dem alten portugieſiſchen Regentenhauſe Braganza auf den portugieſiſchen Thron, Portugal trennte ſich von Spanien und ſeine Selbſtſtändigkeit und Unabhängigkeit wurde endlich nach 25jährigem Kriege von dem ſpaniſchen Hofe im Frieden von Liſſabon (13. Febr. 1668) unter engliſcher Vermittlung anerkannt. Seit dieſer Trennung von Spanien ſuchte das kleine Land Verbindungen mit England, welches ſolche auch ſehr zuvorkommend einging, da die Engländer in Portugal, das faſt gar keine Induſtrie beſaß, und den portugieſiſchen Colonien einen höchſt willkommenen Markt für ihre Manufacturartikel fanden. Der neue König Johann IV., im Kriege gegen das mächtige Spanien einer fremden Stütze ſehr bedürftig, ſchickte im Jahr 1641 Abgeſandte nach England, die dort ſehr freundlich aufgenommen wurden, obgleich der ſpaniſche Geſandte dies ſehr übel nahm und ſogar von London abreiſte. Sie ſchloſſen mit dem engliſchen König Karl I. am 29. Jan. 1642 einen Freundſchafts- und Handelsvertrag ab, welcher beiden Nationen den ungehinderten Handel und Verkehr auf den beiderſeitigen Gebieten zuſicherte und, wiewohl er ſich, wenigſtens nach der Auffaſſung der Portugieſen, auf Gegenſeitigkeit gründete, doch für die betriebſamen Engländer von weit größerem Vortheile war, als für die Einwohner Portugals, namentlich aber dem Abſatz engliſcher Wollenwaaren den bedeutendſten Vorſchub leiſtete. (Er findet ſich abgedruckt in dem nach Moetjens genannten Recueil tom. III. p. 424; bei Dumont tom. VI. P. I. p. 238). Dieſer Handelsvertrag erhielt eine noch weitere Ausdehnung zu Gunſten England's im Jahr 1654. Der portugieſiſche König Johann IV. war mit dem Protector

Cromwell verfeindet worden und mit England in Krieg gerathen, weil er den Pfalzgrafen Ruprecht, der unter Karl I. englischer General war, und seinen Bruder Moritz, welche nach Cromwell's Emporkommen England verlassen und sich mit einigen Schiffen nach Lissabon gezogen hatten, der Flotte des englischen Admirals Blake (1650) nicht auslieferte. Da nun Portugal sich mit Holland im Kriege befand und England im Begriff stand, den Holländern gleichfalls den Krieg zu erklären; so suchte sich der König von Portugal durch eine äußerst glänzende Gesandtschaft, die er 1654 nach London schickte, mit dem Protector zu versöhnen. Diese Gesandtschaft vermittelte einen neuen Friedens-, Allianz- und Handelsvertrag zwischen England und Portugal, welcher am 10. Juli 1654 unterzeichnet wurde und für den wichtigsten derartigen Tractat zwischen beiden Reichen gilt. In vielen Punkten ist derselbe eine bloße Wiederholung des am 29. Jan. 1642 zwischen Johann IV. und Karl I. geschlossenen Handelsvertrag's; andere wichtige Punkte aber sind neu hinzugekommen. Wir lassen die Urkunde, welche für die Grundlage des englischen Einflusses in Portugal angesehen werden kann, vollständig folgen; sie findet sich abgedruckt bei Moetjens recueil tom. III. p. 655. Die Portugiesen gestatteten in diesem Vertrage den Engländern nicht nur, auch von Portugal aus in die portugiesischen Colonien mit allen Waaren (ausgenommen Mehl, Fische, Wein, Oel und Brasilienholz) wie die Portugiesen zu handeln, sondern sie machten sich auch verbindlich, Schiffe von keiner anderen Nation, als von den Engländern, zu miethen. Die Engländer sollen in Portugal ihre eigene Gerichtsbarkeit und freie Religionsübung in Häusern und auf Schiffen haben. Auch englische Kriegsschiffe dürfen in portugiesischen Häfen einlaufen, jedoch nicht mehr als sechs zur nämlichen Zeit. Der Vertrag bleibt für immer in Wirksamkeit und kann durch keinen anderen mit einer dritten Macht beschränkt oder aufgehoben werden. — Der Krieg der Holländer mit den Engländern nahm die Kräfte der Holländer so sehr in Anspruch, daß es ihnen nicht möglich wurde, nach Brasilien, welches die Portugiesen angegriffen hatten, Unterstützung zu schicken, und so kam Brasilien im Januar 1654 in den Besitz der Portugiesen, nachdem die Holländer dieses Land 30 Jahre lang inne gehabt hatten. Aber die Vortheile dieser Erwerbung flossen auch alsobald in die Hände der Engländer, die im Jahr 1703 wegen der Ausbeute der 1698 in Brasilien entdeckten Goldminen einen eigenen Vertrag mit der portugiesischen Regierung abschlossen. Bei der Verheirathung des engl. Königs Karl II. mit der portugiesischen Prinzessin Katharina, zu welcher das englische Parlament mit Freuden seine Zustimmung gegeben hatte, wurde (18. Mai 1661) ein Bundes- und Ehevertrag abgeschlossen, der den Engländern neue Vortheile zusicherte. Portugal trat in diesem Vertrage Stadt und Festung Tanger an England ab, ebenso die Insel Bombai in Ostindien, damit aus ihrem Hafen die englischen Flotten den Portugiesen in Ostindien schneller zu Hülfe kommen

konnten; auf Ceylon sollten die Engländer, wenn diese Insel wieder für die Portugiesen erobert sein würde, den Hafen von Gale erhalten. Dagegen machte sich England verbindlich, Portugal mit allen seinen Kräften zu Wasser und zu Land zu vertheidigen, zwei Infanterie- und zwei Cavallerieregimenter anzuwerben und vollzählig zu erhalten, die in Portugal stationirt sein sollten, und ebenso zehn seiner stärksten Kriegsschiffe zur steten Unterstützung Portugals bereit zu halten; auch sollte der König von Portugal das Recht haben, Soldaten in England zu werben. Am 27. Dez. 1703 wurde von dem englischen Gesandten Methwen insgeheim mit der portugiesischen Regierung der berühmte Methwen-Vertrag*) in drei Artikeln abgeschlossen, nach welchem England den Zoll auf portugiesische Weine um ein Drittel tiefer setzt, als den auf französische, dagegen das Recht erhält, alle englischen Wollenmanufacturen, deren Einfuhr anderen Nationen verboten ist, für immer einzuführen.

Der portugiesische Minister Pombal (1739 portug. Gesandter in London, 1756 erster portug. Minister, st. 1782 im 83. Lebensjahre) läßt sich über dieses Verhältniß England's zu Portugal**) folgender Massen vernehmen. „Cromwell hat durch einen seinem Lande äußerst vortheilhaften Handelsvertrag in gewisser Weise die portugiesische Monarchie vernichtet. In diesem Vertrag war festgesetzt, daß England zugestanden werde, Portugal mit Wollentuch zu versorgen. Seit dieser Zeit waren die Gewerbe im Königreich erstorben, die vorigen Manufacturen Portugal's zu Grunde gerichtet, die Industrie siechte dahin und hörte bald ganz auf. Jedes Kleidungsstück, das die Nation brauchte, wurde aus England gebracht, und diese Einfuhr stieg jährlich auf 20 Millionen Cruzados (2 Millionen Pfund St.). Eine Nation, die durch eine andere gekleidet wird, ist nicht weniger abhängig, als jene, welche die ersten Artikel des physischen Bedürfnisses von Außen empfängt, da für die Existenz der Europäer Eines so wesentlich ist, als das Andere. Im Jahr 1754 erzeugte Portugal kaum Etwas zu seinem eigenen Unterhalt. Zwei Drittheile seiner physischen Bedürfnisse wurden durch die Engländer befriedigt. Ein Land, das hinsichtlich seines Unterhalts von einem anderen abhängt, wird bald zu dessen Sclaven und ohne Schwertstreich leicht erobert. Zur vollkommenen Abhängigkeit fehlt Nichts, als der wirkliche Besitz." In Bezug auf den Handel äußert derselbe Minister: „England ist Meister des ganzen Handels von Portugal geworden und aller Verkehr des Landes

*) Findet sich bei Chalmers collection of treaties between Great-Britain and other powers tom. II, p. 303. Bei Martens nouveaux suppl. au recueil tom. I, p. 40—74 wird ein Report of the Lords of trade to the king in council vom 10. März 1767 abgedruckt, worin dieser Vertrag, sowie alle übrigen bis dahin abgeschlossenen englisch-portugiesischen Handelsverträge nach den wichtigsten Stellen im Auszuge aufgeführt werden.

**) Vergl. Schäfer, Gesch. v. Portugal, Band 5, S. 490.

wird durch ſeine Agenten betrieben. Die Engländer waren zu gleicher Zeit die Verſorger und Kleinhändler mit allen Bedürfniſſen des Lebens, welche Portugal verlangt. Da England ein Monopol in allen Gegenſtänden beſaß, ſo wurde jedes Geſchäft nur durch ſeine Hände geführt. Nachdem der Hof von St. James das Uebergewicht über den von Liſſabon erlangt und Großbritannien ſich, ſo zu ſagen, in dieſes Königreich ausgedehnt hatte, waren die Portugieſen nichts Anderes mehr, als die müßigen Zeugen des ausgebreiteten Handels, der unter ihnen getrieben wurde. Die Engländer kamen nach Liſſabon, um auch den Handel Braſilien's als Monopol in die Hand zu nehmen. Die ganze Ladung der Schiffe, die dorthin geſchickt wurden, und folglich auch die Reichthümer, die dafür zurückkamen, gehörten ihnen. Nur der Name war portugieſiſch, während inmitten dieſes ungeheueren Handels, der das Land zu bereichern ſchien, Portugal's Kraft hinwegſchwand, weil die Engländer den Vortheil genoſſen." In einem Schreiben an den engliſchen Staatsſecretär der auswärtigen Angelegenheiten ſagt Pombal: „Seit 50 Jahren (ſeit dem Methwen-Vertrag 1703) habt ihr mehr als 1500 Millionen aus Portugal gezogen, eine enorme Summe, wie die Geſchichte kein Beiſpiel kennt, daß jemals eine Nation eine andere mit einer ähnlichen bereichert habe. Die Art, dieſe Schätze zu erlangen, iſt auch noch vortheilhafter geweſen, als dieſe Schätze ſelbſt. Durch ſeine Kunſtgewerbe hat England ſich unſerer Minen bemeiſtert; es beraubt uns regelmäßig jedes Jahr ihres Ertrages. Einen Monat nach der Ankunft der Flotte aus Braſilien iſt von ihr nicht eine einzige Goldmünze in Portugal vorhanden. Die geſammte Summe geht nach England; ſie trägt beſtändig dazu bei, ſeinen Geldreichthum zu vermehren, und mit unſerem Geld geſchehen die meiſten Bankzahlungen. Durch eine Stupidität, die in der Geſchichte der volkswirthſchaftlichen Welt ohne Beiſpiel iſt, erlauben wir euch, uns zu kleiden, und uns alle Gegenſtände unſeres Luxus, der nicht unbeträchtlich iſt, zu verſchaffen. Wir geben 500,000 Gewerbsleuten, Unterthanen des Königs Georg, Unterhalt, einer Volkszahl, die in England's Hauptſtadt auf unſere Koſten exiſtirt." — Der franzöſiſche Geſandte in Liſſabon, Graf Merle, berichtete noch im Jahr 1760 an den franzöſiſchen Miniſter, daß die engliſchen Paketbote im Laufe von 15 Tagen 1,500,000 Franken in Metallſtücken aus Portugal weggeführt hätten; ſeit ſeiner Anweſenheit in Liſſabon (3. Mai 1759 bis 4. März 1760) habe er 900 Millionen aus Braſilien ankommen ſehen, zwei Drittheile in Gold, das Uebrige in Gütern; dieſer ganze Reichthum wandere nach und nach aus Portugal nach England; alle 15 Tage gehe das Jahr hindurch ein Schiff mit 500,000 bis 800,000 Liv. nach England ab.

Portugal war durch ſeine verſchiedenen Verträge mit Großbritannien in eine Abhängigkeit von England gekommen, welche ihm in dem ereignißvollen 18. und 19. Jahrhundert nicht erlaubte, eine ſelbſtſtändige, nur nach den Intereſſen des eigenen Landes ſich beſtimmende Politik zu führen; es mußte ſich beſtändig den Intereſſen England's bequemen.

So sah sich das portugiesische Cabinet auf Andringen England's gezwungen, den Allianztractat, den es am 18. Juni 1701 mit Ludwig XIV. in Bezug auf die spanische Erbfolge geschlossen hatte, zu brechen und mit England und seinen Verbündeten den Tractat vom 16. Mai 1703 einzugehen, wodurch es in die Allianz gegen Ludwig XIV. eintrat. So mußte es, völlig zu seinem Nachtheil, wiederum auf Andringen England's, am 26. Sept. 1793 durch den Tractat von London*) in die erste Coalition gegen Frankreich eintreten. So wurde es durch seine Verbindung mit England in ein feindliches Verhältniß zu Napoleon gebracht, der in Portugal den Hauptstützpunkt der Seeherrschaft England's in Europa erkannte. Als nun aber Portugal, zu Lande von England völlig verlassen und der Uebermacht Spanien's und Frankreich's Preis gegeben, sich gezwungen sah, der Forderung Napoleon's nachzugeben, seine Häfen den englischen Schiffen zu verschließen und England den Krieg zu erklären, richteten die Engländer die Augen auf die portugiesischen Colonien, nahmen die portugiesischen Besitzungen in Ostindien, die Insel Madeira, blokirten Lissabon und caperten die portugiesischen Schiffe. Der Prinzregent Johann (welcher seit 1792 anstatt seiner gemüthskranken Mutter regierte) sah sich in Folge dieser Verhältnisse gezwungen, als der französische General Junot im Anzuge auf Lissabon war, Portugal zu verlassen und sich am 29. Nov. 1807 nach Brasilien einzuschiffen, wo er in Rio Janeiro seine Residenz aufschlug. Jetzt kam Portugal unter den Druck der Franzosenherrschaft; die Portugiesen, aller ihrer Colonien beraubt, sollten an Napoleon, obgleich sie sich seinem Heere gar nicht widersetzt hatten, 50 Millionen Franken bezahlen unter der Benennung Rückkauf alles Privateigenthums (pour le rachat des propriétés particuliers); es war aber kaum die Hälfte des Geldes in dem erschöpften Lande aufzubringen. Die Erhebung der Spanier gegen das französische Joch brachte auch Portugal in Aufstand. Sogleich erschienen auch wieder die Engländer zur Unterstützung. Am 1. Aug. 1808 landete ein englisches Heer unter Wellington, die Franzosen wurden am 21. August bei Vimeira geschlagen und in Folge des Tractat's von Cintra (22. Aug. 1808) nach Frankreich eingeschifft. Von nun an war Portugal wieder völlig in der Gewalt der Engländer. Die portugiesische Armee wurde durch eine Verordnung, welche der Prinz-Regent im Juli 1809 aus Rio Janeiro erließ, unter das Commando des Lord's Wellington gestellt, den der Prinz-Regent zum portugiesischen General-Feldmarschall ernannte; auch die portugiesische Regentschaft sollte bei allen wichtigeren Fällen Wellington's Rath einholen; über die portugiesische Flotte erhielt der englische Admiral Berkeley den Oberbefehl; Marschall Beresford gab (1809) der portugiesischen Armee das englische Exercitium. Ein neuer Handelsvertrag mit England, abgeschlossen zu Rio Janeiro am 19. Febr. 1810 (vgl. die Urkunde),

*) Findet sich bei Martens recueil V, p. 519.

richtete die wenigen Manufacturen Portugal's vollends zu Grunde. Nach diesem Vertrage sollten alle englischen Waaren ohne Unterschied in Portugal und Brasilien zugelassen werden und nur 15 vom 100, d. i. ungefähr die Hälfte des Eingangszolles entrichten, den andere Nationen zu bezahlen hatten (vgl. Artikel XV des Vertrages). Wie dieser Tractat den Manufacturen Portugal's höchst empfindlich wurde, so dem portugiesischen Handel die Verfügung vom 28. Januar 1808, welche die Häfen Brasilien's allen Schiffen befreundeter oder neutraler Nationen zur Ein- und Ausfuhr aller Waaren, mit Ausnahme des Brasilienholzes, öffnete. Die Engländer waren bei dem Handel nach Brasilien auch so noch, vermöge der Zollbegünstigung, welche sie genossen, in großem Vortheil. Marschall Beresford blieb auch nach dem Kriege Obercommandant der portugiesischen Armee, erregte aber durch sein wenig leutseliges Benehmen, durch die Anstellung einer übermäßigen Anzahl englischer Officiere, die gewohnt waren, gegen die Portugiesen eine gewisse Geringschätzung an den Tag zu legen, große Unzufriedenheit in der Armee, die noch außerdem durch die beabsichtigte Verwendung portugiesischer Truppen in Brasilien unmuthig gemacht worden war, so daß sich in derselben unter dem General Gomez Freire eine Verschwörung zur Vertreibung der Engländer bildete (1817), die aber entdeckt wurde und mit der Hinrichtung Freire's und seiner nächsten Mitschuldigen endigte.

Wir geben folgende, als die wichtigsten Actenstücke. 1) Den Vertrag des Königs Johann IV. mit Cromwell, datirt Westminster, 10. Juli 1654, und 2) den Freundschafts- und Handelsvertrag vom 19. Febr. 1810. Ersterer findet sich, wie oben bemerkt, im dritten Bande des nach Moetjens benannten recueil, letzterer bei Martens nouveaux supplemens au recueil tom. II.

Portugiesische Thronstreitigkeiten.

Der Prinzregent Johann war nach dem Tode seiner Mutter Maria I. (20. März 1816) unter dem Namen König Johann VI. völlig in die königlichen Rechte eingetreten, blieb aber mit seiner Familie und dem hohen Adel in Brasilien, während in Portugal die Regentschaft, oder vielmehr Lord Beresford und die Engländer die Regierung führten. Am 24. Aug. 1820 brach eine Revolution in Portugal aus, zunächst in Oporto, welcher sich schon am 15. Sept. 1820 ohne alles Blutvergießen die Hauptstadt Lissabon anschloß. Das Volk verlangte eine Constitution und Rückkehr des Königs oder Kronprinzen. Lord Beresford, der nach Brasilien gereist war, um den König von der bedenklichen Gährung in Portugal zu unterrichten, wurde bei seiner Rückkehr (10. Okt. 1820) in Lissabon nicht mehr an's Land gelassen. Der König Johann VI. sah sich genöthigt, da auch die Truppen und Städte

Brasilien's von der Bewegung ergriffen wurden, die neue Constitution am 26. Febr. 1821 anzuerkennen, und schiffte sich mit seiner Familie am 26. Apr. 1821 nach Lissabon ein, wo er am 3. Juli mit einem Gefolge von 3000 Personen ankam. Der Kronprinz Don Pedro blieb als Statthalter in Brasilien zurück; Brasilien selbst, dem die portugiesischen Cortes nicht dieselben Rechte einräumen wollten, trennte sich vom Mutterlande, und Don Pedro wurde daselbst am 23. September 1822 zum Kaiser ausgerufen. König Johann VI. beschwor am 1. Okt. 1822 die neue portugiesische, fast ganz republikanisch gehaltene Verfassung; die Gesandten von Oestreich und Rußland waren schon Ende August von Lissabon abgereist. Als die Franzosen unter dem Herzog von Angouleme 1823 in Spanien einrückten, bildete sich in Portugal eine Gegenrevolution; der Infant Don **Miguel** (geb. 26. Okt. 1802), zweiter Sohn des Königs Johann VI., stellte sich an die Spitze der Absolutisten mit dem Vorsatz, den König wieder in seine alten unumschränkten Rechte einzusetzen, was ihm auch gelang. Als sich nun aber König Johann selbst dem Schreckenssystem seines Sohnes widersetzte und Don Miguel deßhalb auf Entsetzung seines Vaters drang, nahmen sich die Engländer des bedrängten Königs an, Don Miguel mußte Portugal verlassen (12. Mai 1824), die Königin Donna Carlotta, die an der Spitze der Absolutisten stand, wurde in das Kloster Estrella verwiesen, blieb aber freilich wegen Kränklichkeit in ihrem Palaste, und der König stellte die Cortes wieder her (4. Juni 1824). **Brasilien** wurde am 29. Aug. 1825 als ein selbstständiges unabhängiges **Kaiserreich** unter Kaiser Don Pedro von Portugal anerkannt. Johann VI. starb am 10. März 1826. Er übergab bei seinem Tode die Regentschaft über Portugal seiner zweiten Tochter, der Infantin Isabella Maria (geb. 1801), welche dieselbe im Namen ihres Bruders, des Kaisers Don Pedro, bis zum 26. Febr. 1828 führte, und zwar für Don Pedro's Tochter Maria da Gloria (geb. 4. Apr. 1819), zu deren Gunsten Don Pedro am 2. Mai 1826 auf die portugiesische Krone verzichtet hatte, wobei er zugleich seinen Bruder Don Miguel zum Gemahl für seine Tochter Maria da Gloria bestimmte. Den Portugiesen gab er am 26. Apr. 1826 eine Verfassung, welche von der Regentin Isabella beschworen wurde. Am 3. Juli 1827 ernannte Don Pedro den Don Miguel zum Regenten von Portugal unter der Bedingung, daß bis zur Volljährigkeit der Königin nach der von ihm gegebenen Constitution regiert werde. Don Miguel kehrte jetzt von Wien zurück, beschwor die Verfassung am 26. Febr. 1828, übernahm die Regentschaft von seiner Schwester Isabella, erklärte aber, von der absolutistischen Partei in Portugal unterstützt, am 3. Mai 1828 die Verfassung für aufgehoben und ließ sich am 25. Juni 1828 als König von Portugal proclamiren. Gegen die constitutionell Gesinnten traten jetzt in ganz Portugal die härtesten Verfolgungen ein, selbst die Regentin Isabella, gegen die Don Miguel eine Pistole abfeuerte, wurde in ein enges Gefängniß gesetzt.

Die Oppositions-Junta, welche sich in Oporto gebildet hatte, konnte sich gegen die Truppen Don Miguel's im Felde nicht behaupten; als er selbst im November 1828 durch einen Sturz seines Wagens gefährlich erkrankte, führte seine Mutter, die verwittwete Königin Donna Carlotta, von der man sagte, daß sie die Triebfeder der Handlungsweise Don Miguel's gewesen sei, die Regierung mit derselben Härte fort, wurde aber, da sie den Plan hatte, sich selbst zur Regentin zu machen, nach Don Miguel's Genesung 1829 von den Staatsgeschäften entfernt und starb am 7. März 1830. Don Pedro hatte schon am 8. Aug. 1828 gegen die Usurpation Don Miguel's protestirt; am 10. Juni 1831 kam er nach Europa. Als gütliche Verhandlungen bei seinem Bruder Miguel keinen Eingang fanden, landete er am 8. Juli 1832 mit einem kleinen Heere in Oporto, welches die Miguelisten schlug, und zog am 29. Juli 1833 in Lissabon ein, wo er für seine Tochter Maria da Gloria am 30. Juli die Regierung übernahm. Maria da Gloria, die sich mit ihrer Stiefmutter (Herzogin von Leuchtenberg und Kaiserin von Brasilien) bisher in Paris aufgehalten hatte, kam jetzt nach Portugal und wurde am 23. Sept. 1833 als Königin gekrönt. Die Mächte England, Frankreich, Spanien und Portugal schlossen am 22. April 1834 die Quadrupelallianz (vergl. die Urkunde). In diesem Vertrag verpflichteten sich Don Pedro und die Regentin Christine von Spanien, den Don Miguel und Don Carlos aus Portugal zu vertreiben; Christine sollte zu diesem Zweck eine hinreichende Anzahl spanischer Truppen auf portugiesisches Gebiet senden und auf Kosten Spanien's verpflegen; England versprach die Unternehmung durch eine Seemacht zu unterstützen, Frankreich, auf Verlangen gleichfalls mit einer bewaffneten Macht Beistand zu leisten. Dem Don Miguel sollte, wenn er die Halbinsel verlassen habe, ein seinem Rang angemessenes Auskommen gesichert werden. Es vereinigte sich jetzt ein spanisches Hülfscorps unter Rodil mit den Truppen Don Pedro's unter Villaflor; dieses vereinigte spanisch-portugiesische Heer schlug die Truppen Don Miguel's am 12. Mai 1834 entscheidend auf den Höhen von Asseiceira bei Tomar. Don Miguel wurde auch aus seiner Position bei Santarem gedrängt und zog sich nach Evora; hier wurde sein Heer umzingelt; er sah sich, da kein Waffenstillstand gewährt wurde, mit seinem Freunde, dem spanischen Thronprätendenten Don Carlos, gezwungen, am 26. Mai 1834 die Capitulation von Evora einzugehen. Der Text dieser Capitulation, welche den Miguelisten Amnestie bewilligte, lautet nach der madrider Hofzeitung (vergl. augsb. allg. Zeitung vom 17. Juni 1834), so weit er Don Miguel betrifft, wie folgt: „Es ist dem Senhor Don Miguel eine jährliche Pension von 60 Contos de Reis (375,000 Franken) in Berücksichtigung des hohen Ranges seiner Geburt gesichert, und es ist ihm gestattet, über sein persönliches Eigenthum zu verfügen unter der Bedingung, daß er die Kronjuwelen und alle der Krone oder Privatleuten gehörigen Gegenstände wieder erstattet. Der Senhor Don

Miguel wird von Evora am 31. Mai abreisen. Er kann sich auf einem Kriegsschiff einer der vier verbündeten Mächte, dem Tractat vom 22. April gemäß, einschiffen, um mit aller Sicherheit für seine Person und sein Gefolge und mit allen seiner hohen Geburt zustehenden Rücksichten in den von ihm bezeichneten Hafen gebracht werden. Der besagte Senhor Don Miguel wird sich verpflichten, Portugal in Zeit von 14 Tagen zu verlassen und nie auf irgend einen Punkt des Gebietes von Portugal oder von Spanien zurückzukehren und auf keine Weise dazu beizutragen, die Ruhe dieser Königreiche zu stören. Im gegentheiligen Falle wird er sein Recht auf die stipulirte Pension verlieren und alle Folgen seines Betragens zu tragen haben. Der Etat-Major des Senhor Don Mignel wird unverzüglich Befehle an alle Commandanten der Festungen oder Truppen im Felde und alle Autoritäten, die noch seine Regierung anerkennen, abgehen lassen, sich sogleich der Regierung Ihrer Majestät Donna Maria II. unter der Wohlthat der Bedingungen der Amnestie zu unterwerfen." — Don Miguel unterzeichnete diese Capitulation und schiffte sich am 1. Juni 1834 nach Genua ein. Von Genua aus aber protestirte er unter dem 20. Juni 1834 gegen die von ihm unterzeichnete Capitulation von Evora. Er erklärte in dieser Protestation seine Unterschrift für abgenöthigt durch die Rücksicht, größerem Unglück vorzubeugen und das Blut seiner Anhänger zu schonen; die durch diese Capitulation eingetretenen Verhältnisse in Portugal seien für ihn nur provisorisch (vergl. die Urkunde). In Portugal wurde jetzt die Charte von 1826 wieder hergestellt. Don Pedro starb am 24. Sept. 1834, nachdem er noch während seiner Krankheit seine Tochter Maria da Gloria für volljährig hatte erklären lassen. Letztere vermählte sich am 26. Jan. 1835 mit dem Herzog August von Leuchtenberg, der aber schon am 28. März desselben Jahres starb. Am 9. April 1836 vermählte sich die Königin wieder mit dem Herzog Ferdinand von Sachsen-Coburg-Cohary (geb. 29. Okt. 1816). Die Königin Maria da Gloria starb am 15. Nov. 1853. Aus der Ehe der Königin mit dem Herzog von Coburg, der den Titel König-Regent erhielt, sind sieben Kinder vorhanden. 1) Der jetzige König Don Pedro V., geb. 16. Sept. 1837, regiert unter der Vormundschaft seines Vaters. 2) Louis Philipp, geb. 31. Okt. 1838. 3) Johann, geb. 16. März 1842. 4) Maria Anna, geb. 21. Juli 1843. 5) Antonia, geb. 17. Febr. 1845. 6) Ferdinand, geb. 23. Juli 1846. 7) August, geb. 4. Nov. 1847. — Don Miguel vermählte sich am 24. Sept. 1851 mit Adelheid, Tochter des Fürsten von Löwenstein-Wertheim-Rochefort, geb. 3. Apr. 1831. Aus dieser Ehe sind zwei Kinder vorhanden, Maria Isabella, geb. am 5. Aug. 1852, und Miguel, geb. am 19. Sept. 1853.

Wir geben folgende Urkunden: 1) die Quadrupelallianz zwischen England, Frankreich, Spanien und Portugal, ge-

schlossen zu London am 22. April 1834 zur Beruhigung der pyrenäischen Halbinsel und zu Gunsten der Königinnen Isabella von Spanien und Maria da Gloria von Portugal. Sie findet sich im Moniteur und bei Martens nouveau recueil tom. XI; die Zusätze tom. XII. 2) Den Protest Don Miguel's gegen die von ihm in der Capitulation von Evora eingegangenen Verbindlichkeiten, datirt aus Genua 20. Juni 1834. Er findet sich in der turiner Zeitung und bei Martens nouveau recueil tom. XII.

Traité de paix et d'alliance

entre Olivier Cromwel Protecteur d'Angleterre et Jean IV. Roi de Portugal,

fait à

WESTMUNSTER

du 10. Juillet 1654.

I. Ut sit bona, vera ac firma pax inter rempub. Angliae et seren. Portugalliae regem, et inter regiones, terras, regna, dominia et principatus sub utrorumque ditione positos populosque subjectos incolasque eorum, cujuscunque conditionis, dignitatis et gradus sint tam per terram quam per mare, flumina et aquas dulces; ita ut praedicti populi et subjecti sibi invicem favori et auxilio esse, studiis mutuis ac honesto affectu se utrinque tractare habeant, neutraque dictarum partium earumve populi subjecti vel incolae quicquam agant vel attendant contra alterutrum ullo in loco, sive in terra, sive mari, sive in portubus fluminibusve alterutrius, nec alicui bello, concilio vel tractatui in alterutrius damnum consentiat vel adhaereat, neque alterutrius rebelles profugosve ullis alterius terris, regnis, dominiis, portubus, finibus tecto hospitiove recipiat.

II. Uti inter remp. Angliae et regem Portugalliae eorumque populos, subjectos incolasque tam per terram quam mare, flumina et aquas dulces in omnibus et singulis regionibus, terris, dominiis, territoriis, provinciis, coloniis, urbibus, oppidis, pagis, portubus et finibus sit liberum commercium, quibus in locis commercium aut antea fuit aut nunc est, ita ut absque ullo salvo conductu aliaque licentia generali aut speciali tam per terram quam mare, flumina et aquas dulces populi subjecti incolaeque alterutrius possint in praedicta dominia et regna, omnes eorum urbes, oppida, portus, littora, sinus locaque venire, intrare et navigare et cum plaustris, equis, sarcinis, navigiis tam onustis quam onerandis merces importare, emere, vendere, in

iisdem, quantum voluerint, commeatum resque ad victum ac profectionem necessarias justo pretio sibi parare, reficiendis navigiis et vehiculis propriis vel conductis aut commodatis operam dare atque inde cum bonis, mercibus aliisque rebus quibuscunque cum eadem libertate discedere indeque ad patrias vel alienas quomodocunque velint et sine impedimento exire salvis tamen utriusque loci legibus et statutis omnibus.

III. Uti populi incolaeque hujus reipubl. quodlibet genus mercium, bonorum et mercimoniorum coëmere iisque uti fruique possint in regnis, provinciis, territoriis insulisque regis Portugalliae prima coëmtione sive particulatim sive quocunque numero aut mole, quando et quocunque loco libuerit, neque aut propolis aut monopolis ea mercari cogantur, neque pretio definito circumscribantur: possint item pro lubitu vendere, negotiari libereque transportare quaelibet bona, merces et mercimonia ex praedictis regnis et dominiis, solventes duntaxat portoria et tributa consulatus, pro bonis exportatis debita, prout soluta erant decimo die Martii st. vet., vigesimo autem st. novi, anno millesimo sexcentesimo quinquagesimo tertio, st. Angl. Quantum vero ad emtiones et venditiones mediantibus proxenetis, dictus populus hujus reip. iisdem libertatibus, privilegiis et exemtionibus cum ipsis Portugallis fruetur et utetur, neque in caeteris auctionibus eorum aut contractibus durius cum ipsis agetur, quam cum ipsis nativis et indigenis, utque antiquum forale dictum omniaque privilegia et immunitates, Anglis ullo tempore ab omnibus ullisve Portugalliae regibus antehac concessae, edicto confirmentur, quo populi incolaeque praedictae reipubl. illis frui possint una cum omnibus aliis privilegiis atque immunitatibus, quae ulli nationi, regno aut reipubl. praedicto Portugalliae regi foederatae vel jam sunt vel posthac erunt concessae.

IV. Uti, quotiescunque populi incolaeque hujus reipubl. naves suas ullos ad portus regni Lusitaniae appulerint, dicti populi incolaeque ne cogantur a minimis officialibus et subjectis praedicti regis onerare aut imponere in naves suas alias species aut qualitates bonorum et mercium, quam iisdem placuerit, neve, dum illic morabuntur, plures duobus ad summum custodibus aut officialibus eorum navibus praeficiantur. In quibus exonerandis nulla inanis erit cunctatio. Et si dictae naves et navigia siccis mercibus onusta intra decem dierum spacium, navesque et navigia piscibus et commeatu referta intra spacium quindecim dierum non exonerentur, postquam portum intraverint, non tamen solvere tenebuntur ullum stipendium, argenti summam aliamve mercedem dictis custodibus seu officialibus, nec eorum gratia aliquid amplius impendent, quam pro decem et quindecim diebus illis respective praedictis.

V. Si contigerit subditis seren. regis Portugalliae, aliosve inter regna et ditiones praedicti regis eorumve merces et bona a curiae inquisitionis officio ejusdemve judicibus aut ministris aut a regis fiscale capi, sisti aut occupari, qui ulli ex populo hujus reipubl. debitores aeris sunt vel erunt, praedicta debita ex bonis et mercibus praedictis integra solvantur intra sex menses post nexum vel occupationem praedictam proxime sequentes sine impedimento aut molestia a dicta curia ejusve judicibus aut ministris; quod si

inter praedicta bona et merces ita captas et occupatas aliqua bona et merces dicti populi et incolarum in specie extiterint, eadem dictis iisdem illico restituantur.

VI. Uti capitanei, magistri, officiarii et nautae navium hujus reipubl. ullorumve ejus populorum ne intendant lites neve molestiam ullam exhibeant praedictis navibus aut populo hujus reipubl. inter regna et ditionem regis Portugalliae stipendii sive salarii sui nomine, hoc obtentu, se nempe romanam religionem profiteri, neve se hoc vel alio obtentu in servitium regis Portugalliae addicant aliove modo a navibus, quarum ex contubernio sunt, secedant; quod si ea in parte deliquerint, delatis eorum nominibus, ad naves revertere ab illius loci magistratibus et officialiabus cogantur; quod si reperiri nequeant, magistro illius navis aut navigii eorum vestimenta, bona aut stipendium retinere ad damnorum reparationem licitum sit.

VII. Uti consules, qui posthac ulla in parte ditionis Portugalliae auxilii aut praesidii causa populi hujus reipubl. commorabuntur, a praedicto domino protectore deinceps nominentur et praeficiantur, atque ita nominati eandem autoritatem obtineant atque exerceant, quam ullus consul vel hujus vel alterius cujuscunque nationis aut in praesentiarum exercet, aut in posterum exercebit, in ditionibus praedicti regis, quantumvis Romanam religionem non profiteantur; ad causas item omnes, quae ad hujus reipubl. populum spectaverint, dijudicandas judex conservator deputetur, a quo nulla dabitur provocatio nisi ad relationis senatum, ubi controversiae ortae interpositis appellationibus intra quatuor mensium spatium ad summum finiantur.

VIII. Quod si ullus ex populo hujus reipubl. intra regna et ditionem serenissimi regis Portugalliae e vivis excesserit, libri, rationes, merces et bona ejusdem aliorumve ex populo hujus reipubl., uti ne capiantur neve occupentur ab judicibus orphanorum et absentium aut ab eorum ministris aut officialibus, neque eorum jurisdictioni obnoxia erunt, verum uti eadem bona, merces et rationes iis institoribus aut procuratoribus Anglis tradantur, qui eo in loco commorabuntur, a defunctis nominati vel deputati; quod si is, dum in vivis erat, nullos nominaverit, eadem bona, merces et rationes ex autoritate judicis conservatoris duobus pluribusve mercatoribus Anglis tradantur, qui pluribus caeterorum mercatorum suffragiis eo in loco versantium eligentur et a consule Anglicano approbati erunt, data prius cautione per idoneos fidejussores, ab eodem consule approbandos, de iisdem bonis, mercibus et rationibus legitimis dominis aut eorum veris creditoribus restituendis, et bona, quae defuncti esse constiterit, tradentur haeredibus, executoribus, vel creditoribus ejusdem.

IX. Uti nec Portugalliae rex neve ullus ex ministris ejus detineat, arrestet, nexuve occupet ullos mercatores, naucleros, gubernatores nautasve eorumve naves, merces aliave bona, quae vel hujus reipubl. vel ullius ex populo ejus fuerint, sive ad belli, sive alios quoscunque usus, nisi dominus protector aut ii, ad quos illae naves bonaque pertinuerint, ea de re prius moneantur suumque assensum praebuerint, verum ut praedictae naves, ho-

mines ac bona possint libere sine ullo a praedicto rege ullisve ejus ministris impedimento ab illis portubus ac ditionibus dicti regis suo arbitratu discedere, utque venditio mercium bonorumque populi hujus reipubl. ne prohibeatur differaturve hoc obtentu, regi nimirum iis opus esse, per causamve aliam quancunque, neve ad usum regis avertantur aliosve ad usus quoscunque, nisi illi, quorum interest, assenserint.

X. Uti populus reipubl. Angliae in navibus suis omnes res, bona et merces, cujuscunque generis fuerint, etiam arma, annonam aliave similia e portubus et dominiis dictae reipubl. aliisve portubus et dominiis quibuscunque, dummodo immediate ex portubus Portugalliae ejusve ditionum ne sint exportata, ad quoscunque portus et territoria regis Castellae transvehenda, libere exportare possint, utque serenissimus rex Portugalliae sive subjecti per pignorationes, repressalias aut aliam quamcunque causam dictas naves, bona aut homines ne impediant, quo minus ad portus et territoria dicti regis Castellae tuto navigare ibique commercium habere possint, utque populi hujus reipubl. in regna, portus et territoria regis Portugalliae tam arma, frumentum, pisces, quam alia omnia mercium genera libere importare possint eaque suo arbitratu vel particulatim vel integra mole vendere, quibuscunque hominibus quove possint pretio, neve a praedicta Maj. regia ejusve ministris, praefectis, redemptoribus monopolisve ab ullave camera jurisdictioneve quacunque privatae vel publicae curiae vetentur, circumscribantur inhibeanturve, utque bona mercesve, quae custumas sive portoria modo solverunt, in quibuscunque Majest. suae portubus libere transvehantur in quoscunque alios portus locave dictae Majest. absque solutione alterius cujuscunque ceu ulterioris custumae, portorii ceu argenti summae, praeterquam ejus, quam Lusitaniae mercatores solverent, si bona et merces ad illos pertinuissent.

XI. Uti populus et incolae reipublicae Angl. libere et tuto negotientur et commercium habeant a Portugallia ad Brasiliam aliaque conquesta dicti regis in India occidentali et a Brasilia et dictis conquestis ad Portugalliam in omne genus bonis et mercantiis quibuscunque, exceptis farina, piscibus, vino, oleo et ligno Brasiliensi, quibus a rege interdicitur per contractum cum societate Brasiliensi, pendentes jura et custumas illas, quas alii pendunt, qui in istis regionibus negotiantur, et proviso quod naves Anglicanae conductae a Lusitanis inter navigandum classi Lusitanicae adjungendae sunt, et quod dictus populus et incolae ab ullis edictis portubus et locis in Brasilia et dictis conquestis ad quaeviscunque dominia dicti regis appellentes naves suas exonerare ullave bona ad Anglos pertinentia exportare non cogentur, verum officiales teloniorum bona, dum in navibus sunt, ponderari facient, quo debita pro iis vectigalia et jura solvantur, et quod nullum gravius vectigal aut tributum neve major pecuniae summa vel impensa exigetur aut officialibus regis solvetur, quam si bona in terram exposita essent, nec in expediendis et dimittendis dictis navibus ulla mora trahetur. Et postquam in quaecunque alia dominia dicti regis appulerint, solutis juribus et custumis ante dictis, dein libere iter capessant ad quemcunque alium portum aut locum, et bona im-

posita navibus Anglis vel a subditis dicti regis vel ab aliis ad quancunque partem dominiorum dicti regis transvehenda nullatenus pendent majores consuetudines seu diversa aliqua jura, quam si navibus Lusitanicis essent imposita. Atque etiam uti populus et incolae reipubl. Angliae libere possint navigare in colonias, insulas, regiones, portus, districtus, oppida, pagos et emporia ad regem Portugalliae pertinentia in India orientali, Guinea et insula St. Thomae et alicubi in oris et litoribus, atque inibi commorari, negotiari et commercium exercere terra, mari, fluminibus et aquis dulcibus, in bonis et mercimoiis quibuscunque, et omne genus mercantiarum in aliquem locum seu regionem eadem qua prius libertate transvehere atque etiam eadem, quae ullo antehac tempore in quovis tractatu concessa fuit vel incolis alterius cujusvis nationis foedere et amicitiae societate in posterum concedetur. Quantum vero ad custumas et vectigalia in iis regionibus solvenda, non pendent majora vel graviora iis, quae penduntur a quavis persona vel personis in quovis dictorum locorum ceu regionum negotiantibus. Atque etiam uti rex Portugalliae subditive ejus, tam societas Brasiliensis, quam omnes alii, quoties naves exterae ad navigationem et mercaturam Brasiliensem exercendam vel ad oras et insulas praedictas vel alibi opus iis erunt, eas hujus reipubl. ejusque populi solitis et ordinariis pretiis, quas poterunt, conducant nullasque alias ullius principis aut reipubl., modo adsit numerus Anglicarum navium illorum usibus sufficiens, excepto quod fraternitas Brasiliensis poterit duas naves apparatu bellico instruendas et quatuor alias piscibus ad Brasiliam mittendas a quaviscunque natione pro libito suo conducere, prout continetur in charta libertatum per diploma regium ei concessa, et quod tam societas Brasiliensis, quam omnes alii subditi dicti regis, qui mercatum exercent, libere absque ulla licentia generali vel speciali prius impetranda naves Anglicas, quocunque numero iis placuerit, conducent inque iis navigent in Brasiliam caeteraque conquesta dicti regis in India occidentali; quodcunque stipendium onerandi et commorandi convenerit, id uti procedat ejusque ratio habeatur, donec totum solvatur, quamvis etiam pacti temporis stipendium superavit.

XII. Et cum serenissimus rex Portugalliae per rescriptum suum sigillo suo munitum datum in urbe Ullissiponis vigesimo primo Januarii anno nativitatis domini nostri 1641 incolis terrarum subjectarum dominio ordinum Hollandiae liberam facultatem concesserit omnia genera mercium invehendi evehendique e regnis, dominiis et territoriis suis, uti populus reipubl. Angliae eadem facultate in regnis et dominiis regis Portugalliae utatur fruaturque.

XIII. Uti nullus alcaides vulgo dictus aliusve regiae Majest. officialis ullum ex populo hujus reipubl., cujuscunque gradus aut conditionis fuerit, praeterquam in causa criminali et in ipso facto deprehensum arrestare aut interpellare possit, nisi a judice conservatore potestate ad id scripto prius facta, utque populus praedictus alioquin quoad corpora, domicilia, rationum libros, interesse, merces bonaque sua infra ditionem serenissimi regis Portugalliae pari eademque fruatur immunitate a carceribus, arrestationibus aliisque molestiis quibuscunque, quae alii cuicunque principi populoque

cum rege Lusitaniae foederato concessa est aut deinceps concedetur, neque per ullum salvum conductum aut patrocinium, ejusdem regis subditis aliisve in ejus ditione versantibus concedendum, suo jure prohibeantur, quo sua debita recuperare queant, verum uti quencunque hominem in jus vocare possint, in cujuscunque demum patrocinium recipiendum, sive quovis diplomate munitum, sive redemtorem, sive aliquovis privilegio donatum, justi cujusvis debiti causa.

XIV. Quandoquidem vero jura commercii et pacis irrita forent et inutilia, si populus reipubl. Angliae conscientiae causa inquietaretur, dum ultro citroque commeant ad regna et dominia dicti regis Portugalliae, vel illic mercium commutandarum gratia hospitantur, ut igitur terra marique liberum et securum sit commercium, dictus Portugalliae rex id efficaciter aget et providebit, ne a quoviscunque homine, curia vel tribunali, vel propterea quod secum habeant vel utantur bibliis Anglicis aliisve libris, utque liberum sit populo hujus reipubl. in privatis aedibus una cum familiis intra quaecunque dominia dicti regis Portugalliae religionem suam observare et profiteri atque eandem in navibus et navigiis suis exercere, prout illis visum fuerit, absque omni molestia vel impedimento; denique ut locus mortuis sepeliendis idoneus iis assignetur. Provideant tamen Angli, ne excedant, quod scriptum est in hoc articulo.

XV. Si acciderit posthac, ut ullae controversiae dubiaque inter praedictas respubl. oriantur, unde interrumpendi inter utramque gentem commercium periculum esse possit, populis subditisque partis utriusque per omnia utriusque regna et provincias publica monitio danda erit biennique spatium ab illa monitione ad se bona, naves, merces et facultates quascunque transportandas sine ulla molestia, impedimento aut damno sibi bonisve suis interea illato, dictisque populis atque subditis utrinque licitum erit, quibus publicae monitionis tempore debita alicubi erunt, ea intra dictum biennium iis in locis et ditionibus, ubi debentur, legitime exigere, atque exinde jus iis expeditum et cum effectu reddetur, ita ut creditores ejusmodi intra tempus praefinitum sua consequi possint.

XVI. Si acciderit, ut, quamdiu foedus, amicitia et societas haec duraverit, ab ullo ex populis aut incolis alterutrius partis praedictae contra hoc foedus aut ullam ejus partem mari, terra, fluminibus aut aquis dulcibus quicquam fiat aut tentetur; amicitiam hanc et societatem inter hasce nationes non idcirco interrumpi aut infringi, verum integram nihilominus durare plenamque vim suam obtinere, tantummodo illos ipsos, qui contra foedus praedictum commiserint, singulos puniri, aliumque neminem, justitiamque reddi et satisfactionem dari illis omnibus, quorum interest, ab iis omnibus, qui terra, maribus, fluminibus aut aquis dulcibus contra hoc foedus quicquam commiserint, ulla in parte Europae aut ubivis locorum intra fretum Gaditanum, sive in America vel per Africae littora, ullisve in terris, insulis, aequoribus, aestuariis, sinubus, fluminibus ullisve in locis Caput bonae spei intra anni spatium, quam justitia postulabitur, in omnibus autem locis uti supra transdictum Caput

intra menses octodecim, quam justitia praedicto modo poscetur; et si foederis ruptores non comparuerint neque se judicandos submiserint neque satisfactionem dederint intra hoc vel illud temporis spatium pro loci longinquitate modo limitatum, praedicti illi utriusque partis hostes judicabuntur eorumque bona, facultates et quicunque reditus publicabuntur plenaeque ac justae satisfactioni impendendi erunt earum injuriarum, quae ab ipsis illatae sunt; ipsique praeterea cum in alterutrius partis potestate fuerint, iis poenis obnoxii erunt, quas suo quisque crimine commeruerit.

XVII. Si qua inciderit controversia inter praedicti regis inspectatores, officiales aut ministros et dictos mercatores de bonitate piscium vel cujuscunque penus, qui ullas in ditiones praedicti regis reportabitur, ea dirimetur bonorum virorum, modo Lusitani sint, arbitrio, qui a magistratu illius loci consuleque gentis Anglicae quo jure eligantur, qui rem ita dijudicabunt, ut ne quid interim detrimenti, dum de re disceptatur, ad dominum proveniat.

XVIII. Populo subjectisve partis alterutrius ad alterius portus appellere ibique commorari indeque pari cum libertate discedere non solum cum navibus mercatoriis et onerariis, sed etiam cum bellicis et praesidiariis et ad hostium vim propulsandam instructis permissum est, sive vi tempestatis eo delati fuerint, sive ad naves reficiendas aut ad commeatum parandum appulerint, modo sex bellicarum numerum non superarint, si sponte eo pervenerint, neque diutius in portubus vel circa littora haereant aut commorentur, quam ad naves reficiendas aut ad alia necessaria comparanda opus erit, ne quid forte causae praebuerint interpellandi aliarium gentium commercii, quae amicitia et societate conjunctae fuerint; et si quando inusitatus aliquis navium numerus casu quovis ad eos portus accesserit, iis ne liceto portum intrare, nisi facta est prius ab iis potestate, quorum in ditione portus illi erunt, nisi vi tempestatis aut impellente alia necessitate inviti id fecerint ad maris et naufragii periculum evitandum: quod si acciderit, adventus sui causam illius loci praesidi aut summo magistratui protinus aperiunto neque diutius illic manento, quam per illius loci praesidem aut summum magistratum licuerit, neque in illis portubus, quod praedictae reipubl. aut regi detrimento sit, quicquam hostiliter faciunto.

XIX. Ut neque respubl. praedicta neque rex naves bonaque alterutrius populive eorum, quae erunt ab alterius hostibus aut rebellibus ullo tempore capta atque ullos in portus aut loca terrarum alterius aut ditionum abducta, sinat a dominis seu proprietariis transferri, verum ipsis aut eorum procuratoribus eadem restituantur, proviso quod illi ad dictas naves bonaque jus sibi vindicent, priusquam vendantur et exonerentur, et intra tres menses, postquam dictae naves bonaque sic abducta fuerint, jus eorum vel probent vel proprietatis testimonia producant; atque interea temporis sumptus necessarios pro servandis et custodiendis dictis navibus bonisque ipsi proprietarii solvent et dependent.

XX. Uti populus et incolae reipubl. Angliae negotiandi causa commeantes in regna, dominia et regiones dicti regis aut ad portus suos, cum

navibus eorum appellentes, ne pendant pro tonnagio, anchoragio aliisve portuum expensis aliqua alia telonia ceu argenti summas praeter eas, quas regi seu camerae Ulissiponensi pendere moris erat; si qua vero alia prava consuetudo se introduxerit, in posterum ne solvantur.

XXI. Uti nullum tributum ab ullo ex populis hujus reipubl. sive Ulissipone sive alio in loco exigatur St. Georgii sacello impendendum, neque cogantur ipsi ulla munia in personis suis praestare aut ullum genus armorum induere aliisve suppeditare.

XXII. Uti mercatores partis alterutrius praedictae eorumque institores, famuli, familiae, negotiatores aliique ministri, nautae, naviumque magistri et classiarii in ditionibus, territoriis et regionibus praedictae reipubl. et regis nec non in eorum portubus et littoribus tuto ac libere versari possint populusque et subditi unius in ullis alterius ditionibus aedes proprias, in quibus habitent, habere et possidere, nec non repositoria, in quibus bona mercesque suas recondant, quamdim conduxerint, absque ulla a quopiam molestia; item gladiis se cingere armaque secum portare tam offensiva quam defensiva secundum morem et consuetudinem loci, quo seipsos bonaque sua melius tutari possint.

XXIII. Uti omnia bona mercesve dictae reipubl. aut regis eorumve utrinque populorum aut subditorum, in alterutrius hostium naves impositae ibique repertae, cum ipsis navibus praedae sint atque in publicum addictae, omnia autem hostium alterutrius bona mercesve, in naves partis alterutrius eorumve populi aut subditorum impositae, intactae sint.

XXIV. Uti omnia justa debita, quae sumptarum aut emptarum mercium nomine aut oneratarum denique navium Anglis sive ante sive post bona eorum sequestro posita ad hoc usque tempus ab rege Portugalliae debentur, persolvantur et reddantur immediate intra biennium proxime secuturum, utque omnes satisdationes, cautiones aut fidejussiones ab Anglis datae ullas ob naves, a rege Portugalliae ullisve subditorum ejus antehac oneratas, Brasiliae aut Angolae oram petituras et postea in ullis Majest. suae portubus detentas vel a principibus Ruperto ceu Mauritio captas et occupatas vel a praedicto rege ullisve ex ejus officialibus aut ministris quovismodo impeditas, quo minus contractus suos praestare possent, dehinc cancellentur, rescindantur irritaeque fiant, utque nec personae suae nec eorum naves bonave sub arresto ponantur vel ullatenus molestentur a praedicto rege ullisve ex ejus subditis nomine et ratione contractuum praedictorum.

XXV. Item cum inter nuperum parlamentum et legatum extraordinarium a Portugalliae rege convenerit, dictusque legatus in secundo sex praeliminarium articulorum, in quos 29. Decembris 1652 consensum est, sese obligaverit, omnes naves, pecunias, bona et debita ad quoscunque Anglos pertinentia, quae in quibuscunque dominiis regis Portugalliae prehensa et detenta fuerint, in specie protinus libere restituenda fore, modo ejusdem valoris fuerint atque in eadem bonitate permanserint, qua erant tempore detentionis: sin minus, in valore restituantur; vel si ex detentione deteriora facta sint, tum satisfactionem

ob ea dandam juxta verum eorum pretium, quando primum detinebantur; quantum vero ad damnorum compensationem, iis ex declaratione concilii per chartulam suam 15. Novembris anno 1652 in centum redactis declaratoque a consilio, sibi deliberatum non esse, reparationem summo jure arguere atque exigere, sed quatenus duntaxat aequitati et rationi consentaneum erit, quodque testari possit propensum ad pacem animum suum, dictus dominus legatus sese obstrinxerit hoc supposito, damna resarcienda fore: atque in quinto dictorum praeliminarium dictus legatus in se ulterius receperit, quod omnes naves et bona Anglorum, quae a principibus Ruperto et Mauritio vel a quacunque nave sub eorum praefectura in Portugalliam invecta sunt ibique disposita vel adhuc manentia vel ab aliis seu eorum jussu inde revecta, dominis et proprietariis protinus. restituerentur vel reparatio et satisfactio pro iis daretur; et quoniam de mercatorum aliorumque postulatis, quae satisfactionem attinent, controversiae nonnullae etiam nunc supersunt; quo omnia istiusmodi postulata et querelae ex jure et aequo dijudicentur et determinentur, utrinque conventum, conclusum et concordatum est, quod dicta postulata ob damna ad arbitrium et satisfactionem referentur, sicut et his praesentibus referuntur ad judicium et sententiam doctoris Walteri Walker, Johannis Crowther, doctoris Hieronimi a Silva, secretarii legationis, et Francisci Ferreira Rebello, agentis in rebus ejusdem legationis, personarum indifferenter electarum tam ex parte regis Portugalliae quam domini protectoris, qui his praesentibus fiunt et constituuntur cognitores, arbitri, judices ad audienda, examinanda et determinanda omnia et singula postulata et querelas omnium et singulorum mercatorum, nauclerorum aliorumque, qui jus sibi vindicant, ad omnes vel aliquas naves, pecunias, debita, mercantias, bonave quaecunque, quorum in dictis articulis praeliminaribus mentio facta est; qui arbitri convenient et considebunt in urbe Londino vigesimo die Julii proximi styl. vet. atque eodem die solemne juramentum suscipient coram judicibus supremae curiae admiralitatis Angliae, se in rebus, ad se relatis, dijudicandis omni favori et respectui erga partem alterutram omnique privato commodo renunciaturos: atque his praesentibus instruuntur et autoritate muniuntur ad personas quascunque accersendas, nec non depositiones et chartulas sibi adferri jubendas, quae rem sibi commissam spectaverint. Et vel juramento adhibito vel non adhibito, omnium istiusmodi postulatorum querelarumque veritatem nec non omnia et singula damna ex dictis arrestationibus et detentionibus illata summatim examinabunt, et dicti arbitri his praesentibus autoritate muniuntur ad singula praemissa definienda damnaque liquidanda, adjudicanda et finaliter determinanda, prout ipsi vel major eorum pars in conscientiis et sanis suis discretionibus justum et aequum censuerint, et ad finalem suam sententiam sub chirographis suis publicandam; quae sententia ita publicata utramque partem devinciet et obligabit absque appellatione, revisione vel reclamatione quibuscunque. Atque idem rex ad eandem efficaciter praestandam et observandam in omnibus ejus membris et capitulis sese obligat nec non ad solvendum vel solvi curandum talem summam vel summas pecuniarum, quae, uti praedictum

est, adjudicabuntur. Atque ulterius conventum est, quod, si dicti arbitri non consenserint et finaliter determinaverint de et super praemissis ad se relatis intra primum Septembris secuturum styl. vet., tunc dicta postulata a dictis arbitris indeterminata vel indecisa ita submittantur, sicut et his praesentibus submittuntur tali personae domino protectori a consiliis, quam dictus dominus protector intra quodcunque tempus post primum Septembris proximi nominaverit. In quem finem dictus dominus protector tali personae taliter nominatae autoritatum diploma dabit ad finaliter determinandum de et super omnibus et singulis postulatis praedictis. Et si ante datam a dicto consiliario sententiam chartae nonnullae e Lusitania pervenerint, vel procurator ad aliquas ex iis causas agendas, dictus consiliarius eum de novo audiet. Quaecunque sententia a tali persona taliter instructa sub chirographo et sigillo suo lata fuerit, utramque partem concludet et obligabit, eaque rite praestabitur et perficietur. Atque in majorem cautelam et securitatem, quod ejusmodi pecuniae summa, quae vel a dictis arbitris vel ab arbitro adjudicabitur, bona fide solvetur, conclusum et conventum est, quod una medietas vectigalium et custumarum Portugalliae proxime post datum tractatus ex omnibus bonis et merchandisis quibuscunque incolarum et populorum reipubl., qui in Portugallia commercantur, provenientium solutioni impendetur. Quae medietas de tempore in tempus tali personae solvetur, quam praedictus dominus protector nominaverit, unde mercatorum, nauclerorum et proprietariorum damna resarciantur.

XXVI. Item conclusum et concordatum est, quod praesens pax et confoederatio non derogabitur per quamcunque aliam ligam vel confoederationem, factam vel fiendam a serenissimis dominis protectore Angliae et rege Portugalliae cum quibuscunque aliis principibus vel rebus publicis, sed quod pax et confoederatio integre servetur et semper suum sortiatur effectum.

XXVII. Item conventum et conclusum est, quod utraque pars vere et firmiter observabit atque executioni mandabit praesentem tractatum omniaque et singula in eo contenta et comprehensa atque eadem ab alterutrius populo, subditis et incolis observari et praestari efficaciter curabit.

XXVIII. Item conventum, conclusum et concordatum est, quod praesens tractatus atque omnia et singula in eo contenta et conclusa a dictis domino protectore et rege per patentes utriusque partis literas sigillo magno munitas debita et authentica forma intra sex menses proxime insequentes confirmabuntur et rata habebuntur mutuaque instrumenta intra praedictum tempus hinc inde extradentur, nec non et pax haec et confoederatio statim a traditis et permutatis instrumentis forma et loco solitis publicabitur.

In quorum omnium fidem et testimonium tam nos commissarii celsitudinis suae domini protectoris, quam legatus extraordinarius serenissimi regis vi et vigore nostrarum respective commissionum et procurationum praesentem tractatum manu propria subsignavimus et sigillis nostris manualibus munivimus. Actum Westmonasterii die decimo Julii anno millesimo sexcentesimo quinquagesimo quarto.

Treaty of commerce and navigation between Great Britain and Portugal.

Signed at

RIO DE JANEIRO,

the 19th February 1810.

In the Name of the Most Holy and Undivided Trinity.

His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, being equally animated with the desire not only of consolidating and strengthening the ancient friendship and good understanding which so happily subsist, and have during so many ages subsisted between the two Crowns but also of improving and extending the beneficial effects thereof to the mutual advantage of Their respective subjects, have thought that the most efficacious means for obtaining these objets would be, to adopt a liberal system of Commerce, founded upon the basis of reciprocity and mutual convenience, which, by discontinuing certain prohibitions and prohibitory Duties, might procure the most solid advantages, on both sides, to the National Productions and Industry, and give due protection at the same time to the Public Revenue, and to the interests of fair and legal trade. For this end, His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, have named for Their respective Commissioners and Plenipotentiaires, to wit, His Britannic Majesty the Most Illustrious and Most Excellent Lord Percy Clinton Sidney, Lord Viscount and Baron of Strangford, one of His Majesty's Most Honourable Privy Council, Knight of the Military Order of the Bath, Grand Cross of the Portugueze Order of the Tower and Sword, and His Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary at the Court of Portugal; and His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, the Most Illustrious and Most Excellent Lord Dom Rodrigo de Sousa Couttinho, Count of Linhares, Lord of Payalvo, Commander of the Order of Christ, Grand Cross of the Orders of Saint Bento and of the Tower and Sword, one of His Royal Highness' Council of State, and His Principal Secretary of State for the Departments of Foreign Affairs and War; who, after having duly exchanged Their respective full Powers, and having found them in good and due form, have agreed upon the following Articles:

I. There shall be a sincere and perpetual friendship between His Britannic Majesty and His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, and between Their heirs and successors; and there shall be a constant and universal peace and harmony between themselves, Their heirs and successors, Kingdoms, Dominions, Provinces, Countries, Subjects and Vassals, of whatsoever quality or condition they be, without exception of person, or place; and the stipulations of this present Article shall, under the favour of Almighty God, be permanent and perpetual.

II. There shall be reciprocal liberty of Commerce and Navigation between and amongst the respective subjects of the two High Contracting Parties, in all and several the Territories and Dominions of either. They may trade, travel, sojourn, or establish themselves, in all and several the Ports, Cities, Towns, Countries, Provinces, or places whatsoever belonging to each and either of the two High Contracting Parties, except and save in those from which all foreigners whatsoever are generally and positively excluded, the names of which places may be hereafter specified in a separate Article of this Treaty. Provided, however, that it be thoroughly understood that any place belonging to either of the two High Contracting Parties which may hereafter be opened to the Commerce of the subjects of any other country, shall thereby be considered as equally opened, and upon correspondent terms, to the subjects of the other High Contracting Party, in the same manner as if it had been expressly stipulated by the present Treaty. And His Britannic Majesty, and His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, do hereby bind and engage themselves not to grant any favour, privilege, or immunity in matters of Commerce and Navigation, to the subjects of any other State, which shall not be also at the same time respectively extended to the subjects of the High Contracting Parties, gratuitously, if the concession in favour of that other State should have been gratuitous, and on giving, *quam proxime*, the same compensation or equivalent, in case the concession should have been conditional.

III. The subjects of the two Sovereigns respectively shall not pay in the Ports, Harbours, Roads, Cities, Towns, or Places whatsoever, belonging to either of them, any greater duties, taxes, or imposts (under whatsoever names they may be designated or included) than those that are paid by the subjects of the most favoured nation, and the subjects of each of the High Contracting Parties shall enjoy within the Dominions of the other, the same rights, privileges, liberties, favours, immunities, or exemptions; in matters of Commerce and Navigation, that are granted, or may hereafter be granted to the subjects of the most favoured nation.

IV. His Britannic Majesty, and His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, do stipulate and agree, that there shall be a perfect reciprocity on the subject of the duties and imposts to be paid by the ships and vessels of the High Contracting Parties, within the several ports, harbours, roads, and anchoring places belonging to each of them; to wit, that the ships and vessels of the subjects of His Britannic Majesty shall not pay any higher duties or imposts (under whatsoever name they be designated or implied) within the Dominions of His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, than the ships and vessels belonging to the subjects of His Royal Highness the Prince Regent of Portugal shall be bound to pay within the Dominions of His Britannic Majesty, and vice versâ. And this agreement and stipulation shall particularly and expressly extend to the payment of the duties known by the name of port charges, tonnage, and anchorage Duties, which shall not

in any case, or under any pretext, be greater for British ships and vessels within the Dominions of His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, than for Portuguese ships and vessels within the Dominions of His Britannic Majesty, and vice versâ.

V. The two High Contracting Parties do also agree, that the same rates of bounties and drawbacks shall be established in their respective ports upon the exportation of goods and merchandises, whether those goods or merchandises be exported in British or in Portuguese ships and vessels, that is, that British ships and vessels shall enjoy the same favour in this respect, within the Dominions of His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, that may be shewn to Portuguese ships and vessels within the Dominions of His Britannic Majesty, and vice versâ. The two High Contracting Parties do also agree, that goods and merchandises coming respectively from the ports of either of them, shall pay the same duties, whether imported in British or in Portuguese ships or vessels; or otherwise, that an increase of duties may be imposed and exacted upon goods and merchandises coming into the ports of the Dominions of His Royal Highness the Prince Regent of Portugal from those of His Britannic Majesty in British ships, equivalent, and in exact proportion to any increase of duties that may hereafter be imposed upon goods and merchandises coming into the ports of His Britannic Mayesty from those of His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, imported in Portuguese ships. And in order that this matter may be settled with due exactness, and that nothing may be left undetermined concerning it, it is agreed, that Tables shall be drawn by each government, respectively, specifying the difference of duties to be paid on goods and merchandises so imported in British or Portuguese ships and vessels; and the said Tables (which shall be made applicable to all the ports within the respective Dominions of each of the Contracting Parties) shall be declared and adjudged to form part of this present Treaty.

In order to avoid any differences or misunderstanding with respect to the regulations which may respectively constitute a British or Portuguese vessel, the High Contracting Parties agree in declaring, that all vessels built in the Dominions of His Britannic Majesty, and owned, navigated, and registered according to the laws of Great Britain, shall be considered as British vessels: and that all ships or vessels built in the countries belonging to His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, or in any of them, or ships taken by any of the ships or vessels of war belonging to the Portuguese government, or any of the inhabitants of the Dominions of His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, having commissions or letters of marque and reprisal from the Government of Portugal, and condemned as lawful prize in any Court of Admiralty of the said Portuguese Government, and owned by the subjects of His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, or any of them, and whereof the master and three-fourths of the mariners, at least,

are subjects of His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, shall be considered as Portuguese vessels.

VI. The mutual Commerce and Navigation of the subjects of Great Britain and Portugal, respectively, in the Ports and Seas of Asia, are expressly permitted to the same degree as they have heretofore been allowed by the two Crowns: and the Commerce and Navigation thus permitted shall hereafter, and for ever, be placed on the footing of the Commerce and Navigation of the most favoured nation trading in the Ports and Seas of Asia; that is, that neither of the High Contracting Parties shall grant any favour or privilege in matters of Commerce and Navigation, to the subjects of any other State trading within the Ports and Seas of Asia, which shall not be also granted *quam proxime* on the same terms to the subjects of the other Contracting Party. His Britannic Majesty engages in His own name, and in that of His heirs and successors, not to make any regulation which may be prejudicial or inconvenient to the Commerce and Navigation of the subjects of His Royal Highness the Prince Regent of Portugal within the Ports and Seas of Asia, to the extent which is or may hereafter be permitted to the most favoured nation. And His Royal Highness the Prince Regent of Portugal does also engage in His own name and in that of His heirs and successors, not to make any regulations which may be prejudicial or inconvenient to the Commerce and Navigation of the subjects of His Britannic Majesty within the Ports, Seas and Dominions opened to them by virtue of the present Treaty.

VII. The two High Contracting Parties have resolved, with respect to the privileges to be enjoyed by the subjects of each of them within the Territories or Dominions of the other, that the most perfect reciprocity shall be observed on both sides. And the subjects of each of the High Contracting Parties shall have a free and unquestionable right to travel, and to reside within the Territories or Dominions of the other, to occupy houses and warehouses, and to dispose of personal property of every sort and denomination, by sale, donation, exchange, or testament, or in any other manner whatsoever, without any the smallest impediment or hindrance thereto. They shall not be compelled to pay any taxes or imposts under any pretext whatsoever, greater than those that are paid or may be paid by the native subjects of the Sovereign in whose Dominions they may be resident. They shall be exempted from all compulsory military service whatsoever, whether by sea or land. Their dwellinghouses, warehouses and all the parts and appertenances thereof, whether for the purposes of commerce or of residence, shall be respected. They shall not be liable to any vexatious visits and searches, nor shall any arbitrary examination or inspection of their books, papers, or accompts be made under colour of the supreme authority of the State. It is, however, to be understood, that in the cases of treason, contraband trade, and other crimes, for the detection of which provision is made by the law of the land, that law shall be enforced, it being mutually declared

that false and malicious accusations are not to be admitted as pretexts or excuses for vexatious visits and searches, or for examinations of commercial books, papers or accompts; which visits or examinations are never to take place, except under the sanction of the competent magistrate, and in the presence of the Consul of the Nation to which the accused party may belong, or of his deputy or representative.

VIII. His Royal Highness the Prince Regent of Portugal engages in His own name, and in that of His heirs and successors, that the Commerce of British subjects within His Dominions shall not be restrained, interrupted, or otherwise affected by the operation of any monopoly, contract, or exclusive privileges of sale or purchase whatsoever; but that the subjects of Great Britain shall have free and unrestricted permission to buy and sell from and to whomsoever, and in whatever form or manner they may please, whether by wholesale, or by retail, without being obliged to give any preference or favour in consequence of the said monopolies, contracts, or exclusive privileges of sale or purchase. And His Britannic Majesty does on His part engage to observe faithfully this principle thus recognized and laid down by the two High Contracting Parties.

But it is to be distinctly understood, that the present Article is not to be intrepreted as invalidating or affecting the exclusive right possessed by the Crown of Portugal within its own Dominions to the farm for the sale of ivory, brazilwood, urzela, diamonds, gold dust, gunpowder, and tobacco in the form of snuff: provided, however, that should the above-mentioned articles, generally or separately, ever become articles of free Commerce within the Dominions of His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, the subjects of His Britannic Majesty shall be permitted to traffic in them as freely and on the same footing as those of the most favoured nation.

IX. His Britannic Majesty and His Royal Highness the Prince Regent of Portugal have agreed and resolved, that each of the High Contracting Parties shall have the right to nominate and appoint Consuls General, Consuls and Vice Consuls in all the Ports of the Dominions of the other Contracting Party, wherein they are or may be necessary for the advancement of commerce, and for the commercial interests of the trading subjects of either Crown. But it is expressly stipulated, that Consuls, of whatsoever class they may be, shall not be acknowledged nor received, nor permitted to act as such, unless duly qualified by their own Sovereign, and approved of by the other Sovereign in whose Dominions they are to be employed. Consuls of all Classes within the Dominions of each of the High Contracting Parties are respectively to be placed upon a footing of perfect reciprocity and equality; and being appointed solely for the purpose of facilitating and assisting in affairs of Commerce and Navigation, they are only to possess the privileges which belong to their station, and which are recognized and admitted by all governments as necessary for the due fulfilment of their office and employment. They are in all cases, whether civil or criminal, to be entirely

amenable to the laws of the country in which they may reside, and they are also to enjoy the full and entire protection of those laws so long as they conduct themselves in obedience thereto.

X. His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, desiring to protect and facilitate the Commerce of the subjects of Great Britain within His Dominions, as well as their relations of intercourse with his own subjects, is pleased to grant to them the privilege of nominating and having special magistrates to act for them as Judges Conservator, in those ports and cities of his Dominions in which tribunals and courts of justice are or may hereafter be established. These Judges shall try and decide all Causes brought before them by British subjects, in the same manner as formerly, and their authority and determinations shall be respected; and the laws, decrees, and customs of Portugal respecting the jurisdiction of the Judge Conservator, are declared to be recognized and renewed by the present Treaty. They shall be chosen by the plurality of British subjects residing in or trading at the port or place where the jurisdiction of the Judge Conservator is to be established; and the choice so made shall be transmitted to His Britannic Majesty's Ambassador, or Minister, resident at the Court of Portugal, to be by him laid before His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, in order to obtain His Royal Highness's consent and confirmation; in case of not obtaining which, the parties interested are to proceed to a new election, until the Royal Approbation of the Prince Regent be obtained. The removal of the Judge Conservator, in cases of neglect of duty or delinquency, is also to be effected by an application to His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, through the channel of the British Ambassador, or Minister, resident at His Royal Highness's Court. In return for this concession in favour of British subjects, His Britannic Majesty engages to cause the most strict and scrupulous observance and obedience to be paid to those laws, by which the persons and property of Portuguese subjects residing within his Dominions are secured and protected, and of which they (in common with all other foreigners) enjoy the benefit, through the acknowledged equity of British jurisprudence, and the singular excellence of the British Constitution. And it is further stipulated, that in case any favour or privilege should be granted by His Britannic Majesty to the subjects of any other State, which may seem to be analogous to, or to resemble the privilege of having Judge Conservators, granted by this Article to British subjects residing in the Portuguese Dominions, the same favour or privilege shall be considered as also granted to the subjects of Portugal residing within the British Dominions, in the same manner as if it were expressly stipulated by the present Treaty.

XI. His Britannic Majesty and His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, agree severally to grant the same favours, honours, immunities, privileges and exemptions from duties and imposts to Their respective Ambassadors, Ministers, or accredited Agents at the Courts of each of them, and whatsoever favour either of the two Sovereigns shall grant in this par-

ticular at His own Court, the other Sovereign engages to grant the same at His Court.

XII. His Royal Highness the Prince Regent of Portugal declares and engages, in His own name, and in that of His heirs and successors, that the subjects of His Britannic Majesty residing within His Territories and Dominions, shall not be disturbed, troubled, persecuted, or annoyed, on account of their religion; but that they shall have perfect liberty of conscience therein, and leave to attend and celebrate Divine Service to the honour of Almighty God, either within their own private houses, or in their own particular churches and chapels, which His Royal Highness does now and for ever graciously grant to them the permission of building and maintaining within His Dominions: provided, however, that the said churches and chapels shall be built in such a manner as externally to resemble private dwelling houses; and also, that the use of bells be not permitted therein, for the purpose of publicly announcing the time of Divine Service: and it is further stipulated, that neither the subjects of Great Britain, nor any other foreigners of a different communion from the religion established in the Dominions of Portugal, shall be persecuted or disquieted for conscience-sake, either in their persons or property, so long as they conduct themselves with order, decency and morality and in a manner conformable to the usages of the country, and to its constitution in Church and State; but if it should be proved that they preach or declaim publicly against the Catholic religion, or that they endeavour to make proselytes or converts, the parties so offending may, upon manifestation of their delinquency, be sent out of the country in which the offence shall have been committed; and those who behave in public with disrespect or impropriety towards the forms and ceremonies of the established Catholic religion, shall be amenable to the civil police, and may be punished by fine, or by confinement within their own dwelling houses. And if the offence be so flagrant and so enormous as to disturb the public tranquillity, or endanger the safety of the institutions of Church and State (as established by law), the parties so offending may, on due proof of the fact, be sent out of the Dominions of Portugal. Liberty shall also be granted to bury the subjects of His Britannic Majesty who may die in the Territories of His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, in covenient places to be appointed for that purpose; nor shall the funerals nor sepulchres of the dead be disturbed in anywise, nor upon any account. In the same manner the subjects of Portugal shall enjoy within all the Dominions of His Britannic Majesty, a perfect and unrestrained liberty of conscience in all matters of religion, agreeably to the system of toleration established therein. They may freely perform the exercises of their religion publicly or privately within their own dwelling houses, or in the chapels and places of worship appointed for that purpose, without any the smallest hindrance, annoyance, or difficulty whatsoever, either now or hereafter.

XIII. It is agreed and covenanted, by the High Contracting Parties,

that packets shall be established for the purpose of furthering the public service of the two Courts, and of facilitating the commercial intercourse of their respective subjects. A Convention shall be concluded forthwith, on the basis of that which was signed at Rio de Janeiro, on the 14th day of September 1808, in order to settle the terms upon which the said packets are to be established, which Convention shall be ratified at the same time with the present Treaty.

XIV. It is agreed and covenanted, that persons guilty of high treason, forgery, or other offences of a heinous nature, within the Dominions of either of the High Contracting Parties, shall not be harboured nor receive protection in the Dominions of the other. And that neither of the High Contracting Parties shall knowingly and wilfully receive into and entertain in Their service, persons, subjects of the other Power, deserting from the military service thereof, whether by sea or land; but that on the contrary they shall each respectively discharge any such person from Their service, upon being required: but it is agreed and declared, that neither of the High Contracting Parties shall grant to any other State any favour on the subject of persons deserting from the service of that State, which shall not be considered as granted also to the other High Contracting Party, in the same manner as if the said favour had been expressly stipulated by the present Treaty. And it is further agreed, that in cases of apprentices or sailors deserting from vessels belonging to the subjects of either of the High Contracting Parties while within the ports of the other Party, the Magistrates shall be bound to give effectual assistance for their apprehension, on due application to that effect being made by the Consul-General, or Consul, or by his deputy or representative; and that no public body, civil or religious, shall have the power of protecting such deserters.

XV. All goods, merchandises, and articles whatsoever of the produce, manufacture, industry, or invention of the Dominions and subjects of His Britannic Majesty, shall be admitted into all and singular the Ports and Dominions of His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, as well in Europe as in America, Africa and Asia, whether consigned to British or Portuguese subjects, not paying generally and solely, duties to the amount of fifteen per cent. according to the value which shall be set upon them by a tariff or table of valuations, called in the Portuguese language *pauta*, the principal basis of which shall be the sworn invoice cost of the aforesaid goods, merchandises and articles, taking also into consideration (as far as may be just or practicable) the current prices thereof in the country into which they are imported. This tariff or valuation shall be determined and settled by an equal number of British and Portuguese merchants of known integrity and honour, with the assistance, on the part of the British merchants, of His Britannic Majesty's Consul-General, or Consul, and on the part of the Portuguese merchants, whith the assistance of the Superintendant, or Administrator General of the customs, or of their respective deputies. And the

aforesaid tariff or table of valuations shall be made and promulgated in each of the ports belonging to His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, in which there are or may be custom-houses. It shall be concluded, and begin to have effect as soon as possible after the exchange of the ratifications of the present Treaty, and certainly within the space of three months reckoned from the date of that exchange. And it shall be revised and altered, if necessary, from time to time, either in the whole or in part, whenever the subjects of His Britannic Majesty, resident within the Dominions of His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, shall make a requisition to that effect through the medium of His Britannic Majesty's Consul General, or Consul, or whenever the trading and commercial subjects of Portugal shall make the same requisition on their own part.

XVI. But during the interval between the exchange of the ratifications of the present Treaty, and the promulgation of the above-mentioned tariff, should any goods or merchandises, the produce or manufacture of the Dominions of His Britannic Majesty, arrive in the ports of His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, it is stipulated, that they shall be admitted for consumption on paying the above-mentioned duties of fifteen per cent. according to the value set on them by the tarif now actually established, should they be goods or merchandises which are comprised or valued in that tariff, and if they should not be comprised or valued in that tariff, (as also if any British goods or merchandizes should hereafter arrive in the ports of the Portuguese Dominions without having been specifically valued and rated in the new tariff or *pauta*, which is to be made in consequence of the stipulations of the preceding Article of the present Treaty) they shall be equally admitted on paying the same duties of fifteen per cent. *ad valorem*, according to the invoices of the said goods and merchandises, which shall be duly presented and sworn to by the parties importing the same. And in case that any suspicion of fraud or unfair practices should arise, the invoices shall be examined, and the real value of the goods or merchandises ascertained by a reference to an equal number of British and Portuguese merchants of known integrity and honour; and in case of a difference of opinion amongst them, followed by an equality of votes upon the subject, they shall then nominate another merchant, likewise of known integrity and honour, to whom the matter shall be ultimately referred, and whose decision thereon shall be final, and without appeal. And in case the invoice should appear to have been fair and correct, the goods and merchandises specified in it, shall be admitted, on paying the duties above mentioned of fifteen per cent. and the expences, if any, of the examination of the invoice, shall be defrayed by the party who called its fairness and correctness into question. But if the invoice shall be found to be fraudulent and unfair, then the goods and merchandises shall be bought up by the officers of the customs on the account of the Portuguese Government, according to the value specified in the invoice, with an addition of ten per cent. to the sum so paid for them by the officers of

the customs, the Portuguese Government engaging for the payment of the goods so valued and purchased by the officers of the customs within the space of fifteen days, and the expences, if any, of the examination of the fraudulent invoice shall be paid by the party who presented it as just and fair.

XVII. It is agreed and convenanted, that articles of military and naval stores brought into the ports of His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, which the Portuguese Government may be desirous of taking for its own use, shall be paid for without delay at the prices appointed by the proprietors, who shall not be compelled to sell such articles on any other terms.

And it is further stipulated, that if the Portuguese Government shall take into its own care and custody any cargo, or part of a cargo, with a view to purchase, or otherwise, the said Portuguese Government shall be responsible for any damage or injury that such cargo, or part of a cargo, may receive while in the care and custody of the officers of the said Portuguese Government.

XVIII. His Royal Highness the Prince Regent of Portugal is pleased to grant to the subjects of Great Britain the privilege of being *Assignantes* for the duties to be paid in the Custom-houses of His Royal Highness's Dominions, on the same terms, and on giving the same security as are required from the subjects of Portugal.

And it is on the other hand stipulated and agreed, that the subjects of the Crown of Portugal shall receive, as far as it may be just or legal, the same favour in the Custom-houses of Great-Britain as is shewn to the natural subjects of His Britannic Majesty.

XIX. His Britannic Majesty does on His part, and in His own name, and in that of His heirs and successors, promise and engage, that all goods, merchandises and articles whatsoever, of the produce, manufacture, industry, or invention of the Dominions or subjects of His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, shall be received and admitted into all and singular the Ports and Dominions of His Britannic Majesty, on paying generally and only the same duties that are paid upon similar articles by the subjects of the most favoured nation.

And it is expressly declared, that if any reduction of duties should take place exclusively in favour of British goods and merchandises imported into the Dominions of His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, an equivalent reduction shall take place on Portuguese goods and merchandises imported into His Britannic Majesty's Dominions and vice versâ; the articles upon which such equivalent reduction is to take place being settled by previous concert and agreement between the two High Contracting Parties.

It is understood, that any such reduction so granted by either Party to the other, shall not be granted afterwards (except upon the same terms and for the same compensation) in favour of any other State or Nation whatsoever.

And this declaration is to be considered as reciprocal on the part of the two High Contracting Parties.

XX. But as there are some articles of the growth and produce of Brazil, which are excluded from the markets and home consumption of the British Dominions, such as sugar, coffee and other articles similar to the produce of the British Colonies; His Britannic Majesty, willing to favour and protect (as much as possible) the Commerce of the subjects of His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, consents and permits that the said articles, as well as all others the growth and produce of Brazil, and all other parts of the Portuguese Dominions, may be received and warehoused in all the Ports of His Dominions, which shall be by law appointed to be warehousing ports for those articles, for the purpose of re-exportation, under due regulation, exempted from the greater duties with which they would be charged were they destined for consumption within the British Dominions, and liable only to the reduced duties and expences on warehousing and re-exportation.

XXI. In like manner, notwithstanding the general privilege of admission thus granted in the fifteenth Article of the present Treaty by His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, in favour of all goods and merchandises, the produce and manufacture of the British Dominions; His Royal Highness reserves to Himself the right of imposing heavy, and even prohibitory duties on all articles known by the name of British East Indian goods and West Indian produce, such as sugar and coffee, which cannot be admitted for consumption in the Portuguese Dominions, by reason of the same principle of colonial policy which prevents the free admission into the British Dominions of corresponding articles of Brazilian produce.

But His Royal Highness the Prince Regent of Portugal consents that all the Ports of His Dominions, where there are or may be Custom-houses, shall be free ports for the reception and admission of all articles whatsoever, the produce or manufacture of the British Dominions, not destined for the consumption of the place at which they may be received or admitted, but for re-exportation, either for other Ports of the Dominions of Portugal, or for those of other States. And the articles thus received and admitted (subject to due regulations) shall be exempted from the duties with which they would be charged, if destined for the consumption of the place at which they may be landed or warehoused, and liable only to the same expences that may be paid by articles of Brazilian produce, received and warehoused for re-exportation in the Ports of His Britannic Majesty's Dominions.

XXII. His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, in order to facilitate and encourage the legitimate commerce, not only of the subjects of Great Britain, but also of those of Portugal, with other States adjacent to His own Dominions, and with a view also to augment and secure that part of His own Revenue which is derived from the collection of warehousing duties upon merchandise, is pleased to declare the Port of St. Catherine to

be a free Port, according to the terms mentioned in the preceding Article of the present Treaty.

XXIII. His Royal Highness the Prince Regent of Portugal being desirous to place the system of commerce announced by the present Treaty, upon the most extensive basis, is pleased to take the opportunity afforded by it, of publishing the determination pre-conceived in His Royal Highness's mind of rendering Goa a free port, and of permitting the free toleration of all religious sects whatever in that City and in its dependencies.

XXIV. All trade with the Portuguese Possessions situated upon the Eastern coast of the Continent of Africa (in articles not included in the exclusive contracts possessed by the Crown of Portugal) which may have been formerly allowed to the subjects of Great Britain, is confirmed and secured to them now, and for ever, in the same manner as the trade which has hitherto been permitted to Portuguese subjects in the Ports and Seas of Asia, is confirmed and secured to them by virtue of the sixth Article of the present Treaty.

XXV. But in order to give due effect to that system of perfect reciprocity which the two High Contracting Parties are willing to establish as the basis of their mutual relations, His Britannic Majesty consents to wave the right of creating factories or incorporated bodies of British merchants under any name or description whatsoever, within the Dominions of His Royal Highness the Prince Regent of Portugal; provided however that this concession in favour of the wishes of His Royal Highness the Prince Regent of Portugal shall not deprive the subjects of His Britannic Majesty, residing within the Dominions of Portugal, of the full enjoyment, as individuals engaged in commerce of any of those rights and privileges which they did or might possess as members of incorporated commercial bodies; and also that the commerce and trade carried on by British subjects shall not be restricted, annoyed, or otherwise affected by any commercial company whatever, possessing exclusive privileges and favours within the Dominions of Portugal. And His Royal Highness the Prince Regent of Portugal does also engage, that He will not consent nor permit that any other Nation or State shall possess factories or incorporated bodies of merchants within His Dominions, so long as British factories shall not be established therein.

XXVI. The two High Contracting Parties agree, that they will forthwith proceed to the revision of all other former Treaties subsisting between the two Crowns, for the purpose of ascertaining what stipulations contained in them are, in the present state of affairs, proper to be continued or renewed.

It is agreed and declared, that the stipulations contained in former Treaties concerning the admission of the wines of Portugal on the one hand, and the woollen cloths of Great Britain on the other, shall at present remain unaltered. In the same manner it is agreed, that the favours, privileges, and immunities granted by either Contracting Party to the subjects of the other, whether by Treaty, Decree, or Alvara, shall remain unaltered, except the

power granted by former Treaties, of carrying in the ships of either Country goods and merchandises of any description whatever, the property of the enemies of the other Country, which power is now mutually and publicly renounced and abrogated.

XXVII. The reciprocal liberty of Commerce and Navigation, declared and announced by the present Treaty, shall be considered to extend to all goods and merchandises whatsoever except those articles the property of the enemies of either Power, or contraband of war.

XXVIII. Under the name of contraband or prohibited articles shall be comprehended not only arms, cannon, harquebusses, mortars, petards, bombs, grenades, saucisses, carcasses, carriages for cannon, musket rests, bandoliers, gunpowder, match, saltpetre; ball, pikes, swords, head pieces, helmets, cuirasses, halberts, javelins, holsters, belts, horses and their harness, but generally all other articles that may have been specified as contraband in any former Treaties concluded by Great Britain or by Portugal with other Powers. But goods which have not been wrought into the form of warlike instruments, or which cannot become such, shall not be reputed contraband, much less such as have been already wrought and made up for other purposes, all which shall be deemed not contraband, and may be freely carried by the subjects of both Sovereigns even to places belonging to an enemy, excepting only such places as are besieged, blockaded, or invested by sea or land.

XXIX. In case any ships or vessels of war, or merchantmen, should be shipwrecked on the coasts of either of the High Contracting Parties, all such parts of the said ships or vessels, or of the furniture or appertenances thereof, as also of goods and merchandises as shall be saved, or the produce thereof, shall be faithfully restored upon the same being claimed by the proprietors or their factors duly authorized, paying only the expenses incurred in the preservation thereof, according to the rate of salvage settled on both sides (saving at the same time the rights and customs of each nation, the abolition or modification of which shall however be treated upon in the cases where they shall be contrary to the stipulations of the present Article;) and the High Contracting Parties will mutually interpose their authority, that such of their subjects as shall take advantage of any such misfortune, may be severely punished.

XXX. And, for the greater security and liberty of Commerce and Navigation, it is further agreed, that both His Britannic Majesty and His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, shall not only refuse to receive any pirates or sea-rovers whatsoever into any of Their havens, ports, cities, or towns, or permit any of their subjects, citizens, or inhabitants, on either part, to receive or protect them in their ports, to harbour them in their houses, or to assist them in any manner whatsoever, but further, that they shall cause all such pirates and sea-rovers, and all persons who shall receive, conceal, or assist them, to be brought to condign punishment for a terror and example to others. And all their ships, with the goods or merchandises

taken by them, and brought into the ports belonging to either of the High Contracting Parties, shall be seized, as far as they can be discovered, and shall be restored to the owners, or the factors duly authorized or deputed by them in writing, proper evidence being first given to prove the property, even in case such effects should have passed into other hands by sale, if it be ascertained that the buyers knew or might have known that they had been piratically taken.

XXXI. For the future security of commerce and friendship between the subjects of His Britannic Majesty and His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, and to the end that their mutual good understanding may be preserved from all interruption and disturbance, it is concluded and agreed, that if at any time there should arise any disagreement, breach of friendship, or rupture between the Crowns of the High Contracting Parties, which God forbid, (which rupture shall not be deemed to exist until the recalling or sending home of the respective Ambassadors and Ministers) the subjects of each of the two Parties, residing in the Dominions of the other, shall have the privilege of remaining, and continuing their trade therein, without any manner of interruption, so long as they behave peaceably, and commit no offence against the laws and ordinances; and in case their conduct should render them suspected, and the respective Governments should be obliged to remove, the term of twelve months shall be allowed them for that purpose, in order that they may retire with their effects and property, whether entrusted to individuals, or to the State.

At the same time it is to be understood that this favour is not to be extended to those who shall act in any manner contrary to the established laws.

XXXII. It is agreed and stipulated by the High Contracting Parties, that the Present Treaty shall be unlimited in point of duration, that the obligations and conditions expressed or implied in it shall be perpetual and immutable; and they shall not be changed or affected in any manner in case His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, His Heirs or Successors, should again establish the seat of the Portuguese Monarchy within the European Dominions of that Crown.

XXXIII. But the two High Contracting Parties do reserve to themselves the right of jointly examining and revising the several Articles of this Treaty at the expiration of fifteen years, counted in the first instance from the date of the exchange of the ratifications theoreof*), and of then proposing, discussing and making such amendments or additions, as the real interests of their respective subjects may seem to require. It being understood that any stipulation which at the period of revision of the Treaty shall be objected to by either of the High Contracting Parties, shall be considered as suspended in its operation until the discussion concerning that stipulation shall be terminated, due notice being previously given to the other Contracting Party of the in-

*) Les dites Ratifications ont été échangées à Londres le 19. Juin 1810.

tended suspension of such stipulation, for the purpose of avoiding mutual inconvenience.

XXXIV. The several stipulations and conditions of the present Treaty shall begin to have effect from the date of His Britannic Majesty's ratification thereof: and the mutual exchange of ratifications shall take place in the City of London, within the space of four months, or sooner, if possible to be computed from the day of the signature of the present Treaty.

In witness whereof, we, the undersigned Plenipotentiaries of His Britannic Majesty and of His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, in virtue of our respective full powers, have signed the present Treaty with our hands, and have caused the seals of our arms to be set thereto.

Done in the City of Rio de Janeiro, on the 19th day of February, in the year of our Lord 1810.

Signed: (L. S.) *Strangford.*
(L. S.) *Conde de Linhares.*

Declaration.

The undersigned, His Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, at the moment of exchanging with the Chevalier de Souza Couttinho Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary from His Royal Highness the Prince Regent of Portugal, the ratifications of the Treaty of Commerce signed at Rio de Janeiro on the 19th of February 1810, by Lord Viscount Strangford, on the part of His Majesty and by the Conde de Linhares, on the part of His Royal Highness the Prince Regent, has been commanded by His Majesty, in order to avoid any misunderstanding which might possibly arise in the execution of that part of the fifth Article of the said Treaty, wherein it is defined what ships shall be considered as entitled to the privileges of British ships, to declare to the Chevalier de Souza Couttinho, that in addition to the qualifications therein expressed, such other ships will likewise be entitled to be considered as British ships which shall have been captured from the enemy by His Majesty's ships of war, or by subjects of His Majesty furnished with letters of marque by the Lords Commissioners of the Admiralty, and regularly condemned in one of His Majesty's Prize Courts as a lawful prize, in the same manner as ships captured from the enemy by the ships of Portugal, and condemned under similar circumstances, are, by the subsequent paragraph of the aforementioned Article of the said Treaty, to be considered as Portuguese ships.

The undersigned requests the Chevalier de Souza Couttinho to accept the assurances of his high consideration.

London. Foreign Office, 17th June 1810.

Signed: *Wellesley,*

The Chevalier de Souza Couttinho, etc. etc. etc.

Traité de la Quadruple alliance

ou convention entre la Grande-Bretagne, la France, l'Espagne et le Portugal,

conclue à

LONDRES,

le 22. Avril 1834.

Sa Majesté la Reine-Régente d'Espagne, pendant la minorité de sa fille Isabelle II, Reine d'Espagne et Sa Majesté impériale le Duc de Bragance, Régent des royaumes de Portugal et des Algarves, au nom de la Reine Dona Maria II;

Intimement convaincues que les intérêts et la sûreté des deux couronnes exigent l'emploi immédiat et vigoureux des efforts réciproques pour terminer les hostilités qui si, d'abord, elles eurent pour but de renverser le trône de S. M. portugaise, fournissent aujourd'hui appui et protection aux sujets et mécontens du royaume d'Espagne; desirant, les dites Majestés, pourvoir à la fois aux moyens nécessaires pour rétablir la paix et le bonheur intérieur, et resserrer sur des bases réciproques et solides l'avenir des deux états, sont convenues de réunir leurs forces dans le but d'obliger l'Infant Don Carlos d'Espagne et l'Infant Don Miguel de Portugal à quitter les domaines de ce dernier royaume.

En conséquence de ces conventions, leurs Majestés régentes se sont adressées aux Majestés le Roi des Français et le Roi de la Grande-Bretagne et d'Irlande. Ces deux derniers princes considérant l'intérêt qu'ils doivent toujours prendre à la sûreté de la monarchie espagnole, et animés du plus ardent désir de contribuer à l'établissement de la paix, tant péninsulaire qu'européenne, et Sa Majesté Britannique, considérant, en outre, les obligations spéciales qui émanent de son ancienne alliance avec le Portugal, ont consenti d'agir comme *parties* dans le dit traité.

A cet effet, ces Majestés ont nommé leurs plénipotentiaires dans l'ordre suivant:

S. M. la Reine-Régente d'Espagne, don Manuel Pardo Fernandez de Pinedo, Conde de Villa-Paterna y de Florida-Blanca, son ministre plénipotentiaire près S. M. B.;

S. M. le Roi des Français, le duc de Talleyrand, son ambassadeur à la cour de Londres;

S. M. le Roi de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le vicomte Palmerston, son ministre des relations extérieures;

S. M. I. le Duc de Bragance, don Christobal-Pedro de Moraes Sarmento, son envoyé extraordinaire à la cour de Londres;

Et les plénipotentiaires sont convenus des Articles suivans:

Art. I. S. M. I. le Duc de Bragance, au nom de la Reine Dona Maria II, s'oblige à mettre en action tous les moyens qui sont en son pouvoir pour chasser l'Infant Don Carlos des domaines portugais.

Art. II. S. M. la Reine d'Espagne, priée et invitée par S. M. I. le Duc de Bragance, ayant en outre de très justes et de très graves reproches contre l'Infant Don Miguel, pour le soutien qu'il a prêté à l'Infant Don Carlos d'Espagne, s'engage à faire entrer, sur le territoire portugais, le nombre de troupes espagnoles suffisant et nécessaire, pour coopérer, avec celles de S. M. I. à la sortie de Don Carlos d'Espagne et de Don Miguel du territoire portugais, s'engageant en outre, la Reine d'Espagne, à entretenir, pour son compte et sans aucun frais de la part du Portugal, les troupes espagnoles, lesquelles troupes seront reçues et traitées partout, de même que les troupes de S. M. I. le Duc de Bragance, et S. M. s'oblige à faire retirer ses troupes du territoire portugais dès l'instant que l'expulsion des dits Infants sera accomplie, et lorsque la présence de ces troupes ne sera point demandée par S. M. fidélissime portugaise.

Art. III. S. M. le Roi de la Grande-Bretagne s'engage à coopérer, en employant une force navale pour seconder les opérations et déterminations nécessaires d'après le présent traité.

Art. IV. Dans le cas où la coopération de la France serait jugée nécessaire par les hautes parties contractantes, S. M. le Roi des Français s'engage à faire tout ce que lui et ses très augustes alliés détermineront d'un commun accord.

Art. V. Les hautes parties contractantes sont convenues qu'en conséquence des attributions contenues dans les précédens articles, on procédera immédiatement à faire une déclaration annonçant à la nation portugaise les principes et le but du présent traité, et S. M. I. le Duc de Bragance, animé du sincère désir d'effacer tout souvenir du passé, et désirant réunir autour du trône de sa fille la nation entière, déclare son intention de publier une amnistie complète et générale en faveur de tous les sujets de S. M. F., qui, dans un temps qu'on déterminera, rentreront dans l'obéissance; et le dit Régent déclare aussi son intention d'assurer à l'Infant Don Miguel, aussitôt qu'il sera

hors des états portugais et espagnols, une rente correspondant à son rang et à sa naissance.

Art. VI. S. M. la Reine d'Espagne, en vertu du présent article, déclare son intention d'assurer à l'Infant Don Carlos, aussitôt qu'il sera sorti des domaines espagnols et portugais, une rente correspondant à son rang et à sa naissance.

Art. VII. Le présent traité sera ratifié, et ses ratifications seront échangées à Londres dans un mois, ou avant s'il était possible.

En foi de quoi les quatre plénipotentiaires ci-dessus ont signé et scellé à Londres, le 22. Avril 1834.

Florida-Blanca, *Talleyrand*, *Palmerston* et *Moraes Sarmento*.

Articles additionels au Traité de la Quadruple-Alliance,

signés le 18. Août 1834.

Art. I. S. M. le Roi des Français s'engage à prendre, dans la partie de ses Etats qui avoisine l'Espagne, les mesures les mieux calculées pour empêcher qu'aucune espèce de secours en hommes, armes ou munitions de guerre ne soient envoyés du territoire français aux insurgés en Espagne.

Art. II. S. M. le Roi du Royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande s'engage à fournir à S. Maj. Cathol. tous les secours d'armes et de munitions de guerre que S. M. C. pourra réclamer, et en outre à l'assister avec des forces navales si cela est nécessaire.

Articles additionels

en date du 18. Août 1834.

S. M. le Roi des Français, S. M. la Reine-Régente d'Espagne pendant la minorité de sa fille, la Reine Donna Isabelle II, S. M. le Roi du Royaume-uni de la Grande-Bretagne et S. M. Impériale le Duc de Bragance, Régent du royaume de Portugal et des Algarves, au nom de la Reine Donna Maria II, hautes Parties contractantes au Traité du 22. Avril 1834, ayant porté leur sérieuse attention sur les évènemens récens qui ont eu lieu dans la Péninsule, et étant profondement convaincues que, dans ce nouvel état des choses, de nouvelles mesures sont devenues nécessaires pour atteindre complètement le but du dit Traité;

Les Soussignés, Charles Maurice de Talleyrand, Ambassadeur extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de S. M. le Roi des Français près S. M. Britannique;

Don Manuel-Pando-Fernandez de Pinedo, Alava y Davila, Marquis de Miraflores, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de S. M. catholique près S. M. Britannique;

Henri Jean, Vicomte Palmerston, Baron Temple, principal Secrétaire d'état de S. M. Britannique pour les affaires étrangères;

Christophe-Pierre de Moraes Sarmento, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de S. M. très fidèle près S. M. Britannique;

Etant munis de l'autorisation de leurs gouvernemens respectifs, sont convenus des articles suivans additionnels au Traité du 22. Avril 1834:

Art. I. S. M. le Roi des Français s'engage à prendre, dans la partie de ses Etats qui avoisine l'Espagne, les mesures les mieux calculées pour empêcher qu'aucune espèce de secours en hommes, armes ou munitions de guerre soient envoyés du territoire français aux insurgés en Espagne.

Art. II. S. M. le Roi du Royaume de la Grande-Bretagne et d'Irlande s'engage à fournir à S. M. catholique tous les secours d'armes et de munitions de guerre que S. M. catholique pourra reclamer, et en outre, à l'assister avec des forces navales si cela devient nécessaire.

Art. III. S. M. Impériale le Duc de Bragance, Régent de Portugal et des Algarves, au nom de la Reine Donna Maria II, partageant complètement les sentimens de ses augustes alliés, et désirant reconnaître par un juste retour les engagemens contractés par S. M. la Reine-Régente d'Espagne, dans le deuxième article du Traité du 22. Avril 1834, s'oblige à prêter assistance, si la nécessité s'en présentait, à S. M. catholique, par tous les moyens qui seraient en son pouvoir, d'après la forme et la manière qui seraient convenues ensuite entre leurs dites Majestés.

Art. IV. Les articles ci-dessus auront la même force et le même effet que s'ils avaient été insérés mot pour mot dans le Traité du 22. Avril 1834, et seront considérés comme faisant partie du dit Traité; ils seront ratifiés et les ratifications en seront échangées dans le délai de quarante jours ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs les ont signés, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Londres, le 18. du mois d'Août 1834.

(L. S.) *Talleyrand.* (L. S.) *Miraflores.*
(L. S.) *Palmerston.* (L. S.) *C. P. de Moraes Sarmento.*

Protestation de Don Miguel de Portugal,

au sujet des évènemens dans ce Royaume,
datée de Gênes le 20. Juin 1834.

Ensuite des évènemens qui m'ont contraint de quitter mes états de Portugal et d'abandonner provisoirement l'exercice de mon pouvoir, l'honneur de ma personne, l'intérêt de mes fidèles sujets, tout motif enfin de justice et de convenance m'oblige de protestor ainsi que je proteste en face de

l'Europe entière au sujet des susdits évènemens et contre toute innovation quelconque, que le gouvernement actuellement existant à Lisbonne aurait faite ou ferait à l'avenir, contraire aux lois fondamentales du royaume.

D'après ce que je viens d'exposer, il est facile de juger que mon acquiescement à tout ce qui me fut imposé par les forces prépondérantes confiées aux généraux des deux gouvernemens actuellement existans à Madrid et à Lisbonne, d'accord avec deux grandes puissances, n'a été que purement provisoire, et n'a eu pour objet que d'éviter à mes sujets de Portugal le malheur dont la juste résistance que j'aurais pu y opposer, n'aurait pu les préserver, ayant été surpris par une attaque imprévue, à laquelle on ne devait jamais s'attendre de la part d'une puissance non seulement amie, mais alliée.

C'est par ces motifs que je m'étais fortement proposé, dès-lors, qu'aussitôt qu'il serait en mon pouvoir de faire connaître, comme il était de mon honneur et de mon devoir, à toutes les puissances de l'Europe, l'injustice de l'agression contre mes droits et contre ma personne, de protester et de déclarer, comme je proteste et déclare à présent, me trouvant en pleine liberté, contre la capitulation du 26. Mai, qui m'a été proposée par le gouvernement actuellement existant à Lisbonne; acte auquel j'ai été forcé pour prévenir de plus grands malheurs et l'effusion du sang de mes fidèles sujets. Cette capitulation doit, en conséquence, être regardée comme de nulle valeur.

Gênes le 20. Juin 1834.

VII.

BELGIEN UND HOLLAND.

Belgien und Holland.

Die Niederlande gehörten seit dem Vertrag zu Verdün 843, wo sie an Lothar fielen, zu Lothringen. Kaiser Otto II. theilte Lothringen in Ober- und Niederlothringen, welches letztere die Niederlande in sich faßte, und setzte beiden Theilen Herzoge vor. Unter diesen Herzogen thaten sich auch andere Dynasten als Herzoge und Grafen auf und machten sich fast völlig unabhängig; Holland, Seeland, Hennegau, Namur, Flandern ꝛc. wurden von Grafen, das eigentliche Niederlothringen oder Brabant, Luxemburg, Limburg, Geldern von Herzogen regiert; daneben umfaßte auch das Bisthum Utrecht ein ansehnliches Gebiet. Im Jahr 1383 fiel die Grafschaft Flandern an das Haus **Burgund**, welches sich in den folgenden Jahren durch Kauf, Heirath und Gewalt in den Besitz der gesammten Niederlande setzte (mit Ausnahme der Besitzungen der Bischöfe von Lüttich und Utrecht), aber mit diesen Gebietstheilen dem deutschen Kaiser lehnbar war. Mit dem Tode Karl's, des Kühnen, bei Nancy (1477) zerfiel das burgundische Reich; Frankreich zog das eigentliche Burgund, Artois und die Franche Comté als französische Mannslehen ein, die Niederlande fielen an Karl's, des Kühnen, Tochter Maria. Durch die Vermählung Maria's mit dem Erzherzog, nachmaligem Kaiser Maximilian I. (1477) kamen die Niederlande an **Oestreich**. Maximilian hatte von der burgundischen Maria, welche schon 1482 starb, zwei Kinder, Philipp und Margarethe. Philipp I. trat 1493 die Regierung der Niederlande an, vermählte sich 1499 mit Johanna (der Tochter Ferdinand's, des Katholischen, von Arragonien und Isabella's von Castilien), starb 1506 und hinterließ einen Sohn Karl, den nachmaligen Kaiser Karl V. Die Vormundschaft über den jungen Karl führte seine Tante Margarethe, die mit dem Infanten Johann, dem muthmaßlichen Thronerben Spanien's, vermählt gewesen war, welcher 1500 kinderlos starb. Der junge Karl (geb. 1500) folgte seinem mütterlichen Großvater 1516 als König von Spanien und Neapel unter dem Namen Karl I.; die Regierung in den

Niederlanden hatte er 1515 als Karl II. angetreten, überließ sie aber seiner Tante Margarethe als Statthalterin; nach dem Tode seines Großvaters Maximilian 1519 wurde er als Karl V. zum deutschen Kaiser gewählt. Karl erwarb durch Kauf die weltlichen Rechte des Bisthums Utrecht, das Herzogthum Geldern ꝛc. und vereinigte 1548 durch die pragmatische Sanction alle 17 Provinzen (seit 1512 unter dem Namen des burgundischen Kreises zum deutschen Reiche gehörig) auf ewig unzertrennt, erblich nach dem Rechte der Erstgeburt, mit **Spanien.** Diese 17 Provinzen waren: Brabant, Limburg, Luxemburg, Flandern, Geldern, Holland, Hennegau, Artois, Namour, Mecheln, Utrecht, Friesland, Zütphen, Oberyssel, Drenthe, Gröningen, Zeeland. Als die Statthalterin Margarethe 1530 gestorben war, setzte Karl seine Schwester Maria an ihre Stelle, 1555 übergab er die Regierung der Niederlande seinem Sohne Philipp II. Dieser verließ 1559 die Niederlande für immer und bekleidete anfangs den Herzog Philibert von Savoyen, und als dieser die Regierung von Savoyen antrat, Karl's V. natürliche Tochter, die Herzogin Margarethe von Parma, unter Beirath des Cardinal's Granvella, Erzbischofs von Mecheln, mit der Statthalterschaft. Am 4. Nov. 1565 begann die niederländische Revolution gegen die spanische Herrschaft mit dem sogenannten Compromiß, einem Bunde des niederländischen Adels (Geusen), der zunächst gegen die Inquisition gerichtet war. Als die Statthalterin jetzt die religiösen Edikte milderte, brachen die Protestanten los und zerstörten viele katholische Kirchen, worauf wieder die alte grausame Härte folgte mit Hinrichtung der Protestanten und Verwüstung ihrer Kirchen. Im Jahr 1567 rückte Alba mit 10,000 Spaniern in das Land, in demselben Jahre legt Margarethe ihr Amt nieder und reiste ab, das Inquisitionsgericht in Spanien hatte die ganze niederländische Nation der beleidigten Majestät für schuldig, dem Tode verfallen, ihrer Güter verlustig erklärt; Alba ließ in den 6 Jahren seiner Regierung 18,000 Menschen hinrichten; die eingezogenen Güter brachten dem König von Spanien jährlich 20 Millionen Thaler ein. Alba bekleidete die Statthalterschaft bis 1573. Im Jahr 1568 beginnt Wilhelm von Oranien, früher königlicher Statthalter von Holland, Zeeland und Utrecht, jetzt geächtet, mit einer aus Niederländern und Deutschen bestehenden Armee den offenen Kampf gegen die spanische Herrschaft, die Provinzen von Holland, Zeeland und Utrecht erklären ihn auf der Versammlung zu Dortrecht am 15. Juli 1572 wieder zu ihrem königlichen Statthalter und legen damit den ersten Grund zur Bildung der Generalstaaten; von jetzt an gewinnt der Aufstand eine regelmäßige Gestalt und die Form eines rechtmäßigen Krieges; Alba fordert 1573 seine Entlassung und wird durch den Statthalter von Mailand Louis von Requesenz y Zuniga ersetzt; 1575 bieten die verbündeten Provinzen England, 1576 Frankreich ihre Unterwerfung an; beide Regierungen geben ausweichende Antworten; 1576

ſtirbt Requeſenz und die ſpaniſchen Truppen empören ſich wegen rückſtändigen Soldes, worauf ſich in der Genter Pacification (1576) den ſieben nördlichen Provinzen auch noch Brabant, Flandern, Lille, Valenciennes, Douai, Hennegau, Namur, Orchies, Mecheln und Utrecht, im Jahr 1578 auch Gröningen und Friesland zur Vertreibung der Spanier anſchließen. Jetzt nimmt die Königin Eliſabeth von England offen Partei für die Niederländer. An Requeſenz Stelle wird 1576 Don Juan d'Auſtria, Philipp's II. Bruder, Generalſtatthalter der Niederlande, dagegen wählen die brabanter Stände den Wilhelm von Oranien, der brabanter Adel (weil Wilhelm proteſtantiſch war) den Erzherzog Matthias, nachmaligen Kaiſer, Philipp's II. Neffen. Stände und Adel von Brabant vereinigen ſich dahin, daß Wilhelm dem Matthias als Verweſer beigegeben wird; neben beiden behauptet ſich Juan d'Auſtria in Luxemburg und Namur. Im Jahr 1578 bewilligt die engliſche Königin Eliſabeth 6000 Mann Hülfstruppen und eine Anleihe; es kommt aber unter den Niederländern ſelbſt zu einem Religionskrieg, da ſich die Calviniſten Uebergriffe erlauben und katholiſche Obrigkeiten verjagen, worauf ſich unter den Katholiken die Partei der Malcontenten bildet. In demſelben Jahre 1578 ſtirbt Juan d'Auſtria, es folgt ihm Alexander Farneſe, Herzog von Parma, der mit ſpaniſchen und deutſchen Truppen erſchienen war, als ſpaniſcher Oberſtatthalter. Dieſer ſucht den Kampf der Proteſtanten und Katholiken zu nähren; 1579 am 5. Jan. ſchließen die Provinzen Artois, Douai und Hennegau ein Bündniß, die Freiheit zwar aufrecht zu erhalten, aber die proteſtantiſche Religion nicht zu dulden; dagegen gründet Wilhelm von Oranien am 23. Jan. 1579 die utrechter Union für die Erhaltung der alten Freiheiten und Erringung der Religionsfreiheit; dieſe Union bringt die Provinzen Geldern, Holland, Seeland, Utrecht, Ober-Yſſel, Friesland, Gröningen und Drenthe in ſehr nahe Verbindung und bildet das Fundamentalgeſetz des nachherigen Staates der ſieben vereinigten Provinzen, der von Holland, der bedeutendſten dieſer Provinzen, auch ſchlechthin Holland genannt wurde; Drenthe war nicht ſtimmfähig und zählte daher nicht mit. Jetzt ſchließen die katholiſchen Provinzen (Sept. 1579) mit den Spaniern den Vergleich zu Mons und vereinigen ihre Truppen mit den ſpaniſchen; dagegen ſichern ſich die proteſtantiſchen den Beiſtand Frankreichs, mit dem ſie am 19. Sept. 1580 den Vertrag von Pleſſis le Tour ſchließen, der am 21. Jan. 1581 von beiden Theilen zu Bourdeaux beſchworen wird. Nach dieſem Vertrage wird der Herzog von Anjou, unter der Bedingung, daß er die Religionsfreiheit und die alten Rechte aufrecht erhalte und den Krieg gegen Spanien auf eigene Koſten, jedoch von niederländiſchen Hülfsgeldern unterſtützt, führe, erblicher Oberſtatthalter; Erzherzog Matthias legt ſeine Würde jetzt nieder und kehrt nach Deutſchland zurück; die Provinzen Holland, Seeland, Friesland, Flandern, Brabant

und Geldern mit Zütphen aber erklären am 26. Mai 1581, daß der König Philipp II. aufgehört habe, im Besitze der Niederlande zu sein. Am 19. Febr. 1582 wird dem Herzog Franz von Anjou zu Antwerpen als Herzog von Brabant gehuldigt; die Provinzen Holland, Zeeland und Utrecht jedoch erkennen den Prinzen Wilhelm von Oranien als ihren Regenten an. Anjou, mit dem die Niederländer sehr unzufrieden waren, kehrte schon 1584 (nach Vertrag vom 28. Juni) wieder nach Frankreich zurück. Wilhelm von Oranien wird am 10. Juli 1584 zu Delft von Gerard erschossen und die Stände von Holland übertragen seinem zweiten Sohne, dem Grafen Moritz von Nassau-Oranien, 1584 die oberste Leitung des Staatsrathes, im November 1585 die Statthalterschaft von Holland und Zeeland; Oberstatthalter wird Graf Leicester, der im November 1585 mit englischen Hülfstruppen angekommen war. Als Leicester im Dezember 1587 seine Oberstatthalterschaft niederlegt, wird Moritz von Nassau-Oranien auch Statthalter zu Utrecht, Geldern und Oberyssel. Die Statthalter waren mit der executiven Gewalt der Provinzen bekeidet. Jede Provinz nämlich hatte ihre aus Abgeordneten des Adels und der Städte bestehenden Stände, welche die Regierung führten und an ihre Spitze einen Präsidenten stellten, welcher Pensionär, Syndicus oder Advocat hieß. Die Executive wurde von jeder einzelnen Provinz oder von einigen Verbündeten zusammen einem Statthalter übertragen. Aus ihrer Mitte sandten die vermöge der utrechter Union vereinigten sieben Provinzen je einen lebenslänglichen Abgeordneten zu einer gemeinsamen Oberbehörde, den Generalstaaten, deren executive Gewalt einem General-Statthalter übertragen war. Die innere Verwaltung der Provinzen hatten die Provinzialstände, welche aus dem Adel und den städtischen Magistraten zusammengesetzt waren; die Generalstaaten (seit 1593 saßen sie fast immerwährend in Haag) hatten es vornehmlich mit dem Krieg und den auswärtigen Verhältnissen zu thun. Die Statthalter wurden gewöhnlich aus dem um jene Provinzen verdienten Hause Nassau gewählt. — Nach Alexander Farnese's Tod (1592) wird für die Niederlande der Graf Peter Ernst von Mansfeld zum spanischen Statthalter ernannt, aber schon 1594 durch den Erzherzog Ernst abgelöst; dieser stirbt 1596 und wird durch Fuentes ersetzt. In demselben Jahre 1596 schließen die Niederlande eine Allianz mit König Heinrich IV. von Frankreich, zerstören, im Verein mit der englischen Flotte, die spanische und nehmen Cadix; das Bündniß mit Frankreich löst sich jedoch schon 1598, wo Frankreich mit Spanien zu Vervins Frieden schließt. Im Jahr 1598 endlich hört das spanische Regiment auf, da Philipp II. die Niederlande seiner Tochter Isabella Klara Eugenia abtritt, die sich mit dem Erzherzog Albert vermählt; doch dauert der Krieg der Spanier fort. Der spanische König Philipp II. stirbt in demselben Jahre (3. Sept. 1598) und es folgt ihm sein Sohn Philipp III. Da dieser den Niederländern den Handel in Spanien untersagt und ihre Schiffe confiscirt, so nehmen sie viele spanische Colonien

weg und gründen am 20. März 1602 die ostindisch-holländische Handelsgesellschaft. Ostende dagegen muß sich nach dreijähriger hartnäckiger Vertheidigung am 2. Sept. 1604 an den spanischen General Spinola ergeben. Endlich kommt im April 1607 zwischen den Niederlanden und Spanien ein Waffenstillstand vorläufig auf 8 Monate, dann, nachdem derselbe wiederholt erneuert worden, am 9. April 1609 auf zwölf Jahre zu Stande; derselbe erkennt jedoch die Unabhängigkeit der Niederlande von Spanien noch nicht an, obgleich die Generalstaaten mit anderen Mächten, wie ein völlig unabhängiger Staat, Bündnisse schließen. Nachdem der Krieg aufgehört, beginnen in den Generalstaaten die Zwistigkeiten zwischen den Patrioten, welche eine republikanische Regierung ohne Fürsten, und den Orangisten, welche den Prinzen Moritz von Nassau als erblichen, wenn auch in der Gewalt beschränkten Regenten an die Spitze des Staates gestellt wissen wollen, und die Kämpfe der religiösen Parteien, der Arminianer und Gomaristen. Den Arminianismus verurtheilte die Synode von Dortrecht (1619). Im Jahr 1621 sterben der König Philipp III. von Spanien und der Erzherzog Albert; seine Gemahlin Eugenie geht in ein Kloster; in demselben Jahre lauft auch der Waffenstillstand ab. Philipp IV. beginnt den Krieg durch seinen General Spinola von Neuem; die Generalstaaten nahmen den Herzog Christian von Braunschweig und den Grafen Ernst von Mansfeld in ihre Dienste. Moritz von Nassau-Oranien stirbt 1625 in Haag, ohne eheliche Nachkommen zu hinterlassen; in Holland, Zeeland, Utrecht, Geldern und Oberyssel folgt ihm als Statthalter sein Bruder Friedrich Heinrich von Nassau-Oranien, in Gröningen und Drenthe aber der Statthalter von Friesland Ernst Kasimir von Nassau-Dietz, und als dieser 1632 bei der Belagerung von Roermonde um's Leben gekommen, dessen Sohn Heinrich Kasimir. Als die Wittwe Eugenie 1633 mit Tod abgeht, sollen die gesammten Niederlande nach den spanischen Verträgen wieder an Spanien zurückfallen; König Philipp IV. sendet 1634 seinen Bruder, den Cardinal-Infanten Ferdinand mit einem Heere als Oberstatthalter; in derselben Zeit bereitete aber eine Verschwörung in den katholischen Provinzen einen Abfall von Spanien und Anschluß an das Bündniß der Generalstaaten vor; letztere schließen ein neues Bündniß mit Frankreich auf sieben Jahre, worauf die Franzosen den Krieg gegen die Spanier in den katholischen Provinzen beginnen. Der Statthalter Friedrich Heinrich stirbt 1647, und es folgt ihm sein zweiter Sohn Wilhelm II. 1648; in den katholischen Niederlanden waren auf den Infanten Ferdinand 1641 Franzesco de Melo, 1644 Castel Rodrigo, 1648 der Erzherzog Leopold Wilhelm als spanische Oberstatthalter gefolgt. Endlich kommt auf dem westphälischen Friedenscongreß am 30. Juni 1648 auch der definitive Friede zwischen den Niederlanden und Spanien zu Stande. Deutschland ließ in diesem Frieden seine Ansprüche auf Niederland, als zum burgundischen Kreis gehörig, fallen.

Die südlichen, katholischen Provinzen mit der Hauptstadt Brüssel blieben, wie bisher, im Besitze Spanien's. Die sieben vereinigten nördlichen Provinzen mit Drenthe wurden von Spanien als unabhängiger Staat anerkannt; sie blieben auch im Besitz der den Spaniern abgenommenen Colonien in Ost- und Westindien und behielten sogar die Gebietstheile der spanischen Niederlande, welche sie inne hatten, nämlich Mästricht in Brabant, die größere Hälfte der Provinz Limburg, mehrere Ortschaften in Flandern, Breda und einige andere Orte.

Nach dem achtzigjährigen Kampfe zwischen den Niederländern und Spaniern erscheinen also die **Niederlande** in **zwei völlig geschiedene** und als solche auch von der gesammten europäischen Politik behandelte **Staaten** getheilt. Den einen dieser Staaten bilden die oben genannten sieben nördlichen Provinzen, welche von ihrer gemeinsamen Centralstelle, die sie gegen Außen vertritt, auch **Generalstaaten**, oder von der bedeutendsten und mächtigsten Provinz **Holland** heißen. Sie sind überwiegend protestantisch; an ihrer Spitze steht, jedoch mit Unterbrechungen, ein gewählter Generalstatthalter aus dem Hause Nassau-Oranien, der mit Wilhelm III. erblich wird. Den zweiten Staat bilden die katholischen südlichen Provinzen (Brabant, Flandern, Luxemburg, Namur, Hennegau). Dieser Staat ist nicht unabhängig, sondern gehört zu Spanien und wird durch spanische Statthalter regiert. Bei der zunehmenden Schwäche der spanischen Monarchie ist er häufigen Anfällen der französischen Eroberungssucht ausgesetzt. Als die Habsburger auf dem spanischen Thron aussterben, kommen 1715 diese **spanischen Niederlande** (der Name **Belgien** kommt erst 1790 wieder in Gebrauch) an Oestreich. Es wird nöthig sein, daß wir die wichtigsten Regierungsveränderungen in beiden Staaten getrennt andeuten.

Holland entwickelt sich in dem jetzt folgenden Zeitraum zu hoher Blüthe und wird sogar der Mittelpunkt der diplomatischen Verhandlungen Europa's. Der Statthalter Wilhelm II. von Nassau-Oranien, welcher nach souveräner Herrschaft strebte und deßhalb mit den Ständen zerfiel, starb 1650; die sogenannte „große Versammlung" der Generalstaaten (1651) ernannte keinen Statthalter mehr, sondern übertrug die oberste Leitung der Kriegsangelegenheiten einem Staatsrath; 1654 wurde das Haus Oranien auf Betrieb Cromwell's, da es mit dem englischen Hause nahe verwandt sei, von jedem Antheil an der Regierung förmlich ausgeschlossen, worauf sodann der Friede mit England zu Stande kam; doch hielt sich das Haus Oranien in Friesland und Gröningen. Als Karl II. in England zur Regierung kam, erklärte er den Generalstaaten den Krieg; auch der Bischof von Münster fiel, angeblich zu Gunsten des Hauses Oranien, in ihr Gebiet ein, worauf die Republik den jungen Wilhelm von Oranien, Sohn Wilhelm's II., wieder als Kind des Staates anerkannte; mit dem Bischof von Münster wurde 1666, mit England zu Breda 1667 Friede geschlossen. Im Jahr 1670 entwarf

Ludwig XIV. mit Karl II. von England den geheimen Plan, die gesammten Niederlande zu theilen, beide erklärten im Vereine mit dem Kurfürsten von Köln und dem Bischof von Münster der Republik den Krieg; die Generalstaaten erwählten jetzt den Prinzen **Wilhelm** von Nassau-Oranien zum Generalcapitän und Oberadmiral, die beiden bisherigen Hauptlenker der Republik, die Brüder Johann und Cornelius de Witt, ersterer Großpensionär, letzterer Bürgermeister von Dortrecht, Gegner der Oranier, wurden 1672 in einem Aufstand ermordet und Wilhelm III. von Nassau-Oranien zum Statthalter von Holland, Zeeland, Geldern, Oberyssel und Utrecht erklärt; in Friesland und Gröningen blieb der bisherige Statthalter Johann Casimir von Nassau-Dietz. Im Jahr 1674 ertheilten die Stände obiger Provinzen dem Prinzen **Wilhelm** III. die Würde eines **Statthalters**, Generalcapitäns und Generaladmirals **erblich** für seine männlichen Nachkommen; Geldern bot ihm die volle Landeshoheit und Herzogswürde an, was aber Widerstand fand. Wenige Jahre darauf (1677) vermählte sich Wilhelm III. mit der englischen Prinzessin Maria, Tochter des Herzogs v. York und nachmaligen Königs Jacob II. von England, was ihm elf Jahre später die Krone von England verschaffte; denn von den Engländern gerufen, landete er mit einem holländischen Heere 1688 an der englischen Küste, und am 23. Febr. 1689 wurde Jacob II. für entthront, Wilhelm's Gemahlin Maria zur Königin, er selbst zum König von England erklärt. Wilhelm III. bestieg jetzt den englischen Thron, blieb aber auch Generalstatthalter in den fünf westlichen Provinzen der Generalstaaten; in Gröningen, Friesland und Drenthe dagegen war auf den Fürsten Heinrich Kasimir der Fürst Johann Wilhelm Friso von Nassau-Dietz gefolgt. Als Wilhelm III. am 19. März 1702 kinderlos starb, bemühte sich der Fürst Johann Wilhelm Friso, auch die Statthalterschaft in den fünf westlichen Provinzen zu erhalten, was Wilhelm III. selbst bei seinen Lebzeiten gewünscht hatte; allein die Stände gaben es nicht zu, schafften die Statthalterschaft ganz ab und übertrugen die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten einem Groß- oder Rathspensionär (damals Heinsius bis 1720). Wilhelm III. hatte in seinem Testament seinen Vetter, den Prinzen Johann Wilhelm Friso von Nassau-Dietz zum alleinigen Erben eingesetzt, er war der nächste Agnat des Königs, da er in directer Linie von dem jüngeren Bruder Wilhelm's I. abstammte. Dagegen machten auch die Fürsten von Nassau-Siegen und ganz besonders der König von Preußen Friedrich I. Ansprüche auf die deutschen Besitzungen (Mörs und Lingen) des oranischen Hauses und auf das Fürstenthum Oranien selbst, letzterer, weil sein mütterlicher Großvater, der Prinz Friedrich Heinrich von Oranien in seinem Testament bestimmt hatte, daß für den Fall des Aussterbens der Linie seines Vaters, Wilhelm's II., die Linie seiner Tochter Luise (Mutter des Königs von Preußen) folgen sollte. Der deutsche Kaiser und Frankreich entschieden sich für Preußen, welches sodann im utrechter

Frieden 1713 das Fürstenthum Oranien an Frankreich abtrat. Der Fürst Johann Wilhelm Friso von **Nassau-Dietz** protestirte ohne Erfolg, **nahm** aber jetzt wenigstens den **Titel** von **Nassau-Oranien** an, den das Haus noch jetzt führt*); er ertrank den 14. Juli 1712. Sein erst nach dem Tode des Vaters, am 1. Sept. 1712 geborener Sohn Wilhelm Karl Heinrich Friso, Erbstatthalter von Friesland, wurde unter dem Namen Wilhelm als ein siebenjähriger Knabe 1718 zum Statthalter von Gröningen, 1722 zum Statthalter von Drenthe und Geldern gewählt, und verstärkte die Macht der oranischen Partei in den Generalstaaten durch seine 1733 vollzogene Verheirathung mit der Tochter des englischen Königs Georg II. Seine Partei benützte die Kriegsverhältnisse mit Frankreich, um dem Volke die Nothwendigkeit darzuthun, in dem Prinzen Wilhelm dem Hause Oranien wieder die Generalstatthalterwürde zu übertragen, und so wurde dieser Wilhelm IV. nach und nach auch in den übrigen Provinzen zum Statthalter, Generalcapitän und Generaladmiral ernannt, und 1748 wurde die **Generalstatthalterwürde** der sieben Provinzen in dem **Hause Wilhelm's** IV. in männlicher und weiblicher Linie für **erblich** erklärt; 1749 wurde derselben auch die Verwaltung der im westphälischen Frieden von den spanischen Niederlanden den Generalstaaten abgetretenen Theile Flanderns und Brabants (der sogenannten Generalitätslande) zugesprochen, ebenso das Directorium der westindischen und ostindischen Handelscompagnie. Wilhelm IV., der auch sämmtliche vier Landestheile des nassau-ottonischen Stammes, Hadamar, Siegen, Dillenburg und Dietz, an seine, die dietz'sche Linie gebracht hatte, starb 1751. Sein erst dreijähriger Sohn Wilhelm V. stand anfangs unter der Vormundschaft seiner Mutter Anna, die 1759 starb, von da an unter der Vormundschaft der Generalstaaten selbst, trat 1766 die Regierung an und vermählte sich in demselben Jahre mit der Prinzessin Friederike Sophie Wilhelmine von Preußen, Schwester des nachmaligen Königs Friedrich Wilhelm II. Seine Mutter hatte sich als Vormünderin den Prinzen Ludwig von Braunschweig-Wolfenbüttel zum Beistand erwählt, der auch bei der Großjährigkeit des Erbstatthalters seinen Einfluß behielt, aber im Lande, namentlich durch seine Begünstigung der englischen Interessen, viel Unzufriedenheit erregte. Das Bestreben der Holländer, die Erbstatthalterschaft wieder ganz abzuschaffen, führte 1787 ein Einrücken der Preußen herbei, worauf am 3. Juli 1788 die Rechte des Erbstatthalters von allen Provinzen wieder anerkannt und für ein Grund-

*) Das Fürstenthum Oranien, im jetzigen französischen Departement Vaucluse, so genannt von dem Städtchen Orange, gehörte bis 1530 dem Hause Chalons Oranien. Als in diesem Jahre der Fürst Philibert kinderlos starb, kam das Fürstenthum an seine Schwester Luise, die mit dem Grafen Renatus von Nassau-Dillenburg vermählt war, und auf diese Weise an das Haus Nassau.

gesetz der Republik erklärt wurden. Als aber die französische Republik am 1. Febr. 1793 dem Erbstatthalter den Krieg erklärt hatte und die Franzosen im folgenden Jahre des Landes Meister geworden waren, legte Wilhelm V. für sich und seine Söhne seine bisherigen Aemter nieder und ging nach England, wo ihm Hamptoncourt zum Wohnsitz eingeräumt wurde. Eine Versammlung von Volksdeputirten erklärte am 26. Jan. 1795 die Erbstatthalterwürde für aufgehoben und das Land zur **batavischen Republik**. Die sieben Provinzen wurden in Departements verwandelt, ihre einzelnen Verfassungen aufgehoben; eine Gesammtverfassung wurde eingeführt, an die Stelle der Generalstaaten trat eine Nationalversammlung: französische Einrichtungen, womit die Einwohner ganz und gar nicht zufrieden waren. Je nach den Veränderungen in der Verfassung der Franzosen erhielt auch die batavische Verfassung ihre Abänderungen. Die Verbindung mit Frankreich führte ungeheuere Ausgaben und Lasten und den Verlust vieler Colonien an die Engländer herbei, so namentlich den des Caps der guten Hoffnung (1795). Als Napoleon 1804 Kaiser geworden war, gab er der Republik eine mehr monarchische Verfassung und am 8. Juni 1806 setzte er seinen Bruder **Ludwig** zum erblichen, constitutionellen **König** ein, wobei er erklärte, daß Holland ein unabhängiger Staat bleiben und niemals mit Frankreich vereinigt werden sollte; freilich aber blieb sein Bruder Ludwig, so gerne dieser auch im Interesse seines Landes selbstständig gehandelt hätte, in völliger Abhängigkeit von der Politik des Kaisers. Als das Widerstreben Ludwigs gegen die Holland so nachtheiligen Verfügungen des Kaisers, namentlich gegen die Continentalsperre, völlig ohne Erfolg blieb und die Spannung zwischen ihm und Napoleon immer drohender wurde, legte Ludwig am 1. Juli 1810 zu Gunsten seines ältesten Sohnes seine Krone nieder und ging als Privatmann nach Gratz in Oestreich; Holland aber wurde jetzt **dem französischen Reiche völlig einverleibt**; alle Staatseinrichtungen, Gerichtshöfe und Verwaltungsbehörden wurden auf französischen Fuß gesetzt, die Conscription wurde eingeführt und das Continentalsystem mit der äußersten Strenge aufrecht erhalten. In diesem Verhältniß blieb Holland bis zum November 1813. Am 20. Nov. 1813 erließ General Bülow, der mit einem preußisch-russischen Armeecorps gegen die Niederlande anrückte, eine Aufforderung an Holland zum Anschluß an die Alliirten, worauf sich die Holländer erhoben und den Grafen Hogendorp und Baron van der Duyn van Maasdam an die Spitze der nationalen Bewegung stellten, welche auch sogleich die Farben des Hauses Nassau-Oranien aufsteckten. Es bildete sich eine provisorische Regierung; der Prinz Wilhelm von Oranien, Sohn des 1806 zu Braunschweig verstorbenen Erbstatthalters Wilhelm V., der bisher in Preußen gelebt hatte, sich aber gerade in England aufhielt, um die Interessen seines Hauses zu vertreten, wurde herbeigeholt und landete am 29. Nov. 1813 in Scheveningen. Das Volk empfing ihn mit dem größten Enthusiasmus; die am 2. Dez. in

Amsterdam von den Commissarien des provisorischen Gouvernements von Holland erlassene Proclamation erklärte ihn „für den souveränen Fürsten dieses freien Landes." Die Truppen der Verbündeten im Verein mit den holländischen Freiwilligen hatten die Franzosen bald völlig aus dem Lande gedrängt; am 29. März 1814 wurde die neue Verfassung von König und Volk angenommen; ein mit England am 29. Okt. 1814 geschlossener Staatsvertrag stellte die von England den Holländern genommenen Colonien, wie sie Holland im Jahr 1794 besessen hatte, zurück, mit Ausnahme des Cap's der guten Hoffnung, Demerary's, Essequebo's und Berbice's, wogegen Holland auf dem Festlande durch Belgien ansehnlich entschädigt werden sollte. Durch den wiener Congreß wurden Belgien und Lüttich mit Holland vereinigt, der Fürst Wilhelm als Wilhelm I. zum König der Niederlande und Großherzog von Luxemburg erhoben, und am 16. März 1815 als solcher in Haag ausgerufen. Seine Stammländer in Deutschland trat der König gegen den Besitz von Luxemburg an Preußen ab.

Die **spanischen Niederlande (Belgien)** blieben nach dem westphälischen Frieden spanisches Eigenthum und wurden auch ferner durch spanische Statthalter regiert. Der Erzherzog Leopold Wilhelm, der die Statthalterwürde seit 1648 bekleidet hatte, übergab dieselbe 1656 an Don Juan d'Austria, den natürlichen Sohn des spanischen Königs Philipp IV. Im pyrenäischen Frieden (1659) mußte Philipp IV. an Frankreich die Grafschaft Artois, Gravelines, Landrecy, Thionville u. a. von den Niederlanden abtreten. Fortan folgen beständige Angriffe des eroberungssüchtigen Ludwig's XIV. Nach dem Tode des Königs Philipp IV. will Ludwig XIV. angebliche Rechte, die er sich durch seine Verheirathung mit einer spanischen Prinzessin auf die spanische Monarchie erworben, zur Geltung bringen und beginnt den sogenannten Devolutionskrieg; es müssen ihm auch wirklich im Vertrag von Sct. Germain en Laye (23. Jan. 1668) und im Frieden von Achen (2. Mai 1668) Lille, Charleroi, Courtray ꝛc. abgetreten werden; im nymweger Frieden gibt er einige dieser Plätze wieder heraus, erhält aber dafür andere, wie Valencienne, Cambray, Condé ꝛc. Im Jahr 1691 wurde der Kurfürst Maximilian von Bayern Statthalter der spanischen Niederlande. Der Sohn des Kurfürsten Joseph Ferdinand war von dem kinderlosen Karl II., König von Spanien, zum Erben der spanischen Monarchie eingesetzt, starb aber plötzlich (1699). Ludwig XIV. wußte den Kurfürsten zu gewinnen, und als Karl II., in dessen Testament jetzt Ludwig's Enkel Philipp von Anjou zum Erben eingesetzt war, 1700 starb, öffnete der Statthalter den französischen Truppen die Festungen des Landes; doch behauptete Ludwig im utrechter Frieden 1713 neben der spanischen Krone für seinen Enkel, nicht auch die spanischen Niederlande; diese mußten an **Oestreich abgetreten** werden, das wiederum in einigen festen Plätzen des Landes den Holländern das Besatzungsrecht einräumte (Barrieretractat). Die von jetzt an

östreichischen Niederlande blieben bei Oestreich von 1713 bis 1794. Oestreich ließ die Einrichtungen des Landes, wie bisher, fortbestehen und dasselbe gleichfalls durch Statthalter regieren. Der erste war Prinz Eugen von Savoyen, ihm folgte Maria Elisabeth, die Schwester Kaiser Karl's VI., dann Prinz Karl von Lothringen, der Schwager Maria Theresia's, unter welchem im östreichischen Erbfolgekrieg die Franzosen das ganze Land eroberten, aber im Frieden von Achen 1748 wieder herausgaben. Karl von Lothringen, der sehr Viel für die Hebung der Niederlande that, starb 1780; es folgte ihm Maria Christina, die Schwester des Kaisers Joseph II., in Verbindung mit ihrem Gemahl, dem Herzog von Sachsen-Teschen. Kaiser Joseph II. hob 1781 den Barrieretractat auf, die Holländer zogen ihre Truppen aus den Festungen zurück; auch verlangte er von den Holländern die Herstellung der Grenzen nach dem Vertrag von 1664, die durch den westphälischen Frieden bestimmte Schleifung einiger Festungen, die Abtretung mehrerer Gebietstheile und die Entfernung des vor Lillo liegenden Wachtschiffes. Der Streit wurde durch den Vertrag von Paris (20. Sept. 1785) dahin verglichen, daß die Grenzen nach dem Vertrag von 1664 regulirt wurden, Oestreich Alt-Lillo und Liefskenhöck und 10 Millionen Gulden von Holland erhielt, aber auf die freie Scheldeschifffahrt verzichtete. Der Versuch Joseph's II., die östreichischen Niederlande an den bayrischen Kurfürsten Karl Theodor als Königreich (jedoch ohne Namur und Luxemburg) gegen Bayern zu vertauschen (1785), scheiterte an der Opposition des Königs von Preußen Friedrich's II., welcher der Protestation des Herzogs von Zweibrücken und der bayrischen Stände nöthigen Falls mit den Waffen Nachdruck zu geben bereit war. Joseph II. dehnte seine Reformen auch auf die Niederlande aus, verbot die Processionen und Wallfahrten und zog Klöster ein; die bürgerliche Regierung änderte er nach östreichischen Formen um, hob den permanenten Ausschuß der Stände auf und theilte das Land in neun Kreise (Brüssel, Antwerpen, Gent, Brügge, Luxemburg, Limburg, Namur, Tournay, Mons). Durch seine Reformen verletzte er viele Privilegien; einzelnen Provinzen aber waren ihre Rechte in dem jedesmaligen Bestätigungsbrief, der sogenannten Joyeuse entrée, mit dem Beisatz zugesichert, daß sie, im Falle der Regent die Privilegien verletzte, zu fernerem Gehorsam nicht verbunden seien. Anfangs verweigerte man die Abgaben, bald aber brach die allgemeine Unzufriedenheit in offenen Aufstand aus, zunächst in Brabant, wo man die brabanter schwarz-roth-gelbe Fahne aufpflanzte. Die Oberstatthalterwürde bekleidete damals der Herzog Albert von Sachsen-Teschen; er billigte die Maßregeln Joseph's nicht; der Vollstrecker des kaiserlichen Willens war der kaiserliche Minister Graf v. Belgiojoso. Im Jahr 1788 hob Kaiser Joseph die seinen Neuerungen sich hartnäckig widersetzende ultramontane Universität Löwen auf, im Jahr 1789 die Joyeuse entrée, in demselben Jahre bildete sich aber auch aus den Ausgewanderten unter van der Noot ein revolutionäres Armeecorps, das vom holländischen

Gebiet aus einfiel, der Oberſtatthalter mußte aus Brüſſel fliehen, die Regierung und die öſtreichiſchen Truppen zogen ſich nach Luxemburg zurück, ſämmtliche Provinzen, mit Ausnahme Luxemburgs, erklärten ſich für unabhängig und gründeten unter dem Namen **vereintes Belgien** am 11. Jan. 1790 einen eigenen Staat, der von einem Congreß regiert wurde. Kaiſer Joſeph ſtarb am 20. Febr. 1790; ſein Bruder und Nachfolger Leopold II. verſprach in einer Proclamation vom 3. März 1790, Alles wieder auf den alten Fuß zu ſtellen und die Privilegien anzuerkennen. Die Aufſtändiſchen, die ſich indeſſen in eine ariſtokratiſche Partei, welche die alte Verfaſſung, und in eine demokratiſche, welche eine Verfaſſung nach Art der neuen franzöſiſchen verlangte, getheilt hatten, wieſen ſeine Vorſchläge zurück. Jetzt nahmen 30,000 Mann Oeſtreicher unter General Bender mit Gewalt von dem Lande Beſitz, worauf ſodann Leopold die Rechte bewilligte, wie ſie am Ende der Regierung der Kaiſerin Maria Thereſia beſtanden hatten, und der Herzog Albert von Sachſen-Teſchen ſeine Statthalterwürde wieder antrat. Schon 1792 brachen die Franzoſen in das Land, brachten daſſelbe im Jahr 1794 vollſtändig in ihre Gewalt und machten eine **Republik Belgien** daraus. Im Frieden von Campo Formio (1797), und wiederholt im Frieden von Lüneville (1801) wurden die öſtreichiſchen Niederlande ſodann von Oeſtreich förmlich an Frankreich gegen Venedig abgetreten und dem **franzöſiſchen Reiche einverleibt.** Sie theilten fortan das Schickſal Frankreich's, bis im Jahr 1814 die Alliirten Beſitz von dem Lande ergriffen. Dieſe ließen die belgiſchen Provinzen zunächſt durch den öſtreichiſchen Feldmarſchallieutenant Vincent als Generalgouverneur verwalten, weil Oeſtreich die nächſten Anſprüche darauf hatte. Da ſich Oeſtreich aber lieber in Italien entſchädigen laſſen wollte, ſo kamen die Miniſter der Großmächte, beſonders auf Betrieb Englands, ſchon im Juni 1814 überein, daß die belgiſchen Provinzen mit den Niederlanden vereinigt werden ſollten. England wünſchte aus Holland einen kräftigen Mittelſtaat zu bilden, der für Großbritannien eine Vormauer gegen Frankreich ſein könnte, und hatte ſich außerdem, da es die oben genannten holländiſchen Colonien behielt, verbindlich gemacht, für anderweitige Entſchädigung Holland's zu ſorgen. Aus den Verhandlungen des Grafen Clancarty, des engliſchen Geſandten in Haag, mit dem Fürſten Wilhelm ging ſodann die Acte vom 21. Juli 1814 hervor, welche feſtſetzte, daß **Belgien** und **Holland** fortan **nur einen einzigen Staat** bilden ſollten, und daß die bereits in Holland eingeführte Verfaſſung vom 28. März 1814*), unter den nöthigen, nach beiderſeitiger Uebereinſtimmung gemachten Abänderungen, auch auf Belgien ausgedehnt werde. Die verſchiedenen Confeſſionen ſollten gleiche Rechte, Belgier und Holländer gleiche Anſprüche auf öffentliche Aemter erhalten, die Staats-

*) Findet ſich bei Pölitz, europ. Verfaſſungen, Lpzg. 1832, Band II. S. 192.

schulden beider Länder zusammengeworfen und aus der allgemeinen Staatskassa verzinst, die Generalstaaten, zu denen die Belgier gezogen werden, abwechselnd in einer holländischen und belgischen Stadt gehalten werden, die Dämme jedoch, welche in Holland große Ausgaben machten, aus den Mitteln der betheiligten Bezirke erhalten werden (vgl. Urkunde 1). Durch den Vertrag Wilhelm's mit den vier alliirten Mächten (England, Oestreich, Preußen und Rußland) vom 31. Mai 1815, der auch der wiener Congreßacte als Beilage X. angeschlossen ist, wurde der neue Staat als **Königreich der Niederlande** anerkannt und zwar in der Erbfolge Wilhelm's von Nassau-Oranien (vergl. Urkunde 2); Fürst Wilhelm hatte sich bereits am 16. März 1815 unter dem Namen Wilhelm I. als König der Niederlande ausrufen lassen. Der wiener Congreß fügte dem Gebiet der Niederlande noch einen Theil von Lüttich bei; ferner erhielt der König das zum Großherzogthum erhobene und dem deutschen Bunde einverleibte Luxemburg als eine Entschädigung für die an Preußen abgetretenen deutsch-nassauischen Fürstenthümer Nassau-Dillenburg, Siegen, Hadamar und Dietz. Für Luxemburg gilt daher auch die Erbfolgeordnung nach dem nassauischen Erbverein von 1783, nach welchem auch der Linie der Herzoge von Nassau das Erbrecht zusteht, was bei den übrigen Niederlanden nicht der Fall ist. Einen weiteren Zuwachs erhielt das Königreich im zweiten pariser Frieden (20. Nov. 1815) durch einige bisher noch zu Frankreich gehörige Gebietstheile der vormaligen östreichischen Niederlande, nämlich durch das Herzogthum Bouillon und durch einen Landstrich in den Ardennen mit den Festungen Philippeville und Marienburg.

Die Belgier, bei denen sich jetzt, nach der Befreiung von der französischen Herrschaft, alsbald wieder der durch die langjährige spanische Regierung fest gewurzelte ultramontane und jesuitische Geist Geltung zu verschaffen suchte, waren mit der neuen Verfassung vornehmlich deßhalb unzufrieden, weil sie eine Gleichberechtigung aller Culte aussprach und durch dieselbe also auch alle Protestanten Anwartschaft auf belgische Aemter erhielten. Der Artikel 190 lautete: „Die vollkommene Freiheit aller religiösen Meinungen wird Jedermann garantirt. Art. 191. Allen religiösen Gemeinschaften, welche in dem Königreiche bestehen, ist gleicher Schutz verliehen. Art. 192. Alle Unterthanen des Königs, ohne Unterschied ihres religiösen Glaubens, genießen dieselben bürgerlichen und politischen Rechte und haben gleichen Anspruch auf alle Würden und Aemter." Von den auf den 8. Aug. 1815 zu einer Erklärung über die Verfassung nach Brüssel einberufenen 1603 Notabeln erschienen nur 1223, und von diesen stimmten 527 für, 796 gegen die Verfassung, von letzteren erklärten 126, sie würden der Verfassung ihre Zustimmung gegeben haben, wenn sie nicht eine Gleichberechtigung aller Culte ausspräche. König Wilhelm I. jedoch, gestützt auf die Bestimmungen der Großmächte, ließ sich durch diesen Widerspruch nicht hindern, der Verfassung an seinem Geburtsfest, den 24. Aug. 1815, die königliche Sanction zu geben und

dieselbe als gültiges Grundgesetz des Reiches einzuführen*). Er erklärte, die einem Theile der belgischen Notabeln wegen der Gleichberechtigung der Confessionen mißliebigen Artikel gründeten sich auf Verträge mit europäischen Mächten, in deren Staaten eine solche Gleichberechtigung ebenfalls stattfinde, ihre Beseitigung würde die ganze Existenz des neuen Staates in Frage stellen, auch sei kaum ein Zweifel, daß die große Mehrheit der Belgier diesen Artikeln und der gesammten Verfassung nicht entgegen sei, da 527 der Notabeln dafür gestimmt hätten. Die erste allgemeine Ständeversammlung wurde für den 21. Nov. 1815 nach Brüssel berufen; hier wurde die neue Verfassung von König und Ständen beschworen, damit aber der Widerstand der Belgier, ganz besonders des ultramontanen Clerus, nicht beseitigt. Der Bischof von Gent, Fürst v. Broglio, untersagte 1816 seinen Pfarrern, Männern, welche die Constitution beschworen hätten, die Absolution zu ertheilen, und erklärte es für Verrath an der katholischen Kirche, einem protestantischen Souverän das höchste Aufsichtsrecht über den katholischen Religionsunterricht zu gestatten. Daneben wurden Beschwerden laut über Bevorzugung der Holländer in den höheren Staatsdiensten, da doch Belgien eine Million Einwohner mehr (3,210,700) zähle, als Holland (2,016,157). Auch fand man die Steuern, von denen ein großer Theil für die Marine und Wasserbauten, so wie für die Verzinsung der Staatsschuld in Anspruch genommen wurde, sehr hoch, und ganz besonders verletzte die Verordnung vom 15. Sept. 1819, nach welcher in den südlichen Provinzen der Gebrauch der französischen Sprache eingeschränkt und vom 1. Jan. 1823 an nur noch die flamändisch-holländische als Gerichts- und Schulsprache gelten sollte. Die großen Vortheile, welche Belgien aus seiner Verbindung mit Holland zog, das ihm nicht nur im eigenen Lande, sondern auch in seinen Colonien für seine Landesproducte und Gewerbserzeugnisse einen offenen und gewinnreichen Markt bot, wurden bei den beständigen Anfeindungen, die von den Ultramontanen ausgingen und die Regierung zwangen, auch die freie Presse zu beschränken, ganz übersehen. Vergeblich hoffte der König Wilhelm I. durch das Concordat, welches er, gegen den Rath seiner Minister, am 18. Juni 1827 mit der römischen Curie abschloß, den katholischen Clerus zufrieden zu stellen; den Ultramontanen genügte dasselbe nicht, die Protestanten fanden eine Verletzung der Verfassung darin, und es kam nicht zum Vollzug. Die Aufhebung des philosophischen Collegiums an der theologischen Facultät zu Löwen (1830), welches die Regierung gegründet hatte, um einem duldsameren Geiste unter den jungen katholischen Geistlichen Bahn zu brechen, ermuthigte nur zu

*) Sie findet sich deutsch bei Pölitz: europ. Verfassungen, Lpzg. 1832 ff., Band III. p. 166; bei Schubert: Verfassungsurkunden und Grundgesetze der Staaten Europa's, Nordamerika's und Brasilien's, Königsb. 1848 ff., Band II. p. 185. Holländisch: Grondwet voor het Koningrijk der Nederlanden, Haag 1815. 8.

noch entschiedeneter Opposition. Nur mit wenigen Stimmen vermochte die Regierung bei den Generalstaaten von 1830 das Budget durchzubringen; letztere wurden am 2. Juni 1830 aufgelöst, nachdem sie mit mehr als tausend Bittschriften überschwemmt worden waren, welche sämmtlich Freiheit des Unterrichts, freie Presse, Geschwornengerichte, gleiche Vertheilung der Aemter zwischen Holländern und Belgiern, Verantwortlichkeit der Minister, Vollziehung des Concordats verlangten.

Als in Paris am 27. Juli 1830 die französische Julirevolution ausgebrochen war, bereitete sich auch in Belgien ein Volksaufstand vor, der am 25. August 1830 in Brüssel nach dem Schlusse des Theaters, wo man die Stumme von Portici gegeben hatte, zum Ausbruch kam. Die Aufständischen demolirten die Häuser des Justizministers van Maanen, des Polizeidirectors und des Redacteurs des National; es bildete sich eine Communalgarde, welche die brabanter Farben schwarz, roth, gelb aufsteckte. Am 27. und 28. August reisten die Söhne des Königs, der Prinz von Oranien und der Prinz Friederich, nach Antwerpen ab und die holländischen Truppen folgten ihnen. In wenigen Tagen verbreitete sich der Aufstand über alle bedeutenderen Städte des Landes. Die Belgier wünschten eine völlige Trennung Belgien's von Holland entweder unter dem gemeinsamen König Wilhelm I., oder unter dem Prinzen von Oranien als besonderem König von Belgien. Der Prinz von Oranien versprach, sich bei seinem Vater für diesen Plan zu verwenden; der König war auch anfangs Willens, darauf einzugehen; allein Adressen von Antwerpen und Gent, welche sich gegen eine Trennung aussprachen, veränderten seinen Entschluß. Er legte die Frage den am 13. Sept. 1830 zu Haag eröffneten Generalstaaten vor, bei welchen sich auch aus Belgien die Deputirten zahlreich eingefunden hatten. Von den belgischen Abgeordneten, denen die Eröffnungsrede des Königs wenig Aussicht zu bieten schien, reisten jedoch mehrere schon in den ersten Tagen wieder ab, unter ihnen der Baron Staffard, welcher in einer Proclamation zu Brüssel erklärte, daß die Forderungen der Belgier auf keine Anerkennung rechnen könnten. Diese Erklärung brachte ganz Belgien wieder in Aufstand; es bildete sich jetzt zu Brüssel eine provisorische Regierung, bestehend aus de Potter, van de Weiher, Baron v. Staffard, dem Grafen Felix Merode u. A. Nachdem sich die holländischen Truppen unter dem Commando des Prinzen Friederich vom 21. bis 26. Sept. in und um Brüssel mit den Aufständischen geschlagen, zogen sie sich gegen die holländische Grenze zurück, und die provisorische Regierung erklärte am 4. Oktober Belgien für einen unabhängigen Staat. An demselben Tage ernannte der König den Prinzen von Oranien zum Regenten Belgien's, zugleich befahl er, daß in Belgien nur die französische Sprache als Gerichtssprache angewandt und die belgischen Verwaltungsstellen nur mit geborenen Belgiern besetzt werden sollten; allein diese versöhnlichen Verfügungen machten nur geringen Eindruck, da man sich daneben offen in

Holland zu entschiedenen Maßregeln rüstete und General Chassé, der von den Belgiern in Antwerpen angegriffen worden war, durch das Bombardement dieser Stadt (27. Okt. 1830) die feindliche Stimmung erhöhte. Der belgische Nationalcongreß, welcher sich am 10. Nov. 1830 in Brüssel versammelt hatte, nahm zwar gegen die Republicaner die constitutionelle, erbmonarchische Regierungsform an, erklärte aber am 24. Nov. 1830 die Ausschließung des Hauses Oranien vom Throne, Letzteres gegen den Willen der Conferenz der fünf Großmächte zu London. Auf den Wunsch des Königs Wilhelm I. waren nämlich die Mächte England, Frankreich, Oestreich, Preußen und Rußland zu Conferenzen in London zusammengetreten, die am 4. Nov. 1830 ihren Anfang nahmen. Schon die ersten Conferenzen entschieden sich für eine Trennung Belgien's von Holland, da die Erfahrung gezeigt habe, daß beide Länder nicht zusammenpassen und auf diese Weise der Zweck ihrer Bildung, die Errichtung eines kräftigen Mittelstaates zwischen Frankreich und England nicht erreicht werde. Holland hatte freilich seine Colonien an England geben müssen und war dafür auf Belgien als Entschädigung hingewiesen worden: das war aber vergessen! Holland sollte nach dem Beschluß der londoner Conferenz auf das Gebiet beschränkt werden, welches der Republik 1790 zugehörte, die übrigen Provinzen, mit Ausnahme Luxemburg's, sollten den belgischen Staat bilden, der einen Prinzen aus dem Hause Oranien zum Regenten erhalten müsse. Der König von Holland nahm diese Bestimmungen an, die Belgier nicht. Am 26. Juni 1831 erließ die Conferenz in ihrem 26. Protocolle ein Ultimatum von 18 Artikeln, das den Belgiern eine vortheilhafte Grenzbestimmung gegen Holland einräumte. Nach langen Debatten nahm der belgische Congreß am 9. Juli 1831 diese Artikel an, der König von Holland aber verwarf sie; denn wiewohl die Holländer die Vereinigung mit Belgien selbst nicht länger wünschten, so bestanden sie doch auf den von der londoner Conferenz anfangs festgesetzten Grenzen. Der Prinz von Oranien drang jetzt mit einem Heere von 40,000 Mann, in vier Divisionen getheilt, in Belgien ein, schlug die Belgier am 8. August bei Hasselt, am 10. Aug. 1831 bei Löwen, und war eben im Begriff, nach Brüssel vorzurücken, als er sich, auf die Nachricht, daß 40,000 Mann Franzosen unter Gerard im Anzug seien, unter englischer Vermittlung am 12. Aug. 1831 zu einem Waffenstillstand verstand, dem gemäß er sein Heer am 14. August über die Grenze zurückführte. Indessen hatte der belgische Congreß, auf Anrathen des französischen Hofes, den Prinzen Leopold von Sachsen-Coburg, freilich unter Widerstreben des Clerus, am 4. Juni 1831 zum König gewählt, und Leopold die Regierung am 21. Juli 1831 angetreten. Die londoner Conferenz erließ am 14. Oktober 1831 ein neues Ultimatum, einen Friedensvertrag, in 24 Artikeln (vergl. Urkunde 3) und erklärte, daß sie einen abermaligen Ausbruch der Feindseligkeiten mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln verhindern werde. Der König von Belgien unterzeichnete

mit Genehmigung der Stände dieses Protocoll der londoner Conferenz vom 14. Okt. 1831. Dasselbe wurde hierauf auch von den fünf Mächten am 15. Nov. 1831 als verbindend unterschrieben, von den drei nordischen jedoch nur unter dem Vorbehalt einiger Modificationen. Dagegen verweigerte der König von Holland beharrlich seine Unterschrift, da dieses Protocoll Holland nicht seine alten Grenzen gegen Belgien zugestehe und er, als selbstständiger Souverän eines unabhängigen Staates von der Conferenz nicht zur Abtretung von Gebietstheilen gezwungen werden könne. Nun schloßen England und Frankreich am 27. Okt. 1832 einen Vertrag, Holland mit den Waffen durch einen Angriff zu Land und zur See zur Annahme der im genannten Protocoll niedergelegten 24 Artikel zu zwingen. Da die nordischen Mächte ihre Zustimmung zur Anwendung von Gewalt nicht gaben, so löste sich die londoner Conferenz auf und die Angelegenheit wurde in einem gegenseitigen Notenwechsel weiter verhandelt. Englische und französische Schiffe blokirten die holländischen Häfen, eine französische Armee von 43,000 Mann unter Marschall Gerard belagerte die Citadelle von Antwerpen, welche von den Holländern unter General Chassé zwar tapfer vertheidigt, aber endlich am 24. Dez. 1832 geräumt wurde; dagegen hielt die holländische Flotte bei Vließingen die Schelde gesperrt. Die Franzosen zogen nach der Einnahme der Citadelle wieder aus Belgien ab. Am Anfang des Jahres 1833 übergab der König von Holland der londoner Conferenz einen neuen Vertragsentwurf, bei dessen Anerkennung er sich beruhigen wollte. In Folge dieses Entwurfs kam am 21. Mai 1833 zwischen Holland einerseits und Frankreich und Belgien andererseits ein Präliminarvertrag zu Stande, der zwar die Streitpunkte in Frage ließ, aber gegen das Zugeständniß der Holländer, die Schelde zu öffnen, die Zwangsmaßregeln England's und Frankreich's gegen Holland aufhob und bis zum Abschluß eines Definitiv-Vertrages den Status quo zwischen Holland und Belgien anerkannte. Die Hauptdifferenzen bestanden noch in der Entschädigung, welche Holland für die an Belgien abzutretende westliche Hälfte des Großherzogthums Luxemburg aus dem Gebiete des belgischen Limburg erhalten sollte, und in der Betheiligung Belgien's bei der holländischen Staatsschuld. Wir haben oben bemerkt, daß das Großherzogthum Luxemburg, weil es dem König Wilhelm I. als eine Entschädigung für die an Preußen abgetretenen deutschen nassau-oranischen Fürstenthümer zugetheilt worden war, zu dem Hause Nassau-Oranien in einer näheren Beziehung stand, als die übrigen niederländischen Gebietstheile, und daß sich das Erbrecht auf Luxemburg auch auf die Agnaten des herzoglichen Hauses Nassau ausdehnte, was bei den übrigen niederländischen Provinzen nicht der Fall ist. Der König war bereit, das von den Belgiern gebotene Aequivalent des limburger Gebietes gegen die westliche Hälfte des Großherzogthums Luxemburg einzutauschen, er verlangte aber, daß dieser limburger Gebietstheil sodann, unabhängig vom deutschen Bund, dem Königreich Holland einverleibt werde. Zur

Ausführung dieſes Tauſches unter den von Belgien und Holland zugeſtandenen Bedingungen war nun aber ſowohl die Beiſtimmung des deutſchen Bundes, als eine Erklärung der Agnaten aus dem herzoglichen Hauſe Naſſau nöthig, daß ſie auf ihre Erbrechte bezüglich des an Belgien abgetretenen Theiles von Luxemburg verzichteten. Am 18. Aug. 1836 faßte die deutſche Bundesverſammlung in dieſer Beziehung den Beſchluß, daß ſie den Austauſch nur unter der Bedingung genehmigen könne, wenn der Territorialumfang des angebotenen limburgiſchen Theils dem abzutretenden luxemburgiſchen entſpreche, wenn ſodann dieſer limburgiſche dem deutſchen Bunde zugewieſen werde und die belgiſche Regierung ſich verpflichte, keine Befeſtigungen in dem abgetretenen luxemburgiſchen Theile zu errichten. Nachdem hierauf die Verhandlungen eine zeitlang faſt völlig geruht hatten, entſchloß ſich endlich König Wilhelm I. im März 1838, dem Wunſche der Generalſtaaten gemäß, da die Erhaltung des Heeres auf dem Kriegsfuß dem Lande ſehr drückend wurde, ſeinen Geſandten in London zu bevollmächtigen, in die Annahme der 24. Artikel zu willigen. Immer blieb aber noch die Differenz über die Staatsſchuld. Holland verlangte nämlich, daß Belgien als Zinſenantheil an der ſeit ſeiner Vereinigung mit Holland (1814—1830) erwachſenen gemeinſamen Staatsſchuld alljährlich eine Summe von 8,400,000 holl. Gulden an Holland entrichte, und daß es dieſe Summe für die ſieben Jahre ſeiner Losreißung nachzahle. Die Belgier erklärten dieſe Forderung für zu hoch, verweigerten die Nachzahlung gänzlich und fingen wieder an zu rüſten; ſie wollten jetzt auch ganz Luxemburg behaupten, ohne aus dem limburgiſchen Gebiet Entſchädigung zu leiſten. Die londoner Conferenz erklärte am 6. Dez. 1838, daß Belgien ſich zu fügen habe. Am 22. Jan. 1839 erſchien ein definitives Conferenzprotocoll, welches zwar in finanzieller Beziehung einige Abänderungen brachte, aber auf der Gebietsabtretung beſtand, und diejenige der beiden Parteien, die ſich dem Protocoll nicht fügen würde, mit Zwangsmaßregeln bedrohte. Am 19. April 1839 kam endlich der definitive Friedensſchluß zwiſchen Holland und Belgien zu Stande, welchem die fünf Großmächte und der deutſche Bund beitraten (vergl. Urkunden 4 und 5).

In dieſem Frieden wurden die 24 Artikel der londoner Conferenz vom 15. Nov. 1831 allſeitig angenommen. Beide Länder wurden als ſelbſtſtändige Königreiche anerkannt; Holland führt den Namen Königreich der Niederlande fort. Es behält den öſtlichen Theil des Großherzogthums Luxemburg mit der Feſtung Luxemburg; den weſtlichen, etwas größeren, das ſogenannte Luxembourg Francais, tritt es an Belgien ab. Dagegen erhält es einen Theil von Limburg mit den Feſtungen Maſtricht und Venloo. Das abgetretene luxemburgiſche Gebiet zählte damals 149,571 Einwohner, das dagegen erhaltene limburgiſche 147,527. Die Agnaten des herzoglichen Hauſes Naſſau verzichteten durch Vertrag mit König Wilhelm vom 27. Juni 1839 auf

ihr Erbrecht bezüglich des abgetretenen luxemburgischen und dafür eingetauschten limburgischen Antheils gegen eine Entschädigungssumme von 750,000 holländischen Gulden. Der jährliche Beitrag der Belgier zur Verzinsung der von der Vereinigung Belgien's bis zu seiner Trennung von Holland (1814—1830) erwachsenen gemeinsamen Staatsschuld wird auf 5 Millionen holländische Gulden festgesetzt und zwar soll diese Verzinsung erst mit dem 1. Jan. 1839 ihren Anfang nehmen. Außerdem erhielt Belgien noch ziemlich günstige Bedingungen in Betreff des Scheldezolls. Bezüglich der Verhältnisse Luxemburg's zum deutschen Bunde machte König Wilhelm I. am 16. Aug. 1839 der Bundesversammlung den Vorschlag, das erhaltene limburgische Gebiet als Aequivalent für das abgetretene luxemburgische anzuerkennen, aus demselben ein Herzogthum Limburg zu bilden und dieses ebenso, wie bisher Luxemburg, dem deutschen Bunde anzuschließen, jedoch mit Ausschluß der Festungen Mastricht und Venloo, welche Holland einverleibt werden sollten. Dieser Antrag wurde am 5. Sept. 1839 von der Bundesversammlung einstimmig angenommen (vergl. Urkunden 6).

Wir geben folgende Urkunden: 1) Die Erklärung des Fürsten Wilhelm von Nassau-Oranien (Königs Wilhelm I.) vom 21. Juli 1814, worin er die angetragene Souveränetät über das vereinigte Königreich der Niederlande acceptirt. 2) Den wiener Vertrag vom 31. Mai 1815 zwischen König Wilhelm I. und den 4 Mächten bezüglich der Uebernahme dieser Souveränetät. Beide Urkunden finden sich bei Martens nouv. rec. tom. II. 3) Das Protocoll oder Ultimatum der londoner Conferenz vom 14. Okt. 1831, genehmigt am 15. Nov. 1831, worin die 24 Artikel aufgestellt werden. Findet sich bei Martens nouv. rec. tom. XI. 4) Den definitiven Friedensvertrag zwischen Holland und Belgien zu London vom 29. Apr. 1839. 5) Die Beistimmung des deutschen Bundes zu dem londoner Friedensvertrag vom 29. Apr. 1839. 6) Die Bestimmungen über die Verhältnisse Luxemburgs und Limburgs zum deutschen Bunde vom 16. Aug. und 5. Sept. 1839. Die in den letzten drei Nummern bezeichneten Urkunden finden sich in gleichzeitigen officiellen Publicationen zu Brüssel, bei Martens nouv. rec. tom. XVI, die letzte auch in der allg. Zeitung vom 9. Nov. 1839 und in der frankf. Oberpostamtszeitung vom 6. Nov. 1839.

I.

Acte

signé par le Secrétaire d'Etat de S. A. R. le Prince des Pays-Bas pour l'acceptation de la Souveraineté des Provinces Belgiques sur les bases convenues,

à la Haye ce 21. Juillet 1814.

Son Excellence le Comte de Clancarty Ambassadeur Extraordinaire et ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté Britannique auprès de Son Altesse Royale le Prince Souverain des Pays-Bas, ayant remis au Soussigné la Copie du Protocole d'une conférence qui a eu lieu au mois de Juin passé entre les ministres des hautes Puissances alliées, et signé par eux au sujet de la réunion de la Belgique à la Hollande, et le dit Ambassadeur lui ayant aussi fait part des instructions qu'il venait de recevoir de Sa Cour de se concerter avec le Général Baron de Vincent Gouverneur-Général de la Belgique afin de remettre le Gouvernement provisoire des Provinces Belgiques à celui qui en serait chargé par Son Altesse Royale, au nom des Puissances alliées, jusqu'à leur réunion définitive et formelle, pourvû que préalablement et conjointement avec les ministres ou autres Agens diplomatiques de l'Autriche, de la Russie et de la Prusse actuellement à la Haye, le dit Ambassadeur reçut de Son Altesse Royale son adhésion formelle aux conditions de la réunion des deux Pays, selon l'invitation faite au Prince Souverain par le dit Protocole; le Soussigné a mis la Copie du Protocole et la note officielle du dit Ambassadeur qui contenait le précis de ses instructions à ce sujet, sous les yeux de Son Altesse Royale.

Son Altesse Royale le Prince Souverain reconnait que les conditions de la réunion contenues dans le Protocole sont conformes aux huit articles dont la teneur suit:

Art. I. Cette réunion devra être intime et complète de façon que les deux Pays ne forment qu'un seul et même Etat, régi par la Constitution

déjà établie en Hollande, et qui sera modifiée d'un commun accord d'après les nouvelles circonstances.

Art. II. Il ne sera rien innové aux articles de cette Constitution qui assurent à tous les Cultes une Protection et une faveur égales, et garantissent l'admission de tous les Citoyens, quelque soit leur croyance réligieuse, aux emplois et offices publics.

Art. III. Les Provinces Belgiques seront convenablement représentées à l'assemblée des Etats-Généraux dont les Sessions ordinaires se tiendront en temps de paix alternativement dans une Ville Hollandaise et dans une Ville de la Belgique.

Art. IV. Tous les habitans des Pays-Bas se trouvant ainsi constitutionnellement assimilés entre eux, les différentes Provinces jouiront également de tous les avantages commerciaux et autres que comporte leur situation respective, sans qu'aucune entrave ou restriction puisse être imposée à l'une au profit de l'autre.

Art. V. Immédiatement après la réunion les Provinces et les villes de la Belgique seront admises au commerce et à la navigation des Colonies sur le même pied que les Provinces et villes Hollandaises.

Art. VI. Les charges devant être communes, ainsi que les bénéfices, les Dettes contractées jusqu'à l'époque de la réunion, par les Provinces Hollandaises d'un côté, et de l'autre par les Provinces Belgiques seront à la charge du Trésor-Général des Bays-Bas.

Art. VII. Conformément aux mêmes principes, les depenses requises pour l'établissement et la conservation des fortifications sur la frontière du nouvel Etat seront supportées par le Trésor-Général, comme résultat d'un objet qui interesse la sûreté et l'indépendance de toutes les Provinces et de la nation entière.

Art. VIII. Les frais d'établissement et d'entretien des Digues resteront pour le compte des Districts qui sont plus directement intéressées à cette partie du service public, sauf l'obligation de l'Etat en général à fournir des secours en cas de désastre extraordinaire, le tout ainsi que cela s'est pratiqué jusqu'à présent en Hollande.

Et Son Altesse Royale ayant accepté ces huit articles comme la base et les conditions de la réunion de la Belgique à la Hollande, sous la Souveraineté de Son Altesse Royale.

Le soussigné Anne Willem Carel Baron de Nagell Chambellan de S. A. R. le Prince Souverain des Pays-Bas unis, et Son Secrétaire d'Etat pour les affaires étrangères, est chargé et autorisé au nom et de la part de Son Auguste Maitre d'accepter la Souveraineté des Provinces Belgiques sous les conditions contenues dans les huit articles précédens, et d'en garantir par le présent Acte l'acceptation et l'exécution.

En foi de quoi le soussigné Anne Willem Carel Baron de Nagell Chambellan de S. A. R. le Prince Souverain des Pays-Bas et son Secrétaire d'Etat

pour les affaires étrangères, a muni le présent acte de sa signature et y a fait apposer le cachet de ses armes.

Fait à la Haye ce 21. Juillet 1814.

(L. S.) Signé: *A. W. C. de Nagell.*

Pour Copie conforme:

Le Secrét. Général du Dép. d. affaires étrangères.

van Zuylen. *van Nyeveldt.*

II.

Traité

entre la Grande-Bretagne et les Pays-Bas,

signé à

VIENNE,

le 31. Mai 1815.*)

Au nom de la très-sainte et indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, désirant de mettre en exécution et de compléter les dispositions du Traité de Paix conclu à Paris le 30. Mai 1814, qui, afin d'établir un juste équilibre en Europe et de constituer les Provinces-Unies dans des proportions, qui les mettent à même de soutenir leur indépendance par leurs propres moyens, leur assure les pays compris entre la mer, les frontières de la France et la Meuse, mais qui ne déterminent point encore leurs limites sur la rive droite de ce fleuve; et leurs dites Majestés ayant résolu de conclure, pour cet effet, un Traité particulier, conforme aux stipulations du Congrès de Vienne, Elles ont nommé des Plénipotentiaires pour concerter, arrêter et signer tout ce qui est relatif à cet objet; savoir, Sa Majesté le Roi du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le Très-Honorable Richard le Poer Trench, Comte de Clancarty, Vicomte de Dunlo, Baron de Kilconnel, Conseiller de Sa dite Majesté en Son Conseil Privé de la Grande Bretagne et aussi d'Irlande, Président du Comité du premier pour les Affaires du Commerce et des Colonies, Directeur-Général de Ses Postes, Colonel du Régiment de Milice du Comté de Galway, Chevalier Grand-Croix du Très-Honorable Ordre du Bain, et un des Plénipotentiaires de Sa dite Majesté au Congrès de Vienne; et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, le Sieur Gerhard Charles, Baron de Spaen de Voorstonden, membre du Corps des Nobles de la Province de Gueldre, Envoyé Extraordinaire et

*) Le même traité a été signé entre S. M. le Roi des Pays-Bas et la cour d'Autriche et la cour de Berlin et la cour de Pétersbourg.

Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Prince d'Orange-Nassau, Grand-Duc de Luxembourg, près la Cour de Vienne et l'un de Ses Plénipotentiaires au Congrès; et le Sieur Hans Christophe Erneste, Baron de Gagern, Grand-Croix des Ordres du Lion de Hesse, et de la Fidélité de Bade, Plénipotentiaire de Sa dite Majesté au Congrès de Vienne; lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivans:

Art. I. Les anciennes Provinces-Unies des Pays-Bas et les ci-devant Provinces Belgiques, les unes et les autres dans les limites fixées par l'Article suivant, formeront, conjointement avec les pays et territoires désignés dans le même Article, sous la Souveraineté de Son Altesse Royale le Prince d'Orange-Nassau, Prince Souverain des Provinces-Unies, le Royaume des Pays-Bas, héréditaire dans l'Ordre de Succession déjà établi par l'Acte de Constitution des dites Provinces-Unies. Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, reconnait le titre et les prérogatives de la dignité royale dans la Maison d'Orange Nassau.

Art. II. La ligne comprenant les territoires qui composeront le Royaume des Pays-Bas, est déterminée de la manière suivante; elle part de la mer et s'étend le long des frontières de la France du côté des Pays-Bas, telles qu'elles ont été rectifiées et fixées par l'Article III du Traité de Paris du trente Mai mil huit cent quatorze, jusqu'à la Meuse; et ensuite le long des mêmes frontières jusqu'aux anciennes limites du duché de Luxembourg. De-là elle suit la direction des limites entre ce duché et l'ancien Evêché de Liège, jusqu'à ce qu'elle rencontre (au Midi de Deiffelt) les limites Occidentales de ce Canton et de celui de Malmédy, jusqu'au point ou cette dernière atteint les limites entre les anciens Départemens de l'Ourthe et de la Roer; elle longe ensuite ces limites jusqu'à ce qu'elles touchent à celles du Canton ci-devant François d'Eupen, dans le Duché de Limbourg; et en suivant la limite Occidentale de ce Canton dans la direction du Nord, laissant à droite une petite partie du ci-devant Canton Français d'Aubel, se joint au point de contact des trois anciens Départemens de l'Ourthe, de la Meuse Inférieure et de la Roer; en partant de ce point, la dite ligne suit celle qui sépare ces deux derniers Départemens, jusque-là où elle touche à la Worm (rivière ayant son embouchure dans la Roer) et longe cette rivière juqu'au point où elle atteint de nouveau la limite de ces deux Départemens, poursuit cette limite jusqu'au midi de Hillensberg (ancien Département de la Roer) remonte de-là vers le Nord, et laissant Hillensberg à droite, et coupant le Canton de Sittard en deux parties à peu près égales, de manière que Sittard et Susteren restent à gauche, arrive à l'ancien territoire Hollandais, puis, laissant ce territoire à gauche, elle en suit la frontière Orientale jusqu'au point où celle-ci touche à l'ancienne Principauté Autrichienne de Gueldre, du côté de Ruremonde; et se dirigeant vers le point le plus Oriental du territoire Hollandais, au Nord de Swalmen, continue à embrasser ce territoire. Enfin elle va joindre, en partant du point le plus Oriental, cette autre partie du territoire Hollandais,

où se trouve Venloo; elle renfermera cette ville et son territoire. De-là jusqu'à l'ancienne frontière Hollandaise près de Mook située au-dessous de Genep, elle suivra le cours de la Meuse à une distance de la rive droite telle que tous les endroits qui ne sont pas éloignés de cette rive de plus de mille perches d'Allemagne (*Rheinländische Ruthen*), dont mille neuf cent soixante-dix équivalent à la quinzième partie d'un degré de méridien, appartiendront, avec leurs banlieues, au Royaume des Pays-Bas; bien entendu toutefois, quant à la réciprocité de ce principe, qu'aucun point de la rive de la Meuse ne fasse partie du territoire Prussien, qui ne pourra en approcher de huit cents perches d'Allemagne.

Du point où la ligne, qui vient d'être décrite, atteint l'ancienne frontière Hollandaise, jusqu'au Rhin, cette frontière restera, pour l'essentiel, telle qu'elle était en mil sept cent quatre-vingt-quinze, entre Clèves et les Provinces-Unies. Elle sera examinée par la Commission qui sera nommée incessamment par les deux gouvernemens pour procéder à la détermination exacte des limites, tant du Royaume des Pays-Bas que du Grand-Duché de Luxembourg désignée dans l'article IV; et cette Commission règlera, à l'aide d'experts, tout ce qui concerne les constructions hydrotechniques et autres points, suivant l'avantage mutuel des deux Hautes Parties Contractantes, et de la manière la plus équitable et la plus convenable. Cette même disposition s'étend sur la fixation des limites dans les districts de Kyfwaerd, Lobith et de tout le territoire jusqu'à Kekerdom. Les enclaves Huissen, Malburg le Lymers, avec la ville de Sevender, et la Seigneurie de Weel, feront partie du Royaume des Pays-Bas; et Sa Majesté Prussienne y renonce à perpétuité pour elle et tous ses descendans et successeurs.

Art. III. La partie de l'ancien Duché de Luxembourg, comprise dans les limites spécifiées par l'article suivant, est également cedée au Prince Souverain des Provinces-Unies, aujourd'hui Roi des Pays-Bas, pour être possédée à perpétuité et Souveraineté. Le Souverain des Pays-Bas ajoutera à ses titres celui de Grand-Duc de Luxembourg, et la faculté est réservée à Sa Majesté de faire, relativement à la Succession dans le Grand-Duché, tel arrangement de famille entre les Princes ses fils, qu'elle jugera conforme aux intérêts de sa Monarchie et à ses intentions paternelles.

Le Grand-Duché de Luxembourg, servant de compensation pour les principautés de Nassau-Dillenbourg, Siegen, Hadamar et Dietz, formera un des Etats de la Confédération Germanique et le Prince, Roi des Pays-Bas, entrera dans le système de cette confédération comme Grand-Duc de Luxembourg avec toutes les prérogatives et privilèges dont jouiront les autres Princes Allemands.

La Ville de Luxembourg sera considérée, sous le rapport militaire, comme forteresse de la Confédération. Le Grand-Duc aura toutefois le droit de nommer le Gouverneur et Commandant militaire de cette forteresse, sauf l'approbation du pouvoir exécutif de la Confédération, et sous telles autres

conditions qu'il sera jugé nécessaire d'établir en conformité de la constitution future de la dite Confédération.

Art. IV. Le Grand-Duché de Luxembourg se composera de tout le territoire situé entre le Royaume des Pays-Bas, tel qu'il a été désigné par l'article II, la France, la Moselle, jusqu'à l'embouchure de la Sure, le cours de la Sure jusqu'au confluent de l'Our et le cours de cette dernière rivière jusqu'aux limites du ci-devant Canton Français de St. Vith, qui n'appartiendra point au Grand-Duché de Luxembourg.

Des contestations s'étant élevées sur la propriété du Duché de Bouillon, Sa Majesté le Roi des Pays-Bas Grand-Duc de Luxembourg, s'engage à restituer la partie du dit Duché qui est comprise dans la démarcation ci-dessus indiquée à celle des parties dont les droits seront légitimement constatés.

Art. V. Sa Majesté le Roi des Pays-Bas renonce à perpétuité pour lui et ses descendans et successeurs, en faveur de Sa Majesté le Roi de Prusse, aux possessions souveraines que la Maison de Nassau-Orange possédait en Allemagne, et nommément aux principautés de Dillenbourg, Dietz, Siegen et Hadamar y compris la Seigneurie de Beilstein, et telles que ces possessions ont été définitivement réglées entre les deux branches de la Maison de Nassau par le Traité conclu à la Haye, le quatorze Juillet mil huit cent quatorze; Sa Majesté renonce également à la principauté de Fulde et aux autres districts et territoires qui lui avaient été assurés par l'article XII du récès principal de la députation extraordinaire de l'Empire, du vingt-cinq Février mil huit cent trois.

Art. VI. Le droit et l'ordre de succession établi entre les deux branches de la Maison de Nassau, par l'Acte de mil sept cent quatre-vingt-trois, dit *Nassauischer Erbverein*, est maintenu et transféré des quatre principautés d'Orange-Nassau au Grand-Duché de Luxembourg.

Art. VII. Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, en réunissant sous Sa Souveraineté les pays désignés dans les articles II et IV, entre dans tous les droits, et prend sur lui toutes les charges et tous les engagemens stipulés relativement aux provinces et districts détachés de la France dans le traité de paix conclu à Paris, le trente Mai mil huit cent quatorze.

Art. VIII. Sa Majesté le Roi des Pays-Bas ayant reconnu et sanctionné, sous la date du vingt-un Juillet mil huit cent quatorze, comme bases de la réunion des Provinces Belgiques avec les Provinces-Unies, les huit Articles renfermés dans la Pièce annexée au présent Traité, les dits Articles auront la même force et valeur comme s'ils étaient insérés mot à mot dans la transaction actuelle.

Art. IX. Il sera nommé incessamment par Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, une Commission pour régler tout ce qui est relatif à la cession des possessions Nassoviennes de Sa Majesté par rapport aux archives, dettes, excédens des caisses et autres objets de la même nature. La partie des archives qui ne regarde point les pays cédés, mais la Maison d'Orange, et tout ce qui, comme bibliothèque, collection de cartes,

et autres objets pareils, appartient à la propriété particulière et personnelle de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, restera à Sa Majesté et lui sera aussitôt remis. Une partie des susdites possessions étant échangée contre des possessions du Duc et Prince de Nassau, Sa Majesté le Roi de Prusse s'engage et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas consent à faire transférer l'obligation stipulée par le présent article sur Leurs Altesses Sérénissimes le Duc et Prince de Nassau pour la partie des dites possessions qui sera réunie à Leurs états.

Art. X. Le présent Traité sera ratifié et les ratifications seront échangées dans le terme de six semaines, et plutôt si faire se pourra.

En foi de quoi les Plénipotentiaires ci-dessus nommés l'ont signé et muni du cachet de leurs armes.

Fait à Vienne, le trente-un Mai de l'an de grâce mil huit cent quinze.

Signé:
(L. S.) *Clancarty.*

Signé:
(L. S.) *Le Baron de Spaen.*
(L. S.) *Le Baron de Gagern.*

III.

Traité

pour la Séparation definitive de la Belgique d'avec la Hollande signé à Londres par les Plénipotentiaires de l'Autriche, de la France, de la Grande-Bretagne, de la Prusse et de la Russie d'une part et par le Plénipotentiaire de la Belgique de l'autre part,

le 15. Novembre 1831.

Les cours d'Autriche, de France, de la Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie, prenant en considération les évènemens qui ont eu lieu dans le Royaume-Uni des Pays-Bas depuis le mois de Septembre 1830, l'obligation où elles se sont trouvées d'empêcher, que ces évènemens ne troublassent la paix générale, et la nécessité qui resultait de ces mêmes évènemens d'apporter des modifications aux transactions de l'année 1813, par lesquelles avait été créé et établi le Royaume-Uni des Pays-Bas et Sa Majesté, le Roi actuel des Belges s'associant à ces intentions des cours ci-dessus mentionnées, ont nommé pour leurs Plénipotentiaires savoir:

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, le Prince Paul d'Esterhazy, Chevalier de la Toison d'or, Grand-croix de l'ordre royal de St. Etienne, de l'ordre des Guelphes, de St. Ferdinand de Sicile et de celui de Christ de Portugal, Chambellan, Conseiller intime actuel de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, et son Ambassadeur extraordinaire près Sa Majesté Britannique; et le Sieur Jean Philippe, Baron de Wessenberg, Grand-croix de l'ordre royal de St. Etienne, de l'ordre militaire et religieux

des Saints Maurize et Lazare, de l'ordre de l'Aigle rouge de Prusse et de celui de la Couronne de Bavière, Chambellan, Conseiller intime actuel de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique;

Sa Majesté, le Roi des Français, le Sieur Charles Maurice de Talleyrand-Perigord, Prince Duc de Talleyrand, Pair de France, Ambassadeur extraordinaire et ministre plénipotentiaire de sa dite Majesté près Sa Majesté Britannique, Grand-croix de la Légion d'honneur, Chevalier de l'ordre de la Toison d'or, Grand-croix de l'ordre de St. Etienne de Hongrie, de l'ordre de Saint André, de l'ordre de l'Aigle noir etc.;

Sa Majesté le Roi du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le Très-Honorable Henri Jean Vicomte Palmerston, Baron Temple, Pair d'Irlande, Conseiller de Sa Majesté Britannique en son conseil privé, membre du Parlement, et son Principal Secrétaire d'Etat ayant le Département des affaires étrangères;

Sa Majesté le Roi de Prusse, le Sieur Henri Guillaume, Baron de Bulow, son Chambellan, Conseiller intime de Légation, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté Britannique et Chevalier de plusieurs ordres;

Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, le Sieur Christoph Prince de Lieven, général d'Infanterie de ses Armées, son Aide de camp général, Ambassadeur extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté Britannique, Chevalier des ordres de Russie, Grand-croix de l'Aigle noir et de l'Aigle rouge de Prusse, de l'ordre royal des Guelphes, Commandeur Grand-croix de l'Epée de Suède et commandeur de l'ordre de St. Jean de Jerusalem; et le Sieur Adam Comte Matuszewic, Conseiller privé de Sa dite Majesté, Chevalier de l'ordre de Sainte Anne de la première classe, Grand-croix de l'ordre de St. Vladimir de la seconde, Grand-croix de l'ordre de l'Aigle rouge de Prusse de la première classe, Commandeur de l'ordre de Léopold d'Autriche et de plusieurs autres ordres étrangers;

Et Sa Majesté le Roi des Belges, le Sieur Sylvain Van de Weyer, son Envoyé extraordinaire près Sa Majesté Britannique;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, ont arrêté et signé les Articles qui suivent:

Art. I. Le territoire Belge se composera des provinces de *Brabant méridional*, *Liége*, *Namur*, *Hainaut*, *Flandre occidentale*, *Flandre orientale*, *Anvers* et *Limbourg*, telles qu'elles ont fait partie du Royaume-uni des Pays-Bas, constitué en 1815, à l'exception des districts de la province de Limbourg désignés dans l'art. IV.

Le territoire Belge comprendra, en outre, la partie du Grand-duché de Luxembourg indiquée dans l'art. II.

Art. II. Dans le Grand-duché de Luxembourg, les limites du territoire Belge seront telles qu'elles vont être décrites ci-dessous.

A partir de la frontière de France entre *Rodange*, qui restera au Grand-duché de Luxembourg, et *Athus*, qui appartiendra à la Belgique, il

sera tiré d'après la carte ci-jointe, une ligne qui, laissant à la Belgique la route *d'Arlon à Longwy*, la ville *d'Arlon* avec sa banlieu, et la route *d'Arlon à Bastogne*, passera entre *Messancy*, qui sera sur le territoire belge et *Clémency*, qui restera au Grand-duché de Luxembourg, pour aboutir à *Steinfort*, lequel endroit restera également au Grand-duché. De Steinfort, cette ligne sera prolongée, dans la direction *d'Eischen*, de *Hecbus*, *Guirsch*, *Oberpalen*, *Grende*, *Nothomb*, *Parette* et *Perlé*, jusqu'à *Martelange: Hecbus*, *Guirsch*, *Grende*, *Nothomb* et *Parette*, devant appartenir à la Belgique, et *Eischen*, *Oberpalen*, *Perlé* et *Martelange* au Grand-duché. De *Martelange*, la dite ligne descendra le cours de la *Sûre*, dont le *Thalweg* servira de limite entre les deux Etats, jusque vis-à-vis *Tintange*, d'où elle sera prolongée, aussi directement que possible, vers la frontière actuelle de l'arrondissement de *Diekirch*, et passera entre *Surret*, *Harlange*, *Tarchamps*, qu'elle laissera au Grand-duché de Luxembourg, et *Honville*, *Hivarchamp* et *Loutermange*, qui feront partie du territoire belge; atteignant ensuite, aux environs de *Doncols* et de *Sonlez*, qui resteront au Grand-duché, la frontière actuelle de l'arrondissement de *Diekirch*, la ligne en question suivra la dite frontière jusqu'à celle du territoire prussien: tous les territoires, villes, places et lieux situés à l'ouest de cette ligne, appartiendront à la Belgique, et tous les territoires, villes, places et lieux situés à l'est de cette même ligne, continueront d'appartenir au Grand-duché de Luxembourg.

Il est entendu qu'en traçant cette ligne, et en se conformant, autant que possible, à la description qui en a été faite ci-dessus, ainsi qu'aux indications de la carte jointe, pour plus de clarté, au présent article, les commissaires-démarcateurs dont il est fait mention dans l'art. VI auront égard aux localités, ainsi qu'aux convenances qui pourront en résulter mutuellement.

Art. III. Pour les cessions faites dans l'article précédent, il sera assigné à S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, une indemnité territoriale dans la province de Limbourg.

Art. IV. En exécution de la partie de l'article premier, relative à la province de Limbourg, et par suite des cessions indiquées dans l'article II, il sera assigné à S. M. le Roi des Pays-Bas, soit en sa qualité de Grand-duc de Luxembourg, soit pour être réunis à la Hollande, les territoires dont les limites sont indiquées ci-dessous.

1. *Sur la rive droite de la Meuse:* aux anciennes enclaves hollandaises sur la dite rive de la province de Limbourg, seront joints les districts de cette même province sur cette rive, qui n'appartenaient pas aux Etats-Généraux en 1790; de façon que la partie de la province actuelle de Limbourg située sur la rive droite de la Meuse, et comprise entre ce fleuve à l'ouest, la frontière du territoire prussien à l'est, la frontière actuelle de la province de Liége au midi, et la Gueldre hollandaise au nord, appartiendra désormais tout entière à S. M. le Roi des Pays-Bas, soit en sa qualité de Grand-duc de Luxembourg, soit pour être réunie à la Hollande.

2. *Sur la rive gauche de la Meuse:* à partir du point le plus méridional de la province hollandaise du Brabant septentrional, il sera tiré, d'après la carte ci-jointe, une ligne qui aboutira à la Meuse au-dessous de *Wessem*, entre cet endroit et *Stevenswaardt*, au point où se touchent, sur la rive gauche de la Meuse, les frontières des arrondissemens actuels de *Ruremonde* et de *Maestricht;* de manière que *Bergerot, Stamproy, Neer-Itteren, Itter-voord* et *Thorn*, avec leurs banlieues, ainsi que tous les autres endroits situés au nord de cette ligne, feront partie du territoire hollandais.

Les anciennes enclaves hollandaises dans la province de Limbourg sur la rive gauche de la Meuse appartiendront à la Belgique, à l'exception de la ville de *Maestricht*, laquelle, avec un rayon de territoire de douze cents toises, à partir du glacis extérieur de la place sur la dite rive de ce fleuve, continuera d'être possédée en toute souveraineté et propriété par S. M. le Roi des Pays-Bas.

Art. V. Il sera réservé à S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, de s'entendre avec la Confédération germanique et les agnats de la maison de Nassau, sur l'application des stipulations renfermées dans les articles III et IV, ainsi que sur tous les arrangemens que les dits articles pourraient rendre nécessaires, soit avec les agnats ci-dessus nommés de la maison de Nassau, soit avec la Confédération germanique.

Art. VI. Moyennant les arrangemens territoriaux arrêtés ci-dessus, chacune des deux parties renonce réciproquement pour jamais à toute prétention sur les territoires, villes, places et lieux situés dans les limites des possessions de l'autre partie, telles qu'elles se trouvent décrites dans les articles I, II et IV.

Les dites limites seront tracées, conformément à ces mêmes articles, par des commissaires-démarcateurs belges et hollandais, qui se réuniront le plutôt possible en la ville de Maestricht.

Art. VII. La Belgique, dans les limites indiquées aux articles I, II et IV, formera un Etat indépendant et perpétuellement neutre. Elle sera tenue d'observer cette même neutralité envers tous les autres Etats.

Art. VIII. L'écoulement des eaux des Flandres sera réglé entre la Hollande et la Belgique d'après les stipulations arrêtées à cet égard dans l'article VI du traité définitif, conclu entre S. M. l'Empereur d'Allemagne et les Etats-Généraux, le 8. Novembre 1785; et, conformément au dit article, des commissaires, nommés de part et d'autre, s'entendront sur l'application des dispositions qu'il consacre.*)

*) Art. VI du Traité de Fontainebleau, du 8. Novembre 1785.

LL. HH. PP. feront régler de la manière la plus convenable, à la satisfaction de l'Empereur, l'écoulement des eaux des pays de S. M., en Flandre et du côté de la Meuse, afin de prévenir, autant que possible, les inondations. LL. HH. PP. consentent même qu'à cette fin il soit fait usage, sur un pied raisonnable, du terrain nécessaire sous leur domination. Les écluses qui seront construites à cet effet sur le territoire des Etats-Généraux, resteront sous leur souveraineté, et il

Art. IX. Les dispositions des articles 108 — 117 inclusivement de l'acte général du Congrès de Vienne, relatives à la libre navigation des fleuves et rivières navigables, seront appliquées aux fleuves et rivières navigables qui séparent ou traversent à la fois le territoire belge et le territoire hollandais.

En ce qui concerne spécialement la navigation de l'Escaut, il sera convenu que le pilotage et le balisage, ainsi que la conservation des passes de l'Escaut en aval d'Anvers, seront soumis à une surveillance commune; que cette surveillance commune sera exercée par des commissaires nommés à cet effet de part et d'autre; que des droits de pilotage modérés seront fixés d'un commun accord, et que ces droits seront les mêmes pour le commerce hollandais et pour le commerce belge.

Il est également convenu que la navigation des eaux intermédiaires entre l'Escaut et le Rhin, pour arriver d'Anvers au Rhin et vice versâ, restera réciproquement libre, et qu'elle ne sera assujettie qu'à des péages modérés, qui seront provisoirement les mêmes pour le commerce des deux pays.

Des commissaires se réuniront de part et d'autre à Anvers, dans le délai d'un mois, tant pour arrêter le montant définitif et permanent de ces péages, qu'afin de convenir d'un réglement général pour l'exécution des dispositions du présent article, et d'y comprendre l'exercice du droit de pêche et de commerce de pêcherie dans toute l'étendue de l'Escaut, sur le pied d'une parfaite réciprocité en faveur des sujets des deux pays.

En attendant, et jusqu'à ce que le dit réglement soit arrêté, la navigation des fleuves et rivières navigables, ci-dessus mentionnés, restera libre au commerce des deux pays, qui adopteront provisoirement à cet égard les tarifs de la convention signée le 31. Mars 1831, à Mayence, pour la libre navigation du Rhin, ainsi que les autres dispositions de cette convention, en autant qu'elles pourront s'appliquer aux fleuves et rivières navigables, qui séparent et traversent à la fois le territoire hollandais et le territoire belge.

Art. X. L'usage des canaux qui traversent à la fois les deux pays continuera d'être libre et commun à leurs habitans.

Il est entendu qu'ils en jouiront réciproquement et aux mêmes conditions, et que, de part et d'autre, il ne sera perçu sur la navigation des canaux que des droits modérés.

Art. XI. Les communications commerciales par la ville de Maestricht, et par celle de Sittard, resteront entièrement libres, et ne pourront être entravées sous aucun prétexte.

L'usage des routes qui, en traversant ces deux villes, conduisent aux frontières de l'Allemagne, ne sera assujetti qu'au payement de droits de barrière modérés pour l'entretien de ces routes, de telle sorte que le commerce

---

n'en sera construit dans aucun endroit de leur territoire, qui pourraient nuire à la défense de leurs frontières. Il sera nommé respectivement, dans le terme d'un mois après l'échange des ratifications, des commissaires qui seront chargés de déterminer les emplacemens les plus convenables pour les dites écluses; ils conviendront ensemble de celles qui devront être soumises à une régie commune.

de transit n'y puisse éprouver aucun obstacle, et que, moyennant les droits ci-dessus mentionnés, ces routes soient entretenues en bon état et propres à faciliter ce commerce.

Art. XII. Dans le cas où il aurait été construit en Belgique une nouvelle route, ou creusé un nouveau canal, qui aboutirait à la Meuse vis-à-vis le canton hollandais de Sittard, alors il serait loisible à la Belgique de demander à la Hollande, qui ne s'y refuserait pas dans cette supposition, que la dite route ou le dit canal fussent prolongés d'après le même plan, entièrement aux frais et dépens de la Belgique, par le canton de Sittard jusqu'aux frontières de l'Allemagne. Cette route, ou ce canal, qui ne pourraient servir que de communication commerciale, seraient construits, au choix de la Hollande, soit par des ingénieurs et ouvriers que la Belgique obtiendrait l'autorisation d'employer à cet effet dans le canton de Sittard, soit par des ingénieurs et ouvriers que la Hollande fournirait, et qui exécuteraient, aux frais de la Belgique, les travaux convenus; le tout sans charge aucune pour la Hollande, et sans préjudice de ses droits de souveraineté exclusifs sur le territoire que traverserait la route ou le canal en question.

Les deux parties fixeraient, d'un commun accord, le montant et le mode de perception des droits et des péages qui seraient prélevés sur cette même route ou canal.

Art. XIII. §. 1. A partir du 1er Janvier 1832, la Belgique, du chef du partage des dettes publiques du Royaume-uni des Bays-Bas, restera chargée d'une somme de huit millions quatre cent mille florins des Pays-Bas de rentes annuelles, dont les capitaux seront transférés du débet du grand-livre à Amsterdam, ou du débet du trésor général du Royaume-uni des Pays-Bas, sur le débet du grand-livre de la Belgique.

§. 2. Les capitaux transférés et les rentes inscrites sur le débet du grand-livre de la Belgique par suite du paragraphe précédent, jusqu'à la concurrence de la somme totale de huit millions quatre cent mille florins des Pays-Bas de rentes annuelles, seront considérés comme faisant partie de la dette nationale belge; et la Belgique s'engage à n'admettre, ni pour le présent, ni pour l'avenir, aucune distinction entre cette portion de sa dette publique, provenant de sa réunion avec la Hollande, et toute autre dette nationale belge déjà créée ou à créer.

§. 3. L'acquittement de la somme de rentes annuelles ci-dessus mentionnée de huit millions quatre cent mille florins des Pays-Bas, aura lieu régulièrement de semestre en semestre soit à Bruxelles, soit à Anvers, en argent comptant, sans déduction aucune, de quelque nature que ce puisse être, ni pour l'avenir.

§. 4. Moyennant la création de la dite somme de rentes annuelles de huit millions quatre cent mille florins, la Belgique se trouvera déchargée envers la Hollande de toute obligation du chef du partage des dettes publiques du Royaume-uni des Pays-Bas.

§. 5. Des commissaires nommés de part et d'autre se réuniront, dans le délai de quinze jours, en la ville d'Utrecht, afin de procéder à la liquidation du fonds du syndicat d'amortissement et de la banque de Bruxelles, chargés du service du trésor général du Royaume-uni des Pays-Bas. Il ne pourra résulter de cette liquidation aucune charge nouvelle pour la Belgique, la somme de huit millions quatre cent mille florins de rentes annuelles comprenant le total de ses passifs. Mais s'il découlait un actif de la dite liquidation, la Belgique et la Hollande le partageront dans la proportion des impôts acquittés par chacun des deux pays pendant leur réunion, d'après les budgets consentis par les Etats-Généraux du Royaume-uni des Pays-Bas.

§. 6. Dans la liquidation du syndicat d'amortissement seront comprises les créances sur les domaines dites Domein-losrenten. Elles ne sont citées dans le présent article que pour mémoire.

§. 7. Les commissaires hollandais et belges, mentionnées au §. 3. du présent article, et qui doivent se réunir en la ville d'Utrecht, procéderont, outre la liquidation dont ils sont chargés, au transfert des capitaux et rentes qui, du chef du partage des dettes publiques du Royaume-uni des Pays-Bas, doivent retomber à la charge de la Belgique, jusqu'à la concurrence de huit millions quatre cent mille florins de rentes annuelles.

Ils procéderont aussi à l'extradition des archives, cartes, plans et documens quelconques appartenant à la Belgique, ou concernant son administration.

Art. XIV. La Hollande ayant fait exclusivement, depuis le 1. Novembre 1830, toutes les avances nécessaires au service de la totalité des dettes publiques du royaume des Pays-Bas, et devant les faire encore pour le semestre échéant au 1. Janvier 1832, il est convenu que les dites avances, calculées depuis le 1. Novembre 1830 jusqu'au 1. Janvier 1832, pour quatorze mois, au pro rata de la somme de huit millions quatre cent mille florins des Pays-Bas de rentes annuelles, dont la Belgique reste chargée, seront remboursées par tiers au trésor hollandais par le trésor belge.

Le premier tiers de ce remboursement sera acquitté par le trésor belge au trésor hollandais le 1. Janvier 1832, le second le 1. Avril et le troisième le 1. Juillet de la même année; sur ces deux derniers tiers il sera bonifié à la Hollande un intérêt calculé à raison de cinq pour cent par an, jusqu'à parfait acquittement aux susdites échéances.

Art. XV. Le port d'Anvers, conformément aux stipulations de l'article 13 du traité de Paris du 30. Mai 1814, continuera d'être uniquement un port de commerce.

Art. XVI. Les ouvrages d'utilité publique ou particulière, tels que canaux, routes, ou autres de semblable nature, construits en tout ou en partie aux frais du Royaume-uni des Pays-Bas, appartiendront, avec les avantages et les charges qui y sont attachés, au pays où ils sont situés.

Il est entendu que les capitaux empruntés pour la construction de ces ouvrages, et qui y sont spécialement affectés, seront compris dans les dites

charges pour autant qu'ils ne sont pas encore remboursés, et sans que les remboursemens déjà effectués puissent donner lieu à liquidation.

Art. XVII. Les séquestres qui auraient été mis en Belgique, pendant les troubles, pour cause politique, sur des biens et domaines patrimoniaux quelconques, seront levés sans nul rétard, et la jouissance des biens et domaines susdits sera immédiatement rendue aux légitimes propriétaires.

Art. XVIII. Dans les deux pays dont la séparation a lieu en conséquence des présens articles, les habitans et propriétaires, s'ils veulent transférer leur domicile d'un pays à l'autre, auront la liberté de disposer pendant deux ans de leurs propriétés meubles ou immeubles, de quelque nature qu'elles soient, de les vendre, et d'emporter le produit de ces ventes, soit en numéraire, soit en autres valeurs, sans empêchement ou acquittement de droits autres que ceux qui sont aujourd'hui en vigueur dans les deux pays pour les mutations et transferts.

Il est entendu que renonciation est faite pour le présent et pour l'avenir, à la perception de tout droit d'aubaine et de détraction sur les personnes et sur les biens des Hollandais en Belgique, et des Belges en Hollande.

Art. XIX. La qualité de sujet mixte, quant à la propriété, sera reconnue et maintenue.

Art. XX. Les dispositions des articles XI jusqu'à XXI inclusivement du traité conclu entre l'Autriche et la Russie le 3. Mai 1815, qui fait partie intégrante de l'acte général du Congrès de Vienne, dispositions relatives aux propriétaires mixtes, à l'élection de domicile qu'ils sont tenus de faire, aux droits qu'ils exerceront comme sujets de l'un ou de l'autre état, et aux rapports de voisinage dans les propriétés coupées par les frontières, seront appliquées aux propriétaires ainsi qu'aux propriétés qui, en Hollande, dans le Grand-duché de Luxembourg ou en Belgique, se trouveront dans les cas prévus par les susdites dispositions des actes du Congrès de Vienne.

Les droits d'aubaine et de détraction étant abolis dès à présent entre la Hollande, le Grand-duché de Luxembourg et la Belgique, il est entendu que, parmi les dispositions ci-dessus mentionnées, celles qui se rapporteraient aux droits d'aubaine et de détraction seront censées nulles et sans effet dans les trois pays.

Art. XXI. Personne, dans les pays qui changent de domination, ne pourra être recherché ni inquiété en aucune manière, pour cause quelconque de participation directe ou indirecte aux évènemens politiques.

Art. XXII. Les pensions et traitemens d'attente, de non-activité et de réforme, seront acquittés à l'avenir, de part et d'autre, à tous les titulaires, tant civils que militaires, qui y ont droit conformément aux lois en vigueur avant le 1. Novembre 1830.

Il est convenu que les pensions et traitemens susdits des titulaires nés sur les territoires qui constituent aujourd'hui la Belgique, resteront à la charge du trésor belge, et les pensions et traitemens des titulaires nés sur les territoires qui constituent aujourd'hui la Hollande, à celle du trésor Hollandais.

Art. XXIII. Toutes les réclamations des sujets belges sur des établissemens particuliers, tels que fonds de veuves, et fonds connus sous la dénomination des fonds des leges, et de la caisse des retraites civiles et militaires, seront examinées par la commission mixte de liquidation, dont il est question dans l'art. XIII, et resolues d'après la teneur des réglemens qui régissent ces fonds ou caisses.

Les cautionnemens fournis ainsi que les versemens faits par les comptables belges, les dépôts judiciaires, et les consignations seront également restitués aux titulaires sur la représentation de leurs titres.

Si, du chef des liquidations dites Françaises, des sujets belges avaient encore à faire valoir des droits d'inscription, ces réclamations seront également examinées par la dite commission.

Art. XXIV. Aussitôt après l'échange des ratifications du traité à intervenir entre les deux parties, les ordres nécessaires seront envoyés aux commandans des troupes respectives, pour l'évacuation des territoires, villes, places et lieux qui changent de domination. Les autorités civiles y recevront aussi, en même temps, les ordres nécessaires pour la remise de ces territoires, villes, places et lieux, aux commissaires qui seront désignés, à cet effet, de part et d'autre.

Cette évacuation et cette remise s'effectueront de manière à pouvoir être terminées dans l'espace de quinze jours, ou plutôt si faire se peut.

Art. XXV. Les cours d'Autriche, de France, de la Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie, garantissent à Sa Majesté le Roi des Belges l'exécution de tous les articles qui précèdent.

Art. XXVI. A la suite des stipulations du présent traité, il y aura paix et amitié entre Sa Majesté, le Roi des Belges, d'une part, et leurs Majestés, l'Empereur d'Autriche, le Roi des Français, le Roi de la Grande-Bretagne, le Roi de Prusse et l'Empereur de toutes les Russies de l'autre part, leurs héritiers et successeurs, leurs Etats et sujets respectifs, à perpétuité.

Art. XXVII. Le présent traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Londres, dans le terme de deux mois ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Londres, le 15. Novembre de l'an de grâce 1831.

(L. S.) *S. van de Weyer.*
(L. S.) *Esterhazy.*
(L. S.) *Wessenberg.*
(L. S.) *Talleyrand.*
(L. S.) *Palmerston.*
(L. S.) *Bulow.*
(L. S.) *Lieven.*
(L. S.) *Matuszewic.*

IV.

Traité

entre la France, l'Autriche, la Grande-Bretagne, la Prusse et la Russie, d'une part, et les Pays-Bas de l'autre part, relatif à la séparation de la Belgique d'avec les Pays-Bas,

conclu et signé à

LONDRES,

le 19. Avril 1839.

Au nom de la très-sainte et indivisible Trinité.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, S. M. le Roi des Français, S. M. la Reine du Royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, S. M. le Roi de Prusse et S. M. l'Empereur de toutes les Russies, ayant pris en considération leur traité conclu avec S. M. le Roi des Belges, le 15. Novembre 1831, et S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, étant disposé à conclure un arrangement définitif sur la base des 24 articles arrêtés par les plénipotentiaires de France, d'Autriche, de la Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie, le 14. Octobre 1831, leurs dites Majestés ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème: le sieur Frédéric-Chrétien-Louis, comte de *Senfft-Pilsach*, grand'-croix de l'ordre impérial de Léopold et de celui de Saint-Joseph de Toscane, grand'-croix décoré du grand-cordon de l'ordre des Saints Maurice et Lazare, chevalier des ordres de Saint-Jean de Jérusalem et de l'Aigle-Blanc, grand'-croix de la Légion-d'Honneur, de l'ordre du Mérite de Saxe et de celui de Saint-Stanislas etc. etc., chambellan et conseiller intime actuel de S. M. impériale et royale apostolique, et son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. le Roi des Pays-Bas;

S. M. le Roi des Français: le sieur Horace-François-Bastien, comte *Sébastiani-Porta*, grand'-croix de son ordre royal de la Légion-d'Honneur, grand-cordon des ordres du Croissant de Turquie, de Léopold de Belgique, de Saint-Ferdinand de Naples, du Saint-Sauveur de Grèce, chevalier de l'ordre de la Couronne de Fer etc. etc., lieutenant-général de ses armées, membre de la Chambre des députés de France, son ambassadeur extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. Britannique;

S. M. la Reine du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande: le très-honorable Henri-Jean, vicomte *Palmerston*, baron Temple, pair d'Irlande, conseiller de S. M. Britannique en son conseil privé, chevalier grand'-croix du très-honorable ordre du Bain, membre du parlement et principal secrétaire d'état de S. M. Britannique pour les affaires étrangères;

S. M. le Roi de Prusse: le sieur Henri-Guillaume, baron de *Bulow*, grand'-croix de l'ordre de l'Aigle-Rouge de Prusse de la seconde classe, grand'-croix de l'ordre royal des Guelphes, commandeur des ordres de Saint-Stanislas de Russie et du Faucon de Saxe-Weimar etc., son chambellan, conseiller intime de légation, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. Britannique;

S. M. l'Empereur de toutes les Russies: le sieur Charles-André, comte *Pozzo di Borgo*, général d'infanterie de ses armées, son aide-de-camp-général, ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près S. M. Britannique, chevalier des ordres de Russie et de l'ordre militaire de Saint-Georges de la quatrième classe, chevalier de l'ordre de la Toison-d'Or, grand'-croix de l'ordre royal de Saint-Etienne de Hongrie, de l'Aigle-Noir et de l'Aigle-Rouge de Prusse, de l'ordre de la Tour et de l'Epée de Portugal, de l'ordre de Saint-Ferdinand de Naples, de l'ordre royal des Guelphes, commandeur grand'-croix de l'ordre du Bain etc. etc.;

Et S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg: le sieur Salomon *Dedel*, commandeur de l'ordre du Lion néerlandais, commandeur de l'ordre de l'Etoile polaire de Suède, son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. Britannique;

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans:

Art. I. S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, s'engage à faire immédiatement convertir en traité avec S. M. le Roi des Belges les articles annexés*) au présent acte, et arrêtés d'un commun accord sous les auspices des Cours de France, d'Autriche, de la Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie.

Art. II. S. M. le Roi des Français, S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, S. M. la Reine du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, S. M. le Roi de Prusse et S. M. l'Empereur de toutes les Russies déclarent que les articles mentionnés dans l'article qui précède sont considérés comme ayant la même force et valeur que s'ils étaient insérés textuellement dans le présent acte, et qu'ils se trouvent ainsi placés sous la garantie de leurs dites Majestés.

Art. III. L'union qui a existé entre la Hollande et la Belgique, en vertu du traité de Vienne du 31. Mai 1815, est reconnue par S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, être dissoute.

Art. IV. Le présent traité sera ratifié, et les ratifications en seront échangées, à Londres, dans le délai de six semaines, ou plutôt si faire se peut. L'échange de ces ratifications aura lieu en même temps que celui des ratifications du traité entre la Hollande et la Belgique.

---

*) Ils sont textuellement reproduits dans les premiers 24 Articles du traité suivant.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent traité et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Londres, le 19. Avril de l'an de grâce 1839.

(L. S.) *H. Sebastiani.* (L. S.) *Bulow.*
(L. S.) *Senfft.* (L. S.) *Pozzo di Borgo.*
(L. S.) *Palmerston.* (L. S.) *Dedel.*

Traité

entre la Belgique et la Hollande, relatif à la séparation de leurs territoires respectifs,

signé à

LONDRES,

le 19. Avril 1839.

Au nom de la très-sainte et indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi des Belges et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, prenant en considération leurs traités conclus avec les Cours d'Autriche, de France, de la Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie, savoir: par Sa Majesté le Roi des Belges, le 15. Novembre 1831, et par Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, en ce jour, leurs dites Majestés ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté le Roi des Belges, le sieur Sylvain van de Weyer, son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté Britannique, officier de l'ordre de Léopold, grand-croix de l'ordre d'Ernest de Saxe, de l'ordre de la Tour et de l'Epée, de l'ordre militaire et religieux de Saints Maurice et Lazare, commandeur de l'ordre royal de la Légion d'honneur etc. etc.

et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, le sieur Salomon Dedel, commandeur de l'ordre du Lion néerlandais, commandeur de l'ordre de l'Etoile polaire de Suède, son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté Britannique.

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. I. Le territoire Belge se composera des provinces de Brabant méridional,

Liége,
Namur,
Hainaut,
Flandre occidentale,
Flandre orientale,
Anvers et
Limbourg,

telles qu'elles ont fait partie du Royaume-uni des Pays-Bas, constitué en 1815, à l'exception des districts de la province de Limbourg désignés à l'art. IV.

Le territoire Belge comprendra, en outre, la partie du Grand-duché de Luxembourg indiquée dans l'art. II.

Art. II. Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, consent à ce que, dans le grand-duché de Luxembourg, les limites du territoire Belge soient telles qu'elles vont être décrites ci-dessous.

A partir de la frontière de France entre *Rodange*, qui restera au Grand-duché de Luxembourg, et *Athus*, qui appartiendra à la Belgique, il sera tiré d'après la carte ci-jointe, une ligne qui, laissant à la Belgique la route *d'Arlon à Longwy*, la ville *d'Arlon* avec sa banlieue, et la route *d'Arlon à Bastogne*, passera entre *Messancy*, qui sera sur le territoire belge et *Clémency*, qui restera au Grand-duché de Luxembourg, pour aboutir à *Steinfort*, lequel endroit restera également au Grand-duché. De Steinfort, cette ligne sera prolongée, dans la direction *d'Eischen*, de *Hecbus*, *Guirsch*, *Oberpalen*, *Grende*, *Nothomb*, *Parette* et *Perlé*, jusqu'à *Martelange: Hecbus*, *Guirsch*, *Grende*, *Nothomb* et *Parette*, devant appartenir à la Belgique; et *Eischen*, *Oberpalen*, *Perlé* et *Martelange* au Grand-duché. De *Martelange*, la dite ligne descendra le cours de la *Sûre*, dont le *Thalweg* servira de limite entre les deux Etats, jusque vis-à-vis *Tintange*, d'où elle sera prolongée, aussi directement que possible, vers la frontière actuelle de l'arrondissement de *Diekirch*, et passera entre *Surret*, *Harlange*, *Tarchamps*, qu'elle laissera au Grand-duché de Luxembourg, et *Honville*, *Livarchamps* et *Loutremange*, qui feront partie du territoire belge; atteignant ensuite, aux environs de *Doncols* et de *Soulez*, qui resteront au Grand-duché, la frontière actuelle de l'arrondissement de *Diekirch*, la ligne en question suivra la dite frontière jusqu'à celle du territoire prussien. Tous les territoires, villes, places et lieux situés à l'ouest de cette ligne, appartiendront à la Belgique, et tous les territoires, villes, places et lieux situés à l'est de cette même ligne, continueront d'appartenir au Grand-duché de Luxembourg.

Il est entendu qu'en traçant cette ligne, et en se conformant, autant que possible, à la description qui en a été faite ci-dessus, ainsi qu'aux indications de la carte jointe, pour plus de clarté, au présent article, les commissaires-démarcateurs dont il est fait mention dans l'art. VI auront égard aux localités, ainsi qu'aux convenances qui pourront en résulter mutuellement.

Art. III. Pour les cessions faites dans l'article précédent, il sera assigné à S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, une indemnité territoriale dans la province de Limbourg.

Art. IV. En exécution de la partie de l'article premier, relative à la province de Limbourg, et par suite des cessions que Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, fait dans l'article II, Sa dite Majesté possédera, soit en qualité de Grand-Duc de Luxembourg, soit pour être réunis à la Hollande, les territoires dont les limites sont indiquées ci-dessous:

1. *Sur la rive droite de la Meuse:* aux anciennes enclaves hollandaises sur la dite rive dans la province de Limbourg, seront jointes les districts de cette même province sur cette même rive, qui n'appartenaient pas aux Etats-

Généraux en 1790, de façon que la partie de la province actuelle de Limbourg, située sur la rive droite de la Meuse, et comprise entre ce fleuve à l'ouest, la frontière du territoire prussien à l'est, la frontière actuelle de la province de Liége au midi, et la Gueldre hollandaise au nord, appartiendra désormais tout entière à S. M. le Roi des Pays-Bas, soit en sa qualité de Grand-duc de Luxembourg, soit pour être réunie à la Hollande;

2. *Sur la rive gauche de la Meuse:* à partir du point le plus méridional de la province hollandaise du Brabant septentrional, il sera tiré, d'après la carte ci-jointe, une ligne qui aboutira à la Meuse au-dessous de *Wessem*, entre cet endroit et *Stevenswaardt*, au point où se touchent, sur la rive gauche de la Meuse, les frontières des arrondissements actuels de Ruremonde et de Maestricht, de manière que Bergerot, Stamproy, Neer Itteren, Ittervoordt et Thorn, avec leurs banlieues, ainsi que tous les autres endroits situés au nord de cette ligne, feront partie du territoire hollandais.

Les anciennes enclaves hollandaises dans la province de Limbourg, sur la rive gauche de la Meuse, appartiendront à la Belgique, à l'exception de la ville de Maestricht, laquelle, avec un rayon de territoire de 1200 toises, à partir du glacis extérieur de la place sur la dite rive de ce fleuve, continuera d'être possédée en toute souveraineté et propriété par Sa Majesté le Roi des Pays-Bas.

Art. V. S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, s'entendra avec la Confédération Germanique et les agnats de la Maison de Nassau, sur l'application des stipulations renfermées dans les art. III et IV, ainsi que sur tous les arrangements que les dits articles pourraient rendre nécessaires, soit avec les agnats ci-dessus nommés de la Maison de Nassau, soit avec la Confédération Germanique.

Art. VI. Moyennant les arrangements territoriaux arrêtés ci-dessus, chacune des deux parties renonce réciproquement pour jamais à toute prétention sur les territoires, villes, places et lieux situés dans les limites des possessions de l'autre partie, telles qu'elles se trouvent décrites dans les art. I, II et IV.

Les dites limites seront tracées, conformément à ces mêmes articles, par des commissaires-démarcateurs belges et hollandais, qui se réuniront le plutôt possible en la ville de Maestricht.

Art. VII. La Belgique, dans les limites indiquées aux art. I, II et IV, formera un Etat indépendant et perpétuellement neutre.

Elle sera tenue d'observer cette même neutralité envers tous les autres Etats.

Art. VIII. L'écoulement des eaux des Flandres sera réglé entre la Belgique et la Hollande, d'après les stipulations arrêtées à cet égard dans l'art. VI du traité définitif conclu entre Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne et les Etats Généraux, le 8. Novembre 1785; et, conformément au dit article, des commissaires, nommés de part et d'autre, s'entendront sur l'application des dispositions qu'il consacre.

Art. IX. §. 1. Les dispositions des art. 108 jusqu'au 117 inclusivement de l'acte général du congrès de Vienne, relatives à la libre navigation des fleuves et rivières navigables, seront appliquées aux fleuves et rivières navigables qui séparent ou traversent à la fois le territoire belge et le territoire hollandais.

§. 2. En ce qui concerne spécialement la navigation de l'Escaut et de ses embouchures, il est convenu que le pilotage et le balisage, ainsi que la conservation des passes de l'Escaut en aval d'Anvers, seront soumis à une surveillance commune, et que cette surveillance commune sera exercée par des commissaires nommés à cet effet de part et d'autre; des droits de pilotage modérés seront fixés d'un commun accord, et ces droits seront les mêmes pour les navires de toutes les nations.

En attendant et jusqu'à ce que ces droits soient arrêtés, il ne pourra être perçu des droits de pilotage plus élevés que ceux qui ont été établis par le tarif de 1829, pour les bouches de la Meuse, depuis la pleine mer jusqu'à Helvoet, et de Helvoet jusqu'à Rotterdam, en proportion des distances. Il sera au choix de tout navire se rendant de la pleine mer en Belgique, ou de la Belgique en pleine mer par l'Escaut, de prendre tel pilote qu'il voudra; et il sera loisible d'après cela aux deux pays d'établir, dans tout le cours de l'Escaut et à son embouchure, les services de pilotage qui seront jugés nécessaires pour fournir les pilotes. Tout ce qui est relatif à ces établissements sera déterminé par le réglement à intervenir conformément au §. 6 ci-après. Le service de ces établissements sera sous la surveillance commune mentionnée au commencement du présent paragraphe. Les deux gouvernements s'engagent à conserver les passes navigables de l'Escaut et de ses embouchures, et à y placer et y entretenir les balises et bouées nécessaires, chacun pour sa partie du fleuve.

§. 3. Il sera perçu par le gouvernement des Pays-Bas sur la navigation de l'Escaut et de ses embouchures, un droit unique de florin 1, 50 par tonneau, savoir florin 1, 12 pour les navires qui, arrivant de la pleine mer, remonteront l'Escaut occidental pour se rendre en Belgique par l'Escaut ou par le canal de Terneuse; et de fl. 0, 38 par tonneau des navires qui, arrivant de la Belgique par l'Escaut ou par le canal de Terneuse, descendront l'Escaut occidental pour se rendre dans la pleine mer. Et afin que les dits navires ne puissent être assujettis à aucune visite, ni à aucun retard ou entrave quelconque dans les rades hollandaises, soit en remontant l'Escaut de la pleine mer, soit en descendant l'Escaut pour se rendre en pleine mer, il est convenu que la perception du droit sus-mentionné aura lieu par les agents néerlandais à Anvers et à Terneuse. De même, les navires arrivant de la pleine mer pour se rendre à Anvers par l'Escaut occidental et venant d'endroits suspects sous le rapport sanitaire, auront la faculté de continuer leur route sans entrave ni retard, accompagnés d'un garde de santé, et de se rendre ainsi au lieu de leur destination. Les navires se rendant d'Anvers à Terneuse, et *vice versâ*, ou faisant dans le fleuve même le cabotage ou la pêche (ainsi

que l'exercice de celle-ci sera réglé en conséquence du §. 6 ci-après), ne seront assujettis à aucun droit.

§. 4. La branche de l'Escaut, dite l'Escaut oriental, ne servant point, dans l'état actuel des localités, à la navigation de la pleine mer à Anvers et à Terneuse, et *vice versâ*, mais étant employée à la navigation entre Anvers et le Rhin, celle-ci ne pourra être grevée, dans tout son cours, de droits ou péages plus élevés que ceux qui sont perçus, d'après les tarifs de Mayence, du 31. Mars 1831, sur la navigation de Gorcum jusqu'à la pleine mer, en proportion des distances.

§. 5. Il est également convenu que la navigation des eaux intermédiaires entre l'Escaut et le Rhin, pour arriver d'Anvers au Rhin, et *vice versâ*, restera réciproquement libre, et qu'elle ne sera assujettie qu'à des péages modérés, qui seront les mêmes pour le commerce des deux pays.

§. 6. Des commissaires se réuniront de part et d'autre à Anvers, dans le délai d'un mois, tant pour arrêter le montant définitif et permanent de ces péages, qu'afin de convenir d'un réglement général pour l'exécution des dispositions du présent article, et d'y comprendre l'exercice du droit de pêche et du commerce de pêcherie dans toute l'étendue de l'Escaut, sur le pied d'une parfaite réciprocité en faveur des sujets des deux pays.

§. 7. En attendant, et jusqu'à ce que le dit réglement soit arrêté, la navigation de la Meuse et de ses embranchements restera libre au commerce des deux pays, qui adopteront provisoirement, à cet égard, les tarifs de la convention, signée le 31. Mars 1831, à Mayence, pour la libre navigation du Rhin, ainsi que les autres dispositions de cette convention en autant qu'elles pourront s'appliquer à la dite rivière.

§. 8. Si des évènemens naturels ou des travaux d'art venaient, par la suite, à rendre impraticables les voies de navigation indiquées au présent article, le gouvernement des Pays-Bas assignera à la navigation belge d'autres voies aussi sûres et aussi bonnes et commodes en remplacement des dites voies de navigation devenues impraticables.

Art. X. L'usage des canaux qui traversent à la fois les deux pays, continuera d'être libre et commun à leurs habitans.

Il est entendu qu'ils en jouiront réciproquement, et aux mêmes conditions; et que, de part et d'autre, il ne sera perçu sur la navigation des dits canaux que des droits modérés.

Art. XI. Les communications commerciales par la ville de Maestricht, et par celle de Sittard, resteront entièrement libres, et ne pourront être entravées sous aucun prétexte.

L'usage des routes qui, en traversant ces deux villes, conduisent aux frontières de l'Allemagne, ne sera assujetti qu'au payement de droits de barrière modérés pour l'entretien de ces routes, de telle sorte que le commerce de transit n'y puisse éprouver aucun obstacle, et que, moyennant les droits ci-dessus mentionnés, ces routes soient entretenues en bon état et propres à faciliter ce commerce.

Art. XII. Dans le cas où il aurait été construit en Belgique une nouvelle route, ou creusé un nouveau canal, qui aboutirait à la Meuse vis-à-vis le canton hollandais de Sittard, alors il serait loisible à la Belgique de demander à la Hollande, qui ne s'y refuserait pas dans cette supposition, que la dite route ou le dit canal fussent prolongés d'après le même plan, entièrement aux frais et dépens de la Belgique, par le canton de Sittard, jusqu'aux frontières de l'Allemagne. Cette route ou ce canal, qui ne pourraient servir que de communication commerciale, seraient construits, au choix de la Hollande, soit par des ingénieurs et ouvriers que la Belgique obtiendrait l'autorisation d'employer à cet effet dans le canton de Sittard, soit par des ingénieurs et ouvriers que la Hollande fournirait, et qui exécuteraient, aux frais de la Belgique, les travaux convenus, le tout sans charge aucune pour la Hollande, et sans préjudice de ses droits de souveraineté exclusifs sur le territoire que traverserait la route ou le canal en question.

Les deux parties fixeraient, d'un commun accord, le montant et le mode de perception des droits et péages qui seraient prélevés sur cette même route ou canal.

Art. XIII. §. 1. A partir du 1. Janvier 1839, la Belgique, du chef du partage des dettes publiques du royaume des Pays-Bas, restera chargée d'une somme de cinq millions de florins des Pays-Bas de rente annuelle, dont les capitaux seront transférés du débet du grand-livre d'Amsterdam ou du débet du trésor général du royaume des Pays-Bas, sur le débet du grand-livre de la Belgique.

§. 2. Les capitaux transférés et les rentes inscrites sur le débet du grand-livre de la Belgique, par suite du paragraphe précédent, jusqu'à la concurrence de la somme totale de 5000000 florins des Pays-Bas de rente annuelle, seront considérés comme faisant partie de la dette nationale belge, et la Belgique s'engage à n'admettre, ni pour le présent ni pour l'avenir, aucune distinction entre cette portion de sa dette publique, provenant de sa réunion avec la Hollande, et toute autre dette nationale belge déjà créée ou à créer.

§. 3. L'acquittement de la somme de rentes annuelles ci-dessus mentionnées de 5000000 florins des Pays-Bas, aura lieu régulièrement de semestre en semestre soit à Bruxelles, soit à Anvers, en argent comptant, sans déduction aucune de quelque nature que ce puisse être, ni pour le présent ni pour l'avenir.

§. 4. Moyennant la création de la dite somme de rentes annuelles de 5000000 florins la Belgique se trouvera déchargée envers la Hollande de toute obligation du chef du partage des dettes publiques du royaume des Pays-Bas.

§. 5. Des commissaires nommés de part et d'autre se réuniront dans le délai de quinze jours, après l'échange des ratifications du présent traité, en la ville d'Utrecht, afin de procéder au transfert des capitaux et rentes qui, du chef du partage des dettes publiques du royaume des Pays-Bas, doivent passer à la charge de la Belgique jusqu'à la concurrence de 5000000

florins de rente annuelle. Ils procéderont aussi à l'extradition des archives, cartes, plans et documents quelconques appartenant à la Belgique ou concernant son administration.

Art. XIV. Le port d'Anvers, conformément aux stipulations de l'art. XV du traité de Paris du 30. Mai 1814, continuera d'être uniquement un port de commerce.

Art. XV. Les ouvrages d'utilité publique ou particulière, tels que canaux, routes ou autres de semblable nature, construits, en tout ou en partie, aux frais du royaume des Pays-Bas, appartiendront, avec les avantages et les charges qui y sont attachés, au pays où ils sont situés.

Il reste entendu que les capitaux empruntés pour la construction de ces ouvrages, et qui y sont spécialement affectés, seront compris dans les dites charges, pour autant qu'ils ne sont pas encore remboursés, et sans que les remboursements déjà effectués puissent donner lieu à liquidation.

Art. XVI. Les séquestres qui auraient été mis en Belgique, pendant les troubles, pour cause politique, sur des biens et domaines patrimoniaux quelconques, seront levés sans nul retard, et la jouissance des biens et domaines susdits sera immédiatement rendue aux légitimes propriétaires.

Art. XVII. Dans les deux pays dont la séparation a lieu en conséquence du présent traité, les habitants et propriétaires, s'ils veulent transférer leur domicile d'un pays à l'autre, auront la liberté de disposer pendant deux ans de leurs propriétés, meubles ou immeubles, de quelque nature qu'elles soient, de les vendre, et d'emporter le produit de ces ventes, soit en numéraire, soit en autres valeurs, sans empêchement ou acquittement de droits, autres que ceux qui sont aujourd'hui en vigueur dans les deux pays pour les mutations et transferts.

Il est entendu que renonciation est faite, pour le présent et pour l'avenir, à la perception de tout droit d'aubaine et de détraction sur les personnes et sur les biens des Belges en Hollande et des Hollandais en Belgique.

Art. XVIII. La qualité de sujet mixte, quant à la propriété, sera reconnue et maintenue.

Art. XIX. Les dispositions des art. XI jusqu'à XXI inclusivement, du traité conclu entre l'Autriche et la Russie, le 3. Mai 1815, qui fait partie intégrante de l'acte général du congrès de Vienne, dispositions relatives aux propriétaires mixtes, à l'élection de domicile qu'ils sont tenus de faire, aux droits qu'ils exerceront comme sujets de l'un ou de l'autre Etat, et aux rapports de voisinage dans les propriétés coupées par les frontières, seront appliquées aux propriétaires ainsi qu'aux propriétés qui, en Belgique, en Hollande ou dans le grand-duché de Luxembourg, se trouveront dans les cas prévus par les susdites dispositions des actes du congrès de Vienne.

Il est entendu que les productions minérales sont comprises dans les productions du sol mentionnées dans l'art. XX du traité du 3. Mai 1815 susallégué. Les droits d'aubaine et de détraction étant abolis dès à présent entre la Belgique, la Hollande et le grand-duché de Luxembourg, il est en-

tendu que, parmi les dispositions ci-dessus mentionnées, celles qui se rapporteraient aux droits d'aubaine et de détraction seront censées nulles et sans effet dans les trois pays.

Art. XX. Personne, dans les pays qui changent de domination, ne pourra être recherché ni inquiété en aucune manière, pour cause quelconque de participation directe ou indirecte aux évènemens politiques.

Art. XXI. Les pensions et traitemens d'attente, de non-activité et de réforme, seront acquittés à l'avenir, de part et d'autre, à tous les titulaires, tant civils que militaires, qui y ont droit, conformément aux lois en vigueur avant le 1. Novembre 1830.

Il est convenu que les pensions et traitemens susdits des titulaires nés sur les territoires qui constituent aujourd'hui la Belgique, resteront à la charge du trésor belge, et les pensions et traitemens des titulaires nés sur les territoires qui constituent aujourd'hui le royaume des Pays-Bas, à celle du trésor néerlandais.

Art. XXII. Toutes les réclamations des sujets Belges sur des établissements particuliers, tels que fonds de veuves, et fonds connus sous la dénomination de fonds des *leges*, et de la caisse des retraites civiles et militaires, seront examinées par la commission mixte dont il est question dans l'art. XIII, et résolues d'après la teneur des règlements qui régissent ces fonds ou caisses.

Les cautionnements fournis, ainsi que les versements faits par les comptables belges, les dépôts judiciaires et les consignations, seront également restitués aux titulaires sur la présentation de leurs titres.

Si, du chef des liquidations dites *françaises*, des sujets belges avaient encore à faire valoir des droits d'inscription, ces réclamations seront également examinées et liquidées par la dite commission.

Art. XXIII. Seront maintenus dans leur force et vigueur, les jugemens rendus en matière civile et commerciale, les actes de l'état civil, et les actes passés devant notaire ou autre officier public sous l'administration belge, dans les parties du Limbourg et du grand-duché de Luxembourg, dont Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, va être remis en possession.

Art. XXIV. Aussitôt après l'échange des ratifications du présent traité, les ordres nécessaires seront envoyés aux commandants des troupes respectives pour l'évacuation des territoires, villes, places et lieux qui changent de domination.

Les autorités civiles y recevront aussi en même temps les ordres nécessaires pour la remise de ces territoires, villes, places et lieux aux commissaires qui seront désignés à cet effet de part et d'autre.

Cette évacuation et cette remise s'effectueront de manière à pouvoir être terminées dans l'espace de quinze jours, ou plutôt, si faire se peut.

Art. XXV. A la suite des stipulations du présent traité, il y aura paix et amitié entre Sa Majesté le Roi des Belges, d'une part, et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, de l'autre part, leurs héritiers et successeurs, leurs Etats et sujets respectifs.

Art. XXVI. Le présent traité sera ratifié et les ratifications seront échangées à Londres dans le délai de six semaines, ou plutôt, si faire se peut. Cet échange aura lieu en même temps que celui des ratifications du traité conclu en ce jour entre Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, et leurs Majestés l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, le Roi des Français, la Reine du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le Roi de Prusse et l'Empereur de toutes les Russies.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent traité, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Londres, le dix-neuf Avril de l'an de grâce mil huit cent trente-neuf.

(L. S.) *Sylvain van de Weyer*
(L. S.) *Dedel.*

V.

Oeffentliches Protocoll

der VII. Sitzung der deutschen Bundesversammlung.
Geschehen Frankfurt den 11. Mai 1839.

In Gegenwart

Von Seiten Oestreichs: des Kaiserlich-Königlichen wirklichen Geheimen Raths, Herrn Grafen von Münch-Bellinghausen;

Von Seiten Preussens: des Königlichen Generals der Infanterie, Herrn von Schöler;

Von Seiten Bayerns: des Königlichen Staatsraths, Herrn von Mieg;

Von Seiten Sachsens: des Königlichen Herrn Conferenzministers und wirklichen Geheimen Raths, Freiherrn von Manteuffel;

Von Seiten Hannovers: des Königlichen Herrn Geheimen Cabinetsraths, Freiherrn von Stralenheim;

Von Seiten Würtembergs: des Königlichen Herrn Staatsraths, Freiherrn von Trott;

Von Seiten Badens: des Grossherzoglichen Geheimen Raths, Herrn von Dusch;

Von Seiten Kurhessens: des Kurfürstlichen Geheimen Raths, Herrn von Riess;

Von Seiten des Grossherzogthums Hessen: des Grossherzoglichen Herrn wirklichen Geheimen Raths, Freiherrn von Gruben;

Von Seiten Dänemarks, wegen Holstein und Lauenburg: des Königlich-Dänischen Herrn Kämmerers, Freiherrn von Pechlin;

Von Seiten der Niederlande, wegen des Grossherzogthums Luxemburg: des Königlich-Niederländischen Generallieutenants, Herrn Grafen von Grunne;

Von Seiten der Grossherzoglich- und Herzoglich-Sächsischen Häuser: des Grossherzoglich- und Herzoglich-Sächsischen wirklichen Geheimen Raths, Herrn Grafen von Beust;

Von Seiten Braunschweigs und Nassaus: des Herzoglich-Nassauischen Geheimen Raths, Herrn von Röntgen;

Von Seiten Mecklenburg-Schwerins und Mecklenburg-Strelitz: des Grossherzoglich-Mecklenburg-Schwerinschen wirklichen Geheimen Raths, Herrn von Schack;

Von Seiten Oldenburgs, Anhalts und Schwarzburgs: des von dem Bundestagsgesandten der 15. Stimme, Herrn von Both, substituirten Grossherzoglich- und Herzoglich-Sächsischen Bundestagsgesandten, Herrn Grafen von Beust;

Von Seiten der freien Städte Lübeck, Frankfurt, Bremen und Hamburg: des Hamburgischen Bundestagsgesandten, Herrn Syndicus Sieveking;

und meiner, des Kaiserlich-Oestreichischen Legationsraths und Bundescanzlei-Directors, Ritters von Weissenberg.

In Abwesenheit eines Gesandten von Hohenzollern, Liechtenstein, Reuss, Schaumburg-Lippe, Lippe und Waldeck.

Die Territorialverhältnisse des Grossherzogthums Luxemburg und die diesfalls zu London am 19. April 1839 unterzeichneten Verträge betreffend.

Der Kaiserl.-Königl. Oestreichische Präsidirende Gesandte, Herr Graf von Münch-Bellinghausen, zeigt an, dass der Königlich-Niederländische, Grossherzoglich-Luxemburgische Herr Gesandte, dessgleichen die Gesandtschaften von Oestreich und Preussen in Betreff der Territorialverhältnisse des Grossherzogthums Luxemburg und der diessfalls zu London unterzeichneten Verträge Erklärungen abzugeben hätten.

Niederlande wegen des Grossherzogthums Luxemburg. Der Gesandte hat, in Gemässheit des dazu erhaltenen Befehls, die Ehre, hoher Bundesversammlung eine Abschrift des am 19. April dieses Jahrs zu London durch den Bevollmächtigten des Königs Grossherzogs einer und durch den Belgischen Bevollmächtigten anderer Seits unterzeichneten Tractats vorzulegen und dabei zugleich Namens Seiner Majestät den Wunsch auszudrücken: es möge nunmehr die hohe Versammlung zur Ratification der Accessionsacte schreiten, welche gleichfalls am oberwähnten 19. April zu London durch die

beiden Bevollmächtigten des Bundes zugleich mit dem Niederländischen und jenen der fünf Mächte Frankreich, Grossbritannien, Oestreich, Preussen und Russland, wie auch von dem Belgischen Bevollmächtigten, unterzeichnet worden ist.

Oestreich und Preussen. Die Gesandten von Oestreich und Preussen sind von ihren allerhöchsten Höfen beauftragt, der hohen Bundesversammlung die zu London am 19. April ausgefertigte Urkunde zu übergeben, durch welche einer Seits die Bevollmächtigten dieser Höfe bei der Londoner Conferenz in ihrer Eigenschaft als Bevollmächtigte für den Durchlauchtigsten deutschen Bund erklärt haben, dass derselbe denjenigen Artikeln der Separationsacte vom 15. October 1831, welche die Territorialverhältnisse des Königreichs Belgien und die immerwährende Neutralität dieses Staates betreffen, so weit durch dieselben des Bundes Rechte und Interessen berührt sind, seine Zustimmung gebe; und durch welche anderer Seits die Bevollmächtigten von Oestreich, Belgien, Frankreich, Grossbritannien, den Niederlanden, Preussen und Russland diese Zustimmung des Bundes, Namens der gedachten sieben Höfe, welche Contrahenten der am obigen Tage abgeschlossenen Tractate sind, zu acceptiren erklärt haben.

Zugleich haben die Gesandten von Oestreich und Preussen die Ehre, der hohen Bundesversammlung im Auftrage ihrer Höfe vidimirte Abschriften dieser Tractate, nämlich des am 19. April zwischen Oestreich, Frankreich, Grossbritannien, Preussen und Russland einer und den Niederlanden anderer Seits, dann des zwischen den gedachten fünf Mächten einer und Belgien anderer Seits unterzeichneten Tractats, mit dem Beisatze zu übergeben, dass die diesen beiden Verträgen als Beilage angeschlossenen 24 Artikel unter demselben Datum zwischen den Bevollmächtigten der Niederlande und Belgiens ebenmässig in Vertragsform unterzeichnet worden sind.

Die Gesandten haben übrigens den Auftrag, der hohen Bundesversammlung die Fassung eines Beschlusses anheimzustellen, durch welchen die von den Bevollmächtigten ihrer allerhöchsten Höfe Namens des Durchlauchtigsten Bundes ausgesprochene Zustimmung zu den betreffenden Artikeln des Londoner Vertrags genehmigt und die Ausfertigung geeigneter Ratificationen zum Behufe der in London zu bewerkstelligenden Auswechselung veranlasst werde.

Da zu letzterer der Termin von sechs Wochen, vom 19. April an gerechnet, sonach der 31. Mai bestimmt ist, so sind die Gesandten noch zu bevorworten beauftragt, dass die diessfälligen Entschliessungen der hohen Bundesversammlung ohne Verzug nach London befördert werden möchten.

Nachdem hierauf die Herren Gesandten von Oestreich und Preussen noch weiter den Dank dieser Höfe für das ehrenvolle Vertrauen, welches ihnen der Bund durch Ertheilung des Commissoriums in Betreff der zu London statt gefundenen Verhandlungen erwiesen, ausgedrückt und über die Vollziehung dieses Commissoriums nähere Rechenschaft abgelegt hatten,

trug das Präsidium darauf an, auf den Grund der vorhin vernommenen Erklärung Sr. Majestät des Königs der Niederlande, Grossherzogs von Luxemburg, und der von Oestreich und Preussen vorgelegten Actenstücke nunmehr den Beschluss zu ziehen, welcher in nachstehender Weise zu fassen sein dürfte:

1) Der deutsche Bund, nachdem derselbe von der Urkunde Einsicht genommen hat, welche, kraft der von ihm ertheilten Vollmacht und in seinem Namen, von den Bevollmächtigten Oestreichs und Preussens am 19. April l. J. mitunterzeichnet worden ist, und welche wörtlich also lautet:

„Les plénipotentiaires des cours d'Autriche, de Belgique, de France, de la Grande-Bretagne, des Pays-Bas, de Prusse et de Russie ayant signé aujourd'hui les traités conclus entre les cinq cours et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, entre leurs Majestés le Roi des Belges et le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, et entre les cinq cours et Sa Majesté le Roi des Belges, les Plénipotentiaires ont jugé à propos que les plénipotentiaires d'Autriche et de Prusse, munis des pleins-pouvoirs de la Diète de la Confédération germanique, fussent invités à accéder au nom de la dite Confédération aux dispositions concernant le grand-duché de Luxembourg contenues dans les traités susdits.

„En conséquence, les plénipotentiaires d'Autriche et de Prusse, représentant la Diète, en vertu des susdits pleins-pouvoirs, déclarent que la Confédération germanique accède formellement aux arrangemens territoriaux concernant le grand-duché de Luxembourg, contenus dans les articles I, II, III, IV, V, VI et VII de l'annexe des traités conclus en ce jour entre les cinq cours et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, et entre les cinq cours et Sa Majesté le Roi des Belges, ainsi que dans les articles correspondans du traité signé en même temps entre Sa Majesté le Roi des Belges et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg; et ils prennent envers les cours d'Autriche, de Belgique, de France, de la Grande-Bretagne, des Pays-Bas, de Prusse et de Russie, au nom de la Confédération germanique, l'engagement que celle-ci se conformera en tout aux stipulations renfermées dans les dits articles, dont la teneur suit mot à mot, en tant qu'elles peuvent concerner la Confédération germanique.

„Art. I. Le territoire belge se composera des provinces de
Brabant méridional,
Liége,
Namur,
Hainault,
Flandre occidentale,
Flandre orientale,
Anvers et
Limbourg,
telles qu'elles ont fait partie du royaume des Pays-Bas, constitué en 1815, à l'exception des districts de la province de Limbourg désignés dans l'art. IV.

„Le territoire belge comprendra, en outre, la partie du Grand-duché de Luxembourg indiquée dans l'art. II.

„Art. II. Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, consent à ce que dans le Grand-duché de Luxembourg les limites du territoire belge soient telles qu'elles vont être décrites ci-dessous.

„A partir de la frontière de France entre *Rodange*, qui restera au Grand-duché de Luxembourg, et *Athus*, qui appartiendra à la Belgique, il sera tiré, d'après la carte ci-jointe, une ligne qui, laissant à la Belgique la route *d'Arlon à Longwy*, la ville *d'Arlon* avec sa banlieue, et la route *d'Arlon à Bastogne*, passera entre *Messancy*, qui sera sur le territoire belge et *Clémency*, qui restera au Grand-duché de Luxembourg, pour aboutir à *Steinfort*, lequel endroit restera également au Grand-duché. De Steinfort cette ligne sera prolongée dans la direction *d'Eischen*, de *Hecbus*, *Guirsch*, *Oberpalen*, *Grende*, *Nothomb*, *Parette* et *Perlé*, jusqu'à *Martelange: Hecbus*, *Guirsch*, *Grende*, *Nothomb* et *Parette*, devant appartenir à la Belgique; et *Eischen*, *Oberpalen*, *Perlé* et *Martelange* au Grand-duché. De *Martelange*, la dite ligne descendra le cours de la *Sûre*, dont le *Thalweg* servira de limite entre les deux Etats, jusque vis-à-vis *Tintange*, d'où elle sera prolongée, aussi directement que possible, vers la frontière actuelle de l'arrondissement de *Diekirch*, et passera entre *Surret*, *Harlange*, *Tarchamps*, qu'elle laissera au Grand-duché de Luxembourg, et *Honville*, *Livarchamps* et *Loutremange*, qui feront partie du territoire belge; atteignant ensuite aux environs de *Doncols* et de *Soulez*, qui resteront au Grand-duché, la frontière actuelle de l'arrondissement de *Diekirch*, la ligne en question suivra la dite frontière jusqu'à celle du territoire prussien. Tous les territoires, villes, places et lieux situés à l'ouest de cette ligne appartiendront à la Belgique, et tous les territoires, villes, places et lieux situés à l'est de cette même ligne continueront d'appartenir au Grand-duché de Luxembourg.

„Il est entendu qu'en traçant cette ligne, et en se conformant autant que possible, à la description qui en a été faite ci-dessus, ainsi qu'aux indications de la carte jointe, pour plus de clarté, au présent article, les commissaires-démarcateurs dont il est fait mention dans l'art. VI auront égard aux localités, ainsi qu'aux convenances qui pourront en résulter mutuellement.

„Art. III. Pour les cessions faites dans l'article précédent, il sera assigné à S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, une indemnité territoriale dans la province de Limbourg.

„Art. IV. En exécution de la partie de l'article I, relative à la province de Limbourg, et par suite des cessions que Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, fait dans l'article II, Sa dite Majesté possédera, soit en sa qualité de Grand-duc de Luxembourg, soit pour être réunis à la Hollande, les territoires dont les limites sont indiquées ci-dessous:

„1. *Sur la rive droite de la Meuse:* aux anciennes enclaves hollandaises sur la dite rive dans la province de Limbourg, seront jointes les districts de cette même province sur cette même rive, qui n'appartenaient pas aux Etats-Généraux en 1790, de façon que la partie de la province actuelle de Limbourg, située sur la rive droite de la Meuse, et comprise entre ce fleuve à l'ouest, la frontière du territoire prussien à l'est, la frontière actuelle de la province de Liége au midi, et la Gueldre hollandaise au nord, appartiendra désormais tout entière à S. M. le Roi des Pays-Bas, soit en sa qualité de Grand-duc de Luxembourg, soit pour être réunie à la Hollande;

„2. *Sur la rive gauche de la Meuse:* à partir du point le plus méridional de la province hollandaise du Brabant septentrional, il sera tiré, d'après la carte ci-jointe, une ligne qui aboutira à la Meuse au-dessous de *Wessem*, entre cet endroit et *Stevenswaardt*, au point où se touchent, sur la rive gauche de la Meuse, les frontières des arrondissements actuels de Ruremonde et de Maestricht, de manière que Bergerot, Stamproy, Neer Itteren, Ittervoordt et Thorn, avec leurs banlieues, ainsi que tous les autres endroits situés au nord de cette ligne, feront partie du territoire hollandais.

„Les anciennes enclaves hollandaises dans la province de Limbourg, sur la rive gauche de la Meuse, appartiendront à la Belgique, à l'exception de la ville de Maestricht, laquelle, avec un rayon de territoire de 1200 toises, à partir du glacis extérieur de la place sur la dite rive de ce fleuve, continuera d'être possédée en toute souveraineté et propriété par Sa Majesté le Roi des Pays-Bas.

„Art. V. S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, s'entendra avec la Confédération Germanique et les agnats de la Maison de Nassau, sur l'application des stipulations renfermées dans les art. III et IV, ainsi que sur tous les arrangements que les dits articles pourraient rendre nécessaires, soit avec les agnats ci-dessus nommés de la Maison de Nassau, soit avec la Confédération germanique.

„Art. VI. Moyennant les arrangemens territoriaux arrêtés ci-dessus, chacune des deux parties renonce réciproquement pour jamais à toute prétention sur les territoires, villes, places et lieux situés dans les limites des possessions de l'autre partie, telles qu'elles se trouvent décrites dans les art. I, II et IV.

„Les dites limites seront tracées, conformément à ces mêmes articles, par des commissaires-démarcateurs belges et hollandais, qui se réuniront le plutôt possible en la ville de Maestricht.

„Art. VII. La Belgique, dans les limites indiquées aux articles I, II et IV, formera un Etat indépendant et perpétuellement neutre. Elle sera tenue d'observer cette même neutralité envers tous les autres états.

„Les plénipotentiaires d'Autriche, de Belgique, de France, de la Grande-Bretagne, des Pays-Bas, de Prusse et de Russie, en vertu de leurs pleins-pouvoirs, acceptent formellement au nom de leurs cours respectifs la dite accession de la part de la Confédération germanique.

„Le présent acte d'accession sera ratifié par la Confédération germanique, moyennant un arrêté de la Diète, dont l'expédition sera faite au nombre des copies nécessaires; ainsi que par les cours d'Autriche, de Belgique, de France, de la Grande-Bretagne, des Pays-Bas, de Prusse et de Russie; et les actes de ratification respectifs seront échangés à Londres dans l'espace de six semaines, à dater de ce jour, ou plus-tôt si faire se peut, et en même temps que se fera l'échange des ratifications des trois traités susdits.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent acte d'accession, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

„Fait à Londres, le dix-neuf Avril, l'an de grâce mil huit cent trente-neuf.

(L. S.) *Senfft.* (L. S.) *Bülow.* (L. S.) *Senfft.*
(L. S.) *Sylvain van de Weyer.* (L. S.) *H. Sebastiani.*
(L. S.) *Palmerston.* (L. S.) *Dedel.* (L. S.) *Bülow.*
(L. S.) *Pozzo di Borgo.*"

ertheilt dieser Beitrittsurkunde hiermit die Genehmigung und Ratification.

2) Die Ratificationsurkunden des Bundes sind hiernach in der erforderlichen Zahl auszufertigen und zu vollziehen, und wird die Kaiserlich-Königlich-Oestreichische Präsidialgesandtschaft ersucht, dieselben zu dem Ende nach London zu befördern, damit solche in dem tractatmässig festgesetzten Termin gegen die Ratificationsurkunden von Oestreich, Belgien, Frankreich, Grossbritannien, den Niederlanden, Preussen und Russland ausgewechselt werden.

3) Die Urschrift der Beitrittsurkunde, dessgleichen die der Bundesversammlung vorgelegten vidimirten Abschriften der zu London unterzeichneten Verträge sind in das Bundesarchiv zu hinterlegen.

4) Die Königlich-Niederländische, Grossherzoglich-Luxemburgische Gesandtschaft wird in Erwiderung auf ihre heutige Mittheilung ersucht, den gegenwärtigen Beschluss sub Num. 1 mit dem Beifügen zur Kenntniss Sr. Majestät des Königs Grossherzogs zu bringen, dass die Bundesversammlung erwarte, Seine Majestät werde nunmehr in Verfolg des Bundesbeschlusses vom 15. Juni 1838 die wegen Ermittlung und Feststellung der dem Bundesgebiete als Ersatz für den abgetretenen Theil des Grossherzogthums Luxemburg zuzuschlagenden Gebiete noch rückstehende Eröffnung, mit Rücksicht auf die unbeeinträchtigt verbleibenden Rechte der Agnaten des Hauses Nassau, an die Bundesversammlung gelangen lassen.

Bei der hierauf gehaltenen

Umfrage

erfolgten nachstehende Abstimmungen.

Oestreich und

Preussen treten dem vom Präsidio proponirten Beschlusse bei.

Bayern. Der Gesandte hat — unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die diesseitigen früheren Abstimmungen in der Luxemburger Territorialangelegenheit und in der von Sr. Majestät dem Könige bei jeder bisherigen Veranlassung festgehaltenen Voraussetzung: dass die agnatischen Rechte des Gesammthauses Nassau gewahrt und dem Bunde alle jene Gebietstheile von Limburg einverleibt werden, deren Einverleibung demselben die zur verbindenden Bedingung gemachte Territorialentschädigung für den abzutretenden Theil von Luxemburg gewährt, als worauf sich in dem an Se. Majestät den König der Niederlande zu richtenden Ansinnen zu berufen sein wird — den Präsidialanträgen beizustimmen. Mit dieser Erklärung hat der Gesandte im Sinne seiner Instructionen das dankbare Anerkenntniss des beharrlichen Nachdrucks zu verbinden, mit welchem die beiden allerhöchsten Höfe von Oestreich und Preussen die ihrer Vertretung vertrauensvoll empfohlenen Interessen des deutschen Bundes in dieser schwierigen Unterhandlung gewahrt und die vorliegenden Erfolge erzielt haben.

Sämmtliche übrigen Gesandtschaften erklärten ebenfalls ihre Zustimmung zu dem vom Präsidio proponirten Beschlusse und vereinigten sich mit der Königlich-Bayerischen Gesandtschaft in dem Ausdruck dankbarer Anerkennung der von den Höfen von Oestreich und Preussen der Wahrung der Rechte und Interessen des Bundes gewidmeten beharrlichen Bemühungen.

Für Nassau wurde hierbei von dem die dreizehnte Stimme führenden Herrn Gesandten nachstehende Erklärung abgegeben:

Bei den Verhandlungen, welche im Jahre 1834 zu Wiesbaden in Anwesenheit eines Kaiserlich-Königlich-Oestreichischen und eines Königlich-Preussischen Bevollmächtigten wegen der agnatischen Verhältnisse des Grossherzogthums Luxemburg gepflogen worden sind, haben Seine Durchlaucht der Herzog sich verpflichtet gehalten, für den deutschen Bund das Recht auf Territorialersatz conserviren zu lassen und als Agnat in die Abtretung nicht anders einwilligen wollen, als dass dem deutschen Bunde Territorialentschädigung zu Theil werde.

Von Königlich-Niederländischer Seite wurde in den damaligen Verhandlungen jede Aeusserung über Territorialersatz für den Bund abgelehnt, und laut Protocolls vom 22. Juli 1834 haben die Bevollmächtigten darin das alleinige, dem wirklichen Abschlusse eines Vertrags wegen der agnatischen Verhältnisse, über dessen einzelne Bestimmungen sie sonst überall einig waren, entgegenstehende Hinderniss gefunden.

Seine Durchlaucht der Herzog ersehen jetzt zwar mit grosser Befriedigung, dass dem Bunde Territorialentschädigung zugesichert ist. Auf der andern Seite aber können Sie nicht unbemerkt lassen, dass seit dem 22. Juli 1834 irgend eine Erklärung von Seiner Majestät dem Könige der Niederlande nicht an Sie gelangt ist, und dass Sie sich daher ganz in Ungewissheit darüber befinden, ob der damals mit beiderseitiger Uebereinstimmung verab-

redete Vertrag wegen der agnatischen Rechte nunmehr vollzogen, oder was an seine Stelle gesetzt werden solle. Seine Durchlaucht sähen sich daher eigentlich in die Nothwendigkeit versetzt, sich auf ihre Erklärung in der Bundestagssitzung vom 17. Januar 1834 zu beziehen und ihre Einwilligung zur Abtretung des Wallonischen Theils von Luxemburg an Belgien, als Civilmitbesitzer von Luxemburg und als Bundesglied, noch zur Zeit nicht zu ertheilen. Höchstdieselben wollen aber, in dem Vertrauen auf die bewährten verwandtschaftlichen Gesinnungen Seiner Majestät des Königs der Niederlande und in der zuversichtlichen Erwartung, dass Allerhöchstdieselben die agnatischen Verhältnisse nunmehr alsbald auf befriedigende Weise zu ordnen bereit sein werden, der Ratification des Vertrags von Seiten des deutschen Bundes kein Hinderniss in den Weg stellen.

Präsidium erklärte hierauf, dass, da der Punkt 4 des proponirten Beschlusses ohnehin die Wahrung der agnatischen Rechte beziele, bei einhelliger Genehmigung des Beschlussentwurfs diesfalls eine weitere Verwahrung nicht erforderlich und nur noch in dem definitiv zu fassenden Beschlusse auf den so eben vernommenen Vorbehalt der Herzoglich-Nassauischen Gesandtschaft Bezug zu nehmen sein werde.

Die Bundesversammlung war mit dieser Präsidialerklärung einhellig einverstanden.

In Gemässheit der erfolgten Abstimmung wurde demnach

beschlossen:

1) Der deutsche Bund, nachdem derselbe von der Urkunde Einsicht genommen hat, welche, kraft der von ihm ertheilten Vollmacht und in seinem Namen, von den Bevollmächtigten Oestreichs und Preussens zu London am 19. April l. J. mitunterzeichnet worden ist, und welche wörtlich also lautet:

(Es folgt hier der französische Text der von den Bevollmächtigten Oestreichs und Preussens zu London am 19. April 1839 unterzeichneten Accessions-Acte.)

ertheilt dieser Beitrittsurkunde hiermit die Genehmigung und Ratification.

2) Die Ratificationsurkunden des Bundes sind hiernach in der erforderlichen Zahl auszufertigen und zu vollziehen, und wird die K. K. Oestreichische Präsidialgesandtschaft ersucht, dieselben zu dem Ende nach London zu befördern, damit solche in dem tractatmässig festgesetzten Termin gegen die Ratificationsurkunden von Oestreich, Belgien, Frankreich, Grossbritannien, den Niederlanden, Preussen und Russland ausgewechselt werden.

3) Die Urschrift der Beitrittsurkunde, dessgleichen die der Bundesversammlung vorgelegten vidimirten Abschriften der zu London unterzeichneten Verträge sind in das Bundesarchiv zu hinterlegen.

4) Die Königlich-Niederländische, Grossherzoglich-Luxemburgische Gesandtschaft wird, in Erwiderung auf ihre heutige Mittheilung und mit Rücksicht auf den von der Herzoglich-Nassauischen Gesandtschaft in Betreff der

agnatischen Verhältnisse zu Protocoll erklärten Vorbehalt, ersucht, die gegenwärtige Verhandlung mit dem Beifügen zur Kenntniss Seiner Majestät des Königs Grossherzogs zu bringen, dass die Bundesversammlung erwarte, Se. Majestät werde nunmehr in Verfolg des Bundesbeschlusses vom 15. Juni 1838 die wegen Ermittlung und Feststellung der dem Bundesgebiete als Ersatz für den abgetretenen Theil des Grossherzogthums Luxemburg zuzuschlagenden Gebiete noch rückstehende Eröffnung, mit Beachtung der unbeeinträchtigt verbleibenden Rechte der Agnaten des Hauses Nassau, an die Bundesversammlung gelangen lassen.

5) Den Höfen von Oestreich und Preussen wird für ihre den Rechten und Interessen des Bundes bei den statt gefundenen Verhandlungen gewidmeten beharrlichen Bemühungen der Dank des Bundes ausgedrückt.

Die der Bundesversammlung heute vorgelegten Abschriften der zu London unterzeichneten Verträge sind diesem Protocolle in Abdrücken sub Num. 1, 2 und 3 angefügt.

Münch-Bellinghausen. Schöler. Mieg. Manteuffel. Stralenheim. Trott. Dusch. Riess. Gruben. Pecklin. Grunne. Beust. Röntgen. Schack. Sieveking.

VI.

Ouverture

du Ministre plénipotentiaire du Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, adressée à la Diète germanique le 16. Août 1839, relativement à l'incorporation d'une partie du duché de Limbourg au territoire de la Confédération germanique.

Sechszehnte Sitzung des deutschen Bundestags am 16. Aug. 1839 zu Frankfurt a. M.

Niederlande wegen des Grossherzogthums Luxemburg.

In der 12. Sitzung am 27. Juni d. J. hat der K. Niederländische, Grossherzogl. Luxemburgische Gesandte die Ehre gehabt, diese hohe Versammlung davon in Kenntniss zu setzen, dass Se. Maj. der König Grossherzog zu der in Folge des Londoner Vertrags vom 19. April d. J. nöthig gewordenen neuen Regulirung der agnatischen Verhältnisse Unterhandlungen mit dem Herzoglich Nassauischen Hofe hätten eröffnen lassen. Es gereicht Sr. Maj. zum Vergnügen, dieser Mittheilung schon jetzt die Anzeige folgen lassen zu können, dass die erwähnten Unterhandlungen mit einem glücklichen Erfolge gekrönt worden,

und eine vollständige Verständigung über die agnatischen Verhältnisse und Ansprüche, in Beziehung auf die Abtretung eines Theils des Grossherzogthums Luxemburg und die den Agnaten des Hauses Nassau dafür zu leistende Entschädigung, zwischen den beiden Linien des gedachten hohen Hauses stattgefunden hat, wie solches von Seite des Herzoglich Nassauischen Herrn Gesandten ohne Zweifel bestätigt werden wird. In Folge dieser Verständigung finden Se. Maj. der König Grossherzog sich nunmehr im Stande, dem deutschen Bund folgende Eröffnung machen zu lassen: Wenn Se. Maj. unterm 15. Juni v. J. dieser hohen Versammlung erklären liessen, dass Allerhöchstdieselben geneigt seien, den 4. Artikel des nunmehr ratificirten Londoner Vertrags vom 19. April d. J. im Sinne einer Territorialentschädigung für den deutschen Bund anzunehmen, so waren damit noch keineswegs alle Schwierigkeiten der Frage: wo und innerhalb welcher Gränzen das zur Entschädigung des deutschen Bundes bestimmte Territorium zu finden sei? beseitigt. Im Gegentheil stellten sich dieselben bei jedem Versuche einer nähern Erörterung dieser Frage nur noch mehr heraus, indem einerseits die auf den Bestimmungen des obenerwähnten Artikels beruhenden Ansprüche des deutschen Bundes von Sr. Maj. zwar anerkannt, andererseits aber auch die Rechte des Königreichs der Niederlande auf alt-niederländische Beziehungen, welche von den übrigen geographisch nicht zu trennen waren, durch die dem Tractate vorangegangenen Londoner Verhandlungen festgestellt worden waren. Hiezu kam die Betrachtung, dass eine abermalige Scheidung der unter die Herrschaft Sr. Majestät des Königs Grossherzogs zurückkehrenden limburgischen Gebietstheile, so wie deren gänzliche Trennung von dem Königreich der Niederlande auf die moralischen und materiellen Interessen derselben von wesentlich nachtheiligem Einfluss sein würde. Von dieser Ueberzeugung geleitet, haben Se. Maj., zunächst in Folge der mit dem Herzoglich Nassauischen Hause abgeschlossenen Uebereinkunft, festgesetzt, dass die obenerwähnten, grossentheils schon altniederländischen, nach dem 4. Artikel des Londoner Vertrags unter Allerhöchstihre Regierung zurückkehrenden Gebietstheile für ewige Zeiten nach der für die niederländische Krone bestehenden Successionsordnung vererbt werden sollen. Allerhöchstdieselben haben ferner beschlossen, dass jene Gebietstheile ungetrennt bleiben und als Herzogthum Limburg wieder hergestellt werden sollen, wogegen das Königreich der Niederlande im Besitz der beiden Städte und Festungen Maestricht und Venlo mit ihren Rayons verbleiben wird. Se. Maj. beabsichtigen, an die Stelle des durch den 2. Artikel des Londoner Vertrags abgetretenen Theils des Grossherzogthums Luxemburg, mit dem ganzen Herzogthum Limburg, so wie es jetzt von Allerhöchstihnen gebildet worden, dem deutschen Bunde beizutreten, und wenn auch Allerhöchstdieselben bei dieser Erklärung sich vorbehalten müssen, nach Maasgabe der obenangedeuteten Verhältnisse das Herzogthum Limburg unter dieselbe Verfassung und Verwaltung mit dem Königreich der Niederlande zu stellen, so verbinden Se. Majestät doch damit die Zusicherung, dass dieser Umstand die Anwendung der deutschen Bundesverfassung auf das erwähnte Herzogthum in keiner Weise

hindern soll. Da zufolge der angestellten Berechnungen die Bevölkerung des abgetretenen Theils des Grossherzogthums Luxemburg 149,572 Seelen beträgt, während diejenige des Herzogthums Limburg sich auf 147,527 Seelen beläuft, kann dieser geringe Unterschied ohne allen Einfluss auf den bisher für das Grossherzogthum Luxemburg bestandenen Matricularansatz bleiben. Gleichwie nun Se. Maj. der König Grossherzog auf diese Weise im Stande sein werden, allen ihren früheren Verpflichtungen als Bundesglied ungeschmälert nachzukommen, und sich auch beeifern werden, nicht nur das Luxemburgische, sondern auch das Limburgische Bundescontingent baldmöglichst bundeskriegsverfassungsmässig herzustellen, so behalten Allerhöchstdieselben dem nunmehrigen Grossherzogthum Luxemburg und Herzogthum Limburg collectiv alle diejenigen Rechte und Vorzüge vor, welche nach der Bundesverfassung und in Folge besonderer Bundesbeschlüsse bislang dem Grossherzogthum Luxemburg allein zustanden. Schliesslich ist der Gesandte zu der Versicherung autorisirt, dass, so wie Se. Maj. sich vertrauensvoll der Hoffnung überlassen, dass die vorstehende Eröffnung von ihren höchsten und hohen Mitverbündeten als ein neuer Beweis ihrer föderativen Gesinnungen entgegengenommen werden wird, Allerhöchstdieselben nicht minder bereit sein werden, auch in ihrer Eigenschaft als König der Niederlande, bei vorkommenden Veranlassungen, dem deutschen Bunde Beweise Allerhöchstihrer Freundschaft und nachbarlichen Zuneigung zu ertheilen.

Beschluss der deutschen Bundesversammlung

vom 5. September 1839 in Betreff der Einverleibung des Herzogthums Limburg in das deutsche Bundesgebiet.

Neunzehnte Sitzung des deutschen Bundestags vom 5. September 1839.

Die Bundesversammlung erkennt mit Befriedigung in der von Seiner Majestät dem König der Niederlande, Grossherzog von Luxemburg, gefassten Entschliessung, an die Stelle des durch den Artikel II. des zu London am 19. April l. J. abgeschlossenen Staatsvertrages an Belgien abgetretenen Gebiets im Grossherzogthum Luxemburg mit dem ganzen, eine Bevölkerung von 147,527 Seelen in sich begreifenden, neu gebildeten Herzogthum Limburg dem deutschen Bunde beizutreten, eine genügende Erfüllung derjenigen Bedingung, unter welcher allein der deutsche Bund, vermöge des in der 13. Sitzung vom Jahr 1836 gefassten Beschlusses, zu der Abtretung eines bisher demselben einverleibten Gebiets seine Einwilligung geben zu wollen erklärt hat. Sowie daher der deutsche Bund von nun an das Herzogthum Limburg als zum Bundesgebiete gehörig betrachten wird, so bleiben auch dem nunmehrigen Grossherzogthum Luxemburg und Herzogthum Limburg collectiv alle diejenigen Rechte und Vorzüge vorbehalten, welche bisher mit dem Grossherzogthum Luxemburg allein verbunden waren. Belangend das matrikularmässige Verhältniss für Mannschaftstellung und für Geldleistungen, so ist dasselbe ver-

fassungsmässig durch die von den Bundesgliedern angegebene Volkszahl bedingt, und es wird daher nach dem von Seiner Majestät dem König Grossherzog in der Erklärung vom 16. August l. J. angegebenen Zahlenverhältniss die Bundesmatrikel berichtigt werden. Die Bundesversammlung findet übrigens in der Erklärung Sr. Maj., dass, unbeschadet der mit dem Königreich der Niederlande gleichen Verfassung und Verwaltung des Herzogthums Limburg, die Anwendung der Bundesgesetze auf das Herzogthum Limburg in keiner Weise beeinträchtigt werden solle, die sicherste Bürgschaft dafür, dass die Weisheit Sr. königl. Majestät Massregeln treffen werde, welche geeignet sind, den Unzukömmlichkeiten vorzubeugen, die sonst möglicherweise aus diesen Verhältnissen entstehen könnten. Die bei diesem für ganz Deutschland wichtigen Anlasse auch in der Eigenschaft als König der Niederlande dem deutschen Bunde kundgegebenen wohlwollenden Gesinnungen von Freundschaft und nachbarlicher Zuneigung zu jeder Zeit zu erwidern, wird der Bund sich stets so bereit als verpflichtet finden.

VIII.

SCHWEIZ.

Schweiz.

Bestimmungen des wiener Congresses über die Schweiz.

(20. März 1815.)

Die französische Revolution hatte auch in der Schweiz allenthalben revolutionäre Bewegungen veranlaßt, welche schon 1792 eine Einmischung der Franzosen in die schweizer Verhältnisse herbeiführten. Im Jahr 1798 lösten die Franzosen die schweizerische Eidgenossenschaft auf und setzten an die Stelle derselben eine helvetische Republik. Sie hatte eine Centralregierung zu Aarau und bestand aus folgenden 18 Cantonen: Bern, Oberland, Leman, Aargau (in diese 4 Cantone war das Gebiet von Bern getheilt worden), Luzern, Zürich, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Glarus, Baden, Freiburg, Thurgau, Lugano, Wallis, Bellinzona, Waldstädten (dieser Canton war aus Schwyz, Zug, Uri und Unterwalden zusammengesetzt), Säntis (gebildet aus Sct. Gallen, Appenzell und dem Rheinthal). Diese neue Verfassung fand namentlich bei den Cantonen Schwyz, Uri, Unterwalden und Glarus Widerstand; sie griffen unter Anführung des Landamman's Aloys Reding zu den Waffen, mußten sich aber bald der französischen Uebermacht fügen. In den folgenden Jahren brachte man verschiedene Verfassungsentwürfe zu Tage, welche den schweizerischen Verhältnissen angemessener sein sollten, sie kamen aber nicht zur Ausführung. Am 19. Juni 1802 wurde in Bern eine in Paris gemachte Verfassung für die Schweiz proclamirt, welche zwar anfangs von den größeren Cantonen angenommen wurde, in wenigen Monaten aber einen großen Theil der Schweiz gegen die Regierung in Bern in Waffen brachte und nur noch in den zunächst an der französischen Grenze liegenden Gebietstheilen Geltung fand. Aloys Reding berief eine allgemeine Tagsatzung nach Schwyz, die am 27. Sept. 1802 ihre Verhandlungen begann. Allein jetzt erklärte sich der Consul Bonaparte zum Vermittler, verlangte Einstellung aller Feindseligkeiten und die Absendung von Bevollmächtigten aller Cantone

nach Paris, um mit ihnen eine neue Verfassungsurkunde zu entwerfen. Diese neue Verfassung (Mediationsacte) erschien am 19. Febr. 1803. Sie gründete sich auf die alten Einrichtungen und Verhältnisse der Schweiz, beschränkte aber die Aristokratie, indem sie die Familienvorrechte auf die Regierungsgewalt aufhob. Die Schweiz zerfiel nach dieser Verfassung in folgende 19 Cantone: Aargau, Appenzell, Basel, Bern, Freiburg, Glarus, Leman, Luzern, Rhätien (Veltlin blieb jedoch bei Italien), Schaffhausen, Schwyz, Solothurn, St. Gallen, Tessin, Thurgau, Unterwalden, Uri, Zürich, Zug. Jeder Canton hatte seine besonderen Gesetze und Einrichtungen und regierte sich selbst. Die gemeinsamen Angelegenheiten wurden von einer Tagsatzung verhandelt, die sich jährlich abwechselnd in den Vororten Basel, Bern, Freiburg, Luzern, Solothurn und Zürich versammelte. Jeder Canton sandte zu dieser Tagsatzung einen Deputirten, der nach seinen Instructionen stimmte; die Deputirten der sechs größeren Cantone hatten zwei Stimmen. An der Spitze der Tagsatzung stand der Bürgermeister des jeweiligen Vororts unter dem Namen eines Landammann's der Schweiz. Wallis blieb eine gesonderte Republik und wurde 1807 mit Frankreich vereinigt; Neufchatel wurde 1806 dem Fürsten Berthier als französisches Lehen zugetheilt und gleichfalls dem französischen Reiche einverleibt. So wenig auch diese Verfassung die in Parteien zerfallene Schweiz befriedigte, so wurde sie doch durch die Macht und das Ansehen des napoleonischen Namens aufrecht erhalten; der Kaiser beherrschte die Schweiz, sie mußte beständig ein Contingent von 12000 Mann bei seinen Heeren vollzählig erhalten, das in Spanien und Deutschland mitfocht und auf den Eisfeldern Rußland's fast völlig zu Grunde ging. Nach dem russischen Feldzug begannen sich auch die Parteien in der Schweiz wieder zu regen; die Aristokratie und ihre Anhänger arbeiteten für die Herstellung der alten Verfassung; ihre Gegner suchten die napoleonische aufrecht zu erhalten, die im allgemeinen gewiß den Vortheil gehabt hatte, daß sie die Kämpfe der Parteien niederhielt. Nur das Machtwort der Alliirten verhinderte offenen Bürgerkrieg. Am 21. Dez. 1813 rückten die Verbündeten in die Schweiz ein; am 29. Dez. 1813 vereinigten sich zehn Stände auf der Tagsatzung, bevor sie auseinander ging, vorläufig dahin, daß die Mediationsverfassung abgeschafft, der alte Bundesverband wieder hergestellt, jeder Canton im Besitze seines gegenwärtigen Gebietsumfanges erhalten, das Unterthanenverhältniß der ehemaligen Unterthanenlande (Aargau, Thurgau, Tessin und Waadt) aber aufgehoben bleiben sollte. Wiewohl Bern und die Urkantone ihre Ansprüche auf den Rückfall früher ihnen zugehöriger Landestheile hartnäckig behaupteten, so mußten sie sich doch endlich, da sich der wiener Congreß für die Uebereinkunft vom 29. Dez. 1813 erklärte, gegen Entschädigung fügen. Im April 1814 versammelte sich eine außerordentliche Tagsatzung, welche, von den Monarchen dazu aufgefordert, auf Grund der Uebereinkunft vom 29. Dez. 1813 eine neue Bundesurkunde entwarf, welche dem wiener Congreß zum

Anhaltspunkt für die dort beabsichtigte Ordnung der schweizer Verhältnisse dienen sollte. Dieser Entwurf wurde am 8. Sept. 1814 von den Gesandten aller Cantone, mit Ausnahme von Bern, Freiburg und Waadt, unterzeichnet (vergl. Urkunde 1). Als Gesandte zum Congreß nach Wien wurden Reinhard aus Zürich, damals Landammann der Schweiz, Montenach aus Freiburg und Wieland aus Basel gewählt. Bern für sich sandte v. Zerleder, die neuen Cantone Rengger von Brugg und Monod aus Lausanne. Den bedeutendsten Einfluß aber hatte, ohne eigentlich Gesandter zu sein, der Oberst La Harpe aus dem Canton Waadt, ehemaliger Lehrer des Kaisers Alexander. Diese Gesandten waren angewiesen, den Congreß zu bestimmen, der Schweiz ihr Gebiet wieder in der Ausdehnung, welche dasselbe vor der französischen Revolution hatte, zuzuweisen, sowie die Anerkennung der neuen Bundesverfassung und eine neue Gewährleistung einer beständigen Neutralität der Schweiz zu erwirken. Am 2. Nov. 1814 ernannte der Congreß einen eigenen Ausschuß für die Schweiz; er bestand aus: v. Wessenberg, v. Stein, v. Humboldt, Capo d'Istria, Lord Stewardt und Stratfort-Canning. Frankreich sollte, nach Beschluß der Mächte, an den Conferenzen über die Schweiz nicht theilnehmen; doch wurde später der zweite Abgesandte Frankreich's, der Herzog von Dalberg, zugelassen. Die meiste Schwierigkeit machte Bern, welches seine alten Unterthanenlande Aargau und Waadt, die selbstständige Cantone geworden waren, wieder in das alte Verhältniß zurückgebracht wissen wollte. Lord Stewardt befürwortete dieses Verlangen Bern's, während Capo d'Istria, in freundschaftlicher Beziehung zu La Harpe, sich entschieden für die Aufrechthaltung der Selbstständigkeit der neuen Cantone erklärte. Der Congreß erkannte auch (Art. 1 der Transaction, vergl. Urkunde 2) die neunzehn Cantone, wie sie die Convention vom 29. Dez. 1813 aufgestellt hatte, an, somit auch die neuen (welche sich von 1798 bis 1803 aus ehemaligen Unterthanenländern der älteren Cantone, aus den sogenannten zugewandten Orten oder verbündeten Staaten und östreichischen Gebietstheilen gebildet hatten, nämlich: St. Gallen, Thurgau, Aargau, Waadt, Graubündten, Tessin). Der 2. Artikel bringt zu diesen 19 Cantonen noch die bisher mit Frankreich vereinigten: Wallis, Genf und das Fürstenthum Neufchatel, so daß also jetzt die ganze Schweiz aus 22 Cantonen bestand. Das Veltlin, Bormio und Chiavenna blieben bei Oestreich. Bern erhielt einen Theil des Bisthums Basel (der andere wurde mit dem Canton Basel vereinigt), die Stadt Biel (Art. 3) und von Waadt eine Geldentschädigung (Art. 8); auch die alten Cantone wurden von den früher zu ihnen im Unterthanverband stehenden neuen durch Geld entschädigt (Art. 6). Genf erhielt eine kleine Zugabe an Gebiet von Savoyen (vergl. hierüber die Urkunde 4 und Art. 1 des zweiten pariser Friedens). Diese neue Verfassung wurde am 27. Mai 1815 von der Tagsatzung angenommen (Urkunde 3). Da die Schweizer nach der Rückkehr Napoleon's von Elba mit den Alliirten gegen Frankreich

gezogen waren, so erhielten sie bei der Beendigung des Krieges unter dem 20. Nov. 1815 von den Mächten neben einem Theil der Contributionsgelder auch die Zusicherung einer ewigen Neutralität (Urkunde 5).

Die wiener Congreßacte selbst beschäftigt sich in den Artikeln 74—84 mit der Schweiz; der zweite pariser Frieden in den Artikeln 1 und 3, worauf wir verweisen. Hier geben wir noch folgende Actenstücke. 1) Den neuen Allianzvertrag der schweizer Cantone vom 8. Sept. 1814, welcher bei den Verhandlungen des wiener Congresses zur Grundlage diente. 2) Die an die wiener Congreßacte unter Ziffer 11 angeschlossene besondere Erklärung der Mächte vom 20. März 1815 über die Angelegenheiten der Schweiz. 3) Die Annahme dieser Erklärung von Seiten der schweizer Tagsatzung, datirt vom 27. Mai 1815. 4) Die Erklärung des Königs von Sardinien (26. März 1815) und der Mächte (29. März 1815) bezüglich der Abtretung savoyischer Gebietstheile an Genf. 7) Die bei Gelegenheit des Abschlusses des zweiten pariser Friedens am 20. Nov. 1815 der Schweiz von den Mächten in Paris gegebene Zusicherung ewiger Neutralität. Das Actenstück Ziff. 1 findet man im Moniteur Nr. 274 Jahrg. 1814 und bei Martens nouveau recueil tom. II.; die Stücke von Ziff. 2 bis 4, welche der wiener Congreßacte angeschlossen sind, in den Ausgaben der wiener Congreßacte und bei Martens nouveau recueil tom. II, wo sich auch Ziff. 5 abgedruckt findet.

Bundesconstitution vom Jahr 1848.

Die Bestrebungen vieler Schweizer, die Bundesconstitution in einer Weise abzuändern, welche die Souveränetät der einzelnen Cantone zu Gunsten einer größeren Einheit der Schweiz beschränkte und dadurch dem Lande mehr Kraft gegen Außen verliehe, fanden, trotz der Abgeneigtheit der Urcantone, immer mehr Boden unter dem schweizerischen Volke. Obgleich die nordischen Mächte sowohl, als Frankreich, diese beabsichtigte Neuerung nicht gerne sahen, so unternahm es die Tagsatzung des Jahres 1847 doch, ermuthigt durch eine Zuschrift des englischen Ministeriums, die sich gegen jede Einmischung fremder Mächte in die inneren Angelegenheiten der Schweiz erklärte, am 16. August 1847 einen Ausschuß von 14 Mitgliedern für eine Revision des Bundesvertrags von 1814 niederzusetzen. Die Sonderbundscantone (Schwyz, Uri, Unterwalden, Zug, Luzern, Freiburg, Wallis) legten am 29. Okt. 1847 Verwahrung ein, griffen, als diese von der Tagsatzung verworfen wurde, zu den Waffen, wurden aber durch die Kriegsmacht der übrigen Cantone schon gegen Ende Novembers genöthigt, sich zu unterwerfen. Die Mächte Oestreich, Preußen und Frankreich erklärten jetzt in drei am 18. Jan. 1848 der Tagsatzung übergebenen Noten, daß sie eine

veränderte Bundesacte nur dann anerkennen würden, wenn sie die Zustimmung aller Cantone erhalten habe; allein die ausbrechende französische Februarrevolution verhinderte jedes weitere Vorgehen des Auslandes gegen die Schweiz. Die Tagsatzung entgegnete auf diese Erklärung, welcher auch Rußland beigepflichtet hatte, daß die Vervollkommnung der politischen Institutionen der Schweiz eine Angelegenheit sei, welche die schweizer Cantone allein berühre. Die für den Entwurf einer neuen Bundesverfassung niedergesetzte Commission hatte bis zum 16. April 1848 ihre Aufgabe vollendet. Die Verhandlungen der Tagsatzung über diesen Entwurf begannen am 15. Mai und währten bis zum 27. Juni; er wurde mit einigen Abänderungen angenommen und im Juli officiell bekannt gemacht mit der Bemerkung, die einzelnen Cantone sollten über Annahme oder Verwerfung bis zum 1. September abstimmen lassen. In Folge dieser Abstimmung wurde die neue Constitution durch Stimmenmehrheit angenommen in den Cantonen Bern, Zürich, Basel, Freiburg, Thurgau, Genf, Waadt und Neufchatel, später auch in Zug, Unterwalden ob dem Wald, Wallis und Tessin. Da man festgesetzt hatte, daß die Mehrheit der Stände über Annahme oder Verwerfung für die ganze Schweiz entscheide, so war die überwiegende Mehrheit für die Annahme erreicht und die neue Constitution wurde am 12. Sept. 1848 feierlich verkündigt. Im Ganzen hatte die große Mehrheit der schweizer Bürger, nämlich 1,897,887 dafür gestimmt. — Die neue Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft ist öfter abgedruckt, z. B. Bern bei Fischer 1848, Zürich bei Orell, Füßli ꝛc. 1848; Sct. Gallen bei Scheitlin und Zollikofer 1848.

Traité d'alliance

conclu entre les Cantons de la Confédération Suisse

le 16. Août 1814;

Acte d'acceptation en date du 8. Septembre 1814.

Après que les députés des Etats souverains de la Suisse, munis des pleins-pouvoirs suffisans pour annoncer la volonté de leurs commettans sur le nouveau projet d'un traité d'alliance du 16. Août 1814 ainsi que sur la convention conclue le même jour, se furent acquittés de leur mission, à la séance du 6. Septembre, et qu'après avoir dès-lors travaillé, dans diverses conférences particulières, à écarter les difficultés qui s'opposaient à une réunion absolue ils eurent atteint aujourd'hui 8. Septembre et de la manière suivante, un but aussi important à la sûreté et au bien-être de la commune patrie:

En premier lieu que le traité d'alliance mentionné ci-dessus après quelques changemens à l'article I. et cet éclaircissement au V. „que les dispositions qui y sont contenues à l'égard du droit fédéral, ne peuvent dans aucun cas être appliquées aux portions du territoire actuellement réclamées par quelques anciens cantons" a reçu la ratification de la grande majorité des Etats, comme le protocole le démontre plus amplement; et

En second lieu que la convention faite le 16. Août 1814 pour terminer toutes les prétentions territoriales et autres, inséparable du traité d'alliance et devant avoir la même force et le même effet que lui, tellement que les cantons qui la rejetteraient ne pourraient être considérés comme compris dans l'alliance, a reçu sa sanction par une majorité décisive de voix;

La diète en conséquence arrête:

I. Le traité d'alliance entre les dix neuf cantons de la Suisse dont la teneur suit, sera signé et scellé comme une véritable convention fédérale, dans les formes usitées jusqu'ici pour les actes de la diète.

Acte fédéral.

Art. I. Les dix neuf cantons souverains de la Suisse, savoir: Zurich, Berne, Lucerne, Uri, Schweitz, Unterwalden, Glaris, Zug, Fribourg, Soleure,

Bâle, Schaffhouse, Appenzell, Saint-Gall, Grisons, Argovie, Turgovie, Tessin et Vaud se lient par le présent traité pour la conservation de leur liberté et de leur indépendance, pour leur sûreté contre toute attaque de puissances étrangères, ainsi que pour le maintien de l'ordre et de la tranquillité publique dans l'intérieur. Ils se garantissent réciproquement leurs constitutions, telles qu'elles ont été acceptées par les premières autorités de chaque canton, d'accord avec les principes du traité d'alliance. Ils se garantissent réciproquement leur territoire.

Art. II. Pour le maintien de cette garantie et de la neutralité de la Suisse, il sera levé parmi les hommes de chaque canton, propres à porter les armes, un contingent sur le pied de deux sur cent. Les troupes seront fournies par les cantons comme suit:

Berne	4184
Zurich	3858
Vaud	2964
Saint-Gall	2630
Argovie	2410
Grisons	2000
Tessin	1084
Lucerne	1734
Thurgovie	1670
Fribourg	1240
Appenzell	972
Soleure	904
Bâle	816
Schweitz	602
Glaris	482
Schaffhouse	466
Unterwalden	282
Zug	250
Uri	236
Total	28,784 hommes.

Cette répartition est fixée pour un an, et sera revue par la diète de l'année 1815 pour être rectifiée d'après le mode ci-dessus.

Art. III. Les cantons pour faire face aux frais de la guerre et aux autres dépenses de la confédération contribueront comme suit: Berne 91,693 fr., Zurich 77,153, Vaud 59,273, Saint-Gall 59,451, Argovie 52,212, Grisons 12,000, Tessin 18,039, Lucerne 26,016, Thurgovie 25,052, Fribourg 18,591, Appenzell 9,728, Soleure 18,097, Bâle 20,450, Schweitz 3,012, Glaris 4,823, Schaffhouse 9,327, Unterwalden 1,907, Zug 1,437, Uri 1,184. Total 509,445 fr.

Ces contributions sont également valables pour une année et il sera statué de nouveau à leur égard par la diète de 1815 sur les réclamations que quelques cantons pourront faire. Une semblable révision aura lieu tous

les vingt ans, tant pour cet objet que pour la levée des contingens en hommes.

Pour subvenir aux dépenses de la guerre, il sera en outre établi une caisse de guerre fédérale, dont les fonds devront s'accumuler jusqu'au montant d'un double contingent d'argent.

Cette caisse militaire doit être exclusivement employée aux frais résultant de la marche des troupes fédérales, et, au besoin, une moitié de la dépense se remplira par la rentrée d'un contingent en argent selon l'échelle, et l'autre moitié être payée de la caisse militaire.

Pour parvenir à former cette caisse de guerre, il sera établi des droits d'entrée sur les marchandises qui ne sont pas de prèmière nécessité; ces droits seront perçus par les cantons frontières et il en sera rendu compte tous les ans à la diète. Celle-ci fixera le tarif de ces droits et la manière dont les comptes devront en être établis, et prendra les mesures convenables pour la conservation de leur produit.

Art. IV. En cas de danger intérieur ou extérieur, chaque canton a le droit de réclamer l'intervention de ses confédérés. Lorsqu'il survient des troubles dans un canton, le gouvernement peut requérir les autres cantons de lui prêter assistance; néanmoins il en sera de suite donné avis au chef-lieu. Le danger continuant, la diète, sur l'invitation du gouvernement, prendra les mesures ultérieurement nécessaires.

Dans le cas d'un danger subit extérieur, le canton menacé peut, à la vérité, inviter les autres cantons à le secourir. Cependant le chef-lieu doit en être prévenu de suite. Celui-ci provoquera alors la réunion de la diète, à laquelle appartiennent toutes les mesures relatives à la sûreté de la confédération. Tous les cantons requis sont tenus de fournir les secours demandés.

En cas de danger extérieur, les dépenses seront supportées par la confédération. La tranquillité étant troublée dans l'intérieur elles seront à la charge du canton qu'il faudra secourir, à moins que la diète ne prenne une autre détermination par quelques circonstances particulières.

Art. V. Toutes prétensions ou différends entre les cantons sur des cas qui ne sont pas garantis par le traité d'alliance, seront décidés par la confédération. Le cours et la forme de cette action sont fixés comme suit:

Chacun des deux cantons en litige choisit parmi les magistrats des autres cantons deux, ou, lorsque les cantons s'accorderont à cet égard un arbitre. Lorsque le différend a lieu entre plus de deux cantons, ce nombre est choisi par chaque partie. Ces arbitres réunis s'empresseront de concilier amicalement le différend par leur médiation. Si elle ne peut avoir lieu, les arbitres choisiront un sur-arbitre parmi les magistrats d'un canton non intéressé à la cause et qui n'aura pas fourni d'arbitre. Si les arbitres ne peuvent pas s'accorder sur le choix du sur-arbitre et qu'un des cantons réclame à cet égard, ce sur-arbitre sera choisi par la diète; mais en ce cas, les cantons qui se trouvent en différend ne pourront point donner leurs voix. Le sur-arbitre et les arbitres chercheront encore à concilier les différends par la voie

de médiation, ou en décideront, en cas de soumission réciproque, par sentence; mais si l'un ou l'autre de ces cas n'a pas lieu, ils décident de la question selon le droit. La sentence sera sans appel, et en cas de besoin, elle sera mise à exécution par les mesures de la diète.

La décision sur les frais doit avoir lieu en même temps, ils consistent dans ceux des arbitres et du sur-arbitre; ceux-ci choisis d'après les dispositions ci-dessus seront libérés par leur gouvernement du serment pour leur canton dans la difficulté dont il s'agira.

Dans toutes les difficultés qui surviendront, les cantons qu'elles concernent doivent s'abstenir de toute mesure arbitraire ou de la voie des armes; ils devront suivre exactement le cours du droit fixé dans cet article et exécuter la sentence dans toutes ses parties.

Art. VI. Il ne doit être conclu entre les cantons individuellement aucune alliance défavorable à la confédération générale, ou au droit d'autres cantons.

Art. VII. La confédération rend hommage au principe qu'ayant reconnu les 19 cantons, il n'y a plus de sujets en Suisse; qu'ainsi la jouissance des droits politiques ne peut jamais être le privilége exclusif d'une classe de citoyens d'un canton.

Art. VIII. La diète soigne selon les préscriptions du traité d'alliance les affaires de la confédération qui lui ont été remises par les cantons qui votent selon leurs instructions. Chaque canton a une voix, la quelle est émise par un député. Elle s'assemble dans la capitale du chef-lieu où elle doit se réunir, ordinairement tous les ans au premier Lundi de Juillet, et extraordinairement si le chef-lieu la décrète, ou sur la démande de cinq cantons. Le bourgmestre ou avoyer du chef-lieu a la présidence.

La diète déclare la guerre et conclut la paix. Elle seule conclut des alliances avec les Etats étrangers. Cependant pour ces négociations importantes, les trois quarts des voix des cantons sont nécessaires; dans toutes les autres affaires qui sont soumises par le présent traité à la diète, la majorité absolue en décide. Les traités de commerce avec les Etats étrangers seront conclus par la diète.

Les capitulations militaires ou traités sur des objets économiques et de police peuvent être conclus par les cantons individuellement avec les puissances étrangères; mais ils ne peuvent être contraires ni au traité d'alliance, ni aux alliances existantes, ni aux droits constitutionnels d'autres cantons, et doivent ainsi être portés à la connaissance de la diète.

Les députés de la confédération dont la mission est jugée nécessaire, seront nommés par la diète. Elle prend toutes les mesures nécessaires pour la sûreté extérieure et intérieure de la confédération. Elle fixe l'organisation du contingent des troupes, ordonne leur mise sur pied, détermine leur emploi, nomme le général, l'état major et les colonels de la confédération. Elle ordonne, d'accord avec les gouvernemens cantonnaux, la formation et l'équipement du contingent militaire.

Art. IX. Dans des circonstances extraordinaires, et si elle ne peut pas rester en permanence, la diète est autorisée à donner au chef-lieu des pleins-pouvoirs particuliers. Elle peut aussi adjoindre à l'autorité du chef-lieu qui est chargée de la direction des affaires de l'alliance, des représentans de la confédération. Dans les deux cas, les deux tiers des voix sont nécessaires.

Les représentans de la confédération seront choisis par les cantons qui alternent dans les six classes suivantes:

Les deux chefs-lieux directeurs qui ne sont pas en office donnent alternativement le 1er représentant de la confédération. Le 2d est fourni par Uri, Schwitz, Underwald; le 3e par Glaris, Zug, Appenzell, Schaffhouse; le 4e par Fribourg, Bâle et Soleure; le 5e par les Grisons, Saint-Gall et Argovie, et le 6e par Vaud, Turgovie et Tessin.

La diète donne aux représentans de la confédération les instructions nécessaires, et fixe la durée de leurs fonctions. Dans tous les cas ces dernières cessent par une nouvelle convocation de la diète. Les représentans de la confédération seront indemnisés par la caisse fédérale.

Art. X. La direction des affaires, quand la diète n'est pas assemblée, sera remise à un chef-lieu avec les pouvoirs exercés jusqu'en 1798. Le chef-lieu alterne tous les deux ans entre les cantons de Zurich, Berne et Lucerne; cet ordre commencera le 1. Janvier 1815. Une chancellerie de la confédération est adjointe au chef-lieu. Elle consiste en un chancelier et un secrétaire d'état qui seront choisis par la diète.

Art. XI. Le libre achât des denrées, productions du pays et marchandises de commerce est assuré, et pour ces objets, ainsi que pour le bétail, l'exportation, le transit d'un canton à l'autre auront également lieu sans obstacles avec la réserve des mesures de police nécessaires contre l'usure et l'accaparement. Ces mesures doivent être fixées par les citoyens d'un canton comme pour les habitans des autres cantons.

Les péages existant actuellement sur les routes et les ponts, approuvés par la diète, sont maintenus; mais sans son approbation, on ne peut en établir de nouveaux, ni élever le taux de ceux qui existent, ni leur perception, si elle a été limitée, être prolongée au de-là.

Les droits de traité de canton à canton sont abolis.

Art. XII. La conservation des couvens et chapitres, et la sureté de leurs propriétés, autant que cela dépend des gouvernemens cantonnaux sont garantis. Leurs biens soumis, ainsi que les propriétés particulières aux contributions et aux impôts.

Art. XIII. La dette nationale Helvétique dont le montant à été fixé le 1. Novembre 1804 à 3,118,336 fr. est reconnue.

Art. XIV. Tous les concordats et les conventions fédérales depuis l'année 1803 qui ne sont pas contraires aux principes de la présente alliance sont maintenus. La collection des décrets de la diète donnés dans la même espace de temps, doit être présentée pour la révision, à la diète de 1815, qui décidera lesquels seront dorénavant obligatoires.

Art. XV. Le présent traité d'alliance ainsi que les constitutions cantonnales doivent être déposés dans les archives de la confédération.

(Suivent les signatures et le sceau.)

II. La convention particulière au 16. *Août* 1814 *doit être réunie au traité d'alliance comme article additionnel; ils doivent être expédiés ensemble.*

Convention.

La diète considérant que diverses prétentions territoriales et autres, en indemnités ou équivalens de droit et de propriétés possédées ci-devant par des cantons sur d'autres cantons ont été déposées dans les protocôles de la diète, et qu'il est absolument nécessaire au maintien du repos, de la concorde et de la confiance entre les confédéres, d'examiner et régulariser ces prétentions avant que la garantie non conditionnelle stipulée dans le traité d'alliance puisse être en vigueur.

Décrête:

Art. I. A l'égard des prétentions ci-dessus de quelqes anciens cantons, soit sur des parties de territoire d'autres cantons, soit pour les dédommagemens et équivalens de droits et propriétés possédées ci-devant dans iceux, il doit être remis jusqu'au 24. Août une fixation exacte et indication détaillée de la part des cantons formant ces prétentions.

Art. II. Il doit être nommé par les cantons qui forment ces prétentions ainsi que par ceux à qui elles sont adressées, deux médiateurs de chaque côté choisis dans des cantons non intéressés, et l'essai d'une conciliation amiable doit être tenté par eux au sujet de ces prétentions.

Art. III. Si contre toute attente cette médiation amiable restait sans succès pendant l'espace de trois mois, les prétentions en indemnités et restitutions seront, suivant l'usage ancien, renvoyées par les médiateurs à un jugement arbitral et mises en règle conformément à l'article V du traité d'alliance.

Art. IV. Mais pour ce qui regarde les parties de territoire réclamées, celles-ci doivent être exceptées de la garantie, aussi longtemps que les prétentions qui y sont relatives n'auront pas été décidées par des arrangemens ultérieurs. Jusqu'alors les cantons intéressés doivent entièrement s'abstenir de toute entreprise qui pourrait troubler le repos public.

Art. V. Dès que le pacte fédéral et la convention présente auront été ratifiés par la pluralité des Etats, l'alliance de la confédération sera déclarée conclue et constituée et toutes ses autres dispositions entreront en pleine force.

Art. VI. Ces ratifications devront parvenir jusqu'au 5. Septembre.

(Suivent les signatures.)

III. Les cantons contractans continuent comme confédération Suisse. Ils déclarent qu'ils sont entrés dans cette alliance librement et sans gêne,

qu'ils la maintiendront dans le bonheur comme dans l'adversité, et particulièrement que dès à présent ils veulent remplir réciproquement tous les devoirs et obligations qui en résultent; et pour qu'un acte aussi important à la patrie obtienne une garantie sacrée, les cantons contractans promettent que dans le courant de la diète actuelle, ils ne feront pas seulement signer et sceller cette alliance par les envoyés plénipotentiaires de chaque Etat, mais qu'ils la feront confirmer par un serment solennel, selon l'antique usage.

Ainsi fait à Zurich, le 8. Septembre 1814.

Au nom de la diète: Son président bourguemaitre du canton de Zurich,
Reinhart.

Le chancelier de la confédération,
Musson.

Déclaration

des Puissances rassemblées au Congrès de Vienne au sujet de la Suisse,

signée le 20. Mars 1815.

Les Puissances appelées à intervenir dans l'arrangement des affaires de la Suisse pour l'exécution de l'art. VI du traité de Paris du 30. Mai mil huit cent-quatorze ayant reconnu, que l'intérêt général réclame en faveur du corps Helvétique l'avantage d'une neutralité perpétuelle, et voulant par des restitutions territoriales et des cessions lui fournir les moyens d'assurer son indépendance et maintenir sa neutralité;

Après avoir recueilli toutes les informations sur les intérêts des différens cantons, et pris en considération les demandes qui leur ont été adressées par la Légation Helvétique,

Déclarent,

Que, dès que la diète Helvétique aura donné son accession en bonne et due forme aux stipulations renfermées dans la présente transaction, il sera fait un acte portant la reconnaissance et la garantie de la part de toutes les Puissances de la neutralité perpétuelle de la Suisse dans ses nouvelles frontières lequel acte fera partie de celui qui, en exécution de l'article XXXII du susdit traité de Paris du trente Mai, doit compléter les dispositions de ce traité.

Transaction.

Art. I. L'intégrité des dix-neuf cantons, tels qu'ils existaient en corps politique à l'époque de la convention du vingt-neuf Décembre mil huit cent treize, est reconnue pour base du système Helvétique.

Art. II. Le Valais, le territoire de Genève, la principauté de Neuf-

châtel sont réunis à la Suisse, et formeront trois nouveaux cantons, la Vallée de Dappes, ayant fait partie du canton de Vaud, lui est rendue.

Art. III. La confédération Helvétique ayant témoigné le désir, que l'Evêché de Bâle lui fût réuni, et les puissances intervenantes voulant régler définitivement le sort de ce Pais, le dit Evêché et la ville et territoire de Bienne feront à l'avenir partie du canton de Berne.

On n'excepte que les districts suivants:

1. Un district d'environ trois lieues quarrées d'étendue renfermant les communes d'Altsweiler, Schönbuch, Oberweiler, Terweiller, Ettingen, Fürstenstein, Plotten, Pfeffingen, Aesch, Bruck, Reinach, Arlesheim, lequel district sera réuni au canton de Bâle.

2. Une petite enclave située près du village Neufchâtelois de Lignières, et laquelle étant aujourd'hui quant à la jurisdiction, sous la dépendance de Neufchâtel, et quant à la jurisdiction criminelle, sous celle de l'Evêché de Bâle, appartiendra en toute souveraineté à la principauté de Neufchâtel.

Art. IV. 1. Les habitants de l'Evêché de Bâle et ceux de Bienne réunis au canton de Berne et de Bâle, jouiront à tous égards sans différence de religion (qui sera conservée dans l'état présent) des mêmes droits politiques et civils dont jouissent et pourront jouir les habitans des anciennes parties des dits cantons. En conséquence ils concourront avec eux aux places des représentans et aux autres fonctions suivant les constitutions cantonales. Il sera conservé à la ville de Bienne, et aux villages ayant formé sa jurisdiction, les priviléges municipaux compatibles avec la constitution et les réglemens généraux du canton de Berne.

2. La vente des domaines nationaux sera maintenue, et les rentes féodales, et les dixmes ne pourront point être rétablies.

3. Les actes respectifs de réunion seront dressés, conformément aux principes ci-dessus énoncés, par des commissions composées d'un nombre égal de deputés de chaque partie intéressée. Ceux de l'Evêché de Bâle seront choisis par le canton directeur parmi les citoyens les plus notables du Pays.

Les dits actes seront garantis par la confédération Suisse. Tous les points sur lesquels les parties ne pourront s'entendre seront décidés par un arbitre nommé par la diète.

4. Les revenus ordinaires du pays seront perçus pour le compte de l'administration actuelle jusqu'au jour de l'accession de la diète Helvétique à la présente transaction. Il en sera de même pour l'arriéré desdits revenus: ceux levés extraordinairement, et qui ne seraient pas encore entrés en caisse, cesseront d'être perçus.

5. Le ci-devant prince évêque de Bâle n'ayant reçu ni indemnité ni pension pour la quote part de l'Evêché, qui autrefois faisait partie de la Suisse, le recès de l'Empire Germanique de mil huit cent trois n'ayant stipulé qu'en raison des pays qui ont fait partie intégrante du dit Empire, les cantons de Berne et de Bâle se chargent de lui payer, en augmentation de la dite pension viagère, la somme de douze mille Florins d'Empire, à dater de la

réunion de l'Evêché de Bâle au canton de Berne et de Bâle. La cinquième partie de cette somme sera employée et restera affectée à la sustentation des Chanoises de l'ancienne cathédrale de Bâle pour compléter la rente viagère qui a été stipulée par le recès de l'Empire Germanique.

6. La diète Helvétique décidera, s'il est besoin de conserver un Evêché dans cette partie de la Suisse, ou si ce diocèse peut être réuni à celui qui, par suite des nouvelles dispositions, sera formés des territoires Suisses qui avaient fait partie du diocèse de Constance.

En cas que l'Evêché de Bâle dût être conservé, le canton de Berne fournira dans la proportion des autres Pays qui à l'avenir seront sous l'administration spirituelle de l'Evêque les sommes nécessaires à l'entretien de ce prélat, de son chapitre et de son séminaire.

Art. V. Pour assurer les communications commerciales et militaires de Genève avec le canton de Vaud et le reste de la Suisse, et pour compléter à cet égard l'art. IV du traité de Paris, S. M. très-chrétienne consent à faire placer la ligne de douane de manière à ce que la route, qui conduit de Genève par Versoy en Suisse, soit en tout temps libre, et que ni les postes, ni les voyageurs ni les transports de marchandises n'y soient inquiétés par aucune visite de douanes, ni soumis à aucun droit.

Il est également entendu, que le passage des troupes Suisses ne pourra y être aucunement entravé.

Dans les règlemens additionnels à faire à ce sujet, on assurera de la manière la plus avantageuse aux Genèvois l'exécution des traités relatifs à leur libre communication entre la ville de Genève et le mandement de Peney. Sa Majesté très-chrétienne consent en outre à ce que la Gend'armerie et les milices du canton de Genève passent par la grande route du Meyrin du dit mandement à la ville de Genève, et réciproquement, après en avoir prévenu le poste militaire de la Gend'armerie Françoise le plus voisin.

Les Puissances intervenantes interposeront de plus leurs bons offices pour faire obtenir à la ville de Genève un arrondissement convenable du côté de la Savoye.

Art. VI. Pour établir des compensations mutuelles les cantons d'Argovie, de Vaud, du Tessin et de St. Gall fourniront aux anciens cantons de Schwitz, Unterwalden, Uri, Glaris, Zug et Appenzell (Rhode intérieure) une somme qui sera appliquée à l'instruction publique et aux frais d'administration générale (mais principalement au premièr objet) dans les dits cantons. La quantité, le mode de payement et la répartition de cette compensation pécuniaire sont fixés ainsi qu'il suit:

1. Les Cantons d'Argovie, de Vaud et de St. Gall fourniront aux cantons de Schwitz, d'Unterwalden, Uri, Zug, Glaris et Appenzell (Rhode intérieure) un fond de 500,000 Livres de Suisse.

2. Chacun des premiers payera l'intérêt de sa quote part à raison de 5 p. C. par an; on remboursera le Capital, soit en argent, soit en biens fonds à son choix.

3. La répartition, soit pour le payement, soit pour la recette de ces fonds, se fera dans les proportions de l'échelle de contribution, réglée pour subvenir aux dépenses fédérales.

4. Le canton du Tessin payera chaque année au canton d'Uri la moitié du produit des péages dans la Vallée Levantine. Une commission nommée par la diète veillera à l'éxécution des dispositions précedentes.

Art. VII. Pour mettre un terme aux discussions qui se sont élevées par rapport aux fonds placés en Angleterre par le canton de Zurich et de Berne, il est statué:

1. Que les cantons de Berne et de Zurich conserveront la propriété du fonds Capital, tel qu'il existait en 1803 à l'époque de la dissolution du Gouvernement Helvétique, et jouiront à dater du 1. Janvier 1815, des intérêts à échoir.

2. Que les intérêts échus et accumulés depuis l'année 1798 jusques et y compris l'année 1814, seront affectés au payement du Capital restant de la dette nationale designée sous la dénomination de dette Helvétique.

3. Que le surplus de la dette Helvétique restera à la charge des autres cantons, ceux de Berne et de Zurich étant exonérés par la disposition ci-dessus, la quote part de chacun des cantons qui restent chargés de ce surplus sera calculée et fournie dans la proportion fixée pour les contributions destinées au payement des dépenses fédérales. Les pays incorporés à la Suisse depuis 1813 ne pourront pas être imposés en raison de l'ancienne dette Helvétique. S'il arrivait après le payement de la dette susdite, qu'il y eut un excédent d'intérêt, cet excédent sera réparti entre les cantons de Berne et de Zurich dans la proportion de leurs capitaux respectifs.

4. Les mêmes dispositions seront suivies à l'égard de quelques autres créances, dont les titres sont déposés sous la garde du président de la diète.

Art. VIII. Les Puissances intervenantes, voulant concilier les contestation élevées à l'égard des Lands abolis sans indemnité, statuent qu'une indemnité sera payée aux particuliers propriétaires des Lands.

Afin d'éviter tout différend ultérieur à ce sujet entre les cantons de Berne et de Vaud, ce dernier payera au Gouvernement de Berne la Somme de 300,000 Livres de Suisse, pour être ensuite répartie entre les ressortisans Bernois propriétaires des Lands.

Les payemens se feront à raison d'un Cinquieme par an à commencer du 1. Janvier 1816.

Art. IX. Les Puissances intervenantes reconnaissent, qu'il est juste d'assurer au Prince Abbé de St. Gall une existence honorable et indépendante, et statuent que le canton de St. Gall lui fournira une pension viagère de 6000 Fl. d'Empire, et à ses employés une pension viagère de 2000. Ces pensions seront versées à dater du 1. Janvier 1815 par trimestre dans les mains du canton directeur, qui les remettra respectivement à la disposition du Prince Abbé de St. Gall et de ses employés.

Art. X. Les Puissances intervenantes dans les affaires de la Suisse ayant donné, par la déclaration ci-dessus une preuve manifeste de leur désir

d'assurer la paix intérieure de la Confédération, se font également un devoir de ne rien négliger qui puisse en hâter l'accomplissement.

En conséquence, elles s'attendent à ce que les cantons sacrifiant au bien général toute considération secondaire, ne tarderont plus à adhérer au pacte fédéral, librement arrêté par la grande majorité de leurs co-états, l'intérêt commun exigeant impérieusement, que toutes les parties de la Suisse, se réunissent le plutôt possible sous la même Constitution fédérative.

La Convention du 16. Août 1814, annexée au pacte fédéral ne saurait plus rétarder cette réunion. Son but étant déjà rempli par la déclaration des Puissances, elle devient par le fait comme non avenue.

Pour consolider de plus en plus le repos de la Suisse, les Puissances désirent, qu'une amnestie générale soit accordée à tous les individus qui, induits en erreur par une époque d'incertitude et d'irritation, ont pu agir, de quelque manière que ce soit, contre l'ordre existant; loin d'affaiblir l'autorité légitime des Gouvernemens cet Acte de clémence leur donnera de nouveaux titres à exercer cette sévérité salutaire contre quiconque oserait à l'avenir susciter des troubles dans les pays.

Enfin les Puissances intervenantes aiment à se persuader que le patriotisme et le bon jugement des Suisses leur prescriront la convenance, ainsi que la nécessité, de se sacrifier mutuellement le souvenir des différends qui les ont divisés, et de consolider l'oeuvre de leur réorganisation, en travaillant à la perfection dans un esprit conforme au bien de tous, sans aucun retour sur le passé.

La déclaration a été insérée au Protocole du Congrès réuni à Vienne dans sa séance du 19. Mars 1815.

Fait et certifié véritable par les Plénipotentiaires des huit Puissances signataires du Traité de Paris. A Vienne le 20. Mars 1815.

Suivent les signatures dans l'ordre alphabétique des cours.

Autriche.
Le Prince de Metternich.
Le Baron de Wessenberg.

Espagne.
P. Gomez Labrador.

France.
Le Prince de Talleyrand.
Le Duc de Dalberg.
Latour du Pin.
Le Comte Alexis de Noailles.

Grande-Bretagne.
Wellington.
Clancarty.
Cathcart.
Stewart.

Suède.
Le Comte de Löwenhielm.

Portugal.
Le Comte de Palmella.
Saldanha.
Lobo.

Prusse.
Le Prince de Hardenberg.
Le Baron de Humboldt.

Russie.
Le Comte de Rasoumoffsky.
Le Comte de Stakelberg.
Le Comte de Nesselrode.

Acte d'accession de la Confédération Suisse

en date de Zurich le 27. Mai 1815.

La diète de la Confédération Suisse, réunie à Zurich en session extraordinaire, ayant reçu, dans sa séance du 3. Avril 1815, par l'intermédiaire des ministres accrédités auprès de la Confédération, savoir:

M. de Schraut, ministre d'Autriche, au nom de S. M. I. et R. A.; comme aussi, en vertu d'un pouvoir spécial au nom de S. A. R. le Prince-régent de Portugal;

M. Stratford Canning, au nom de S. M. le Roi du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande;

M. le comte Auguste de Talleyrand, au nom de S. M. T. C. le Roi de France; comme aussi, en vertu d'un pouvoir spécial, au nom de S. M. C. le Roi d'Espagne et des Indes;

M. le baron de Chambrier d'Olleyres, au nom de S. M. le Roi de Prusse;

M. le baron de Krudener, chargé d'affaires, au nom de S. M. l'Empereur de Russie;

La déclaration relative aux affaires de la Suisse, insérée au protocole du congrès de Vienne le 19., et signée le 20. Mars 1815 par les plénipotentiaires des huit puissances signataires du traité de Paris, du 30. Mai 1814;

S'est empressée de communiquer cet acte aux dix-neuf cantons Confédérés, en les invitant à mettre, par leurs suffrages, la diète en état de déclarer en bonne et due forme l'accession générale de la Suisse aux stipulations renfermées dans la dite transaction.

Les autorités souveraines de chaque canton ayant pris en mûre délibération l'objet de ce référé, et fait connaître successivement à l'autorité fédérale leurs résolutions définitives;

La diète de la confédération Suisse;

En vertu des actes déposés dans son archive, et des déclarations insérées dans son protocole, d'où il résulte qu'un nombre des cantons excédant celui que le pacte fédéral prescrit pour l'acceptation des résolutions les plus importantes du Corps Helvétique, a prononcé un vote affirmatif, lequel, aux termes de la constitution, devient par là même celui de la Confédération entière;

A pris l'arrêté dont la teneur suit:

1. La diète accède, au nom de la Confédération Suisse, à la déclaration des puissances réunies au congrès de Vienne, en date du 20. Mars 1815, et promet que les stipulations de la transaction insérée dans cet acte seront fidèlement et religieusement observées.

2. La diète exprime la gratitude éternelle de la nation suisse envers les hautes puissances qui, par la déclaration susdite, lui rendent, avec une démarcation plus favorable, d'anciennes frontières importantes; réunissent trois nouveaux cantons à son alliance, et promettent solennellement de reconnaître et garantir la neutralité perpétuelle que l'intérêt général de l'Europe réclame

en faveur du Corps Helvétique. Elle témoigne les mêmes sentimens de reconnaissance pour la bienveillance soutenue avec laquelle les augustes souverains se sont occupés de la conciliation des différends qui s'étaient élevés entre les cantons.

3. En suite du présent acte d'accession et de la note adressée aux envoyés Suisses à Vienne le 20. Mars 1815 par le Prince de Metternich, président des conférences des huit puissances, la diète exprime le voeu que les ministres de LL. MM. résidant en Suisse veuillent, en vertu des instructions qu'ils ont reçus, donner suite aux dispositions de la déclaration du 20. Mars, et compléter l'exécution des engagemens qui y sont énoncés.

En foi de quoi les présentes ont été signées et scellées à Zurich le 27. Mai 1815.

Au nom de la diète de la Confédération Suisse.
Le Bourgmestre du Canton de Zurich, président.
(L. S.) Signé: *De Wyss.*

Le chancelier de la confédération.
Contre-signé: *Mousson.*

Acte de cession
de S. M. le Roi de Sardaigne en faveur du Canton de Genève,
en date du 26. Mars 1815.

A. LL. Exc. MM. les plénipotentiaires d'Angleterre, d'Autriche, de Prusse et de Russie au congrès de Vienne.

Le soussigné ministre d'état et plénipotentiaire de S. M. le Roi de Sardaigne à présenté à son souverain le voeu des puissances alliées, que la Savoie cédât quelques portions de territoire au Canton de Genève, et il lui a soumis le plan formé pour cet objet. S. M. toujours empressée de donner à ses puissans alliés des preuves de sa reconnaissance, et de son désir de faire ce qui peut leur être agréable, a surmonté la répugnance bien naturelle qu'elle éprouvait à se séparer de ses bons, anciens et fidèles sujets, et a autorisé le soussigné à consentir en faveur du Canton de Genève à une cession de territoire, telle qu'elle a été proposée dans le protocole ci-joint, et aux conditions suivantes:

Art. I. Que le provinces de Chablais et de Faucigny, ainsi que tout le territoire, situé au nord d'Ugine et appartenant à S. M., soit compris dans la neutralité Helvétique garantie par toutes les puissances; c'est à dire que toutes les fois que les puissances voisines de la Suisse se trouveront en état d'hostilités ou commencées ou imminentes, les troupes de S. M. le Roi de

Sardaigne, qui se trouveraient dans ces provinces, puissent se retirer, et prendre à cet effet, s'il est besoin, la route du Valais; que les troupes armées d'aucune puissance ne pourront ni séjourner, ni passer dans les provinces ci-dessus, à l'exception de celles que la confédération Helvétique jugerait à propos d'y placer. Il est entendu que ces rapports ne gêneront en aucune manière l'administration de ces provinces, dans lesquelles les officiers civils de S. M. pourront employer la garde municipale au maintien du bon ordre.

Art. II. Il sera accordé une franchise de tous droits de transit pour toutes les marchandises, comestibles etc. qui, venant des états de S. M., et du port franc de Gênes, suivront la route du Simplon dans toute son étendue par le Valais et le territoire de Genève. On entend par là que cette franchise ne concerne exclusivement que les droits de passage, et ne s'étend ni aux droits de chaussée, ni aux marchandises et aux denrées qui sont destinées à être vendues ou consommées dans l'intérieur. On appliquera les mêmes restrictions à la communication accordée aux Suisses entre le Valais et le canton de Genève, et les gouvernemens se concerteront pour prende les mesures jugées nécessaires, soit pour régler les taxes et empêcher la contrebande chacun respectivement sur son territoire.

Art. III. Les terres connues sous le nom de fiefs impériaux, qui étaient incorporées à la république Ligurienne, et qui sont maintenant sous l'administration provisoire de S. M. le Roi de Sardaigne, seront réunies entièrement aux états de S. M., et de la même manière que les autres états Genois.

Art. IV. Ces conditions feront partie des résolutions du congrès, et seront garanties par toutes les puissances.

Art. V. Les souverains alliés s'engagent à employer encore leur médiation, et les moyens qu'ils jugeront les plus convenables pour engager la France à rendre à S. M. le Roi de Sardaigne au moins une partie du territoire qu'elle possède maintenant en Savoie, savoir la chaine de montagnes dite les Bauges, la ville d'Annecy et la grande route qui conduit de cette dernière à Genève, sous la réserve de fixer d'une manière convenable les frontières exactement déterminées, ou sourtout que le territoire ci-dessus est nécessaire pour compléter le système de défense des Alpes, et pour faciliter l'administration du territoire, dont la possession est restée à S. M. le Roi de Sardaigne.

Vienne, le 26. Mars 1815.

Signé: *De St. Marsan.*

Protocole

sur les cessions faites par le Roi de Sardaigne au Canton de Genève, du 29. Mars 1815.

Les puissances alliées ayant témoigné le vif désir qu'il fût accordé quelques facultés au Canton de Genève, soit pour le désenclavement d'une

partie de ses possessions, soit pour ses communications avec la Suisse; S. M. le Roi de Sardaigne étant empressée d'autre part de témoigner à ses hauts et puissans alliés toute la satisfaction qu'elle éprouve à faire quelque chose qui puisse leur être agréable; les plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

Art. I. S. M. le Roi de Sardaigne met à la disposition des hautes puissances alliées la partie de la Savoye qui se trouve entre la rivière d'Arve, le Rhône, les limites de la partie de la Savoye occupée par la France, et la montagne de Salève jusqu'à Veiry inclusivement; plus, celle qui se trouve comprise entre la grande route, dite du Simplon, le lac de Genève et le territoire actuel du Canton de Genève, depuis Vezenas, jusqu'au point où la rivière d'Hermance traverse la susdite route, et de là continuant le cours de cette rivière jusqu'à son embouchure dans le lac de Genève, au levant du village d'Hermance (la totalité de la route dite du Simplon continuant à être possédée par S. M. le Roi de Sardaigne), pour que ces pays soient réunis au Canton de Genève, sauf à déterminer plus précisement la limite par des commissaires respectifs, surtout pour ce qui concerne la délimitation en dessus de Veiry, et sur la montagne de Salève. Dans tous les lieux et territoires compris dans cette démarcation, S. M. renonce, pour elle et ses successeurs à perpétuité, à tous droits de souveraineté et autres qui peuvent lui appartenir, sans exceptions ni réserves.

Art. II. S. M. accorde la communication entre le Canton de Genève et le Valais, par la route dite du Simplon, de la même manière que la France l'a accordée entre Genève et le pays de Vaud, par la route qui passe par Versoy. Sa Majesté accorde de même en tout temps une communication libre pour les milices génevoises, entre le territoire de Genève et le mandement de Jussy, et les facilités qui pourraient être nécessaires à l'occasion pour revenir par le lac à la susdite route dite du Simplon.

Art. III. D'autre part S. M. ne pouvant se résoudre à consentir qu'une partie de son territoire soit réunie à un état où la religion dominante est différente, sans procurer aux habitans du pays qu'elle cède, la certitude qu'ils jouiront du libre exercice de leur religion, qu'ils continueront à avoir les moyens de fournir aux frais de leur culte, et à jouir eux-mêmes de la plénitude des droits de citoyens;

Il est convenu que,

1. La religion catholique sera maintenue et protégée de la même manière qu'elle l'est maintenant, dans toutes les communes cédées par S. M. le Roi de Sardaigne, et qui seront réunies au Canton de Genève;

2. Les provinces actuelles qui ne se trouveront ni démembrées, ni séparées par la délimitation des nouvelles frontières, conserveront leurs circonscriptions actuelles, et seront desservies par le même nombre d'ecclésiastiques; et quant aux portions démembrées qui seraient trop faibles pour constituer une paroisse, on s'adressera à l'évêque diocésain pour obtenir qu'elles soient annexées à quelque autre paroisse du Canton de Genève.

3. Dans les mêmes communes cédées par S. M., si les habitans protestans n'égalent point en nombre les habitans catholiques, les maîtres d'école seront toujours catholiques. Il ne sera établi aucun temple protestant, à l'exception de la ville de Carouge qui pourra en avoir un.

4. Les officiers municipaux seront toujours au moins pour les deux tiers catholiques; et spécialement sur les trois individus qui occuperont les places de maire et de deux adjoints, il y en aura toujours deux catholiques.

En cas que le nombre des protestans vint dans quelques communes à égaler celui des catholiques, l'égalité et l'alternative seront établies, tant pour la formation du conseil municipal, que pour celle de la mairie. En ce cas cependant, il y aura toujours un maître d'école catholique, quand même on en établirait un protestant.

On n'entend pas par cet article, d'empêcher que des individus protestans, habitant une commune catholique, ne puissent, s'ils le jugent à propos, y avoir une chapelle particulière pour l'exercice de leur culte, établie à leurs frais, et y avoir, également à leurs frais, un maître d'école protestant pour l'instruction particulière de leurs enfans.

Il ne sera point touché, soit pour les fonds et revenus, soit pour l'administration, aux donations et fondations pieuses existantes, et on n'empêchera pas les particuliers d'en faire de nouvelles.

5. Le gouvernement fournira aux mêmes frais que fournit le gouvernement actuel, pour l'entretien des ecclésiastiques et du culte.

6. L'église catholique actuellement existante à Genève y sera maintenue, telle qu'elle existe, à la charge de l'état, ainsi que les lois éventuelles de la constitution de Genève l'avaient déjà décrété; le curé sera logé et doté convenablement.

7. Les communes catholiques, et la paroisse de Genève continueront à faire partie du diocèse qui régira les provinces du Chablais et du Faucigny, sauf qu'il en soit réglé autrement par l'autorité du Saint-Siége.

8. Dans tous les cas, l'évêque ne sera jamais troublé dans les visites pastorales.

9. Les habitans des territoires cédés sont pleinement assimilés, pour les droits civils et politiques, aux Génevois de la ville; ils les exerceront communément avec eux, sauf la réserve des droits de propriété de cité ou de commerce.

10. Les enfans catholiques seront admis dans les maisons d'éducation publique: l'enseignement de la religion n'y aura pas lieu en commun, mais séparément, et on employera à cet effet, pour les catholiques, des ecclésiastiques de leur communion.

11. Les biens communaux ou propriétés appartenans aux nouvelles communes, leur seront conservés, et elles continueront à les administrer comme par le passé, et à employer les revenus à leur profit.

12. Ces mêmes communes ne seront point sujettes à des charges plus considérables que les anciennes communes.

13. S. M. le Roi de Sardaigne se réserve de porter à la connaissance de la diète helvétique, et d'appuyer par le canal de ses agens diplomatiques auprès d'elle, toute réclamation à laquelle l'inexécution des articles ci-dessus pourrait donner lieu.

Art. IV. Tous les titres terriers et documens concernant les choses cédées, seront remis par S. M. le Roi de Sardaigne au Canton de Genève, le plus-tôt que faire se pourra.

Art. V. Le traité conclu à Turin le 3. du mois de Juin 1754, entre S. M. le Roi de Sardaigne et la république de Genève, est maintenu pour tous les articles auxquels il n'est point dérogé par la présente transaction; mais S. M. voulant donner au Canton de Genève une preuve particulière de sa bienveillance, consent néanmoins à annuller la partie de l'art. XIII du susdit traité qui interdisait aux citoyens de Genève, qui se trouvaient dès lors avoir des maisons et biens situés en Savoie, la faculté d'y faire leur habitation principale.

Art. VI. S. M. consent par les mêmes motifs à prendre des arrangemens avec le Canton de Genève, pour faciliter la sortie de ses états, des denrées destinées à la consommation de la ville et du Canton.

Vienne le 29 Mars 1815.

Signés: *de Saint-Marsan.*

Autriche.

Le Prince de Metternich. *Le Baron de Wessenberg.*

Espagne.

Gomez Labrador.

France.

Talleyrand. *Le Duc de Dalberg.* *Le Comte Alexis de Noailles.*

Grande-Bretagne.

Clancarty. *Cathcart.* *Stewart, L. G.*

Portugal.

Le Comte de Palmella. *Ant. de Saldanha da Gama.*

Lobo da Silveira.

Prusse.

Le Prince de Hardenberg. *Le Baron de Humboldt.*

Russie.

Comte de Rasoumoffsky. *Le Comte de Stackelberg.*

Le Comte de Nesselrode.

Suède.

Le Comte de Loewenhielm.

Acte

par lequel la neutralité de la Suisse a été reconnue par les alliés,

en date de Paris du 20. Nov. 1815.

Après que l'accession de la Suisse à la déclaration rendue à Vienne le 20. Mars 1815, par les puissances qui ont signé la paix de Paris, eut été communiquée dans les formes aux ministres de cours impériales et royales par la résolution de la diète en date du 27. Mars, rien ne s'opposait plus à l'expédition de l'acte de reconnaissance et de garantie de la neutralité perpétuelle de la Suisse dans ses nouvelles frontières, telles qu'elles sont fixées par la présente déclaration. Cependant les puissances ont jugé à propos de différer la signature de cet acte jusqu'à présent, pour être à même d'avoir égard aux changemens que les évènemens de la guerre et les réunions qui s'en suivraient, pourraient encore apporter aux frontières de la Suisse, ainsi qu'aux modifications qui en résulteraient par rapport au territoire qui doit avoir part aux avantages de la neutralité helvétique.

Ces changemens étant maintenant déterminés par le traité de Paris d'aujourd'hui, les puissances qui ont signé la déclaration de Vienne du 20. Mars, reconnaissent d'une manière formelle et authentique par le présent acte la neutralité perpétuelle de la Suisse, et lui garantissent l'inviolabilité de son territoire, circonscrit dans ses nouvelles limites, telles qu'elles sont fixées par le congrès de Vienne et la paix de Paris d'aujourd'hui, et telles qu'elles le seront encore ultérieurement en conformité de l'extrait du protocole ci-joint, en date du 3. Novembre, lequel accorde à la confédération helvétique une nouvelle augmentation de territoire, qui doit être pris sur le territoire de la Savoie pour arrondir le canton de Genève, et lui réunir les portions de territoire qu'il embrasse.

Les puissances reconnaissent également la neutralité des parties de la Savoie, qui sont designées, dans la déclaration du congrès de Vienne en date du 20. Mars, et dans la paix de Paris d'aujourd'hui, comme devant avoir part à la neutralité de la Suisse, de même que si elles en faisaient partie.

Les puissances signataires de la déclaration du 20. Mars font connaître d'une manière authentique par le présent acte, que la neutralité et l'inviolabilité de la Suisse, ainsi que son indépendance de toute influence étrangère, est conforme aux véritables intérêts de la politique européenne.

Elles déclarent en outre qu'on ne peut ni ne doit tirer aucune conséquence désavantageuse à la neutralité et à l'inviolabilité de la Suisse, des évènemens qui ont occasionné le passage de troupes alliées par une partie du territoire de la confédération suisse.

Le passage accordé volontairement par les cantons dans la convention du 20. Mars, a été une suite nécessaire de l'accession libre de la Suisse aux principes que les puissances signataires du traité d'alliance du 25. Mars, ont manifestés.

Les puissances reconnaissent avec satisfaction que les habitans de la Suisse ont montré dans ce moment d'épreuve quels grands sacrifices ils savaient faire pour le bien général, et pour la cause défendue par toutes les puissances de l'Europe, et quils étaient dignes des grands avantages qui leur ont été accordés par les résolutions du congrès de Vienne, et par la paix de Paris d'aujourd'hui, ainsi que par le présent acte auquel toutes les puissances de l'Europe sont invitées d'accéder.

En foi de quoi, la présente déclaration a été donnée et signée à Paris le 20. Novembre 1815.

Signé: Le Prince de Metternich. Le Baron de Richelieu. Castlereagh. Wellington. Le Prince de Hardenberg. Le Baron de Humboldt. Le Prince de Rasoumoffsky. Le Comte Capo d'Istria.

Bundesverfassung
der
Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Im Namen Gottes des Allmächtigen!

Die schweizerische Eidgenossenschaft,

in der Absicht, den Bund der Eidgenossen zu befestigen, die Einheit, Kraft und Ehre der schweizerischen Nation zu erhalten und zu fördern, hat nachstehende Bundesverfassung angenommen:

Erster Abschnitt.
Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1. Die durch gegenwärtigen Bund vereinigten Völkerschaften der zwei und zwanzig souveränen Cantone, als: Zürich, Bern, Luzern, Ury, Schwyz, Unterwalden (ob und nid dem Wald), Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (Stadt und Land), Schaffhausen, Appenzell (beider Rhoden), St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf bilden in ihrer Gesammtheit die schweizerische Eidgenossenschaft.

Art. 2. Der Bund hat zum Zweck: Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen Aussen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen und Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt.

Art. 3. Die Cantone sind souverän, soweit ihre Souveränetät nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ist, und üben als solche alle Rechte aus, welche nicht der Bundesgewalt übertragen sind.

Art. 4. Alle Schweizer sind vor dem Gesetze gleich. Es gibt in der Schweiz keine Unterthanenverhältnisse, keine Vorrechte des Orts, der Geburt, der Familien oder Personen.

Art. 5. Der Bund gewährleistet den Cantonen ihr Gebiet, ihre Souveränetät inner der Schranken des Artikels 3, ihre Verfassungen, die Freiheit, die Rechte des Volkes und die verfassungsmässigen Rechte der Bürger gleich den Rechten und Befugnissen, welche das Volk den Behörden übertragen hat.

Art. 6. Die Cantone sind verpflichtet, für ihre Verfassungen die Gewährleistung des Bundes nachzusuchen.

Der Bund übernimmt diese Gewährleistung, insofern

a) sie nichts den Vorschriften der Bundesverfassung Zuwiderlaufendes enthalten;

b) sie die Ausübung der politischen Rechte nach republikanischen — repräsentativen oder demokratischen — Formen sichern;

c) sie vom Volke angenommen worden sind und revidirt werden können, wenn die absolute Mehrheit der Bürger es verlangt.

Art. 7. Besondere Bündnisse und Verträge politischen Inhalts zwischen den Cantonen sind untersagt.

Dagegen steht ihnen das Recht zu, Verkommnisse über Gegenstände der Gesetzgebung, des Gerichtswesens und der Verwaltung unter sich abzuschliessen; jedoch haben sie dieselben der Bundesbehörde zur Einsicht vorzulegen, welche, wenn diese Verkommnisse etwas dem Bunde oder den Rechten anderer Cantone Zuwiderlaufendes enthalten, deren Vollziehung zu hindern befugt ist. Im entgegengesetzten Falle sind die betreffenden Cantone berechtigt, zur Vollziehung die Mitwirkung der Bundesbehörden anzusprechen.

Art. 8. Dem Bunde allein steht das Recht zu, Krieg zu erklären und Frieden zu schliessen, Bündnisse und Staatsverträge, namentlich Zoll- und Handelsverträge mit dem Auslande einzugehen.

Art. 9. Ausnahmsweise bleibt den Cantonen die Befugniss, Verträge über Gegenstände der Staatswirthschaft, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei mit dem Auslande abzuschliessen; jedoch dürfen dieselben nichts dem Bunde oder den Rechten anderer Cantone Zuwiderlaufendes enthalten.

Art. 10. Der amtliche Verkehr zwischen Cantonen und auswärtigen Staatsregierungen, sowie ihren Stellvertretern, findet durch Vermittlung des Bundesrathes statt.

Ueber die im Art. 9 bezeichneten Gegenstände können jedoch die Cantone mit den untergeordneten Behörden und Beamten eines auswärtigen Staates in unmittelbaren Verkehr treten.

Art. 11. Es dürfen keine Militärcapitulationen abgeschlossen werden.

Art. 12. Die Mitglieder der Bundesbehörden, die eidgenössischen Civil- und Militärbeamten und die eidgenössischen Repräsentanten oder Commissarien

dürfen von auswärtigen Regierungen weder Pensionen oder Gehalte, noch Titel, Geschenke oder Orden annehmen.

Sind sie bereits im Besitze von Pensionen, Titeln oder Orden, so haben sie für ihre Amtsdauer auf den Genuss der Pensionen und das Tragen der Titel und Orden zu verzichten.

Untergeordneten Beamten und Angestellten kann jedoch vom Bundesrath der Fortbezug von Pensionen bewilligt werden.

Art. 13. Der Bund ist nicht berechtigt stehende Truppen zu halten.

Ohne Bewilligung der Bundesbehörde darf kein Canton oder in getheilten Cantonen kein Landestheil mehr als 300 Mann stehende Truppen halten, die Landjägercorps nicht inbegriffen.

Art. 14. Die Cantone sind verpflichtet, wenn Streitigkeiten unter ihnen vorfallen, sich jeder Selbsthülfe, sowie jeder Bewaffnung zu enthalten und sich der bundesmässigen Entscheidung zu unterziehen.

Art. 15. Wenn einem Cantone vom Auslande plötzlich Gefahr droht, so ist die Regierung des bedrohten Cantons verpflichtet, andere Cantone zur Hülfe zu mahnen, unter gleichzeitiger Anzeige an die Bundesbehörde und unvorgreiflich den spätern Verfügungen dieser letztern. Die gemahnten Cantone sind zum Zuzuge verpflichtet. Die Kosten trägt die Eidgenossenschaft.

Art. 16. Bei gestörter Ordnung im Innern, oder wenn von einem andern Cantone Gefahr droht, hat die Regierung des bedrohten Cantons dem Bundesrathe sogleich Kenntniss zu geben, damit dieser inner der Schranken seiner Competenz (Art. 90, Nr. 3. 10 und 11) die erforderlichen Massregeln treffen oder die Bundesversammlung einberufen kann. In dringenden Fällen ist die betreffende Regierung befugt, unter sofortiger Anzeige an den Bundesrath, andere Cantone zur Hülfe zu mahnen, und die gemahnten Stände sind zur Hülfeleistung verpflichtet.

Wenn die Cantonsregierung ausser Stande ist, Hülfe anzusprechen, so kann, und wenn die Sicherheit der Schweiz gefährdet wird, so soll die competente Bundesbehörde von sich aus einschreiten.

In Fällen eidgenössischer Intervention sorgen die Bundesbehörden für Beachtung der Vorschriften von Art. 5.

Die Kosten trägt der mahnende oder die eidgenössische Intervention veranlassende Canton, wenn nicht die Bundesversammlung wegen besonderer Umstände etwas Anderes beschliesst.

Art. 17. In den durch Art. 15 und 16 bezeichneten Fällen ist jeder Canton verpflichtet, den Truppen freien Durchzug zu gestatten. Diese sind sofort unter eidgenössische Leitung zu stellen.

Art. 18. Jeder Schweizer ist wehrpflichtig.

Art. 19. Das Bundesheer, welches aus den Contingenten der Cantone gebildet wird, besteht

a) aus dem Bundesauszug, wozu jeder Canton auf 100 Seelen schweizerischer Bevölkerung 3 Mann zu stellen hat;

b) aus der Reserve, deren Bestand die Hälfte des Bundesauszuges beträgt.

In Zeiten der Gefahr kann der Bund auch über die übrigen Streitkräfte (die Landwehr) eines jeden Cantons verfügen.

Die Mannschaftsskala, welche nach dem bezeichneten Massstabe das Contingent für jeden Canton festsetzt, ist alle zwanzig Jahre einer Revision zu unterwerfen.

Art. 20. Um in dem Bundesheere die erforderliche Gleichmässigkeit und Dienstfähigkeit zu erzielen, werden folgende Grundsätze festgesetzt:

1) Ein Bundesgesetz bestimmt die allgemeine Organisation des Bundesheeres.

2) Der Bund übernimmt

a. den Unterricht der Genietruppen, der Artillerie und der Kavallerie, wobei jedoch den Cantonen, welche diese Waffengattungen zu stellen haben, die Lieferung der Pferde obliegt;
b. die Bildung der Instructoren für die übrigen Waffengattungen;
c. für alle Waffengattungen den höhern Militärunterricht, wozu er namentlich Militärschulen errichtet und Zusammenzüge von Truppen anordnet;
d. die Lieferung eines Theiles des Kriegsmaterials.

Die Centralisation des Militärunterrichts kann nöthigenfalls durch die Bundesgesetzgebung weiter entwickelt werden.

3) Der Bund überwacht den Militärunterricht der Infanterie und der Scharfschützen, sowie die Anschaffung, den Bau und Unterhalt des Kriegszeugs, welches die Cantone zum Bundesheere zu liefern haben.

4) Die Militärverordnungen der Cantone dürfen nichts enthalten, was der eidgenössischen Militärorganisation und den den Cantonen obliegenden bundesmässigen Verpflichtungen entgegen ist, und müssen zu diessfälliger Prüfung dem Bundesrathe vorgelegt werden.

5) Alle Truppenabtheilungen im eidgenössischen Dienste führen ausschliesslich die eidgenössische Fahne.

Art. 21. Dem Bunde steht das Recht zu, im Interesse der Eidgenossenschaft oder eines grossen Theiles derselben, auf Kosten der Eidgenossenschaft öffentliche Werke zu errichten oder die Errichtung derselben zu unterstützen.

Zu diesem Zwecke ist er auch befugt, gegen volle Entschädigung das Recht der Expropriation geltend zu machen. Die nähern Bestimmungen hierüber bleiben der Bundesgesetzgebung vorbehalten.

Die Bundesversammlung kann die Errichtung öffentlicher Werke untersagen, welche die militärischen Interessen der Eidgenossenschaft verletzen.

Art. 22. Der Bund ist befugt, eine Universität und eine polytechnische Schule zu errichten.

Art. 23. Das Zollwesen ist Sache des Bundes.

Art. 24. Dem Bunde steht das Recht zu, die von der Tagsatzung bewilligten oder anerkannten Land- und Wasserzölle, Weg- und Brücken-

gelder, verbindliche Kaufhaus- und andere Gebühren dieser Art, mögen dieselben von Cantonen, Gemeinden und Corporationen oder Privaten bezogen werden, gegen Entschädigung ganz oder theilweise aufzuheben. Diejenigen Zölle und Weggelder, welche auf dem Transit lasten, sollen jedenfalls im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft und zwar gleichzeitig eingelöst werden.

Die Eidgenossenschaft hat das Recht, an der schweizerischen Grenze Eingangs- Ausgangs- und Durchgangszölle zu erheben.

Sie ist berechtigt, gegenwärtig für das Zollwesen bestimmte Gebäulichkeiten an der schweizerischen Grenze gegen Entschädigung entweder als Eigenthum oder miethweise zur Benutzung zu übernehmen.

Art. 25. Bei Erhebung der Zölle sollen folgende Grundsätze beachtet werden:

1) Eingangsgebühren:

a. Die für die inländische Industrie erforderlichen Stoffe sind im Zolltarif möglichst gering zu taxiren.

b. Ebenso die zum nothwendigen Lebensbedarf erforderlichen Gegenstände.

c. Die Gegenstände des Luxus unterliegen der höchsten Taxe.

2) Durchgangsgebühren, und in der Regel auch die Ausgangsgebühren, sind möglichst mässig festzusetzen.

3) Durch die Zollgesetzgebung sind zur Sicherung des Grenz- und Marktverkehrs geeignete Bestimmungen zu treffen.

Dem Bunde bleibt immerhin das Recht vorbehalten, unter ausserordentlichen Umständen, in Abweichung von vorstehenden Bestimmungen, vorübergehend besondere Massnahmen zu treffen.

Art. 26. Der Ertrag der Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangszölle wird folgendermassen verwendet:

a) Jeder Canton erhält 4 Batzen auf den Kopf nach dem Massstab der Gesammtbevölkerung, welche nach der Volkszählung von 1838 berechnet wird.

b) Wenn ein Canton hierdurch für die nach Art. 24 aufgehobenen Gebühren nicht hinlänglich gedeckt wird, so hat er noch so viel zu beziehen, als erforderlich ist, um ihn für dieselben Gebühren nach dem Durchschnitt des Reinertrages der fünf Jahre 1842 bis und mit 1846 zu entschädigen.

c) Die Mehreinnahme fällt in die Bundeskasse.

Art. 27. Wenn Zölle, Weg- und Brückengelder für Tilgung eines Baucapitals oder eines Theiles desselben bewilligt worden sind, so hört der Bezug derselben oder die Entschädigung auf, sobald das Capital oder der betreffende Theil nebst Zinsen gedeckt ist.

Art. 28. Den in bereits abgeschlossenen Eisenbahnverträgen über Transitgebühren enthaltenen Verfügungen soll durch gegenwärtige Bestimmungen kein Abbruch geschehen. Dagegen tritt der Bund in die durch solche Verträge den Cantonen in Beziehung auf die Transitgebühren vorbehaltenen Rechte.

Art. 29. Für Lebensmittel, Vieh und Kaufmannswaaren, Landes- und Gewerbserzeugnisse jeder Art sind freier Kauf und Verkauf, freie Ein-, Aus- und Durchfuhr von einem Canton in den andern gewährleistet.

Vorbehalten sind

a) In Beziehung auf Kauf und Verkauf das Salz- und Pulverregal.

b) Polizeiliche Verfügungen der Cantone über die Ausübung von Handel und Gewerbe und über die Benutzung der Strassen.

c) Verfügungen gegen schädlichen Vorkauf.

d) Vorübergehende sanitätspolizeiliche Massregeln bei Seuchen.

Die in Litt. b und c bezeichneten Verfügungen müssen die Cantonsbürger und die Schweizerbürger anderer Cantone gleich behandeln. Sie sind dem Bundesrathe zur Prüfung vorzulegen und dürfen nicht vollzogen werden, ehe sie die Genehmigung desselben erhalten haben.

e) Die von der Tagsatzung bewilligten oder anerkannten Gebühren, welche der Bund nicht aufgehoben hat (Art. 24 und 31).

f) Die Consumogebühren auf Wein und andern geistigen Getränken, nach Vorschrift von Art. 32.

Art. 30. Der Bundesgesetzgebung bleibt vorbehalten, hinsichtlich der Abschaffung bestehender Vorrechte in Bezug auf Transport von Personen und Waaren jeder Art zwischen den Cantonen und im Innern derselben auf dem Wasser und auf dem Lande die nöthigen Verfügungen zu treffen, so weit die Eidgenossenschaft hiebei ein Interesse hat.

Art. 31. Der Bezug der im Art. 29 Litt. e bezeichneten Gebühren steht unter der Aufsicht des Bundesrathes. Sie dürfen nicht erhöht und der Bezug derselben darf ohne Genehmigung der Bundesversammlung, wenn er auf eine bestimmte Zeit beschränkt war, nicht verlängert werden.

Die Cantone dürfen weder Zölle, Weg- noch Brückengelder unter irgend welchem Namen neu einführen. Von der Bundesversammlung können jedoch auf bestimmte Zeit solche Gebühren bewilligt werden, um die Errichtung öffentlicher Werke zu unterstützen, welche im Sinne des Art. 21 von allgemeinem Interesse für den Verkehr sind und ohne solche Bewilligung nicht zu Stande kommen könnten.

Art. 32. Die Cantone sind befugt, ausser den nach Art. 29 Litt. e vorbehaltenen Berechtigungen, von Wein und andern geistigen Getränken Consumogebühren zu erheben, jedoch unter folgenden Beschränkungen:

a) Bei dem Bezug derselben soll der Transit in keiner Weise belästigt und der Verkehr überhaupt so wenig als möglich gehemmt und mit keinen andern Gebühren belegt werden.

b) Werden die für den Verbrauch eingeführten Gegenstände wieder aus dem Canton ausgeführt, so sind die bezahlten Consumogebühren ohne weitere Belästigung zurückzuerstatten.

c) Die Erzeugnisse schweizerischen Ursprungs sind mit niedrigern Gebühren zu belegen als diejenigen des Auslandes.

d) Consumogebühren auf Wein und andern geistigen Getränken schweizerischen Ursprungs dürfen da, wo solche schon bestehen, nicht erhöht, und in Cantonen, welche noch keine beziehen, nicht eingeführt werden.

e) Die Gesetze und Verordnungen der Cantone über den Bezug der Consumogebühren sind der Bundesbehörde vor Vollziehung derselben zur Gutheissung vorzulegen, damit die Nichtbeachtung vorstehender Grundsätze verhindert werden kann.

Art. 33. Das Postwesen im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft wird vom Bunde übernommen unter folgenden Vorschriften:

1) Die gegenwärtig bestehenden Postverbindungen dürfen im Ganzen ohne Zustimmung der betheiligten Cantone nicht vermindert werden.

2) Die Tarife werden im ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft nach den gleichen möglichst billigen Grundsätzen bestimmt.

3) Die Unverletzbarkeit des Postgeheimnisses ist gewährleistet.

4) Für Abtretung des Postregals leistet der Bund Entschädigung, und zwar nach folgenden nähern Bestimmungen:

a. Die Cantone erhalten jährlich die Durchschnittssumme des reinen Ertrages, den sie in den drei Jahren 1844, 1845 und 1846 vom Postwesen auf ihrem Cantonalgebiete bezogen haben.

Wenn jedoch der reine Ertrag, welchen der Bund vom Postwesen bezieht, für Bestreitung dieser Entschädigung nicht hinreicht, so wird den Cantonen das Mangelnde nach Verhältniss der festgesetzten Durchschnittssummen in Abzug gebracht.

b. Wenn ein Canton vom Postwesen unmittelbar noch gar nichts, oder in Folge eines mit einem andern Canton abgeschlossenen Pachtvertrags bedeutend weniger bezogen hat, als die Ausübung des Postregals auf seinem Gebiete demjenigen Canton, der dasselbe gepachtet hatte, erweislichermassen rein ertragen hat, so sollen solche Verhältnisse bei Ausmittlung der Entschädigungssumme billige Berücksichtigung finden.

c. Wo die Ausübung des Postregals an Privaten abgetreten worden ist, übernimmt der Bund die diessfällige Entschädigung.

d. Der Bund ist berechtigt und verpflichtet, das zum Postwesen gehörige Material, soweit dasselbe zum Gebrauche tauglich und erforderlich ist, gegen eine den Eigenthümern abzureichende billige Entschädigung zu übernehmen.

e. Die eidgenössische Verwaltung ist berechtigt, die gegenwärtig für das Postwesen bestimmten Gebäulichkeiten gegen Entschädigung entweder als Eigenthum oder aber nur miethweise zur Benutzung zu übernehmen.

Art. 34. Bei der Verwaltung des Zoll- und Postwesens sind die Angestellten grösstentheils aus den Einwohnern derjenigen Cantone zu wählen, für welche sie bestimmt sind.

Art. 35. Der Bund übt die Oberaufsicht über die Strassen und Brücken, an deren Erhaltung die Eidgenossenschaft ein Interesse hat.

Die nach Artikel 26 und 33 den Cantonen für Zölle und Posten zukommenden Summen werden von der Bundesbehörde zurückbehalten, wenn diese Strassen und Brücken von den betreffenden Cantonen, Corporationen oder Privaten nicht in gehörigem Zustand unterhalten werden.

Art. 36. Dem Bunde steht die Ausübung aller im Münzregale begriffenen Rechte zu.

Die Münzprägung durch die Cantone hört auf und geht einzig vom Bunde aus.

Es ist Sache der Bundesgesetzgebung, den Münzfuss festzusetzen, die vorhandenen Münzsorten zu tarifiren und die nähern Bestimmungen zu treffen, nach welchen die Cantone verpflichtet sind, von den von ihnen geprägten Münzen einschmelzen oder umprägen zu lassen.

Art. 37. Der Bund wird auf die Grundlagen des bestehenden eidgenössischen Concordates für die ganze Eidgenossenschaft gleiches Mass und Gewicht einführen.

Art. 38. Fabrication und Verkauf des Schiesspulvers im Umfange der Eidgenossenschaft stehen ausschliesslich dem Bunde zu.

Art. 39. Die Ausgaben des Bundes werden bestritten

a) aus den Zinsen der eidgenössischen Kriegsfonds;

b) aus dem Ertrag der schweizerischen Grenzzölle;

c) aus dem Ertrag der Postverwaltung;

d) aus dem Ertrag der Pulververwaltung;

e) aus Beiträgen der Cantone, welche jedoch nur in Folge von Beschlüssen der Bundesversammlung erhoben werden können.

Solche Beiträge sind von den Cantonen nach Verhältniss der Geldscala zu leisten, welche alle zwanzig Jahre einer Revision zu unterwerfen ist. Bei einer solchen Revision sollen theils die Bevölkerung, theils die Vermögens- und Erwerbsverhältnisse der Cantone zur Grundlage dienen.

Art. 40. Es soll jederzeit wenigstens der Betrag des doppelten Geldcontingentes für Bestreitung von Militärkosten bei eidgenössischen Aufgeboten baar in der Bundeskasse liegen.

Art. 41. Der Bund gewährleistet allen Schweizern, welche einer der christlichen Confessionen angehören, das Recht der freien Niederlassung im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft, nach folgenden nähern Bestimmungen:

1) Keinem Schweizer, der einer der christlichen Confessionen angehört, kann die Niederlassung in irgend einem Canton verweigert werden, wenn er folgende Ausweisschriften besitzt:

a. einen Heimathschein oder eine andere gleichbedeutende Ausweisschrift;

b. ein Zeugniss sittlicher Aufführung;

c. eine Bescheinigung, dass er in bürgerlichen Rechten und Ehren stehe; und wenn er auf Verlangen sich ausweisen kann, dass er durch Vermögen, Beruf oder Gewerbe sich und seine Familie zu ernähren im Stande sei.

Naturalisirte Schweizer müssen überdiess die Bescheinigung beibringen, dass sie wenigstens fünf Jahre lang im Besitze eines Cantonsbürgerrechtes sich befinden.

2) Der Niedergelassene darf von Seite des die Niederlassung gestattenden Cantons mit keiner Bürgschaft und mit keinen andern besondern Lasten behufs der Niederlassung belegt werden.

3) Ein Bundesgesetz wird die Dauer der Niederlassungsbewilligung, so wie das Maximum der zu Erlangung derselben an den Canton zu entrichtenden Kanzleigebühren bestimmen.

4) Der Niedergelassene geniesst alle Rechte der Bürger des Cantons, in welchem er sich niedergelassen hat, mit Ausnahme des Stimmrechts in Gemeindeangelegenheiten und des Mitantheiles an Gemeinde- und Corporationsgütern. Insbesondere wird ihm freie Gewerbsausübung und das Recht der Erwerbung und Veräusserung von Liegenschaften zugesichert, nach Massgabe der Gesetze und Verordnungen des Cantons, die in allen diesen Beziehungen den Niedergelassenen dem eigenen Bürger gleich halten sollen.

5) Den Niedergelassenen anderer Cantone können von Seite der Gemeinden keine grössern Leistungen an Gemeindelasten auferlegt werden, als den Niedergelassenen des eigenen Cantons.

6) Der Niedergelassene kann aus dem Canton, in welchem er niedergelassen ist, weggewiesen werden

a. durch gerichtliches Strafurtheil;
b. durch Verfügung der Polizeibehörden, wenn er die bürgerlichen Rechte und Ehren verloren hat, oder sich eines unsittlichen Lebenswandels schuldig macht, oder durch Verarmung zur Last fällt, oder schon oft wegen Uebertretung polizeilicher Vorschriften bestraft werden musste.

Art. 42. Jeder Cantonsbürger ist Schweizerbürger. Als solcher kann er in eidgenössischen und cantonalen Angelegenheiten die politischen Rechte in jedem Canton ausüben, in welchem er niedergelassen ist. Er kann aber diese Rechte nur unter den nämlichen Bedingungen ausüben, wie die Bürger des Cantons und in Beziehung auf die cantonalen Angelegenheiten erst nach einem längern Aufenthalte, dessen Dauer durch die Cantonalgesetzgebung bestimmt wird, jedoch nicht über zwei Jahre ausgedehnt werden darf.

Niemand darf in mehr als einem Canton politische Rechte ausüben.

Art. 43. Kein Canton darf einen Bürger des Bürgerrechtes verlustig erklären.

Ausländern darf kein Canton das Bürgerrecht ertheilen, wenn sie nicht aus dem frühern Staatsverband entlassen werden.

Art. 44. Die freie Ausübung des Gottesdienstes ist den anerkannten christlichen Confessionen im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft gewährleistet.

Den Cantonen, sowie dem Bunde, bleibt vorbehalten, für Handhabung der öffentlichen Ordnung und des Friedens unter den Confessionen die geeigneten Massnahmen zu treffen.

Art. 45. Die Pressfreiheit ist gewährleistet.

Ueber den Missbrauch derselben trifft die Cantonalgesetzgebung die erforderlichen Bestimmungen, welche jedoch der Genehmigung des Bundesrathes bedürfen.

Dem Bunde steht das Recht zu, Strafbestimmungen gegen den Missbrauch der Presse zu erlassen, der gegen die Eidgenossenschaft und ihre Behörden gerichtet ist.

Art. 46. Die Bürger haben das Recht, Vereine zu bilden, sofern solche weder in ihrem Zweck noch in den dafür bestimmten Mitteln rechtswidrig oder staatsgefährlich sind. Ueber den Missbrauch dieses Rechtes trifft die Cantonalgesetzgebung die erforderlichen Bestimmungen.

Art. 47. Das Petitionsrecht ist gewährleistet.

Art. 48. Sämmtliche Cantone sind verpflichtet, alle Schweizerbürger christlicher Confession in der Gesetzgebung sowohl als im gerichtlichen Verfahren den Bürgern des eigenen Cantons gleich zu halten.

Art. 49. Die rechtskräftigen Civilurtheile, die in einem Canton gefällt sind, sollen in der ganzen Schweiz vollzogen werden können.

Art. 50. Der aufrechtstehende schweizerische Schuldner, welcher einen festen Wohnsitz hat, muss für persönliche Ansprachen vor dem Richter seines Wohnortes gesucht, und es darf daher für Forderungen auf das Vermögen eines solchen ausser dem Canton, in welchem er wohnt, kein Arrest gelegt werden.

Art. 51. Alle Abzugsrechte im Innern der Schweiz, sowie die Zugrechte von Bürgern des einen Cantons gegen Bürger anderer Cantone sind abgeschafft.

Art. 52. Gegen die auswärtigen Staaten besteht Freizügigkeit, unter Vorbehalt des Gegenrechtes.

Art. 53. Niemand darf seinem verfassungsmässigen Gerichtsstand entzogen, und es dürfen daher keine Ausnahmsgerichte eingeführt werden.

Art. 54. Wegen politischer Vergehen darf kein Todesurtheil gefällt werden.

Art. 55. Ein Bundesgesetz wird über die Auslieferung der Angeklagten von einem Canton an den andern Bestimmungen treffen; die Auslieferung kann jedoch für politische Vergehen und für Pressvergehen nicht verbindlich gemacht werden.

Art. 56. Die Ausmittlung von Bürgerrechten für Heimathlose und die Massregeln zur Verhinderung der Entstehung neuer Heimathlosen sind Gegenstand der Bundesgesetzgebung.

Art. 57. Dem Bunde steht das Recht zu, Fremde, welche die innere oder äussere Sicherheit der Eidgenossenschaft gefährden, aus dem schweizerischen Gebiete wegzuweisen.

Art. 58. Der Orden der Jesuiten und die ihm affiliirten Gesellschaften dürfen in keinem Theile der Schweiz Aufnahme finden.

Art 59. Die Bundesbehörden sind befugt, bei gemeingefährlichen Seuchen gesundheitspolizeiliche Verfügungen zu erlassen.

Zweiter Abschnitt.

Bundesbehörden.

I. Bundesversammlung.

Art. 60. Die oberste Gewalt des Bundes wird durch die Bundesversammlung ausgeübt, welche aus zwei Abtheilungen besteht:

A. aus dem Nationalrath,

B. aus dem Ständerath.

A. Nationalrath.

Art. 61. Der Nationalrath wird aus Abgeordneten des schweizerischen Volkes gebildet. Auf je 20,000 Seelen der Gesammtbevölkerung wird ein Mitglied gewählt.

Eine Bruchzahl über 10,000 Seelen wird für 20,000 Seelen berechnet.

Jeder Canton und bei getheilten Cantonen jeder der beiden Landestheile hat wenigstens ein Mitglied zu wählen.

Art. 62. Die Wahlen für den Nationalrath sind directe. Sie finden in eidgenössischen Wahlkreisen statt, welche jedoch nicht aus Theilen verschiedener Cantone gebildet werden können.

Art. 63. Stimmberechtigt ist jeder Schweizer, der das zwanzigste Altersjahr zurückgelegt hat und im Uebrigen nach der Gesetzgebung des Cantons, in welchem er seinen Wohnsitz hat, nicht vom Activbürgerrecht ausgeschlossen ist.

Art. 64. Wahlfähig als Mitglied des Nationalrathes ist jeder stimmberechtigte Schweizerbürger weltlichen Standes.

Naturalisirte Schweizerbürger müssen seit wenigstens fünf Jahren das erworbene Bürgerrecht besitzen, um wahlfähig zu sein.

Art. 65. Der Nationalrath wird auf die Dauer von drei Jahren gewählt, und es findet jeweilen Gesammterneuerung statt.

Art. 66. Die Mitglieder des Ständerathes, des Bundesrathes und von letzterem gewählte Beamte können nicht zugleich Mitglieder des Nationalrathes sein.

Art. 67. Der Nationalrath wählt aus seiner Mitte für jede ordentliche oder ausserordentliche Sitzung einen Präsidenten und Vicepräsidenten.

Dasjenige Mitglied, welches während einer ordentlichen Sitzung die Stelle eines Präsidenten bekleidete, ist für die nächstfolgende ordentliche Sitzung weder als Präsident, noch als Vicepräsident wählbar. Das gleiche Mitglied kann nicht während zwei unmittelbar auf einander folgenden ordentlichen Sitzungen Vicepräsident sein.

Der Präsident hat bei gleich getheilten Stimmen zu entscheiden; bei Wahlen übt er das Stimmrecht aus, wie jedes Mitglied.

Art. 68. Die Mitglieder des Nationalrathes werden aus der Bundeskasse entschädigt.

B. Ständerath.

Art. 69. Der Ständerath besteht aus 44 Abgeordneten der Cantone. Jeder Canton wählt zwei Abgeordnete; in den getheilten Cantonen jeder Landestheil einen Abgeordneten.

Art. 70. Die Mitglieder des Nationalrathes und des Bundesrathes können nicht zugleich Mitglieder des Ständerathes sein.

Art. 71. Der Ständerath wählt für jede ordentliche oder ausserordentliche Sitzung aus seiner Mitte einen Präsidenten und Vicepräsidenten.

Aus den Gesandten desjenigen Cantons, aus welchen für eine ordentliche Sitzung der Präsident gewählt worden ist, kann für die nächstfolgende ordentliche Sitzung weder der Präsident, noch der Vicepräsident gewählt werden.

Gesandte des gleichen Cantons können nicht während zwei unmittelbar auf einander folgenden ordentlichen Sitzungen die Stelle eines Vicepräsidenten bekleiden.

Der Präsident hat bei gleichgetheilten Stimmen zu entscheiden; bei Wahlen übt er das Stimmrecht aus wie jedes Mitglied.

Art. 72. Die Mitglieder des Ständerathes werden von den Cantonen entschädigt.

C. Befugnisse der Bundesversammlung.

Art. 73. Der Nationalrath und der Ständerath haben alle Gegenstände zu behandeln, welche nach Inhalt der gegenwärtigen Verfassung in die Competenz des Bundes gehören, und nicht einer andern Bundesbehörde zugeschieden sind.

Art. 74. Die Gegenstände, welche in den Geschäftskreis beider Räthe fallen, sind insbesondere folgende:

1) Gesetze und Beschlüsse zur Ausführung der Bundesverfassung, wie namentlich Gesetze über Bildung der Wahlkreise, über Wahlart, über Organisation und Geschäftsgang der Bundesbehörden und Bildung der Schwurgerichte.

2) Besoldung und Entschädigung der Mitglieder der Bundesbehörden und der Bundeskanzlei; Errichtung bleibender Beamtungen und Bestimmung ihrer Gehalte.

3) Wahl des Bundesrathes, des Bundesgerichtes, des Kanzlers, des Generals, des Chefs des Stabes und eidgenössischer Repräsentanten.

4) Anerkennung auswärtiger Staaten und Regierungen.

5) Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, sowie die Gutheissung von Verträgen der Cantone unter sich oder mit dem Auslande. Solche Verträge der Cantone gelangen jedoch nur dann an die Bundesversammlung, wenn vom Bundesrath oder einem andern Canton Einsprache erhoben wird.

6) Massregeln für die äussere Sicherheit, für Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz, Kriegserklärungen und Friedensschlüsse.

7) Garantie der Verfassungen und des Gebietes der Cantone; Inter-

vention in Folge der Garantie; Massregeln für die innere Sicherheit, für Handhabung von Ruhe und Ordnung; Amnestie und Begnadigung.

8) Massregeln, welche die Handhabung der Bundesverfassung, die Garantie der Cantonalverfassungen, die Erfüllung der bundesmässigen Verpflichtungen und den Schutz der durch den Bund gewährleisteten Rechte zum Zwecke haben.

9) Gesetzliche Bestimmungen über Organisation des eidgenössischen Militärwesens, über Unterricht der Truppen und über Leistungen der Cantone; Verfügungen über das Bundesheer.

10) Festsetzung der eidgenössischen Mannschafts- und Geldscala; gesetzliche Bestimmungen über Verwaltung und Verwendung der eidgenössischen Kriegsfonds; Erhebung directer Beiträge der Cantone; Anleihen; Voranschlag und Rechnungen.

11) Gesetze und Beschlüsse über Zölle, Postwesen, Münzen, Mass und Gewicht, Fabrikation und Verkauf von Schiesspulver, Waffen und Munition.

12) Errichtung öffentlicher Anstalten und Werke und hierauf bezügliche Expropriationen.

13) Gesetzliche Verfügungen über Niederlassungsverhältnisse, über Heimathlose, Fremdenpolizei und Sanitätswesen.

14) Die Oberaufsicht über die eidgenössische Verwaltung und Rechtspflege.

15) Beschwerden von Cantonen oder Bürgern über Verfügungen des Bundesrathes.

16) Streitigkeiten unter den Cantonen, welche staatsrechtlicher Natur sind.

17) Competenzstreitigkeiten insbesondere darüber,

a. ob ein Gegenstand in den Bereich des Bundes oder der Cantonalsouveränetät gehöre;

b. ob eine Frage in die Competenz des Bundesrathes oder des Bundesgerichtes falle.

18) Revision der Bundesverfassung.

Art. 75. Die beiden Räthe versammeln sich jährlich ein Mal zur ordentlichen Sitzung an einem durch das Reglement festzusetzenden Tage.

Sie werden ausserordentlich einberufen durch Beschluss des Bundesrathes, oder wenn ein Viertheil der Mitglieder des Nationalrathes oder fünf Cantone es verlangen.

Art. 76. Um gültig verhandeln zu können, ist die Anwesenheit der absoluten Mehrheit der Mitglieder des betreffenden Rathes erforderlich.

Art. 77. Im Nationalrath und im Ständerath entscheidet die Mehrheit der Stimmenden.

Art. 78. Für Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse ist die Zustimmung beider Räthe erforderlich.

Art. 79. Die Mitglieder beider Räthe stimmen ohne Instructionen.

Art. 80. Jeder Rath verhandelt abgesondert. Bei Wahlen (Art. 74, Nr. 3), bei Ausübung des Begnadigungsrechtes und für Entscheidung von

Competenzstreitigkeiten vereinigen sich jedoch beide Räthe unter der Leitung des Präsidenten des Nationalrathes zu einer gemeinschaftlichen Verhandlung, so dass die absolute Mehrheit der stimmenden Mitglieder beider Räthe entscheidet.

Art. 81. Jedem der beiden Räthe und jedem Mitglied derselben steht das Vorschlagsrecht (die Initiative) zu.

Das gleiche Recht können die Cantone durch Correspondenz ausüben.

Art. 82. Die Sitzungen der beiden Räthe sind in der Regel öffentlich.

II. Bundesrath.

Art. 83. Die oberste vollziehende und leitende Behörde der Eidgenossenschaft ist ein Bundesrath, welcher aus sieben Mitgliedern besteht.

Art. 84. Die Mitglieder des Bundesrathes werden von der Bundesversammlung aus allen Schweizerbürgern, welche als Mitglieder des Nationalrathes wählbar sind, auf die Dauer von drei Jahren ernannt. Es darf jedoch nicht mehr als ein Mitglied aus dem nämlichen Canton gewählt werden.

Nach jeder Gesammterneuerung des Nationalrathes findet auch eine Gesammterneuerung des Bundesrathes statt.

Die in der Zwischenzeit ledig gewordenen Stellen werden bei der nächstfolgenden Sitzung der Bundesversammlung für den Rest der Amtsdauer wieder besetzt.

Art. 85. Die Mitglieder des Bundesrathes dürfen keine andere Beamtung, sei es im Dienste der Eidgenossenschaft, sei es in einem Cantone, bekleiden, noch irgend einen andern Beruf oder Gewerbe treiben.

Art. 86. Den Vorsitz im Bundesrath führt der Bundespräsident, welcher, sowie auch der Vicepräsident, von den vereinigten Räthen aus den Mitgliedern desselben für die Dauer eines Jahres gewählt wird.

Der abtretende Präsident ist für das nächstfolgende Jahr weder als Präsident, noch als Vicepräsident wählbar. Das gleiche Mitglied kann nicht während zwei unmittelbar auf einander folgenden Jahren die Stelle eines Vicepräsidenten bekleiden.

Art. 87. Der Bundespräsident und die übrigen Mitglieder des Bundesrathes beziehen einen jährlichen Gehalt aus der Bundeskasse.

Art. 88. Um gültig verhandeln zu können, müssen wenigstens vier Mitglieder des Bundesrathes anwesend sein.

Art. 89. Die Mitglieder des Bundesrathes haben bei den Verhandlungen der beiden Abtheilungen der Bundesversammlung berathende Stimme und auch das Recht, über einen in Berathung liegenden Gegenstand Anträge zu stellen.

Art. 90. Der Bundesrath hat inner der Schranken der gegenwärtigen Verfassung vorzüglich folgende Befugnisse und Obliegenheiten:

1) Er leitet die eidgenössischen Angelegenheiten, gemäss der Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse.

2) Er hat für Beobachtung der Verfassung, der Gesetze und Beschlüsse des Bundes, sowie der Vorschriften eidgenössischer Concordate zu wachen; er trifft zu Handhabung derselben von sich aus oder auf eingegangene Beschwerde die erforderlichen Verfügungen.

3) Er wacht für die Garantie der Cantonalverfassungen.

4) Er schlägt der Bundesversammlung Gesetze und Beschlüsse vor und begutachtet die Anträge, welche von den Räthen des Bundes oder von den Cantonen an ihn gelangen.

5) Er vollzieht die Bundesgesetze und die Bundesbeschlüsse, die Urtheile des Bundesgerichtes, sowie die Vergleiche oder schiedsrichterlichen Sprüche über Streitigkeiten zwischen Cantonen.

6) Er hat diejenigen Wahlen zu treffen, welche nicht durch die Verfassung der Bundesversammlung und dem Bundesgericht oder durch die Gesetzgebung einer andern untergeordneten Behörde übertragen werden.

Er ernennt Commissarien für Sendungen im Innern oder nach Aussen.

7) Er prüft die Verträge der Cantone unter sich oder mit dem Auslande und genehmigt dieselben, sofern sie zulässig sind. (Art. 74, Nr. 5.)

8) Er wahrt die Interessen der Eidgenossenschaft nach Aussen, wie namentlich ihre völkerrechtlichen Beziehungen, und besorgt die auswärtigen Angelegenheiten überhaupt.

9) Er wacht für die äussere Sicherheit, für die Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz.

10) Er sorgt für die innere Sicherheit der Eidgenossenschaft, für Handhabung von Ruhe und Ordnung.

11) In Fällen von Dringlichkeit ist der Bundesrath befugt, sofern die Räthe nicht versammelt sind, die erforderliche Truppenzahl aufzubieten und über solche zu verfügen, unter Vorbehalt unverzüglicher Einberufung der Bundesversammlung, sofern die aufgebotenen Truppen zweitausend Mann übersteigen oder das Aufgebot länger als drei Wochen dauert.

12) Er besorgt das eidgenössische Militärwesen und alle Zweige der Verwaltung, welche dem Bunde angehören.

13) Er prüft die Gesetze und Verordnungen der Cantone, welche seiner Genehmigung bedürfen; er überwacht diejenigen Zweige der Cantonalverwaltung, welche durch den Bund seiner Aufsicht unterstellt sind, wie das Militärwesen, Zölle, Strassen und Brücken.

14) Er sorgt für die Verwaltung der Finanzen des Bundes, für die Entwerfung des Voranschlages und die Stellung der Rechnungen über die Einnahmen und Ausgaben des Bundes.

15) Er hat die Aufsicht über die Geschäftsführung aller Beamten und Angestellten der eidgenössischen Verwaltung.

16) Er erstattet der Bundesversammlung jeweilen bei ihrer ordentlichen Sitzung Rechenschaft über seine Verrichtungen, sowie Bericht über den Zustand der Eidgenossenschaft im Innern sowohl als nach Aussen, und wird

ihrer Aufmerksamkeit diejenigen Massregeln empfehlen, welche er zur Beförderung gemeinsamer Wohlfahrt für dienlich erachtet.

Er hat auch besondere Berichte zu erstatten, wenn die Bundesversammlung oder eine Abtheilung derselben es verlangt.

Art. 91. Die Geschäfte des Bundesrathes werden nach Departementen unter die einzelnen Mitglieder vertheilt. Diese Eintheilung hat aber einzig zum Zweck, die Prüfung und Besorgung der Geschäfte zu fördern; der jeweilige Entscheid geht von dem Bundesrathe als Behörde aus.

Art. 92. Der Bundesrath und seine Departemente sind befugt, für besondere Geschäfte Sachkundige beizuziehen.

III. Bundeskanzlei.

Art. 93. Eine Bundeskanzlei, welcher ein Kanzler vorsteht, besorgt die Kanzleigeschäfte bei der Bundesversammlung und bei'm Bundesrath.

Der Kanzler wird von der Bundesversammlung auf die Dauer von drei Jahren jeweilen gleichzeitig mit dem Bundesrath gewählt.

Die Bundeskanzlei steht unter der besondern Aufsicht des Bundesrathes.

Die nähere Organisation der Bundeskanzlei bleibt der Bundesgesetzgebung vorbehalten.

IV. Bundesgericht.

Art. 94. Zur Ausübung der Rechtspflege, so weit dieselbe in den Bereich des Bundes fällt, wird ein Bundesgericht aufgestellt.

Für Beurtheilung von Straffällen werden Schwurgerichte (Jury) gebildet.

Art. 95. Das Bundesgericht besteht aus eilf Mitgliedern nebst Ersatzmännern, deren Anzahl durch die Bundesgesetzgebung bestimmt wird.

Art 96. Die Mitglieder des Bundesgerichtes und die Ersatzmänner werden von der Bundesversammlung gewählt. Ihre Amtsdauer ist drei Jahre. Nach der Gesammterneuerung des Nationalrathes findet auch eine Gesammterneuerung des Bundesgerichtes statt.

Die in der Zwischenzeit ledig gewordenen Stellen werden bei der nächstfolgenden Sitzung der Bundesversammlung für den Rest der Amtsdauer wieder besetzt.

Art. 97. In das Bundesgericht kann jeder Schweizerbürger ernannt werden, der in den Nationalrath wählbar ist.

Die Mitglieder des Bundesrathes und die von ihm gewählten Beamten können nicht zugleich Mitglieder des Bundesgerichtes sein.

Art. 98. Der Präsident und der Vicepräsident des Bundesgerichtes werden von der Bundesversammlung aus den Mitgliedern desselben jeweilen auf ein Jahr gewählt.

Art. 99. Die Mitglieder des Bundesgerichtes werden aus der Bundeskasse durch Taggelder entschädigt.

Art. 100. Das Bundesgericht bestellt seine Kanzlei.

Art. 101. Das Bundesgericht urtheilt als Civilgericht

1) über Streitigkeiten, welche nicht staatsrechtlicher Natur sind,

a. zwischen Cantonen unter sich;

b. zwischen dem Bund und einem Canton;

2) über Streitigkeiten zwischen dem Bund einerseits und Corporationen oder Privaten andererseits, wenn diese Corporationen oder Privaten Kläger sind und der Streitgegenstand von einem beträchtlichen durch die Bundesgesetzgebung zu bestimmenden Werthe ist;

3) über Streitigkeiten in Bezug auf Heimathlosigkeit.

In den unter Nr. 1, Litt. a. und b. bezeichneten Fällen geschieht die Ueberweisung an das Bundesgericht durch den Bundesrath. Wenn dieser die Frage, ob ein Gegenstand vor das Bundesgericht gehöre, verneinend beantwortet, so entscheidet hierüber die Bundesversammlung.

Art. 102. Das Bundesgericht ist verpflichtet, auch die Beurtheilung anderer Fälle zu übernehmen, wenn dasselbe von beiden Parteien angerufen wird und der Streitgegenstand von einem beträchtlichen, durch die Bundesgesetzgebung festzusetzenden Werthe ist. Dabei fallen jedoch die Kosten ausschliesslich auf Rechnung der Parteien.

Art. 103. Die Mitwirkung des Bundesgerichtes bei Beurtheilung von Straffällen wird durch die Bundesgesetzgebung bestimmt, welche über Versetzung in Anklagezustand, über Bildung des Assisen- und Cassationsgerichts das Nähere festsetzen wird.

Art. 104. Das Assisengericht, mit Zuziehung von Geschwornen, welche über die Thatfrage absprechen, urtheilt

a) in Fällen, wo von einer Bundesbehörde die von ihr ernannten Beamten zur strafrechtlichen Beurtheilung überwiesen werden;

b) über Fälle von Hochverrath gegen die Eidgenossenschaft, von Aufruhr und Gewaltthat gegen die Bundesbehörden;

c) über Verbrechen und Vergehen gegen das Völkerrecht;

d) über politische Verbrechen und Vergehen, die Ursache oder Folge derjenigen Unruhen sind, durch welche eine bewaffnete eidgenössische Intervention veranlasst worden ist.

Der Bundesversammlung steht das Recht zu, hinsichtlich solcher Verbrechen und Vergehen Amnestie oder Begnadigung auszusprechen.

Art. 105. Das Bundesgericht urtheilt im Fernern über Verletzung der durch die Bundesverfassung garantirten Rechte, wenn hierauf bezügliche Klagen von der Bundesversammlung an dasselbe gewiesen werden.

Art. 106. Es bleibt der Bundesgesetzgebung überlassen, ausser den in den Art. 101, 104 und 105 bezeichneten Gegenständen auch noch andere Fälle in die Competenz des Bundesgerichtes zu legen.

Art. 107. Die Bundesgesetzgebung wird das Nähere bestimmen

a) über Aufstellung eines Staatsanwaltes;

b) über die Verbrechen und Vergehen, welche in die Competenz des Bundesgerichtes fallen und über die Strafgesetze, welche anzuwenden sind;

c) über das Verfahren, welches mündlich und öffentlich sein soll;
d) über die Gerichtskosten.

V. Verschiedene Bestimmungen.

Art. 108. Alles, was sich auf den Sitz der Bundesbehörden bezieht, ist Gegenstand der Bundesgesetzgebung.

Art. 109. Die drei Hauptsprachen der Schweiz, die deutsche, französische und italienische, sind Nationalsprachen des Bundes.

Art. 110. Die Beamten der Eidgenossenschaft sind für ihre Geschäftsführung verantwortlich. Ein Bundesgesetz wird diese Verantwortlichkeit näher bestimmen.

Dritter Abschnitt.

Revision der Bundesverfassung.

Art. 111. Die Bundesverfassung kann jederzeit revidirt werden.

Art. 112. Die Revision geschieht auf dem Wege der Bundesgesetzgebung.

Art. 113. Wenn eine Abtheilung der Bundesversammlung die Revision beschliesst und die andere nicht zustimmt, oder wenn fünfzigtausend stimmberechtigte Schweizerbürger die Revision der Bundesverfassung verlangen, so muss im einen wie im andern Falle die Frage, ob eine Revision statt finden soll oder nicht, dem schweizerischen Volke zur Abstimmung vorgelegt werden.

Sofern in einem dieser Fälle die Mehrheit der stimmenden Schweizerbürger über die Frage sich bejahend ausspricht, so sind beide Räthe neu zu wählen, um die Revision zur Hand zu nehmen.

Art. 114. Die revidirte Bundesverfassung tritt in Kraft, wenn sie von der Mehrheit der stimmenden Schweizerbürger und von der Mehrheit der Cantone angenommen ist.

Neufchatel.

Das Schloß Neufchatel, um welches ſich nach und nach eine Stadt bildete, iſt im neunten Jahrhundert erbaut und gehörte urſprünglich zum burgundiſchen Reich. Das Königreich Burgund kam nach dem Tode des letzten burgundiſchen Königs Rudolfs III. 1032 durch Erbſchaft an den deutſchen Kaiſer Konrad II., der mit Giſela von Schwaben, einer Nichte des burgundiſchen Königs Rudolf's III., vermählt war. Auf dieſe Weiſe kam das Königreich Burgund, aus welchem jetzt das ſogenannte Rectorat von Burgund wurde, und mit Burgund auch Neufchatel, unter die Lehensherrſchaft des deutſchen Kaiſers. Ein Herr von Neufchatel, Ulrich III., Landgraf auf dem linken Ufer der Aar, begleitete den Herzog Berthold IV. von Zähringen (die drei letzten Rectoren von Burgund waren Herzoge von Zähringen) zum kaiſerlichen Heere nach Italien, erwarb ſich dort die Gunſt des Kaiſers Friedrich I. und wurde von demſelben mit dem Sct. Immerthal, mit dem Teſſenberg, Landeron und der Kaſtvogtei über Biel belehnt. Ihre erſten Freiheiten erhielt die Stadt Neufchatel 1214. Der Graf Ulrich von Aarberg nämlich gab als Vormund ſeines unmündigen Neffen Berthold, Herren von Neufchatel, der Bürgerſchaft in dieſem Jahre in einer von ihm und ſeinem Mündel unterzeichneten Urkunde die nämlichen Freiheiten, welche Kaiſer Friedrich der Stadt Beſançon ertheilt hatte. Zugleich beſtimmte er, daß der Biſchof und das Domcapitel von Lauſanne und das Chorherrenſtift zu Neufchatel die beſtändigen Beſchützer dieſer Freiheiten und die Schiedsrichter in allen Streitigkeiten ſein ſollten, welche ſich in Zukunft etwa zwiſchen der Bürgerſchaft und den Herren von Neufchatel erheben würden.*) Mit dem Ausſterben des Zähringer Hauſes 1218 erloſch auch das Rectorat von Burgund und die dortigen Dynaſten erhielten bei dem Sinken des hohenſtaufiſchen Hauſes und unter dem deutſchen Interregnum eine gewiſſe Unabhängigkeit von der deutſchen Lehnbarkeit. In den erſten Anfang dieſer Periode fällt ein an ſich unbedeutendes Ereigniß, welches aber den

*) Die Urkunde findet ſich bei Montmollin Memoires sur le Comté de Neuchâtel tom. II. p. 271.

äußersten geschichtlichen Punkt bildet, auf den Preußen 500 Jahre später seine Ansprüche auf Neufchatel zurückführte. Der genannte Vormund des jungen Berthold vertauschte nämlich im Jahr 1218 einen Theil des neufchateler Gebiets an den Baron Gerard von Granson, gegen das Val Travers. Dieses Val Travers war aber an die Grafen von Chalons lehnspflichtig und die Herren von Neufchatel wurden daher für diesen Theil Lehensunterthanen der Grafen von Chalons. In der Folge nahmen die Herren von Neufchatel in mehreren Fehden Partei gegen den Grafen Rudolf von Habsburg, namentlich unterstützten sie den Bischof von Basel, aus dem Hause Neufchatel, gegen den Grafen Rudolf. Als nun Rudolf 1273 deutscher Kaiser geworden war, glaubten sie Ursache zu haben, den gegen sie aufgebrachten Kaiser versöhnlich zu stimmen; namentlich schien dies nothwendig, als Amadeus von Neufchatel, dessen Vater dem Bischof von Basel gegen Rudolf beigestanden war, starb und nur einen fünfjährigen Sohn Rolin hinterließ. Die Oheime und Vormünder dieses jungen Rolin, von denen der eine Probst, der andere Chorherr des Stiftes zu Neufchatel war, beschlossen daher, um die Gunst des Kaisers ein für alle Mal zu gewinnen, da sie wußten, daß Kaiser Rudolf's Schwager, Graf Johann von Chalons, der bisher nur über das Val Travers Lehensherr der Neuenburger gewesen war, schon lange gerne seine Lehensherrschaft über das ganze neufchateler Besitzthum ausgedehnt hätte, die Lehensherrschaft über das ganze neufchateler Gebiet in die Hände des Kaisers zurückzulegen, damit dieser den Grafen von Chalons damit belehne, letzterer aber das Gebiet wieder dem jungen Rolin von Neufchatel als Afterlehen übertrage. So geschah dies auch im Jahr 1288. Am 12. Sept. 1288 wurden über diese doppelte Belehnung zwei Urkunden ausgestellt, die eine aus dem Lager des Kaisers bei Bern, die andere durch den Bischof von Lausanne.*) Die zweite Urkunde, welche das Afterlehensverhältniß Rolin's betrifft, läßt den Fall, wie es gehalten werden solle, wenn der neufchateler Mannsstamm aussterbe, unberührt. Rolin schloß 1290 ein Bürgerrecht mit Freiburg, 1307 ein solches mit Bern, und im Vertrauen auf den Beistand dieser beiden Städte stellte er an den Grafen von Chalons das Verlangen, es möge in die Urkunde, welche er 1311 auszustellen hatte, der Punkt aufgenommen werden, daß in Bezug auf sein Lehen nicht das salische, sondern das burgundische Recht, nach welchem bei dem Erlöschen des Mannsstammes auch die Töchter erbfähig waren, in Neufchatel Geltung haben solle. Der Graf von Chalons ging auf diese Bedingung ein**). Rolin's Sohn Ludwig (gest. 1373) hinterließ keinen Sohn, sondern nur zwei Töchter; die Erbschaft fiel also der älteren, Isabella, zu, die an den Grafen Rudolf von Nidau verheirathet war. Da sie keine Kinder hatte (sie starb 1395), so vermachte sie die Herrschaft Neufchatel an Konrad,

*) Sie finden sich bei Guinand Fragmens Neuchâtelois p. 63.

**) Die Urkunde bei Guinand Fragmens Neuchât. p. 50.

den Sohn ihrer jüngeren Stiefschwester Varene, die mit dem Grafen Egon von Freiburg im Breisgau verheirathet war (Varene starb 1393, zwei Jahre vor der älteren Schwester). Auf diese Weise kam Neufchatel an den Grafen Konrad von Freiburg. Der Graf Johann IV. von Chalons wollte zwar dieses Vermächtniß nicht anerkennen und das Lehen als heimgefallen einziehen; allein Konrad von Freiburg schloß am 23. April 1406, und ebenso die Gemeinde von Neufchatel an demselben Tage, mit Bern ein ewiges Bürgerrecht, demgemäß Bern auch Schiedsrichterin bei Streitigkeiten zwischen den Herren von Neufchatel und der Gemeinde sein sollte, und in Folge dieses Bündnisses trat der Graf Johann von Chalons von seinen Ansprüchen zurück, verheirathete auch später seine Tochter Maria an Konrad's von Freiburg Sohn und Nachfolger Johann. Dieser Graf Johann von Freiburg hinterließ keine Kinder und vermachte die Herrschaft Neufchatel an den Enkel einer Schwester seines Vaters, die mit einem Markgrafen von Baden-Hochberg verheirathet war. Als dieser Enkel Rudolf, Markgraf von Hochberg, von der Erbschaft Besitz nehmen wollte, protestirte das Haus Chalons und wollte diese Erbfolge nach weiblicher Seite in aufsteigender Linie nicht anerkennen; allein der Graf von Hochberg beeilte sich, die Bürgerrechte seiner Vorgänger mit Bern und Solothurn zu erneuern und das Haus Chalons konnte weder jetzt noch später, wo es in den Kriegen des Herzogs Karl, des Kühnen, von Burgund mit den Schweizern auf Seiten des Herzogs stand, Neufchatel gegen den mit den Schweizern verbundenen Grafen von Hochberg behaupten. Auch der Erzbischof von Besançon, welcher von Johann von Freiburg zum Vollzieher bestimmt worden war, verlangte, daß das Haus Chalons von seinen Ansprüchen abstehe. Die Familie Chalons beschwerte sich darüber beim Pabste; dieser aber gab (1459) dem Erzbischof Recht. Eine Appellation des Hauses Chalons an den Kaiser Friedrich III., als obersten Lehenherrn, blieb bei der damaligen bedrängten Lage des Kaisers ohne Entschließung. Rudolf's v. Hochberg Sohn und Nachfolger Philipp erneuerte 1486 die Bürgerrechte mit Bern und Solothurn, und diese Städte unterstützten den Grafen Philipp sodann auch gegen Kaiser Maximilian, der nach einem Ausspruch des Reichskammergerichtes Neufchatel als verfallenes deutsches Reichslehen einziehen wollte. Bei dem Tode des Grafen Philipp von Hochberg, der von 1484 bis 1503 regiert hatte und nur eine einzige Tochter, Johanna, hinterließ, erhob das Haus Chalons seine Ansprüche von Neuem. Allein diese Johanna verheirathete sich 1504 mit Ludwig von Orleans, Herzog von Longueville, der sich des Beistandes des französischen Königs erfreute, und das Haus Chalons konnte seine Ansprüche abermals nicht zur Geltung bringen. In dem Kriege des französischen Königs Ludwig XII. mit Kaiser Maximilian ließ Ludwig von Orleans neufchateler Soldtruppen zur französischen Armee gehen. Vergeblich warnten ihn die Schweizer, die seit dem Reichstag zu Constanz auf kaiserliche Seite getreten waren, den Kaiser nicht weiter

, zu beleidigen; als er gleichwohl die Neutralität Neufchatel's nicht aufrecht erhielt, erschienen 1512 Abgeordnete der vier verburgrechteten Städte Bern, Solothurn, Luzern und Freiburg, und nahmen die Herrschaft oder, wie sie damals bereits genannt wurde, Grafschaft Neufchatel zur Sicherheit der Eidgenossenschaft unter eigene Verwaltung. Zum Rechte dieser Verwaltung wurden auch die übrigen acht Orte zugelassen, und die Grafschaft Neufchatel wurde von da an 17 Jahre hindurch von schweizerischen Landvögten regiert, die alle zwei Jahre nach der Reihenfolge der Cantone wechselten. Ludwig von Orleans starb 1523. Auf Bitten des französischen Königs Franz I. stellte die 1529 in Baden versammelte Tagsatzung seiner Wittwe Johanna die Grafschaft unter der Bedingung, daß sie die Freiheiten derselben aufrecht erhalte, wieder zurück; nur Uri protestirte gegen die Rückgabe. Neufchatel blieb von jetzt an 178 Jahre im Besitz des Hauses Orleans-Longueville. Die Gräfin Marie von Longueville vereinigte 1579, nach dem Tode des Grafen Renatus von Valangin, die an Neufchatel lehenbare Grafschaft Valangin, auf welcher Marie eine Hypothek hatte, mit der Grafschaft Neufchatel; der verstorbene Graf Renatus hatte keine Söhne und seine beiden Schwiegersöhne vermochten die Hypothek nicht abzulösen. Als mit dem Prinzen Philibert 1530 das Haus Chalons-Oranien ausgestorben war und demselben mit Renatus von Nassau das Haus Nassau succedirte, suchte letzteres zwar die alten Ansprüche des Hauses Chalons auf Neufchatel wieder zur Geltung zu bringen; allein, da das Haus Orleans-Longueville von Frankreich und der Schweiz gehalten wurde, wollte ihm dies nicht gelingen; das Haus Orleans-Longueville blieb also bis zum Aussterben der Familie 1707 im Besitz.

Heinrich II. von Orleans-Longueville, der vom König von Frankreich als Bevollmächtigter auf dem westphälischen Friedenscongreß fungirte und sich dort Prince et comte souverain de Neufchâtel unterzeichnete (schon sein Vater Heinrich I. hatte angefangen, sich Fürst von Neufchatel zu nennen), hinterließ bei seinem Tode 1663 drei Kinder, 1) aus erster Ehe, mit Louise von Bourbon, einer Tochter des Grafen von Soisson, eine Tochter Marie. Sie war mit Heinrich von Savoyen, Herzog von Nemours, vermählt und hatte bei ihrer Vermählung auf die Erbschaft von Neufchatel verzichtet. 2) Aus zweiter Ehe, mit Anna von Bourbon, einer Tochter des Prinzen von Conti, einen Sohn Johann Ludwig. Er war geistesschwach, bei dem Tode seines Vaters 17 Jahre alt, trat später in den Jesuitenorden und lebte im Kloster Sct. Georg bei Rouen. 3) Karl, Graf von Saint-Paul, bei dem Tode seines Vaters 14 Jahre alt. Da Johann Ludwig geistesschwach war, so führte die Mutter Anna die Regierung. Später wurde zwischen den beiden Brüdern ein Uebereinkommen geschlossen, daß der jüngere Bruder Karl die Regierung übernähme, daß dieselbe aber, falls Karl kinderlos stürbe, wieder an den älteren Bruder, den Abbé d'Orleans, zurückfallen sollte. Karl, der mehr

Gefallen am Kriegsleben fand, machte die französischen Kriegszüge mit und kam beim Rheinübergang 1672 um's Leben. Die Mutter Anna regierte an der Stelle des Abbé, an den die Herrschaft Neufchatel jetzt wieder gefallen war, fort. Dem widersetzte sich Marie von Nemours, die Tochter Heinrich's II. aus erster Ehe, welche behauptete, daß das Recht der Erbfolge im Fürstenthum jetzt auf sie übergehe. Sie kam aus Frankreich nach Landeron, erregte dort einen Aufstand, wurde aber von Ludwig XIV. zurückgerufen. Die Wittwe Anna führte die Regierung für ihren geistesschwachen Sohn bis zu ihrem Tode 1679 fort, sodann aber setzte sich Marie von Nemours, als Vormünderin ihres Stiefbruders wirklich in den Besitz derselben und behauptete sich auch darin mit Unterstützung Neufchatel's und der Schweizer. Als nun aber der Abbé d'Orlean's im Jahr 1694 starb, glaubte Ludwig XIV. den Moment benützen zu müssen, um das Fürstenthum einem Glied seines Hauses zu erwerben; der Prinz von Conti brachte ein Testament zum Vorschein, in welchem der Abbé d'Orleans ihm das Fürstenthum vermacht hatte, und wurde auch sogleich von Ludwig XIV. zum rechtmäßigen Nachfolger erklärt. Die Herzogin von Nemours wandte sich um Schutz an die Schweizer, diese beriefen sich auf die Rechte Neufchatel's, bei streitiger Erbfolge selbst zu entscheiden; wirklich erschienen auch der Prinz von Conti, die Herzogin Marie von Nemours und ein Abgeordneter des Markgrafen von Baden-Durlach, der gleichfalls Ansprüche erhob, vor den drei Ständen in Neufchatel; diese aber entschieden sich für die Herzogin Marie von Nemours, unter der Bedingung, daß das Land auch ferner nur mit der Einwilligung der Stände an eine andere Familie sich vererben dürfe. Ludwig XIV. würde die Ansprüche seines Candidaten schwerlich dem Urtheile der neufchateler Stände unterworfen haben, wenn er es nicht für gewiß angenommen hätte, daß diese Stände es nicht wagen würden, ihm, dem übermächtigen Nachbarn, entgegen zu treten; allein diese fürchteten eben diese gefährliche Nachbarschaft und verließen sich auf England. Ludwig ließ die Entscheidung der neufchateler Stände durch das Parlament in Paris 1699 für ungültig erklären, worauf die vier mit Neufchatel verburgrechteten Cantone Bern, Lucern, Freiburg und Solothurn erwiderten, daß das Parlament in Paris über ein Land, welches dem Corpus Helvetiorum einverleibt sei, keine Jurisdiction habe. Gewalt konnte Ludwig XIV. in seiner damaligen Lage nicht wohl anwenden, um sich nicht in der Schweiz einen neuen Feind zu schaffen, um so weniger, da auch der König Wilhelm III. von England, als Erbe des Hauses Nassau-Oranien, seine Ansprüche auf Neufchatel bei dem französischen Hofe und der Schweiz angebracht hatte. König Wilhelm von England kam mit Ludwig XIV. überein, daß man die Wittwe Marie von Nemours vorläufig im Besitz lassen und erst nach ihrem Tode die verschiedenen Ansprüche zur Ausgleichung bringen solle; da er aber selbst kinderlos war, so trat er am 23. Okt. 1694, noch vor dem Ableben Marien's, seine Ansprüche auf Neufchatel an den

Sohn der Schwester seines Vaters, den Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg, seit 1701 König Friedrich I. von Preußen ab (vergl. Urkunde 1).*)

Die Herzogin Marie von Nemours, welche im Schlosse von Valangin ihre Residenz aufgeschlagen hatte, starb im März 1707, acht Jahre nach diesem Streite, im 74. Lebensjahre, ohne Nachkommen zu hinterlassen: und jetzt war der Augenblick gekommen, wo die glimmende Frage eine bleibende Entscheidung erhalten sollte. Es meldeten sich nicht weniger als 15 Bewerber um das Fürstenthum; von sämmtlichen lagen die Ansprüche in ziemlicher Ferne; ein naher Erbe war nicht vorhanden. Die einen gründeten ihre Anwartschaft auf eine Verwandtschaft mit dem Hause Chalons, andere auf jene mit dem Hause Longueville; ein dritter Theil brachte irgend andere Verhältnisse vor, welche ein Recht auf das Fürstenthum geben sollten. 1) Wegen Verwandtschaft mit dem Hause Chalons erhoben Ansprüche: a) der König Friedrich I. von Preußen, b) Nassau-Diez und Nassau-Siegen, c) Margarethe von Monchy-Montcavel, Gemahlin Ludwig's von Mailly, d) der Marquis von Allegre, e) Leopold Eberhard, Prinz von Mümpelgard. 2) Auf ihre Verwandtschaft mit dem Hause Longueville stützten sich folgende Bewerber: a) der Herzog von Villeroy, b) der Graf von Matignon, c) der Prinz von Carignan, d) Louise von Bourbon-Soissons. 3) Von anderen Verhältnissen suchten Ansprüche abzuleiten die Häuser Baden, Fürstenberg und der Canton Uri; ferner erschien auch der Prinz von Conti wieder, der seine Ansprüche auf das oben erwähnte Testament des Abbé d'Orlean's gründete, und vor Allen König Ludwig XIV. selbst, der sich durch das Parlament von Besançon am 28. Okt. 1707 das Fürstenthum als ein Lehen der Baronie Arlay hatte zusprechen lassen, welche einst zu den Chalons'schen Gütern in der Franche Comté gehörte; die Erben von Chalons hatten aber selbst nie auf diese Baronie verzichtet.

Bei dieser großen Zahl von Bewerbern schien es das Natürlichste, daß das alte Recht der Neufchateler, bei Erbfolgestreitigkeiten selbst zu entscheiden, zur Anwendung komme; auch Ludwig XIV. rieth dazu,

*) Wilhelm I., Graf von Nassau, erbte das Fürstenthum Oranien, wurde von den Niederländern zum Generalcapitän erwählt und 1584 ermordet. Sein einer Sohn, der Prinz Friedrich Heinrich hatte eine Tochter Luise Henriette, die sich 1647 mit dem großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg vermählte, und einen Sohn Wilhelm II. Der Sohn dieses Wilhelm II. war Wilhelm III., vermählt mit der Tochter des englischen Königs Jacob II. Dieser wurde von den Engländern 1688 auf den englischen Thron gerufen. Er trat seine Rechte auf Neufchatel dem König Friedrich I. von Preußen, dem Sohn des großen Kurfürsten und der Luise Henriette ab.

weil er auf dieſe Weiſe ſicherer in den Beſitz des Fürſtenthums zu gelangen glaubte, als durch Gewalt, welcher ſich alſobald Preußen mit ſeinen Verbündeten entgegengeſtellt hätte. Allſeitig wurde daher anerkannt, daß die Trois Etats in Neufchatel über die Anſprüche der verſchiedenen Bewerber um den Beſitz des Fürſtenthums zu entſcheiden hätten. Von vorne herein konnte für ausgemacht gelten, daß man ſich durch die Entſcheidung für einen der kleineren Competenten nur unnütze Schwierigkeiten bereite, da ſich ein ſolcher den beiden Königen gegenüber nicht werde behaupten können; man hatte alſo nur die Wahl zwiſchen dem König von Preußen und dem König von Frankreich. Der vormalige Kanzler der Marie von Nemours, Montmollin, dachte wohl auch daran, das Fürſtenthum zur Republik zu machen und der Schweiz einzuverleiben; allein er hatte dabei die gegründeten Bedenken, daß der wohlhabende Theil der Bevölkerung der monarchiſchen Regierungsform zugethan ſei, daß die Eiferſucht zwiſchen Valangin und Neufchatel unter republikaniſcher Regierung beſtändige Kämpfe in Ausſicht ſtellte, daß Neufchatel vielleicht nicht einmal als ſelbſtſtändiger Canton in die Schweiz aufgenommen, ſondern unter die gemeinen Herrſchaften verwieſen würde, daß die katholiſchen Cantone eine ſolche Verſtärkung der proteſtantiſchen nicht gerne ſähen und man bei dem Verſuch des Eintrittes von der Schweiz vielleicht völlig im Reich gelaſſen würde, daß endlich weder Preußen, noch Ludwig XIV. dies dulden und namentlich letzterer ſogleich das Land beſetzen würde. Handelte es ſich aber nur um die Wahl zwiſchen Preußen und Frankreich, ſo mußten die Gründe für Preußen überwiegen. Der König von Preußen war allerdings der Erbe des Hauſes Chalons, während Ludwig XIV. gar keine Erbſchaftsanſprüche hatte, der Regent Preußens war proteſtantiſch, den Neufchatelern ſchien bei der Entfernung des preußiſchen Staates auch ihre Selbſtſtändigkeit und freie Bewegung mehr gewahrt, während ihnen unter Ludwig nur die Unterdrückung der proteſtantiſchen Religion und demnächſtige Einverleibung in Frankreich in Ausſicht ſtand. Die Gefahr, daß ſich Ludwig XIV. für die Entſcheidung zu Gunſten des Königs von Preußen mit Waffengewalt an dem Fürſtenthum räche, ſchien gerade nicht drohend; denn es war nicht ganz unbekannt, daß ſich die große Coalition (der deutſche Kaiſer, Preußen, England, die Generalſtaaten, Savoyen) im Geheimen gegen Preußen verbindlich gemacht hatte, keinen Frieden oder Waffenſtillſtand mit Ludwig XIV. zu ſchließen, ohne daß dieſer zuvor das Recht Preußens auf Neufchatel und Valangin anerkannt hätte. Im Hinterhalt lag alſo gegen die Folgen eines franzöſiſchen Angriffes ein hinreichender Schutz; ein Angriff ſelbſt aber war für den Augenblick deßhalb nicht zu fürchten, weil es von Ludwig höchſt unklug geweſen wäre, auch noch die Schweiz ſeinen Gegnern zuzugeſellen; denn die vier Orte Bern, Freiburg, Lucern und Solothurn, mit denen Neufchatel verburgrechtet war, hatten in einem ſolchen Falle die Verpflichtung zu thätigem Beiſtand, und da ſie ſelbſt wieder mit der übrigen Schweiz verbündet waren, ſo

würde die ganze Schweiz gegen Ludwig unter die Waffen gerufen worden sein.

Der König Friedrich I. von Preußen ließ sich die Erwerbung des Fürstenthums sehr angelegen sein. Nach den Ansichten jener Zeit, wo die Fürsten ihre höchste Aufgabe in der Vergrößerung ihres Gebietes fanden, schien die Erwerbung des Fürstenthums ein größerer Gewinn, als er es in der Wirklichkeit, namentlich für das entfernt liegende Preußen, sein konnte. Das Ländchen war zu klein, als daß es bei politischen Verwickelungen der Großstaaten für sich allein irgend einen Einfluß hätte üben können, Preußen aber mußte in solchen Fällen seine auf den Norden berechnete Politik führen und hatte an dem weit entlegenen Fürstenthum nicht nur keine Verstärkung seiner Macht, sondern eher ein störendes Anhängsel, das man, wenn es sich nicht unter die Neutralität der Schweiz flüchten konnte, in europäischen Krisen seinem Schicksal überlassen mußte. Schon nach dem Tode des englischen Königs Wilhelm III. 1702 ließ König Friedrich I. durch seinen Abgeordneten bei der Eidgenossenschaft, Simon Bondeli, den Staatsrath von Neufchatel benachrichtigen, daß Wilhelm III., als Haupt der Familie Nassau-Oranien, seine Ansprüche auf Neufchatel an ihn abgetreten habe. Als die Herzogin Marie von Nemours am 16. März 1707 gestorben war, schickte er seinen Gesandten beim deutschen Reichstag, den Grafen Ernst von Metternich, im April nach Bern und Neufchatel. Dieser verbreitete eine Staatsschrift, worin die Ansprüche Preußens auseinandergesetzt waren (Traité sommaire des droits du roi de Prusse à la principauté de Neuchâtel, 40 Seiten in Folio, die Schrift soll Leibnitz zum Verfasser haben*), stellte die Vortheile dar, welche für Neufchatel aus einer Verbindung mit dem protestantischen Preußen hervorgehen würden, versprach im Namen des Königs den Einwohnern die möglichste Förderung ihrer Interessen und vollständige Anerkennung ihrer Rechte und Freiheiten. Auch die Verbündeten des Königs von Preußen machten bei Neufchatel und den Schweizern ihren Einfluß für den König geltend; die Königin Anna von England wandte sich in zwei Briefen an den Staatsrath und die vier Ministraux von Neufchatel, ebenso die Generalstaaten, die auch an die eidgenössische Tagsatzung schrieben und Denkschriften vertheilten; Kaiser Joseph I. und König Karl XII. von Schweden sandten Schreiben an Bern. Doch

*) Eine deutsche Staatsschrift für die Rechte Preußen's erschien unter dem Titel: Hohenhard, Preußisch-Neuenburg und dessen Gerechtsame, 1708 in 4. Die nassauischen Ansprüche sind auseinandergesetzt in der Schrift: Memoire des droits du feu roi Guillaume sur la Comté de Neufchâtel, 1703 in Fol.; die französischen in den Memoires de la paix d'Utrecht, Utrecht 1712, tom. 4. Ferner erwähnen wir Gundling's histor. Nachrichten von der Grafschaft Neufchatel und Valangin und deren Erläuterung. Frankf. u. Leipz. 1708 in 8.

auch Ludwig XIV. blieb nicht unthätig. Sein Bevollmächtigter bei der Eidgenoſſenſchaft, Marquis de Puiſieux, wandte ſich an die katholiſchen Cantone und wurde dabei vom päbſtlichen Nuntius in Lucern unterſtützt, den der Pabſt beauftragt hatte, den preußiſchen Intereſſen ſo viel nur möglich entgegen zu treten; auch von franzöſiſcher Seite wurden Schriften verbreitet; ganz beſonders aber ſuchte man durch Einſchüchterung zu wirken, indem man das Gerücht verbreitete, ein franzöſiſches Heer ſei bereits im Anzug. Die katholiſche Gemeinde des Fürſtenthums Landeron proteſtirte auch wirklich gegen die preußiſche Regentſchaft; die drei Stände aber (ſie hatten ihre Sitzungen über die Souveränetätsfrage am 28. Juli 1707 begonnen) wieſen dieſe Proteſtation zurück und entſchieden ſich am 3. Nov. 1707 für den König Friedrich I. von Preußen. Sie erklärten, das Fürſtenthum habe urſprünglich dem Hauſe Chalons zugehört, deſſen Erben ihre Anſprüche auf daſſelbe niemals aufgegeben hätten. Vom Hauſe Chalons habe es rechtlich übergehen ſollen an den Prinzen Wilhelm von Naſſau, den Niederländer, welchen alle europäiſchen Mächte für den geſetzlichen Erben der Güter und Rechte des Hauſes Naſſau-Oranien anerkannt hätten. Ein Sohn dieſes Wilhelm von Naſſau ſei Friedrich Heinrich, ein Sohn dieſes Friedrich Heinrich Wilhelm II., ein Sohn dieſes Letzteren König Wilhelm III. von England geweſen. Da König Wilhelm III. keine Nachkommen hinterlaſſen habe, ſo ſei unſtreitig König Friedrich I. von Preußen als Sohn der Luiſe von Naſſau, Tochter des genannten Prinzen Friedrich Heinrich, der wahre und rechtmäßige Erbe des Fürſtenthums. Die Herren von den drei Ständen ſprächen daher durch einen freien und vollgültigen Beſchluß dem König Friedrich I. von Preußen die Inveſtitur mit dem Fürſtenthum zu; derſelbe möge es beſitzen frei (indépendant), ohne Andere damit zu belehnen (inalienable) und untheilbar (indivisible), aber auch die Freiheiten der Bürger und der übrigen Bevölkerung, die von früheren Landesherren ertheilten Conceſſionen und die mit den benachbarten Staaten eingegangenen Verträge und Verburgſchaftungen (les traités d'alliance et de combourgeoisie faits et dressés avec les états voisins) aufrecht erhalten (vergl. Urkunde 2). So war alſo König Friedrich I. von Preußen zu ſeiner großen Freude in den Beſitz von Neufchatel und Valangin gekommen. Er beſtätigte den Einwohnern ihre Rechte und erklärte, die Neutralität des Landes aufrecht halten zu wollen. Der Graf von Metternich übernahm ſogleich nach der Erklärung der Stände als Statthalter die Regierung und ließ am folgenden Tage ſeinem König als ſouveränen Fürſten von Oranien, Neufchatel und Valangin huldigen. Ludwig XIV. ſandte zwar am Ende des Jahres 1708 einige Truppen, die ſich des Ländchens bemächtigen ſollten; als ſich aber die Schweizer widerſetzten, ließ er von dem Unternehmen ab, um ſeinen übrigen Gegnern nicht auch die Schweiz noch beizufügen. Im utrechter Frieden geſtand er ſodann der Krone Preußen den Beſitz von Neufchatel förmlich zu. (Artikel 9 bis 11 des zwiſchen Frankreich und Preußen zu Utrecht

aufgerichteten Friedensinstruments; wir haben die Stelle diplom. Handb. Band I, S. 144 abgedruckt). Neufchatel ſtand alſo fortan in dem doppelten Verhältniß: 1) zu dem König von Preußen, welcher Souverän des Landes war, jedoch unter der Beſchränkung, welche ihm die Anerkennung der alten Rechte und Verträge des Fürſtenthums auferlegte, und 2) zu der Schweiz, indem es mit den vier Cantonen Bern, Freiburg, Solothurn, Lucern verburgrechtet war. Da dieſe Cantone wiederum den Schutz der übrigen Schweiz für die Aufrechthaltung dieſes Verhältniſſes in Anſpruch nehmen konnten, ſo ſtand Neufchatel zu der Schweiz überhaupt in dem Verhältniß eines ſchutzverwandten Bundesſtaates. Die verburgrechteten Cantone hatten aber nicht nur die Verpflichtung, dem Fürſtenthum bei Angriffen von Außen Beiſtand zu leiſten, ſondern auch den Regenten und die Bürgerſchaft in ihren Rechten zu ſchützen und bei Streitigkeiten zwiſchen beiden als Schiedsrichter einzutreten; letzterer Punct war in dem zwiſchen dem Herrn und der Bürgerſchaft von Neufchatel mit der Stadt Bern am 23. April 1406 für ewige Zeiten geſchloſſenen Burgrecht ausdrücklich ausgeſprochen.

Neufchatel wurde fortan durch preußiſche Gouverneure regiert und befand ſich wohl. Die Könige von Preußen achteten die Freiheiten, und bei politiſchen Verwicklungen kam dem Fürſtenthum ſeine doppelte Stellung zu Preußen und zur Eidgenoſſenſchaft ſehr wohl zu Statten. Denn gab es Diſſidien zwiſchen Frankreich und der Schweiz, ſo ſchützte die Einwohner ihr Verhältniß zu Preußen, entſtand Krieg zwiſchen Frankreich und Preußen, ſo ſtützten ſie ſich auf ihre Verbindung mit der neutralen Schweiz. Zwiſchen den Einwohnern und der preußiſchen Regierung kamen nur ein paar Mal ernſtlichere Mißhelligkeiten vor; ſo 1760, als Friedrich, der Große, den von der Compagnie des Paſteurs, weil er ſich auf der Kanzel gegen die Ewigkeit der Höllenſtrafen erklärt hatte, abgeſetzten Pfarrer Petitpierre in Ponts in Schutz nahm; 1767 über die Art der Steuerhebung, welche Friedrich, der Große, verpachtet hatte. Letztere Bewegung war ohne Zweifel durch einen Baron Tott gefördert worden, einen Emiſſär des franzöſiſchen Miniſters Choiſeul, welcher letztere die Unzufriedenheit benützen wollte, um das Fürſtenthum an Frankreich zu bringen. In beiden Fällen wurde die Streitſache dem Schiedsrichteramt von Bern vorgelegt; den erſten Fall, wobei die Compagnie des Paſteurs das Recht des Königs, für Petitpierre einzuſchreiten, nicht anerkennen wollte, brachten die neufchateler fünf Staatskörper bei Bern an, und Petitpierre blieb abgeſetzt; den zweiten Fall der König ſelbſt, und erhielt Recht; worauf Friedrich den unbeliebten Vicegouverneur Michel aus Neufchatel abrief und ſtatt deſſen den General Lentulus 1768 zum wirklichen Gouverneur einſetzte, welcher zur Sicherung des Friedens für die Zukunft, mit Hülfe des Profeſſors Clavel de Brenles, eine ſogenannte Pacification zu Stande brachte. In derſelben war feſtgeſetzt, daß es dem König freiſtehen ſolle, in welcher Weiſe er ſeine Einkünfte beziehen wolle, nur dürfe mit der Art der Erhebung keine Laſt verbunden

werden; wo der Gebrauch bestanden, den Körnerwerth nach einem jährlich festgesetzten Durchschnittspreis zu erheben, was man Abri nannte, da solle dieser Abri wiederhergestellt werden. Beamte sollen in Zukunft nur auf Untersuchung und Beschluß des Staatsrathes unter Genehmigung des Königs abgesetzt werden können. Gemeinden und Staatskörperschaften haben das Versammlungsrecht, müssen der Regierung jedoch vorher Anzeige von dem Gegenstand der Verhandlung machen. Die Jagd soll allen Einwohnern, unter Aufrechthaltung der besonderen Rechte einiger Gemeinden, freistehen. Bei Unruhen in der Stadt Neufchatel hat der Staatsrath erst dann mit Militär einzuschreiten, wenn die Stadtbehörden nicht mehr im Stande sind, die Ruhe herzustellen. Diese Bestimmungen wurden sowohl von den Staatskörperschaften, als von der Generalversammlung der neufchateler Bürger anerkannt und vom König bestätigt.

In den Verwicklungen der Schweiz mit Frankreich (1798) hielten es die Schweizer selbst für vortheilhafter, daß sich Neufchatel zur Deckung der dortigen Grenze gegen Frankreich für neutral erklär. Neufchatel trat also auch nicht in die von den Franzosen 1798 gegründete helvetische Republik ein, sondern genoß unter der Regierung Preußens einer friedlichen Stellung. Wohl aber war vorauszusehen, daß Napoleon bei der Ausdehnung seiner Macht das kleine, an den Grenzen Frankreichs gelegene Fürstenthum nicht übersehen, sondern die erste günstige Gelegenheit ergreifen werde, sich dasselbe anzueignen. Diese Gelegenheit bot sich dar nach der gewonnenen Schlacht bei Austerlitz (2. Dez. 1805). Der preußische Minister v. Haugwitz erschien damals im Lager Napoleon's und schloß am 25. Dez. 1805 mit demselben im Namen des Königs von Preußen eine Convention, nach welcher Preußen das Fürstenthum Ansbach, Cleve mit Wesel und Neufchatel an Napoleon abtrat und dagegen Hannover erhielt. Der förmliche Abtretungsvertrag wurde zu Paris am 15. Febr. 1806 abgeschlossen. Am 28. Febr. erließ der König Friedrich Wilhelm III. ein Schreiben an die Neufchateler, worin er ihnen diese Veränderung mit Bedauern anzeigte und bemerkte, daß dieses freiwillige Abtreten im Interesse der Neufchateler selbst liege, weil es ihnen ein besseres Schicksal bereite, als der Fall der Eroberung. Am 9. März, wo diese Erklärung im Staatsrath verlesen wurde, erließ derselbe ein Ergebenheitsschreiben an Napoleon und eine Zuschrift an den König von Preußen, worin die schmerzlichen Empfindungen niedergelegt waren, welche die Trennung von Preußen in den Einwohnern des Fürstenthums hervorgerufen habe.

So wenig, als bei größeren Territorialveränderungen in jener Zeit, war bei dem Uebergange Neufchatel's an Frankreich von einem Rechte der Einwohner, ihre Zustimmung zu einer Veränderung des Regenten zu geben, die Rede. Es würde völlig vergeblich gewesen sein, wenn Preußen an Napoleon erklärt hätte, er dürfe das Fürstenthum ohne Zustimmung der Neufchateler nicht abtreten. Auch unterließen die Neufchateler selbst jede Protestation, und die verburgrechteten Cantone

konnten nicht entfernt daran denken, die alte Verbindung des Fürſtenthums mit der Schweiz zur Geltung zu bringen. Neufchatel war jetzt von der Schweiz völlig getrennt und dem franzöſiſchen Reiche einverleibt. Der General Oudinot, der am 18. März mit 2500 Franzoſen einrückte, ſagte in ſeiner Proclamation ganz kurz, er komme, um im Namen ſeines Kaiſers und Königs von dem Fürſtenthum Beſitz zu nehmen. Schon am 30. März 1806 übergab Napoleon das Fürſtenthum an ſeinen Kriegsminiſter Berthier als erbliches franzöſiſches Lehen, um es mit dem Titel eines Prinzen und Herzogs von Neufchatel als volles Eigenthum mit allen Rechten eines Souveräns zu beſitzen (pour la posséder en toute propriété et souveraineté) und daſſelbe auf ſeinen legitimen und natürlichen Mannsſtamm nach der Folge der Erſtgeburt (ses enfans mâles légitimes et naturels par ordre de primogéniture) zu vererben (Urkunde 3 und 4). Die Gemeinden und die Staatskörper hatten jetzt in die Regierung Nichts mehr zu reden; der Staatsrath, an deſſen Spitze Berthier einen gewiſſen Lespérut ſandte, regierte allein, Berthier ſelbſt, welcher in den acht Jahren, während welcher er das Fürſtenthum beſaß, gar nie nach Neufchatel gekommen iſt, gab ſeine Verordnungen durch Decrete aus den Feldlagern. Die Steuern der Einwohner wurden anſehnlich erhöht; auch mußte das Fürſtenthum ein Bataillon zur franzöſiſchen Armee ſtellen und vollzählig erhalten.

Als mit dem Verluſte der Schlacht bei Leipzig die Gewaltherrſchaft Napoleon's in Europa gebrochen war, dachte der König von Preußen daran, Neufchatel wieder an ſich zu bringen. Der Baron v. Chambrier, preußiſcher Geſandter bei der Eidgenoſſenſchaft, machte am 25. Januar 1814 in einer Proclamation den Neufchatelern bekannt, daß er in der Eigenſchaft eines proviſoriſchen Gouverneurs des Königs von Preußen von dem Fürſtenthum Beſitz ergreife. Die Bürgerſchaften von Neufchatel, Landeron, Boudry und Valangin antworteten darauf in einem Schreiben vom 3. Febr. 1814, worin ſie, als die Organe des Fürſtenthums, ihre Freude über dieſen Entſchluß des Königs von Preußen und zugleich ihre Huldigung in ehrerbietigen Ausdrücken an den Tag legten. Die förmliche Zurückſtellung von Seiten des Fürſten Berthier, dem dafür eine jährliche Penſion von 25,000 Franken zugeſichert wurde, geſchah in Folge des erſten pariſer Friedens am 2. Juli 1814. Der König von Preußen that in den Erklärungen bei dieſer Beſitznahme keine Erwähnung von einer Anerkennung der alten Rechte der Einwohner bezüglich ihres Verhältniſſes zum Landesherrn; auch machten die Neufchateler ebenſowenig, wie die alten mit ihnen in einem Burgrechtsverhältniß geſtandenen Cantone, irgend einen Anſpruch auf eigene Entſcheidung oder mindeſtens Zuſtimmung bei dieſem abermaligen Wechſel des Regenten. Neufchatel kam durch Beſchluß der Mächte wieder an Preußen in einem Verhältniß, wo die alten Rechte bereits aufgehoben waren, und wenn bei den neueſten Verwicklungen wiederholt von Seite der Schweizer darauf hingewieſen wurde, daß dieſe beiden Regentenwechſel (Berthier und Rückkehr

an Preußen) ungesetzlich gewesen seien, weil sie nicht aus einem Beschluß der Neufchateler hervorgegangen, so ist darauf zweierlei zu erwidern. Einmal haben diese Regentenwechsel allerdings die Zustimmung der Neufchateler erhalten; denn es ist dagegen weder von den Neufchatelern selbst, noch von den Schweizern eine Protestation erfolgt, auch dem König von Preußen bei seiner Uebernahme weder von den Neufchatelern noch von den Mächten vorgeschrieben worden, daß er nur unter Aufrechthaltung der alten und veralteten Rechte der drei Stände und der fünf Staatskörper die Souveränetät über das Fürstenthum wieder antreten könne. Sodann aber sind ähnliche alte Rechtsverhältnisse, sowohl von Seiten der Fürsten als der Völker, auch anderwärts durch größere politische Bewegungen aufgehoben und neue Rechtsverhältnisse darauf gegründet worden, ohne daß die Betheiligten daran denken könnten, an die alten Zustände zu recurriren. Es sind namentlich in der napoleonischen Periode so viele weit empfindlichere Verluste an Rechten, und häufig zum Besten der Völker, vor sich gegangen, wie die Mediatisirung vieler kleinen Fürsten, die Aufhebung der geistlichen Territorien, der Reichsstädte u. s. f., ohne daß es den Betheiligten einfiele, darüber eine beständige vergebliche Anklage zu führen, daß in Vergleich mit den Veränderungen in anderen Staaten die Beschwerden der Schweizer über Beeinträchtigung der Rechte Neufchatel's durch die Krone Preußen sehr am unrechten Orte erscheinen müssen, denn man sieht in der That nicht ein, warum die Neufchateler in Europa mehr Recht haben sollten, als die Bewohner Deutschland's, Italien's, der Niederlande u. s. f., über welche der wiener Congreß, trotz einer Jahrhunderte lang bestandenen Selbstständigkeit, gleichfalls verfügt hat, ohne sie zu fragen. Ganz Europa würde in Verwirrung gerathen, wenn alle durch die napoleonische Periode beeinträchtigten Stände, Städte und vormaligen Herrschaften, wie die Neufchateler, ihre vormaligen Rechte zur Geltung bringen wollten! — Die Krone Preußen hat, wie in alten Zeiten, so auch in neueren das Fürstenthum mit Wohlwollen behandelt; der König hat den Einwohnern am 18. Juni 1814 von London aus eine Constitution gegeben, in welcher die alten Verhältnisse möglichst berücksichtigt sind; er hat dafür gesorgt, daß dem Lande durch Aufnahme als 21. Canton in die schweizer Eidgenossenschaft am 17. April 1815 (wiener Congreßacte Art. 75. vergl. Urkunde 5) die Neutralität gesichert bleibe: wenn nun aber einst die kleinen Grafen und Herren von Neufchatel bei ihren Zwistigkeiten mit der Bürgerschaft und mit anderen Dynasten über die Erbfolge die Entscheidung und Hülfe des verburgrechteten Bern anriefen; so wird man wohl nicht erwarten, daß dies auch heut zu Tag noch vom König von Preußen geschehen solle!

Neufchatel zahlte in dem neuen Verhältniß 700,000 Franken Civilliste an den König von Preußen und stellte, neben seinem eidgenössischen Contingent, 400 Mann geworbene Neufchateler zur königlichen Garde nach Berlin. Das Recht der Gesetzgebung und Besteuerung war zwischen dem König und den Landständen getheilt; zehn Mitglieder der Landstände

ernannte der König. Waren nun die materiellen Vortheile, welche das Fürstenthum aus seiner Verbindung mit Preußen zog, nicht gering, namentlich seit der Gründung des Zollvereins, wo für die neufchateler Uhren und Spitzen das deutsche Gebiet offen stand, das der Schweiz verschlossen blieb; so hätte man kaum erwarten sollen, daß die Parteikämpfe, welche in der Schweiz sogleich nach Vollzug der vom wiener Congreß sanctionirten neuen Organisation zur Erscheinung kamen, neben den demokratischen Bestrebungen, welche sich später in dem benachbarten Frankreich Bahn brachen, in Neufchatel einen so störenden Einfluß auf die Verhältnisse zwischen Fürst und Volk üben würden. Als die Schweiz nach dem wiener Congreß ihre Selbstständigkeit wieder erlangt hatte, kam es alsbald sowohl zwischen den Bewohnern der einzelnen Cantone selbst, wo die Aristokratie wieder zu ihren alten Rechten zu gelangen suchte, als zwischen den älteren und neueren Cantonen, welche letztere eine Schmälerung der Souveränetät der Einzelcantone zu Gunsten einer größern Einigung der Schweiz anstrebten, zu heftigen Conflicten. Die Regierung von Neufchatel stellte sich bei diesen Kämpfen entschieden auf aristokratische Seite, während sich die Mehrzahl der Einwohner den Bestrebungen der Demokraten zuwandte und unverholen auf eine vollständige Trennung von der Krone Preußen hinarbeitete. Durch die französische Revolution vom Jahre 1830 erhielt die demokratische Partei in der Schweiz und auch in Neufchatel ein entschiedenes Uebergewicht. Eine Anzahl republikanisch gesinnter Einwohner des Cantons griff im September 1831 zu den Waffen und nahm am 13. September das Schloß von Neufchatel in Besitz; die monarchische Partei dagegen organisirte sich in Valangin; nur ein schnelles Einschreiten eidgenössischer Truppen und Commissarien verhinderte den Bürgerkrieg; der Aufstand wurde ohne Blutvergießen unterdrückt. Die am 9. Okt. 1831 versammelten Landstände verwarfen die verlangte Trennung von Preußen, nur einige Modificationen an der Verfassung wurden bewilligt. Dem preußischen Generalmajor v. Pfuel, der als königlicher Bevollmächtigter erschien, wurden von den meisten Gemeinden die bis zum 1. Nov. 1836 geforderten Unterwerfungsadressen eingesandt, der Führer der Republicaner Bourquin erklärte, daß er keine Trennung von Preußen beabsichtigte, sondern in dem König einen wohlwollenden Vater seines Volkes anerkenne und ehre. Freilich wurde von Bourquin, der sich nach Genf zurückgezogen hatte, mit Hülfe von Freischaaren bald eine neue Revolutionirung des Cantons versucht; die monarchisch gesinnten Neufchateler aber schlugen diesen Angriff mit leichter Mühe zurück.

Indem nun aber die neufchateler Regierung ihr Stimmrecht auf der Tagsatzung bei den inneren Kämpfen der Schweiz, wie dies in dem Wunsche des preußischen Cabinets lag, entschieden für das conservative und aristokratische Element geltend machte und in der Regel mit den katholisch-conservativen Cantonen stimmte, die unter dem Einfluß der Jesuiten standen, kam der protestantische Canton zu der übrigen protestantischen Schweiz in eine ganz eigenthümliche Stellung, von welcher

wohl vorauszusehen war, daß sie zu unangenehmen Verwicklungen führen werde. Als es sich im Jahr 1832 um die Anerkennung des Cantons Basel-Land handelte, stand die neufchateler Regierung auf Seite der Cantone Schwyz, Uri, Unterwalden und Basel-Stadt, welche auf der sarner Conferenz am 14. Nov. 1832 erklärt hatten, daß sie die Tagsatzung nicht beschicken würden, wenn Basel-Land Zutritt erhielte. Die Tagsatzung dagegen hatte am 17. Aug. 1832 die mit dem Namen sarner Conferenz bezeichnete Verbindung einiger Cantone für unverträglich mit den Gesetzen der Eidgenossenschaft und für aufgehoben erklärt, und bot Truppen auf, um ihrem Beschluß Nachdruck zu geben, worauf sich die genannten Cantone fügen mußten. Auf Anregung Lucern's sprach sich die Tagsatzung von 1832 insbesondere gegen Neufchatel dahin aus, daß die monarchische Verfassung des Cantons unverträglich sei mit seinen Verhältnissen zur Eidgenossenschaft, und daß Neufchatel sich entweder von der Eidgenossenschaft trennen, oder seine Verbindung mit Preußen lösen und Schweizercanton im vollen Umfang des Wortes werden müsse. Unter dem Einverständniß des Königs von Preußen beabsichtigte nun die neufchateler Regierung, die Verbindung mit der Schweiz völlig zu lösen; das preußische Cabinet trat auch mit den Großmächten wegen des Austrittes des Fürstenthums aus der Eidgenossenschaft in Verhandlung. Am 28. März 1834 übergaben Abgeordnete des neufchateler Staatsraths dem Vorort Zürich eine vom 26. März 1834 datirte und von General v. Pfuel unterzeichnete Erklärung, daß der Staatsrath von Neufchatel vom König von Preußen ermächtigt sei, wegen eines völligen Ausscheidens des Cantons mit der Tagsatzung in Verhandlung zu treten; Neufchatel wolle für die Zukunft nur noch an der von den Mächten der Schweiz zugesicherten Neutralität Theil nehmen; die Zustimmung der Großmächte zu diesem Schritt, hieß es am Schluße dieses Schreibens, sei sicher. Allein die Tagsatzung ging auf den Vorschlag des Austrittes nicht ein, verlangte vielmehr, daß sich Neufchatel nicht mehr als Fürstenthum bezeichne und die preußischen Farben ablege. Nun wollte der Staatsrath von Neufchatel den Austritt des Cantons dadurch bethätigen, daß er 1835 die Tagsatzung nicht mehr beschickte; da letztere aber drohte, den Canton als widerspenstig mit 10,000 Mann besetzen zu lassen, wenn kein neufchateler Abgeordneter erschiene, so bequemte man sich, an der Tagsatzung Theil zu nehmen. Die Bestrebungen eines großen Theils der Schweizer, die Bundesgewalt auf Kosten der Cantonalselbstständigkeit zu erweitern, riefen im Jahr 1843 den sogenannten Sonderbund hervor. Die katholischen Cantone Schwyz, Uri, Unterwalden, Zug, Freiburg und Wallis verbanden sich zur Aufrechthaltung der cantonalen Selbstherrschaft und der katholischen Religion, und verhandelten unter einander über eine Trennung von den protestantischen Cantonen. Dagegen verschafften sich in den übrigen Cantonen die Bestrebungen für Austreibung der Jesuiten und Beschränkung der Cantonalsouveränetät zu Gunsten der Bundes-Centralgewalt immer entschiedenere Geltung. Die in Bern am

5. Juli 1847 eröffnete Tagsatzung erklärte am 20. Juli mit $12^2/_2$ Stimmen den Sonderbund für aufgehoben und drohte, diesen Beschluß mit Waffengewalt auszuführen, wenn sich der Bund nicht sofort auflöse. Neufchatel, obwohl protestantisch, stimmte auf dieser Tagsatzung mit den Sonderbundscantonen, welche, ebenso wie eine Note des französischen Ministers Guizot vom 2. Juli, der Mehrheit das Recht absprachen, der Minderheit derartige Beschlüsse aufzudringen. Dagegen erklärte eine Note des englischen Ministers Palmerston vom 12. Aug., daß auswärtige Mächte kein Recht hätten, sich in die inneren Angelegenheiten der Schweiz zu mischen, was die Tagsatzung ermuthigte, am 16. August auch die Revision des Bundesvertrags zu beschließen. Die Sonderbundscantone legten in der Tagsatzung vom 29. Okt. eine Wahrung ihrer politischen und kirchlichen Rechte ein; allein ihre Anträge wurden mit $12^2/_2$ gegen 8 Stimmen verworfen, worauf die sieben Abgeordneten die Versammlung verließen. Schon seit längerer Zeit hatten diese Cantone auf das Eifrigste gerüstet; die Tagsatzung beschloß jetzt, 50,000 Mann unter General Düfour gegen sie zu schicken. Neufchatel hatte auf der Tagsatzung bisher immer Partei für den Sonderbund genommen und weigerte sich jetzt auch, sein Contingent gegen denselben zu stellen. Der König von Preußen erließ unter dem 19. Nov. 1847 eine Proclamation an die Regierung von Neufchatel, worin er den von Neufchatel am 29. Oktober gefaßten Beschluß, sich bei dem bevorstehenden Kriege neutral zu halten, vollständig billigte (Urkunde 6). Diesen Beschluß übergab der preußische Gesandte v. Sidow am 26. Nov. mit einer Erklärung dem Vorort Bern (Urkunde 7) und kündigte zugleich an, daß der König von Preußen den Mächten seine Stadt Neufchatel zur Abhaltung einer Conferenz behufs der Schlichtung der schweizer Wirren vorgeschlagen habe. Von Frankreich war nämlich die Aufforderung zur gemeinsamen Beilegung der schweizer Streitigkeiten an die Großmächte ergangen und von Oestreich und Preußen auch angenommen worden; die politischen Differenzen sollten die Großmächte, die kirchlichen sollte der Pabst entscheiden. Allein die bewaffnete Macht der Tagsatzung war über die Truppen der Sonderbundscantone bald Herr geworden; am 14. Nov. 1847 ergab sich Freiburg, am 21. Zug, am 24. Luzern, am 25. Unterwalden, am 27. Schwyz, am 28. Uri, am 30. Wallis. Die Tagsatzung antwortete am 2. Dez. 1847 auf die preußische Note, Neufchatel sei im Jahr 1815 nur unter der Bedingung in die Eidgenossenschaft aufgenommen worden, daß es alle Pflichten eines schweizer Cantons erfülle; in wie weit Neufchatel diesen Pflichten nachkomme, habe die Tagsatzung allein zu entscheiden. Was die Vermittlung der Großmächte und die beabsichtigte Conferenz in Neufchatel anlange, so habe die Schweiz bereits selbst die Sonderbunds-Angelegenheit beendigt (Urkunde 8). Die Tagsatzung verurtheilte den Canton Neufchatel wegen der verweigerten Stellung seines Contingents zu einer Strafe von 300,000 Franken. Der Staatsrath beschloß, diese Summe zu zahlen, um ein Einrücken der

eidgenössischen Truppen in den Canton zu vermeiden, welches die demokratische Partei in Neufchatel gewünscht hätte. War nun allerdings die Sonderbundsfrage durch die Schweizer selbst mit Gewalt der Waffen bereits entschieden, so wollten sich doch die Mächte hiebei nicht beruhigen, und der Zusammentritt ihrer Abgeordneten in Neufchatel zur Ordnung der schweizer Angelegenheiten sollte gleichwohl stattfinden. Schon waren die Abgesandten in Neufchatel versammelt, als die am 22. Febr. 1848 in Frankreich ausgebrochene Revolution und die auch in Deutschland alsbald zum Vorschein gekommene Gährung die Aufmerksamkeit der Mächte auf bedrohlichere Verhältnisse hinwies. Bei der veränderten Regierungsform in Frankreich konnte es ohnehin nicht mehr rathsam erscheinen, gegen die demokratischen Cantone Gewalt zu gebrauchen; und so ging die Conferenz ohne weitere Verhandlungen auseinander. Die Gährung in Frankreich hatte aber auch in die demokratischen Bestrebungen des Cantons Neufchatel neuen Zunder geworfen. Schon am 28. Febr. war in Chaux de Fonds und Locle ein Aufstand gegen die Regierung ausgebrochen; am 29. Februar bildete sich daselbst eine provisorische Regierung und diese zog am 1. März mit etwa 1000 Aufständischen gegen Neufchatel, rückte, ohne daß die dortige Regierung Gewalt entgegensetzte, unter dem Beifall der Bevölkerung in die Stadt ein und verlangte von den Mitgliedern der alten Regierung, daß sie ihr Amt niederlegen. Diese erklärten sich, unter dem Vorbehalt, daß der König von Preußen es genehm halte, hiezu bereit. Am 2. März ordnete die neue provisorische Regierung die Verhaftung der Mitglieder des bisherigen Staatsraths an (Urkunde 9). Dieselben wurden jedoch am 13. April 1848 wieder freigelassen, nachdem sie der König von Preußen durch Cabinetsordre vom 5. April ihres Eides entbunden hatte. Ein Decret der neuen Regierung vom 2. März erklärte den Canton für eine Republik und das monarchische Regiment für abgeschafft (Urkunde 10). Der preußische Gesandte in Bern, v. Sidow, protestirte gegen jede Verletzung der Rechte seines Königs; die von den Aufständischen herbeigerufenen eidgenössischen Commissäre erklärten auch, daß sie die Verhältnisse des Cantons zur Krone Preußen unberührt lassen wollten. Dagegen wurde die neue republikanische Verfassung, welche ein dazu einberufener Verfassungsrath entworfen hatte, von dem neufchateler Volk am 30. April 1848 mit 5813 gegen 4395 Stimmen angenommen und von der schweizer Tagsatzung, welche 1848 in Bern tagte, mit 21 Stimmen gegen eine garantirt; nur der Gesandte von Schwyz verweigerte in Berücksichtigung der verletzten Rechte des Königs von Preußen seine Zustimmung. Unter den großen Bewegungen, welche im Jahr 1848 ganz Deutschland in Aufregung erhielten, war die Krone Preußen zu sehr mit den deutschen und preußischen Angelegenheiten beschäftigt, als daß sie ernstliche Maßregeln zur Wahrung der Rechte des Hauses Hohenzollern auf Neufchatel hätte ergreifen wollen. Auch schien der Besitz des Fürstenthums für Preußen nicht von so großem Werthe zu sein, daß es sich dafür der Möglichkeit

eines Krieges mit Frankreich hätte aussetzen wollen. Verzichtet hat Preußen bis jetzt nicht; es hat seine Rechte nicht nur nicht aufgegeben, sondern sie bei verschiedenen Veranlassungen förmlich gewahrt. Als die neue Regierung 1850 zur Veräußerung des fürstlichen Domänen- und Kirchengutes schritt, erklärte das preußische Cabinet unter dem 13. Juli 1850 alle solche Käufe für null und nichtig, auch ließ dasselbe am 24. Mai 1852 durch ein Protocoll der londoner Conferenz von den Großmächten die Anerkennung der Rechte Preußen's auf Neufchatel, gemäß den Verträgen von 1815, förmlich aussprechen. Versuche der monarchischen Partei im Canton selbst, die alten Verhältnisse zu Preußen wieder herzustellen, sind bis jetzt ohne Erfolg geblieben.

Wir geben folgende Urkunden: 1) Die Erklärung, wodurch König Wilhelm III. von England seine Rechte auf Neufchatel an den Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg abtritt, datirt vom 23. Okt. 1694. Sie findet sich abgedruckt bei Lünig, deutsches Reichsarchiv Band V. oder partis specialis dritte Abtheilung p. 280. 2) Die Urkunde, wodurch die Stände von Neufchatel dem Kurfürsten Friedrich III. (König Friedrich I. von Preußen) das Fürstenthum Neufchatel zusprechen. Sie findet sich bei Lünig deutsches Reichsarchiv Band V. oder partis specialis dritte Abthlg. p. 285. 3) und 4) Die Urkunden, wodurch Preußen (1806) Neufchatel gegen Hannover vertauscht. Sie finden sich bei Martens recueil tom. VIII. 5) Die Urkunde, wodurch Neufchatel am 17. April 1815 als 21. Canton in die Eidgenossenschaft aufgenommen wird. Findet sich bei Martens nouveau recueil tom. IV. 6) Die Erklärung des Königs von Preußen vom 19. Nov. 1847, worin derselbe die für den Sonderbundskrieg von Neufchatel beschlossene Neutralität billigt. Findet sich bei Martens nouveau recueil général tom. XI. 7) Die Note des preuß. Gesandten v. Sidow, datirt vom 26. Nov. 1847, womit derselbe die Erklärung des Königs dem Vorort übergab. Findet sich bei Martens nouveau recueil général tom. XI. 8) Die Antwort der Tagsatzung auf diese Note, datirt vom 2. Dez. 1847. 9) Die Proclamation, wodurch sich die provisorische Regierung in Neufchatel am 2. März 1848 constituirte. 10) Das Decret der neuen Regierung vom 2. März 1848, wodurch Neufchatel für eine Republik und die monarchische Verfassung für abgeschafft erklärt wird. Findet sich bei Martens nouveau recueil général tom. XI.

Neufchâtel.

1. Acte

relatif à la cession de Neufchâtel au Roi de Prusse,

en date de la Haye le 22. Octobre 1691.

Guillaume Henry par la grâce de Dieu Roi de la Grande-Bretagne, Prince d'Orange, Comte de Chalon, Vis-Comte de Besançon, Ba-d'Arlay, Comte de Genève, de Nassau, Kazenellenbogen, Vianden, Diez, Lingen, Meeurs, Buyren, Leerdam, Marquis de Fervere et Vlissinge, Seigneur et Baron de Breda, de la Ville de Grave et pays de Cuicque Diest, Grimbergen, Herstal, Granendonque, Warneston, Arlay, Nosoroy, St. Vith, Daesbourg, Polanen, Willernstad, Niervaerth, Iselstein, Steenbergen, St. Martensdyck, Geertruydenbergh, Turnhout, Zevenbergen, de Svaluve, Naeldwyk, Soest, Baren, Fer Eiem, Immenes, dedans et dehors Comte héréditaire d'Anvers et Besançons, Maréchall héréditaire de Hollande, Gouverneur héréditaire et Lieutenant de Gueldre, Comte de Zutphaen, Hollande, Zelande, Westfrise, Utrecht, Ober-Yssel, Drenthe, Capitain-Général héréditaire et Admiral des provinces-unies à tous ceux qui ces présentes verront salut; savoir faisons comme par la grâce de Dieu dans toutes nos actions, nous n'avons eu en vuë que le repos et la tranquillité du public et sur tout des Pays qui nous touchent. Par des liens plus particuliers que les autres, nous n'avons jusques icy pas jugé à propos de mettre en avant Notre qualité de Seigneur de Fief, et nos droits de souveraineté et de retour sur les Comtes et Comtés de Neufchâtel et Valangin, à nous écheus et de volus par les Sérénissimes Princes d'Orange, Philibert de Chalon, Rene de Nassa, et Guillaume de Nassau notre ayent, en considération que ce pays, quoi que contingu à notre portion héréditaire de Chalon, gisante en Franche Comté, n'ayant pu jouir de notre protection, ni avant ni pendant cette guerre aurait couru risque d'être exposée avec la Suisse voisine aux démarches violentes de la France, si nous découvrions prématurément notre intention à cet égard toutesfois

réfléchissant non seulement sur l'âge de Madame la Duchesse de Nemours, qui est la dernière de Longueville, mais aussi sur les dangers extraordinaires aux quels Nous pouvous être exposé pendant le cours de cette guerre: Nous avons trouvé à propos de prendre dorénavant les mesures convenables pour le maintien et la conservation de Nos droits concernants la souveraineté et la reversion des dits Comtés dans notre maison d'Orange, ou dans celle de Nos héritiers, et pour en prévenir et empêcher l'aliénation et le transport dans d'autres familles; pour ces causes et autres à ce Nous mouvants, après une mûre déliberation, Nous avons cédé et transporté, cédons et transportons par les présentes à notre cousin, *Frédéric* le 3me de ce nom, Margrave de Brandenbourg, Archi-Chambellan et Electeur du St. Empire, Duc de Prusse, de Magdebourg, de Juilliers, de Clève, de Berg, de Stettin, de Pomeranie, des Cassubes et Wenden, en Silésie, en Crossie et Schvibus etc. Bourgrave de Nurenberg, Prince de Halberstadt, Minden et Camin, Comte de Hohenzollern, de la March et Ravensberg, Seigneur de Ravenstein et pays de Lauenburg et Butau, prérogatives, droits et actions de quel nom et de quelle nature qu'ils puissent être sur les Comtes et Comtés de Neubourg et Valangin en Suisse, en telle sorte, que s'il plaisait à Dieu de disposer de notre personne avant la conclusion de paix, ou bien avant la mort de Madame la Duchesse de Nemours, le dit Electeur notre cousin se peut servir des droits et actions, en la même sorte que si Nous les avions produits et fait valoir de Notre vivant: Mais s'il plaisait à Dieu de Nous conserver par sa grâce, alors Nous travaillerons de concert et de bonne amitié avec le dit Electeur notre cousin, à bien établir Nos droits et actions, et en vertu d'iceux Nous assurer la succession aux dits Comtés par un traité de paix, et la possession immédiate après Madame la Duchesse de Nemours, bien entendu, que quand Nous aurons été reconnus légitime souverain et successeur, dès alors la présente cession aura (après notre decès) aussi sa force et vigueur, non seulement en égard à la souveraineté et au droit de seigneur direct, mais aussi pour ce qui regarde l'usufruit et la possession immédiate des dits Comtés quand pour icelle il y aura ouverture, soit par accord, soit après le décès de Madame la Duchesse de Nemours, et partant le dit Electeur notre cousin pourra se servir de notre présente cession et transport, en la faissant avouer et confirmer par les états des dits Comtés et tous ceux à qui il appartiendra d'en prendre connaissance.

Ainsi fait et passé à la Haye ce 23. d'Octobre 1694.

Guillelmus Rex.

Par Ordre du Roi.

W. v. Schuylenburg.

2. Acte

relatif à l'extradition de Neufchâtel et Valangin au Roi de Prusse.

Nous *Nicolas Tribolet*, Conseiller d'Etat et Inspecteur Général des Milices de la Souveraineté de Neufchâtel et de Valangin, ci-devant Capitaine Commandant un Bataillon Suisse au service de France, savoir faisons à tous ceux qui verront les présentes, qu'après le decès de Son Altesse Sérénissime Madame Marie d'Orleans, Duchesse de Nemours, Princesse Souveraine de dits Neufchâtel et Valangin, de glorieuse mémoire, arrivé le seizième Juin dernier, les trois-états de cette Souveraineté s'étant assemblés, selon la coûtume, le vingthuitième Juillet suivant, qui fut jour des six semaines après le dit décès, pour entendre les demandes et requisitions qui seraient faites, par les Hauts et Illustres Prétendans à cette dite Souveraineté, touchant la Mise en possession et l'investiture d'icelle. Ils auraient continué leurs séances plusieurs fois depuis lors, pour vaquer à l'instruction d'une grande procédure, qui se trouve au long inserée dans le Regître des dits Etats, sous la présidence du noble, généreux et puissant Seigneur Messire François Henry d'Estavay, Chevalier, Seigneur de Mollondin, Conseiller d'Etat de la Ville et Canton de Soleurre, en qualité de Gouverneur et Lieutenant Général en cette Souveraineté, lequel ayant discontinué de présider, le vingt neuvième Octobre dernier, Nous aurions été nommés, le lendemain en Conseil d'Etat, pour ce faire à cause que tous ceux qui nous précédent, dans le dit Conseil, se trouvent juges dans les dits Etats, depuis qu'ils ont commencé de s'assembler, pour le sujet dont il s'agit, et qu'il n'a pas été jugé à propos d'en faire sortir aucun de son siège pour présider; tellement que par devant Nous présidant aux dits Etats se présentèrent, le trente et unième jour du mois d'Octobre dernier, Messieurs Ernest Eberhard Comte de Metternich, le fils, et Guillaume Frédéric Duncker, Conseiller de la Cour, Procureurs substitutués de son Excellence Monsieur le Comte de Metternich, Ministre d'Etat, Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi de Prusse, avec le Sieur Peyrol, Conseiller et Avocat de sa dite Majesté d'une part, et Monsieur Louis Marin, Seigneur de Loisinge, Conseiller de son Altesse Royale de Savoye et Senateur au Senat de Chambery Procureur constitué de Son Altesse Sérénissime, Monseigneur le Prince de Carignan, avec le Sieur Fortis, Avocat de sa dite Altesse Sérénissime d'autre part: Sa dite Majesté le Roi de Prusse, sa dite Altesse Sérénissime Monseigneur le Prince de Carignan étant seuls des hauts et illustres prétendans à cette Souveraineté qui étaient restés en cause; tous les autres s'étant retirés auparavant. Et comme dans les audiences immédiatement précédentes, avait été vaqué la lecture de la procédure, après que dans celle du dit jour trente et unième Octobre on eut achevé de la lire, mes dits sieurs les Procureurs firent exposer, par les dits Avocats les droits respectifs de Sa dite Majesté le Roi de Prusse et de Sa dite Altesse Sérénissime Monseigneur le Prince de Carignan, dans des plaidoiers qu'ils con-

clurent l'un et l'autre, aux noms susdits, à ce qu'en suite de la Mise en possession à eux ci-devant accordée, l'investiture de cette Souveraineté, ses appartenances, dépendences et annexes leur fût pareillement ajugée. Surquoi nous aurions demandé le droit et jugement des mes dits sieurs des trois-états, qui étant allés en Chambre de consultation à leur retour, nous rapportèrent, par sentence qu'aiant entendu la lecture de la procédure et les plaidoiers des Avocats; ils s'ajournaient à aujourd'hui, pour vaquer au jugement de la cause. En exécution de quoi, mes dits sieurs des trois-états s'étant assemblés de nouveau; après quelques affaires qui se sont passées et qui sont portées sur le regître; nous leur aurions demandé le dit jugement, pour lequel former étant allés en chambre de consultation, à leur retour, ils nous ont déclaré qu'ayant fait rédiger par écrit leur sentence, ils nous priaient d'en faire lecture, par le Sieur Huguenin, Secrétaire du Conseil d'Etat; ce qu'il a fait, à haute voix, en ces termes: Messieurs des trois-états ayant vû et examiné les actes, titres et documens produits de la part des hauts et illustres prétendans, savoir, Sa Majesté le Roi de Prusse, Son Altesse Sérénissime Monseigneur le Prince de Carignan, Madame la Duchesse Douaire de Lesdiguiere, Monsieur le Comte de Matignon, Mademoiselle Louise Léontine Jacqueline de Bourbon, Madame la Marquise de Mailly, et Monsieur le Marquis d'Allegre, avec les inventaires raisonnés de leurs productions, aux fins de satisfaire aux appointements en preuve aux quels ils avaient été admis, pour établir leurs droits à la Souveraineté de Neufchâtel et Valangin; Et aussi considéré la retraite d'aucunes des parties, et leur volontaire désertion en cause mentionnée dans le devis de la procedure des premier et vingt neuvième du mois dernier; non obstant reconnaissance de ce tribunal et l'exécution de plusieurs sentences contradictoirement rendues et agréées de leur part, au moyen dequoi elles sont déchues de fait et de droit. Après avoir donné leur attention à l'importance de la matière et fait réflexion que cette Souveraineté et le domaine directe a appartenu originairement à la maison de Châlon; que l'utile a été réuni et consolidé à la directe, tant par le décès, sans enfans, de Jean de Fribourg arrivé en mil quatre cent cinquante sept, que par diverses ouvertures suivantes; que ces droits n'ont pas été prescrits, mais qu'ils sont de leur nature imprescriptibles, de l'aveu même de l'Avocat de Son Altesse Sérénissime Monseigneur le Prince de Carignan; que les droits de la Maison de Châlon ont été transmis légitimement en la personne de Guillaume de Nassau dit le Belgique, qui a été reconnu généralement et par toutes les Puissances de l'Europe, l'héritier universel des biens et droits de la maison de Nassau-Orange, dont lui et ses successeurs ont joui librement et dans lesquels ils ont été réintégrés, lors qu'ils y ont été troublés; que par le décès sans enfans de Guillaume trois, Roi de la Grande-Bretagne, qui était fils de Guillaume second, fils de Frédéric Henry, fils du dit Guillaume Belgique; Sa Majesté Frédéric premier Roi de Prusse, du Chef de Louise de Nassau sa Mère, fille ainée du dit Prince Frédéric Henry, se trouve

incontestablement le véritable et légitime heritier, à cet égard, de la maison de Nassau-Chalon-Orange, ce qui donne l'exclusion à Son Altesse Sérénissime Monseigneur le Prince Carignan. Pour ces causes mesdits sieurs des trois-états donnent et ajugent, par sentence souveraine et absolue, à Sadite Majesté Frédéric premier Roi de Prusse, l'investiture de cet Etat et Souveraineté, avec ses annexes, appartenances et dépendances; pour être le dit Etat par Lui possédé comme indépendant, aliénable et indivisible, en conservant les libertés, franchises, priviléges et immunités, tant des Bourgeois que des autres peuples de cet Etat, les concessions accordées par les précédens Souverains, tant aux corps qu'aux particuliers du pays et les Traités d'alliance et de Combourgeoisie faits et dressés avec les Etats voisins. Ordonnant aux Trésorier et Receveurs de cet Etat de payer et délivrer, suivant les ordres de Sadite Majesté, ou de ceux qui auront chargé d'Elle, moyennant quoi eux et les leurs ne pourront être recherchés ni inquiétés, pour ce sujet sous quel prétexte que ce soit. Après la lecture de la dite sentence et que le Sieur Fortis Avocat de sadite Altesse Sérénissime Monseigneur le Prince de Carignan a eu fait lecture d'une certaine protestation qui, par une nouvelle sentence de Messieurs des Trois-Etats, n'a pas été admise, ainsi que le Regitre en est chargé; nous avons mis en possession et invêti Sa dite Majesté le Roi de Prusse, de la dite Souveraineté de Neufchâtel et de Valangin, avec ses appartenances, dépendances et annexes, par la tradition du Sceptre que nous avons déposé entre les mains de son Excell. Monsieur le Comte de Metternich son Ministre d'Etat et son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire, lequel Messieurs des Troit-Etats avaient envoyé prendre, dans son logis, par un abrégé de leur corps, à fin d'être présent à la publication de la dite sentence, et pour prendre et recevoir la dite Mise en possession et investiture. Ce qui a été jugé et sentencé souverainement et absolument par les nobles, généreux, vertueux et prudens sieurs Louis Guy, Maire de Rochefort, Jean Jacques Sandoz, ancien Commissaire-Général, Samuel Chambrier, Chancelier et Samuel Marval, ancien Maire de Neufchâtel, tous quatre Conseillers d'Etat, pour l'Etat de la Noblesse: Jonas Hory, Docteur aux droits, Châtellain de Boudry, Simon Chevallier, Châtellain de Thiele, François Chambrier, Maire de Neufchâtel, tous trois aussi Conseillers d'Etat et François Parroset, Lieutenant du Landeron, pour le rang des Officiers; et pour le tiers Etat, les Sieurs quatre Ministraux de la Ville de Neufchâtel, nommément David Bullot, Maitrebourgeois en Chef, Frédéric Chambrier, Lieutenant de Ville, Henry Petit-Pierre et Jean Henry de Pierre, tous quatre du Conseil étroit de la dite Ville. En présence des Nobles, Gentils-hommes, Vassaux et Officiers de l'Etat, des Sieurs Doyen et Ministres de la vénérable Classe, des Sieurs Conseillers de la Ville de Neufchâtel, des Sieurs Maitresbourgeois et Députés de la Bourgeosie de Valangin, des Députés de toutes les Justices et Communautés du pays et de plusieurs autres personnes notables et du peuple, autant que le grand poile en a pu contenir.

Au dit grand poile du Château de Neufchâtel le troisième jour du mois de Novembre, l'an de grâce mil sept cent et sept.

N. Tribolet.

Par Monsieur le Président.

Huguenin.

Secrétaire du Conseil d'Etat.

---

3. Rescript

de S. M. le Roi de Prusse au conseil d'état et aux états de la principauté de Neufchâtel et du comté de Valengin pour leur annoncer la cession de ce pays à la France,

en date de Berlin, le 28. Février 1806.

Frédéric Guillaume par la grâce de Dieu Roi de Prusse etc. etc.

A nos aimés et féaux, salut! L'affection paternelle que, depuis notre avénement au trône nous avons pris à tâche de témoigner en toutes occassions au pays de Neufchâtel et Valengin, doit vous faire juger des sentimens que nous éprouvons en vous adressant la présente. Elle est destinée à vous annoncer un changement que les circonstances ont rendu inévitable. Des considérations de la dernière importance, prises de l'intérêt le plus puissant de notre monarchie entière, nous ont obligé d'acquiescer à remettre entre les mains de S. M. l'Empereur des Français le soin du bonheur futur de cet état. Quelque désir que nous eussions de continuer à y travailler nous mêmes, et quelque peine profonde que nous ressentions de nous séparer de sujets estimables, dont nous avons toujours hautement apprécié la loyauté et l'attachement, nous ne pouvons nous dissimuler combien cette résignation volontaire était préférable pour vous au sort d'un pays de conquête dont, sous d'autres rapports, vous étiez menacés; d'ailleurs la distance de votre pays, par sa position géographique, se trouvant hors du centre de nos états, ne nous permet pas de le faire jouir d'une protection directe et efficace, et cette situation le faisant nécessairement dépendre de l'empire français, tant pour son approvisionnement que pour les relations de culture, de commerce et d'industrie, nous devons penser que les liens plus étroits qui vont l'attacher à cet empire, pourront devenir pour ses habitans une nouvelle source de bien-être et de prospérités. Aussi notre intention est elle de contribuer, autant qu'il dépendra de nous, par notre intercession et nos bons offices auprès du gouvernement français, à leur assurer les avantages qu'il peut désirer. Vous devez être convaincus en général et nous vous chargeons de témoigner en toutes occasions, que nous prendrons toujours à ce pays et à ses habitans un vif et sincère intérêt, et que la mémoire de leur dévouement

et fidélité ne s'effacera jamais de notre coeur. — La sagesse du puissant souverain auquel leur sort est remis, nous permet d'espérer en toute confiance l'accomplissement des voeux ardens que nous formons pour eux. Nous avons nommé notre chambellan et envoyé extraordinaire près le corps hélvétique, le Baron de Chambrier d'Oleyres, pour soigner de notre part et en qualité de notre commissaire royal, la remise de cette province à celui que S. M. l'Empereur des Français aura choisi pour en prendre possession en son nom; il est muni à cet égard des pouvoirs requis, et nous lui avons également adressé nos instructions relativement aux objets de finances, par rapport auxquels nous avons à coeur de donner aux sujets dont nous nous séparons à regret, une dernière preuve de notre amour et de notre désir de leur être utile. Nous sommes persuadés que vous seconderez le Baron de Chambrier en tout ce qui dépendra de vous dans la commission dont il est chargé: il l'est en particulier de vous déclarer déliés, ainsi que tous les officiers publics, du serment qu'ils ont prêté à notre maison, et de les remercier tous du zèle et de la fidélité dont ils nous ont fait preuve, en les assurant des sentimens inaltérables d'intérêt et de bienveillance sur lesquels ils peuvent compter de notre part.

Sur ce nous prions Dieu etc.

A Berlin, le 28. Février 1806.

Signé: *Frédéric Guillaume.*
Reck. *Hardenberg.*

---

4. Décret

de S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie qui transfère la principauté de Neufchâtel au maréchal Berthier,

en date du 30. Mars 1806.

Napoléon, par la grâce de Dieu et les constitutions, Empereur des Français et Roi d'Italie, à tous présens et à venir, salut:

Voulant donner à notre cousin le maréchal Berthier, notre grand-veneur et notre ministre de la guerre, un témoignage de notre bienveillance pour l'attachement qu'il nous a toujours montré, et la fidélité et la talent avec lesquels il nous a constamment servi, nous avons résolu de lui transférer, comme en effet, nous lui transférons par les présentes, la principauté de Neufchâtel avec le titre de prince et duc de Neufchâtel, pour la posséder en toute propriété et souveraineté, telle qu'elle nous a été cédée par S. M. le Roi de Prusse.

Nous entendons qu'il transmettra la dite principauté à ses enfans mâles légitimes et naturels, par ordre de primogéniture, nous réservant, si sa

descendance masculine légitime et naturelle venait à s'éteindre, ce que Dieu ne veuille, de transmettre la dite principauté aux mêmes titres et charges, à notre choix, et ainsi que nous le croirons convenable pour le bien de nos peuples et l'intérêt de notre couronne.

Notre cousin le maréchal Berthier prêtera en nos mains, et en sadite qualité de prince et duc de Neufchâtel, le serment de nous servir en bon et loyal sujet. Le même serment sera prêté à chaque vacance par ses successeurs.

Nous ne doutons pas qu'ils n'héritent de ses sentimens pour nous, et qu'ils ne nous portent ainsi qu'à nos descendans, le même attachement et la même fidélité.

Nos peuples de Neufchâtel mériteront par leur obéissance envers leur nouveau souverain la protection spéciale qu'il est dans notre intention de leur accorder constamment.

Donné en notre palais des Tuileries, le 30. Mars 1806.

Signé: *Napoléon.*

Vu par nous, archichancelier de l'empire,
Signé: *Cambacerès.*

Par l'Empereur,
le ministre secrétaire d'état,
Signé: *H. B. Maret.*

---

5. Urkunde

über die Aufnahme des Cantons Neufchatel in den Schweizerbund

vom 7. April 1815.

Wir, die Gesandten der Cantone der Schweiz, auf der eidgenössischen Tagsatzung in Zürich ausserordentlich versammelt, thun kund und zu wissen hiermit:

Dass, nachdem die Tagsatzung der schweizerischen Eidgenossenschaft bereits unterm 12. Herbstmonat 1814 beschlossen hat, in das Begehren des souverainen Staats Neuenburg einzuwilligen und denselben als Canton in den Schweizerbund aufzunehmen, Wir es für angemessen erachtet haben, diese endliche Vereinigung nicht länger aufzuschieben, welche für beide Theile gleich vortheilhaft und geeignet ist, die seit Jahrhunderten gegenseitig bestandenen freundschaftlichen Verhältnisse durch eine völlige Gemeinschaft der Schicksale und Interessen immer mehr zu befestigen.

Zu dem Ende haben Wir ernannt und mit den erforderlichen Vollmachten versehen die Herren —, und der souveraine Stand Neuenburg die Herren —, welche hierauf denjenigen Vereinigungspunkt abgeschlossen haben, dessen Inhalt hier folgt:

Art. I. Der souveraine Staat Neuenburg wird als Canton in die schweizerische Eidgenossenschaft aufgenommen. Diese Aufnahme findet unter der ausdrücklichen Bedingung statt, dass die Erfüllung aller Verpflichtungen, welche dem Stand Neuenburg als Glied der Eidgenossenschaft obliegen, die Theilnahme dieses Standes an der Berathung der allgemeinen Angelegenheiten der Schweiz, die Ratification und Vollziehung der Beschlüsse der Tagsatzung, ausschliesslich die in Neuenburg residirende Regierung betreffen werden, ohne dass dafür eine weitere Sanction oder Genehmigung erforderlich sei.

Art. II. Der Canton Neuenburg tritt allen Bestimmungen des Bundesvertrags bei, den er gleich den übrigen Ständen der Schweiz zu beschwören hat.

Art. III. Er liefert sein Contingent zur eidgenössischen Armee in dem für alle andern Stände angenommenen Verhältnisse von zwei Mann auf hundert Seelen der ganzen Bevölkerung, nach welchem Maasstabe auf funfzigtausend Seelen das Contingent tausend Mann betragen soll.

Art. IV. Sein Geldcontingent, nach dem gleichen Verhältniss wie jenes der Stände Basel und Genf berechnet, ist auf fünf und zwanzigtausend Schweizer-Franken festgesetzt. Durch diese Bestimmung und durch jene im vorhergehenden Artikel soll indess der durch den dritten Artikel des Bundesvertrags vorbehaltenen Revision der Beiträge an Mannschaft und Geld nicht vorgegriffen sein.

Art. V. Der Staat Neuenburg ist der einundzwanzigste Canton der Schweiz; er nimmt seinen Rang in der Tagsatzung unmittelbar nach der Republik Wallis.

Art. VI. Die gegenwärtige Vereinigungsurkunde, welche von den Commissarien der Tagsatzung unterzeichnet worden, soll allsogleich den eidgenössischen Ständen und der Regierung von Neuenburg zur Ratification vorgelegt werden; so bald diese erfolgt, wird die Vereinigung vollendet und definitiv auf ewige Zeiten beschlossen sein.

---

6. *Proclamation*

adressée par S. M. le Roi de Prusse aux autorités de la province de Neufchâtel et de Valendis.

Nous, Guillaume IV, par la grâce de Dieu, Roi de Prusse, Prince souverain de Neufchâtel et de Valendis, etc., après avoir pris connaissance de la résolution adoptée par le corps législatif, en date du 29. Octobre de cette année, proclamant la neutralité du pays pendant la guerre civile qui vient d'éclater en Suisse, et nous être assuré de l'assentiment complet des quatre bourgeoisies, du clergé et des organes les plus influents du pays, nous déclarons par les présentes que nous approuvons entièrement les motifs qui ont dicté cette résolution au corps législatif.

En conséquence, en notre qualité de Prince souverain, et de notre propre mouvement, nous ratifions et confirmons ladite résolution, et nous proclamons notre principauté de Neufchâtel et Valendis pays neutre et inviolable pendant toute la durée de la guerre civile, ainsi que cette neutralité et cette inviolabilité ont été déterminées par le corps législatif et le conseil d'Etat de Neufchâtel.

En foi de quoi, nous avons signé la présente déclaration, et nous y avons fait apposer le sceau de l'Etat.

Donné à Berlin, le 19. Novembre de l'an de grâce 1847, la huitième année de notre gouvernement.

Signé: *Frédéric-Guillaume.*
Contresigné: *Werther.*

7. *Déclaration*

du ministre de Prusse près la confédération Suisse jointe à la lettre royale relative à Neufchâtel.

A. S. Exc. le président et les membres du conseil exécutif du haut Etat et directoire fédéral de Berne.

Le soussigné, envoyé de S. M. le Roi de Prusse près la confédération Suisse, est chargé par sa cour de faire à LL. EE. les président et membres du conseil exécutif du haut Etat et directoire fédéral de Berne, et en même temps à tous les autres gouvernements cantonaux, la déclaration suivante:

Le Roi, très-gracieux maître et seigneur du soussigné, a, en sa qualité de prince souverain de Neufchâtel, par la lettre dont copie est annexée à la présente, sous la date du 19 de ce mois, daigné sanctionner et confirmer la décision „d'observer une stricte neutralité dans la guerre civile qui vient d'éclater," résolution qui a été prise par les corporations politiques du pays existant en vertu de la constitution et des lois.

Animé du désir de couvrir de sa protection non-seulement cette partie de la Suisse, mais voulant offrir à la confédération tout entière aide et protection, pour la préserver des maux de la guerre, Sa Majesté a proposé à ses hauts alliés sa ville de Neufchâtel comme point de réunion, à l'effet d'ouvrir des négociations médiatrices, dans la ferme conviction que tous les gouvernements cantonaux et les chefs des troupes respecteront strictement la neutralité de l'Etat souverain de Neufchâtel.

En portant cette communication à la connaissance de LL. EE. les président et membres du conseil exécutif du haut Etat de Berne, le soussigné doit ajouter sa déclaration que S. M. le Roi devrait considérer toute violation de cette neutralité, sanctionnée par lui comme une rupture de la paix et un acte d'hostilité commis envers Sa Majesté.

Le soussigné saisit etc.

Berne, le 26. Novembre 1847.

L. de Sidow.

8. Réponse

de la diète fédérale de la Suisse à la note de S. Exc. M. le conseiller intime de légation de Sidow, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de S. M. le Roi de Prusse près la confédération suisse.

La note datée du 26. Novembre dernier, que S. Exc. l'envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de S. M. le Roi de Prusse près la confédération suisse a adressée au directoire ainsi qu'à tous les gouvernements cantonaux, a été portée par le territoire à la connaissance de l'autorité suprême fédérale actuellement assemblée, et celle-ci a l'honneur d'y répondre comme suit;

La première condition sous laquelle le canton de Neufchâtel a été reçu comme canton dans la confédération est, d'après l'acte de réunion dès 6. Avril et 19. Mai 1815, conçue dans les termes suivans:

Art. 1. L'Etat de Neufchâtel est admis dans la confédération suisse en qualité de canton. Cette admission a lieu sous la condition expresse que l'accomplissement de tous les engagements que l'Etat de Neufchâtel contracte, comme membre de la confédération, la participation de cet Etat à la délibération des affaires générales de la Suisse, la ratification et l'exécution des arrêtés de la diète, concerneront exclusivement le gouvernement résidant à Neufchâtel, sans exiger aucune ratification ni sanction ultérieure.

D'après cette disposition claire de l'acte en question, le prince souverain de Neufchâtel est exclu de toute action sur les rapports de droit fédéral entre la confédération et le canton de Neufchâtel. Ce dernier a, en sa qualité de membre de la confédération, absolument les mêmes droits et obligations que tout autre canton, et l'article mentionné de l'acte de réunion n'a pas d'autre but que de garantir à la confédération cette assimilation de la position de Neufchâtel.

Or, S. M. le Roi de Prusse, soumettant à sa sanction un acte du corps législatif de Neufchâtel, relatif aux rapports fédéraux, communiquant en outre cette sanction officiellement à la confédération, et exigeant que, dans les affaires intérieures de la Suisse, le canton de Neufchâtel soit reconnu comme territoire neutre, la diète fédérale doit y voir une intervention impliquant contradiction avec l'art. 1. de l'acte mentionné, et réserver de la manière la plus solennelle les droits et l'indépendance de la confédération.

D'après le pacte fédéral du 7. Août 1815 et un usage qui n'a jamais été contesté, la diète suisse est compétente pour décider la question de savoir si un canton a accompli les obligations que le pacte lui impose, tout comme la diète a, dans le cas contraire, le droit de prendre toutes les mesures nécessaires pour faire respecter les droits et l'autorité de la confédération. Si elle doit en agir ainsi à l'égard d'un canton quelconque, conformément au devoir qui lui est imposé et au serment qu'elle a prêté sur le pacte, cet acte exclut nécessairement toute présomption d'offense ou d'hostilité, et la diète doit repousser l'interprétation exprimée à cet égard dans la note.

La confédération a de tout temps reconnu les droits de la principauté de Neufchâtel comme telle, et ne s'est point immiscée dans les rapports du pays avec son prince. En général, les antécédents et le propre intérêt de la confédération sont une garantie suffisante qu'elle s'efforcera constamment d'entretenir et de cultiver les rapports d'amitié avec d'autres Etats, en observant religieusement les obligations internationales. D'un autre côté, la confédération exprime toutefois la juste attente que l'on saura aussi respecter sa souveraineté et son indépendance, et elle sait que sa mission et son devoir sont de la défendre de toutes ses forces.

La diète ne peut s'empêcher de rappeler encore que, dans des circonstances parfaitement semblables, elle a proclamé déjà une fois les mêmes principes sur la position de Neufchâtel vis-à-vis de la confédération, principes qu'elle a su faire prévaloir. A cet effet, elle se permet d'appeler l'attention de S. Exc. l'envoyé de Prusse sur la note datée du 5. Septembre 1833, de M. d'Olfers, chargé d'affaires de S. M. le Roi de Prusse, et sur la réponse du directoire du 7. Septembre 1833.

A l'égard de la notification portant que S. M. le Roi de Prusse a proposé à ses hauts alliés la ville de Neufchâtel comme point de réunion pour ouvrir des négociations médiatrices touchant la Suisse, la diète se trouve dans le cas d'informer S. Exc. l'envoyé de Prusse que l'exécution armée des arrêtés de la diète contre l'alliance dite Sonderbund est terminée, attendu que tous les sept cantons se sont soumis à l'arrêté fédéral, et cela en majeure partie par voie de capitulation, et sans qu'il ait été besoin d'employer la force des armes.

Grace à la fermeté de l'autorité fédérale, au courage et à l'enthousiasme des troupes fédérales, ainsi qu'à l'habileté et à l'humanité de leurs chefs, on a réussi à rétablir en peu de temps l'ordre et la légalité. Abstraction faite de cela, la confédération doit réserver son droit de régler elle-même ses affaires, et cela à plus forte raison que dans la question actuelle il ne s'agit ni de complications avec d'autres Etats, ni d'une guerre entre quelques cantons, mais de l'emploi de la force fédérale contre des membres confédérés rénitents. Au surplus, la confédération a de nouveau fourni la preuve qu'elle a la volonté aussi bien que la force nécessaire pour réprimer énergiquement par elle-même les perturbations momentanées de la paix intérieure.

La diète saisit etc.

Berne, le 2. Décembre 1847.

9. Proclamation

du gouvernement provisoire de la république et canton de Neufchâtel.

Concitoyens!

Le dernier acte de notre révolution est accompli! Aujourd'hui 2. Mars, la ville de Neufchâtel a été remise par son administration au gouvernement provisoire, qui en a fait prendre possession par le commandant militaire.

L'arrestation du conseil d'état a ensuite été ordonnée et ses membres ont été conduits dans les appartemens du château, où ils demeureront détenus jusqu'à nouvel ordre: ils y seront traités avec égards.

Dès ce moment, l'ancien gouvernement n'existe plus.

Le gouvernement provisoire est le seul au pays; et bientôt reconnue par la confédération, la république neuchâteloise va prendre son rang parmi les démocraties helvétiques.

Réjouissons-nous de l'heureux résultat de notre entreprise! Préparons l'avenir en établissant les bases solides sur lesquelles doivent reposer désormais nos institutions. Soyons fiers que cette belle réforme ait été accomplie sans une goutte de sang versé et qu'elle soit demeurée pure de tout excès. Le pays doit prendre une ferme confiance. Quand un peuple sait demander et conquérir ainsi ses droits, il est digne de les exercer.

Le gouvernement provisoire:

Château de Neufchâtel, le 2. Mars 1848.

Alexis-Marie Piaget, avocat, président.
Louis Brandt-Stauffer.
L.-Edouard Montandon, de Travers.
George Dubois, docteur.
Henri Grandjean, du Locle.
Erhard Borel.
Louis Sandoz-Morthier.

10. Décret

du gouvernement provisoire, de la même date.

Art. 1. Le gouvernement provisoire prononce la dechéance de l'ancien gouvernement de la principauté.

Art. 2. Le régime monarchique est aboli.

Art. 3. Le canton est proclamé république: tout pour le peuple et par le peuple.

Art. 4. Toutes les victimes du pouvoir déchu rentrent dans leurs droits, et toutes poursuites pendantes pour prétendu délit politique sont mises à néant.

Art. 5. Le corps législatif est dissous, le peuple sera réuni en assemblée nationale pour procéder à la constitution du pays. Cette constitution sera établie sur des bases larges et libérales, propres à régénérer le pays et à resserrer nos liens fédéraux par une réciprocité de jouissance des droits politiques et de libre établissement.

Art. 6. Tous les fonctionnaires publics, civils et militaires sont déclarés provisoires; au besoin il sera pourvu à leur remplacement.

Art. 7. Il sera pris des mesures pour donner cours aux affaires judiciaires aussi promptement que possible. La justice sera désormais administrée au nom de la république.

Art. 8. L'échéance des effets de commerce est prorogée de vingt jours pour ceux échus au 28. Février, et de quinze jours pour ceux échus jusques à ce jour, 2. Mars.

Art. 9. Les poursuites judiciaires faites du 28. Février au 2. Mars sont déclarées nulles et non avenues en ce qui concerne les citoyens qui ont pris les armes ou rempli des fonctions auprès des comités et du gouvernement provisoire.

Art. 10. La faveur accordée par l'article précédent continuera pour les citoyens y mentionnés, aussi long-tems qu'ils demeureront au service du gouvernement de la république.

(Suivent les mêmes signatures.)

IX.

DAENEMARK. SCHWEDEN. NORWEGEN.

Dänemark, Schweden, Norwegen.

Dänemark, wo seit 1784 König Friedrich VI. als Mitregent seines geisteskranken Vaters, sodann seit des Letzteren Tod 1808 allein regierte, hatte 1792, als es sich der ersten Coalition gegen Frankreich anschließen sollte, seine Neutralität behauptet, wurde aber durch verschiedene Uebergriffe England's in der Folge zu jenem engen und ausharrenden Anschluß an Frankreich und die Sache Napoleon's getrieben, welche 1814 die Abtrennung Norwegen's vom dänischen Reich zur Folge hatte. Schon im Jahr 1800 erlaubte sich England Willkürlichkeiten gegen die dänische Flagge, indem es den bisherigen Grundsatz: „frei Schiff macht frei Gut" nicht mehr anerkennen wollte, die neutralen dänischen Schiffe durchsuchte und eine dänische Fregatte nahm, welche sich Dem widersetzte. Schon damals erschien eine englische Flotte vor Copenhagen; Dänemark, das noch nicht vollständig gerüstet war, gab nach und verglich sich mit England (August 1800). Im Widerspruch mit diesem Vergleich aber schloß es noch im Dezember desselben Jahres eine bewaffnete Neutralität mit Rußland, Preußen und Schweden, welche beabsichtigte, die Engländer, die sich auch gegen die übrigen nordischen Flaggen Uebergriffe erlaubt hatten, von der Ostsee und den Häfen der Nordsee auszuschließen. Die Dänen besetzten im Frühjahr 1801 Hamburg und Lübek, die Preußen das Kurfürstenthum Hannover und sperrten die Mündungen der Elbe, Weser und Ems. Nun erschien (März 1801) eine englische Flotte von 54 Schiffen unter den Admiralen Parker und Nelson an der dänischen Küste, drang dicht am schwedischen Ufer, von welchem kein Schuß fiel, durch den Sund nach Kopenhagen vor, wurde aber hier von den dänischen Blockschiffen (die dänische Flotte lag im Hafen und nahm an der Schlacht nicht Theil) mit großer Tapferkeit angegriffen, worauf Nelson am 3. April einen Waffenstillstand vorschlug, der am 9. April auch zu Stande kam. Als nach Paul's Tod (23. März 1801) Kaiser Alexander den russischen Thron bestiegen hatte, fand eine Annäherung zwischen Rußland und England Statt, die bewaffnete Neutralität der nordischen Staaten hob sich auf, Rußland schloß

mit England zu Petersburg eine Convention, welcher Dänemark beitrat; England erhielt darin so ziemlich dieselben Rechte zur See, für deren Verweigerung sich die bewaffnete Neutralität gebildet hatte; den Dänen wurden hierauf die von den Engländern genommenen westindischen Colonien wieder herausgegeben. Noch gewaltthätiger trat England gegen Dänemark auf im Jahr 1807. Als es wahrscheinlich wurde, daß sich auch Dänemark dem napoleonischen Continentalsystem werde anschließen müssen, erschien im August 1807 eine englische Flotte unter Admiral Gambier mit etwa 33,000 Mann Landtruppen unter Cathcart und verlangte von dem Regenten entweder ein Bündniß mit England oder Auslieferung der dänischen Flotte. Da Beides verweigert wurde, beschossen die Engländer vom 2. bis 5. September 1807 Copenhagen von der Land- und Seeseite. Am 7. Sept. capitulirte die Stadt und die Engländer führten die ganze im Hafen abgetakelt liegende dänische Flotte (18 Linienschiffe, 15 Fregatten, 6 Briggs und 25 Kanonenboote) mit hinweg. England bot jetzt abermals den Dänen ein Bündniß an oder verlangte wenigstens Neutralität und Abtretung der Insel Helgoland; in letzterem Fall wollte es die dänische Flotte drei Jahre nach dem Frieden zurückstellen. Allein Dänemark, mit dem Haupttheile seines Gebietes dem europäischen Continent angehörig, wo damals Napoleon allmächtig war, hätte sich nur mit der größten Gefahr für seine Existenz dem Feinde Frankreichs anschließen können, mochte auch in dem bisherigen Verfahren England's durchaus keine Aufforderung finden, dem britischen Inselstaat irgend Opfer zu bringen. Es schloß am 31. Okt. 1807 zu Fontainebleau ein Bündniß mit Napoleon und erklärte an England den Krieg. Französische Truppen rückten in Dänemark ein und besetzten mit den Dänen die Küsten des Landes; der Zug Bernadotte's gegen Schweden, an welches Dänemark 1808 den Krieg erklärt hatte, wurde jedoch durch den 1809 ausbrechenden östreichischen Krieg verhindert; Dänemark schloß mit Schweden am 10. Dez. 1809 den Frieden zu Jönköping, welcher keinerlei Abtretung zur Folge hatte.

Indessen konnten die Absichten **Schweden's** auf den Besitz von Norwegen eine aufrichtige Freundschaft zwischen dem dänischen und schwedischen Hofe nicht wohl aufkommen lassen. Schweden hatte zwar im Jahr 1800 gleichfalls an der bewaffneten Neutralität der nordischen Mächte gegen England Theil genommen, König Gustav IV. aber schloß, nachdem sich diese Neutralität 1801 aufgelöst und Schweden die westindische Insel Barthelemy zurückerhalten hatte, am 25. Juli 1803 ein Bündniß mit England; Gustav war in seiner Gesinnung ein heftiger Gegner Napoleon's, trat daher auch am 28. Okt. 1805 dem englisch-russischen Bündniß gegen Napoleon bei, verbündete sich noch nach der Schlacht bei Jena mit den Preußen, während er die Friedensanträge Frankreich's zurückwies, und hielt fest an England. Napoleon gewann jedoch in Preußen schnell die Oberhand, auch das mit Preußen verbündete Rußland vermochte ihn in seinem Siegeslauf nicht zu hemmen,

die blutige Schlacht bei Eilau (7. und 8. Febr. 1807) blieb zwar unentschieden, desto entscheidender war der Sieg Napoleon's bei Friedland (14. Juni 1807); es erfolgte der Frieden von Tilsit (7. Juli mit Rußland, 9. Juli mit Preußen), in welchem Preußen sein halbes Land, 2700 □M. mit fünf Millionen Einwohnern verlor und selbst an Rußland, seinen bisherigen Verbündeten, den Kreis Bialystok in preußisch Polen, 206 □M. mit 184,000 Einwohnern, abtreten mußte. So blieb also Schweden allein noch als Gegner Napoleon's auf Seiten England's. Die Franzosen nahmen jetzt Schwedisch-Pommern und die Insel Rügen, Rußland aber, das sich in den geheimen Artikeln des tilsiter Friedens die Einwilligung Napoleon's hatte geben lassen, Finnland zu erobern, forderte im Interesse Frankreich's von Schweden, daß es die englische Allianz aufgebe und den Engländern die Ostsee schließe; als Gustav dieses verweigerte, so lange die französischen Truppen das benachbarte Dänemark besetzt hielten, erklärten Rußland und Dänemark (10. Febr. 1808) den Krieg an Schweden. Ein russisches Heer fiel in Finnland ein, schlug die Schweden und eroberte in wenigen Wochen das ganze Land; so daß Kaiser Alexander am 20. März / 1. April 1808 Finnland dem russischen Reiche einverleibt erklärte (Urkunde 1). Die Hauptfestung Sweaborg, der letzte feste Punkt, ergab sich mit der dort stationirten Flotille am 3. Mai 1808 durch Verrath, und damit war die Eroberung vollendet. Die schwedische Armee, welche auf die Kriegserklärung Dänemark's in Norwegen eingefallen war, wurde dort geschlagen und zurückgetrieben. Die Versuche Gustav's, Finnland wieder zu gewinnen, schlugen fehl, die Schweden wurden bei Orwais 14. Sept. 1808 von den Russen geschlagen, schlossen am 19. Sept. zu Lochto Waffenstillstand und mußten in der Uebereinkunft zu Olkioki, 19. Nov. 1808, den Russen Finnland überlassen (Urkunde 2). Im März 1809 wurde König Gustav IV. durch eine unblutige Verschwörung entthront; am 29. März unterzeichnete er seine Entsagungsurkunde. Der Reichstag übertrug die Krone dem Oheim des Königs, dem Herzog Karl von Södermanland, der jetzt als König Karl XIII., nachdem er eine neue Verfassung anerkannt hatte, den Thron bestieg. Da Karl XIII. kinderlos war, so adoptirte er den Prinzen Christian August von Holstein-Augustenburg, und als dieser plötzlich starb, den vom Reichstag zu Oerebrö am 21. Aug. 1810 gewählten Marschall Bernadotte (28. Aug. 1810), der den Namen Karl Johann annahm. Karl XIII. schloß wenige Monate nach seiner Thronbesteigung am 19. Sept. 1809 mit Rußland den definitiven Frieden zu Friedrichshamm, in welchem Schweden sein bestes Getreideland, Finnland, Ostbothnien, Westbothnien, die Alandsinseln, im Ganzen 5472 □M. mit 898,000 Einwohnern für immer an Rußland abtrat (Urkunde 3) und sich dem Continentalsystem anschloß. Mit Dänemark schloß Schweden am 10. Dez. 1809 den bereits oben erwähnten Frieden von Jönköping, der ihm weder Gewinn noch Verlust brachte;

mit Frankreich söhnte es sich durch den Tractat von Paris aus (6. Jan. 1810), der ihm Pommern und Rügen unter der Bedingung des Beitritts zum Continentalsystem zurückgab.

Schweden fand sich nun aber durch das Continentalsystem in hohem Grade benachtheiligt, das Land drohte dabei völlig zu verarmen, die Regierung executirte dasselbe daher auch nur sehr lau. Von Napoleon bei Annäherung des russischen Krieges zur Errichtung eines nordischen Bundes mit Dänemark und dem Großherzogthum Warschau aufgefordert, gab Schweden eine ausweichende Antwort. Die Franzosen nahmen jetzt Schwedisch-Pommern und erneuerten die Anträge zu einem Bündnisse mit Frankreich gegen Rußland, wobei die Wiedergewinnung Pommern's und Finnland's in entfernte Aussicht gestellt wurde. Rußland und England dagegen suchten Schweden durch die Hoffnung auf den Gewinn Norwegen's auf ihre Seite zu ziehen. Der Kronprinz Karl Johann mochte wohl fühlen, daß Napoleon sich auf der damaligen Stufe seiner Macht für die Dauer nicht werde erhalten können, und daß er selbst mit in den Sturz möchte gezogen werden, wenn er sich bei dem Kampf mit Rußland der Sache des französischen Kaisers anschließe. Das schwedische Cabinet erklärte daher auf Napoleon's Anträge, nachdem sich Schweden durch das Anschließen an die französische Politik den Verlust von Finnland zugezogen, werde es bei dem bevorstehenden Kriege nur zu derjenigen Partei treten, welche ihm als Ersatz für das verlorene Finnland die Erwerbung Norwegen's verspreche. Auf diese Zumuthung konnte Napoleon voraussichtlich nicht eingehen, da Norwegen seit Jahrhunderten einen Bestandtheil der dänischen Monarchie ausmachte, dessen König ein treuer Alliirter des Kaisers war. Schweden schloß also am 24. März 1812 ein Bündniß mit Rußland; am 18. Juli 1812 kam sodann zu Oerebrö der Frieden zwischen Schweden und England und ein Bündniß zwischen England, Rußland und Schweden zu Stande, in dessen geheimen Artikeln den Schweden der Besitz Norwegen's zugesichert wurde, das jedoch von den Schweden erst erobert werden mußte.

Norwegen bestand in den ältesten Zeiten aus einer Anzahl kleiner Reiche, in denen sich nach und nach ein Oberkönig geltend machte, unter dem die einzelnen Herrschaften gegen das Ende des zehnten Jahrhunderts zu einem Reiche vereinigt wurden. Mit Hako VII. 1319 erlosch die männliche Linie der norwegischen Dynastie und das Land vererbte sich an den schwedischen König Magnus Smek, den Enkel Hako's VII. Dieser Magnus trat 1350 die Krone Norwegen's an seinen Sohn Hako VIII. ab. Hako VIII. gerieth mit seinem Vater in Krieg und eroberte Schweden; worauf Norwegen und Schweden zu einem Reiche vereinigt wurden (1362). Als er sich 1363 mit der dänischen Prinzessin Margaretha, der jüngeren Tochter des Königs Waldemar IV. von Dänemark vermählt hatte, setzten ihn die Schweden 1365 wieder ab, und er blieb fortan nur noch König von Norwegen. Nach dem Tode des dänischen Königs Waldemar IV. 1375 meldeten sich die zwei Enkel

Waldemar's, Albrecht, der Sohn des Herzogs Heinrich von Mecklenburg und der Ingeberga, Waldemar's älteren Tochter, und der erst fünfjährige Sohn des norwegischen Königs Hako VIII. und der Margaretha, Olaf, für den dänischen Thron. Waldemar hatte zwar den Sohn seiner älteren Tochter, Albrecht, zum Nachfolger in Dänemark bestimmt; allein Margaretha hatte es dahin zu bringen gewußt, daß der dänische Reichstag ihren Sohn Olaf zum König ernannte, der jetzt als Olaf V. den dänischen Thron bestieg. Nachdem nun Hako VIII. 1380 gestorben war, wurde Olaf V. unter der Vormundschaft seiner Mutter auch König von Norwegen, auf diese Weise wurden Dänemark und Norwegen unter einem Scepter vereinigt und blieben es bis zum Jahr 1814. Olaf V. starb schon 1387, wenige Monate nach ihm auch Albrecht von Mecklenburg; Margaretha war nun Herrscherin über Norwegen und Dänemark; da aber die Norweger nicht unter dem Scepter einer Frau stehen wollten, so veranlaßte sie, daß diese 1388 den fünfjährigen Erich VII., den Sohn des Herzogs Wratislav VII. von Pommern und der Maria von Mecklenburg (einer Tochter von Margaretha's Schwester Ingeberga), zum König wählten, ihr aber die Regentschaft in Norwegen überließen. Als die gegen ihren König Albrecht II. von Mecklenburg aufständischen Schweden den Beistand der Margaretha verlangten, sagte sie diesen zu unter der Bedingung, daß ihr die schwedische Krone zugesichert würde; und so brachte diese kluge und thätige Frau endlich die drei nordischen Reiche unter ihr Scepter, die vereinigten Kronen aber auf das Haupt Erich's VII. Durch einen feierlichen Vertrag von Abgeordneten der drei Reiche, geschlossen zu Kalmar 13. Juli 1397 (die sogenannte kalmarische Union) ließ sie diese Vereinigung bestätigen. Margaretha starb am 28. Okt. 1412. Die Union war von kurzer Dauer; 1439 kündeten die drei Reiche dem König Erich den Gehorsam auf und wählten 1440 den Pfalzgrafen Christoph von Bayern, Erich's Schwestersohn, als Christoph III. zum gemeinsamen König. Als dieser 1448 kinderlos starb, löste sich die Union auf, die Schweden wählten Karl Knutson als Karl VIII. zum König, die Dänen den Herzog Adolph von Holstein, der die Wahl ausschlug und seinen Neffen Christian I. für die Krone empfahl, mit dem sodann das Haus Oldenburg den dänischen Thron bestieg; die Norweger waren anfangs unschlüssig, vereinigten sich 1450 mit Dänemark, rissen sich 1500 wieder los, wurden jedoch durch die Schlacht bei Oslo 1502 von Christian's Nachfolger Johann, der nach diesem Siege den größten Theil des norwegischen Adels hinrichten ließ, zur Unterwerfung gezwungen. Unter dem dänischen König Friedrich I., der den Norwegern wieder das Recht der Wahl des Königs zugestanden hatte, erklärte sodann Norwegen 1532 seine ewige Vereinigung mit Dänemark. In dieser Vereinigung blieb Norwegen mit Dänemark bis zum kieler Frieden (14. Jan. 1814).

Nach dem verhängnißvollen Jahre 1812, als das napoleonische

Heer in Rußland zu Grunde gegangen war und der Stern des allmächtigen Kaisers sich seinem Untergange zuneigte, versuchte Dänemark, sich den Alliirten anzuschließen und trat deßhalb in Unterhandlung mit England. Da man aber, wie dies nach dem an Schweden gegebenen Versprechen nicht wohl anders geschehen konnte, die Abtretung Norwegen's an die Krone Schweden zur Bedingung machte, wofür beim Schlusse eines allgemeinen Friedens auf irgend eine Weise Entschädigung erfolgen sollte; so zog es Dänemark vor, mit Frankreich einen neuen Allianzvertrag zu schließen (10. Juli 1813) und demgemäß 12,000 Dänen zu dem Corps des Marschalls Davoust stoßen zu lassen. Der Kronprinz von Schweden Bernadotte war mit 30,000 Mann in Deutschland gelandet, um an dem Kampf gegen Napoleon Theil zu nehmen; als nun nach der Schlacht bei Leipzig die Franzosen Deutschland verließen, wandte er sich mit seinem Heere nach Holstein, das er zum großen Theil eroberte, um Dänemark zur Abtretung Norwegen's zu nöthigen. Dänemark schloß hierauf am 15. Dez. 1813 mit den Alliirten Waffenstillstand und am 14. Jan. 1814 mit Schweden den Frieden von Kiel, worin es an Schweden, gegen Schwedisch-Pommern und die Insel Rügen, das Königreich Norwegen abtrat (Urkunde 4). An demselben Tage kam zu Kiel auch der Friede zwischen Dänemark und England zu Stande, nach welchem England die Insel Helgoland, die es bereits an sich genommen, im Besitz behielt (Urkunde 5). Am 25. Aug. schloß Dänemark zu Berlin Frieden mit Preußen. Das Friedensinstrument (Urkunde 6) enthält nur allgemeine Bestimmungen von Wiederherstellung der alten friedlichen Verhältnisse; im fünften Artikel verpflichtet sich Preußen, mit Schweden, Rußland und England dahin zu wirken, daß Dänemark für den Verlust Norwegen's nicht blos mit Pommern, sondern noch anderweitig entschädigt werde. Eine solche weitere Entschädigung aber ist nicht erfolgt. Vergeblich bemühten sich der dänische König Friedrich VI. und seine Bevollmächtigten, die Grafen Bernstorff, auf dem wiener Congreß, sie zu erlangen. Dagegen vertauschte der König von Preußen das Herzogthum Lauenburg, das er nach Beschluß des wiener Congresses (Art. 29 der Congreßacte) von Hannover erhalten hatte, durch Vertrag (datirt Wien, 4. Juni 1815, Urkunde 7) gegen Schwedisch-Pommern und die Insel Rügen an Dänemark und zahlte noch außerdem an dasselbe zwei Millionen preußische Thaler als Entschädigung.

Als die Norweger vernahmen, daß ihr Land im kieler Frieden von Dänemark an die Krone Schweden abgetreten sei, rüsteten sie sich und erhoben den Prinzen Christian Friedrich von Schleswig-Holstein, bisherigen dänischen Statthalter, zum König von Norwegen. Der Reichstag entwarf zu Eidswold eine sehr freisinnige Verfassung, welche am 31. Mai 1814 vom Volke angenommen wurde. Prinz Christian erkannte diese Verfassung an und erklärte sich am 29. Mai 1814 zum König von Norwegen. Allein die Armee von 12000 Mann, welche die

Norweger aufgebracht hatten, war den Schweden, die unter dem Kronprinzen Bernadotte im Juli 1814 in Norwegen einfielen, nicht gewachsen; sie wurde zurückgedrängt, und die Grenzfestungen erhielten schwedische Besatzung. Die Norweger hielten es jetzt für gerathen, sich unter angemessenen Bedingungen in die Vereinigung mit Schweden zu fügen. Es wurde am 14. Aug. 1814 im Hauptquartier zu Moß ein Waffenstillstand geschlossen (Urkunde 8) und unter gleichem Datum die Convention zu Moß (Urkunde 9), worin sich der Prinz Christian Friedrich verbindlich machte, den norwegischen Reichstag behufs einer Erklärung für den Anschluß an Schweden einzuberufen, Schweden aber schon vorläufig die norwegische Verfassung von Eidswold anerkannte. Prinz Christian Friedrich legte hierauf am 16. August 1814 die Regierung nieder (seine Proclamation an die Norweger über diesen Act findet sich im Journal de Francfort Jahrg. 1814 Nr. 256). Der norwegische Reichstag proclamirte sodann am 14. Nov. 1814 den König von Schweden zum König von Norwegen. Die Beziehungen zwischen Norwegen und Schweden wurden im Jahr 1815 von den Reichstägen beider Länder in einer besonderen, vom König sanctionirten Acte (Urkunde 10) festgesetzt, nach deren erstem Artikel Norwegen ein freies, unabhängiges, untheilbares und unveräußerliches, mit Schweden unter demselben König verbundenes Königreich bildet.

Wir geben folgende Urkunden. 1) Manifest des russischen Kaisers Alexander vom 20. März 1808 über die Lostrennung Finnland's von Schweden und Einverleibung desselben in das russische Reich. 2) Uebereinkunft zwischen den Schweden und Russen zu Olikoki am 19. Nov. 1808, worin den Russen Finnland überlassen wird. 3) Frieden zu Friedrichshamm am 19. Sept. 1809 zwischen Schweden und Rußland, worin Finnland definitiv abgetreten wird. 4) Frieden zwischen Schweden und Dänemark zu Kiel am 14. Jan. 1814, worin Schweden an Dänemark Schwedisch-Pommern mit der Insel Rügen abtritt, dagegen aber Norwegen erhält. 5) Frieden zu Kiel zwischen Dänemark und England, 14. Jan. 1814, worin England Helgoland behält. 6) Friede zwischen Dänemark und Preußen zu Berlin 25. Aug. 1814. 7) Vertrag zu Wien 4. Juni 1815 zwischen Dänemark und Preußen, worin Dänemark an Preußen Schwedisch-Pommern mit der Insel Rügen gegen Lauenburg vertauscht. 8) Waffenstillstand zwischen Norwegen und Schweden zu Moß 14. Aug. 1814. 9) Convention zwischen Norwegen und Schweden zu Moß 14. Aug. 1814. 10) Acte über die Beziehungen Norwegen's zu Schweden, unterzeichnet am 31. Juli 1815 zu Christiania, am 6. Aug. 1815 zu Stockholm. — Die Actenstücke finden sich bei Martens nouveau recueil tom. I u. II, theilweise auch in Klüber's Acten des wiener Congresses, im Journal de Francfort Jahrg. 1814 u. 1815, in der dänischen Hofzeitung ꝛc.

Manifeste

de l'Empereur de Russie sur la réunion de la Finnlande Suédoise à l'Empire de Russie,

en date de Pétersbourg le 20. Mars 1808.

Von Gottes Gnaden Wir Alexander der Erste, Kaiser und Selbstherrscher von ganz Russland u. s. w.

Aus den zu ihrer Zeit erschienenen Declarationen sind die gerechten Ursachen bekannt, die Uns bewogen haben, mit Schweden zu brechen und Unsere Truppen in Schwedisch-Finnland einrücken zu lassen. Die Sicherheit Unsers Vaterlandes forderte diese Maassregel von Uns. Die offenbare Zuneigung des Königs von Schweden zu der gegen Uns feindlich gesinnten Macht, seine neue Allianz mit derselben und endlich der gewaltsame und unglaubliche Schritt, den er sich mit Unserm Gesandten in Stockholm erlaubt hat, eine Begebenheit, die für die Würde Unsers Reichs eben so kränkend, als auch allen Rechten, die in den cultivirten Staaten heilig beobachtet werden, zuwider ist, haben die militärische Vorsichtsmaassregel in einen unumgänglichen Bruch verwandelt und den Krieg unvermeidlich gemacht. Der Allerhöchste hat Unsere gerechte Sache mit Seinem Beistand beschirmt. Unsre Truppen, mit ihrem gewöhnlichen Muth die Hindernisse bekämpfend und alle ihnen aufgestossenen Schwierigkeiten überwindend, haben sich über Orte einen Weg gebahnt, die in der gegenwärtigen Jahrszeit für unzugänglich gehalten wurden, haben den Feind überall aufgesucht, ihn tapfer geschlagen und beinahe ganz Schwedisch Finnland erobert und in Besitz genommen. Diese durch Unsere Waffen auf solche Weise eroberte Provinz vereinigen Wir von heute an auf immer mit dem Russischen Reiche, und in Folge dessen haben Wir befohlen, die Einwohner derselben den Eid der Treue gegen Unsern Thron ablegen zu lassen. Indem Wir diese Vereinigung Unsern getreuen Unterthanen kund thun, sind Wir überzeugt, dass sie die Gefühle der

Erkenntlichkeit und Dankbarkeit gegen die göttliche Vorsehung mit Uns theilend ihre heissen Gebete zu dem Allerhöchsten emporschicken werden, es wolle Seine allmächtige Kraft Unserm tapfern Kriegsheere bei dessen weitern Operationen vorangehen, es wolle seine Allmacht Unsere Waffen segnen und sie mit Erfolg krönen und von den Grenzen Unsers Vaterlandes die Uebel abwenden, mit welcher die Feinde dasselbe zu erschüttern gesucht haben.

Gegeben in St. Petersburg, den 20. März, im Jahre nach Christi Geburt 1808 und Unserer Regierung im 8.

Alexander.

Convention militaire
entre les troupes Russes et Suédoises en Finlande,
signé à Olkioki le 19. Novembre 1808.

Art. I. Après la ratification de la présente convention, l'armée suédoise se retirera aussi promptement que possible, au-delà des limites du gouvernement d'Uléaborg, et prendra ses positions au-delà du fleuve Kemy, le long d'une ligne qui passera par Paissiwara, Mustisara et Porkawaara. Les deux rivages du fleuve Kemy seront occupés par l'armée russe.

Art. II. L'armée suédoise évacuera Uléaborg dans dix jours, après la signature de la convention, c'est à dire, au plus tard le 20. Novembre, et l'armée russe en prendra possession le 30. Le reste du pays sera évacué par journée d'étape. Cependant on aura égard aux cas imprévus qui pourront retarder la marche de l'armée suédoise, tels que les débordemens de rivières, le dégel etc. On laissera aux Suédois le temps nécessaire pour surmonter ces obstacles.

Art. III. L'arrière-garde suédoise devra suivre exactement la route convenue entre les généraux respectifs. Tout ce que l'armée suédoise se verra obligée de laisser en arrière, faute de transports ou de temps, ce qui sera trouvé par l'avantgarde russe, sera considéré comme butin de guerre.

Art. IV. L'armée suédoise s'engage à ne détruire, ni vendre, ni distribuer aux habitans aucun des objets provenant de ses magasins qu'elle pourrait être obligée de laisser en arrière.

Art. V. L'armée suédoise ne pourra emmener avec elle les fonctionnaires publics, ni emporter les archives et les papiers appartenant aux provinces et villes qu'elle doit évacuer.

Art. VI. L'armée suédoise laissera retourner librement dans leurs foyers les curés, les maires des villages (Caesmoen) et en général tous les habitans que jusqu'à présent elle a amenés avec elle, à moins que ceux-ci ne veuillent la suivre. On leur rendra leurs chevaux et tout ce qui leur appartient.

Art. VII. Cette convention sera ratifiée par les généraux en chef des deux armées, et les ratifications en seront échangées demain au soir au plus tard.

Olkioki, 19. Novembre 1808.

Signé: *Kamenski, Lieutenant-général.*
Adlercreutz, Adjudant-général.

Traité de paix
entre la Suède et la Russie,
signé à
FRIEDRICHSHAMM,
le 5. (17.) Sept. 1809.

Au nom de la très-sainte et indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi de Suède et Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies également animés du désir de faire succéder les avantages de la paix aux calamités de la guerre, et de rétablir l'union et la bonne intelligence entre leurs Etats, ont nommé à cet effet pour leurs Plénipotentiaires, savoir: Sa Majesté le Roi de Suède Monsieur le Baron Court Louis Bogislas Christophe de Stedingk, un des Seigneurs du Royaume de Suède, Général d'Infanterie de ses armées, Chevalier et Commandeur de ses ordres, Chevalier Grand-Croix de l'Epée, Chevalier des ordres Impériaux de Russie de St. André, de St. Alexandre Newsky et de Ste. Anne de la première classe, et Monsieur André Frédéric de Skiöldebrand, Colonel et Commandeur de Son ordre de l'Epée.

Et Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies Monsieur le Comte Nicolas de Romanzoff, Son Conseiller privé actuel, membre du Conseil d'Etat, Ministre des affaires étrangères, Ministre du commerce, Senateur, Chambellan actuel, Chevalier des ordres de St. André et St. Alexandre Newsky, Grand-Croix de celui de St. Vladimir et de Ste. Anne des premières classes, Grand-Aigle de la Legion d'honneur de France, Chevalier des ordres Royaux de Prusse de l'Aigle Noir et de l'Aigle rouge, et de celui de Hollande de l'Union; et Monsieur David d'Alopeus, Son Chambellan actuel, Chevalier Grand-Croix de l'ordre de St. Vladimir de la seconde classe et de Ste. Anne de la première; lesquels après l'échange de leurs plein-pouvoirs respectifs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans:

Art. I. Il y aura à l'avenir paix, amitié et bonne intelligence entre Sa Majesté le Roi de Suède et Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies. Les hautes parties contractantes apporteront la plus grande attention à maintenir une parfaite harmonie entre elles, leurs états et sujets, et éviteront soigneusement tout ce qui pourrait altérer à l'avenir l'union heureusement rétablie.

Art. II. Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies ayant manifesté sa résolution invariable de ne point séparer ses intérêts de ceux de ses alliés; et Sa Majesté Suédoise désirant de donner, en faveur de ses sujets au bénéfice de la paix toute l'étendue possible, elle promet et s'engage de la manière la plus formelle et la plus obligatoire, de ne rien négliger de ce qui, de Son côté, peut conduire à la prompte conclusion de la paix entre Elle et Sa Majesté l'Empereur des Français Roi d'Italie, et Sa Majesté le Roi de Dannemarc et de Norvège au moyen des négociations directes déjà commencées avec ces Puissances.

Art. III. Sa Majesté le Roi de Suède pour donner une preuve évidente de Son désir de renouer les relations les plus intimes avec les augustes alliés de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, promet d'adhérer au Système continental, avec des modifications, qui seront plus particulièrement stipulées dans la négociation qui va s'ouvrir entre la Suède, la France et le Dannemarc.

En attendant Sa Majesté Suédoise s'engage, dès l'échange des ratifications du présent traité à ordonner, que l'entrée des ports du Royaume de Suède soit fermée tant aux vaisseaux de guerre qu'aux bâtimens marchands de la Grande-Bretagne, en se réservant l'importation du sel et des productions Coloniales devenues par l'usage nécessaires aux habitans de la Suède.

De son côté Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies promet d'avance de consentir à toutes les modifications que ses alliés jugeront justes et convenables d'admettre en faveur de la Suède, relativement au commerce et à la navigation marchande.

Art. IV. Sa Majesté le Roi de Suède, tant pour Elle que pour Ses Successeurs au Trône et au Royaume de Suède, renonce irrévocablement et à perpétuité, en faveur de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies et de Ses Successeurs au Trône et à l'Empire de Russie à tous Ses droits et titres sur les Gouvernemens ci-après spécifiés, qui ont été conquis par les armes de Sa Majesté Impériale dans la présente guerre sur la Couronne de Suède; savoir les Gouvernemens de Kymmenegärd, de Nyland et Tavastehus, d'Abo et Bioerneborg avec les îles d'Aland, de Savolax et Carelie, de Wasa, d'Uleaborg et de la partie de Westrobothnie jusqu'à la rivière de Tornéa, comme il sera fixé dans l'article suivant sur la démarcation des frontières.

Ces Gouvernemens avec tous les habitans, villes, ports, forteresses, villages et îles, ainsi que les dépendances, prérogatives, droits et émolumens, appartiendront désormais en toute propriété et souveraineté à l'Empire de Russie et lui restent incorporés.

Pour cet effet Sa Majesté le Roi de Suède promet et s'engage de la manière la plus solennelle et la plus obligatoire, tant pour Elle que pour Ses Successeurs et pour tout le Royaume de Suède, de ne jamais former aucune prétention directe ou indirecte sur les dits gouvernemens, provinces, îles et territoires, dont tous les habitans seront, en vertu de la dite renonciation,

dégagés de l'hommage et serment de fidélité qu'ils ont prêté à la Couronne de Suède.

Art. V. La mer d'Aland (Alando Haf) le Golfe de Bothnie et les rivières de Tornéa et de Muonio formeront dorénavant la frontière entre l'Empire de Russie et le Royaume de Suède.

A distance égale des côtes les îles les plus rapprochées de la terre ferme d'Aland et de la Finlande appartiendront à la Russie, et à la Suède celles qui avoisinent ses côtes.

A l'embouchure de Tornéa, l'île de Borkoë, le port de Reutchamn et la presqu'île sur laquelle est située la ville de Tornéa, seront les points les plus avancés des possessions Russes, et la frontière se prolongera le long de la rivière de Tornéa jusqu'au confluent des deux branches de ce fleuve près de la forge de Kengis, d'où elle suivra le cours du Muonio en passant devant Muonioniska, Muonio, Ofreby, Polojoeris, Kultane, Enontkis, Kelotti-jerfvi, Paitiko, Nuimaka, Raunnia et Kilxisjaure, jusqu'à la Norvège.

Dans le cours des rivières de Tornéa et de Muonio, tel qu'il vient d'être désigné, les îles situées à l'est du Thalweg appartiendront à la Russie, et celles à l'ouest du Thalweg à la Suède.

D'abord après l'échange des ratifications, on nommera des Ingenieurs de part et d'autre, qui se rendront sur les lieux, pour établir les limites le long des rivières de Tornéa et de Muonio sur la ligne tracée ci-dessus.

Art. VI. Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies ayant donné déjà les preuves les plus manifestes de la clémence et de la justice, avec lesquelles Sa Majesté a résolu de gouverner les habitans des pays qu'elle vient d'acquérir, en les assurant généreusement et d'un mouvement spontané, du libre exercice de leur religion, de leurs droits de propriété et de leurs priviléges, Sa Majesté Suédoise se voit par là dispensée du devoir, d'ailleurs sacré, de faire des réservations là-dessus en faveur de Ses anciens sujets.

Art. VII. Aussitôt après la signature du présent Traité, on en transmettra immédiatement et avec célérité l'avis aux généraux des armées respectives, et les hostilités cesseront entièrement de part et d'autre tant sur terre que sur mer. Celles qui seraient commises dans l'intervalle seront considérées comme non avenues et ne pourront porter aucune atteinte à ce Traité. On se restituera fidèlement tout ce qui pourrait avoir été pris et conquis entre ce temps de part et d'autre.

Art. VIII. Dans les quatre semaines qui suivront l'échange des ratifications du présent traité, les troupes de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies auront évacué la province de Vestrobothnie et repassé la rivière de Tornéa.

Il ne sera pendant les dites quatre semaines fait aux habitans aucune réquisition de quelque nature que ce soit, et l'armée Russe tirera son entretien et ses subsistances de ses propres magasins établis dans les villes de la Vestrobothnie.

Si pendant la durée des négociations les troupes impériales avaient pénétré de quelque autre côté dans le royaume de Suède elles évacueront les contrées occupées aux termes et conditions ci-dessus stipulées.

Art. IX. Tous les prisonniers de guerre faits de part et d'autre, tant par terre que par mer, et les ôtages enlevés ou donnés pendant la guerre, seront restitués en masse et sans rançon aussitôt que possible, mais au plus tard dans trois mois, à compter du jour de l'échange des ratifications du présent traité; mais si quelques prisonniers ou ôtages se trouvent empêchés par maladie ou autres raisons valables de retourner dans leur patrie, dans l'espace du temps fixé, ils ne seront pas censés par là avoir aucunement perdu le droit stipulé ci-dessus. Ils seront obligés d'acquitter ou de donner caution pour les dettes qu'ils auraient contractées pendant leur captivité avec des habitans du pays, où ils ont été détenus.

On renoncera réciproquement aux avances, qui auront été faites par les hautes parties contractantes pour la subsistance et l'entretien de ces prisonniers, et il sera pourvu respectivement à leur subsistance et frais de voyage jusqu'à la frontière des deux Etats, où des commissaires de leurs souverains seront chargés de les recevoir.

Les Soldats et Matelots Finlandois sont de la part de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies exceptés de cette restitution, sauf les capitulations qui ont eu lieu, si elles leur accordent un droit contraire, et du nombre des prisonniers les militaires en grade et autres employés natifs de la Finlande, qui voudraient y rester; jouiront de cette liberté et de toute la plénitude de leurs droits sur les biens, créances et effets qu'ils pourraient avoir actuellement et à l'avenir dans le royaume de Suède, sur le pied de l'article X du présent traité.

Art. X. Les Finlandois qui se trouvent actuellement en Suède, ainsi que les Suédois qui se trouvent en Finlande, auront pleine liberté de retourner dans leur patrie et de disposer de leurs biens meubles ou immeubles, sans payer aucun droit de sortie ou autre imposition quelconque établie sur cet objet.

Les sujets des deux hautes Puissances, établis dans l'un des deux pays, savoir en Suède ou en Finlande, auront pleine liberté de s'établir dans l'autre pendant l'espace de trois ans, à dater du jour de l'échange des ratifications du présent traité, et seront tenus de vendre ou aliéner, pendant le dit espace, leurs biens à quelque sujet de la Puissance dont ils désirent de quitter les domaines.

Les biens de ceux qui, à l'expiration du dit terme n'auront pas rempli cette disposition, seront vendus aux enchères publiques par autorité de justice, pour en être le produit délivré aux propriétaires.

Il sera loisible à tous de faire durant les trois années fixées ci-dessus, tel usage qu'ils voudront de leurs propriétés, dont la paisible jouissance leur est formellement assurée et garantie.

Ils pourront, de même que leurs agens, passer librement d'un Etat à l'autre pour administrer leurs affaires, sans qu'il soit pour cela porté la moindre atteinte à leur qualité de sujets de l'une ou de l'autre puissance.

Art. XI. Il y aura dès aujourd'hui oubli perpétuel du passé et une amnistie générale pour les sujets respectifs dont l'opinion ou les faits en faveur de l'une ou de l'autre des hautes parties contractantes pendant la présente guerre les auront rendu suspects ou soumis à un jugement. Nul procès ne pourra désormais leur être intenté pour pareilles causes; s'il y en a d'entamés, ils seront annullés et abolis, et aucun jugement nouveau n'y interviendra. En conséquence main levée sera immédiatement accordée sur les biens ou revenus saisis ou séquestrés, qui seront restitués aux propriétaires, bien entendu que ceux d'entre eux devenus sujets de l'une des deux puissances d'après les conditions de l'article précédent n'auront pas droit de réclamer du Souverain, dont ils ont cessé d'être sujets, la continuation des rentes ou pensions qu'ils avaient obtenu à titre de grâce, concessions ou appointemens pour leurs services précédens.

Art. XII. Les titres domaniaux, archives et autres documens publics et particuliers, les plans et cartes des forteresses, villes et pays, dévolus par le présent traité à Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, y compris les cartes et papiers, qui peuvent se trouver au comptoir d'arpentage, lui seront fidèlement remis dans l'espace de six mois, ou si cela était reconnu impossible, au plus tard dans un an.

Art. XIII. Aussitôt après l'échange des ratifications du présent traité les hautes parties contractantes feront lever tout séquestre mis sur les biens, droits et revenus des habitans respectifs des deux pays et sur les établissemens publics qui y sont situés. Elles s'obligent à acquitter tout ce qu'elles peuvent devoir pour fonds à elles prêtés par les dits particuliers et établissemens publics, et à payer ou rembourser toutes rentes constituées à leur profit sur chacune d'elles.

La décision de toutes réclamations entre les sujets des hautes parties contractantes, relativement aux créances, propriétés ou autres droits, qui conformément aux usages reçus et au droit des Gens doivent être reproduites à l'époque de la paix, appartiendra aux tribunaux compétens, et il sera rendu la justice la plus prompte et la plus impartiale aux individus, qui se trouveront dans le cas d'y avoir recours.

Art. XIV. Les dettes tant publiques que particulières contractées par les Finlandois en Suède et vice versa par des Suédois en Finlande, devront être acquittées aux termes et conditions stipulées, et comme les communications entre les deux pays ont été interrompues par la guerre, le terme de prescription est prolongé de manière qu'à dater du premier Janvier 1807 jusqu'à six mois après la ratification du présent traité, aucun droit ne sera censé éteint pour n'avoir pas été observé aux époques convenues. Toute réclamation à ce sujet sera portée devant les tribunaux respectifs et spéciale-

ment protégée par les deux gouvernemens, afin que la justice la plus active et la plus impartiale soit rendue aux parties intéressées.

Art. XV. Les sujets de l'une des hautes parties contractantes, à qui il écherra dans les Etats de l'autre des biens par héritage, donations ou autrement, pourront les recevoir sans difficulté, et jouiront au besoin de toute la protection des loix et de l'assistance des tribunaux, pour en être mis en possession et user de tous les droits qui en dérivent. L'exercice de ces mêmes droits, relativement aux biens situés dans la Finlande, sera subordonné aux clauses stipulées dans l'article X qui oblige les propriétaires à fixer leur domicile dans le pays, ou à vendre ou à aliéner dans l'espace de trois ans les biens qu'ils y possèdent. Ce terme sera accordé à tous ceux qui opteront pour ce dernier cas, à dater du jour que l'héritage ou la donation leur sera dévolue.

Art. XVI. La durée du traité de commerce entre les hautes parties contractantes étant fixée jusqu'au $\frac{17}{29}$. Octobre 1811 Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, consent à ne pas tenir compte du temps de son interruption pendant la guerre et que le dit traité soit remis en vigueur, observé et exécuté jusqu'au $\frac{1}{13}$. Février 1813 en tout ce qui ne sera pas contraire aux dispositions du manifeste pour le commerce, émané à St. Pétersbourg le 1. Janvier 1807.

Art. XVII. Les pays incorporés à l'Empire de la Russie en vertu de ce traité, étant liés avec la Suède par des relations commerciales qu'une longue habitude, le voisinage et le besoin respectif ont rendu presque indispensables, les hautes parties contractantes, jalouses de conserver à leurs sujets ces moyens d'utilité réciproque, sont convenus de prendre des arrangemens propres à la consolider. En attendant qu'Elles se soient entendues sur cet objet, les Finlandois auront la faculté de tirer de la Suède, le minéral, la gueuse de fer, la chaux, les pierres de construction, des fourneaux de fonte, et en général tous les autres produits du sol de ce royaume.

En réciprocité les Suédois pourront exporter de la Finlande le bétail, le poisson, le blé, la toile et le goudron, les planches, les ustensiles en bois de toutes espèces, le bois de construction et de chauffage, et en général tous les autres produits du sol de ce Grand-Duché.

Ce trafic sera rétabli et conservé jusqu'au $\frac{1}{13}$. Octobre 1811 exactement sur le même pied qu'il était avant la guerre, et ne pourra être frappé sous aucun prétexte quelconque de prohibition, ni privé d'aucuns droits, autres que ceux pui pouvaient être imposés avant la dite guerre, sauf les restrictions, que les rapports politiques des deux nations pourront rendre nécessaires.

Art. XVIII. L'exportation annuelle exempte du droit de sortie cinquante mille Tschetwerts de blé, dont l'achat aura été fait dans les ports du Golfe de Finlande ou de la mer Baltique, appartenans à Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, est accordée à Sa Majesté le Roi de Suède, sur les preuves que l'achat aura été fait pour Son compte ou en vertu de Son autorisation.

Sont exceptées les années stériles, où l'exportation du blé sera frappée d'une prohibition générale; mais les quantités arriérées par suite de cette mesure, pourront être compensées lors qu'elle cessera.

Art. XIX. Pour ce qui regarde le salut en mer entre les vaisseaux de guerre des deux hautes parties contractantes, il est convenu de le régler sur le pied d'une parfaite égalité entre les couronnes.

Quand leurs vaisseaux de guerre se rencontreront en mer, le salut suivra le rang des officiers commandans, de sorte que celui d'un rang supérieur recevra le premier salut, qui sera rendu coup pour coup. S'ils sont d'un rang égal, on ne se saluera de part ni d'autre. Devant les châteaux, forteresses et à l'entrée des ports, l'arrivant ou le partant salue le premier, et ce salut lui est rendu coup pour coup.

Art. XX. S'il s'élevait des difficultés au sujet de quelques points, sur lesquels il n'aurait pas été statué par ce traité, ils seront discutés et réglés à l'amiable par la voie des ambassadeurs ou ministres plénipotentiaires respectifs qui y apporteront le même esprit de conciliation qui a dicté le présent traité.

Art. XXI. Le présent traité ratifié par les deux hautes parties contractantes, et les ratifications en bonne et due forme devront être échangées à St. Petersbourg dans quatre semaines, ou plutôt si faire se peut, à compter du jour de la signature du présent traité.

En foi de quoi nous soussignés, en vertu de nos plein-pouvoirs, avons signé le présent traité de paix et y avons apposé le cachet de nos armes.

Fait à Friedrichshamm ce $\frac{17}{5}$. Sept. l'an de grâce 1809.

Court Stedingk. (L. S.)

Le Comte Nicolas de Romanzoff. (L. S.)

A. F. Skiöldebrand. (L. S.)

d'Alopeus. (L. S.)

Traité de paix

entre L.L. M.M. les Rois de Suède et de Danemarc,

conclu à

KIEL

le 14. Janvier 1814.

Au nom de la très-sainte et indivisible trinité.

S. M. le Roi de Suède et S. M. le Roi de Danemarc également pénétrées du désir de faire succéder une paix heureuse aux calamités de la guerre qui malheureusement a eu lieu entre elles, et de rétablir la bonne intelligence entre leurs états respectifs, ont, pour cet effet, et pour rétablir des

bases qui puissent à jamais en assurer la durée, nommé les plénipotentiaires suivans, savoir:

S. M. le Roi de Suède le S. Gustave Baron de Wetterstedt, chancelier de la cour, commandeur de l'ordre Polonais de l'étoile, chevalier de l'ordre Prussien de l'aigle rouge de la première classe, un des dix-huit de l'académie Suédoise;

Et S. M. le Roi de Danemarc le S. Edmond de Bourke, son chambellan, grand-croix de l'ordre de Danebrog, et chevalier de celui de l'aigle blanc; lesquels, après l'échange de leurs plein-pouvoirs réciproques, trouvés en due et bonne forme, sont convenus des articles suivans:

Art. I. Il y aura à l'avenir paix, amitié et bonne intelligence entre S. M. le Roi de Suède et S. M. le Roi de Danemarc; les hautes parties contractantes emploieront tous les moyens possibles pour maintenir une parfaite harmonie entre elles, leurs états et sujets, et éviter soigneusement tout ce qui pourrait être préjudiciable à la concorde si heureusement rétablie entre elles.

Art. II. S. M. le Roi de Suède ayant pris la résolution inaltérable de ne pas séparer l'intérêt des alliés du sien, et S. M. le Roi de Danemarc désirant faire jouir ses sujets de tous les bienfaits de la paix; S. M. ayant aussi, par suite de l'intervention de S. A. R. le Prince-royal de Suède, obtenu, de la part des cours impériale de Russie et royale de Prusse, l'assurance la plus positive de sentimens pacifiques, pour rétablir avec la cour de Danemarc les anciennes liaisons amicales qui existaient avant la guerre; elle promet et s'engage de la manière la plus obligatoire de ne rien négliger de son côté de ce qui pourra conduire à une prompte pacification entre elle et L.L. M.M. l'Empereur de Russie et le Roi de Prusse. S. M. le Roi de Suède promet en outre de faire valoir, auprès des hautes puissances alliées, sa médiation, pour que ce saint but soit atteint aussi promptement que possible.

Art. III. S. M. le Roi de Danemarc voulant donner une preuve frappante de son désir de renouveler les liaisons les plus intimes avec les alliés de S. M. le Roi de Suède, et fermement convaincu du désir sérieux de Sa dite Majesté de rétablir, de son côté, promptement la paix, telle qu'elle avait lieu avant le commencement des hostilités, déclare formellement vouloir prendre une part active à la cause commune contre S. M. l'Empereur des Français, déclarer la guerre à ce souverain, et joindre, pour cet effet, un corps, dont la force sera déterminée à l'armée du Nord de l'Allemagne, sous les ordres de S. A. R. le Prince-royal de Suède; le tout dans la forme et par suite de la convention qui vient d'être arrêtée entre S. M. le Roi de Danemarc et S. M. le Roi de Grande-Bretagne et d'Irlande.

Art. IV. S. M. le Roi de Danemarc, pour lui et ses successeurs, renonce irrévocablement et à jamais en faveur de S. M. le Roi de Suède et de ses successeurs à tous les droits et prétentions au royaume de Norvège; savoir, aux évêchés ci-après dénommés, savoir, celui de Christiansand, de Bergenhuus, d'Aggerhuus et Frondhiem, avec le Nordland et les Marches finlandoises jusqu'aux frontières de l'Empire Russe, les évêchés et provinces,

constituant le royaume de Norvège, avec leurs habitans, villes, forts, forteresses, villages et îles, le long de toutes les côtes de ce royaume, ainsi que leurs dépendances (le Groenland et les îles Ferroe et d'Islande exceptés), de même que toutes les prérogatives, tous les droits et émolumens appartiendront dorénavant en propriété entière et souveraine à S. M. le Roi de Suède, et formeront un royaume uni à celui de Suède. A cette fin S. M. le Roi de Danemarc s'engage et s'oblige de la manière la plus solennelle, pour elle-même et pour ses successeurs, ainsi que pour tout le royaume, de ne former à l'avenir aucune prétention ni directe ni indirecte sur le royaume de Norvège, ni ses évêchés, îles ou autre territoire. En vertu de la présente, tous les habitans sont dégagés du serment qu'ils ont prêté au Roi et à la couronne de Danemarc.

Art. V. S. M. le Roi de Suède s'engage par conséquent de la manière la plus formelle de laisser jouir, pour le futur, les habitans du royaume de Norvège et de ses dépendances de toutes les lois, libertés, de tous les droits et priviléges maintenant existans.

Art. VI. Comme la totalité de la dette de la monarchie Danoise repose aussi-bien sur le royaume de Norvège, que sur les autres parties du royaume, le Roi de Suède, souverain de la Norvège, s'engage de se charger d'une partie de ces dettes, proportionnée à la population et aux revenus de la Norvège. Par dette publique sont entendues aussi-bien celle qui a été contractée par le gouvernement Danois à l'étranger, que celle qu'il a contractée dans l'intérieur de ses états. La dernière se compose d'obligations royales et de l'état, de billets de banque et d'autres papiers émis par autorité royale et actuellement circulant dans les deux royaumes. Le montant exact de cette dette, tel qu'il était au 1er Janvier 1814, sera fixé par des commissaires qui seront nommés pour cela par les deux gouvernemens, et réparti d'après un calcul exact sur la population et les revenus des royaumes de Danemarc et de Norvège. Ces commissaires s'assembleront à Copenhague dans le mois après la ratification de ce traité, et termineront cette affaire le plus promptement, mais au plus tard dans le courant de cette année. Il est bien entendu que S. M. le Roi de Suède, comme souverain du royaume de Norvège, ne se chargera, pour sa part, d'aucune dette contractée par le royaume de Danemarc, si ce n'est la susdite, au payement de laquelle tous les états de ce royaume, jusqu'à la cession de la Norvège, sont engagés.

Art. VII. S. M. le Roi de Suède renonce, pour elle et ses successeurs, en faveur de S. M. le Roi de Danemarc et de ses successeurs, irrévocablement et pour toujours, à tous droits et prétentions au duché de la Poméranie Suédoise et à la principauté de l'île de Rügen. Ces provinces, avec tous leurs habitans, villes, ports, forteresses, villages et îles, ainsi que leurs dépendances, prérogatives, droits et émolumens, appartiendront dorénavant, comme pleine propriété, à la couronne de Danemarc, et seront incorporés à ce royaume. A cette fin S. M. le Roi de Suède promet et s'engage de la manière la plus formelle, tant pour elle que pour ses successeurs et

pour tout le royaume de Suède, de ne jamais faire aucune prétention directe ou indirecte aux provinces, îles et territoires susdits; aussi par la présente et en vertu de cette renonciation tous leurs habitans sont dégagés du serment de fidélité qu'ils ont prêté au Roi et à la couronne de Suède.

Art. VIII. S. M. le Roi de Danemarc s'engage également, de la manière la plus solennelle, à assurer aux habitans de la Poméranie Suédoise et de l'île de Rügen, avec leurs dépendances, leurs lois, droits, libertés et priviléges, tels qu'ils existent maintenant et ont été déterminés dans les années 1810 et 1811. Comme le papier-monnaie Suédois n'a jamais eu cours dans la Poméranie Suédoise, S. M. le Roi de Danemarc promet de ne faire aucun changement à ce système, sans le consentement des états du pays.

Art. IX. S. M. le Roi de Suède s'étant, par l'article VI du traité d'alliance conclu à Stockholm le 3. Mai 1813 avec S. M. le Roi de la Grande-Bretagne et de l'Irlande, engagé pour le temps de vingt années, à dater du jour de la ratification du dit traité, à accorder aux sujets de S. M. Britannique le port de Stralsund comme entrepôt de toutes les denrées coloniales, productions et manufactures, tant de l'Angleterre que de ses colonies, apportées sur vaisseaux Anglais ou Suédois, moyennant l'acquit d'un droit d'un pour cent de la valeur des marchandises lors de leur entrée, et d'autant lors de leur sortie, S. M. le Roi de Danemarc, souverain de la Poméranie Suédoise, promet de remplir cette condition et de la renouveler dans le traité à conclure avec la Grande-Bretagne.

Art. X. La dette publique contractée par la chambre royale de la Poméranie reste à la charge de S. M. le Roi de Danemarc, comme souverain de la Poméranie Suédoise, qui prend sur lui les stipulations faites à cet égard pour l'acquit de cette dette.

Art. XI. S. M. le Roi de Danemarc reconnaît les donations faites jusqu'à ce moment par S. M. le Roi de Suède en domaines ou revenus de la Poméranie Suédoise et de l'île de Rügen, et qui se montent à une somme annuelle de quarante-trois mille rixdalers courant de Poméranie. S. M. s'engage à laisser les donateurs dans la pleine et paisible possession de leurs biens, droits et revenus, de manière qu'ils puissent en disposer librement, percevoir les revenus, les vendre et aliéner sans obstacle et sans être obligés de payer pour cela des droits ou autres frais sous quelque dénomination que ce soit. Les deux hautes parties contractantes se sont entendues que toutes les conditions stipulées d'après l'article XX à l'égard de la vente des propriétés particulières, sont aussi applicables à ceux qui désireraient quitter l'un ou l'autre état, ainsi que sur ceux des donateurs qui ne demeureront pas dans la Poméranie Suédoise et dans l'île de Rügen. Ces derniers conserveront leurs donations comme toute autre propriété particulière.

Art. XII. S. M. le Roi de Suède et S. M. le Roi de Danemarc s'engagent réciproquement de ne jamais soustraire de leur destination originaire quelques sommes employées à des objets de bienfaisance ou d'utilité publique, dans le pays qu'elles acquièrent par le présent traité; savoir, dans le royaume

de Norvège et le duché de Poméranie Suédoise et leurs dépendances. En conséquence de cette convention réciproque S. M. le Roi de Suède promet de conserver l'université fondée en Norvège, et S. M. le Roi de Danemarc celle de Greifswalde. Les appointemens des fonctionnaires publics, tant en Norvège qu'en Poméranie, sont à la charge de la puissance acquérante, du jour de l'occupation de ces provinces. Les pensionnaires conservent, sans retard ou innovation, les pensions qui leur ont été accordées par leur ancien gouvernement.

Art. XIII. S. M. le Roi de Suède désirant contribuer, autant qu'il sera possible et qu'il dépendra d'elle, à ce que S. M. le Roi de Danemarc obtienne quelque dédommagement pour la cession du royaume de Norvège, ce dont S. M. donne une preuve manifeste par la cession de la Poméranie Suédoise et de l'île de Rügen, elle employera toute son autorité auprès des hautes puissances alliées pour obtenir, indépendamment de cela, lors d'une paix générale, un dédommagement proportionné pour la cession de la Norvège.

Art. XIV. Immédiatement après la signature de la présente convention la nouvelle en sera portée, dans le plus bref délai possible, aux généraux et armées, afin que des deux côtés les hostilités cessent entièrement par terre et par mer. Ce qui pourra arriver dans l'intervalle sera regardé comme non avenu et ne pourra avoir aucune influence sur le présent traité. Tout ce qui, dans cet intervalle, aurait été pris, sera fidèlement rendu de part et d'autre.

Art. XV. Les hautes parties contractantes sont expressément convenues que, du moment de la signature de la présente convention, toutes contributions, réquisitions et fournitures de toute espèce et sous quelque dénomination que ce soit, cesseront, et que celles qui auront été précédemment établies ne seront pas perçues. Il est aussi entendu que toute propriété qui, dans les provinces occupées par l'armée du Nord de l'Allemagne, a été séquestrée, sera rendue aux propriétaires. Sont exceptés les bâtimens et cargaisons appartenant à des sujets de S. M. le Roi de Suède ou de ses alliés, ou qui ont été capturés et conduits dans les ports des duchés de Schlesvic et de Holstein; ils resteront à leurs propriétaires actuels, qui en disposeront librement et selon leur bon plaisir. Des deux côtés on nommera des commissaires qui, pourvus des plein-pouvoirs nécessaires des hautes parties contractantes, seront chargés, immédiatement après la signature du présent traité, de soigner la reddition et réception des places fortes et pays cédés, ainsi qu'elles ont été stipulées dans les articles IV et VII, de même que l'évacuation des possessions appartenant à S. M. le Roi de Danemarc et occupées par les troupes de l'armée du Nord de l'Allemagne. Ces commissaires s'entendront amiablement sur tous les points qui n'ont pu être spécifiés ici. Comme base immuable et règle dans l'administration et les plein-pouvoirs des dits commissaires, les hautes parties contractantes ont arrêté ce qui suit:

1. Le duché de Schlesvic, y compris la forteresse de Friedrichsort, sera évacué par les troupes alliées immédiatement après la signature du présent traité.

2. Les troupes des alliés quitteront dès ce moment le duché de Holstein, à l'exception du corps destiné au blocus de Hambourg, de manière qu'immédiatement après l'échange des ratifications du présent traité, tout le duché sera abandonné par les troupes alliées et sera occupé par les troupes de S. M. le Roi de Danemarc.

3. La forteresse de Gluckstadt sera occupée et remise aux troupes de S. M. le Roi de Danemarc, et cela immédiatement après l'échange de la ratification du présent traité, contre la ratification préalable de S. A. R. le Prince-royal de Suède, et dans l'attente de celle de S. M. le Roi de Suède.

4. Par suite des relations amicales rétablies entre les deux puissances, les troupes Suédoises qui restent encore dans le duché de Holstein jusqu'à son évacuation totale, paieront comptant leur entretien, d'après une convention particulière à conclure avec les autorités Danoises. Les dites autorités sont tenues de procurer aux troupes toute l'assistance et l'entretien nécessaire, comme celles-ci, de leur côté, n'auront droit à faire aucune réquisition quelconque.

5. Immédiatement après la signature du présent traité les troupes Suédoises entreront en Norvège et occuperont toutes les places fortes qui s'y trouvent. S. M. le Roi de Danemarc s'engage à donner à cet égard les ordres nécessaires, ainsi que cela sera plus particulièrement déterminé dans l'article suivant.

6. Les troupes Suédoises remettront la Poméranie Suédoise et l'île de Rügen aux troupes de S. M. le Roi de Danemarc, aussitôt que les forteresses de Friedrichshall, Koenigswinger, Friedrichstadt et Aggerhuus en Norvège seront occupées par les troupes Suédoises.

Art. XVI. Pour faciliter l'exécution du précédent art. S. M. le Roi de Suède et S. M. le Roi de Danemarc s'engagent réciproquement, de la manière la plus formelle, d'adresser, après la signature du présent traité, des proclamations aux habitans des pays réciproquement cédés, pour leur faire connaître le changement qui a eu lieu dans leur position, les dégager de leur serment de fidélité et les engager à recevoir avec tranquillité les troupes de leurs nouveaux souverains, lorsqu'elles entreront sur leur territoire. En même temps les hautes parties contractantes donneront aux autorités respectives civiles et militaires les ordres nécessaires pour remettre les forteresses, arsenaux et autres établissemens militaires de quelque genre qu'ils soient, ainsi que le domaine appartenant à la couronne, sans exception, de manière que le pays cédé passe tranquillement en la domination du nouveau souverain. Les hautes parties contractantes rappelleront sans délai, des pays cédés, leurs gouverneurs et autres officiers non indigènes, à moins que ceux-ci désirent rester sous le nouveau gouvernement; en général on prendra toutes les mesures convenables pour empêcher tout retard dans l'exécution du présent traité et toute violation des points qui y sont stipulés.

Art. XVII. Les prisonniers de guerre seront réciproquement mis en liberté et cela sans distinction ni égard au nombre; ils seront tous, et aussitôt

que possible, mis en liberté sur un ou plusieurs points des frontières respectives, et jouiront, de la part du gouvernement, où ils étaient prisonniers, de toutes les facilités qu'offre le rétablissement du bon voisinage; le même gouvernement supportera les frais de voyage jusqu'au lieu de l'échange. Les deux gouvernemens se rendront responsables pour les dettes que les prisonniers de guerre pourront avoir contractées pendant leur captivité; les comptes seront envoyés dans l'espace de deux mois après la signature du présent traité de paix, et payés aussitôt que possible.

Art. XVIII. Le séquestre qui a été mis sur les biens et la propriété des sujets respectifs des deux augustes souverains, ainsi que l'embargo qui, depuis la déclaration de guerre, a été mis sur les vaisseaux qui se trouvent dans les différens ports des deux nations, cesse dès le moment de la ratification du présent traité. Dès ce moment toutes les affaires devant les tribunaux concernant les diverses prétentions des sujets, et qui ont été interrompues avant la guerre, reprendront leur cours ordinaire.

Art. XIX. S. M. le Roi de Suède renonce, en faveur de S. M. le Roi de Danemarc, à toute prétention sur des vaisseaux ou cargaisons sur mer, qui, depuis la paix de Joenkoeping jusqu'à la présente guerre, ont été pris par des corsaires Danois.

Art. XX. Les Norvégiens qui se trouvent actuellement en Danemarc, et les Danois qui se trouvent en Norvège, ainsi que les Poméraniens qui se trouvent en Suède, et les Suédois qui sont en Poméranie auront pleine liberté de retourner dans leur patrie, et de disposer, selon leur bon plaisir, de leurs propriétés, meubles et immeubles, sans en payer la moindre contribution, péage ou autres frais. Les sujets des deux hautes puissances, établis dans l'un ou l'autre pays, savoir, en Norvège ou en Danemarc, auront pleine liberté pendant les premières six années, à dater de l'échange des ratifications du présent traité, de changer à volonté leur domicile, et ne sont tenus qu'à vendre où à louer, dans ce délai, leurs propriétés à un sujet de la puissance qu'ils veulent quitter. De même il est permis aux sujets des deux parties contractantes qui sont établis dans l'un des deux pays, savoir, en Suède ou en Poméranie et l'île de Rügen, de changer de domicile, et cela dans le délai et aux conditions précitées. Les biens de ceux qui, après l'expiration de ce délai, n'auront pas satisfait à cette disposition, seront publiquement vendus à l'enchère et par l'autorité publique, et le provenu sera remis au propriétaire. Pendant ces six années il sera libre à chacun de faire tel usage qu'il jugera à propos de sa propriété, la jouissance tranquille lui en étant formellement garantie. Les propriétaires et leurs agens pourront aussi librement voyager d'un état dans l'autre pour régler leurs affaires et stipuler leurs droits, comme sujets de l'une ou de l'autre puissance.

Art. XXI. Les documens, archives et autres papiers publics ou particuliers, appartenant aux domaines, les plans et cartes des forteresses, villes et pays qui, par le présent traité, échoient à S. M. le Roi de Suède et à S. M. le Roi de Danemarc, y compris les cartes et papiers qui appartiennent

au bureau de l'arpentage, seront échangés, sans aucune retenue et exception, par des officiers Suédois et Danois, qui seront délégués pour cela, dans l'espace de six mois, ou, si cela n'est pas possible, au plus tard dans celui d'une année.

Art. XXII. Toute dette publique ou particulière contractée par des Poméraniens en Suède et vice versâ par des Suédois en Poméranie, ou par des Norvégiens en Danemarc, ou des Danois en Norvège, sera acquittée aux conditions et aux termes stipulés.

Art. XXIII. Comme les pays qui, par le présent traité, sont réunis au royaume de Suède ou à celui de Danemarc, se trouvent, par des traités de commerce, en rapports intimes avec leurs métropoles, et qu'une longue habitude de voisinage et de besoins réciproques les ont rendus presqu' indispensables, les hautes parties contractantes, désirant assurer les ressources par l'avantage réciproque de leurs sujets, sont convenues de conclure sans délai un traité de commerce entre les deux pays. Jusque-là elles se sont entendues pour faire continuer pendant une année, depuis l'échange des ratifications du présent traité, les rapports actuels de commerce entre le Danemarc et la Norvège, entre la Suède et la Poméranie.

Art. XXIV. Tous les effets, quelle qu'en soit la nature ou la dénomination, qui appartiennent à l'armée Suédoise actuellement sur le continent, ou qui se trouvent dans la Poméranie Suédoise et l'île de Rügen, peuvent être librement et sans gêne transportés en Suède sans qu'on demande pour cela le moindre péage, droit de sortie ou autre paiement. L'artillerie et les autres effets militaires, qui appartiennent à la forteresse de Stralsund et aux autres forteresses de la Poméranie et de l'île de Rügen, restent dans leur état actuel, et sont remis à S. M. le Roi de Danemarc. Les bâtimens de guerre et paquebots appartenant à la marine Suédoise ou Danoise pourront, aussitôt que la saison le permettra, être emmenés des ports de la Norvège et de la Poméranie. Les hautes parties contractantes sont également convenues de laisser ouverte, pendant la durée de la guerre actuelle et jusqu'au retour de l'armée Suédoise du continent en Suède, la communication par la Poméranie Suédoise et par l'île de Rügen pour des corsaires, postes, troupes, convois et transports militaires de toute espèce; par contre S. M. le Roi de Suède s'engage à payer tous les frais que ces passages causeront.

Art. XXV. L'article VI du traité de Joenkoeping, concernant le cours des postes, est supprimé, les rapports réciproques cessent par la cession de la Norvège.

Art. XXVI. Tout fonctionnaire employé en Norvège, qu'il soit Norvégien ou Danois, peut avoir son congé, s'il le demande dans l'espace d'une année après la ratification du présent traité. La même chose aura lieu à l'égard des Norvégiens employés en Danemarc, on ne pourra leur faire aucun reproche à cet égard. Les conditions de cet article sont également applicables aux personnes employées en Poméranie, qu'ils soient Suédois ou Poméraniens.

Art. XXVII. Les traités de paix conclus entre les prédécesseurs de L.L. M.M. Suédoise et Danoise, savoir, notamment celui de Copenhague du 27. Mai 1662, ceux qui furent signés à Stockholm le 3. Juin et à Friedrichsbourg le 3. Juillet 1720, ainsi que celui de Joenkoeping du 10. Décembre 1809, sont par le présent article, rétablis dans toute leur vigueur, forme et clauses, autant qu'ils ne sont pas contraires aux stipulations du présent traité.

Art. XXVIII. Les ratifications du présent traité seront échangées à Copenhague dans l'espace de quatre semaines du jour de leur signature, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi, nous soussignés, en vertu de nos pouvoirs, avons souscrit le présent traité de paix et y avons apposé nos sceaux.

Fait à Kiel, le 14. Janvier 1814.

Signé: *G. Baron de Wetterstedt.*
Edmond Bourke.

Article séparé.

S. M. le Roi de Danemarc, comptant avec confiance sur la médiation amicale de S. M. le Roi de Suède et de S. M. le Roi de Grande-Bretagne pour rétablir, aussitôt que possible, tous les rapports de paix et d'amitié entre S. M. le Roi de Danemarc et L.L. M.M. l'Empereur de Russie et le Roi de Prusse, ainsi qu'ils avaient lieu avant la guerre, S. M. le Roi de Danemarc consent à faire sur-le-champ cesser les hostilités entre ces puissances comme alliées de la Suède et de la Grande-Bretagne. Toutes les prises faites après la signature du présent traité seront respectivement rendues. Le présent article séparé a la même vigueur comme s'il avait été inséré mot à mot dans le traité de paix qui a été signé aujourd'hui, et sera en même temps ratifié.

En foi de quoi, nous, soussignés, en vertu de nos pouvoirs, avons signé le présent article séparé, et y avons apposé notre sceau.

Fait à Kiel, le 14. Janvier 1814.

Signé: *G. Baron de Wetterstedt.*
Edouard Bourke.

Traité de paix

entre la Grande-Bretagne et le Danemarc,

signé à

KIEL

le 14. Janvier 1814.

Nous soussignés, de la part de S. M. Danoise M. Bourke chambellan etc. et de la part de S. M. Britannique Sir Edward Thornton, envoyé à la cour

de Stockholm, ayant échangé nos plein-pouvoirs, sommes convenus des articles suivans:

Art. I. A dater de la signature du présent traité, il y aura paix et amitié entre S. M. le Roi de Danemarc et le Roi de la Grande-Bretagne de même qu'entre leurs sujets dans toutes les parties du monde. Les hostilités cesseront entre eux, et toutes les prises faites de part et d'autre seront restituées à leurs propriétaires et considérées comme n'ayant pas été faites, du jour que ce traité a été signé.

Art. II. Tous les prisonniers de guerre seront rendus en masse, immédiatement après sa ratification par les deux parties.

Art. III. S. M. Britannique consent à rendre à S. M. Danoise toutes les possessions et colonies qui ont été conquises par les armes Britanniques dans la présente guerre, excepté l'île de Helgoland que S. M. Britannique se réserve en pleine et entière souveraineté.

Art. IV. La restitution des colonies se fera suivant les mêmes règles et les principes qui ont été observés, lorsque S. M. Britannique remit ces mêmes colonies à S. M. Danoise en 1801. A l'égard de l'île d'Anholt, il est convenu, qu'elle sera remise un mois après la ratification du présent traité, à moins que la saison et la difficulté de la navigation ne s'y opposent.

Art. V. S. M. Britannique étant convenue avec ses alliés l'Empereur de Russie, le Roi de Suède et le Roi de Prusse, de ne conclure ni armistice, ni paix avec leurs ennemis communs sans leur mutuel consentement, il est stipulé, que la paix signée par le présent traité entre le Roi de Danemarc et le Roi de Suède, s'étendra aux alliés ci-dessus dénommés avec lesquels il sera ouvert aussitôt que possible des négociations, S. M. Britannique s'engageant à employer ses bons offices auprès de ses alliés afin que leurs relations respectives avec S. M. Danoise puissent être rétablies sur le même pied qu'avant la guerre.

S. M. Danoise s'en rapportant avec confiance aux bons offices de S. M. Britannique et Suédoise, pour le prompt rétablissement de ses rapports de paix et amitié avec S. M. l'Empereur de Russie et le Roi de Prusse, comme ils existaient avant la guerre, consent à faire cesser immédiatement toutes hostilités envers les alliés de la Grande-Bretagne et de la Suède. Toutes les prises qui ont été faites depuis la signature du présent traité, seront rendues, S. M. Danoise comptant sur une complète réciprocité à cet égard.

Art. VI. S. M. Danoise consent à prendre une part active avec les puissances alliées dans la guerre actuelle contre la France, et à fournir 10000 hommes qui se joindront à l'armée sous le commandement immédiat de S. A. le Prince royal de Suède, lesquels seront sur le même pied et traités sous tous les rapports de la même manière que les troupes Suédoises qui forment une partie de la dite armée, S. M. Britannique s'engageant à payer à S. M. Danoise, pour l'entretien des dites troupes, une certaine somme par mois dans la proportion de 400,000 liv. sterl. par an, à compter du jour où elles seront mises sous le commandement du Prince royal de Suède. Ce

corps sera toujours tenu au grand complet. Un commissaire Anglais sera autorisé à en faire le contrôle. Toutefois il est convenu entre les deux hautes parties contractantes, que ces payemens seront susceptibles de cesser du moment que S. M. Britannique déclarera que ces troupes ne seront plus requises pour le bien de la cause commune ou par la conclusion d'une paix générale. Il sera accordé, par un arrangement amical, un temps convenable pour le retour des troupes dans les états de S. M. Danoise.

Art. VII. Les relations commerciales entre les sujets des hautes puissances contractantes reprendront leur cours ordinaire, comme avant la guerre, il est même réciproquement convenu d'aviser le plutôt possible aux moyens de donner à ces relations plus d'activité et d'extension.

Art. VIII. S. M. Britannique et la nation attachant la plus grande importance à l'abolition de la traite des nègres, le Roi de Danemarc, de concert avec le Roi d'Angleterre, s'oblige à concourir de tout son pouvoir à cette oeuvre bienfaisante, et à défendre à ses sujets de la manière la plus positive et par les lois les plus solennelles, de prendre aucune part à ce commerce.

Art. IX. Les deux hautes parties contractantes s'obligent réciproquement à ne conclure aucune paix ou trêve avec la France sans leur mutuel consentement.

Art. X. Comme S. M. Danoise, en vertu du traité de paix conclu ce jour avec le Roi de Suède, a cédé la Norvège à Sa dite Majesté, moyennant une certaine indemnité convenue, S. M. Britannique, qui, par là, a vu ses engagemens avec la Suède remplis, promet, de concert avec le Roi de Suède, d'employer ses bons offices auprès des puissances alliées, à la paix générale, à l'effet d'obtenir pour le Danemarc une indemnité convenable pour la cession de la Norvège.

Art. XI. Le séquestre qui avait été mis par l'une ou l'autre des puissances contractantes sur les propriétés non déjà confisquées ou condamnées, sera levé immédiatement après la ratification de ce traité.

Art. XII. Cet article stipule les mêmes obligations pour le Roi de Danemarc en sa qualité de futur souverain de la Poméranie que celles qui ont été convenues entre le Roi d'Angleterre et le Roi de Suède par le traité du 3. Mars 1813 concernant un dépôt de marchandises Anglaises à Stralsund, en payant seulement un p. C. de la valeur.

Art. XIII. Tous les traités de paix et de commerce entre le Roi d'Angleterre et le Roi de Danemarc sont renouvelés par le présent traité dans toute leur étendue, en tant que les présentes stipulations ne leur sont pas contraires.

Art. XIV. Le présent traité de paix sera ratifié par les deux hautes parties contractantes, et les ratifications devront en être échangées à Kiel, dans le délai d'un mois ou avant s'il est possible.

Confirmé et conclu par nous, soussignés etc.

Kiel, le 14. Janvier 1814.

A. Bourke. *Edw. Thornton.*

Traité de paix

entre Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté le Roi de Danemarc,

signé à

BERLIN

le 25. Août 1814.

Au nom de la très-sainte et indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté le Roi de Danemarc, également animés du désir, de rétablir entre leurs états respectifs la paix, l'union et la bonne intelligence, qui ont malheureusement été interrompues, ont pour cet effet nommé et autorisé des plénipotentiaires; savoir Sa Majesté le Roi de Prusse, le Prince de Hardenberg, Son Chancelier d'Etat, chevalier du grand ordre de l'aigle noire, de l'aigle rouge, de celui de St. Jean et de la croix de fer de Prusse; de ceux de St. André, de St. Alexandre-Newski et de Ste. Anne de première classe de Russie, grand croix de l'ordre de St. Etienne de Hongrie, grand-aigle de la Légion d'honneur, grand-croix de l'ordre de St. Charles d'Espagne, de celui des Séraphins de Suède, de l'aigle d'or de Würtemberg et de plusieurs autres; et Sa Majesté le Roi de Danemarc, le Sieur Chrétien Henri Auguste Comte de Hardenberg-Reventlow, Veneur de la cour, Chambellan, grand-croix de l'ordre de Danebrogue, et décoré de la croix de mérite de cet ordre; lesquels après l'échange de leurs plein-pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et dûe forme, sont convenus des articles suivans:

Art. I. Il y aura à l'avenir paix, amitié et bonne intelligence entre Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté le Roi de Danemarc. Les deux hautes parties contractantes apporteront la plus grande attention à maintenir une parfaite harmonie entre leurs états et leurs sujets respectifs, et éviteront soigneusement tout ce qui pourrait altérer l'union si heureusement rétablie.

Art. II. Toutes les relations qui existaient entre la Prusse et le Danemarc et leurs sujets respectifs, seront rétablies, à dater du jour de la signature du présent traité, sur le pied où elles se trouvaient avant la dernière guerre.

Art. III. Afin de donner plus d'étendue aux relations commerciales entre les deux pays, leurs Majestés concluront incessamment un traité de commerce, fondé sur des bases réciproquement avantageuses.

Art. IV. Les hautes parties contractantes confirment toutes les dispositions de la convention provisoire, signée à Paris le deux Juin et en particulier celles qui déterminent que les réclamations, que leurs sujets respectifs pourraient former, soit contre le Gouvernement Prussien, soit contre le Gouvernement Danois, doivent être renvoyées à l'examen et à la décision d'une commission mixte, qui se réunira pour cet effet à Copenhague immédiatement après la ratification du présent traité.

Art. V. Sa Majesté le Roi de Danemarc ayant cédé la Norvège à la Suède, Sa Majesté le Roi de Prusse emploiera conjointement avec la Suède, la Russie et l'Angleterre, Ses bons offices, pour procurer à Sa Majesté le Roi de Danemarc une indemnité convenable, en outre de la Poméranie, qui lui a été cédée par la Suède.

Art. VI. Le présent Traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées dans l'espace de six semaines à compter du jour de la signature, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi nous Soussignés en vertu de nos plein-pouvoirs avons signé le présent Traité et y avons apposé le cachet de nos armes.

Fait à Berlin, ce vingt-cinq Août 1814.

(L. S.) *Charles Auguste*
Prince de Hardenberg.

(L. S.) *Chrétien Henri Auguste*
Comte de Hardenberg-Reventlow.

Traité

entre le Danemarc et la Prusse relativement à la cession réciproque de la Pomeranie Suédoise y compris l'île de Rugen et le Duché de Lauenbourg,

signé à

VIENNE

le 4. Juin 1815.

Sa Majesté le Roi de Danemarc et Sa Majesté le Roi de Prusse, désirant par des motifs d'utilité mutuelle convenir de la cession réciproque du Duché de la Pomeranie Suédoise, avec la principauté de Rugen, et du Duché de Lauenbourg, et ayant résolu de conclure un Traité formel pour cet effet, ont nommé des Plénipotentiaires pour concerter, arrêter et signer tout ce qui est relatif à cet objet, savoir: Sa Majesté le Roi de Danemarc le Sieur Christian Günther Comte de Bernstorff etc. etc. et le Sieur Joachim Frédéric Comte de Bernstorff etc. etc.; et Sa Majesté le Roi de Prusse le Prince de Hardenberg etc. etc. et le Sieur Charles Guillaume Baron de Humboldt etc. etc.;

Lesquels après avoir échangé leurs plein-pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et dûe forme, sont convenus des articles suivans:

Art. I. Sa Majesté le Roi de Danemarc, tant pour lui, que pour ses successeurs, renonce irrévocablement et à perpétuité en faveur de Sa Majesté le Roi de Prusse et de ses successeurs à tous les droits et titres, que son Traité de paix avec Sa Majesté le Roi de Suède, conclu à Kiel le 14. Janvier 1814 lui a donnés sur le Duché de la Poméranie Suédoise et la principauté de l'île de Rugen.

Art. II. Sa Majesté le Roi de Prusse en entrant en possession de ces droits et titres, s'impose également les obligations, que Sa Majesté le Roi de Danemarc a contractées par rapport à la cession qui lui a été faite de la Poméranie Suédoise et de l'île de Rugen, par les articles 8, 9, 10, 11, 12, 20, 22, 23, 24 et 26 du Traité de Kiel.

Art. III. Sa Majesté le Roi de Prusse cède à perpétuité à Sa Majesté le Roi de Danemarc le Duché de Lauenbourg, pour être possédé par Sa Majesté en toute souveraineté et propriété, avec ses droits, titres et émoluments tel que le dit Duché a été cédé à Sa Majesté Prussienne par l'art. 4 du Traité conclu à Vienne le 29. Mai 1815 entre elle et Sa Majesté Britannique, Roi d'Hanovre. Le Baillage de Neuhauss, situé entre le Mecklenbourg et l'Elbe, ainsi que les villages Lunebourgois, qui sont contigus à ce baillage, ou qui s'y trouvent enclavés, sont cependant exceptés de cette cession.

Art. IV. Sa Majesté le Roi de Danemarc s'engage à se charger des obligations que Sa Majesté le Roi de Prusse a contractées par rapport au Duché de Lauenbourg par les articles 4, 5 et 9 du Traité conclu le 29. Mai 1815 entre la Prusse et Sa Majesté Britannique Roi d'Hanovre, bien entendu cependant que le baillage de Neuhauss partagera à proportion de sa population la charge des dettes, qui avec la possession du Duché passent au nouvel acquéreur. Ce point sera définitivement réglé par les commissaires respectifs, que l'on nommera, d'un côté pour remettre, de l'autre pour recevoir la province cédée. Les stipulations de l'art. 7 du même Traité sont conservées en faveur de Sa Majesté le Roi de Danemarc.

Art. V. Sa Majesté le Roi de Prusse s'engage à faire délivrer à Sa Majesté Danoise tous les titres, documens, papiers, cartes et plans, concernant la partie cédée du Duché de Lauenbourg, tels et aussitôt que le gouvernement Hannovrien les lui fera remettre.

Art. VI. En vertu d'un accord fait entre les cours de Prusse et de Suède, Sa Majesté le Roi de Prusse s'engage à payer à Sa Majesté le Roi de Danemarc la somme de 600,000 écus de banque de Suède, qui est encore dûe par le gouvernement Suédois à Sa Majesté Danoise. Ce payement se fera comptant, dans le terme de deux mois à dater de la signature du présent Traité et d'après le cours de change du jour de cette signature.

Art. VII. Pour compléter l'indemnité dûe à Sa Majesté le Roi de Danemarc pour la cession de la Poméranie Suédoise et de l'île de Rugen, Sa Majesté le Roi de Prusse s'engage en outre à payer à Sa Majesté Danoise la somme de deux millions d'écus, argent courant de Prusse. Cette somme sera payée aux termes suivants, savoir

Cinq cent mille écus le 1. Janvier de la première année après la conclusion de la paix, qui terminera la guerre actuelle avec la France.

Cinq cent mille écus le 1. Juillet la même année, et la même somme le 1. Janvier et le 1. Juillet de l'année suivante.

Sa Majesté le Roi de Prusse fera délivrer à Sa Majesté le Roi de Danemarc pour ces sommes quatre obligations, chacune pour 500,000 écus payables aux quatre termes susdits et portant 4 p. Ct. d'intérêts.

Ces obligations seront délivrées lors de la prise de possession de la Poméranie Suédoise au nom de Sa Majesté Prussienne, et le payement des intérêts sera compté de cette même époque.

Le premier payement de ces intérêts se fera le 1. Janvier 1816, et l'on continuera en suite à les payer de six en six mois.

Tous ces différends payemens, y compris celui de la somme stipulée dans l'article précédent, se feront à Hambourg, et aux personnes chargées par Sa Majesté Danoise de les recevoir.

Art. VIII. Sa Majesté le Roi de Prusse s'engage à faire remettre le Duché de Lauenbourg au Gouvernement Danois, s'il est possible dans le terme de deux, et au plus tard dans celui de trois mois, à dater de la signature du présent Traité.

Art. IX. Les deux hautes parties contractantes souhaitant de terminer le plutôt possible les discussions relatives aux réclamations provenant des griefs ou plaintes, que leurs sujets respectifs ont cru pouvoir former, avant la dernière guerre contre l'un ou l'autre des deux gouvernemens, et considérant que le mode adopté par la convention du 2. Juin de l'année passée, ainsi que par le Traité du 25. Août de la même année est sujet à des lenteurs et à des difficultés inévitables, conviennent de traiter cet objet de gouvernement à gouvernement, et d'y mettre de part et d'autre la suite et les facilités nécessaires pour que cette affaire puisse être terminée à l'époque de la prise de possession des provinces respectivement cédées.

Art. X. Sa Majesté le Roi de Danemarc et Sa Majesté le Roi de Prusse ratifieront le Traité actuel, et les ratifications en seront échangées au quartier général des Souverains alliés, dans l'espace de six semaines ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Traité et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Vienne, le 4. Juin 1815.

C. Bernstorff. (L. S.) *Le Prince de Hardenberg.*
J. Bernstorff. (L. S.) *Le Baron de Humboldt.*

Convention d'armistice
entre les troupes Suédoises d'un côté et les troupes Norvégiennes de l'autre,

conclue à Moss, le 14. Août 1814.

Art. I. Les hostilités cesseront par terre et par mer entre les troupes et flottes Suédoises d'un côté et les troupes et flottes Norvégiennes de l'autre,

à dater du jour de la signature de la présente, jusqu'à quinze jours après l'ouverture de la diète et avec huit jours de dédit après ce terme.

Art. II. Le blocus des ports Norvégiens sera levé à dater du jour de la signature de la présente. L'importation et l'exportation seront libres, sauf les droits de la douane Norvégienne.

Art. III. Si la forteresse de Frédéricsteen n'a pas capitulé, elle sera remise de suite, ainsi que les ouvrages y appartenans, aux troupes de S. M. Suédoise. La garnison sortira de la forteresse avec armes et bagages et tous les honneurs militaires. Il sera permis aux officiers d'aller où bon leur semblera. Les soldats retourneront chez eux; les uns et les autres promettront de ne plus servir contre les troupes de S. M. Suédoise.

Art. IV. Il sera tracé une ligne de démarcation entre les deux armées respectives. La ligne Suédoise appuiera à Sooner, passera par Hovi, Onstad-Sund, remontera le lac d'Oyeren et suivra le Glommen jusqu'à Krakernd. Les troupes Suédoises dans le Wermeland ne pourront pas dépasser Ocklanger. La ligne Norvégienne appuiera à Drobaek, passera par Horsgaard et Krogstad au lac d'Oyeren et suivra ensuite la rive droite de Glommen jusqu'à Kongswinger.

Art. V. Les troupes nationales Norvégiennes seront sémestrées de suite et rentreront dans leurs provinces respectives. Il n'y aura sous les armes que les corps de troupes enrôlées (Hvorvede) savoir: les régimens de Sondenfield, de Nordenfield, d'Oplandske, d'Aggerhuus, la brigade d'artillerie. Ces corps ne dépasseront point la ligne de démarcation, stipulée dans l'art. IV, en sorte que le pays depuis Drōbaek, Korsgaard et Krogstad à Sooner, Hovi et Onstadsund soit tout à fait libre de troupes.

Art. VI. Il ne restera en Norvège que deux divisions Suédoises avec une artillerie et cavalerie proportionnée à cette force. Le reste de l'armée Suédoise rentrera en Suède.

Art. VII. La partie de l'armée Norvégienne qui reste sous les armes, rentrera dans la ligne de démarcation par des marches d'étapes et commencera son mouvement deux jours après la signature de la présente. La partie de l'armée Suédoise qui rentre en Suède, commencera son mouvement aussitôt que faire se pourra.

Art. VIII. Les hostilités ayant cessé, les généraux Suédois et Norvégiens donneront réciproquement des ordres pour que la bonne harmonie subsiste entre les deux armées, et que les charges et traces de la guerre disparaissent. Aucune contribution ou réquisition quelconque ne sera levée dans le pays; on payera comptant ce que les habitans fourniront. Les généraux Norvégiens défendront tout enlèvement de bestiaux et les généraux Suédois feront observer strictement les ordres données relativement à ces objets.

Art. IX. Les prisonniers de guerre seront mis en liberté de part et d'autre aussitôt que faire se pourra.

Art. X. Afin de laisser une entière liberté aux délibérations des représentans de la nation, convoqués en diète à Christiania, il ne sera permis ni aux troupes Suédoises, ni aux troupes Norvégiennes d'approcher de la diète

à la distance d'un rayon de 8 milles, pendant la tenue de la diète. La Bourgeoisie de Christiania montera la garde dans la ville et dans la forteresse d'Aggerhuus, pendant la diète.

Art. XI. Le pavillon Norvégien sera respecté pendant l'armistice.

A Moss au quartier-général le 14. Août 1814.

A. F. Skiöldebrand, Lieutenant-Général.
M. Björnstierna, Général-Major.
J. Collet Aal, Conseiller d'Etat.

Avec la réserve que la ligne de démarcation des armées respectives sera le *status quo* pour l'armée Suédoise, et pour l'armée Norvégienne une ligne qui passera par Sooner, Spydeberg et Howi au Glommen.

Je ratifie la convention ci-dessus avec la réserve, et je saisis avec plaisir cette première occasion, pour donner une preuve de mes sentimens envers la nation et l'armée Norvégienne.

Charles Jean.

Convention

entre S. A. R. le Prince royal de Suède, au nom de S. M. le Roi de Suède d'un côté et le gouvernement Norvégien de l'autre,

conclue à Moss le 14. d'Août 1814.

Art. I. S. A. R. le Prince Chrétien convoquera aussitôt la diète de Norvège suivant le mode prescrit par la constitution. La diète sera ouverte le dernier Septembre, ou, si cela n'est pas possible, dans les premiers huit jours d'Octobre.

Art. II. S. M. le Roi de Suède communiquera directement avec la diète par un ou plusieurs commissaires.

Art. III. S. M. le Roi de Suède promet d'accepter la constitution d'Eideswold. S. M. ne veut y proposer d'autres changemens que ceux qui sont nécessaires pour la réunion des deux royaumes, et s'engage à n'en proposer d'autres que du consentement de la diète.

Art. IV. Les promesses que S. M. le Roi de Suède a faites au peuple Norvégien, ainsi que celles que S. A. R. le Prince Royal a faites au nom du Roi, seront remplies scrupuleusement et confirmées par S. M. à la diète Norvégienne.

Art. V. La diète s'assemblera à Christiania.

Art. VI. S. M. le Roi de Suède déclare que personne ne sera recherché, ni médiatement ni immédiatement, pour avoir manifesté jusqu'ici des opinions contraires à la réunion des deux royaumes. Les employés civils ou militaires, Norvégiens ou étrangers, seront traités avec les égards et la bienveillance que leur doit le pouvoir suprême. Aucun d'eux ne sera recherché pour ses

opinions. Ceux qui ne conserveront pas leurs emplois seront pensionnés suivant les lois du pays.

Art. VII. S. M. le Roi de Suède emploiera ses bons offices pris de S. M. le Roi de Danemarc pour l'engager à rapporter les ordres qu'il a donnés depuis le 14. Janvier 1814 tant contre les employés, que contre le royaume de Norvège en général.

Au quartier général à Moss le 14. d'Août 1814.

Jean Collet Aal, Conseiller d'Etat.
A. F. Skiöldebrand, Lieutenant-Général.
M. Björnstierna, Général-Major.
Chrétien Frédéric.

Acte

dressé en commun par la diète de Norvège et la diète de Suède, pour fixer les rapports constitutionnels entre les deux royaumes,

signé à

CHRISTIANIA ET A STOCKHOLM

le 31. Juillet et le 6. Août 1815.

Nous soussignés, représentans du royaume de Norvège, rassemblés ici à Christiania en diète régulière, et nous les états du royaume de Suède, comtes, barons, évêques, membres de l'ordre équestre et de la noblesse, de l'ordre du clergé, de la bourgeoisie et du peuple, rassemblés ici à Stockholm en diète du royaume, nous déclarons: que les peuples de la Scandinavie ayant été heureusement réunis avec l'aide de Dieu par un nouveau lien politique, qui a été formé, non par la force des armes, mais par une libre conviction, qui ne peut et ne doit être maintenue que par une reconnaissance mutuelle des droits légitimes des peuples, pour le soutien de leur trône commun; et nous les états soussignés du royaume de Suède, ayant sur la proposition de S. M. le Roi, en date du 12. Avril, concernant les nouveaux rapports constitutionnels qui ont résulté de la réunion entre la Norvège et la Suède, reconnu et confirmé par notre consentement unanime les dispositions contenues dans la constitution du royaume de Norvège du 4. Novembre 1814, sous la réserve néanmoins de notre droit constitutionnel pour les parties qui entraînent un changement ou des modifications dans la forme de gouvernement du royaume de Suède, enfin le Roi notre maître ayant le 10. Novembre suivant adopté et confirmé par serment ces dispositions: nous avons cru, en qualité de plénipotentiaires légitimes des habitans de la Norvège et de la Suède, ne pouvoir fixer pour l'avenir d'une manière plus convenable et plus solennelle les conditions de la réunion de la Norvège et de la Suède sous

un seul et même Roi, mais sous différentes lois civiles, que de rédiger et d'établir d'un commun accord dans un acte particulier ces dispositions ainsi qu'il suit:

Art. I. Le royaume de Norvège formera un royaume libre, indépendant, indivisible et inaliénable, réuni avec la Suède sous un même Roi.

Art. II. L'hérédité suivra la ligne descendante masculine et collatérale, de la manière qui a été réglée dans l'ordre de succession du 26. Septembre 1810, décrété par les états de Suède et adopté par le Roi. On comptera parmi les héritiers légitimes l'individu non encore né, qui venant au monde après le décès de son père, prendra aussitôt la place qui lui est dévolue dans la ligne d'hérédité. L'orsqu'il naîtra un prince ayant le droit d'héritier des couronnes réunies de Norvège et de Suède, son nom et le lieu de sa naissance seront déclarés à la première diète de Norvège qui se rassemblera, et insérés dans son procès-verbal.

Art. III. S'il n'existe point de prince qui soit de droit héritier présomptif, et qu'il s'agisse d'en nommer un par voie d'élection, la diète de Norvège et celle de Suède seront convoquées pour le même jour. Le Roi, ou si l'élection de l'héritier présomptif devait avoir lieu pendant la vacance du trône, le gouvernement légitime des deux royaumes par intérim fera, dans la huitaine qui suivra le jour de l'ouverture de la diète de Norvège, et celui où la diète de Suède aura commencé ses séances, la proposition relative à la succession du trône, le même jour aux deux diètes. Les membres des deux diètes ont également le droit de proposer un héritier de la couronne. Si l'un d'entre eux veut exercer ce droit, il sera obligé d'en faire usage avant la fin du terme fixé. La diète de Norvège et celle de Suède fixeront ensuite un jour pour procéder chacune de son côté à l'élection. On devra nécessairement la commencer avant le 12e jour révolu depuis le terme fixé pour la proposition. La veille du jour déterminé de cette manière par les deux diètes pour l'élection, les deux diètes choisiront parmi leurs membres un comité, qui, dans le cas où l'élection des deux diètes tomberait sur différens individus, se réunira comme fondé de pouvoirs des deux royaumes pour fixer à la pluralité des voix le choix sur un seul individu.

Le jour fixé pour l'élection, les deux diètes, en se réglant sur le mode prescrit par la constitution de chacun des deux royaumes, choisiront chacun un individu parmi les candidats proposés. Si le choix des deux royaumes tombe sur la même personne, ce sera l'héritier légitime du trône. S'il tombe sur deux individus, le comité réuni des deux royaumes fera cesser cette différence par la voie du scrutin. Un comité sera composé de 36 personnes de chaque royaume, et de huit suppléans, qui seront choisis suivant le mode particulier déterminé par chacune des deux diètes. Il y aura un ordre fixé, d'après lequel les suppléans prendront part à l'élection, mais seulement dans le cas où quelqu'un des membres du comité ne pourrait point y assister.

Carlstadt sera le lieu de rassemblement pour les comités des deux royaumes. Chaque comité, avant de partir du lieu où s'assemble la diète de Suède, choisira un orateur parmi ses membres. Le Roi, ou, dans le cas de son décès, le gouvernement par intérim des deux royaumes, fixera, dans le plus court intervalle possible, après avoir appris la nouvelle du choix différent fait par les deux royaumes, et en ayant égard aux distances des lieux de rassemblement des deux diètes, le jour où les comités des deux royaumes se rassembleront à Carlstadt; ce terme ne doit point passer les 21 jours qui suivront les 12 fixés ci-dessus pour l'élection que doivent faire les deux diètes. Les orateurs des deux comités se concerteront aussitôt après leur arrivé pour convoquer les comités de manière à ce qu'ils se rassemblent dans la matinée du jour après celui qui aura été fixé pour l'arrivée des deux comités au lieu de leur rassemblement.

Lorsqu'ils seront réunis, l'orateur de chaque comité lira d'abord ses plein-pouvoirs et ceux de ses collégues; ensuite ils tireront au sort lequel des deux portera la parole pour l'élection. Le comité réuni de cette manière pour les deux royaumes sous un seul orateur, qui prendra aussi part aux votes, procédera aussitôt sans discussion au scrutin. Les membres ne se sépareront point et aucun d'eux ne quittera le lieu de la séance, avant que l'élection ne soit complètement terminée.

Avant d'aller aux voix, le président de chaque comité fera la lecture et l'échange du document, qui contient le choix de ses commettans fixé sur un individu.

La proposition à mettre aux voix sera conçue d'après ce réglement, et le nom des deux candidats y sera porté suivant la formule ci-dessous:

„La diète de Norvège et la diète de Suède votent en commun pour choisir un successeur aux trônes réunis de Norvège et de Suède. La diète de Norvège à proposé N. N., et la diète de Suède N. N. Si la majorité des voix se réunit pour le premier, il est choisi pour successeur légitime du Roi aux deux trônes de Norvège et de Suède. Si le second a la majorité des voix, il est nommé successeur légitime du Roi aux deux trônes."

Avant de faire l'appel pour voter, on lira à haute et intelligible voix toutes les dispositions qui concernent la manière de voter.

L'appel se fera de manière que si l'orateur du comité est un Norvégien, il commencera par appeler les commettans Suédois, et il appellera ensuite les Norvégiens. Ce sera l'inverse, si l'orateur est Suédois.

Le scrutin se fera par billets pliés, entièrement pareils pour la grandeur et la forme, et sur lesquels le nom de chaque candidat sera imprimé en caractères semblables. L'orateur qui ne dirige point l'élection, mettra son nom sur les billets avant qu'ils ne soient délivrés aux députés.

Les billets, pour être valides, doivent être fermés et roulés séparément, sans aucune marque particulière. La pluralité absolue décidera. Avant de compter les billets, l'orateur en retirera un qu'il mettra à part cacheté. L'appel terminé, si, en ouvrant les billets, il s'en trouve quelqu'un non valable, d'après

les dispositions précédentes, il sera aussitôt anéanti. S'il en résultait un partage égal des voix, le billet cacheté mis de côté sera ouvert, et formera la voix prépondérante, s'il a les conditions ci-dessus requises. Si à défaut de quelqu'une de ces conditions, il est inadmissible, tout ce qui aura été fait sera non avenu, et l'on procédera à un nouveau scrutin. Si la pluralité est décidée sans avoir recours à ce moyen, le billet ci-dessus sera anéanti sans être ouvert. Un des députés dressera le procès-verbal du scrutin, en langue Norvégiennne, si l'orateur est Norvégien, et en langue Suédoise, s'il est Suédois. Ce procès-verbal sera lu à haute voix aussitôt après la conclusion du scrutin; il en sera tiré deux exemplaires conformes, que tout le comité d'élection signera avant de se séparer; il sera cacheté en présence de tous les membres, et l'orateur de chaque comité aura soin qu'ils soient envoyés le même jour, l'un à la diète de Norvège sous l'adresse du président, l'autre à la diète de Suède, sous l'adresse du maréchal de la province et des orateurs. Sur l'exemplaire envoyé à la diète de Norvège les députés Norvégiens signeront avant les députés Suédois et sur l'exemplaire envoyé à la diète de Suède, les députés Suédois signeront les premiers. Aussitôt après, ou au plus tard le lendemain de la réception de cet acte, il sera présenté à la diète de Norvège et à celle de Suède, qui prendront sans délai les mesures nécessaires pour donner communication de la résolution des représentans des deux royaumes à S. M. le Roi, ou dans le cas de son décès, au gouvernement par intérim.

Art. IV. Le Roi aura le droit de rassembler les troupes, de commencer la guerre, de faire la paix, de conclure ou de rompre des traités, d'envoyer ou d'admettre des ministres plénipotentiaires.

Si le Roi veut faire la guerre, il doit faire part de son dessein à la régence de Norvège, et lui demander son sentiment sur cet objet; il lui communiquera en même temps un rapport détaillé sur l'état du royaume, par rapport aux finances, aux moyens de défense etc. Ensuite le Roi rassemblera en conseil-d'état extraordinaire le ministre-d'état et les conseillers-d'état de Norvège, ainsi que ceux de Suède, et il exposera les motifs et les circonstances à prendre en considération dans le cas dont il s'agit. La régence de Norvège fera en même temps sa déclaration sur l'état de ce royaume, et il sera fait un rapport semblable sur celui de la Suède. Le Roi demandera aux membres du conseil leur opinion, que chacun d'eux donnera séparement pour être insérée au procès-verbal, sous la responsabilité que prescrit la constitution. Alors le Roi aura le droit de prendre et d'exécuter la résolution qu'il jugera avantageuse à l'état.

Art. V. Le ministre-d'état et les deux conseillers-d'état de Norvège, qui suivent le Roi, auront séance et voix délibérative au conseil d'état de Suède, lorsqu'on y traitera d'objets qui intéressent les deux royaumes. En pareil cas, on prendra l'avis de la régence de Norvège, à moins que les choses ne demandent une si prompte exécution, qu'on n'en ait pas le temps. Toutes les fois qu'on traite devant le Roi au conseil d'état de Norvège, où

et quand il est rassemblé, des questions qui concernent les deux royaumes, trois membres du conseil-d'état de Suède y auront aussi séance et droit de voter.

Art. VI. Si, le Roi venant à mourir, l'héritier présomptif du trône est encore mineur, les conseils-d'état de Norvège et de Suède se rassembleront aussitôt, pour régler en commun la convocation de la diète de Norvège et de la diète de Suède.

Art. VII. En attendant que les représentans des deux royaumes soient rassemblés et aient établi une régence pendant la minorité du Roi, un conseil-d'état composé d'un nombre égal de membres Norvégiens et Suédois, gouvernera, sous le nom de régence par intérim de Norvège et de Suède, les deux royaumes en se conformant à leurs constitutions respectives. Ce conseil-d'état sera formé de dix membres de chaque royaume. Ces membres seront pour la Norvège: le ministre et les deux conseillers-d'état de Norvège qui sont à Stockholm; six conseillers-d'état ordinaires, ou spécialement nommés, lesquels, en cas de vacance du trône ou de minorité du Roi, seront choisis par la régence, qui se trouve en Norvège, entre ses membres, et remplacés en Norvège par trois conseillers-d'état au moins; enfin un secrétaire-d'état nommé aussi par la dite régence dans les cas ci-dessus. Pour la Suède: les deux ministres-d'état, six conseillers-d'état, et le chancelier de la cour, en outre pour les affaires de la Suède le secrétaire-d'état de ce royaume, ou pour celles de Norvège le secrétaire-d'état de Norvège, qui alterneront suivant leur ancienneté. Pour traiter les affaires des deux royaumes, on suivra les formes prescrites dans chacun des deux. Auprès de la régence par intérim, les affaires de Norvège seront proposées par le secrétaire-d'état de ce royaume en langue Norvégienne; l'insertion au procès verbal et l'expédition seront également en cette langue.

La langue Suédoise sera employée de la même manière pour les affaires de Suède. Les affaires qui intéressent les deux royaumes et qui par leur nature ne dépendent pas d'une expédition particulière d'état, ou d'une administration départementale, seront proposées par le chancelier de la cour, et expédiées par le secrétaire-d'état de chaque royaume dans la langue de celui dont il dépendra. Les affaires diplomatiques seront proposées aussi par le chancelier et portées dans un procès-verbal particulier. On décidera à la pluralité des voix, et en cas de partage, l'orateur aura voix prépondérante. Toutes les résolutions que l'on expédiera seront signées de tous les membres.

Le conseil d'état des deux royaumes, ayant la régence par intérim, siégera à Stockholm. Le ministre d'état de Norvège et le ministre d'état et de la justice de Suède tireront au sort à la première assemblée des deux conseils réunis, pour décider lequel des deux portera le premier la parole. L'ordre étant ainsi fixé par le sort, les orateurs alterneront ensuite tous les huit jours, de sorte que chacun des deux ministres porte la parole successivement pendant une semaine. Dans tous les cas où, suivant la constitution de la Norvège et de la Suède, l'administration du royaume doit être conduite

par le conseil d'état, celui des deux royaumes se réunira en nombre égal, suivant les constitutions ci-dessus.

Art. VIII. Le choix des personnes chargées de la régence pendant la minorité du Roi, se fera d'après les règles et de la même manière que le prescrit l'art. III. ci-dessus pour l'élection du successeur au trône.

Art. IX. Les personnes qui seront chargées de la régence dans les cas ci-dessus mentionnés prêteront serment, les Norvégiens à la diète de Norvège, et les Suédois à celle de Suède. Voici quelle sera la formule de ce serment.

„Je promets et jure de conduire l'administration du royaume d'une manière conforme aux loix et à la constitution, qu'ainsi Dieu et sa sainte parole me soient en aide."

Si aucune des deux diètes n'est alors rassemblée, le serment sera déposé par écrit dans le conseil d'état, et présenté ensuite à la première diète de Norvège et de Suède.

Art. X. Les soins relatifs à l'éducation du Roi mineur seront réglés de la manière prescrite art. VIII. Un point fondamental sera que ce prince apprenne suffisamment la langue Norvégienne.

Art. XI. Dans le cas où la descendance masculine du Roi viendrait à s'éteindre, et où l'héritier du trône ne serait point nommé, on procédera à l'élection d'une nouvelle dynastie dans la forme prescrite art. III.

Art. XII. Les dispositions que le présent acte contient, étant en partie une répétition de la constitution de Norvège, en partie un supplément à cet acte constitutionnel, et fondées sur l'autorité qu'il donne à la diète de ce royaume, elles auront et conserveront pour la Norvège la même force que la constitution elle-même, et elles ne pourront être changées que de la manière prescrite art. CXII de cette constitution.

En témoignage que nous avons approuvé et résolu tous les articles du présent acte de la manière ci-dessus, nous les membres de la diète de Norvège, et nous les membres des états de Suède, nous avons dressé cet acte, et nous y avons apposé notre signature et notre cachet.

Fait à Christiania le 31. Juillet et à Stockholm le 6. Août, de l'an de grâce 1815.

(Suivent les signatures.)

NACHTRAG I.

Es scheint uns aus den im Inhaltsverzeichniß angedeuteten Gründen nöthig, zur Vervollständigung der französischen Periode hier noch nachträglich die Friedensschlüsse von Amiens, Preßburg, Tilsit und Wien (Schönbrunn) anzuschließen.

Der Friede von Amiens.

(27. März 1802.)

England hatte in dem Seekrieg mit Frankreich und seinen Alliirten sehr glänzende Erfolge gehabt. Nicht nur befanden sich die meisten Colonien der Franzosen, Holländer und Spanier in den Händen der Engländer, sondern auch die feindlichen Flotten waren nahezu vernichtet. Die Franzosen hatten in den acht Jahren des Seekrieges 60 Linienschiffe, 173 Fregatten und 145 kleinere Kriegsschiffe, die Holländer, seitdem sie mit Frankreich verbunden waren, 25 Linienschiffe und 22 Fregatten, die Spanier, wiewohl sie dem Kampfe möglichst auswichen, 8 Linienschiffe und 14 Fregatten verloren. Die Felsenfeste La Valette auf der Insel Malta hatte der französische Gouverneur Vaubois, nachdem er eine zweijährige Blokade ausgehalten, mit der Insel den Engländern übergeben müssen (5. Sept. 1800); auch in Aegypten mußten die Franzosen capituliren (27. Juni und 30. Aug. 1801), und die Trümmer des französischen Heeres wurden auf englischen Schiffen in die Heimath geführt. Gleichwohl sehnte man sich in England nach dem Frieden. Nachdem der Consul Bonaparte am 9. Febr. 1801 zu Lüneville mit Oestreich und dem deutschen Reiche, am 23. März 1801 zu Florenz mit Neapel, am 29. Sept. 1801 zu Madrid mit Portugal, am 6. Okt. 1801 zu Paris mit Rußland Frieden geschlossen hatte, auch mit der Pforte am 9. Okt. 1801 die Präliminarien festgesetzt waren, stand England vereinzelt, von dem europäischen Continent ausgeschlossen, wenn es nicht gleichfalls Frieden machte. Die Nationalschuld war seit sechs Jahren um 200 Millionen Pfund Sterling gewachsen; sie betrug zur Zeit des lüneviller Friedens 500 Millionen Pfund, man

fürchtete, die Verzinsung dieser Schuld allein werde für die Zukunft die Steuerkraft des Landes verzehren (und doch beträgt die englische Nationalschuld jetzt 1000 Millionen Pfund, gerade das Doppelte!). Der hartnäckige Pitt, welcher den Frieden nicht begünstigen konnte, benützte die Opposition des Königs gegen die von ihm beabsichtigte Emancipation der Katholiken in Irland, um aus dem Ministerium zu treten, Addington kam an seine Stelle, Lord Hawkesbury übernahm das Ministerium des Auswärtigen. Letzterer machte am 21. März der französischen Regierung Eröffnungen wegen eines zwischen England und Frankreich zu schließenden Friedens. Bonaparte gab dem Diplomaten Otto Vollmacht, die Verhandlungen aufzunehmen, während er auf der anderen Seite, um England desto fügsamer zu machen, Anstalten zu einer Landung in England traf. In allen nördlichen Häfen Frankreichs wurden Fahrzeuge erbaut; Boulogne war zum Sammelplatz der Landungstruppen bestimmt; auch begann er mit Preußen über die Abtretung Hannovers zu verhandeln. Nach mehrmonatlichen Berathungen und Debatten, namentlich über Malta und Italien, kamen am 1. Okt. 1801 die Friedenspräliminarien zwischen Frankreich und England zu Stande, noch ehe die Nachricht eingelaufen war, daß die Franzosen in Aegypten capitulirt hätten; es änderte dieses Ereigniß an den Friedensbedingungen selbst Nichts mehr. Im Januar 1802 begaben sich Joseph Bonaparte von französischer, Lord Cornwallis von englischer, Azara von spanischer und Schimmelpenninck von holländischer Seite nach Amiens, um den Frieden definitiv abzuschließen. Derselbe wurde am 27. März 1802 unterzeichnet. Die Bedingungen waren völlig zum Vortheile Frankreichs. England behielt nur das den Holländern entrissene Ceylon und die vorher spanische Insel Trinidad; alle übrigen Eroberungen gab es heraus; auch Malta sollte dem Malteserorden zurückgestellt werden, so wie wieder ein Großmeister ernannt sei. Im Uebrigen verweisen wir auf das Friedensinstrument selbst; dasselbe findet sich u. A. abgedruckt bei Martens recueil VII. Die Pforte trat dem Frieden durch eine besondere Erklärung, die wir gleichfalls folgen lassen, förmlich bei. So groß der Jubel über diesen Frieden namentlich auch in England war (als Lauriston die Unterzeichnung des Friedens nach London brachte, spannte das Volk die Pferde aus und zog seinen Wagen); so kamen die Engländer doch bald zur Erkenntniß, daß sie für ihre großen Opfer doch sehr Wenig erreicht hätten. In Folge verschiedener Differenzen erklärte England am 18. Mai 1803 an Frankreich auf's Neue den Krieg, und der Friede von Amiens war daher nur von sehr kurzer Dauer. — Schrift: Beaujour: du traité d'Amiens, Paris 1802.

Der Friede von Preßburg.

(26. Dez. 1805.)

Nachdem die Schlacht bei Austerlitz (so benannt von dem Hauptquartier der Kaiser Franz von Oestreich und Alexander von Rußland) am 2. Dezember 1805 verloren war, sandte der Kaiser Franz noch am Abend desselben Tages den Fürsten von Lichtenstein an Napoleon, um die Einleitung zum Abschluß eines Friedens zu treffen. Napoleon hielt hierauf am 4. Dez. eine Zusammenkunft mit dem östreichischen Kaiser im Bivouac bei dem Dorfe Saruschitz. Nach einer zweistündigen Unterredung, welcher Berthier und Lichtenstein beiwohnten, bewilligte Napoleon unter der Bedingung, daß die Russen binnen 14 Tagen Ungarn und Mähren, binnen 4 Wochen Gallizien räumten, einen Waffenstillstand, während dessen über die Friedensbedingungen unterhandelt werden sollte. Nachdem der Kaiser von Rußland seine Einwilligung zum Abzuge der Russen gegeben, wurde der Waffenstillstand am 6. Dez. unterzeichnet. Das von den Franzosen eroberte östreichische Gebiet, nahezu ein Drittel des ganzen Reiches, blieb unterdessen von den Franzosen besetzt und mußte zur Belohnung an Napoleon's Heer eine Contribution von jährlich einer Million Franken entrichten; der Kaiser ließ jedem Gemeinen, der die Schlacht mitgemacht, einen Napoleond'or, den Officieren je 500 bis 3000 Franken auszahlen; die Verwundeten erhielten ansehnliche Gnadengelder, die Wittwe eines in der Schlacht gefallenen gemeinen Soldaten bekam eine Jahrespension von 200 Franken, die eines Lieutenants 800 Franken u. s. f. Nach dem Abschlusse des Waffenstillstands kamen Talleyrand von französischer, Stadion und Giulay (letzterer für den militärischen Theil) von östreichischer Seite in Nikolsburg zusammen, um über den Frieden zu verhandeln; Stadion, der dem französischen Kaiser nicht angenehm war, wurde, als man die Unterhandlungen in Brünn fortsetzte, durch den Fürsten von Lichtenstein abgelöst. Von Brünn verlegte man den Sitz der Unterhandlungen nach Preßburg, da diese Stadt ungefähr in der Mitte zwischen Hollitsch lag, wo Kaiser Franz verweilte, und zwischen Schönbrunn, wo Napoleon sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte. Die Bedingungen des Friedens hat Napoleon vorgeschrieben; Oestreich mußte 1000 Quadratmeilen seines Gebietes mit 3 Millionen Einwohnern abtreten, und alle bisherigen Usurpationen Napoleon's anerkennen. Frankreich bleibt im Besitz der Herzogthümer und Herrschaften jenseit der Alpen, welche schon vor diesem Friedensschlusse dem französischen Reiche einverleibt worden waren (Art. 2), es erkennt die Verfügungen Napoleon's über die Fürstenthümer Lucca und Piombino an (Art. 3), es verzichtet auf den Theil des venezianischen Gebietes, welcher ihm in den Friedensschlüssen von Campo Formio und Lüneville zugesprochen worden war (Art. 4), erkennt Napoleon als König von Italien an, doch verspricht Napoleon, daß die Kronen Frankreich und Italien getrennt und nie auf einem Haupte vereinigt werden

sollen, wogegen sich der östreichische Kaiser verbindlich macht, Denjenigen als König von Italien anzuerkennen, welchem Napoleon die Krone geben wird (Art. 5). Die Kurfürsten von Bayern und Würtemberg nehmen den Königstitel an (Art. 7). Oestreich tritt an Bayern ab die Markgrafschaft Burgau, das Fürstenthum Eichstädt, den kursalzburgischen Antheil des passauer Gebietes, die Grafschaft Tyrol mit den Fürstenthümern Brixen und Trient, die sieben Herrschaften von Vorarlberg, die Grafschaft Hohenems, die Grafschaft Königsegg-Rothenfels, die Herrschaften Tetnang und Argen, Stadt und Gebiet von Lindau. An Würtemberg tritt Oestreich ab die fünf Donaustädte Ehingen, Munderkingen, Reidlingen, Mengen und Sulgau mit ihren Zugehörungen, die obere und niedere Grafschaft Hohenberg, die Landgrafschaft Nellenburg und das Amt Altorff ohne die Stadt Constanz, den Theil von Breisgau, der ein Enklave von Würtemberg bildet, die Städte Villingen und Brentingen mit ihrem Gebiet. An Baden tritt Oestreich ab das übrige Breisgau, Ortenau, die Stadt Constanz und die Commende Meinau (Art. 8). Salzburg und Berchtesgaden, die in Folge des Friedens von Lüneville (1801) an den Erzherzog Ferdinand als Entschädigung für das abgetretene Großherzogthum Toscana gekommen waren, wurden dem östreichischen Kaiserthum einverleibt, wogegen sich Napoleon verpflichtete, die Abtretung des Fürstenthums Würzburg von Seiten Bayerns an den Erzherzog zu veranlassen und Würzburg zu einem Kurfürstenthum zu erheben (Art. 10. 11). Die Würde und die Rechte eines Großmeisters des deutschen Ordens soll derjenige östreichische Prinz erblich erhalten, welchen der östreichische Kaiser dazu bestimmen wird (Art. 12). Der König von Bayern nimmt von Augsburg, der König von Würtemberg von der Grafschaft Bondorf ohne Widerspruch Oestreich's Besitz (Art. 13). Die Könige von Bayern und Würtemberg und der Kurfürst von Baden genießen in ihrem Lande dieselbe Souveränetät, wie der Kaiser von Oestreich in dem seinigen (Art. 14. 15). Der Kaiser Napoleon garantirt dem Kaiser von Oestreich den Besitz seines Reiches in der Ausdehnung, welche ihm der gegenwärtige Friede bestimmt (Art. 17). — Der Friede findet sich abgedruckt in Nr. 15. des Moniteur von 1806, bei Martens recueil tom. VIII. u. a. — Schrift: Der Friede zu Preßburg vom 26. Dez. 1805 in seinen Folgen für Oestreich, Bayern, Würtemberg ꝛc. Weimar 1806. 8.

Der Friede von Tilsit.

(7. u. 9. Juli 1807.)

Nach der Schlacht bei Jena (14. Okt. 1806) drang die französische Armee bei der Leichtigkeit, mit welcher sich die preußischen Festungen ergaben, schnell bis nach der Ostgrenze Preußen's vor. Am 24. Oktober waren die Franzosen in Berlin, am 3. Nov. Davoust in Posen, am

28. Nov. Mürat in Warſchau. Den heranrückenden Ruſſen lieferte Napoleon am 7. u. 8. Febr. die blutige Schlacht bei Eylau; der Sieg blieb hier zwar unentſchieden, doch zogen ſich die Ruſſen zurück; Danzig ergab ſich am 24. Mai 1807; am 14. Juni 1807 wurden die Ruſſen von Napoleon bei Friedland entſcheidend geſchlagen, noch an demſelben Tage zogen die Franzoſen in Königsberg ein. Kaiſer Alexander, der die franzöſiſche Armee jetzt an den Grenzen ſeines Reiches ſah, wünſchte den Frieden. Wohl hatte er von ſeinem Reiche noch kein Dorf verloren und man hätte erwarten mögen, daß er für den bedrängten König von Preußen, mit dem er erſt in den Zeiten dieſer Bedrängniß die Allianz erneuert, den Krieg fortſetzen werde; allein die entſchiedene Ueberlegenheit des Gegners und die Ausſicht, für jetzt noch einen Frieden zu ſchließen, welcher Rußland ſelbſt kein Opfer koſtete, beſtimmten ihn, eine Ausgleichung, wenn auch auf Koſten Preußen's, zu ſuchen. Er ließ zunächſt durch Bangration, welcher die Vorſchaaren der ruſſiſchen Armee commandirte, die ſich hinter den Niemen zurückgezogen hatte, an Mürat, der die Franzoſen auf dem anderen Ufer des Niemen befehligte, den Vorſchlag eines Waffenſtillſtandes machen. Napoleon nahm dieſen Vorſchlag unter der Bedingung an, daß die Franzoſen während der Dauer des Waffenſtillſtandes ganz Polen, mit Ausnahme des Kreiſes Bialyſtok, beſetzt hielten. Der Vertrag wurde am 21. Juni 1807 unterzeichnet. Mit Preußen kam am 25. Juni ein Waffenſtillſtandsvertrag zu Stande, nach welchem vorläufig die Franzoſen in dem Beſitz des eroberten Königreichs blieben. (Der Text dieſer Verträge findet ſich im Journal de Francfort Jahrg. 1807 Nr. 190 und 202.) Die Friedensbedingungen ſollten zwiſchen den Herrſchern ſelbſt beſprochen werden. Man erbaute einen Floß mit einem Zelte auf dem Niemen, wo der Kaiſer Napoleon am 25. Juni mit dem Kaiſer Alexander eine Beſprechung hielt; bei der zweiten Zuſammenkunft am 26. Juni war auch der König von Preußen zugegen. Hierauf erklärte man die Stadt Tilſit für neutral, um dort die Verhandlungen fortzuſetzen. Am 6. Juli kam auch die Königin von Preußen nach Tilſit. Die Hauptbedingungen des Friedens waren zwiſchen den Kaiſern Napoleon und Alexander verabredet worden, das öffentliche Friedensinſtrument wurde ſodann von Talleyrand einerſeits und Labanoff und Kurakin andererſeits am 7. Juli für Frankreich und Rußland entworfen, am 9. Juli von Talleyrand einerſeits und den Grafen Kalkreuth und Golz für Preußen. Zwiſchen Napoleon und Alexander wurden jedoch auch geheime Artikel theils mündlich verabredet theils ſchriftlich aufgeſetzt. (Man vergleiche hierüber Lefebvre im dritten Bande ſeiner Histoire des cabinets de l'Europe pendant le consulat et l'empire de Napoleon, Paris 1840 und Schloſſer, Geſchichte des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts, Band 7, S. 274.) Nach dieſen geheimen Artikeln ſollte das türkiſche Reich zwiſchen Rußland und Frankreich getheilt werden, Rußland ſollte die europäiſche Türkei mit Ausnahme Conſtantinopel's, Frankreich Aegypten und die übrigen afrikaniſchen Staaten erhalten

und im übrigen Europa freie Hand haben. Rußland willigte ein, daß ein napoleonischer Prinz den Thron von Spanien und Portugal einnehme, Joseph Bonaparte sollte neben Neapel auch Sicilien erhalten, und der König Ferdinand IV. durch Candia, die balearischen Inseln ꝛc. entschädigt werden. Malta und die jonischen Inseln sollten an Frankreich kommen, Russen und Franzosen einen gemeinschaftlichen Zug gegen das englische Ostindien unternehmen u. s. f. Die wesentlichen Punkte des öffentlichen Friedensinstruments zwischen Frankreich und Rußland sind folgende. Im vierten Artikel werden diejenigen preußischen Gebietstheile aufgezählt, welche dem König von Preußen zurückgegeben werden sollen. Der sechste Artikel erklärt Danzig zu einer freien Stadt unter der Protection von Preußen und Sachsen; im neunten Artikel werden die Grenzen des neuen Herzogthums Warschau festgesetzt; nach dem zwölften Artikel erhalten die Herzoge von Sachsen-Coburg, Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin ihre Länder zurück; im dreizehnten nimmt Napoleon die Vermittlung Rußlands für den abzuschließenden Frieden mit England an, im vierzehnten werden Joseph und Ludwig Bonaparte als Könige von Neapel und Holland, im fünfzehnten wird der Rheinbund anerkannt, im sechzehnten tritt Rußland die Herrschaft Jever an den König von Holland ab, der siebenzehnte Artikel schließt die Verbündeten Napoleons in den Frieden ein, im achtzehnten erkennt Rußland den König von Westphalen und die Abtretungen Preußens an sein Königreich an, im dreiundzwanzigsten acceptirt Rußland die Vermittlung Napoleons bezüglich eines Friedensschlusses mit der Pforte, im fünfundzwanzigsten garantiren sich die Kaiser Napoleon und Alexander gegenseitig und auch ihren Verbündeten ihre Staaten in dem durch den Frieden bestimmten Umfang.

Das französisch-preußische Friedensinstrument wurde zwei Tage später, am 9. Juli, ausgefertigt. Preußen verlor die Hälfte seines Gebietes, einen Flächenraum von 2700 Quadratmeilen mit fünf Millionen Einwohnern. Auch selbst Rußland, der Alliirte Preußen's, vergrößerte sich durch preußisches Gebiet, nämlich durch die Provinz Bialystock in Preußisch-Polen, 206 □Meilen mit 184,000 Einwohnern. Der größte Theil des abgetretenen preußischen Gebietes wurde von Napoleon für die Bildung des Königreichs Westphalen verwendet; Holland erhielt Ostfriesland und von Rußland die Herrschaft Jever, wogegen es einen ansehnlichen Landstrich an Frankreich abtreten mußte; Anderes, wie der Rest von Hannover, Erfurt, Fulda, Bayreuth, blieb vor der Hand französisch und wurde später an Mitglieder des Rheinbundes, meist an den König von Bayern und Fürsten Primas, der Rest von Hannover an das Königreich Westphalen gegeben. Der zweite Artikel zählt die Provinzen auf, welche Preußen zurückgegeben werden sollen, nämlich Ostpreußen, Westpreußen, die Neumark, die Kurmark, Pommern, Schlesien und was vom Herzogthum Magdeburg auf dem rechten Elbufer lag, zusammen 2618 Quadratmeilen mit 5,200,000 Einwohnern. Das preußische Gebiet zwischen

Elbe und Rhein trat Preußen im siebenten und zehnten Artikel an Frankreich ab zur Bildung des Königreichs Westphalen, welches Preußen (Art. 8) anerkennt. Den cotbusser Kreis erhält nach Art. 12 der König von Sachsen. Ganz Preußisch-Polen überläßt Preußen zum Behufe der Bildung eines Herzogthums Warschau an den König von Sachsen (Art. 13 und 15). Es behält nur Ermeland, die Festung Graudenz und ein schmales Gebiet, welches Pommern und die Neumark mit Altpreußen verbindet. Der achtzehnte Artikel bestimmt die Grenzen des polnischen Gebietes, welches Preußen an Rußland abtritt. Im vierzehnten und neunzehnten Artikel verzichtet Preußen auf Danzig, welches für eine freie Stadt erklärt wird unter der Protection Preußen's und Sachsen's. Im dritten Artikel erkennt Preußen Joseph und Ludwig Napoleon als Könige von Neapel und Holland, im vierten den Rheinbund an. Im sechzehnten muß es eine Militärstraße für Sachsen durch sein Gebiet nach dem Herzogthum Warschau zugestehen, nach Art. 27 seine Häfen dem englischen Handel verschließen. In einem geheimen Artikel verpflichtete sich Preußen, im Dezember den Engländern den Krieg zu erklären, wenn England bis Ende Novembers die Friedensbedingungen nicht annähme, welche Frankreich und Rußland demselben vorlegen würden, auch in die Theilung Schwedens zwischen Dänemark und Rußland zu willigen, wenn der König von Schweden der französischen Allianz gegen England nicht beiträte. Eine Convention, welche am 12. Juli 1807 zu Königsberg unterzeichnet wurde (wir lassen den Text derselben folgen), bestimmte den Zeitpunkt, wann die einzelnen Gebietstheile und Festungen von den Franzosen geräumt werden sollten, und setzte fest, daß die vollständige Räumung binnen $2\frac{1}{2}$ Monaten erfolgen sollte (Art. 2). Die Staatseinkünfte bis zur Ratification des Friedens nahmen die Franzosen in Anspruch, auch sollte die Festung Stettin vorderhand in dem Besitz der Franzosen bleiben (Art. 1) und die Räumung erst erfolgen, wenn die französischen Requisitionen und Contributionen vollständig bezahlt seien. Bis dorthin sollten die Finanzen noch von dem französischen Intendanten Darü verwaltet werden. Es mußte jedoch schon eine längere Zeit hingehen, bis man sich über diese ungeheueren Summen auch nur verständigte. Darü berechnete seine Forderung noch auf 513,744,400 Franken, wozu immer neue Ansprüche kamen. Der Prinz Wilhelm von Preußen wurde daher im November 1807 nach Paris gesandt, um die Sache zu ordnen und eine Ermäßigung der Forderungen zu erlangen. Nach Monate langen Bemühungen wurde endlich am 7. Sept. 1808 von Champagny ein Vergleich mit ihm abgeschlossen, welcher die zu zahlende Summe auf 140 Millionen Franken bestimmte und die französischen Besatzungen (mit Ausnahme der Festungen Stettin, Küstrin und Glogau) aus Preußen abrief. Auf dem Congreß zu Erfurt (27. Sept. 1808) wurden von Napoleon an dieser Forderung 20 Millionen Franken nachgelassen. Vom 1. Okt. 1806 bis 15. Okt. 1808 sind von den Franzosen ungefähr 564 Millionen Franken aus Preußen gezogen

und im übrigen Europa freie Hand haben. Rußland willigte ein, daß ein napoleonischer Prinz den Thron von Spanien und Portugal einnehme, Joseph Bonaparte sollte neben Neapel auch Sicilien erhalten, und der König Ferdinand IV. durch Candia, die balearischen Inseln ꝛc. entschädigt werden. Malta und die jonischen Inseln sollten an Frankreich kommen, Russen und Franzosen einen gemeinschaftlichen Zug gegen das englische Ostindien unternehmen u. s. f. Die wesentlichen Punkte des öffentlichen Friedensinstruments zwischen Frankreich und Rußland sind folgende. Im vierten Artikel werden diejenigen preußischen Gebietstheile aufgezählt, welche dem König von Preußen zurückgegeben werden sollen. Der sechste Artikel erklärt Danzig zu einer freien Stadt unter der Protection von Preußen und Sachsen; im neunten Artikel werden die Grenzen des neuen Herzogthums Warschau festgesetzt; nach dem zwölften Artikel erhalten die Herzoge von Sachsen-Coburg, Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin ihre Länder zurück; im dreizehnten nimmt Napoleon die Vermittlung Rußlands für den abzuschließenden Frieden mit England an, im vierzehnten werden Joseph und Ludwig Bonaparte als Könige von Neapel und Holland, im fünfzehnten wird der Rheinbund anerkannt, im sechzehnten tritt Rußland die Herrschaft Jever an den König von Holland ab, der siebenzehnte Artikel schließt die Verbündeten Napoleons in den Frieden ein, im achtzehnten erkennt Rußland den König von Westphalen und die Abtretungen Preußens an sein Königreich an, im dreiundzwanzigsten acceptirt Rußland die Vermittlung Napoleons bezüglich eines Friedensschlusses mit der Pforte, im fünfundzwanzigsten garantiren sich die Kaiser Napoleon und Alexander gegenseitig und auch ihren Verbündeten ihre Staaten in dem durch den Frieden bestimmten Umfang.

Das französisch-preußische Friedensinstrument wurde zwei Tage später, am 9. Juli, ausgefertigt. Preußen verlor die Hälfte seines Gebietes, einen Flächenraum von 2700 Quadratmeilen mit fünf Millionen Einwohnern. Auch selbst Rußland, der Alliirte Preußen's, vergrößerte sich durch preußisches Gebiet, nämlich durch die Provinz Bialystock in Preußisch-Polen, 206 □Meilen mit 184,000 Einwohnern. Der größte Theil des abgetretenen preußischen Gebietes wurde von Napoleon für die Bildung des Königreichs Westphalen verwendet; Holland erhielt Ostfriesland und von Rußland die Herrschaft Jever, wogegen es einen ansehnlichen Landstrich an Frankreich abtreten mußte; Anderes, wie der Rest von Hannover, Erfurt, Fulda, Bayreuth, blieb vor der Hand französisch und wurde später an Mitglieder des Rheinbundes, meist an den König von Bayern und Fürsten Primas, der Rest von Hannover an das Königreich Westphalen gegeben. Der zweite Artikel zählt die Provinzen auf, welche Preußen zurückgegeben werden sollen, nämlich Ostpreußen, Westpreußen, die Neumark, die Kurmark, Pommern, Schlesien und was vom Herzogthum Magdeburg auf dem rechten Elbufer lag, zusammen 2618 Quadratmeilen mit 5,200,000 Einwohnern. Das preußische Gebiet zwischen

Elbe und Rhein trat Preußen im siebenten und zehnten Artikel an Frankreich ab zur Bildung des Königreichs Westphalen, welches Preußen (Art. 8) anerkennt. Den cotbusser Kreis erhält nach Art. 12 der König von Sachsen. Ganz Preußisch-Polen überläßt Preußen zum Behufe der Bildung eines Herzogthums Warschau an den König von Sachsen (Art. 13 und 15). Es behält nur Ermeland, die Festung Graudenz und ein schmales Gebiet, welches Pommern und die Neumark mit Altpreußen verbindet. Der achtzehnte Artikel bestimmt die Grenzen des polnischen Gebietes, welches Preußen an Rußland abtritt. Im vierzehnten und neunzehnten Artikel verzichtet Preußen auf Danzig, welches für eine freie Stadt erklärt wird unter der Protection Preußen's und Sachsen's. Im dritten Artikel erkennt Preußen Joseph und Ludwig Napoleon als Könige von Neapel und Holland, im vierten den Rheinbund an. Im sechzehnten muß es eine Militärstraße für Sachsen durch sein Gebiet nach dem Herzogthum Warschau zugestehen, nach Art. 27 seine Häfen dem englischen Handel verschließen. In einem geheimen Artikel verpflichtete sich Preußen, im Dezember den Engländern den Krieg zu erklären, wenn England bis Ende Novembers die Friedensbedingungen nicht annähme, welche Frankreich und Rußland demselben vorlegen würden, auch in die Theilung Schwedens zwischen Dänemark und Rußland zu willigen, wenn der König von Schweden der französischen Allianz gegen England nicht beiträte. Eine Convention, welche am 12. Juli 1807 zu Königsberg unterzeichnet wurde (wir lassen den Text derselben folgen), bestimmte den Zeitpunkt, wann die einzelnen Gebietstheile und Festungen von den Franzosen geräumt werden sollten, und setzte fest, daß die vollständige Räumung binnen $2^1/_2$ Monaten erfolgen sollte (Art. 2). Die Staatseinkünfte bis zur Ratification des Friedens nahmen die Franzosen in Anspruch, auch sollte die Festung Stettin vorderhand in dem Besitz der Franzosen bleiben (Art. 1) und die Räumung erst erfolgen, wenn die französischen Requisitionen und Contributionen vollständig bezahlt seien. Bis dorthin sollten die Finanzen noch von dem französischen Intendanten Darü verwaltet werden. Es mußte jedoch schon eine längere Zeit hingehen, bis man sich über diese ungeheueren Summen auch nur verständigte. Darü berechnete seine Forderung noch auf 513,744,400 Franken, wozu immer neue Ansprüche kamen. Der Prinz Wilhelm von Preußen wurde daher im November 1807 nach Paris gesandt, um die Sache zu ordnen und eine Ermäßigung der Forderungen zu erlangen. Nach Monate langen Bemühungen wurde endlich am 7. Sept. 1808 von Champagny ein Vergleich mit ihm abgeschlossen, welcher die zu zahlende Summe auf 140 Millionen Franken bestimmte und die französischen Besatzungen (mit Ausnahme der Festungen Stettin, Küstrin und Glogau) aus Preußen abrief. Auf dem Congreß zu Erfurt (27. Sept. 1808) wurden von Napoleon an dieser Forderung 20 Millionen Franken nachgelassen. Vom 1. Okt. 1806 bis 15. Okt. 1808 sind von den Franzosen ungefähr 564 Millionen Franken aus Preußen gezogen

worden.*) Die Verwaltung der preußischen Lande wurde am 18. Nov. 1808 den Preußen übergeben, die Räumung aber erst am 5. Dez. 1808 vollendet. Vom Abschluß des Friedens bis über die Mitte Januar's hinaus waren an 200,000 Mann Franzosen und Rheinbundestruppen auf Kosten Preußen's im Lande geblieben. — Der Friede findet sich abgedruckt im Journal de Francfort 1807 Nr. 211, bei Martens recueil tom. VIII. u. a. — Schrift: Der Friede von Tilsit zwischen Frankreich, Rußland und Preußen, geschlossen den 7. u. 9. Juli 1807, nebst den dazu gehörigen Erläuterungskarten.

Der Friede zu Wien oder Schönbrunn.

(14. Okt. 1809.)

Als die Spanier den Kampf gegen die Herrschaft der Franzosen begonnen hatten und auch in Deutschland sich da und dort die Sehnsucht nach Erlösung von dem französischen Joche zu regen anfing, hielt Oestreich den Augenblick für günstig, um sich noch einmal, wenn auch ohne Bundesgenossen, mit seiner ganzen Kraft gegen Napoleon zu erheben. Wie in Preußen Scharnhorst und Gneisenau, so hatte in Oestreich der Erzherzog Karl, dem im Jahr 1808 die oberste Leitung des Kriegswesens übertragen worden war, Anstalten getroffen, welche die ganze Bevölkerung unter die Waffen brachten. Statt der Werbung wurde die Aushebung eingeführt, durch eine Verordnung vom 12. Mai 1808 erhielten alle Regimenter dritte Bataillone, was die Armee um ein Drittheil vermehrte und auf die Zahl von 400,000 Mann brachte; durch eine andere Verordnung vom 9. Juni 1808 wurde die Landwehr organisirt, außer dieser noch das Aufgebot eines Landsturmes, der alle waffenfähigen Männer vom 18. bis zum 48. Jahre umfaßte, vorbereitet. Napoleon forderte Einstellung der Rüstungen, Oestreich setzte dieselben aber fort und erklärte am 15. April 1809 den Krieg, nachdem der Erzherzog Karl am 8. April ein Manifest an die deutsche Nation gerichtet hatte, worin er dieselbe zur Befreiung vom französischen Joche aufforderte. Das östreichische Heer begann den Angriff nach drei verschiedenen Richtungen. Der Erzherzog Karl rückte mit 200,000 Mann in Bayern ein, der Erzherzog Ferdinand marschirte mit 36,000 Mann gegen Warschau, der Erzherzog Johann mit 80,000 Mann gegen Italien. Napoleon zog gegen den Erzherzog Karl mit 220,000 Mann heran, die zur

*) Napoleon bildete aus den Contributionen Oestreich's und Preußen's ein domaine extraordinaire, wovon er die Zinsen zu Gratificationen für Militärs verwandte. Die aus diesen Erpressungen erhaltene Summe belief sich am 1. Jan 1808, nach einer von Darü dem Kaiser vorgelegten Rechnung, auf 604,227,922 Franken.

Hälfte aus deutschen Bundestruppen bestanden, und schlug die Oestreicher bei Abensberg, Landshut, Eckmühl und Regensburg (19. bis 23. Apr. 1809). Das östreichische Heer zog sich nach Böhmen, Napoleon folgte und hielt am 13. Mai seinen Einzug in Wien. Der Rückzug des östreichischen Hauptheeres veranlaßte auch den Erzherzog Johann, der, während die aufgestandenen Tyroler, Franzosen und Bayern in ihrem Lande sich beschäftigten, an der Etsch gegen den Vicekönig Eugen glücklich focht, sich nach Ungarn zurückzuziehen. Die Hauptschläge des Krieges erfolgten jetzt vor Wien. Die Oestreicher unter Erzherzog Karl schlugen die Franzosen bei Aspern (23. Mai), dagegen gewann Napoleon am 5. und 6. Juli 1809 die blutige Schlacht bei Wagram, worauf am 12. Juli zu Znaym, wo der Erzherzog Karl sein Heer noch einmal zur Schlacht aufgestellt hatte, ein Waffenstillstand auf 4 Wochen geschlossen wurde. Noch war die östreichische Armee schlagfertig und zog Verstärkungen nach sich; man wußte auch, daß für Napoleon die Sachen in Paris selbst nicht mehr so ganz günstig lagen; Bernadotte, mit dem er nach der Schlacht bei Wagram völlig zerfallen war, und sieben Generale, die ihm anhingen, hatten aus Paris entfernt werden müssen; die Rückkehr des Kaisers nach Paris begann dringend zu werden. Man hätte daher von Oestreich noch eine Schlacht erwartet, nachdem der Sieg der Franzosen bei Wagram keineswegs entscheidend gewesen. Als aber die Nachricht einging, daß die Diversion der Engländer an den Scheldemündungen, für welche sie 20 Millionen Pfund aufgewandt, durch ungeschickte Leitung mißlungen sei, und am Ende Septembers der größere Theil der englischen Armee und Flotte nach England zurückging, auch die östreichischen Befehlshaber selbst über den ferneren Plan nicht einig werden konnten, suchte der Kaiser von Oestreich ernstlich den Frieden. Schon im Juli hatte man die Friedensverhandlungen angefangen; sie wurden eigentlich doppelt geführt, einmal officiell durch die Abgeordneten (Champagny, Metternich und General Nugent), sodann im Geheimen zwischen Vertrauten der beiden Kaiser, die zwischen Schönbrunn, wo Napoleon verweilte, und Totis, dem Aufenthaltsort des Kaisers Franz, ab und zu gingen. Förmlich eröffnet wurden dieselben am 17. August 1809 in dem ungarischen Städtchen Altemburg; seinen Abschluß erhielt der Friede am 14. Okt. zu Wien. Oestreich trat an Napoleon 2058 □M. mit 3½ Millionen Einwohnern ab und bezahlte 85 Mill. Franken baar; schon vorher jedoch waren aus den eroberten Landstrichen von Darü 237 Millionen Franken beigetrieben worden. Die Räumung des Kaiserthums von französischen Truppen sollte nach einer Militärconvention vom 27. Okt. nach und nach vom 12. Nov. 1809 bis 4. Jan. 1810 vollzogen werden. Oestreich trat folgende Gebietstheile ab: 1) Salzburg, das Innviertel, die Hälfte des Hausruckviertels und Berchtesgaden, welche Bayern erhielt; 2) Görz, das östreichische Friaul, Triest, Krain, den villacher Kreis von Kärnten ꝛc., woraus Napoleon das Gouvernement der illyrischen Provinzen bildete; 3) die Herrschaft Räzuns in

Graubündten; 4) West- oder Neugalizien, Krakau ꝛc. an das Herzogthum Warſchau. Die Salzbergwerke von Wieliczka ſollten Oeſtreich und Sachſen gemeinſchaftlich beſitzen. 5) An Rußland ein Gebiet mit 400,000 Seelen in Altgalizien. 6) An Sachſen ſechs böhmiſche, von Sachſen eingeſchloſſene Ortſchaften. 7) Der Kaiſer von Oeſtreich erkannte die von Napoleon am 24. Aug. 1809 zu Regensburg verfügte Aufhebung des deutſchen Ordens in den Rheinbundesſtaaten an und entſagte im Namen des Erzherzogs und Großmeiſters Anton auf Mergentheim, welches Würtemberg zugetheilt wurde, wogegen Würtemberg an Baden die Landgrafſchaft Nellenburg abtrat. Geheime Artikel verpflichteten Oeſtreich zu einer Verringerung ſeiner Armee bis auf 150,000 Mann. Der Friede findet ſich u. a. abgedruckt bei Martens nouv. rec. I. — Schriften: Betrachtungen über den Frieden zu Wien, Wien 1809. 8. — Déclaration et manifeste de la cour de Vienne, publiés à Vienne en avril 1809. Paris 1809. 8. — R. Adair: Hist. memoir of a mission to the Court of Vienna in 1806, Lond. 1844. 8., deutſch von Ebert, Berlin 1846, 8.

Traité définitif de paix

entre

Sa Majesté britannique d'une part, et la rép. batave de l'autre,

signé à

AMIENS,

le 25. 27. Mars 1802.

Le premier consul de la république française, au nom du peuple français, et Sa Majesté le Roi du royaume de la Grande-Bretagne et d'Irlande, également animés du desir de faire cesser les calamités de la guerre, ont posé les fondemens de la paix par les articles préliminaires, signés à Londres le 1. Octobre 1801. (9. vendémiaire an 10.)

Et, comme par l'article XV des dits préliminaires il a été convenu, qu'il serait nommé, de part et d'autre, des plénipotentiaires, qui se rendraient à Amiens pour y procéder à la rédaction du traité définitif, de concert avec les alliés des puissances-contractantes.

Le premier consul de la république française, au nom du peuple français, a nommé le citoyen Joseph Bonaparte, conseiller-d'état; et Sa Majesté le Roi du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le marquis de Cornwallis, chevalier de l'ordre très-illustre de la Jarretière, conseiller-privé de Sa Majesté, général de ses armées etc.

Sa Majesté le Roi d'Espagne et des Indes et le gouvernement d'état de la république batave ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir: Sa Majesté Catholique, Don Joseph Nicolas de Azara, son conseiller-d'état, chevalier grand-croix de Charles III, ambassadeur-extraordinaire de Sa Majesté près la république française etc. et le gouvernement-d'état de la république batave, Roger Jean Schimmelpenninck, son ambassadeur-extraordinaire près la république française.

Lesquels, après s'être duement communiqué leurs plein-pouvoirs, qui sont transcrits à la suite du présent traité, sont convenus des articles suivans:

Art. I. Il y aura paix, amitié et bonne intelligence, entre Sa Majesté le Roi du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, ses héritiers et successeurs, d'une part; et la république française, Sa Majesté le Roi d'Espagne, ses héritiers et successeurs et la république batave, d'autre part. Les parties contractantes apporteront la plus grande attention à maintenir une parfaite harmonie entre elles et leurs états, sans permettre que, de part ni d'autre, on commette aucune sorte d'hostilité par terre ou par mer, pour quelque cause et sous quelque prétexte que ce puisse être. Elles éviteront soigneusement tout ce qui pourrait altérer à l'avenir l'union heureusement rétablie, et ne donneront aucun secours ni protection, soit directement soit indirectement, à ceux qui voudraient préjudice à aucune d'elles.

Art. II. Tous les prisonniers, faits de part et d'autre, tant par terre que par mer, et les otages, enlevés ou donnés pendant la guerre et jusqu'à ce jour, seront restitués sans rançon, dans six semaines au plus tard, à compter du jour de l'échange des ratifications du présent traité, et en payant les dettes qu'ils auraient contractées pendant leur captivité. Chaque partie contractante soldera respectivement les avances, qui auraient été faites par aucunes des parties-contractantes pour la subsistance et l'entretien des prisonniers dans le pays où ils ont été détenus. Il sera nommé de concert pour cet effet une commission spécialement chargée de constater et de régler la compensation, qui pourra être due à l'une ou à l'autre des puissances contractantes. On fixera également de concert l'époque et le lieu où se rassembleront les commissaires qui seront chargés de l'exécution de cet article, et qui porteront en compte non-seulement les dépenses faites par les prisonniers des nations respectives, mais aussi pour les troupes étrangères qui, avant d'être prises, étaient à la solde et à la disposition de l'une des parties contractantes.

Art. III. Sa Majesté britannique restitue à la république française et à ses alliés, savoir: Sa Majesté catholique et la république batave, toutes les possessions et colonies qui leur appartenaient respectivement, et qui ont été occupées ou conquises par les forces britanniques dans le cours de la guerre, à l'exception de l'île de la Trinité et des possessions hollandaises dans l'île de Ceylan.

Art. IV. Sa Majesté catholique cède et garantit en toute propriété et souveraineté à Sa Majesté britannique l'île de la Trinité.

Art. V. La république batave cède et garantit en toute propriété et souveraineté à Sa Majesté britannique toutes les possessions et établissemens dans l'île de Ceylan, qui appartenaient avant la guerre à la république des Provinces-Unies ou à sa compagnie des Indes-Orientales.

Art. VI. Le cap de Bonne-Espérance reste à la république batave en toute souveraineté, comme cela avait lieu avant la guerre. Les bâtimens de toute espèce, appartenans aux autres parties contractantes, auront la faculté d'y relâcher et d'y acheter les approvisionnemens nécessaires comme auparavant,

sans payer d'autres droits que ceux, auxquels la république batave assujettit les bâtimens de sa nation.

Art. VII. Les territoires et possessions de Sa Majesté très-fidèle sont maintenus dans leur intégrité, tels qu'ils étaient avant la guerre. Cependant les limites des Guyanes française et portugaise sont fixées à la rivière d'Arawari, qui se jette dans l'Ocean au-dessus du cap Nord près de l'île Neuve et de l'île de la Pénitence, environ à un degré un tiers de latitude septentrionale. Ces limites suivront la rivière d'Arawari, depuis son embouchure la plus éloignée du cap Nord jusqu'à sa source, et ensuite une ligne droite tirée de cette source jusqu'au Rio Branco vers l'Ouest. En conséquence la rive septentrionale de la rivière d'Arawari depuis sa dernière embouchure jusqu'à sa source, et les terres qui se trouvent au Nord de la ligne des limites fixées ci-dessus, appartiendront en toute souveraineté à la république française. La rive méridionale de la dite rivière, à partir de la même embouchure, et toutes les terres au Sud de la dite ligne des limites, appartiendront à Sa Majesté très-fidèle. La navigation de la rivière d'Arawari, dans tout son cours, sera commune aux deux nations. Les arrangemens, qui ont eu lieu entre les cours de Madrid et de Lisbonne, pour la rectification de leurs frontières en Europe, seront toutefois exécutées suivant les stipulations du traité de Badajoz.

Art. VIII. Les territoires, possessions et droits de la Sublime-Porte sont maintenus dans leur intégrité, tels qu'ils étaient avant la guerre.

Art. IX. La république des Sept-Iles est reconnue.

Art. X. Les îles de Malte, de Gozo et de Comino, seront rendues à l'ordre de St. Jean de Jérusalem, pour être par lui tenues aux mêmes conditions, auxquelles il les possédait avant la guerre, et sous les stipulations suivantes:

1) Les chevaliers de l'ordre, dont les langues continueront de subsister après l'échange des ratifications du présent traité, sont invités à retourner à Malte aussitôt que l'échange aura eu lieu: ils y formeront un chapitre-général et procéderont à l'élection d'un grand-maître, choisi parmi les natifs des nations qui conservent des langues; à moins qu'elle n'ait été déjà faite depuis l'échange des ratifications des préliminaires. Il est entendu, qu'une élection, faite depuis cette époque, sera seule considérée comme valable, à l'exclusion de toute autre, qui aurait eu lieu dans aucun temps antérieur à la dite époque.
2) Les gouvernemens de la république française et de la Grande-Bretagne, désirant mettre l'ordre de l'île de Malte dans un état d'indépendance entière à leur égard, conviennent, qu'il n'y aura désormais, ni langue française, ni anglaise, et que nul individu appartenant à l'une ou à l'autre de ces puissances, ne pourra être admis dans l'ordre.
3) Il sera établi une langue maltaise qui sera entretenue par les revenus territoriaux et les droits commerciaux de l'île: cette langue aura des dignités qui lui seront propres, des traitemens et une auberge: les

preuves de noblesse ne seront pas nécessaires pour l'admission des chevaliers de la dite langue; ils seront d'ailleurs admissibles à toutes les charges, et jouiront de tous les privilèges, comme les chevaliers des autres langues. Les emplois municipaux, administratifs, civils, judiciaires et autres, dépendans du gouvernement de l'île, seront occupés, au moins par moitié, par des habitans des îles de Malte, Gozo et Comino.

4) Les forces de Sa Majesté britannique évacueront l'île et ses dépendances, dans les trois mois qui suivront l'échange des ratifications, ou plutôt si faire se peut. A cette époque, elle sera remise à l'ordre dans l'état où elle se trouve, pourvu que le Grand-Maître, ou des commissaires pleinement autorisées suivant les statuts de l'ordre, soient dans la dite île pour en prendre possession, et que la force, qui doit être fournie par Sa Majesté sicilienne, comme il est ci-après stipulé, y soit arrivée.

5) La moitié de la garnison, pour le moins, sera toujours composée de Maltais natifs: pour le restant, l'ordre aura la faculté de recruter parmi les natifs des pays seuls, qui continuent de posséder des langues. Les troupes maltaises auront des officiers maltais. Le commandement en chef de la garnison, ainsi que la nomination des officiers, appartiendront au Grand-Maître, et il ne pourra s'en démettre, même temporairement, qu'en faveur d'un chevalier d'après l'avis du conseil de l'ordre.

6) L'indépendance des îles de Malte, de Gozo et de Comino, ainsi que le présent arrangement, sont mis sous la protection et garantie de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Autriche, de l'Espagne, de la Russie et de la Prusse.

7) La neutralité *permanente* de l'ordre et de l'île de Malte, avec ses dépendances, est proclamée.

8) Les ports de Malte seront ouverts au commerce et à la navigation de toutes les nations qui y payeront des droits égaux et modérés; ces droits seront appliqués à l'entretien de la langue maltaise, comme il est spécifié dans le paragraphe 3, à celui des établissemens civils et militaires de l'île, ainsi qu'à celui d'un lazaret-général, ouvert à tous les pavillons.

9) Les états barbaresques sont exceptés des dispositions des deux paragraphes précédens jusqu'à ce que, par le moyen d'un arrangement que procureront les parties contractantes, le système d'hostilités, qui subsiste entre les dits états barbaresques, l'ordre de St. Jean, et les puissances, possédant des langues ou concourant à leur composition, ait cessé.

10) L'ordre sera régi quant au spirituel et au temporel, par les mêmes statuts, qui étaient en vigueur lorsque les chevaliers sont sortis de l'île, autant qu'il n'y est pas dérogé par le présent traité.

11) Les dispositions, contenues dans les paragraphes 3, 5, 7, 8 et 10, seront converties en lois et statuts perpétuels de l'ordre, dans la forme usitée; et le Grand-Maître, ou, s'il n'était pas dans l'île au moment où

elle sera remise à l'ordre, son représentant, ainsi que ses successeurs, seront tenus de faire serment de les observer ponctuellement.

12) Sa Majesté sicilienne sera invitée à fournir deux mille hommes natifs de ses états, pour servir de garnison dans les différentes forteresses des dites îles: cette force y restera un an, à dater de leur restitution aux chevaliers; et, si, à l'expiration de ce terme, l'ordre n'avait pas encore levé la force suffisante, au jugement de suffisants garants, pour servir de garnison dans l'île et ses dépendances, telle qu'elle est spécifiée dans le paragraphe 5, les troupes napolitaines y resteront jusqu'à ce qu'elles soient remplacées par une autre force, jugée suffisante par les dites puissances.

13) Les différentes puissances, désignées dans le paragraphe 6, savoir: la France, la Grande-Bretagne, l'Autriche, l'Espagne, la Russie et la Prusse, seront invitées à accéder aux présentes stipulations.

Art. XI. Les troupes françaises évacueront le royaume de Naples et l'état romain; les forces anglaises évacueront pareillement Porto-Ferrajo, et généralement tous les ports et îles, qu'elles occuperaient dans la Méditerranée ou dans l'Adriatique.

Art. XII. Les évacuations, cessions et restitutions, stipulées par le présent traité, seront exécutées pour l'Europe, dans le mois; pour le continent et les mers d'Amérique et d'Afrique, dans les trois mois; pour le continent et les mers d'Asie, dans les six mois, qui suivront la ratification du présent traité définitif, excepté dans le cas où il y est spécialement dérogé.

Art. XIII. Dans tous les cas de restitution convenus par le présent traité, les fortifications seront rendues dans l'état où elles se trouvaient au moment de la signature des préliminaires, et tous les ouvrages qui auront été construits depuis l'occupation, resteront intacts. Il est convenu en outre, que, dans tous les cas de cession stipulée, il sera alloué aux habitans, de quelque condition ou nation qu'ils soient, un terme de trois ans, à compter de la notification du présent traité, pour disposer de leurs propriétés acquises et possédées, soit avant soit pendant la guerre actuelle, dans lequel terme de trois ans, ils pourront exercer librement leur religion et jouir de leurs propriétés. La même faculté est accordée, dans les pays restitués, à tous ceux, soit habitans ou autres, qui y auront fait des établissemens quelconques, pendant le temps où ces pays étaient possédés par la Grande-Bretagne. Quant aux habitans des pays restitués ou cédés, il est convenu, qu'aucun d'eux ne pourra être poursuivi, inquiété ou troublé dans sa personne, ou dans sa propriété, sous aucun prétexte, à cause de sa conduite ou opinion politique, ou de son attachement à aucune des parties contractantes, ou pour toute autre raison, si ce n'est pour des dettes contractées envers des individus, ou pour des actes postérieurs au présent traité.

Art. XIV. Tous les séquestres mis de part et d'autre sur les fonds, revenus et créances, de quelqu' espèce qu'ils soient, appartenans à une des puissances contractantes, ou à ses citoyens ou sujets, seront levés immédiate-

ment après la signature de ce traité définitif. La décision de toutes réclamations entre les individus des nations respectives, pour dettes, propriétés, effets ou droits quelconques, qui, conformément aux usages reçus et au droit des gens, doivent être reproduites à l'époque de la paix, sera renvoyée devant les tribunaux compétens, et dans ce cas il sera rendu une prompte et entière justice dans les pays, où les réclamations seront faites respectivement.

Art. XV. Les pêcheries sur les côtes de Terre-Neuve et des îles adjacentes, et dans le golfe de Saint-Laurent, sont remises sur le même pied où elles étaient avant la guerre. Les pêcheurs français de Terre-Neuve, et les habitans des îles Saint-Pierre et Miquelon, pourront couper les bois, qui leur seront nécessaires, dans les bayes de Fortune et du Désespoir, pendant la première année, à compter de la ratification du présent traité.

Art. XVI. Pour prévenir tous les sujets de plaintes et de contestations, qui pourraient naître à l'occasion des prises qui auraient été faites en mer après la signature des articles préliminaires, il est réciproquement convenu, que les vaisseaux et effets qui pourraient avoir été pris dans la Manche et dans les mers du Nord après l'espace de douze jours, à compter de l'échange des ratifications des articles préliminaires, seront de part et d'autre restitués; que le terme sera d'un mois, depuis la Manche et les mers du Nord jusqu'aux îles Canaries inclusivement, soit dans l'océan, soit dans la Méditerranée; de deux mois, depuis les îles Canaries jusqu'à l'Equateur: et enfin de cinq mois, dans toutes les autres parties du monde, sans aucune exception ni autre distinction plus particulière de temps et de lieu.

Art. XVII. Les ambassadeurs, ministres et autres agens des puissances contractantes, jouiront respectivement, dans les états des dites puissances, des mêmes rangs, priviléges, prérogatives et immunités, dont jouissaient, avant la guerre, les agens de la même classe.

Art. XVIII. La branche de la maison de Nassau, qui était établie dans la ci-devant république des Provinces-Unies, actuellement la république batave, y ayant fait des pertes, tant en propriétés particulières, que par le changement de constitution adoptée dans ce pays, il lui sera procuré une compensation équivalente pour les dites pertes.

Art. XIX. Le présent traité définitif de paix est déclaré commun à la Sublime Porte ottomane, alliée de S. M. britannique, et la Sublime Porte sera invitée à transmettre son acte d'accession dans le plus court délai possible.

Art. XX. Il est convenu, que les parties contractantes, sur les réquisitions faites par elles respectivement, ou par leurs ministres ou officiers duement autorisés à cet effet, seront tenues de livrer en justice les personnes accusées des crimes de meurtre, de falsification ou banqueroute frauduleuse, commis dans la jurisdiction de la partie requérante, pourvu que cela ne soit fait que lorsque l'évidence du crime sera si bien constatée, que les loix du lieu, où l'on découvrira la personne ainsi accusée, auraient autorisé sa détention et sa traduction devant la justice, au cas que le crime y eût été commis: les frais de la prise de corps et de la traduction en justice seront à la charge

de ceux qui feront la réquisition. Bien entendu que cet article ne regarde en aucune manière les crimes de meurtre, de falsification ou de banqueroute frauduleuse, commis antérieurement à la conclusion de ce traité définitif.

Art. XXI. Les parties contractantes promettent d'observer sincèrement et de bonne foi tous les articles contenus au présent traité, et elles ne souffriront pas, qu'il y soit fait de contravention directe ou indirecte par leurs citoyens ou sujets respectifs, et les susdites parties contractantes se garantissent généralement et réciproquement toutes les stipulations du présent traité.

Art. XXII. Le présent traité sera ratifié par les parties contractantes dans l'espace de trente jours, ou plutôt si faire se peut, et les ratifications en due forme seront échangées à Paris.

En foi de quoi, nous soussignés plénipotentiaires avons signé de notre main, et en vertu de nos plein-pouvoirs respectifs, le présent traité définitif, et y avons fait apposer nos cachets respectifs.

Fait à Amiens, le vingt-sept Mars, mil huit cent deux, ce 6. germinal an 10. de la république française.

(L. S.) *Joseph Bonaparte.*
(L. S.) *Cornwallis.*
(L. S.) *J. Nicolas de Azara.*
(L. S.) *R. J. Schimmelpenninck.*

Article séparé entre la France et la république batave.

Le soussigné, plénipotentiaire de la république française, déclare, conformément aux stipulations existantes entre la république française et la république batave, et en vertu des instructions spéciales dont il est muni à cet effet de la part de son gouvernement, qu'il est entendu, que l'indemnité, stipulée en faveur de la maison de Nassau dans l'art. XVIII du présent traité, ne pourra sous aucun rapport ni d'aucune manière être à la charge de la république batave; le gouvernement français se portant à cet effet garant envers la dite république.

Le soussigné, plénipotentiaire de la république batave, au nom de son gouvernement, accepte la susdite déclaration, comme explicative du susdit art. XVIII du traité définitif, signé aujourd'hui par les plénipotentiaires des quatre puissances contractantes.

Le présent acte sera présenté à la ratification des deux gouvernemens respectifs, et les ratifications échangées en due forme.

Fait à Amiens, le 27. Mars 1802 (6. germinal an 10.).

Signé: *J. Bonaparte.*
R. J. Schimmelpenninck.

L'échange des ratifications a eu lieu d'abord entre la Grande-Bretagne et la France le 18. *Avril; celles de l'Espagne et de la république*

batave étant arrivées un peu plus tard à Paris, l'échange n'en a eu lieu que les jours suivans.

Acte d'accession de la Sublime Porte,

signé le 13. Mai 1802.

Moi, qui par la grâce continuelle et les bienfaits non interrompus de l'être impassible et invariable de l'auteur suprême de tout pouvoir et bien être, du fondateur de l'édifice durable et glorieux du califat, et à l'aide des miracles généralement salutaires de notre grand prophète Mohamed Mustapha, le chef des prophètes, le conducteur des personnes saintes, le soleil des deux mondes (que la plus grande bénédiction repose sur lui et sur ses compagnons!) — suis le serviteur et seigneur de Mecca, de Medina, de la sainte Jérusalem et de ses temples, de ces lieux hauts et sacrés, vers lesquels tous les peuples dirigent leurs prières, le calife suprême et le monarque heureux de tant de grands pays, provinces, villes, places fortes et châteaux, qui sont situés en Romélie et Natolie, sur les mers Blanche et Noire, en Hidjaz et Izak, et qui excitent la jalousie des potentats de la terre,

Moi, qui suis le sultan, fils du sultan, et l'empereur, fils de l'empereur, le sultan Gazi-Selim-Khan, fils du sultan Mustapha-Khan, fils du sultan Achmed-Kahn,

Que, par le présent et haut acte de notre empire et califat, il soit notoire, qu'en conséquence de l'article XIX du traité de paix définitif, qui a été conclu et signé au congrès d'Amiens, le 22ème jour de la Lune Zilkade de l'an passé 1216, ou 27. Mars 1802, de l'être chrétienne, entre les plénipotentiaires du premier consul de la république française, au nom du peuple français, ainsi que de la cour d'Espagne et de la république batave, et entre le plénipotentiaire de S. M. le Roi des royaumes-unis de la Grande-Bretagne et de l'Irlande, la Sublime Porte est comprise dans ce traité, communiqué à elle et ratifié par les dites puissances; et que la Sublime Porte, l'alliée de Sa dite Majesté le Roi d'Angleterre, a été invitée à accéder à ce traité dans le plus court délai possible,

Et, puisque la cessation entière des maux de la guerre et la recherche des moyens salutaires, qui puissent rétablir la tranquillité générale et fonder le bien être des peuples, font l'objet de nos voeux impériaux les plus ardens, nous accédons aux articles et stipulations du sus-dit traité, qui sont relatifs à notre Sublime Porte ou peuvent la concerner; et nous les adoptons, comme s'ils étaient insérés ici mot à mot, déclarant en même temps, qu'ils seront à jamais gardés et observés, et proclamant solennellement, que la paix et les liens heureux de l'amitié sont rétablis entre notre Sublime Porte et la sérénissime république française, ainsi qu'entre les habitans des deux états respectifs.

En foi de quoi le présent acte d'accession a été muni de notre glorieuse signature impériale. Et, comme nous avons accédé ainsi, de notre côté im-

périal, aux articles et stipulations du susdit traité, qui sont relatifs à notre Sublime Porte ou peuvent la concerner, il est hors de doute, qu'ils seront strictement observés.

Donné le 11ème jour de la Lune Mouhawer, l'an de l'Hégire 1217.

Signé: *Gazi Selim Khan.*

Traité de paix

entre

S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche et S. M. l'Empereur des Français Roi d'Italie,

signé à

PRESBOURG

le 26. Décembre 1805.

Napoléon par la grâce de Dieu et par les constitutions, Empereur des Français, Roi d'Italie, ayant vu et examiné le traité conclu, arrêté et signé à Presbourg le 26. *Décembre* 1805 (5. *Nivôse an* 14.) *par notre ministre des relations extérieures, en vertu des plein-pouvoirs que nous lui avions conférés à cet effet, avec M. M. le prince de Liechtenstein et le comte de Gyulai, ministres plénipotentiaires de S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, également munis de plein-pouvoirs; duquel traité la teneur suit:*

S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche et S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, également animés du désir de mettre fin aux calamités de la guerre, ont résolu de procéder sans délai, à la conclusion d'un traité de paix définitif, et ont, en conséquence, nommé pour plénipotentiaires; savoir: S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche M. le prince Jean de Liechtenstein, prince du Saint-Empire Romain, grand-croix de l'ordre militaire de Marie-Thérèse, chambellan, lieutenant-général des armées de Sa dite Majesté l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, et propriétaire d'un régiment d'hussars; et M. le comte Ignace de Gyulai, commandeur de l'ordre militaire de Marie-Thérèse, chambellan de Sa dite Majesté l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, lieutenant-général de ses armées et propriétaire d'un régiment d'infanterie: et S. M. l'Empereur des Français Roi d'Italie M. Charles Maurice Talleyrand Périgord, grand chambellan, ministre des relations extérieures de Sa dite Majesté l'Empereur des Français Roi d'Italie, grand cordon de la légion-d'honneur, chevalier des ordres de l'aigle rouge et de l'aigle noir de Prusse: lesquels après avoir échangé leurs plein-pouvoirs, sont convenus des articles suivans:

Art. I. Il y aura à compter de ce jour, paix et amitié entre S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche et S. M. l'Empereur Français

Roi d'Italie, leurs héritiers et successeurs, leurs états et sujets respectifs à perpétuité.

Art. II. La France continuera de posséder, en toute propriété et souveraineté, les duchés, principautés, seigneuries et territoires au-delà des Alpes, qui étaient, antérieurement au présent traité, réunis et incorporés à l'empire français, ou régis par les lois et les administrations françaises.

Art. III. S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, pour lui, ses héritiers et successeurs, reconnaît les dispositions, faites par S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, relativement aux principautés de Lucques et de Piombino.

Art. IV. S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche renonce tant pour lui que pour ses héritiers et successeurs, à la partie des états de la république de Venise, à lui cédée par les traités de Campo-Formio et de Luneville, laquelle sera réunie à perpétuité au royaume d'Italie.

Art. V. S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche reconnaît S. M. l'Empereur Français comme Roi d'Italie. Mais il est convenu que, conformément à la déclaration faite par S. M. l'Empereur des Français, au moment où il a pris la couronne d'Italie, aussitôt que les puissances nommées dans cette déclaration, auront rempli les conditions qui s'y trouvent exprimées, les couronnes de France et d'Italie, seront séparées à perpétuité, et ne pourront plus, dans aucun cas, être réunies sur la même tête. S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche s'engage à reconnaître, lors de la séparation, le successeur que S. M. l'Empereur des Français se sera donné comme Roi d'Italie.

Art. VI. Le présent traité est déclaré commun à LL. AA. SS. les Electeurs de Bavière, de Wurtemberg et de Bade, et à la république batave, alliées de S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie dans la présente guerre.

Art. VII. Les électeurs de Bavière et de Wurtemberg ayant pris le titre de Roi, sans néanmoins cesser d'appartenir à la confédération Germanique, S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche les reconnaît en cette qualité.

Art. VIII. S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, tant pour lui, ses héritiers et successeurs respectifs que pour les princes de sa maison, leurs héritiers et successeurs, renonce aux principautés, seigneuries, domaines et territoires ci-après désignés:

Cède et abandonne, à S. M. le Roi de Bavière, le margraviat de Burgau et ses dépendances; la principauté d'Eichstädt; la partie du territoire de Passau, appartenante à S. A. R. l'électeur de Salzbourg, et située entre la Bohème, l'Autriche, le Danube et l'Inn; le comté de Tyrol, y compris les principautés de Brixen et de Trente; les sept seigneuries les Vorariberg avec leurs enclaves; le comté de Hohenems; le comté de Königsegg-Rothenfels; les seigneuries de Tetnang et Argen, et la ville et territoire de Lindau;

à S. M. le Roi de Wurtemberg les cinq villes dites du Danube, savoir Ehingen, Munderkingen, Reidlingen, Meugen et Sulgau, avec leurs dépendances; le haut et bas comté de Hohenberg, le landgraviat de Nellenbourg

et la préfecture d'Altorff, avec leurs dépendances (la ville de Constance exceptée) la partie du Brisgau, faisant enclave dans les possessions wurtembergeoises et située à l'Est d'une ligne tirée du Schlegelberg jusqu'à Molbach; et les villes et territoires de Willingen et Brentingen;

à S. A. l'Electeur de Bade le Brisgau (à l'exception de l'enclave et des portions séparées, ci-dessus désignées) l'Ortenau, et leurs dépendances; la ville de Constance et la commanderie de Meinau.

Les principautés, seigneuries, domaines et territoires sus-dits, seront possédés respectivement par LL. MM. les Rois de Bavière et de Wurtemberg et par S. A. S. l'Electeur de Bade, soit en suzeraineté soit en toute propriété et souveraineté, de la même manière, aux mêmes droits et prérogatives que les possédaient S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, ou les princes de sa maison et non autrement.

Art. IX. S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche reconnait les dettes contractées par la maison d'Autriche au profit des particuliers et des établissemens publics du pays, faisant actuellement partie intégrante de l'empire Français; et il est convenu que Sa dite Majesté restera libre de toute obligation, par rapport à toutes dettes quelconques que la maison d'Autriche aurait contractées à raison de la possession, hypothéquées sur le sol des pays auxquels elle renonce par le présent traité.

Art. X. Les pays de Salzbourg et de Berchtolsgaden, appartenans à S. A. R. et E. l'archiduc Ferdinand, seront incorporés à l'empire d'Autriche, et S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche les possédera en toute propriété et souveraineté, mais à titre de duché seulement.

Art. XI. S. M. l'Empereur des Français Roi d'Italie s'engage à obtenir en faveur de S. A. R. l'archiduc Ferdinand, électeur de Salzbourg, la cession, par S. M. le Roi de Bavière, de la principauté de Wurzbourg, telle qu'elle a été donnée à Sa dite Majesté par le recès de la députation de l'empire Germanique du 25. Février 1803. (6 Ventose an 11.)

Le titre électoral de S. A. R., sera transféré sur cette principauté, que S. A. R. possédera en toute propriété et souveraineté, de la même manière et aux mêmes conditions qu'elle possédait l'électorat de Salzbourg. Et quant aux dettes, il est convenu, que le nouveau possesseur n'aura à sa charge que les dettes résultant d'emprunts formellement consentis par les états du pays, ou des dépenses faites pour l'administration effective du dit pays.

Art. XII. La dignité de grand-maitre de l'ordre Teutonique, les droits, domaines et revenus, qui, antérieurement à la présente guerre, dépendaient de Mergentheim, chef-lieu de l'ordre, les autres droits, domaines et revenus qui se trouvaient attachés à la grande-maitrise à l'époque de l'échange des ratifications du présent traité, ainsi que les domaines et revenus, dont, à cette même époque, le dit ordre se trouvera en possession, deviendront héréditaires dans la personne et la déscendance directe et masculine, par ordre de primogéniture, de celui des princes de la maison impériale, qui sera désigné par S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche.

S. M. l'Empereur Napoléon promet ses bons offices pour faire obtenir, le plutôt possible à S. A. R. l'archiduc Ferdinand une indemnité pleine et entière en Allemagne.

Art. XIII. S. M. le Roi de Bavière pourra occuper la ville d'Augsbourg et son territoire, les réunir à ses états et les posséder en toute propriété et souveraineté. Pourra également S. M. le Roi de Wurtemberg occuper, réunir à ses états et posséder en toute propriété et souveraineté le comté de Bendorff et S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche s'engage à n'y mettre aucune opposition.

Art. XIV. LL. MM. les Rois de Bavière et de Wurtemberg et S. A. l'Electeur de Bade jouiront sur les territoires à eux cédés, comme aussi sur leurs anciens états, de la plénitude de la souveraineté et de tous les droits qui en dérivent et qui leur ont été garantis par S. M. l'Empereur des Français et Roi d'Italie, ainsi et de la même manière qu'en jouissent S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche et S. M. le Roi de Prusse sur les états Allemands. S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche soit comme chef de l'empire, soit comme co-état, s'engage à ne mettre aucun obstacle à l'exécution des actes, qu'ils auraient faits ou pourraient faire en conséquence.

Art. XV. S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, tant pour lui, ses héritiers et successeurs que pour les princes de sa maison, leurs héritiers et successeurs, renonce à tous droits, soit de souveraineté, soit de suzeraineté, à toutes prétentions quelconques, actuelles ou éventuelles, sur tous les états, sans exception de LL. MM. les Rois de Bavière et de Wurtemberg et de S. A. S. l'Electeur de Bade et généralement sur tous les états, domaines et territoires, compris dans les cercles de Bavière, de Franconie et de Souabe, ainsi qu'à tout titre près des dits domaines et territoires; et réciproquement toutes prétentions actuelles ou éventuelles des dits états, à la charge de la maison d'Autriche ou de ses princes, sont et demeureront éteintes à perpétuité; néanmoins les renonciations, contenues au présent article, ne concernent point les propriétés qui sont par l'article XI ou seront, en vertu de l'art. XII ci-dessus concédées à LL. AA. RR. les archiducs désignés dans les dits articles.

Art. XVI. Les titres domaniaux et archives, les plans et cartes des différens pays, villes et forteresses cédées par le présent traité seront remis dans l'espace de trois mois à dater de l'échange des ratifications aux puissances qui en auront acquis la propriété.

Art. XVII. S. M. l'Empereur Napoléon garantit l'intégrité de l'empire d'Autriche dans l'état où il sera en conséquence du présent traité de paix, de même que l'intégrité des possessions des princes de la maison d'Autriche désignés dans les articles XI et XII.

Art. XVIII. Les hautes parties contractantes reconnaissent l'indépendance de la république helvétique régie par l'acte de médiation de même que l'indépendance de la république batave.

Art. XIX. Les prisonniers de guerre faits par la France et ses alliés sur l'Autriche et par l'Autriche sur la France et ses alliés, et qui n'ont pas

été réstitués, le seront dans quarante jours, à dater de l'échange des ratifications du présent traité.

Art. XX. Toutes les communications et relations commerciales seront rétablies dans les deux pays comme elles étaient avant la guerre.

Art. XXI. S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche et S. M. l'Empereur des Français Roi d'Italie conserveront entre eux le même cérémonial, quant au rang et aux autres étiquettes, que celui qui a été observé avant la présente guerre.

Art. XXII. Dans les cinq jours qui suivront l'échange des ratifications du présent traité la ville de Presbourg et ses environs à la distance de six lieues seront évacués; dix jours après le dit échange les troupes françaises et alliées de la France auront évacué la Moravie, la Bohème, le *Viertel unter Wiener Wald*, le *Viertel unter Manhardtsberg*, la Hongrie et toute la Styrie: dans les dix jours suivans elles évacueront le *Viertel ober Wiener Wald* et le *Viertel ober Manhardtsberg*, enfin dans le délai de deux mois à compter de l'échange des ratifications les troupes françaises et alliées de la France auront évacué la totalité des états héréditaires de S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche à l'exception de la place de Braunau, laquelle restera pendant un mois de plus à la disposition de S. M. l'Empereur des Français Roi d'Italie comme lieu de dépôt pour les malades et pour l'artillerie. Il ne sera pendant le dit mois fait aux habitans aucune réquisition de quelque nature que ce soit; mais il est convenu, que jusqu'à l'expiration du dit mois il ne pourra être stationné ni introduit aucun corps quelconque de troupes autrichiennes dans un arrondissement de six lieues autour de la dite place de Braunau. Il est pareillement convenu que chacun des lieux qui devront être évacués successivement par les troupes françaises dans les délais susmentionnés ne pourra être occupé par les troupes autrichiennes que 48 heures après l'évacuation. Il est aussi convenu que les magasins laissés par l'armée française dans les lieux qu'elle devra successivement évacuer resteront à sa disposition, et qu'il sera fait par les hautes parties contractantes un arrangement relatif à toutes les contributions quelconques de guerre, précédemment imposés sur les divers états héréditaires occupés par l'armée française; arrangement en conséquence duquel la levée des dites contributions cessera entièrement à compter du jour de l'échange des ratifications. L'armée française tirera son entretien et ses subsistances de ses propres magasins établis sur les routes qu'elle doit suivre.

Art. XXIII. Immédiatement après l'échange des ratifications du présent traité des commissaires seront nommés de part et d'autre pour remettre et recevoir au nom des souverains respectifs toutes les parties du territoire vénitien non occupées par les troupes de S. M. l'Empereur des Français Roi d'Italie. La ville de Venise, les Lagunes et les possessions de terre ferme seront remises dans le délai de 15 jours. L'Istrie et la Dalmatie Vénitiennes, les Bouches du Cataro, les îles vénitiennes de l'Adriatique et toutes les places et forts qu'elles renferment, dans le délai de six semaines à compter de

l'échange des ratifications. Les commissaires respectifs veilleront à ce que la séparation de l'artillerie ayant appartenu à la république de Venise et de l'artillerie autrichienne soit exactement faite; la première devant rester en totalité au royaume d'Italie: ils détermineront d'un commun accord l'espace et la nature des objets qui, appartenans à S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche devront en conséquence rester à sa disposition. Ils conviendront soit de la vente au royaume d'Italie, de l'artillerie impériale et des objets susmentionnés soit de leur échange contre une quantité équivalente d'artillerie ou d'objets de même ou d'autre nature qui seraient laissés par l'armée française dans les états héréditaires. Il sera donné toute facilité et toute assistance aux troupes autrichiennes et aux administrations civiles et militaires pour retourner dans les états d'Autriche par les voies les plus convenables et les plus sûres ainsi que pour le transport de l'artillerie impériale, des magasins de terre et de mer et d'autres objets qui n'auraient pas été compris dans les stipulations, soit de vente, soit d'échange qui pourront être faites.

Art. XIV. Les ratifications du présent traité seront échangées dans l'espace de huit jours ou plutôt si faire se peut.

Fait et signé à Presbourg, le 26. Décembre 1805. (15 Nivôse an 14.)

Signé: *Jean Prince de Liechtenstein.* (L. S.)
Ignace Comte de Gyulai. (L. S.)
Ch. Maur. Talleyrand. (L. S.)

Avons approuvé et approuvons le traité ci-dessus, en tous et chacun des articles qui y sont contenus; déclarons qu'il est accepté, ratifié et confirmé et promettons qu'il sera inviolablement observé. En foi de quoi, nous avons donné les présentes, signées de notre main, contresignées et scellées de notre sceau impérial.

Au palais de Schönbrunn, le 6. *Nivôse an* 14. (27. *Décembre* 1805.)

Signé: *Napoléon.*

Par l'empereur, le ministre sécrétaire d'état
Signé: *H. B. Maret.*

Traité de paix

entre

S. M. l'Empereur des Français Roi d'Italie et S. M. l'Empereur de toutes les Russies,

signé à

TILSIT

le 7. Juillet 1807.

S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, protecteur de la confédération du Rhin, et S. M. l'Empereur de toutes les Russies, étant animés

d'un égal désir de mettre fin aux calamités de la guerre, ont, à cet effet, nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir: S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, protecteur de la confédération du Rhin, M. *Charles-Maurice Talleyrand, prince de Bénévent*, son grand chambellan et ministre des relations extérieures, grand-cordon de la légion d'honneur, chevalier grand-croix des ordres de l'aigle-noir et de l'aigle-rouge de Prusse et de St. Hubert.

Et S. M. l'Empereur de toutes les Russies, M. *le Prince Alexandre Kourakin*, son conseiller privé actuel, membre du conseil d'état, sénateur chancelier de tous les ordres de l'empire, chambellan actuel, ambassadeur extraordinaire et ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur de toutes les Russies près S. M. l'Empereur d'Autriche, et chevalier des ordres de Russie de St. André, de St. Alexandre, de St. Anne 1ère classe et de St. Wolodomir de la 1ère classe, de l'aigle noir et de l'aigle rouge de Prusse, de St. Hubert de Bavière, de Danebrog et de l'union parfaite de Danemarc, et bailli grand-croix de l'ordre souverain de St Jean de Jérusalem; et M. *le Prince Dimitry Labanoff de Rostoff*, lieutenant-général des armées de S. M. l'Empereur de toutes les Russies, chevalier des ordres de St. Anne de la 1ère classe, de l'ordre militaire de St. George et de l'ordre de Wolodimir de la 3ème classe.

Lesquels après avoir échangé leurs plein-pouvoirs respectifs, sont convenus des articles suivans:

Art. I. Il y aura à compter du jour de l'échange des ratifications du présent traité, paix et amitié parfaites entre S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, et S. M. l'Empereur de toutes les Russies.

Art. II. Toutes les hostilités cesseront immédiatement, de part et d'autre, sur terre et sur mer, dans tous les points où la nouvelle de la signature du présent traité sera officiellement parvenue. Les hautes parties contractantes la feront porter sans délai par des couriers extraordinaires à leurs généraux et commandans respectifs.

Art. III. Tous les bâtimens de guerre ou autres appartenant à une des parties contractantes ou à leurs sujets respectifs, qui auraient été pris postérieurement à la signature du présent traité, seront restitués, ou, en cas de vente, le prix en sera restitué.

Art. IV. S. M. l'Empereur Napoléon, par égard pour S. M. l'Empereur de toutes les Russies et voulant donner une preuve du désir sincère qu'il a d'unir les deux nations par les liens d'une confiance et d'une amitié inaltérables, consent à restituer à S. M. le Roi de Prusse, allié de S. M. l'Empereur de toutes les Russies, tous les pays, villes et territoires conquis et dénommés ci-après, savoir: La partie du duché de Magdebourg située à la droite de l'Elbe, la marche de Priegnitz, l'Uckermark, la moyenne et la nouvelle marche de Brandebourg, à l'exception du *Cotbuser Kreis*, ou cercle de Cotbus, dans la Basse-Lusace, lequel devra appartenir à S. M. le Roi de Saxe; le duché de Poméranie; la haute, la basse et la nouvelle Silésie, avec le comté de Glatz; la partie du district de la Netze, située au nord de la chaussée, allant

de Driesen à Schneidemühl, et d'une ligne allant de Schneidemühl à la Vistule par Waldau, en suivant les limites du cercle de Bromberg, la navigation par la rivière de Netze et le canal de Bromberg, depuis Driesen jusqu'à la Vistule, et réciproquement, devant être libre et franche de tout péage; la Pomerelie, l'isle de Nogat, les pays à la droite du Nogat et de la Vistule, à l'ouest de la vieille Prusse et au nord du cercle de Culm, l'Ermeland, et enfin le royaume de Prusse tel qu'il était au 1. Janvier 1772, avec les places de Spandau, Stettin, Custrin, Glogau, Breslau, Schweidnitz, Neisse, Brieg, Kosel et Glatz, et généralement toutes les places, citadelles, châteaux et forts des pays ci-dessus dénommés, dans l'état où les dites places, citadelles, châteaux et forts se trouvent maintenant, et en outre, la ville de la citadelle de Graudenz.

Art. V. Les provinces qui au 1. Janvier 1772, faisaient partie de l'ancien royaume de Pologne, et qui ont passé depuis, à diverses époques, sous la domination prussienne, seront, à l'exception des pays qui sont nommés ou désignés au précédent article, et de ceux qui sont spécifiés en l'article IX ci-après, possédés en toute propriété et souveraineté par S. M. le Roi de Saxe, sous le titre de duché de Varsovie, et régis par des constitutions qui, en assurant les libertés et les priviléges des peuples de ce duché, se concilient avec la tranquillité des états voisins.

Art. VI. La ville de Dantzig avec un territoire de deux lieues de rayon autour de son enceinte, sera rétablie dans son indépendance, sous la protection de S. M. le Roi de Prusse et de S. M. le Roi de Saxe, et gouvernée par les lois qui la régissaient à l'époque où elle cessa de se gouverner elle-même.

Art. VII. Pour les communications entre le royaume de Saxe et le duché de Varsovie le Roi de Saxe aura le libre usage d'une route militaire à travers les possessions de S. M. le Roi de Prusse. La dite route, le nombre des troupes qui pourront y passer à la fois et les lieux d'étape seront déterminés par une convention spéciale, faite entre leurs dites Majestés, sous la médiation de la France.

Art. VIII. S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi de Saxe, ni la ville de Dantzig ne pourront empêcher par aucune prohibition, ni entraver par l'établissement d'aucun péage, droit ou impôt de quelque nature qu'il puisse être, la navigation de la Vistule.

Art. IX. Afin d'établir, autant qu'il est possible, des limites naturelles entre la Russie et le duché de Varsovie, le territoire circonscrit par la partie des frontières russes actuelles, qui s'étend depuis le Bug jusqu'à l'embouchure de la Lossosna et par une ligne partant de la dite embouchure et suivant le Thalweg de cette rivière, le Thalweg de la Bobra jusqu'à son embouchure, le Thalweg de la Narew, depuis le point susdit jusqu'à Suratz, de la Lisa jusqu'à sa source, près le village de Mien, de l'affluent de la Nurzeck prenant sa source près le même village, de la Nurzeck jusqu'à son embouchure

au-dessus de Nurr, et enfin le Thalweg du Bug, en le remontant jusqu'aux frontières russes actuelles, sera réuni à perpétuité à l'empire de Russie.

Art. X. Aucun individu de quelque classe et condition qu'il soit, ayant son domicile ou des propriétés dans le territoire spécifié en l'article précédent, ne pourra, non plus qu'aucun individu domicilié, soit dans les provinces de l'ancien royaume de Pologne, qui doivent être restituées à S. M. le Roi de Prusse, soit dans le duché de Varsovie, mais ayant en Russie des biens-fonds, rentes, pensions ou revenus, de quelque nature qu'ils soient, être frappé dans ses biens, rentes, pensions et revenus de tout genre, dans son rang et ses dignités, ni poursuivi ni recherché en aucune façon quelconque, pour aucune part, ou politique ou militaire, qu'il ait pu prendre aux évènemens de la guerre présente.

Art. XI. Tous les engagemens et toutes les obligations de S. M. le Roi, tant envers les anciens possesseurs, soit de charges publiques, soit de bénéfices ecclésiastiques, militaires ou civils, qu'à l'égard des créanciers ou des pensionnaires de l'ancien gouvernement de Pologne, restent à la charge de S. M. l'Empereur de toutes les Russies et de S. M. le Roi de Saxe, dans la proportion de ce que chacune de leurs dites Majestés acquiert par les articles V et IX, et seront acquittés pleinement, sans restriction, exception, ni réserve aucune.

Art. XII. Leurs altesses sérénissimes les ducs de Saxe-Cobourg, d'Oldenbourg et de Mecklenbourg-Schwerin, seront remis chacun dans la pleine et paisible possession des leurs états; mais les ports des duchés d'Oldenbourg et de Mecklenbourg continueront d'être occupés par des garnisons françaises, jusqu'à l'échange des ratifications du futur traité de paix définitive entre la France et l'Angleterre.

Art. XIII. S. M. l'Empereur Napoléon accepte la médiation de S. M. l'Empereur de toutes les Russies, à l'effet de négocier et conclure un traité de paix définitive entre la France et l'Angleterre, dans la supposition que cette médiation sera aussi acceptée par l'Angleterre, un mois après l'échange des ratifications du présent traité.

Art. XIV. De son côté S. M. l'Empereur de toutes les Russies, voulant prouver combien il désire d'établir entre les deux empires les rapports les plus intimes et les plus durables, reconnaît S. M. le Roi de Naples, Joseph Napoléon, et S. M. le Roi d'Hollande, Louis Napoléon.

Art. XV. S. M. l'Empereur de toutes les Russies reconnaît pareillement la confédération du Rhin, l'état actuel de possession de chacun des souverains qui la composent, et les titres donnés à plusieurs d'entre eux, soit par l'acte de confédération, soit par les traités d'accession subséquens. Sa dite Majesté promet de reconnaître, sur les notifications qui lui seront faites de la part de S. M. l'Empereur Napoléon, les souverains qui deviendront ultérieurement membres de la confédération, en la qualité qui leur sera donnée par les actes qui les y feront entrer.

Art. XVI. S. M. l'Empereur de toutes les Russies cède, en toute propriété et souveraineté, à S. M. le Roi de Hollande, la seigneurie de Jever dans l'Ost-Friese.

Art. XVII. Le présent traité de paix et d'amitié est déclaré commun à LL. MM. les Rois de Naples et de Hollande, et aux souverains confédérés du Rhin, alliés de S. M. l'Empereur Napoléon.

Art. XVIII. S. M. l'Empereur de toutes les Russies reconnaît aussi S. A. I. le prince Jérôme Napoléon, comme Roi de Westphalie.

Art. XIX. Le royaume de Westphalie sera composé des provinces cédées par S. M. le Roi de Prusse à la gauche de l'Elbe, et d'autres états actuellement possédés par S. M. l'Empereur Napoléon.

Art. XX. S. M. l'Empereur de toutes les Russies promet de reconnaître la disposition qui, en conséquence de l'article XIX ci-dessus, et des cessions de S. M. le Roi de Prusse, sera faite par S. M. l'Empereur Napoléon (laquelle devra être notifiée à S. M. l'Empereur de toutes les Russies) et l'état de possession en résultant pour les souverains au profit desquels elle aura été faite.

Art. XXI. Toutes les hostilités cesseront immédiatement sur terre et sur mer entre les forces de S. M. l'Empereur de toutes les Russies et celles de Sa Hautesse le Sultan, dans tous les points où la nouvelle de la signature du présent traité sera officiellement parvenue. Les hautes parties contractantes la feront porter, sans délai, par des couriers extraordinaires, pour qu'elle parvienne le plus promptement possible aux généraux et commandans respectifs.

Art. XXII. Les troupes russes se retireront des provinces de Valachie et de Moldavie; mais les dites provinces ne pourront être occupées par les troupes de Sa Hautesse jusqu'à l'échange des ratifications du futur traité de paix définitive entre la Russie et la Porte Ottomane.

Art. XXIII. S. M. l'Empereur de toutes les Russies accepte la médiation de S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, à l'effet de négocier et conclure une paix avantageuse et honorable aux deux empires. Les plénipotentiaires respectifs se rendront dans le lieu dont les deux parties intéressées conviendront, pour y ouvrir et suivre les négociations.

Art. XXIV. Les délais dans lesquels les hautes parties contractantes devront retirer leurs troupes des lieux qu'elles doivent quitter, en conséquence des stipulations ci-dessus, ainsi que le mode d'exécution des diverses clauses que contient le présent traité, seront fixés par une convention spéciale.

Art. XXV. S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie et S. M. l'Empereur de toutes les Russies, se garantissent mutuellement l'intégrité de leurs possessions et celles des puissances comprises au présent traité de paix, telles qu'elles sont maintenant ou seront en conséquence des stipulations ci-dessus.

Art. XXVI. Les prisonniers de guerre faits par les parties contractantes ou compris au présent traité de paix, seront rendus réciproquement sans échange et en masse.

Art. XXVII. Les relations de commerce entre l'empire Français, le royaume d'Italie, les royaumes de Naples et de Hollande, et les états confédérés d'une part, et d'autre part l'empire de Russie, seront rétablies sur le même pied qu'avant la guerre.

Art. XXVIII. Le cérémonial des deux cours des Tuileries et de Saint Pétersbourg entr'elles et à l'égard des ambassadeurs, ministres et envoyés qu'elles accréditeront l'une près de l'autre, sera établi sur le principe d'une réciprocité et d'une égalité parfaite.

Art. XXIX. Le présent traité sera ratifié par S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, et par S. M. l'Empereur de toutes les Russies.

L'échange des ratifications aura lieu dans cette ville, dans le délai de quatre jours.

Fait à Tilsit, le 7. Juillet (25. Juin) 1807.

Signés: *Charles Maurice Talleyrand, Prince de Bénévent.*
Le Prince Alexandre Kourakin,
Le Prince Dimitry Labanoff de Rostoff.

Pour ampliation:
Le ministre des relations extérieures,
Signé: *Charles Maurice Talleyrand, Prince de Bénévent.*

Les ratifications du présent traité ont été échangées à Tilsit, le 9. *Juillet* 1807.

Traité de paix

entre

S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie et S. M. le Roi de Prusse,

signé à

TILSIT

le 9. Juillet 1807.

S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, protecteur de la confédération du Rhin, et S. M. le Roi de Prusse, étant animés d'un égal désir de mettre fin aux calamités de la guerre, ont, à cet effet, nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, protecteur de la confédération du Rhin, M. Charles Maurice Talleyrand, prince de Bénévent, son grand-chambellan et ministre des relations extérieures, grand-cordon de la

légion d'honneur, chevalier des ordres de l'aigle noir et de l'aigle rouge de Prusse et de l'ordre de St. Hubert.

Et S. M. le Roi de Prusse M. le feldmaréchal de Kalkreuth, chevalier des ordres de l'aigle noir et de l'aigle rouge de Prusse, et M. le comte de Goltz, son conseiller privé et envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. l'Empereur de toutes les Russies, chevalier de l'ordre de l'aigle rouge de Prusse.

Lesquels après avoir échangé leurs plein-pouvoirs respectifs, sont convenus des articles suivans:

Art. I. Il y aura à compter du jour de l'échange des ratifications du présent traité, paix et amitié parfaite entre S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie et S. M. le Roi de Prusse.

Art. II. La partie du duché de Magdebourg située sur la droite de l'Elbe, la marche de Prignitz, Uckermark, la moyenne et nouvelle marche de Brandebourg, à l'exception du *Cotbuser Kreis*, ou cercle de Cotbus, dans la Basse-Lusace; le duché de Poméranie; la haute, la basse et la nouvelle Silésie, avec le comté de Glatz, la partie du district de la Netze, située au nord de la chaussée allant de Driesen à Schneidemühl; et d'une ligne allant de Schneidemühl à la Vistule par Waldau, en suivant les limites du cercle de Bromberg, la Pomerelie, l'isle de Nogat, les pays à la droite du Nogat et de la Vistule, à l'ouest de la vieille Prusse, et au nord du cercle de Culm, l'Ermeland et enfin le royaume de Prusse tel qu'il était au 1. Janvier 1772, seront restitués à S. M. le Roi de Prusse, avec les places de Spandau, Stettin, Custrin, Glogau, Breslau, Schweidnitz, Neisse, Brieg, Kosel et Glatz et généralement toutes les places, citadelles, châteaux et forts des pays ci-dessus dénommés, dans l'état où les dites places, citadelles, châteaux et forts se trouvent maintenant. La ville et citadelle de Graudenz avec les villages de Neudorf, Porschken et Swierkorzy, seront aussi restitués à S. M. le Roi de Prusse.

Art. III. S. M. le Roi de Prusse reconnaît S. M. le Roi de Naples, Joseph Napoléon, et S. M. le Roi de Hollande, Louis Napoléon.

Art. IV. S. M. le Roi de Prusse reconnaît pareillement la confédération du Rhin, l'état actuel de possession de chacun des souverains qui la composent, et les titres donnés à plusieurs d'entre eux, soit par l'acte de confédération, soit par les traités d'accession subséquens. Promet Sa dite Majesté de reconnaître les souverains qui deviendront ultérieurement membres de la dite confédération, en la qualité qui leur sera donnée par les actes qui les y feront entrer.

Art. V. Le présent traité de paix et d'amitié est déclaré commun à S. M. le Roi de Naples Joseph Napoléon, à S. M. le Roi de Hollande, Louis Napoléon et aux souverains confédéres du Rhin, alliés de S. M. l'Empereur Napoléon.

Art. VI. S. M. le Roi de Prusse reconnaît pareillement son Altesse impériale le prince Jérôme Napoléon, comme Roi de Westphalie.

Art. VII. S. M. le Roi de Prusse cède en toute propriété et souveraineté aux Rois, Grand-ducs ou Princes qui seront désignés par S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, tous les duchés, marquisats, principautés, comtés, seigneuries, et généralement tous les territoires ou parties de territoire quelconques, ainsi que tous les domaines et biens fonds de toute nature que Sa dite Majesté le Roi de Prusse possédait, à quelque titre que ce fût, entre le Rhin et l'Elbe au commencement de la guerre présente.

Art. VIII. Le royaume de Westphalie sera composé de provinces cédées par S. M. le Roi de Prusse et d'autres états actuellement possédés par S. M. l'Empereur Napoléon.

Art. IX. La disposition qui sera faite par S. M. l'Empereur Napoléon des pays désignés dans les deux articles précédens, et l'état de possession en résultant pour les souverains, au profit desquels elle aura été faite, sera reconnue par S. M. le Roi de Prusse, de la même manière que si elle était déjà effectuée et contenue au présent traité.

Art. X. S. M. le Roi de Prusse pour lui, ses héritiers et successeurs, renonce à tout droit actuel ou éventuel qu'il pourrait avoir ou prétendre,

1. sur tous les territoires sans exception, situés entre le Rhin et l'Elbe, et autres que ceux désignés en l'article VII.
2. Sur celles des possessions de S. M. le Roi de Saxe et de la maison d'Anhalt, qui se trouvent à la droite de l'Elbe. Réciproquement tout droit actuel ou éventuel et toute prétention des états compris entre l'Elbe et le Rhin, sur les possessions de S. M. le Roi de Prusse, telles qu'elles seront en conséquence du présent traité, sont et demeureront éteints à perpétuité.

Art. XI. Tous pactes, conventions ou traités d'alliance, patents ou secrets, qui auraient pu être conclus entre la Prusse et aucun des états situés à la gauche de l'Elbe et que la guerre présente n'aurait point rompus, demeureront sans effet, et seront réputés nuls et non avenus.

Art. XII. S. M. le Roi de Prusse cède en toute propriété et souveraineté à S. M. le Roi de Saxe, le *Cotbuser Kreis*, ou cercle de Cotbus, dans la Basse-Lusace.

Art. XIII. S. M. le Roi de Prusse renonce à perpétuité à la possession de toutes les provinces, qui ayant appartenu au royaume de Pologne, ont postérieurement au 1. Janvier 1772, passé à diverses époques sous la domination de la Prusse, à l'exception de l'Ermeland et des pays situés à l'ouest de la vieille Prusse, à l'est de la Poméranie et de la nouvelle marche, au nord du cercle de Culm, d'une ligne allant de la Vistule à Schneidemühl par Waldau, en suivant les limites du cercle de Bromberg et de la chaussée allant de Schneidemühl à Driesen; lesquels avec la ville et citadelle de Graudenz et les villages de Neudorff, Parschken et Swierkorzy, continueront d'être possédés en toute propriété et souveraineté par S. M. le Roi de Prusse.

Art. XIV. S. M. le Roi de Prusse renonce pareillement à perpétuité à la possession de la ville de Dantzig.

Art. XV. Les provinces auxquelles S. M. le Roi de Prusse renonce par l'article XIII ci-dessus, seront, à l'exception du territoire spécifié en l'article XVIII ci-après, possédés en toute propriété et souveraineté par S. M. le Roi de Saxe, sous le titre de duché de Varsovie, et régies par des constitutions, qui, en assurant la liberté et les privilèges des peuples de ce duché, se concilient avec la tranquillité des états voisins.

Art. XVI. Pour la communication entre le royaume de Saxe et le duché de Varsovie, S. M. le Roi de Saxe aura le libre usage d'une route militaire à travers les états de S. M. le Roi de Prusse. La dite route, le nombre des troupes qui pourront y passer à la fois, et les lieux d'étape, seront déterminés par une convention spéciale, faite entre leurs dites Majestés, sous la médiation de la France.

Art. XVII. La navigation par la rivière de Netze et le canal de Bromberg, depuis Driesen jusqu'à la Vistule et réciproquement, sera libre et franche de tout péage.

Art. XVIII. Afin d'établir autant qu'il est possible des limites naturelles entre la Russie et le duché de Varsovie, le territoire circonscrit par la partie des frontières russes actuelles, qui s'étend depuis le Bug jusqu'à l'embouchure de la Lossosna, et par une ligne partant de la dite embouchure et suivant le Thalweg de cette rivière, le Thalweg de la Bobra jusqu'à son embouchure, le Thalweg de la Narew depuis le point susdit jusqu'à Suratz, de la Lisa jusqu'à sa source près le village de Mien; de l'affluent de la Nutzeck, prenant sa source près le même village; de la Nutzeck jusqu'à son embouchure au-dessus de Nurr; et enfin le Thalweg du Bug, en le remontant jusqu'aux frontières russes actuelles, sera réuni à perpétuité à l'empire de Russie.

Art. XIX. La ville de Dantzig avec un territoire de deux lieues de rayon autour de son enceinte, sera rétablie dans son indépendance, sous la protection de S. M. le Roi de Prusse et de S. M. le Roi de Saxe, et gouvernée par la loi qui la régissait à l'époque où elle cessa de se gouverner elle-même.

Art. XX. S. M. le Roi de Prusse, S. M. le Roi de Saxe, ni la ville de Dantzig ne pourront empêcher par aucune prohibition, ni entraver par l'établissement d'aucun péage, droit ou impôt, de quelque nature qu'il puisse être, la navigation de la Vistule.

Art. XXI. La ville, port et territoire de Dantzig seront fermés pendant la durée de la présente guerre maritime au commerce et à la navigation des Anglais.

Art. XXII. Aucun individu, de quelque classe et condition qu'il soit, ayant son domicile ou des propriétés dans les provinces ayant appartenu au royaume de Pologne et que S. M. le Roi de Prusse doit continuer de posséder, ne pourra, non plus qu'aucun individu domicilié, soit dans le duché de Varsovie, soit dans le territoire qui doit être réuni à l'empire de Russie, mais ayant en Prusse des biens-fonds, rentes, pensions ou revenus, de quelque nature qu'ils soient, être frappé dans sa personne, dans ses biens, rentes,

pensions et revenus de tout genre, dans son rang et ses dignités, ni poursuivi, ni recherché en aucune façon quelconque, pour aucune part qu'il ait pu politiquement ou militairement prendre aux évènemens de la guerre présente.

Art. XXIII. Pareillement aucun individu né, demeurant ou propriétaire dans les pays ayant appartenu à la Prusse antérieurement au 1. Janvier 1772, et qui doivent être restitués à S. M. le Roi de Prusse, aux termes de l'art. II ci-dessus, et notamment aucun individu, soit de la garde bourgeoise de Berlin, soit de la gendarmerie, lesquelles ont pris les armes pour le maintien de la tranquillité publique, ne pourra être frappé dans la personne, dans ses biens, rentes, pensions et revenus de tout genre, dans son rang et son grade, ni poursuivi, ni recherché en aucune façon quelconque, pour aucune part qu'il ait prise ou pu prendre de quelque manière que ce soit aux évènemens de la guerre présente.

Art. XXIV. Les engagemens, dettes et obligations de toute nature que S. M. le Roi de Prusse a pu avoir, prendre et contracter antérieurement à la présente guerre, comme possesseur des pays, territoires, domaines, biens et revenus que Sa dite Majesté cède, ou auxquels elle renonce par le présent traité, seront à la charge des nouveaux possesseurs et par eux acquittés, sans exception, restriction ni réserve aucune.

Art. XXV. Les fonds et capitaux appartenant, soit à des particuliers, soit à des établissemens publics, religieux, civils ou militaires, des pays que S. M. le Roi de Prusse cède ou auxquels elle renonce par le présent traité, et qui auraient été placés, soit à la banque de Berlin, soit à la caisse de la société maritime, soit de toute autre manière quelconque dans les états de S. M. le Roi de Prusse, ne pourront être ni confisqués ni saisis; mais les propriétaires des dits fonds et capitaux, seront libres d'en disposer et continueront d'en jouir, ainsi que des intérêts échus ou à échoir aux termes des contracts ou obligations passés à cet effet. Réciproquement, il en sera usé de la même manière, pour tous les fonds et capitaux que des sujets ou des établissemens publics quelconques de la monarchie prussienne auraient placés dans les pays que S. M. le Roi de Prusse cède ou auxquels elle renonce par le présent traité.

Art. XXVI. Les archives contenant les titres de propriété, documens et papiers généralement quelconques relatifs aux pays, territoires, domaines et biens que S. M. le Roi de Prusse cède ou auxquels elle renonce par le présent traité, ainsi que les cartes et plans des villes fortifiées, citadelles, châteaux et forteresses situés dans les dits pays, seront remis par des commissaires de Sa dite Majesté, dans le délai de trois mois à compter de l'échange des ratifications, savoir: à des commissaires de S. M. l'Empereur Napoléon, pour ce qui concerne les pays cédés à la gauche de l'Elbe; et à des commissaires de S. M. l'Empereur de toutes les Russies, de S. M. le Roi de Saxe et de la ville de Dantzig, pour ce qui concerne les pays que

leurs dites Majestés et la ville de Dantzig doivent posséder en conséquence du présent traité.

Art. XXVII. Jusqu'au jour de l'échange des ratifications du futur traité de paix définitive entre la France et l'Angleterre, tous les pays de la domination de S. M. le Roi de Prusse seront, sans exception, fermés à la navigation et au commerce des Anglais. Aucune expédition ne pourra être faite des ports prussiens pour les isles britanniques, ni aucun bâtiment venant de l'Angleterre ou de ses colonies, être reçu dans les dits ports.

Art. XXVIII. Il sera fait immédiatement une convention ayant pour objet de régler tout ce qui est relatif au mode et à l'époque de la remise des places, qui doivent être restituées à S. M. le Roi de Prusse, ainsi que les détails qui regardent l'administration civile et militaire des pays qui doivent être aussi restitués.

Art. XXIX. Les prisonniers de guerre seront rendus de part et d'autre sans échange et en masse, le plutôt que faire se pourra.

Art. XXX. Le présent traité sera ratifié par S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, et par S. M. le Roi de Prusse; et les ratifications en seront échangées à Königsberg, dans le délai de 6 jours, à compter de la signature, ou plutôt si faire se peut.

Fait et signé à Tilsit, le 9. Juillet 1807.

(L. S.) Signé: *Ch. Maur. Talleyrand, prince de Bénévent.*

(L. S.) Signé: *Le maréchal comte de Kalkreuth.*

(L. S.) Signé: *Auguste, comte de Goltz.*

Les ratifications du présent traité ont été échangées à Königsberg, le 12. Juillet 1807.

Pour copie conforme:

Le général de division, gouverneur-général de Berlin etc.
Clarke.

Pour ampliation:

Le général de brigade, colonel des grenadiers à pied de la garde impériale, commandant la place de Berlin.
P. Hulin.

Traité de paix

entre

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème et S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie,

signé à

VIENNE

le 14. Octobre 1809.

Napoléon par la grâce de Dieu et les constitutions de l'Empire, Empereur des Français, Roi d'Italie, Protecteur de la confédération du Rhin etc. etc.

Ayant vu et examiné le traité conclu, arrêté et signé à Vienne le 14 du présent mois par le sieur Nompère de Champagny, notre ministre des relations extérieures, en vertu des plein-pouvoirs que nous lui avons conférés à cet effet, et le prince Jean de Lichtenstein, maréchal des armées de S. M. l'Empereur d'Autriche, également muni de plein-pouvoirs, duquel traité la teneur suit:

S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, Protecteur de la confédération du Rhin, médiateur de la confédération Suisse, et S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème également animés du désir de mettre fin à la guerre qui s'est allumée entre eux, ont résolu de procéder sans délai à la conclusion d'un traité de paix définitif, et ont, en conséquence, nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, Protecteur de la confédération du Rhin M. Jean Baptiste Nompère, comte de Champagny, duc de Cadore, grand aigle de la légion d'honneur, commandeur de l'ordre de la couronne de fer, chevalier de l'ordre de St. André de Russie, grand dignitaire de celui des deux Siciles, grand-croix des ordres de l'aigle noire et de l'aigle rouge de Prusse, des ordres de St. Joseph de Wurtzbourg, de la fidélité de Bade, de l'ordre de Hesse-Darmstadt, son ministre des relations extérieures;

Et S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème M. le Prince Jean de Lichtenstein, chevalier de l'ordre de la toison d'or, grand-croix de l'ordre de Marie-Therèse, chambellan, maréchal des armées de Sa dite Majesté l'Empereur d'Autriche, et propriétaire d'un régiment de hussards à son service.

Lesquels après avoir échangé leurs plein-pouvoirs sont convenus des articles suivans:

Art. I. Il y aura à compter du jour de l'échange des ratifications du présent traité paix et amitié entre S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, Protecteur de la confédération du Rhin et S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, leurs héritiers et successeurs, leurs états et sujets respectifs, à perpétuité.

Art. II. La présente paix est déclarée commune à S. M. le Roi d'Espagne, S. M. le Roi de Hollande, S. M. le Roi de Naples, S. M. le Roi de Bavière, S. M. le Roi de Wurtemberg, S. M. le Roi de Saxe, S. M. le Roi de Westphalie, S. A. Em. le Prince Primat, à LL. AA. RR. le Grand-Duc de Bade, le Grand-Duc de Berg, le Grand-Duc de Hesse-Darmstadt et le Grand-Duc de Wurtzbourg et à tous les Princes et membres de la confédération du Rhin, Alliés de S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, Protecteur de la confédération du Rhin, dans la présente guerre.

Art. III. S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, tant pour lui, ses héritiers et successeurs que pour les Princes de sa maison, leurs héritiers et successeurs respectifs, renonce aux principautés, seigneuries, domaines et territoires ci-après désignés, ainsi qu'à tout titre quelconque qui pourrait dériver de leur possession et aux propriétés, soit domaniales, soit possédées par eux à titre particulier, que ces pays renferment.

1) Il cède et abandonne à S. M. l'Empereur des Français pour faire partie de la confédération du Rhin et en être disposé en faveur des Souverains de la confédération:

Les pays de Salzbourg et de Berchtolsgaden, la partie de la Haute-Autriche, située au de-là d'une ligne partant du Danube auprès du village de Strass, et comprenant Weissenkirch, Widersdorff, Michelbach, Gruit, Mukenhoffen, Helst, Jeding, de-là la route jusqu'à Schwanstadt, la ville de Schwanstadt sur l'Atter et continuant en remontant le cours de cette rivière et du lac de ce nom jusqu'au point où ce lac touche la frontière du pays de Salzbourg;

S. M. l'Empereur d'Autriche conservera la propriété seulement des bois dépendans du Salzcammergut, et faisant partie de la terre de Mondsee, et la faculté d'en exporter la coupe, sans avoir aucun droit de souveraineté à exercer sur ce territoire;

2) Il cède également à S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie le comté de Gorice, le territoire de Montefalcone, le Gouvernement et la ville de Trieste, la Carniole avec ses enclaves sur le golfe de Trieste; le cercle de Villach en Carinthie et tous les pays situés à la droite de la Save, en partant du point, où cette rivière sort de la Carniole, et la suivant jusqu'à la frontière de la Bosnie, savoir: partie de la Croatie provinciale, six districts de la Croatie militaire, Fiume et le littoral Hongrois, l'Istrie Autrichienne, ou district de Castua, les isles dépendantes des pays cédés, et tous autres pays sous quelque dénomination que ce soit, sur la rive droite de la Save, le Thalweg de cette rivière servant de limite entre les deux Etats.

Enfin la seigneurie de Rhazums, enclavée dans le pays des Grisons.

3) Il cède et abandonne à S. M. le Roi de Saxe les enclaves dépendantes de la Bohème, et comprises dans le territoire du royaume de Saxe, savoir: les paroisses et villages de Guntersdorff, Taubentranke, Gerlachsheim, Lenkersdorff, Schirgiswalde, Winkel etc.

4) Il cède et abandonne à S. M. le Roi de Saxe pour être réuni au Duché de Varsovie, toute la Gallicie occidentale ou Nouvelle Gallicie, un arrondissement autour de Cracovie, sur la rive droite de la Vistule, qui sera ci-après déterminé, et le cercle de Zamosc, dans la Gallicie orientale.

L'arrondissement autour de Cracovie, sur la rive droite de la Vistule, en avant de Podgorze, aura partout pour rayon la distance de Podgorze à Wieliezka, la ligne de démarcation passera par Wieliezka et s'appuiera à l'ouest sur la Scavina et à l'Est sur le ruisseau qui se jette dans la Vistule à Brzdegy.

Wieliezka et tout le territoire des mines de sel appartiendront en commun à l'Empereur d'Autriche et au Roi de Saxe; la justice y sera rendue au nom de l'autorité municipale. Il n'y aura des troupes que pour la police, et elles seront en égal nombre de chacune des deux nations. Les sels Autrichiens de Wieliezka pourront être transportés sur la Vistule, à travers le Duché de Varsovie, sans être tenus à aucun droit de péage. Les grains provenant de la Gallicie Autrichienne pourront être exportés par la Vistule.

Il pourra être fait entre S. M. l'Empereur d'Autriche et S. M. le Roi de Saxe une fixation de limite, telle que le Sacu, depuis le point où il touche le cercle de Zamosc jusqu'à son confluent dans la Vistule, serve de limite aux deux Etats.

5) Il cède et abandonne à S. M. l'Empereur de Russie dans la partie la plus orientale de l'ancienne Gallicie, un territoire renfermant quatre cent mille âmes de population, dans lequel la ville de Brody ne pourra être comprise. Ce territoire sera déterminé à l'amiable entre les commissaires des deux Empires.

Art. IV. L'ordre teutonique ayant été supprimé dans les états de la confédération du Rhin, S. M. l'Empereur d'Autriche renonce pour S. A. I. l'Archiduc Antoine à la grande maîtrise de cet ordre dans ces états, et reconnaît la disposition faite des biens de l'ordre situés hors du territoire de l'Autriche. Il sera accordé des pensions aux employés de l'ordre.

Art. V. Les dettes hypothéquées sur le sol des provinces, cédées et consenties par les Etats de ces provinces, ou résultant des dépenses faites pour leur administration, suivront seules le sort de ces provinces.

Art. VI. Les provinces restituées à S. M. l'Empereur d'Autriche seront administrées à son compte par les autorités Autrichiennes, à partir du jour de l'échange des ratifications du présent traité, et les domaines impériaux, à dater du 1er Novembre prochain, quelque part qu'ils soient situés. Il est bien entendu toutefois que l'armée française prendra dans le pays ce que ses magazins ne pourront lui fournir pour la nourriture des troupes, l'entretien des hôpitaux, ainsi que ce qui sera nécessaire pour l'évacuation de ses malades et de ses magazins. Il sera fait par les hautes parties contractantes un arrangement relatif à toutes les contributions quelconques de guerre précédemment imposées sur les provinces Autrichiennes occupées par les armées françaises et alliées, arrangement en conséquence duquel la levée des dites contributions cessera entièrement à compter du jour de l'échange des ratifications.

Art. VII. S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie s'engage à ne mettre aucun empêchement au commerce d'importation et d'exportation de l'Autriche par le port de Fiume, sans que cela puisse s'entendre des marchandises Anglaises, ou provenant du commerce Anglais. Les droits de transit seront moindres pour les marchandises ainsi importées ou exportées que pour celles de toute autre nation que la nation Italienne.

On examinera s'il peut être accordé quelques avantages au commerce Autrichien dans les autres ports cédés par le même traité.

Art. VIII. Les titres domaniaux, archives, les plans et cartes des pays, villes et forteresses cédés, seront remis dans l'espace de deux mois après l'échange des ratifications.

Art. IX. S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème s'engage à acquitter les intérêts annuels et arriérés des capitaux placés, soit sur le Gouvernement, soit sur les Etats, la banque, la loterie et autres établissemens publics par les sujets, corps et corporations de la France, du royaume d'Italie et du Grand-Duché de Berg.

Des mesures seront prises pour acquitter aussi, ce qui est dû au Mont Sainte Therèse, devenu le Mont-Napoléon à Milan.

Art. X. S. M. l'Empereur des Français s'engage à faire accorder un pardon plein et entier aux habitans du Tyrol et du Vorarlberg qui ont pris part à l'insurrection, lesquels ne pourront être recherchés ni dans leurs personnes ni dans leurs biens.

S. M. l'Empereur d'Autriche s'engage également à accorder un pardon plein et entier à tous ceux des habitans des pays dont il recouvre la possession en Gallicie, soit militaires, soit civils, soit fonctionnaires publics soit particuliers qui auraient pris part aux levées de troupes ou à l'organisation des tribunaux et administrations ou à quelque acte que ce soit qui ait eu lieu pendant la guerre, lesquels habitans ne pourront être recherchés ni dans leurs personnes ni dans leurs biens.

Ils auront pendant six ans la liberté de disposer de leurs propriétés de quelque nature qu'elles soient; de vendre leurs terres, même celles qui sont censées inaliénables, comme les fidéicommis et les majorats; de quitter le pays et d'exporter le produit de ces ventes ou dispositions en argent comptant ou en fonds d'une autre nature, sans payer aucun droit sur leur sortie, et sans éprouver ni difficulté ni empêchement.

La même faculté est réciproquement réservée aux habitans et propriétaires des pays cédés par le présent traité, et pour le même espace de temps.

Les habitans du duché de Varsovie possessionés dans la Gallicie Autrichienne, soit fonctionnaires publics, soit particuliers, pourront en tirer leurs revenus sans avoir aucun droit à payer et sans éprouver d'empêchement.

Art. XI. Dans les six semaines qui suivront l'échange des ratifications du présent traité, des poteaux seront placés pour marquer l'arrondissement de Cracovie sur la rive droite de la Vistule. Des commissaires Autrichiens, Français et Saxons seront nommés à cet effet.

Il en sera également placé, et dans un délai semblable sur la frontière de la Haute-Autriche, sur celle de Salzbourg, de Villach et de la Carniole, jusqu'à la Save; les isles de la Save qui doivent appartenir à l'une ou à l'autre puissance, seront déterminées d'après le Thalweg de la Save. Des commissaires Français et Autrichiens seront nommés à cet effet.

Art. XII. Il sera conclu immédiatement une convention militaire pour régler les termes respectifs de l'évacuation des différentes provinces restituées à S. M. l'Empereur d'Autriche. La dite convention sera calculée de manière à ce que la Moravie soit évacuée dans quinze jours; la Hongrie, la partie de la Gallicie que conserve l'Autriche, la ville de Vienne et ses environs dans un mois; la Basse Autriche dans deux mois, et le surplus des provinces et districts non cédés par le présent traité, dans deux mois et demi, et plutôt si faire se peut, à compter du jour de l'échange des ratifications, tant par les troupes Françaises que par celles des alliés de la France.

La même convention règlera tout ce qui est relatif à l'évacuation des hôpitaux et des magazins de l'armée Française, et à l'entrée des troupes Autrichiennes sur le territoire abandonné par les troupes Françaises et alliées, ainsi qu'à l'évacuation de la partie de la Croatie, cédée à S. M. l'Empereur des Français par le présent traité.

Art. XIII. Les prisonniers de guerre faits par la France et ses alliés sur l'Autriche, et par l'Autriche sur la France et ses alliés, et qui n'ont pas encore été restitués, le seront dans quarante jours à dater de l'échange des ratifications du présent traité.

Art. XIV. S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, Protecteur de la confédération du Rhin, garantit l'intégrité des possessions de S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème dans l'état où elles se trouvent d'après le présent traité.

Art. XV. S. M. l'Empereur d'Autriche reconnait tous les changemens survenus ou qui pourraient survenir en Espagne, en Portugal et en Italie.

Art. XVI. S. M. l'Empereur d'Autriche voulant concourir au retour de la paix maritime, adhère au système prohibitif adopté par la France et la Russie vis-à-vis l'Angleterre pendant la guerre maritime actuelle. S. M. Impériale fera cesser toute relation avec la Grande-Bretagne et se mettra à l'égard du gouvernement Anglais dans la position où elle était avant la guerre présente.

Art. XVII. S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie et S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème conserveront entre eux le même cérémonial quant au rang et autres étiquettes, que celui qui a été observé avant la présente guerre.

Art. XVIII. Les ratifications du présent traité seront échangées dans l'espace de six jours, ou plutôt si faire se peut.

Fait et signé à Vienne le 14. Octobre 1809.

Signé: *J. B. Nompère de Champagny.*
Signé: *Jean Prince de Lichtenstein.*

Avons approuvé et approuvons le traité ci-dessus dans tous et chacun des articles qui y sont contenus; déclarons qu'il est accepté, ratifié et confirmé, et promettons qu'il sera inviolablement observé.

En foi de quoi nous avons donné les présentes signées de notre main, contre-signées et scellées de notre sceau impérial.

Donné en notre camp impérial de Schönbrunn, le 15 *du mois d'Octobre* 1809.

Signé: *Napoléon.*

Par l'Empereur:

Le ministre secrétaire d'Etat.

Signé: *H. B. Maret.*

Le ministre des relations extérieures.

Signé: *Champagny.*

Vu par nous Archi-chancelier d'Etat.

Signé: *Eugène Napoléon.*

NACHTRAG II.

Schlußprotocoll
der wiener Conferenz.
(4. Juni 1855.)

Wir haben unter dem Abſchnitt „Verträge, welche die neueſten orientaliſchen Verwickelungen betreffen“, die wichtigſten der wiener Conferenzprotocolle gegeben. Sie ſind unterdeſſen, nachdem ſie dem engliſchen Parlament am 10. Mai 1855 mitgetheilt worden waren, in mehren Ausgaben erſchienen, z. B. Nouveau portefeuille politique, Nro. I. Protocole des conférences de Vienne relatives à la question d'Orient, Lpzg., Wolfg. Gerard 1855. Seitdem aber iſt am 4. Juni 1855 ein neues, die Conferenzen abſchließendes Protocoll Nro. XIV. hinzugekommen. Wir glauben dieſes Schlußprotocoll hier um ſo mehr nachträglich mittheilen zu müſſen, als Oeſtreich darin Vorſchläge zur Schlichtung der Differenzen macht, nach deren Ablehnung von Seiten der Weſtmächte es ſeine Aufgabe für erfüllt erklärte und einen großen Theil ſeines Heeres entließ. Dieſe Vorſchläge beſtehen in folgenden fünf Artikeln. 1. Die Mächte garantiren die Integrität der Türkei; ſo oft ein Conflikt zwiſchen der Türkei und einer anderen Macht entſteht, wenden ſich beide Staaten an die übrigen Mächte um friedliche Vermittlung. 2. Die Pforte und Rußland vereinigen ſich über eine gleiche Anzahl von Kriegsſchiffen, die jede der beiden Mächte auf dem ſchwarzen Meere halten ſoll und welche die gegenwärtige ruſſiſche nicht überſteigen darf. 3. In Bezug auf die Schließung des Bosporus und der Dardanellen bleibt der Vertrag vom 31. Juli 1841 unter folgenden Ausnahmen aufrecht erhalten. 4. Jede der übrigen contrahirenden Mächte kann zwei Fregatten im ſchwarzen Meer ſtationiren. 5. Im Falle der Sultan angegriffen wird, kann er die Meerengen den Schiffen aller ſeiner Alliirten öffnen. Das Protocoll findet ſich abgedruckt in Nro. 166 der augsb. allgemeinen Zeitung 1855.

Protocole d'une conférence
tenue au ministère des affaires étrangères
à Vienne le 4. Juin 1855.

Présens: Pour l'Autriche M. le Comte Buol-Schauenstein etc. et M. le Baron de Prokesch-Osten etc. Pour la France M. le Baron de Bourqueney etc. Pour la Grande-Bretagne M. le Comte de Westmorland etc. Pour la Russie M. le Prince de Gortchakoff etc. et M. de Titoff etc. Pour la Turquie Aali Pacha etc. et Aarif Effendi etc.

Le Comte de *Buol* a ouvert la séance par les paroles suivantes: Dans la douzième Conférence j'ai eu l'honneur d'énoncer l'opinion que les modes de solution propres à réaliser complètement la troisième garantie n'étaient point épuisés, et j'ai réclamé en particulier pour l'Autriche la tâche de s'occuper de la recherche des moyens de rapprochement. Nous nous sommes voués à l'accomplissement de cette tâche avec un zèle proportionné à la gravité des intérêts qui se trouvent en jeu. Les éléments de la solution que je vais soumettre à l'appréciation de la Conférence, je les ai puisés dans nos délibérations précédentes. En les récapitulant dans mon esprit, je me suis convaincu que plusieurs principes, admis de part et d'autre, pouvaient être considérés comme hors de discussion. Ces principes sont:

1) rattacher l'existence de l'Empire ottoman plus complètement à l'équilibre européen,

2) établir une juste pondération des forces maritimes entre les deux Etats riverains de la mer Noire,

3) donner une nouvelle consécration à la règle de la fermeture des détroits, tout en réservant à la Sublime Porte la faculté d'appeler les flottes de Ses alliés, lorsqu'Elle se croirait menacée.

Ces bases étant acquises à la négociation, quel est l'obstacle qui s'est opposé à une entente parfaite sur l'ensemble de la troisième garantie? La difficulté principale, je dirais la seule, réside dans le refus de la Russie de s'imposer par traité une limitation unilatérale de ses forces navales dans la

mer Noire. Mais tout en qualifiant un pareil engagement d'attentatoire aux droits de souveraineté de l'Empereur, les Plénipotentiaires de Russie n'ont pas d'avance décliné l'examen de toute proposition se rattachant au principe de la limitation, et ils sont convenus qu'une stipulation de cette nature ne porterait pas atteinte à l'honneur, du moment qu'elle serait le résultat du consentement mutuel des parties contractantes. Dans le but d'écarter cette difficulté, l'un de MM. les Plénipotentiaires français, qui n'assiste plus à nos délibérations, a indiqué un expédient que j'aime à reproduire, parcequ'il constate les sentimens de modération dont ses instructions étaient empreintes. Une entente de gré à gré entre les Plénipotentiaires de la Russie et de la Sublime Porte sur une base de pondération de leurs forces respectives et l'annexion subséquente au traité général de l'arrangement signé entre eux à ce sujet, ont été proposées par M. Drouyn du Lhuys comme un moyen propre à concilier tous les intérêts et toutes les convenances. Ce mode, inspiré, selon nous, par une pensée éminemment conciliante, nous semblait à la fois être l'application pratique d'un mot heureux du Plénipotentiaire britannique, qui aussi n'est plus des nôtres.

„Aux yeux de l'Angleterre — c'est ainsi qu'il s'exprima — les meilleures conditions et les seules admissibles seraient celles qui, tout en étant les plus conformes à l'honneur de la Russie, fussent à la fois suffisantes pour la sécurité de l'Europe et pour obvier au retour des complications telles que celle à laquelle il s'agit de mettre fin." C'est donc cette idée, dont l'honneur appartient au Cabinet français, qui a servi de base au projet dont je vais donner lecture, et qui, parfaitement honorable pour toutes les parties, réunit, à nos yeux, tous les élémens d'une solution satisfaisante de la troisième garantie.

Après cet exorde il a donné lecture du projet ci-annexé en copie.

Cette lecture terminée, il conclut en s'exprimant ainsi qu'il suit: L'Autriche, je suis autorisé à le déclarer, verrait dans l'acceptation de ce programme les bases complètes d'une solution efficace et honorable pour toutes les parties. Constamment fidèle aux engagemens qu'Elle a contractés vis-à-vis de Ses alliés, fidèle aux principes qu'Elle a posés, mais placée en dehors de l'action hostile qui sépare les autres parties ici réprésentées, Elle a dû envisager comme un devoir sacré émanant de Sa position exceptionnelle, d'épuiser tous les moyens pour obtenir le triomphe de ces principes, tout en mettant, s'il était possible, fin aux calamités d'une guerre qui a déjà coûté tant de nobles victimes. C'est dans ces sentimens que l'Autriche présente cette proposition, en la recommandant à la considération sérieuse et bienveillante tant de Ses alliés que de la cour de Russie.

Le Baron *Bourqueney* déclare que la proposition de M. le Comte Buol ayant pour base un principe si itérativement et si péremptoirement repoussé par les Plénipotentiaires de Russie, c'est à eux à prendre d'abord la parole à ce sujet.

Le Comte *Westmorland* établit qu'il est venu assister à la Conférence en se rendant à l'invitation de M. le Ministre des affaires étrangères d'Autriche, mais qu'il se trouve dans la même position où il était dans la dernière séance, lorsqu'il a déclaré épuisées ses instructions.

Le Prince *Gortchakoff*, en contestant l'opinion du Baron Bourqueney que la proposition du Comte Buol reposait sur un principe catégoriquement rejeté par les Plénipotentiaires de Russie, prie M. le Plénipotentiaire de France de vouloir bien s'expliquer le premier.

Le Baron *Bourqueney* constate alors que, pressé d'émettre son opinion, il se voit obligé à revenir sur le refus péremptoire et réitéré des Plénipotentiaires de Russie d'admettre la réduction de leurs forces navales par traité et sur une base discutée en Conférence. Ce refus a, comme de raison, laissé des traces et exercé une influence positive sur les directions dont son Gouvernement l'a muni dans la prévision de la Conférence, qui serait convoquée par le Ministre des affaires étrangères d'Autriche pour faire connaître les moyens de rapprochement, à la recherche desquels il avait déclaré vouloir se livrer. Le projet présenté par le Comte Buol ne se trouvant pas complètement atteindre les conditions que ses instructions antérieures indiquent, il est pour sa part dans le cas de déclarer, en ce qui le concerne, la mission de la Conférence épuisée.

Le prince *Gortchakoff* établit que, d'après les déclarations qu'il vient d'entendre, les Conférences de paix ont cessé *de facto*. Son droit serait donc le silence absolu, puisque vouloir entrer en matière, ce serait discuter sur des bases qui aux yeux de l'Autriche sont complètes, tandis que Ses alliés les jugent insuffisantes. Il ne veut cependant pas se prévaloir de ce droit. Partant du fait que les propositions autrichiennes ont déjà été pesées par les Cabinets de Paris et de Londres, il les portera également à la connaissance de sa Cour, au jugement de laquelle il doit réserver leur libre et entière appréciation. Il énoncera toutefois son opinion personnelle comme témoignage d'égards pour le Cabinet qui a voué tant de soins à la rédaction du projet en question. En l'analysant, il pose d'abord en fait que ce projet ne repose pas sur le principe que les Plénipotentiaires de Russie ont invariablement repoussé et qu'ils repousseront toujours. Passant aux différens articles, il n'a rien à objecter au principe formulé par le premier. Quant au second, il trouve que son essence réside dans l'entente directe entre les Plénipotentiaires de Russie et de la Sublime Porte sur une pondération de leurs forces navales respectives. Il ne repousse pas une combinaison semblable, tout en soutenant que la fixation du chiffre de ces forces regarde les deux Puissances directement intéressées, et que les droits de souveraineté de l'une et de l'autre seraient atteints, si d'autres Puissances voulaient à ce sujet leur faire la loi. Il est d'accord avec l'article 3. Il trouve que les articles 4 et 5 découlent au fond de l'article 2 du contreprojet russe, qui laissait Sa Hautesse le Sultan souverain juge de la question de savoir s'il serait, ou non, conformée à Ses intérêts d'ouvrir exceptionnellement les détroits.

En résumé, il trouve dans les principes généraux du projet du Comte Buol les bases d'une solution possible de la troisième garantie.

M. de *Titoff* partage cette opinion de son collègue, et sans avoir rien à ajouter à l'appréciation personnelle exposée par ce dernier, il s'associe pleinement à sa déclaration officielle, de vouloir déférer le plan d'arrangement proposé par M. le Ministre des affaires étrangères d'Autriche à l'examen et à la décision de sa Cour.

Aali Pacha déclare que le projet d'une entente directe entre la Sublime Porte et la Russie avait pour base, comme les autres systèmes discutés au sein de la Conférence, le principe de la limitation. Le rejet réitéré et catégorique de ce principe de la part de MM. les Plénipotentiaires de Russie ayant amené l'abandon de tout plan de ce genre, son collègue et lui n'ont pas cru dévoir provoquer des instructions de leur Cour sur ce même projet, et ils se trouvent par conséquent dans la même position que MM. les Plénipotentiaires de France et de Grande-Bretagne.

Aarif Effendi adhère à cette manière de voir.

Le Baron *Prokesch* fait ressortir que les Plénipotentiaires de Russie ne rejettent pas absolument le principe de limitation, que leurs objections portent plutôt sur la forme sous laquelle il pourrait être appliqué. Les Plénipotentiaires de Russie s'étant déclarés prêts à soumettre la proposition autrichienne à leur Cour, il exprime l'espoir que les Plénipotentiaires de France et de Grande-Bretagne en feront autant de leur côté.

Les *Plénipotentiaires de France et de Grande-Bretagne* déclinent de prendre à ce sujet un engagement.

Le Comte *Buol*, tout en voyant avec satisfaction que les Plénipotentiaires de Russie soumettront sa proposition à leur Cour, croit pouvoir se dispenser de répondre aux observations dont elle a été l'objet de la part du Prince Gortchakoff, puisqu'il n'y a attaché lui-même que la valeur d'impressions personnelles. Il ajoute qu'il est au reste trop juste pour ne pas reconnaître que les déclarations des Plénipotentiaires de France et de Grande-Bretagne réndaient effectivement difficile au Prince Gortchakoff d'entrer dans une discussion plus approfondie. Il constate enfin que les Plénipotentiaires des puissances maritimes ayant eux-mêmes déclaré closes les Conférences, l'ont dispensé d'un pénible devoir, dont sa position lui aurait imposé l'accomplissement. En remerciant MM. les Plénipotentiaires de s'être, à son invitation, réunis pour donner aux Conférences une clôture convenable, il déclare que l'Autriche n'a plus d'autre proposition à faire, qu'Elle sera cependant toujours prête, surtout si c'était dans l'intérêt de la paix, à transmettre aux Puissances belligérantes les ouvertures que l'une ou l'autre d'entre Elles pourrait être dans le cas de lui adresser.

Le Baron *Bourqueney* prend encore une fois la parole pour bien préciser les positions respectives. Il soutient que d'après tout ce qui s'est passé dans les Conférences, son gouvernement était parfaitement en droit de considérer tout projet fondé sur le principe de limitation comme décidément

repoussé par les Plénipotentiaires de Russie, il ne pouvait par conséquent pas faire entrer une prévision contraire dans les instructions dont il a muni son Plénipotentiaire pour une Conférence de clôture. Il a été confirmé dans cette conviction par la circulaire de M. le Comte de Nesselrode, portant un jugement sur l'ensemble des Conférences, et autorisant dès-lors à croire que le Cabinet de St. Pétersbourg les considérait lui-même comme closes. Il fait enfin observer au Prince Gortchakoff que le projet autrichien est fondé sur le principe de limitation dans son expression la plus sévère.

Le Comte *Westmorland* constate qu'après le rejet catégorique du principe de limitation, son gouvernement n'a plus vu aucun avantage à continuer les délibérations. Il a dès-lors considéré comme closes les Conférences précédentes. Ses pleins-pouvoirs étant épuisés, il n'a plus rien à dire, si ce n'est qu'il soumettra à l'appréciation de son gouvernement le protocole de la Conférence de ce jour.

Le Prince *Gortchakoff*, répondant à M. de Bourqueney, constate itérativement que et dans les Conférences, et en dehors d'elles, et toutes les fois que la question a été touchée, il a constamment déclaré que toute limitation de forces, qu'on chercherait à imposer à la Russie, serait envisagée par ses Plénipotentiaires comme étant une atteinte aux droits de souveraineté de leur Maître, et un obstacle insurmontable à la paix; qu'il est resté invariablement fidèle à ce principe, et qu'il l'établit de nouveau dans cette Conférence de clôture; que, du reste, il convie MM. le membres de la Conférence, qui ont les Protocoles en mains, et plus particulièrement M. le Plénipotentiaire de France, à trouver dans ces actes un seul principe ou une seule parole qui ne soient pas d'accord avec ce qu'il affirme aujourd'hui; que M. le Comte de Buol ayant dit dans son discours d'introduction que le Cabinet de Vienne s'est attaché à trouver une solution également honorable pour toutes les parties, il n'a relevé et admis du second article que la pensée qui seul est de nature à offrir une base de négociation pour des Puissances qui se respectent, c'est à dire la combinaison d'amener une pondération de forces par l'entente directe et le consentement mutuel des parties intéressées.

Le Baron *Bourqueney* lui fait observer qu'il est pourtant bien constant que la proposition faite par M. Drouyn de Lhuys dans la onzième Conférence et portant „que les Plénipotentiaires de la Russie et de la Porte s'entendraient entre eux au sein de la Conférence sur une base de pondération de leurs forces respectives, laquelle base serait consignée dans un arrangement qu'ils signeraient entre eux, et qui, annexé au traité, aurait même valeur et même force" a été rejetée.

Le Prince *Gortchakoff* rappelle à M. de Bourqueney qu'il trouvera dans le Protocole de la séance à laquelle il se réfère, la preuve que ses objections n'ont point porté sur l'idée même d'une entente directe, mais sur le mode peu pratique dans lequel il avait été proposé de l'amener.

Après quelques observations du Prince *Gortchakoff* tendant à modifier l'impression produite sur le Baron Bourqueney par la circulaire de M. le Chancelier de l'Empire de Russie, la séance a été levée.

(Suivent les signatures.)

Annexe au protocole Nr. XIV.

Art. 1. Les Hautes Parties contractantes, désirant que la Sublime Porte participe aux avantages du concert établi par le droit public entre les différens Etats de l'Europe, s'engagent, chacune de son côté, à respecter l'indépendance et l'intégrité territoriale de l'Empire ottoman, garantissent en commun la stricte observation de cet engagement, et considéreront, en conséquence, tout acte ou tout évènement qui serait de nature à y porter atteinte, comme une question d'intérêt européen. Si un conflit survenait entre la Porte et l'une des Puissances contractantes, ces deux Etats, avant de recourir à l'emploi de la force, devraient mettre les autres Puissances en mesure de prévenir cette extrémité par les voies pacifiques.

Art. 2. Les Plénipotentiaires russes et ceux de la Sublime Porte proposeront de commun accord à la Conférence l'effectif égal des forces navales que les deux Puissances riveraines entretiendront dans la mer Noire, et qui ne devra pas dépasser l'état actuel des bâtimens russes à flot dans cette mer. L'arrangement qu'ils auront pris entre eux à cet égard, fera partie intégrante du traité général. Seront également insérés dans le traité les moyens dont les mêmes Plénipotentiaires seront convenus à l'effet de contrôler l'exacte et constante observation des dispositions du présent article.

Art. 3. La règle de la clôture des détroits du Bosphore et des Dardanelles, consacrée par le traité du 13 Juillet 1841, restera en vigueur, sauf les exceptions stipulées dans les articles suivans.

Art. 4. Chacune des Puissances contractantes qui n'a pas d'établissement dans la mer Noire, sera autorisée par un firman de Sa Hautesse à faire entrer et stationner dans cette mer deux frégates ou bâtimens de moindre force.

Art. 5. Dans le cas où (ce qu'à Dieu ne plaise) le Sultan serait menacé d'une agression, Il Se réserve le droit d'ouvrir les passages à toutes les forces navales de Ses alliés.

Zeittafel.*)

1648. 24. Okt. Westphälischer Friede.
1649. König Karl I. von England hingerichtet. England Republik.
1651. Ludwig XIV., volljährig, tritt die Regierung an.
1651. Cromwell gibt die Navigationsacte.
1653. Cromwell Protector der engl. Republik.
1654. Die schwedische Königin Christine entsagt dem Throne und übergibt ihn ihrem Vetter Karl Gustav aus dem Hause Zweibrücken.
1655 — 1658. Englisch-spanischer Krieg.
1655 — 1660. Schwedisch-polnischer Krieg. Frieden zu Oliva 1660.
1656 — 1661. Schwedisch russischer Krieg.
1656 — 1691. Die Kiuperli Veziere in der Türkei.
1657. 19. Sept. Tractat zu Welau, wodurch der Lehensverband Preussen's mit Polen aufgehoben wird.
1657 — 1658. Schwedisch-dänischer Krieg.

*) Der Raum erlaubt es nicht, dass diese Zeittafel eine ansehnliche Ausdehnung erhalte. Der Verfasser verweist diejenigen Besitzer des Handbuches, welche eine ausführliche chronologische Darlegung der wichtigeren politischen Ereignisse vom westphälischen Frieden bis auf die neuesten Tage wünschen, wie sie sich namentlich in Beziehung auf die jüngsten Jahrzehnte als Bedürfniss herausstellt, auf seine bereits im Drucke befindliche, mit dem Schlusse des Jahres 1855 erscheinende Schrift: Chronologisches Handbuch für Freunde der Politik, ein nach der Folge der Monatstage geordnetes Verzeichniss der wichtigeren geschichtlichen Ereignisse vom westphälischen Frieden bis zum Schlusse des Jahres 1855. In diesem Buche sind die Friedensschlüsse und sonstigen Tractate, auch die minder wichtigen, welche sich im diplomatischen Handbuche nicht finden, besonders berücksichtigt und nach ihrem Inhalte kurz angegeben. Am Schlusse ist ein Verzeichniss der Regenten in den grösseren europäischen Staaten seit dem westphälischen Frieden angefügt.

1658 — 1660. Neuer schwedisch-dänischer Krieg.
1658. Cromwell stirbt.
1658 — 1705. Leopold I., deutscher Kaiser.
1659. 7. Nov. Pyrenäischer Friede zwischen Spanien und Frankreich.
1659 — 1667. Russisch-polnischer Krieg.
1660 — 1685. Karl II., König von England.
1661. Der französische Minister Mazarin stirbt.
1661 — 1683. Der französische Minister Colbert am Ruder.
1661 — 1664. Türkisch-ungarischer Krieg.
1663. Beständiger deutscher Reichstag zu Regensburg.
1665 — 1667. Holländisch-englischer Krieg. Friede zu Breda 1667.
1665 — 1700. Karl II., König von Spanien.
1667. Friede zu Andrussow zwischen Russland und Polen.
1668. Friede zu Lissabon zwischen Portugal und Spanien.
1671. Verschwörung der Ungarn gegen Oestreich entdeckt. Oestreich hebt die ungarische Verfassung auf.
1672 — 1674. Englisch-holländischer Krieg. Friede zu Westmünster 1674.
1674. Wilhelm III. aus dem Hause Nassau-Oranien erblicher Statthalter in den Generalstaaten.
1674 — 1696. Johann Sobiesky III., König von Polen.
1676 — 1679. Dänisch-schwedischer Krieg.
1678. Friede zu Nymwegen zwischen Frankreich einerseits und Holland (10. Aug. 1678), Spanien (17. Sept. 1678), und dem deutschen Reiche (5. Febr. 1679) andererseits.
1679. Habeas-Corpus-Acte in England.
1680. Ludwig XIV. errichtet die Reunionskammern und hält ein stehendes Heer von 140,000 Mann.
1680. In England entstehen die Parteien der Tories und Whigs.
1681. Die Franzosen nehmen Strassburg.
1683. Die Türken belagern Wien.
1683. Coalition von Holland, Spanien, Schweden und dem deutschen Kaiser gegen Ludwig XIV., der in die spanischen Niederlande eingefallen ist. Im Jahr 1684 Waffenstillstand auf 20 Jahre.
1685. Edikt von Nantes aufgehoben.
1686. Kaiser Leopold I., Spanien, die Niederlande, Schweden und die vornehmsten deutschen Reichsfürsten verbünden sich zu Augsburg gegen Ludwig XIV.
1687. Die ungarische Krone im Hause Habsburg erblich.
1689. Wilhelm III., Erbstatthalter von Holland, wird König von England.
1689. Die Franzosen verwüsten die Pfalz.
1689 — 1725. Peter, der Grosse, Alleinherrscher in Russland.
1689. Kaiser und Reich, die Generalstaaten, England, Spanien, Schweden, Dänemark, Savoyen schliessen zu Wien die grosse Allianz gegen Ludwig XIV.

1689. Die Franzosen brennen Speier nieder, das Reichskammergericht wird von Speier nach Wetzlar verlegt.
1692. Beginn der englischen Uebermacht zur See.
1697. Friede zu Ryswijk. Zwischen Frankreich einerseits und den Seemächten andererseits wird der Friede am 20. Sept., zwischen Frankreich und dem deutschen Reich am 30. Okt. abgeschlossen.
1697. Der Kurfürst August II. von Sachsen wird König von Polen.
1697 — 1718. Karl XII., König von Schweden.
1698. 11. Okt. Erster Partage-Tractat in Haag, worin sich Frankreich, England und Holland über die Theilung der spanischen Monarchie für den Fall des Ablebens des spanischen Königs Karl II. verständigen.
1699. 26. Jan. Friede zwischen der Türkei und Oestreich zu Carlowitz.
1700. 3. März. Neuer Partage-Tractat zu London zwischen England und Frankreich.
1700. April. Ausbruch des zwanzigjährigen nordischen Krieges.
1700. 18. Aug. Frieden zu Travendahl zwischen Schweden und Dänemark.
1700. 1. Nov. Karl II., König von Spanien, der letzte Habsburger auf dem spanischen Throne, stirbt.
1701. Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg setzt sich die Königskrone auf.
1701 — 1713. Spanischer Erbfolgekrieg.
1702. Wilhelm III., König von England und Erbstatthalter von Holland, welcher die Idee des politischen Gleichgewichts in die europäische Staatskunst eingeführt hat, der Hauptgegner Ludwig XIV., stirbt kinderlos.
1703. Peter, der Grosse, der den Schweden 1702 Ingermanland abgenommen, gründet Petersburg.
1704. Die Engländer erobern Gibraltar.
1705 — 1711. Kaiser Joseph I.
1706. 24. Sept. Frieden zu Altranstädt zwischen Schweden und Sachsen.
1707. England und Schottland unter dem Namen Grossbritannien zu einem Reiche vereinigt.
1707. Der König von Preussen kommt in den Besitz von Neufchatel.
1709. Peter, der Grosse, schlägt den schwedischen König Karl XII. bei Pultawa und erlangt dadurch das Uebergewicht im Norden.
1711 — 1740. Karl VI., deutscher Kaiser.
1711. Russisch-türkischer Krieg. Peter am Pruth eingeschlossen.
1712. 24. Jan. Friedrich, der Grosse, geboren.
1713. 11. Apr. Friedensschlüsse zu Utrecht zwischen Frankreich und Spanien einerseits und England, den Niederlanden, Preussen, Savoyen andererseits.
1713. Pragmatische Sanction Kaiser Karl's VI.

1714. 6. März. Frieden zu Rastatt zwischen Ludwig XIV. und Kaiser Karl VI.

1714. 7. Sept. Frieden zu Baden in der Schweiz zwischen Frankreich und dem deutschen Reiche.

1714 — 1746. Philipp V., König von Spanien. Mit ihm kommt das Haus Bourbon auf den spanischen Thron.

1714. Georg I., Kurfürst von Hannover, wird König von England. Haus Hannover (Braunschweig Lüneburg) auf dem englischen Thron.

1715. 1. Sept. Ludwig XIV. stirbt.

1715. 15. Nov. Holländisch-östreichischer Barrieretractat.

1716. Türkisch-östreichischer Krieg.

1718. 11. Dez. König Karl XII. von Schweden vor Friedrichshall erschossen.

1719. Die schwedische Königin Ulrike Eleonore beendigt durch schleunige Friedensschlüsse den grossen nordischen Krieg. Frieden mit Hannover zu Stockholm 9. Nov. 1719, mit Preussen 1. Febr. 1720, mit Dänemark 17. Juli 1720.

1721. 10. Sept. Frieden zwischen Russland und Schweden zu Nystädt, worin Schweden die Provinzen Livland, Esthland, Ingermanland, Carelen an Russland abtritt.

1725 — 1727. Katharina I., Kaiserin von Russland

1737. Der Herzog Franz Stephan von Lothringen (seit 1736 mit Maria Theresia vermählt) tritt das Herzogthum Lothringen an Frankreich ab und erhält dagegen das Grossherzogthum Toscana.

1739. 18. Sept. Frieden zu Belgrad zwischen Oestreich und der Pforte.

1740. 20. Oct. Kaiser Karl VI., der letzte Habsburger, stirbt.

1740 — 1786. Friedrich II., der Grosse, König von Preussen.

1740 — 1780. Kaiserin Maria Theresia.

1740. Erster schlesischer Krieg.

1741. Oestreichischer Erbfolgekrieg.

1741 — 1762. Elisabeth, Kaiserin von Russland.

1742 — 1745. Karl VII. (Kurfürst von Bayern) deutscher Kaiser.

1742. 11. Jun. Frieden zu Breslau zwischen Preussen und Oestreich. Preussen kommt in den Besitz von Schlesien.

1743. 18. Aug. Frieden zu Abo zwischen Schweden und Russland.

1744. Zweiter schlesischer Krieg.

1745. 22. Apr. Frieden zu Füssen zwischen Oestreich und Bayern.

1745 — 1765. Franz I. (Franz Stephan, Gemahl der Maria Theresia) deutscher Kaiser.

1745. 25. Dez. Frieden zu Dresden zwischen Preussen und Oestreich. Preussen behält Schlesien.

1748. 18. Okt. Der Friede zu Aachen beendigt den östreichischen Erbfolgekrieg.

1751. Mit Adolph Friedrich kommt das Haus Holstein-Gottorp auf den schwedischen Thron und erhält sich darauf bis auf die Abdankung Gustav's IV. 1809.
1756 — 1763. Siebenjähriger Krieg.
1759. Der Jesuitenorden in Portugal aufgehoben.
1761. 15. Aug. Bourbonischer Hausvertrag, worin sich die bourbonischen Höfe in Frankreich, Spanien, Neapel und Parma ihre Besitzungen garantiren.
1762 — 1796. Katharina II., Kaiserin von Russland.
1763. 10. Febr. Der Friede zu Paris beendigt den siebenjährigen Krieg zwischen den Seemächten.
1763. 15. Febr. Die Friedensschlüsse zu Hubertsburg beendigen den siebenjährigen Krieg zwischen Preussen einerseits und Oestreich und Sachsen andererseits.
1764 — 1795. Stanislaus Poniatowsky, König von Polen.
1765 — 1790. Kaiser Joseph II.
1767. Die Jesuiten aus Spanien gewiesen.
1768. Corsika wird von Genua an Frankreich verkauft.
1768. Aufstand in Boston gegen die Zollbeamten.
1768. Die Jesuiten aus Neapel und Parma gewiesen.
1769 — 1774. Pabst Clemens XIV., Ganganelli.
1772. 5. Aug. Erste Theilung Polen's.
1773. 16. Aug. Pabst Clemens XIV. hebt den Jesuitenorden auf.
1773. Ausbruch der nordamerikanischen Revolution.
1774 — 1792. Ludwig XVI., König von Frankreich.
1774. 21. Juli. Frieden zu Kutschuk-Kainardschi zwischen Russland und der Pforte.
1776. 4. Juli. Die dreizehn vereinigten Staaten von Nordamerika erklären ihre Unabhängigkeit.
1778. Bayrischer Successionsstreit.
1779. 13. Mai. Der Friede von Teschen beendigt den bayrischen Successionsstreit zwischen Bayern und Oestreich.
1780. Die Kaiserin Maria Theresia stirbt. Kaiser Joseph II. Alleinherrscher.
1783. 3. Sept. Im Frieden von Versailles erkennt England die Unabhängigkeit der nordamerikanischen Freistaaten an.
1783. Die Russen occupiren die Krimm und verleiben sie dem russischen Reiche ein.
1785. 23. Juli. Deutscher Fürstenbund.
1785. 25. Aug. Die vier deutschen Erzbischöfe schliessen die emser Punctation.
1786. 17. Aug. Friedrich, der Grosse, stirbt. Friedrich Wilhelm II. König von Preussen bis 1797.
1787 — 1792. Türkisch-russischer Krieg.
1788 — 1791. Türkisch-östreichischer Krieg.

1789.	Ausbruch der französischen Revolution.
1789 — 1793.	Washington, erster Präsident der Vereinigten Staaten.
1790.	Unabhängigkeitserklärung der östreichischen Niederlande.
1790. 20. Febr.	Kaiser Joseph II. stirbt. Es folgt Leopold II. bis 1792.
1790. 14. Aug.	Friede zwischen Schweden und Russland zu Werelä.
1791. 21. Jun.	Flucht der königlichen Familie in Frankreich.
1791.	Avignon und Venaissin dem französischen Reiche einverleibt.
1791. 4. Aug.	Friede zu Sistowa zwischen Oestreich und der Pforte.
1791. 27. Aug.	Oestreich, Preussen und Sachsen schliessen durch die Convention zu Pilnitz die erste Coalition gegen Frankreich.
1791. 2. Dez.	Die Fürstenthümer Ansbach und Bayreuth mit Preussen vereinigt.
1792. 9. Jan.	Friede zu Jassy zwischen Russland und der Pforte.
1792. 7. Febr.	Oestreichisch-preussische Defensiv-Allianz.
1792. 21. Sept.	Frankreich zur Republik erklärt.
1792 — 1835.	Kaiser Franz II.
1793. 21. Jan.	König Ludwig XVI. von Frankreich guillotinirt. Die Königin Marie Antoinette am 18. Okt.
1793.	Zweite Theilung Polen's.
1794. 24. März.	Ausbruch der polnischen Revolution. Warschau von den Russen erobert 9. Nov.
1794. 28. Juli.	Robespierre guillotinirt. Ende des Terrorismus in Frankreich.
1795. 28. Sept.	Oestreich, England und Russland verbünden sich gegen Frankreich.
1795.	Dritte Theilung Polen's.
1795. 5. Apr.	Friede zu Basel zwischen Preussen und Frankreich.
1796.	Bonaparte Obergeneral in Italien.
1796. 19. Aug.	Allianztractat zwischen Frankreich und Spanien.
1796 — 1801.	Paul I., Kaiser von Russland.
1797. 18. Apr.	Friedenspräliminarien zu Leoben zwischen Oestreich und Frankreich.
1797. 29. Jun.	Proclamation der cisalpinischen Republik.
1797. 17. Okt.	Friede zu Campo Formio zwischen Frankreich und Oestreich. Ende der Republik Venedig.
1797 — 1840.	Friedrich Wilhelm III., König von Preussen.
1797. 9. Dez.	Congress zu Rastatt eröffnet.
1798. 22. Jan.	Batavische Republik.
1798. 15. Febr.	Römische Republik.
1798. 12. Apr.	Proclamation der helvetischen Republik.
1798. 1. Juli.	Bonaparte landet in Aegypten.
1798. 1. Aug.	Seeschlacht bei Abukir.
1798. 1. Sept.	Die Pforte erklärt an Frankreich den Krieg.
1798. 5. Sept.	Militärconscription in Frankreich eingeführt.
1798. 6. Nov.	Kaiser Paul I. von Russland übernimmt die Würde eines Grossmeisters des Malteserordens.

1798. Zweite Coalition gegen Frankreich zwischen Oestreich, England, Russland und der Pforte.
1799. 25. Jan. Die Franzosen machen aus dem Königreich Neapel die parthenopäische Republik.
1799. 1. März. Russisch-türkische Landung auf Corfu.
1799. 12. März. Französische Kriegserklärung gegen Oestreich. Eine französische Armee unter Jourdan geht über den Rhein.
1799. 8. Apr. Ende des rastatter Congresses.
1799. 16. Apr. Suwarow übernimmt das Commando der russisch-östreichischen Armee in Italien.
1799. 9. Okt. Bonaparte, aus Aegypten zurück, landet in Frejus.
1799. 13. Dez. Bonaparte erster Consul auf 10 Jahre.
1800 — 1823. Pabst Pius VII.
1800. 25. Apr. Eine französische Armee unter Moreau geht im Elsass über den Rhein.
1800. 14. Jun. Bonaparte siegt bei Marengo.
1800. 3. Dez. Moreau siegt bei Hohenlinden.
1800. 16. Dez. Nordische Convention zwischen Russland, Preussen, Schweden und Dänemark für bewaffnete Neutralität.
1800. 25. Dez. Waffenstillstand zwischen den Oestreichern und Franzosen zu Steyer.
1801. 1. Jan. Vereinigung der Parlamente von Grossbritannien und Irland.
1801. 9. Febr. Friede zu Lüneville zwischen Frankreich und Oestreich. Der Thalweg des Rheins die Grenze zwischen Frankreich und Deutschland.
1801 — 1825. Kaiser Alexander I. von Russland.
1801. 20. Apr. Piemont dem französischen Reiche einverleibt.
1801. 23. Dez. Französisches Decimalsystem.
1802. 27. März. Friede zu Amiens zwischen Frankreich und England.
1802. 8. Mai. Bonaparte auf neue 10 Jahre zum ersten Consul gewählt.
1802. 19. Mai. Errichtung der französischen Ehrenlegion.
1802. 25. Jun. Friede zwischen Frankreich und der Pforte.
1802. 2. Aug. Bonaparte erster Consul auf Lebenszeit.
1802. 23. Nov. Erster Reichs-Deputations-Hauptschluss.
1803. 19. Febr. Bonaparte's Mediationsacte der Schweiz.
1803. 25. Febr. Zweiter Reichs-Deputations-Hauptschluss.
1803. 18. Mai. England erklärt an Frankreich den Krieg.
1804. 18. Mai. Napoleon Kaiser der Franzosen.
1804. 11. Aug. Franz II. erklärt sich zum Erbkaiser von Oestreich.
1804. 2. Dez. Krönung Napoleon's durch Pabst Pius VII.
1805. 18. März. Napoleon wird in Mailand als König von Italien gekrönt.
1805. 11. Apr. Dritte Coalition gegen Frankreich zwischen Oestreich, England, Russland, Neapel und Schweden.
1805. 4. Jun. Die ligurische Republik (Genua) wird Frankreich einverleibt.

1805. 9. Sept. Der republikanische Kalender wird in Frankreich abgeschafft.
1805. 24. Sept. Rheinübergang der grossen französischen Armee.
1805. 17. Okt. Die Oestreicher unter Mack übergeben Ulm an die Franzosen.
1805. 21. Okt. Nelson schlägt die vereinigte französisch-spanische Flotte bei Trafalgar und fällt.
1805. 13. Nov. Einzug der Franzosen in Wien unter Mürat.
1805. 2. Dez. Schlacht bei Austerlitz.
1805. 26. Dez. Friede zu Presburg zwischen Frankreich und Oestreich.
1806. 2. März. Italien dem französischen Kaiserreiche einverleibt.
1806. 15. März. Mürat wird Erbherzog von Cleve und Berg.
1806. 30. März. Joseph Napoleon wird König von Neapel und Sicilien.
1806. 30. März. Alexander Berthier wird Erbfürst und Herzog von Neufchatel.
1805. 5. Jun. Talleyrand wird Fürst und Herzog von Benevent.
1806. 5. Jun. Bernadotte wird Fürst und Herzog von Pontecorvo.
1806. 10. Jun. Die neue holländische Verfassung erklärt Ludwig Bonaparte zum erblichen König von Holland.
1806. 10. Jun. Das englische Parlament beschliesst die Abschaffung des Sclavenhandels.
1806. 12. Jul. Stiftung des Rheinbundes.
1806. 6. Aug. Franz II. legt die römische Kaiserwürde nieder. Ende des deutschen Reiches.
1806. 14. Okt. Schlacht bei Jena.
1806. 21. Nov. Napoleon decretirt das Continentalsystem.
1807. 8. Febr. Schlacht bei Eylau zwischen Franzosen einerseits und Russen und Preussen andererseits.
1807. 14. Jun. Schlacht zwischen Franzosen und Russen bei Friedland.
1807. 7. u. 9. Jul. Frieden zu Tilsit zwischen Frankreich einerseits und Russland und Preussen andererseits.
1807. 22. Jul. Der König von Sachsen erhält das Herzogthum Warschau.
1807. 5. Sept. Die Engländer besetzen Helgoland.
1807. 7. Sept. Die Engländer bombardiren Copenhagen und führen die dänische Flotte weg.
1807. 23. Okt. Einmarsch der Franzosen in Spanien.
1808. 21. Febr. Einmarsch der Russen in Finnland. Am 1. Apr. wird Schwedisch-Finnland mit Russland vereinigt.
1808. 5. Mai. Convention von Bayonne, worin der spanische König Karl IV. den spanischen Thron an Napoleon überlässt.
1808. 6. Jun. Joseph Napoleon, bisher König von Neapel, wird König von Spanien. Erhebung der Spanier.
1808. 4. Jul. Englische Allianz mit der spanischen Nation.
1808. 15. Jul. Joachim Mürat, bisher Grossherzog von Berg, wird König von Neapel.
1808 — 1839. Sultan Mahmud II.
1808. 21. Aug. Die Franzosen räumen Lissabon.

1808. 17. Sept. — 14. Okt. Congress zu Erfurt.
1809. 5. Jan. Englisch-türkischer Friede zu Constantinopel.
1809. 13. März. Gustav IV. in Schweden entthront. Karl XIII. König von Schweden bis 1818.
1809. 8. Apr. Oestreich beginnt den Krieg gegen Frankreich. Aufstand der Tiroler.
1809. 22. Apr. Schlacht bei Eckmühl.
1809. 12. Mai. Die Franzosen in Wien.
1809. 17. Mai. Napoleon hebt die weltliche Herrschaft des Pabstes auf.
1809. 12. Jun. Bannbulle des Pabstes Pius VII. gegen Napoleon.
1809. 5. 6. Jul. Schlacht bei Wagram.
1809. 12. Jul. Waffenstillstand zwischen den Oestreichern und Franzosen zu Znaym.
1809. 29. Jul. Landung der Engländer auf der Insel Walcheren.
1809. 17. Sept. Friede zu Friedrichshamm zwischen Schweden und Russland. Finnland und die Alandsinseln russisch.
1809. 14. Okt. Friede zu Wien oder Schönbrunn zwischen Oestreich und Frankreich.
1810. 1. März. Napoleon errichtet für Dalberg, vormaligen Erzbischof von Mainz, jetzigen Fürsten Primas des Rheinbundes, das Grossherzogthum Frankfurt.
1810. 2. Apr. Napoleon vermählt sich mit Marie Luise von Oestreich.
1810. 1. Jul. Ludwig Bonaparte entsagt dem holländischen Throne. Holland mit Frankreich vereinigt 9. Juli.
1810. 21. Aug. Bernadotte wird von den Schweden zum Thronerben erwählt und am 5. Nov. vom schwedischen König adoptirt.
1810. 13. Dez. Die Länder an den Mündungen der Flüsse Schelde, Maas, Rhein, Ems, Weser und Elbe werden mit Frankreich vereinigt.
1811. 20. März. Dem Kaiser Napoleon wird ein Prinz geboren, der den Titel König von Rom erhält.
1812. 8. Apr. Tractat zwischen Schweden und Russland zu Petersburg.
1812. 28. Mai. Friede zu Bukarescht zwischen Russland und der Pforte.
1812. 24. Jun. Beginn des französisch-russischen Krieges.
1812. 12. Aug. Wellington zieht in Madrid ein.
1812. 14. Sept. Die Franzosen in Moskau.
1812. 26. bis 28. Nov. Die Franzosen gehen auf ihrem Rückzuge über die Beresina.
1812. 4. Dez. Napoleon verlässt die Trümmer seines Heeres in Russland. Er kommt am 19. Dez. in Paris an.
1813. 3. Febr. Aufruf des Königs von Preussen an sein Volk.
1813. 28. Febr. Allianz zwischen Preussen und Russland zu Kalisch.
1813. 3. März. Tractat zwischen Schweden und England zu Stockholm. (Norwegen soll an Schweden kommen.)

1813. 10. März. Der König von Preussen stiftet den Orden des eisernen Kreuzes.
1813. 27. März. Preussen erklärt an Frankreich den Krieg.
1813. 21. Jun. Wellington siegt über Jourdan bei Vittoria. König Joseph Bonaparte von Spanien flieht nach Frankreich.
1813. 10. Jul. Allianzvertrag Dänemarks mit Frankreich zu Dresden.
1813. 12. Aug. Oestreich erklärt an Frankreich den Krieg.
1813. 9. Sept. Allianz zu Töplitz zwischen Russland, Oestreich und Preussen.
1813. 7. Okt. Die englische Armee dringt von Spanien her in Frankreich ein.
1813. 8. Okt. Im Vertrag zu Ried schliesst sich Bayern den Alliirten an.
1813. 16. — 19. Okt. Schlacht bei Leipzig.
1813. 2. Nov. Würtemberg und Hessen-Darmstadt schliessen sich den Alliirten an.
1813. 2. Dez. Rheinübergang der Alliirten bei Düsseldorf, und im Laufe des Dezember an mehreren anderen Punkten.
1814. 14. Jan. Friede zu Kiel zwischen Dänemark und Schweden.
1814. 3. Febr. bis 15. März. Congress zu Chatillon.
1814. 1. März. Oestreich, Preussen, England und Russland schliessen zu Chaumont eine Allianz auf 20 Jahre.
1814. 31. März. Einzug der Alliirten in Paris.
1814. 11. Apr. Napoleon's Thronentsagung.
1814. 20. Apr. Napoleon's Abreise nach Elba.
1814. 30. Mai. Erster pariser Friede.
1814. 1. Aug. Vereinigung Belgien's mit Holland.
1814. 7. Aug. Herstellung des Jesuitenordens.
1814. 14. u. 16. Aug. Convention zu Moss zwischen Schweden und Norwegen.
1814. 26. Okt. Königreich Hannover.
1814. 3. Nov. bis 25. Mai 1815. Congress in Wien.
1814. 4. Nov. König Karl XIII. von Schweden wird als König von Norwegen proclamirt.
1814. 24. Dez. Friede zu Gent zwischen England und den Vereinigten Staaten.
1814. 26. Dez. Genua an Sardinien übergeben.
1815. 1. März. Napoleon landet in Frankreich, zieht am 20. März in Paris ein.
1815. 25. März. Tractat zu Wien zwischen Oestreich, Preussen, Russland und England über die Sicherstellung der neuen Verträge.
1815. 7. Apr. Der Kaiser von Oestreich bildet aus seinen italienischen Provinzen das lombardisch-venetianische Königreich.
1815. 10. Apr. Kriegserklärung Oestreich's an Mürat, König von Neapel.
1815. 30. Apr. Das Herzogthum Warschau mit Russland vereinigt.
1815. 3. Mai. Wiener Tractat über die Vertheilung Polen's zwischen Preussen und Russland.
1815. 12. Mai. Napoleon's Anträge vom Congress zu Wien zurückgewiesen.
1815. 18. Mai. Vertrag zu Wien zwischen Preussen und Sachsen in Betreff der Abtretungen Sachsens an Preussen.

1815. 22. Mai. Die Oestreicher ziehen in Neapel ein.
1815. 4. Jun. Vertrag zu Wien, worin Preussen gegen Pommern und Rügen an Dänemark Lauenburg abtritt.
1815. 8. Jun. Deutsche Bundesacte zu Wien.
1815. 9. Jun. Schlussacte des wiener Congresses.
1815. 18. Jun. Schlacht bei Waterloo.
1815. 22. Jun. Napoleon erklärt, dass er zu Gunsten seines Sohnes auf den französischen Thron verzichte.
1815. 7. Juli. Einmarsch der Verbündeten in Paris.
1815. 13. Juli. Napoleon ergibt sich zu Rochefort den Engländern.
1815. 7. Aug. Napoleon wird von Plymouth nach Sct. Helena abgeführt.
1815. 26. Sept. Stiftung der heiligen Allianz.
1815. 13. Okt. Mürat erschossen.
1815. 16. Okt. Napoleon's Ankunft auf Sct. Helena.
1815. 5. Nov. England erhält das Protectorat über die jonischen Inseln.
1815. 20. Nov. Zweiter pariser Friede.
1816. 14. Apr. Vertrag zwischen Oestreich und Bayern über die Abtretung Salzburgs und des Innviertels gegen Rheinbayern.
1816. 15. Mai. Constitutionelle Verfassung in Weimar.
1816. 30. Okt. König Friedrich I. von Würtemberg stirbt. Es folgt König Wilhelm I.
1816. Geheime politische Gesellschaften in Italien (Carbonaria, Adelfia).
1817. 10. Jun. Spanien tritt der wiener Congressacte bei.
1817. Erstes epidemisches Auftreten der Cholera in Indien und auf den Molukken.
1818. 5. Febr. Karl XIII. von Schweden stirbt. Bernadotte als Karl Johann König (bis 1844).
1818. 9. Okt. Congress zu Aachen.
1818. 30. Nov. Frankreich wird nach dem Beschluss des aachener Congresses von den Truppen der Alliirten geräumt.
1819. August. Ministercongress zu Carlsbad.
1819. 15. Okt. Centraluntersuchungs-Commission in Mainz wegen demagogischer Umtriebe.
1819. 25. Nov. Ministercongress zu Wien.
1820. 1. Jan. Vier spanische Bataillone unter Riego proclamiren die Constitution von 1812.
1820. 13. Febr. Der Herzog von Berry ermordet.
1820. 7. März. Der spanische König Ferdinand VII. unterzeichnet die Constitution von 1812.
1820. 25. März. Verweisung der Jesuiten aus Russland.
1820. 15. Mai. Schlussacte des deutschen Bundes zu Wien.
1820. 1. 2. Jul. Militärische Revolution in Neapel.
1820. 7. Jul. In Neapel wird die spanische Constitution von 1812 von König Ferdinand IV. anerkannt und eingeführt.

1820. 14.—19. Jul. Aufstand in Palermo. Man verlangt Trennung von Neapel und ein eigenes sicilianisches Parlament.
1820. 24. Aug. Die Portugiesen erheben sich gegen die Verwaltung des Lords Beresford und verlangen eine Constitution.
1820. 20. Okt. bis 20. Nov. Congress von Troppau.
1820. Ali Pascha von Janina im Aufstand gegen die Pforte.
1821. 6. Jan. bis 12. Mai. Congress in Laibach.
1821. 12. März. Aufstand in Turin. Die Sardinier proclamiren die spanische Constitution von 1812.
1821. 24. März. Die Oestreicher ziehen in Neapel ein.
1821. 12. Apr. Einmarsch der Oestreicher in Allessandria. Ende der sardinischen Revolution.
1821. 5. Mai. Napoleon stirbt zu Sct. Helena.
1821. Mai. Aufstand der Griechen auf der Halbinsel Morea.
1821. 15. Dez. Erste griechische Nationalversammlung zu Epidaurus.
1822. 15. (27.) Jan. Die gr. Nationalversammlung zu Epidaurus erklärt Griechenland für einen unabhängigen Staat.
1822. 11. Jul. Kriegsverfassung des deutschen Bundes.
1822. Septbr. Ministerium Villèle in Frankreich.
1822. 12. Okt. Don Pedro erblicher constitutioneller Kaiser von Brasilien (bis 1831).
1822. 20. Okt. bis 14. Dez. Congress zu Verona.
1823. 15. — 27. Jan. Die Gesandten der Mächte verlassen Madrid.
1823. 7. Apr. Die Franzosen rücken in Spanien ein.
1824. 16. Sept. König Ludwig XVIII. von Frankreich stirbt. Karl X. König bis 1830.
1825. 13. Okt. Ludwig, König von Bayern (resignirt 1848).
1825. 1. Dez. Kaiser Alexander von Russland stirbt. Nikolaus I. Kaiser (bis 1855).
1826. 4. Apr. Uebereinkunft zu Petersburg zwischen England und Russland über die Pacification Griechenland's.
1826. 2. Mai. Don Pedro verzichtet zu Gunsten seiner Tochter Maria da Gloria auf den portugiesischen Thron.
1826. 7. Okt. Convention zu Akjerman zwischen Russland und der Pforte.
1827. 20. Okt. Seeschlacht bei Navarin.
1828. 18. Jan. Zollverband zwischen Bayern und Würtemberg.
1828. 3. Mai. Don Miguel erklärt den Umsturz der portugiesischen Verfassung.
1828. 6. Aug. Vertrag der Mächte, nach welchem Ibrahim Pascha mit seinen Truppen Morea räumt. Franzosen unter Maison besetzen die Halbinsel.
1829. 13. Apr. Emancipation der Katholiken in Grossbritannien.
1829. 1. Jun. Bayern und Würtemberg treten dem preussisch-hessischen Zollverein bei.

1829. 8. Aug. Französisches Ministerium Polignac.
1829. 14. Sept. Friede zu Adrianopel zwischen Russland und der Pforte.
1829. 11. Dez. Vierte Ehe des spanischen Königs Ferdinand VII. mit Marie Christine von Neapel.
1830. 29. März. König Ferdinand VII. von Spanien hebt das salische Erfolgegesetz auf.
1830. 24. Apr. Die Pforte erkennt die Unabhängigkeit Griechenland's an.
1830. 5. Jul. Die Franzosen erobern Algier.
1830. 27. — 29. Jul. Revolution in Paris.
1830. 2. Aug. Karl X. von Frankreich resignirt zu Gunsten des Herzogs von Bordeaux (Heinrich V.).
1830. 8. Aug. Louis Philippe wird als König von Frankreich proclamirt (regiert bis 1848).
1830. 25. Aug. Revolution in Brüssel.
1830. 19. Nov. Der belgische Nationalcongress proclamirt die Unabhängigkeit Belgien's.
1830. 29. Nov. Ausbruch der polnischen Revolution in Warschau.
1831. 20. Jan. Die Ministerconferenz in London erkennt die Unabhängigkeit Belgien's an.
1831. 25. Mai. Schlacht bei Ostrolenka.
1831. 26. Jun. Prinz Leopold von Sachsen-Coburg nimmt die Wahl zum König der Belgier an.
1831. Unruhen und Verfassungsveränderungen in der Schweiz.
1832. 22. Febr. Die Franzosen besetzen Ancona.
1832. 8. März. Die londoner Conferenz erklärt den Prinzen Otto von Bayern zum König von Griechenland.
1832. 22. Jul. Der Herzog von Reichstadt stirbt.
1832. 29. Nov. Eine französische Armee beginnt die Belagerung der Citadelle von Antwerpen. Die Citadelle capitulirt am 23. Dez.
1832. 21. Dez. Ibrahim schlägt den Grosswessir Reschid-Pascha und bedroht Constantinopel.
1833. 30. Jan. König Otto von Griechenland kommt in Nauplia an.
1833. 4. Mai. Friede zwischen der Pforte und dem Pascha Mehemed Ali von Aegypten.
1833. 8. Jul. Vertrag von Unkiar-Iskelessi zwischen Russland und der Pforte.
1833. 29. Sept. König Ferdinand VII. von Spanien stirbt. Seine Tochter Isabella besteigt unter Vormundschaft ihrer Mutter Christine den Thron.
1834. 1. Jan. Der preussisch-deutsche Zollverein tritt in's Leben.
1834. 26. Mai. Don Miguel unterzeichnet die Capitulation von Evora.
1834. 24. Sept. Don Pedro stirbt.

1835. 2. März. Ferdinand I., Kaiser von Oestreich. (Resignirt 1848.)

1836. 9. Apr. Die Königin Maria da Gloria von Portugal vermählt sich mit dem Herzog Friedrich August von Sachsen-Coburg.

1836. 29. Okt. Prinz Louis Napoleon macht in Strassburg den Versuch, die Regierung Louis Philipp's zu stürzen.

1837. 20. Jun. König Wilhelm IV. von England stirbt. Seine Nichte Victoria besteigt den Thron. Trennung Hannover's von England.

1837. 1. Nov. Die hannöver'sche Verfassung von 1833 abgeschafft. Protestation der göttinger Professoren.

1837. 21. Nov. Der Erzbischof von Cölln, v. Droste Vischering, welcher sich gegen die vor seinem Amtsantritt gegebene Zusage dem bisherigen Usus bezüglich der Einsegnung gemischter Ehen widersetzt, wird von der preussischen Regierung ausser Thätigkeit gesetzt. Cöllner Wirren.

1838. 17. Mai. Talleyrand stirbt.

1838. 27. Nov. Die Franzosen bombardiren das Fort Ulloa in Mexico.

1839. 23. Jan. Londoner Schlussprotocoll in der holländisch-belgischen Angelegenheit.

1839. 9. März. Friede zwischen Frankreich und Mexico.

1839. 18. Apr. Russischer Erlass, wodurch 3 bis 4 Millionen unirter Griechen in Polen mit der russischen Kirche vereinigt werden.

1839. 1. Jul. Sultan Abdul Medschid.

1839. 31. Aug. Bei Vergera schliessen die Heere der Carlisten und Christinos Frieden. Der Prätendent Don Carlos flieht mit seiner Familie nach Frankreich, wo ihm Bourges als Wohnsitz angewiesen wird.

1839. 3. Nov. Abdul Meschid gibt im Kiosk von Gülhanie seinen Unterthanen ein Grundgesetz.

1839. 2. Dez. König Christian VIII. von Dänemark (bis 1848).

1840. 10. Febr. Vermählung der englischen Königin Victoria mit dem Prinzen Albert von Sachsen-Coburg.

1840 — 1842. Englisch-chinesischer Opiumkrieg.

1840. 15. Juli. Sogenannter Juliusvertrag zwischen England, Oestreich, Preussen und Russland zum Schutz der Pforte gegen Mehemed Ali.

1840. Jul. Die Befestigung von Paris begonnen.

1840. 21. Jul. Durch Aufhebung des sicilischen Schwefelmonopols wird der Streit zwischen England und Neapel beendigt.

1840. 6. Aug. Prinz Louis Napoleon landet von England aus in Boulogne und lässt das Kaiserreich ausrufen.

1840. 18. Aug. Neue hannöver'sche Verfassung.

1840. 6. Okt. Louis Napoleon wird vom Pairshof zu lebenslänglicher Haft verurtheilt und nach Ham abgeführt.

1840. 7. Okt. König Wilhelm I. von Holland legt die Regierung nieder. Wilhelm II. König bis 1849.

1840. 20. Okt. Die Königin Christine dankt als Regentin von Spanien ab und geht nach Frankreich.

1840. 15. Dez. Napoleon's Ueberreste werden mit grossem Pomp im Dom der Invaliden beigesetzt.

1841. 10. Jun. Mehemed Ali erhält vom Sultan die Investitur über die Erblichkeit der Verwaltung des ägyptischen Paschaliks, nachdem er die türkische Flotte herausgegeben und Syrien und Arabien geräumt hat.

1841. Novbr. Allgemeiner Aufstand der Afghanen gegen die Engländer.

1841. 20. Dez. Londoner Vertrag der Grossmächte über das gegenseitige Durchsuchungsrecht zur Unterdrückung des Sclavenhandels. Frankreich verweigert später die Ratification und zieht sich von der Uebereinkunft zurück.

1842. 2. Mai. Riesenpetition der englischen Chartisten.

1842. 13. Jul. Der Herzog von Orleans stirbt an einer beim Sturz aus dem Wagen erhaltenen Kopfverletzung.

1842. 29. Aug. Friede zwischen England und China zu Nanking.

1842. 16. Sept. Stiftung des Gustav-Adolph-Vereins.

1843. 25. März. Eröffnung des Themsetunnels.

1843. 30. Jul. Espartero dankt ab und geht nach England.

1843. 13. Okt. Verhaftsbefehl gegen O'Connel.

1843. 5. Nov. Der französische Admiral Dupetit-Thouars ergreift von Otaheiti Besitz und setzt die Königin Pomare ab. Spannung zwischen Frankreich und England.

1844. 26. Febr. Die Königin Christine kommt nach Spanien zurück.

1844. 8. März. Oscar I., König von Schweden.

1844. 17. Jun. Frankreich's Krieg gegen Marocco.

1844. Aug. bis Okt. Wallfahrt zum ungenähten heiligen Rock nach Trier. Entstehung des Deutschkatholicismus.

1845. 18. Mai. Don Carlos tritt seine Ansprüche auf den spanischen Thron seinem Sohne Carlos, Grafen Montemolin, ab.

1845. 29. Mai. Neuer Vertrag zwischen Frankreich und England, wonach das Durchsuchungsrecht nicht mehr ausgeübt werden soll.

1845. 31. Jul. Die dänische Regierung schafft Wappen und Fahnen von Schleswig-Holstein ab.

1846. 16. Mai. Peel's Korn- und Tarifbill wird vom Unterhause und am 25. Jun. auch vom Oberhause angenommen. Handelsfreiheit und Beseitigung des Kornzolls in England.

1846. 25. Mai. Louis Napoleon entkommt aus Ham nach England.

1846. 16. Jun. Pius IX. Pabst.

1846. 8. Juli. Offener Brief des Königs von Dänemark. Bewegung in Schleswig-Holstein.

1846. 10. Okt. Die Königin Isabella von Spanien vermählt sich mit dem Infanten Don Franzisco D'Assis, ihre Schwester Louisa mit dem Herzog von Montpensier. Spannung zwischen England und Frankreich.

1846. 6. Nov. Krakau wird dem östreichischen Kaiserstaate einverleibt.

1847. 15. Mai. Der irische Agitator O'Connel stirbt auf einer Reise in Genua.

1847. 3. Sept. Die Tagsatzung verfügt die Ausweisung der Jesuiten aus der Schweiz.

1847. 21. Dez. Abd-el-Kader ergibt sich den Franzosen.

1848. 12. Jan. Ausbruch der Revolution in Sicilien.

1848. 20. Jan. Friedrich VII., König von Dänemark.

1848. 9. Febr. Unruhen in München.

1848. 11. Febr. Proclamation der Constitution in Neapel.

1848. 17. Febr. Proclamation der Constitution in Florenz.

1848. 24. Febr. Die königliche Familie in Frankreich geht nach England; in Paris wird die Republik proclamirt.

1848. 2. März. Neufchatel erklärt sich für unabhängig von Preussen.

1848. 13. März. Ausbruch der Revolution in Wien.

1848. 18. März. Ausbruch der Revolution in Berlin und in Mailand.

1848. 21. März. König Ludwig von Bayern legt die Regierung nieder. Maximilian II. König.

1848. 1. Apr. Kriegserklärung Oestreich's an Sardinien.

1848. 28. Apr. Der Bundestag beruft die deutsche Reichsversammlung auf den 16. Mai.

1848. 18. Mai. Erste Sitzung des deutschen Parlaments zu Frankfurt.

1848. 12. Jun. Barrikadenkampf in Prag.

1848. 29. Jun. Erzherzog Johann zum deutschen Reichsverweser erwählt.

1848. 13. Jul. Letzte Sitzung des deutschen Bundestages.

1848. 6. Aug. Radetzki's Einzug in Mailand.

1848. 12. Sept. Die neue eidgenössische Verfassung angenommen und publicirt.

1848. 18. Sept. Barrikadenkämpfe in Frankfurt. Fürst Lichnowski und Graf Auerswald ermordet.

1848. 13. Okt. Das revidirte holländische Grundgesetz wird vom König sanctionirt.

1848. 1. Nov. Fürst Windischgrätz erobert, besetzt und entwaffnet Wien.

1848. 25. Nov. Flucht des Pabstes nach Gaeta.

1848. 2. Dez. Der östreichische Kaiser Ferdinand übergibt die Krone seinem Neffen Franz Joseph.

1848. 14. Dez. Louis Napoleon wird zum Präsidenten der französischen Republik auf 4 Jahre gewählt.

1849. 3. Jan. Der östreichische Reichstag in Kremsier wird eröffnet. (Wieder aufgehoben am 7. März.)

1849. 18. Febr. In Rom wird die Republik proclamirt.
1849. 4. März. Der Kaiser Franz Joseph gibt eine östreichische Reichsverfassung. Ungarn wird in das Verhältniss einer östreichischen Erbprovinz gesetzt.
1849. 17. März. Wilhelm III., König von Holland.
1849. 23. März. Der König Karl Albert von Sardinien dankt ab. Victor Emanuel II. König.
1849. 28. März. Die deutsche Nationalversammlung wählt den König Friedrich Wilhelm IV. von Preussen zum deutschen Kaiser. Der König lehnt ab.
1849. 14. Apr. Der ungarische Reichstag erklärt Ungarn für eine unabhängige Republik.
1849. 27. Apr. Die östreichische Regierung verkündet die russische Intervention in Ungarn.
1849. 2. bis 9. Mai. Aufstand in Dresden.
1849. 2. Mai bis 21. Juni. Aufstand in der bayerischen Pfalz.
1849. 11. Mai bis 23. Juli. Aufstand in Baden.
1849. 14. Mai. Die preussischen Deputirten vom frankfurter Parlament abgerufen.
1849. 26. Mai. Preussen verständigt sich mit Sachsen und Hannover über einen Verfassungsentwurf für Deutschland (Union), dem nach und nach 27 Regierungen beitreten.
1849. 30. Mai. Letzte Sitzung der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt.
1849. 18. Juni. Der Versammlungssaal des nach Stuttgart übergesiedelten Restes der deutschen Nationalversammlung durch Militär abgesperrt. Völlige Auflösung dieser Versammlung.
1849. 23. Juli. Rastatt von den Aufständischen übergeben.
1849. 6. Aug. Friede zwischen Oestreich und Sardinien.
1849. 11. Aug. An Kossuth's Stelle übernimmt Görgei die Dictatur in Ungarn und streckt die Waffen.
1849. 17. Aug. Hamburg von den Preussen besetzt.
1849. 24. Aug. Venedig capitulirt an die Oestreicher.
1849. 7. Dez. Hohenzollern an Preussen abgetreten.
1849. 25. Dez. Erzherzog Johann legt seine Würde als Reichsverweser nieder.
1850. 20. März. Der Reichstag der Unionsstaaten in Erfurt wird eröffnet.
1850. 6. Apr. Deutsch-östreichischer Postverein.
1850. 12. Apr. Rückkehr des Pabstes nach Rom.
1850. 10. Mai. Congress der Unionsfürsten in Berlin.
1850. 10. Mai. Oestreich, Bayern, Würtemberg, Sachsen, Hannover eröffnen ein sogenanntes Bundesplenum zu Frankfurt. Die Unionsfürsten protestiren gegen diese Erneuerung des Bundestages am 16. Mai.

1850. 22. Juli. Kurhessen trennt sich von der Union.
1850. 26. Aug. König Louis Philipp stirbt in England.
1850. 10. — 14. Okt. Zusammenkunft des Kaisers von Oestreich und der Könige von Bayern und Würtemberg in Bregenz.
1850. 24. Okt. Einmarsch der Preussen in Kurhessen.
1850. 26. — 28. Okt. Warschauer Conferenz zwischen den Kaisern Nikolaus von Russland und Franz Joseph von Oestreich. Anwesend sind auch der östreichische Minister Fürst Schwarzenberg, der preussische Graf v. Brandenburg und der russische Graf v. Nesselrode.
1850. 1. Nov. Oestreicher und Bayern besetzen Kurhessen.
1850. 29. Nov. Olmützer Conferenz zwischen dem östreichischen Minister Fürsten Schwarzenberg, dem preussischen v. Manteuffel und dem russischen Gesandten von Meyendorf. Preussen verzichtet auf die Union und zieht seine Truppen aus Kurhessen zurück.
1850. 23. Dez. Conferenz deutscher Minister in Dresden zur Ordnung der deutschen Angelegenheiten (schliesst sich am 15. Mai 1851.)
1851. 10. Jan. Die Bayern kehren aus Kurhessen nach Hause, die Oestreicher rücken von da nach Schleswig-Holstein.
1851. 11. Jan. Die schleswig-holstein'sche Ständeversammlung fügt sich den Forderungen der olmützer Punctation.
1851. 1. Mai. Eröffnung der Weltindustrieausstellung in London.
1851. 12. Mai. Wiedereröffnung des deutschen Bundestags in Frankfurt.
1851. 23. Aug. Ein Beschluss des Bundestags hebt die deutschen Grundrechte auf.
1851. 7. Sept. Preussisch-hannöverischer Vertrag über den Anschluss Hannover's an den Zollverein.
1851. 2. Dez. Gewaltsame Veränderung der Regierung in Frankreich durch Louis Napoleon mit Hülfe des Militärs. Die einflussreichsten Deputirten werden verhaftet, die Pressfreiheit wird aufgehoben.
1851. 20. Dez. Louis Napoleon auf zehn Jahre zum Präsidenten der französischen Republik gewählt.
1852. Januar. Definitive Schlichtung der schleswig-holstein'schen Angelegenheit. Die dänische Gesammtmonarchie anerkannt, Schleswig darf nicht in Dänemark einverleibt werden, die Herzogthümer behalten ihre alten Provinzialstände, ihre gemeinsamen Institutionen, erhalten besondere Ministerien; einer dänischen Gesammtstaatsverfassung steht Nichts im Wege.
1852. 7. Jan. Die Bundesversammlung beschliesst die Auflösung der deutschen Flotte.
1852. 14. Jan. Louis Napoleon gibt den Franzosen eine neue Verfassung.
1852. 5. Apr. Der östreichische Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg stirbt.

1852. 14. Sept. Wellington stirbt.
1852. Oktober. Abd-el-Kader von Napoleon freigelassen.
1852. 2. Dez. Napoleon zum Kaiser der Franzosen gewählt.
1853. 19. Febr. Der preussisch-östreichische Handelsvertrag unterzeichnet.
1853. 28. Febr. Fürst Mentschikoff als ausserordentlicher russischer Gesandter in Constantinopel.
1853. 4. Apr. Verlängerung der Verträge des deutschen Zollvereins auf 12 Jahre.
1853. 2. Juli. Einmarsch der Russen in die Donaufürstenthümer.
1853. 3. Okt. Kaiser Nikolaus, Kaiser Franz Joseph und König Friedrich Wilhelm kommen in Warschau zusammen.
1853. 4. Okt. Die Pforte erklärt an Russland den Krieg.
1853. 30. Nov. Der russische Admiral Nachimoff zerstört die türkische Flotte im Hafen von Sinope.
1854. 8. Febr. Abreise der russischen Gesandten aus Paris und London.
1854. 28. März. Kriegserklärung England's und Frankreich's gegen Russland.
1854. 15. Juli. Deutsche Industrieausstellung in München eröffnet.
1854. 14. Aug. Die Russen räumen die Donaufürstenthümer, die Oestreicher rücken ein.
1854. 29. Sept. Marschall St. Arnaud stirbt. Canrobert übernimmt den Oberbefehl in der Krimm.
1854. 5. Nov. Schlacht bei Inkerman.
1854. 2. Dez. Vertrag Oestreich's mit den Westmächten.
1855. 26. Jan. Sardinien schliesst sich den Westmächten an.
1855. 8. Febr. Lord Palmerston an Lord Aberdeen's Stelle Premierminister in England.
1855. 26. Febr. Erste Sitzung der Untersuchungscommission Roebuck's.
1855. 2. März. Kaiser Nikolaus stirbt. Alexander II. Kaiser von Russland.
1855. 4. März. Fürst Mentschikoff's Commando über Sebastopol und die russische Armee in der Krimm erhält Fürst Gortschakoff.
1855. 15. März. Anfang der wiener Friedensconferenzen.
1855. 16. Apr. Kaiser Napoleon III. zu Besuch beim englischen Hofe in Windsor.
1855. 21. Apr. Die wiener Conferenzen auf unbestimmte Zeit suspendirt.
1855. 15. Mai. Eröffnung der Weltindustrieausstellung in Paris.
1855. 16. Mai. General Canrobert übergibt sein Commando in der Krimm an General Pelissier.
1855. 28. Jun. Lord Raglan stirbt. General Simpson erhält das Commando über die englische Armee in der Krimm.
1855. 9. u. 10. Aug. Die englisch-französische Flotte bombardirt Sweaborg.
1855. 18. Aug. Abschluss eines Concordats zwischen Oestreich und dem päbstlichen Stuhl.
1855. 19. Aug. Die Königin Victoria und Prinz Albert zu Besuch beim französischen Hofe in Paris.

1855. 8. Sept. Die Franzosen erobern den Malachoffthurm vor Sebastopol, den Engländern glückt die Eroberung des grossen Redan nicht. Am 9. Sept. zerstören die Russen die Stadt und den Rest der Flotte und ziehen sich in die Befestigungen auf der Nordseite zurück. Die Belagerung Sebastopol's hatte vom 14. Okt. 1854 bis 8. Sept. 1855, im Ganzen 322 Tage, gedauert.

Alphabetisches Register.

(Die römische Zahl I, II, bedeutet den Band, die arabische Zahl die Seite.)

Aachen. Congress von Aachen, (29. Sept. — 21. Nov. 1818) Einleitung und Text I, 405.

Der Congress zieht die Occupationstruppen aus Frankreich zurück I, 409.

Abdicationsurkunde des deutschen Kaisers (6. Aug. 1806) II, 21.

Acadien, Landstrich am Lorenzostrom mit unbestimmten Grenzen, wird im Frieden von Utrecht (1715) von Frankreich an England abgetreten und gibt später die Veranlassung zum siebenjährigen Krieg I, 138.

Es wird von Frankreich im pariser Frieden 1763 an England überlassen I, 172.

Adrianopel. Friede von Adrianopel zwischen Russland und der Pforte (14. Sept. 1829) Einleitung II, 247, Text II, 285.

Ahremberg. Der Herzog von Ahremberg ist souveränes Mitglied des Rheinbundes (1806) II, 9. 10.

Akjerman. Convention zu Akjerman zwischen Russland und der Pforte (7. Okt. 1826), Einleit. II, 245, Text II, 277.

Allianz (heilige, 26. Sept. 1815), Einleit. und Text des Vertrages I, 382.

Altonaer Vergleich (1689), worin König Christian V. von Dänemark dem Herzog Christian Albrecht von Schleswig-Holstein die Souveränetät über Schleswig zurückerstattet II, 113.

Altranstädter Friede I, 149.

Amiens. Friede von Amiens (27. März 1802) zwischen England einerseits und Frankreich, Spanien und Holland andererseits, Einleitung II, 697, Text II, 707.

Beitrittsacte der Pforte zum Frieden von Amiens (13. Mai 1802) II, 714.

Aschaffenburg (Fürstenthum) durch Art. 44 der wiener Congressacte an Bayern überlassen I, 342.

Augsburg. Bestimmungen des westph. Friedens über die Verhältnisse der Protestanten und Katholiken in der Reichstadt Augsburg I, 23.
Kommt durch Art. 13 des Friedens von Pressburg (1805) an Bayern II, 718.
Soll nach Art. 37 der rheinischen Bundesacte (1806) von Bayern befestigt werden II, 15.
Augsburger Religionsfrieden (1555) wird im westph. Frieden bestätigt I, 22.
Augustenburg. Protest des Herzogs von Augustenburg bezüglich der Beschuldigung von Seiten des Königs von Dänemark, an einem Aufruhr Theil genommen zu haben (22. Juni 1851) II, 140.
Avignon bleibt im ersten pariser Frieden (30. Mai 1814) bei Frankreich I, 303.
Azow wird durch Art. 20 des Friedens von Kutschuk-Kainardschi (1774) von der Pforte an Russland abgetreten II, 260.

Baden. Die Markgrafen werden im westph. Frieden restituirt I, 16 und I, 85.
Erhält durch Art. 8 des Friedens von Pressburg (1805) den Breisgau und Constanz II, 717.
Der Kurfürst erhält durch Art. 14 des Friedens von Pressburg (1805) volle Souveränetät II, 718.
Tritt 1806 zum rheinischen Bund, bei welcher Gelegenheit der Kurfürst (Art. 5 der Bundesacte) den Titel Grossherzog erhält und Baden an Gebiet vergrössert wird II, 9.
Schliesst sich durch den Vertrag zu Frankfurt (20. Nov. 1813) den Alliirten an II, 34.
Preussen garantirt in diesem Vertrag dem Grossherzog von Baden sein Gebiet und seine Souveränetät II, 34.
Badener Frieden (7. Sept. 1714, Baden in der Schweiz) I, 137.
Balka-Liman. Acte von Balka-Liman zwischen der Pforte und Russland bezüglich der Donaufürstenthümer (1. Mai 1849) II, 190.
Bamberg. Note der zu Bamberg abgehaltenen Conferenz von Ministern deutscher Mittelstaaten (datirt vom 3. Juni 1854) bezüglich der neuesten orientalischen Frage II, 367.
Basel von der Jurisdiction des Reiches im westph. Frieden losgesprochen I, 41.
Basel (Bisthum) durch Art. 76 der wiener Congressacte mit dem Canton Bern vereinigt I, 352.
Baseler Frieden zwischen Frankreich und Preussen (vom 5. Apr. 1795) Einleitung und Text I, 265.
Bayern. Erhält im westph. Frieden die pfälzische Kurwürde I, 12, wogegen für die Pfalz eine achte Kur errichtet wird I, 13.
Stirbt die bayr. wilhelminische Linie aus, so soll die Oberpfalz mit der bayrischen Kurwürde an das rheinpfälzische Haus übergehen und die achte Kurwürde wieder erlöschen I, 82.
Der Kurfürst erhält durch Art. 7 des Friedens von Pressburg (1805) den Königstitel, was Oestreich anerkennt II, 716.

Bayern. Erhält durch Art. 8 des Friedens von Pressburg (1805): Burgau, Eichstädt, Passau, Tyrol, Vorarlberg, Lindau etc. II, 716, und durch Art. 14 volle Souveränetät II, 718.
Tritt zum rheinischen Bund (1806) und erhält durch die rheinische Bundesacte ansehnliche Gebietsvergrösserung II, 9, namentlich durch Art. 17 Stadt und Gebiet von Nürnberg II, 10.
Erhält durch Art. 3 des Friedens von Schönbrunn (1809) von Oestreich abgetreten Salzburg, Berchtesgaden, das Innviertel, die Hälfte des Hausruckviertels II, 732.
Tritt durch den rieder Vertrag mit Oestreich (8. Okt. 1813) auf Seite der Alliirten II, 26.
Erhält durch Art. 4 des rieder Vertrags von Oestreich die Garantie seines Gebietes und seiner vollen Souveränetät II, 27, ebenso durch Art. 1 der geheimen Artikel desselben Vertrages II, 28.
Versteht sich im 2. geheimen Artikel des rieder Vertrags zu Abtretungen an Oestreich behufs einer guten militärischen Abgrenzung des Kaiserstaates, wogegen Oestreich vollste Entschädigung durch an Bayern grenzendes Gebiet verspricht II, 28.

Belgien bildet nach Art. 65 der wiener Congressacte mit Holland das Königreich der Niederlande I, 348.
Im Uebrigen siehe Niederlande.

Belgrad. Friede zu Belgrad zwischen Oestreich und der Pforte (18. Sept. 1739), Einleitung II, 198, Text II, 224.
Belgrad wird im Frieden von Passarowitz (1718) Art. 2. von der Pforte an Oestreich abgetreten II, 211, kommt aber im Frieden von Belgrad (1739) Art. 1 wieder an die Pforte zurück II, 225.

Bendorff (Grafschaft) kommt durch Art. 13 des Friedens von Pressburg (1805) an Würtemberg II, 718.

Bentheim. Die Beziehungen der Grafen von Bentheim und Corswarem zu Hannover festgesetzt im Art. 32 der wiener Congressacte I, 339.

Berchtesgaden kommt in Folge des Art. 5 des Friedens von Lüneville (1801) an den Erzherzog Ferdinand als Entschädigung für Toscana II, 284, durch Art. 10 des Friedens von Pressburg aber (1805) an Oestreich II, 717, und endlich durch Art. 3 des Friedens von Schönbrunn (1809) an Bayern II, 732.

Berg, welches bis 1804 zur Kurpfalz gehört, wird in diesem Jahre von Bayern an Frankreich abgetreten, kommt 1806 an Mürat, der durch Art. 5 der rhein. Bundesacte (II, 9) den Titel eines Grossherzogs erhält, und wird 1815 durch Art. 24 der wiener Congressacte Preussen einverleibt I, 334.

Bern. Nach Art. 76 der wiener Congressacte werden das Bisthum Basel und Stadt und Gebiet von Biel mit dem Canton Bern vereinigt I, 352.

Bessarabien wird im Frieden von Kutschuk-Kainardschi (1774) von Russland an die Pforte zurückgegeben II, 258.

Bessarabien wird im Frieden von Bukarescht (1812) von der Pforte an Russland abgetreten II, 272.

Bialystok, polnische Provinz, von Preussen im Art. 9 des Friedens von Tilsit (1807) an Russland abgetreten II, 722.

Bormio kommt durch Art. 94 der wiener Congressacte in den Besitz von Oestreich I, 358.

Bosnien. Geschichtliche Einleitung II, 183.

Bouillon. Bestimmungen der wiener Congressacte (Art. 69) über das Herzogthum Bouillon I, 350.

Boyadji-Keuy. Convention zu Boyadji-Keuy vom 14. Juni 1854 zwischen Oestreich und der Pforte bezüglich der neuesten orientalischen Frage. Text. II, 348.

Braunschweig. Dem herzoglichen Hause Braunschweig-Lüneburg wird im westph. Frieden die Nachfolge im Bisthum Osnabrück zugesichert I, 54.

Breisgau wird im lüneviller Frieden 1801 von Oestreich an den Herzog von Modena abgetreten I, 284.
Kommt durch Art. 8 des Friedens von Pressburg (1805) an Baden, ein Theil davon an Würtemberg II, 717.

Bremen (Erzbisthum) im westph. Frieden an Schweden abgetreten I, 47.

Bukarescht. Friede von Bukarescht zwischen Russland und der Pforte (28. Mai 1812), Einleitung II, 243, Text II, 270.

Bund, deutscher, und deutsche Bundesacte, siehe deutsch.

Bundesacte, rheinische (12. Juli 1806), Einleitung und Text II, 5.

Bundesconstitution der Schweiz vom Jahr 1848, II, 604.

Bündnisse. Im westph. Frieden erhalten die einzelnen deutschen Reichsstände das Recht, unter sich und mit Auswärtigen Bündnisse zu schliessen I, 43.

Burgau, Markgrafschaft, kommt durch Art. 8 des Friedens von Pressburg (1805) an Bayern II, 716.

Camin (Bisthum) kommt im westph. Frieden an Brandenburg I, 50.

Campo Formio, Friede von, (17. Okt. 1797). Einleit. und Text I, 272.

Canada wird von Frankreich im pariser Frieden (1763) an England überlassen I, 173.

Cap der guten Hoffnung wird zwar im Frieden von Amiens (1802) von England an Holland zurückgegeben II, 708, geht aber 1806 wieder an England verloren und wird von Holland, dem der Besitz von Belgien in Aussicht gestellt wird, im ersten pariser Frieden 1814 (dessen Instrument selbst aber keinen Passus darüber hat) an England abgetreten.

Carelen wird im nystädter Frieden (1721) von Schweden an Russland abgetreten I, 155.

Carlos, (Don, Infant von Spanien) wird (1834) mit seiner Descendenz von der spanischen Thronfolge ausgeschlossen. Einl. II, 466, Text II, 477.

Carlos, (Don, Infant von Spanien) tritt seine Ansprüche auf den spanischen Thron seinem Sohne Carlos Luis ab (1845). Einl. II, 467, Text II, 475.
Carlowitz. Friede zu Carlowitz zwischen Oestreich und der Pforte (26. Jan. 1699) II, 194.
Carrara. Das Fürstenthum Carrara erhält nebst dem Herzogthum Massa durch Art. 98 der wiener Congressacte die Erzherzogin Marie Beatrix von Este I, 359.
Castell, Grafschaft, wird durch Art. 24 der rhein. Bundesacte (1806) unter bayrische Souveränetät gestellt II, 11.
Ceylon, Insel, wird durch Art. 5 des Friedens von Amiens (1802) von Holland an England abgetreten II, 708.
Chiavenna kommt durch Art. 94 der wiener Congressacte in den Besitz von Oestreich I, 358.
Cisalpinische Republik wird von Oestreich im Frieden von Campo Formio 1797 anerkannt I, 275.
Cleve (Herzogthum). In Folge des Art. 5 des Friedens von Basel (1795) tritt Preussen den Theil auf dem linken Rheinufer an Frankreich ab I, 268, das übrige Cleve auf dem rechten Ufer überlässt Napoleon 1806 an Mürat als einen Theil des Grossherzogthums Berg.
Das ganze vormalige Herzogthum kommt durch Art. 23 der wiener Congressacte wieder an Preussen I, 333.
Coburg. Der Herzog von Sachsen-Coburg kommt durch Art. 12 des Friedens von Tilsit (1807) wieder in den Besitz seiner Staaten II, 723. Erhält durch Art. 49 der wiener Congressacte auf dem linken Rheinufer ein Gebiet von 20,000 Einwohnern I, 344.
Colberg von Schweden im westph. Frieden an Brandenburg zurückgegeben I, 52.
Congress zu Aachen (1818). Einleitung und Text I, 405.
Congress zu Troppau und Laybach (1820 u. 1821). Einl. II, 414, Text II, 422.
Congress zu Verona (1822). Einleitung II, 441, Text II, 445.
Constanz (Stadt) mit Meinau kommt durch Art. 8 des Friedens von Pressburg (1805) an Baden II, 717.
Constitutio Waldemariana Schleswig-Holstein betreffend (1326) II, 96.
Cotbusser Kreis wird im Art. 12 des Friedens von Tilsit (1807) von Preussen an Sachsen abgetreten II, 727.

v. Dalberg soll als Fürst Primas dem Collegium der Könige beim rheinischen Bundestag präsidiren (Art. 10 der Bundesacte) II, 10.
Die Sustentation, welche ihm Art. 45 der wiener Congressacte bestimmt I, 342.
Dalmatien. Der venetianische Antheil von Dalmatien kommt mit Venedig durch Art. 6 des Friedens von Campo Formio (1797) an Oestreich I, 274. Derselbe wird in Folge des Art. 2 des Friedens von Pressburg (1805) an Napoleon für das Königreich Italien abgetreten II, 716.

Dalmatien kommt durch Art. 93 der wiener Congressacte wieder an Oestreich I, 358.

Dänemark. Sammlungen von Staatsverträgen und geschichtl. Werke I, XV.
Geschichtliche Einleitung II, 657.
Dänisches Königsgesetz vom 14. Nov. 1663 II, 85.
Dänemark tritt im Frieden zu Kiel (14. Jan. 1814) Norwegen an Schweden ab und erhält dagegen Schwedisch-Pommern und die Insel Rügen II, 672.
Vertauscht durch Vertrag vom 4. Juni 1815 Schwedisch-Pommern und Rügen an Preussen gegen Lauenburg II, 684.
Tritt im Frieden zu Kiel (14. Jan. 1814) Helgoland an England ab II, 680.
Friedensschlüsse Dänemark's zu Kiel 14. Jan. 1814 mit Schweden II, 672, England II, 680, Preussen II, 683.
Vertrag der Grossmächte (London 8. Mai 1852) über die Integrität der dänischen Gesammtmonarchie und die Erbfolge II, 170.
Dänisches Erbfolgegesetz vom 31. Juli 1853 II, 171.
Verhältnisse Dänemark's zu Schleswig-Holstein, siehe Schleswig-Holstein.

Danzig wird im Jahr 1793 mit Preussen vereinigt I, 243.
Wird durch Art. 19 des tilsiter Friedens (1807) wieder für eine freie Stadt erklärt II, 728.
Kommt durch Art. 23 der wiener Congressacte wieder in den Besitz von Preussen I, 332.

Dardanellen. Nach Art. 7 des Friedens von Adrianopel (1829) soll die Handels-Schifffahrt vom mittelländischen in das schwarze Meer allen Nationen, die mit der Pforte im Frieden sind, ungehindert offen stehen II, 288.
Die Pforte verpflichtet sich in einem geheimen Zusatzartikel zum Vertrag von Unkiar-Iskelessi (1833) gegen Russland, den Kriegsschiffen anderer Nationen auf Verlangen Russland's die Dardanellen zu schliessen II, 296.
Vertrag der Grossmächte zu London (13. Juli 1841), nach welchem die Dardanellen den Kriegsschiffen aller Nationen geschlossen bleiben sollen, so lange sich die Pforte im Frieden befindet, Einleit. II, 300. Text II, 311.

Demarcationslinie in Deutschland zwischen Frankreich und Preussen im baseler Frieden 1795 festgesetzt I, 269.

Deutscher Bund. Bestimmungen der wiener Congressacte über denselben I, 344.
Bundesacte (8. Juni 1815) II, 48, vervollständigt durch die wiener Schlussacte (15. Mai 1820) II, 51 und 64.
Erklärung des deutschen Bundes vom 11. Mai 1839 bezüglich Limburg's und Luxemburg's II, 565.

Deutscher Bund. Erklärung des deutschen Bundes bezüglich der Einverleibung Krakau's in Oestreich (17. Mai 1847) I, 257.
Erklärungen des deutschen Bundes (1854 und 1855) über seine Stellung zur neuesten orientalischen Frage II, 364 ff.

Deutscher Orden. Nach Art. 12 des Friedens von Pressburg (1805) soll die Grossmeisterwürde des deutschen Ordens mit allen daran haftenden Rechten erblich auf einen östreichischen Prinzen übertragen werden II, 717.
Oestreich verzichtet im Art. 4 des Friedens von Schönbrunn (1809) für den Erzherzog Anton auf die Rechte eines Grossmeisters des deutschen Ordens in den Rheinbundesstaaten, wo der Orden von Napoleon (Regensburg 24. Aug. 1809) aufgehoben wurde II, 733. In Folge hievon kommt Mergentheim an Würtemberg, welches dagegen die Grafschaft Nellenburg an Baden abtritt.

Deutschland. Sammlungen von Staatsverträgen I, XV. — Geschichtliche Werke I, XVI.
Abdicationsurkunde des deutschen Kaisers nach der Errichtung des Rheinbundes, erlassen am 6. Aug. 1806. Einleitung und Text II, 20.
Nach Art. 6 des ersten pariser Friedens (30. Mai 1814) sollen die deutschen Staaten durch ein föderatives Band verbunden werden I, 304.
Deutsche Bundesacte (Wien, 8. Juni 1815). Einleitung und Text II, 48.
Wiener Schlussacte (15. Mai 1820). Einleitung II, 51, Text II, 64.

Donau. Nach Art. 4 des zwischen Russland und der Pforte zu Bukarescht 1812 geschlossenen Friedens sollen die Donauinseln von Ismail bis Kilia unbewohnt und unbefestigt bleiben II, 272.
Nach Art. 4 desselben Friedens können russische Kriegsschiffe die Donau bis an die Einmündung des Pruth befahren II, 272.
Die Hauptmündung der Donau kommt durch Art. 2 der Convention von Akjerman (1826) völlig in die Gewalt der Russen II, 278.
Die Donauinseln fallen durch Art. 3 des Friedens von Adrianopel (1829) sämmtlich an Russland II, 286.
Vertrag zwischen Oestreich und Russland vom 25. Juli 1840 über die Donauschifffahrt. Einleitung II, 300, Text II, 308.

Donauländer (türkische). Geschichtliche Einleitung II, 183.
Oestreich erhält im Frieden von Passarowitz (1718) fünf Districte der kleinen Walachei, den ganzen Banat, einen Theil von Serbien mit Belgrad II, 211.
Die Moldau und Walachei werden im Art. 16 des Friedens von Kutschuk-Kainardschi (1774) von Russland an die Pforte zurückgestellt gegen das Recht, dass der russische Gesandte in Constantinopel sich bei der Pforte für dieselben jederzeit verwenden könne II, 258.
Die Moldau und Walachei werden im 4. Art. des Friedens von Jassy (1792) unter gewissen Bedingungen von Russland an die Pforte zurückgestellt II, 266.

Donau. Der Theil der Moldau, welcher auf dem rechten Ufer des Pruth liegt, wird im Art. 5 des Friedens von Bukarescht (1812) von Russland an die Pforte zurückgegeben II, 272, den anderen behält Russland.
Die Convention von Akjerman (1826) Art. 3 macht der Pforte die Aufrechthaltung der Verträge und Privilegien der Moldau und Walachei zur Pflicht II, 278.
Die Wahl der Hospodare in der Moldau und Walachei wird durch den 1. Separatartikel der zwischen der Pforte und Russland zu Akjerman abgeschlossenen Convention (1826) von der Genehmigung Russland's abhängig gemacht II, 281.
Die Moldau und Walachei werden durch Art. 2 des Friedens von Adrianopel (1829) von Russland an die Pforte zurückgestellt II, 285, und ihre Privilegien durch Art. 5 gewahrt II, 287.
Die Hospodare der Moldau und Walachei sollen nach dem Separatvertrag des Friedens von Adrianopel (1829) nicht mehr auf sieben Jahre, sondern auf Lebenszeit gewählt werden und dürfen in der inneren Verwaltung von der Pforte nicht gestört werden II, 291.
Die Acte von Balka-Liman (1. Mai 1849) zwischen Russland und der Pforte ändert die Verfassung der Donaufürstenthümer und gilt vorläufig auf sieben Jahre II, 190.

Dortmund (Grafschaft) kommt durch Art. 24 der wiener Congressacte an Preussen I, 334.

Eichstädt kommt durch Art. 8 des Friedens von Pressburg (1805) an Bayern II, 716.

Elba (Insel) wird im Abdankungsvertrag (11. Apr. 1814) dem Kaiser Napoleon mit voller Souveränetät als Fürstenthum überlassen I, 295.

Ems (Fluss) soll nach Art. 30 der wiener Congressacte von der preussischen Grenze bis an die Mündung auf Kosten Hannovers schiffbar gemacht werden I, 338.

England. Sammlungen von Staatsurkunden und geschichtliche Werke I, XIX.
England's Verhältnisse zu Portugal. Einleitung II, 479.
Vertrag Cromwell's mit dem portugiesischen König Johann IV. (10. Juli 1654) II, 489.
England erhält im utrechter Frieden (1713) von Spanien Gibraltar abgetreten I, 145.
Handelsvertrag zwischen England und Portugal v. 19. Febr. 1810, II, 409.
Erwirbt im Frieden von Amiens (1802) von Spanien die Insel Trinidad, von Holland die Insel Ceylon, II, 708.
Erhält im Art. 7 des ersten pariser Friedens (1814) die Insel Malta, im Art. 8 von Frankreich die Inseln Tabago, Sct. Lucie und Isle de France I, 304.
Erhält im Frieden von Kiel (14. Jan. 1814) Helgoland von Dänemark abgetreten II, 680.

England erhält durch Vertrag vom 5. Nov. 1815 das Protectorat über die jonischen Inseln. Einleitung II, 381, Text II, 397.
Allianz mit Portugal, Spanien und Frankreich vom 21. April 1834 zu Gunsten der Königinnen Maria da Gloria von Portugal und Isabella von Spanien II, 514.
Alliirt sich mit Frankreich und der Pforte gegen Russland (10. April 1854). Text des Vertrages II, 340.
Allianzvertrag zwischen England, Frankreich und Oestreich vom 2. Dez. 1854 bezüglich der neuesten orientalischen Frage. Text II, 359.

Erbach (Grafschaft) wird durch Art. 24 der rhein. Bundesacte unter die Souveränetät des Grossherzogs von Hessen gestellt II, 12.

Erfurt, ursprünglich freie Reichsstadt, seit 1667 in Besitz von Kurmainz, kommt in Folge des Lüneviller Friedens 1802 als Entschädigung an Preussen, nach der Schlacht bei Jena 1806 in den Besitz der Franzosen, die es bis 1813 behaupten, und fällt durch Art. 23 der wiener Congressacte wieder an Preussen zurück I, 323.

Esthland wird im nystädter Frieden von Schweden an Russland abgetreten I, 155.

Ferdinand VII., König von Spanien. Seine pragmatische Sanction vom 29. März 1830, wodurch er das salische Erbfolgegesetz aufhebt. Einleitung II, 465, Text II, 469.

Finnland wird den Schweden im nystädter Frieden von den Russen wieder herausgegeben I, 156.
Wird durch die Convention von Olkioki (19. Nov. 1808) und durch den Frieden von Friedrichshamm (19. Sept. 1809) von Schweden an Russland überlassen II, 665. 666.

Fiume wird durch Art. 3 des Friedens von Schönbrunn (1809) von Oestreich an Frankreich abgetreten II, 732.
Kommt durch Art. 93 der wiener Congressacte wieder in den Besitz von Oestreich I, 358.

Flussschifffahrt soll nach Art. 108 und 109 der wiener Congressacte auf Flüssen, welche die Grenze zwischen zwei Ländern bilden oder verschiedene Gebiete durchströmen, frei sein I, 363.
Jeder Staat muss Wege für das Ziehen der Schiffe längs der Flüsse in Stand halten (Art. 113 der wiener Congressacte) I, 363.
Besonderes Reglement des wiener Congresses über die Flussschifffahrt I, 366.

Frankfurt soll nach Art. 6 der rhein. Bundesacte der Sitz des rhein. Bundestages sein II, 9 und kommt nach Art. 22 dieser Acte (1806) in den Besitz des Fürsten Primas II, 11.
Wird durch Art. 46 der wiener Congressacte für eine freie Stadt erklärt I, 343.

Frankfurt wird durch Art. 62 der wiener Congressacte zum Sitz des deutschen Bundestages bestimmt I, 347.

Zu Frankfurt schliesst Baden am 20. Nov. 1813 den Vertrag, wodurch es auf Seite der Alliirten tritt II, 34.

Frankreich. Sammlungen von Staatsurkunden und geschichtl. Werke I, XX.

Erhält im westph. Frieden (1648) Metz, Toul und Verdun I, 94, Pignerol I, 95, die Stadt Breisach, Ober- und Nieder-Elsass, den Sundgau etc. I, 95. Was Frankreich im westph. Frieden restituirt I, 98.

Erhält im ryswijker Frieden (1697) die Stadt Strassburg vom deutschen Reiche abgetreten I, 118.

Erhält im basler Frieden (1795) das preussische Gebiet auf dem linken Rheinufer I, 268.

Erhält im Frieden von Campo Formio (1797) Belgien von Oestreich abgetreten I, 274, was im lüneviller Frieden (1801) bestätigt wird I, 284.

Erhält im lüneviller Frieden (1801) das ganze deutsche linke Rheinufer, so dass der Thalweg des Rheins die Grenze macht I, 284.

Erhält im Frieden von Amiens (1802) die an England verlorenen Colonien zurück II, 708.

Erhält von Oestreich im Frieden von Pressburg (1805) die östr. Besitzungen in Italien abgetreten II, 716.

Erhält von Oestreich im Frieden von Schönbrunn (1809) abgetreten: die Grafschaft Görz, das östr. Friaul, Triest, Krain etc. II, 732.

Erhält im ersten pariser Frieden (30. Mai 1814) die Grenzen vom 1. Jan. 1792, I, 301. Auch die Colonien erhält es nach dem Besitzstand vom 1. Jan. 1792 zurück I, 304.

Im Art. 1 des zweiten pariser Friedens erhält Frankreich die Grenzen von 1790, I, 391.

Frankreich soll nach Art. 5 des zweiten pariser Friedens (20. Nov. 1815) für eine gewisse Zeit von Truppen der Alliirten besetzt bleiben. Das Maximum der Dauer dieser Besetzung ist 5 Jahre I, 393 und I, 398.

Convention (als Anhang zum Instrument des zweiten pariser Friedens) über die Geldentschädigung, welche Frankreich an die Alliirten zu zahlen hat I, 395.

Der aachener Congress (1818) zieht die Occupationstruppen aus Frankreich zurück I, 409.

Allianz mit England, Spanien und Portugal (22. Apr. 1834) zu Gunsten der Königinnen Maria da Gloria von Portugal und Isabella von Spanien II, 514.

Frankreich alliirt sich mit England und der Pforte gegen Russland (10. Apr. 1854). Text des Vertrages II, 340.

Allianzvertrag zwischen Frankreich, England und Oestreich vom 2. Dez. 1854 bezüglich der neuesten orientalischen Frage. Text II, 359.

Friaul wird durch Art. 3 des Friedens von Schönbrunn (1809) von Oestreich an Frankreich abgetreten II, 732.

Friaul kommt durch Art. 93 der wiener Congressacte wieder in den Besitz von Oestreich I, 358.

Friedensschlüsse, Verzeichniss von Sammlungen derselben. Einleitung Seite IX ff.

Friesland. Das Fürstenthum Ost-Friesland wird durch Art. 27 der wiener Congressacte von Preussen an Hannover abgetreten I, 336.

Fugger. Die Besitzungen der Fürsten und Grafen von Fugger werden durch Art. 24 der rhein. Bundesacte unter bayrische Souveränetät gestellt II, 11.

Fulda. Der Art. 40 der wiener Congressacte überlässt einen Theil des vormaligen Departements Fulda an Preussen I, 341.
Bestimmungen der wiener Congressacte (Art. 42) bezüglich der Käufer der Domänen im Fürstenthum Fulda und in der Grafschaft Hanau I, 341.
Das Haus Nassau-Oranien verzichtet im Art. 70 der wiener Congressacte auf das Fürstenthum Fulda I, 351.
Vertrag zu Fulda (21. Nov. 1813), wodurch sich Würtemberg an die Alliirten anschliesst II, 29.

Fürsten, mediatisirte. Bestimmung ihres Verhältnisses zu den Souveränen und der Rechte, die ihnen bleiben, durch Art 26—28 der rheinischen Bundesacte (1806) II, 14.

Fürstenberg (Fürstenthum) wird durch Art. 24 der rheinischen Bundesacte unter badische Souveränetät gestellt II, 12.

Gallicien. Nach Art. 3 des Friedens von Schönbrunn (1809) gibt Oestreich einen Theil von Gallicien an den König von Sachsen (Herzogthum Warschau), einen anderen tritt es an Russland ab II, 733.
Der 4. Artikel der wiener Congressacte bestimmt die Grenzen zwischen Gallicien und Russland I, 326.
Russland gibt durch Art. 5 der wiener Congressacte Theile von Gallicien an Oestreich zurück I, 326.

Genf wird nach Art. 75 der wiener Congressacte in die Schweiz aufgenommen I, 352.
Art. 79 der wiener Congressacte ordnet die Verhältnisse des Cantons zu Frankreich I, 353.
Abtretungen des Königs von Sardinien an Genf nach Art. 80 und 91 der wiener Congressacte I, 353. I, 357. II, 598.

Genua, durch Art. 86 der wiener Congressacte in Sardinien einverleibt I, 356. Einleitung II, 403, Text der Urkunde (vom 12. Dez. 1814) II, 405.

Geschichtswerke, allgemeine, Einl. S. XII; solche, welche die einzelnen Staaten betreffen, Einl. S. XV ff.

Gibraltar wird im utrechter Frieden (1713) von Spanien an England abgetreten, I, 145.

Goslar wird durch Art. 27 der wiener Congressacte von Preussen an Hannover abgetreten I, 336.

Görz (Grafschaft) wird durch Art. 3 des schönbrunner Friedens von Oestreich an Frankreich abgetreten II, 732.

Griechenland. Geschichtliche Werke I, XXII.
Geschichtliche Einleitung II, 375.
Unabhängigkeitserklärung der Griechen (¼. Jan. 1822) II, 383.
Erklärung des griech. Gouvernements an den Congress von Verona (28. Aug. 1822) II, 385.
Uebereinkunft zwischen Russland und England zu Petersburg bezüglich Griechenlands (4. Apr. 1826) II, 387.
Londoner Vertrag der Mächte England, Frankreich und Russland vom 6. Juli 1827 bezüglich der Pacification Griechenland's II, 389.
Die Unabhängigkeit Griechenland's wird von der Pforte im 10. Art. des Friedens von Adrianopel (1829) anerkannt II, 289.
Vertrag zwischen den Grossmächten und Bayern über die Thronbesteigung des Königs Otto (London, 7. Mai 1832) II, 392.
Zusatzartikel zu diesem Vertrag über die Erbfolge (London 30. Apr. 1833) II, 395.

Grossbritannien, siehe England.

Guadeloupe (Insel) wird im ersten pariser Frieden (30. Mai 1814) von Schweden an Frankreich zurückgestellt I, 304.

Guyana. Der Art. 7 des Friedens von Amiens (1802) bestimmt die Grenzen zwischen dem französischen und portugiesischen Guyana II, 709.
Der Art. 107 der wiener Congressacte stellt das französische Guyana an Frankreich zurück I, 362.

Halberstadt (Bisthum) kommt im westph. Frieden an Brandenburg I, 49.

Hannover erhält nach Art. 26 der wiener Congressacte statt der Benennung Kurfürstenthum die Bezeichnung Königreich I, 336.
Abtretungen Preussen's an Hannover durch Art. 27 der wiener Congressacte I, 336.
Abtretungen Hannover's an Preussen durch Art. 29 der wiener Congressacte I, 337.
Hannover bewilligt durch Art. 31 der wiener Congressacte an Preussen drei Militärstrassen I, 338.
Abtretung von Seiten Hannover's an Oldenburg durch Art. 33 der wiener Congressacte I, 339.

Helgoland wird im Frieden zu Kiel (14. Jan. 1814) von Dänemark an England abgetreten II, 680.

Hessen-Cassel erhält im westph. Frieden die Abtei Hirschfeld I, 59.

Hessen (Darmstadt), Landgraf von, ist Mitglied des Rheinbundes (1806) II, 9 und erhält nach Art. 5 der rhein. Bundesacte den Titel eines Grossherzogs II, 9, nach Art. 17 Vergrösserung seines Gebiets II, 11.

Hessen (Grossherzogthum) erhält durch Art. 47 der wiener Congressacte eine Entschädigung auf dem linken Rheinufer I, 343.

Hessen-Homburg. Der Landgraf wird durch Art. 48 der wiener Congressacte in seine Besitzungen wieder eingesetzt I, 343.
Erhält ein Gebiet von 10,000 Einwohnern auf dem linken Rheinufer durch Art. 49 der wiener Congressacte I, 344.
Hildesheim (Fürstenthum) wird durch Art. 27 der wiener Congressacte von Preussen an Hannover abgetreten I, 336.
Hohenberg, Grafschaft, kommt durch Art. 8 des Friedens von Pressburg (1805) an Würtemberg II, 716.
Hohenems, Grafschaft, kommt durch Art. 8 des Friedens von Pressburg (1805) an Bayern II, 716.
Hohenlohe, Fürstenthum, wird 1806 durch die rhein. Bundesacte den Königreichen Bayern und Würtemberg einverleibt II, 11. 12.
Hohenzollern Hechingen und Sigmaringen sind Mitglieder des rheinischen Bundes (1806) II, 9, der Fürst von Sigmaringen erhält durch Art. 23 der rhein. Bundesacte Vergrösserung seines Gebietes II, 11.
Holland. Es soll nach §. 6 des ersten pariser Friedens (30. Mai 1814) einen Zuwachs an Gebiet erhalten und unter die Souveränetät des Hauses Oranien gestellt werden I, 303. Im Uebrigen siehe Niederlande.
Holstein, siehe Schleswig-Holstein.
Hubertsburger Friede (15. Febr. 1763). Einleitung I, 166, Text I, 181 (zwischen Preussen und Oestreich); I, 188 (zwischen Preussen und Sachsen).
Hüningen muss nach Art. III des zweiten pariser Friedens (20. Nov. 1815) geschleift werden I, 392.

Jassy. Friede zwischen Russland und der Pforte zu Jassy (9. Jan. 1792) Einleitung II, 242, Text II, 264.
Jerusalem. Art. 8 des Friedens von Kutschuk-Kainardschi (1774) sichert den russischen Pilgern gesicherte Wallfahrt ohne alle Abgabe II, 256.
Jever (Herrschaft in Ostfriesland) wird durch Art. 16 des Friedens von Tilsit (1807) von Russland an Holland abgetreten II, 724.
Isle de France wird im ersten pariser Frieden von Frankreich an England abgetreten I, 304.
Ingermannland wird im nystädter Frieden (1721) von Schweden an Russland abgetreten I, 155.
Jonische Inseln. Im Frieden von Campo Formio 1797 erkennt Oestreich den Besitz derselben von Seiten Frankreich's an I, 274.
Im Frieden von Amiens (1802) wird die Republik der „Sieben Inseln" von Frankreich, England, Spanien und Holland anerkannt (Art. 9) II, 709.
England erhält durch Vertrag vom 5. Nov. 1815 das Protectorat über die jonischen Inseln. Einleitung II, 381, Text II, 397.
Isabella, Königin von Spanien. Ihr Bündniss mit England, Frankreich und Portugal vom 22. Apr. 1834 II, 514.

Isenburg, Fürst, ist souveränes Mitglied des Rheinbundes (1806) II, 9.
Das Fürstenthum Isenburg wird durch Art. 52 der wiener Congressacte unter die Souveränetät des Kaisers von Oestreich gestellt I, 344.
Istrien. Oestreichisch Istrien wird durch Art. 3 des Friedens von Schönbrunn (1809) von Oestreich an Frankreich abgetreten II, 732.
Kommt durch Art. 93 der wiener Congressacte an Oestreich I, 358.
Italien. Sammlungen von Staatsurkunden und geschichtliche Werke I, XXII.
Oestreich tritt seine italienischen Provinzen durch Art. 2 des Friedens von Pressburg (1805) an Frankreich ab II, 716.
Die italienischen Provinzen, welche Oestreich in verschiedenen Friedensschlüssen an Frankreich abgetreten hat, kommen durch Art. 93 der wiener Congressacte wieder an Oestreich zurück I, 358.
Die Grenzen Oestreichs in Italien werden durch Art. 95 der wiener Congressacte bestimmt I, 358.
Im Uebrigen siehe die einzelnen Länder Italien's.

Kaiser. Abdicationsurkunde des deutschen Kaisers (6. Aug. 1806) II, 21.
Kärnten. Der villacher Kreis von Kärnten wird durch den Art. 3 des Friedens von Schönbrunn (1809) von Oestreich an Frankreich abgetreten II, 732.
Kommt durch Art. 93 der wiener Congressacte wieder an Oestreich I, 358.
Kiel. Friedensschlüsse zu Kiel am 14. Jan. 1814 zwischen Dänemark einerseits und Schweden, England und Preussen andererseits II, 672. 680. 683.
Kinburn, Schloss, an der Mündung des Dnieper, wird nach Art. 18 des Friedens von Kutschuk-Kainardschi (1774) von der Pforte an Russland abgetreten II, 260.
Kirchenstaat. Bestimmungen der wiener Congressacte (Art. 103) I, 361.
Königsegg-Rothenfels, Grafschaft, kommt durch Art. 8 des Friedens von Pressburg (1805) an Bayern II, 716.
Kopenhager Vergleich (1658), worin das Herzogthum Schleswig für souverän erklärt wird, Text II, 105.
Krain wird durch Art. 3 des Friedens von Schönbrunn (1809) von Oestreich an Frankreich abgetreten II, 732.
Kommt durch Art. 93 der wiener Congressacte wieder an Oestreich I, 358.
Krakau wird durch Art. 6 der wiener Congressacte für eine freie Stadt erklärt I, 327.
Es wird in Oestreich einverleibt (im Jahr 1846) I, 253.
Krimm (Halbinsel). Russland erhält im Art. 19 des Friedens von Kutschuk-Kaihardschi (1774) die Festungen Kertsch und Jenicale II, 260.
Acte vom 28. Dez. 1783, nach welcher die Krimm dem russischen Reiche einverleibt wird, wird bestätigt im Art. 2 des Friedens von Jassy (1792) II, 265.
Kroatien. Ein Theil von Kroatien wird durch Art. 3 des Friedens von Schönbrunn (1809) von Oestreich an Frankreich abgetreten II, 732.

Kroatien kommt durch Art. 93 der wiener Congressacte wieder an Oestreich zurück I, 358.

Kutschuk-Kainardschi. Friede zwischen Russland und der Pforte zu Kutschuk-Kainardschi (10. Juli 1774), Einl. II, 241, Text II, 253.

Lauenburg. Der auf dem rechten Elbufer gelegene Theil des Herzogthums wird durch Art. 29 der wiener Congressacte von Hannover an Preussen abgetreten I, 337.
Preussen vertauscht Lauenburg durch Vertrag vom 4. Juni 1815 an Dänemark gegen Schwedisch-Pommern und Rügen II, 684.

Lausitz. Der Kaiser von Oestreich verzichtet durch Art. 18 der wiener Congressacte auf seine Rechte auf die Ober- und Nieder-Lausitz zu Gunsten des Königs von Preussen I, 330.

Laybach. Congress zu Laybach (1821). Einl. II, 414, Text II, 422.

Leyen, Graf von, ist Mitglied des rheinischen Bundes (1806) II, 9 und erhält nach Art. 5 der Rheinbundes-Acte den Titel eines Fürsten II, 9.

Lichtenstein, Fürst, ist Mitglied des rheinischen Bundes (1806) II, 9.

Limburg. Verhältnisse Limburg's in Folge der Trennung Belgien's von Holland. Siehe Niederlande.

Limpurg-Gaildorf (Grafschaft) wird durch Art. 24 der rheinischen Bundesacte unter würtembergische Souveränetät gestellt II, 12.

Lindau kommt durch Art. 8 des Friedens von Pressburg (1805) an Bayern II, 716.
Soll nach Art. 37 der rheinischen Bundesacte (1806) von Bayern befestigt werden II, 15.

Lingen (niedere Grafschaft) wird durch Art. 27 der wiener Congressacte von Preussen an Hannover abgetreten I, 337, die übrige Grafschaft bleibt nach Art. 23 der wiener Congressacte bei Preussen I, 333.

Livland wird im nystädter Frieden (1721) von Schweden an Russland abgetreten I, 155.

Lombardei. Die östreichische Lombardei wird durch Art. 8 des Friedens von Campo Formio (1797) von Oestreich an Frankreich überlassen I, 275, kommt aber durch Art. 93 der wiener Congressacte wieder in den Besitz von Oestreich I, 358.

Lombardisch-venetianisches Königreich. Bildung dieses Königreichs (7. Apr. 1815), Einl. II, 411, Text II, 413.

London. Londoner Vertrag der Mächte England, Frankreich und Russland vom 6. Jul. 1827 bezüglich der Pacification Griechenland's II, 389.
Londoner Conferenzprotocoll und Ultimatum vom 14. Okt. 1831, worin in 24 Artikeln die Differenzen zwischen Belgien und Holland und die Trennung beider Länder entschieden werden II, 546.
Londoner Vertrag zwischen England, Frankreich, Russland einerseits und Bayern andererseits über die Thronbesteigung des Königs Otto von Griechenland (7. Mai 1832) II, 395.

London. Londoner Vertrag zwischen England, Frankreich, Spanien und Portugal (22. Apr. 1834) zu Gunsten der Königinnen Maria da Gloria von Portugal und Isabella von Spanien II, 514.
Quadrupelvertrag zu London (15. Jul. 1840) über das Verhältniss Mehemed-Ali's zur Pforte und die Pacification der Levante, Einleitung II, 298, Text II, 302.
Vertrag zu London zwischen den Grossmächten und der Pforte (vom 13. Jul. 1841), nach welchem die Dardanellen in Friedenszeiten den Kriegsschiffen aller Nationen geschlossen bleiben sollen, Einl. II, 300, Text II, 311.
Vertrag zu London zwischen Oestreich, Frankreich, Preussen, England, Russland und Schweden vom 8. Mai 1852 bezüglich Dänemark's und Schleswig-Holstein's und der dänischen Erbfolge II, 170.
Lothringen. Der westph. Frieden bestimmt, dass die Controvers wegen Lothringen durch Schiedsrichter gütlich beigelegt werde I, 80.
Der Herzog von Lothringen wird im ryswijker Frieden (1697) restituirt I, 122.
Lothringen kommt 1766 an Frankreich, ein kleiner Theil davon durch Art. 1 des zweiten pariser Friedens (1815) mit der Festung Saarlouis an Deutschland (Preussen) I, 391.
Löwenstein-Werthheim, Fürstenthum, wird durch Art. 24 der rhein. Bundesacte den Besitzungen des Fürsten Primas einverleibt, II, 12. und denen des Grossherzogs von Baden II, 12.
Lucca. Nach Art. 101 der wiener Congressacte wird das Fürstenthum zu einem Herzogthum erhoben und der Infantin Marie Luise zugetheilt I, 360. Bestimmungen über den Rückfall des Herzogthums an den Grossherzog von Toscana (Art. 102 der wiener Congressacte) I, 361.
Lüneviller Friede (9. Febr. 1801), Einleitung und Text I, 281.
Luxemburg. Bestimmungen der wiener Congressacte (Art. 68) darüber I, 350. Verhältnisse Luxemburg's in Folge der Trennung Belgien's von Holland. Siehe Niederlande.

Maas. Bestimmungen des wiener Congresses über die freie Schifffahrt auf der Maas I, 376.
Magdeburg. Brandenburg erhält im westph. Frieden die Expectanz auf das Erzbisthum Magdeburg I, 51.
Mailand, welches in Folge des spanischen Erbfolgekrieges 1706 an Oestreich gekommen war, erobern die Franzosen 1796 und Oestreich überlässt ihnen dasselbe durch Art. 8 des Friedens von Campo Formio (1797) I, 275.
Das Herzogthum Mailand kommt durch Art. 93 der wiener Congressacte wieder an Oestreich I, 358.
Main. Bestimmungen der wiener Congressacte über die freie Schifffahrt auf dem Main I, 376.

Malta soll nach Art. 10 des Friedens von Amiens (1802) nebst Gozo und Comino dem Malteser-Orden zurückgegeben werden II, 709.
Kommt nach Art. 7 des ersten pariser Friedens (30. Mai 1814) unter die völlige Souveränetät England's I, 304.

Malteser-Orden. Bedingungen, unter welchen derselbe nach Art. 10 des Friedens von Amiens (1802, zwischen England und Frankreich) die Inseln Malta, Gozo und Comino zurückerhalten soll II, 709.

Mantua, welches seit 1705 in dem Besitz Oestreich's war, wird durch Art. 8 des Friedens von Campo Formio (1797) von Oestreich an Frankreich abgetreten I, 275.
Das Herzogthum Mantua kommt durch Art. 93 der wiener Congressacte wieder an Oestreich I, 358.

Maria Luise, Gemahlin Napoleon's, erhält im Abdankungsvertrag (11. Apr. 1814) die Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla I, 295, was die wiener Congressacte Art. 99 bestättigt I, 359.

Massa. Art. 98 der wiener Congressacte übergibt das Herzogthum Massa und das Fürstenthum Carrara der Erzherzogin Marie Beatrix von Este I, 359.

Mecklenburg erhält für die Abtretung der Stadt Wismar im westphälischen Frieden das Bisthum Schwerin und Ratzeburg I, 53.
Der Herzog von Mecklenburg-Schwerin kommt durch Art. 12 des Friedens von Tilsit (1807) wieder in den Besitz seiner Staaten II, 723.
Die Herzoge von Mecklenburg-Schwerin und Strelitz erhalten durch Art. 35 der wiener Congressacte den grossherzoglichen Titel I, 339.
Durch Art. 49 der wiener Congressacte erhält Mecklenburg-Strelitz einen Gebietstheil von 10,000 Einwohnern auf dem linken Rheinufer I, 344.

Mediatisirte Fürsten durch die rhein. Bundesacte (1806). Bestimmungen der rhein. Bundesacte Art. 26 — 28 hierüber II, 14.
Nach Art. 5 der deutschen Bundesacte (1815) soll in Erwägung gezogen werden, ob die mediatisirten Fürsten beim Bundestag einige Curiatstimmen in pleno erhalten II, 56.

Mehemed-Ali. Bestimmungen des londoner Quadrupelvertrags vom 15. Jul. 1840 über sein Verhältniss zu der Pforte II, 303.

Mergentheim kommt in Folge des Art. 4 des schönbrunner Friedens (1809), welcher den deutschen Orden in den Rheinbundesstaaten aufhebt, II, 733, an Würtemberg, wogegen Würtemberg die Grafschaft Nellenburg an Baden abtritt.

Miguel (Don) und die portugiesischen Thronstreitigkeiten, geschichtliche Einleitung II, 484.
Protestation Don Miguel's (Genua 20. Jun. 1834) gegen den von ihm in der Capitulation von Evora geleisteten Verzicht auf seine Ansprüche in Portugal II, 517.

Minden (Bisthum) kommt im westph. Frieden an Brandenburg I, 50.

Minorca, Insel, ursprünglich spanisch, kommt durch den utrechter Frieden 1713 in den Besitz der Engländer I, 142.

Minorca. Die Insel wird 1756 von den Franzosen erobert, aber im pariser Frieden 1763 an England zurückgegeben I, 176.
Die Engländer verlieren die Insel 1782 an die verbündeten Franzosen und Spanier, sie kommt 1783 in den Besitz von Spanien, 1798 wieder in die Gewalt der Engländer, wird aber durch Art. 3 des Friedens von Amiens (1802) von England an Spanien abgetreten II, 708.
Modena. Art. 98 der wiener Congressacte übergibt das Herzogthum Modena dem Erzherzog Franz von Este I, 359.
Moldau. Geschichtliche Einl. II, 191. Im Uebrigen siehe Donauländer.
Mömpelgard bleibt im ersten pariser Frieden (30. Mai 1814) bei Frankreich I, 303.
Montferrat. Der westph. Frieden legt die Streitigkeiten zwischen den Herzogen von Savoyen und Mantua wegen Montferrat's bei I, 101.
Mont-Napoleon (Etablissement zu Mailand). Bestimmungen der wiener Congressacte (Art. 97) darüber I, 359.
Morea, Halbinsel, wird im Frieden von Passarowitz (1718) von den Venetianern an die Pforte abgetreten II, 197.
Moss. Waffenstillstand und Convention zu Moss am 14. Aug. 1814, wodurch sich Norwegen unter die Souveränetät des schwedischen Königs stellt II, 688.
Mosel. Bestimmungen des wiener Congresses über die freie Schifffahrt auf der Mosel I, 376.
Münster, vormaliges Hochstift, kommt in Folge des Friedens von Lüneville durch Reichsdeputationshauptschluss von 1803 grossentheils als Entschädigung an Preussen, wird aber durch den tilsiter Frieden (1807) II, 720, an Napoleon abgetreten, der es theils zu Frankreich, theils zum Grossherzogthum Berg schlägt.
Kommt durch Art. 23 der wiener Congressacte wieder an Preussen I, 333.
Münster'sches Friedensinstrument I, 77.

Napoleon wird durch Art. 5 des Friedens von Pressburg (1805) vom Kaiser von Oestreich als König von Italien anerkannt II, 716, zugleich auch Derjenige, den Napoleon als seinen Nachfolger in Italien bezeichnen wird II, 716.
Erklärt sich durch Art. 12 der rhein. Bundesacte zum Protector des Rheinbundes II, 10.
Leistet (11. Apr. 1814) Verzicht auf den französischen Thron. Einleitung und Urkunde I, 293.
Achtserklärung der Mächte gegen Napoleon (13. März 1815) nach dessen Entweichung von Elba, Einleitung und Text I, 312.
Nassau. Nach Artikel 18 des Friedens von Amiens (1802) soll das Haus Nassau für die Verluste, welche es durch Errichtung der batavischen Republik erlitten, entschädigt werden II, 712.

Nassau. Die Fürsten von Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg sind Mitglieder des Rheinbundes (1806) II, 9. Der Chef des Hauses Nassau erhält nach Art. 5 der rhein. Bundesacte den Titel eines Herzogs II, 9 und soll dem Collegium der Fürsten beim rhein. Bundestag präsidiren (Art. 10 der rhein. Bundesacte) II, 10.

Der Prinz von Nassau-Oranien wird durch Art. 65 der wiener Congressacte König der Niederlande I, 348.

Das Haus Nassau-Oranien verzichtet nach Art. 24 und 70 der wiener Congressacte auf seine Besitzungen in Deutschland (die Fürstenthümer Dillenburg, Dietz, Siegen und Hadamar) zu Gunsten des Königs von Preussen I, 334 und 351.

Der nassauische Erbverein von 1783 wird durch Art. 71 der wiener Congressacte anerkannt I, 351.

Neapel (Königreich beider Sicilien). Art. 104 der wiener Congressacte setzt den König Ferdinand IV. wieder in das Königreich ein I, 361.

Neckar. Bestimmungen der wiener Congressacte über die freie Schifffahrt I, 376.

Nellenburg, Landgrafschaft, kommt durch Art. 8 des Friedens von Pressburg (1805) an Würtemberg II, 716.

Würtemberg tritt dieselbe in Folge der Aufhebung des deutschen Ordens in den Rheinbundesstaaten durch Art. 4 des schönbrunner Friedens (1809) an Baden ab, wogegen es Mergentheim erhält.

Neufchatel. Geschichtliche Einleitung II, 622.

Acte vom 23. Okt. 1691, wodurch der König Wilhelm III. von England seine Ansprüche auf Neufchatel an den Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg abtritt II, 640.

Acte vom 3. Nov. 1707, wodurch die Stände von Neufchatel dem Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg den Besitz von Neufchatel zusprechen II, 642.

Frankreich erkennt im utrechter Frieden den Besitz Neufchatel's von Seiten des Königs von Preussen an I, 144.

Preussen vertauscht Neufchatel 1806 an Frankreich gegen Hannover II, 645.

Napoleon gibt das Fürstenthum Neufchatel (30. März 1806) dem Marschall Berthier II, 646.

Neufchatel kommt nach Art. 23 der wiener Congressacte wieder an Preussen I, 333.

Neufchatel wird nach Art. 75 der wiener Congressacte als 21. Canton in die Eidgenossenschaft aufgenommen I, 352. Urkunde hierüber II, 647.

Das preussische Cabinet billigt durch Erklärung vom 19. Nov. 1847 die von Neufchatel im Sonderbundskrieg behauptete Neutralität II, 648.

Note des preussischen Gesandten von Sidow hierüber, datirt vom 26. Nov. 1847, II, 649.

Antwort der Tagsatzung vom 2. Dez. 1847 auf diese Note II, 650.

Neufchatel. Proclamation, wodurch sich am 2. März 1848 in Neufchatel eine provisorische Regierung constituirt II, 652.
Decret der neuen Regierung vom 2. März. 1848, wodurch Neufchatel für eine Republik und die monarchische Verfassung für abgeschafft erklärt wird II, 652.
Neuschottland wird im pariser Frieden von 1763 von Frankreich an England überlassen I, 172.
Neuwied (Grafschaft) wird durch Art. 24 der rhein. Bundesacte (1806) unter die Souveränetät des Herzogs von Nassau gestellt II, 13.
Niederlande. Sammlungen von Staatsurkunden und geschichtliche Werke I, XXIV.
Geschichtliche Einleitung II, 521.
Die östreichischen Niederlande werden im Frieden von Campo Formio 1797 an Frankreich abgetreten I, 274.
Dies wird im lüneviller Frieden 1801 bestätigt I, 284.
Art. 65 der wiener Congressacte bestimmt, dass Holland und Belgien ein vereinigtes Königreich der Niederlande unter der erblichen Souveränetät des Prinzen von Nassau-Oranien (als König) bilden sollen I, 348.
Art. 66 der wiener Congressacte bestimmt die Grenzen dieses Königreichs I, 348.
Erklärung des Fürsten Wilhelm von Nassau-Oranien vom 21. Juli 1814, worin derselbe die angetragene Souveränetät über das vereinigte Königreich der Niederlande acceptirt II, 540.
Wiener Vertrag zwischen den Mächten und König Wilhelm I. bezüglich der Uebernahme dieser Souveränetät (31. Mai 1815) II, 542.
Das Protocoll oder Ultimatum der londoner Conferenz vom 14. Okt. 1831, worin in 24 Artikeln die Differenzen zwischen Belgien und Holland und die Trennung beider Länder entschieden werden II, 546.
Der definitive Friedensvertrag zwischen Holland und Belgien (29. Apr. 1839) II, 555.
Die Beistimmung des deutschen Bundes zum londoner Friedensvertrag vom 29. Apr. 1839, II, 565.
Bestimmungen über die Verhältnisse Luxemburg's und Limburg's zum deutschen Bunde (16. Aug. und 5. Sept. 1839) II, 565.
Beschluss der deutschen Bundesversammlung über die Einverleibung des Herzogthums Limburg in das deutsche Bundesgebiet (5. Sept. 1839) II, 576.
Nordischer Krieg. Friedensschlüsse am Ende desselben I, 151.
Normaljahr 1. Jan. 1624 wird im westph. Frieden festgesetzt I, 23.
Norwegen. Sammlungen von Staatsschriften und geschichtl. Werke I, XXVII.
Geschichtliche Einleitung II, 660.
Wird im Frieden zu Kiel (14. Jan. 1814) von Dänemark gegen Schwedisch-Pommern und die Insel Rügen an Schweden abgetreten II, 672.

Norwegen schliesst zu Mosf am 14. Aug. 1814 mit Schweden Waffenstillstand II, 686, und eine Convention, nach welcher es unter das Scepter des schwedischen Königs tritt II, 688.
Acte vom 31. Juli 1815, welche die Beziehungen Norwegen's zu Schweden festsetzt II, 689.
Nürnberg wird durch Art. 17 der rhein. Bundesacte (1806) mit seinem Gebiet dem Königreich Bayern einverleibt II, 10.
Nystädter Friede (10. Sept. 1721). Einleitung I, 148, Text I, 153.

Oestreich. Sammlungen von Staatsverträgen und geschichtliche Werke siehe unter Deutschland. Eine Sammlung der östreichischen Staatsverträge ist neuerdings erschienen von L. Neumann: Recueil des traités et conventions conclus par l'Autriche avec les puissances étrangères depuis 1763 jusqu' à nos jours, Lps. 1855, 2 B. 8.
Oestreichs Friedensschlüsse mit der Türkei siehe unter Türkei.
Oestreich verzichtet im rastatter Frieden (1714) auf seine Ansprüche auf Spanien und erhält die spanischen Niederlande I, 140.
Tritt in den Friedensschlüssen zu Breslau (1742), zu Dresden (1745) und zu Hubertsburg (1763) an die Krone Preussen Schlesien ab I, 166.
Oestreich's Antheil bei der Theilung Polen's I, 193.
Oestreich erhält im Frieden von Campo Formio (1797) Venedig I, 274, und tritt dagegen Belgien an Frankreich ab, was im lüneviller Frieden (1801) bestätigt wird I, 284.
Tritt im lüneviller Frieden (1801) Toscana an den Herzog von Parma ab I, 284.
Oestreich verzichtet im Frieden zu Pressburg (1805) zu Gunsten Frankreichs auf seine italienischen Besitzungen II, 716.
Tritt im Frieden von Pressburg (1805) an Bayern ab: Burgau, Tyrol, Vorarlberg etc. II, 716.
Was Oestreich an Würtemberg in diesem Frieden abtritt und überlässt II, 716, an Baden II, 717.
Oestreich erhält durch Art. 10 des Friedens von Pressburg (1805) Salzburg und Berchtesgaden II, 717.
Tritt durch Art. 3 des Friedens von Schönbrunn (1809) an Bayern ab: Salzburg, Berchtesgaden, das Innviertel etc. II, 732.
Tritt durch Art 3 des Friedens von Schönbrunn (1809) an Frankreich ab: Görz, das östr. Friaul, Triest, Krain, einen Theil von Kärnten etc. II, 732.
Verzichtet durch Art. 4 des Friedens von Schönbrunn (1809) für den Erzherzog Anton auf die Rechte des Grossmeisters des deutschen Ordens in den Rheinbundesstaaten II, 733.
Oestreich garantirt im Art. 4 des Vertrags zu Ried (1813) Bayern sein Gebiet und seine volle Souveränetät II, 27, wogegen sich Bayern

im 2. geheimen Artikel des Vertrages gegen Entschädigung zur Abtretung von Gebietstheilen an Oestreich versteht II, 28.

Oestreich. Bezeichnung der Gebietstheile durch Art. 93—95 der wiener Congressacte (1815), welche Oestreich theils wieder in Besitz nimmt, theils als neuen Zuwachs erhält I, 344 und 358.

Bestimmung der Grenzen Oestreich's in Italien durch Art. 95 der wiener Congressacte I, 358.

Bildung des lombardisch-venetianischen Königreichs (7. Apr. 1815). Einleitung II, 411, Text II, 413.

Vertrag zwischen Oestreich und der Pforte bezüglich der Donauschiffahrt (vom 25. Juli 1840). Einleitung II, 300, Text II, 308.

Oestreich verleibt (1846) den Freistaat Krakau seinen Staaten ein I, 255.

Oestreich's Bündniss mit Preussen in Bezug auf die neueste orientalische Frage (20. Apr. 1854). Text II, 344.

Convention zwischen Oestreich und der Pforte bezüglich der neuesten orientalischen Frage (14. Juni 1854). Text II, 348.

Allianzvertrag zwischen Oestreich, Frankreich und England vom 2. Dez. 1854 bezüglich der neuesten orientalischen Frage. Text II, 359.

Oettingen, Fürstenthum, wird 1806 durch die rheinische Bundesacte Bayern einverleibt II, 11.

Oldenburg. Der Herzog von Oldenburg kommt durch Art. 12 des Friedens von Tilsit (1807) wieder in den Besitz seiner Staaten II, 723.

Erhält durch Art. 33 der wiener Congressacte von Hannover einen District mit 5000 Einwohnern abgetreten I, 339.

Der Herzog von Holstein-Oldenburg erhält durch Art. 34 der wiener Congressacte den Titel eines Grossherzogs I, 339.

Durch Art. 49 der wiener Congressacte erhält Oldenburg einen Gebietsantheil von 20,000 Einwohnern auf dem linken Rheinufer I, 344.

Olkioki. Uebereinkunft von Schweden und Russland zu Olkioki (19. Nov. 1808), worin von Schweden Finnland an Russland überlassen wird II, 665.

Ortenau kommt durch Art. 8 des Friedens von Pressburg (1805) an Baden II, 717.

Osnabrücker Friedensinstrument I, 9.

Das Haus Braunschweig erhält im westph. Frieden das Recht auf die Nachfolge im Bisthum Osnabrück I, 54.

Paderborn, ursprünglich Bisthum, kommt in Folge des Friedens von Lüneville als Entschädigung 1802 an Preussen, wird im Frieden von Tilsit (1807) von Preussen an Napoleon abgetreten, um einen Bestandtheil des Königreichs Westphalen zu bilden, kommt aber durch Art. 23 der wiener Congressacte an Preussen zurück I, 333.

Pappenheim. Durch Art. 49 der wiener Congressacte erhält der Graf von Pappenheim auf dem linken Rheinufer einen Gebietstheil von 9000 Einwohnern unter preussischer Souveränetät I, 344.

Pariser Friede vom 10. Febr. 1763. Einleitung I, 166, Text I, 170.
Pariser Vertrag, worin Napoleon (11. Apr. 1814) auf den französischen Thron verzichtet I, 294.
Pariser Friede (sogenannter erster, vom 30. Mai 1814). Einleitung und Text I, 298.
Pariser Friede (zweiter, vom 20. Nov. 1815). Einleitung und Text I, 386.
Parma, Piacenza und Guastalla erhält nach Art. 99 der wiener Congressacte die Gemahlin Napoleon's Marie Luise I, 359.
Passarowitz. Friede von Passarowitz zwischen Oestreich und der Pforte (21. Juli 1718). Einl. II, 196, Text II, 210. Handelsvertrag II, 217.
Passau kommt durch Art. 8 des Friedens von Pressburg (1805) an Bayern II, 716.
Passauer Vertrag (1552) wird im westph. Frieden bestätigt I, 22.
Pfalz. Der Kurfürst erhält im westph. Frieden Amnestie I, 14, die Kurwürde zurück oder vielmehr eine achte wird für ihn geschaffen I, 13 und I, 81, auch die untere Pfalz erhält er zurück I, 13 und I, 82, verzichtet aber auf die Oberpfalz I, 14 und I, 81, welche bei Bayern bleibt.
In der Pfalz gilt das Normaljahr 1624 I, 84.
Po (Fluss). Bestimmungen der wiener Congressacte (Art. 96) über die Schifffahrt auf dem Po I, 359.
Podgorz erhält durch Art. 8 der wiener Congressacte von Oestreich die Privilegien einer freien Handelsstadt I, 327.
Polen. Sammlungen von Staatsurkunden und geschichtliche Werke I, XXIV.
Theilungen Polen's, Einleitung I, 193, Text I, 198.
Aus polnischen Gebietstheilen, welche Preussen im tilsiter Frieden (1807) abtritt, bildet Napoleon das Herzogthum Warschau, das er dem König von Sachsen übergibt II, 728.
Der König von Sachsen leistet 1815 auf das Herzogthum Warschau Verzicht II, 403.
Nach Art. 1 der wiener Congressacte sollen die Polen nationale Institutionen und eine Repräsentativ-Verfassung erhalten I, 325.
Nach Art. 1 der wiener Congressacte kommt das Herzogthum Warschau an Russland, nach Art. 2 das Grossherzogthum Posen an Preussen I, 325.
Die Polen erhalten durch Art. 11 der wiener Congressacte allgemeine Amnestie I, 328.
Nach Art. 14 der wiener Congressacte soll die Schifffahrt auf den polnischen Strömen frei sein I, 328.
Pommern (Vor-Pommern) wird im westph. Frieden an Schweden abgetreten I, 45.
Hinter-Pommern wird von Schweden im westph. Frieden an Brandenburg zurückgegeben I, 52.
Schwedisch-Pommern wird im Frieden zu Kiel (14. Jan. 1814) von Schweden an Dänemark abgetreten II, 672, durch Vertrag vom

4. Juni 1815 aber von Dänemark an Preussen gegen Lauenburg vertauscht II, 684.

Portugal. Sammlungen von Staatsurkunden und geschichtl. Werken I, XXV.
Verhältnisse Portugal's zu England, geschichtl. Einleitung II, 479.
Vertrag des port. Königs Johann IV. mit England (10. Juli 1654) II, 489.
Handelsvertrag zwischen Portugal und England zu Rio de Janeiro am 19. Febr. 1810 II, 409.
Portugal soll nach Art. 105 der wiener Congressacte die 1801 an Spanien abgetretene Stadt Olivença wieder erhalten I, 362.
Stellt nach Art. 106 der wiener Congressacte an Frankreich das französische Guyana zurück I, 362.

Portugiesische Thronstreitigkeiten (1821 ff.). Einleitung II, 484.
Quadrupelallianz zwischen Portugal, England, Frankreich und Spanien zu London (22. Apr. 1834) zu Gunsten der Königinnen Maria da Gloria von Portugal und Isabella von Spanien II, 514.
Protest Don Miguel's (Genua 20. Juni 1834) gegen die in der Capitulation von Evora eingegangenen Verbindlichkeiten II, 517.

Posen (Grossherzogthum) kommt durch Art. 2 der wiener Congressacte an Preussen I, 325.

Pressburg. Frieden von Pressburg (26. Dez. 1805). Einleitung II, 699, Text II, 715.

Preussen. Geschichtliche Werke und Sammlungen von Staatsurkunden siehe unter Deutschland. Eine Sammlung der preuss. Staatsverträge ist neuerdings erschienen von Rohrscheid: Preussen's Staatsverträge, Berlin 1855.
Brandenburg erhält im westph. Frieden (1648) gegen die Cession Vor-Pommern's und Rügen's an Schweden die Bisthümer Halberstadt, Minden, Camin, die Anwartschaft auf das Erzbisthum Magdeburg, und die Krone Schweden stellt ihm Hinter-Pommern und Kolberg zurück I, 49. 50.
Preussen erhält im utrechter Frieden (1713) das spanische Geldern, verzichtet auf seine Ansprüche auf das Fürstenthum Orange, wogegen Frankreich die preussische Souveränetät über Neufchatel und die preussische Königswürde anerkennt I, 139. 144.
Preussen erhält im stockholmer Frieden (1720) von Schweden die Stadt Stettin, einen District zwischen der Oder und Peene und die Inseln Wollin und Usedom I, 151.
Durch Art. 3 des hubertsburger Friedens (1763) bestätigt Oestreich die Friedensschlüsse von Breslau und Berlin, und Preussen bleibt im Besitz Schlesien's I, 182.
Preussen's Antheil bei der Theilung Polen's I, 192.
Manifest, wodurch der König von Preussen (1793) von Danzig Besitz ergreift I, 243.
Preussen verzichtet im Art. 5 des Friedens von Basel (1795) zu

Gunsten Frankreich's auf seine Besitzungen auf dem linken Rheinufer I, 268.

Preussen tritt im tilsiter Frieden (1807) einen grossen Theil seines Gebietes an Napoleon zur Bildung des Königreichs Westphalen ab (Art. 8) II, 727, erkennt Art. 3 die Könige Joseph Napoleon von Neapel und Louis Napoleon von Holland an II, 726 und Art. 4 auch den Rheinbund II, 726.

Preussen tritt im tilsiter Frieden (Art. 9) Theile Polen's (die Provinz Bialystok) an Russland ab II, 722, den grösten Theil des preuss. Polen's aber zur Bildung des Herzogthums Warschau an den König von Sachsen II, 728.

Im ersten pariser Frieden (30. Mai 1814) werden die früheren Friedensschlüsse Preussen's mit Frankreich (zu Basel 1795, zu Tilsit 1807, Convention zu Paris 1808) annullirt I, 310.

Preussen erhält durch Art. 2 der wiener Congressacte das Grossherzogthum Posen I, 325.

Erhält durch Art. 15 der wiener Congressacte Gebietstheile von Sachsen abgetreten I, 328. Die Abtretungsurkunde vom 18. Mai 1815 II, 35.

In Folge dieser sächsischen Erwerbungen nimmt nach Art. 16 der wiener Congressacte der König von Preussen zu seinen Titeln den eines Herzogs von Sachsen, Landgrafen von Thüringen, Markgrafen der beiden Lausitz und Grafen von Henneberg an I, 330.

Neufchatel und Valengin kommen durch Art. 23 der wiener Congressacte wieder an Preussen I, 333.

Aufzählung der Provinzen in Art. 23 — 25 der wiener Congressacte, von welchen Preussen Besitz ergreift I, 332.

Das Gebiet Preussen's auf dem linken Rheinufer wird durch Art. 25 der wiener Congressacte bestimmt I, 336.

Abtretungen Hannover's an Preussen durch Art. 29 der wiener Congressacte I, 337.

Militärstrassen, welche Art. 31 der wiener Congressacte zwischen Preussen und Hannover festsetzt I, 338.

Abtretungen Preussen's an Weimar, welche Art. 37 — 39 der wiener Congressacte festsetzt I, 340.

Preussen erhält durch Art. 40 der wiener Congressacte einen Theil des vormaligen Departements Fulda abgetreten I, 341.

Die Stadt Wetzlar durch Art. 42 der wiener Congressacte an Preussen überlassen I, 341.

Verhältniss der in Westphalen mediatisirten Grafen und Fürsten, welche unter preussische Hoheit kommen, bestimmt durch Art. 43 der wiener Congressacte I, 341.

Preussen schliesst zu Berlin am 25. Aug. 1814 mit Dänemark Frieden II, 683.

Preussen vertauscht durch Vertrag vom 4. Juni 1815 Lauenburg an Dänemark gegen Schwedisch-Pommern und Rügen II, 684.
Preussen schliesst am 20. Apr. 1854 ein Bündniss mit Oestreich bezüglich der neuesten orientalischen Frage. Text II, 344.
Pruth (Fluss) wird durch Art. 4 des Friedens von Bukarescht (1812) die Grenze zwischen Russland und der Türkei II, 272.

Ragusa. Die vormalige Republik Ragusa kommt durch Art. 94 der wiener Congressacte an Oestreich I, 358.
Rastatter Frieden (7. März 1714) I, 137 und 140.
Raubstaaten. Nach Art. 7 des Friedens von Jassy muss die Pforte die russischen Unterthanen für allen Schaden, den sie durch die Piraten von Algier, Tunis oder Tripolis erleiden sollten, entschädigen II, 268.
Reformirte erhalten im westph. Frieden mit den übrigen Confessionen gleiche Rechte I, 41.
Reichsstädte, deutsche, erhalten durch Art. 8 des osnabrücker Friedensinstruments (1648) das votum decisivum auf den Reichstagen I, 43.
Reichsstände, deutsche, erhalten durch Art. 8 des osnabrücker Friedensinstruments (1648) das Recht, mit dem Ausland Bündnisse zu schliessen I, 43.
Rhäzuns (Herrschaft in Graubündten) wird durch Art. 3 des Friedens von Schönbrunn (1809) von Oestreich an Frankreich abgetreten II, 732.
Kommt durch Art. 78 der wiener Congressacte wieder an den Canton Graubündten zurück I, 353.
Rhein. Das linke preussische Rheinufer wird im baseler Frieden 1795 an Frankreich überlassen I, 268.
Das linke deutsche Rheinufer wird im Frieden von Campo Formio 1797 von Oestreich den Franzosen zugestanden I, 277.
Dies wird im lüneviller Frieden 1801 bestätigt I, 285.
Der Thalweg des Rheins bleibt im ersten pariser Frieden (30. Mai 1814) die Grenze zwischen Frankreich und Deutschland I, 302.
Rheinschifffahrt wird im ersten pariser Frieden (30. Mai 1814) für frei erklärt jusqu'à la mer I, 303.
Bestimmungen des wiener Congresses über die Rheinschifffahrt I, 368.
Art. 24 der wiener Congressacte bestimmt das Gebiet, welches Preussen auf dem linken Rheinufer erhalten soll I, 334.
Rheinische Bundesacte (12. Jul. 1806). Einl. und Text II, 5.
Renunciation der Mitglieder des Rheinbundes auf ihre Verbindung mit dem deutschen Reich (1. Aug 1806) II, 18.
Der rheinische Bund wird durch Art. 15 des Friedens von Tilsit (1807) von Russland anerkannt II, 723, und ebenso durch Art. 4 von Preussen II, 726.
Rieder Vertrag zwischen Bayern und Oestreich (8. Okt. 1813) II, 26.
Rio de Janeiro. Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen England und Portugal, geschlossen am 19. Febr. 1810 zu Rio de Janeiro II, 499.

Rügen wird im westph. Frieden an Schweden abgetreten I, 45.
Wird im Frieden zu Kiel (14. Jan. 1814) von Schweden an Dänemark abgetreten II, 672.
Wird durch Vertrag vom 4. Jun. 1815 von Dänemark an Preussen gegen Lauenburg vertauscht II, 684.
Russland. Sammlungen von Staatsschriften und geschichtl. Werke I, XXVI.
Erhält durch Art. 4 des nystädter Friedens (1721) von Schweden die Provinzen Livland, Esthland, Ingermannland, Carelen und mehrere Inseln abgetreten I, 155.
Russland's Antheil bei der Theilung Polen's I, 193.
Friedensschlüsse mit der Türkei siehe unter Türkei.
Zwischen Russland und der Türkei soll nach Art. 3 des Friedens von Jassy (1792) der Dniester die Grenze bilden II, 266.
Nach Art. 7 des Friedens von Jassy (1792) muss die Pforte für jede Beschädigung, welche russischen Unterthanen durch Piraten von Algier, Tunis und Tripolis zugefügt wird, Ersatz leisten II, 268.
Russland erkennt im Art. 14 des Friedens von Tilsit (1807) die Könige Joseph Napoleon von Neapel und Louis Napoleon von Holland an II, 723, ebenso den Rheinbund (Art. 15) II, 723.
Erhält in demselben Frieden preussisches Gebiet von Polen abgetreten (Art. 9) II, 722.
Russland erhält durch die Convention von Olkioki (19. Nov. 1808) und durch den Frieden von Friedrichshamm (19. Sept. 1809) Finnland von Schweden abgetreten II, 665. 666.
Die Grenze zwischen Russland und der Türkei bildet nach Art. 4 des Friedens von Bukarescht (1812) der Pruth II, 272.
Russland erhält durch den 1. Artikel der wiener Congressacte (1815) das Herzogthum Warschau I, 325.
Die Grenzen zwischen Russland und der Türkei in Asien werden durch Art. 4 des Friedens von Adrianopel (1829) näher bestimmt II, 286.
Russische Unterthanen haben nach Art. 7 des Friedens von Adrianopel (1829) im ganzen türkischen Reiche Handelsfreiheit II, 287.
Ryswijker Friede (20. Sept. u. 30. Okt. 1697). Einl. I, 109, Text I, 113.

Sachsen schliesst mit Preussen am 15. Febr. 1763 zu Hubertsburg Frieden I, 187.
Erhält von Preussen im Frieden zu Tilsit (1807) das Herzogthum Warschau II, 728 und den cotbusser Kreis II, 727.
Erhält von Oestreich im Frieden von Schönbrunn (1809) sechs in Sachsen eingeschlossene böhmische Ortschaften II, 732 und für das Herzogthum Warschau Theile von Gallizien II, 732.
Tritt durch Art. 15 der wiener Congressacte ansehnliche Gebietstheile an Preussen ab I, 328. Die Abtretungsurkunde vom 18. Mai 1815 II, 35.

Leistet durch Urkunde vom 22. Mai 1815 auf das Herzogthum Warschau zu Gunsten Russland's Verzicht I, 403.

Salisches Gesetz von König Ferdinand VII. am 29. März 1830 in Spanien aufgehoben II, 469.

Salm, Fürsten von, sind Mitglieder des rheinischen Bundes (1806) II, 9.

Salzburg und Berchtesgaden, welche in Folge des Art. 5 des Friedens von Lüneville (1801) an den Erzherzog Ferdinand als Entschädigung für Toscana gekommen waren, werden durch Art. 10 des Friedens von Pressburg (1805) dem östreichischen Kaiserthum einverleibt II, 717; Napoleon verpflichtet sich durch Art. 11 des Friedens von Pressburg, dem bisherigen Kurfürsten von Salzburg (dem Erzherzog Ferdinand) von Bayern die Abtretung von Würzburg zu erwirken II, 717.
Salzburg und Berchtesgaden werden durch Art. 3 des Friedens von Schönbrunn (1809) von Oestreich an Bayern abgetreten II, 732.

Sardinien. Abtretungen Sardinien's an den Canton Genf nach Art. 80 und 91 der wiener Congressacte I, 353. I, 357. II, 598.
Bestimmung der Grenzen des Königreichs Sardinien durch Art. 85 der wiener Congressacte I, 356.
Einverleibung Genua's in Sardinien nach Art. 86 der wiener Congressacte I, 356. Einleitung II, 403, Text der Einverleibungsurkunde (vom 12. Dez. 1814) II, 405.
Sardinien tritt am 26. Jan. 1855 dem am 10. Apr. 1854 geschlossenen Bündniss der Westmächte gegen Russland bei. Text des Vertrages II, 361. Militärconvention vom 26. Jan. 1855 zwischen Sardinien und den Westmächten II, 361.

Savoyen. Savoyische Gebietstheile werden vom König von Sardinien (26. März 1815) an Genf abgetreten II, 598.

Schelde. Bestimmungen des wiener Congresses über die freie Schifffahrt auf der Schelde I, 376.

Schlesien. Bestimmungen des westph. Friedens I, 34.
Der hubertsburger Friede (1763, Art. 3) hält die Bestimmungen des breslauer Friedens aufrecht, nach welchen Schlesien an Preussen abgetreten wird I, 182.

Schleswig-Holstein. Geschichtliche Einleitung II, 76.
Constitutio Waldemariana (1326) II, 96.
Revers des Grafen Christian von Oldenburg (1448) vor seiner Wahl zum Herzog von Schleswig-Holstein II, 98.
Des Königs Christian I. Confirmation der Privilegien der Herzogthümer (1460) II, 99.
Des Königs Friedrich I. Confirmation der Privilegien der Herzogthümer (1524) II, 103.
Kopenhager Vergleich (1658) II, 105.
Altonaer Vergleich (1689) II, 113.

Schleswig-Holstein. Garantietractate über das Herzogthum Schleswig (1715, 1720) II, 114.
Einberufungspatent Friedrich's IV. an Prälaten und Ritterschaft zur Huldigung (1721) II, 119.
Tractat zwischen dem dänischen König Christian VII. und dem russischen Thronerben Paul zu Zarsko-Selo (1773) II, 121.
Acte über die Cession des grossfürstlichen Antheils an Holstein (1773) II, 130.
Patent des Königs Christian VII. (1806) II, 133.
Allgemeines Gesetz wegen Anordnung von Provinzialständen in den Herzogthümern (1831) II, 134.
Offener Brief des Königs Christian VIII. (1846) II, 136.
Zweiter offener Brief des Königs Christian VIII. (1846) II, 138.
Beschluss der deutschen Bundesversammlung vom 17. Sept. 1846 II, 139.
Protest des Herzogs von Augustenburg (1851) II, 140.
Dänische Depesche an die dänischen Gesandten zu Wien und Berlin vom 6. Dez. 1851 II, 142.
Oestreichische Depesche an den östreichischen Gesandten in Kopenhagen vom 26. Dez. 1851 II, 154.
Preussische Depesche an den preussischen Gesandten in Kopenhagen vom 30. Dez. 1851 II, 162.
Erlass des dänischen Königs Friedrich VII. an den dänischen Reichstag vom 28. Jan. 1852 II, 166.
Vertrag zu London vom 8. Mai 1852 II, 170.
Dänisches Erbfolgegesetz vom 31. Jul. 1853 II, 171.
Schönbrunner oder wiener Friede zwischen Oestreich und Frankreich (14. Okt. 1809). Einleitung II, 704, Text II, 730.
Schwarzenberg, Fürstenthum, wird 1806 durch die rheinische Bundesacte Bayern einverleibt II, 11.
Schweden. Sammlungen von Staatsschriften und geschichtl. Werke I, XXVII.
Geschichtliche Einleitung II, 658.
Erhält im westph. Frieden (1648) Vor-Pommern, die Stadt Wismar, das Bisthum Verden und die Insel Rügen als Erblehen des deutschen Reiches und damit Sitz und Stimme auf den deutschen Reichstagen (Art. X des osnabr. Friedensinstruments) I, 45 ff.
Schweden erhält im westph. Frieden zur Entschädigung seiner Truppen 5 Millionen Thaler vom deutschen Reiche bezahlt I, 64.
Tritt in den Friedensschlüssen am Ende des grossen nordischen Krieges (1719 und 1720) an Hannover die Herzogthümer Bremen und Verden, an Preussen die Stadt Stettin, einen District zwischen der Oder und Peene und die Inseln Wollin und Usedom ab, und verzichtet gegen Dänemark auf die Befreiung vom Sundzoll I, 151. 152.
Tritt im Art. 4 des nystädter Friedens (1721) an Russland die Provinzen Livland, Esthland, Ingermannland, Carelen und mehrere Inseln ab I, 155.

Schweden tritt durch die Convention von Olkioki (29. Nov. 1808) und durch den Frieden von Friedrichshamm (19. Sept. 1809) Finnland an Russland ab II, 665. 666.

Tritt im Frieden zu Kiel (14. Jan. 1814) Schwedisch-Pommern und die Insel Rügen an Dänemark ab und erhält dagegen Norwegen II, 672.

Schliesst mit Norwegen am 14. Aug. 1814 zu Moss Waffenstillstand II, 686, und eine Convention, nach welcher Norwegen den König von Schweden als seinen Souverän anerkennt II, 688.

Acte vom 31. Juli 1815, welche das Verhältniss Norwegen's zu Schweden festsetzt II, 689.

Schweiz. Sammlungen von Staatsschriften und geschichtl. Werke I, XXVII.

Wird im westph. Frieden vom deutschen Reichsverband losgesprochen I, 41 und I, 92.

Verhältnisse der Schweiz in der napoleonischen Periode bis zum wiener Congress, geschichtliche Einleitung II, 581.

Die Unabhängigkeit der Schweiz soll nach Art. 6 des ersten pariser Friedens (30. Mai 1814) aufrecht erhalten werden I, 304.

Der Allianzvertrag der schweizer Cantone vom 8. Sept. 1814 II, 586.

Art. 74 der wiener Congressacte erkennt die Integrität der 19 schweizer Cantone an I, 352.

Die Vereinigung der drei neuen Cantone Wallis, Genf und Neufchatel mit der Schweiz wird im Art. 75 der wiener Congressacte anerkannt I, 352.

Ausgleichungen, welche Art. 81 der wiener Congressacte zwischen den alten und neuen schweizer Cantonen festsetzt I, 354.

Die an die wiener Congressacte unter Ziffer 11 angeschlossene besondere Erklärung der Mächte vom 20. März 1815 über die Angelegenheiten der Schweiz II, 592.

Die Annahme dieser Erklärung von der Tagsatzung (27. Mai 1815) II, 597.

Acte der Mächte, gegeben am 20. Nov. 1815 zu Paris, worin die Neutralität der Schweiz ausgesprochen wird II, 603.

Cession sardinischer Gebietstheile an Genf (26. März 1815) II, 598.

Neue Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft vom Jahr 1848 II, 604.

Neufchatel suche unter N.

Serbien. Geschichtliche Einleitung II, 184.

Erhält durch Art. 8 des Friedens von Bukarescht (1812 zwischen Russland und der Pforte) das Recht, seine inneren Angelegenheiten selbst zu verwalten, die Türken dagegen dürfen die festen Plätze besetzt halten II, 274.

Erlangt durch einen am 15. Dez. 1815 mit der Pforte abgeschlossenen Tractat eine gewisse Selbstständigkeit II, 245.

Im 2. Separatartikel der zwischen Russland und der Pforte zu Akjerman

(1826) abgeschlossenen Convention werden die Rechte der Serbier festgesetzt II, 284.

Serbien erhält durch Art. 6 des Friedens von Adrianopel (1829) die sechs Districte von der Pforte zurück II, 287.

Sicilien (Königreich beider), siehe Neapel.

Siebenbürgen bleibt im Frieden von Carlowitz (1699 Art. 1) im Besitz Oestreich's II, 202.

Siebenjähriger Krieg. Friedensschlüsse am Ende desselben I, 166 ff.

Sistowa. Frieden zu Sistowa zwischen Oestreich und der Pforte (4. Aug. 1791). Einleitung II, 199, Text II, 233.

Solms. Besitzungen der Fürsten und Grafen von Solms werden durch Art. 24 der rhein. Bundesacte unter die Souveränetät des Grossherzogs von Hessen-Darmstadt gestellt II, 12.

Spanien. Sammlungen von Staatsschriften und geschichtl. Werke I, XXVIII.
Erklärung des spanischen Ministeriums (9. Jan. 1823) an den Congress von Verona II, 458.
König Ferdinand VII. hebt das salische Erbfolgegesetz auf (29. März 1830). Einleitung II, 465, Text II, 469.
Protestation des Königs von Neapel dagegen II, 472.
Decret vom 25. Okt. 1834, wodurch Don Carlos und seine Descendenz vom spanischen Throne ausgeschlossen werden, Einleitung II, 466, Text II, 474.
Erklärung, wodurch Don Carlos seine Ansprüche auf den spanischen Thron seinem Sohne Carlos Luis abtritt (18. Mai 1845). Einleitung II, 467, Text II, 475.

Staatsschriften, Verzeichniss von Sammlungen derselben, welche Europa im Allgemeinen betreffen, Einleitung S. X. Solche, welche die einzelnen Länder betreffen, Einleitung S. XIV ff.

Stimmrecht auf den deutschen Reichstagen wird durch den westphälischen Frieden ausgedehnt I, 43.

Strassburg wird im ryswijker Frieden (1697) an Frankreich abgetreten I, 118.

Taxis (Fürst), siehe Turn und Taxis.

Tecklenburg (Grafschaft) kommt durch Art. 23 der wiener Congressacte wieder an Preussen I, 333.

Tilsit. Friede von Tilsit zwischen Frankreich einerseits und Russland und Preussen andererseits (7. u. 9. Juli 1807). Einl. II, 700, Text II, 720.

Tirol kommt durch Art. 8 des Friedens von Pressburg (1805) mit Brixen und Trient an Bayern II, 716.
Napoleon bewilligt durch Art. 10 des Friedens von Schönbrunn (1809) den Bewohnern von Tirol und Vorarlberg Amnestie II, 734.
Tirol kommt durch Art. 93 der wiener Congressacte wieder an Oestreich I, 358.

Toscana wird vom Grossherzog im lüneviller Frieden 1801 gegen Entschädigung in Deutschland an Frankreich abgetreten I, 284.
Nach Art. 100 der wiener Congressacte wird der Erzherzog Ferdinand wieder in das Grossherzogthum eingesetzt I, 360.
Travendahler Friede zwischen Schweden und Dänemark (18. Aug. 1700) I, 149.
Triest wird durch Art. 3 des Friedens von Schönbrunn (1809) von Oestreich an Frankreich abgetreten II, 732.
Kommt durch Art. 93 der wiener Congressacte wieder an Oestreich I, 358.
Trinidad (Insel) wird im Frieden von Amiens (1802) von Spanien an England abgetreten II, 708.
Troppau. Congress zu Troppau (1820). Einleitung II, 414, Text II, 424.
Truchsess-Waldburg (Fürst), siehe Waldburg.
Türkei. Sammlungen von Staatsschriften und geschichtl. Werke I, XXIX.
Geschichtliche Einleitung II, 177.
Friede zu Carlowitz mit Oestreich (26. Jan. 1699). Einleitung II, 194, Text II, 201.
Friede zu Passarowitz mit Oestreich (21. Juli 1718). Einleitung II, 196, Text II, 210.
Handelstractat von Passarowitz (27. Juli 1718) II, 217.
Friede zu Belgrad mit Oestreich (18. Sept. 1739). Einleitung II, 198, Text II, 224.
Friede zu Sistowa mit Oestreich (4. Aug. 1791). Einleitung II, 199, Text II, 233.
Friede zu Kutschuk-Kainardschi mit Russland (10. Juli 1774). Einleitung II, 241, Text II, 252.
Friede zu Jassy mit Russland (9. Jan. 1792). Einleitung II, 242, Text II, 264.
Im Frieden zu Amiens (1802) zwischen Frankreich und England wird durch Art. 8 der Pforte das verlorene Gebiet zurückgegeben II, 709.
Beitrittsacte der Pforte zum Frieden von Amiens (vom 13. Mai 1802) II, 714.
Friede zu Bukarescht mit Russland (28. Mai 1812). Einleitung II, 243, Text II, 270.
Convention zu Akjerman mit Russland (7. Okt. 1826). Einl. II, 245, Text II, 277.
Friede zu Adrianopel mit Russland (14. Sept. 1829). Einl. II, 247, Text II, 285.
Vertrag zu Unkiar-Iskelessi mit Russland (8. Juli 1833). Einl. II, 250, Text II, 294.
Die Grenze zwischen der Türkei und Russland soll nach Art. 3 des Friedens von Jassy (1792) der Dniester bilden II, 266.
Die Grenze zwischen der Türkei und Russland bildet nach Art. 4 des Friedens von Bukarescht (1812) der Pruth II, 272.

Türkei. Die Grenzen zwischen der Türkei und Russland in Asien werden durch Art. 4 des Friedens von Adrianopel (1829) festgesetzt II, 286.
Quadrupelvertrag zu London (5. Juli 1840) über die Verhältnisse der Pforte zu Mehemed-Ali und die Pacification der Levante. Einl. II, 298, Text II, 302.
Bestimmungen über die Schifffahrt durch die Dardanellen suche unter Dardanellen.
Die Acte von Balta-Liman (1. Mai 1849) zwischen der Pforte und Russland ändert die Verfassung der Donaufürstenthümer und gilt vorläufig auf sieben Jahre II, 190.
Verträge, die neuesten orientalischen Verwicklungen betr. Geschichtliche Einleitung II, 314.
Wiener Conferenz-Protocolle von 1853 und 1854, die neuesten orient. Verwicklungen betr. II, 334 ff.
Allianzvertrag der Türkei mit England und Frankreich (10. Apr. 1854) II, 340.
Convention der Pforte mit Oestreich vom 14. Juni 1854 bezüglich der neuesten orientalischen Frage. Text II, 348.

Turn und Taxis. Die Besitzungen des Fürsten Turn und Taxis nördlich von Neuburg werden durch Art. 24 der rhein. Bundesacte (1806) unter bayrische Souveränetät gestellt II, 11, andere unter würtembergische II, 12.

Tyrol, siehe Tirol.

Ungarn. Bestimmungen des carlowitzer Friedens darüber (1699) II, 204.

Unkiar-Iskelessi. Vertrag von Unkiar-Iskelessi zwischen Russland und der Pforte (8. Juli 1833). Einleitung II, 250, Text II, 294.

Utrechter Friede (11. Apr. 1713) I, 135.

Veltelin kommt durch Art. 94 der wiener Congressacte mit Bormio und Chiavenna an Oestreich I, 358.

Venaissin bleibt im ersten pariser Frieden (30. Mai 1814) bei Frankreich I, 303.

Venedig kommt durch den Frieden von Campo Formio 1797 in den Besitz von Oestreich I, 274. Dies wird im Frieden von Lüneville 1801 bestätigt I, 284. Damit hat die Republik Venedig ein Ende.
Im Frieden von Pressburg (1805) Art. 4 tritt Oestreich Venedig an Frankreich ab II, 716.
Venedig kommt mit allen übrigen abgetretenen italienischen Provinzen durch Art. 93 der wiener Congressacte wieder in den Besitz von Oestreich I, 358.

Verden (Bisthum) im westph. Frieden an Schweden abgetreten I, 47.

Verona. Congress von Verona (1822). Einl. II, 441, Text II, 445.

Vorarlberg kommt durch Art. 8 des Friedens von Pressburg (1805) an Bayern II, 716.
Kommt durch Art. 93 der wiener Congressacte wieder an Oestreich I, 358.

Walachei. Geschichtliche Einleitung II, 186. Im Uebrigen siehe Donauländer.

Waldburg. Die Besitzungen der Fürsten und Grafen von Truchsess-Waldburg werden durch Art. 24 der rhein. Bundesacte unter würtemberg. Souveränetät gestellt II, 12.

Wallis nach Art. 75 der wiener Congressacte als Canton in die Schweiz aufgenommen I, 352.

Warschau (Herzogthum) wird von Napoleon durch Art. 15 des tilsiter Friedens (1807) aus polnischen Gebietstheilen gebildet, welche Preussen abtritt, und dem König von Sachsen übergeben II, 728.
Kommt durch Art. 1 der wiener Congressacte an Russland I, 325.
Sachsen leistet zu Gunsten Russland's auf das Herzogthum Warschau Verzicht (22. Mai 1815). Einleitung und Text I, 403.

Weimar. Der Herzog von Sachsen-Weimar erhält durch Art. 36 der wiener Congressacte den Titel eines Grossherzogs I, 339.
Abtretungen Preussen's an Weimar bestimmt durch Art. 37—39 der wiener Congressacte I, 340.

Werthheim, siehe Löwenstein.

Westminster. Vertrag von Westminster (10. Juli 1654) zwischen England und Portugal II, 489.

Westphalen, Königreich, wird aus Gebietstheilen gebildet, die Preussen im Art. 8 des Friedens von Tilsit (1807) abtritt II, 727.
Jerome Napoleon wird durch Art. 19 des Friedens von Tilsit (1807) von Russland als König von Westphalen anerkannt II, 724.
Das Herzogthum Westphalen kommt durch Art. 24 der wiener Congressacte an Preussen I, 334.

Westphälischer Friede (24. Okt. 1648). Einleitung dazu I, 1. Text des osnabrücker Friedensinstruments I, 9, Text des münster'schen Friedensinstruments I, 77.
Namen der Gesandten, welche beide Instrumente unterzeichneten I, 70 und I, 108.

Wied (Grafschaft) wird durch Art. 24 der rhein. Bundesacte unter die Souveränetät des Herzogs von Nassau gestellt II, 13.

Wieliczka. Die Salinen sollen nach Art. 3 des Friedens von Schönbrunn (1809) dem Kaiser von Oestreich und dem König von Sachsen gemeinschaftlich gehören II, 732.
Die Salinen kommen durch Art. 3 der wiener Congressacte an Oestreich I, 326.

Wiener oder schönbrunner Friede zwischen Oestreich und Frankreich (14. Okt. 1809). Einleitung II, 704, Text II, 730.

Wiener Vertrag zwischen Preussen und Sachsen (18. Mai 1815), worin Sachsen einen Theil seines Gebietes an Preussen abtritt II, 36.

Wiener Vertrag zwischen den Mächten und dem König Wilhelm I. der Niederlande (31. Mai 1815) bezüglich der Uebernahme der Regierung über das vereinigte Königreich II, 542.

Wiener Vertrag zwischen Preussen und Dänemark (4. Juni 1815), worin Dänemark an Preussen Schwedisch-Pommern mit der Insel Rügen gegen Lauenburg vertauscht II, 684.

Wiener Congressacte (9. Juni 1815). Einleitung I, 316, Text I, 324. Aufzählung der 17 Anhänge, welche der wiener Congressacte angeschlossen sind (Art. 118 der wiener Congressacte) I, 364.
Unterschriften der Bevollmächtigten auf dem wiener Congress I, 366.
Protestation des Pabstes Pius VII. gegen die Beschlüsse des wiener Congresses, welche das Interesse des päbstlichen Stuhles beeinträchtigen (14. Juni 1815) I, 378.

Wiener Schlussacte (15. Mai 1820). Einleitung II, 51, Text II, 64.

Wiener Conferenzprotocolle in den neuesten orientalischen Verwicklungen (1853 u. 1854) II, 334 ff. Schlussprotocoll der Conferenzen vom 4. Juni 1855 II, 738.

Wilhelm, Fürst von Nassau-Oranien, erhält als König Wilhelm I. die Krone von Holland und Belgien. Seine Acceptationsurkunde vom 21. Juli 1814 II, 540.

Wismar im westph. Frieden an Schweden abgetreten I, 46.

Würtemberg. Bestimmungen des westph. Friedens I, 16 und I, 84. Es wird auch im Elsass restituirt I, 16 und I, 85.
Der Kurfürst erhält durch Art. 7 des Friedens von Pressburg (1805) den Königstitel, was Oestreich anerkennt II, 716.
Gebietserwerbungen Würtembergs durch Art. 8 und 13 des Friedens von Pressburg (1805) II, 716. 718.
Der König von Würtemberg erhält durch Art. 14 des Friedens von Pressburg (1805) volle Souveränetät II, 718.
Tritt zum rheinischen Bund (1806) und erhält durch die rheinische Bundesacte ansehnliche Gebietsvergrösserung II, 9.
Nach Art. 4 des Friedens von Schönbrunn (1809) verzichtet der Erzherzog Anton als Grossmeister des deutschen Ordens auf die Besitzungen des Ordens in den Rheinbundesstaaten. In Folge davon kommt Mergentheim an Würtemberg, welches dagegen die Landgrafschaft Nellenburg an Baden abtritt II, 733.
Würtemberg tritt durch den Vertrag mit Oestreich (zu Fulda 21. Nov. 1813) auf Seite der Alliirten II, 29.
Oestreich garantirt dem König von Würtemberg im 4. Art. des Vertrags von Fulda (1813) die Souveränetät und den Umfang seines Gebietes II, 30.

Würzburg, welches 1803 durch den Reichsdeputationshauptrecess an Bayern gekommen war, wird nach Art. 11 des pressburger Friedens (1805) an den Erzherzog Ferdinand, bisherigen Kurfürsten von Salzburg, abgetreten, wogegen dieser Salzburg und Berchtesgaden an Oestreich überlässt II, 717.
Das Grossherzogthum wird durch Art. 44 der wiener Congressacte an Bayern überlassen I, 342.

Zeitschriften, politische, Einleitung S. XII.

Inhaltsverzeichniss.

Seite

Literatur . . . . . Bd. I, IX

I.

Aeltere Friedensschlüsse vom westphälischen Frieden bis zum Ausbruch der französischen Revolution.

Westphälischer Friede (24. Okt. 1648). Einleitung . . . . I, 1
Friedensinstrument von Osnabrück . . . . . I, 9
Friedensinstrument von Münster . . . . . I, 77
Ryswijker Friede (20. Sept. u. 30. Okt. 1697) . . . . . I, 109
Die Friedensschlüsse von Utrecht (11. Apr. 1713), Rastatt (7. März 1714) und Baden (7. Sept. 1714) . . . . . I, 135
Die Friedensschlüsse am Ende des grossen nordischen Krieges und insbesondere der Friede von Nystädt (10. Sept. 1721) . . I, 148
Die Friedensschlüsse zu Paris (10. Febr. 1763) und Hubertsburg (15. Febr. 1763), welche den siebenjährigen Krieg beendigen . . . . . I, 166
Die dreimalige Theilung Polen's. Einleitung . . . . . I, 191
Vertrag zwischen Russland und Oestreich zu Petersburg, 25. Juli 1772 . . . . . I, 199
Vertrag zwischen Russland und Preussen zu Petersburg, 25. Juli 1772 . . . . . I, 201
Erklärung der Kaiserin Maria Theresia vom 11. Sept. 1772 I, 204
Offener Brief des Königs von Preussen vom 13. Sept. 1772 I, 205
Erklärung des russischen Ministers, Baron Stackelberg, an den König von Polen, vom 18. Sept. 1772 . . . . I, 208
Note des polnischen Ministers an die zu Warschau residirenden Gesandten von Russland, Oestreich und Preussen vom 22. Sept. 1772 . . . . . I, 210

Seite

Antwort des polnischen Königs Stanislaus August auf die Erklärung der drei Höfe . . . . . Bd. I, 210
Vertrag zwischen Polen und Oestreich zu Warschau, vom 18. Sept. 1773 . . . . . I, 212
Vertrag zwischen Polen und Russland zu Warschau, vom 18. Sept. 1773 . . . . . I, 217
Separat-Act zwischen Polen und Russland, unterzeichnet am 15. März 1775 . . . . . I, 221
Vertrag zwischen Polen und Preussen zu Warschau, vom 18. Sept. 1773 . . . . . I, 224
Vertrag zwischen Polen und Russland zu Grodno, vom 13. Juli 1793 . . . . . I, 230
Allianzvertrag zwischen Polen und Russland zu Grodno, vom 16. Okt. 1793 . . . . . I, 234
Vertrag zwischen Polen und Preussen zu Grodno, vom 25. Sept. 1793 . . . . . I, 239
Preussisches Manifest über die Besetzung von Danzig, vom 24. Febr. 1793 . . . . . I, 243
Erlass des Magistrats der Stadt Danzig, vom 2. Apr. 1793 I, 244
Uebereinkunft zwischen Russland und Oestreich bezüglich der Grenzen, Petersburg 3. Jan. 1795 . . . . . I, 246
Convention zwischen Preussen und Russland bezüglich der Grenzen, Petersburg 24. Okt. 1795 . . . . . I, 248
Abdankungsurkunde des Königs von Polen vom 25. Nov. 1795 I, 251
Einverleibung des Freistaates Krakau in Oestreich, 6. Nov. 1846 . . . . . I, 253
Besitzergreifungspatent des Kaisers von Oestreich bezüglich Krakau's, 11. Nov. 1846 . . . . . I, 255
Erklärung der Höfe von Wien, Berlin und Petersburg über die Einverleibung Krakau's (Protocoll der deutschen Bundesversammlung vom 17. Mai 1847) . . . . . I, 257

III.

Friedensschlüsse und Verträge vom Ausbruche der französischen Revolution bis zur Restauration.

Der Friede von Basel (5. Apr. 1795) . . . . . I, 265
Der Friede von Campo-Formio (17. Okt. 1797) . . . . . I, 272
Der Friede von Lüneville (9. Febr. 1801) . . . . . I, 281
Der Friede von Amiens (27. März 1802) . . . . . II, 698
Der Friede von Pressburg (26. Dez. 1805) . . . . . II, 699
Der Friede von Tilsit (7. u. 9. Juli 1807) . . . . . II, 700

Seite
Der Friede von Wien oder Schönbrunn (14. Okt. 1809)*) Bd. II, 704
Vertrag zu Paris vom 11. Apr. 1814, worin Napoleon auf den französischen Thron Verzicht leistet . . . . . I, 292
Der erste pariser Friede (30. Mai 1814) . . . . . I, 298
Erklärung der Mächte gegen Napoleon nach dessen Flucht von Elba (13. März 1815) . . . . . I, 312
Die wiener Congressacte (9. Juni 1815) . . . . . I, 316
Protestation des Pabstes Pius VII. gegen alle Bestimmungen des wiener Congresses, welche die Interessen des Clerus beeinträchtigen (14. Juni 1815) . . . . . I, 378
Die Note des Cardinals Consalvi, welche die Protestation begleitete (Wien, 14. Juni 1815) . . . . . I, 380
Vertrag der heiligen Allianz (26. Sept. 1815) . . . . . I, 382
Der zweite pariser Friede (20. Nov. 1815) . . . . . I, 386
Convention über die Besetzung Frankreichs durch Truppen der Alliirten (20. Nov. 1815) . . . . . I, 398
Verzichtleistung des Königs von Sachsen auf das Herzogthum Warschau (22. Mai 1815) . . . . . I, 403
Der Congress von Achen (29. Sept. — 21. Nov. 1818) . . . I, 405

III.

Actenstücke über die inneren Verhältnisse Deutschlands seit Auflösung des deutschen Reichs.

Rheinische Bundesacte (12. Juli 1806) . . . . . II, 5
Französische Note an den deutschen Reichstag bezüglich der Bildung des Rheinbundes (1. Aug. 1806) . . . . . II, 16
Renunciationsurkunde der Mitglieder des Rheinbundes (1. Aug. 1806) II, 18
Abdicationsurkunde des deutschen Kaisers (6. Aug. 1806) II, 20
Vertrag zwischen Bayern und Oestreich zu Ried (8. Okt. 1813) II, 27
Vertrag zwischen Würtemberg und Oestreich zu Fulda (21. Nov. 1813) . . . . . II, 29
Vertrag zwischen Baden und Preussen zu Frankfurt (20. Nov. 1813) . . . . . II, 34
Vertrag zwischen Sachsen und Preussen zu Wien (18. Mai 1815) II, 36

*) Der Herausgeber beabsichtigte anfangs, die Friedensschlüsse von Pressburg, Tilsit und Schönbrunn als minder wichtig für unsere Zeitverhältnisse wegzulassen. Da sich aber die orientalische Frage immer mehr in einen allgemeinen Krieg zu verwickeln droht und die gegenwärtige Gebietsvertheilung in Deutschland theilweise auf diesen Friedensschlüssen beruht, da überhaupt bei einer möglichen Umgestaltung der europäischen Staatsgebiete die Verhältnisse der napoleonischen Periode, welche, neben dem wiener Congresse, die jüngsten Veränderungen der Karte Europa's hervorgerufen hat, öfter zur Sprache kommen werden; so schien es im Interesse der Besitzer des dipl. Handbuches zu liegen, dass genannte Friedensinstrumente noch nachträglich beigebracht würden.

Seite

Deutsche Bundesacte (8. Juni 1815) . . . . . Bd. II, 48
Wiener Schlussacte (15. Mai 1820) . . . . . II, 64
Schleswig-Holstein. Einleitung . . . . . II, 76
Constitutio Waldemariana (1326) . . . . . II, 96
Revers des Grafen Christian von Oldenburg über Aufrechthaltung der Constitutio Waldemariana (1448) . . . II, 98
Des Königs Christian I. Confirmation der Privilegien der Herzogthümer (1460) . . . . . II, 99
Des Königs Friedrich I. Confirmation der Privilegien der Herzogthümer (1524) . . . . . II, 103
Kopenhager Vergleich (1658) . . . . . II, 105
Altonaer Vergleich (1689) . . . . . II, 113
Garantietractate über das Herzogthum Schleswig (1715. 1720) II, 114
Tractat zwischen dem dänischen König Christian VII. und dem russischen Thronfolger Paul, regierendem Herzog von Holstein, geschlossen zu Zarsko-Selo 1. Juni 1773 II, 121
Acte der grossfürstlichen Renunciation auf Schleswig (31. Mai 1773) . . . . . II, 130
Acte über die Cession des grossfürstlichen Antheils von Holstein (31. Mai 1773) . . . . . II, 131
Patent des Königs Christian VII. (9. Sept. 1806) . . . II, 133
Allgemeines Gesetz wegen Anordnung von Provincialständen in den Herzogthümern vom 28. Mai 1831 . . . . II, 134
Offener Brief des Königs Christian VIII. vom 16. Juli 1846 II, 136
Zweiter offener Brief des Königs Christian VIII. vom 18. Sept. 1846 . . . . . II, 138
Beschluss der deutschen Bundesversammlung v. 17. Sept. 1846 II, 139
Protest des Herzogs von Augustenburg vom 22. Juni 1851 II, 140
Dänische Depesche an die dänischen Gesandten in Wien und Berlin vom 6. Dez. 1851 . . . . . II, 142
Oestreichische Depesche an den östreichischen Gesandten in Kopenhagen vom 26. Dez. 1851 . . . . . II, 154
Preussische Depesche an den preussischen Gesandten in Kopenhagen vom 30. Dez. 1851 . . . . . II, 162
Erlass des Königs Friedrich VII. an den dänischen Reichstag vom 28. Jan. 1852 . . . . . II, 166
Vertrag zu London vom 8. Mai 1852 . . . . . II, 170
Dänisches Erbfolgegesetz vom 31. Juli 1853 . . . . . II, 171

IV.

Türkei.

Einleitung . . . . . II, 177
Die Donauländer Bosnien, Serbien, Walachei, Moldau . . II, 183

Seite
Türkisch-östreichische Friedensschlüsse. Einleitungen Bd. II, 194
Der Friede von Carlowitz (26. Jan. 1699) . . . . II, 201
Der Friede von Passarowitz (21. Juli 1718) . . . II, 210
Handelstractat von Passarowitz (27. Juli 1718) . . . . II, 217
Der Friede zu Belgrad (18. Sept. 1739) . . . . . II, 224
Der Friede zu Sistowa (4. Aug. 1791) . . . . . II, 233
Türkisch-russische Friedensschlüsse. Einleitungen . . II, 241
Der Friede zu Kutschuk-Kainardschi (10. Juli 1774) II, 252
Der Friede zu Jassy (9. Jan. 1792) . . . . . II, 264
Der Friede zu Bukarescht (28. Mai 1812) . . . . II, 270
Der Friede zu Akjerman (7. Okt. 1826) . . . . . II, 277
Der Friede zu Adrianopel (14. Sept. 1829) . . . . II, 285
Der Vertrag von Unkiar-Iskelessi (8. Juli 1833) . . II, 294
Neuere Verträge, die Türkei betreffend. Einleitungen . . . II, 299
Quadrupelvertrag zu London über die Pacification der Levante (15. Juli 1840) . . . . . II. 304
Staatsvertrag zwischen Oestreich und Russland, die Donauschifffahrt betreffend (25. Juli 1840) . . . . . II, 308
Londoner Vertrag, die Einfahrt in die Dardanellen und den Bosporus betr. (13. Juli 1841) . . . . . II, 311
Actenstücke, die neuesten orientalischen Verwickelungen betreffend. Einleitung . . . . . II, 314
Protocoll der wiener Conferenz vom 5. Dez. 1853 . . . II, 334
Protocoll der wiener Conferenz vom 13. Jan. 1854 . . II, 335
Protocoll der wiener Conferenz vom 2. Febr. 1854 . . II, 336
Protocoll der wiener Conferenz vom 6. März 1854 . . II, 337
Allianzvertrag zwischen Frankreich, England und der Türkei vom 12. März 1854 . . . . . II, 338
Allianzvertrag zwischen Frankreich und England vom 10. April 1854 . . . . . II, 340
Protocoll der wiener Conferenz vom 9. April 1854 . . II, 342
Protocoll der wiener Conferenz vom 23. Mai 1854 . . II, 343
Allianzvertrag zwischen Oestreich und Preussen vom 20. April 1854 . . . . . II, 344
Convention zwischen Oestreich und der Pforte zu Boyadji-Keuy vom 14. Juni 1854 . . . . . II, 348
Russische Antwort auf das Verlangen der Räumung der Fürstenthümer vom $\frac{17}{29}$. Juni 1854 . . . . . II, 350
Schreiben des franz. Ministers des Auswärtigen Drouyn de Lhuys an den französischen Gesandten in Wien vom 22. Juli 1854 . . . . . II, 353
Note des Grafen Westmoreland an den Grafen Buol-Schauenstein, Wien 8. Aug. 1854 . . . . . II, 357

Seite

Note des Grafen Buol-Schauenstein an den Grafen Westmoreland, Wien 8. Aug. 1854 . . . . . Bd. II, 358
Allianzvertrag zwischen Oestreich, Frankreich und England vom 2. Dez. 1854 . . . . . II, 359
Beitrittserklärung Sardinien's zum Bündniss der Westmächte vom 10. Apr. 1854 (26. Jan. 1855) . . . . . II, 361
Militärconvention zwischen Sardinien und den Westmächten vom 26. Jan. 1855 . . . . . II, 361
Actenstücke über die Verhältnisse des deutschen Bundes zur orientalischen Frage . . . . . II, 364
Erklärung Preussen's und Oestreich's am Bundestag vom 24. Mai 1854 . . . . . II, 364
Bamberger Note vom 3. Juni 1854 . . . . . II, 367
Bundestagsbeschluss vom 24. Juli 1854 über den Beitritt zum Aprilbündniss . . . . . II, 369
Bundestagsbeschluss vom 9. Dez. 1854 . . . . . II, 370
Anträge der Bundesausschüsse in der Sitzung des Bundestags vom 8. Febr. 1855 angenommen . . . . . II, 371
Erklärungen des östreichischen und preussischen Gesandten in der Bundestagssitzung vom 22. Febr. 1855 . . II, 371
Protocoll über eine im Ministerium des Aeussern abgehaltene Conferenz, Wien am 4. Juni 1855 . . . . II, 740

V.

Griechenland.

Griechenland. Einleitung . . . . . II, 375
Die jonischen Inseln. Einleitung . . . . . II, 381
Unabhängigkeitserklärung der Griechen zu Epidaurus, am $\frac{15}{27}$. Jan. 1822 II, 384
Erklärung der griechischen Regierung an die auf dem Congress zu Verona versammelten Monarchen, vom 28. Aug. 1822 . . . II, 385
Protocoll bezüglich der griech. Angelegenheiten, unterzeichnet von England zu Petersburg am $\frac{\text{28. März}}{\text{4. Apr.}}$ 1826 . . . . . II, 387
Vertrag zwischen England, Frankreich und Russland zu London, 6. Juli 1827 . . . . . II, 389
Convention zwischen Frankreich, England und Russland einerseits und Bayern andererseits über die Erhebung des Prinzen Otto von Bayern auf den griechischen Thron, vom 7. Mai 1832 II, 392
Zusatz zu dieser Convention vom 30. Apr. 1833 . . . . . II, 395
Convention der Grossmächte bezüglich der Ertheilung des Protectorats über die jonischen Inseln an England, vom 5. Nov. 1815 . . . . . II, 397

VI.

Italien. Spanien. Portugal.

Seite

Einverleibung Genua's in Sardinien. Einleitung . . . . Bd. II, 403

Auszug aus dem Protocoll der Sitzung des wiener Congresses vom 12. Dez. 1814, welcher die Einverleibung Genua's in das Königreich Sardinien behandelt . . . II, 405

Weitere Auszüge aus wiener Protocollen in diesem Betreff II, 408

Erklärung der Acceptation von Seiten des Königs von Sardinien (vom 17. Dez. 1814) . . . . . II, 409

Die Formation des lombardisch-venetianischen Königreichs. Einleitung . . . . . II, 411

Patent des Kaisers Franz I. über die Bildung des lombardisch-venetianischen Königreichs vom 7. Apr. 1815 II, 413

Der Congress zu Troppau und Laybach 1820 und 1821. Einleitung . . . . . II, 417

Die Note des östreichischen Ministeriums vom 25. Juli 1820 an die deutschen Höfe, betreffend die Ereignisse in Neapel . . . . . II, 422

Das Schreiben des Kaisers von Oestreich an den König von Neapel vom 20. Nov. 1820, worin Letzterer eingeladen wird, nach Laybach zu kommen . . . . II, 424

Das gleiche Schreiben des Königs von Frankreich vom 20. Nov. 1820 . . . . . II, 425

Die Antwort des Königs von Neapel vom 3. Dez. 1820 . II, 426

Die Circulardepesche der Höfe von Oestreich, Russland und Preussen an ihre Gesandten an den deutschen Höfen über die Absichten des Congresses zu Troppau (vom 8. Dez. 1820) . . . . . II, 427

Die Protestation des Lords Castelereagh im Namen England's gegen das Princip der bewaffneten Intervention (vom 19. Jan. 1821) . . . . . II, 429

Die russische Circulardepesche am Schluss des laybacher Congresses an die russischen Gesandtschaften ($\frac{28. \text{ Apr.}}{8. \text{ Mai}}$ 1821) II, 432

Oeffentliche Erklärung der Höfe von Oestreich, Russland und Preussen am Schluss des laybacher Congresses (12. Mai 1821) . . . . . II, 436

Der Congress zu Verona 1822. Einleitung . . . . . II, 440

Russische Depesche an den russischen Gesandten in Madrid, datirt aus Verona $\frac{14}{26}$. Nov. 1822 . . . . . II, 445

Oestreichische Depesche an den östreichischen Gesandten in Madrid, datirt aus Verona 14. Dez. 1822 . . . II, 450

Seite

Circulardepesche der Minister von Oestreich, Russland und Preussen an die Gesandten ihrer Monarchen bei den europäischen Höfen, worin eine Erklärung über die Absichten und Resultate des Congresses gegeben wird, datirt Verona 14. Dez. 1822 . . . . . Bd. II, 453

Depeschen des spanischen Ministers San Miguel an den spanischen Gesandten in Paris, datirt Madrid 9. Jan. 1823 II, 458

Depesche des englischen Ministers Canning an den englischen Gesandten in Paris, worin England seine Ansicht über das Sachverhältniss ausspricht, datirt vom 31. März 1823 . . . . . II, 460

Thronfolge im Königreich Spanien. Einleitung . . . . . II, 465

Aufhebung des salischen Gesetzes in Spanien durch König Ferdinand VII. (29. März 1830) . . . . . II, 469

Protestation des Königs von Neapel (18. Mai 1833) . . II, 472

Decret, wodurch der Infant Don Carlos und seine Descendenz von der spanischen Thronfolge ausgeschlossen werden (25. Okt. 1834) . . . . . II, 474

Erklärung, wodurch der Infant Don Carlos (König Karl V.) seine Ansprüche auf die spanische Krone seinem Sohne Carlos Luis abtritt (18. Mai 1845) . . . . . II, 475

Acceptation dieser abgetretenen Ansprüche von Seiten des Prinzen Carlos Luis (18. Mai 1845) . . . . . II, 476

Abschiedsschreiben des Don Carlos an die Spanier (18. Mai 1845) . . . . . II, 477

Manifest des Prinzen Carlos Luis von Asturien an die Spanier (22. Mai 1845) . . . . . II, 477

Portugal . . . . . II, 479

Verhältnisse Portugal's zu England. Einleitung . . . . . II, 479

Friedens-Allianz- und Handelsvertrag zwischen Cromwell und dem König Johann IV. von Portugal, geschlossen zu Westminster am 10. Juli 1654 . . . . . II, 489

Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen Portugal und England, geschlossen zu Rio de Janeiro am 19. Febr. 1810 . . . . . II, 499

Portugiesische Thronstreitigkeiten. Einleitung . . . . II, 484

Quadrupelallianz zwischen England, Frankreich, Spanien und Portugal zu Gunsten der Königinnen Isabella von Spanien und Maria da Gloria von Portugal, London 22. Apr. 1834 . . . . . II, 514

Protest Don Miguel's gegen die von ihm in der Capitulation von Evora eingegangenen Verbindlichkeiten, Genua 20. Juni 1834 . . . . . II, 517

VII.

Belgien und Holland.

Seite

Belgien und Holland. Einleitung . . . . . Bd. II, 521

Erklärung des Fürsten Wilhelm von Nassau-Oranien (Königs Wilhelm I.) vom 21. Juli 1814, worin er die angetragene Souveränetät über das vereinigte Königreich der Niederlande acceptirt . . . . . II, 540

Wiener Vertrag vom 31. Mai 1815 zwischen König Wilhelm I. und den vier Mächten bezüglich der Uebernahme dieser Souveränetät . . . . . II, 542

Das Protocoll oder Ultimatum der londoner Conferenz vom 14. Okt. 1831, worin die 24 Artikel bezüglich einer definitiven Trennung Belgien's von Holland aufgestellt werden . . . . . II, 546

Vertrag zwischen den Grossmächten und Holland bezüglich der Trennung Belgien's von Holland . . . . II, 555

Friedensvertrag zwischen Belgien und Holland zu London 29. Apr. 1839 . . . . . II, 557

Beistimmung des deutschen Bundes zu diesem Friedensvertrag (11. Mai 1839) . . . . . II, 565

Bestimmungen über die Verhältnisse Limburg's und Luxemburg's zum deutschen Bunde vom 16. Aug. u. 5. Sept. 1839 . . . . . II, 576

VIII.

Schweiz.

Schweiz. Einleitung . . . . . II, 581

Allianzvertrag der schweizer Cantone vom 8. Sept. 1814, welcher bei den Verhandlungen des wiener Congresses zur Grundlage diente . . . . . II, 586

Die an die wiener Congressacte angeschlossene Erklärung der Mächte vom 20. März 1815 über die Angelegenheiten der Schweiz . . . . . II, 592

Die Annahme dieser Erklärung von Seiten der schweizer Tagsatzung (27. Mai 1815) . . . . . II, 597

Die Erklärung des Königs von Sardinien (26. März 1815) und der Mächte (29. März 1815) bezüglich der Abtretung savoyischer Gebietstheile an Genf . . . II, 598

Die bei Gelegenheit des Abschlusses des zweiten pariser Friedens am 20. Nov. 1815 der Schweiz von den Mächten in Paris gegebene Zusicherung ewiger Neutralität . . . . . II, 603

Seite

Schweizer Bundesconstitution vom Jahr 1848. Einleitung Bd. II, 584
Text . . . . . II, 604
Neufchatel. Geschichtliche Einleitung . . . . . II, 622
Erklärung, wodurch König Wilhelm III. von England am 23. Okt. 1694 seine Rechte auf Neufchatel an den Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg abtritt . . II, 640
Urkunde, wodurch die Stände von Neufchatel am 3. Nov. 1707 dem Kurfürsten Friedrich III. (König Friedrich I.) von Preussen das Fürstenthum Neufchatel zusprechen II, 642
Urkunde, wodurch der König von Preussen (1806) den Neufchatelern die Vertauschung Neufchatel's gegen Hannover anzeigt . . . . . II, 645
Decret Napoleon's, wodurch der Marschall Berthier das Fürstenthum Neufchatel erhält . . . . . II, 646
Urkunde, wodurch Neufchatel am 17. April 1815 als 21. Canton in die Eidgenossenschaft aufgenommen wird . II, 647
Die Erklärung des Königs von Preussen vom 19. Nov. 1847, worin derselbe die für den Sonderbundskrieg von Neufchatel beschlossene Neutralität billigt . . . . . II, 648
Die Note des preuss. Gesandten v. Sidow, datirt vom 26. Nov. 1847, womit derselbe die Erklärung des Königs dem Vorort übergab . . . . . II, 649
Die Antwort der Tagsatzung auf diese Note, datirt vom 2. Dez. 1847 . . . . . II, 650
Die Proclamation, wodurch sich die provisorische Regierung in Neufchatel am 2. März 1848 constituirte . . . II, 652
Das Decret der neuen Regierung vom 2. März 1848, wodurch Neufchatel für eine Republik und die monarchische Verfassung für abgeschafft erklärt wird . . . . . II, 652

IX.

Dänemark. Schweden. Norwegen.

Geschichtliche Einleitung . . . . . II, 657
Manifest des russischen Kaisers Alexander vom 20. März 1808 über die Lostrennung Finnland's von Schweden und Einverleibung desselben in das russische Reich . . . . . II, 664
Uebereinkunft zwischen Schweden und Russland zu Olkioki am 19. Nov. 1808, worin den Russen Finnland überlassen wird II, 665
Friede zu Friedrichshamm am 19. Septbr. 1809 zwischen Schweden und Russland, worin Finnland definitiv abgetreten wird . . . . . II, 666

Seite

Friede zwischen Schweden und Dänemark zu Kiel am 14. Jan. 1814, worin Schweden an Dänemark Schwedisch-Pommern mit der Insel Rügen abtritt, dagegen aber Norwegen erhält Bd. II, 672

Friede zwischen Dänemark und England zu Kiel am 14. Jan. 1814, worin England Helgoland behält . . . . . II, 680

Friede zwischen Dänemark und Preussen zu Berlin 25. Aug. 1814 . . . . . II, 683

Vertrag zwischen Dänemark und Preussen zu Wien, 4. Juni 1815, worin Dänemark an Preussen Schwedisch-Pommern mit der Insel Rügen gegen Lauenburg vertauscht . . . . . II, 684

Waffenstillstand zwischen Norwegen und Schweden zu Moss am 14. Aug. 1814 . . . . . II, 686

Convention zwischen Norwegen und Schweden zu Moss am 14. Aug. 1814 . . . . . II, 688

Acte über das Verhältniss Norwegen's zu Schweden, unterzeichnet am 31. Juli 1815 zu Christiania, am 6. Aug. 1815 zu Stockholm . . . . . II, 689

Chronologisches Verzeichniss der wichtigsten politischen Ereignisse vom westphälischen Frieden bis zum Schlusse des Jahres 1855 II, 747

☞ Das Druckfehlerverzeichniss hiezu folgt in Bälde nach.

Literarische Anzeigen.

In der **C. H. Beck**'schen Buchhandlung in Nördlingen sind ferner erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Politik und Kirchenthum des Abendlandes

in ihrem Verhältniss zum Orient.

Von

Dr. G. Widenmann.

8. 60 Seiten.

Preis: geh. 10 Ngr. oder 36 kr.

GESCHICHTE DES AUFRUHRS IN DEN SEVENNEN

unter Ludwig XIV.

Nach den Quellen erzählt

von

Dr. J. Chr. K. Hofmann,

ordentlicher Professor an der Universität in Erlangen.

8. 264 Seiten.

Druckvelinpapier: 1 Thlr. 4 Ngr. oder 1 fl. 54 kr.

Ueber

die Emancipation der Neger.

Ein Versuch zur Aufstellung humaner Principien in dieser Frage

von

Professor Dr. Buttenhofer.

8. 6 Bogen.

Preis: 15 Ngr. oder 54 kr.

Wo lebhaftes Interesse für die Emancipationsfrage und für Colonialpolitik vorhanden ist, wird diese geistvolle, auf persönlicher Anschauung beruhende Schrift, welche den breitgetretenen Weg in Beurtheilung dieser wichtigen Frage verlässt, in hohem Grade ansprechen. Auch demjenigen Theil des Publikums, der sich für Natur und Geschichte der menschlichen Raçen, sowie für wissenschaftliche Reisen interessirt, dürfte die Schrift als erste Frucht der im Auftrag der holländischen Regierung nach Surinam unternommenen Reise eine sehr willkommene Lectüre bieten.

Handbuch

für

angehende Archivare und Registratoren

von

Zinkernagel.

4. Mit Kupfern.

Preis: 4 Thlr. 20 Ngr. oder 7 fl. 30 kr.

Vollständiges

stamm- und sinnverwandtschaftliches

Gesammt-Wörterbuch

der

deutschen Sprache

aus allen ihren Mundarten und mit allen Fremdwörtern.

Ein

Hausschatz der Muttersprache

für alle Stände des Deutschen Volkes,

worin

ausser allen einfachen und zusammengesetzten Wörtern der hochdeutschen Schriftsprache auch alle derselben fehlenden Wörter der norddeutschen, d. h. westphälischen, bremischen, hamburgischen, holsteinischen, ditmarsischen, mecklenburgischen, pommer'schen, liev- und esthländischen, und die Wörter der süddeutschen, der bayerischen, schwäbischen, schweizerischen und östreichischen Mundarten in schriftgerechter Schreibart verzeichnet und erklärt sind

von

Dr. J. H. Maltschmidt,

Professor.

Vierte, wohlfeile Stereotyp-Ausgabe.

140 Bogen in hoch 4.

Elegant geheftet. Preis: 2 Thlr. oder 3 fl. 36 kr.

Dieses Werk bildet einen mit dem vollsten Rechte so benannten unentbehrlichen Hausschatz der Muttersprache, zum nützlichsten Gebrauche für alle Stände, für Jeden, der die deutsche Sprache erlernt, erforscht, oder mündlich und schriftlich gebraucht, für den Comptoiristen, Protokollisten, Aktuar, Buchhalter, Zeitungsschreiber und Zeitungsleser, für den Civil- und Militärbeamten, für den Kaufmann, Handwerker und Künstler, für den Lehrer und Prediger, für den Gelehrten und Dichter.

Sowohl der Ausstattung als dem Inhalte nach ist dieses Buch ein Werk der Liebe zur Sache!

E.W.C.T.
9/80/12

HARVARD LAW LIBRARY

FROM THE LIBRARY

OF

RAMON DE DALMAU Y DE OLIVART

MARQUÉS DE OLIVART

RECEIVED DECEMBER 31, 1911